Redebuch

2010

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze
261. 262. 263. 264.
265. 266. 267. 268.
269. 270. 271. 272. 273.
274. 275. 276.
277. 278. 279. 280.
281. 282. 283. 284.
285. 286. 287. 288.
289. 290. 291. 292. 293.
294. 295. 296. 297.
298. 299. 300. 301.
302. 303. 304. 305. 306.
307. 308. 309.
Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

261. Bremer Montagsdemo am 04. 01. 2010

Fünf Jahre Armutsbeschaffung per Gesetz

1. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ macht darauf aufmerksam, dass fünf Jahre Hartz IV fünfmal traurige Weihnachten für die meisten Betroffenen bedeuten. Dabei sind besonders Kinder und Jugendliche die eigentlichen Verlierer. So müsste für ein gebrauchtes Fahrrad im Wert von 50 Euro mehrere Jahre gespart werden. Eltern müssten auf vieles Notwendige verzichten, um ihren Kindern dennoch ein äußerst bescheidenes Weihnachtsfest zu ermöglichen. Alleinstehende und Familien mit einer alleinerziehenden Mutter könnten vielfach überhaupt keine Weihnachten feiern, da der Hartz-IV-Eckregelsatz keinen Spielraum für etwaige Ansparung bietet. Nach fünf Jahren mit diesem erbärmlichen und menschenverachtenden Hartz IV lässt sich nur eine äußerst vernichtende Bilanz ziehen. Martin Behrsing brachte es wunderbar auf den Punkt, dass Hartz IV selbst dem ärgsten Feind nicht zu wünschen sei – von wenigen Ausnahmen abgesehen wie etwa dessen Namensgeber Peter Hartz oder dem Ex-Superminister für Arbeit und Wirtschaft, Wolfgang Clement.

Kein einziges Ziel, was den Erwerbslosen versprochen wurde, wurde erreicht. Nun wird den Menschen eingeredet, dass es besser sei, sich von Hungerlöhnen ausbeuten zu lassen als keine Arbeit zu haben. Statt Jobs hagelt es Sanktionen, wenn sich jemand diesen brutalen Methoden widersetzen will. Da können doch so ein paar Kollateralschäden wie Obdachlosigkeit und drohender Hungertod locker billigend in Kauf genommen werden. Wen kümmert das schon? Es geht doch bloß um Überflüssige, um Ausgegrenzte! Hartz IV zog in meinen Augen eine Schneise der Verwüstung durch den Arbeitsmarkt und das Grundgesetz. Das Armutsbeschaffungsgesetz sorgt für eine konstant bleibende Zahl von sieben Millionen Hartz-IV-Beziehern, denen bewusst ihr täglicher Ernährungsbedarf redu-

ziert und die Mittel für Bildung oder Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeit gänzlich verweigert wurden.

Neu etabliert wird eine Verbreitung von Suppenküchen Flaschensammlern. Die Armen dürfen den „Abfall des Wohlstands“ der anderen verwerten – und die „Wohlstandstäter“ sich öffentlich belobigen und huldigen lassen, wofür ihnen zum Teil auf in meinen Augen unehrenhafte Weise ihr Platinnäschen veredelt wird. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden massenhaft Menschen in das Hartz-IV-Forderungssystem gepresst, obwohl sie dort niemals hineingehört hätten, statt ihnen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu vermitteln, was die eigentliche Aufgabe einer Agentur für Arbeit sein sollte. Ein gesellschaftliches Problem wird zu einem individuellen gemacht, womit die Betroffenen persönlich abgestraft werden. Mir kriecht das nackte Grausen den Rücken hoch, wenn ich lese, dass die Bundesagentur für Arbeit findet, die „Chancen“ der Arbeitsmarktreform seien noch längst nicht ausgeschöpft: Es gebe noch zu wenig sensible Kollegen, die die soziale Infrastruktur kennen, die mit schwierigen Lebenssituationen von Menschen umgehen können und denen es im besten Fall gelinge, mit ihnen ein „Arbeitsbündnis“ abzuschließen.

2. Kurz vor Weihnachten forderte die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsschule mit kostenlosem Mittagessen. Sie halte dies für eine staatliche Verpflichtung und findet es unerträglich, dass nur diejenigen in Schulkantinen Essen bekommen, die auch dafür bezahlen können, während die anderen zusehen müssen. Frau Käßmann hob hervor, dass in Deutschland bereits jedes sechste Kind unter der Armutsgrenze lebt. Ich finde, sie hätte sich den Schlenker verkneifen können, dass Eltern eine Erziehungspflicht haben, doch besonders junge Eltern dafür oft gar keine Maßstäbe mehr besäßen und manche eine gezielte Unterstützung von außen bräuchten.

Diese Familien sollten so „niedrigschwellig“ wie möglich erreicht werden, zum Beispiel mit die Familie aufsuchenden Sozialarbeitern. Ich stimme mit Frau Käßmann überein, dass alleinerziehende Mütter zu häufig vom Staat allein gelassen werden. Allerdings sollten sie nicht mit sie aufsuchenden Sozialarbeitern belästigt oder mit Gutscheinen für Mitgliedschaften in Sportvereinen, für Schwimmbadbesuche oder für den Zoo abgespeist werden, sondern sie dürfen nicht weiter von der Gesellschaft mit irgendwelchen diskriminierenden Sonderkärtchen ausgegrenzt bleiben! Alleinerziehende Mütter brauchen ein ausreichendes Einkommen und **Betreuungsangebote** für ihre Kinder, nicht zu vergessen Unternehmer, die ihre Vorurteile ablegen, Alleinerziehende einstellen und auch anständig bezahlen.

3. Die Politik „entdeckt“ die Alleinerziehenden und sieht, dass in jeder fünften Familie Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen, zu 95 Prozent mit ihren Müttern. Nun will das Familienministerium den Alleinerziehenden den Weg zurück in

den Arbeitsmarkt ebnen. Da stecken Sozialarbeiter, Jobvermittler und Pädagogen seit Monaten die Köpfe zusammen, dass es nur so raucht, und nun sollen sie vor Ideen sprühen, wie es für **Alleinerziehende** einfacher werden könnte, eine Arbeit aufzunehmen! „Angedacht“ sind hierbei vor allem Kinderbetreuung, Qualifizierungsmaßnahmen und „Coaching“ für die Betroffenen. Auch den Arbeitgebern sollen ihre klassischen Vorurteile genommen werden. Obwohl die rund 1,6 Millionen Alleinerziehenden, die 2,18 Millionen Kinder betreuen, nicht schlechter ausgebildet sind als Eltern in Familien mit zwei Elternteilen, sind sehr viele von Armut betroffen. 41 Prozent der betroffenen Familien leben von Arbeitslosengeld I oder II. Selbst von den Berufstätigen unter ihnen sind 24 Prozent auf zusätzliches ALG II angewiesen, weil ihr Gehalt zu niedrig ist.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die alleinerziehenden Mütter Frauen sind, und die bekommen im hinterwäldlerisch-konservativen Deutschland nun mal im Durchschnitt 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Ist dieses Ansinnen mit den Alleinerziehenden nur einfach „nett gemeint“ oder eher Schaumschlägerei – „kurz“ vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen? Für Alleinerziehende gibt es immer mehrere Faktoren, die sie fast unvermittelbar machen oder in Armut verharren lassen. Wenn die Öffnungszeiten der Kitas mal wieder nicht dazu ausreichen, die Betreuung in der Arbeitszeit der Mütter zu gewährleisten, wenn die Arbeitgeber die vielen Krankheiten der kleinen Kinder befürchten, mit der Folge, dass die Mütter ausfallen, wenn an den Wochenenden, in der Nachtschicht keiner die Kinder betreuen kann, wenn die Arbeit dazu so schlecht bezahlt wird, dass ein eigenes Auto als weg- und zeitsparendes Familientransportmittel ein unerfüllter Traum bleiben muss, wenn die Väter oft keinen Unterhalt zahlen – ja, dann scheint Armut eine unausweichliche Falle zu werden!

Mich interessiert auch die Frage im Artikel, wie sich Alleinerziehende „besonders gewinnbringend einsetzen“ ließen. Auch sei die Frage nach einer kleinen Nebensächlichkeit erlaubt, wo nämlich die vielen unbesetzten Jobs für Alleinerziehende am Horizont auftauchen sollen. Warum sollte eine noch mit Erziehung vollbeschäftigte Alleinerziehende mit aller Gewalt in einen nicht vorhandenen Arbeitsmarkt gepresst werden? Geht es hier wirklich um ehrliche Arbeit, oder soll hier vielleicht ein Mega-Ein-Euro-Job-Projekt aufgezogen werden? Schmach über den, der Arges dabei denkt! Werden hier nur neue Teilnehmer für neue Maßnahmen gesucht, die in Vollzeit eingesetzt werden und dann bei Aufnahme der Arbeit so gut wie keine Leistungen von der Arge mehr bekommen? Soll die sich in Deutschland wie ein Krebsgeschwür ausbreitende Dekra Ganztagsaufbewahranstalten für Kinder aus dem Boden stampfen? Da können dann Elternteile für eine „Entschädigung“ von einem Euro die Stunde auf den Nachwuchs der anderen Eltern aufpassen, die in einem anderen Bereich für einen Euro „Entschädigung“ arbeiten, beispielsweise Spielzeug reparieren. Da schlummert in den Köpfen mancher Politiker sicherlich ein „riesiges Potential“, das sich ganz wunderbar zu einem gigantischen profitmaximierenden vierten Arbeitsmarkt ausweiten ließe!

4. Zur Jahreswende wurden manche Politiker „geehrt“. Der frühere Finanzsenator Thilo Sarrazin ist vom Berliner Stadtmagazin „Tip“ zum „peinlichsten“ auf der Hitliste der 100 peinlichsten Berliner gekürt worden. Er darf sich wegen seiner diskriminierenden Äußerungen über Ausländer und Hartz-IV-Bezieher konkurrenzlos glücklich über diesen ersten Platz schätzen. Meiner Meinung nach wurde er von dem Blatt sehr zutreffend als „notorischer Zwangsprovokateur“ beschrieben, der mit seiner Tirade einmal mehr seinen „enorm elitären Dünkel“ offenbare. Mindestens ebenso liebevoll geehrt durfte sich der Präsidenten des Münchner „Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung“, Hans-Werner Sinn, fühlen, als er den negativen Umweltpreis „Dinosaurier 2009“ vom „Naturschutzbund Deutschland“ verliehen bekam. Hans-Werner Sinn sei ein „Dampfplauderer mit egoistischem Sendungsbewusstsein“, der Windräder und Solarzellen ablehne und kaum eine Gelegenheit auslasse, die moderne Umweltpolitik zu attackieren. Schade, dass sich der Ökonom die Chance entgehen ließ, den Preis selbst entgegenzunehmen! Ich finde, dass auch der Bremer FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Oliver Möllenstädt in dieser Galerie wegen seiner von der Staatsanwaltschaft leider nicht weiter verfolgten **Unterstellungen** gegenüber Hartz-IV-Beziehern eine „gute“ Figur machen würde.

5. Liebe Kinder, gebt fein acht, der Märchenonkel hat euch etwas mitgebracht! Ja, der Ökonom Hans-Werner Sinn macht auch andernorts von sich reden: In diesem Jahr rechnet er nämlich mit einem kleinen Wunder auf dem deutschen **Arbeitsmarkt**. Ausgerechnet der „Blöd“-Zeitung erzählte er, dass unser Arbeitsmarkt der Krise trotzen werde, obwohl in den meisten anderen Ländern Katastrophenstimmung herrscht. Statt der 4,5 bis 5 Millionen Arbeitslosen, die vielfach noch im Frühjahr für 2010 erwartet wurden, prognostiziert der Ökonom noch 3,6 Millionen. Er räumt zwar ein, wir säßen in der schlimmsten Krise der Weltwirtschaft seit dem Krieg, behauptet jedoch, wir hätten wegen der massiven Lohnzuschüsse bei Hartz IV und durch das Kurzarbeitergeld 1,3 Millionen Erwerbslose weniger als noch 2005. Wurde Herr Sinn etwa beim Sprechen im Schlaf belauscht, oder meint er, was er sagt? Wenn der Ökonom an derartige Wunder glaubt, die bekanntlich auch Mirakel genannt werden, darf ich ihm vielleicht den Beinamen „Mirakulix“ geben!

6. Manchmal frage ich mich, was so manche Menschen über die Zeit zwischen den Jahren zu sich genommen haben oder wie es kommt, dass sie solche Merkwürdigkeiten erzählen. Bundessozialrichter Peter Udsching findet, dass 130 Euro im Monat jedem, der kochen könne, vollkommen genügen würden für eine vernünftige **Ernährung**! Er sieht nur die Möglichkeit, nicht mit dem Geld auszukommen, wenn es für teures Fast Food ausgegeben werde. Ob dieser Richter überhaupt mal selbst einkaufen geht? Lässt er einkaufen, oder ist auch diese Tätigkeit zu profan – geht er essen, lässt sich Feinkost nach Hause bringen? Nein, natürlich nicht Fast Food, weil dies doch zu teuer ist! Ich wünschte mir, dass die Men-

schen, die pauschal solche Aussagen machen, mal ihr Antlitz von ihrem exquisiten Notebook abwenden und einen Blick in die Wirklichkeit der schnöden Normalität anderer werfen würden. Aber wer es sich leisten kann, täglich in Kantinen oder Restaurants zu speisen, kann es sich bestimmt auch leisten, nur 130 Euro für das restliche Essen im Monat auszugeben, also für das Frühstück.

Noch gar nicht erwähnt wurde das Fahrtgeld, das ausgegeben werden muss, um die Einkäufe in den Supermärkten zu tätigen. Toll war noch sein Hinweis auf diese unwürdigen „Tafeln“. Die lassen sich nicht wie ein Supermarkt durchlaufen, um das Gewünschte in den Einkaufswagen zu legen! Häufig gibt es genau das, was gerade selbst nicht gebraucht wird, zum Beispiel nur eine große Auswahl an Weihnachtsgebäck. Was soll dann gekocht werden? Schokoladensuppe? Lebkuchengratin? Spekulatiusauflauf? Stollensalat? Oder brauchen Hartz-IV-Bezieher dringend einen Kochkurs, weil sie ständig das Wasser anbrennen lassen? Als die Königin Marie-Antoinette auf die Hungerprobleme der französischen Bevölkerung angesprochen wurde, sagte sie: „Sollen sie doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben!“ Sind wir hier von Zynikern oder nur von vollkommen Weltfremden umgeben?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Militärprogramme im Schlepptau ziviler Umweltforschung ausgebaut

Kriegsverbrechen der Bundeswehr, Sprachverrohung in den Militärstäben, Entzivilisierung der Gesellschaft und Einsatzplanung im Inneren erfordern endlich eine öffentliche Diskussion! Doch Politik und Mainstream-Medien tun bekanntlich alles, um eine breite, demokratische Debatte zu verhindern. Stattdessen werden wir tagtäglich mit Lügen, Manipulationen und Verdrehungen vollgestopft. Hier in der Rüstungshochburg Bremen ist eine öffentliche Debatte über die hemmungslose Aufrüstung durch Bremer Betriebe wie OHB, Atlas Elektronik und Lürssen besonders überfällig! Militärforschung, die an der hiesigen Universität gemeinsam mit OHB betrieben wird, ist ein ganz besonderes Tabuthema. Damit sich dies bald ändert, hat das „Bremer Friedensforum“ gemeinsam mit der „Initiative ziviles Bremen„ die „Bremer Erklärung für zivile Forschung“ ins Leben gerufen.

Darin heißt es unter anderem: „Wir, Angehörige von Universitäten, Forschende und Studierende, in wissenschaftlichen Instituten und Umweltverbänden Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, sind in Sorge darüber, dass Umweltforschung zunehmend zum Feigenblatt für Belange von Militär und Grenzüberwachung wird. Wir befürchten, dass im Schlepptau ziviler Umweltforschung auch militärische Programme ausgebaut werden. Wir erklären daher, dass wir uns an keinen Projekten und Programmen beteiligen wollen, in denen eine Kooperation zwischen zivilen und militärischen Nutzern vorgesehen ist, wie zum Beispiel zum Zwecke der Überwachung der EU-Außengrenzen. Wir erklären ferner, dass wir uns vom ‚Sicherheits'-Programm im Rahmen der EU-‚Initiative' ‚Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung' sowie des IMP distanzieren. Wir erklären, dass wir uns dafür einsetzen werden, zivile Forschungsprogramme von Programmen für Ziele von Militär und Grenzschutz zu entkoppeln."

Diese Erklärung wird mit den Namen der Unterzeichnenden an die Mitglieder des Senats und der Fraktionen weitergeleitet. Außerdem geht sie an die Rektoren von Universität und Hochschule Bremen, die Fraktionen des Europäischen Parlaments und an die Medien. Wie ich bereits sagte, ist es besonders wichtig, dass Militärforschung beispielsweise zum Zweck der Flüchtlingsabwehr und die Bremer Rüstungsproduktion in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden. Zum Schluss noch dies: Ein nicht stattgefundener terroristischer Anschlag auf ein Flugzeug dient den USA und Großbritannien offenbar als Vorwand für ein mögliches militärisches Vorgehen gegen den Jemen! Wir fordern: Kein Krieg gegen den Jemen! Keine Bundeswehr in den Jemen! Und bald auch keine Rüstungsproduktion in Bremen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Jeden Tag neue Fakten über Entrechtung und Verarmung

1. Ein gutes neues Jahr und viel Zufriedenheit! Dies vorweg – und nun geht es auch in diesem Jahr immer wieder zur Montagsdemo! Jeden Tag lese ich leider neue Fakten über die Entrechtung und Verarmung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Ich fange mit positiven Signalen an. Das Bundessozialgericht hat einem stark hörgeschädigten Menschen die vollen Kosten für das Hörgerät zugesprochen. Dafür sind die Kostenerstattungen per Gesetz auf einen Höchstbetrag von 987,31 Euro begrenzt. Die tatsächlichen Kosten in Höhe von 3.000 Euro hat die **Krankenkasse** jetzt zu erstatten. In der Entscheidung sind auch Nebensächlichkeiten gut herausgearbeitet. Diese Entscheidung ist richtungweisend. Auch an-

dere Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse sind per Gesetz gedeckelt. Bei Zahnersatz gibt es ebenfalls einen Festbetrag, für Härtefälle das Doppelte. Trotzdem reichen diese Beträge oftmals nicht. Nicht weil die Zähne besonders gut aussehen sollen, sondern weil bei bestimmten Unverträglichkeiten sehr aufwendige Zahnsanierungen vorgenommen werden müssen. Hier dürfte der Höchstbetrag ebenfalls fallen. Eine entsprechende Klage ist anhängig. Bereits vor einiger Zeit hat das Verfassungsgericht eine gesetzliche Krankenkasse zur Leistung bei einer lebensbedrohenden Krankheit verpflichtet, ohne Rücksicht auf die Zulassungsregeln.

Die privat krankenversicherten ALG-II-Bezieher müssen den halbierten Basistarif der privaten Krankenversicherung plus Pflegeversicherung bezahlen. Dieser Basistarif entspricht dem Beitrag zur gesetzlichen Krankenkasse. Für diese zahlt die Arge aber nur 142,11 Euro. Die Differenz von 178,53 Euro sollte eine Betroffene aus dem Regelsatz zahlen. Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat im Eilverfahren die Bagis verurteilt, bis zur Klärung den Krankenkassenbeitrag voll zu übernehmen. Das normale Klageverfahren steht noch aus.

Wer ALG I oder II bezieht, bekommt bei eigenen Einkünften einen Freibetrag zugestanden; wer Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe bezieht, jedoch nicht. Das Sozialgericht Düsseldorf hat bei Grundsicherung im Alter entschieden, dass die **Haftpflicht- und Hausratversicherung** zusätzlich zum Regelsatz vom Amt zu übernehmen sind. Der Kläger hat eine Rente. Die Begründung: „Die Absetzungsfähigkeit von privaten Versicherungen trägt dem Umstand Rechnung, dass beim Eintritt des Risikos die weitere Lebensführung außerordentlich belastet wäre und auch Bezieher geringerer Einkommen dieses Risiko abzusichern pflegen.“ Das lässt hoffen. Dieses Urteil ist schon etwas älter, aber brisant und zur Nachahmung empfohlen.

2. Die Bagis, die Bremer Arge, hat regelmäßige Werbung im „Weser-Report“. Am 27. Dezember 2009 stand unter der Frage „Was tun bei Energiekostennachzahlung?“ der „Tipp des Monats“, die Energieberatung der Verbraucherzentrale zu nutzen. Ein guter Rat! Es fehlte allerdings der Hinweis, dass **Heizkostennachzahlungen** von der Arge auf Antrag übernommen werden, wenn kein unwirtschaftliches Verbrauchsverhalten vorlag. Beweispflichtig ist die Behörde. Zur Beurteilung wird durch sie jetzt die Verbraucherzentrale herangezogen. Die Kosten trägt die Arge, auch die Kosten für ein eventuelles Gutachten. Daher den Auftrag nicht selbst vergeben beziehungsweise die Kostenübernahmebescheinigung der Bagis einfordern. Die Anträge auf Heizkostennachzahlungen können vier Jahre rückwirkend gestellt werden. Falls ein Antrag auf Zahlung abgelehnt wurde, kann

diese Ablehnung vier Jahre rückwirkend überprüft werden. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Zahl der Obdachlosen ist gleich geblieben, so lauten mehrere Meldungen. Im Kleingedruckten steht dann, dass genaue Zahlen nicht vorliegen. Der Trost lautet, die Zahl der Notunterkünfte reiche. Über Lüneburg steht im „Weser-Kurier“ vom 3. Januar 2010: „ Mehr als ein Viertel der Gäste sind Jugendliche bis 25 Jahre“. Jugendlichen unter 25 Jahren wird von der Arge bereits bei geringen Verstößen die Leistung zu 100 Prozent gestrichen, auch die Zahlungen für die Unterkunft. Diese Jugendlichen tauchen ab! Sie gehen in die **Obdachlosigkeit**. Das verhalten der Argen ist unverhältnismäßig. Von den vielen Ausnahmemöglichkeiten wird kaum Gebrauch gemacht. Daher lauft nicht weg! Wehrt euch! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Diese Jugendlichen, viele in der Warteschlange zum Ausbildungsplatz, werden zusätzlich noch durch Meldungen wie die folgende im „Weser-Kurier“ vom selben Tag verhöhnt: Unter der Überschrift „Lehrlingsmangel erwartet“ steht, dass erneut 10.000 Lehrstellen im Handwerk wegen fehlender geeigneter Bewerber nicht besetzt werden können. In der dort zitierten Meldung des „Zentralverbandes des Deutschen Handwerks“ ist von Lehrlingen und Lehrstellen die rede. Diese Begriffe sind seit circa 30 Jahren durch Auszubildende und Ausbildungsplätze abgelöst. Der Verfasser hätte somit kaum die Bewerberprüfung für einen Ausbildungsplatz überstanden. Oder? Für die Jugendlichen ist dies der glatte Hohn! Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wie sehr die Statistiken über Ausbildung daneben liegen, wurde in der „Nacht der Jugend“ geklärt.

3. Die **Banken** schwimmen im Geld! Die neue Blase wird aufgebaut. Es werden wieder Boni gezahlt! Ein Grund: Die faulen Papiere liegen im Keller, sie müssen ja nicht abgeschrieben werden. Eine Abschreibung oder Wertberichtigung auf diese Papiere würde den Gewinn verringern. Der Bankchef hat die Wahl zwischen hohem Gewinn, der durch keinerlei Abschreibung oder Wertberichtigung getrübt wird und die Bonizahlung begründet, oder einer weitsichtigen Geschäftspolitik mit entsprechender Gewinnverwendung für die Abschreibung oder Wertberichtigung der faulen Papiere. Die Bilanz einer Bank sagt immer noch nichts über deren Vorhandensein aus. Die Bewertung erfolgt ohne Abschlag! Ursache: Der Gesetzgeber hat per Sondergesetz die Banken von einer ehrlichen Bilanzaufstellung befreit. –

Übrigens weiß ich jetzt wenigstens, warum Herr Dr. Oliver Möllenstedt sich so *tierisch* geäußert hat. Dass damit den Besserverdienendenn ein Bärendienst erwiesen wurde, steht in dem Artikel von Friedhelm Grützner. Es war sehr richtig und mutig von Monique Troedel, diese Eselei im Parlament anzusprechen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Weg mit Hartz IV!

Hartz IV: Heute wir, morgen ihr!
Schmeckt zu Silvester noch das Bier?
500 Milliarden für die Banken, mal eben so ruckzuck,
Wem schmeckt denn da schon noch der Schluck?

Und wenn Punkt Mitternacht die Raketen zum Himmel fliegen,
Fragt sich mancher: Werde ich jemals wieder Arbeit kriegen?
Und ganz schnell ist es dann da, das neue Jahr!
Ob es wohl besser wird, als das alte war?

Viele Menschen hoffen wohl auf eine Wende,
Doch nun kommt erst noch das dicke Ende.
Vertrauen in Wirtschaftswachstum mit Produkten,
Die oft Mensch und Umwelt schaden, statt zu nutzen?

System und Gesellschaft muss man ändern,
Oder wollt ihr ewig leben an den Rändern?
Würden Wahlen etwas verändern durch Voten,
Wären sie dann nicht schon längst verboten?

Heute wir, morgen ihr? Bestimmen doch selbst
Unser Leben wir, ab heute überall und hier!
Aktiv wird man, das wird man sehn,
Besser leben anno 2010!

Und darum allen einen guten Rutsch! Lasst euch
Heute nicht vermiesen euren Schluck Bier!
Heute wir, morgen ihr?
Im Chor vereint: Weg mit Hartz IV!

Mit sozialistischem Gruß
Und besten Wünschen für das neue Jahr 2010

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Wir fordern eine Winterbekleidungshilfe für Kinder!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

262. Bremer Montagsdemo am 11. 01. 2010

Meinungsmache durch Verschweigen von Informationen

1. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, erwartet einen Aufschwung – allerdings ohne neue Jobs. Es folgt ein liebliches Geplänkel darüber, dass er gut mit Ursula von der Leyen zusammenarbeiten kann. Wie nett! Aha, die Zahlen werden schlechter, und die Krise ist noch nicht vorbei. Doch wegen der Strukturveränderungen, die sich noch lange auswirken, werde nichts wieder so wie vorher. Für mich kommt hier nur inhaltloses Geblubber rüber, wobei eine wirkliche Aussage bewusst vermieden wird! Scheinbar muss es nur positiv für die Bundesagentur für Arbeit klingen, und schon verbreiten die Medien diese leere Worthülse wie einen bedeutsamen Tatbestand.

Tatsächlich steigt die **Arbeitslosigkeit** stärker, als zugegeben wird. Angeblich sei die Rezession beendet, und vielerorts wird tütenweise Optimismus ausgeschüttet, so als ob die Wirtschaft letztes Jahr nicht mit 115 Milliarden Euro in den Keller gesaust wäre, als ob es mit jährlichen Steigerungen von sagenhaften 1,5 Prozent wieder aufwärts gehen könnte. Aber weil in den Betrieben jahrelang weniger zu tun sein wird als vor der Krise und weniger Arbeit weniger Arbeitsplätze bedeutet, wird die Arbeitslosenzahl steigen. Ein Anstieg um eine Million wird für das nächste Jahr befürchtet. Doch es wird sich eben erneut an die unfairen Spielereien aus der Trickkiste erinnert, mittels derer sich die Zahlen so wunderbar nach unten schminken lassen, denn beispielsweise fallen Arbeitslose, die von privaten Vermittlern „betreut“ werden, aus der Statistik raus. Mittels dieser Aufhübschung verschwanden im letzten Jahr mal eben 200.000 Erwerbslose! Die Kurzarbeit hingegen funktioniert als ein tatsächlicher Puffer und sicherte 500.000 Vollzeitstellen; aber sie ist kein Allheilmittel, weil sich auch mit ihr den „Überkapazitäten“ nicht beikommen lässt.

Viele, die heute kurzarbeiten, werden über kurz oder lang vor ihrer argen Arge Schlange stehen müssen. Schlecker und andere Unternehmen bereichern sich schamlos an den Befürchtungen der Menschen, die aus Angst vor einem unwiderruflichen Absturz in das asoziale Hartz IV selbst die schlechtesten Verträge zu ihren Ungunsten unterschreiben. Dabei werden immer mehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen vernichtet und unsichere Minijobs geschaffen, von denen es sich nicht leben, sondern nur aus der Statistik heraushalten lässt. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Senken der Löhne wird das abgehängte Prekariat immer weiter ausgebaut. Damit es den Menschen besser geht und die Wirtschaft angeschoben wird, müssten die Löhne stattdessen steigen. Es muss endlich einen armutsfesten Mindestlohn geben, der auch das Alter absichert! Wenn für das „tote Kapital“ der Banken locker Milliarden Euro abgezweigt werden, dann ist der Staat gegenüber seinen springlebendigen Bürgern selbstverständlich noch viel mehr in der Pflicht und muss im Notfall für höhere Löhne mehr Schulden machen. Mit einem 100-Milliarden-Zukunftsprogramm kann er viel für Erziehung, Bildung und bessere Infrastruktur tun sowie der Binnennachfrage einen massiven Schub verpassen!

3. Nach einer von wem auch immer bezahlten Studie sind laut deutschem Verbrauchermagazin „Ökotest“ **Grundnahrungsmittel** wie Mischbrot, Spaghetti, Butter, Gouda oder Salz beim Discounter meist von „sehr guter“ Qualität. Elf Produkte bekamen demnach wegen kleiner Mängel „gute“ Noten. Die schlechteste Note „ausreichend“ vergaben die Tester nur für ein Sonnenblumenöl, das polyzyklische Kohlenwasserstoffe – wenn auch in gesundheitlich selbstverständlich unbedenklicher Menge – enthielt, sowie für einen Tiefkühlspinat mit hohen Nitratwerten. Auch Kaffee, schwarzer Tee, passierte Tomaten, Naturjoghurt, Mehl und Mineralwasser wurden getestet. Ich frage mich, ob die Tester selbst probieren, was sie bewerten, oder ob sie es nur chemisch auseinandernehmen und auf bestimmte Schadstoffe hin gar nicht untersuchen. Wenn ich das Gummi-Vollkornbrot aus der Plastiktüte in den Discountern mit echtem Vollkornbrot vom Biobäcker vergleiche, könnte ich auf die Idee kommen, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun, so verschieden schmeckt es – mal sachlich ausgedrückt. Merkwürdig, was solche Tests so verbreiten! Wer das eingeschweißte Gelabber, das im Supermarkt auf den Regalen liegt, Vollkornbrot nennt, kann doch unmöglich Gebrauch von seinen hoffentlich ausgebildeten Geschmacksnerven gemacht haben. Genauso ergeht es mir bei den meisten der anderen genannten Produkte. Normalerweise würde ich mir auf einer Studie, deren Wahrheitsgehalt ich mir als gering vorstellen kann, ein Ei pellen. Doch ich vermute, hier soll im Hinblick auf die Diskussion über die Höhe des Regelsatzes „bewiesen“ werden, dass es sich auch von sehr wenig Geld lecker und gesund im Supermarkt einkaufen lässt.

4. Laut einer Untersuchung der Gehälter in den 100 häufigsten Berufen verfügt ein großer Teil der Beschäftigten über eine geringere Kaufkraft als vor zwanzig

Jahren. Die Einbußen im Vergleich zu 1990 liegen bei bis zu 50 Prozent. In jedem zweiten der 100 gängigsten Berufe sei das Realeinkommen seit Anfang der neunziger Jahre gesunken. So hätten sich zwar die Gehälter der Ärzte seit 1990 halbiert, doch kämen sie immer noch auf ein erquickliches Monatseinkommen von durchschnittlich 6.400 Euro. Die Einkünfte von Informatikern, Werbefachleuten oder Zahntechnikern seien um dreißig Prozent gesunken. Hingegen konnten Bankfachleute, Anlageberater, Makler und Verwaltungsfachleute deutliche Steigerungen bei ihren Reallöhnen verzeichnen. Dann hat es ja die Richtigen getroffen, die angeblichen Leistungsträger! Während es bei den Freiberuflern große Unterschiede gab, zeigte sich auch mit Blick auf die Hierarchie, dass Angestellte mit Führungsaufgaben ihre Gehälter deutlich steigern konnten, während die mittleren und unteren Einkommensschichten höchstens ihr früheres Niveau halten konnten. Jüngeren Beschäftigten sei es nicht mehr möglich, ihr **Einkommen** deutlich zu steigern, wie dies noch den Älteren möglich war. Ich vermute, dass auf die unteren Einkommen auch deswegen nicht eingegangen wurde, weil sich dann gezeigt hätte, wie exorbitant die Einkommensschere weiter auseinander gegangen ist. Dabei leisten Putzkräfte mehr für die Gesellschaft als Banker!

Die Zahl der sogenannten Aufstocker, also Erwerbstätiger, die zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen ALG II beziehen müssen, wächst offenbar immer weiter. Die durchschnittliche Zahl liegt nach DGB-Informationen bereits bei 1,3 Millionen – ein Anstieg um 50 Prozent seit 2005. Die Gewerkschaften schließen zwar höhere Tarifverträge ab, aber offenbar stets nur so handzahm, dass die Löhne gerade eben über der Inflationsrate liegen. Derweil kommen immer mehr Menschen in Arbeit. Was für eine schöne neue Welt! Die Statistiken der „100 häufigsten Berufe“ mögen den Angehörigen des Prekariates wie eine Fata Morgana erscheinen, aber bei den Verlierern kristallisiert sich schon heraus, wohin in der Bundesrepublik die Reise geht. Auch die sogenannte Mittelschicht wird in den Dumpingstrudel nach unten gerissen, das hält kein Westerwelle auf! Leider verhält es sich keineswegs so, dass, wer mehr verdient, auch mehr arbeitet, dass die Privatwirtschaft besser wäre als der Öffentliche Dienst, die Reichen mehr zur Gesellschaft beitrügen als die Armen oder es Aufstiegschancen für alle gäbe. Die Banker in London verdienen zwischen 500.000 und zehn Millionen Pfund im Jahr, doch für jedes Pfund, das sie „erwirtschaften“, zerstören sie sieben Pfund an sozialen Werten. Banker tragen somit nur drei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Genau umgekehrt ist es bei Kinderbetreuern, denn mit jedem Pfund, das sie verdienen, erzeugen sie zwischen sieben und 9,5 Pfund an Wert für die Gesellschaft. Sie sind nicht nur wichtig für die Familien, sondern ermöglichen es auch Eltern, vor allem Frauen, trotz Kindern zu arbeiten, wobei sie den Kindern zusätzliche Lernmöglichkeiten bieten. Putzkräfte im Krankenhaus erzeugen pro Pfund Lohn zehn Pfund an sozialem Wert. Wer also sind hier die wahren Leistungsträger?

5. Wie niedlich! Auch der DGB bewegt sich endlich und will sich erstaunlicherweise nicht länger mit der Forderung nach einer Lohnuntergrenze von 7,50 Euro

in der Stunde zufriedengeben. DGB-Chef Michael Sommer kündigte an, dass im Mai eine neue Mindestlohn-Marke für Geringverdiener beschlossen werden soll. Dabei wolle er sich an der Mindestlohn-Untergrenze von etwa neun Euro in anderen EU-Ländern orientieren. Der DGB möchte „mit Mindestlöhnen die Tarifautonomie gegen Ausfransen schützen“. Sommer warnte vor weiterem Lohn- und Sozialdumping und forderte erneut einen flächendeckenden **Mindestlohn** sowie die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen. Wenn der DGB Rückgrat besäße, forderte er mindestens zwölf Euro, um überhaupt Verhandlungsspielraum zu haben! Bei einer lachhaften Forderung von neun Euro soll sich dann wohl bei 4,50 Euro getroffen werden.

6. In Duisburg kauften vergangene Woche Hartz-IV-Bezieher, genauer: **Ein-Euro-Jobber**, im Baumarkt Streusalz ein, weil den Wirtschaftsbetrieben der Nachschub ausgegangen war, aber die Schulhöfe gestreut werden müssen. Wie viele Arbeitslose für die Stadt die Baumärkte nach Sand und Asche als Salzersatz abklappern, ist nicht bekannt. Auf den Schulhöfen müssen die Hausmeister dann für Ordnung sorgen und Gehwege und Höfe von Eis und Glätte befreien. Im nächsten Winter können dann wohl Ein-Euro-Jobber die Oberleitungen mit der Zunge enteisen? Auch im „Weser-Kurier“ stand am Samstag, ein Mann namens Michael Hübner habe sich daran gewöhnt, jeden Tag mehrere Stunden lang Schnee zu schippen. Der 49-Jährige arbeite beim Beschäftigungsträger „Bras“, der auch Torfkahnfahrten von Findorff aus organisiert. Werden bei der „Bras“ Ein-Euro-Jobber zum Schneeschippen ausgebeutet? Wenn es so sein sollte, wäre die Tätigkeit nicht allgemeinnützig, weil es sich um Anliegerpflichten handelt. Da das Schneeschippen keine zwei Jahre warten kann, ist die Tätigkeit auch nicht zusätzlich. Würde ich zu einer solchen Arbeit gezwungen, stellte ich an die Bagis einen Überprüfungsantrag für die Zuweisung und reichte eine Klage beim Sozialgericht auf nachträglichen ortsüblichen Lohn beziehungsweise Tariflohn als öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch ein!

7. Die „Financial Times Deutschland“ berichtet, die Stadt Köln habe einen ihrer Mitarbeiter entlassen, weil er stark nach Schweiß rieche. Der 50-Jährige arbeitete als Architekt in der Denkmalbehörde und befand sich noch in der Probezeit. Deswegen hätte die Stadt ihm eigentlich ohne Begründung kündigen können. Stattdessen wurde schriftlich festgehalten, der Mann sei durch ungepflegtes Äußeres aufgefallen, vor allem durch Schweißgeruch und schmutzige Hände. Der Mann wehrte sich glücklicherweise und argumentierte, die **Kündigung** sei missbräuchlich und mutwillig. Er ließ sich von seinen Kollegen auf einer Unterschriftenliste bescheinigen, dass er nicht stinke. Schön, dass sich die Behörde mit ihrer Unterstellung bei der Kündigung in der Probezeit ins eigene Fleisch geschnitten hat!

In einem ganz anderen Licht stellt nun die „Kölnische Rundschau“ den Sachverhalt dar: Demnach wurde einem Gebietsreferenten beim städtischen Denkmalamt gekündigt, weil er das Wort Denkmalschutz zu ernst genommen habe.

Seine Mitarbeiter sind entsetzt und vermuten, dass er nur wegen zu lauter Kritik an den Plänen abgesägt worden ist. Es ist die Rede von einem „Klima der Unzufriedenheit, Angst und Demotivierung“. Der Denkmalpfleger habe bei Durchsicht der Umbaupläne mehrfach Nachbesserungsbedarf festgestellt, da er die gebotene Rücksichtnahme auf das architektonische Erbe vermisste, und fiel damit offenbar in Ungnade. Statt sich über die fachlichen Meinungsverschiedenheiten sachlich auseinanderzusetzen, scheint die Vorgesetzte ihren Einfallsreichtum auf derart unfair Weise zu benutzen, um einem unliebsamen Untergebenen mit falschen Bezichtigungen zu entlassen. Die einen werfen vor, dass Minimalbeträge geklaut würden, andere erfinden ein ungepflegtes Äußeres! Ein Gütetermin letzte Woche vor dem Arbeitsgericht erbrachte keine Einigung. Den Streit nun auszufechten, sei für ihn auch eine Frage der Ehre, betont der Architekt. Skandalös empfinde ich aber auch die „Berichterstattung“ der ach so seriösen „Financial Times Deutschland“: Manipulation und Meinungsmache durch Verschweigen von Informationen!

8. Wir erleben derzeit einen richtigen Winter wie aus dem Bilderbuch, mit klirrender Kälte, Eis und knirschendem Schnee, wie wir ihn wegen des Klimawandels nicht mehr oft erleben werden. Die Menschen mummeln sich in ihre Wintermäntel von Hennes & Mauritz. Schals, Mützen und Handschuhe gibt es passend dazu, und alles zu einem erschwinglichen Preis. H&M ist weltweit beliebt, doch nun sieht sich die schwedische Modekette heftigen Protesten ausgesetzt. Wie die „New York Times“ berichtete, wurde in der Nähe des H&M-„Flagship- Stores“ in Manhatten säckeweise unverkaufte warme **Winterbekleidung** gefunden. Diese war jedoch teilweise mit Rasierklingen oder Messern zerschnitten und auf diese Weise unbrauchbar gemacht. An Handschuhen fehlten die Finger, bei Männerjacken war die Wattierung herausgerissen. Angesichts der vielen Obdachlosen und finanziell Armen weltweit, die nachts auf den Straßen erfrieren, ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum sich die Manager von H&M offenbar aus innerer Eiseskälte und Raffgier dazu entschieden, die wärmende Kleidung zu zerschneiden zu lassen, statt sie an Bedürftige zu verschenken. Hier wurde der neoliberale Grundgedanke, das ausschließlich maximierter Profit interessiert und niemals Empathie oder Gerechtigkeit, in absolut ekelhaftester Weise ausgelebt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Afghanistan-Feldherr und Bundes„verteidigungs“minister Theo „Futz“ **Guttenberg** hält bei der Bremer „**Eiswette**“ am **Sonnabend**, dem **16. Januar 2010**, die traditionelle Deutschland-und-Bremen-Rede. Im Rahmen einer friedensbewegten **Protestaktion** wollen wir um **14.30 Uhr** am Hotel „**Maritim**“ einen Offenen Brief an ihn verteilen.

Arbeitspflicht ist kein Konzept zum Aufbau des Sozialismus

Manche Genossen, die bei der Forderung nach einem Grundeinkommen dessen Bedingungslosigkeit ablehnen, zögern dennoch, die Konsequenzen beim Namen zu nennen: die hässlichen Schwestern Arbeitspflicht und Zwangsarbeit. So wird auch bei Hartz IV schamhaft vom „Fördern und Fordern“ geschwurbelt. Doch jeder Mensch hat ein Existenzrecht. Dieses an Bedingungen zu knüpfen, ist der Beginn eines Rückfalls in den Faschismus mit all seinen Angriffen gegen „lebensunwertes Leben“.

Zwar zählt das „Kommunistische Manifest“ auch den „gleichen Arbeitszwang für alle“ zu den Merkmalen der „fortgeschrittensten Länder“ – die „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ verwenden diesen Begriff aber nur an sehr wenigen weiteren Stellen, wie die Suche auf einer entsprechenden Internet-Site ergibt. So lässt sich auch in Unkenntnis des umfangreichen Gesamtwerkes die Vermutung wagen, dass Arbeitspflicht kein taugliches Konzept zum Aufbau des Sozialismus darstellt. Dazu müsste sonst mehr zu sagen sein, klar und unverhüllt.

Zwar ist einem Grundsatz wie „jedem nach seinen Fähigkeiten oder Leistungen“ in der Tendenz zuzustimmen – nicht aber in der grausamen Konsequenz, dass nichts bekommt, wer nichts kann oder leistet. Allenfalls darf gelten, dass der oder die Betreffende nichts *hinzu* bekommt, nämlich zu seinem oder ihrem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen. Dieses bereits in der kapitalistischen Gegenwart zu erkämpfen, ist ein berechtigtes Anliegen der Erwerbseinkommenslosen, um ihre Lebensverhältnisse zu bessern.

Der Mensch, wenn man ihn in Ruhe lässt, arbeitet, weil es ihm ein Bedürfnis ist, auch freiwillig, und dies am liebsten. Wer die organisierte Gesellschaft als freundlich erlebt, indem sie das Dasein aller ihrer Angehörigen sichert, ohne Bedingungen zu stellen, weil ihr Reichtum für alle reicht, der wird immer gern bereit sein, auch für die Mitmenschen etwas Sinnvolles, Nützliches oder Schönes zu leisten. Ein **Grundeinkommen** in existenzsichernder Höhe befreit uns von Angst und dem Zwang, uns ausbeuterischen Bedingungen der „Arbeitgeber“ zu unterwerfen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) –siehe auch „Scharf links“

Kinderpornos und Nacktscanner: Werden die „Piraten“ zur Zwei-Themen-Partei? *(„Spiegel-Online“)*

Durch Sanktionen werden keine Arbeitsplätze geschaffen!

Als erste Amtshandlung hat die neue Arbeitsministerin Ursula von der Leyen in der „Bild“-Zeitung härtere Sanktionen für „arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger“ angekündigt. Immer dann, wenn den Ärmsten der Armen wieder etwas genommen werden soll – so wie jetzt durch den Vorschlag des Sachverständigenrats der Regierung, den Hartz-IV-Regelsatz von 359 auf 256 Euro zu kürzen –, wird die Hetze gegen Arbeitslose verstärkt.

In einem internen Bericht der Bundesagentur für Arbeit heißt es, damit würden „die Interessen der Solidargemeinschaft der Steuerzahler geschützt“. Nein, die Rede ist nicht von den 800 Milliarden Euro an die Banken, sondern von jährlich knapp acht Milliarden für sieben Millionen Hartz-IV-Bezieher. Die „Halbjahresbilanz“ meldet den „Erfolg“, dass im ersten Halbjahr 2008 60.000 und im ersten Halbjahr 2009 66.500 „Missbrauchsfälle erledigt“ wurden. Damit stieg die kolossale „Missbrauchsquote“ doch sage und schreibe von 0,9 auf 1,0 Prozent aller Hartz-IV-Bezieher!

Die Autoren räumen selbst ein, dass dieser Anstieg insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass sich die „Situation in den Argen personell, organisatorisch und fachlich verbessert“ hat. Wo mehr Personal, dort mehr Verfolgung. Außerdem kommen Fallmanager nach Insider-Berichten je nach der Höhe der von ihnen erzielten „Einsparungen“ und je nach der Anzahl der von ihnen verhängten Sanktionen in den Genuss von Prämien. Verdi-Personalräte der Arbeitsagentur Bochum machen für diese (tatsächlich so genannte) Verfolgungsbetreuung eine Vorgabe verantwortlich, die auf eine Anweisung des ehemaligen SPD-Bundesarbeitsministers Olaf Scholz zurückgeht, die Ausgaben um acht Prozent zu reduzieren.

Etwa zeitgleich veröffentlichte Nicholas Griesmeier an der Uni München eine wissenschaftliche „Studie zur Auswirkung von Totalsanktionen bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern“. Hartz-IV-Bezieher werden verfolgt und sanktioniert, wenn sie ihren Verpflichtungen zur **Zwangsarbeit** nicht nachkommen, Meldungen bei der Arge versäumen oder unvollständige Angaben zu ihrem Vermögen machen. Seit den Sanktionsverschärfungen 2007 entfällt zum Beispiel für Personen unter 25 Jahren bei der ersten Pflichtverletzung die Regeleistung vollständig und bei Wiederholung die Leistung für Unterkunft und Heizung für drei Monate. Die Folgen sind Verschuldungsprobleme, Räumungsklagen, Verweigerung von ärztlichen Behandlungen, Kündigung von Bankkonten, Sperrungen von Tele-

fonanschlüssen sowie eine Verschärfung der sozialen und psychischen Lage, etwa durch Depressionen.

Das Herumeiern der Regierung mit weiteren Verschlechterungen von Hartz IV zeigt ihre Angst vor dem Volk und dem hartnäckigen Widerstand der Montagsdemonstrationen. Die wichtigste positive Wirkung von Hartz IV ist die Tatsache, dass die Montagsdemo in diesen fünf Jahren zu einer bundesweiten, gemeinsamen und selbstbestimmten Widerstandsbewegung geworden ist!

Harald Braun

Einstieg in eine gerechte Verteilung von Lohnarbeit und Einkommen

1. Arbeit, ganz gleich ob es sich nun um Lohnarbeit handelt oder nicht, schließt eine Forderung nach einem bedingungslosen **Grundeinkommen** überhaupt nicht aus. Knackpunkt ist nicht, dass viele Arbeiten von Maschinen übernommen werden, sondern vielleicht, dass die „Arbeitnehmer“ ihrer Arbeit entfremdet werden und auch kein Mitspracherecht bezüglich der Produktion haben. Natürlich ist es die kapitalistische Profitorientierung, die derzeit alle Blasen zum Platzen bringen, bei denen es möglich ist. Aber setzte man zum Beispiel die Maschinen und Computer in einer sozialistischen Planwirtschaft sinnvoll und geplant ein, dann bräuchte man mit Sicherheit sogar noch weniger Erwerbsarbeitsstunden, da Überproduktionen und Profitgedanke außen vor blieben.

Dass ein bedingungsloses Einheitsgrundeinkommen noch keinen Sozialismus darstellt, ist eindeutig klar. Aber es ist der richtige Weg, um zu einer neuen Gesellschaft zu gelangen und die Menschen endlich mal mit einer Forderung mitzunehmen. Durch die derzeitige Politik der Linkspartei beispielsweise wird doch der Begriff *links* schon eher wieder negativ besetzt. Wie will man *so* eine sozialistische Gesellschaft erreichen? Man muss den Menschen doch ein Angebot machen, welches den meisten, eigentlich allen, wirklich nutzt. Aber mit einem bedingungsloses Grundeinkommen müssen eben auch einige leichte Abstriche hinnehmen: die Besitzstandswahrer und Lebensstandardsicherer. Die sitzen nicht nur unter den Reichen und Superreichen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Die Forderung der Bremer Montagsdemo nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen unterscheidet sich grundlegend von den Forderungen eines Götz Werner oder Dieter Althaus. Die Mitkämpfer(innen) der Bremer Mon-

tagsdemo haben keinesfalls die Absicht, die Erwerbslosen einfach von der Lohnarbeit abzukoppeln und mit einem Grundeinkommen abzuspeisen, im Gegenteil: Es soll der Einstieg in eine gerechte Verteilung von Lohnarbeit und Einkommen sein. Dazu müssen die Begriffe Arbeit oder der von der Linkspartei genutzte Begriff Gute Arbeit nach den heutigen Bedingungen neu definiert werden.

2. Erinnerungen an 2005: Michael Sommer bezeichnete in einer „Tagesschau" der ARD alle Hartz-IV-Gegner als „Betonköpfe und Ewiggestrige". Insbesondere wollte er hiermit wohl den ehemaligen Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, treffen, der zuvor die „Saarbrücker Resolution" mit unterzeichnet hatte und sich von Anfang an als Gegner dieser Arbeitsmarktgesetze outete. Wenn heute Gewerkschaftsvorsitzende diese angebliche Reform kritisieren, dann wohl aus reinem Selbsterhaltungstrieb.

Es kündigt sich Ungemach an für die entsprechenden Damen und Herren, vielleicht sogar in Form der Nichtwiederwahl, denn die Gewerkschaftsbasis scheint langsam begriffen zu haben, wem sie diese Arbeitsmarktreform und der daraus resultierenden Lohndrückerei mit zu verdanken haben. Die derzeitige Kritik an **Hartz IV** soll den amtierenden Vorsitzenden wohl ihre „Haut" retten!

Bestimmt muss man hier in der nächsten Zeit mit Veränderungen rechnen. Das dürfte das Beste für die Gewerkschaften und vor allem für ihre Mitglieder sein. Die Nachfolger stehen bereits in den Startlöchern und warten auf ihre Chance, so lassen es die Buschtrommeln verkünden. Die verkündete Betroffenheit einiger Gewerkschaftsvorsitzender wird an diesem Lauf hoffentlich nichts mehr aufhalten! In Hartz IV werden diese Vorsitzenden wohl nicht fallen, das wird ihre Vermögenssituation ausschließen. Eigentlich schade!

3. Seit einigen Monaten läuft eine Kampagne zur Erhöhung des **Eckregelsatz**es nach dem SGB II auf 500 Euro und zur Einführung eines lohnsteuerfreien Mindestlohnes von zehn Euro in der Stunde. Zwar haben sich bisher schon viele Initiativen, Organisationen und Vereine diesem Bündnis angeschlossen, aber meiner Meinung nach unterstützen trotz allem noch viel zu wenig Menschen diese Aktion So konnte man am Wochenende auf der Homepage des Bündnis nachlesen, dass diese Kampagne bis dahin von 5.413 Personen unterstützt wurde. Davon zeichneten 2.809 diese Aktion online mit und bisher wohl 2.604 per Unterschriftenliste.

Die meisten von uns wissen: Für uns Hartz-IV-Empfänger ist ultimo oft nicht am Ende, sondern häufig schon am 20. eines Monates. Unwürdige „Tafel"-Gänge oder Kohldampfschieberei sind dann angesagt – und das Verzichten der Eltern zugunsten ihrer Kinder. Ich selbst favorisiere zur Überwindung dieser asozialen Hartz-Gesetze das von der Bremer Montagsdemo geforderte bedingungslose Einheitsgrundeinkommen von 1.000 Euro im Monat für jung und alt plus Mindestlohn plus radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzungen hin zu einer 20-Stunden-Woche, um die noch vorhandene Lohnarbeit auf jeden erwerbswil-

ligen Menschen in Deutschland gerecht zu verteilen. Zusätzlich sollte jeder von uns die nachfolgenden Sofortforderungen aktiv unterstützen!

Man kann seine Unterstützung durch ein Mitzeichnen im Internet vornehmen – wesentlich effektiver wäre es allerdings, wenn sich aus jeder Montagsdemo in Deutschland auch einige Mitstreiter(innen) dazu bereit erklären würden, Unterschriften vor den jeweiligen Argen oder „Tafeln“ in ihrem Wohnort zu sammeln. Aus eigener Erfahrung ist mir bekannt, dass diese Aktion von den Hartz-IV-Empfängern selbst als richtig und unterstützungswürdig empfunden wird. Mit nur einem Mitkämpfer in habe ich innerhalb weniger Stunden Hunderte von Unterschriften vor der Arge in Oldenburg gesammelt.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **18. Januar 2010** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Nach kurzer Auftaktkundgebung ziehen wir weiter zum **Hanseatenhof**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

263. Bremer Montagsdemo am 18. 01. 2010

Wir fordern eine Winterbekleidungshilfe für Kinder!

Gibt es einen Betriebsrat, kann er für Ein-Euro-Jobber eintreten

1. Im Ruhrgebiet wurden vergangene Woche die Festlichkeiten zur „Kulturhauptstadt“ begonnen. Erstmals wurde eine *Region* hierzu erklärt. Es war viel politische Prominenz vor Ort, auch aus der EU. Es ist eine gigantische Veranstaltung. In den Nachrichten wurde selten erwähnt, dass die Region Ruhr eine „**Metropolregion**“ ist. Eben diese wurde zur „Kulturhauptstadt“ ernannt.

Die EU hat Deutschland neu eingeteilt in elf Metropolregionen. Sie haben bereits eigene „Regierungen“ gebildet, im Norden als Verein, in denen auch Vertreter von Unternehmen sitzen. Diese Unternehmensvertreter sitzen dort neben den gewählten Volksvertretern, obwohl sie *nicht* durch das Volk gewählt wurden. Bremen ist ebenfalls in eine Metropolregion aufgegangen, zusammen mit Oldenburg.

Welche Gemeinden alle dazugehören, ist in der Arbeitslosenstatistik nachzulesen. Sie wird jetzt nach Metropolregionen geordnet, wie bereits aus Tabelle 1b ersichtlich. Die Bremer Politiker haben dies erst bemerkt, als ihre Förderanträge unbearbeitet zurück kamen: Anträge kann nur noch die Metropolregion stellen. Und wir in Bremen glauben immer noch an den Erhalt der Freien Hansestadt Bremen im Bundesland Bremen! Oder geht es uns wie beim Kanzlerbrief, dass der Bürgermeister plötzlich sagt: „Es war doch immer klar, dass daraus nichts wird!“?

2. Der **Betriebsrat** von „Beck’s Bier“ ist sauer: Die Geschäftsleitung will im Konzern deutschlandweit 386, in Europa insgesamt circa 800 Arbeitsplätze vernichten, so der „Weser-Kurier“ vom 9. Januar 2010. Gleichzeitig hat „Beck’s“ eine Aktion zur Sicherung der Boni für die Geschäftsleitung durchgeführt: Circa 200.000

Hektoliter Bier wurden an Getränkegroßhändler in Süddeutschland „verramscht“, und zwar mit großen Preisnachlässen und Beteiligung an Lagerkosten verkauft. Dadurch wird das Umsatzziel in Hektolitern erreicht und die Bonuszahlung „verdient“. Diese Belastung wäre einzusparen! Der Betriebsrat wird sich mit der Belegschaft standortübergreifend gegen die Konzernpläne wehren. Er bezeichnet sie als Gier! –

Dieses Jahr wieder sind Betriebsratswahlen. Für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin ist ein Unternehmen mit Betriebsrat besser als eines ohne. Das Betriebsverfassungsgesetz hat für viele Entscheidungen die Mitwirkung des Betriebsrates zwingend vorgeschrieben. Bei Massenentlassungen ist ein Sozialplan verpflichtend vorgeschrieben, aber nur bei Unternehmen mit Betriebsrat! Außerdem ist jede Personalentscheidung, also jede Einstellung oder Entlassung, unter Mitwirkung des Betriebsrates zu treffen. Auch Beschäftigungsträger sind Unternehmen. Gerade hier sind Betriebsräte dringend nötig! Betriebsratswahlen werden von den Gewerkschaften und der „Arbeitnehmerkammer“ Bremen unterstützt. Wer Betriebsratswahlen anregen möchte, sollte sich mit den Kolleg(inn)en und seiner Gewerkschaft unterhalten. Der „Bund-Verlag“ hat eine Anleitung herausgegeben, die von den Gewerkschaften kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Vorträge vor Ort werden bei einem gewissen Organisationsgrad ebenfalls angeboten.

Warum sage ich Mitarbeiter(innen) und nicht Arbeitnehmer(innen)? Ein-Euro-Mitarbeiter(innen) *sind keine* Arbeitnehmer(innen)! Auch Ein-Euro-Mitarbeiter(innen) profitieren von angemessenen Rahmenbedingungen wie Pausenraum, Kantine, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Wie viel Arbeitnehmereigenschaften den Ein-Euro-Mitarbeiter(inne)n zugestanden werden, ist in der Veränderung. Ich kenne eine Berufsgenossenschaft, die für Ein-Euro-Mitarbeiter(innen) Beiträge erhebt. Damit sind diese gegen Arbeitsunfälle versichert. Auch hier hat sich die Rechtslage geändert. Wer einen Arbeitsunfall als Ein-Euro-Mitarbeiter(in) hatte und von der Berufsgenossenschaft keine oder nur eine geringe Leistung erhielt, sollte dies noch mal hinterfragen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Und was die Beschäftigungsträger angeht: Nur in einem Betrieb mit Betriebsrat kann sich dieser – auch gegen die Spielregeln – für die Ein-Euro-Mitarbeiter(innen) einsetzen. Zuständigkeiten lassen sich erklagen. Spielregeln ändern sich dann! Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Das neue Jahr bringt auch wieder die Frage mit: Welche **Steuerklasse** ist für mich richtig? Die Steuerklasse beeinflusst auch die Höhe eventueller Lohnersatzleistungen wie Krankengeld, Arbeitslosengeld I, Mutterschaftsgeld oder Elterngeld. In 2009 wurde das „Faktorverfahren“ neu geschaffen, für die Steuerklasse IV/IV bei Ehepaaren. Die anteilige Lohnsteuer wird anhand der geschätzten Einkommen aufgeteilt. Allerdings muss in jedem Fall der Besserverdienende mehr Lohnsteuern zahlen als ohne das Faktorverfahren. Daher auch hier vorher alles bedenken, auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Gesundheit. Das Finanzamt hat für dieses Thema zwei Merkblätter veröffentlicht.

Das Arbeitsamt zahlt ALG I nach der am 1. Januar 2010 eingetragenen Lohnsteuerklasse. Wenn allerdings die neue Lohnsteuerklasse zu einem geringeren Anspruch auf ALG I führt, wird diese berücksichtigt. Daher bei einem Steuerklassenwechsel immer die Ausführungen der Bundesagentur für Arbeit beachten! Ein Wechsel in das „Faktorverfahren“ ist kein Lohnsteuerklassenwechsel, so steht es in der Handlungsanweisung der Bundesagentur für Arbeit zum ALG I (siehe Abschnitt DA 2.4 Absatz 2). Unter gewissen Voraussetzungen kann auch jetzt noch ein Steuerklassenwechsel zum 1. Januar 2010 erfolgen und ist damit auch für die Berechnung von ALG I bindend. Ein zweiter Wechsel der Lohnsteuerklasse im laufenden Kalenderjahr ist ohne zwingenden Grund nicht möglich. Dies alles steht in den Merkblättern. Ansonsten gilt: Wir gehen mit! Und: Die Möglichkeiten der Eintragung von Freibeträgen nutzen. Auch hierdurch erhöhen sich eventuelle Lohnersatzleistungen. Dieser Ratgeber war der Lohnsteuerkarte beigefügt. Arbeitnehmer(innen) mit Lohnsteuerklasse V können den Anspruch auf erhöhtes Kurzarbeitergeld auch haben, obwohl auf der Lohnsteuerkarte mit Steuerklasse V die Kinder nicht vermerkt sind. Die Kinder können dem Lohnbüro anders nachgewiesen werden. Dies geht auch rückwirkend.

4. Die Rechtsschutzversicherung muss bereits für die Gegenwehr gegen eine eventuelle **Kündigung** Unterstützung leisten, bevor diese überhaupt ausgesprochen wird. Diese Entscheidung von November 2008 war dem „Weser-Kurier“ am 5. Januar 2010 eine Veröffentlichung unter „Aktuelle Urteile“ wert. Der Arbeitgeber hatte dem Kläger mitgeteilt, dass aufgrund eines „Restrukturierungsprogrammes“ und „der damit verbundenen Stellenreduzierung“ beabsichtigt sei, ihm zu kündigen, falls er nicht einen ihm angebotenen Aufhebungsvertrag annehme. Das ist eine nicht zu beweisende Behauptung, wenn die Gegenwehr erfolgreich ist und die Kündigung nicht ausgesprochen wird. Daher steht die Pressemitteilung zu diesem Urteil unter der Überschrift „Eintrittspflicht des Rechtsschutzversicherers bei vom Versicherungsnehmer behaupteten Rechtsverstoß durch Kündigungsandrohung des Arbeitgebers“. Die Entscheidung hat das Aktenzeichen IV ZR 305/07. Eine frühe Gegenwehr der Kolleg(inn)en ist wichtig! Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Es ist schon erstaunlich, wie Politiker die **Statistiken** nutzen, genauer: deren aufgrund geänderter Zählweise verfälschten Aussagen. So wird verlautbart: „Wir halten trotz Krise die Zahl der Arbeitslosen fast konstant!“ Laut Statistik ist das so. Wer am Zähltag arbeitsunfähig ist, zählt nicht mit. Wer am Zähltag eine hundertprozentige Leistungskürzung hat, zählt nicht mit. Wer keine Leistungen erhält, weil der Partner oder die Partnerin zu viel verdient, zählt nicht mit. Wer ein Kind unter drei Jahren erzieht, zählt nicht mit. Und so weiter.

„Wir haben die Erwerbstätigkeit gesteigert!„ Laut Statistik ist das so, weil vor der Änderung Teilzeitbeschäftigungen nicht mitgezählt wurden. Jetzt wird jede Tä-

tigkeit mitgezählt. Auch wer nur eine Stunde pro Woche arbeitet, ist „erwerbstätig“. Wenn dies eine zweite Beschäftigung ist, zählt er oder sie sogar doppelt.

„Es gibt genug Ausbildungsplätze!“ Laut Statistik ist das so, weil die Jugendlichen darin als „vermittelt“ erscheinen. In Wirklichkeit sind sie in Maßnahmen geparkt oder als nicht vermittlungsfähig abgestempelt.

„Es gibt genug Arbeitsplätze!“ Ein Spruch der Nazis lautet: „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!“ Daher kann jeder ein Arbeitsplatzangebot in die Datenbank der Bundesagentur einstellen. Jeder Eintrag wird mitgezählt, in jeder Datenbank. Doppelte Einträge werden nicht herausgefiltert. Prüfungen dieser Einträge sollen jetzt vorgenommen werden. Eintragungen in verschiedene Datenbanken werden aber nicht beseitigt.

Allein mit der Aufarbeitung der Zahl der Erwerbslosen hat die Bundesagentur für Arbeit Probleme. Es sind immer noch die gleichen, fast könnte ich sagen: gehegt und gepflegt, damit nur das Ergebnis wunschgemäß ist! Aber die Schere zwischen Wirklichkeit und dem Schein der Statistik war nicht mehr zu vertuschen. Daher konnte Herr Weise sich durchsetzen! Es wurde eine Ergänzung um „Personen in Unterbeschäftigung“ vorgenommen. Eventuell wird der „Weser-Kurier“ Vorreiter und diese Quote veröffentlichen!

Im Arbeitsmarktbericht 2009 steht in Tabelle 8 auf Seite 4, dass die Arbeitslosigkeit laut Statistik nur mit 73,8 Prozent in Bremen beziehungsweise 70,5 Prozent in Bremerhaven für die Unterbeschäftigung ausschlaggebend ist. Wer nun glaubt, diese Zahl sei es, irrt. Die Erwerbslosen ohne Leistungsbezug sind auch in dieser Quote nur enthalten, wenn die IAB diese Zahl ermittelt hat. Diese stille Reserve wird hinzugeschätzt. Im Methodenbericht der Bundesagentur stehen auf Seite 20 die Rahmenbedingungen, unter denen bei gleichem Begriff immer unterschiedliche Quoten ermittelt werden.

Fehlen die Kurzarbeiter in der Statistik, weil die Meldewege zu lang sind? Im Bremer Arbeitsmarktbericht steht auf Seite 4: „Nicht enthalten sind Beschäftigte in Kurzarbeit, weil diese Daten erst mit mehrmonatiger zeitlicher Verzögerung erhoben werden können, siehe gesonderte Presseinformationen zur Kurzarbeit. Die Unterbeschäftigung betrug im Land Bremen nach vorläufigen Angaben...“ Dieses Defizit scheint gewollt zu sein, weil bisher die Betriebe mit Kurzarbeit im laufenden Monat die Zahl der Kurzarbeiter und den Umfang der Kurzarbeit einschätzen und an die Bundesagentur für Arbeit melden mussten. Jetzt muss diese Meldung erst zum Quartalsende erfolgen (siehe Seite 20).

In Bremen ist die Arbeitslosigkeit Seite 7 zufolge um 18 Köpfe in ALG I und 63 in ALG II gestiegen. Es geht weiter mit: „Zu- und Abgänge von Arbeitslosen Insgesamt beendeten im Land Bremen im Dezember 6.644 Personen ihre Arbeitslosigkeit, 9,3 Prozent beziehungsweise 684 weniger als im Vormonat und 4,8 Prozent beziehungsweise 302 mehr als im Vorjahr. 1.972 Arbeitslose wurden in Erwerbstätigkeit integriert. Das waren 15,5 Prozent beziehungsweise 361 weniger als im Vormonat und 6,9 Prozent beziehungsweise 146 weniger als im Vorjahr.“

Von den 6.644 Menschen, die ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten, sind 1.972 in Erwerbstätigkeit integriert. Wo sind die anderen 4.672 Menschen geblieben? Dies wird nicht festgehalten! Die anderen sind im besten Fall „in Rente gegangen“, haben möglicherweise aber auch Leistungskürzungen von 100 Prozent oder dev Verlust von ALG I erlitten, ohne dass ein Anspruch auf ALG II besteht, oder sie sind verstorben, verzogen oder untergetaucht. Dies ist eine Zahl für Bremen, die sich Monat für Monat wiederholt. Bundesweit sieht es genauso aus.

Wie waren die Schlagworte? „Wir halten trotz Krise die Zahl der Arbeitslosen fast konstant! Wir haben die Erwerbstätigkeit gesteigert! Es gibt genug Ausbildungsplätze! Es gibt genug Arbeitsplätze!“ Das sind nichts als Worthülsen, die Wahrheit sieht anders aus. Mein Angebot gilt weiterhin: Wetten, dass nicht einmal Herr Weise weiß, wie viele Arbeitsuchende bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Kaufleute aus Bremen galten einst als mutige Vorreiter und Vordenker! Auf der 221. Bremer Montagsdemo habe ich Bedenken zur Gemeinnützigkeit des Schaffermahls geäußert. Die Schaffer haben inzwischen klargestellt: Auch Frauen können am Schaffermahl teilnehmen! Nur: Sie trauen sich nicht. Nein, nicht die Frauen haben Angst – die Schaffer trauen sich nicht, eine Frau zur Schafferin zu ernennen! Sie trauen sich auch nicht, eine Frau einzuladen! Darüber hat sich auch Ulrike Hauffe im „Weser-Kurier“ vom 12. Januar 2010 gewundert. Nur bei der Bundeskanzlerin konnten sie sich nicht drücken! Wagemut und Beherrschung der Situation sieht anders aus. Wie sehr sich der Ausschluss auf die Karrieremöglichkeiten auswirkt, dürfte klar sein, denn die meisten Führungspositionen werden über „Vitamin B“ vergeben. Wer nicht präsent ist, hat keine Chance!

Diese Anmerkungen gelten auch für die **Eiswette**. Beizukommen ist diesen Brüdern wohl nur übers Geld: Wenn keine Frauen eingeladen werden, ist die Gemeinnützigkeit verwirkt! Wenn schon die Schaffer der Mut verlassen hat, so muss jemand anders „Hand“ anlegen, um den guten Ruf Bremens zu bewahren. Beim „Club zu Bremen“ galt auch die Ankündigung nicht als Tat. Die Gemeinnützigkeit blieb nur erhalten, weil Frauen aufgenommen wurden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Nun war Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Eiswette in Bremen. Davor war er am Hindukusch, er wollte sich vor Ort informieren. Fazit: „Unsere Soldaten, die dort Dienst leisten, dürfen nicht zu Hause mit dem Strafgesetzbuch bedroht werden.“ Herr Verteidigungsminister, wir wollen keine Verhältnisse wie bei der Wehrmacht, wie im Buch über das Reserve-Polizeibataillon 105 im Kriegseinsatz beschrieben. Ich meine nicht die Geschichte von Hans Hespe! Daher geht es nur mit dem Staatsanwalt im Marschgepäck.

Sie waren in Afghanistan! Haben Sie die Auswirkungen der uranhaltigen Munition sehen können? Sicher nicht. Eltern dieser Kinder werden bestraft, wenn sie ihre Kinder zeigen! Hoffentlich findet sich auch hier bald juristische Unterstüt-

zung für die Strahlenopfer. Unsere Soldaten laufen ebenfalls ohne Strahlenschutz Patrouille. Was sagen die Messdaten? Die „Linke Zeitung“ schreibt, wie die Amerikaner mit verstrahltem Gelände umgegangen sind. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Die gesetzliche **Krankenversicherung** hat viele Nachteile – die private hat *sehr* viele. Die „Stiftung Warentest“ hat im Januar-Heft 2010 eine Liste mit Hinweisen zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung veröffentlicht. Die angebotenen Preisvergleiche berücksichtigen die Negativabweichungen nicht. Ich habe folgende Lesermail geschrieben.

„Im Artikel über die private Krankenversicherung stehen viele zu versichernde positive Abweichungen zur GKV. Dies ist zu ergänzen durch einen Hinweis auf negative Leistungsabweichungen der PKV zur GKV. Dazu zählen auch die unterschiedlichen Auswirkungen bei langer Krankheit, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit. Die von Ihnen angesprochenen hohen Kosten im Alter entstehen durch die Schubladenpolitik der PKV. Sie bieten die Leistungen gemäß Tarif an. Dieser wird nach einer gewissen Zeit geschlossen und ein neuer Tarif angeboten, meistens mit geringfügigen Änderungen. Die Versicherten eines Tarifs werden älter und damit leistungsanfälliger. Der Aufwand für diese Gruppe wird auf alle Köpfe dieses Tarifs umgelegt. Dadurch erhöht sich der Beitrag überdurchschnittlich.

All dies steht im krassen Widerspruch zu den Werbeaussagen der privaten Krankenversicherungen. Wer dorthin wechseln will, sollte sich als Anlage zum Versicherungsantrag folgende Frage schriftlich beantworten lassen: ‚Welche Negativabweichungen gibt es zur gesetzlichen Krankenkasse?‘ (Platz für die Aufzählung, Schlusssatz:) „Diese Aufzählung ist abschließend und vollständig.‘ (Ort, Datum, Unterschrift wie Police.) Wer diesen Rat befolgt, wird nie eine private Krankenversicherung abschließen! Selbst wenn der Schlusssatz geändert wird auf ‚Diese Aufstellung ist nach dem heutigen Stand abschließend und vollständig‘ und damit die Hauptausrede entfällt, dass keiner die Zukunft kennt, wird keine Versicherung dazu bereit sein. Falls doch, wird wohl der Antragssteller nicht mehr zum Wechsel bereit sein, denn die Aufstellung der möglichen Nachteile wird detailliert nicht auf eine Seite passen!“

Die privaten Krankenversicherungen sollen dazu beitragen, die im Lissaboner Vertrag vereinbarte Abschmelzung der sozialen Sicherungssysteme voranzubringen. Der neue Gesundheitsminister Philipp Rösler hat den Verbandsführer der PKV „abgeworben“ und zum Abteilungsleiter für Grundsatzfragen gemacht, so der „Weser-Kurier“ vom 14. Januar 2010. „In dieser Funktion soll er sich mit der schrittweisen Umstellung der beitragsfinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung auf Prämien und der Reform der Pflegeversicherung befassen.“ Dazu habe ich auf der 90. Bremer Montagsdemo gesagt: „Gesundheitsreform und Steuerreform sind zwei neue Drohungen, aber nur für die kleinen Leute.“ Die Vorgaben stehen im Lissabonner Vertrag! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Die aktuellen Ereignisse und „Aufgelaufes“ haben diesmal meinen Beitrag etwas verlängert. Im „Weser-Kurier“ vom 18. Januar 2010 steht: „9.200 Hartz-IV-Familien müssen **Kindergeld** zurückzahlen“. Kindergeld wird bei den Leistungen nach dem SGB II zu 100 Prozent gekürzt. Die Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2009 wurde bei den Bescheiden der Bagis aber nicht berücksichtigt. Dies hat die Bagis jetzt gemerkt und möchte die 20 Euro pro Kind nachträglich wiederhaben. Dies wird so einfach nicht gehen! Wenn die Menschen diesen Betrag im Vertrauen auf die Richtigkeit des Bescheides ausgegeben haben, ist eine Rückforderung ausgeschlossen. Wer eine solche Rückforderung erhält, kann sich wehren: Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen! Einfach einbehalten kann die Bagis diese Beträge ebenfalls nicht. Falls dies dennoch geschieht, Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen! Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Anzumerken ist noch, dass diese Gesetzesänderung bei den Bescheiden zu berücksichtigen war. Dies wäre möglich gewesen, wurde jedoch unterlassen. Es wäre auch möglich gewesen, auf die Möglichkeit der Überzahlung und die Rückforderung hinzuweisen. Auch dies wurde unterlassen. Die Bagis steht damit nicht allein. Scheinbar hat die Bundesagentur für Arbeit keine entsprechende Weisung herausgegeben – und ohne Weisung der Bundesagentur für Arbeit geht bei den Argen gar nichts, darf gar nichts geschehen! Auch die Kindergeldkasse ist der Bundesagentur für Arbeit zugeordnet.

Wie war es bei der letzten Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2009 um zehn Euro? Den Leistungsbeziehern wurden diese zehn Euro Erhöhung für die jeweilige Restlaufzeit der Bescheide belassen. Wer einen Bescheid bis zum 31. Mai hatte, konnte für diese fünf Monate die zehn Euro behalten. Verändert wurde der Kürzungsbetrag im neuen Bescheid. Wieso soll es diesmal anders gehandhabt werden – und warum rückwirkend? Wer Kindergeld zurückzahlen soll, kann sich erfolgreich wehren! Wer gestalten kann, wird sparen! Warum wollen die Argen mit viel Aufwand und Kosten zu erstellende Rückforderungen ermitteln, wenn diese nicht gerichtsfest sind?

Zum Thema Kindergeldüberzahlungen gibt es nun zwei parlamentarische Anfragen der Grünen (Verzicht auf Rückforderung von überzahlter Grundsicherung nach Kindergelderhöhung) und der CDU (Verwaltungsfehler bei der Bagis). Spannender ist die Frage: Warum waren nicht *alle* Bescheide der Bagis an Familien oder Bedarfsgemeinschaften mit Kindern falsch? Es gibt Bescheide aus dem Jahr 2009, bei den die Erhöhung zum 1. Januar 2010 berücksichtigt wurde. Bei diesen Bedarfsgemeinschaften ist es zu keiner Überzahlung gekommen. Werden weitere Überzahlungen wissentlich verursacht? Der Artikel im „Weser-Kurier“ stammt vom 18. Januar 2010, die Zahlungen der Bagis gehen am 20. an den Zentralrechner. Abhilfe ist nur per Änderungsbescheid möglich! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ein abschreckendes Element namens Roland Koch

1. In der eiskalten ersten Januarwoche stürzte die Bremerin Marlies Tegtmeier in der Innenstadt so unglücklich, dass sie sich ihr Knöchelgelenk brach. Zwei Tage später wurde sie in einem Bremer Krankenhaus operiert und in ihr Fußgelenk, das sie nun sechs Wochen nicht belasten darf, eine Metallplatte eingesetzt. Sie bekam einen einfachen Gipsverband um den operierten Fuß und einen Gummistrumpf für das gesunde Bein, um einer Thrombose vorzubeugen. Mit viel Mühe gelang es ihr einmal, unter Zuhilfenahme eines Gehbockes zur Toilette im Krankenzimmer zu gelangen. Daraufhin wurde prompt in ihrem Krankenbericht vermerkt, Frau Tegtmeier könne problemlos (!) „gehen“. Gemäß diesem Wunschdenken wurde sie nur einer Woche nach der Operation gegen ihren Willen entlassen. Es ist schön, wenn die Wundheilung von Marlies Tegtmeier – deren Namen ich hier geändert habe – normal vonstatten geht und angeblich keiner stationären Behandlung mehr bedarf. Leider wurde in keiner Weise dem Umstand Rechnung getragen, dass an dem gut heilenden Fußgelenk noch ein Restmensch mit individueller Lebensgeschichte und persönlichen Lebensumständen dranhängt.

Marlies Tegtmeier ist eine stark übergewichtige Frau von Mitte 40, die allein in einer kleinen Wohnung im ersten Stock am Stadtrand von Bremen lebt und eine wirklich bescheidene Rente bezieht. Sie leidet unter Störungen ihres Gleichgewichtes und der Feinmotorik. Dessen vollkommen ungeachtet wurde Frau Tegtmeier von zwei Pflegern in ihrem Bett zu Hause abgeliefert und bekam noch einen Toilettenstuhl daneben gestellt. Da lag sie nun hilflos und kam nicht allein aus ihrem niedrigen Bett heraus, geschweige denn zur Toilette. Ihr war zwar eine Haushaltshilfe für vier Stunden am Tag zugesprochen worden, und zur täglichen Anti-Thrombose-Spritze sollte auch eine Krankenschwester vorbeischauen, doch durften diese ihr nicht bei der Körperhygiene helfen oder beim Wechseln des Gummistrumpfes. Diese völlig unzureichende Hilfe nützte ihr auch gar nichts, als sie nachts zur Toilette musste und sich in ihrer Not nicht anders zu helfen wusste, als um vier Uhr morgens telefonisch einen Freund um Hilfe zu bitten. Der rüstige 72-Jährige, der als einzige weitere Person einen Schlüssel zur Wohnung besitzt, eilte auf seinem Rad durch Schnee und Eis herbei. Der am nächsten Vormittag herbeigerufene Hausarzt tat endlich das einzig Vernünftige und wies Frau Tegtmeier

erneut ins Krankenhaus ein. Von dort soll sie nun für wahrscheinlich vier Wochen zur Kurzzeitpflege in ein Pflegeheim gebracht werden.

Marlies Tegtmeier ist leider kein Einzelfall, weil seit 2004 die Leistungen der Krankenhäuser nicht mehr tageweise abgerechnet werden, sondern nach einer ominösen Fallpauschale, je nach Art der Krankheit. Die tägliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser wird durch die unsäglichen Fallpauschalen natürlich auch nicht gerade beseitigt. Wie bei Pauschalen üblich, werden sie immer viel zu niedrig „bemessen“, um „überflüssige“ Kosten an momentan oder dauerhaft ökonomisch nicht verwertbaren Menschen zu sparen. Diese menschenverachtende, neoliberale Art der Abrechnung tobt sich natürlich auf dem Rücken der Patienten aus, die dann „blutig entlassen“ werden. Wer sich zu früh belastet, riskiert, nochmals operiert zu werden. Weil die Krankenkassen gesetzlich nicht unbedingt dazu verpflichtet sind, eine Haushaltshilfe zu bezahlen, kann hier von einer nicht hinnehmbaren **Versorgungslücke** gesprochen werden. Gerade angesichts der steigenden Zahl alter und alleinlebender Menschen ist dieser Praxis unbedingt ein Riegel vorzuschieben! Wo, wenn nicht im Krankenhaus – wie der Name schon sagt – sollen gebrechliche, kranke Menschen gesund gepflegt werden?

Auch wenn das schwarz-gelbe Gruselkabinett alles dransetzt, den Sozialstaat immer weiter abzubauen, muss die Fallpauschale dringend abgeschafft und die Einführung einer Kopfprämie unbedingt verhindert werden! Die viel beschworene sogenannte Eigenverantwortung kann bei einer durch Dumpinglöhne und Massenarbeitslosigkeit beständig wachsenden (Alters-)Armut von immer weniger Menschen bezahlt werden. Die Bremer Rentnerin Elsbeth Rütten gründete eine Interessengemeinschaft „Ambulante Versorgungslücke“, nachdem sie zwei Male erfahren musste, wie hilflos sie sich selbst nach Operationen zu Hause überlassen wurde, ohne sich die notwendige Hilfe von ihrer schmalen Rente kaufen zu können (siehe auch Hans-Dieter Binder, 185. und 201. Montagsdemo).

2. Nun ist es amtlich, dass jeder dritte Hartz-IV-Bescheid falsch ist und sogar der Chef der Bundesagentur seine Mitarbeiter für inkompetent hält. Die Arbeitsverwaltung hat im vergangenen Jahr knapp 280.000 **Hartz-IV-Bescheide** korrigieren müssen. In 36,4 Prozent aller Fälle wurde den Widersprüchen gegen Hartz-IV-Bescheide ganz oder teilweise stattgegeben. Ich vermute, dass die Anzahl von falsch ausgestellten Bescheiden noch um ein Vielfaches höher ausfiele, wenn sich endlich mal alle zur Wehr setzten! Das für „Grundsicherung“ zuständige Bundesagentur-Vorstandsmitglied Heinrich Alt führte die hohe Zahl falscher Bescheide auf „erhebliche Qualifikationsdefizite“ zurück, die durch eine hohe Personalfluktuation in den Arbeitsgemeinschaften noch verschärft würden. Die Geschäftsführer der argen Argen beklagten sich darüber, dass sie über zu wenig ausgebildetes Personal für das Ausstellen der Bescheide verfügten. Die riesige Schlamperei ist also kein Fehler der Mitarbeiter, sondern der Politiker, die dieses Gesetz mit viel zu heißer Nadel gestrickt haben! Wenn Hartz-IV-Bezieher so

schlampig agierten wie viele Mitarbeiter der Job-Center, dann wären sie schon dreimal auf null Prozent sanktioniert worden und vermutlich obdachlos.

3. *Einerseits* forderten in Leipzig zahlreiche Zeitungsleser per Anruf oder E-Mail den Einsatz von Erwerbslosen zum Schneeschippen. Die Leipziger Arge verlautbarte, dass es keine Rechtsgrundlage für einen generellen Einsatz von arbeitslosen Menschen zu Tätigkeiten im Winterdienst gebe – ausnahmsweise und vorübergehend seien aufgrund der meteorologischen Ausnahmesituation aber Wege gefunden worden, Teilnehmer aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zum Schneeräumen an besonders neuralgischen Abschnitten einzusetzen. Ab 8 Uhr sollten zusätzlich etwa 150 Arbeitskräfte des geförderten Arbeitsmarktes dem Schnee „zu Flocke“ rücken. *Andererseits* sollen **Ein-Euro-Jobber** in Völschow Ärger bekommen, die einen ganzen Tag Schnee geschippt haben: Weil sie von der Landentwicklungsgesellschaft Rosenow zum Ästeschneiden eingesetzt werden, ist ihnen das Schneeräumen ohne Sondergenehmigung strikt verboten. Das hört sich ja nach einer ungemein „zusätzlichen“ Beschäftigung an!

Einen Lohn werden sie für die Schufterei nicht bekommen, sondern sich für den Tag mit der Schneeschaufel sogar noch „Urlaub“ nehmen müssen, als ob es sich dabei um ihr Privatvergnügen gehandelt hätte, und wie wir alle wissen, bekommen Ein-Euro-Jobber keine Lohnfortzahlung im Urlaub! Aber das Schneeschippen ist Ein-Euro-Jobbern selbst dann grundsätzlich verboten, wenn Gefahr im Vollzuge ist. Das hat die Arge nun mal so festgelegt, und daran ist auch überhaupt nicht zu rütteln, selbst wenn der Bürgermeister persönlich die Ein-Euro-Jobber mit dem Schneeräumen beauftragte. Basta! Dieser Herr hatte nämlich den herzallerliebsten Gedankengang, dass die Ein-Euro-Jobber ruhig den Bürgersteig räumen könnten, weil ihnen schließlich auch der Weg freigemacht wurde, damit sie zu ihrem Bauwagen und zu ihrem Arbeitsort kommen. Gerne wüsste ich, warum dann nicht der Bürgermeister oder die Trägergesellschaft Ärger bekommen sollen, sondern die Ein-Euro-Jobber, die hier zu bloßen Befehlsempfängern degradiert wurden und mit einer Kürzung ihrer Bezüge zu rechnen haben, wenn sie sich widersetzen. Das kennen wir doch! Wenn auch mühsam, ist Widerstand aber oft erfolgreich.

4. In der letzten Woche versammelten sich Hafenarbeiter vor dem Gebäude des „Gesamthafenbetriebsvereins Bremen“. Die **Tarifverhandlungen** wurden von massiven Protesten begleitet, weil sich die Arbeitgeber erdreisten, eine neue „unterste“ Lohngruppe für die Fahrer im Automobilumschlag schaffen zu wollen, nach der nur noch neun statt bisher 13 Euro (oder mehr) bezahlt werden sollen. Eine solche „Ergänzung“, besser: Aushöhlung des laufenden Tarifvertrages lehnten die Arbeiter selbstverständlich ab, denn wer möchte wohl trotz Vollzeitarbeit dauerhaft arm bleiben und zugleich zusätzlich am Tropf der Verfolgungsbetreuung hängen müssen? Bei diesem Treffen richtete sich der Protest nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen die eigene Gewerkschaft. Die Rede des Ver-

handlungsführers der Gewerkschaft Verdi, Klaus Lindner, wurde mit Tröten, Knallern und Trillerpfeifen untermalt. Die Arbeiter fühlen sich von der Gewerkschaft nicht mehr gut vertreten. Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, dass die Gewerkschaften sich als Vertreter der Arbeitnehmer verstehen und nicht als die der Unternehmer, nach dem Motto: Hauptsache, der Arbeitsplatz bleibt erhalten! Von Seiten vieler Unternehmen scheint ganz unverhohlen und offen eine Verschleckerisierung, also fast die Halbierung des Stundenlohns, ins Visier genommen zu werden!

5. Der designierte Baden-württembergische Regierungschef Mappus will Hartz-IV-Leistungen kürzen. Ausgerechnet bei den finanziell Schwächsten will er seine Sparleistungen abzwacken, im Klartext: lebensbedrohliche **Hartz-IV-Kürzungen** vornehmen. Weil die Ausgaben für Hartz IV mit rund 40 Milliarden Euro den größten Batzen im Ausgabenbereich darstellten, dürfe Hartz IV nicht zur Tabuzone erklärt werden, weil ansonsten die geplanten Steuersenkungen für die begüterte Klientel der schwarzgelben Koalition nicht zu finanzieren wäre. Das hat er so natürlich nicht gesagt, sondern ich lege ihm diese Worte in den Mund, weil ich vermute, dass sie seiner wirklichen Denkart eher entsprechen! Mappus machte mit seinen Äußerungen deutlich, dass die Kontinuität der neoliberalen Verabschiedung vom Staat weiter forciert werden soll.

6. Die Angriffe auf Hartz-IV-Bezieher gehen auf übelste Art weiter. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ bezeichnete die vom CDU-Vize und hessischen Ministerpräsident Roland Koch geforderte **Arbeitspflicht** für Hartz-IV-Bezieher als eine neue Runde übler Hetze gegen Erwerbslose und furchtbare Verdrehung der Realität. Er könne aber davon ausgehen, dass er mit seinen Vorschlägen nicht nur auf erhebliche Widerstände in seiner eigenen Partei stoßen sondern, bei Verwirklichung seines „brutalstmöglichen“ Kampf gegen Arbeitslose, ein Feuer der sozialen Unruhen entfachen werde, dass er nicht so schnell gelöscht bekommt. Martin Behrsing sagte, dass Koch diesmal allerdings den Bogen überspanne, indem er ein Leben mit Hartz IV als angenehme Variante ansieht. Meiner Meinung nach drückt sich damit eine völlige Unkenntnis der Bedingungen eines Dahinvegetierens in Ausgeschlossenheit von der Gesellschaft aus, das in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von angenehm bedeutet!

Offenbar vertritt Koch einzig die Interessen des Kapitals nach immer niedrigeren Löhnen und Plünderung der Sozialkassen, deren Vertreter maßgeblichen Anteil an der Erwerbslosigkeit haben. Verkleistern sich hier Staat und Unternehmer zusammen mit den Argen und den Trägerfirmen zu einer Art von „Einheitsbrei“, der sich Arbeitgeber nennt, aber immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet, um dann als Sklavenhalter die Erwerbslosen am liebsten lebenslangin prekäre Dumpinglöhne zu zwingen und sie dabei jeglicher Arbeitnehmerrechte zu berauben? Wo liegt der Unterschied zwischen Arbeitspflicht und Zwangsarbeit? In meinen Augen gibt es den nicht: Beides heißt jetzt auf

Neudeutsch Workfare. Oder soll jetzt ein Testballon nach dem anderen für die Zündung der Endstufe zur Zwangsarbeit losfliegen? Ich könnte mich kringeln, wenn es nicht so traurig wäre, dass Koch Anreize zum Arbeiten geben will! Woher will er denn die Arbeitsplätze nehmen? Selber backen als euphemistischer Zuckerbäcker?

Statt die Verantwortlichen für die steigende Arbeitslosigkeit durch ihre Raffgier an den Pranger zu stellen, versucht er, den Erwerbslosen die Schuld dafür als persönliches Versagen in die Schuhe zu schieben. Koch kreiert sich damit selbst sozusagen zum höchst gefährlichen Brandstifter sozialer Unruhen. Verdammt noch mal, wenn ein Herr Koch es selbstverständlich findet, dass Menschen für den Erhalt von Transferleistungen als Gegenleistung arbeiten sollen, dann verlange ich als Gegenleistung für meine geleistete Arbeit in aller Selbstverständlichkeit, dass ich davon auskömmlich leben kann, also ein kleiner Urlaub mit der Familie im Jahr an der Nordsee drin ist und sich Geld ansparen lässt, ohne dabei von der Hand in den Mund leben zu müssen! Schließlich stelle ich mein Hirn, meine fachliche Qualifikation, mein Mitgefühl, meine Kraft, eben mich als kompetente Arbeitskraft ganz zur Verfügung! Das will ich natürlich angemessen honoriert sehen! Eine Arbeitspflicht und eine Ausweitung der Minijobs ist wirklich das Letzte, was wir gebrauchen könnten. Wenn in Deutschland jeder Politiker werden kann, notfalls auch lebenslang, sollten wir uns dann nicht, natürlich nur verbal, dafür einsetzen, dass bestimmte Dampfplauderer das Leben als Politiker nicht als angenehme Variante ansehen können? Die angenehme Variante ist ganz bestimmt nicht Hartz IV und Nichtstun, sondern eine qualifizierte Arbeit bei fair bezahltem Lohn! Das würden die Erwerbslosen sehr gerne tauschen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Ungleiche Verteilung der Arbeit widerspricht dem Grundgesetz

1. In meinen Augen hat Ulrich Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ Recht, wenn er von einer „Placebo-Diskussion“ spricht, weil nur 0,2 Prozent der Hartz-IV-Antragsteller von der groß angekündigten Erhöhung des Schonvermögens profitieren würden. Hartz IV ist schlecht, Hartz IV muss weg, denn es wird in vielen Punkten dem Grundgesetz nicht gerecht, insbesondere nicht dem Artikel 3 und damit dem Punkt Chancengleichheit. Zumindest die Frage der Chancengerechtigkeit muss von den Politikern dieses Landes wirklich ernst genommen werden. Dazu müssen in meinen Augen die folgenden Fragen von einer verantwortli-

chen Regierung beantwortet werden: Was ist überhaupt **Arbeit**? Was ist *gute* Arbeit? Welche dieser Arbeiten muss gesamtgesellschaftlich auch bezahlt werden?

Kommt man zu dem Ergebnis, nur die Lohnarbeit dürfe auch bezahlt werden, hat unbedingt die Prüfung zu erfolgen, wie viele Lohnarbeitstunden überhaupt in einem Kalenderjahr auf wie viele erwerbsfähige und erwerbswillige Menschen entfallen. Genau hieran hat sich eine zeitgemäße gerechte Verteilung auf alle erwerbsfähigen Menschen zu orientieren, damit man überhaupt den Artikel 3 des Grundgesetzes einhalten kann! Hierzu gehört selbstverständlich, dass jeder Erwerbstätige von seiner Lohnarbeit, für die er seine Zeit einsetzt, auch leben kann, ohne dass der Staat ihn zusätzlich subventionieren muss.

Forderungen, die diese Voraussetzungen missachten, dürften in meinen Augen nicht dem Grundgesetz entsprechen, und die Forderung von Roland Koch sollte man auf gar keinen Fall hochstilisieren, denn sie hat mit Sicherheit nicht den Stil einer demokratischen und freien Gesellschaft! Dem derzeitigen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen dürfte Koch mit seinen Verkündungen einen Bärendienst erwiesen haben. Ich schlage vor, dass alle Hartz-IV-Empfänger und ihre Familienangehörigen in Zelte oder Erdhöhlen einziehen, dann könnte die CDU schon ungefähr die Hälfte der Kosten für sie einsparen! Aber dann hätte sie ihre Klientel am Hals, die Vermieter. Herr Koch, müssen Hartz-IV-Empfänger vor dem Antritt der öffentlichen Beschäftigung zum Duschen oder danach?

2. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff! Ich bin Vater von fünf Kindern, drei davon sind erwachsen und berufstätig, zwei meiner Kinder besuchen noch weiterführende Schulen. Im Interesse meiner siebzehnjährigen Tochter, die derzeit hier bei uns in Oldenburg ein Fachgymnasium besucht, wende ich mich an Sie in der Hoffnung, dass Sie ihr und damit unserer Familie, aber auch vielen anderen betroffenen Familien jetzt endlich einmal helfen.

Meine Familie und ich leben derzeit von ergänzendem Hartz IV. Leider ist es bisher im niedersächsischen Beförderungsgesetz für Schulkinder nicht vorgesehen, dass auch die Kinder, die die Klassen elf bis 13 besuchen, kostenlos befördert werden. Allerdings lehnen auch die Argen die Erstattung der **Fahrtkosten** in Form von Monatskarten für die betroffenen Kinder ab, da für die Schulausbildung in den Regelsätzen nach dem SGB II keine Mittel vorgesehen sind. In Kürze wird eine Entscheidung zu den Regelsätzen nach Hartz IV vom Bundesverfassungsgericht bekannt gegeben werden, mit der die Politiker in Deutschland mit Sicherheit in die Pflicht genommen werden.

Meiner Meinung nach ist es ein Unding, wenn die Politik auf der einen Seite eine gute bis bestmögliche Bildung für möglichst alle (?) Kinder fordert und empfiehlt und außer vom „Fordern“ auch vom „Fördern“ spricht, aber gleichzeitig die

Kinder von finanzschwachen Eltern im Regen stehen lässt. Hunderte, vielleicht Tausende von Eltern in Niedersachsen versuchten bereits mit Hilfe der Sozialgerichte ein kostenloses Beförderungsrecht beziehungsweise die Kostenübernahmen zu erstreiten, einige wenige wohl auch schon mit Erfolg. In einer Entscheidung des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen wird angemerkt, dass insgesamt eigentlich das Land für die Beförderung von Schülern zuständig ist.

Dieser Meinung schließe ich mich an. Dass dieses Problem für viele Schülerinnen und Schüler sogar zum Schulabbruch führen kann, weil die Eltern sich die Kosten für die Beförderung ihrer Kinder nicht leisten können, ist in meinen Augen eine Schande für dieses Bundesland! So wie ich als Vater eine Verantwortung für meine Kinder habe und diese auch bestmöglich zu erfüllen versuche, so haben Sie als „Landesvater“ eine noch viel größere Verantwortung, der Sie sich in meinen Augen keinesfalls länger entziehen dürfen. Was in einem CSU-geführten Bayern funktioniert, sollte mit Sicherheit auch in Niedersachsen möglich werden, und da die Zeit hierzu drängt, möglichst schnell!

Ich möchte Sie daher bitten, sich persönlich für die Änderungen der entsprechenden Gesetze, Vorschriften oder Richtlinien einzusetzen. Die Förderung von Schulabbrüchen sollte die Landesregierung nicht länger unterstützen! Ich bitte Sie um eine möglichst schnelle Antwort. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Unter Zwang reguläre Arbeitsplätze durch Billigstlohnjobs verdrängen?

20.000 Kinder aus 9.200 Familien in Bremen sollen die 20 Euro Kindergelderhöhung zurückzahlen. Das ist schon Skandal genug: Eine Kindergelderhöhung müsste erst Recht für Hartz-Betroffene gelten, aber die versucht man ja an den Rand der Gesellschaft zu drängen, der immer größer wird. Der Hohn bei der Geschichte: 20.000 mal 20 Euro macht 400.000 Euro. Dem stehen „Verwaltungskosten“ in Höhe von 80 Euro mal 9.200, also 736.000 Euro gegenüber, so die Berechnung von Th. Lenz, Chef der Hartz-IV-Verwaltung in Wuppertal. Warum also macht man das? Jedenfalls offenbar nicht, weil kein Geld da ist! Es geht wohl eher ums Prinzip: Ihr da unten habt auch nichts verdient – dann nehmen wir euch das wenige, was ihr habt, halt auch noch weg!

Dazu passt gut, dass Hessens Ministerpräsident Roland Koch sowie der zukünftige Ministerpräsident von Baden-Württembergs, Mappus, die Forderung der „Wirtschaftsweisen“ nach Kürzung von Hartz IV um 100 Euro unterstützen. Koch fordert den „Arbeitszwang, auch niederwertige Arbeit anzunehmen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht“. Das ist eine un-

verschämte Provokation angesichts fast sieben Millionen Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind und angesichts zehn Millionen fehlender Vollarbeitsplätze. Wo sind denn die Arbeitsplätze? Koch und seine reaktionären Spießgesellen wollen doch nur, dass noch mehr reguläre Arbeitsplätze durch Billigstlohnplätze verdrängt werden!

Begleitet wird diese Sauerei mal wieder von der „Bild“-Zeitung, die in „Umfragen“ entdeckt haben will, dass über 50 Prozent der Bevölkerung dafür sei, „Hartz-IV-Faulenzern“ das Geld zu streichen. So fordert „Bild“ auch, statt Leiharbeitern aus Osteuropa Hartz-IV-Empfänger einzusetzen, die Schneeverwehungen bei der Bahn zu beseitigen. Dass dafür aber überhaupt Leiharbeiter eingesetzt werden, hat doch als Grund, dass bei der Bahn in den letzten Jahren Zehntausende von Arbeitsplätzen abgebaut wurden!

Seit Anfang an waren die Hartz-Gesetze nicht nur ein ökonomischer Angriff auf einen immer größer werdenden Teil der Gesellschaft, sondern vor allem auch eine widerliche Ausgrenzung und Diskriminierung. Mit all den Bespitzeln, Verfolgen und Unter-Generalverdacht-stellen und geht der Versuch einher, die Arbeiterklasse zu spalten und ihre Angehörigen gegeneinander aufzuwiegeln. Deswegen war unser Kampf auch von vornherein ein politischer Kampf: Gegen eine Regierung, die mit Haut und Haaren den Interessen der Banken und Konzernen verpflichtet ist, gegen eine Gesellschaftsordnung, bei der sich die Spekulanten die Taschen vollstopfen wie Ingrid Flick, Profiteurin des Ruins und der Rettung der österreichischen Hypo Alp-Adria, oder der frühere AEG- und Bahn-Chef Dürr.

Wie Hohn klingt es da, wenn beim großen Eiswett-Fressen letzten Samstag dessen Präsident Braun, in feinem Frack, zwischen Champagner und Kaviar predigt: „Die Krise müsste uns den Weg weisen, unsere viel geliebten und gelebten Standards zu hinterfragen und zu reduzieren. Aber bitte erst ab morgen! Was der Staat gibt, muss er zuvor nehmen. Und wir müssen alle lernen, dass nur das verteilt werden kann, was zuvor erarbeitet wurde. Dies gilt gleichermaßen für die Hartz-IV-Empfänger wie auch für Eliten.“ Welch salomonische Weisheit! Was haben die Spekulanten, die Großbörsianer, die Profiteure denn erarbeitet, diese Eliten?

Die Angriffe zielen nicht nur auf Arbeitslose, sondern immer mehr auch auf die Menschen, die noch Arbeit haben:1,5 Millionen „Aufstocker“ haben trotz Arbeit kein Auskommen, Hafenarbeiter erleiden Lohnkürzungen von zum Teil 20 auf 9 Euro, in Bremen sind zwei Drittel der offenen Stellen Zeitarbeit, womöglich nach dem ungünstigeren Ost-Tarif. Letzten Donnerstag gab es eindrucksvolle Demo der Hafenarbeiter, unter denen der Gedanke reift, den ganzen Hafen dichtzumachen, denn vor drei Jahren wurde das EU-Gesetz „Port Package 2“ im internatio-

nalen Kampf verhindert, einschließlich Blockaden und Steinwürfen in Straßburg. Wer kämpft, kann gewinnen und kriegt auch Solidarität!

200.000 Tote nach dem Erdbeben auf Haiti, und ausgerechnet George W. Bush als Koordinator der Spendensammlung? Warum braucht die Hilfe so lange? Warum müssen erst Luftaufnahmen gemacht werden, ehe mobile Kliniken errichtet werden? Geht es den Imperialisten denn um die Menschen, oder haben sie nur Angst vor einem „politischen Vakuum“ oder davor, für sie noch schlimmer, dass das Volk sein Geschick in die eigene Hand nimmt? Deswegen Bush, der erfahrene Krisenhelfer?

In Asse soll jetzt für zehn Milliarden Euro alles raus – und ins nächste marode Bergwerk rein, den Schacht Konrad. Merkel sagte letzten Donnerstag: „Wir werden die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke umsetzen.“ Wir fordern: Sofortige Stilllegung aller AKWs auf Kosten der Betreiber! Umweltverträgliche Sanierung von Asse und aller anderen Anlagen auf Kosten der Stromkonzerne!

Wolfgang Lange (MLPD)

Woran liegt das wohl: Kein Mensch hat je das Unwort „betriebsratsverseucht“ gelesen *(„Die Welt“)*

Truppenabzug macht Gelder frei für den Wiederaufbau Afghanistans

Wintersport der besonderen Art betrieben am 16. Januar etwa 40 Friedensaktivist(inn)en unter anderem des „Bremer Friedensforums“ und der „Deutschen Friedensgesellschaft“ vor dem Kongresszentrum auf der Bremer Bürgerweide (siehe Foto von Joachim „Bommel“ Fischer). Anlass war das alljährliche traditionelle Festessen der „Stiftung Eiswette“ mit dem Auftritt Karl-Theodor zu Guttenbergs als Gast- und Hauptredner. Die Demonstrierenden empfingen die etwa 700 ausschließlich männlichen Teilnehmer mit einer Mahnwache. Auf Pappschildern und Transparenten forderten sie den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. In einem Offenen Brief, den sie an die Gäste verteilten, riefen sie den „Verteidigungs“-Minister auf, schnellstmöglich einen Plan zur Reduzierung der deutschen Truppen mit dem Ziel ihres vollständigen Abzuges vorzulegen. Der Brief hat folgenden Wortlaut.

„Sehr geehrter Herr von und zu Guttenberg, am Samstag, dem 16. Januar 2010, werden Sie beim Essen der ‚Bremer Eiswette' zu Gast sein. Wir gehen davon aus, dass die Mehrheit der Teilnehmer dieses Essens für die Fortführung des Einsatzes der Bundeswehrtruppen am Hindukusch ist. Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ‚Bremer Friedensforums' und der ‚Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner(innen)", vertreten dagegen mit der Forderung nach einem schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wie auch jener der Freien Hansestadt Bremen.

Seit über acht Jahren ist Deutschland am von den USA begonnenen Krieg in Afghanistan beteiligt. Er hat bisher über 300.000 Menschen das Leben gekostet. Dabei nimmt die Zahl der Zivilisten, die dabei umkommen, von Jahr zu Jahr zu. Nach Aussage der UN-Mission in Afghanistan kamen im vergangenen Jahr 2.412 afghanische Zivilisten um, das sind 14 Prozent mehr Menschen als im Jahr zuvor. Die Zahl der Verletzten wird um ein Mehrfaches höher liegen, unter ihnen Menschen, die für ihr Leben lang verkrüppelt und verstümmelt sind. Sie, Herr Minister, erwägen als Zusage für die Londoner Afghanistan-Konferenz eine Truppenerhöhung der Bundeswehr. Das würde zu einer Eskalation der kriegerischen Auseinandersetzungen in diesem Lande wie in Pakistan beitragen. Stattdessen wäre es angebracht, einen Plan zur Reduzierung deutscher Truppen mit dem Ziel ihres vollständigen Abzuges vorzulegen. Das würde den Weg zum Frieden ebnen, und

dadurch würden Gelder frei werden, die zum Wiederaufbau dieses geschundenen Landes verwendet werden könnten. Darüber hinaus würden Sie damit auch der Sorge um das Leben der deutschen Soldaten entgegenkommen.

Wir appellieren an Sie: Geben Sie dem Druck der US-Regierung zum Zwecke der Truppenerhöhung nicht nach! Legen Sie einen Plan zur schnellstmöglichen Rückführung der deutschen Truppen vor! Werden Sie als Verteidigungsminister ein Friedensminister! Mit freundlichen Grüßen.“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Neues Bagis-Werbe-Video mit feschem Fallmanager

Gestern habe ich meinen Weiterbewilligungsantrag zur Bagis gebracht und mir eine Eingangsbestätigung geben lassen, da bekam ich die neueste skurrile „Verbesserung“ zu Gesicht, die sich die Bremer Arge kurz vor ihrer Zerschlagung noch hat einfallen lassen: einen Flachbildschirm im Wartebereich, der einen Stummfilm mit Untertiteln wie „Ausweis bereithalten“ zeigt. Der Inhalt: Kundengespräche mit Bagis-Mitarbeitern. So etwas Ähnliches haben wir bisher nur im Hartz-IV-Theaterstück gesehen.

Hauptdarsteller war ein Jungmitarbeiter vom Typ Frauenschwarm mit modischer Stirntolle und feschem Dreitagebart, ihm beigesellt eine Altkundin in den Vierzigern mit hängenden Haaren und Mundwinkeln. Unterschwellige Botschaft: Ihre Erfahrung ist nicht gefragt. Nicht die reife Dame erklärt dem Jungspund die Formulare, sondern umgekehrt – der fotogene Smartie ist Sieger im Kampf um die raren Arbeitsplätze. Am Empfangstresen, wo sich eine Warteschlange gebildet hatte, war er *in natura* zu bewundern, als sei das Video eine Live-Übertragung oder der Held geklont worden. Er erwies sich in der Tat als vorbildlich freundlich.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Am **Mittwoch**, dem **20. Januar 2010**, tagen um **15 Uhr** die **Deputationen** für Arbeit und Gesundheit. Thema ist unter anderem die Zerschlagung der Bagis.

Lüge vom Fachkräftemangel: Zahl der Hochqualifizierten, die von Hartz IV leben müssen, stieg 2009 um zehn Prozent *(„AFP“)*

Ende der Faulheitsdebatte: Verfassungsgericht verkündet am 9. Februar 2010 um 10 Uhr sein Urteil über Inhalte und Grenzen eines Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums *(„Open Report“)*

Abgestempelt: Leben mit Hartz IV *(„Youtube“)*

„Deine Mutter klaut bei Kik“: „Deine Mutter arbeitet im Bioladen unter der Kasse und macht die Piepsgeräusche“ *(„Youtube“)*

Allemal besser als Hartz IV: Österreichische Mindestsicherung verzichtet auf Regress und vereinfacht Spießrutenlauf durch die Behörden *(„Tageszeitung“)*

„Absurde Vorwürfe“: Was soll die Parteispende *eines* Hoteliers mit den Steuersenkungen *für alle* Hoteliers zu tun haben? *(„Spiegel-Online“)*

Neuartige Wegelagerei: Rundfunkgebührenpflicht für internetfähige Computer wackelt *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

264. Bremer Montagsdemo am 25. 01. 2010

Neuwahlen wegen der Spenden an FDP und CSU im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag!

1. Die Bremer Senatoren haben die Aufsichtsratsvergütungen behalten. Die Aufsichtsratspositionen werden durch ihren „Arbeitgeber“ veranlasst. Die Sitzungen finden eventuell während der Arbeitszeit statt, die Vorbereitungen dazu auch. Unterstützt in den Vorbereitungen werden die Senatoren durch ihre Dienststellen. Wieso stecken diese Senatoren die Vergütung dann in die eigene Tasche? Dies soll sich ändern. Ein Gesetz soll es regeln. Wieso ein neues Gesetz? Damit überdeckt wird, dass die bisherige Handhabung gegen Treu und Glauben verstößt? Jeder Arbeitnehmer, der für seinen Arbeitgeber tätig wird, muss die daraus resultierenden Einkünfte an seinen Arbeitgeber weitergeben. Dies ist Usus im Arbeitsrecht.

Die Freie Hansestadt Bremen hat circa 200 Aufsichtsratspositionen zu besetzen plus weitere Aufgaben mit Vergütung. Alle sind mit Extrageld versehen. Scheinbar behalten alle Stelleninhaber diese Vergütungen. Für Beamte gibt es zwar eine Obergrenze, aber keinen Zwang, noch einen Aufsichtsratsposten anzunehmen. Im Angesicht der klammen **Haushaltslage** wären diese Privilegien zu beseitigen. Dieses Geld gehört in die Haushaltskasse! Dies gilt auch für Aufgaben, die durch Geschäftsführer oder Mitarbeiter der städtischen GmbHs wahrgenommen werden. Auf der 157. Bremer Montagsdemo habe ich festgestellt:

„Herr Keller, bisher noch Chef der Bremer Investitions-Gesellschaft (eine der GmbHs in städtischem Eigentum, die Aufgaben wahrnimmt, die vorher von der Senatsverwaltung wahrgenommen wurden) erhält circa 200.000 Euro per annum für seine Tätigkeit. Herr Keller sitzt außerdem für die Freie Hansestadt Bremen im Gläubigerausschuss der insolventen Vulkan-Werft. Für diese Tätigkeit erhält Herr Keller eine zusätzliche Vergütung, die er behalten darf: Es findet keine Anrechnung auf sein Gehalt statt. So hat Herr Keller im Laufe der Jahre mehr Geld für

seine Zugehörigkeit zum Gläubigerausschuss erhalten als manch ein Arbeitnehmer der Vulkan-Werft für den Verlust seines Arbeitsplatzes. Frau Linnert will Geld einsparen! Hier gibt es die Möglichkeit. Nicht nur Herr Keller hat Zusatzvergütungen für von Amts wegen verordnete Positionen in Gläubigerausschüssen oder für die Wahrnehmung von Aufsichtsratmandaten erhalten. Die Staatsräte wurden jetzt, wie von Frau Linnert verordnet, für diese Tätigkeit geschult."

Wahrgenommen werden diese Aufgaben bestimmt nicht von unterbezahlten Mitarbeitern. Daher ran an den Zopf! Dazu gehört auch die Änderung der Aufgabenbeschreibungen. Die Senatorinnen und Senatoren sollten mit gutem Beispiel vorangehen und ab sofort diese Beträge an die Haushaltskasse abführen! Bedenken wurde auch schon geäußert: Dies gehe nicht in der laufenden Amtszeit, dies falle unter den Vertrauensschutz. Erinnern möchte ich an die Kürzung der Ruhegehälter der ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter der Freien Hansestadt Bremen zum 1. März 2007 mit Streichung der Jahressonderzahlung 2007! Es waren auch vorher kleine Renten, jetzt sind sie noch mickriger. Auf eine kleine Anfrage der CDU hat der Senat auch zu den Überlegungen für die Entsendung in den Aufsichtsrat Stellung genommen.

Dort steht auf Seite 10 als Frage 2: „Der Aufsichtsrat soll mit Personen besetzt werden, die hinsichtlich ihrer Kenntnisse und Erfahrungen geeignet und hinsichtlich ihrer beruflichen Beanspruchung in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds wahrzunehmen (Handbuch 3, Nr. 72 und 2.5.1 PCGK). Hierzu fragen wir: Inwieweit erfüllen die seit Juli 2007 von der Gesellschafterin in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder diese Kriterien?" Die Antwort: „Alle Aufsichtsratsmitglieder erfüllen diese Kriterien. Die Sitzungen werden inhaltlich umfangreich vorbereitet. Hierzu werden Fachleute aus den beteiligten Ressorts Kultur und Finanzen hinzugezogen." Dem ist nichts hinzuzufügen. Aber auch andere Passagen sind lesenswert!

2. Bei der Sozialauswahl für betriebsbedingte **Kündigungen** wurde die Betriebszugehörigkeit erst ab dem 25. Lebensjahr berücksichtigt. Dies ist vorbei: Die Betriebszugehörigkeit ist von Anfang an zu bewerten, unabhängig vom Lebensalter! Dies hat der Europäische Gerichtshof entschieden (Aktenzeichen EuGH C-55/07). Damit ist die deutsche Rechtsnorm rückwirkend ungültig. Wer von einer betriebsbedingten Kündigung bedroht ist und bereits vor dem 25. Lebensjahr in den Betrieb eingetreten ist, sollte die soziale Auswahl hinterfragen. Wichtig ist, dass der Sozialplan nicht rechtsgültig ist. Eine zur Fristwahrung erhobene Klage lässt sich zurückziehen. Für die Rechtsschutzversicherung besteht bereits bei der Überlegung zum Sozialplan Einstandspflicht. Der DGB-Rechtsschutz kennt sich da bestens aus.

Auch ohne Sozialplan ist künftig die volle Betriebszugehörigkeit bei allen Beschäftigten anzurechnen. Sozialplan oder soziale Auswahl sind auch im laufenden Verfahren rückwirkend angreifbar, siehe auch die vorherigen Bremer Montagsdemos. Auch bei einer Einzelkündigung ändert die Anrechnung der vollen

Betriebszugehörigkeit die einzuhaltende Kündigungsfrist. Wenn mit einer zu geringen Kündigungsfrist gekündigt wurde, ist die Kündigung angreifbar. Achtung: Die Klagefrist beträgt (in der Regel) nur drei Wochen. Wenn diese Frist verstrichen ist, trotzdem gegen die Kündigung Klage erheben. Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer bereits draußen ist, sollte seinen Ex-Arbeitgeber auf den Sachverhalt hinweisen und seine Arbeitskraft anbieten. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Auf der 263. Bremer Montagsdemo bin ich auf die Situation bei Beck & Co. eingegangen. Dem „Weser-Kurier“ vom 20. Januar 2010 konnte ich entnehmen, dass sich der Konzernbetriebsrat mit der Inbev-Geschäftsleitung in Hannover unterhalten hat. Die Gespräche werden heute in Issum fortgesetzt. Im dem Artikel stand auch, dass in Belgien die Arbeiter seit mehr als einer Woche die Werkszugänge blockieren. Dies bedeutet, Inbev Belgien kann nicht ausliefern!

3. Die Überzahlung aufgrund der Kindergelderhöhung wäre zum Lachen, wenn es nicht die Ärmsten treffen würde. Die Bundesregierung könnte das Problem wie Anfang 2009 lösen: Die Leistungsempfänger können das Geld behalten, und die Bundesagentur für Arbeit spart den Verwaltungsaufwand (siehe auch vorherige Bremer Montagsdemo). Bei circa 1,5 Millionen Menschen ist der Behörde dieser Fehler unterlaufen – damit aber nicht in *allen* Bescheiden. Die Behörde muss nun die falschen Bescheide aufheben und neue oder Änderungsbescheide erlassen, wenn das **Kindergeld** zurückgefordert wird. Dabei ist zu beachten, dass eine Rückforderung nur möglich ist, wenn das Kindergeld nicht gutgläubig ausgegeben wurde. Wie die Behörde dies erfährt? Mit dem Widerspruch, in dessen Begründung! Außerdem ist zu beachten, dass eine Rückzahlung erst nach Beendigung des Leistungsbezugs fällig ist. § 51 Absatz 2 des SGB I verbietet die Rückforderung, wenn dadurch die Grundsicherung unterschritten wird.

Dies bedeutet aber auch nicht, dass der Betrag zum Ende des Leistungsbezugs prompt und automatisch rückzahlbar ist. Zinsen und Bearbeitungskosten kann die Behörde ebenfalls nicht fordern. Trotzdem müssen diese Rückforderungen erfasst und verfolgt werden. Änderungen sind zu vermerken. Falls die Behördenzuständigkeit sich ändert, muss diese Rückforderung übergeben werden. Die Behörde muss nach dem Ende des Leistungsbezugs diese Rückforderung zeitnah geltend machen. Ob die circa 80 Euro Bearbeitungskosten pro Rückforderung auch diesen Aufwand abdecken? Diese Verwaltungspanne wird auch im nächsten Bericht der Bundesagentur für Arbeit über erfolgte Überzahlungen auftauchen und wiederum nicht als Behördenfehler gekennzeichnet sein! Leistungsempfänger, die einen Bescheid erhalten, der diesem Anspruch nicht gerecht wird, sollten Widerspruch einlegen! Jeder Widerspruch gegen eine Rückforderung oder Aufrechnung hat aufschiebende Wirkung. Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Warmwasser bei den **Kosten der Unterkunft** ist ein Dauerthema. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales war Herausgeber einer Verwaltungsanweisung für die Ermittlung der Kürzungsbeträge, einer Anweisung entgegen den

Rahmenbedingungen des Urteils des Bundessozialgerichts. Nach circa einem Jahr und Hunderten von verlorenen Gerichtsverfahren wird nun den Argen erlaubt, gerichtskonform zu entscheiden. Die Sätze (auch für die Zeiten davor) stehen im Rundschreiben von Harald Thomé. Die sozialsenatorische Dienststelle hat zu den Warmwasserkosten nicht veröffentlicht (Seite 38). Bitte die Bescheide vergleichen! Die Kürzung ergibt sich aus der tatsächlichen und der anerkannten Miete. Ein Überprüfungsantrag für vier Jahre rückwirkend ist möglich und damit die Nachzahlung bis zum 1. Januar 2006 zu erreichen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Indirekt hierzu steht im erwähnten Newsletter Folgendes: „Weisung der BA zu ‚Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung sicherstellen'. Mit dieser Weisung wird die Geschäftspolitik der BA in der Widerspruchs- und Klagebearbeitung klargestellt. Es wird unter anderem angewiesen, sogenannte Stattgaben in Widerspruchsverfahren bis Sommer 2010 von derzeit circa 60 auf 30 Prozent zu senken. Es wird zwar nicht mehr ausgeführt, wie dieses Ziel umgesetzt werden soll, aber es lässt sich nur umsetzen durch die bisherige Praxis: ‚Im Übrigen ist unter Wirtschaftlichkeitserwägungen darüber zu befinden, ob zu einem als rechtmäßig erkannten Bescheid ein Widerspruchsbescheid gefertigt oder der Widerspruchsführer eingeladen wird, um ihn unter Darlegung der Sach- und Rechtslage zur Rücknahme des Widerspruchs zu bewegen', so die BA mit vorheriger Weisung vom 29. September 2008 (siehe auch meine Veröffentlichung dazu). Mit den neuen Maßgaben für das Jahr 2010 wird deutlich gemacht, dass an der bisherigen rechtswidrigen Praxis nichts geändert werden soll. Die dortigen ‚Erfolgsquoten' sollen zulasten der Betroffenen durchgezogen werden.„ So geht die Bundesagentur für Arbeit mit dem Leistungsanspruch um! Dem Leistungsempfänger bleibt doch nur der Widerspruch und, wenn wie geplant Widersprüche vermehrt abgelehnt werden, vermehrt die Klage.

5. Noch ein Auszug aus dem Newsletter von Harald: „Am 9. Februar 2010 wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den Hartz-IV-Regelleistungen verkünden, so die Pressemitteilung. Es ist daher dringend allen gegenwärtigen und vergangenen Leistungsbeziehern von SGB II, SGB XII und AsylbLG zu empfehlen, für den Fall der rückwirkenden Bescheidung durch das Bundesverfassungsgericht jetzt noch einen Überprüfungsantrag zu stellen. Nur dann werden gegebenenfalls rückwirkend Leistungen nachgezahlt. Zu der Problematik der Ablehnung von Überprüfungsanträgen wird dieser Tage noch ein Artikel auf der „Tacheles"-Seite veröffentlicht werden. Dort gibt es auch Musterschreiben, Widersprüche und Klagen."

Dabei lassen sich auch alle anderen Wünsche mit einfordern (Sanktionen, Heizkosten Nachzahlungen, zu wenig Miete, zu hoher Abzug für Warmwasser, Umzugskosten, Deponat – alles, was nicht voll übernommen wurde beziehungsweise gekürzt wurde! Wie dies geht? Wir gehen mit! Für die Höhe der **Regelleistung** muss der Antrag bis zum 8. Februar 2010 bei der Arge sein. Wie

die Erfolgsaussicht für eine rückwirkende Erhöhung der Regelleistung stehen, ist schwer zu sagen, doch wer keinen Antrag stellt, erhält hundertprozentig gar nichts! Für die anderen Zahlungskürzungen ist die Erfolgsaussicht wesentlich höher. Die Arge hat oftmals Fehlentscheidungen wie beim Warmwasser getroffen.

6. ALG II ist für viele noch immer ein Buch mit sieben Siegeln. Im „Weser-Kurier" vom 23. Januar 2010 steht unter „Sanierung nach fünf Jahren", dass die Freibeträge für Schonvermögen kaum eine Rolle spielen: „Im letzten Jahr wurden nur 0,2 Prozent aller Anträge auf ALG II abgelehnt, weil der Betroffene oberhalb der Vermögensgrenze lag." Diese Zahl ist relativ, weil die Argen den Vermögenden nahe gelegt hat, den Antrag wieder zurückzuziehen: „Ich sehe, Sie haben **Vermögen**! Wenn Sie jetzt den Antrag stellen, dann rechnen wir Ihnen aus, wie lange es reicht. Erst dann sind sie hilfebedürftig!" Die Antragssteller nehmen die Papiere wieder mit und stellen den Antrag später. So entsteht diese Zahl. Die Regelungen zum Schonvermögen im SGB II sind von jenen der bisherigen Arbeitslosenhilfe abgeschrieben. Diese wurden vom Gericht als unzulässig verworfen. Das Landessozialgericht muss nun neu darüber befinden. Falls der Gesetzgeber nicht freiwillig nachbessert, werden auch hier die Richter die Regeln festlegen.

Wer wegen vorhandenen Vermögens seinen Antrag wieder mitgenommen hat oder wem Vermögen angerechnet wurde, kann wie unter Punkt 5 beschrieben vorgehen, vier Jahre rückwirkend, also ab 1. Januar 2006! Zeit ist noch bis zum 30. Dezember 2010. Wie dies geht? Wir gehen mit! Gleich neben diesem Artikel steht, Frau von der Leyen gehe davon aus, dass die meisten ALG-II-Betroffenen sich einen Job wünschen. Dies ist sehr lobenswert. Nur die nächste Feststellung zur Ursache geht wieder in die Vorurteile: keine Kinderbetreuung, keine Schulbildung, kein Beruf! Auch dazu habe ich letzte Woche einiges gesagt.

7. Wir haben uns über Herrn Dr. Möllenstedts Eseleien gewundert. *So* daneben war die FDP früher doch eigentlich gar nicht! Inzwischen verstehe ich dies als Verzweiflungstat. Jede Nachrichtensendung hat nur eine begrenzte Zeit, jede Zeitung nur begrenzten Platz. Es muss einfach überlagert werden! Oliver Möllenstedt wusste wahrscheinlich um die eingegangen Spenden und die Absicht der Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen. Herr Möllenstedt wollte sich zu den Vorgängen in Berlin nicht äußern: „Wir müssen die Entscheidungen akzeptieren." Die FDP steht inzwischen nicht allein da. Die CSU hat ebenfalls einen Batzen Geld aus der Hotelbranche erhalten. Die 100.000 Euro für die CDU sind da schon wesentlich geringer. Die CDU hat aber andere **Großspenden** von den BMW-Eigentümern erhalten. Deren Bitte, den Werkswagenverkauf geringer zu besteuern, wurde weitestgehend erfüllt. Aus meiner Sicht lassen die Spenden an die FDP und an die CSU im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag nur die Forderung nach Neuwahlen zu!

Alle drei Parteien haben sich zulasten der Steuerzahler und Gemeinden geeinigt. Die Hoteliers erhalten eine ordentliche Steuermäßigung. Die Führungs-

kräfte der drei Parteien teilen sich die Posten! Kurzfristig wird noch gewechselt. Die monatlichen Gehaltseingänge sind gesichert. Die Altersversorgung auch. Die nächste Runde zur Versorgung der Klientel mit Milliarden folgt. Die Gemeinden müssen diese Vergünstigungen teilweise finanzieren. Hallenbäder zu schließen ist noch die harmloseste Form. Gerade Bremen wird unter den Folgen leiden! Ab 2020 wird per Sparkommissar radikal gekürzt. Nein, so stelle ich mir die Zukunft nicht vor! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Dies ist einfach zu lösen. Hat all dies denn nichts miteinander zu tun, gibt es keine Verbindungen? Frau Merkel muss zurücktreten und mit ihr ihre Gesellen! Neuwahlen! Änderung des Länderfinanzausgleichs! Ein Traum? Wir arbeiten daran! Montags! Kopf zeigen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Sozial ist, was die Spender nichts kostet

1. Unsere liebe Zensursula bemühte sich als Arbeitsministerin um Schadensbegrenzung, nachdem CDU-Vize Roland Koch sein schrilles Halali zur Jagd auf die Arbeitslosen ins Horn geblasen hatte. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, sagte dazu, die Arbeitslosen seien „sehr sauer“ und fühlten sich pauschal diffamiert. Er warf Koch das „Fangen zweifelhafter Wählergruppen“ vor. Die Zahlen, die Koch vorgibt, seien auch in keiner Weise nachvollziehbar, denn eine vierköpfige Familie erhalte im Monat leider nicht die angeblichen 1.700, sondern nur 1.300 Euro an Leistungen des ALG II. Die Forderung Kochs, Arbeitslose könnten gemeinnützige Arbeit erledigen, weist der Sprecher des „Erwerbslosenforums“ zurück, weil damit vermehrt qualifizierte Arbeitsplätze vernichtet würden.

Meiner Meinung richtet sich diese gemeine **Hetzjagd** gegen die vermeintliche Arbeitsunwilligkeit der Erwerbslosen gleichzeitig gegen die Einführung eines Mindestlohnes, von dem es sich auskömmlich leben ließe. Sonst würde nicht pausenlos und zäh wie ein ausgelutschtes Kaugummi das Lohnabstandsgebot aus der verklebten Tasche gezogen. Statt endlich zuzugeben, wie arg in Deutschland gerade die unteren Löhne zur Profitmaximierung der Unternehmen gesenkt wur-

den, sodass kein weiterer Raubbau an den Beschäftigten betrieben werden darf, wird herumgekreischt, das ALG II sei zu hoch, obwohl es sich davon schon jetzt nicht leben lässt! Am meisten kritisiert Behrsing im Interview, dass die Politiker nicht auf Augenhöhe mit den Arbeitssuchen seien. Dadurch entstünden immer wieder Falschmeldungen. Zudem sei in den allermeisten Fällen nicht der Arbeitslose an seiner Situation schuld: „Es ist das Kapital, das Menschen entlässt."

2. Die Agenda 2010 kann sich sehen lassen! Dank dieser neoliberalen Politik ist inzwischen jeder elfte in Deutschland lebende Mensch auf finanzielle Hilfe des Staates angewiesen, um seine Existenz zu „sichern". Es wird immer wieder so getan, als ob das ALG II eine Grundsicherung sei. Dabei werden in den Daten des Statistischen Bundesamtes nur die „Berechnungen" bis zum Jahresende 2008 hinzugenommen. 7,6 Millionen Menschen erhalten Transferleistungen der Sozialsysteme zur angeblichen Mindestsicherung. Es sollen 5,1 Prozent weniger sein als ein Jahr zuvor. Da kaum davon auszugehen ist, dass sich diese 5,1 Prozent tatsächlich in Arbeit befinden, werden sie vermutlich in einer der sinnlos nervenden und Steuergelder verschwendenden Endlosschleifen geparkt worden, um die **Arbeitslosenstatistik** aufzuhübschen.

3. Anfang 2009 wohnten in Bremen etwa 34.000 Kinder in Armutsverhältnissen. Die meisten von ihnen leben wegen der Segregation in den Stadtteilen – oder fast schon Gettos – Gröpelingen, Osterholz und Huchting. Obwohl das allgemein bekannt ist, scheint diese Information noch nicht bis zu Bremens Bildungsbehörde durchgedrungen zu sein. Im bildungspolitisch rückständigen Deutschland werden die Kinder ja bereits nach der vierten Klasse auf verschiedene Schultypen aufgeteilt. Damit ist oft bereits der zukünftige Lebensweg festgelegt, denn es gilt: „Schuster, bleib bei deinen Leisten!" Entgegen dem sogenannten Schulkonsens von SPD, Grünen, CDU und FDP vom Herbst 2009 werden bei der Schulwahlentscheidung der Eltern scheinbar nur formaljuristische Zwängen herbeizitiert. Danach sollen nun beispielsweise Kinder aus sogenannten Randlagen in Findorff oder Oslebshausen nicht mehr an der dort neu gegründeten Oberschule zugelassen werden. Nach dem neuen Schulgesetz gibt es jetzt mit den Halbjahreszeugnissen erstmals keine Gymnasialempfehlung für Viertklässler mehr.

Das neue Verfahren ist sozial- wie bildungspolitisch fragwürdig. Auf der Strecke bleiben dabei Kinder, bei denen sprachliche Kompetenzen nicht so sehr im Mittelpunkt stehen. Weil sich die sozialen Lebensverhältnisse verstärkt im Umgang mit Sprache widerspiegeln, werden die Kinder aus den sogenannten „sozialen Brennpunkten" deutlich benachteiligt und können nicht mehr das Recht einer freien **Schulwahl** wahrnehmen. Die Gymnasien werden nur noch Kinder aufnehmen, die in Mathematik und Deutsch über den Regelstandards liegen. Auch die Oberschulen können 30 Prozent der Plätze an Schüler vergeben, denen die Grundschulen bescheinigen, dass sie über diesen Standards liegen. Dass die Eltern wegen der vorherigen Nichtinformation und der faktischen Aushebelung des

Elternwahlrechts sauer sind, lässt sich leicht nachvollziehen. Dieses ganze Gerangel und die Unzufriedenheit ließe sich leicht mit „einer Schule für alle“ ausschalten. Doch halt, dann bliebe nur die Unzufriedenheit der selbsternannten Elite, die unter sich bleiben will! Gemeint sind hier diejenigen, die sich wegen der wohligen Beleibtheit ihres Portemonnaies dem Snobismus verschrieben haben und diesen Kult nur unter ihresgleichen huldigen möchten. Aber die können wie immer *privat bezahlt* unter sich bleiben.

4. Weil sich in Bremen ein „Fall Kevin“ nicht wiederholen soll, richtete das Sozialressort vor zwei Jahren das Projekt „Tipp und Tapp – erste Schritte gesund ins Leben“ ein: In sogenannten Problemstadtteilen suchen Gesundheits- und Kinderkrankenschwestern Familien mit Neugeborenen auf. Jedes vierte Baby wird in den Stadtteilen Kattenturm, Sodenmatt, Neue Vahr, Tenever, Hemelingen, Gröpelingen oder Lüssum-Bockhorn geboren. Die Behörde spricht von „Hochrisikomilieus“. Jedes dort geborene Kind soll daher dreimal aufgesucht werden: sechs bis acht Wochen nach der Geburt sowie nach sechs und zwölf Monaten. Vier von fünf Kindern waren in zugewanderte Familien hineingeboren. Mit zehn Prozent der Mütter sei eine Verständigung unmöglich gewesen. Ich kann es gut nachvollziehen, dass 40 Prozent der Eltern schon den ersten Besuch verhindert haben und dass sie bei den angekündigten Folgebesuchen auch entweder offen ablehnten oder die Tür nicht öffneten. Die Versorgung der Kinder und ihr Umfeld wurden bei jedem sechsten Neugeborenen als „mangelhaft bis ungenügend“ eingeschätzt.

Ich hätte das sogenannte Fachpersonal auch nicht hereingelassen, wenn ich mit sehr wenig Geld in den benannten Stadtteilen wohnen würde. Nein, nicht weil ich etwas zu verbergen hätte, sondern weil ich gegen eine solche Diskriminierung und Stigmatisierung bin. Nur wenn *alle* Eltern von Neugeborenen besucht würden und nicht nur die gesellschaftlich Ausgegrenzten, könnte ich dieser Neuerung uneingeschränkt zustimmen! Ich erinnere mich noch gut daran, wie vor etwa eineinhalb Jahren die Bildungsferne dieser Familien angeprangert wurde. Sie sprächen kein Deutsch. Leider lässt dieser Teil des Bremer Maßnahmenpakets zur **Kindeswohlsicherung** völlig außer Acht, dass auch wohlhabende Eltern ihre Kinder schlagen, vernachlässigen oder misshandeln können. Sie vermögen es meist nur besser, dies zu vertuschen oder sich Hilfe zu kaufen! Wohlstand ist kein Garant dafür, dass es den Kindern gut geht, obschon die Wahrscheinlichkeit größer ist.

5. Bei dem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ über Alleinerziehende kam ich aus dem Staunen nicht mehr heraus und fragte mich, warum ich mich *nicht* als „ Hätschelkind der Nation“ erlebte, als ich meine Kinder alleine großzog. Alleinerziehende seien Lieblingsthema der Politik, es gebe innovative Konzepte für 79 Pilotprojekte für Mütter und ihre Kinder. Nichts sei so falsch wie die Gleichsetzung von „alleinerziehend“ und „alleingelassen“, obwohl es sich meiner Erfahrung nach nicht trefflicher ausdrücken lässt! Weil das altmodische Unehelichenrecht endlich

in die Mottenkiste geworfen und das Scheidungsrecht entmoralisiert wurden, sollen finanzielle Nachteile systematisch ausgemerzt worden sein? Dass ich nicht lache! An den Müttern bleibt es doch hängen, den Unterhalt für ihre Kinder selbst zu tragen, wenn sie mehr verdienen, als sie an Unterhaltsvorschuss vom Sozialamt für die Kinder bekommen. Den gibt es natürlich auch nur, bis die Kinder zwölf sind. Klar, von da an tragen sie sich finanziell selbst! Aber sollten die Frauen vielleicht gar nicht alleinerziehend gewesen sein, weil sie doch einen Partner hatten?

Das ginge niemanden etwas an, lebten nicht mehr als 40 Prozent aller Alleinerziehenden von staatlichen Unterstützungsleistungen, mithin vom Steuergeld der Allgemeinheit. Noch ein Löffelchen Moralin gefällig, eine Prise Unterstellung, wenn selbst die Bundesagentur für Arbeit darin eine Einladung zum Missbrauch sieht, der natürlich schwierig gerichtsfest nachzuweisen ist? Ach, das Sozialrecht begünstige **Alleinerziehende**! Hartz IV schaffe nicht unbedingt Anreize, in eine Partnerschaft zurückzukehren! Wie denn auch? Soll jemand gezwungen werden, Partner zu werden, vielleicht mit Sanktionen? Ich glaube es ja nicht: die staatliche Unterstützung als Trennungsprämie! Alleinerziehende Frauen, hört ihr die Nachtigall trapsen? Bleibt brav bei euren Männern, beim schlagenden Gatten, ordnet euch unter, akzeptiert Geliebte, vergesst das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, lasst euch aushalten! Ihr seid nur ein Kostenfaktor. Wenn ihr allein leben wollt, gibt es keine Unterstützung mehr – selber schuld! Für Mütter gibt es zwar auch so gut wie keine Arbeitsplätze, aber das ist das Problem der Frauen allein.

In meinen Augen hat der Artikel eine falsche Überschrift. Es müsste vielmehr heißen: Alleinerziehende sind die Punchingbälle der Nation. Der Artikel ist gespickt mit Anschuldigungen und Gehetze über „die“ ALG-II-beziehende Alleinerziehende, die sich lieber einen 400-Euro-Job besorge, als Vollzeit arbeiten zu gehen. Da wird falsch vorgerechnet, sie habe dann 400 und nicht wie tatsächlich nur 160 Euro mehr. Ich persönlich finde den Inhalt eines Sackes mit zehn Kilogramm Katzenstreu gehaltvoller als diese Hetzerei! Wird hier versucht, einen Keil zwischen die guten arbeitenden und die bösen erwerbslosen alleinerziehenden Mütter zu treiben? Dabei ist es doch politisch gewollt, dass immer mehr Vollzeitarbeitsplätze umgewandelt werden in Mini- und Teilzeitjobs, und vor allem: Frauen, drängt nicht auf die Arbeitsplätze! Die sind den Herren der Schöpfung zugedacht. Gehören die beiden männlichen Autoren möglicherweise selbst zu den Vätern, die ihre von ihnen getrennt lebenden Ehefrauen alimentieren müssen?

6. Nein, ich stimme nicht ein in den Jubelchor, weil immer mehr Bremer Einrichtungen mitmachen beim sogenannten **Kulturticket** für finanziell – und bitte schön nicht etwa *sozial* – schwache Bürger. Neben dem Bremer Theater und den Philharmonikern sind nun auch die Volkshochschule, das „Kito“, der „Kulturbahnhof Vegesack“ und weitere Einrichtungen dabei. Ich kann mir gut vorstellen, wie das Kulturticket nach Angaben der Behörde bei den bremischen Kultureinrichtungen auf eine überwiegend positive Resonanz stößt, wie die Organisatoren sich gegenseitig auf die Schulter klopfen und sich selbst beweihräuchern. Aber es ist ja

wohl der Hammer, in meinen Augen geradezu pervertiert euphemistisch, es als ein weiteres Instrument zu bezeichnen, das der sozialen Spaltung unserer Stadt entgegenwirken könne! Wie toll und ungemein sozial wird es zugehen, wenn das Kulturticket in den nächsten Tagen an den Start geht? Wenn also die gut betuchten Normalbürger, die noch anständig bezahlte Arbeit verrichten dürfen, sich alle benötigten Eintrittskarten besorgt haben und eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn noch welche übrig bleiben sollten, die sonst verfallen würden, ja, dann erst dürfen die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen sie für drei Euro erwerben! So können die Veranstalter doch noch an ihnen verdienen. Sozial ist demnach, was die „Spender“ nichts kostet, sondern sie stattdessen noch daran einnehmen lässt? Ah, wieder etwas dazu gelernt!

Bremer Erwerbslose, Aufstocker, Rentner und Sozialhilfebezieher können sich nicht auf einen Abend im Theater oder ähnliches freuen und sich chic machen. Sie müssen so bleiben, wie sie auf dem Rad durch das Bremer Wetter zum Kulturort gekommen sind. Einen normalen Platz können sie sich nicht mehr leisten und einen ermäßigten nur dann, wenn er sonst von keinem wohlanständigen Mitglied der Gesellschaft, also einem „Insider“, gewollt war. Wie viele Male müssen die „Outsider“ dafür zum Theater fahren, bis sie tatsächlich mal eine Vorstellung erleben dürfen? Toll, Bremer Kultureinrichtungen können ihre sonst verfallenden Eintrittskarten für drei Euro pro Stück ebenso verkaufen, wie Supermärkte ihre Lebensmittel, die das Verfallsdatum überschritten haben, nicht kostenpflichtig entsorgen müssen, sondern als Spende an die Bremer Tafel abgeben können! Aber es ist gut zu wissen, dass dadurch wenigstens der sozialen Spaltung unserer Stadt entgegengewirkt werden kann, die sich nun aufteilt in Veranstalter, die nicht verkaufte Eintrittskarten verfallen lassen, und jenen, die dafür wenigstens noch drei Euro von einem finanziell Schwachen bezahlt bekommen! Mit mir ließe ich solch ein entwürdigendes Bettelgehampel mit ungewissem Ausgang jedenfalls nicht veranstalten. Da bleibe ich doch lieber unsozial gegenüber den Kulturveranstaltern und lasse sie auf ihren verfallenen Karten sitzen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

An drei aufeinanderfolgenden Tagen führt „Die Linke“ in Bremerhaven (26. Januar, „Freizeittreff Lehe“), Bremen-Nord (27. Januar, „Red Lounge“, Alte Hafenstraße 39) und Bremen-Neustadt (**28. Januar 2010**, „Linkstreff“, Buntentorsteinweg 109) jeweils um **19 Uhr** eine **Podiumsdiskussion** durch, an der die Verkäuferin **Emmely** teilnehmen wird. Die Kassiererin wurde mit dem Vorwurf, zwei Pfandbons in Höhe von 1,30 Euro unterschlagen zu haben, fristlos entlassen. Der Fall sorgte bundesweit für Unverständnis.

Nürnberger Trichter: Mangels Arbeit fordert Zensursula Weiterbildungszwang für Erwerbslose *(„Märkische Allgemeine“)*

Überproduktion gibt es nur aus Sicht der Kapitalisten

Das Flugblatt, das wir beim selbständigen Streik der Daimler-Kollegen verteilt haben, wirft eine wichtige Frage auf, denn die Überproduktion von Waren ist nur eine relative. Weltweit gäbe es zum Beispiel großen Bedarf an umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Das soll das Beispiel Kongo verdeutlichen, wo es im Flugblatt heißt: „Während hier von Überproduktion geschwafelt wird, verfault im Kongo die Ernte auf dem Halm, weil es keine Lastwagen gibt.“ Auch Daimler könnte umweltfreundliche Autos oder sonstige Fahrzeuge bauen – der Bedarf ist riesengroß. Dass einerseits immer mehr Möglichkeiten bestünden, alle Bedürfniss der Menschen zu befriedigen, andererseits aber Millionen verhungern, zeigt die ganze Fäulnis des kapitalistischen Systems.

Von Überproduktion und „Überkapazitäten“ auszugehen, heißt, der Argumentation der Monopolvertreter auf den Leim zu gehen. So sagen aktuell die Chefs von General Motors, das Werk in Antwerpen müsse geschlossen werden, da Opel eine Überkapazität von 20 Prozent habe. Bei Daimler sieht es ähnlich aus. In Deutschland stehen 240.000 Arbeitsplätze in der Autoindustrie einschließlich der Zulieferer auf der Abschussliste. Klar ist, dass dem mit Arbeitszeitverkürzung entgegengesteuert werden kann. Es ändert aber nichts an den Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zwingt die Kapitalisten, die Ausbeutung immer mehr zu steigern, die Produktion immer mehr auszudehnen und die Arbeitszeit zu verlängern – bei Strafe ihres Untergangs.

Der Kapitalismus kann nur existieren, indem er ständig Kapital akkumuliert. Doch bei der chronischen Überakkumulation des Kapitals können die Märkte nicht mithalten. Davon versuchen die Kapitalisten abzulenken, wenn sie von Abbau von Überkapazitäten sprechen. In Wahrheit geht es um eine gigantische Kapitalvernichtung, wie wir sie gegenwärtig erleben. Gerade die jetzige, die tiefste Wirtschaftskrise seit Bestehen des Kapitalismus, hat uns veranschaulicht, dass die enorme Überakkumulation in eine Spekulation ungeheuren Ausmaßes geführt hat, mit all ihren Folgen. Sehr gut ist zu diesem Fragenkomplex die von der MLPD herausgegebene Broschüre „Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen – einige Ergänzungen zur marxistisch-leninistischen Krisentheorie“ von Stefan Engel. Wer die Krisen abschaffen will, muss den Kapitalismus abschaffen und den Sozialismus errichten!

Wolfgang Lange (MLPD) – siehe auch „Scharf links“

Im Profitekürzen liegt das Würzen!

1. Da gibt es eine „Führung“ in der Partei „Die **Linke**“, die anscheinend für Vieles spricht, was einen elenden langen Bart hat. Die Personalquerelen erinnern nicht an eine neue soziale Idee, auch nicht an die Vorstellungen einer Rosa Luxemburg oder eines Karl Liebknecht, eher an das Treiben der sogenannten etablierten neoliberalen Parteien. Man steht diesen einfach nicht viel nach. Das Pochen auf Koalitionen auf der einen Seite und das Hoffen auf die Bismarck’sche Sozialversicherung sind auch nichts Neues. Dabei hat man doch gerade erst den Zusammenbruch mehrerer dieser demokratischen Gebilde erlebt.

Das Streben nach Koalitionen und nach Sozialversicherungen, von denen heute schon nur noch die wenigsten Menschen leben können und die die jungen Menschen dann eines Tages im Verhältnis eins zu drei aufbringen sollen, können wohl nicht die neue soziale Idee sein. Was soll daran schon neu sein? Alle Mitglieder der „Linken“ sollten für wirkliche Veränderungen kämpfen, und sie sollten sich diese Bedingungen auf gar keinen Fall von ihren „Vorturnern“ diktieren lassen. Nicht von einem ostdeutschen Prominenten und auch nicht von einem westdeutschen. Nur durch die gemeinsame Entwicklung und Mitarbeit aller Mitglieder dieser Partei und ihrer Unterstützer kann eine neue soziale Idee überhaupt Wirklichkeit werden. Dazu muss man in meinen Augen vor allem erst einmal die alten Kamellen überwinden! Mit sozialistischem Gruß.

2. Im vor den Daimler-Werkstoren verteilten Flugblatt kann man Folgendes lesen: „Nicht die Überproduktion von Waren ist die Ursache der **Krise**“. Das ist eine hundertprozentig falsche Aussage! Natürlich sind die Überproduktionen von Waren die wahre Ursache für die Krise. Solange Millionen nagelneue Kraftfahrzeuge auf Halde stehen, deren Gewinn sich nicht durch Verkauf realisieren lässt, sind diese Fahrzeuge für die Unternehmen nicht mehr als Schrott. Genauso verhält es sich mit Immobilien und allen anderen Waren: Erst mit dem Verkauf lassen sich der Mehrwert und Profit realisieren. Da dies zurzeit kaum oder nur eingeschränkt möglich ist, kommt es zum tendenziellen Fall der Profitrate mit der Notwendigkeit für die Unternehmen, die Löhne zu drücken oder ganze oder Teile von Belegschaften hinauszuwerfen.

Nur radikale Verkürzungen der Arbeitszeiten können hieran etwas ändern – und dass alle Menschen Geld in die Hand bekommen, damit sie überhaupt wieder in die Lage versetzt werden, auch Waren zu kaufen. Ohne Moos nix los! Her mit dem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen von 1.000 Euro im Monat für jeden dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen! Her mit Mindestlohn, radikaler

Verkürzung der Lohnarbeitszeit und gerechter Verteilung der vorhandenen Lohnarbeit! Im Profitekürzen liegt das Würzen! Ein schönes Leben für alle Menschen!

Nun aber zu dem Einwand, das Wort von der Überproduktion sei abzulehnen, weil die Menschen gerne noch viel mehr Waren wie zum Beispiel Autos kaufen würden – sie könnten es aber nicht, weil aufgrund der Überausbeutung der Arbeiter die Massenkaufkraft gesunken ist, besonders in der Dritten Welt, wo wie im Kongo die Lastwagen fehlten! Dort verfault das Korn am Halm, weil Lastwagen nicht produziert wurden? Die werden genauso hergestellt wie alles andere. Doch die Republik Kongo ist schwer kriegsgeschädigt. Das wird der Hauptgrund dafür sein, dass das Korn am Halm verfault und die Menschen die Felder nicht vernünftig bewirtschaften können.

Solche Kriege herrschen, weil ein Land von einer korrupten Regierung geführt wird, die in Saus und Braus lebt und das, was sie benötigt, einfach importiert. Die Überproduktionen sind aber nicht die Ursache dafür. Dass durch die Ausbeutung der Arbeiter und durch den Zwang der Kapitalisten, Profite erwirtschaften zu müssen, letztendlich die Massenkaufkraft sinkt, ist ausschließlich eine Folge der Überproduktionen. Da beißt sich der Hund selbst in den Schwanz. Wenn die Profitraten immer mehr sinken und die Kapitalisten an der Warenproduktion nicht mehr genügend verdienen, weicht man eben in Finanzgeschäfte mit Spekulation und Wetten im großen Stil aus, um hier das schnelle Geld zu machen. Hinter diesen Geschäften stehen keine wirklichen Werte mehr, sondern eher Scheingeld: Es scheint Geld zu sein!

Ich bin auch für ein anderes, besseres System. Aber die Rettung der Arbeiter, der Erwerbslosen, der Kranken und überhaupt die Rettung des Erdballs jetzt von einem Weiterso in der bisherigen Produktionsweise zu suchen und den Leuten dann vielleicht noch zu sagen: „Wählt uns Sozialisten, und wir garantieren euch, wir produzieren lustig weiter wie bisher!“, das kann wohl kein vernünftiger Lösungsvorschlag sein. Auch darf die Produktion von Kraftfahrzeugen für die individuellen Zwecke des Einzelnen niemals als eine Lösung angesehen werden, eher als ein Problem, wenn man es unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet. Die mangelnde Arbeit ist in meinen Augen nicht das Hauptproblem, es ist für die Menschen höchstens der Mangel an Geld. Das gilt auch für die Bauern im Kongo: Hätten sie das Geld, könnten sie so viele Lastwagen kaufen, wie sie wollten, es gibt eh zu viele. Aber genau daran hapert es dann!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links“

Knallköppchen plappert Medienhetze nach: Wer schützt Deutschland vor denkfaulen Ministerinnen? *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

265. Bremer Montagsdemo am 01. 02. 2010

Wir fordern eine Winterbekleidungshilfe für Kinder!

Den Dübel an die Wand gemalt

Die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. 3,1 Milliarden Menschen leben in Armut, davon 1,4 Milliarden unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Klimaerwärmung beschleunigt sich. Falls Sie bisher geglaubt haben, dass die hemmungslose Profitgier unseres Wirtschaftssystems, gestützt von korrupten Politikern, solche katastrophalen Krisen hervorbringt – weit gefehlt! Dank unseres bekannten und beliebten Revolverblattes ist die Quelle allen Übels nun ausgemacht: Es handelt sich um den 54-jährigen Arbeitslosen Arno Dübel. Nach dem Schutzschirm über die Banken soll nun, dank der erkennenden und fürsorglichen Weitsicht von Familienministerin Köhler, ein Schutzschirm vor Arno Dübel gespannt werden, der die Schwachen vor Arno Dübel schützt!

Und sonst geht es noch danke, Frau Köhler? Haben Sie wirklich nichts Besseres zu tun, als „Bild“-Zeitung zu lesen? Ihre Schutzmaßnahmen vor Herrn Dübel dürften zur Lösung unserer Probleme genauso wenig bewirken wie Ihre Dissertation für das Fortschreiten der Wissenschaften. Ich denke, es würde uns allen mehr nützen, wenn Frau Köhler es Herrn Dübel gleichtäte und das Arbeiten sein ließe. Eines scheint Frau Köhler ja bereits mit Herrn Dübel gemeinsam zu haben: einen gering ausgeprägten geistigen Horizont. Nur: Herr Dübel kann nichts dafür. Und nebenbei bemerkt, kann er *so* arbeitsunlustig nicht sein, wenn er sich gegen Honorar bei dem zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Sender RTL als Laiendarsteller betätigt.

Diese RTL-Doku-Soap ist natürlich von vorne bis hinten gestellt. Da macht Arno einen „Überraschungsbesuch“ bei seiner Schwester Tamara, um sie wegen

einer unbezahlten Tierarztrechnung anzupumpen, doch so überraschend kann sein Besuch nicht sein, wenn sie ihm mit an der Bluse angestecktem Mikro öffnet: „Arno, was machst *du* denn hier?“ Der Neffe Florian erscheint eine Stunde zu spät zur „Probearbeit“ in der Schreinerei, doch woher wusste das Kamerateam, das ihn bei seiner Ankunft draußen filmte, *wann* er kommen würde, sodass es bereitstehen konnte, ihn bei seinem Eintreffen zu filmen? Dübel hat übrigens erstaunlich weiße Zähne für einen so leidenschaftlichen Raucher, und seine von RTL behaupteten vermeintlichen 100 Zigaretten am Tag sind, wenn man die Kosten grob überschlägt, absolut unrealistisch: Fünf Schachteln mal vier Euro mal 30 Tage sind 600 Euro! Selbst als günstigerer Stopftabak wären es noch etwa halb so viel. Aber auch bei 300 Euro monatlich zum Rauchen braucht er noch die restlichen 59 Euro für Strom, da er ja den ganzen Tag den Fernseher laufen lässt.

Wovon kauft er Kleidung (etwa die schicke Lederjacke), Essen, das viele Bier und Hundefutter? Wovon zahlt er die Hundesteuer? Meine Rechnung soll lediglich die Unplausibilität von 100 Zigaretten am Tag verdeutlichen, da sich die Angaben zu seiner Lebensführung in unterschiedlichen Quellen widersprechen. Seine Kosten sind unbekannt und können es auch bleiben. In einem Artikel heißt es, dass „Jacky“ ein „Pflegehund“ sein soll; so mag er wohl die Hundesteuer umgehen. Vielleicht umgehen die Autoren durch diese Bezeichnung auch die mögliche Tatsache, dass für dieses Tier schlichtweg keine Hundesteuer gezahlt wird. Ich kann mir auch einfach nicht vorstellen, dass ein Unternehmer auf den „Arbeitsvermittlungsanruf“ einer Schwester anbeißt. Der würde doch sagen: „Wenn sich Ihr Bruder für eine Stelle in unserem Betrieb interessiert, kann er ja selbst bei uns vorstellig werden.“

In der RTL-Sendung „Deutschlands glücklichster Arbeitsloser“, in der Arno Dübel seit 27 Jahren arbeitslos zu sein scheint, wird das Alter seiner Schwester Tamara mit 47 Jahren angegeben. In der RTL-Sendung „Mitten im Leben, 30 Jahre arbeitslos“ ist sie immer noch um kein Jahr älter geworden: „Die 47-Jährige macht sich um ihren Bruder Sorgen.“ Im aktuellen „Bild“-Video gibt Arno selbst die Dauer seiner Arbeitslosigkeit weiterhin mit 30 Jahren an, in der Berichterstattung des „bunten Blattes“ sind es dagegen schon 36 Jahre. So viel Spaß das Thema auch macht, sollten wir dabei nicht aus dem Auge verlieren, dass es sich um eine hundsgemeine und durchtriebene Kampagne handelt, die zum Ziel hat, durch Manipulation der öffentlichen Meinung unsere Situation zu verschärfen!

Dazu passt das sich nun abzeichnende „Happy End“: Arno soll mit dem Schlager „Arbeit ist Scheiße! Hartz IV und Dosenbier!“ das wohl in die Jahre gekommene Dübel-Double Jürgen Drews am „Ballermann“ auf Malle ablösen und Popstar werden. Doch vielleicht haben ein paar Hamburger Lust, diese Geschichte mal ein bisschen nachzurecherchieren. Kennt jemand die Schreinerei? Man könnte ein paar Bretter zum Zurechtsägen hinbringen und eine Konversation mit den Beschäftigten über das Fernsehteam anfangen. Man könnte in dem Blumenladen einen Strauß kaufen und ein paar Fragen stellen oder einen Klönschnack mit den Mitarbeitern des Tierheims abhalten. Mit Zeit und einem Videoschnittprogramm

ließen sich die dargelegten Ungereimtheiten dieser Darstellungen aufzeigen und bei „Youtube“ hineinstellen. Das alles erinnert doch sehr an den „Weltraumspaziergang“ des chinesischen „Kosmonauten“, aus dessen „Raumanzug“ Luftblasen nach oben steigen.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Calli plädiert für bedingungsloses Grundeinkommen: „Wir sollten ihn vernünftig behandeln, für Essen, Wohnung und medizinische Versorgung sorgen“ *(„Bild“)*

Auf Erwerbslose darf mal wieder scharf geschossen werden

1. Auf Erwerbslose darf offenbar mal wieder scharf geschossen werden. Verbal natürlich „nur“, aber der Bogen wird doch gewaltig überspannt, wenn Ministerpräsident Roland Koch von einer „Perversion des Sozialstaatsgedankens“ spricht und dabei meint, dass sich für viele das Arbeiten gar nicht mehr lohne, wenn die Regelsätze für Kinder erhöht würden. Es ist immer die ewige alte Leier vom Lohnabstandsgebot, wobei bewusst verschwiegen wird, dass eine „Lösung“ nur darin bestehen kann, endlich vernünftige Mindestlöhne einzuführen und dabei natürlich auch die Löhne selber anzuheben. Wenn die Sätze für Kinder zu hoch sind, wieso konnte sich dann seit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze die Kinderarmut verdoppeln, müssen so viele Kinder zur Tafel geschickt werden? Seit wann bekommen Menschen, die hart arbeiten, auch tatsächlich ein dementsprechendes gutes Einkommen? Aus welchem Märchenbuch ist das denn? Arbeitet ein Ministerpräsident Koch hart, oder kämpft er nur mit harten Bandagen und schießt dabei mit Kanonen auf Spatzen?

Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt fällt in den hetzerischen Chorgesang mit seiner Behauptung ein, legale Arbeit werde „unattraktiv“, wenn die Grundsicherung zu hoch wäre. Die „Blöd“-Zeitung legt nach mit der Suggestivfrage, ob Hartz IV also faul mache. Mit dem Spruch „Arbeit soll sich wieder lohnen“ meint „Blöd“ aber nicht, dass höhere Löhne gezahlt werden sollen, nein: Alles, was Arbeit lohnender macht, würde die Profite des Kapitals vermindern. Arbeit für sechs oder

7,50 Euro, von der nicht einmal die Miete bezahlt werden kann, soll sich angeblich dann wieder „lohnen“, wenn Hartz IV für Erwerbslose gekürzt wird. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Je niedriger das Hartz IV-Niveau, desto größer wird der Druck, die Löhne zu senken, was dazu führt, dass sich Arbeit immer weniger lohnt. Genau das scheint die „Blöd“ anzustreben, obwohl sie selbstredend das Gegenteil behauptet. Wenn Koch bereits die gegenwärtigen Regelsätze von Kindern für „pervers“ hält, nicht jedoch die vielen existierenden Hungerlöhne, und das skandalöse Verhalten derartiger Arbeitgeber gar nicht erst thematisiert, dann muss die Frage auf den Tisch, wer oder was hier eigentlich pervers ist!

Das **Gehetze** gegen Erwerbslose, die angeblich erwerbslos sein *wollen*, taucht pünktlich zum Jahresbeginn 2010 auf. Es wird seit Wochen nichts unversucht gelassen, Erwerbslose in Misskredit zu bringen, um von der beschämenden Realität abzulenken, dass in diesem reichen Land die Armut immer größerer Bevölkerungsanteile im gleichen Verhältnis wächst wie die Profite der Unternehmen und die ungeheuerlichen Boni ihrer Manager. Sicherlich soll auch die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Höhe der Kinderregelsätze hübsch arbeitgeberfreundlich gestaltet werden, um die Benachteiligung des „abgehängten Prekariats“ und seiner fast chancenlosen „Hartz-IV-Brut“ konstant zu halten. Die Richter bekommen durch die Medien vorgekaut, was Koch und Konsorten von sich geben, und ich glaube nicht, dass sie davon unberührt bleiben können. Die eigentliche Perversität des Leistungsgedankens besteht doch darin, dass nach 60 Jahren Bundesrepublik zehn Prozent der Bevölkerung 60 Prozent des gesamten Kapitals besitzen! Die Umverteilung von unten nach oben geht munter weiter, weil Politik und Wirtschaft so wunderbar Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig die Wünsche von den Lippen ablesen, um sich abwechselnd ein Häppchen nach dem anderen ins feinkostverwöhnte Mäulchen zu schieben.

2. Was Roland Koch nicht sofort gelingen will, wird in Köln offenbar einfach mal eben umgesetzt. Die sogenannten Ein-Euro-Jobs wurden dort wegen „finanzieller Engpässe“ bereits seit Mitte 2009 sukzessive gekürzt und scheinen nun verschwunden zu sein. Durch die Medien geistert bereits seit Monaten die Nachricht von einem sich androhenden Milliardendefizit bei der Bundesagentur für Arbeit und dass deswegen gespart werden müsse. Für manche Transferleistungsbezieher, die die 50 überschritten haben, bedeutet dies, dass sie nur noch sehr vage Aussichten auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Dennoch kann sich durchaus ein Arbeitsdienst an den nächsten reihen, von der sozialversicherungspflichtigen ABM-Stelle zum **Ein-Euro-Job** mit einer Aufwandsentschädigung von 1,30 Euro die Stunde. Natürlich immer beim gleichen Maßnahmeträger, der sich daran sicherlich sein Näschen mit Steuergeldern vergolden konnte. Beim sogenannten Null-Euro-Job sollen dann bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden lediglich noch die Fahrtkosten übernommen werden. Qualifizierungen oder Bewer-

bungen sind dabei nicht mehr vorgesehen. Dennoch wird schwere körperliche Arbeit erwartet, wie in einem ganz normalen Job auch.

Aber es ist nun mal kein normaler Job. Wehe, wenn die so schamlos ausgebeuteten Null-Euro-Jobber unentschuldigt fehlen: Dann hagelt es existenzbedrohende Kürzungen von erst 30 und dann 60 Prozent! Normale Arbeitnehmer müssen solche Kürzungen nicht befürchten oder gar ertragen. Perverserweise nennt sich diese Zwangsmaßnahme „Wege in Arbeit“, obwohl sie bestimmt nie dorthin führen, sondern vielmehr in Armut und Sklaverei, zur kompletten Aushöhlung, ja Zerstörung jahrzehntelang erkämpfter Arbeitnehmerrechte! Bei dieser Art sogenannter Mehraufwandsentschädigung werden offenbar nur die Fahrtkosten bezahlt. Wenn der Mehraufwand aber höher oder die Zuweisung rechtswidrig sein sollte, sollte meiner Meinung nach Widerspruch gegen die Zuweisung oder, bei abgelaufener Widerspruchsfrist, ein Antrag auf Überprüfung der Zuweisung gestellt werden. Ich würde eventuell eine Klage vor dem Sozialgericht mit Feststellungsantrag auf Rechtswidrigkeit der Zuweisung und Leistungsantrag auf Zahlung des ortsüblichen Arbeitsentgeltes als öffentlich rechtlicher Erstattungsanspruch einreichen. Merke: Wo kein Kläger, da auch kein Richter!

3. Das städtische Freizeitbad in Worms entließ vier Kassiererinnen fristlos, weil sie eine Trinkgeldkasse führten. Aus der Kaffeekasse bastelte der Leiter des Freibades eine Schwarzgeldkasse und den Verdacht der Korruption. Muss er von sich auf andere schließen? Seit Jahren habe eine Tupperdose auf dem Tresen gestanden, in der sich am fraglichen Tag 1,32 Euro befunden. Im Spind fanden sich weitere 34,02 Euro. Seitdem klagen die Kassiererinnen auf Wiedereinstellung. Bereits zweimal trafen sie sich mit den Wormser Freizeitbetrieben vor dem Arbeitsgericht Mainz. Die Richterin schlug vor, die Kündigung in eine Abmahnung umzuwandeln, doch die Freizeitbetriebe lehnten den Vorschlag ab. Der Streit erinnert fatal an weitere **Bagatellkündigungen**, die in den vergangenen Monaten für Aufsehen sorgten: an die Entlassung der Supermarktkassiererin Emmely, die angeblich Leergutbons einlöste, oder an die Altenpflegerin, die mehrere Maultaschen mit nach Hause nahm. Wie in jenen Fällen beschuldigen auch die Schwimmbad-Kassiererinnen ihren Arbeitgeber, die Freizeitbetriebe Worms, dass er sie loswerden wolle, wobei die nicht genehmigte Trinkgeldkasse nur als Vorwand diene.

Neu ist, dass im Kassiererinnenstreit der Arbeitgeber kein privates Unternehmen ist, sondern eine Stadt. Ich finde es mehr als empörend, dass die 49 bis 55 Jahre alten Kassiererinnen vor die „Wahl“ zwischen Pest und Cholera gestellt wurden, dass sie entweder gehen sollen oder ab jetzt halbtags als Putzkräfte mit erheblichen Geldeinbußen arbeiten sollten. Dabei sind die Frauen nach zum Teil 25-jähriger Tätigkeit im Schwimmbad unkündbar, und unter normalen Umständen würde sie niemand rauskriegen. Ich kann es mir nur allzu gut vorstellen, dass der städtische Betrieb die vier Kassiererinnen gegen jüngere, billigere Arbeitskräfte austauschen möchte. Es wird nun immer ominöser, und ich vermute, dass der Bürgermeister des Städtchens eine blühende Fantasie hat. Denn zwei Mo-

nate nach der Kündigung behauptete er auf der Rathaus-Homepage, dass nicht die Bagatellgründe ausschlaggebend für die Kündigung seien, sondern „Fundsachenunterschlagung“. Der Bürgermeister spricht von Geldbörsen, Schmuck, Uhren und Handys, die aus dem Tresor des Bads verschwunden seien. Auch der Anwalt der Kassiererinnen hält die erneuten Vorwürfe für ein Ablenkungsmanöver, weil die Stadt merke, sie könne den Prozess vor dem Arbeitsgericht nicht gewinnen. Erst ist es Trinkgeld, das zum angeblichen Fundgeld mutiert, und demnächst haben die Mandantinnen wohl im Schwimmbad mit Rauschgift gedealt.

4. Alea iacta est: Der Post-Mindestlohn ist gekippt. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Konkurrenten der Deutschen Post Recht gegeben und deren **Mindestlohn** für rechtswidrig erklärt: Beim Zustandekommen der Verordnung habe das Bundesarbeitsministerium „gravierende Verfahrensfehler“ begangen. Der Mindestlohn für Briefträger von 9,80 Euro war zwischen dem von der Deutschen Post dominierten „Arbeitgeberverband Postdienste“ und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ausgehandelt und von der früheren Bundesregierung 2008 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Mehrere private Konkurrenten der Deutschen Post wie die PIN Mail AG und TNT sowie ein Arbeitgeberverband wehrten sich gegen eine Verordnung, die den Mindestlohn auf die gesamte Branche ausweitete. Klar, das wird nun natürlich Lohnkürzungen zur Folge haben! Ex-Arbeitsminister Olaf Scholz hält einen Mindestlohn für Briefträger trotz des Gerichtsurteils gegen die einst von ihm erlassene Verordnung weiter für möglich.

Auch Verdi-Vize Andrea Kocsis erklärte, ihre Gewerkschaft halte an den bisherigen Mindestlöhnen fest: Sie gewährleisteten einen Lebensunterhalt ohne ergänzende Hartz-IV-Leistungen. Wenn die neue Bundesregierung eine Nachfolgeregelung verweigere, müsse sie sich den Vorwurf gefallen lassen, „die Beschäftigten im liberalisierten Briefmarkt der Ausbeutung auszuliefern und Steuergelder für unsinnige Sozialsubventionen hinauszuwerfen“. Während „Die Linke“ einen Mindestlohn von zehn Euro für alle Branchen forderte, um sicherzustellen, dass der Zusteller von seinem Lohn auch leben kann, erklärte der unsägliche Präsident des von Post-Wettbewerbern getragenen A„rbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste“, Florian Gerster, das Leipziger Urteil bringe Rechtssicherheit für die Unternehmen und bedeute „grünes Licht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze“. Aber was für welche? Arbeit, Arbeit über alles – und immer weiter so mit einem sich verselbständigenden Wettbewerb, wo ihn keiner braucht! Jeder weiß, dass die „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ von den Arbeitgebern gegründet wurde. Wenn hier Arbeitgeber und Gewerkschaft über Tarifverträge diskutieren, ist das ein Selbstgespräch. Solche Tarifvereinbarungen gehören verboten! Wann wacht Frau von der Leyen aus ihrem Dornröschenschlaf auf und macht vernünftige Arbeitsgesetze?

5. Unions-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder hat die super Schnaps-, äh: Spar-Idee, Eltern von Schulschwänzern das **Kindergeld** zu kürzen. Er könne es „nicht

hinnehmen, dass junge Leute – Deutsche, aber vor allem Zuwanderer – die Schule schwänzen“. Ich weiß nicht, woher Herr Kauder sein „Wissen“ bezieht, ob zum Beispiel irgendwelche Klassenbücher belegen, dass überwiegend Migranten die Schule schwänzen, oder nach welcher Statistik er zu seiner Aussage kommt. Er irrt auch darin, dass viele Menschen glaubten, „ihre einzige Perspektive sei Hartz IV und das Verweilen im Arbeitslosengeld II ihr natürlicher Lebensweg“, denn Hartz ist eine Vorhölle mit Verfolgungsbetreuung, und dieser Albtraum ist alles andere als eine Perspektive. Hat sich Herr Kauder dies von den Berlinern Heinz Buschkowsky (SPD) und Stefanie Vogelsang (CDU) „abgeguckt“, oder södert er schlicht Kauderwelsch? Immer nur die harte Gangart und keine Frage danach, *warum* Kinder und Jugendliche die Schule schwänzen! Haben sie Angst vor Mitschülern, den Lehrern, halten sie den Stress nicht aus, oder fragen sie sich, warum sie sich anstrengen sollen, weil sie keine Chance für sich sehen, jemals durch Bildung auf einen „grünen Zweig“ kommen zu können? Dieses bescheidene, reaktionäre dreigliedrige Schulsystem gehört abgeschafft, damit alle Kinder eine Chance auf Bildung bekommen können! Gegenvorschlag: Wie wäre es, wenn allen Bundestagsabgeordneten die Diäten gekürzt werden, wenn sie nicht im Bundestag erscheinen? Wie oft sind da massenhaft leere Stühle zu sehen!

6. Arbeitsministerin von der Leyen möchte das Wort Hartz IV aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verbannen. Der Begriff sei so negativ besetzt, dass er eine differenzierte Debatte über Langzeitarbeitslosigkeit behindere. Deshalb sei es für sie „absolut wünschenswert, dass das Wort **Hartz IV** auf die Dauer verschwindet“. Entgegen der von Roland Koch geforderten strengeren Arbeitspflicht für alle Hartz-IV-Bezieher wünscht sich von der Leyen, dass am Anfang „keine Drohkulisse“ stünde, sondern eine „Perspektive“. Arbeitsangebote müssten eine „echte Brücke aus der Arbeitslosigkeit“ bieten: „Alleinerziehende brauchen keine Arbeitspflicht, sie brauchen Kinderbetreuung.“ Die Höhe der Regelsätze will die Ministerin beibehalten, sie entsprächen dem Existenzminimum. Alle, die davon vegetieren müssen, wissen, dass das nicht stimmt! Darunter gehe es nicht. Das klingt in meinen Ohren mal wieder nur nach Mogelpackung und Pseudo-Schadensbegrenzung, denn die Verfolgungsbetreuung soll ebenso bleiben wie das viel zu wenige Geld. Es ist, als ob Seife in knallrosa Bonbonpapier eingewickelt würde: außen hui und innen pfui! Wenn das Wort Hartz IV verbannt werden soll, muss das ganze System komplett abgeschafft werden. Bloße Änderungen von Passagen reichen da nicht aus. Oder muss das Ganze mit dem Gequake und Geschnatter von Schönrederei abgetan werden? Poliert Märchentante Zensursula mal wieder am eigenen Image und käut das eigene Geschwätz mit den Alleinerziehenden und der Kinderbetreuung aus der Zeit wider, als sie noch Familienministerin war? Nach Meinung von Sprachforschern lässt sich der Begriff Hartz IV nicht mehr aus dem deutschen Sprachgebrauch verdrängen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

BVerfG wird Betrug der Hartz-IV-Betroffenen durch Leistungshöhe nach Kassenlage darlegen

1. Die Krankenhäuser der Freien Hansestadt Bremen müssen sparen. Befristete Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Jede Personalveränderung wurde zum Sparen benutzt. Die Übriggebliebenen und die Kranken müssen diese Suppe auslöffeln. An jedem Arbeitstag werden die klammen **Finanzen** sichtbar. Vor diesem Hintergrund wie auch den gerade aufgearbeiteten Verschwendungen und Unterschlagungen (wieder einmal) durch die Führungsebene ist diese Nachricht unglaublich: Die Frauenklinik in der Sankt-Jürgen-Straße soll dem Direktor circa eine Million Euro zum Abschied „geschenkt“ haben. Wurde vergessen, die Seite mit seinem Lebenslauf zu löschen?

Prof. Dr. med. Willibald Schröder hat nach dem Bericht im „Weser-Kurier“ vom 26. Januar 2010 seine Arbeit nicht gut gemacht. Eine Abmahnung und die entsprechend begründete Kündigung hätten viel Geld gespart. Der Nachfolger ist bereits tätig. Oder ist die schlechte Leistung nur vorgeschoben? Dies ist nämlich der zweite mir bekannte größere Abfindungsfall in der Sankt-Jürgen-Straße. Damals, bei der Planung des Neubaus und der Zusammenlegung und Aufgabenverteilung wurde das Personalproblem am Rande angezogen. Aus zwei Abteilungen mach eine – doch wohin mit dem „überflüssigen“ Chef? Der neue, Dr. med. M. Aydogdu, war in der Onkologischen Tagesklinik tätig. –

Die Senatoren der Freien Hansestadt Bremen geben ihre Zusatzeinkünfte nicht so einfach auf, siehe 264. Bremer Montagsdemo. Die Regierung hat nun bis April Zeit, eine Regelung vorzulegen. Bis dahin dürfen sie einstecken, ganz anders als bei einem Pfandbon! Bei der Regelung wollen die Senatoren auch einen Vorschlag für die Ausschaltung der persönlichen Haftung einarbeiten. Bei der Theaterkrise hätte der damalige Senator Kastendiek für die Insolvenz wahrscheinlich mit seinem gesamten privaten Vermögen gehaftet. Dies soll vorbei sein? –

Gewundert haben wir uns über Herrn Dr. Möllenstedts Eseleien, um andere Nachrichten zu verdrängen, etwa jener dass Sachsens FDP meinte, Regieren müsse sich wieder lohnen. Die dadurch begründete Personalpolitik kommt den Steuerzahler teuer zu stehen. „FDP-Minister steht unter dem Verdacht des Postenschachers“, meldet die „Süddeutsche“. Dem Bundesminister Brüderle, wie Möllenstedt Mitglied im Vorstand der FDP, ist Folgendes passiert: „Eigener Kreisverband versagt ihm das Stimmrecht auf FDP-Parteitag“.

2. Die überzahlten 20 Euro Kindergeld sollen eingefordert werden, obwohl die Hilfebedürftigen keinesfalls zurückzahlen müssen, solange sie hilfebedürftig sind. Also nochmals: Gegen den Bescheid, der dies nicht berücksichtigt, Widerspruch einlegen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Der „Weser-Kurier“ vom 31. Januar 2010 berichtet auch von einem weiteren „Sparauftrag an die Behörden“: Acht Euro ist der nächste Prüfstein der Argen. Diesen Zusatzbeitrag einiger Krankenkassen sollen sie nur in Härtefällen übernehmen. Darunter wird ein nicht möglicher Krankenkassenwechsel verstanden. Die Arge, in Bremen die Bagis, soll die Menschen zum Wechsel in eine **Krankenkasse** ohne Zusatzbeitrag auffordern.

Ich habe Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Aufforderung. Vor Einführung des Gesundheitsfonds hatten die Krankenkassen unterschiedliche Beiträge. Die Argen hätte mit Aufforderungen zum Wechsel auch damals Geld sparen können. Solche Aufforderungen waren nicht zulässig, und damals ging es um mehr als acht Euro im Einzelfall. Jetzt Privatversicherte können im Basistarif der privaten Krankenkassen verbleiben, obwohl die Arge den doppelten Beitrag zahlen muss. Wieso sollte die Aufforderung zum Kassenwechsel heute durchsetzbar sein? Jeder Leistungsempfänger belastet den Haushalt seiner Krankenkasse, weil die Arge nur den halben Beitragssatz bezahlen muss. Für die einzelne Kasse wird diese Belastung durch den Finanzausgleich über den Gesundheitsfonds gemildert. Die höhere Gesamtbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt! Ablehnen kann die neue Krankenkasse den Neukunden nicht: Es besteht Annahmezwang.

Nun zum Ablauf: Es kommt die Mitteilung oder Rechnung der Krankenkasse mit der Forderung des Zusatzbeitrages. Aus diesem Schrieb ist auch ersichtlich, ob und wie gekündigt werden kann. Hierauf formlos die Zahlung durch die Arge beantragen: „Bitte erstatten Sie den Zusatzbeitrag. Die Auszahlung nehmen Sie bitte direkt an meine Krankenkasse vor.“ Datum vermerken, unterschreiben, fotokopieren und gegen Stempel bei der Bagis abgeben. Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer zum Beispiel das Hausarztverfahren oder andere Wahltarife vereinbart hat, besitzt kein Sonderkündigungsrecht aufgrund des Zusatzbeitrags. Er muss in dieser Krankenkasse bleiben beziehungsweise die längere Kündigungsfrist einhalten. Ansonsten auf zum Kassenwechsel aus eigenem Antrieb: Acht Euro sind viel Geld!

Wer unbedingt bei seiner Kasse bleiben möchte, sollte, wenn gemäß der Mitteilung eine Kündigungsmöglichkeit vermerkt ist, mit seiner Kasse reden, ob dies wirklich so ist. Er sollte die Kassenmitteilung persönlich zu seinem Ansprechpartner in der Leistungsabteilung bringen und seine Gründe vortragen oder einfach abwarten, ob ein Kassenwechsel gefordert wird. Erst nach dieser Aufforderung muss die bisherige Krankenversicherung gekündigt oder der Bescheid im einstweiligen Rechtsschutzverfahren angegriffen werden, eventuell mit Unterstützung der Krankenkasse. Ansonsten beträgt die Reaktionsfrist nur einen Monat! Mehr Zeit bleibt für diese Sonderkündigungsmöglichkeit nicht. Es ist schon jetzt klar: Der „Sparauftrag an die Behörde“ ist ein Auftrag zur Verschwendung von viel Geld!

Gehört habe ich heute auch die Bemerkung: „Wer Stütze bezieht, bekommt auch noch dieses Geld!“ Wir sind ins Gespräch gekommen. Die Bagis hat demnächst einen Aufstocker mehr: Dieser Mensch hat nicht gewusst, dass mensch für den Antrag auf ALG II gar nicht arbeitslos sein muss. Wer als Alleinstehende(r) nur circa 280 Euro über den Leistungsanspruch auf ALG II verdient, sollte den Anspruch auf ergänzendes ALG II prüfen lassen. Der Leistungsanspruch beträgt 359 Euro plus Miete, Nebenkosten und Heizung, jedoch ohne Strom.

3. Wer mit einem Neuantrag auf die jetzt endgültig überlastete Arge trifft, sollte sich trotzdem nicht vertrösten lassen. Vertrösten geht auch gar nicht! Wer kein Geld hat, besitzt Anspruch auf eine sofortige Abschlagszahlung. Notlagen sind nicht planbar! Insbesondere Selbständige warten mit dem Antrag auf **ALG II** meist viel zu lange. Das Prinzip Hoffnung steht bis zum letzten Cent! Wenn die Antragsannahme verweigert wird, hilft die gerichtliche Unterstützung. Wie dies geht? Wir gehen mit! Nun spart die Arge 20 Euro pro Monat und Kind durch die Abschöpfung der Kindergelderhöhung. Das Bundesverfassungsgericht wird sein Urteil zur Regelsatzhöhe für Kind und Kegel – also auch für die Erwachsenen – am 9. Februar 2010 um 10 Uhr verkünden.

Vorbereitet wird dieses Ereignis durch zunehmende Verunglimpfung der Leistungsempfänger in den Medien, siehe Beitrag von Frank. Es wird nichts nützen: Das Bundesverfassungsgericht wird nochmals genau darlegen, wie die Leistungsempfänger durch eine Leistungshöhe nach Kassenlage betrogen wurden. Wer eventuell rückwirkend von dieser Entscheidung profitieren möchte, muss bis zum 8. Februar 2010 einen entsprechenden Antrag bei der Arge gegen Stempel abgegeben. Das Lohnabstandsgebot ist nur einzuhalten, wenn die Arbeitnehmer wieder vernünftige Löhne erhalten, siehe Beitrag von Elisabeth. Dies erspart einigen Personen auch das Horten von Schwarzgeld!

Vom unvermeidlichen Roland Koch bereits torpediert, liegt nun der Gesetzesentwurf zur Reform der Argen vor. Er enthält diverse Verschärfungen im SGB II. Einige Änderungen sind bestimmt wieder nicht gerichtsfest. Auch hier ist die Unklarheit Programm. Debattiert mit euren Abgeordneten über die Folgen! Von Hartz IV betroffen ist jeder, der in Deutschland lebt. Hartz IV ist eine europäische Vorgabe. Die Gesetze haben überall eine andere Bezeichnung, doch die Basis ist immer die Lissabonner Strategie!

4. Ich habe als Buchhalter eine Abrechnung für Januar in die Datenbank Elena eingegeben. Anschließend wollte ich diese Eingaben ausdrucken, um sie der Lohnabrechnung beizufügen. Ein vollständiger Ausdruck konnte nicht erfolgen, es wurde nur ein Teil der Eingaben gedruckt. Die Erklärung dazu wurde aber mitgedruckt „Ausdruck unvollständig, da Aufbewahrung in Papierform nicht erforderlich“. Ich war zum zweiten Mal sprachlos, erst über die geforderten Eingaben und nun auch dies! Die Auswertungsmöglichkeiten sind gigantisch, insbesondere im Zusammenspiel mit den anderen **Datensammlungen**. Einen Einblick in das glä-

serne Volk gibt es am **Donnerstag**, dem **18. Februar 2010**, um **18 Uhr** im **DGB-Haus** bei der **Podiumsdiskussion** mit Dr. Rolf Gössner und Monique Troedel unter dem Titel „Ein Volk von Verdächtigen? Kollateralschäden im ‚Antiterrorkampf'". Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

„Schnupsi" Rösler verspielt seinen Kopf: „Keiner will mich haben, wenn die Gesundheitsreform scheitert" *(„Spiegel-Online")*

Lass mir arbeiten, lass mich arbeiten, lass andere arbeiten?

1. Kaum ein Arbeiter schafft es wohl, dass andere für ihn arbeiten. Das sieht bei Unternehmern völlig anders aus: Sie lassen fast ausschließlich andere für sich arbeiten. Daran ändert sich auch nichts, wenn ein christlich-demokratischer Ministerpräsident aus Hessen versucht, mithilfe weniger anderer Negativbeispiele die Tatsachen zu verdrehen. Das Recht auf Faulheit wird überwiegend von denen in Anspruch genommen, die andere für sich arbeiten lassen! Dieses vermeintliche Recht meinen viele auch noch durch Steuerhinterziehung und Zahlung von Hungerlöhnen pervertieren zu müssen.

Ungefähr 75 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder dürften parteilos sein. Bei den Vorsitzenden wird das anders aussehen, von den Ortsgruppen bis zum Bundesvorstand des DGB: Hier verfügt mit Sicherheit eine große Mehrheit über ein Parteibuch. Dass nun aber gerade Gewerkschaftsvorsitzende, die einer neoliberalen Partei angehören, jemals als Unterstützer von politischen Streiks gewonnen werden können, dürfte stark zu bezweifeln sein. Die parteilosen Mitglieder, die über eine eindeutige Mehrheit innerhalb der Gewerkschaften verfügen, sind bestimmt gut beraten, wenn sie bei den nächsten anstehenden Wahlen der Gewerkschaftsvorsitzenden auf allen Ebenen darauf achten, dass die Vorgeschlagenen nicht von ihrer Partei beeinflusst werden können. Deshalb sollte man vielleicht Vorsitzende wählen, die nicht über ein Parteibuch verfügen und deshalb viel eher die Forderungen nach dringend notwendigen politischen **Streikmöglichkeiten** unterstützen.

2. Bei vielen Zahlen zu den SGB-II-Leistungen geht es in meinen Augen einfach nur um abstrakte Berechnungen, Ideen oder auch Vorschläge. So konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen“ lesen, dass „Hartz-IV-Kinder“ in Sportvereinen angeblich keinen Beitrag zahlen müssten. Diese Sportvereine in Deutschland, in denen das so ist, kann man wahrscheinlich an einer Hand abzählen. Auch andere Beispiele hinken. Im Prinzip ist es doch so, dass dieser Staat für jeweils eine Million Hartz-IV-Empfänger im Jahr durchschnittlich circa 3,6 Milliarden Euro für die reinen monatlichen Lebenshaltungskosten ohne „Ansparpauschale“ und ohne die Kosten der Unterkunft ausgibt. Das macht für alle Hartz-IV-Empfänger im Jahr ungefähr 23,4 Milliarden Euro und ist ungefähr ein Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts – wobei zu bedenken ist, dass in Deutschland keine eigenständige Berechnung des Bruttoinlandsprodukts über die Verteilungsseite vorgenommen wird, weil keine ausreichenden Angaben über die Unternehmensgewinne vorliegen. Darauf weist das Statistische Bundesamt hin.

Für ihre Auslandsurlaube haben die Deutschen übrigens vor zwei Jahren über 60 Milliarden ausgegeben. Bezogen auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt würde ich entgegen der Bewertung aus dem Artikel, es handle sich bei den Ausgaben für Hartz IV in Höhe von ungefähr 46 Milliarden im Jahr um „viel Geld“, das Gegenteil behaupten: Es handelt sich um Peanuts, mit der man die Abkopplung der Erwerbslosen von der Erwerbsarbeit erkauft, damit die Bessergestellten und die Lebensstandardsicherer so weiter leben können wie bisher – und zwar nicht nur auf Kosten der Hartz-IV-Empfänger, sondern auf Kosten des einkommensmäßig unteren Drittels unserer Gesellschaft.

Genau damit muss bald Schluss sein! Deshalb muss man auch energisch die Forderung nach einem bedingungslosen **Einheitsgrundeinkommen** in Höhe von mindestens 1.000 Euro für jeden in Deutschland lebenden Menschen fordern und auch dafür eintreten. Auf die Unterstützer dieses Systems und ihre Empfehlungen sollte man ganz einfach pfeifen, denn sie hängen ihre Fahnen ausschließlich in den Wind! Zumindest ich habe auf so etwas einfach keinen Bock mehr, weil es mit hundertprozentiger Sicherheit mindestens einem Drittel unserer Gesellschaft eine menschenwürdige Zukunft raubt. Das ist besonders schlimm für die junge Generation!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Promille-Skandal: Winzige Steigerung nachgewiesener Missbrauchsfälle zum „Hartz-IV-Betrugsrekord“ aufgeblasen *(„Junge Welt“)*

Stoppschild für Zensursula: Wenn das Verfassungsgericht feststellt, die geringe Höhe der Regelsätze verstoße gegen die Menschenwürde, soll dann ebenfalls die Verfassung geändert werden, Herr Koch? *(„Focus“)*

Geistige Brandstifter am Werk!

Zwangsarbeit gibt es schon, seit die Hartz-Gesetze in Kraft sind. Bekanntlich steht diese Repression bereits seit der Regierung Schröder in den Gesetzestexten. Roland Koch, der hemmungslose Demagoge, und seine lautstark tönenden Gesinnungskomplizen fordern also im Grunde nichts Neues – dies tat auch schon zu Zeiten von Rot-Grün ein gewisser Wolfgang Clement. Hartz-IV-Empfänger seien entweder faul oder sie arbeiteten schwarz und machten sich auf Kosten der anderen einen schönen Lenz. Die Vorurteile gegen all diejenigen, die keinen Job haben und mit ein paar hundert Euro im Monat über die Runden kommen müssen, werden gezielt geschürt. Auch was das Bremer Greenhorn Oliver Möllenstedt seit Wochen von sich gibt, ist nicht neu, sondern nur besonders unverschämt!

Wenn die „Blöd"-Zeitung hier sekundiert und ständig vom „Sozialbetrug durch faule Arbeitslose" schwadroniert, dann ist die perfide Stimmungsmache nur das Vorspiel für noch weit schlimmere Sozialkahlschläge in diesem Jahr. Im Übrigen soll die Hetzkampagne wohl vom absolut desolaten Erscheinungsbild der Regierungskoalition ablenken. Vor allem Roland Koch ist in mehrfacher Hinsicht ein höchst gefährlicher Brandstifter – und dies nicht zum ersten Mal, denn er ist seit Langem für brutalstmögliche Vorschläge und Hetztiraden gegen bestimmte Gruppen bekannt. Tatsächlich vertreten Koch und die Seinen einzig und allein die Interessen des Kapitals an immer niedrigeren Löhnen und Plünderung der Sozialkassen. Deren Vertreter haben bekanntlich mit ihrer beispiellosen Profitgier einen maßgeblichen Anteil an der Massenerwerbslosigkeit!

Statt die Verantwortlichen der Arbeitslosigkeit an den Pranger zu stellen, unterstellen sie die Schuld den Erwerbslosen und bedienen sich dabei der düstersten Stammtisch-Vorurteile. Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland" stellt fest, dass wir keine Arbeitspflicht brauchen, sondern endlich einen Mindestlohn von 10 Euro und eine sofortige Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro. Davon unabhängig bleibt weiterhin auf der Tagesordnung: Nicht der Name Hartz IV muss verschwinden, Frau von der Leyen, sondern das gesamte Gesetzeswerk muss weg! Alternative Vorschläge finden Sie jederzeit auf der Homepage der Bremer Montagsdemo!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe") – siehe auch „Indymedia"

„Chef, da hat eben ein Kunde Leergut abgegeben!" – „Das kommt vor." – „Wie soll ich das denn jetzt hier einbongen?" – „Das hat dir doch eben schon

die Sarah gezeigt.“ – „Ja, aber die tippt das doch alles so schnell!“ – „Dann geh mal hin zur Kasse, vielleicht fällt dir das wieder ein.“ – „Also, das sind 29 Flaschen.“ – „Das geht nicht!“ – „Hab ich mich denn verzählt?“ – „Das muss so sein. Das sind sechs Stück in einer Reihe, mal fünf!“ – „Zwei, vier, sechs, acht... Hab ich mich doch vertan?“ – „Versuch’s mal mit 30, und gut is’.“ *(RTL-Doku-Soap „Deutschlands glücklichster Arbeitsloser“)*

Der Verfassungsbruch wird mit Zweidrittelmehrheit genehmigt: Mischverwaltung soll Bürger über verantwortliche Politiker im Unklaren lassen *(„Spiegel-Online“)*

Am **Sonntag**, dem **7. Februar 2010**, findet um **11 Uhr** auf dem **Waller Friedhof** eine Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der **Bremer Räterepublik** statt. Im „Westend“ folgt ab 12 Uhr ein Kulturprogramm.

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **8. Februar 2010** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Nach kurzer Auftaktkundgebung ziehen wir weiter zum **Hanseatenhof**.

Das **Verfassungsgericht** verkündet am **Dienstag**, dem **9. Februar 2010**, um **10 Uhr** sein mit Spannung wie bei der Mondlandung erwartetes **Urteil** „in Sachen Hartz IV“ über Inhalte und Grenzen eines Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen **Existenzminimum**s. Die ARD berichtet live ab 9:55 Uhr. Das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ plant in zahlreichen Städten vor den Jobcentern **Aktionen** zur Durchsetzung der Forderung nach einem **Regelsatz** von **500 Euro**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

266. Bremer Montagsdemo am 08. 02. 2010

Wirtschaftsweisheit mit dem Löffel gegessen?

Der Chef der Wirtschaftsweisen, Wolfgang Franz, will die Regelsätze der berüchtigten Hartz-IV-Gesetzgebung um 30 Prozent gesenkt wissen. Er begründet das in der „Wirtschaftswoche“ damit, dass viele Hartz-IV-Empfänger monatlich genauso viel oder gar mehr Geld auf dem Konto hätten als Geringverdiener. Also, Herr Franz: Ich weiß zwar nicht, in welcher Wirtschaft Sie die Weisheit mit Löffeln gegessen oder einfach nur zu tief ins Glas geschaut haben, aber wenn Ihr Abitur nicht von Neckermann ist, sollten Sie als Wissenschaftler nicht Wirkung vor Ursache stellen!

Hartz IV – wie auch die übrigen Bestandteile der Agenda 2010 – hat zum Ziel, den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhten, und dient als Hebel, um das gesamte Tarifgefüge und die bis zum Inkrafttreten dieser Reform relativ hohen deutschen Löhne aufzubrechen und einen riesigen Niedriglohnsektor zu schaffen. Weil Langzeitarbeitslose als Folge von Hartz IV gezwungen sind, jeden Arbeitsplatz anzunehmen, sind die Löhne immer weiter gesunken. Inzwischen befinden sich die Reallöhne wieder auf dem Stand, den sie vor 25 Jahren hatten. Herr Franz, der sich schon vor zwei Jahren in „Spiegel Online“ für Stundenlöhne unter drei Euro ausgesprochen hatte, regt nun also an, das Arbeitslosengeld II von 359 auf gut 250 Euro im Monat zu kürzen. Es ist klar, was er damit beabsichtigt.

Laut Umfrage des „Stern“ erachten 61 Prozent der Befragten die 359 Euro, die ein erwachsener Hartz-IV-Empfänger im Monat bekommt, als zu wenig und würden dementsprechend einer Erhöhung der ALG-II-Regelsätze zustimmen. 30 Prozent halten die Sätze für angebracht. Nur vier Prozent betrachten die Sätze als zu hoch. Es scheint so, als ob die Bevölkerung weiser ist als Herr Franz, der

hier lediglich einer vierprozentigen Minderheit das Wort redet, sodass er seine Weisheiten eigentlich genauso gut für sich behalten kann!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Nicht der Arbeitslose: Der Gesetzgeber ist der faule Sack *(„Freitag“)*

Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Marmelade Fett enthält

1. Ich wiederhole mich ungern, aber der ganze Zinnober, der da um den schnöden Mammon im fast gleichgeschalteten Medien-Blätterwald geschrieben und gezetert wird, fordert dazu heraus! Glücklicherweise konnte sich die allgemeine Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher nicht so weit etablieren, dass nicht doch immerhin 60 Prozent der Bevölkerung die **Regelsätze** für zu niedrig befinden. Laut einer Umfrage sagen drei Viertel der Bundesbürger, der Bedarf eines Kindes sei genauso hoch wie der eines Erwachsenen. Da haben Menschen das Wort, die Wachstumsschübe bei Kindern erleben und die damit verbundenen Einkäufe für Kleidung, vor allem Schuhe, und erforderliche Schulmaterialien kennen. Anlass der Umfrage ist das mit Spannung erwartete Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts, das am Dienstag dieser Woche über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze entscheidet. Das oberste Gericht prüft, ob die Methode zur Ermittlung der Sätze für Kinder zulässig ist, weil diese einfach prozentual vom Erwachsenensatz „abgeleitet“, also auf 60 bis 80 Prozent reduziert wurden.

Jeder mit gesundem Menschenverstand Begabte weiß, dass die Höhe des Regelsatzes sich nicht nach dem tatsächlichen Bedarf richtet. Stattdessen wurde in einem ganz perfiden „Spiel“ gewürfelt, in dem es egal ist, wie viel wofür „berechnet“ wurde, wenn am Ende bloß dieser chronisch zu niedrige Satz von 345 Euro dabei herauskommt. Dann gibt es noch ein paar Witzbolde oder Sadisten in unserem Lande, die den Regelsatz allen Ernstes um ein Drittel senken wollen! Diese „Komiker“ bemängeln, dass Hartz-IV-Bezieher mehr Geld im Portemonnaie hätten als Geringverdiener. Wenn die Abstände zwischen der Arbeitslosengeld-II-Zahlung und dem möglichen Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Be-

schäftigung nur sehr gering sind, kann die Frage im Übrigen nicht lauten, um wie viel Hartz IV zu viel ist – sondern wie viel Lohn zu wenig gezahlt wird! Alles andere ist nur plumpe Stimmungsmache, die ganz bewusst und zielgerichtet ihr Gift verstreut. Ich fühle mich stark an das erhellende Lied erinnert: „Die Wissenschaft hat festgestellt, festgestellt, festgestellt, dass Marmelade Fett enthält, Fett enthält!“

Dem zu erwartenden Gerichtsurteil ist es auch zu verdanken, dass die Transferleistungen beziehende Klientel noch ordentlich verunglimpft werden muss, bevor die Richter ihnen gar noch mehr Geld zubilligen könnte. Ach, was muss man da von ihnen hören oder lesen: Vor lauter „Undankbarkeit“ ist doch glatt der „ Leistungsmissbrauch“ gestiegen, und zwar in unglaublicher, eklatanter Weise von 1,8 auf 1,9 Prozent geklettert! Diese Zahl ist in Wirklichkeit dermaßen bedeutungslos, dass selbst die Bundesagentur davor warnte, die von ihr präsentierten Zahlen „überzubewerten“. Da frage ich mich wirklich, wie geistlos Redakteure und Journalisten eigentlich sein müssen, wenn sie eine aufgebauschte Agenturmeldung so mir nichts, dir nichts kopieren? Ebenso ist das Verlangen nach einer Hartz-IV-Arbeitspflicht der absolute Dummfug. Die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen, die Erwerbslosen suchen verzweifelt einen Job, finden aber keinen, weil es in der Privatwirtschaft nun mal nicht genügend Arbeit für alle gibt! Deswegen kann es nur als reiner Populismus bezeichnet werden, eine Arbeitspflicht für Erwerbslose zu fordern. Mir stellt sich die Frage: Wieso nicht Arbeitslager, pardon: „Integrationszentren“ für Erwerbslose aufbauen? Ist doch eine „gute“ Tradition hierzulande!

2. Wer auf Hartz-IV-Bezieher zeigt, darf die wohlhabenden Steuerhinterzieher, die ihr Geld in die Schweiz schaffen, nicht ungeschoren davonkommen lassen. Stellt sich der Staat nicht selbst ein Armutszeugnis aus, wenn er gemeinsame Sache mit Kriminellen macht und dadurch zum Hehler wird? Oder sitzt der arme Staat gar in der Bredouille, in einer Zwickmühle, weil er sonst keine Straftat vereitelte, wenn er die Steuerhinterzieher nicht verfolgen würde? Aber ist nicht ohnehin von einem wie auch immer gearteten Trick auszugehen, um ihnen nicht auf die Schliche kommen zu müssen? Hehe! Wer wird denn hier etwa seiner eigenen Wählerklientel auf die glänzend polierten Kroko-Schühchen treten wollen? Ich halte es für eine sehr vernünftige Idee, wenn die Deutsche Steuergewerkschaft die Bundesländer auffordert, 10.000 zusätzliche Steuerprüfer einzustellen, um **Steuerhinterziehung** wirkungsvoller bekämpfen zu können.

Obwohl der Staat etwa zehn Milliarden Euro jährlich mehr einnehmen würde, schreckten die Länder vor Neueinstellungen eher zurück. Offenbar vergessen die Länder dabei, dass zusätzliche Finanzbeamte nicht mehr kosten, sondern mehr einbringen! Die aus der Schweiz aufgetauchte Steuer-CD mit brisanten Daten von 1.500 deutschen Bürgern wird voraussichtlich 200 bis 300 Millionen Euro an Ertrag bringen. Darum brauchen wir in der Tat sofort weitere Fachleute in den Finanzämtern und den Steuerfahndungsstellen, damit wirklich mal Steuergelder eingetrieben werden können, die in ganz großem Stil von den *wirklichen* Sozialschma-

rotzern am Fiskus vorbeigeschleust werden, auf die Schliche zu kommen. Verfolgungsbetreuung und Kontoüberwachung, die ALG-II-Bezieher permanent ebenso sinnlos ertragen müssen wie die ständige Stallpflicht, zermürben nur die Betroffenen, bringen aber nichts ein!

3. Eine gute Nachricht zwischendurch: Hartz-IV-Bezieher müssen voraussichtlich Zusatzbeträge der **Krankenkasse** nicht selbst bezahlen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums wird derzeit an einer „schnellen und unbürokratischen“ Lösung gearbeitet, damit Langzeitarbeitslose nicht unter Druck geraten, ihre Kasse zu wechseln. Wenn eine arge Arge doch auf eine solche Idee kommen sollte, muss der ALG-II-Bezieher sofort Widerspruch einlegen! Auch wenn hier jetzt ein bisschen „auf sozial“ gemacht wird, dürfen wir nicht vergessen, dass die FDP mit aller Macht versucht, das Gesundheitssystem so umzubauen, dass mit der Kopfpauschale alle einheitlich bezahlen, es aber für die einen aus der Portokasse genommen wird, während die anderen es sich vom Munde absparen müssen beziehungsweise eine medizinische Behandlung „unmöglich“ gleich unbezahlbar ist. Demnächst wird jeder immer mehr „Eigenleistungen“ erbringen müssen. Wer sich das nicht leisten kann, darf „sozialverträglich“ früher ableben! Die Leute werden Schritt für Schritt an diese neuen „Gegebenheiten“ gewöhnt. Ein Aufmucken ist in Deutschland leider eher unwahrscheinlich.

4. Vor drei Wochen berichtete ich von der Bremerin Marlies Tegtmeier, die nach einer Knöcheloperation nach nur einer Woche gegen ihren Willen „blutig nach Hause entlassen“ wurde. Wegen der Fallpauschale wurde in keiner Weise dem Umstand Rechnung getragen, dass an dem gut heilenden Fußgelenk noch ein Restmensch mit individueller Lebensgeschichte und persönlichen Lebensumständen dranhängt. Die stark übergewichtige 45-jährige Frührentnerin war nicht dazu in der Lage, sich in ihrer Wohnung selbst zu versorgen. Sie bedurfte einer täglichen und nächtlichen Dauerpflege. Glücklicherweise verfügt sie über Freunde, die ihr zur Seite stehen, und über einen sehr verantwortungsbewussten Hausarzt, der sie wieder zurück ins Krankenhaus einwies und eine **Kurzzeitpflege** für sie beantragte. Die 45-Jährige kam in ein Altenpflegeheim, wo sie gepflegt wurde, das Essen ans Bett bekam und zweimal in der Woche eine Krankengymnastin, die ihr den Gipsverband abnahm und den Fuß bewegte, damit er nicht steif wird. Aber nun sind die vier Wochen herum, und Marlies Tegtmeier kann sich noch nicht selbst in der Wohnung versorgen, weil sie immer noch ihren Fuß nicht belasten darf und nicht auf Krücken gehen kann, um allein zur Toilette zu kommen.

Der fähige Hausarzt, der offenbar noch immer die ganze Frau sieht und nicht bloß den operierten Knöchel, beantragte für sie eine Reha. Eine sehr gute Idee, die der Probandin nur zum Vorteil gereichen kann! Aber sie muss sich jetzt wieder darum sorgen, ob dies zeitlich gelingen kann und ein Platz für sie da ist, der möglichst hier in der Nähe ist, damit sie auch weiterhin von ihren Freunden unterstützt werden kann. Wenn eine Überbrückung erforderlich sein sollte, d muss

gewährleistet sein, dass Frau Tegtmeier nicht wieder einfach zu Hause wie ein Paket abgestellt, sondern wie ein Mensch in einem anderen Pflegeheim versorgt wird! Es ist der Gesundheit bestimmt nicht so zuträglich, wenn immer wieder befürchtet werden muss, dass die Pflegeleistung nicht durchgehend erfolgen wird oder sie sich plötzlich erneut allein gelassen in ihrer Wohnung im ersten Stock am Stadtrand von Bremen wiederfindet. Wenn Frau Tegtmeier ganz allein wäre und nicht über Unterstützung von Freunden sowie einem guten Hausarzt verfügte, dann wage ich mir gar nicht vorzustellen, wie sie jetzt klarkommen würde! Es ginge gar nicht – doch wahrscheinlich soll dieses Horrorszenario demnächst zum Normalfall für Kassenpatienten avancieren.

5. Wenn am Dienstag dieser Woche das Bundesverfassungsgericht darüber entscheidet, wie künftig ein menschenwürdiges **Existenzminimum** auszusehen hat, sind in mindestens 50 Städten Aktionen von Erwerbslosen geplant. Grundlage bilden die Klagen von drei Familien, die sich gegen die Bemessung der Eckregelsätze von Kindern und Familien wenden. Zahlreiche Erwerbsloseninitiativen wollen den Montag und Dienstag für Aktionen vor und in den Hartz IV-Behörden nutzen, dass Hartz IV-Betroffene sogenannte Überprüfungsanträge zu stellen, um eventuelle Ansprüche für die Vergangenheit zu sichern. Das Amt vor Ort soll mit der Forderung „500 Euro Eckregelsatz“ verschönert werden. Unter dem Motto: „ Wir haben nicht genug – du etwa?“ wird das „Erwerbslosenforum Deutschland“ eine Aktion an der Arge Bonn veranstalten und gleichzeitig dabei die Verkündung des Urteils life übertragen. Forumssprecher Martin Behrsing macht darauf aufmerksam, dass unsere Forderungen noch längst keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft sind und dass das Kapital unfähig ist zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen. Die „Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz“ macht darauf aufmerksam, dass Hartz IV und jeder Eckregelsatz unter 500 Euro für die Betroffenen nicht nur starke gesellschaftliche Isolation, sondern auch Mangelernährung bedeutet. Hartz IV ist eine der wichtigsten Ursachen für die massive Absenkung des unteren Lohnniveaus in den vergangenen Jahren. Darum wird auch ein Nettolohn von mindestens zehn Euro gefordert!

6. Wegen Protesten fiel die Eröffnung des zweiten „XL“- Schleckers in der Wätjenstraße in Bremen flach. Weil Schleckers „XL-Märkte“ im Verdacht stehen, nichts weiter als ein Etikettenschwindel zu sein, um mit Hilfe einer eigens gegründeten Zeitarbeitsfirma die Tariflöhne auszuhebeln, kündigten sozialpolitische Initiativen an, dass es keine Eröffnungsparty ohne lautstarken Protest geben werde. Offenbar machte diese Ankündigung Schlecker Angst, deshalb schloss der Marktleiter schon am Mittag die Türen. Das geschah alles selbstverständlich nur wegen „Stromausfall“, ebenso wie bei einer ähnlichen Aktion, die am gleichen Tag in Süddeutschland stattfand. Solch ein Synchronstromausfall lässt eine schon ins Grübeln kommen! Mir kann keiner erzählen, dass bei Schlecker der Strom ausfällt, wenn gegen **Lohndumping** protestiert wird, weil die neuen „XL-Märkte“ offen-

bar nur dazu dienen sollen, deutschlandweit 4.000 Beschäftigte zu entlassen, um sie gleich danach bei der Schlecker-eigenen „Beschäftigungsgesellschaft“ Meniar wieder einzustellen – bei Lohneinbußen von bis zu 50 Prozent. Eigentlich hätte es für die neuen Kunden Gratissekt und Eröffnungsangebote geben sollen. Schleckers Praxis mag außergewöhnlich dreist sein – das Prinzip aber ist keineswegs mehr ein Einzelfall. In immer mehr Betrieben und Branchen geraten Tariflöhne unter Druck. Zeitarbeit, bis in die siebziger Jahre verboten, war einst dazu gedacht, Produktionsspitzen abzufedern. Heute wird sie immer häufiger als Instrument missbraucht, um Löhne zu drücken. Ein neues Schild an den Eingang schrauben, behaupten, dass es sich um einen neuen Betrieb handelt – und dann die Beschäftigten vor die Wahl stellen: Bleibt zu Hause, oder arbeitet für das halbe Geld weiter!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Polarisierung der Einkommen und Vermögen bewusst verheimlicht

1. Am Dienstag dieser Woche überträgt die ARD ab 9:55 Uhr die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts – live! Im Dezember 2003 haben die „Volksvertreter“ Hartz IV verabschiedet, *ohne* die **Regelsatzhöhe** zu kennen. Diese unglaublichen Feststellungen im Vorlagebeschluss des Hessischen Landessozialgerichts wurden vom Bundesverfassungsgericht aufgegriffen und trafen bei der Verhandlung im Oktober 2009 auf eine große Schar von Prozessvertretern, die wenig zu sagen hatten. Erwin Denzler hat dazu geschrieben: „Viele Fragen, kaum Antworten – die Bundesregierung blamiert sich vor dem obersten Gericht“. Es gibt nur eine logische Begründung! Das Bundesverfassungsgericht wird den Betrug der Hartz-IV-Betroffenen durch eine Leistungshöhe nach Kassenlage darlegen und nicht nur über die Regelsätze für Kinder urteilen.

Die Bremer Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter und ihr Staatsrat Joachim Schuster sind zur Situation der von Hartz IV betroffenen Kinder befragt worden. Beiden haben die Unterversorgung der Kinder zugestanden und trotzdem eine Winterbekleidungshilfe für Kinder abgelehnt. Sie habe auch nicht erwähnt, dass viele Kinder mit ihren Familien in viel zu kleinen Wohnungen leben. Dies trifft auch für die Alleinerziehenden zu. Das Gesundheitsamt Bremen hat erhebliche Bewegungsdefizite bei den Kleinen festgestellt. Um den Mietobergrenzen der Senato-

rin für Soziales zu entsprechen und keinen Eigenanteil zu riskieren, sind viele Familien in zu kleine Wohnungen gezogen oder gar nicht erst in eine größere Wohnung! Frau Rosenkötter hat zugestanden, dass ihre Verwaltungsanweisung falsch war und einen Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X empfohlen. Eine wirkliche Hilfe wäre es, wenn die Bagis, die Bremer Arge, dies nach Aktenlage täte, denn Personenzahl und Wohnungsgröße liegen vor! Ein Anschreiben „Ihre Wohnung ist zu klein, Sie können sich eine größere Wohnung suchen, wir unterstützen Sie dabei„ wäre machbar und eine gute Sache! Aber dies würde Mut erfordern. Über die **Kosten der Unterkunft** entscheidet das Bundesverfassungsgericht am Dienstag nicht. Frau Rosenkötter möchte bislang den Vorschlag der Sozialverbände unterstützen, doch am Mittwoch wird sie anders denken! Wenn die Bagis weiterhin die Miete „nach Köpfen“ umlegt, wird dieser Betrag den Anforderungen des Gerichts nicht gerecht. Die Entscheidung des Gerichts ist umzusetzen!

„Alles aus einer Hand“: Mit dieser Parole wird die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum ALG II begründet und gegen die Abwicklung der **Jobcenter** gewettert. Die Wirklichkeit sieht anders aus, siehe Beiträge zur 260., 259., 256., 254. und 182. Bremer Montagsdemo! Warum wird bei den Argen nicht wirtschaftlich gehandelt? Eventuelle Mehrkosten der Neuordnung lassen sich durch einige Änderungen wieder einsparen. Die Zahl der Bescheide bleibt fast gleich, wenn jeder Bescheid über zwölf Monate läuft, und die Anzahl der Widersprüche und Gerichtsverfahren sinkt. Die Weitergabe von Informationen zwischen Arbeitsamt und Wohnungsbehörde dürfte für den Start ohne Probleme zu regeln sein, ebenfalls für den Neuantrag. Trotzdem wäre es möglich, viel Geld bei der Verwaltung einzusparen. Das alles scheint aber nicht das Ziel dieser Behörde zu sein. „Alles aus einer Hand“: Darüber können Alleinerziehende mit Unterhaltsanspruch nur „lächeln“. Wer von der Arge aufgefordert wird, Wohngeld beziehungsweise Kinderzuschlag zu beantragen, hat es gleich mit vier Behörden zu tun: Wie bisher die Arge fürs ALG II und die Kindergeldkasse fürs Kindergeld, neu das Wohngeldamt fürs Wohngeld und die Kindergeldkasse für den Kinderzuschlag. Auch dies wäre im Zuge der Neugestaltung abzuändern! Die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse wird beseitigt, notfalls mit gerichtlicher Hilfe! Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Wer sich über die Arge ärgert, sollte wissen, dass sie „zahlengeführt“ ist. Die Mitarbeiter(innen) arbeiten weisungsgebunden, insofern ist Ingelore Rosenkötter die Verantwortliche! Dies ergibt sich auch aus den Begründungen des Petitionsausschusses. Beim Petitionsausschuss der Stadt Bremen wurde über eine Beschwerde über die Bagis entschieden und gebeten, sie für erledigt zu erklären (Eingabe Nummer S 17/187 auf Seite 5 des Berichts Nummer 2 vom 2. Februar 2010). Die Begründung:

> „Der Petent beschwert sich über die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bagis. So sei er wiederholt angemahnt worden, weil er angeblich **Unterlagen** nicht eingereicht habe. Über das Ergebnis der Anhörung

werde er nicht informiert. In einem Fall habe man erst auf telefonische Nachfrage mitgeteilt, dass die eingereichten Unterlagen nicht ausreichten. Gesprächstermine fänden zu einem Zeitpunkt statt, an dem er seiner Arbeit nachgehe. Die Sachbearbeiterin habe ihm mündlich mitgeteilt, dass er den Termin wahrnehmen müsse, da es sich nur um eine Nebentätigkeit handele. Insgesamt herrsche grundsätzlich ein rüder und beleidigender Tonfall. Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten mehrere Stellungnahmen der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Im Fall des Petenten kam es beim Posteingang zu einer zeitlichen Überschneidung, die mit den Arbeitsabläufen in der Bagis zusammenhängt. Deshalb wurden vom Petenten mit einem Erinnerungsschreiben nochmals Unterlagen angefordert, obwohl der Einkommensnachweis bereits vorlag. Bei der Berechnung des Leistungsanspruchs stellte sich heraus, dass weitere Unterlagen fehlten. Deshalb sandte die Bagis ein weiteres Schreiben, in dem der Petent zur Vorlage von Unterlagen aufgefordert wurde. Zur Terminvergabe hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales mitgeteilt, dass der Petent einmal nicht zu einem Termin erschienen sei und nachträglich zur Erklärung ausgeführt habe, dass der Termin während seiner Arbeitszeit liege. Die Bagis habe den Petenten darüber aufgeklärt, dass er gleichwohl verpflichtet sei, Termine wahrzunehmen. Im Falle einer Verhinderung solle der Petent einen Ersatztermin anbieten. Weiter hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales erklärt, dass sie die Beschwerde des Petenten über den Umgangston der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Anlass nehmen werde, auf unverzichtbare Verhaltensstandards von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinzuweisen.“

Ich hätte eine Abmahnung vorgenommen, mindestens aber eine *Er*mahnung ausgesprochen! Aber dies geht nicht, wenn das Verhalten *erwünscht* ist: Dann bleiben nur die „unverzichtbaren Verhaltensstandards“. Hinterfragt wurden diese nicht! Auch die Beschreibung des Arbeitsablaufs ist lesenswert. Leider ist dies kein Einzelfall! Zu den Ausführungen von Senatorin Rosenkötter muss der Petent, Bürger und „Kunde“ nicht gehört werden. Auch die Eingabe Nummer S 17/256 betrifft die Bagis: „Auf die Petition hin wurde dem Patenten die begehrte Eingliederungshilfe gewährt. Auch wurde ihm erläutert, weshalb die Bearbeitung seiner Anträge in der Vergangenheit so lange gedauert hat.“ Beispielhaft ist weiterhin die Eingabe Nummer S 17/249 ab Seite 3:

„Der Petent begehrt von der Bagis die Übernahme eines **Darlehen**s zur Abwendung der Zwangsversteigerung seines Hauses. Er trägt vor, die Bagis habe die Kündigung des Bankdarlehens und die jetzt drohende Zwangsversteigerung verursacht, weil sie ohne Grund für einige Monate die Ratenzahlung an die Bank eingestellt habe. Die spätere Nachzah-

lung der Unterkunftskosten hätte an die Bank direkt erfolgen müssen. Dies sei in der Vergangenheit auch so gehandhabt worden. Deshalb habe er darauf vertrauen dürfen, dass die Bagis auch weiterhin so verfahre. Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung zusammengefasst wie folgt dar:

Der Petent erhält seit einigen Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Als Kosten der Unterkunft werden die Zinsen für einen Teil des Bankdarlehens und die Fixkosten für das Haus übernommen. Vor geraumer Zeit stellte die Bagis die Leistungen an den Petenten für einige Monate ein. Nach Wiederaufnahme der Zahlungen erhielt der Petent für besagten Zeitraum eine Nachzahlung, wovon die Bagis entsprechend einer Vereinbarung mit dem Petenten einen Teil unmittelbar an die Bank überwiesen hat. Der Petent hat im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes versucht, die Bagis zur Übernahme des Darlehens zu verpflichten, um die Zwangsversteigerung abzuwenden. Das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht haben den Antrag aus für den Petitionsausschuss nachvollziehbaren Gründen abgelehnt. Diese Entscheidungen kann der Petitionsausschuss nicht aufheben oder ändern.

Nach der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Rechtsprechung ausschließlich den Gerichten vorbehalten. Diese sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Deshalb können gerichtliche Entscheidungen nur von den zuständigen Gerichten und nur im Rahmen der von der Rechtsordnung dafür vorgesehenen Verfahren aufgehoben oder abgeändert werden. Der Petitionsausschuss hat in diesem Fall keine Einwirkungsmöglichkeiten. Selbst wenn die Zahlungsverzögerung an die Bank auf ein Fehlverhalten der Bagis zurückzuführen sein sollte, sieht der Petitionsausschuss keine Möglichkeit, dem Petenten zu helfen. Die bevorstehende Zwangsversteigerung beruht letztlich auf einer Entscheidung der Bank, die sich offensichtlich auch durch die Nachzahlung nicht von ihrem Entschluss hat abbringen lassen. Darauf haben aber weder die Bagis noch der Petitionsausschuss Einfluss.“

Mal ernsthaft: Diesem Menschen ist zu helfen, durch eine Schadenersatzklage vor dem Landgericht, wenn das Sozialgericht die Zahlungseinstellungen der Bagis als unrechtmäßig beurteilt hat! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Auch diesen Vorgängen ist zu entnehmen: Wer sich jemanden mitnimmt, hat viele Probleme erst gar nicht. Wichtig ist es außerdem, alle Schreiben, Briefe oder Unterlagen nur am Tresen abzugeben und eine mit Eingangsstempel versehene Kopie wieder mitzunehmen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Im „Test“-Heft Februar 2010 lobt ein Leser seine private **Krankenversicherung** in einem Leserbrief. Auf Seite 95 wird Werbung für den „Finanztest“ gemacht. Ein Thema: Bis zu 30 Prozent mehr Beitrag müssen Kunden seit Januar für ihre private Krankenversicherung zahlen. Das Landessozialgericht Niedersachsen hat die gesetzliche Krankenkasse verpflichtet, einer Blinden einen „Einkaufsfuchs“, ein Lesegerät mit Sprachausgabe, zu bezahlen. Eine Klage vor dem Sozialgericht oder Landessozialgericht ist kostenlos. Die gleiche Klage gegen eine private Krankenversicherung wäre vor dem Amts- oder Landgericht kostenpflichtig und daher risikoreicher. Ein weiterer Grund, den Aufruf „Kippen Sie die Kopfpauschale“ zu unterzeichnen. Dieser Aufruf für eine gerechte und solidarische Gesundheitsversorgung wird an Gesundheitsminister Philipp Rösler, Finanzminister Wolfgang Schäuble und den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer verschickt.

Die DAK hat erste Briefe verschickt, um den Zusatzbeitrag einzufordern. Die Sonderkündigung befreit von dieser Zahlung. Die DAK hat das aber nicht so geschrieben. Auf das Sonderkündigungsrecht wird nur verdeckt hingewiesen, und die Informationen zur Sonderkündigungsmöglichkeit seit Kurzem nicht mehr auf der DAK-Homepage. Der Zusatzbeitrag für Februar wird zum 15. März 2010 fällig. Bis zu diesem Tag muss die Sonderkündigung erfolgt ein. Danach ist eine Kündigungsfrist von 18 Monaten einzuhalten. Wer Sonderprogramme unterschrieben hat, muss die vereinbarte Laufzeit beachten. Das Hausarztmodell war nach AOK-Information kein Hindernis für die Sonderkündigung.

4. „Deutsche Bank verdient wieder prächtig“, so steht es im „Weser-Kurier“ vom 5. Februar 2010. Laut Text handelt es sich um fünf Milliarden Euro bei einer Risikovorsorge von 2,6 Milliarden. Boni soll es auch wieder geben, auch rückforderbar. Dies für sich besehen ist eine Spitzenleistung – und gleichzeitig die Quelle der Unsicherheiten. Die Deutsche Bank hat keine ausreichende Wertberichtigung für die „faulen“ Papiere vorgenommen. Ohne die Änderung der Bilanzierungsvorschriften für **Banken** wäre dies Bilanzbetrug! Die neuen Vorschriften stehen aber einer Wertberichtigung nicht entgegen. Die fünf Milliarden plus Boni hätten als Wertberichtigung in die Bilanz einfließen können, das Ergebnis wäre eine Null. Diese Bilanz ist kein positives Beispiel für Eigenverantwortung der Banken! Die HSH Nordbank und die Hypo Real Estate sollen bereits 2007 in Zweckgesellschaften ausgelagert haben. Ihr Pech: 2007 galten noch die bisherigen Bilanzvorschriften, damals könnte dies Bilanzfälschung gewesen sein! Den Politikern reicht es hoffentlich.

Was die kleineren privaten Finanzen betrifft, bietet die Schufa ab 1. April 2010 eine kostenlose Selbstauskunft für jeden an, einmal jährlich und schriftlich. Bisher ist kostenlos nur die Einsicht in die eigenen Daten bei der Schufa-Geschäftsstelle (in Bremen: Violenstraße 12). Die Überprüfung lohnt sich, denn 45 Prozent der Einträge bei der Schufa sind falsch.

Zu den öffentlichen Finanzen sagte Guido Westerwelle vor gut vier Jahren: „Die Große Koalition ist nur groß beim Postenverteilen und Steuernerhöhen“. Mit

dieser Kritik reagierte er auf die hohe Anzahl der Staatssekretäre. „Eine Regierung, die den Bürgern abverlangt, den Gürtel enger zu schnallen, gleichzeitig aber den eigenen Apparat aufbläht, verhält sich dreist und frech“. Auch der „Bund der Steuerzahler“ halte die „Postenvermehrung“ für überflüssig und verweise auf die damit verbundenen hohen Zusatzkosten. Er appelliere an die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel, zumindest das, „was beim Regierungsapparat aufgebläht wird“, an anderer Stelle in den Spitzen der Ministerien einzusparen. – Im „Weser-Kurier“ vom 5. Februar 2010 steht, dass die neue schwarz-gelbe Regierung circa 1.000 neue Beamtenstellen geschaffen hat. Besonders erfindungsreich war Entwicklungshilfeminister Dirk Nebel, der zuvor als FDP-Generalsekretär dieses Ministerium noch abschaffen wollte. Es gab auch noch weitere Selbstbedienungen.

Steuersünder gibt es auch in Bremen. Die jetzigen Selbstanzeigen müssen so viel Gewicht haben, dass sogar die Summe der hinterzogenen **Steuern** nicht veröffentlicht wird, siehe „Weser Kurier“ vom Folgetag. In der Ausgabe vom 4. Februar 2010 stand: „Goldene Brücke für Steuerhinterzieher“ – eine gute Schilderung, wie mit solchen, die sich selbst angezeigt haben, umgegangen wird. Für mich war am überraschendsten, dass mehrere Selbstanzeigen durch Steuerhinterzieher nicht zusammengerechnet werden. Eine sehr freundliche Regelung für Betrüger! „Gerechtigkeit ist nicht gewollt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Polarisierung der Einkommen und Vermögen bewusst verheimlicht wird. Man kann eben besser Wasser predigen, wenn man verschweigt, dass es Weinkeller gibt und wo sie sich befinden.“

Damit werden auch die behördeneigenen Schikanen gegen Steuerfahnder verständlicher. Die Ausbildung von Steuerprüfern wird unterlassen, die vom Zoll beim Grenzübergang in die Schweiz beschlagnahmten steuerrelevanten Unterlagen werden nicht ausgewertet, Selbstanzeigen können verjähren, Staatsanwälte werden unter Druck gesetzt, bis sie gehen – lauter unglaubliche Ereignisse! Derweil hat das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ die Kosten einer Regelsatzerhöhung überschlagen und dabei auch die Millionäre nicht vergessen. Mehr Geld gibt es nur für die Banken, nicht für die Menschen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Der Hafen war dicht – und das war erst der Anfang!“

Über 500 Hafenarbeiter waren am letzten Dienstag zur Verdi-Kundgebung nach Bremen gekommen. Im Gebäude des Gesamthafenbetriebs fand die zweite Runde der Tarifverhandlungen statt. Der Protest richtete sich gegen den „Unterneh-

merverband deutsche Seehafenbetriebe“, der das bereits begonnene Lohndumping beim GHB durch eine Veränderung der Tarifverträge auf alle Hafenarbeiter ausdehnen will. Massiver Lohnraub soll durchgedrückt werden mit der Einführung von Billiglohngruppen und durch eine „arbeitsabhängige Entlohnung“, die zwischen Tätigkeiten auf „See-“ und „Landseite“ im Hafen unterscheidet!

Die Kollegen machen weiterhin dieselbe Tätigkeit, zum Beispiel die Abfahrt der PKWs von den Schiffen, sollen aber 33 bis 66 Prozent weniger verdienen: „Aus Angst um meinen Arbeitsplatz habe ich mich auf eine Änderungskündigung eingelassen und maloche jetzt in Bremen für neun statt vorher für 15 Euro die Stunde in Bremerhaven. Das würde ich nie mehr machen, weil davon keine Familie leben kann und ich jetzt noch Stütze brauche. Das war nur der Anfang der Lohndrückerei gegen euch alle!“ Es gab tosenden Applaus für diese wichtige Lehre, dass Verzicht keine Lösung ist.

Trotz eisiger Kälte und spiegelglatten Straßen waren noch mehr Kollegen zur Kundgebung gekommen als zwei Wochen zuvor. Dieses Mal beteiligten sich auch deutlich mehr Hafenarbeiter von BLG, HHLA, Eurogate und NTB. Einige waren sogar aus Hamburg angereist. Massive Kritik bekamen auch die Verantwortlichen von Verdi zu spüren – nicht nur dafür, dass Nicht-Verdi-Mitgliedern die Mitfahrt in den Gewerkschaftsbussen aus Bremerhaven verweigert wurde, wofür sie sich offiziell entschuldigen mussten. Die Kritik richtete sich besonders gegen die Bereitschaft zu faulen Kompromissen: Die Verdi-Verhandlungsführer hatten einen Spielraum von bis zu 15 Prozent Lohnabbau zugesagt, wenn eine „Beschäftigungsgarantie in der verheerenden Krise“ zugesichert wird.

Nachdem die Buhrufe verhallt waren und der Schneeballhagel aufgehört hatte, meldeten sich Kollegen am Mikrofon: „Wo sind denn die Gewinne geblieben, die wir erarbeitet haben? Mit diesem Geld haben sich die Unternehmer in Sankt Petersburg und in Italien eingekauft, um noch mehr Kohle zu machen!“ Ein anderer sagte: „Im Tchibo-Hochregallager hieß es, der niedrigere Lohn gelte nur bei Neueinstellungen. Den festangestellten Kollegen hatten sie zunächst Lohnsicherung zugesagt, aber dann unter Verweis auf die Wirtschaftskrise Änderungskündigungen präsentiert. Ihre Garantien sind doch nichts wert! Wir müssen kämpfen für unsere Interessen!“

Den meisten Beifall bekam ein Hafenarbeiter, der von der Blockade des Autoterminals am 27. Januar 2010 in Bremerhaven berichtete: „Wir müssen die Verantwortlichen in den Chefetagen richtig treffen! Letzten Mittwoch war der Hafen dicht. Mit 60 Mann haben wir blockiert, da ging kein Auto mehr runter vom Schiff! So etwas müssen wir natürlich selbst organisieren, offiziell darf dazu keiner aufrufen, aber man kann sich von Mund zu Mund absprechen. Das hat Wirkung, sonst

hätten sie nicht Polizei und SEK eingeschaltet und sofort mit fristloser Kündigung gedroht! Aber davon hat sich keiner einschüchtern lassen.“

Die Kampfbereitschaft und der Zusammenhalt unter den Hafenarbeitern nehmen zu. Sie wehren sich gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken. Diesen Weg müssen Arbeitslose und Arbeitende gemeinsam gehen! Deshalb sollte die Montagsdemo die nächsten Aktionen der Hafenarbeiter solidarisch unterstützen.

Harald Braun

Diskriminierung per Gesetz: Regelsätze für asylsuchende und geduldete Flüchtlinge liegen mehr als ein Drittel unterhalb von Hartz IV *(„Tageszeitung“)*

Gleiches Grundeinkommen auf Kosten der Profite ist aktueller denn je

1. Ein Sturm im Wasserglas wird den Betroffenen kaum helfen. Über 60 Prozent der Menschen in Deutschland halten die Hartz-Regelsätze für zu niedrig. Aber das gilt auch für viele Löhne! Es ist nicht erst 5 Minuten vor 2012, sondern mit Sicherheit schon 5 Minuten vor 12. Die Politik sollte sich bestimmt nicht zu viel Zeit nehmen! Viele Menschen brauchen so schnell wie möglich mehr Geld im

Portemonnaie, nicht nur die Hartz-IV-Empfänger oder andere Personen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

Arbeit und Geld müssen neu umverteilt werden! Politikern, die hierzu nicht bereit sind, muss man die Vertrauensfrage stellen – und sollten sie diese nicht beantworten wollen, wird der Widerstand gegen dieses asoziale System zur Pflicht! Für ein gleiches **Grundeinkommen** auf Kosten der Profite und die gerechte Verteilung der vorhandenen und notwendigen Lohnarbeit sollte sich ein solcher Widerstand lohnen! Einen Vogel im Winter in einer Tierpension unterzubringen, kann seinen Halter zehn Euro am Tag kosten. Das wäre im Monat die Höhe des Regelsatzes für Alleinstehende gemäß SGB II nach Abzug der Ansparpauschale. Also, liebe Weisen aus dem Abendland, gönnt Menschen doch nicht weniger als Meisen! Stellt die Menschen nicht auf Vogelfutter um, sonst reicht das Geld auf gar keinen Fall mehr für eine gesunde Ernährung!

2. Zur Hartz-IV-Einführung, vor fünf Jahren und mehr,
Da musste unbedingt ein Verfassungsbruch her!
Doch kaum ist er vom höchsten Gericht abserviert,
Wird auch schnell schon der nächste anvisiert.

Weil Hartz-IV-Eltern angeblich so viel Geld vertrinken,
Will die Politik jetzt mit Gutscheinen winken:
Einen gibt's für den Ranzen, der vielleicht sogar gefällt!
Dieses Kind kriegt Hartz IV, weiß danach alle Welt.

Den zweiten für kopiertes Lehrmaterial der Schule:
Das haut Fritzchen und Paula schon fast vom Stuhle.
Denn Kurt, Jan, Iris und Frieda stehen alle längst hier
Und rufen: „Fritzchen und Paula, die sind Hartz IV!“

Wer **Gutscheine** fordert mit einem flottem Spruch,
Der vollzieht bereits den nächsten Verfassungsbruch.
Ein Schild fehlt nur noch, wo draufsteht: „Ich bin Hartz IV!“
Hoffentlich seid ihr trotzdem nett zu mir?

Gutscheine sind niemals eine Lösung,
Sie dienen immer nur der Verpönung.
Deshalb von mir dieser warnende Spruch:
Begeht nicht gleich wieder Verfassungsbruch!

Hans-Dieter Wege (Vater von drei berufstätigen und zwei schulpflichtigen Kindern, parteilos und Gegner asozialer Politik) – siehe auch „Rote Fahne News“

„Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht“ *(„Spiegel“)*

Verfassungsgericht kippt „Schätzung ins Blaue“

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.
2. Dieses Grundrecht aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.
3. Zur Ermittlung des Anspruchumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.
4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag decken, muss aber für einen darüber hinausgehenden unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.

Leitsätze zum Regelsatz-Urteil des Verfassungsgerichts vom 9. Februar 2010

Keine Almosen: Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch gesetzlichen Anspruch gesichert sein *(„Nachdenkseiten“)*

Hartz IV muss weg: Nach über fünf Jahren nähert sich das höchste deutsche Gericht der Argumentation der Montagsdemobewegung an *(„Rote Fahne“)*

Menschenwürde verletzt: Bei SPD und Grünen muss eine Debatte über die Agenda-Politik der Regierung Schröder/Fischer beginnen *(„Die Linke“)*

Zynismus der Politik: Ist die Zumutbarkeit prekärer Jobs, die auch noch ein Lohndumping verstärken, mit der Menschenwürde vereinbar? *(„Tageszeitung“)*

Urteil ins Gegenteil verkehrt: Die Menschenwürde muss Maßstab auch für die Höhe der Löhne von Arbeitnehmern sein *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Hartz IV ist gekippt: Es wird keine Grundgesetzänderung zur isolierten Neuordnung der Jobcenter geben, ohne das Gesamtpaket Hartz IV neu zu schnüren *(„Frankfurter Rundschau“)*

Sommertheater vorprogrammiert: SPD fordert vor der Verfassungsänderung Einigung über Jobcenter-Ausführungsgesetz *(„Die Zeit“)*

Berechnung muss ergebnisoffen erfolgen: Der Gesetzgeber kann nicht einfach die Zahlen türken, bis das alte Ergebnis herauskommt *(„Stern“)*

Sofortmaßnahme: Grüne beschließen Antrag für Bundestag, den Regelsatz von 359 auf 420 Euro im Monat anzuheben *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Das Geld ist da: Schäuble plant deutsches Rettungspaket für maroden griechischen Staatshaushalt *(„Financial Times“)*

Verfassungsgericht kippt Sanktionsparagrafen

Bei genauem Hinschauen hat das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar einen bislang noch gar nicht bemerkten Meilenstein für alle Hartz-IV-Gequälten erreicht – und mal eben den Sanktionsparagrafen 31 SGB II gleich mit gekippt! Der erste Lackmustest, ob die Rechtsprechung die Karlsruher Entscheidung nun auch tatsächlich ernst nimmt, wird die mündliche **Verhandlung** über eine **Verwaltungssanktion** am **18. Februar 2010** beim **Bundessozialgericht** in

Kassel sein (Aktenzeichen B 14 AS 53/08 R). Nach Einschätzung der „Hartz-IV-Plattform“ kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Kasseler Bundessozialrichter dem Bundesverfassungsgerichtsurteil folgen und den Leistungsentzug aus dem § 31 SGB II für rechtswidrig werden erklären müssen.

Das ergibt sich allein schon aus den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils, in denen es heißt: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Dieses Grundrecht hat als Gewährleistungsrecht neben dem absolut wirkenden Anspruch auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden.“

Ab sofort muss niemand mehr Leistungskürzungen im Rahmen des § 31 SGB II hinnehmen! Wenn die Verwaltungen diese dennoch nicht zurücknehmen, so werden sie es zu verantworten haben, wenn die Sozialgerichtsbriefkästen wegen Eilklagen auf einstweilige Anordnungen überlaufen.

Allerdings hat aus unserer Sicht das Bundesverfassungsgericht „im Namen des Volkes“ aus „fiskalischen Gründen“ das gerade erst bekräftigte Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für die Zeit von Januar 2005 bis Dezember 2010 gleich wieder außer Kraft gesetzt. Da stellt sich die Grundsatzfrage des demokratischen Rechtsstaates: Wer ist das „Volk“? Sind es wenige Regierungsvertreter oder Millionen Menschen in diesem Lande? Es schließt sich die ethische Frage an: Wem dienen die Volksvertreter eigentlich? Der Wirtschaft mit Milliardengeschenken für marode Banken und Pleite-Unternehmen? Verstehen sie ihren „Dienst am deutschen Volke“ darin, dass sie den Menschen existenzielle Grundrechte entziehen?

Thomas Kallay, Kläger vorm Bundesverfassungsgericht, bereitet jetzt eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor. Wir dürfen gespannt sein, ob Straßburg Deutschland die Karlsruher Entscheidung durchgehen lässt, aus fiskalischen Gründen das vom Bundesverfassungsgericht im selben Urteil als unverfügbar und mit der Pflicht zur Einlösung festgeschriebene Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum mal eben für sechs Jahre außer Kraft zu setzen!

Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird es vor allem um folgende Passage des Urteils vom 9. Februar 2010 gehen: „Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz verpflichtet den Gesetzgeber nicht dazu, die Leistungen rückwirkend für die Zeit ab Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches Zweites Buch am 1. Januar 2005 neu festzusetzen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss der Gesetzgeber einen mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtszustand nicht rückwirkend beseitigen, wenn dies einer geordneten Finanz- und Haushaltsplanung zuwiderläuft. Die rückwirkende Neufestsetzung etwaiger höherer Leistungen für den ge-

samten Zeitraum ab dem 1. Januar 2005 hätte zudem wegen der Regelung des § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB X unvertretbare fiskalische Wirkungen."

Sicher werden die Straßburger Richter in dem Zusammenhang auch die Formulierung „neu festzusetzen" unter die Lupe nehmen, die unmittelbar auch die Rechte aus Hunderttausenden von Überprüfungsanträgen betrifft, denn diese Formulierung bedeutet nach unserer Einschätzung: Zwar haben die Karlsruher Richter einen neuen Regelsatz ab Januar 2005 für alle Hartz-IV-Berechtigten nicht gefordert. Wir sehen aber durchaus die rückwirkenden Chancen für die Überprüfungsantragsteller auch nach deutschem Recht noch nicht endgültig verloren.

Die „Hartz-IV-Plattform" weist dringend darauf hin, Überprüfungsantrags- und ebenso Widerspruchs- und Klageverfahren in diesem Zusammenhang auf keinen Fall einzustellen. Vielmehr müssen die Verfahren weiter betrieben und Fristen unbedingt eingehalten werden. Es sollten unbedingt Anträge auf Ruhen des Verfahrens zur Wahrung der Rechte gestellt werden mit dem Hinweis auf die bevorstehende Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Nur so lassen sich Rechte schützen für den Fall, dass dieser das rückwirkende Versagen des Grundrechts auf Gewährung des Existenzminimums durch das Bundesverfassungsgericht für Unrecht erklärt.

Presseerklärung von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform")

Pittiplatsch zündelt am Sozialstaat: Aus politischem Kalkül wird schamlos der schwächste Teil der Bevölkerung perfide beleidigt *(„Spiegel-Online")*

Schnatterinchen schlichtet Streit im Fußballbund: Allerwichtigste Sofortmaßnahme ist die Ablenkung der Öffentlichkeit *(„Süddeutsche Zeitung")*

Schnupsi geschockt: Müssen Besserverdiener 73 Prozent Einkommensteuer zahlen, um die Kopfpauschale zu finanzieren? *(„Tagesschau")*

Am **Donnerstag**, dem **11. Februar 2010**, trifft sich die **Deputation für Soziales** zu einer öffentlichen **Sitzung**. Auf der Tagesordnung steht unter anderem eine Änderung der Verwaltungsanweisung für Leistungen für Unterkunft und Heizung. Die Sitzung beginnt um **10 Uhr** bei der Senatorin für Arbeit und Soziales in Raum EG 01.

Am **Donnerstag**, dem **11. Februar 2010**, macht die **Bundeswehr** um **15:30 Uhr** eine **Werbeveranstaltung** vor dem „Berufs- und Informationszentrum" im Doventorsteinweg 44. Das schreit nach Protest!

Die „Rosa-Luxemburg-Initiative" lädt ein zu **Buchvorstellung** und Autorengespräch zur kritischen Auseinandersetzung mit **Ein-Euro-Jobs** am **Donnerstag**, dem **11. Februar 2010**, um **19 Uhr** im Wallsaal der Stadtbibliothek.

Eckregelsatz auf 500 Euro erhöhen!

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem aktuellen Urteil die Höhe der Hartz-IV-Sätze als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz bewertet. Der Gesetzgeber wurde mit dem Urteil verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2010 eine transparente neue gesetzliche Grundlage für die Bedarfe von Hartz-IV- Empfängern festzulegen. In der Presserklärung des Gerichtes heißt es: „Zur Konkretisierung des Anspruchs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf, also realitätsgerecht, zu bemessen."

In der Vergangenheit wurden die Hartz-IV-Sätze vorab, entsprechend der Haushaltslage des Bundes und der Kommunen, politisch festgelegt und anschließend von Statistikexperten rechnerisch abgeleitet. Die Festlegung jenseits des realen Bedarfes führte zu gesetzlich verordneter Verarmung und sozialen Ausschluss, mit dem wir in der Beratungspraxis der „Solidarischen Hilfe" täglich konfrontiert wurden. Selbst die gesetzlichen Mindestansprüche wurden durch eine repressive Bewilligungspraxis und Erzeugung von willkürlichen Sanktionsgründen noch unterlaufen.

Die erfolgreiche Klagewelle vieler Hartz-IV-Opfer, aber auch der politische Protest gegen die Diffamierungspraxis in den Medien von Koch, Sinn und anderen erzeugte das gesellschaftliche Klima, in dem das aktuelle Urteil gefällt wurde. Die „Solidarische Hilfe" sieht sich in ihren politischen Protesten und der Beratungspraxis, mit der wir Hartz-IV-Empfänger(innen) gegenüber Behörden und Gerichten ermuntern, ihre sozialen Rechte selbstbewusst einzufordern, bestätigt. Der politische Teilerfolg nach fünf Jahren Hartz-IV-Vollzug ist der jahrelangen widerständigen Praxis von Hartz-IV-Empfänger(inne)n und dem ausdauernden Protest von politischen und sozialen Verbänden wie der „Solidarischen Hilfe" geschuldet.

Die „Solidarische Hilfe" fordert in Übereinstimmung mit den sozialen Bewegungen und den bundesweiten Erwerbsloseninitiativen die Erhöhung der Regelsätze auf 500 Euro. Damit würde der ungesunden Mangelernährung von Hartz-IV-Empfängern, dem sozialen Ausschluss und der permanenten Gefahr der Überschuldung von Hartz-IV-Familien entgegengewirkt.

Die „Solidarische Hilfe" wird sich weiterhin mit ihrer Beratungs- und politischen Öffentlichkeitsarbeit gegen die Sanktionspraxis des § 31 SGB II und für die Absicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums einsetzen, mit der den von Hartz IV und von neuer Armut Betroffenen ein Mindestmaß an sozialer, politischer und kultureller Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. In einem der reichsten Länder der Welt hat sich die bisherige Hartz-IV-Praxis überlebt! Diese Erkenntnis wurde vom Verfassungsgericht eindrucksvoll bestätigt.

Presseerklärung von Silke Lieder („Solidarische Hilfe")

Mehrere Organisationen und Initiativen wollen sich mit einer **Mahnwache** auf dem Bremer **Marktplatz** am **Samstag**, dem **13. Februar 2010**, um **11 Uhr** mit den Antifaschisten in Dresden gegen den dortigen **Nazi-Aufmarsch** solidarisieren.

Neonazis eingekesselt: „Bleiben Sie auf dem Schlesischen Platz!“ *(„Spiegel“)*

Esel zum Außenminister gemacht: Wie dekadent ist unsere Oberschicht? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

267. Bremer Montagsdemo am 15. 02. 2010

Der Kampf gegen Hartz IV muss weitergehen!

Das Karlsruher Regelsatz-Urteil hätte es kaum gegeben, wenn wir nicht seit fünfeinhalb Jahren als Montagsdemo auf der Straße wären. Jetzt heißt es noch eine Schippe drauflegen: Nicht nur die Berechnung von Hartz IV ist ein Angriff auf unsere Menschenwürde – das ganze Gesetz muss weg! Erst durch die Hartz-Gesetze wurden die Billigstlöhne geschaffen. Jetzt mit dem „Lohnabstandsgebot“ zu argumentieren, die Hartz-Sätze dürften nicht steigen, weil sonst kein Abstand mehr sei zwischen Langzeitarbeitslosen und Niedriglöhnern – das ist zynisch! Auch die Schnüffelpraxis der Behörden verstößt weiterhin gegen die Menschenwürde.

Passend zum heutigen Rosenmontag hat sich nun Herr Westerwelle zu Wort gemeldet. Sein Bremer Parteifreund Möllenstädt klatscht schon eifrig Beifall. Die wachsende Kritik an den Hartz-Gesetzen sieht er als „ziemlich sozialistische Entwicklung in dieser Republik“. Da muss sich Frank-Walter Steinmeier (SPD) natürlich beeilen zu sagen, es sei „unglaublicher Zynismus“, dass Westerwelle „die halbe Republik des geistigen Sozialismus bezichtigt“ habe. Schon seltsam für einen Politiker der Partei, die mal den Sozialismus ihr Ziel nannte!

Auch wenn Westerwelle vom Sozialismus bestimmt keinerlei Ahnung hat: Ein blindes Huhn findet halt auch mal ein Korn. Es gibt in der Tat in Deutschland einen seit Jahren anwachsenden Linkstrend und immer mehr Menschen, die sich einen echten Sozialismus wünschen. Dieser hat allerdings nichts mit „spätrömischer Dekadenz“ zu tun, wie Westerwelle allen unterstellt, die sich für die Rechte von Hartz-IV-Empfängern einsetzen und ihnen angeblich „anstrengungslosen Wohlstand“ und damit „spätrömische Dekadenz“ versprächen.

Heiner Geißler hat dazu eine schöne Antwort geliefert: Der altrömische Kaiser Caligula habe weiland einen Esel zum Konsul ernannt – vor 100 Tagen sei nun in Deutschland ein Esel zum Außenminister und Vizekanzler ernannt worden. Auch darüber hinaus ist in Deutschland durchaus spätrömische Dekadenz anzu-

treffen – allerdings nicht bei den Arbeitern und nicht bei den Hartz-Betroffenen. Aber durchaus bei den Finanzjongleuren, den Bankrotteuren, den Konsumenten von Millionärsmessen, den Inhabern Schweizer Nummernkonten, kurz: bei der Klientel von Westerwelle!

Die unverdiente Aufmerksamkeit, die Westerwelle erhält, überdeckte die Berichterstattung über andere wichtige Ereignisse. In Dresden verhinderten am Samstag 12.000 Antifaschisten den europaweit geplanten Marsch der Neonazis – ein Sieg auch über den Staatsapparat, der diese Demo genehmigt hatte! Und in Griechenland traten letzten Mittwoch 750.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Streik. Die Polizei ging mit Wasserwerfern und Tränengas gegen sie vor, aber vor allem die Müllmänner verteidigten mit Fahrzeigen den Streik und setzten sich durch! Ihre Forderungen lauten: Gegen Kürzung der Löhne um 20 bis 30 Prozent! Gegen Kürzung der Sozialleistungen! Gegen Erhöhung des Rentenalters! Gegen das EU-Diktat des „Stabilisierungspaktes“! Die Banken und die Kapitalisten sollen für die Krise zahlen!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Blöd“ erleichtert: Bei dem von Kaiser Caligula zum Konsul ernannten Huftier handelte es sich tatsächlich um ein edles Rennpferd. „Caligula ließ seinem Pferd einen eigenen Palast bauen, fütterte es mit goldfarbener Gerste und tränkte es mit Wein. So weit dürfte es bei Westerwelles nicht kommen: Lebensgefährte Michael Mronz versteht sich als Organisator des Aachener Reitturniers auf artgerechten Umgang *mit Pferden*.“ *(„Stern“)*

Von einer Neubestimmung des Sozialstaates kann keine Rede sein

1. Normalerweise erscheinen Beiträge zum Thema Hartz IV – verglichen mit Beiträgen zur Beschäftigungspolitik – vermutlich im Verhältnis 20 zu 1. Liegt es mit am rheinischen Karnevalstreiben, dass es in diesen Tagen eher bei 100 zu 1 liegt? Angesichts der einbrechenden Auftragslage, angesichts des Auslaufens von Kurzarbeitergeld und angesichts der absehbaren Steigerung der Arbeitslosigkeit vieler Menschen wäre es an der Zeit, sich endlich der Frage zuzuwenden, was beschäftigungspolitisch getan werden muss. Vor dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gab es noch Hoffung, dass

die *Höhe* der **Regelsätze** – und nicht nur deren Berechnung – für verfassungswidrig erklärt würde.

Professor Peter Grottian, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin, war bei der Anhörung des Bundesverfassungsgerichts im Oktober dabei und erklärte, dass das Gericht im Herbst keinen Zweifel gelassen habe, die Ableitung und das Verfahren zur Bestimmung der Hartz-IV-Sätze für verfassungswidrig zu erklären, und zwar nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene. Damals argumentierte das Gericht so, dass sich der Gesetzgeber keine Mühe gegeben habe, die Höhe und den Bedarf der Hartz-IV-Sätze wirklich aus dem Grundgesetz abzuleiten. Es wurde versäumt, die Frage danach zu stellen, was der Würde des Menschen angemessen sei, also ganz konkret, was ein Kind, eine Frau oder ein Mann zum Leben braucht. Es stand noch die spannend erscheinende Antwort aus, ob eine Totalrevision von Hartz IV bevorstehe oder eher eine Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zu erwarten sei. Nun fragt sich, ob der Schuss nicht eher nach hinten losgegangen ist, beziehungsweise ob das schwarzgelbe Gruselkabinett das Urteil dazu benutzen möchte!

2. Die Presse zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kommt einem bunten Meinungssalat gleich. Nach Verkündigung sagte „Wohlfahrtsverband“-Chef Ulrich Schneider, das Gericht stelle sich schützend vor die Kinder von Hartz-IV-Beziehern. Die Bundesregierung sei dazu aufgefordert worden, sicherzustellen, dass Kinder „auf bescheidenem Niveau teilhaben können an dieser Gesellschaft“. Sozialrichter Jürgen Borchert, der einen der in Karlsruhe verhandelten Fälle an das Bundesverfassungsgericht verwiesen hatte, prangert an, dass die gesamte Debatte um Hartz IV, wie sie in den Medien und auch vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) geführt werde, „total inkompetent“ sei. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen stellte nach dem angeblich wegweisenden Urteil höhere Leistungen für die Bildung bedürftiger Kinder in Aussicht. Dabei ließ die Politikerin offen, ob dazu die Regelsätze angehoben oder Sachleistungen angeboten werden. Nach Meinung des Berliner FDP-Bundestagsabgeordnete Martin Lindner hingegen solle eine „Neujustierung“ durch die Bundesregierung nicht ohne Kürzungen der Regelsätze vonstatten gehen.

Für Sozialrichter Jürgen Borchert ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV ein „Riesenschritt“, weil endlich wahrgenommen werde, wie wichtig Bildung sei. Doch das Gericht hält unglaublicherweise das bisher genutzte Statistikmodell grundsätzlich für „geeignet“; nur bei vielen einzelnen Positionen gebe es „Korrekturbedarf“. Der Gesetzgeber werde bei der Neuberechnung einen 30-seitigen Vorgabenkatalog berücksichtigen müssen. Birgit Becker vom „Deutschlandfunk“ kommentierte, man müsse manchmal einfach die Wucht des Wortes wirken lassen: Karlsruhe hat eintschieden, dass die Regelsätze für Hartz-IV-Bezieher und deren Kinder die Ansprüche des Grundgesetzes an die Unantastbarkeit der menschlichen Würde und die Sozialstaatlichkeit Deutschlands nicht erfüllen. Wuchtiger geht es nicht, vernichtender kann kein Urteil ausfallen. Noch

traumtänzerischer aber auch nicht – leider! Noch weiß niemand genau, wie viel das den Staat am Ende kosten wird. Doch sollte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung darauf einstellen, dass die Grundsanierung der wohl folgenreichsten Sozialreformen der vergangenen 50 Jahre ein teurer Spaß werden kann.

Woher die Koalition das Geld für die Anpassung der Regelsätze für Kinder nehmen will, ob bei den anderen Sozialleistungen gespart werden kann, ohne dabei den Zorn von Millionen Leistungsempfängern auf sich zu ziehen, oder ob die „heilige Kuh“ gemolken, sprich: bei den angeblich so wichtigen Reformprojekten wie der geplanten Steuersenkung auf die Bremse getreten werden muss, das weiß niemand. Nachdem für die Bankster goldene Schutzschirme gespannt werden konnten, bleibt für Normalsterbliche halt nur noch ein Gerüst aus zerfledderten Speichen und Drähten ohne Stoffbespannung übrig! Trotz ihrer weitgehend erfolgreichen Klage zeigten sich die Kläger nach der Urteilsverkündung am Dienstag in Karlsruhe enttäuscht: Für sie sei das ein „Wischiwaschi-Urteil“ sagte die Familie Kerber-Schiel unmittelbar nach Urteilsverkündung, denn trotz ihrer erfolgreichen Klage erhalten sie wegen der für den Gesetzgeber eingeräumten Nachbesserungsfrist keine rückwirkenden Hartz-IV-Zahlungen. Martin Reucher, der Anwalt der Familie, kritisierte, dass es jetzt nichts gebe, obwohl fünf Jahre lang wegen viel zu geringer Hartz-IV-Leistungen die Menschenwürde verletzt wurde!

Auch wenn die Bundesregierung jetzt genau und transparent nachweisen muss, wie sich der einzelne Bedarf in der Regelleistung von Kindern und Erwachsenen zusammensetzt: Was ist, wenn die Politik wieder mogelt und noch einmal falsch „rechnet“? Muss dagegen dann auch wieder fünf Jahre lang geklagt werden? Nur bei Hartz-IV-Beziehern, die nachweisen können, dass bei ihnen ein „besonderer Bedarf“ und eine „besondere Härte“ vorliegen, muss das Jobcenter sofort mehr zahlen. Was genau ein Härtefall ist, muss wohl auch erst wieder über die Gerichte geklärt werden! Nach der Entscheidung der Verfassungsrichter entsteht der Anspruch auf zusätzliche Leistungen erst dann, wenn der Bedarf „so erheblich“ ist, dass „das menschenwürdige Existenzminimum nicht mehr gewährleistet“ sei. Weil dies nur in seltenen Fällen in Betracht komme, könnte ein einmaliger Bedarf wie eine Winterjacke oder die Reparatur einer Waschmaschine keinen Härtefall darstellen, obwohl er es sehr wohl allzu oft tatsächlich ist! Dieses Urteil scheint mir immer absurder zu sein. Wir wissen jetzt zwar, dass das höchste deutsche Gericht die *Berechnung* der Sätze für verfassungswidrig hält. Aber ob die *Höhe* der derzeitigen Sätze verfassungswidrig ist, lässt sich dadurch nicht erhellen! Sozialrechtler Olaf Deinert erklärte, dies vorhersagen zu wollen, sei Kaffeesatzleserei. So könne es passieren, dass zwar neu „gerechnet“ werden muss, aber am Ende der gleiche Betrag wie bisher rauskommt. Wozu dann das Ganze?

Außerdem wird immer wieder vorgeschlagen, nicht mehr Geld auszuzahlen, sondern Sachleistungen auszugeben. Da stellt sich sehr schnell die Frage, ob es mit dem menschenwürdigen Existenzminimum zu vereinbaren ist, dass die Menschen nicht selbst bestimmen dürfen, was sie sich anschaffen. Nun wird in der

Union nach der Verkündigung des Bundesverfassungsgerichtes allen Ernstes der Ruf nach einer Kürzung des Hartz-IV-Regelsatzes von 359 Euro laut, weil das Gericht ja nicht die zu geringe Höhe der Hartz IV-Sätze bemängelt habe, sondern „nur“ die mangelnde Transparenz. Sollte der Schuss also nach hinten losgegangen sein? Der Chef des Ifo-Institutes, Professor „Unsinn“, ist gleichfalls der Meinung, die Hartz-IV-Sätze müssten nach dem Urteil nicht zwingend erhöht, sondern „nur besser begründet“ werden. Außerdem ist im Gespräch, Gutscheine statt Bargeld zu verteilen. Zusätzliche Leistungen für Kinder, so Sinn, sollten als Sachleistungen zur Verfügung gestellt werden, etwa als Schulbücher oder Schulspeisung. Wozu wird dann täglich „Eigenverantwortung“ und „Selbstaktivierung“ von Hartz-IV-Betroffenen erwartet und verlangt, wenn sie dann für zu doof erklärt werden, um mit Geld angemessen umzugehen? Jetzt fehlt förmlich nur noch die Meinung von Wolfgang Schäuble, der gegen höhere Hartz-IV-Sätze plädiert und vor einer Ausweitung des Sozialstaates warnt, von wegen Lohnabstandsgebot und so. Noch immer soll nicht eingeräumt werden, dass alles ganz leicht zu lösen wäre: mit einem anständigen Mindestlohn und höheren Transferleistungen. Wurde hier etwa die Armut „abgeschafft“, weil sonst ein Leben in Luxus drohte?

3. Westerwelle tritt über die Ufer, setzt Ungeist und Unsinn frei! Am Dreikönigstag rief er auf dem FDP-Parteitag in Stuttgart eine „geistig-politische Wende“ aus. Seitdem scheitert er fast täglich an dem Anspruch, diese höchstpersönlich einzulösen. Erreicht hat er damit nur, dass viele die Augen verdrehen, wenn nur sein Name fällt und sich auch die Bundeskanzlerin von ihm distanziert. Mit einer Partei, deren Parteichef neben und außer sich ist, ist ein vernünftiges Regieren nur schwerlich möglich. In seinem rhetorischen Wende- und Amoklauf hat Westerwelle zuletzt der Diskussion nach dem Hartz-IV-Urteil des Verfassungsgerichts „sozialistische Züge“ attestiert. Solche Äußerungen zu einer wichtigen Debatte sind nicht liberal, sondern nur töricht. So scheint er sich mitten in Europa von „sozialistischen“ Staaten umgeben zu sehen. Katja Kipping fordert, dass Westerwelle seine üble Hetze gegen die Bezieherinnen und Bezieher staatlicher Transferleistungen schon im eigenen Interesse beenden solle: Er zeige auf eindrucksvolle Weise, dass er vom Grundgesetz und Hartz IV keine Ahnung hat – und vom Sozialismus schon gar nicht. Es ist schon erstaunlich, dass Herr Westerwelle es selbst als Außenminister nicht wahrgenommen haben will, dass es in fast allen europäischen Ländern Mindestlöhne gibt, damit Menschen gar nicht erst in die Grundsicherung fallen! Damit wird grundsätzlich auch gewährleistet, dass Erwerbstätige mehr in der Tasche haben als Menschen ohne weitere Einkommen, so wie es Westerwelle fordert. Nur sind Mindestlöhne für Westerwelle offenbar „geistiger Sozialismus.“

Der FDP-Vorsitzende begibt sich damit in die propagandistische Nähe des rechten Randes. Die Kanzlerin sollte sich nicht nur von der Wortwahl ihres Außenministers distanzieren, sondern ihn auf den Boden des Grundgesetzes zurückpfeifen! Selbst Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) wies Wester-

welles Äußerungen über Langzeitarbeitslose zurück, weil die allermeisten Hartz-IV-Bezieher ernsthaft und immer wieder bemüht sind, Arbeit zu finden, und deswegen eine pauschale Beschimpfung nicht einfach zu rechtfertigen sei. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen- Bundestagsfraktion, Brigitte Pothmer, warf Westerwelle „spätkapitalistischen Irrsinn“ vor und sagte, der FDP-Chef leide unter Realitätsverlust. Westerwelle hatte sich zu der Behauptung verstiegen, die Debatte um Langzeitarbeitslose trage „sozialistische Züge“. Nach dem Karlsruher Hartz-IV-Urteil hatte er in einem Zeitungsartikel zudem beklagt, es scheine in Deutschland „nur noch Bezieher von Steuergeld“ zu geben, aber „niemanden, der das alles erarbeitet“. Doch warum sollen erwerbslose Menschen akzeptieren, dass sie in Ein-Euro-Jobs oder Arbeiten zu Dumpinglöhnen gezwungen werden, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten, die ihnen jeglichen Wohlstand verunmöglichen? Wer „anstrengungslosen Wohlstand“ verspreche, lade zu „spätrömischer Dekadenz ein“, so Westerwelle. Daraufhin erläuterte der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sinnigerweise: „Die spätrömische Dekadenz bestand darin, dass die Reichen nach ihren Fressgelagen sich in Eselsmilch gebadet haben und der Kaiser Caligula einen Esel zum Konsul ernannt hat.“ Insofern stimme Westerwelles Vergleich: „Vor 100 Tagen ist ein Esel Bundesaußenminister geworden“, sagte Geißler. Treffender hätte das niemand formulieren können!

4. Wie wenig von einer Neubestimmung des Sozialstaates die Rede sein kann, sondern vielmehr von seinem Abbau, zeigt sich besonders darin, dass die Länder nun – wie schon lange geplant – die Anwaltshilfe für Ärmere kappen wollen. Der eisige Wind, der über das winterlich verschneite Land hinwegbläst, bleibt nicht nur draußen vor der Tür, sondern findet auch Zugang zu der Stelle in den neoliberalen Politikern, an der bei anderen Menschen ein mitfühlendes, Gerechtigkeit empfindendes Organ sitzt. Ich glaube, dass die Neoliberalen derart durchökonomisiert sind, das sie kein Herz mehr benötigen! Die Länder wollen die Prozesskostenhilfe einschränken. Die Voraussetzungen für eine Übernahme der Anwaltskosten einkommenschwächerer Bevölkerungsschichten durch den Staat sollen enger gefasst werden. Das trifft vor allem Familiengerichtsverfahren sowie Sozialgerichts- und Mietprozesse. Als Hintergrund soll der „dramatische Anstieg“ der Ausgaben dafür herhalten, weil sie binnen zehn Jahren alleine in Nordrhein-Westfalen von 87 auf jetzt 131 Millionen Euro jährlich anstiegen. Da sollen also die Bezieher von Transferleistungen davon abgehalten werden, sich ihr Recht einzuklagen, wenn die sogenannten Sachbearbeiter der argen Argen aus Unkenntnis oder Absicht falsche Bescheide ausstellen!

Für Prozesskostenhilfe soll eine Bearbeitungsgebühr von 50 Euro erhoben werden, sobald ein Einkommen vorhanden ist. Vermutlich wird das ALG II als Einkommen gerechnet, wovon dann ein Siebtel dessen, was nach Abzug der festen Kosten zum Vegetieren übrig ist, als Gebühr bezahlt werden muss. Gleiches Recht für alle – die es sich leisten können! Gerechtigkeit scheint immer mehr

zum Privileg derer zu werden, deren Portemonnaie prall genug gefüllt ist. Augenscheinlich hat jemand mächtig Angst vor neuen Klagewellen. Flugs wird dafür gesorgt, dass „diese Leute“ nicht auf „dumme Ideen“ kommen und hindert sie daran! So einfach lässt sich also ein Problem vom Halse schaffen. Wer einem finanziell Armen alle Möglichkeiten nimmt, sich zu wehren, hat ganz schnell Ruhe im Karton! Hoffentlich wurde dabei auch bedacht, dass sich der Überdruck ein Ventil suchen könnte. Erst ruft die Regierung durch schlampige Arbeit und mit zu heißer Nadel gestrickte Gesetze eine Prozessflut hervor, dann revanchiert sie sich im Gegenzug dafür mit dem Abschaffen der Prozesskostenhilfe, da die Kosten für den Staat explodiert sind. Wenn sie damit durchkommt, sind die Einsparungen vermutlich größer als die Kosten für eine „Aufstockung“ der Regelleistungen. So lässt sich nebenbei noch Gewinn machen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Die Strompauschale reicht nicht mal zum Betrieb eines Kühlschranks

An die Bagis! Hiermit beantrage ich unter Verweis auf das in der letzten Woche ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts rückwirkend ab dem 9. Februar 2010 im Rahmen einer Überprüfung nach § 44 SGB X die Übernahme meiner tatsächlichen Stromkosten, soweit sie den im Regelsatz hierfür vorgesehenen Betrag übersteigen. Dieser lag bei Inkrafttreten des SGB II bei 20,74 Euro (Urteil des Sozialgerichtes Frankfurt am Main vom 29. Dezember 2006, Aktenzeichen S 58 AS 518/05). Aufgrund der seither erfolgten rund vierprozentigen Steigerung des Regelsatzes von 345 auf 359 Euro beträgt die darin enthaltene Strompauschale nunmehr 21,58 Euro. Mein an den Stromversorger SWB zu entrichtender monatlicher Abschlag liegt jedoch erheblich darüber; er beträgt mit 41 Euro fast doppelt so viel.

Die Differenz von 19,42 Euro muss ich dauerhaft aus den Mitteln für Gesundheitspflege und Verkehr von je 13,88 Euro aufbringen. Sie ist daher so erheblich, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum für mich nicht mehr gewährleistet ist. Ich weise darauf hin, dass es mir durch sparsames Verbrauchsverhalten, den Einsatz von Energiesparlampen und den Austausch eines defekten Röhrenmonitors durch einen Flachbildschirm trotz steigender Strompreise bereits gelun-

gen ist, den Abschlag gegenüber dem vorherigen Abrechnungszeitraum um fünf Euro zu senken. Die Strompauschale im Regelsatz ist jedoch willkürlich so realitätsfern festgesetzt worden, dass hiervon nicht einmal der Betrieb eines Kühlschranks möglich ist – ich besitze nämlich gar keinen, auch keinen Fernseher und keine Stereoanlage! –, geschweige denn der Betrieb eines Durchlauferhitzers zur Warmwasserbereitung. Nur wenn ich den nicht benutzen würde, könnte ich vielleicht näherungsweise mit der Strompauschale auskommen. Aber es verstößt gegen die Menschenwürde, in diesem frostigen Winter auch noch eiskalt duschen zu müssen. Mit freundlichem Gruß.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Wenn die Not weiterhin veralbert wird, gibt es einen heißen Sommer!

1. Die Altersgrenze von 25 Jahren für die Anrechnung der Betriebszugehörigkeit ist *rückwirkend* ungültig. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom Januar dieses Jahres, mit dem das deutsche **Kündigungsrecht** für unzulässig erklärt wurde, hat ein Aktenzeichen aus dem Jahr 2007: EuGH C-55/07. Die Wirkung geht aber noch weiter zurück. Wer also mit der falschen Kündigungsfrist gekündigt wurde, kann diese Kündigung immer noch anfechten: Eine falsche Frist macht diese Kündigung nichtig! Haftbar ist der ehemalige Arbeitgeber: Er hat dieses Recht angewandt. Dem Arbeitgeber steht dafür sicher ein Schadenersatzanspruch gegenüber dem Gesetzgeber zu. Ein Verweis des Arbeitnehmers an den Gesetzgeber ist unwirksam. Daher beim ehemaligen Arbeitgeber den Sachverhalt schildern und die eigene Arbeitsleistung nachweisbar anbieten. Bei einem Sozialplan wirkt sich die falsche Anwendung dieser Kündigungsvorschrift eventuell auch auf die anderen Kündigungen aus, mit der gleichen Wirkung: Sie sind nichtig! Auch hier ist aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes die zugrunde gelegte Kündigungsfrist falsch. Auf den Brief mit dem Inhalt „Meine Kündigung ist daher rückwirkend nichtig, ich biete Ihnen hiermit meine Arbeitskraft an“ kann man nach circa vier Wochen nachfassen und beweisbar erinnern. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wenn der Arbeitgeber als Reaktion die Rückzahlung der gezahlten Abfindung verlangt, so ist dies schlecht durchzusetzen. Meistens wird die Wiederholung der Kündigung für den Arbeitgeber teuer: Für die Zwischenzeit besteht Lohn-

anspruch. Allerdings wird dann die eventuell bezogenene Sozialleistung wie Arbeitslosengeld gegengerechnet. Auch eine erhaltene Abfindung sollte also nicht von der Einforderung des „alten“ Arbeitsplatzes abschrecken. Diese Ausführungen gelten auch für Änderungskündigungen! Es wird dem Arbeitgeber nicht gefallen, aber diese Belastungen kann er vom Gesetzgeber einfordern. Das Urteil sagt noch etwas anderes: Das nationale Gericht müsse die volle Wirksamkeit des Unionsrechts gewährleisten (Gewährleistungspflicht). Deshalb dürfe es in einem solchen Fall nationales Recht nicht anwenden (Unterlassungs- oder Ausschlusspflicht). Dies wird noch viel bewegen!

2. Das Verfassungsgericht hätte obigem Urteil wohl mehr Beachtung schenken sollen. Die Kläger im Regelsatzverfahren gehen hoffentlich zum Europäischen Gerichtshof. Unsere Politiker wurden als Taschenspieler entlarvt und verstehen scheinbar nicht den Ernst der Situation. Im Gerichtssaal sind die Nöte angesprochen wurden. Viele Mütter, die ihre Familien und Kinder mit ALG II durchbringen müssen, weinen sich in den Schlaf! Sie sorgen sich um das tägliche Brot! Wenn diese Not weiterhin veralbert wird, gibt es einen heißen Sommer, unabhängig vom Wetter! Daher, werte Politiker, nehmt die Not ernst! Die vorgenommene Aufrüstung und Neustrukturierung der Bundespolizei löst dieses Problem nicht!

Der britische Inlandsgeheimdienst warnte im Januar 2009 vor sozialen Unruhen. Demnach befinde sich Europa geschichtlich an einem Wendepunkt, wo sich **soziale Spannungen** und Instabilität abzeichneten. Der nächste Krieg ist ein Aufstand der Armen in Europa! Die Aufgabe der Bundespolizei zum speziellen Einsatz auf Großdemonstrationen ist eine Reaktion darauf, die Schaffung einer EU-Einsatztruppe die Ergänzung. Der Einsatz der Bundeswehr in London oder anderswo kann jetzt *ohne* Mitwirkung der deutschen Volksvertreter erfolgen! Der Vertrag von Lissabon macht es möglich. Ebenso können französische Soldaten in Berlin einmarschieren, ohne Vetorecht der französischen Volksvertreter!

3. Was jetzt mit den Anträgen auf Überprüfung der **Regelsätze** anfangen? Erst einmal stellt sich diese Frage für die Argen. Sie können von sich aus die Aussetzung bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes mit dem Antragssteller vereinbaren. Bei einer Ablehnung kann gegen den Widerspruchsbescheid Klage erhoben und mit dem Gericht das Ruhen vereinbart werden. Und was ist jetzt mit den Auswirkungen des Urteils? Das kommt auf die Richter an. Wer eine neue Waschmaschine oder Brille braucht, sollte einen entsprechenden Antrag stellen, hilfsweise als Darlehn. Bei einer Ablehnung sofort Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts im einstweiligem Rechtsschutzverfahren in Anspruch nehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

„Angedacht“ haben Frau von der Leyen und die Argen eine Positivliste für Fälle, bei denen freiwillig auf erstes Anfordern gezahlt werden soll. Dabei handelt es sich etwa um Fahrtkosten für den Besuch bei den Kindern, wenn diese „erheblich“ sind, um Aufwendungen für Medikamente von Aids-Kranken oder Kosten für

Bekleidungsübergrößen. Die Waschmaschine soll aber weiterhin vom „Angesparten“ bezahlt werden. Die Beispiele auf der Liste hinken. Die Begrenzung der Erstattung auf „erhebliche“ Fahrtkosten ist sowieso nicht haltbar: Inzwischen zahlt die Bagis *jeden* Fahrschein für den „Besuch auf Einladung“, obwohl auch hier eine Grenze auf sechs Euro „angedacht“ war. Auch der Verweis auf die Praxis der Sozialhilfe zieht nicht. Also: Wenn das Geld nicht reicht, einen Antrag stellen! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Antragsberechtigt sind sicher auch die Besitzer von selbstgenutztem Wohneigentum. Ihnen zahlt die Arge nicht die Tilgung der Darlehn. Dies führt oftmals zum Verlust des Eigentums. Dies dürfte jetzt vorbei sein, aber in der Positivliste wird es sicher nicht stehen. Den ehemaligen Eigentümern kann ein Schadenersatzanspruch zustehen. Leider ist der nur über das Landgericht einklagbar, mit Anwaltszwang, wobei eine anhängige Sozialgerichtsklage dort eingebunden werden sollte. Es könnte bei Beachtung des EU-Rechts auch ein Sozialrichter zuständig sein, siehe oben. Wer sich in der Vergangenheit bei der Arge verschulden musste und nun eine monatliche Rate abgezogen bekommt, sollte die Niederschlagung dieses Darlehns beantragen und gleichzeitig die Aussetzung der Rückzahlung bis zur Entscheidung beantragen. Wer ein Mietdeponat, Maklergebühren oder Ähnliches selbst tragen musste, sollte dies überprüfen lassen. Wer Nachhilfe, Sportverein oder Ähnliches für seine Kinder braucht, stelle einen Antrag. Die Obergrenzen der Verwaltungsanweisungen über Klassenfahrten sowie die Erstausstattung der Wohnung dürften nur noch wertloses Papier sein. Den Antrag immer schriftlich oder persönlich zur Niederschrift stellen, Ablehnungen ebenfalls schriftlich gegen lassen, Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Menschen, die noch Arbeit haben, bekommen weniger als die Hartz-IV-Empfänger? Dies stimmt nicht: Wer noch in Arbeit steht, hat trotzdem Anspruch auf ALG II und durch den Freibetrag auch mehr Geld als ein ALG-II-Bezieher ohne Arbeit. Nur wissen muss er oder sie dies. Die Aufstockung gilt auch für einmalige Bedarfe. ALG II ist die unterste Grenze! Wer sich als Werktätiger ärgert, sollte einfach eine Beratungsstelle aufsuchen. Eine Hürde ist eventuell das Einkommen des Partners. Es wird in vollem Umfang zusammengerechnet. Auch Vermögen kann hinderlich sein. Schon eine relativ niedrige Lebensversicherung muss vorher „Hartz-IV-fest“ gemacht werden. Also nicht nur mit der Lohnabrechnung zur Beratung kommen, sondern auch die Angaben für Lebensversicherungen mitnehmen!

Wer heute nach dem Lohnabstandsgebot schaut, hat Recht. Durch die Zumutbarkeitsregeln für ALG-II-Betroffenen sind die Löhne und Gehälter auf den Stand vor 25 Jahren gesunken. Ein ALG-II-Betroffener muss jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, auch wenn der Lohn bis zu 30 Prozent unter dem Tarif- beziehungsweise ortsüblichen Lohn liegt. Diese Bestimmung muss weg, damit die Tariflohnunterschreitung beendet wird! Die Senkung der Sozialleitungen trifft die

Falschen, die Ärmsten! Die Politik hat mit Hartz IV ein Niedriglohnland schaffen wollen. Dies ist gelungen! Noch nie sind Löhne und Gehälter so schnell gesunken und Arbeitsstandards zusammengestrichen worden. Allerdings haben nur die Menschen bis zu mittlerem Einkommen diese Nachteile hinnehmen müssen. Die Spitzenverdienste sind rasant angestiegen! Dies muss gedreht werden!

Ergänzend muss ein flächendeckender **Mindestlohn** eingeführt werden, um die Tarifflucht der Arbeitgeber zu beenden. Auch sind die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die unteren Einkommen entlastet werden und die Reichen zahlen. Das Naheliegende, ein bedingungsloses Grundeinkommen, wäre allerdings ein absoluter Nachteil für Milliardäre und mehrfache Millionäre. Wer nur eine Million hat, für den wird sich nur das Einkommen ändern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz! Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Einen Einblick in das gläserne Volk gibt es am **Donnerstag**, dem **18. Februar 2010**, um **18 Uhr** im **DGB-Haus** bei der **Podiumsdiskussion** mit Dr. Rolf Gössner und Monique Troedel unter dem Titel „**Ein Volk von Verdächtigen?** Kollateralschäden im ‚Antiterrorkampf‘“.

Die Verkehrspauschale reicht nur für eine halbe Monatskarte

1. An alle Damen und Herren der Oldenburger Ratsfraktionen! Gestern wurde mir vom „Bürgerbüro Mitte“ meine Anfrage zur Inanspruchnahme des „Oldenburg-Passes“ beantwortet. Im Jahr 2009 wurden demnach 3.449 solcher Pässe an Bürgerinnen und Bürger ab 15 Jahren ausgegeben, außerdem 482 an Kinder bis 14 Jahre. Dies würde bedeuten, dass die Stadt Oldenburg bei einer fünfzigprozentigen Bezuschussung von Monatskarten für die „Verkehr und Wasser GmbH“ – ausgehend von einem mit Mengenrabatt ermäßigten „Jobticket“ zum Preis von 28 Euro im Monat – jährlich einen Zuschuss von 579.432 Euro und 57.840 Euro für Kindermonatskarten bezahlen müsste, wenn man bei diesen von einem monatlichen Zuschuss von zehn Euro ausgeht.

Bei dieser Berechnung kommt man somit auf einen notwendigen Gesamtzuschuss in Höhe von jährlich 637.272 Euro. Durch das Land Niedersachsen wird allerdings schon ein Zuschuss von 550.000 Euro, durch die Stadt Oldenburg ein weiterer von 1,6 Millionen Euro gezahlt. Alle „Oldenburg-Pass“-Inhaber sind mit Sicherheit entweder aufgrund ihrer eigenen finanziellen Situation oder aber sogar von Amts wegen dazu verpflichtet, nur so viel für den öffentlichen Personennahverkehr im Monat auszugeben, wie beispielsweise durch die Regelsatzaufteilung im SGB II vorgesehen ist. Das sind pro Tag für Erwachsene ungefähr 49 Cent, für Kinder entsprechend 70 Prozent davon, also rund 34 Cent.

Der Niedersächsischen Gemeindeordnung kann man entnehmen, dass an Unternehmen, die im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge beauftragt werden, für die öffentliche Hand tätig zu sein, Bedingungen an die Auslastung gestellt werden. Dass die „Verkehr und Wasser GmbH“ diese Bedingungen erfüllt, wage ich allerdings ernsthaft zu bezweifeln! Um hierzu Näheres zu erfahren, besuchte ich vor über einem Jahr zusammen mit einem Bekannten den entsprechenden Sachbearbeiter des Unternehmens. Ich bat ihn darum, mir mitzuteilen, wie viele Personen kalendertäglich mit wie vielen der täglich gefahrenen Touren und den unterschiedlichen Fahrzeugen befördert werden. Leider bekam ich hierzu bis heute keine Antwort von dem Herrn.

Dadurch sah ich mich veranlasst, selbst eine Berechnung der täglichen Auslastung der Busse vorzunehmen, die man selbstverständlich nur als laienhaft betrachten darf. Zumindest kam ich hierbei zu dem Ergebnis, dass mit allen kalendertäglich eingesetzten Bustouren auf allen Linien der „Verkehr und Wasser GmbH“ vier- bis fünf Mal mehr Personen befördert werden könnten, als tatsächlich befördert wurden. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass fast jedes Jahr die **Fahrpreise** erhöht werden müssen – dieses Jahr bei einem Zweizonen-Einzelticket gleich um fünf Prozent! Bei einer hundertprozentigen Auslastung müsste dieser Fahrpreis dann bei 40 bis 50 Cent pro Einzelfahrt liegen. Alle diese Gründe sprechen in meinen Augen dafür, zumindest erst einmal für alle „Oldenburg-Pass“-Inhaber ab 15 Jahren die Monatskarte zum Preis von 14 Euro zu verkaufen, für Kinder entsprechend zum Preis von zehn Euro.

In meinen Augen könnte von einer weiteren Bezuschussung des öffentlichen Personennahverkehrs, da die bisherige anscheinend schon weit über die hierfür notwendigen Beträge hinausgeht, durchaus verzichtet werden. Auch so ist kaum mit Mindereinnahmen für die „Verkehr und Wasser GmbH“ zu rechnen. Vielleicht würde sogar das Gegenteil eintreten? Ich würde mich freuen, wenn ich alle Damen und Herren des Oldenburger Stadtrates sowie Herrn Oberbürgermeister Professor Schwandner hiermit überzeugen könnte, endlich einmal ganz schnell für den betroffenen Personenkreis – und vielleicht auch darüber hinaus – effektiv und schnell tätig zu werden, im Interesse aller Oldenburger Bürgerinnen und Bürger! Mit freundlichen Grüßen.

2. Am 9. Februar 2010 verkündete das Bundesverfassungsgericht ein Urteil bezüglich der SGB-II-Regelsatzleistungen für Erwachsene und Kinder. In diesem Zusammenhang wurde der neoliberalen Regierung in Deutschland aufgetragen, für verfassungsrechtlich unbedenkliche Neuberechnungen und Härtefallregelungen zu sorgen. Ich meine, dazu muss gehören, dass sich die Politiker endlich von der bisher praktizierten „abstrakten Kunst“ verabschieden! Nimmt man aber die in den letzten Tagen gefallenen Aussagen einiger Politiker, kann einem wieder einmal nur schlecht werden. Es reicht auf gar keinen Fall aus, allein die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes so schnell wie möglich umzusetzen!

Nach Angabe eines Mitarbeiters der Diakonie in Oldenburg ist es aufgrund der Vergatterung der jungen Erwachsenen, bei Erwerbslosigkeit gemäß der Gesetzgebung des SGB II bis zum 25. Lebensjahr im Haushalt der Eltern leben zu müssen und ihnen trotz Volljährigkeit das Recht auf den Bezug einer eigenen Wohnung zu verweigern, zu einer Verschärfung der **Obdachlosigkeit** gekommen. Auch diese Verpflichtung dürfte verfassungswidrig sein! Sie muss zwangsläufig wegen des Sanktionsparagrafen 31 im SGB II zu Konflikten im Elternhaus, eventuell sogar mit den Geschwistern, in diesen neu gegründeten Bedarfsgemeinschaften führen. Genau hier beginnt die Spaltung der Gesellschaft und die Gefährdung des sozialen Friedens! Die von Obdachlosigkeit bedrohten jungen Menschen sind das schwächste Glied der Kette – und nicht etwa, wie Herr Westerwelle behauptet, der Mittelstand in Deutschland. Genau bei diesem Personenkreis hat der Begriff Menschenwürde nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu beginnen!

Nimmt man die Zahlen des Mitarbeiters der Diakonie in Oldenburg, so muss man rechnerisch davon ausgehen, dass bereits über 90.000 junge Menschen in Deutschland auf der Straße leben. Die Menschenwürde hängt mit Sicherheit nicht allein von einer Erhöhung oder gar Kürzung der Regelsätze ab. Die Notwendigkeit zur Erhöhung haben aber bereits über 60 Prozent der Menschen in Deutschland begriffen – anscheinend im Gegensatz zu einigen der asozialen neoliberalen Politiker in Berlin! Man kann nur hoffen, dass diese 60 Prozent der Menschen sich alle dazu entschließen, endlich ein neues und gerechteres System für Deutschland zu fordern und den Entsolidarisierungsversuchen der neoliberalen Politiker wehrhaft entgegenzutreten. Keine Familie oder Lebensgemeinschaft in Deutschland hat eine Garantie dafür, nicht von den Problemen der Obdachlosigkeit mit all ihren möglichen Folgen betroffen zu werden. Eine weitere asoziale Politik der neoliberalen Politiker wird diese Probleme mit Sicherheit weiter verschärfen!

Hans-Dieter Wege (Vater von drei berufstätigen und zwei schulpflichtigen Kindern, parteilos und Gegner asozialer Politik)

Behörden-Sadismus: Obwohl sich Kevin S. nicht einmal mehr Erbsensuppe kochen kann, wird er weiter sanktioniert *(„Bild“-Zeitung)*

Sanktionsparagraf angezählt, Existenzentzug nicht mehr möglich

1. Mit der heutigen Entscheidung des Bundessozialgerichts sehen wir uns in unserer Rechtsauffassung bestätigt, dass das Bundesverfassungsgericht am 9. Februar 2010 auch den Hartz-IV-Sanktionsparagrafen 31 gekippt hat. Der Hinweis der Kasseler Richter während der Verhandlung, sie hätten „nicht zu prüfen gehabt, ob die **Sanktion** verfassungswidrig“ sei, ist ein an Deutlichkeit nicht zu überbietender Wink mit dem Zaunpfahl an alle Verwaltungen und Sozialgerichte.

Die Richter führten aus, die Klägerin habe zwar ihre Pflichten aus einer Eingliederungsvereinbarung verletzt, indem sie einen Ein-Euro-Job vorzeitig abbrach. Dennoch gaben ihr die Richter recht und wiesen die Sanktionen – in diesem Falle 100 Prozent des Regelsatzes – als unrechtmäßig zurück. Die pauschale Standard-Rechtsmittelbelehrung sei nicht ausreichend gewesen. Nach der heutigen Presseerklärung des Bundessozialgerichts bedürfe es „strenger Anforderungen an den Inhalt der Rechtsfolgenbelehrung“, die dem individuellen Einzelfall angepasst und „konkret, verständlich, richtig und vollständig sein“ müsse. Dies sei vor allem „deshalb geboten, weil es sich bei der Herabsetzung der Grundsicherungsleistungen, wie aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 3/09, 4/09) hervorgeht, um einen schwerwiegenden Eingriff handelt.“

Weiter heißt es in der Presseerklärung des Bundessozialgerichts mit deutlichem Hinweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil: „Da der Absenkungsbescheid schon wegen der unzulänglichen Rechtsfolgenbelehrung aufzuheben war, war nicht darüber zu entscheiden, ob die im Bescheid angeordnete völlige Streichung der Regelleistung für einen Zeitraum von drei Monaten zulässig war.“

Wir wiederholen deshalb unsere Schlussfolgerung, dass sich seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar und der heutigen Entscheidung des Bundessozialgerichts niemand mehr existenzgefährdende Leistungskürzungen aus dem § 31 SGB II gefallen lassen muss. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass hier auch rückwirkende Rechtsmittel eingelegt werden können. Die „Hartz-IV-Plattform“ wird prüfen lassen, wie sich Betroffene bezüglich Überprüfungsanträgen und Eilverfahren vor den Sozialgerichten verhalten sollten.

2. Ein **Regelsatz**, der den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht, muss sich auf 631 Euro belaufen. Diese Berechnung nahm Gutachter Rüdiger Böker, Mitglied des Deutschen Sozialgerichtstags, vor, der auch die Stellungnahmen für Kläger Thomas Kallay gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abgegeben hat. Diese Regelsatzhöhe entspricht nicht nur unseren Erwartungen aufgrund eigener empirischer Analyse, sondern deckt sich auch mit dem Willen der Bürger. Die heute vorgelegte Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes wurde

auf Basis der Zahlengrundlage vorgenommen, die auch die Bundesregierung verwendet hat, nämlich der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.

Realitätsgerecht, wie die Verfassungsrichter es anmahnten, sind insbesondere die absurden Abzüge der Bundesstatistiker – wir erinnern uns: Pelzmäntel, Segelflugzeuge, Motorboote! – herausgerechnet worden. Ergebnis: Der bisherige Regelsatz ist evident unzureichend, denn die Vorgaben offenbaren eine Unterdeckung von 272 Euro. Für seine Berechnung hat Rüdiger Böker sämtliche Vorgaben der Verfassungsrichter zu den einzelnen Regalsatzabteilungen berücksichtigt, insbesondere die zahlreichen Rügen an den realitätsfernen Kürzungen, und darüber hinaus die geforderte Inflationsrate berücksichtigt.

Wir dürfen gespannt sein, mit welchen Ablenkungsmanövern Ministerin von der Leyen versuchen wird, diesen neuen Regelsatz herunterzurechnen – obwohl er zugleich ein gigantisches Konjunkturpaket wäre, das dem schwächelnden Einzelhandel den nötigen und viel beschworenen Aufschwung bescheren würde. Denn Hartz-IV-Berechtigte haben einen jahrelang aufgestauten Nachholbedarf, der unmittelbar das Wachstum ankurbeln könnte – wenn die Bundesregierung wollte.

Presseerklärung von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Mahnwache** gegen den **Krieg in Afghanistan** sowie gegen die **Rüstungshochburg Bremen** am **Freitag**, dem **19. Februar 2010**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide**, vor dem „Kapitel 8“.

Attac ruft auf zur **Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg** am **Samstag**, dem **20. Februar 2010**, in **Berlin**.

Weiße Flagge gehisst: Commerzbank muss auch Kapitalismusgegnern das Konto führen *(„Rote Fahne News“)*

Wo versickert die Differenz: Pro Kopf der Bevölkerung werden jährlich 12.500 Euro an Sozialleistungen ausgeschüttet, aber Hartz-IV-Betroffene erhalten nur zwei Drittel davon *(„Spiegel-Online“)*

Einfach in Ruhe lassen: Das käme billiger, als die Komödie Arbeitssuche aufzuführen *(„Morgenpost“)*

Alles andere ist Schikane: Zumutbar ist nur eine menschenwürdige Arbeit, von der man auch leben kann *(„Weser-Kurier“)*

Knallcharge Westerwelle: Was er hatte, war Krawatte *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

268. Bremer Montagsdemo am 22. 02. 2010

Warum soll die Montagsdemo leiser werden?

Es geht um die Montagsdemo – Kommt mit zum Kooperationsgespräch beim Stadtamt Bremen! Vor etwa drei Wochen wurde der Anmelder der hiesigen Montagsdemo vom Stadtamt angerufen. Der Sachbearbeiter wollte ein Gespräch über die Begrenzung der Lautstärke bei den Demonstrationen und der Kundgebung. Es hätten sich Anlieger, Unbeteiligte und auch „die Politik“ über die Lautstärke beschwert. Hintergrund ist ein Treffen des Bürgerschaftspräsidenten mit Nutzern und Anliegern des Marktplatzes. Präsident Weber möchte ja nur noch schöne und gehaltvolle Veranstaltungen auf dem Marktplatz!

Auf der nachfolgenden Montagsdemo haben wir dieses Ansinnen diskutiert und die dahinterstehende Intention zurückgewiesen. Einige Mitstreiter der Montagsdemo wollen ihre Meinung beim Gespräch mit dem Stadtamt auch kundtun, denn diese Angelegenheit ist keine Sache nur zwischen Stadtamt und dem Anmelder!

Nach telefonischem Vortragen unserer Position beim Stadtamt und dem Wunsch einiger Mitstreiter, daran teilnehmen zu wollen, hat das Stadtamt vorgeschlagen, dieses „**Kooperationsgespräch**“ am **Donnerstag**, dem **4. März 2010** um 14 Uhr im **Stadtamt** durchzuführen. Die Anwesenheit von Amtsleiter Wilkens ist auch angekündigt. Wir haben die Zahl von sechs bis zwölf Personen angemeldet. Als Treffpunkt schlagen wir die Bushaltestelle Steubenstraße/Stadtamt der Linie 25 stadtauswärts vor, Zeit: **13:45 Uhr**. Um einen gewissen Überblick zu haben, meldet euch bitte bei Jobst Roselius an, Telefon 705 687, E-Mail Jobst.Roselius(at)nord-com.net. Wir werden aber auch noch einmal nachfragen bei der Montagsdemo am 1. März 2010. Stärkt die Position der Montagsdemo auch durch eigene Beiträge und E-Mails an Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de!

Initiative Bremer Montagsdemo

Am Samstag, dem 13. März 2010, findet von 11 bis 17 Uhr die nächste **Delegiertenkonferenz** der bundesweiten Montagsdemo in **Kassel** statt. Hierfür können wir Delegierte der Bremer Montagsdemo wählen und Kandidaten für die bundesweite Koordinierungsgruppe benennen, die dann auf der

Delegiertenkonferez gewählt werden. Überlegt bitte, wer für diese Aufgaben kandidieren möchte, wen ihr vorschlagt und was wir für Ideen und Forderungen aufstellen wollen! Am **Montag**, dem **1. März 2010**, soll unsere geheime **Wahl** der Delegierten und Kandidaten erfolgen und ein Beschluss zu den Ideen und Forderungen gefasst werden, die die Delegation vortragen soll.

Strafanzeige gegen die Frankfurter Montagsdemo

Auf der Frankfurter Montagsdemo am 22. Februar 2010 wollte ein völlig aufgelöster Passant über Misshandlungen von Obdachlosen und Vergewaltigung von Frauen durch private Sicherheitsdienste berichten. Ein Sprecher der Montagsdemo gegen Hartz IV und Agenda 2010 hörte sich sein Anliegen an. Als dann der Sprecher das Thema am Offenen Mikrofon vortrug, folgte eine Anzeige wegen übler Nachrede beziehungsweise Mittäterschaft zur üblen Nachrede durch die Leute vom privaten Sicherheitsdienst der Verkehrsbetriebe. Der Passant wurde festgenommen.

Die Frankfurter Montagsdemonstration verurteilt diese Anzeige als einen feigen Angriff auf die freie Meinungsäußerung, das Offene Mikrofon und die Kultur der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV und Agenda 2010, statt sich dem Thema zu stellen. Wir weisen diesen Angriff zurück und fordern alle Freundinnen und Freunde auf, diesen Vorgang bekanntzumachen und weiterzuverfolgen!

Zuschrift der Frankfurter Montagsdemo

Strafanzeige gegen die Donnerstagsdemo Zwickau

Gegen den Verein „Gegenwind-Arbeitsloseninitiative Glauchau-Zwickau“ und speziell gegen einzelne Mitglieder sind seitens der Argen Zwickau-Stadt und Hohenstein-Ernstthal, aber auch von der Mitarbeiterin der Arge Hohenstein-Ernstthal, Abteilung U25, Frau Ines Goldacker, Anzeigen wegen Beleidigung und Verleumdung gemacht worden. Die Anzeige der Arge Hohenstein-Ernstthal gegen zwei Mitglieder des Vereins anlässlich unserer 8. Donnerstagsdemo, wo in zwei Redebeiträgen die Arbeit der Arge kritisiert wurde, ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Unter anderem lautete der Vorwurf, dass in den Redebeiträgen die Arbeit und die Mitarbeiter lächerlich gemacht wurden. Drei Verfahren laufen

noch. Zur Anzeige der Arge Zwickau-Stadt hat sich der Staatsanwalt noch nicht geäußert. Die Anzeige und die kostenpflichtige Richtigstellung der Frau Goldacker sind dagegen anhängig. Zum einen muss ein Zivilprozess geführt werden, da die Kosten für die Richtigstellung nicht von uns übernommen werden, zum anderen ist vom Gericht aufgrund der Strafanzeige ein Strafbefehl über 100 Euro ergangen, der so nicht einfach hingenommen werden kann.

Um überhaupt eine Chance zu haben, benötigen wir natürlich einen Rechtsanwalt. Da das keine billige Angelegenheit ist, bitten wir um Spenden. Die Argen und ihre Mitarbeiter dürfen die Arbeit und die Aufklärung dessen, was in den Argen geschieht, nicht so einfach wegprozessieren können! Da wir ein neuer und kleiner Verein sind, der sich ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert, bitten wir alle, die uns gedanklich, kämpferisch und daumendrückend unterstützen, auch um Geldspenden, damit wir mit anwaltlicher Vertretung diese Prozesse auch gewinnen können. Denken Sie daran: Es geht zwar direkt um uns, aber viel wichtiger, es geht um das Prinzip und dass die Achtung und Menschenwürde der Hilfesuchenden gewahrt wird. Daher bitten wir um Ihre finanzielle Unterstützung! Das **Spendenkonto** ist bei der **Volksbank-Raifeisenbank Glauchau eG**, **BLZ 87095974**, **Kontonummer 4618**, **Kennwort: Arge Z**.

Aufgrund der Anzeigen gegen den Verein und dessen Mitglieder sollte die Frage gestattet sein: Welche Verantwortung tragen die handelnden Personen in den Argen? Verantwortung tragen sie unzweifelhaft im Rahmen ihres Arbeitsvertrages gegenüber ihrem Arbeitgeber. Dann, meinen sie, ist aber Schluss mit der Verantwortung. Das haben viele Mitarbeiter und selbst Personen aus der Geschäftsführung mit folgendem Satz zum Ausdruck gebracht: „Wir machen nur unsere Arbeit“. Dies ist sicherlich in gewissem Maße richtig. Sie müssen sich an die Gesetze und an die Anweisungen ihres Vorgesetzten halten, sonst drohen ihnen ebenfalls Repressalien und unter Umständen Arbeitsplatzverlust. Aber, und das wird meist völlig vergessen, sie haben auch noch eine andere und viel größere Verantwortung, nämlich dem Menschen gegenüber, der vor ihrem Schreibtisch sitzt.

Es wird immer von den Gesetzen gesprochen, und wenn etwas angeprangert wird, ist die große Masse gemeint. Völlig vergessen wird dabei, dass es sich um Einzelschicksale handelt. Einzelne Menschen, deren Leben zerstört wird, die in Not und Elend, zum Teil in den Freitod getrieben werden. Hier sind die handelnden Personen in die Verantwortung zu nehmen, genau hier beginnt auch ihre Verantwortung. Das Hartz-IV-System, das sind viele Einzelschicksale und die Menschen, die dahinterstehen. Ihnen muss viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, um den Verantwortlichen in den Argen ihr Tun vor Augen halten. Hier sehe ich auch uns, „Gegenwind e.V.“, die darüber berichten, in der Verantwortung.

Statt dass die Mitarbeiter einmal ihr Verhalten kritisch hinterfragen, wird mit Anzeigen reagiert. Zum Teil sind es Überforderung und Ahnungslosigkeit, da völlig unqualifizierte Leute an den Schreibtischen sitzen, wie uns Herr Alt, Chef der Grundsicherung bei der Bundesagentur Nürnberg, wissen lässt, und zum Teil

auch charakterlich völlig ungeeignete Leute. Normalerweise gehören an solche verantwortungsvollen Arbeitsplätze gut ausgebildete Leute, die entsprechende Fachkenntnisse besitzen. Fragen Sie doch bei Ihrem nächsten Besuch in der Arge nach, welche Ausbildung Ihr Gegenüber besitzt! Es kann nicht sein, dass unkundige Personen über das Schicksal von Menschen entscheiden, nach Gutdünken Sanktionen verhängen und die Leute mit Willkürmaßnahmen an den Rand der Verzweiflung treiben.

Über all diese Dinge muss berichtet und die Verantwortung denen übertragen werden, die sie auch tatsächlich tragen. Von einem Mitarbeiter der Arge muss man verlangen können, dass er sozialrechtliches und sozialpädagogisches Fachwissen besitzt. Zudem muss er charakterlich für diese Tätigkeit geeignet sein. Ansonsten hat er da nichts verloren. Wie soll ein Friedhofsgärtner oder ehemaliger Telekom-Mitarbeiter sich solche Kenntnisse aneignen, da man dazu eigentlich studiert haben muss, und die Argen ihre Leute auch nicht weiterbilden? Leider ist es nun so, dass wir um eine Gerichtsverhandlung nicht herumkommen. Der Kampf, den wir hier führen müssen, ist nicht für uns allein! Es ist ein Kampf für alle, die im Leistungsbezug von Hartz IV sind, und für die, die diesen Menschen mit ihrem Idealismus helfen.

Zuschrift von Hans-Jürgen Reglitzki, E-Mail: hjreglitzki(at)web.de,
„Gegenwind-Arbeitsloseninitiative Glauchau-Zwickau“

Kleiner Hartz-IV-Lügentest

Prüfen wir am Anfang kurz einige Behauptungen:

1. „ALG-II-Betroffene erhalten Stütze (ALG II, Sozialgeld et cetera) *und* Kindergeld!“
2. „Wer arbeitet, hat weniger als Hartz IV!“
3. „Wer Hartz IV bezieht, hat wenig Anreiz zur Arbeitsaufnahme!“
4. „Die Erde ist eine Scheibe!“

Bei Letzerem sagt jeder: Das stimmt doch gar nicht. Aber es stimmt überhaupt keine von diesen Aussagen! Dass Punkt 1 nicht wahr ist, wurde durch die Berichterstattung rund ums Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Regelsätzen etwas bekannter. Zwar wird Kindergeld auch an ALG-II-Empfänger gezahlt, aber zu 100 Prozent wieder abgezogen, und zwar nicht erst sofort, sondern schon vorher: Kindergeld wird erst im laufenden Monat gezahlt, der Abzug erfolgt hingegen am Monatsanfang. Nur bei Kindern über 18 Jahren wird ein Versicherungsfreibetrag von 30 Euro abgezogen. Bei der alten Sozialhilfe wurden diese 30 Euro Freibetrag für *jedes* Kind gewährt. Damit konnten die Eltern eine Haftpflichtversicherung für ihre Kinder bezahlen.

Zu Punkt 2: Wer trotz Arbeit weniger als ALG II (plus Freibetrag) zur Verfügung hat, kann ALG II beantragen. Er erhält die Differenz von der Arge, allerdings mit den gleichen Hürden wie die anderen ALG-II-Empfänger: Es erfolgt eine Zusammenrechnung mit dem Einkommen des Partners und der Kinder sowie eine Anrechnung von Vermögen oberhalb der Freibeträge. Daher empfiehlt es sich, vor der Antragsstellung immer erst eine Beratungsstelle aufzusuchen! Ein Anspruch auf ALG II kann auch für einen einmaligen Anspruch, zum Beispiel eine Klassenfahrt, geltend gemacht werden.

Zu Punkt 3: Wer eine Tätigkeit gegen Entgelt in Teil- oder Vollzeit aufnimmt, erhält den Freibetrag zusätzlich zum bisherigen ALG II. Der Freibetrag bei Erwerbstätigkeit wird aus dem Bruttoeinkommen von bis zu 1.200 Euro beziehungsweise mit Kind 1.500 Euro ermittelt und vom Nettoeinkommen abgezogen. Die ersten 100 Euro werden nicht angerechnet, bis 800 Euro bleiben zusätzlich 20 Prozent von 700 bis 800 Euro anrechnungsfrei, darüber hinaus zehn Prozent, bis zum Höchstbetrag von 280 beziehungsweise 310 Euro, gemäß § 30 SGB II.

Die Punkte 2 und 3 sind durchaus nicht zwei verschiedene Paar Schuhe. Die OECD beurteilt die Anreize zur Arbeitsaufnahme als gering. Begründet wurde dies mit der hohen Steuer- und Sozialversicherungsbelastung des Arbeitslohnes. Dies trifft auch jeden anderen Arbeitnehmer. Erwähnt werden muss noch, dass viele Erwerbslose nach dem Auslaufen des ALG I trotzdem keinen Anspruch auf ALG II zugestanden bekommen, weil das Einkommen des Partners angerechnet wird oder weil Vermögen oberhalb der Freibeträge angerechnet werden soll. Einen größeren Anreiz als null Euro Leistung gibt es nicht! Trotzdem gelingt es den wenigsten, eine bezahlte Erwerbstätigkeit zu finden.

Die Möglichkeit, anstelle von ALG II den Kinderzuschlag und das Wohngeld zu beantragen, muss in jedem Einzelfall unter Abwägung der Wechselwirkungen geprüft werden. Der Mindestlohn wird jetzt als Benachteiligung für Erwerbslose mit Migrationshintergrund dargestellt. Mindestlohn ist ein wirksames Instrument für die Wiederherstellung des Lohnabstandsgebotes! Sofortiges Handeln ist nötig! Außerdem muss die Zumutbarkeitsregel geändert werden, denn gegenwärtig hat jede(r) Erwerbslose eine Entlohnung bis 30 Prozent unter dem jeweiligen Tarif- oder ortsüblichen Lohn zu akzeptieren.

Die Folge sind Löhne, die nicht aus der Hilfebedürftigkeit führen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen!

Täglich neue Ekelwellen und Aufforderungen zu Willkürmaßnahmen

1. Mein Herz machte einen Freudensprung, als ich las, dass der Hartz-IV-Bezieher Gunther Clemens aus dem niedersächsischen Filsum den FDP-Chef Guido Westerwelle wegen seiner umstrittenen Äußerungen im Zusammenhang mit Hartz IV angezeigt hat. Der 42-jährige gelernte Schreiner musste seinen Beruf als Fernfahrer 2004 aus Krankheitsgründen aufgeben. Seit dem letzten Sommer arbeitet er ehrenamtlich in einem evangelischen Jugendcafé und steht dort kurz vor einer Festanstellung. Gunther Clemens wollte zunächst nicht glauben, was der Außenminister da von sich gegeben haben soll. Doch es war beileibe kein Karnevalsscherz, denn wenigstens der deutsche Außenminister meinte das ernst: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Clemens verweist auf sein soziales Engagement in Detern im Kreis Leer, wo er sich als Vorsitzender des Schulfördervereins, Vorsitzender des Kreiselternrats und als Mitglied im Landesrat engagiert. Da lässt er sich nicht vorwerfen, dekadent auf einer Couch zu liegen und sich die Trauben reichen zu lassen.

Ich schließe mich seiner Meinung an, dass Westerwelle solche Reden an seinem Stammtisch absondern kann, nicht jedoch in aller Öffentlichkeit und schon gar nicht als Außenminister. Leider wächst durch die permanente Hetze, mit der fast jeden Morgen eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, die Zustimmung der Bevölkerungsteile, die sich mit falschen Zahlen und perfiden Unterstellungen aus der Gazette mit den vier Großbuchstaben „bilden“ lassen. Ich finde es immer wieder befremdlich, wie solche Politiker das Postulat der Wahrheit für sich in Anspruch nehmen und dabei so entzückend wie segensreich gewisse Zustände ganz allerliebst verdrehen. So haben zum Beispiel Menschen mit Arbeit niemals weniger Einkommen als Menschen ohne Arbeit, weil sie ja aufstocken können, wobei ihnen Freibeträge eingeräumt werden. Hingegen kann ich Westerwelle ausnahmsweise dabei zustimmen, dass es nicht sein könne, dass 45 Prozent der Bundesausgaben in den Sozialhaushalt gingen. Ob die Zahl mal wieder hochgemogelt ist, sei nun dahingestellt. Doch finde ich es unerträglich, dass der Staat die Unternehmer dermaßen aus ihrer sozialen Verantwortung entlässt, ihnen ei-

ne Steuer nach der anderen erlässt und im Gegenzug dazu noch nicht mal einen Mindestlohn einführt, von dem es sich anständig leben und altern ließe!

Dumme Sprüche jetzt zu Fastnacht, dass Arbeit sich wieder lohnen soll, sind so dreist wie wahr. Auch, dass dann aber Arbeit da sein muss. Das ist sie aber nicht. Es stimmt: Wer den Sozialstaat überfordert, zerstört ihn. Herr Westerwelle und sein schwarz-gelbes Gruselkabinett sind ja bei der Umverteilung von unten nach oben fast mit nichts anderem beschäftigt als eben mit dieser Demontage. Doch bleibe ich mal auf dem Teppich und rechne nicht damit, dass ein Herr Westerwelle auch nur das Mindeste vom Staatsanwalt zu befürchten hätte. Die „prüfen“ halt eine Runde, und es wird wohl bei einer Randnotiz bleiben, obwohl in meinen Augen der Tatbestand der **Volksverhetzung** voll erfüllt wurde. Für mich ist es offenkundig, dass hier sehr wohl die Menschenwürde der ALG-II-Bezieher als Teile der Bevölkerung angegriffen, in Wort, Schrift oder Bild beschimpft, böswillig verächtlich gemacht und verleumdet wird! Doch scheint die Hetze gegen ALG-II-Bezieher salonfähig geworden zu sein und für Politiker jede Narrenfreiheit zu gelten, sodass bestimmt mit zweierlei Maßstäben gemessen wird! Oder sollten wir gar darauf hoffen dürfen, dass der Bundestag Herrn Westerwelles Immunität aufhebt? Bisher waren die Versuche einer Strafanzeige immer erfolglos, denken wir zum Beispiel an die Herren Clement, Müntefering oder Koch. Vielleicht sollten andere Aktivitäten in Betracht gezogen werden, zum Beispiel sich den ganzen Tag vor einem FDP-Parteibüro aufzustellen und dabei ein Plakat in den Händen zu halten, auf dem steht: „Ich bin die Hartz-IV-Dekadenz!“

2. Das Bremer Gesundheitsamt spricht sich dafür aus, dass Hartz-IV-Bezieher **Verhütungsmittel** künftig vom Staat bezahlt bekommen. Bisher sind sie nur für junge Frauen bis zu einem Alter von 20 Jahren kostenlos. Da weder das Bedürfnis nach Sexualität mit 21 Jahren erlischt noch die Regelleistung dann höher ausfällt, ist die Altersbeschränkung in meinen Augen ohnehin nicht nachzuvollziehen! Weil das Geld für Verhütungsmittel dann eben nicht ausreichend vorhanden ist, werden einer Studie zufolge überdurchschnittlich viele auf Hartz-IV-Leistungen angewiesene Frauen ungewollt schwanger. Mir persönlich gefällt der Vorschlag von Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter, den Hartz-IV-Regelsatz so zu erhöhen, dass die Kosten für Verhütungsmittel damit zu bestreiten seien, weitaus besser. Warum sollen die Bezieher von Transferleistungen ständig überall und nirgendwo jeden Mückenpups einzeln beantragen, was doch für beide Seiten zu völlig überflüssigem organisatorischen Aufwand führt?

Nach Angaben des Sprechers des Sozialressorts geht es dabei um einen „pragmatischen Versuch, in der Gesellschaft etwas zu ändern“. Wie ist das denn gemeint? Ist es bevölkerungspolitisch zur Vermeidung zukünftiger Hartz-IV-Bezieher „angedacht“? Für mich ist völlig neu, dass Behörden ohne Hintergedanken freiwillig etwas bezahlen, nur weil dann eine Hartz-IV-Bezieherin etwas mehr Geld in ihrem Portemonnaie hat. Aber ich finde es anerkennungswert, dass Bremen den Hartz-IV-Bezieherinnen überhaupt das Ausleben ihrer Lust auf Sex zu-

gesteht! Oder ist das schon alles im Sinne der Teilhabe am soziokulturellen Leben – außerhalb des entwürdigenden Kulturtickets? Mit Hartz IV sind halt sinnvolle Freizeitgestaltung und Teilnahme am Leben in jeder Beziehung kaum möglich. Aber Sex ist auch in der kleinsten Hütte zu praktizieren, und dabei lassen sich vielleicht noch ein wenig Heizkosten einsparen! Nur dass dabei wieder viele Hartzer Jungen und Mädchen entstehen können, ist nicht im Sinne der erwünschten Menschenproduktion. Die Bezahlung von Verhütungsmitteln ist im Vergleich dazu natürlich weitaus günstiger.

3. Eine schwerbehinderte Putzfrau verlor ihren Job, weil sie weggeworfene Pfandflaschen aus Abfalleimern mitgenommen hatte. Der Arbeitgeber betrachtete dies als Diebstahl und kündigte der Mitarbeiterin daraufhin. Es scheint sich mal wieder um eine **Bagatellkündigung** zu handeln, wo sich einer älteren Schwerbehinderten entledigt werden soll, die dann vermutlich durch eine jüngere, billigere ersetzt werden soll. Die Frau arbeitete bereits 20 Jahren als Reinigungskraft in dem Betrieb und wehrte sich auch vor dem Arbeitsgericht Lübeck erfolgreich gegen die Kündigung. Weil laut Arbeitsvertrag keine Gegenstände aus Objekten mitgenommen werden dürfen legte der Betrieb jedoch Berufung ein (Aktenzeichen 3 Sa 441/09). Moment mal, die Frau nahm ja nicht einfach „Gegenstände aus Objekten“ mit, sondern Abfall! Wenn ich etwas in den Müll gebe, dann habe ich mich dessen entledigt und kann darauf wohl kaum noch Besitzansprüche erheben! Auch in der neoliberalen Eiszeit dürfte der Betrieb damit nicht durchkommen, wenn sich in Kürze das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein in einer Berufungsverhandlung erneut mit dem Fall beschäftigen wird.

4. Laut einer OECD-Studie haben Langzeitarbeitslose mit Familie trotz der Hartz-Reformen wenig „Anreize“, sich einen Vollzeitarbeitsplatz zu suchen. Schon bei einem geringen Verdienst würden für sie relativ hohe Steuern und Sozialbeiträge fällig, wohingegen Minijobs und andere Formen geringfügiger Beschäftigung etwa durch Freibeträge gefördert würden. Auch das hohe Armutsrisiko der Alleinerziehenden in Deutschland sei vor allem die Folge einer ausgesprochen geringen Erwerbsbeteiligung. Damit ihnen unter dem Strich mehr Geld bleibe, als ihnen an Sozialtransfers zustehe, müssten Alleinerziehende oder Alleinverdiener mit zwei Kindern mehr als 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes erhalten. Nicht berücksichtigt wurden dabei die Kosten für die Kinderbetreuung oder die Schwierigkeiten, in Deutschland einen Betreuungsplatz zu erhalten. Die OECD-Forscher schlugen eine gezielte finanzielle Unterstützung für existenzsichernde Einkommen vor, wie sie etwa in Irland gewährt werde, um die Anreize zur Aufnahme einer nicht geringfügigen Beschäftigung zu verstärken.

Angeblich seien Arbeitslose mit Kindern in Deutschland bei den Sozialleistungen gut gestellt, weil nach fünf Jahren ohne Arbeitsplatz ein Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und nicht erwerbstätigem Ehepartner 63 Prozent seines ehemaligen Nettoeinkommens an Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder

Wohngeld erhalte. Im OECD-Durchschnitt seien es nur 55 Prozent. Die OECD-Experten fanden in einem internationalen Vergleich heraus, dass die Absicherung von Arbeitslosen eher gering sei und besonders die Geringverdiener ohne Kinder mit nur 60 Prozent Lohnersatz im unteren Drittel der OECD-Länder liegen. Gerade weil in Deutschland immer weniger Menschen eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle finden, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zwischen Juni 1999 und Juni 2008 um 1,4 Millionen oder sechs Prozent auf 22,4 Millionen Menschen abnahm und zugleich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,3 Millionen oder 36 Prozent auf fünf Millionen anwuchs, empfinde ich es als eine Verhöhnung, davon zu sprechen, dass Langzeitarbeitslose mit Familie trotz der Hartz-Reformen wenig Anreize hätten, sich einen Vollzeitarbeitsplatz zu suchen. Wir dürfen hier nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln! Lasst uns nicht vergessen, dass Hartz IV und **Leiharbeit** zu einem massiven Erdrutsch bei den regulären Arbeitsplätzen geführt haben!

Genau dort will Schwarz-Gelb weitermachen und so Millionen von Menschen in Billigjobs und Armut treiben. Auch wenn ein Guido Westerwelle seit Tagen mit ausufernden Beschuldigungen um sich wirft, dass er trieft und geifert, möchte ich doch unbedingt klarstellen, dass Hartz-IV-Bezieher hier nur herhalten müssen, um von den tatsächlichen politischen und systemischen Fehlern der vergangenen Jahrzehnte abzulenken. Schließlich wurde die Schieflage kaum von den Hartz-IV-Beziehern verursacht! Studie hin oder her, es bleibt doch festzustellen, dass es nicht an einem Anreiz mangelt, sich als Erwerbsloser eine Vollzeitstelle zu suchen, sondern schlicht daran, dass das „Corpus Delicti“ immer weniger auf dem Arbeitsmarkt zu finden ist! Sollte ein Mangel an Vollzeitstellen nicht eher durch immer mehr Vollzeitlobbyisten auf den Regierungsbänken verursacht worden sein, die eine reine Klientelpolitik betreiben? Es ist doch wohl unstrittig, dass Lobbyisten und FDP eine herzerfrischende und sehr „gesunde“ Liebesbeziehung miteinander führen!

5. Gut zwei Drittel der Bundesbürger wollen eine gesetzliche Lohnuntergrenze, wünschen einen **Mindestlohn**. Sogar unter Besserverdienern und Selbstständigen sind die Befürworter in der Mehrheit. Erwartungsgemäß fallen die Antworten jedoch nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich aus. Unter Langzeitarbeitslosen ist die Zustimmung mit fast 90 Prozent am höchsten. Besserverdiener halten einen gesetzlichen Mindestlohn eher für verzichtbar als Geringverdiener. Die Mindestlohnbefürworter meinen im Schnitt, dass der Mindestlohn so ziemlich genau zehn Euro betragen sollte. Wann endlich walten die Politiker als angebliche Volksvertreter ihres Amtes und setzen dies um?

6. Jürgen Borchert, Richter am Landessozialgericht in Darmstadt, spricht über die ungerechte **Steuerpolitik** und eine Bürgerversicherung als Alternative. Er sagt, der Sozialstaat alter Konstruktion sei eigentlich schon längst gescheitert, seine Zeit unwiderruflich abgelaufen. Er fordert eine solidarische Bürgerversicherung,

bei der es statt Kopfpauschale und Zweiklassenmedizin unabhängig vom Einkommen gleiche Leistung für alle geben sollte. Borchert prangert an, dass Reparaturversuche wie Hartz IV und Riester-Rente die Probleme nur verschlimmern. Er spricht sich für ein komplett neues System aus, das die Eliten, die von der wirtschaftlichen Freiheit profitieren, wieder strikt an die soziale Verantwortung bindet. Borchert macht keinen Hehl daraus, dass die sozialen Sicherungssysteme in die Krise geraten sind, weil der Staat auf eine angemessene Abgaben- und Steuerpolitik verzichtet. Merkwürdig ist nur die Aussage: „Die Umverteilung von oben nach unten soll nun mit der sogenannten Kopfpauschale auf die Spitze getrieben werden. Deutschland ist schon fast der Weltmeister der Ungerechtigkeit.“ Solch eine Darlegung macht in dem Kontext nur Sinn, wenn sie als Verdrehung gewertet wird, es also „von unten nach oben“ heißen muss! Inzwischen mag ich nicht mehr an solche Versehen glauben, wenn ich betrachte, mit welcher Ignoranz und Impertinenz überall die Begrifflichkeiten verdreht werden. Aber die Frage ist natürlich auch, was manipulativ hängen bleiben soll.

7. Gut, dass Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, den Vorwurf Guido Westerwelles noch mal zurückwies, die frühere rot-grüne Bundesregierung habe mit der **Hartz-IV-Reform** „Murks“ produziert! Sonst wüssten wir nicht, dass Wichtiges auf den Weg gebracht worden sei und sich die Hartz-IV-Regelungen auf die Vermittlung von Arbeit positiv ausgewirkt habe. Interessant ist auch, dass es vor allem im Bereich Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit Erfolge gegeben habe. Mit Blick auf die von Westerwelle angestoßene Sozialstaatsdebatte sagte Steinmeier, in Deutschland bestreite niemand ernsthaft die Forderung, dass sich Arbeit lohnen müsse und jemand, der arbeitet, mehr bekommen müsse als ein Sozialhilfeempfänger. Aber das ist ja so auch nicht, alldieweil wer arbeitet immer mehr Geld hat als ein Erwerbsloser. Wenn ich von ein paar Kleinigkeiten absehe, ist Hartz IV tatsächlich im Grundsatz erfolgreich: Die Organisation der Jobcenter und die Bemessung der Regelsätze sind bloß ein bisschen verfassungswidrig!

Steinmeier kann sich dafür auf die Schulter klopfen, dass die Vermittlung in „Arbeit“ überwiegend *stante pede* in Billigjobs ohne Perspektive führt. Wir wissen es ja auch nur zu genau: Das sogenannte „Fördern“ beschränkt sich im Zuge der Verfolgungsbetreuung größtenteils auf unsinnige, eher dequalifizierende und schikanierende „Maßnahmen“, und das „Fordern“ wird nur allzu gern als Instrument zur Erpressung, Drangsalierung und Regelsatzkürzung benutzt. Am eigenen Leibe spürbar war und ist für die Betroffenen, dass die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe für beide Gruppen deutliche Verschlechterungen brachte. Auch das SGB II ist insgesamt ein einziger Beweis des Versagens der rot-grünen Regierung. Die unzähligen und oft gewonnenen Klagen vor den Sozialgerichten sprechen eine deutliche Sprache. Wenn ich dann noch erwähne, dass die Liberalisierung der Leiharbeit ebenso wie die Verschärfung der Zumutbarkeit eine Abwärtsspirale der Löhne sowie eine faktische Entrechtung der Erwerbslo-

sen verursacht haben, ja, dann kann, alles in allem, Hartz IV doch glatt als Erfolgsstory durchgereicht werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt: Wenn Guido Westerwelle entgegen der offiziellen Arbeitsagentur-Statistik, wonach die „Betrugsquote“ mit 1,9 Prozent „verschwindend gering“ ist, wahrheitswidrig einen „Missbrauchsanteil von 20 Prozent und mehr“ behauptet sowie „harte Sanktionen“ verlangt, dann fordert er hiermit zu Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung auf *(Strafgesetzbuch)*

Wo soll bloß das Geld herkommen?

Viele von uns glauben ja immer noch, dass die Bank das Geld verleiht, das Oma in jahrzehntelanger Schinderei durch Nähen und Stricken per Sparbuch auf die hohe Kante gelegt hat. Das ist ein Ammenmärchen. Die Tatsachen der Geldentstehung, die Normalbürger(inne)n durch das Wirtschafts- und Bankenfachchinesisch so unverständlich erscheinen, möchte ich hier einmal anhand eines Beispiels verdeutlichen – zwar stark vereinfacht, aber nichtsdestotrotz sachlich richtig.

Nehmen wir einmal an, ich wäre eine Bank und hätte einen Kunden namens Udo. Dieser hat einen Konsumwunsch, den er sich gerne erfüllen möchte: Er will sich ein Auto kaufen. Nur hat er nicht die 10.000 Euro, die das Auto kostet. Also kommt er zu mir, der Bank, und bittet mich um Kredit. Ich gewähre ihm diesen, weil ich weiß, dass Udo im Schweiße seines Angesichts täglich zehn Stunden am Fließband schafft und dabei leidlich genug Geld verdient, um mir die 10.000 Euro plus Zinsen zurückzahlen zu können.

Und jetzt passiert der magische Moment der Geldentstehung, denn – Sie werden es kaum glauben, aber es ist wahr – ich als Bank habe diese 10.000 Euro prinzipiell auch nicht! Von dem Betrag, die ich Udo lediglich durch Tastaturanschläge elektronisch auf sein Girokonto buche, muss ich nur zwei Prozent als Mindestreserve bei der Zentralbank hinterlegen. Die nicht unerheblichen 10.000 Euro sauge ich mir jedoch im wahrsten Sinne des Wortes aus den Fingern, sie entste-

hen aus dem Nichts. Lachen Sie sich jetzt nicht kaputt, aber im Bankenfachchinesisch heißt das, dass die Mindestreserve die Giralgeldschöpfung „beschränkt“.

Damit wir dieses vereinfachte Beispiel im Prinzip noch einmal nachvollziehen: Die Bank braucht nur 200 Euro zu haben, um 10.000 Euro zu verleihen. Wundern Sie sich jetzt noch über Inflation? Das Wirtschaftswachstum brauchen wir so dringend, damit bei dieser immensen Geldvermehrung reelle Güter produziert werden, die der Währung ihren Wert verleihen. Aber wehe, Udo wird arbeitslos und kann das Darlehen plus Zinsen nicht zurückzahlen! Dann lässt die Bank als Gegenleistung für die Tastaturanschläge, also die Geldvermehrung aus dem Nichts, sein Haus pfänden, plus weiteren Zinsen sowie Gerichts- und Vollstreckungskosten.

Beleuchten wir vor diesem Hintergrund doch einmal den „Schutzschirm“, den unsere Regierung aufgespannt hat: Zur Rettung der Banken hält der Staat rund 480 Milliarden Euro für sie bereit. Nur hat der Staat diesen Betrag gar nicht. Preisfrage: Wo nimmt der Staat 480 Milliarden Euro her? Richtig, von den Banken, die dieses Geld einfach durch Tastaturanschläge aus dem Nichts entstehen lassen! Wer zahlt nun dieses aus dem Nichts entstandene Geld plus Zinsen an die Banken zurück? Udo natürlich – in Form von Steuern, erhöhten Beiträgen, Zuzahlungen et cetera. Und wenn Udo arbeitslos ist, wird ihm sein Hartz IV gekürzt, denn der Staat muss sparen. Da sind unsere Staatsdiener ja erfinderisch: Mietobergrenzen, Sanktionen, willkürlich unterstellte Einstandsgemeinschaften, Ein-Euro-Jobs im öffentlichen Dienst statt Tariflöhne – die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Wenn Sie also demnächst von irgendjemandem gefragt werden: „Oh Gott, wo soll denn bloß das Geld für die Staatsschulden herkommen?“, dann antworten Sie einfach: „Aus dem Nichts!“ Nur: Die Zeche zahlen Sie.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Das Grundeinkommen hat verdächtig viele reaktionäre Befürworter

14 Prozent – das sind 11,5 Millionen Menschen – leben in Deutschland unter der Armutsgrenze, darunter jede zweite alleinerziehende Mutter mit ihren Kindern. Es fehlen mindestens acht Millionen Arbeitsplätze! Durch die Politik der Bundesregierung und ihrer Vorgängerregierungen, besonders durch die Hartz-Gesetze, ist die Armut extrem gestiegen. Immer mehr Arbeitsplätze sind in Billigjobs umgewandelt worden. Allein in Deutschland können 1,5 Millionen Vollerwerbstätige nicht von ihrem Lohn leben. Jetzt kommt Westerwelle mit seiner unsäglichen Hetze gegen Arbeitslose und alle Hartz-IV-Betroffenen. Seine neueste Forderung lautet: Die sollen Schnee schippen und ansonsten kein Geld mehr bekommen. Als ob ein arbeitsloser Ingenieur oder Dreher durch Schneeschippen schneller wieder in den Beruf käme!

Außerdem werden weitere reguläre Arbeitsplätze vernichtet. Die Kommunen, die durch die Steuerpolitik der Bundesregierung dramatisch pleite sind, entlassen sowieso immer mehr städtische Beschäftigte. Wenn Hartz-IV-Betroffene für deren Aufgaben eingesetzt werden, werden die regulären Arbeitsplätze nur noch schneller vernichtet! In Ostfriesland hat ein Hartz-IV-Betroffener Westerwelle jetzt wegen Beleidigung verklagt. Das finde ich toll! Aber es reicht noch gar nicht: Was Westerwelle hier macht, ist schon Volksverhetzung! Seine Vorschläge sind nicht weit weg von den Ideen eines Arbeitsdienstes wie zur Zeit der faschistischen Diktatur.

Vorsicht aber auch bei scheinbar „linken“ Vorschlägen! Gestern wurde im „Weser-Kurier“ ein Gastbeitrag von Thomas Straubhaar veröffentlicht, Direktor des „Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts“ und „Helmut Schmidt Fellow“ an der „Transatlantic Academy“ in Washington. In diesem Artikel fordert Straubhaar die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle, vom Säugling bis zum Greis. „Au prima!“, werden vielleicht einige denken, aber Vorsicht: Straubhaar ist mit seinen Ideen nicht weit weg von dem, was Westerwelle vertritt. So soll dieses Grundeinkommen nicht nur Hartz IV, sondern auch sämtliche Renten, Bafög, Wohn- und Kindergeld ersetzen. Weiterhin soll jeglicher Kündigungsschutz entfallen. Dass durch ihn „den zu Schützenden der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert“ werde, ist ein Zynismus, mit dem schon die Kohl-Regierung den Kündigungsschutz immer mehr gelockert hat! Stattdessen soll nun eine „vereinbarte Abfindungsregelung“ kommen. Das ist Heuern und Feuern nach Gutsherrenart! Auch Mindestlöhne will Straubhaar nicht, da es ja das „Grundeinkommen“ gibt.

Tarifabschlüsse entfallen ebenso: „Von Betrieb zu Betrieb“ sollen Löhne frei ausgehandelt werden. Weg mit der lästigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung! Dahinter steckt die reaktionäre Vorstellung, die arbeitsfähigen Menschen jederzeit als billige Manövriermasse gebrauchen zu können. Die Unternehmer kön-

nen aus diesem Pool beliebig schöpfen und wieder rauswerfen, ganz wie es ihnen passt. Kein Tarifvertrag und kein Kündigungsschutz, der sie hindert. Volle Löhne brauchen sie auch nicht zu bezahlen, nur noch einen kleinen Aufschlag – fertig ist der Kombilohn. Die von Generationen von Werktätigen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung eingezahlten Milliarden werden alle eingesackt vom Staat, der damit großzügig die Unternehmer subventioniert. Im Prinzip ist das der verschleierte Versuch, für alle Arbeiter und Angestellten Zustände zu schaffen, wie sie heute schon Ein-Euro-Jobber antreffen: Eine minimale Grundsicherung wird bezahlt – und wer arbeitet, bekommt noch ein kleines bisschen oben drauf!

Die Tatsache, dass die Arbeiter alle Werte schaffen – ob Flugzeug, Auto oder Mondrakete – wird vollständig verdrängt. Auch die Grundsicherung wird von keinem sonst als den Arbeitern selbst erarbeitet. Sogar die Steuern, die ein Unternehmer zahlt – wenn er denn welche zahlt – sind Teil des von seinen Arbeitern erschaffenen Mehrwerts. Nach Straubhaars „bedingungslosem Grundeinkommen“ brauchen die Unternehmer in kein Sozialversicherungssystem mehr einzuzahlen. Das wollten sie schon lange gern! Wenn ein Unternehmen einzelne Beschäftigte oder auch eine ganze Belegschaft los werden will, ist auch das kein Problem: Kündigungsschutz gibt es nicht mehr. Das ist das Paradies für die Konzernherren, bei denen Westerwelle im Sold steht! Willkommen im Reichsarbeitsdienst!

Was Straubhaar recht verbrämt mit „Der Wandel der Lebensformen und unterbrochene Erwerbsbiographien werden von der an einer ununterbrochenen, lebenslangen Beschäftigung festgemachten Sozialpolitik nicht mehr abgedeckt“ umschreibt, heißt im Klartext: Gewöhnt euch gefälligst an die Millionenarbeitslosigkeit! Wir werden uns aber niemals daran gewöhnen oder damit abfinden! Immer mehr stellen sich auch die Frage: Was ist das für ein System, in dem die einen immer mehr – bis zum Umfallen – arbeiten müssen und den anderen gar keine Möglichkeit mehr gegeben wird, sich in befriedigender Art und Weise in ihrem Beruf verwirklichen zu können?

Das Konzept Straubhaars ist durchweg reaktionär. Kein Wunder, dass es von CDU und FDP mit ihren Vorschlägen für ein „Bürgergeld“ aufgegriffen wird, das Straubhaar wiederum als ersten Schritt für sein „bedingungsloses Grundeinkommen“ sieht. Was wir brauchen, ist der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Arbeitslosen: Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für zehn Euro Mindestlohn! Für die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Für eine existenzsichernde Sozialhilfe! Weg mit Hartz IV! In diesem Zusammenhang möchte ich den Kommentar von Stephan Brandt zur Forderung nach einem bedingungslosem Grundeinkommen unserer Montagsdemo ans Herz legen und vorschlagen, im Anschluss an eine der nächsten Montagsdemos im Seemannsheim darüber eine tiefergehende Diskussion zu führen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Das Grundeinkommen sichert die Menschenwürde auch der nicht betrieblich Arbeitenden

1. Die Forderung der Bremer Montagsdemo gilt einem über eine negative Einkommensteuer und eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des jeweils gültigen Mindestlohnes finanzierten bedingungslosen **Einheitsgrundeinkommen**. Dies sollte man mit den Konzepten eines Götz Werner oder Dieter Althaus nicht über einen Leisten schlagen, denn das hat nichts mit Solidarität und fairer Diskussion zu tun! Die Forderung nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen und gerechter Verteilung der tatsächlich vorhandenen Arbeit ist eine solidarische Strategie zur Überwindung von Hartz IV.

Wie sonst könnte denn eine Existenzsicherung für die nachfolgenden Personengruppen aussehen: Alleinverdienender selbständiger Taxifahrer mit Ehefrau und drei Kindern; alleinerziehende Person mit ein, zwei oder mehr Kindern; Auszubildende oder Studierende; junge Erwerbslose unter 25 Jahren ohne Ausbildungsplatz; alleinverdienender Familienvater als Leiharbeiter im Metallgewerbe mit Ehefrau und zwei Kindern; alleinerziehende vollzeittätige Frisörin aus den neuen Bundesländern mit zwei schulpflichtigen Kindern; freischaffender Künstler mit Frau und drei Kindern; erwerbslos werdender Familienvater mit ein, zwei oder drei Kindern aus dem Metallgewerbe als Leiharbeiter; junge Obdachlose unter 25 Jahre; Grundsicherungsrentner(innen)?

Diese Aufzählung dürfte wohl erst mal reichen. Ich möchte deshalb darum bitten, jetzt ganz schnell – denn auch Arbeitsministerin von der Leyen steht unter hohem Zeitdruck, die Gesetzeslage zu ändern – alternative Lösungsvorschläge zur Strategie zwecks Überwindung von Hartz IV ausführlich darzustellen, präzise für diese Personengruppen! Nebenbei entstehenden Bürokratieabbau brauchen wir dabei nicht zu berücksichtigen. Ich hoffe auf eine schnelle Antwort! Beste solidarische Grüße.

2. Eigentlich bin ich kein so gläubiger Mensch, trotzdem erinnerte ich mich letzte Woche an den Religionsunterricht vor langer Zeit in meiner Schule. Jesus sprach zu Simon Petrus: „In dieser Nacht, ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen.“ Da gedachte ich der Triade „Regelsatzerhöhung auf 500 Euro, Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden

pro Woche“ und schrieb eine Mail an den Bundesgeschäftsführer der Partei „Die Linke“ sowie deren designierten neuen Vorsitzenden:

„Hallo Dietmar Bartsch und Klaus Ernst! Ich finde, statt nur an der CDU herumzumäkeln und Kritik zu üben, die die CDU sowieso nicht interessiert, solltet ihr jetzt in allen Kreisverbänden dazu aufrufen, die 500-Euro-Eckregelsatz-Kampagne zu unterstützen! Es ist wichtig, dass möglichst alle Mitglieder der Partei im Internet mitzeichnen, und es gilt, Mitglieder vor die Argen zu beordern, um dort Unterschriften zu sammeln. In Oldenburg haben wir so in kürzester Zeit über 500 Unterschriften zusammenbekommen. 70.000 Unterschriften von Mitgliedern der ‚Linken‘ wären doch eigentlich Pflicht! Macht was und redet nicht nur! Mit freundlichen Grüßen.“ – Hierauf erreichte mich die nachfolgende Antwort:

„Lieber Hans-Dieter Wege! Ich habe den Aufruf bereits vor geraumer Zeit unterschrieben. Im Parteivorstand der Partei ‚Die Linke‘ haben wir am 12. Dezember 2009 beschlossen, die Plattform zu unterstützen. Zugleich hat der Parteivorstand seinen Standpunkt erläutert, ich füge den Text dazu unten an. Diese differenzierte Sicht auf die Anliegen der Initiative ist der Hintergrund, weshalb wir einerseits als Vorstand unterschrieben und damit die Mitglieder angeregt haben, Gleiches zu tun, wir aber andererseits nicht zu einer großen Unterschriften-Kampagne in der Partei aufgerufen haben. Mit freundlichen Grüßen, Dietmar Bartsch.

Der Standpunkt des Parteivorstandes: Der Aufruf enthält drei Forderungen, von denen die dritte Forderung der Beschlusslage im Parteivorstand sowie im Bundestagswahlprogramm der Partei „Die Linke“ widerspricht. Das Bündnis fordert: 1. den Eckregelsatz für Hartz IV auf 500 Euro zu erhöhen – in unserem Bundestagswahlprogramm fordern wir die Anhebung auf 500 Euro für diese Wahlperiode. 2. einen Mindestlohn von zehn Euro brutto pro Stunde – in unserem Bundestagswahlprogramm fordern wir einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der in dieser Wahlperiode auf zehn Euro die Stunde erhöht wird. 3. diesen **Mindestlohn** als Existenzminimum steuerfrei zu stellen – diese Forderung widerspricht unserer Beschlusslage.

Die Forderung nach Steuerfreiheit für ein Mindestlohneinkommen muss auch aus inhaltlichen Gründen abgelehnt werden: 1. Es gibt keine sachliche Begründung für eine Freistellung eines Mindestbruttolohneinkommens. Die Forderung ist daher willkürlich, was den Zweck der Freistellung angeht. Dazu kommt, dass mit einer derartigen Freistellung von Mindestlohneinkommen beziehungsweise Einkommen von abhängig Beschäftigten in Höhe des Mindestlohns alle anderen, zum Beispiel Freiberufler, benachteiligt wären. 2. Eine Freistellung könnte nur durch die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages umgesetzt werden. Dieser müsste sich dann auf circa 17.000 bis 18.000 Euro per annum belaufen. Ab 1. Januar 2010 beträgt der Freibetrag 8.004 Euro per annum. Bei Umsetzung der Forderung käme es zu einem Steuerausfall von

rund 40 Milliarden Euro per annum. 3. Statt einer drastischen Ausweitung des Grundfreibetrages, der nur schwerlich zu begründen ist, fordert ‚Die Linke' eine steuerliche Entlastung der unteren bis mittleren Einkommen (Tarifentlastung) und eine Verschiebung der Progressionsstufen."

Nachfolgend meine Erwiderung: „Hallo Dietmar Bartsch! Ich möchte dir hiermit für deine schnelle Antwort ausdrücklich danken. Dass der Mindestlohn von zehn Euro steuerfrei gestellt werden soll, wird wohl deshalb gefordert, weil ansonsten die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche kaum realistisch zu begründen wäre. Vielleicht sollte sich ‚Die Linke' als Vertreterin aller finanziell benachteiligter Arbeitnehmer ganz schnell von dem Grundsatz verabschieden, immer sofort die Frage der Gegenfinanzierung zu stellen, wie von allen anderen Parteien derzeit praktiziert. Man nehme zum Beispiel die Überweisung von 280 Milliarden Euro der Europäischen Zentralbank an den Internationalen Währungsfonds im Jahr 2009. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass hierzu auch nur ein deutscher oder auch europäischer Politiker jemals die Frage nach der Gegenfinanzierung gestellt hat. Im Gegenteil, viele Menschen erinnern sich heute schon gar nicht mehr an diese Zahlungen.

Grund dafür ist die Zusage der Bundesregierung, für die Rettung der Banken zumindest bürgschaftsweise 400 bis 500 Milliarden Euro zu übernehmen. Auch hierzu hörte man vonseiten der Politiker kaum etwas zur Gegenfinanzierung oder größere sonstige Einwände. Nur wenn es für die Verbesserungen der Lebenssituationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also der sogenannten kleinen Leute geht, kommt immer als Erstes die Frage nach der Finanzierung. Zumindest ‚Die Linke' sollte sich von dieser schlechten Angewohnheit verabschieden. Eine Regierung, die für 500 Milliarden Euro geradestehen kann, sollte dieses auch für 40 Milliarden Euro können! Genau dieses müsste die Forderung einer linken Partei sein.

Ich selbst unterstütze die Vorschläge der Bremer Montagsdemo nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen plus Mindestlohn plus radikaler Verkürzung der Lohnarbeitszeit plus gerechter Verteilung der vorhandenen und notwendigen Lohnarbeit. Trotzdem unterstütze ich die Forderungen der Regelsatzkampagne mit dem Aufruf und der Unterschriftenaktion, auch wenn ich selbst diese Punkte nur als notwendige Sofortforderungen betrachte. Ich glaube, das nennt man Solidarität! Ohne ein solidarisches Auftreten aller benachteiligten Personen in diesem Land und ihrer politischen gewählten Vertreter wird es niemals zu wirklichen Verbesserungen und Veränderungen kommen. Man könnte also einen Aufruf über die Kreisverbände immer noch unterstützen, selbst wenn man einen Teil dieser Kampagne ablehnt, denn genau darauf kann man ja hinweisen! Dieses ist zumindest meine Meinung, und ich erhebe keinesfalls den Anspruch darauf, dass diese auch zu hundert Prozent richtig sein muss. Aber ich finde, ihr solltet das wissen! Beste Grüße aus Oldenburg."

3. Die Wünsche eines Vizekanzlers in Deutschland? Erwerbstätige und Erwerbslose fleißig wie die Ameisen und genügsam wie die Motten! Jedes Kind in Deutschland weiß, dass Motten die genügsamsten Tiere sind: Sie fressen nur Löcher! Ob aber gerade Herr Westerwelle selbst seinen eigenen Wünschen entspricht, sollten vielleicht die Personen entscheiden, die nicht der Meinung sind, dass er für sein eigenes Jura-Studium mit 14 Semestern gerade der Schnellste oder Beste gewesen sein kann. Auch mit den Englisch-Kenntnissen dieses Außenministers hapert es gewaltig, und das scheint der Grund dafür zu sein, dass er sich innenpolitisch eher in einer Art Gossensprache ausdrückt. Würde er sich bloß nicht auch noch in die **Bildungspolitik** einmischen! Aber die hierfür notwendigen Gutscheine hat er ja bereits gefordert. Bleibt nur zu hoffen, dass solche Gutscheine dann auch über einen Zeitraum von 14 Semestern oder eben sieben Jahren ihre Gültigkeit behalten. Würde Westerwelle glaubwürdig werden wollen, müsste er sich zumindest hierfür einsetzen! Dann wäre er bestimmt das allerbeste Vorbild für die Jugend! Allerdings hat meine Tochter ihre berufliche Prüfung ein halbes Jahr vorzeitig gemacht, trotz Hartz IV.

Hans-Dieter Wege (Vater von drei berufstätigen und zwei schulpflichtigen Kindern, parteilos und Gegner asozialer Politik)

Wettern gegen Lohnarbeitslose: Arbeit, die nicht der Ausbeutung unterworfen ist, zählt nicht *(„Trend Infopartisan“)*

Mit Gutscheinen abgespeist: Statt Richtern Gelegenheit zu geben, in einem Eilverfahren über die menschenunwürdigen Sanktionen zu urteilen, erhält Medienhype Arno Dübel rechtzeitig einen Plattenvertrag *(„Bild“-Zeitung)*

Bauernopfer: Generalsekretär verhurt CDU-Ministerpräsidenten an zahlungskräftige Unternehmen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Im Suff über die rote Ampel geschlichen: Wer sich beherzt zur Hassfigur macht, gerät unter starken seelischen Druck *(„Spiegel-Online“)*

Vorbild für alle Politiker: Indem sie nach einer menschlichen Verfehlung zurücktritt, beweist Margot Käßmann, dass sie eines hohen Amtes würdig ist *(„Süddeutsche Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

269. Bremer Montagsdemo am 01. 03. 2010

Hartz IV reicht nicht mal für einfache Medikamente

1. Barbara Dribbusch von der„Tageszeitung“ fragt, welche politische Energie die Debatte über Hartz-IV-Empfänger am Kochen hält und was die Zustimmungswerte für FDP-Chef Guido Westerwelle in die Höhe klettern lässt. Wer die Debatte verfolgt, bekommt allerdings den Eindruck, dass sich darin eine lange angestaute Stimmung gegen Sozialleistungsempfänger Bahn bricht. Weder aus dem Verfassungsgerichtsurteil noch aus einer vermeintlichen Zunahme des Missbrauchs beim Bezug von ALG II lässt sich der Elan ableiten, mit dem die Akteure des Hetzorchesters ihre wahnwitzige Debatte über Lohnabstand und Missbrauch durch Hartz-IV-Bezieher in die Welt hinausposaunen. Von spätrömischer Dekadenz beim Bezug von Hartz IV kann nun wirklich nicht die Rede sein, weil es zum Leben noch nicht mal ausreicht! Eben weil sich die Menschen weder der Verfolgungsbetreuung aussetzen noch derart karg vegetieren möchten, nehmen viele inzwischen auch ungeliebte, schlecht bezahlte Jobs unter ihrem Qualifikationsniveau an.

Dennoch wird gebetsmühlenartig wiederholt, der Abstand zwischen Niedrigverdienern und Sozialleistungsempfängern müsse größer sein, damit sich Arbeit wieder lohne. Weil der Abstand zwischen Erwerbslohn und Existenzminimum so gering ist, müssten Beschäftigte nun eigentlich für höhere Einkommen kämpfen. Das wäre ein konstruktiverer Umgang als zum Beispiel den streikenden Erzieherinnen, die ihr viel zu geringes Nettogehalt von 1.300 Euro bei Vollzeit erhöhen möchten, vorzuwerfen, sie würden das Gemeinwesen schädigen! Als Folge der Wirtschaftskrise, der Hochverschuldungen und der Deregulierungen herrscht an der Tariffront eine Lähmung, die ganz im Gegensatz zur aufgeregten Hartz-IV-Debatte steht. Anstatt über„Hinzuverdienstgrenzen“ für Hartz-IV-Bezieher zu reden, sollten Sozialpolitiker endlich darüber nachdenken, wie sich niedrige Einkommen durch Zuschüsse je nach Familienstand so ergänzen lassen, dass niemand dieser Erwerbstätigen zur argen Arge laufen muss! Wegen schwächelnder

Kaufkraft und sinkender Entgelte wird auch ein schwarz-gelbes Gruselkabinett nicht mehr lange vor einer Einführung von Mindestlöhnen davonrennen können. Wer sich für **Mindestlöhne** starkmacht, sendet das politische Signal, dass Arbeit wertgeschätzt und nicht bloß von den sogenannten Leistungsträgern geschwafelt wird, womit die Redner ausschließlich ihresgleichen meinen und den Rest der hart Arbeitenden und schlecht Entlohnten einfach dreist und arrogant ignorieren!

2. Letzte Woche entschied die Mehrheit der Kasseler Stadtverordneten gegen die Stimmen von CDU, FDP und Freien Wählern, dass die „Arbeitsförderung der Stadt Kassel“ die Heiz- und **Unterkunftskosten** für Hartz-IV-Bezieher nicht länger pauschalieren wird und die laufenden Leistungen nun in tatsächlicher angemessener Höhe erstattet. Diese Verpflichtung des Grundsicherungsträgers soll „unverzüglich“ umgesetzt werden. Kassels Sozialdezernent und Kämmerer Dr. Jürgen Barthel hält dies zwar für falsch, aber rechtlich für zwingend. Der Direktor des Sozialgerichts Kassel, Vasco Knickrehm ,sagte kürzlich, dass ein Pauschalieren nicht der gesetzlichen Regelung entspreche.

3. Das Kölner „Institut der deutschen Wirtschaft“ hat eine Änderung der Zuverdienstregeln bei Hartz IV vorgeschlagen. Nach diesem Modell sollten Hartz-IV-Bezieher monatliche **Einkommen** bis zu 200 Euro bis auf einen Grundfreibetrag von 20 Euro vollständig von den ihnen zustehenden Sozialleistungen abgezogen werden. Dafür sollten von den darüber hinausgehenden Einkommen 40 Prozent anrechnungsfrei bleiben. Erst für Einkommen, die über 1.000 Euro hinausgehen, solle wieder der bislang geltende Freibetrag von zehn Prozent angewandt werden. Dadurch würden jedoch Hartz-IV-Bezieher mit geringen Zuverdiensten teilweise deutlich schlechter abschneiden als bisher. Lediglich Hartz-IV-Bezieher ab einem zusätzlichen Einkommen von etwa 700 Euro hätten dagegen einen Vorteil im Vergleich zur bisherigen Regelung.

Ich persönlich empfinde es als eine Frechheit, ja: Polemik, diese weitere Verarmung als „mehr Anreiz, eine Vollzeiterwerbstätigkeit aufzunehmen“ zu verkaufen! Weiter wird gehetzt, es lohne sich für die Betroffenen häufig finanziell nicht, mehr zu arbeiten. Letzte Woche bellte der Arbeitgeberpräsident Hundt in einem Artikel im „Weser-Kurier“ dies in aller Schärfe nach. Damit es Menschen möglich gemacht wird, eine solche Stelle zu finden, mit der sie ein auskömmliches Einkommen erzielen, will er ausgerechnet den Billiglohnsektor ausbauen, der das doch nachgewiesenermaßen gerade verhindert. Sollen wir hier alle ständig veräppelt und für doof verkauft werden? Wo „IW“ draufsteht, ist wahrscheinlich nur „in Wohlstand“ für die Wirtschaft gemeint! Anders kann ich mir diesen Vorschlag nicht erklären.

4. Außenminister Westerwelle stellte am 21. Februar 2010 **Vollbeschäftigung** in Aussicht, wenn es nur genügend schneit: Durch Schneeschippen könnten die Erwerbslosen aus der Hartz-IV-Falle befreit werden. Bedauerlicherweise taute es

einen Tag später so stark, dass kein Schnee mehr geschippt werden konnte. Professor Dr. Dr. hc. D. Ummbeutel vom „Institut für Innovative Politikberatung“ schlägt deshalb den Einsatz von Schneekanonen vor, damit immer genug Schnee zum Schippen da ist. Er sprach sich gegen den Einsatz von Schneeräumungsmaschinen aus, da die Abschaffung insbesondere der Jugenderwerbslosigkeit nur ohne Einsatz von Maschinen zu erreichen sei. Der Einwand, Schneeschippen erfülle nicht die gesetzliche Vorschrift der „Zusätzlichkeit“, sei nicht nachvollziehbar, da Schnee immer *zusätzlich* zur Kälte in Erscheinung trete.

5. Der Sohn von Claudia B. war zwei Jahre alt, als sich ein Konflikt mit der Arbeitsagentur auf Rügen zuspitzte. Weil die alleinerziehende 24-jährige Mutter es nicht schaffte, sich bei verschiedenen Arbeitgebern vorzustellen, und sie dazu wegen Krankheit Termine bei der Arbeitsagentur versäumte, strich diese ihr zunächst 30 Prozent des Regelsatzes. Bei der nächsten Bewerbungsrunde verpasste sie zwei Vorstellungstermine – einen wiederum wegen Krankheit, den zweiten, weil es ihr wegen der schlechten Busverbindungen unmöglich war, den Sohn zur Krippe zu bringen und an einem anderen Ort pünktlich zur Arbeit zu erscheinen. Weil Claudia B. damals unter 25 war, reagierte die Arbeitsagentur Rügen harsch und entzog ihr Mitte Oktober 2007 die gesamte Grundsicherung, den Mehrbedarf für Alleinerziehende und die Kosten der Unterkunft für sechs Wochen. Für den Monat November blieben ihr noch ganze 32,68 Euro, ihrem Sohn 625 Euro, wovon 482 Euro für die Miete abgingen, sodass ihnen für den November gerade noch rund 175 Euro zum Überleben blieben. Wegen der neuerlichen Verschärfung hatte ihr im Dezember eingelegter Widerspruch keine aufschiebende Wirkung. Ihr Rechtsanwalt empörte sich, es sei menschenunwürdig, den ganzen Unterhalt zu streichen und das Söhnchen mit reinzuziehen. Das ist Sippenhaft!

Genugtuung erfuhr Claudia B. erst eineinhalb Jahre später, als die Arbeitsagentur Rügen nach einem rechtlichen Hinweis des Berliner Sozialgerichts die **Sanktion** zurücknehmen musste, da sie nachweislich zwei Rechtsfehler begangen hatte. Regelleistung und Kosten der Unterkunft dürfen nicht auf einmal aberkannt werden, und als alleinerziehende Mutter eines Kindes unter drei Jahren durfte Claudia B. eigentlich gar nicht sanktioniert werden. Leider ist diese Art der brachialen Sanktionierung im menschenverachtenden Hartz IV noch nicht einmal besonders ungewöhnlich für die Praxis der Argen im Umgang mit Unterfünfundzwanzigjährigen. Von Pädagogik, gar Empathie keine Spur, dafür dann aber verdammt rechts- und vermutlich auch verfassungswidrig, wenn in immer mehr „Einzelfällen“ das Existenzminimum bedroht wird! Während das Jugendstrafrecht das Ziel hat, Jugendliche und Heranwachsende milder und differenzierter zu bestrafen als das Erwachsenenstrafrecht, geht Hartz IV paradoxerweise den umgekehrten Weg und bestraft junge Erwachsene von 15 bis 25 Jahren härter als Erwachsene. Offenbar sollen die jungen Menschen zu Kadavergehorsam gedrillt werden, damit ihnen jeglicher Widerspruch im Halse stecken bleibt, wenn der Staat bei ihnen gleich den Knüppel aus dem Sack holt und jungen Erwachsenen ohne Er-

messungsfreiraum in Nullkommanichts den gesamten Regelsatz für drei Monate streichen kann!

Jugendliche können in ihrer Existenz bedroht und der Obdachlosigkeit preisgegeben werden, wenn sie sich weigern, eine der oft unsinnigen Maßnahmen oder einen der ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs anzunehmen, oder wenn sie diese abbrechen. Es besteht noch nicht einmal eine Pflicht, dann wenigstens Lebensmittelgutscheine anzubieten! Während nur vier Prozent der 25- bis 50-Jährigen den gesamten Regelsatz gestrichen bekamen, avancierte die Sanktion bei den jungen Erwachsenen mit gut 38 Prozent zu einem Massenphänomen. Mit diesem „Sonderrecht“ gegen junge Erwachsene verfolgt der Staat angeblich das Ziel, einer Langzeiterwerbslosigkeit von vornherein entgegenwirken. Statt einer wirklichen Qualifikationserweiterung werden viele junge Menschen zur Aufhübschung der Arbeitslosenstatistik in sinnentleerte Warteschleifen oder ebensolche Ein-Euro-Jobs gezwungen, die nur Arbeitsplätze vernichten. Diese Art von Sanktionen, mittels derer alle Grundlagen zur Existenz entzogen werden, obwohl es kaum echte Arbeitsplätze gibt, sind in meinen Augen einer Demokratie und eines Sozialstaates unwürdig! Die Grenze von 25 Jahren ist dazu willkürlich gezogen und verstößt damit gegen das Gleichbehandlungsgebot. Auch findet hier eine klare Diskriminierung nach dem Alter statt. Soll diese menschenverachtende Umgangsform mit den Unterfünfundzwanzigjährigen als Drohgebärde betrachtet werden, weil vielleicht bereits geplant ist, sie bei einem sich ausweitenden Mangel von tatsächlichen Arbeitsplätzen auf alle Altersstufen auszuweiten? Das schwarzgelbe Gruselkabinett hat sicherlich noch einiges in petto. Ich bin aufs Dekadenteste gespannt!

6. Letzte Woche wurde in „Monitor“ beschrieben, wie sehr die medizinische Grundversorgung der Armen in Deutschland in Gefahr ist. Krankenversicherte müssen seit der sogenannten Gesundheitsreform 2004 **Medikamente**, die nicht verschreibungspflichtig sind, selbst bezahlen. Vielen Armen fehlt dazu aber schlicht und ergreifend das Geld. Leider ist davon auszugehen, dass der Gesundheitszustand von Rentnern, Geringverdienern und Hartz-IV-Beziehern oft deutlich schlechter ist als der von Besserverdienenden. Deswegen schlossen sich im westfälischen Dülmen jetzt Bürger zusammen und gründeten eine „Medikamententafel“, damit Menschen, die wenig haben, ihre Schmerzsalben, Erkältungsmittel oder Antihistaminika zum halben Preis bekommen. Seit sich der Staat immer mehr aus der Verantwortung für seine Bürger zieht, schießen die „Tafeln“ in allen möglichen Bereichen aus dem Boden und helfen den Betroffenen ebenso, wie sie sie beschämen. Laut einer Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ berichten 20 Prozent der befragten Bezieher von Hartz IV darin, dass sie rezeptfreie Medikamente nicht mehr bezahlen können. Im eiligst zusammenfantasierten Regelsatz sind lediglich 15 Euro für Gesundheit und Medikamente vorgesehen. Haben Politiker wirklich nicht darüber nachgedacht, dass der Verzicht auf Medikamente dramatische Entwicklungen nach sich ziehen kann, eine unbehandelte

Erkältung etwa eine Lungenentzündung? Oder wird klammheimlich nicht das sozial, sondern ökonomisch verträgliche Frühableben armer Menschen absichtlich in die Wege geleitet?

7. Aus der Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag geht hervor, dass jeder zehnte Erwerbstätige, der wegen seines geringen Arbeitseinkommens zusätzliche Hartz-IV-Leistungen bezieht, im öffentlichen Dienst oder einem Unternehmen im öffentlichen Sektor beschäftigt ist. Demnach beziehen 131.722 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des öffentlichen Dienstes noch Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Zahl der **Aufstocker**, die aus Tätigkeitsbereichen wie der öffentlichen Verwaltung, dem Bildungs- und Sozialwesen, sowie der Entsorgungswirtschaft kommen, liegt in Deutschland bei insgesamt 1,37 Millionen. Es ist wirklich ein Skandal, dass zehn Prozent der Aufstocker direkt oder indirekt vom Staat beschäftigt sind! Auch im öffentlichen Dienst gab es einen spürbaren Abbau von rund 0,7 Millionen Stellen.

8. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu„Hartz IV“ begründet nach Ansicht des scheidenden Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier keinen Anspruch auf eine Erhöhung der Regelsätze, weil deren Festlegung eben nicht Sache des Verfassungsgerichtes sei, sondern im Gestaltungsbereich des Gesetzgebers liege. Auf der einen Seite sei es Sache der Politik, für Solidarität mit denjenigen zu sorgen, die sich nicht selbst helfen können, auf der anderen Seite müsse bedacht werden, dass die Mittel dafür vom Steuerzahler aufgebracht werden und dass es bei der Belastung des Steuerzahlers Grenzen gebe. Papier sieht auch keine verfassungsmäßigen Bedenken gegen die in der Politik diskutierte **Arbeitspflicht** für Hartz-IV-Bezieher. Er legt es auf die juristische Goldwaage, die einen phänomenalen Unterschied zwischen Pflichten und Obliegenheiten zur Erlangung einer Leistung aufzeigt, und folgert, wer eine zumutbare Arbeit ohne triftige Gründe ablehne, müsse natürlich mit einer Leistungskürzung rechnen. Dass die Belastung der Steuerzahler Grenzen habe, scheint als Vorhaltung offensichtlich nur für bedürftige Bürger zu gelten, nicht für notleidende Bankster! Darin liegt wohl der kleine, aber feine Unterschied zwischen Leistungsträgern und Leistungsbeziehern. Die Ausgaben für Arbeitslosigkeit liegen bei knapp über fünf Prozent der ganzen Sozialleistungen, aber nur den Erwerbslosen wird die Hölle heiß gemacht!

9. Das menschenwürdige **Existenzminimum**, das ein Mensch zum Leben braucht, scheint eine klebrige, wie Gummi in alle Richtungen dehnbare Masse zu sein. Die Definition von Not und Notwendigkeit ist durch und durch politisch begründet. Zum Lebensnotwendigen für ein soziales Wesen gehören nicht nur die Unterkunft und der Schutz vor dem Verhungern, sondern auch, ein bisschen mitmachen zu können bei dem, was die anderen Gesellschaft und Kultur nennen.

Dass die Sozialsysteme etwa in Dänemark und Irland ein Absinken auf das deutsche Hartz-IV-Niveau nicht zulassen würden, ist nicht einer irgendwie „objektiven“ Warenkorb-Berechnung geschuldet – die Lebenshaltung in Deutschland ist im internationalen Vergleich keineswegs billig –, sondern einer politischen Wertentscheidung. Wie viel Teilhabe darf es denn sein? Ein paar Zigaretten, Kondome und ein bisschen Kino? Oder dürfen die Erwerbslosen auch bei Sportvereinen oder Abi-Bällen mit dabei sein? Woraus das höchste Verfassungsgut nun genau besteht, entzieht sich einer unabänderlichen Fixierung, denn es wird sowohl von sich wandelnden gesellschaftlichen Anschauungen als auch von der technologischen Entwicklung und der Schwelle der Leistungskraft des modernen Sozialstaats bestimmt. Welche gesellschaftlichen Anschauungen hier zum Tragen kommen, scheint jenseits der Menschenwürde bloße Verhandlungssache zu sein. Wischiwaschi also?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Warum soll die Montagsdemo leiser werden? Das **Stadtamt** fordert uns auf, die **Lautstärke** bei den Kundgebungen zu begrenzen. Ein „**Kooperationsgespräch**“ über dieses Ansinnen findet am **Donnerstag**, dem **4. März 2010** statt. Wir treffen uns um **13:45 Uhr** an der Bushaltestelle Steubenstraße/Stadtamt der Linie 25 stadtauswärts. Meldet euch bitte bei Jobst Roselius an, Telefon 705 687, E-Mail Jobst.Roselius(at)nord-com.net.

Freude durch Kraft: Hannelore hat wirklich alles,
was wir an der SPD hassen *(„Tageszeitung“)*

Zum scharfen Ton gehört ein Offnes Mikrofon!

1. Wir sind hier, wir sind laut,
Fünf Jahre schon, die hat man uns geklaut!
Auf die Verfassung wurde nicht gehört,
Lauter Protest dagegen gilt als unerhört.

Losbuden, Schausteller, die Leute beschallen:
Das lässt man sich gerne noch gefallen,
Denn dies gehört zur deutschen Frohnatur!
Von Solidarität kaum eine Spur.

Zu Hartz IV, Grundsicherung und Niedriglohn
Wollen wir unsre Meinung sagen, dass es jeder hört,
Und wenn sich jemand darüber empört,
Welchen Wert hat das dann wirklich schon?

Die Wahrheit ist oft schwer zu ertragen,
Sie schlägt wohl manchem auch auf den Magen!
Schön besinnlich-leise am Offnen Mikrofon,
So wünscht sich ein Herr Weber doch lieber den Ton!

Mickerlöhne, Niedrigrenten, Studiengebühren,
Dagegen wollen wir laut protestieren!
Deshalb gehört zum demokratisch-fairen Ton
Bei uns nun einmal das Offene Mikrofon!

Die freie Meinungsäußerung ist unser Recht,
Sie zu akzeptieren, wäre nicht schlecht!
Sie ist kein Straßen- oder Flugzeuglärm:
Den haben auch Demonstranten nicht gern.

Drum haben wir nur ein Offnes Mikrofon
Und nicht jeder Einzelne sein eignes Megafon.
Die Montagsdemo Bremen protestiert
Im wahrsten Sinne ganz diszipliniert!

Doch verstehen soll jeder jeden scharfen Ton!
Zur Protestkundgebung gehört deswegen schon
Ganz natürlich unser Offenes Mikrofon!
Das Volk sind wir: Weg mit Hartz IV!

2. Das „Rechtslexikon“ versteht Nachfolgendes unter **Sittenwidrigkeit**: „Verstoß gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden (Verstoß gegen die guten Sitten). Unter den guten Sitten ist eine in der Gesellschaft vorherrschende Rechts- und Sozialmoral zu verstehen. Die Sittenwidrigkeit eines Rechtsgeschäfts kann sich aus dem Inhalt (zum Beispiel Verstoß gegen die Menschenwürde oder die Familienordnung) oder aus dem Gesamtcharakter ergeben.“

Die Verantwortlichen der Bundesanstalt für Arbeit haben aber anscheinend ihre eigenen Wertungen für den Begriff der Sittenwidrigkeit. So konnte man am 1. März 2010 hierzu lesen: „Die Bundesagentur

für Arbeit hat eine umstrittene Prüfgrenze für sittenwidrige Löhne eingeführt. Dies geht aus einer Dienstanweisung der Zentrale in Nürnberg hervor. Die Arbeitsgemeinschaften sollen gegen sittenwidrige Löhne für Hartz-IV-Empfänger erst vorgehen, wenn die Löhne ‚im Regelfall deutlich unter drei Euro pro Stunde' liegen. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts liegt Sittenwidrigkeit dagegen in der Regel bereits dann vor, wenn der Stundenlohn ein Drittel unter dem Tariflohn beziehungsweise unter dem ortsüblichen Lohn liegt. Dies ist häufig schon bei Löhnen zwischen drei und sieben Euro pro Stunde der Fall."

Nimmt man hierzu jetzt die Äußerungen von Bundesagentur-Vorstand Heinrich Alt als Maß, „drei Euro wäre für mich immer die Grenze, wo ich sagen würde, hier fängt zumindest eine harte Prüfung an, ist das ein sittenwidriger Lohn oder ist es keiner", dann könnte es sogar sein, dass ein sittenwidriger Stundenlohn erst bei einer Höhe von zwei Euro beginnt. Meiner Meinung nach scheint es sich bei dieser Anweisung der Bundesagentur um eine unzulässige und abstrakte Vorgabe zu handeln, die den Tatbestand zur Anstiftung von Straftaten erfüllt. Ginge man zum Beispiel von der Zahlung eines Stundenlohnes von 2,01 Euro aus, könnten Unternehmer die sogenannten 400-Euro-Jobber(innen) in diesem Moment fast 200 Stunden im Monat beschäftigen!

Da alle diese Personen, zumindest wenn sie alleinstehend sind, in diesem Moment auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen wären, so würden die Beiträge der Arbeitnehmer in die Arbeitslosenversicherung, aber auch alle gezahlten Steuern in einer unzulässigen und ich meinen Augen strafbaren Art und Weise ausschließlich zum Vorteil von Unternehmern herangezogen. Auch die zu zahlenden Leistungen für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge für diese Vollzeitarbeitnehmer(innen) gingen alle zulasten der Allgemeinheit.

Hierzu ein Kommentar in der „Oldenburger Bürgerzeitung": „Ein schönes Beispiel ist Schweden: Wer dort nicht annähernd den Durchschnittslohn, der ähnlich ermittelt wird wie hierzulande, zahlt oder zahlen kann, dem wird als nicht wettbewerbsfähig schlicht staatlicherseits der Laden geschlossen. So etwas wie zurechtgetrickste Reallöhne in deutschen Hotels von 1,25 Euro pro Stunde für Putzkräfte gäbe es dort nicht, schon gar nicht in Nobelhotels wie dem ‚Atlantic'. So einfach kann das sein." Ich finde es vollkommen richtig, was die Schweden da vorgeben und vorleben! Wer seine Mitarbeiter nicht vernünftig bezahlen kann, muss seine Arbeit dann eben selbst erledigen. Das „Recht auf Faulheit" mancher Unternehmer wäre damit erledigt!

Ich erwarte zu diesen Richtlinien oder Anweisungen der Bundesagentur eine Strafanzeige wegen sittenwidriger Beihilfe zum Lohndumping gegen die Verantwortlichen. Wird sich irgendein Politiker trauen, solch eine notwendige Anzeige vorzunehmen? Dafür ist es in meinen Augen „allerhöchste Eisenbahn"! Die betroffenen Arbeitnehmer(innen) und Erwerblosen sowie ihre Unterstützer(innen) sollten sich daher am **20. März 2010** auch auf den Weg zur **Krisendemonstration** nach **Essen** machen. Widerstand gegen diese asozialen Gesetze, Richtlinien und Anweisungen ist dringender notwendig als je zuvor, es scheint schon lange nicht

mehr nur um Hartz IV zu gehen! Also, auf nach Essen! Zwingen wir die Profiteure zur Kasse! Wir zahlen nicht für eure Krise! Mit sozialistischem Gruß.

Bundesbank und SPD: Endlich Sarrazin ade!

3. Thilo Sarrazin wirkt zunehmend verfahren:
Erwerbslose sollen Körperpflege sparen!
Man erkennt ihn an manch diffamierendem Spruch
Und womöglich sogar bald an seinem Geruch.

Als Bundesbanker handelt er nicht nach Verursacherprinzip –
Besser gegen Arbeitslose hetzen, wird zu seinem Prinzip.
Obwohl Banken und Spekulanten Krisenurheber waren,
Sollen die Ärmsten kalt duschen und dadurch Stromkosten sparen.

Die SPD zeigt längst nicht mehr ein Arbeiterparteigesicht,
Und noch immer kann ihr Mitglied sein dieser erbärmliche Wicht.
Sollte er selbst einmal in diesem Winter kalt duschen,
Würde er seinen kleinen Freund wohl vergeblich suchen!

Aufgrund bestehender Minderwertigkeitskomplexe
Hört er bestimmt niemals auf mit seiner üblen Hetze.
Den Eindruck, er arbeitet für FDP und CDU,
Bekommt man schnell, denn die SPD lässt ihn damit in Ruh!

Ungestraft agieren angebliche Experten der Bundesbank
Und machen sensible Menschen mit ihren kalten Sprüchen krank.
Mit ihren Berichten setzt unsere Presse noch manches drauf,
Derweil Sozialdemokraten hoffen, Thilo hört damit auf.

Als ehrenwertes Mitglied dieser einst so stolzen Partei
Gehört der Sarrazin bereits zum desolaten Einheitsbrei.
Besser wäre, Sarrazin riete das kalte Duschen
Seinen Genossen, die Problemlösungen suchen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Frieren für Deutschland: Thilo Sarrazin fordert
Kaltduschen für Hartz-IV-Betroffene *(„Stern“)*

Als Rahmenveranstaltungen zum „Standup-Festival gegen Rechts“ gibt es am **Donnerstag**, dem **4. März 2010**, um **19 Uhr** im „Naturfreunde-Jugendhaus“ in der Buchtstraße ein **Zeitzeugengespräch** mit Otto Polak.

Lieber eingeliefert statt ausgeschlossen

Herr Sarrazin, gegen den die SPD gerade ein Ausschlussverfahren durchführt, gibt durch seine jüngste Äußerung in der „Süddeutschen“ Anlass zur Sorge, ob es nicht besser für ihn wäre, lieber eingeliefert statt ausgeschlossen zu werden. Da mag er dann kalt oder warm duschen, wie es ihm auch immer beliebt!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Der Leistungsanspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist bedingungsfeindlich: Kürzungen und anderweitige mittelbare Sanktionen sind damit unvereinbar *(„Die Linke“)*

Aufgrund des Totstellens der Bagis

Hiermit beantrage ich vor dem Sozialgericht, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Schneider, im Wege einer einstweiligen Anordnung zu verpflichten, meine Miete rückwirkend ab 1. März 2010 sowie meine Nebenkostennachzahlung für 2008/2009 jeweils in voller Höhe zu übernehmen, entsprechende Bewilligungsbescheide zu erlassen und die ausstehende Differenz von 20,53 Euro für die Miete in diesem Monat zuzüglich 240,01 Euro für die **Nebenkostennachforderung**, aufgrund derer die Kaltmiete erhöht wurde, unverzüglich auf mein Konto zu überweisen. Der genaue Sachverhalt geht aus meinem in der Anlage beigefügten Antragsschreiben vom 27. Januar 2010 und der Erinnerung vom 22. Februar 2010 hervor, die die Bagis nicht bearbeitet hat.

In der Anlage befinden sich auch mein aktueller ALG-II-Leistungsbescheid vom 22. Januar 2010, gegen den ich aufgrund der Mieterhöhung vom gleichen Tag Widerspruch eingelegt habe, die Nebenkostenabrechnung vom 21. Januar sowie mein Kontoauszug vom heutigen 3. März, dessen Original Sie mir bitte zurücksenden wollen. Ich weise darauf hin, dass ich nach Abbuchung der Beträge aufgrund des Totstellens der Bagis in diesem Monat nicht über die zur Sicherung meines menschenwürdigen Existenzminimums notwendigen Geldmittel verfüge. Vorstehende Angaben versichere ich an Eides Statt. Die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung ist mir bekannt.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Bremen ist wie Griechenland ein Haushaltsnotlagenland

1. Bezieher der **Grundsicherung** haben nicht den richtigen Durchblick? Dies kann sich ändern. Jetzt hat auch die Bundesagentur für Arbeit eingesehen, dass die Brille selten angespart werden kann. Bezieher der Grundsicherung haben nicht den richtigen Biss? Dies kann sich ändern. Jetzt hat auch die Bundesagentur für Arbeit eingesehen, dass Zahnersatz selten angespart werden kann. Spaß beiseite: Die Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit geht allerdings von einer darlehnsweisen Gewährung aus.

Unter Punkt 3.1a steht: „Bei einem ‚Sonderbedarf' handelt es sich nicht um einmalige oder kurzfristige Bedarfsspitzen, die durch ein Darlehen nach § 23 Absatz 1 SGB II aufgefangen werden können (zum Beispiel Brillen, orthopädische Schuhe, Zahnersatz)." Daher einfach wie immer mit den entsprechenden Unterlagen Antrag auf die benötigte Leistung stellen, hilfsweise als Darlehn. Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Bundesagentur für Arbeit will darlehnsweise zahlen, aber nur die Richter entscheiden, ob diese Auffassung richtig ist. Gegen die darlehnsweise Gewährung ist dann mithilfe des Gerichts die Überprüfung geboten. Die Geschäftsanweisung der Bundesagentur ist nur der Fingerzeig: Dies zahlen wir freiwillig auf erste Anforderung!

2. Wie komme ich auf die andere Seite des Schreibtisches, fragt sich mancher Kunde der Arge. Hier ist ein **Stellenangebot**: „Fallmanager/in im Regionalteam, befristet, Arbeit im Landkreis Verden, Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts, Be-

werbungsfrist: 6. März 2010“. Wer dieses Stellenangebot liest, bekommt eine Ahnung, warum der Fallmanager seine Kunden so wenig versteht. Er hat immer den Gedanken: Wann lande ich auf der anderen Seite des Schreibtisches? Eingestellt wird grundsätzlich nur befristet! Wer den Mut hat, sich jemanden mitzunehmen, erspart sich viele Probleme. Solche und andere Stellenausschreibungen im öffentlichen Dienst lassen sich auch per Newsletter beziehen.

3. Die Abgeordneten in Bremen gönnen sich einen tiefen Schluck aus der Pulle, sprich: eine kräftige Diätenerhöhung. Hier stimmt der Name Reform zwar einmal positiv, aber nur für die Abgeordneten. Die Fraktion der Partei „Die Linke“ will dieses Geld nicht. Sie stellt klar: Sie ist keine kostenneutrale Reform. Es wird Geld verteilt, das überhaupt nicht eingespart wird. Bedenklich ist, wie diese Debatte im Parlament geführt wurde. Mir fallen da andere Vergleiche ein. Die neue Norm belastet auch kleine Fraktionen und solche mit Doppelspitze. Kleine Fraktionen können keinen entsprechenden Lohn zahlen und die Partei durch Mandatsbeiträge unterstützen. So halten die großen Fraktionen die kleinen Parteien auf Abstand!

Die neue Norm nimmt den Abgeordneten die Möglichkeit, in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtbeiträge zu zahlen. Die freiwilligen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sind nachteiliger. Damit wird die Zahlung dorthinein für Abgeordnete unattraktiver. Ist auch dies ein Beitrag zur Abschmelzung der gesetzlichen Sozialversicherung auf eine Mindestsicherung und zur „Vorfahrt“ für die privaten Unternehmer, wie es im Lissabonner Vertrag steht? Die Abgeordneten in Bremen folgen dem Vorbild anderer Parlamente. Diese Auswirkung wird kaum wahrgenommen. Ein Gesetzentwurf für die Änderung der Rahmenbedingungen für Pflicht- oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung kann vorgelegt werden. Damit könnten Abgeordnete und andere Berufsgruppen wieder Pflichtbeiträge dafür entrichten, auch wenn sie eigenverantwortlich für ihre Rente vorsorgen und alles allein zahlen, freilich hier mit zusätzlichem Geld.

Bremen muss noch mehr sparen: Es soll 950 Stellen weniger geben im öffentlichen Dienst. Senatorin Renate Jürgens-Pieper sieht die Bildungsreform gefährdet, obwohl die Bildung von jedweder Stellenstreichung ausgenommen wird. „Bisher wurden 1.000 Lehrerstellen aus dem System genommen“, heißt das im „Weser-Kurier“ vom 1. März 2010. Frau Jürgens-Pieper braucht aber mehr Personal, um die Bildungsreform umzusetzen. Bremen hat die wenigsten Lehrer pro Schüler. Wir sollten das Geschehen in Griechenland beobachten! Bremen ist wie Griechenland ein Haushaltsnotlagenland. Hat Bremen früher seine Finanzen wie Griechenland zurechtgebogen? Manche Pressemeldung lässt auch Frankreich oder Italien denken. Die Griechen gehen voran. Was die EU von Griechenland fordert, steht auch Bremen bevor: Entscheidungen trifft der Sparkommissar! Bremen hat sich bereits verpflichtet, dessen Entscheidungen zu akzeptieren und umzusetzen.

Die **Länderfinanzen** müssen reformiert werden! Durch Sparen kann Bremen das Ziel nicht erreichen. Auch hier geht „Die Linke“ gegen den Trend. Die Klage

vor dem Staatsgerichtshof ist der Beweis: Sie wurde abgewiesen, aber der Anspruchs auf frühzeitige, vollständige und aktive Information der Bürgerschaft anerkannt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Regelsatz-Kläger sucht Anwalt: „Ich werde auf die erste Demo meines Lebens gehen und lauthals protestieren, bis ich heiser bin“ *(„BAG Hartz IV“)*

Geld für eine Kinderrentenversicherung ist vor der Arge sicher

1. Hallo Hans-Dieter, beim Lesen deiner sehr interessanten Lektüre ist mir aufgefallen, dass du beim **Kindergeld** schreibst, dass die 30 Euro Versicherungspauschale nur dann abgezogen werden kann, wenn der Heranwachsende 18 Jahre alt ist. Das stimmt inzwischen nicht mehr so ganz. Seit dem 1. August 2009 ist diese Verordnung neu herausgekommen. Bei allen minderjährigen Kindern kann beziehungsweise können die Eltern für ihre Kinder zum Beispiel eine Kinderrentenversicherung über mindestens 30 Euro abschließen (es kann auch eine ähnliche sein). Das Kind muss als versicherte Person aufgeführt werden, und Versicherungsnehmer ist zum Beispiel der Vater. Dieses Geld fließt dann in die Versicherung für das Kind. Damit kann dieses Geld vor der Arge gerettet werden. Da das Kind als Minderjähriger keine eigene Unterschrift leisten darf, müssen die Eltern dies natürlich machen. Sie haben dadurch nicht „mehr“ in der Tasche, aber sie tun damit etwas für ihre Kinder. Eine Rentenversicherung ist deshalb ratsam, weil sonst der Freibetrag von 3.100 Euro sehr schnell erreicht wird. Bei der Altersvorsorge liegt er zurzeit ja noch 100 Euro darüber, und alle Parteien wollen den Freibetrag für die Altersvorsorge auf 750 Euro pro Lebensjahr anheben. Mit dieser Möglichkeit wird den vielen Protesten stattgegeben.

2. Es freut uns sehr, dass es doch noch Menschen gibt, die auf unseren „Aufschrei“ reagiert haben! Nur noch eine kleine Anmerkung. Wir sind nicht die Zwickauer Montagsdemo, sondern ein Verein, der in Glauchau sporadische Donnerstagsdemos durchführt. Genau eine solcher Demos, nämlich die vor der Bundestagswahl, wurde zum Anlass genommen, uns anzuzeigen. Zwar wurde der Verein lediglich indirekt angezeigt, seine drei Vorsitzenden jedoch in persona. Bei mir und Andreas wurden die „**Strafverfolgung**“ durch den Staatsschutz wieder eingestellt, aber

bei unserer Monika hatte die Sachbearbeiterin der Arge Hohenstein-Ernstthal, Ines Goldacker, „zugeschlagen“. Sie fühlte sich durch den Beitrag beleidigt und verleumdet. Wer auf unserer Internetseite im Archiv blättet, findet die ganzen Geschichte, auch zu der anwaltlich erzwungenen Richtigstellung. Dadurch wurde der Name von Ines Goldacker erst richtig bekannt gemacht.

Wir von „Gegenwind e.V.“ sind dennoch fast jeden Montag nach unserer Sprechstunde in Zwickau bei der Montagsdemo dabei. Am offenen Mikrofon bringen wir den Zuhörern die Schikanen und das Unrecht näher, die durch die Hartz-Gesetze jeden verdammten Tag stattfinden. Offenbar ist der Leidensdruck bei den Betroffenen immer noch nicht so hoch, dass sie in großer Zahl auf die Straße gehen, um zu demonstrieren. Wir wissen nicht, warum die Menschen sich nicht trauen, ihren Protest lauf auf die Straße zu bringen. Zu Hause, am Stammtisch oder bei uns in der Sprechstunden wird der Mund weit aufgerissen. Wenn wir dann aber sagen: „Komm mit zur Demo!“, dann wird gekniffen. Aber ich glaube, die Ausreden die dann kommen, kennt ihr auch alle und habt sie schon x-mal gehört.

Dennoch werden wir weiter gegen Hartz IV kämpfen, bis es vom Tisch ist oder zumindest so geändert wurde, dass jeder Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann. Wir kämpfen auch weiter gegen diese Schikanen und beabsichtigeten Fehler in den Bescheiden. Euch wünschen wir für eure Montagsdemo, dass sie laut von den Bremer Hauswänden den Leuten um die Ohren fliegt, die es auch hören sollen! Leise und laut sind immer relativ. Dennoch sind wir alle wohl noch immer zu leise, sonst würden mehr Menschen auf die Straße gehen. Also „Glück auf!“ aus Glauchau – ein Gruß, der nicht nur im Rhrgebiet gilt, sondern auch im Kreis Zwickau!

Zuschrift von Hans-Jürgen Reglitzki,
„Gegenwind-Arbeitsloseninitiative Glauchau-Zwickau“

Die Nato ist eine kriminelle Vereinigung

Immer mehr Länder und Kommunen stehen vor der Pleite. Das ist auch und vor allem eine Folge der Steuerpolitik der Bundesregierung und der massiven Subventionierung des Finanzkapitals. In Bremen will der klamme Senat deshalb 950 Stellen im öffentlichen Dienst streichen. Schulen in Bremen vergammeln, für Schimmelbeseitigung ist und anderes ist „kein Geld vorhanden“.

Aber für die Aufstockung der Bundeswehr in Afghanistan auf 5.350 Mann ist Geld da, obwohl über 70 Prozent der Menschen in Deutschland diesen Terrorkrieg ablehnen! Der Krieg richtet sich gegen das Volk in Afghanistan: Zivilisten, Frauen, Kinder und ganze Familien werden getötet. Der angebliche Kampf gegen

„Terroristen“ ist nur ein Vorwand: In Wirklichkeit geht es darum, die Interessen der imperialistischen Mächte und Großkonzerne durchzusetzen. Die Nato ist eine kriminelle Vereinigung, sagt treffend Pfarrer Drewermann.

Die Linkspartei, die am Freitag gegen diesen Krieg und gegen die Aufstockung der deutschen Beteiligung im Bundestag demonstrierte, wurde während der Debatte rausgeschmissen. Schöne Demokratie! Die SPD-Fraktion stimmte nicht nur geschlossen für „mehr Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan“, sondern begrüßte auch ausdrücklich den Rauswurf der Abgeordneten der Linkspartei. Pfui Teufel! Aber was soll man auch von der Partei erwarten, die mit den Grünen zusammen die Hartz-Gesetze gemacht hat?

Hedgefonds und Banken, unter anderem Goldmann-Sachs, haben die Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Weltweite Spekulationsgeschäfte haben zum Beispiel Griechenland in den Ruin getrieben. Es stimmt nicht, dass die Griechen „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten! Jetzt wetten eben diese Banken darauf, dass Griechenland den Staatsbankrott erklären muss. Dann rollt für sie schon wieder das große Geld. Perverses kapitalistisches Weltsystem!

Mit einem Bruchteil dessen, was den Banken in Rachen geworfen wurde, um sie zu retten, könnte Hunger in der Welt besiegt werden. Aber über eine Milliarde Menschen hungern! Das ist ein Verbrechen! Pappnasen wie Westerwelle, der nebenher pro Vortrag vor seinen Klienten, zum Beispiel Hotelketten, 20.000 Euro und mehr kassiert, predigen derweil den Hass gegen Arbeitslose. Es wird Zeit, dass Leute wie er davongejagt werden, dass der Kampf auf der ganzen Welt zusammengeführt wird zu einem gewaltigen Strom – gegen die Spekulanten, Hassprediger und Volksverhetzer –, und dass das Volk selbst die Macht erringt!

Die Montagsdemonstrationen – auch wenn sie klein sind – stellen dafür wichtige Keimzellen dar. Heute wählen wir unsere Delegierten für die Bundesdelegiertenversammlung am 13. März 2010 in Kassel. Wir sind gut aufgestellt für ein kräftiges Wachstum unserer Bewegung!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

270. Bremer Montagsdemo am 08. 03. 2010

Der Fallmanager lebt von Fördermitteln

1. Der Weltfrauentag heute ist auch ein Tag der Freude, denn die Mitarbeiter des Gesamthafenbetriebsvereins haben erste Siege vor dem Arbeitsgericht errungen. Wie passt dies zum Weltfrauentag? Beim GHB wurde überwiegend Männern gekündigt, aber die Frauen tragen die Hauptlast, wenn das Geld knapp wird. Die Senatspressestelle hat darauf hingewiesen, dass alle Kammern des Arbeitsgerichts mit den klagen der GHB-Mitarbeiter beschäftigt sind. Es soll zügig entschieden werden.

Der Hinweis, jede Kammer sei in ihrer Entscheidung frei und nicht an die Beurteilungen der anderen Kammern gebunden, ist wohl ein letzter Verzweiflungsschrei des Verursachers! Der Arbeitgeber des GHB geht in die nächste Instanz. Weiterbeschäftigen zum bisherigem Lohn beziehungsweise abfinden: Dieses Urteil schmeckt dem Arbeitgeber nicht! Für die Mitarbeiter ist es eine Chance. Ich bin immer dafür, die Arbeitskraft anzubieten! Notfalls auch per Eilrechtschutzverfahren die Beschäftigung einklagen. Wer dies tut, macht sichtbar: Ich will meinen Arbeitsplatz! Die Abfindung ist nicht erstrebenswert! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Geht ihr auch mit? Unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise!**“ findet am **Samstag**, dem **20. März 2010**, eine **Demonstration** in **Essen** statt. Passender geht es nicht! Wir wollen gemeinsam mit dem Zug dorthin fahren, günstig per Wochenendticket. Der Zug fährt um **7:18 Uhr**. Treffen ist spätestens 7:10 Uhr für den Kauf der Fahrkarten. Wer „Die Linke“ zu einer Busgestellung überzeugen will, rufe bitte Rudolf an: 0421/320 666.

2. Am **Weltfrauentag** muss Bremer Unternehmern eigentlich bewusst werden: Wir verzichten auf die besten Mitarbeiter! Frauen haben bei uns kaum Chancen, weil wir bei den informellen Kontakten gegenüber Frauen abgeschirmt sind. Frauen haben die besten Abschlüsse, Frauen sind leistungsstark! Das Schaffermahl ist steuerbegünstigt. Wie lange noch? Eine Satzungsänderung reicht nicht aus.

Die Möglichkeiten müssen auch umgesetzt werden. So Bruder an Bruder, dicht gestuhlt in der Oberen Rathaushalle, wenn einem da ein Missgeschick passiert: Macht doch nichts unter Brüdern! Dies genau ist die Basis für künftige Personalentscheidungen ohne Frauen. Diesmal hat Olaf Henkel etwas Wahres gesag. Der frühere Chef des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ nutzte den Tag, um für eine Frauenquote in den Führungsgremien der deutschen Unternehmen zu werben. Er halte es für ein „Armutszeugnis“, dass in deren Aufsichtsräten die Frauen meistens von der Arbeitnehmerseite, über die Gewerkschaften und über die mitbestimmenden Gremien kämen, sagte Henkel im „RBB-Inforadio“. Er nannte das Beispiel Norwegen: Dort seien Frauen in den Aufsichtsräten der Unternehmen zu 40 Prozent vertreten. Das müsse auch in Deutschland gelten. An guten Worten fehlt es in Bremen nicht, nur die Taten lassen auf sich warten.

3. Herr Röwekamp ist einer der Abgeordneten, die sich mit der Diätenreform verwöhnen lassen. Mit dem Satz, Bremen könne sich das nicht leisten, meint er aber nicht die Diätenerhöhung: Herr Röwekamp will den Mitarbeiter(inne)n in Bremen die Tariferhöhung für den öffentlichen Dienst vorenthalten („Weser-Kurier“ vom 4. März 2010). Herr Röwekamp, dies würde Bremen nicht sanieren, aber die **Haushaltskasse** der Mitarbeiter(innen) leeren. Sie lesen doch die Pressemitteilungen der Fraktion „Die Linke“). Damit dürfte klar sein: Sie machen Schattenboxen! Ihr Appell nach Berlin und weiterhin 19 Prozent Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen, das wäre toll gewesen!

Frau Linnert will Geld von den Banken! Wie aussichtslos die Lage der Freien Hansestadt Bremen ist, lässt sich als Herausforderung nachlesen. Die Lösung ist aber nur mit einer grundlegenden Neuordnung des Länderfinanzausgleichs möglich. Ansonsten: Wegziehen aus Bremen! Bremen will Geld von den Banken. Frau Linnert meint dies konkret. Ich drücke ihr die Daumen!

Frau Linnert ist so ruhig. Keine Meldung mehr über Selbstanzeigen! Weder ihre Anzahl noch ihr Volumen wurde veröffentlicht. Frau Linnert, es ist an der Zeit, den veränderten Stand mitzuteilen! Steuerhinterziehung ist (auch nach einer Selbstanzeige) Betrug am Gemeinwesen. Die Verschwiegenheit Ihrer Dienststelle steht der summarischen Veröffentlichung sicher nicht entgegen! Die Erfolgsquote der Steuerfahnder und die Personalquote in Bremen sowie die Besetzung der Staatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität wäre auch nicht schlecht. Es sind zwar verschiedene Zuständigkeiten, aber interessante Details! Aus Hannover hat der „Weser-Kurier“ am 8. März 2010 berichtet. Die Detektivarbeit der Steuerfahnder hat sich gelohnt: „In Niedersachsen wurden 2874 Strafverfahren eingeleitet. 136,2 Millionen Euro konnten die rund 250 Fahnder an zusätzlichen Steuern eintreiben. Dazu kamen Geldstrafen und Auflagen von insgesamt mehr als sieben Millionen Euro. Zahlen aus dem Jahr 2009 lagen noch nicht vor.“

4. Lohnkostenverzicht ist jetzt fehl am Platz! Bereits 2009 sind erstmals die Bruttolöhne und -gehälter gesunken („Weser-Kurier“ vom 4. März 2010). „Ver-

antwortlich für den Rückgang der rechnerischen Pro-Kopf-Verdienste sind hauptsächlich der Ausbau der Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden. Die neue Buchung der Beiträge zur privaten Krankenversicherung als Sozialbeitrag wirkte ebenfalls verringernd. Seit dem 1. Januar 2009 besteht für alle Bürgerinnen und Bürger eine Krankenversicherungspflicht. Die Arbeitgeberzuschüsse zur privaten Krankenversicherung, die bisher den Bruttolöhnen zugerechnet wurden, werden jetzt als Arbeitgebersozialbeitrag klassifiziert. Ohne diese Neuklassifikation wären die durchschnittlichen **Bruttoverdienste** nur um 0,2 Prozent gesunken."

Damit ist auch durch die Umgestaltung der Statistik klar: Es geht weiter mit dem Ausstieg der Arbeitgeber aus der Finanzierung der Sozialversicherung. „Bei der Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden alle Arbeitnehmergruppen einbezogen, auch Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, geringfügig Beschäftigte ebenso wie leitende Angestellte, Vorstandsmitglieder oder Beamte." Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten sind zum Beispiel Ein-Euro-Mitarbeiter(innen). Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter ist der Faktor für die Rentenerhöhungen. Jeder Ein-Euro-Job führt zur Verdrängung von richtig entlohnter Arbeit und wiederum zu Rentenkürzung!

5. Die **Arbeitslosigkeit** steigt (leider)! Kurzarbeit vermindert dies. Sie soll genutzt werden zur Weiterbildung. ALG-II-Bezieher sollen durch Weiterbildung gefördert werden. Was gehört eigentlich alles zum Topf Fördermittel? Klar, alle Seminarkosten und „alles, was bildet", Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, Mittel um den (Neu-)Start in das Arbeitsverhältnis abzusichern! Oder? „Nur im Bereich des sogenannten Sozialgesetzbuches II, unter dem Namen Hartz IV diskutiert – der Name muss wirklich langsam überwunden werden, das ist im Moment noch nicht der Fall –, da hat es jetzt einen Beschluss des Haushaltsausschusses gegeben, aus den Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik 900 Millionen vorerst mal zu sperren. Aber eine Haushaltssperre ist keine Kürzung, denn die Haushälter haben gesagt, wir wollen von der Bundesagentur – und ich hoffe auch von den zugelassenen kommunalen Trägern, den sogenannten Optionskommunen – Konzepte, wie diese Leistungen effizienter im Sinne der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ausgegeben werden können."

Dies stand auch als „Kürzung" im „Weser-Kurier" vom 5. März 2010. Danach sind 300 Millionen Euro davon Personalkosten in den Jobcentern. Wer hätte das gedacht: Der Fallmanager lebt von Fördermitteln! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen! Am 20. März 2010 auf nach Essen, Kopf zeigen! Ich zahle nicht!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Dürfen wir in den Geschäften auch „symbolisch“ bezahlen, Frau Kraft?

1. Pünktlich zum Internationalen Frauentag entdeckt die EU-Kommission, dass sich noch immer nichts zugunsten der Frauen an der nach wie vor bestehenden **Lohnungleichheit** verändert hat! Im EU-Durchschnitt bekommen Frauen 18 Prozent weniger Gehalt als ihre Kollegen, im konservativen, reaktionären Deutschland sind es sogar 23,6 Prozent! Obwohl die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen gesetzlich verankert ist, kann von Chancengleichheit traurigerweise selbst im eigentlich reichen Deutschland noch immer keine Rede sein. Da die Schulabschlüsse der Mädchen und die beruflichen Qualifikationen der jungen Frauen weitaus besser und höher als die der Jungen sind, müsste sich dieser Vorsprung doch auch in den Führungsetagen, auf den Chefsesseln, in Aufsichtsräten und Top-Jobs, in den Spitzen von Politik, Wissenschaft und Forschung weiter fortsetzen und wiederfinden! Aber weit gefehlt: In den höheren Gehaltsklassen nimmt der Frauenanteil zunehmend ab, bis er sich fast ganz in Luft und keinesfalls in Wohlgefallen auflöst.

Die Bremer Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe brachte es schön auf den Punkt, dass sich Macht nicht leicht teilt, weil es dabei um Geld und Pfründen geht. In einem Interview mit dem „Weser-Kurier“ schildert sie sehr anschaulich, dass Frauen in Deutschland natürlich nicht vollkommen gleichberechtigt seien. Als aktuelles Beispiel benennt sie das Schaffermahl in Bremen, zu dem Frauen noch immer nicht eingeladen werden. Schließlich versammeln sich hier die einflussreichen Männer und wollen uns Frauen nicht dabeihaben. Eine Schande, dass dies noch immer zugelassen wird! Das Schaffermahl zeigt als Symbol, wie die Teilhabe von Frauen an der Macht verhindert wird, wodurch wir faktisch nicht gleichgestellt sind. Auch im internationalen Vergleich steht Deutschland ganz schlecht bei der Gehaltsdifferenz zwischen Männern und Frauen, liegt nur im unteren Drittel. Beim weltweit erhobenen „World Economic Forum“ ist Deutschland innerhalb von zwei Jahren von Platz fünf auf Platz zwölf abgerutscht.

Auch in der Armutsfrage zeigt sich die Diskriminierung von Frauen besonders deutlich. Alleinerziehende Frauen sind oft arm, weil es ihnen an einer adäquaten Kinderbetreuung fehlt. Deswegen können sie keine Ausbildung, keinen Job bekommen. Dazu sind typische Frauenberufe noch immer sehr schlecht bezahlt. Außerdem leisten Frauen die meiste Arbeit, wenn ihre Angehörigen pflegebedürftig werden. Diese Punkte führen wiederum zu einer erhöhten weiblichen Altersarmut, wenn ein Großteil der Frauen sich nur unzureichend Rentenansprüche

aufbauen konnte. Hier ist klar die Politik gefordert, sich nicht nur nach typischen Männerbiographien zu orientieren! In Deutschland gibt es inzwischen eine Bundeskanzlerin, doch stellt sie für mich persönlich keine Hoffnungsträgerin dar, bezogen darauf, dass es in diesem Lande gerechter, gar sozialer zugehen könnte. Dürfen Machtpositionen in der Praxis nur dann von Frauen besetzt werden, wenn die entsprechenden Männer nicht befürchten müssen, dass sich ihre bevorzugte Position einschränken, sie gar auf Pfründen verzichten müssten?

Aber in der neoliberalen Eiszeit versucht uns das schwarz-gelbe Gruselkabinett einzureden, dass der menschliche Faktor durch und durch ökonomisiert wird, der Mensch nicht mehr als Mensch zu sehen ist, sondern nur noch als Kostenfaktor oder Leistungsträger eingeordnet und auf seine Wertigkeit bezogen behandelt werden muss! Mit kaltem Grausen las ich, dass ausgerechnet der Bremer Politiker Oliver Möllenstädt Mitglied im Gleichstellungsausschuss ist. Der FDP-Jungmann war mir bisher, wenn überhaupt, immer nur unangenehm aufgefallen, und so wunderte ich mich auch nicht über seine Aussage, er warne davor, diese Gehälterfrage überzudramatisieren. Gerne wüsste ich, wie er es fände, wenn er fast ein Viertel weniger Gehalt bekäme als seine Parteikolleginnen. Sollte er sich dann darüber beschweren, müsste dies nach seiner Logik als Überdramatisierung bewertet werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte selbstverständlich sein, auch zwischen Leiharbeitern und Stammbelegschaft! Wenn Männer und Frauen sich in annähernd gleichen Bedingungen ausleben könnten, würde ich mich darüber freuen, wenn es uns gelänge, unsere Unterschiede als Männer und Frauen ebenso wie unsere Überschneidungen feiern zu können! *(Quelle: „Weser Kurier“ vom 7. März 2010, „Frauen stellen die Lohnfrage“, „Macht teilt sich nicht leicht“)*

2. Obwohl Guido Westerwelle und Thilo Sarrazin in ihrer drastischen Kritik an Hartz-IV-Beziehern nicht wirklich weit voneinander entfernt liegen, entrüstet sich der frühere Berliner Finanzsenator über den FDP-Chef und bezeichnet dessen Vorwurf der „römischen Dekadenz“ als völlig misslungen. Vor einem halben Jahr stieß Sarrazin mit seinen als Kritik getarnten Beleidigungen gegenüber Hartz-IV-Beziehern nicht auf Verständnis und muss nun einen Parteiausschluss befürchten. In einem Gutachten wurden einige Aussagen sogar als rassistisch gewertet. Da hatte Sarrazin gewettert, dass er niemanden anerkennen müsse, der vom Staat lebe, diesen Staat ablehne, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorge und „ständig neue kleine Kopftuchmädchen“ produziere.

Ich fühle mich nun unwillkürlich an die Stelle in der Bibel erinnert, wo Jesus die Frage aufwarf: „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge?“ Da können sich wirklich zwei Demagogen die Hand reichen! Das „intellektuelle Armutszeugnis“ können sie sich gegenseitig ausstellen. Eine Beglaubigung dieser Zeugnisse ist nicht weiter notwendig! Doch die Kritik von Westerwelle an derselben Bevölkerungsgruppe will Sarrazin keinesfalls unkommentiert stehen lassen. Die aktuellen **Regelsätze** bezeichnet er als ausreichend, gleichzeitig wirft er in der Sozialstaatsdebatte jedoch

„geistige Armut“ vor. Für ihn sei es keine Geldfrage, sondern eine Frage der Mentalität, des Wollens und der Einstellung. Als Sparmöglichkeit nennt Sarrazin das Duschen, denn kalt zu duschen sei viel gesünder und ein „Warmduscher“ noch nie weit gekommen im Leben. Wurde Herr Sarrazin möglicherweise als Kind zu heiß gebadet, oder warum gibt er jetzt solche Ratschläge? Vielleicht müsste er doch mal kalt duschen, damit er wieder klar im Kopf wird!

3. In Darmstadt stellten letzte Woche als Römer verkleidete Arbeitslose aus Protest über „spätrömische Dekadenz“ ein Gelage nach. Auf einem der Schilder, das die Demonstranten mit ins Darmstädter FDP-Büro brachten, stand „Salve Guido“. Rund zehn Frauen und Männer brachten Platten voller Köstlichkeiten mit: gebratene Hähnchenschenkel, Lachs, Weintrauben. Sie machten es sich unter dem Protest des anwesenden FDP-Mitarbeiters bequem und genossen den mitgebrachten Champagner. Die Mitglieder der „Arbeitsloseninitiative Darmstadt“ warfen FDP-Chef Guido Westerwelle vor, sie als in Champagner badende Hartz-IV-Empfänger zu verunglimpfen. Auch in Bremen besetzten letzten Freitag zwei linke Bremer Bündnisse die Bremer FDP-Zentrale. Gegen Mittag drängten sich etwa 70 Besetzer in das Gebäude. Aus den Fenstern des Parteibüros hingen Transparente, und das Haus wurde entsprechend dekoriert.

Ein Sprecher sagte, sie wollten mit der Aktion der FDP die Rote Karte zeigen, denn die aktuelle Debatte um Hartz-IV-Bezieher, die durch den FDP-Vorsitzenden und Außenminister Guido Westerwelle angestoßen wurde, diffamiere Arbeitslose und spiele sie gegen Dumpinglohnbezieher aus. Die Aktion verlief völlig friedlich. Aggressiver waren natürlich die Argumente, sichtbar auf vielen Transparenten, Schildern und Flugblättern. Zu sehr hatte gerade die FDP als die Partei der Besserverdienenden gegen Hartz-IV-Empfänger und prekär Beschäftigte eine verunglimpfende und personenbezogene **Sozialhetze** sondergleichen betrieben. Ich würde Herrn Westerwelle empfehlen, sich noch einmal mit der Geschichte der Römer zu befassen, und zwar bevor er eine Rede herausschmettert. Dann müsste er erkennen, welche Bevölkerungsschicht eigentlich mit dem Begriff Dekadenz gemeint gewesen ist. Hier wurde die falsche Zielgruppe beschimpft! Ich finde solche Aktionen originell, und ich freue mich auch immer wieder über diese gewaltlosen Aktionen, die den Hetzern öffentlich Paroli bieten und die skrupellosen Macher nach diesem, ihrem eigenen Strickmuster anprangern!

4. Nachdem FDP-Chef Westerwelle mit seiner Polemik gegen Hartz-IV-Bezieher heftige Kritik hervorrief, machen sich auch unter den *Spezialdemokraten* manche Gedanken darüber, wie von der „reinen Unterstützung“ der Betroffenen (damit muss die Verfolgungsbetreuung gemeint sein!) weggekommen werden könne, zum Beispiel durch „ehrenamtlichen Einsatz“ in sozialen Einrichtungen. Angeblich verfolge die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Hannelore Kraft dabei jedoch einen ganz anderen Ansatz. Denn sie denkt natürlich in keiner Weise an **Zwangsarbeit**, sondern macht sich ganz anrührend und vollkommen selbst-

los Sorgen um das Selbstwertgefühl der Erwerbslosen, die keine Chance mehr auf eine reguläre Stelle haben. Nun besitzt Frau Kraft die herzallerliebste Güte, Langzeitarbeitslose für gemeinnützige Arbeit etwa in Altenheimen oder Sportvereinen einsetzen zu wollen, um ihnen ein „Gefühl der Würde“ wiederzugeben. Wie niedlich und ach so über die Maßen ehrenwert, wieder etwas für die Gesellschaft leisten zu dürfen!

Eine wahrhaft „würdevolle“ Perspektive, wenn als „anerkennender“ Lohn für die langfristige Beschäftigung in gemeinnützigen Jobs ein „symbolischer Aufschlag“ auf die Hartz-IV-Sätze reichen soll, der „ohne Mehrkosten für den Staat“ realisierbar sei. Ob die *Spezialdemokratin* auch Lust darauf hätte, nur für einen symbolischen Geldwert zu arbeiten? Verdammt noch mal, lässt sich damit in Geschäften etwa auch symbolisch bezahlen? Die würden mir doch einen Vogel zeigen, mich als Diebin anzeigen, wenn ich mit einem vollen Einkaufswagen gegen einen symbolischen Handschlag den Supermarkt verlassen wollte! Ich habe nichts dagegen, in Altenheimen zu helfen oder gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Aber ich habe etwas dagegen, wenn mir dabei Lohn und Sozialleistungen vorenthalten werden! Im Prinzip ist doch das, was Frau Kraft fordert, nur ein aufgewärmter alter Hut. Die bescheidenen, Arbeitsplätze vernichtenden Ein-Euro-Jobs gibt es doch schon längst. Sie sind mit Hartz IV beschämenderweise von SPD und Grünen selbst eingeführt worden!

5. Die Bundesregierung wies einen Bericht der Nachrichtenagentur DPA zurück, demzufolge jeder zweite Jugendliche nicht fit für eine **Lehrstelle** sei. Tatsächlich wird der Bundesregierung zufolge der Anteil der Jugendlichen, die zwischen Schule und Eintritt in die Berufsausbildung zunächst einen ergänzenden Grundbildungskurs besuchen, in dem Bericht für 2008 mit 47,3 Prozent beziffert. 2005 soll er sogar bei 55 Prozent gelegen haben. Doch könne nach Aussage des Bundesbildungsministeriums daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass damit fast jeder zweite Schulabgänger eines Jahrganges „nicht ausbildungsreif“ sei. Denn die sogenannte Referenzgröße von 47,3 Prozent umfasst nicht nur Schulabgänger aus dem Jahr 2008, sondern auch Abgänger aus früheren Jahren. Viele Jugendliche nutzten außerdem die Kurse, um ihre Vermittlungschancen weiter zu verbessern.

Egal, der Zweck scheint erreicht, dass bei der Bevölkerung in Erinnerung bleiben wird, dass die Hälfte der Jugendlichen nicht ausbildungsfähig sei. Ich vermute, dass hier erneut versucht werden soll, den eklatanten Lehrstellenmangel zu kaschieren und zu suggerieren, dass es an den Jugendlichen selbst liege, wenn sie keinen Ausbildungsplatz fänden. Das ist das gleiche Prinzip, wonach es auch an den „faulen“ Erwerbslosen liegen soll, wenn sie keine Arbeit finden. Jugendliche und Erwerbslose werden gleichermaßen zu individuell „Schuldigen“, zu „Tätern“ abgestempelt, obwohl hier „nur“ der gesellschaftliche Mangel an Arbeitsplätzen wie auch an Lehrstellen verdreht werden soll. Sollte es erstaunlicherweise tatsächlich so sein, dass jeder zweite Jugendliche nicht ausbildungsfähig wäre,

würde dies ein noch schlechteres Licht auf die Bildungspolitik dieses Landes werfen als ohnehin schon.

6. Kanzlerin Angela Merkel tritt dafür ein, Hilfen für Kinder von Hartz-IV-Beziehern auch als **Sachleistungen** zu erbringen. Die Bundesregierung werde prüfen, an welchen Stellen dies sinnvoll sei, sagte Merkel in einem Interview von „Kölner Stadt-Anzeiger“ und „Frankfurter Rundschau“. Außerdem sollten Bezieher des Arbeitslosengeldes II „bessere Anreize“ bekommen, wieder ins Arbeitsleben einzusteigen, meint Merkel. Da werden dann einige Millionen Menschen einfach mal so entmündigt, weil ihnen nicht zugetraut werden soll, selbst für ihre Kinder die entsprechend benötigten Dinge durch mehr Geld zu erwerben. Von dem Verwaltungsaufwand möchte ich jetzt gar nicht anfangen. Aber wenn jeder einzelne Mückenpups extra beantragt werden muss, werden viele dies aus Unwissenheit nicht tun, und so kann wieder an den Ärmsten der Armen und ihren Kindern gespart werden! Auch lassen sich die armen Kinder mit diesen besonderen Sachleistungen wunderbar stigmatisieren. Warum dann nicht gleich Essensmarken für Kinder mit der Aufschrift Milch, Gemüse, Butter, Obst? Wer will schon seine Kinder bloßstellen, indem sie mit Gutscheinen an der Kinokasse, dem Schwimmbad oder in der Bücherei anstehen sollen? Wer kein Geld hat, ist abhängig von den Almosen und dem Goodwill anderer. Seine Möglichkeiten eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen, sind eingeschränkt. Sein Radius wird kleiner – nicht nur im räumlichen Sinne, sondern auch im geistigen. Am Ende erwartet ihn möglicherweise ein Leben als armseliger Bittsteller, der sein kümmerliches Dasein nicht einmal mehr in Frage stellen kann, weil ihm dazu die intellektuellen Fähigkeiten fehlen. Diese wurden von Kindesbeinen an eingeschränkt.

7. Nach Presseinformationen gibt Bundeskanzlerin Merkel am 17. März 2010 anlässlich des 60. Geburtstages von IG-Metall-Chef Bertold Huber ein **Festessen**. Es soll in der gleichen Weise arrangiert werden, wie das Essen aus Anlass des 60. Geburtstages von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann im Frühjahr 2008, für das Merkel später in die Kritik geriet. Mit der Veranstaltung setzt Merkel ihre Charme-Offensive gegenüber den Gewerkschaften fort. Die ganze High Society und was sich dafür hält ist eingeladen. Ich frage mich, ob Herr Huber sich eigentlich noch darüber bewusst ist, welche Bevölkerungsschicht er eigentlich vertreten soll. Oder geht er damit inzwischen so um wie viele Politiker, die nur noch sich selbst vertreten, hofieren, um für Macht in aller Pracht korrumpierbar zu sein?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Wenn sie vorher für die FDP spenden: Außenminister öffnet als Kernanliegen Türen für deutsche Unternehmer *(„Stern“)*

Von der Bühne gedübelt: Arno muss wieder zur Arge *(„Bild“-Zeitung)*

Kraft durch Hannelore: „Wo man gestern noch empört war über das Schneeschippen, schlägt man nun selber Straßenreinigung vor“ *(„Die Welt“)*

Die Hartz-Geschädigten sollen in den Arbeitsdienst gepresst werden

Heute ist Internationaler Weltfrauentag. Vor 100 Jahren, 1910, wurde er auf der 2. Sozialistischen Frauenkonferenz beschlossen, 1911 fand dann der erste Internationale Frauentag statt. Weltweit kämpfen Frauen nicht nur um gleiche Rechte und Freiheiten: Oftmals stehen sie in erster Linie im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gegen Faschismus und Krieg. In Afghanistan kämpfen Frauen gegen die Besatzer, zu denen auch die Bundeswehrsoldaten gehören, im Iran gegen das reaktionäre, frauenfeindliche Mullah-Regime, in zahlreichen Ländern gegen die Abwälzung der Krisenlasten, denn weltweit haben in dieser Krise bisher über 34 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren.

In Griechenland herrschten letzte Woche generalstreikähnliche Zustände. Auch hier sind die Frauen nicht nur dabei, sondern oftmals vorne dran. Derzeit hetzt „Bild“ gegen „die“ Griechen, „die über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten: „Sollen sie doch ihre Inseln verkaufen!“ Nein, „über ihre Verhältnisse“ leben die Bankiers und Konzernherren und ihre Berliner Politiker! Über Westerwelle regt sich zu Recht ein Großteil der Bevölkerung auf. Dieser in Geld schwimmende Yuppie, der alle Arbeitslosen und Hartz-Betroffenen der Faulheit bezichtigt!

Dieser Volksverhetzer hat jetzt Unterstützung aus Reihen der SPD bekommen: Hannelore Kraft will ebenfalls einen Arbeitsdienst für Arbeitslose einführen, mit Straßefegen und Vorlesen. Wir haben nicht vergessen, dass es vor allem die SPD war, die mit den Hartz-Gesetzen für massenhafte Armut, Niedrigstlöhne, Millionen von Hartz-Geschädigten gesorgt haben! Eben diese sollen jetzt in den Arbeitsdienst gepresst werden. Aber das lassen wir uns nicht gefallen, nicht von der SPD und nicht von der FDP!

Vor Kurzem erst beschimpften Westerwelle und sein Bremer Parteifreund Möllenstedt die Arbeitslosen als Säufer, denen man „nur noch Sachwerte“ geben dürfe, denn „von mehr Geld kaufen die doch nur Schnaps“. Kanzlerin Merkel hat einen etwas anderen Sprachgebrauch: „Das ist nicht mein Duktus“, säuselt sie, meint aber im Prinzip dasselbe, wenn sie statt mehr Geld für Kinder aus Hartz-IV-

Familien Sachwerte wie Ranzen oder Nachhilfe-Gutscheine vorschlägt, weil mit Bargeld: siehe Möllenstedt!

Notwendig ist eine Gesellschaft, wo nicht nach den Profitinteressen produziert wird, sondern nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das ist der echte Sozialismus! Für Westerwelle und Konsorten findet sich dann bestimmt eine Möglichkeit, wo sie fürs Allgemeinwohl arbeiten können.

Wolfgang Lange (MLPD)

Taugt nicht für Demagogie: 2004 wurden 29 Milliarden Euro für Arbeitslosengeld I ausgegeben, im Krisenjahr 2009 zwölf Milliarden Euro weniger *(BIAJ)*

„Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nur Wischiwaschi!“

Der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für alle Regierungen seit 2004. Aber wie ist er zu beurteilen, und welche Konsequenzen hat er? Alle Menschen, die sich große Hoffnungen in dieses Urteil machen, sollten sich darüber wundern, wie positiv die verantwortlichen Politiker der Regierung darauf reagieren. Arbeitsministerin von der Leyen betont bei jeder Gelegenheit, wie „weise“ das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei und welch „große Chance“ die Politik nun habe. Dabei sind es die Herrschenden, die seit Jahren Armut per Gesetz verordnet haben und ein menschenwürdiges Existenzminimum verweigern! Der Chef der CDU-Fraktion, Kauder, weist auch sofort darauf hin: „Ob die Hartz-IV-Sätze jetzt steigen, lässt sich nicht sagen. Es kann sogar zu Reduzierungen kommen.“ In dieses Horn blasen seit Wochen die „Bild“-Zeitung und die FDP, die die Masse der Arbeitslosen als Schmarotzer darstellen. Das ist regierungsamtliche Volksverhetzung! Damit soll der Boden bereitet werden für eine verstärkte Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung – insbesondere die Arbeitslosen, die Frauen und die Jugend – nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Dabei hat die Regierung aber das großes Problem, dass immer mehr Menschen ihr mit Misstrauen begegnen und ihre Politik ablehnen. Nach der neuesten „Forsa“-Umfrage bezeichnen 61 Prozent die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger als zu niedrig, während sie nur von vier Prozent als zu hoch eingeschätzt werden. Die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht seit 2004 jetzt zum ersten Mal

drei Klagen auf Unvereinbarkeit der Regelsätze für Kinder mit dem Grundgesetz zugelassen hat, ist ein Erfolg der hartnäckigen öffentlichen Proteste, auch der bundesweiten Montagsdemonstrationen. Der Urteilsspruch vom 9. Februar 2010 ist jedoch zweischneidig: Ein Erfolg ist, dass die Regelsätze für Kinder neu berechnet werden müssen. Die Karlsruher Richter kritisieren, dass diese „freihändig gesetzt“ worden seien, statt den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Wichtig ist auch, dass das Gericht eine materielle Verbesserung bei Härtefällen gefordert hat. Das Gericht hat aber ausdrücklich keine Aussagen zu einer dringend notwendigen Erhöhung der Regelsätze gemacht, sondern nur ihre Berechnung als verfassungswidrig erklärt. Deshalb ist die wichtigste Lehre, dass der Kampf gegen das Armutsgesetz weitergehen muss, bis es zu Fall gebracht ist! Der juristische Weg kann dabei nur eine Ergänzung sein, der breite Volkswiderstand ist das Entscheide!

Zu diesem Schluss kommt auch Thomas Kallay, einer der drei Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich möchte einige Passagen aus seinem öffentlichen Brief hier vortragen: „Man sagte mir heute in diversen Gesprächen, dass ich auf alle Fälle ‚politisch gesiegt‘ habe, denn durch unsere Klage seien die bisherigen Regelsätze zwar rechtlich noch verwendbar, ansonsten aber nun verfassungswidrig. Ich aber sage: Ich habe, wenn ich ganz ehrlich bin, zwar tatsächlich für die Leute und gegen das Unrecht namens Hartz IV gekämpft, aber effektiv, außer eben etwas Politischem, wovon sich aber niemand etwas zu Futtern kaufen kann, nichts erreicht. Wie eine der beiden anderen Klägerfamilien in den Medien sehr treffend sagte: ‚Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist nur Wischiwaschi!‘ Daher – und auch dies musste ich mir selbst eingestehen – ist der Kampf gegen das Unrecht Hartz IV, gegen den Sozialabbau, für einen lebensfähigen gesetzlichen Mindestlohn, für die Abschaffung des Niedriglohnsektors und für eine repressionsfreie Grundsicherung sehr wohl auf die Straße zu verlegen. Jedenfalls werde ich die öffentlichen Aktionen gegen das Hartz-IV-Unrecht und den linkspolitischen Kampf dagegen unterstützen und empfehlen! Ich war zwar noch nie in meinem Leben auf einer richtigen Demo, und es ist mir als zurückgezogen lebendem Menschen auch nicht wohl dabei, aber ich werde wohl demnächst auf die erste Demo meines Lebens gehen und lauthals protestieren, bis ich heiser bin!“ Hoffentlich können wir ihn bald bei der Montagsdemo begrüßen und noch viele neue Mitstreiter dazu! Der gemeinsame Kampf wird weitergehen, und er muss noch breiter werden!

Harald Braun

Krass rechtswidrig: Es existiert eine Quote, wie viele Widersprüche jeder Mitarbeiter zurückweisen muss *(„Die Welt“)*

Spätrömische Dekadenz: Pittiplatsch und der Bundeskuschelhase machen einen Staatsfamilienausflug nach Südamerika *(„Spiegel-Online“)*

Lohnender Zuverdienst oder mehr Netto vom Brutto?

1. Sehr geehrter Herr Westerwelle! Meine Tochter, gerade 18 Jahre alt geworden, besucht seit ungefähr einem Jahr und sechs Monaten ein Fachgymnasium hier bei uns in Oldenburg. In ihrem Regelsatz ist für Mobilität, also auch für die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs, ein Satz von ungefähr zehn Euro im Monat enthalten. Eine Schülerbusfahrkarte für diesen Zeitraum kostet hingegen 32,50 Euro, gilt aber nicht am Wochenende. Hierfür müsste noch eine Erweiterung gekauft werden. Seit ungefähr einem Jahr trägt meine Tochter neben der Schule einmal wöchentlich eine Zeitung aus. Sie erhält hierfür zwischen 40 und 45 Euro im Monat, gezahlt nach Stücklohn.

Den zu erreichenden Stundenlohn möchte ich erst einmal gänzlich außen vor lassen, da mir sonst während des Schreibens dieser Mail vielleicht so schlecht wird, dass ich nicht mehr zum Ende komme. Aber dass aus diesem Nebenverdienst auch noch eine Versicherungspauschale von monatlich 30 Euro und Werbungskosten von 15,66 Euro angerechnet werden, und zwar aus einem angeblichen Freibetrag von 100 Euro, sollte doch selbst Sie verwundern! Wie viel verdient jetzt meine Tochter eigentlich? Die Frage, die meine Tochter und ich doch eigentlich stellen müssten, lautet: Wofür arbeitet sie eigentlich, und was motiviert sie?

Oder meinen Sie das etwa nicht? Diese „Zuverdienste“ wollen Sie und Ihre Partei auch noch ändern, und zwar in der Art und Weise, dass „von den ersten 100 Euro“ nur noch 40 Euro frei bleiben? Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie und Ihre FDP hinsichtlich der Hartz-Gesetze und der damit verbundenen Anweisungen wirklich genau informiert sind. Aber sicherlich werden sich alle Firmen bei Ihnen und Ihrer Partei bedanken, die zurzeit Kinder von Hartz-IV-Empfängern bezeihungsweise Schülerinnen und Schüler dergestalt beschäftigen, dass sie höchstens 100 Euro im Monat verdienen können. Mit Sicherheit würde für diese Firmen, sollten sich die Vorschläge der FDP wirklich durchsetzen, personeller Notstand ausbrechen!

Damit so etwas nicht passiert und sie überhaupt noch Personal finden, müssten diese Firmen einen Mindestlohn von zehn Euro zahlen. Wenigstens hierfür müssten Ihnen die Hartz-IV-Empfänger unendlich dankbar sein! So wären es wahrscheinlich die Kinder von Hartz-IV-betroffenen Eltern, die die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes erreichen, aufgrund eines völlig anders ge-

dachten Vorschlages der FDP. Genau hierfür möchte ich mich schon einmal ganz herzlich bei Ihnen bedanken! Mit den freundlichsten Grüßen.

2. Klein Thilo war allein zu Haus,
Die Eltern waren beide aus.

Und als er so durchs Zimmer sprang
Mit lautem Sing und lautem Sang,
Da sah er Fliegen fliegen
Und dacht', die könnt' er kriegen.

Und ehe er sich so recht versah,
'ne Flieg' im Mund, und es geschah:
Er schlug nach ihr, ich kann's euch sagen,
Die Fliege landete in seinem Magen.

Was lernt daraus, ob kleines Bübchen
Oder Mädchen mit 'nem Zopf?
Manch einer hat wohl mehr Gehirn
Im Magen als in seinem Kopf!

Der kleine Thilo muss anscheinend
Mal schlauer werden.
Er sollt' es lassen mit den Fliegen,
Nicht dass zuletzt sie ihn noch kriegen!

Faschismus ist keine Meinung,
sondern ein Verbrechen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik und Befürworter des bedingungslosen Einheitsgrundeinkommens)

Mein Reden seit '95: Bewerbungspflicht macht krank *(„Die Welt")*

Am **Samstag**, dem **13. März 2010**, findet von **11 bis 17 Uhr** die nächste **Delegiertenkonferenz** der bundesweiten Montagsdemo in **Kassel** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

271. Bremer Montagsdemo am 15. 03. 2010

Solidarität mit griechischer Volksbewegung gegen das EU-Spardiktat

Liebe Freundinnen und Freunde! Mit Hochachtung, Anteilnahme und Stolz verfolgen wir euren mutigen Kampf. Von unserer 8. Bundesdelegiertenkonferenz der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung senden wir euch von Herzen solidarische Grüße! Bereits seit Jahren führt ihr mit politischen Streiks, Massenprotesten und Jugendrebellionen einen harten und erfolgreichen Kampf gegen die griechische Variante des volksfeindlichen Programms der EU, gegen die Lissabonner Agenda 2010!

Dieses europäische Umverteilungsprogramm von unten nach oben hat seine deutsche Variante in den sogenannten Hartz-Gesetzen. Diese organisieren seit fünf Jahren Zwangsarbeit, Lohndumping und Armut. Dagegen gehen wir in rund 100 Städten seit fünfeinhalb Jahren Montag für Montag auf die Straße. Jetzt verlangen diejenigen, die die kapitalistische Finanzwirtschaft vor die Wand gefahren haben und sich ihr Desaster mit Hunderten von Milliarden Euro aus unseren Steuergeldern finanzieren ließen, noch einmal unser Geld: Wir sollen jetzt die Staatsschulden bezahlen, an die Finanzkapitalisten, sozusagen zum zweiten Mal!

Ihr Griechen sagt nein, und das ist sehr wirkungsvoll. Dafür danken wir euch im Sinne einer wirklichen europäischen Einheit, der Einheit von unten! Euer Kampf beflügelt uns sehr, denn wir wissen, dass unsere Regierung früher oder später zu den gleichen Maßnahmen greifen wird, wie ihr sie heute in Griechenland erlebt. Wir Montagsdemos stellen uns darauf ein, nicht zuletzt, weil wir von euch lernen! Kämpft weiter unverdrossen! Ganz Europa schaut auf euch! Unsere grenzenlose Solidarität habt ihr!

Solidaritätserklärung der 8. Bundesdelegiertenkonferenz der bundesweiten Montagsdemobewegung in Kassel am 13. März 2010, verabschiedet von 97 Delegierten von 50 Montagsdemonstrationen aus ganz Deutschland

Sanktionen gehören abgeschafft: Existenzminimum ist nicht an die Arbeitsbereitschaft geknüpft, sondern an die Kategorie Mensch *(„Spiegel-Online“)*

Gut aufgestellt im Kampf gegen die Abwälzung der Weltwirtschaftskrise

Offen, selbstkritisch und mit vorwärtstreibenden Beschlüssen verlief die 8. Delegiertenkonferenz der Montagsdemonstrationsbewegung. Sieben Jahre nach Verkündung von Schröders Agenda 2010 nahmen 98 Delegierte und 38 Gäste aus 49 Städten teil. Das sind etwas mehr als im vergangenen Jahr (95 Delegierte aus 46 Städten) und zeigt die Stabilität unserer bereits über sechs Jahre alten Bewegung. Die Delegiertenkonferenz fand in einer bemerkenswert solidarischen, einmütigen und selbstbewussten Atmosphäre statt. In einer über zweistündigen Diskussion wurden der Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe besprochen und die vielfältigen Kampferfahrungen und Vorschläge ausgetauscht. „Die Montagsdemobewegung ist sich ihrer gesellschaftlichen Rolle als soziales Gewissen, Plattform für den Protest gegen die Regierung und Organisator der Solidarität mit den Kämpfen in den Betrieben und auf der Straße bewusst und gut aufgestellt“: Das war der Tenor der Versammlung.

Sehr begrüßt wurden das Grußwort der Redaktion von „Artikel 1“ und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt steht weiter der Kampf gegen Hartz IV: „Wir wollen als Nummer 1 behandelt werden, nicht 0815“, so die Delegierte aus Essen in ihrem Beitrag. Schwerpunkt 2010 wird insbesondere der Widerstand gegen „Zwangsarbeit zum Hartz-IV-Tarif“ und Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Vollbeschäftigung sein. Es geht eben nicht um Arbeit zu jedem Preis! Ein jährlicher Familienurlaub, die Teilhabe an kultureller und sportlicher Betätigung sind Selbstverständlichkeiten der modernen Gesellschaft. Arbeit zur Sicherung der Existenz oder Ernährung stammen aus der Urzeit! Wir wollen Arbeit und Löhne, von der man kulturvoll leben kann und werden deshalb den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Arbeitslosen verstärken!

Die alte Koordinierungsgruppe wurde entlastet, die neugewählte beauftragt, künftig stärker das politische Profil der Montagsdemobewegung zu entwickeln und den Montagsdemos vor Ort Hilfestellungen mit politischen Erklärungen und treffsicheren Argumenten zu geben. Insbesondere die Bündnisarbeit soll ausgebaut werden, auch in Verbindung mit Protesten gegen massive Kürzungen in den Kommunen. Die vielfältigen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Bewegung sollen genutzt und vernetzt werden, um die bundesweite Homepage zu verbessern. Es wurden 18 Mitglieder der Koordinierungsgruppe und zwei Mitglieder als Revisoren gewählt. Von München bis Hamburg und von Potsdam bis Düsseldorf sind alle Regionen in Deutschland darin vertreten. Die Finanzverantwortliche wurde ent-

lastet. Die Montagsdemobewegung hat genug Geld auf dem Konto, um ihre Aktivitäten selbständig und finanziell unabhängig finanzieren zu können.

Als Ausdruck ihrer internationalen Verbundenheit mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut erklärte sich die Delegiertenkonferenz solidarisch mit dem Kampf der griechischen Volksbewegung gegen die griechische Variante des volksfeindlichen Programms der EU. „Mit Hochachtung, Anteilnahme und Stolz verfolgen wir euren mutigen Kampf. Ihr Griechen sagt nein, und das ist sehr wirkungsvoll. Dafür danken wir euch im Sinne einer wirklichen europäischen Einheit, der Einheit von unten! Wir wissen, dass unsere Regierung früher oder später zu den gleichen Maßnahmen greifen wird, wie ihr sie heute in Griechenland erlebt. Wir Montagsdemos stellen uns darauf ein.“ Die Delegiertenkonferenz schlägt den Montagsdemos vor, am Montag, den 15. März 2010, diese Solidarität bundesweit zum Thema zu machen als Bestandteil eines europaweiten Solidaritätstages. Weitere Beschlüsse: Die Montagsdemonstrationsbewegung ergreift die Initiative für die **7. bundesweite Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **16. Oktober 2010.** Bis dahin werden zwei bundesweite Aktionstage der gesamten Montagsdemobewegung durchgeführt und damit zentrale Themen in den Mittelpunkt gestellt und für die Demonstration in Berlin mobilisiert. Die Koordinierungsgruppe wird beauftragt, diese Aktionstage vorzubereiten.

Presseerklärung von Fred Schirrmacher und Jürgen Schäuble,
Sprecher der bundesweiten Montagsdemo

2009 zwölf Milliarden Euro weniger für ALG I ausgegeben als 2004

1. Eine Auszubildende bekommt die Berufsausbildungsbeihilfe und jetzt auch einen Zuschuss zu den **Kosten der Unterkunft**, also Miete, Heizung, Wasser. Das Kindergeld wurde dabei nicht angerechnet, auch die Ausbildungsvergütung nicht. Damit hat die Auszubildende wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als nach dem SGB II. Wohngeld ist nicht vorrangig zu beantragen. Die Verwaltungsanweisung der Freien Hansestadt Bremen ist insofern falsch. Das Urteil datiert vom 23. Februar 2010. Durch die Nichtanrechnung von Kindergeld sind viele Empfänger von Berufsausbildungsbeihilfe anspruchsberechtigt für den Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft. Die Unterkunftskosten der BAB sind auf 218 Euro gedeckelt. Die Mieten für eine entsprechende Wohnung bis 50 Quadratmeter liegen in Bremen wesentlich darüber. Die Differenz kann bei der Bagis beantragt werde. Dieser Zuschuss gilt nicht als ALG-II-Bezug und ist somit zulässig. Wie dies geht? Wir gehen mit!

In der Verwaltungsanweisung der Freien Hansestadt Bremen steht auf den Seiten 54 und 55, wer noch alles Anspruch auf diesen Zuschuss hat. Auf Seite 56 folgt eine verwirrende Einschränkung: „Personen unter 25 Jahren erhalten nach § 22 Absatz 7 Satz 2 SGB II diesen Zuschuss nicht, wenn die Übernahme von Unterkunfts- und Heizkosten nach § 22 Absatz 2a SGB II ausgeschlossen ist.“ Die 1986 geborene Klägerin war erfolgreich. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Dieser Absatz auf Seite 56 wurde überarbeitet: „Auf die Bedarfsätze nach dem SGB III und Bafög sind bestimmte Einkünfte der Auszubildenden grundsätzlich anrechnungsfrei. Hierzu gehören bei BAB und Ausbildungsgeld das Kindergeld (volle Freilassung) sowie beim Bafög das Kindergeld (volle Freilassung) und Waisenrenten (Freilassung bis zur Höhe von Euro 153). Darüber hinaus sieht das Bafög Freibeträge vom Einkommen der Auszubildenden vor (§ 23 Bafög). Anders als im SGB III und im Bafög kann im Rahmen einer Zuschussberechnung auf den Einsatz solcher Einkommen nicht verzichtet werden.“ Kindergeld ist hiernach zu 100 Prozent anrechnungsfrei. Dieser Absatz ist aber, was die anderen Aussagen betrifft, trotzdem mit Vorsicht zu genießen.

Der nächste Absatz wurde scheinbar nicht überarbeitet. Dort steht: „Auszubildende haben vorrangig einen Anspruch auf Kindergeld und Kinderzuschlag durchzusetzen. Es ist von der Bagis erst dann ein Antrag für einen Zuschuss zu den Unterkunfts- und Heizkosten aufzunehmen, wenn hierüber aktuelle Bescheide vorliegen.“ Dieser Absatz ist überflüssig, weil das Kindergeld nicht angerechnet werden darf! Dieser Absatz ist falsch, weil der Antrag jederzeit gestellt werden kann. Die Beantragung anderer Leistungen kann dann verlangt werden. Wohngeld steht hier auch nicht mehr. Der Kinderzuschlag ist meistens unzutreffend. Der sofortige Antrag ist auch zweckmäßig, weil der Zuschuss ab Antragsstellung gezahlt wird. Wer erst einen anderen Bescheid abwartet und dann den Antrag stellt, verschenkt Geld. Nicht umsonst hat die Bagis je Niederlassung ein Antragsvermeidungsteam! Also hin und den Antrag stellen oder formlos schriftlich gegen Stempel abgeben: „Ich bitte um Zusendung des formellen Antrags.“ Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Was dem Außenminister und FDP-Vorsitzenden passiert ist, hat Paul M. Schröder zum Anlass für einen Kommentar mit dem Titel „Raffelwelle in Westerhüschen“ genommen. „Vorzeichen für die Klimakatastrophe, sozial. Eine Richtigstellung zu ‚Dr. Guido Westerwelle und die Hartz-IV-Ausgaben‘“ In der Kurzmitteilung vom 28. Februar 2010 machte das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ auf einen „vergessenen Satz“ in Westerwelles „Welt“-Gastkommentar „Wir zahlen gerne Steuern für Bedürftige, aber nicht für Findige“ vom 25. Febru-

ar 2010 aufmerksam. Der Vizekanzler hatte zu den Hartz-IV-Ausgaben geschrieben: „45 Milliarden Euro haben wir vergangenes Jahr für Hartz IV ausgegeben. Obwohl wir heute 1,5 Millionen Arbeitslose weniger haben als im Jahr 2004, sind es trotzdem 6,5 Milliarden Euro mehr als damals."

In diesem Zusammenhang hat er den folgenden Satz „vergessen": „2004 wurden von der Bundesagentur für Arbeit für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld I, das vorrangige Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit, 29 Milliarden Euro ausgegeben. Im Krisenjahr 2009 waren dies 12 Milliarden Euro weniger (17 Milliarden Euro)." Herrn Westerwelle kennt jeder. Herr Raffelhüschen wird aus meiner Sicht am Besten im Film „Rentenangst" dargestellt. Darin geht es um die Abschmelzung der gesetzlichen Rentenversicherung, mithin um die gemachte Rentenangst. Raffelhüschen ist da ganz vorne. Auch die Verflechtung zur „Bild"-Zeitung ist Thema in dem Film. Die FDP ist auf allen Gebieten der Verringerung der gesetzlichen sozialen Absicherung führend!

Nochmals zu Paul M. Schröder. Auf der letzten Seite ist die finanzielle Verflechtung gut dargestellt. Die Aufwendungen für das ALG II betrugen demnach im Jahr 2009: brutto 46,7 Milliarden Euro ALG II komplett inklusive Verwaltungskosten, netto 29,4 Milliarden Euro **Regelsatz** für Leistungsempfänger (inklusive Kosten der Unterkunft und Heizung und der „Armutsgewöhnungszuschlag" nach § 24 SGB II. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, was die Verwaltung schluckt.

Die FDP will die Reduzierung der gesetzlichen sozialen Sicherungssysteme, wie im Lissabonner Vertrag vereinbart, und zwar flott, flott! Die FDP will die eingefrorenen Mittel der Bundesagentur für Arbeit streichen. Die Bundesagentur für Arbeit warnt, ohne Freigabe dieser Gelder könnten rund 100 Jobcenter nicht mehr handlungsfähig und bis zu 10.000 Mitarbeiter betroffen sein („Weser-Kurier" vom 13. März 2010). Die Grünen in Bremen haben diesbezüglich eine Anfrage an den Senat gerichtet: „Sparkurs der Bundesregierung gefährdet Arbeit der Bagis und der Arge Jobcenter Bremerhaven".

3. Die Erfolgsserie der gekündigten Mitarbeiter des Gesamthafenbetriebsvereins vor den Kammern des Bremer Arbeitsgerichts kann nachgemacht werden. Wer wegen der Krise seine **Kündigung** erhalten hat, kann sich wehren, auch wenn ein Sozialplan abgeschlossen wurde. Knackpunkt ist die soziale Auswahl und die Frage: Warum konnte diese Entlassung nicht durch die Nutzung von Kurzarbeit vermieden werden? Wie dies geht? Wir gehen mit! Ausgehebelt werden diese Urteile durch die Drohung des Arbeitgebers, Insolvenz anzumelden. Wenn dies passiert, sollte genau hingeschaut werden. Die Freie Hansestadt Bremen ist Eigentümer gewesen. Dies ist sicherlich aufzufrischen, ebenso die private Haftung der Entscheidungsträger.

Wenn eine politische Lösung erstrebt wird, muss Öffentlichkeit her! Wenn alle gemeinsam auf der Demonstration in Essen aufkreuzen, sieht jeder: So geht der Bremer Senat mit den Hafenmitarbeitern um! Wer ahnt sonst diese Sorgen und Nöte? Dabei sind sie überall! Und ähnlich. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich

bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz!

Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen. Geht ihr auch mit? Unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise!**“ findet am **Samstag**, dem **20. März 2010**, eine **Demonstration** in **Essen** statt. Passender geht es nicht! Wir wollen gemeinsam mit dem Zug dorthin fahren, in Fünfergruppen. Treffen ist um **7 Uhr** an der Blindentafel im Bremer **Hauptbahnhof** (Eingang Süd). Der Zug fährt um 7:18 Uhr.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Die Linke“ lädt ein zur Veranstaltung rund um das Thema **Ein-Euro-Jobs** am **Dienstag**, dem **16. März 2010**, um **19 Uhr** im Kulturzentrum „**Paradox**“, Bernhardstraße 10-12.

Ich will sinnvolle Arbeit und angemessene Bezahlung, kein Ehrenamt

1. Der ehemalige Berliner Finanzsenator und jetzige Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin legte letzte Woche erneut nach und wich dabei keinen Millimeter von seinen früheren Aussagen ab. Er verteidigte sie nicht nur, sondern heizte noch ordentlich ein und behauptete, durch viele zustimmende Reaktionen und Zuschriften von Bürgern darin bestätigt worden zu sein. Seine Aussagen hätten den Nerv getroffen. Allen Ernstes betrachtet er sich als „jemand, der ein Thema so ausgesprochen hat, wie andere es nicht aussprechen“. Dabei erhielt er Rückendeckung von Hessens Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP), der findet, dass es keine „Denkverbote“ geben und nicht schon dann von Diskriminierung gesprochen werden dürfe, wenn man über „Tatsachen“ rede. Wie schön, lauter Helden der nur sie erhellenden Wahrheit, die nur aussprechen, was sich andere nicht trauen!

Dabei hatte Sarrazin die in meinen Augen ausgesprochen rassistischen Aussagen gemacht, dass vielen Migranten der Integrationswille fehle und eine große Zahl an Arabern und Türken in Berlin „außer für den Obst- und Gemüsehandel keine produktive Funktion“ habe, aber „ständig neue kleine Kopftuchmädchen“ produziere. Seiner Meinung könne es nicht angehen, dass „übermäßig viele Mi-

granten in Deutschland aufgrund ihrer bloßen reinen Existenz“ Arbeitslosengeld bezögen. Ich freue mich darüber, dass derartig gehetztes Getöse nicht einfach so hingenommen wurde, sondern dass Sarrazin-Gegner buhend ein Transparent entrollten. Da **Provokation** sein Programm ist, kann Sarrazin offenbar die Finger nicht vom Zündeln lassen und fordert nun, dass Eltern von Kindern, die zwei Male die Hausaufgaben nicht gemacht hätten, das Kindergeld um die Hälfte gekürzt werde. Dazu müsste jeden Tag vor Beginn des Unterrichtes überprüft werden, wer die Hausaufgaben gemacht habe und wer nicht.

Die Lehrer werden sich bedanken ob dieser sinnlosen Zwangsmaßnahme, ob der zusätzlichen Verwaltung. Ob als nächstes wieder nach schwarzen Rändern unter den Fingernägeln geguckt wird? Oder soll es dann mit dem Rohrstock erneut eins auf die Finger geben? Soll diese Hausaufgabenkontrolle bei allen Kindern durchgeführt werden oder nur bei denjenigen, denen wegen der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern „Bildungsferne“ unterstellt wird? Mir will einfach die Frage nicht mehr aus dem Kopf, ob Sarrazin ein menschenverachtender Zyniker ist, der bewusst versucht, sich mit Äußerungen auf scheinbarem Stammtischniveau interessant zu machen, oder ob an seiner seelischen und geistigen Gesundheit sowie an seinem ethischen Wertesystem – sofern vorhanden – erhebliche Zweifel bestehen. Spricht er die absurdesten Dinge nur deswegen aus, um im Rampenlicht stehen zu dürfen? Leidet er womöglich an schier unstillbarem Geltungsdrang? Ob er als Clown im Zirkus nicht eine weitaus bessere Figur abgäbe?

2. Augenscheinlich mangelt es in Deutschland nicht an Demagogen! Kürzlich wetterte FDP-Chef Guido Westerwelle, wer arbeite, sei Depp der Nation, und stieß damit eine Debatte an, die Deutschland polarisiert. Nun provoziert der Psychologe Martin Tomasik mit der These, dass es für Arbeitslose besser sein könne, die Jobsuche aufzugeben. In seiner Dissertation untersuchte er, warum es besser sein kann, aufzugeben. Dabei ging es ihm darum, objektive Kriterien dafür zu finden, ab wann sich individuelles Disengagement auszahlt. Trotz unzähliger Bewerbungen und ebenso vielen Absagen immer weiterzumachen sei nicht förderlich. Ab diesem Punkt zahle sich eine Loslösung aus.

Für ihn bedeutet dies, rechtzeitig von unrealistischen Zielen abzulassen und sich das Scheitern einzugestehen. Dieses Vorgehen würde die Menschen davor bewahren, durch die ständigen **Misserfolge** krank und depressiv zu werden. Auf diese Weise würden so Ressourcen freigesetzt, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Er fand sogar heraus, dass diejenigen, die aufgeben, sich anschließend verstärkt im Vereinsleben, im Ehrenamt oder im Pfarrgemeinderat engagieren. – Ach nee, da soll mal wieder persönliches Scheitern eingestanden werden? Das hätten sie wohl gern, um einen Beschämten weiter ungestraft der Verfolgungsbetreuung aussetzen zu können! Aha, die vielen Erwerbslosen sollen sich das gesellschaftliche Problem, dass es in der neoliberalen Eiszeit nun mal nicht mehr Vollzeitarbeit für alle gibt, als persönliches Scheitern „anziehen“?

Das könnte ihnen so passen! Wenn meine sinnvollen Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden, dann erwarte ich selbstverständlich auch eine ebenso sinnvolle, also angemessene Bezahlung, so wie sie alle anderen Erwerbstätigen auch zusteht! Mit einem bescheidenen Ehrenamt anstelle einer anständigen Bezahlung würde ich nur wütend oder manch anderer auch depressiv werden. In meinem Poesiealbum steht noch ein Spruch, an den ich mich jetzt erinnert fühle: „Sei hilfreich und bescheiden, das ist die schönste Zier! Dann kann dich jeder leiden, und dieses wünsch ich dir!“ Leider lassen sich davon keine Lebenshaltungskosten tragen und keine Wohnung, schon gar kein kleiner Urlaub bezahlen!

3. In Hamburg schmorten voriges Jahr 623 Leute im Knast, weil sie zum wiederholten Mal ohne Fahrkarte „angetroffen“ wurden. 2.400 Menschen wurden 2009 wegen Schwarzfahrens zu saftigen Geldstrafen verurteilt. Wer nicht zahlen kann oder will, muss entweder eine Ersatzhaftstrafe antreten oder die Strafe durch gemeinnützige Arbeit ableisten. Doch dafür gibt es in Hamburg nur 400 Stellen. Weil die Gefängnisse doch nicht für **Schwarzfahrer** gebaut wurden, muss eine neue Lösung gefunden werden. „Angedacht“ werden zum Beispiel mehr Stellen, Möglichkeiten, auch am Wochenende zu arbeiten, und mehr Betreuer. Auf die einfachste Lösung scheint niemand zu kommen: umsonst fahren für alle! Dann erübrigt sich ein weiteres Geschwafel um gemeinnützige Arbeit ganz von allein.

4. Eine Wissenschaftlerin belegt, was viele Linke immer schon angenommen haben, dass es sich nämlich in gerechteren Gesellschaften länger, besser und glücklicher lebt. In den USA, Großbritannien und Portugal ist die Kluft zwischen Arm und Reich größer als in Japan und den skandinavischen Ländern, wo die oberen zwanzig Prozent der Bevölkerung nur etwa viermal so viel wie die unteren zwanzig Prozent verdienen – in den USA, Großbritannien und Portugal hingegen ungefähr achtmal so viel. Zwei britische Forscher untersuchten, wie sich die **Ungleichheit** in 21 Industrieländern auf Gesundheits- und soziale Fragen auswirkt. Die Ergebnisse belegen sehr eindeutig: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, umso größer werden ihre Probleme.

In ungleicheren Gesellschaften sind die Mordraten zehnmal so hoch wie in gleicheren. Die Zahl der psychisch Kranken ist dreimal so hoch. In ungleichen Gesellschaften bringen sechs- bis achtmal so viele Teenager Kinder zur Welt. Die Wissenschaftler erklären sich ihre Ergebnisse so, dass es in ungleicheren Gesellschaften für jeden Menschen schwieriger ist, seinen Status zu behaupten. Da der Kampf um Status mit Stress verbunden ist und dieser sich negativ auf das Hormon- und Nervensystem auswirkt, kann chronischer Stress Auslöser für viele gesundheitliche Probleme sein. Die Forscherin Kate Pickett leitet daraus ab: Macht die Gesellschaften gerechter! Das ist kostengünstiger und macht die Menschen glücklicher. Leider kann daran niemand verdienen außer den Betroffenen selbst, die in dieser durchökonomisierten Welt aber nichts mehr zu sagen haben sollen.

5. Die aktuelle Debatte um den Sozialstaat offenbart Vehemenz und Tricks der Befürworter des „Workfare“-Konzepts, aber auch die Grenzen ihrer Argumente, die in ihrem Interesse möglichst unbeleuchtet bleiben sollen – doch nicht mit uns! Als kaum mehr hinterfragte Floskel wiederholen viele FDP-Politiker gerade gebetsmühlenartig, Leistung müsse sich wieder lohnen. Allerdings scheint hier nicht Leistung per se gemeint zu sein, sondern nur eine ganz bestimmte. Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass die Gesellschaft es nicht schafft, für eine bestimmte Zahl Menschen Arbeit zu ermöglichen, und für eine noch größere nicht, Arbeit zu ermöglichen, von der die Menschen ihr Leben und das ihrer Familie finanzieren können. Egal welche „Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit“ ergriffen wurden, liegt die Erwerbslosigkeit seit 1983 unverändert bei konstanten sieben Prozent.

Interessanterweise findet nun Frau Koch, äh: Kraft, für viele Mensche könne keine Arbeit mehr geschaffen werden, während gleichzeitig betont wird, dass es genug Arbeit gebe, die zu tun sei, als da wären: Schneeräumen, Straßefegen und Betreuung der Alten. Fraglich bleibt, warum gerade diese Tätigkeit, die auch sozialversicherungspflichtig sein könnten, zur Steigerung des Gemeinwohls herhalten sollen. Über die Bezahlung dieser Arbeit wird sich ausgeschwiegen. Natürlich erklärt auch niemand, was denn den Unterschied ausmacht zwischen regulärer Arbeit und solcher, die dem Gemeinwohl diene. Weil der Begriff des Gemeinwohls das Wohlbefinden der Gemeinschaft bezeichnet, ist Gemeinwohlarbeit eine Tätigkeit, die den Grad des Wohlbefindens der Gemeinschaft halten oder steigern soll, indem Werte geschaffen werden, die im Grunde jedem zugute kommen sollen. Doch in der aktuellen Diskussion ist Gemeinwohlarbeit spezifischer, perfider definiert: Hiermit ist nun Arbeit gemeint, die von jenen verrichtet wird, welche bei der Anhäufung privaten Wohlstands nicht benötigt und somit ausgesondert wurden.

Es wurde erkannt, dass die Ausgestoßenen doch noch zur Vermehrung von Werten zu gebrauchen sind, wenn die entzückenden Rahmenbedingungen der Entrechtung geschaffen werden können! Dem steht natürlich entgegen, dass Sozialgelder nicht dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung entsprechen, sondern letztlich auf Grundlage der Verfassung ein Recht auf derartige Hilfe besteht. Natürlich ist eine vom Schnee geräumte Straße für alle die Straße nutzenden Menschen sinnvoll. Unklar bleibt dabei jedoch, warum diese Arbeit nicht Menschen überlassen wird, die dafür vernünftig entlohnt werden und auch sonst in einem regulären Arbeitsverhältnis stehen. Auch wenn ein Professor Sinn Kommunen dahingehend verpflichten will, jedem ALG-II-Bezieher eine Stelle als Gegenleistung für die Sozialleistung anzubieten, gibt es bereits jetzt weniger Möglichkeiten, Menschen in Ein-Euro-Jobs zu beschäftigen, als sich einige Zeitgenossen wünschen.

Die Schaffung derartiger Arbeitsplätze vernichtet nicht nur normale Jobs, sondern kostet dazu viel Geld, selbst wenn den Ausgegrenzten dafür nicht mal Mehraufwandsentschädigungen gegeben werden sollen. Die angestrebte

Sklavenarbeit widerspricht einigen Artikeln des Grundgesetzes, die das Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie Schutz vor Arbeitslosigkeit gewährleisten sollen. Jeder hat ohne Unterschied das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen. Soll das nun alles der Vergangenheit anhören oder in die Märchen- und Legendenbücher eingeflochten werden?

6. Außenminister Guido Westerwelle strahlt wie ein Honigkuchenpferd und ist von sich selbst total begeistert. Frisch zurück von seiner Reise nach Lateinamerika, lässt er sich von der FDP-Basis bejubeln. Bereits am Samstag bewertete er die in seiner Abwesenheit entbrannte Debatte als durchsichtigen, niederträchtigen Versuch der Opposition und linker Medien, ihn zu diskreditieren. Während der Auslandsreise habe er sich – mit stets guten Manieren und untadeligen Umgangsformen – zurückgehalten, da das der Anstand gegenüber den besuchten Staatsmännern gebiete. Nun sei er wieder in Deutschland, nun werde er sich wehren. Laut einem Vertrauten Westerwelles hätten die Vorwürfe tatsächlich überrascht und gekränkt. Nichts mache ihm mehr zu schaffen, als Zweifel an seiner persönlichen Integrität. So ein Herzchen! Da ist es kein Wunder, dass er sich ein bisschen gekränkt zeigt, vor allem aber stolz und unbeirrbar. Selbstredend nimmt er kein einziges Wort zurück und posaunt an die ihm zu Füßen liegende Basis, dass er sich den „Schneid“ nicht abkaufen lasse. Schneid heißt doch Mut! Worin bestand dieser Mut? Dass er gesagt habe, was sonst niemand ausspreche, dass es nämlich dekadent sei, anstrengungslosen Wohlstand zu versprechen.

Er bezeichnet die Realität als „dekadent“, wenn diejenigen, die in Deutschland arbeiten, die aufstehen, die fleißig sind, sich mittlerweile „dafür entschuldigen müssen, dass sie von ihrer Arbeit auch etwas behalten möchten“. Die Arbeitnehmer würden mehr und mehr zu „Deppen der Nation“. Damit meint er sicher nur die Arbeitnehmer, die sozialversicherungspflichtig arbeiten und davon anständig leben können. Denn diejenigen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, die zur als Gemeinwohlarbeit getarnten **Sklavenarbeit** gezwungen werden, die ebenso früh aufstehen, aber nur Gemeindearbeit verrichten, die dürfen von ihrer Hände Arbeit noch nicht mal so viel behalten, dass sie davon leben können! An deren persönlicher Integrität darf offenbar immer und ganz selbstverständlich gezweifelt werden! Wie viel Mut, pardon Schneid, bedarf es denn, aus der Position des Außenministers heraus gesellschaftlich Ausgegrenzte pauschal zu diskreditieren? Angriff ist die beste Verteidigung und Verdrehung der Tatsachen eine perfide Methode. Einer, der permanent austeilt, beleidigt und pauschal diffamiert, avanciert nun plötzlich zum selbsternannten Opferlamm!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Nazis im Nadelstreifen mit populistischen Hartz-IV-Tiraden

Letzten Samstag wurde in der Villa Ichon der Friedenspreis verliehen. Geehrt wurde Christine Kröger, Redakteurin beim „Weser-Kurier“. Ich will ihr ganz herzlich dazu gratulieren! Christine Kröger ist eine ganz mutige Journalistin, die sich besonders einen Namen mit der Aufklärung neofaschistischer Umtriebe in und um Bremen gemacht hat. Sie hat diesen Preis verdient! Beglückwünschen will ich aber auch Gerhard Kromschröder, früherer „Stern“-Reporter und ebenfalls durch seine schonungslose Recherchen über alte und neue Nazis bekannt. Er hielt die Laudatio auf Christine Kröger. Er klagte darin die Innenministerien an, die viel zu spät auf, nämlich erst anderthalb Jahre nach der Veröffentlichung im „Weser-Kurier“, auf die Enthüllungen von Frau Kröger reagierten.

Dabei fiel der bemerkenswerte Satz: „Man trifft sie ja gerade jetzt vermehrt, die Nazis im Nadelstreifen, die Sarrazins und Westerwelles, mit ihrem rassistischen Gebrabbel und ihren populistischen Hartz-IV-Tiraden“ („Weser-Kurier“ vom 14. März 2010). Ich denke, dass sich Gerhard Kromschröder hier keineswegs im Ton oder in der Begriffswahl vergriffen hat, denn die Vorschläge Sarrazins und Westerwelles zielen darauf ab, den Arbeitslosen alle Rechte zu nehmen und sie in Zwangsarbeit und Arbeitsdienst zu pressen, wie es ihn zuletzt im Hitlerfaschismus in Deutschland gab. „Bild“ liefert dazu mit seiner Hetze die Begleitmusik. Zuerst wird ein Feindbild aufgebaut: das des arbeitsscheuen, frech grinsenden Arbeitslosen, der sich über die „ehrlichen deutschen Arbeiter“ noch lustig macht, oder des faulen Ausländers, der „täglich kleine Kopftuchmädchen macht“. Dann kommt die Strafe, das Aushungern, die Zwangsarbeit.

Sarrazins neuester Spruch, wer zweimal keine Hausaufgaben mache, solle das Kindergeld auf die Hälfte gekürzt bekommen, passt da ganz ins Schema. Aber ich bin mir ganz sicher: Damit kommen Westerwelle und Sarrazin nicht durch! Es gibt inzwischen eine sehr stabile antifaschistische Grundeinstellung in Deutschland. Die ganze Hetze wird verstärkt auf diese Bande zurückfallen, wird doch deren eigene Vetternwirtschaft, das raffgierige Verhalten, die Günstlingswirtschaft, immer mehr ans Licht gebracht. So sind Freund Mrotz und Firmenvertreter des Bruders auf Reisen mitgenommen, aber wohl kaum, damit Guido besser in den Schlaf findet, sondern wegen knallharter Geschäfte! Öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein saufen, das ist noch untertrieben!

Über 1.000 Milliardäre gibt es weltweit, 30 Prozent mehr als letztes Jahr. Allein die Aldi-Brüder besitzen zusammen 40 Milliarden Euro. Und wir sollen über

unsere Verhältnisse leben? Das wird auch den Griechen auch vorgeworfen. Die richtige Antwort des Volkes ist der Kampf gegen Regierung und Milliardäre! Ein System, das auf der einen Seite immer mehr Reichtum und auf der anderen immer mehr Armut anhäuft, hat es nicht verdient, verteidigt zu werden. Das muss einfach weg! Das neue System, der echte Sozialismus, ist längst materiell herangereift. Das hat nichts mit Neid zu tun: Es ist eine geschichtliche Notwendigkeit.

Wolfgang Lange (MLPD)

Hartz-IV-Sanktionen mit aufschiebender Wirkung ausgesetzt

Wie von uns erwartet, zieht das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2010 in Verbindung mit dem Bundessozialgerichtsurteil vom 18. Februar 2010 in Sachen Hartz-IV-Sanktionsparagraf 31 weitere Kreise. Mittlerweile ist es mit einem unanfechtbaren Beschluss des Sozialgerichts des Saarlandes (Aktenzeichen S21 AS 26/10 ER) vom 10. März 2010 gelungen, die Sanktionen – diesen nach Bewertung des Bundessozialgerichts „schwerwiegenden Eingriff“ – durch eine Eilklage unmittelbar auszusetzen. Erstmals konnte in diesem Zusammenhang das für Hartz IV ausgeschlossene Recht auf „aufschiebende Wirkung“ wiederhergestellt und so dem Kläger das Grundrecht auf ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ durch sofortige Zahlung des sanktionierten Regelsatzes sichergestellt werden.

Vor der Eilklage, dem Antrag auf einstweilige Anordnung beim Sozialgericht des Saarlandes, hatte der Kläger zunächst Widerspruch gegen eine Sanktion von 100 Prozent des Regelsatzes eingelegt, die erfolgt war, weil er wiederholt eine „Arbeitsgelegenheit nicht antrat“, wie es im Beschluss heißt. Unmittelbar danach hat er am 8. Februar 2010 gegenüber der Behörde ergänzend Antrag auf „aufschiebende Wirkung“ gestellt und gleichzeitig beim Sozialgericht des Saarlandes die Eilklage eingereicht. Das Sozialgericht hat sodann am 10. März 2010 beschlossen: „Die aufschiebende Wirkung der noch zu erhebenden Anfechtungsklage des Antragstellers gegen den Bescheid der Antragsgegnerin wird angeordnet. Die Antragsgegnerin hat dem Antragsteller die ungekürzte Regelleistung auszuzahlen.“

Nach diesem ersten Erfolg im Kampf gegen die unrechtsstaatlichen Hartz-IV-Sanktionen empfiehlt die „Hartz-IV-Plattform“ allen Betroffenen, im zweiten Schritt – nach Widerspruch und Überprüfungsantrag – unmittelbar auch den Antrag auf aufschiebende Wirkung bei der zuständigen Sozialbehörde zu stellen. Dieser kann nach unserer Einschätzung möglicherweise allen bislang von Leistungskürzungen Betroffenen den raschen Zugang zu den per Sanktion vorenthaltenen Geldmitteln verschaffen, denn wir gehen davon aus, dass vermutlich bis-

her üblicherweise die Rechtsbehelfsbelehrungen sämtlicher Sanktionsbescheide nicht den auf den Einzelfall bezogenen Anforderungen des Bundessozialgerichts genügen.

Presseerklärung von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

272. Bremer Montagsdemo am 22. 03. 2010

Mobbcenter-Reform fällt aus: Verfassungsänderung soll verschleiernde Mischverwaltung und unklare Zuständigkeit für Sanktionen zementieren *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Bremer Montagsdemo zeigt Heinsohn wegen Volksverhetzung an

Diese Woche sprachen sich die Teilnehmer(innen) der Bremer Montagsdemo einstimmig dafür aus, dass ich Anzeige gegen Professor Gunnar Heinsohn wegen des Verdachts der Volksverhetzung erheben soll. Dem bin ich in der Hoffnung nachgekommen, dass sich möglichst viele Menschen ebenfalls hierzu entschließen.

An die Staatsanwaltschaft Bremen! Hiermit stelle ich Strafanzeige gegen Herrn Gunnar Heinsohn wegen aller in Betracht kommender Delikte. Aus meiner Sicht sind mindestens die Straftatbestände der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Beleidigung (§ 185 StGB) durch den von Herrn Heinsohn verfassten Artikel „ Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“ in der „Frankfurter Allgemeinen“ erfüllt.

Insbesondere die nachfolgende Passage dürfte diese Straftatbestände erfüllen: „Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen. Allein eine Reform hin zu einer Sozialnotversicherung mit einer Begrenzung der Auszahlungen auf fünf Jahre statt lebenslanger Alimentierung würde wirken – nicht anders als in Amerika. Eine solche Umwandlung des Sozialstaats würde auch die Einwanderung in die Transfersysteme beenden. Deutschland könnte dann im Wettbewerb um ausländische Talente mitspielen, um seinen demographischen Niedergang zu bremsen.“

Als Vater von fünf Kindern, dessen Ehefrau niemals ihre Schwangerschaften als Kapital angesehen hat und der sich auch sicher ist, dass genau diese Aussage den Verdacht der Volksverhetzung bekräftigt, fühle ich mich besonders hierdurch zusätzlich beleidigt. Gerade kinderreiche Familien haben in Deutschland

mehr Nach- als Vorteile zu tragen. Hierzu gibt es ausreichend Gutachten und Berechnungen. Im Falle einer anderen Zuständigkeit bitte ich, die Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Mit freundlichen Grüßen.

Strafanzeige von Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

An die Staatsanwaltschaft Bremen! Hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen Herrn Gunnar Heinsohn wegen Volksverhetzung. Begründung: Der Artikel von Gunnar Heinsohn in der FAZ vom 16. März 2010 unter dem Titel „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“ beinhaltet nicht nur meiner Ansicht nach den Straftatbestand der Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuches. Besser als Rudolf Stumberger in seinem „Telepolis“-Artikel „Das unwerte Hartz-IV-Leben“ kann ich es nicht beschreiben.

Die Kinder von Hartz IV-Empfängern seien minderwertig, dümmer und fauler als die Kinder von anderen deutschen Müttern, und ihre Ausbildungsfähigkeit stehe in Frage. Sie würden in Zukunft den hohen Qualifikationsanforderungen der Gesellschaft nicht mehr genügen. Diese Kinder entstammten einer Unterschicht, die sich durch Sozialhilfe immer mehr vergrößere, hemmungslos vermehre und den Leistungsträgern auf der Tasche liege. Das sei eine Gefahr für Deutschland. Während sich die Unterschicht so vermehre, bekämen die deutschen Frauen der Leistungsträger zu wenig Kinder. Der Staat müsse also das weitere Kinderkriegen der Unterschicht verhindern, indem man deren Angehörigen die Lebensgrundlage entziehe. Deutschland brauche diese minderwertigen Kinder nicht, sondern die sozial wertvollen Kinder der Karrierefrauen: Dies ist, komprimiert zusammengefasst und im Klartext, die Aussage von Gunnar Heinsohn.

Wenn ich nun die Denkart dieses Menschen betrachte, unter anderem bei „Wikipedia“, sind diese Aussagen im Kontext dazu zu sehen. Es ist also nichts Neues. Wenn dann auch noch in „Bild“ 61 Prozent der Befragten diesen Aussagen zustimmen, fällt mir nur noch mit Schaudern Heines „Denk ich an Deutschland in der Nacht“ ein. Wehret den Anfängen dieser Ideologie! Mit freundlichen Grüßen.

Strafanzeige von Rainer Niehaus (Delmenhorst)

Bremer Senat sollte sich von Heinsohns Aussagen distanzieren

Im Jahr 1984 erhielt Gunnar Heinsohn eine Professur an der Universität Bremen. Was sich dieser Professor mit seinem jüngsten Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ und auszugsweise in der „Blöd“-Zeitung leistete, ist ein absolut (un)geistiger Rückfall in die Zeit der faschistischen Barbarei!

Heinsohn schreibt, dass die Kinder von Hartz-IV-Opfern minderwertig, dümmer und fauler seien als die Kinder von anderen deutschen Müttern. Diese Kinder entstammten einer „Unterschicht“, die sich durch Sozialhilfe immer mehr vergrößere und hemmungslos vermehre und den „Leistungsträgern“ auf der Tasche liege. Während sich die „Unterschicht“ auf diese Weise vermehre, bekämen die „deutschen Frauen der Leistungsträger“ zu wenige Kinder. Der Staat müsse also das weitere Kinderkriegen verhindern, „indem man deren Angehörigen die Lebensgrundlage entzieht“. Deutschland brauche diese minderwertigen Kinder nicht, sondern es brauche die sozial wertvollen Kinder der Karrierefrauen.“

Ich traute zunächst meinen Augen nicht, und mir stockte fast der Atem, als ich das las. Wird hier einer neuen Art von Euthanasie das Wort geredet? So etwas hätte vor mehr als einem halben Jahrhundert genauso gut im Nazi-Hetzblatt „Stürmer“ stehen können! Doch es stand in der ach so seriösen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hinter der sich angeblich immer ein kluger Kopf verbirgt. Für mich wäre das ein klarer Fall für den Presserat, sofern dieser überhaupt noch als demokratisches Kontrollorgan der Printmedien funktioniert. Große Hoffnung, dass er gegen die FAZ eine Rüge aussprechen wird, habe ich daher nicht!

Der Publizist Rudolf Stumberger stellt mit Blick auf Heinsohn zutreffend fest, dass es hemmungslos sei, was Vertreter einer neuen Rassen- und Klassenhygiene sich da trauten, öffentlich von sich zu geben. Hartz-IV-Empfänger und ihre Familien spielten inzwischen die Rolle einer Bevölkerungsgruppe, auf die man mittlerweile ungestraft einschlagen und ihr die Lebensgrundlage absprechen könne. „Sozialhilfe auf fünf Jahre zu begrenzen“ um sie so zu dezimieren, das sei der „grandiose“ Vorschlag dieses Soziologie-Professors.

In einem Internet-Blog konnte ich kürzlich Folgendes lesen: „Der Damm ist längst gebrochen, der in Erinnerung an Auschwitz und andere Verbrechen, die man gern schon als ‚Geschichte‘ betrachtet, die übelsten Ausfälle der Hetzer zurückhielt. Herrengehabe ist auf den Plan getreten und hat mit dem rechten Handrücken die Hindernisse vom Tisch gefegt, die dem freien Spiel der Verachtung im Wege lagen. Wer in dieser Welt von genetischen Dispositionen faselt, will Menschen aussondern und ihnen die Schuld für das Versagen einer Gesellschaftsorganisation als persönlichen unkorrigierbaren Makel anheften“.

So ist es, und der Bremer Professor Gunnar Heinsohn setzt der allgemeinen Hetze jetzt die Krone auf! Wo bleibt eigentlich eine entsprechende Reaktion der Bildungsgewerkschaft GEW auf diese Ungeheuerlichkeit? Eine Strafanzeige gemäß Paragraf 130 StGB und Beleidigung gemäß § 185 StGB, getragen von möglichst vielen Menschen und Organisationen, wäre das Mindeste und ist auch bereits erfolgt. Falls er noch Vorlesungen hält, sollte ihm der Lehrauftrag so schnell wie möglich entzogen werden, damit der Ruf der Universität nicht beschädigt wird.

Vom rot-grünen Bremer Senat sei zudem eine deutlich distanzierende Stellungnahme gefordert, um noch mehr Schaden von der Stadt abzuwenden!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Indymedia“ und „Die Linke“

Die Initiative Bremer Montagsdemo hat auf ihrer Kundgebung am 22. März 2010 einstimmig beschlossen, Strafanzeige gegen den Bremer Uni-Professor Gunnar Heinsohn zu stellen. Zahlreiche Menschen brachten ihr Entsetzen über seine faschistoiden Äußerungen in der „Frankfurter Allgemeinen“ und der „Bild“-Zeitung zum Ausdruck. Besonders die Passage „Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen“ ruft Erinnerungen an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte hervor.

Aus unserer Sicht sind mindestens die Straftatbestände der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Beleidigung (§ 185 StGB) erfüllt. Wir erwarten auch, dass sich der Bremer Senat in einer baldigen Stellungnahme eindeutig von den Aussagen des Herrn Heinsohn distanziert und ihm gegebenenfalls den Lehrauftrag entzieht. Ein Professor für Sozialpädagogik, der Kinder von Hartz-IV-Empfängern als minderwertiger, dümmer und fauler beschimpft, ist an einer Universität untragbar! Wir sind gerne bereit, in einem persönlichen Gespräch oder Interview ausführlicher die Gründe für die Strafanzeige darzulegen.

Initiative Bremer Montagsdemo

Perfide Art von Sozialrassismus

1. Ich las total entsetzt, was der langjährige Bremer Professor Dr. Dr. Gunnar Heinsohn als Gastbeitrag absonderte: Er beklagt, dass nur die Bildungsfernen eine demographische Zukunft hätten. Im Februar 2010 bestehe die Hartz-IV-Bevölkerung von 6,53 Millionen Menschen zu 26 Prozent aus Kindern unter 15 Jahren. Hingegen gebe es im leistenden Bevölkerungsteil von 58 Millionen Bürgern unter 65 Jahren nur 16 Prozent Kinder. Doch sei selbst der 26-Prozent-Kinderanteil in Hartz IV nur ein Anfang, weil er weiter wachsen werde. Deutschland rekrutierte seine Einwanderer vorrangig nicht aus Eliten, sondern aus den Niedrigleistern des Auslands, wodurch eben nur etwa fünf Prozent qualifizierte Einwanderer gewonnen würden. Deren Nachwuchs schleppe die Bildungs-

schwäche weiter. Zwischen Rhein und Oder hingegen lägen Migrantenkinder – von den begabten Ausnahmen abgesehen – tiefer unter dem einheimischen Leistungsniveau als irgendwo sonst auf der Welt. In den „Pisa“-Tests hätten sie als Fünfzehnjährige 100 Punkte beziehungsweise zwei Lernjahre Rückstand. 44 Prozent dieses Fünftels der Bevölkerung blieben ohne Berufsausbildung.

Die Bezahlung der Mutterschaft für arme Frauen führe zu immer mehr solchen Müttern. Die Kaschierung des Schulversagens ihrer Kinder durch Senkung der Anforderungen höhle die Lernbereitschaft weiter aus. Die Entschuldigung der Kriminalität dieser Kinder – zehn Prozent der Jungen lebten von Sozialhilfe, diese begingen aber 50 Prozent der Verbrechen – als „Versagen der Gesellschaft“ treibe die Deliktzahl weiter nach oben. Die Abschaffung der Sozialhilfe wirke für die Betroffenen hilfreicher als ihre Belohnung mit Quasiverbeamtung für immer mehr bildungsferne Kinder. Diese unbequemen Einsichten hätten in der amerikanischen Politik ein Umdenken bewirkt, weil mehr Geld nur zu mehr Armut führe. Weil die Frauen der Unterschicht nun Geburtenkontrolle betrieben, sei die Zahl der „welfare mothers“ ebenso drastisch gesunken wie die Kriminalität der Söhne dieses Milieus. Fahre Deutschland mit seinem sozialpolitischen Kurs, der die Clinton’sche Lektion ignoriere, wirklich besser? Deswegen schlägt Heinsohn eine Begrenzung der Auszahlung von Transferleistungen auf fünf Jahre vor. Was soll nach Ablauf der fünf Jahre geschehen? Wird dann Notschlachtung mit anschließender Entsorgung „angedacht“, gern auch für einen guten Zweck wie zum Beispiel der Organentnahme? Ja, wohin nur mit all den unliebsamen Menschen? Ich freue mich darüber, dass Professor Dr. Dr. Heinsohn wegen Volksverhetzung angezeigt wird. Für meine Ohren hört sich das verdammt nach einer ziemlich perfiden Art von **Sozialrassismus** an!

2. Hört, hört, nicht nur die Deutsche Bahn setzt auf mehr Sicherheit, sondern auch die Stadtwerke Bonn. Damit meint sie allerdings nicht, dass sie Busse und Straßenbahnen oder die Gleise im Stadtgebiet in kürzeren Intervallen auf ihre Tauglichkeit untersuchen will, sondern sie möchten die „Präsenz“ im Netz mit neuen Servicekräften verstärken. Dies soll besonders in den Nachtbussen und auf den Linien geschehen, wo eine entsprechende Rückmeldung von Fahrgästen und Fahrern bei Sicherheitsproblemen oder Beschwerden über Dreck in Bus und Bahn kam. Dazu sollen in den nächsten Monaten 40 neue Schaffner eingestellt und geschult werden, die den Kunden zum Beispiel beim Kauf einer Fahrkarte zur Seite stehen. Dieses Engagement stößt auf große Zustimmung, weil es auf diese Weise zur Erhöhung von Sicherheit und Service beitrage und das Angebot für die Fahrgäste erweitere. 40 Menschen haätten in den nächsten zwei Jahren einen Arbeitsplatz.

Einen sehr entscheidenden Haken hat das Vorhaben allerdings: Die neuen Mitarbeiter sollen um ein anständiges Gehalt geprellt werden. Mitnichten wurde hier an zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse mit einem Gehalt gedacht, sondern hier sollen allen Ernstes Ein-Euro-Jobber ausgebeutet werde, die dann auf ihr

gutes Geld, auf fortlaufendes Gehalt während Urlaub oder Krankheit verzichten müssen und keine Arbeitnehmerrechte besitzen. Es sollte mich doch sehr wundern, wenn die Bonner Stadtwerke als Arbeitgeber für diese keineswegs zusätzliche oder gar gemeinnützige Arbeit nicht noch mindestens 300 Euro pro Nase und pro Monat dafür bekämen, dass Arbeit unentgeltlich für sie verrichtet wird! Im Volksmund sind **Ein-Euro-Jobs** für „soziale Versager“ gedacht, die keine Arbeit finden können. Damit lässt sich bei einem nächsten Arbeitgeber kaum Eindruck schinden, eher das Gegenteil! Also scheint mal wieder vollkommen klar, wie Menschen der Einstieg in den Arbeitsmarkt damit erleichtert werden kann. Die ersten zwölf sogenannten Ein-Euro-Jobber sollen möglichst bald geschult werden und dann in den Einsatz gehen.

3. „Die Linke Wilhelmsburg/Veddel“ erstattet Anzeige wegen Rechtsbeugung durch die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, des Bezirksamts Hamburg-Mitte sowie der Arbeitsgemeinschaft SGB II, dem „Team Arbeit Hamburg“. Bisher ging „Die Linke“ davon aus, dass die Ein-Euro-Jobs im Landschafts- und im Gartenbau die rechtlichen Voraussetzungen des SGB II erfüllen. Als das Bezirksamt Hamburg-Mitte eine kleine Anfrage der Bezirksfraktion „Die Linke“ beantwortete, stellte sich heraus, dass dies eher nicht der Fall war. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit ist für die Genehmigung der **Ein-Euro-Jobs** zuständig. Unglaublicherweise begründete sie die offenbar zu Unrecht erteilte Genehmigung damit, dass diese Maßnahmen mit dem eigenen Personal und den zur Verfügung stehenden Unterhaltungsmitteln nicht durchgeführt werden konnten. Für mich klingt das nach einer Veruntreuung von Fördergeldern! Es scheint zum Volkssport zu avancieren, dass aus Mitteln des „Europäischen Sozialfonds“ unter dem Deckmäntelchen „Soziale Projekte“ Landschaftsbau von Ein-Euro-Jobbern durchgeführt werden. Stehen dort möglicherweise riesige Schilder mit EU-Zeichen, wer daran beteiligt ist, und alle machen ihren Reibach? Aber auch Gelder aus dem ESF sind nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen gedacht! Hoffentlich ist „Die Linke“ erfolgreich!

4. Laut dem „Kölner Express“ arbeitet der Hartz-IV-Bezieher Olaf (36) für null Euro in Vollzeit auf dem Bau. Bei jedem Wetter malocht er 45 Stunden die Woche, muss Steine schleppen, Müll aufsammeln, Gestrüpp ausrupfen, den Garten pflegen. Damit sei er Kölns erster **Null-Euro-Jobber**. Olaf arbeitet für den Ehrenfelder Verein EVA, der sich um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen bemühen soll. Auch seine drei Kollegen bekommen keinen Lohn für ihre Arbeit! Nachdem Olaf sechs Jahre keine Arbeit gefunden hatte, kam ein Schreiben der Kölner Arge, mit der Drohung, ihm 30 Prozent seiner Transferleistungen abzuziehen, wenn er nicht an einer Vollzeitmaßnahme teilnehme. Dann wären ihm nur nach 50 Euro zum Leben geblieben. So bekommt er weiter 450 Euro Stütze. Da-

von muss er 250 Euro Miete bezahlen. Das nötige Monatsticket in Höhe von 28,90 Euro zahle ihm der Verein.

Dazu sagte der Arge-Chef, die Tätigkeit von Olaf sei keine Beschäftigung, sondern eine Qualifizierung mit fachlicher Anleitung. Wie soll Qualifizierung – vor allem zu was denn konkret – denn heißen? Angeblich gehörten zum Vollzeitjob auch Kurse, Bewerbungstrainings und Job-Vermittlung. So einfach ist das: Diese „Arbeiten“ müssen lediglich als „Qualifizierungen“ bezeichnet werden, und schon muss keine „Mehraufwandsentschädigung“ mehr bezahlt werden! Glaubt der Arge-Chef denn tatsächlich, dass die Kandidaten so für den Arbeitsmarkt fit gemacht würden, oder verdient er sich „nur“ eine goldene Nase mit seinem Verein? Olaf meckert auch nicht, weil er die Hoffnung habe, dass sie ihm nach einem halben Jahr Gratisarbeit eine bezahlte Stelle anböten. Rein logisch durch die ökonomische Brille betrachtet, ist dies natürlich vollkommen unrealistisch! Irgendwie erscheint mir diese Story etwas suspekt. Wieso lässt Olaf sich interviewen und fotografieren, wenn er nicht erkannt werden will?

5. Montag Morgen hörte ich in den Achtuhr-Nachrichten des „Nordwestradios“, dass irgendwo in Deutschland ein sogenannter **gemeinnütziger Träger**, die AWO, die Ausbeutung der Ein-Euro-Jobber, der Senioren und der Steuergelder auf die Spitze getrieben hat. Während die Ein-Euro-Jobber mit nur 1,50 Euro die Stunde für die Betreuung der Senioren abgespeist wurden, schreckte der Trägerverein nicht davor zurück, von den Senioren volle acht Euro in der Stunde von den Senioren dafür zu verlangen und dazu außerdem noch 200 Euro pro Nase und pro Monat aus Steuergeldern für die vermeintliche Förderung, Eingliederung auf den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Da kann wohl jemand den Hals nicht vollkriegen! Es wundert mich gar nicht, dass diese Nachricht im Anschluss nicht mehr gesendet wurde. Solche Wahrheiten dürfen offenbar nicht das Bewusstsein der Bevölkerung erreichen!

6. Laut dem „Stern“ rennt die SPD-Politikerin Hannelore Kraft mit ihrer Forderung, Langzeitarbeitlose in gemeinnützige Arbeit zu bringen, bei den Deutschen offene Türen ein. Eine überwältigende Mehrheit von 72 Prozent stehe einer **Arbeitspflicht** für Hartz-IV-Bezieher positiv gegenüber. Ihrer Ansicht nach könne so eine Gegenleistung für die staatliche Unterstützung erbracht werden. Wahrscheinlich muss es nicht besonders betont werden, dass diese Idee die stärkste Zustimmung bei den Anhängern von FDP (88 Prozent) und Union (87 Prozent) fand. Herzlichen Glückwunsch, da zeigt also das Medientrommelfeuer, das seit einiger Zeit durch „Blöd“ und Konsorten auf die Bevölkerung einprasselt, langsam seine hypnotisierende Wirkung! Aber dürfen Ergebnisse von „Forsa“-Umfragen ernst genommen werden? Gerne wüsste ich auch, wer da überhaupt befragt wurde! Handelte es sich hierbei etwa um vollkommen „Unreflektierte“, die annehmen, dass ein Dumpinglohn von fünf Euro die Stunde erstrebenswerter sei als das ALG II? Was hat denn ein ach so anständiger Bürger, der noch einen normalen Lohn

bekommt, davon, wenn ein ALG-II-Bezieher Zwangsarbeit verrichten muss? Ändert sich dadurch etwas für ihn persönlich oder gar für den Staat? Nein, natürlich nicht. Wurde diese Umfrage etwa in der Münchner Fußgängerzone gemacht, wo sich auch die kriminelle High Society der Steuersünder herumtreiben soll?

7. Die Bundesregierung will die Liberalisierung des Arbeitsmarktes weiter vorantreiben. Ministerin von der Leyen will bald ein Gesetz präsentieren, das befristete Arbeitsverträge noch leichter zulässt. Dabei steigt schon jetzt die Zahl der Kurzzeitjobs dramatisch an. Demnach wollen Union und FDP den Unternehmen mehr Möglichkeiten geben, Arbeitsverträge zeitlich zu begrenzen, ohne dafür eine juristisch überprüfbare Begründung liefern zu müssen. Derzeit ist die **Befristung** ohne Begründung stark reglementiert, weil die Firmen in vielen Fällen konkrete Argumente anführen müssen, wenn sie die Vertragsdauer für eine Stelle begrenzen wollen. Darf der Arbeitnehmer nicht mehr geschützt werden, soll er nur noch als die Profitmaximierung störender Kostenfaktor gesehen werden? Schon heute ist jeder zweite neue Job zeitlich befristet! Dabei haben befristete Arbeitsverträge für Beschäftigte und Unternehmen oft Nachteile.

Dies belasten die Mitarbeiter sehr, weil dadurch zum Beispiel eine Lebensplanung unmöglich wird. Die Bedrohung des psychischen Wohlbefindens unterscheidet sich stark, je nachdem, in welcher Situation sich jemand befindet. Wer Mitte 30 ist und eine Familie hat, erlebt die Belastung und den Stress wesentlich höher als ein Single Anfang 20. Aber nicht nur die Unsicherheit wird als Belastung erlebt, sondern auch die ungleiche Wertschätzung, ob nun eine Befristung vorliegt oder nicht. Wenn ich nur befristet beschäftigt bin, aber jemand, der das Gleiche tut, einen Dauervertrag hat, ist die Ungleichbehandlung offensichtlich. Viele akzeptierten das nur, weil ihnen die Alternative fehlt. Das Ausmaß befristeter Beschäftigung ist auch für die Gesamtbelegschaft bedenklich, weil die prekär Beschäftigten oft eher bereit sind, Dinge zu tun, die die Restbelegschaft verweigert. Wie problematisch eine Befristung erlebt wird, hängt entscheidend davon ab, ob es eine sachliche und einsichtige Begründung dafür gibt. Viel problematischer ist dagegen die Leiharbeit, weil dort die psychische Belastung für die Beschäftigten wesentlich größer ist, wenn oft erheblich niedrigere Löhne für die gleiche Arbeit gezahlt werden und es geschehen kann, dass sie am nächsten Tag ihre Arbeit nicht mehr aufnehmen dürfen.

8. Am vergangenen Samstag fuhr ich mit einer Delegation von der Montagsdemo mit „Wochenendtickets“ zur Demo nach Essen. Aus dem ganzen Bundesgebiet hatten sich Teilnehmer angekündigt. Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure **Krise**! Profiteure zur Kasse!“ erwartete Tausende Demonstrationsteilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet. Dazu hat ein breites Bündnis von Attac, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsgliederungen, Schüler- und Jugendbewegungen, Studierenden, linken Parteien und antimilitaristischen Gruppen aufgerufen. Am Beispiel Griechenland lässt sich erkennen, in welch tiefe Krise ein Land gerät,

wenn die Verursacher und Profiteure nicht zur Kasse gebeten werden. Aber auch in Deutschland sieht derzeit alles danach aus, dass die Verlierer der Krise die „Zeche“ bezahlen sollen, während die Reichen weiter entlastet werden. Dagegen will sich das Bündnis wehren. Die Demonstration in Essen ist erst der Anfang, dem weitere zahlreiche Aktionen und Proteste folgen sollen. Zudem wird der sofortige Abzug der Bundeswehr im Ausland gefordert. Es kamen wohl über sechstausend Menschen.

Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ hielt eine gepfefferte Rede. Mit großer Sorge fühlen wir uns durch Westerwelles und Kochs Hetzkampagnen an den Sozialrassismus des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider erinnert. Wer mit Diffamierungen und wiederholten Unwahrheiten Stimmung gegen Erwerbslose macht, um Lohndrückerei und weitere Kürzungen im Sozialbereich durchzusetzen, überschreitet die Grenze des Erträglichen. Behrsing stellte klar, dass kein Erwerbsloser der Gesellschaft für seine Arbeitslosigkeit etwas zurückgeben muss! Die Unternehmen sollen sehen, wie sie klarkommen, oder aber vernünftig bezahlen! Wir müssen die Menschen in der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen, indem wir verhindern, dass die Arge Leistungen kürzt. Er forderte, dass kein Mensch für Hungerlöhne arbeiten soll. Angesichts der zunehmenden Verelendung in Deutschland, Europa und der ganzen Welt wundere ich mich darüber, dass nicht Hunderttausende immer wieder unter lautstarkem Protest auf die Straße gehen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Kommt zur Demonstration am 27. März 2010 in Bremen!

Letzten Samstag war eine bedeutende Demonstration in Essen mit über 6.000 Teilnehmern. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ protestierte ein breites Bündnis gegen die Regierung. Daran hat sich auch unsere Montagsdemo aus Bremen mit einer Delegation beteiligt. Arbeitslose und Arbeitende, Rentner und Jugendliche – alle müssen gemeinsam aufstehen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung! Die Krise ist noch längst nicht vorbei: Entlassungen, Lohndumping und Sozialabbau im großen Stil werden geplant. Deshalb wird sich die Montagsdemo Bremen auch an der Demonstration des überbetrieblichen Bündnisses beteiligen.

Im Aufruf heißt es: „Das ‚Überbetriebliche Bündnis Bremen‘, bestehend aus Kolleginnen und Kollegen, Vertrauensleuten und Betriebsräten verschiedener Bremer Betriebe, ruft auf zum **Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen**, gegen Lohndrückerei und Entlassungen auf der einen und verschärfte Rationalisierung und Arbeitshetze auf der anderen Seite, gegen den Raub unserer Sozialkassen sowie für Abschaffung der Leiharbeit, für Aufhebung der Hartz-Gesetze und der Rente mit 67, für eine Zukunft unserer Jugend, für gleichen Lohn und gleiche Rechte bei gleicher Arbeit, für Arbeitszeitverkürzung nur mit vollem Lohnausgleich und für den Erhalt des Gesamthafenbetriebsvereins. Kommt zur **Demonstration** mit am **Sonnabend**, dem **27. März 2010**, um **11 Uhr** an der **Bürgermeister-Smidt-Brücke** (Ecke am Deich). Die Abschlusskundgebung findet auf dem Marktplatz statt.

Harald Braun

Anzeigen aus dem ganzen Bundesgebiet: Bremer Staatsanwaltschaft prüft, ob es einen Anfangsverdacht für ein Ermittlungsverfahren gegen Gunnar Heinsohn gibt *(„Sächsische Zeitung“)*

„Ich bin stolz auf eure Diätenerhöhung“

1. Haltet die Steuersünder und nicht den Apfeldieb, so ist der Sprachgebrauch! Ist so die Bestrafung? Die CD ist gekauft, und mindestens 1.100 Bürger müssen mit Hausdurchsuchungen rechnen, so der „Weser-Kurier“ vom 20. März 2010. Es geht um Anlagevermögen von 1,2 Milliarden Euro. In Bremen haben sich 66 Mitbürger selbst angezeigt. Dabei geht es um nicht versteuerte Kapitalerträge von elf Millionen Euro und somit um **Steuern** von circa vier Millionen. Wie hoch mag das Kapital sein? Wie viel davon wurde nicht versteuert? Es wartet sicher noch ein richtiger Batzen Geld auf Finanzsenatorin Linnert. Bremen ist arm und daher besonders auf ehrliche Steuerbürger angewiesen.

Das „Schaffermahl“ in Bremen ist ein Männerbündnis. Frauen „dürften“ eigentlich, aber kein „Schaffer“ traut sich. Dies kann am besten Frau Linnert durch Nachfrage zur Steuerbefreiung regeln. In Bremen gewinnt die Diskussion an Fahrt. Es melden sich immer wieder auch Frauen zu Wort: Wir wollen gar nicht zum „Schaffermahl“, wir möchten den gleichen Lohn! Die Frauen verdienen bei gleicher Arbeit wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Wer legt dann die Lohnhöhe fest? Wer in die Geschäftsleitung? Wer verhandelt?

Genau dies sind die Positionen, die über „Vitamin B“ vergeben werden. Solange Frauen in Führungspositionen mit der Lupe gesucht werden müssen, wird es keine Lohngerechtigkeit geben. Die Arbeitswissenschaftlerin Gertraude Krell hat dazu im „Weser-Kurier“ vom 20. März 2010 festgestellt: „Frauen scheitern auf dem Weg nach oben vor allem an Männerbünden“. Dort ist ein Hebel zur Änderung der Strukturen. Frauen, die zögern, sich zu trauen, sollten einfach mal den Titel „Weil ich ein Mädchen bin“ anhören und entspannen. Dann läuft’s!

2. Links wirkt! Dies sagt „Die Linke“ schon länger. Am Donnerstag in der Bürgerschaft konnte ich mir ein Bild davon machen. Es stimmt! Als der Abgeordnete

Jost Beilken ans Mikrofon trat, war es sehr unruhig im Plenarsaal. Die vorherigen Debatten hatten doch aufgewühlt. Hier habe ich nur den Schluss mitbekommen. Der Präsident sagte gerade: „Ich bin stolz auf euch“ zu den Abgeordneten. Was war geschehen? Alle hatten die **Diätenerhöhung** angestrebt, nur die Fraktion „Die Linke“ nicht. Mogelpackung bleibt Mogelpackung!

Anschließend ging es um die Überwachung per Satellit in Echtzeit und die Beteiligung des Landes Bremen am EU-Programm „Global Monitoring for Environment and Security“. Im Landtag gab es eine Große Anfrage vom 26. November 2009 und dazu eine Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010. Die Bremer Forschung ist führend, und der Auftrag wurde gerne genommen. Auch Fördergelder der Freien Hansestadt werden eingesetzt. „Frontex“ freut sich auf die Möglichkeiten! Eine Vereinbarung zur Verhinderung der militärischen Nutzung wurde abgelehnt, und überhaupt störte das Thema: Der Forschungsstandort Bremen wird geschädigt!

Die Debatte ging über zum nächsten Tagesordnungspunkt. Jetzt trat Jost an Mikro, Thema: Militarisierung in der politischen Bildung, in der Forschung, in den Schulen, bei der Arbeitsvermittlung und in Bremens industrieller Produktion (Große Anfrage vom 23. Dezember 2009). Die Debatte war, wie schon erwähnt sehr unruhig. Die Kollegen und Kolleginnen plauschten mit dem Nachbarn oder lasen Zeitung, aber Jost lies sich nicht beirren. Er lachte und brachte sein Thema überzeugend und souverän. Die Resonanz war wie zuvor: „Dies schädigt den Forschungsstandort Bremen! Natürlich ist der Rüstungsexport stark gestiegen, aber was können wir dafür? Wir können es uns nicht leisten!“

Die Bandbreite der Themen war weit gespannt, von der „Landeszentrale für politische Bildung“ über die Schule bis zur Anwerbung von Hartz-IV-Betroffenen durch die Bundeswehr mit Unterstützung der Bremer Arge. Es ging in den Erwiderungen selten sachlich zu. Natürlich ist jeder froh, dass wir eine „Landeszentrale für politische Bildung“ haben, aber muss diese Zensur ausüben? Der Leiter der Behörde hatte Gelegenheit, diese auf einer Diskussionsveranstaltung gut darstellen können. Er war eingeladen, auf dem Podium Platz zu nehmen, hat sich jedoch verweigert. In Niedersachsen werden die Aufgaben der „Landeszentrale für politische Bildung“ vom Verfassungsschutz wahrgenommen.

Links wirkt: Viele Themen würden sonst unter den Teppich gekehrt, viele Gesichtspunkte nicht berücksichtigt. Von dem Umgang der Parlamentarier unter- und miteinander war ich enttäuscht. Eigentlich sollte bei so einer Debatte etwas herauskommen, aber aus meiner Perspektive fehlte es einfach schon an der gegenseitigen Achtung.

Ein Thema ist mir noch wichtig: Wer über die Bagis zur Bundeswehr angeworben wurde, kann sich wehren! Die Arbeitsangebote der Bundeswehr können abgelehnt werden. Androhung und Verhängung von Sanktionen ist rechtswidrig. Wer unter solchem Druck seine Verpflichtungserklärung für die Bundeswehr unterschrieben hat, kann zurück, raus aus der Bundeswehr! Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Drei Stufen zum Grundrecht auf menschenwürdiges Existenzminimum

Das Bundesverfassungsgericht erklärt ihr Aus, das Bundessozialgericht schließt sich dem an, nach und nach folgen die unteren Sozialgerichtsinstanzen: Sie setzen die Sanktionen der Jobcenter aus und ordnen zusätzlich sogar aufschiebende Wirkung an, das heißt die sofortige Auszahlung des einbehaltenen Geldes. Wann gesteht die Bundesregierung endlich ihre Niederlage für das Hartz-IV-Marterinstrument und damit das Aus des Sanktionsparagraphen 31 ein?

So wie wir die Machtarroganz in Berlin kennen, wird das von-der-Leyen-Ministerium ihr entscheidendes Unterdrückungsinstrument gegen Millionen Menschen in Deutschland wohl nicht freiwillig aus der Hand geben. Ohne eine erneute Klagewelle in Sachen § 31 werden die Betroffenen nicht zu ihrem aus unserer Sicht zweifelsfreien Recht gelangen. Das bedeutet noch mehr Arbeit für die Sozialgerichte infolge der Uneinsichtigkeit der Bundesregierung!

Um allen, die Sanktionen erleiden müssen, eine Chance auf Beendigung dieser Menschenrechtsverletzung zu geben, hat die „Hartz-IV-Plattform“ jetzt – auf Basis der jüngsten Rechtsprechung nach den Entscheidungen von Bundesverfassungsgericht und Bundessozialgericht – einen Dreistufenplan und jeweilige Musterformulare für Hilfe zur Selbsthilfe entwickelt. Die können für den jeweiligen Einzelfall ergänzt und angepasst werden.

Erstens: Bei der Hartz-IV-Behörde Widerspruch gegen aktuelle oder Überprüfungsantrag gegen bereits bestandskräftige Sanktionsbescheide einreichen. Zweitens: Wenige Tage danach bei der Hartz-IV-Behörde aufschiebende Wirkung beantragen bis zur noch einzureichenden Hauptsacheklage. Drittens: Beim Sozialgericht kann noch am selben Tag die Eilklage als Antrag auf Einstweilige Anordnung eingereicht werden.

Solange die „politischen Schnarchnasen„ – um es mit den Worten von Landessozialrichter Dr. Jürgen Borchert zu sagen – nicht endlich begreifen, welche sozialpolitischen Pflichten auf ihrer Agenda stehen, werden wir den Mobbcentern

die Rote Karte und der Bundesregierung zeigen müssen, wie man massenhaft neue Arbeitsplätze schafft: in den Sozialgerichten!

Presseerklärung von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

273. Bremer Montagsdemo am 29. 03. 2010

Es ist fraglich, ob man von einem Grundeinkommen leben kann

Lieber Hans-Dieter Wege, vielen Dank für deine Anfrage vom Januar nach der Meinung der MLPD zu deinem Vorschlag zur Einführung eines „linken bedingungslosen Grundeinkommens“. Diese Debatte wird ja nun seit Anfang der Einführung der Hartz-Gesetze verstärkt geführt, und wir haben seit 2006 in der „Roten Fahne“ mehrfach dazu Stellung genommen. Wir haben nachgewiesen, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf eine weitere Umverteilung von unten nach oben hinauslaufen würde. Die mit dem bedingungslosen Grundeinkommen gegebene Einführung eines Kombilohns wäre für die Kapitalisten ein großes staatliches Lohn(„kosten“)senkungsprogramm. Und in jedem Fall würde die durch das Grundeinkommen organisierte gesellschaftliche Nichtarbeit durch die Arbeit der Lohnabhängigen finanziert.

Ich kann sehr gut nachvollziehen, welche Erleichterung sich Erwerbslose, die seit vielen Jahren Hartz IV beziehen müssen, von einem bedingungslosen Einkommen von 800 bis 1.000 Euro im Monat versprechen. Wichtiger noch als die absolute Höhe eines solchen Grundeinkommens ist den meisten von ihnen, dass damit die entwürdigende Feststellung des Bedarfsanspruchs auf ALG II und die Kosten für die Unterkunft entfielen. Endlich Schluss mit erniedrigenden Eingliederungsvereinbarungen, Ein-Euro-Jobs, Zwangsumzügen wegen „unangemessener Miete“, Überwachungen, Schikanen und Sanktionen.

Nicht nachvollziehen kann ich allerdings, wenn versucht wird, diese verständlichen Hoffnungen auszunutzen, um die kleinbürgerlich Illusion von der Abschaffung der Lohnarbeit im Kapitalismus zu verbreiten. Ich erinnere an den flotten Spruch von Ex-SPD-Chef Franz Müntefering im Jahre 2005 (als antikapitalistische Sprüche gerade überall in Mode kamen): „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht

essen.“ Eine unter der Bedingung des Kapitalismus an Zynismus kaum zu übertreffende Aussage.

Müntefering nannte das eine „alte Erfahrung der Arbeiterbewegung“, unterschlug aber, dass diese Aussage der Arbeiterbewegung erst für den Sozialismus gilt, also unter den Bedingungen der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Abschaffung der Arbeitslosigkeit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im Kapitalismus bedeutet der Spruch nichts anderes als: „Wer arbeitslos ist und bleibt, ist selber schuld und soll verhungern“. Im Sozialismus gibt es keine Arbeitslosigkeit, und die Menschen werden erstmals nach ihrer Leistung bezahlt.

Der Befreiung der Arbeit von ihrem Charakter als Lohnarbeit entspricht das Verteilungsprinzip im Kommunismus: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Manche Apologeten des bedingungslosen Grundeinkommens reklamieren dieses kommunistische Verteilungsprinzip bereits für ihr Modell heute im Kapitalismus! So pries Götz Werner, Besitzer von 1.700 Drogeriemärkten, am 27. November 2006 in einem TAZ-Interview mit der Weisheit des anthroposophischen Milliardärs sein bedingungsloses Grundeinkommen als „gleichzeitig die radikalste Form des Sozialismus und die radikalste Form des Kapitalismus.“

Es liegt dir viel daran, dich von Modellen eines Bürgergelds à la FDP oder Grundeinkommens Marke Werner oder Althaus abzugrenzen. Im Gegensatz zu diesen Herrschaften sei dein bedingungsloses Grundeinkommen ein „guter Einstieg dafür, eine Menge Menschen auch auf dem Weg zum Sozialismus mitzunehmen.“ Dabei gehst du aber zunächst von der gleichen These wie Götz Werner oder wie der Vorsitzende des „Weltwirtschaftsinstituts Hamburg“, Thomas Straubhaar, aus: die Massenarbeitslosigkeit sei nicht mehr zu beseitigen, weil das dazu notwendige Quantum an gesellschaftlicher Arbeit nicht mehr zur Verfügung stehe.

Du machst dazu auch entsprechende Rechnungen auf. So behauptest du, man müsste sofort den Vier-Stunden-Tag einführen, wenn man die 46 Milliarden Erwerbsstunden aller Arbeitenden im Jahr auf alle 44 Millionen Erwerbsfähigen gerecht verteile. Nach mir vorliegenden Erhebungen des „Instituts Arbeit und Technik“ (Gelsenkirchen) betrug die Jahresarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland 2004 durchschnittlich 1.760 Stunden. Wenn wir die damals elf Millionen Teilzeitbeschäftigten als 50-Prozent-Beschäftigte behandeln, macht das in jenem Jahr 51,18 Milliarden Erwerbsstunden. Diese geteilt durch 44 Millionen Erwerbsfähige würde einen 5,9-Stunden-Tag ergeben. Das zeigt nur, wie sinnvoll die Forderung nach der 30-Stunden-Woche beziehungsweise Sechs-Stunden-Tag ist, um Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise neue zu schaffen.

Dass zu wenig Arbeit da sei, ist nichts anderes als eine moderne Lebenslüge des Kapitalismus. Überall fehlen dringend Arbeiter und Angestellte: bei den kommunalen Diensten, im öffentlichen Nahverkehr, in den Krankenhäusern, in der Altenpflege, beim Umweltschutz usw. usf. Sollte tatsächlich nur noch so wenig Arbeitszeit zu verteilen sein, dass auf jeden Erwerbsfähigen vier Stunden am Tag kommen, bedeutete dies doch nur, dass die hohe Arbeitsproduktivität allen zugu-

te kommt. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes und Berechnungen der GSA betrug der Umsatz je Arbeiter 2004 in der Industrie mit 383.347 Euro rund 70 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Vor allem aber beträgt sein Lohnanteil an diesem Umsatz im selben Jahr nur noch 15 Prozent (zehn Jahre zuvor noch 20,6 Prozent). Auf die Wochenarbeitszeit umgerechnet bräuchte ein Arbeiter in der Großindustrie heute also nur noch eine Stunde und acht Minuten täglich seine Arbeitskraft zu verkaufen, um seinen Lohn zu erarbeiten.

Im Sozialismus kann auf einem solch hohen Niveau der Arbeitsproduktivität die Arbeitszeit erheblich verkürzt werden. Damit gewinnen die Menschen neue Lebensräume für kulturelle Betätigungen, ehrenamtliche Aufgaben und politische Arbeit, mit denen sie sich an der Leitung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates beteiligen. Unter kapitalistischen Bedingungen wird hingegen die ehrenamtliche Tätigkeit in der Art ausgebeutet, dass der Staat sich von diesen Aufgaben entlastet und das bislang dafür aufgewendete Steuergeld an die Kapitalisten umverteilt.

Ob mit oder ohne bedingungsloses Grundeinkommen: Im Kapitalismus bleibt die Lohnarbeit die Hauptprofitquelle der Kapitalisten. Sie eignen sich die unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiter unentgeltlich als Mehrwert an. Das bedingungslose Grundeinkommen hat für sie dabei den Reiz einer massiven Senkung ihrer Lohnkosten. Beginnt doch die Auszahlung der Löhne erst ab einem Betrag über 800 bis 1.000 Euro. Da mit diesem auch sämtliche Sozialversicherungskosten abgedeckt sein sollen, sackt sich der Kapitalist seine bisher gezahlten Anteile zusätzlich ein.

Dein Einwand, dass dein „linkes“ bedingungsloses Grundeinkommen sich von dem eines Götz Werner ja gerade dadurch unterscheidet, dass es nicht über eine 50-prozentige Mehrwertsteuer finanziert werde, macht es nicht besser. Du willst deine 1.000 Euro pro Bundesbürger durch eine „Arbeitgeberabgabe“ finanzieren. Der von dir mit einem Kombilohn reich beschenkte Unternehmer mag sich deshalb sogar bereit finden, eine kleine Grundeinkommensabgabe in einen Fonds einzubezahlen. Wie man es dreht und wendet, es bleibt dabei, dass allein die Mehrwert schaffende Arbeiterklasse das Grundeinkommen für die, die nicht arbeiten, schafft. Und auch die „Arbeitgeberabgabe “ besteht aus nichts anderem als dem von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert.

Lieber Hans-Dieter Wege, ich möchte zum Schluss noch kurz auf deine „Mit mir nicht!“-Idee eingehen. Du unterstellst, dass der Empfänger eines bedingungslosen Grundeinkommens sozusagen als „neuer Souverän“ seinem Unternehmer entgegen tritt. Kommt der ihm dumm, dann erklärt der Arbeiter ihm: „Mit mir nicht!“, dreht sich um und verlässt die Stätte der Ausbeutung. Er pfeift auf die Arbeitsstelle, denn schließlich erwartet ihn zu Hause ein Grundeinkommen von 1.000 Euro.

Wie du weißt, ist es eine gesetzmäßige Eigentümlichkeit im Kapitalismus, dass erkämpfte oder gewährte Reformen von den Kapitalisten ständig wieder rückgängig gemacht werden – in der Lohnfrage oder der Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens zum Beispiel durch Preissteigerungen. Es ist also frag-

lich, ob und wie lange man von 1.000 Euro monatlich leben kann. Schon gar nicht mit Auto und Urlaub. Auch Götz Werner und Thomas Straubhaar gehen davon aus, dass der Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen dann der letzte Kampf der Arbeiterklasse war. Denn von nun an brauchen die Arbeiter weder Gewerkschaften noch selbstständige Zusammenschlüsse, ein „Mit mir nicht!“ reicht. Für Götz Werner ist das in dankenswerter Offenheit eben genau die Alternative zu gefährlichen Arbeiter- und Volkskämpfen: „Der soziale Crash, auf den wir zusteuern, würde nicht stattfinden.“ (Interview in „die Drei“, Zeitschrift der Anthroposophie, April 2007).

Alle uns bis heute bekannten Modelle zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens laufen darauf hinaus, die Arbeiterklasse zu entwaffnen und mit dem kapitalistischen System auszusöhnen. Deine sicher wohlgemeinte „Mitnahme zum Sozialismus “ erweist sich bei näherer Betrachtung als das Gegenteil, als die Bemühung zum „Verbleiben im Kapitalismus“. Statt mit einem bedingungslosen Grundeinkommen halten wir es deshalb nach wie vor mit Losung von Karl Marx: „Nieder mit dem Lohnsystem!“

Den Kampf um so wichtige Reformforderungen wie für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für einen Mindestlohn von (gegenwärtig) zehn Euro, für die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes für die Dauer der Arbeitslosigkeit, für ein existenzsicherndes Sozialgeld ist deswegen zu verbinden mit dem Kampf für den Erhalt und die Erweiterung der bürgerlich demokratischen Rechte. Dabei steht der Kampf für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht im Mittelpunkt. Mit diesen Forderungen entschlossen geführte Massenkämpfe sind in der Tat ein „guter Einstieg dafür, eine Menge Menschen auch auf dem Weg zum Sozialismus mitzunehmen.“

Lieber Hans-Dieter Wege, so weit zu unserer Haltung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Zu vielen einzelnen deiner Thesen und weiteren Aspekte ließe sich noch viel sagen. Wir begrüßen ausdrücklich eine sachlich und solidarisch geführte Auseinandersetzung darüber. Was die Montagsdemonstration betrifft, so halte ich es nicht für richtig, ihr eine Entscheidung für oder gegen das bedingungslose Grundeinkommen abzuverlangen. Hier handelt es sich ja nicht um eine Organisation mit einer ausgearbeiteten Linie, sondern um eine Bürgerbewegung auf der Grundlage weniger, klarer Prinzipien. Nur so kann sie ihrer Rolle als Plattform für den breiten Volkswiderstand auf antifaschistischer Grundlage gerecht werden. Und in diesem Sinne denke ich, dass unsere unterschiedlichen Standpunkte absolut kein Hinderungsgrund für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im aktiven Volkswiderstand darstellen. Lass uns weiterhin solidarisch streiten. Herzliche Grüße.

Zuschrift von Stefan Engel (MLPD)

Scheiß-Idee: Was manche Grüne vorschlagen, ist eklig *(„Bild“-Zeitung)*

„Frauen der Unterschicht sehen Schwangerschaften als Kapital an“

An die Staatsanwaltschaft Bremen! Hiermit erstatte ich Anzeige gegen Herrn Professor Dr. Dr. Gunnar Heinsohn. In einem sogenannten Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter dem Titel „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“ fordert Herr Heinsohn, nach US-amerikanischem Vorbild auch in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialhilfeleistungen auf eine Zeitdauer von fünf Jahren zu begrenzen und somit den Betroffenen danach auch ihre rein physische Existenzgrundlage zu entziehen.

Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht bereits die angebliche Berechnung der Regelsätze nach SGB II durch den Gesetzgeber für unvereinbar mit den Artikeln 1 und 20 Grundgesetz erklärt. Die Umsetzung der sehr weitgehenden Vorstellungen des Herrn Heinsohn (Zitat: „Allein eine Reform hin zu einer Sozialnotversicherung mit einer Begrenzung der Auszahlungen auf fünf Jahre statt lebenslanger Alimentierung würde wirken“) erforderte aber gerade nach diesem Urteil einen substanziellen Eingriff in die genannten Artikel. Da diese im Grundgesetz jedoch ausdrücklich als unabänderlich festgeschrieben sind, stellen seine Forderungen die Existenz des Grundgesetzes in seiner Gesamtheit in Frage, mithin die der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 92, Absatz 2, Satz 2 und Absatz 3, Satz 3 StGB.

Ferner beschreibt Herr Heinsohn im oben genannten Beitrag bestimmte Bevölkerungsgruppen in ausgesprochen subjektiver und diskriminierender Weise. So qualifiziert er die Empfänger von Sozialleistungen nach SGB II grundsätzlich als „die Bildungsfernen“ ab und behauptet, „solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen“. Zudem stellt er die „Hartz-IV-Bevölkerung“ dem – seiner Ansicht nach – „leistenden Bevölkerungsteil“ gegenüber. Die von der Armut zahlreicher Einwohner besonders betroffene Stadt Bremerhaven bezeichnet er als „Hartz-IV-Musterkommune“. Bei all diesen Unterstellungen ist der Verdacht auf Volksverhetzung nach § 130 StGB gegeben.

Da Herr Heinsohn seine Äußerungen ausdrücklich nicht als (unrealistische) Denkmodelle darstellt, sondern als seine ihm eigenen Forderungen versteht, können diese nicht dem Schutz der Freiheit der Wissenschaft und der Meinungsäußerung unterliegen. Daher bitte ich Sie, die erforderlichen Ermittlungen einzuleiten und mich über den Fortgang der Sache zu informieren. Mit freundlichen Grüßen.

Strafanzeige von Rainer Wolf (Horben im Breisgau)

Sozialer Friede als Opium für das Volk?

Nun hat sich der Bundesbank-Vorstand und frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (immer noch SPD) durch seine jüngsten Äußerungen endgültig als gehirnamputiert „geoutet“. Zum einen ist das bildungsfremde SPD-Mitglied zu blöde, um Zitate richtig nachzuschlagen – eine Fähigkeit, die wohl jede mit Kopftuch beschmückte Koranschülerin beherrscht. Karl Marx hat nie geäußert, dass Religion Opium *für* das Volk sei. Richtig zitiert heißt es: „Religion ist das Opium *des* Volkes“.

Zum anderen erkennt er Debatten über Sozialsysteme zwar als zwingend notwendig, empfiehlt aber, diesen zwingend notwendigen Debatten auszuweichen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt Wert hat, solchen widersinnigen und gänzlich unschlüssigen Äußerungen überhaupt Beachtung zu schenken. Jedenfalls kann die Ursache nur entweder in einem Übermaß an Opiumkonsum Herrn Sarrazins liegen oder einer medizinischen Diagnose anheim gestellt werden. Ein EKG oder eine gehirntomographische Untersuchung an Herrn Sarrazin dürften hier sinnvoller sein, als näher auf diesen Schwachsinn einzugehen. Beruhigend ist jedoch die Tatsache, dass die Bundesbank geistig behinderten Menschen wie Herrn Sarrazin Posten vergibt und somit einen nicht unerheblichen Beitrag für den sozialen Frieden leistet. Eine Tatsache, die der bemitleidenswerte ehemalige Finanzsenator endlich einmal zu schätzen lernen sollte!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Spitzfindigkeiten, Hetze und zynische Mobbing-Ideen

1. Die Nachricht, dass psychische **Erkrankungen** bei Berufstätigen zunehmen, verwundert mich nicht wirklich. Nach einer Studie der Psychotherapeutenkammer haben sich seit 1990 entsprechende Krankschreibungen fast verdoppelt. Demnach werden bereits elf Prozent aller Fehltage durch psychische Probleme verur-

sacht. Als eine Ursache für die langen Fehlzeiten sehen die Psychotherapeuten wachsende Anforderungen im Job, wo besonders häufig eine Vielzahl von verantwortlichen Aufgaben unter Zeitdruck zu psychischer Belastung führe. Wenn sich dazu noch schlechter Lohn, wenig Anerkennung für die Arbeit, kaum persönliche Wertschätzung und minimale Aufstiegschancen gesellen, häuften sich die Beschwerden. Daraus dürfe aber nicht der Rückschluss gezogen werden, dass es weniger belastend für die Seele sei, gar keinen Job zu haben oder ständig um den Arbeitsplatz fürchten zu müssen. Ein entscheidender Faktor für ein Erkrankungsrisiko bleibe bei allen Jobs jedoch, welchen Stellenwert ein Mensch der Arbeit in seinem Leben einräume. Arbeitnehmer, die in ihrer Partnerschaft oder einem Hobby große Erfüllung fänden, litten trotz wenig geliebter Arbeit seltener unter Psycho-Stress. Dennoch laufen berechtigterweise lauter unter dem gesellschaftlichen Druck Leidende individuell zu ihren Therapeuten, obwohl gerade auch diese Gesellschaft schwer erkrankt ist und an einem „magersüchtigen“ Sozialstaat sowie zunehmender sozialer Kälte leidet.

2. Die **Härtefallregelung** für Hartz-IV-Bezieher, die das Bundesverfassungsgericht angemahnt hatte, soll „zügig auf eine eigenständige gesetzliche Grundlage gestellt werden“. So beantwortet die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Linksfraktion und führt aus, dass die Fälle auf Grundlage von Erfahrungen der Grundsicherungsstellen vor Ort „zu gegebener Zeit ergänzt“ werden. Weil eine abschließende Regelung mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes nicht vereinbar sei, entschieden derzeit die Grundsicherungsstellen vor Ort, ob im Einzelfall ein Härtefall vorliege. Auf die Frage, warum der Härtefallkatalog der Bundesagentur nicht auch Brillen, Zahnersatz und orthopädische Schuhe beinhalte, antwortet die Bundesregierung, dass es sich bei den genannten Posten nicht um laufende, sondern um „einmalige“ Bedarfe handle. Hierfür könne aus der Entscheidung des Gerichts kein grundsätzlicher Anspruch auf die Übernahme eines Sonderbedarfs hergeleitet werden. Er falle nicht unter die Härtefallklausel. Allerdings habe auch die Bundesagentur für Arbeit eingesehen, dass Zahnersatz selten angespart werden kann. Weil es sich jedoch bei einem Sonderbedarf eben nicht um einmalige oder kurzfristige Bedarfsspitzen handle, können sie durch ein Darlehen aufgefangen werden. Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit höchstens darlehensweise zahlen will, entscheiden nur die Richter, ob diese Auffassung richtig ist! So könnte die Gewährung als Darlehen durch die Gerichte überprüft werden. Nur nicht gleich aufgeben, sondern weiter um die Durchsetzung eigener Rechte kämpfen!

3. Offenbar soll nun auch der „spätrömischen Dekadenz“ der meisten Hartz-IV-Bezieher auf dem Wohnungsmarkt der Kampf angesagt werden, wenn in der Debatte um die „Reform“ des Hartz-Systems mal wieder der Vorschlag einer **Wohnungskostenpauschale** aufgekocht wird. Ich finde die Aussage, dass mit einer solchen Pauschale für die Wohn- und Heizkostenerstattung, die unter den bis-

herigen Höchstbeträgen liegen müsse, ein Anreiz geschaffen werden sollte, sich günstigeren Wohnraum zu besorgen, unglaublich zynisch! Der Vizechef der Bundesagentur, Heinrich Alt verstieg sich sogar zu der Aussage, dass es vielen Hartz-IV-Beziehern darum gehe, den gesetzlichen Leistungsrahmen so weit es geht auszureizen. Das müssen sie auch, wegen der Lage auf dem Wohnungsmarkt! Unerhört, sie machen von ihrem Recht Gebrauch, wie alle anderen Bürger auch? Die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts müsse anders aussehen als die des 20. Jahrhunderts. Die 100-Prozent-Versorgung durch den Sozialstaat sei antiquiert. Die Höhe der Wohnpauschale sollten die Städte festlegen. Klar, dass so ein realitätsferner und menschenverachtender Vorschlag, die Wohnkosten zu pauschalieren, mal wieder vom Münchener „Ifo-Institut“ stammt. Noch ist es „nur“ ein Vorschlag, doch die Einführung einer Wohnkostenpauschale kann nur einseitig zulasten vieler Leistungsbezieher gehen, die ihre bisherigen Wohnungen dann nicht mehr bezahlen könnten.

Also ab in die Slums, die Zelte und Bretterbuden, damit sich die Segregation noch weiter ausbreiten kann wie ein Krebsgeschwür? DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte, eine Wohnkostenpauschalierung wäre ein „Einfallstor für Kürzungen des Regelsatzes unter das gesellschaftliche Existenzminimum“. Bereits die jetzige Regelung führe zu Zwangsumzügen und dazu, dass viele Betroffene einen Teil der Wohnkosten aus dem Regelsatz decken müssten, äußerte Buntenbach. Arbeitslose bräuchten also Anreize zum Arbeiten, weil sie zu faul sind, und sie benötigen ebenso Anreize, in billigere Wohnungen zu ziehen, weil sie auf Staatskosten in Luxuswohnungen logierten. Pech nur für die Ausgegrenzten, wenn es trotz ausgereizter Anreize weder all die billigsten Wohnungen noch die Arbeitsplätze nirgends gibt! Herr Alt sollte sich lieber um eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Mieterbund kümmern, um strafrechtlich gegen solche Vermieter vorzugehen, die reihenweise Wohnblöcke des sozialen Wohnungsbaus aufkaufen und unter Bedingungen von Mietwucher Langzeitarbeitslose in heruntergekommene Löcher einpferchen!

4. Nun fordern die Wirtschaftsjunioren, dass Hartz-IV-Bezieher künftig Prämien für gute Schulnoten ihrer Kinder bekommen sollen: Lernanstrengungen von Eltern und Kindern zu belohnen, sei ein starker Leistungsanreiz. Der Staat würde gerade denen helfen, die dringend Bildung brauchen. Huch, seit wann denn das auf einmal? Hauptsache, der Anreiz ist gegeben! Ich bekomme gleich einen Brechreiz. Nach Vorstellungen des Verbands könnten bei einem Notendurchschnitt von 2,5 oder besser Hartz-IV-Zuschläge von 100 Euro gezahlt werden, wenn dem zuständigen Sachbearbeiter das Schuljahreszeugnis vorgelegt werde. **Bildungsförderung** helfe, den Teufelskreis Hartz IV zu durchbrechen und für bes-

ser qualifizierten Nachwuchs zu sorgen, wovon sowohl die Unternehmen als auch der Standort Deutschland profitieren würden. Mein Namensvetter Hans-Jürgen Graf fragte, ob jetzt alle Betroffenen von ihren Sesseln und Sofas vor der Glotze und aus den dekadenten Federbetten springen und voller Inbrunst in den Jubelchor der Befreiten von Bildungsnot einstimmen sollen.

Graf beklagt nicht nur die Pauschalierung der Bezieher von ALG II als bildungsferne Subjekte als Hammer, sondern auch die Hoffnung, dass die eigentliche Intention solcher Maßnahmen von den Betroffenen doch bitte geflissentlich zu übersehen sein möge, wie eben die frühe Einweisung bereits der Allerkleinsten, dass jegliche Unterlagen immer brav, glasklar und kritiklos einem Sachbearbeiter vorzulegen sind. Diese Kinder werden weitaus weniger Schwierigkeiten bereiten, sich in allen Dingen vor dem „Staat“ bloßzustellen als ihre Erzeuger! Sie werden ihren Nachwuchs bereits in diese Kritiklosigkeit hinein erziehen. Selbstverständlich geben die Eltern mit einer solchen Maßnahme einen Teil ihrer grundgesetzlich garantierten Erziehungshoheit an den Staat ab. Und das alles für schlappe 100 Euro? Ich dachte, der erste April liegt noch vor uns! Oder soll hier in alter deutscher Tradition ausgesondert werden, in gute und böse, kluge und dumme Hartzis? Auch wenn es meine Kinder nicht mehr betrifft: ihre guten Zeugnisse hätte ich der argen Arge bis zum Abitur nicht vorgelegt! Statt auf Gemeinschaft zu setzen, sollen die Kinder noch mehr im Konkurrenzdenken geschult werden. Möglicherweise hatten die Wirtschaftsjunioren einfach „nur“ zu viel Kontakt zu den Westerwelles, Sarrazins, Möllenstädts und Heinsohns unserer neoliberalen Eiszeit!

5. Im Februar nannte FDP-Chef Westerwelle es „eine himmelschreiende Ungerechtigkeit“, dass eine verheiratete Kellnerin mit zwei Kindern im Durchschnitt 109 Euro weniger habe als eine vergleichbare Hartz-IV-Bezieherin. Aufgrund einer schriftlichen Berechnungsanfrage der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Jutta Krellmann, bestätigte der CDU-Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Ralf Brauksiepe, dass dies schlicht und ergreifend falsch ist. Demnach hat die berufstätige Kellnerin bei regulärer Inanspruchnahme von Wohngeld und Kinderzuschlag monatlich 456 Euro mehr zur Verfügung als ein vergleichbares erwerbsloses Paar. Krellmann prangerte an, dass Westerwelle mit einer unwahren Behauptung eine **Hetzkampagne** gegen Hartz-IV-Bezieher losgetreten habe. Der Vizekanzler habe „entweder bewusst gelogen, oder er hat schlicht keinen blassen Schimmer von den Sachen, über die er redet“. In seinen Äußerungen zum Zustand des Sozialsystems hatte Westerwelle fehlende Leistungsanreize bemängelt und „spätrömische Dekadenz“ bei Hartz-IV-Beziehern unterstellt, womit er heftige Empörung auf sich zog.

Mit seiner Behauptung, wer arbeite, werde „mehr und mehr zum Deppen der Nation gemacht“, überspannte er den Bogen so weit, dass er offenbar nicht mehr bemerken konnte, wo er surreal wurde mit seiner versuchten Umkehr der Situation, sich selbst, den Angreifer, plötzlich als Opferlamm darzustellen, das nur die Realität erhellen wollte. „Wenn man in Deutschland schon dafür angegriffen wird,

dass derjenige, der arbeitet, mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet, dann ist das geistiger Sozialismus.“ Ob nun bewusst gelogen oder „einfach keine Ahnung“ und „bloß“ eine Runde gehetzt – das kann sich doch kein Außenminister leisten, da so im Innern herumzuhöhnen! Oder müssen wir auch Verständnis für seine Situation aufbringen? Mit richtigen Zahlen hätte er ja nicht hetzen können! Also hatte er praktisch keine andere Wahl, ob nun bewusst oder unbewusst, wie auch immer.

6. Westerwelle kämpft dafür, dass Deutsch Arbeitssprache im Auswärtigen Dienst der EU werden soll, weil es die am meisten gesprochene Muttersprache in Europa sei. Dies geht einigen Europa-Politikern nun doch zu weit, und sie verspotten seine „Man-spricht-Deutsch“-Kampagne. Dabei muss der bedauernswerte Außenminister doch bereits so viel Häme wegen seiner angeblich mangelnden **Englischkenntnisse** über sich ergehen lassen, denn er spricht auf jeden Fall Deutsch. So passt es nur vortrefflich ins Bild, wenn der FDP-Chef jetzt den Siegeszug des Englischen in der Europäischen Union stoppen will. Auch wenn ich mich persönlich manchmal an einer zu freizügigen Verwendung von Anglizismen und Amerikanismen störe, werde ich deren praktisch gelebte Umkehrung nie vergessen, als Herr Westerwelle so denkwürdige Sätze wie „The Aufschwung is da“ äußerte.

7. Obwohl der im vergangenen Dezember abgesetzte ehemalige Bahn-Vorstand Stefan Garber in seinem Amt versagt haben soll, erhält er ab April von dem Staatsunternehmen ein luxuriöses **Ruhegeld** in Höhe von jährlich 220.000 Euro, was 18.333 Euro monatlich entspricht. Dieses Ruhegeld bekommt der 55-Jährige zusätzlich zu einer einmaligen Abfindung von 1,85 Millionen Euro. Ob der Manager seinen Rauswurf selber provozierte, ob er die Verantwortung für die für die Kostenexplosion beim Großprojekt Stuttgart 21 zu tragen hat oder nicht, das sei dahingestellt. Offenkundig scheint aber doch zu sein, dass er den Hals nicht vollkriegen kann und dass er als Vertrauter des langjährigen Bahn-Chefs Hartmut Mehdorn über die nötige Portion „Vitamin B“ verfügt! Vielleicht müssen die hohen Zahlungen an den früheren Bahn-Vorstand nicht mehr auf solches Unverständnis stoßen, wenn wir sie als „Armutsgewöhnungszuschlag“ begreifen. In einem solch speziellen Fall mag sich die Bundesrepublik doch gern einhmal als Sozialstaat präsentieren!

8. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit bekommt einen weiteren Job: Er soll die Leitung der neuen Bundeswehr-Strukturkommission übernehmen. Verteidigungsminister Guttenberg will mit Hilfe von Weise sein Ministerium und die **Bundeswehr** besser organisieren. Ich kann mir lebhaft einen Synergie-Effekt ausmalen, wenn den Erwerbslosen bei der Agentur für Arbeit bei der Bundeswehr eventuell eine Perspektive als Kanonenfutter geschaffen wird! Ob den jungen Menschen, die sich dann „freiwillig“ bei der Bundeswehr verpflichten, um eine Berufsausbildung

machen zu können, auch etwas von bevorstehenden Fronteinsätzen erzählt wird? Wenn Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, kann der Versuch unternommen werden, sie zwangsweise zu verpflichten. Leider wissen nur die Wenigsten, dass dies in einem Rechtsstaat so nicht geschehen darf und dass es Hilfen gibt, sich aus einer solch verfahren erscheinenden Situation wieder zu befreien, zum Beispiel mit einer Begleitung von einem Montagsdemonstranten zur Bagis.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Leistungsansprüche werden beschnitten, ohne dass die Verursacher sich zu erkennen geben

1. Die Sparkassen möchten nicht zahlen: „Wir haben die **Finanzkrise** nicht verursacht“ („Weser-Kurier“ vom 23. März 2010). Die Sparkassen sagen aber nicht, dass die Landesbanken das Anlagengeschäft für sie handhaben: Das von den Sparkassen eingesammelte Geld wird an die jeweilige Landesbank weitergeleitet. Kredite der Sparkasse werden dann von den Landesbanken finanziert. So kann jederzeit ein Verzugsschaden bewiesen werden. Ein Aspekt dieser Gestaltung ist: Die Landesbanken haben gezockt, für die Sparkassen. Die Sparkassen haben dies den Landesbanken ermöglicht und genehmigt. Für die freien Sparkassen trifft dies nicht zu: Sie haben selbst gezockt. Für die Volksbanken trifft es zu. Die Hypo-Bank hat dies erledigt.

Einige Tage später ist Finanzsenatorin Karoline Linnert im Bundesrat gescheitert und mit ihr der normale Menschenverstand. Die Spekulanten müssen zur Kasse gebeten werden! „Die ‚Bankenabgabe light‘, wie sie derzeit von der Bundesregierung diskutiert wird, leistet weder einen Beitrag zur Finanzierung der Krisenkosten, noch trägt sie zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei“, kritisiert Frau Linnert. Stattdessen fordert sie die Einführung einer Transaktionssteuer zur Stabilisierung der Finanzmärkte und wirksame Maßnahmen zur Begrenzung von Banker-Boni.

2. Die **Energiepreise** spielen Achterbahn. Zum Abschluss der Berg- und Talfahrt steht der Preis jeweils auf höherem Niveau. Die maßgebliche Antwort ist ein Werk der Spekulanten. Die Besitzer kaufen Schiffsladungen, die so lange auf See blei-

ben, bis der Preis hoch ist. Gleiches gilt für andere Bereiche. Umso wichtiger ist es, diese Spekulanten entsprechend zur Kasse zu bitten, damit die Spekulation unrentabel wird. Das Volumen dieser Spekulationen ist staatsbedrohend!

Eine Preisbindung des Gases an das Heizöl gibt es nur in Deutschland. Dies darf nicht als alleiniger Grund für Preisänderungen mit dem Verbraucher vereinbart werden, so haben die Richter entschieden. In den Verträgen der SWB steht eine solche Klausel nicht, aber die SWB hat mit den Lieferanten die entsprechende Bindung vereinbart. Somit wirkt sich dies auch auf die Preise der Endverbraucher in Bremen aus. In einem Artikel des „Handelsblattes“ wird die Auswirkung gut kommentiert. Als Ursache für den hohen Preis wird auch die Spekulation genannt, nur über die Gewinnsprünge der Energieversorger steht dort nichts.

3. Herr Minister Rösler senkt die **Arzneimittelpreise**. Dafür hat er die uneingeschränkte Solidarität. Allerdings ist der Weg schwierig. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds wurden die Verhandlungsmöglichkeit mit der Pharmaindustrie vom Bund auf die einzelnen Krankenkassen verlagert. Dadurch wurde die Verhandlungsposition der gesetzlichen Krankenversicherung geschwächt. Schwierig wird es also für Herrn Rösler, neu zu regeln, was seine Vorgänger im Amt zerschlagen haben. Ihm ist es mit seiner Vorlage aber gelungen, die Kopfpauschale aus den Nachrichten zu verdrängen. Die Zukunft der Krankenversicherung wird unter seiner Verantwortung debattiert – mit vielen Experten. Ein Vertreter der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht dabei, getreu der Lissabon-Strategie, die gesetzlichen sozialen Sicherungssysteme auf ein Minimum reduzieren und Vorfahrt für die privaten Versicherungen zu schaffen – siehe auch die vorherigen Bremer Montagsdemos.

4. Herr Hans-Uwe Stern geht in den Ruhestand. Er ist ein energischer Mensch, der es geschafft hat, die Politik der Bundesagentur für Arbeit in Bremen durchzusetzen. An der Bagis, der Bremer Arge, ist die Hansestadt zu 50 Prozent beteiligt, doch bestimmt wird alles von Herrn Stern. Im „Weser-Kurier“ vom 26. März 2010 lobt Herr Stern die geplante Grundgesetzänderung zum Erhalt der **Jobcenter**. Er weist auf den Vorteil hin: Es wird für die Mitarbeiter einen gemeinsamen Personalrat geben. Wenigstens *ein* Vorteil!

Die Bremer Verantwortlichen verstecken sich gerne hinter den Entscheidungen der Bagis. Erfolgreich werden so die Leistungsansprüche beschnitten, ohne dass die Verursacher sich zu erkennen geben. Herr Stern hat auch noch 5.500 arbeitslose Leistungsbezieher von ALG I zu betreuen. Herr Schneider, der Geschäftsführer der Bagis, hat 23.000 arbeitslose Leistungsbezieher von ALG II zu betreuen, so steht es im „Weser-Kurier“ des Folgetags. Das Verhältnis der Zahlen zeigt die Aussichtslosigkeit! Beim Übergang von ALG I nach ALG II steht außerdem die Bedürftigkeitsprüfung. Wer nicht anspruchsberechtigt ist, erscheint auch nicht in diesen Zahlen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Ich wünsche Herrn Stern alles Gute und besonders viel Glück bei seinem Einsatz für benachteiligte Jugendliche. Kaum jemand kennt die Fallstricke besser als er, wie Jugendliche gerade von den Behörden, die fördern sollen, verwaltet werden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Schlechter Aprilscherz: Jobcenter Hamburg finanziert Supermarkt-Simulation mit Millionenbetrag *(„Spiegel-Online“)*

Nach 35 Berufsjahren einfach aufs Abstellgleis geschoben

Ich möchte von einer persönlichen Erfahrung berichten, die ich letzte Woche mit der Rentenversicherungsanstalt erlebt habe. Damit will ich andere ermuntern, hier am Offenen Mikrofon auch von ihren Erlebnissen zu berichten. Kurz zu meiner Vorgeschichte: Im Sommer 2009 habe ich mir am Arbeitsplatz einen Bandscheibenvorfall zugezogen. Nachdem ich mich krank melden musste, erhielt ich nach einer Woche die Kündigung. Dagegen konnte ich nicht vorgehen, weil es in einem Kleinbetrieb unter zehn Beschäftigten seit 2005 keinen Kündigungsschutz mehr gibt. Den mir noch zustehenden Lohn konnte ich nach einem halben Jahr erfolgreich einklagen. Seit neun Monaten bin ich ständig unterwegs bei Ärzten und versuche, durch verschiedene Formen der Therapie wieder auf die Beine zu kommen. In der Reha-Klinik wurde festgestellt, dass ich nicht mehr in meinem Beruf als Drucker arbeiten kann: Die schwere körperliche Arbeit an der Maschine kann ich nicht mehr machen.

Ich bin jetzt 55 Jahre alt und muss mich beruflich noch einmal neu orientieren. Dabei bin ich auf den Beruf des Arbeitspädagogen gestoßen, bei dem ich meine Berufserfahrung als Facharbeiter für die Ausbildung von behinderten Menschen einsetzen könnte. Ärzte, Krankenkasse und Rentenversicherungsanstalt halten das für eine gute Idee, aber keiner will eine Umschulung bezahlen. Letzte Woche hat man mir dort ganz offen gesagt, dass ich 15 Jahre zu alt sei. Die

Grenze für die Finanzierung einer Umschulung liegt heute bei 40 Jahren. So wie mir geht es vielen Menschen. Gerade Ältere sind besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen – nur noch die Hälfte der über 50-jährigen Menschen hat einen Job, von dem man leben kann. Es ist entwürdigend, am eigenen Leib zu erleben, dass man in dieser Gesellschaft nichts mehr wert ist, wenn man keine „Höchstleistungen“ mehr bringen kann!

Das Märchen vom „Sozialstaat“ sollte keiner mehr glauben. Nach 35 Jahren Berufserfahrung wird man einfach aufs Abstellgleis geschoben – und landet über kurz oder lang in der Altersarmut. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Darum stehen wir als Montagsdemo jede Woche hier und kämpfen gegen die soziale Ungerechtigkeit. Deshalb sollten wir aber auch über eine sozialistische Alternative diskutieren: Wir brauchen eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht alles darauf ausgerichtet ist, den Profit durch Ausbeutung der Menschen immer mehr zu steigern. Dann wird die ältere Generation endlich menschenwürdig behandelt und kann ihre ganzen Lebenserfahrungen einbringen. Wie viel könnten die jungen Leute von uns lernen, wenn man uns nur lassen würde!

Harald Braun

Direktoren-Wohlfahrt mit dem Regiegeld für die Ein-Euro-Jobber

Letzte Woche fällte das Bundessozialgerichts in Kassel ein Urteil, worin ein Kleidergeld für Hartz-IV-Kinder abgelehnt wird. Die miese Begründung: Weil Kinder nun mal immer wachsen, sei kein besonderer Bedarf erkennbar, sondern nur der regelmäßige – und der sei mit den Hartz-IV-Sätzen abzudecken. Das Urteil zeigt: Nicht auf Gerichte Vertrauen! Da tut sich erst dann etwas Positives, wenn der Druck von der Straße, von den Montagsdemos, noch viel größer wird! Die niedrigen Hartz-Sätze werden mit dem „Lohnabstandsgebot“ gerechtfertigt. Der Hohn dabei: Zuerst werden mithilfe der Hartz-Gesetze die Löhne immer mehr gedrückt – bis unters Existenzminimum –, um anschließend zu lamentieren, dass der Abstand zwischen Arbeitern im Niedriglohnsektor und arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern nicht ausreichend groß sei. Dadurch bewegt sich die Spirale immer weiter nach unten! Deswegen fordern wir zehn Euro gesetzlichen Mindestlohn! Hartz IV muss weg!

Letzte Woche sprach Elisabeth an, wie die AWO zu diesem Lohnsenkungskarussell beiträgt. Ich will das mal hier noch ein wenig vertiefen: Schon 2004 drängte sich diese Organisation nach vorn und forderte 30.000 Ein-Euro-Jobber für sich. Ein Bombengeschäft! Die „Integrationsjobber“, wie sie von der AWO bezeichnet werden, erhalten „großzügig“ 1,25 Euro pro Stunde als Altenpfleger. Die AWO kassiert dafür acht Euro pro Stunde und noch mal 200 Euro als „Regiegeld“ pro Beschäftigtem obendrauf. Die AWO ist nichts anderes als ein moderner Sklavenhändler! Auch wer nach seinen sechs Monaten als In-Jobber weiter beschäftigt wird, erhält nicht den Tariflohn, sondern wird von der AWO in eine eigens gegründete Servicegesellschaft übernommen, wo er einen wesentlich niedrigeren erhält! Dieser Verein nennt sich „Arbeiterwohlfahrt“? Wohlfahren tun da vielleicht die hauptamtlichen Direktoren!

Inzwischen hat die AWO 145.000 Beschäftigte in Deutschland und ist nicht anderes als ein Konzern, der die Menschen ausbeutet, mit seiner Wohlfahrtsmasche betrügt, Spenden erschleicht und Steuern einspart. Gegründet wurde die AWO 1919 als „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD“. Seit dem Krieg ist sie offiziell „überparteilich“. Das ist aber schlichtweg gelogen: Es gibt kaum eine andere Institution, die so vollständig von der SPD beherrscht wird. Der Vorsitzende Wolfgang Stadler: SPD. Präsident Wilhelm Schmidt: früherer parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. In Bremen ist es nicht anders. Aufsichtsratsvorsitzende Eva-Maria Lemke-Schulte: Ex-SPD-Senatorin. Sowohl in Bremen im Aufsichtsrat als auch im Bundespräsidium ist Ute Wedemeier, SPD, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die SPD hat nicht nur maßgeblich die Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen geschaffen, sie profitiert über ihre Institutionen auch unmittelbar davon! In Bremen gibt es derzeit 80 Ein-Euro-Jobber bei der AWO. Vielleicht sollten wir eine der nächsten Montagsdemo mal zur Bremer AWO-Verwaltung auf den Häfen 30 machen?

Die Raffgier der Banker ist ungebrochen: Ex-HRE-Chef fordert 25 Millionen Boni für den Vorstand der Pleitebank. Zur Erinnerung: HRE bekam 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln und machte trotzdem letztes Jahr noch einen Verlust von 2,2 Milliarden. – Obama verkündete letzte Woche in Afghanistan, der Krieg sei notwendig und unerlässlich für die Sicherheit Amerikas. Deswegen sollen die US-Truppen auf 100.000 Soldaten aufgestockt werden. Die Bundesregierung macht lustig mit, entgegen dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Dieser Krieg ist im Interesse derselben Politiker, Manager und Banker, die auf Kosten der ganzen übrigen Menschheit ihren Reichtum immer mehr vermehren, bei Gelegenheit auch mal verzocken, um ihn dann doppelt und dreifach wieder aus der Bevölkerung herauszuquetschen. Für uns ein Grund mehr, zum Ostermarsch zu gehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kleinbürgerliche Denkweise: Die Mehrheit der Wähler begünstigt gegen ihre eigenen Interessen nur die Millionäre *(„Spiegel-Online“)*

Befehl ist Befehl: Polnischer Pilot macht im nebligen russischen Smolensk einen Landeversuch nach dem anderen *(„Spiegel-Online“)*

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur Teilnahme am **Ostermarsch** am **Samstag**, dem **3. April 2010**, um **11 Uhr** ab **Ziegenmarkt**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

274. Bremer Montagsdemo am 12. 04. 2010

Rundumschlag gegen alle, die auf eine funktionierende Solidargesellschaft angewiesen sind

Sehr geehrter Herr Braun, sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Übersendung der Information über die Strafanzeige der Initiative Bremer Montagsdemo gegen Professor Gunnar Heinsohn.

Die Äußerungen von Professor Heinsohn sind aus Sicht der Sozialdemokratie im Land Bremen unerträglich. Sie sind aus meiner Sicht weder durch die Meinungsfreiheit oder die Freiheit von Forschung und Lehre gedeckt, sondern schlicht menschenverachtend. Elitäres Rassendenken und Sozialdarwinismus werden bei Professor Heinsohn mit einer verqueren Sozialstaatskritik zu einem Rundumschlag gegen alle vermengt, die auf eine funktionierende Solidargesellschaft angewiesenen sind oder sich politisch für den sozialen Zusammenhalt engagieren.

Ich bin schockiert und entsetzt, dass solches Gedankengut ausgerechnet von einem Emeritus der Universität Bremen verbreitet wird und kann mich der unter anderem auch von der Arbeitnehmerkammer erhobenen Forderung nach einer klaren Distanzierung durch die Universitätsleitung nur anschließen. Mit den besten Grüßen.

Zuschrift von Uwe Beckmeyer (SPD-Landesvorsitzender)

50 Strafanzeigen allein in Bremen: Frankfurter Staatsanwalt prüft, ob sich „neue Argumente“ darin finden lassen *(„Tagesspiegel“)*

Sehr geehrter Herr Braun, vielen Dank für Ihre Information über die Strafanzeige, deren Eingang bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion ich hiermit bestätige. Wir haben von der Strafanzeige Kenntnis genommen, bitten jedoch um Verständnis dafür, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion angesichts des laufenden Verfahrens zu

diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme abgeben wird. Wir bitten Sie jedoch, uns über den Ausgang des Verfahrens zu informieren. Vielen Dank. Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Katharina Kieslich, Wissenschaftliche Referentin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgelehnt: Hetze gegen „die Unterschicht“ des Volkes ist in Deutschland nicht strafbar *(Seite 1, Seite 2, Seite 3)*

Unterschiedliche Interessen in einer Gesellschaft dürfen nicht zur Volksverhetzung ausarten

1.Der umstrittene Bundesbank-Vorstand und frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin lehnt sich mit provokanten Äußerungen mal wieder weit aus dem Fenster. Schade, dass man aus einer Metapher nicht herausfallen kann! Er wirft der Politik vor, mit „deutscher Harmoniesucht“ den dringend notwendigen Debatten über Zuwanderung und Sozialsysteme auszuweichen. Da es in einer Gesellschaft unterschiedliche Interessen gebe, müsse es auch eine gewisse Menge Streit, Krach und Kontroverse geben. Nach Sarrazin sei der soziale Friede zwar ein hoher Wert, doch wenn er in jeder Debatte als „Monstranz“ dahergetragen werde, sei dies ein Religionsersatz, und Religion sei nach Karl Marx Opium für das Volk.

Ich frage mich, ob Sarrazin, den der Programmentwurf der Linkspartei mit „allergrößter Heiterkeit“ erfüllt, eigentlich noch dazu in der Lage ist, sich selbst zuzuhören und zu bemerken, was er da eigentlich geifert! Unterschiedliche Interessen in einer Gesellschaft dürfen nicht zur **Volksverhetzung** ausarten, wobei er und seine Konsorten genüsslich immer wieder auf der einen, zum Sündenbock auserkorenen Gruppe – nämlich den finanziell Ärmsten der Armen unserer Gesellschaft – mit den Füßen herumtrampeln! Auch kann Herr Sarrazin Karl Marx nicht sehr gründlich gelesen oder verstanden haben, denn sonst wüsste er, dass Karl Marx nie sagte, dass Religion das Opium *für* das Volk sei, sondern: „Religion ist das Opium *des* Volkes“. Ein kleiner, aber feiner Unterschied!

2. Es war leider kein Aprilscherz, was da am 1. 4. aus dem Äther kam: Die Union will die „Daumenschrauben“ bei Hartz-IV-Beziehern noch fester anziehen. Demnach sollen Langzeitarbeitslose zu Einsätzen in Zeitarbeitsfirmen gezwungen werden und sich dort „weiterbilden“. Diese Unternehmen besäßen Erfahrung mit Menschen, die „schwierige Biografien“ hätten. Ich verstehe immer wieder nicht, wie aus einer Firmenpleite und einer daraus resultierenden Kündigung aus einem bisher Angestellten und nun Erwerbslosen plötzlich ein Mensch mit einer „schwierigen Biographie“ werden kann, soll und auch noch darf! Die gesellschaftliche Krise darf eben nicht den einzelnen Individuen angelastet werden! Wie solche Weiterbildungen aussehen, kann ich mir auch lebhaft vorstellen: Da werden dann möglichst sinnlose Kurse eingekauft und die Langzeiterwerbslosen auf Deubel komm raus dort hineingequetscht.

Bisher ist dieser Dummfug nur ein Vorschlag, aber kommt spätestens, wenn es so weit ist, zur Montagsdemo, denn dort lässt sich klären, ob eine solche „Schulung“ für euch Sinn ergibt oder nicht und was dann zu machen ist! Über die „beiderseitige Verpflichtung“ kann ich mich nur empören, denn wenn ich arbeite, möchte ich für meine Arbeit auch gutes Geld bekommen. Davon darf dann nicht ein Teil für die in meinen Augen vollkommen überflüssige Zeitarbeitsfirma, die sich einfach dazwischengeschaltet hat, abgezweigt werden! Wenn jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen ist, muss der Firma auch zugemutet werden können, anständige Löhne zu bezahle – so verstehe ich eine *beiderseitige* Verpflichtung! **Leiharbeit** gehört endlich abgeschafft, weil sie ihr Unwesen als Katalysator für einen allgemeinen Preisverfall bei den Löhnen treibt! Der Widerstand gegen Leiharbeit und Niedriglohn wächst! So fand letzte Woche in Frankfurt eine Demo für die Abschaffung der Leiharbeit und gegen Hartz IV statt, zu der die „Freie Arbeiter(innen)-Union“ im Rahmen einer Kampagne zum Thema „Kapitalismus abschaffen“ aufgerufen hatte.

3. In der Berufungsverhandlung im sogenannten Maultaschen-Fall vor dem Landesarbeitsgericht einigten sich die fristlose gekündigte Altenpflegerin und ihr ehemaliger Arbeitgeber auf einen Vergleich. Die 58-Jährige, die wegen sechs angeblich „geklauter“ Maultaschen entlassen worden war, erhält von der Konstanzer Spitalstiftung 25.000 Euro Abfindung sowie zusätzlich rückwirkend mehrere Monatslöhne. Dieser Anteil muss noch berechnet werden, beträgt aber höchstens 17.500 Euro. Obwohl die Altenpflegerin fast 17 Jahre in dem Seniorenheim beschäftigt war, wurde ihr im Mai 2009 fristlos gekündigt, weil sie sechs Maultaschen an sich genommen hatte, die sonst ohnehin im Müll gelandet wären. Für den vorsitzenden Richter handelte es sich zwar unstrittig um Diebstahl, doch sei dem Arbeitgeber durch das Fehlverhalten der betroffenen Altenpflegerin kein wirtschaftlicher Schaden entstanden. Weil diese gegen ein von der Heimleitung 2002 ausgesprochenes Verbot verstoßen habe, aber nicht mit ähnlichen Vergehen in der Vergangenheit aufgefallen war, wäre eine Abmahnung angemessen gewesen, nicht aber die fristlose **Kündigung**!

Der mit Kommunalpolitikern besetzte Stiftungsausschuss des Pflegeheims muss dem Vergleich noch zustimmen. Sollte er dies nicht tun, würde das Landesarbeitsgericht die fristlose Kündigung für rechtswidrig erklären, und die gekündigte Altenpflegerin müsste dann weiterbeschäftigt werden. Ich bin erstaunt, warum diese Kündigung überhaupt ausgesprochen wurde! Abgesehen von einer hoffentlich bestehenden moralischen Instanz ist dem Arbeitgeber ja überhaupt nie ein Schaden entstanden. Für mich liegt deswegen die Vermutung nahe, dass hier eine altgediente und daher „zu teuer“ bezahlte Kraft rausgeschmissen werden sollte! Gestohlener Müll, ich fasse es nicht! Ich hätte mich nicht auf solch einen Vergleich eingelassen, denn wer wird die 58-Jährige heute noch einstellen? Was hat sie von der Abfindung denn langfristig? Wenn im Pflegebereich der harten Arbeit entsprechende Löhne gezahlt würden, käme wahrscheinlich niemand auf die Idee kommen, Müll nach Hause mitzunehmen. Erst jetzt wird damit angefangen, einen viel zu niedrigen Mindestlohn für Pflegekräfte einzuführen. Wahrscheinlich müsste ich bei den Bankstern anklopfen, um herauszufinden, wie viel Mal jemand klauen kann, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen! Jene betuchten Herren im edlen Zwirn bedienten sich doch schließlich in Milliardenhöhe beim Steuerzahler und wurden für diesen Schaden auch noch mit Millionengehältern vergütet, belohnt und abgefunden.

4. Wir hatten bereits den dritten April, als der nordrhein-westfälische Sozialminister Karl-Joseph Laumann (CDU) in der Debatte um die **Hartz-IV-Regelsätze** für Kinder mehr Einfluss für die Fallmanager in den Jobcentern forderte. Er fordert „flexible“ Sätze für Kinder aus Hartz-IV-Familien: Es solle individuell entschieden werden, ob die Eltern „geeignet“ seien, für die Bildung ihrer Kinder eine Geldleistung entsprechend anzulegen, oder ihnen Sachleistungen wie Nachhilfe oder Musikunterricht anzubieten seien. Schnell fügte er noch großzügig an, dass die große Mehrheit der Eltern sehr wohl fähig sei zu entscheiden, was das Beste für ihre Kinder sei. So erwartet Laumann auch, dass die Fallmanager nicht nur ihre Akten kennen, sondern ihre Klientel auch zu Hause „besuchen“. Es ist wirklich augenfällig, dass sie unbedingt in die Wohnungen und die Privatsphäre der ALG-II-Bezieher eindringen wollen, um den gläsernen Hartzer vor sich zu sehen und am besten jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf treiben zu können! Sollen vielleicht gar Sanktionen ausgesprochen werden, wegen des Nichtzusammenlegens gewaschener Kleidung oder des Herumstehens von schmutzigem Geschirr? Herzlichen Glückwunsch! Wie war das noch mal mit der Unverletzlichkeit der Privatwohnung? Lassen hier nicht Stasimethoden recht freundlich grüßen?

5. Die Pflegebranche sucht Tausende von Hilfskräften. Sie vermisst jedoch sowohl die Motivation der Langzeitarbeitslosen, sich zu bewerben, als auch die Unterstützung der Arbeitsagenturen. Der Pflegeheimbetreiber Ulrich Marseille bemängelt, dass es unter den Millionen von Langzeitarbeitslosen etwa 300.000 gebe, die sofort in den Pflegeheimen anfangen könnten zu arbeiten, und auf der an-

deren Seite mehr als 700.000 Menschen in den Heimen säßen, die die nur darauf warteten, dass jemand ihnen vorliest, einen Apfel schält, sich ihnen zuwendet. Er findet, dass die Bundesagentur ihre Arbeitsämter endlich dazu anweisen müsse, geeignete Langzeitarbeitslose aus ihren Karteien herauszusuchen. Marseille betreibt als Vorstandsvorsitzender der Marseille-Kliniken AG in Deutschland 61 stationäre Altenpflege-Einrichtungen mit knapp 9.000 Betten und 6.000 Mitarbeitern. Großzügigerweise will er mindestens 500 Hartz-IV-Empfänger einstellen und ihnen sage und schreibe bis zu 400 Euro im Monat zahlen. Ein unverschämter **Dumpinglohn**!

Wie selbstlos er an das Wohl der alten Menschen und an die Erwerbslosen denkt! In Wirklichkeit sucht er seine zukünftigen Mitarbeiter unter den Erwerbslosen, um nicht die entsprechenden Löhne in der Pflegebranche zahlen zu müssen. Man höre und staune: Wenn sich ein Erwerbsloser bewähre, will ihm Marseille nach zwei Jahren eine feste Arbeitsstelle anbieten! Auch für 400 Euro im Monat? Das ist natürlich ein ungemein lukratives Angebot und weit unter dem ohnehin schon viel zu niedrigen Mindestlohn in der Pflegebranche. Ja, das bockt Arbeitslose erst so richtig! Wozu werden eigentlich Altenpfleger ausgebildet, wenn sie mal eben durch Pflegeassistenten ausgetauscht werden können? Oder wird hier „angedacht“, dass sich ausgebildete, aber erwerbslose Altenpfleger als Pflegehelfer verdingen, sprich total ausbeuten lassen sollen? Welche Langzeitarbeitslosen sollen denn nach Meinung von Herrn Marseille von den Arbeitsämtern aus den Bergen mit den Karteileichen gefischt werden?

Marseille hält die Freiwilligkeit für eine zwingende Voraussetzung für den Einsatz von Hartz-IV-Beziehern, sieht jedoch auch deren vermeintliche staatsbürgerliche Verpflichtung, dem Staat etwas zurückzugeben. Wie gesagt: Auch der Arbeitgeber hat in Form von angemessenem Lohn etwas an die Erwerbstätigen zurückzugeben! Aus seiner Sicht ist die Einstellung Langzeitarbeitsloser für alle Beteiligten ein gutes Geschäft. Außer für die Arbeitslosen, so meine ich, weil deren Arbeitskraft unlauter ausgebeutet wird! Ich empfinde einen Artikel zum Thema in der „Frankfurter Allgemeinen“ als reine Unverschämtheit. Seit wann ist von Zigtausend Menschen zu erwarten, dass sie sich für nur einen Beruf interessieren und begeistern? Die Altenpflege ist ein sehr aufreibender Beruf, der dazu bestimmter, speziell sozialer und körperlicher Kompetenzen bedarf! Einem arbeitslosen Handwerker kann doch nicht vorzuwerfen sein, dass er sich als Altenpfleger nicht eignet! Hier geht es offenbar ausschließlich um finanzielle und keinesfalls um humane Interessen!

6. Nach den Vorstellungen der Grünen-Politikerin Claudia Hämmerling sollen **Hartz-IV-Bezieher** als Kontrolleure gegen den Hundedreck in Berlin eingesetzt werden. Dazu Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“: „Wenn man glaubt, die Moralvorstellungen unserer Politiker in Bezug auf die Leute, die sowieso schon am Boden sind, seien bereits auf Kellerniveau angekommen, wird nun von einer Grünen-Politikerin eines Schlechteren belehrt, indem

sie noch ein Geschoss darunter ausgräbt. Berlin scheint nicht nur Hauptstadt der Hundehaufen, sondern auch von Volltrotteln als Politiker zu sein, indem sich Abgeordnete in ihren absurden und menschenverachtenden Ideen gegen Erwerbslose gegenseitig überbieten!

Nun sind Erwerbslose auf dem Niveau des Hundedrecks angekommen, dass sie kontrollieren dürfen. Eine derart geistige Kloake hat es verdient, dass sie mit jenem Dreck beworfen wird, den die Politikerin als eklig bezeichnen". Dann könnten ALG-II-Bezieher nicht nur in Berlin die Hundehaufen einsammeln und sie sozusagen als Nachweis für die vollbrachte Arbeit bei ihren Sachbearbeitern auf den Schreibtisch legen, ersatzweise bei Frau Hämmerling persönlich abgeben! Was für hilflose, aber ordentlich demütigende Ideen Politiker doch haben, um Erwerbslose wieder auf dem Arbeitsmarkt „einzugliedern": Ratten jagen, Spritzen von Drogenabhängigen sammeln gehen, im Winter Schnee schippen, Straßen fegen sowieso, Parks und Straßen bewachen, in Bussen und Zügen für „Ordnung" sorgen, Spargel stechen und last not least Hundehaufen beseitigen. Tolle Zukunftsperspektiven!

7. Es ist ungeheuerlich: Einem Hartz-IV-Bezieher aus dem Kreis Schleswig-Flensburg droht die dortige Optionskommune mit der **Vertreibung** aus Deutschland. Per Verwaltungsakt verpflichtete ihn die Behörde, sofort in der Schweiz einen Arbeitsplatz aufzunehmen und umgehend einen Nachweis über seinen neuen Wohnsitz der Behörde vorzulegen. Andernfalls wurde ihm eine Kürzung seiner Bezüge angedroht. Zwar hatte sich Peter S. um einen Arbeitsplatz in der Schweiz bemüht und im Februar ein Vorstellungsgespräch auf eigene Kosten wahrgenommen, jedoch kam dieser Job nicht zustande. Für die Behörde war jedoch klar, dass hier die „Interessen der Allgemeinheit" gegenüber den Einzelinteressen größer seien, weshalb der sofortige Vollzug angeordnet wurde und Peter S. und seine Ehefrau ihr Heimatland umgehend verlassen sollen. Damit wäre man Peter S. endlich losgeworden, der seit langer Zeit seine Interessen nur noch mit Hilfe von Gerichten durchsetzen kann.

Ungemein „großzügig" stellte die Optionskommune Schleswig-Flensburg die Übernahme der Umzugkosten in Höhe von 755 Euro sowie zwei Zugfahrkarten in die Schweiz zu je 96,75 Euro in Aussicht. Das „Erwerbslosenforum Deutschland" zeigte sich entsetzt, welche grenzenlosen Kompetenzüberschreitungen Behördenmitarbeiter an den Tag legen und dabei einen Verwaltungsakt für sofort vollziehbar erklären: Binnen einer Woche sollte Peter S. aus Deutschland in die Schweiz zu einem nicht vorhandenen Job vertrieben werden! Nach den von den Westerwelles, Sarrazins, Kochs, Heinsohns und Möllenstädts losgetretenen Diffamierungskampagnen gegen Hartz-IV-Bezieher und ihren Sozialneid schürenden sozialrassistischen Parolen zeigt eine Behörde ungeschminkt, dass ihr Erwerbslose lästig und sie deshalb nicht mehr in Deutschland erwünscht sind. Offenbar sollen Erwerbslose in Deutschland nichts mehr zu suchen haben! Wie gut, dass

es Menschen wie Peter S. gibt, die sich das nicht gefallen lassen und sich wehren! Er wird Erfolg dabei haben!

8. Der sinnlose Tod der drei jungen deutschen und der afghanischen Soldaten und die wie in jedem Krieg noch weitaus höhere Zahl an zivilen Todesopfern machen mich betroffen. Allen zu Tode Gekommenen hätte ich ein weiteres langes Leben gewünscht! Ich wehre mich gegen eine solche Verschwendung von Menschenleben, wie sie in jedem Krieg immer wieder begangen wird. Ich kann nicht erkennen, inwiefern die bedauernswerten toten deutschen Soldaten Deutschland einen „besonderen Dienst“ erwiesen hätten, und ich fühle mich von ihrer Tätigkeit am Hindukusch nicht vertreten. Ebenso wenig kann ich nachempfinden, dass nun wieder mehr militärische Mittel für irgendwelche Hubschrauber und anderes Kriegsgerät beschafft werden sollen, die den Einsatz von deutschen Soldaten in **Afghanistan** angeblich sinnvoller gestalten können. Dieses Geld sollte sinnvollerweise in Bildung, Gesundheit und Soziales gesteckt werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Zum Wohle der Eingliederungsmafia: Bremerin soll unter Strafandrohung ein halbes Jahr sinnlos am Computer rumdaddeln *(„DAA Bremen“)*

Die afghanische Bevölkerung wehrt sich zu Recht gegen die verhassten Besatzungstruppen

Die toten und verwundeten Soldaten vom Karfreitag machen es mehr als offensichtlich, dass die Bundeswehr in Afghanistan völlig fehl am Platz ist! Sie ist eine Besatzungsarmee, die eifrig mit den örtlichen Kriegsherren paktiert und das korrupte Karsai-Regime in Kabul an der Macht hält. Die Bevölkerung, die am meisten unter dem Krieg leidet, interessiert sie dabei nicht. Seit Jahren spricht sich bei uns eine deutliche Mehrheit der Menschen gegen den Krieg in Afghanistan und die deutsche Beteiligung daran aus. Trotzdem will eine breite Mehrheit „unserer Volksvertreter“ die Fortsetzung dieses sinnlosen Krieges! Dafür sind sie bereit, noch mehr

Kriegsmaterial für die Bundeswehr zur Verfügung zu stellen und sogar noch mehr Opfer in Kauf zu nehmen.

Der Feind steht nicht in Afghanistan in Gestalt der Taliban beziehungsweise der sich wehrenden Bevölkerung. Die wehrt sich nämlich zu Recht gegen die verhassten Besatzungstruppen. Der Feind steht vielmehr im eigenen Land! Dort stand er übrigens schon immer, wenn Deutschland Krieg geführt hat. Es sind diejenigen Parteien und Abgeordneten, die das deutsche Militär nach Afghanistan geschickt haben, damit es – wie Peter Struck es sagte – „die deutschen Interessen am Hindukusch verteidigt".

Gemeint sind heute wie damals die Interessen des deutschen Rüstungs-, Energie- und Bankenkapitals. Es sind diese Herrschaften, die den Tod der Bundeswehrsoldaten und vor allem das furchtbare Sterben unzähliger afghanischer Kinder, Frauen und Männer zu verantworten haben! Massaker wie das von Kundus wird es daher immer wieder geben. Für diese Ermordeten gibt es in unserem Land keine öffentlichen Trauerfeiern!

Monty Schädel, Bundessprecher der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner(innen)" brachte es dieser Tage auf den Punkt: Die Trauerfeier mit Kanzlerin Merkel und Kriegminister Freiherr zu Guttenberg war schlichtweg abscheulich und menschenverachtend. Während deutsche Parlamentarier der „Linken" unter dem Beifall anderer Fraktionen des Parlaments verwiesen werden, wenn sie der afghanischen Opfer des Bundeswehrhandelns gedenken, während es Bundestag und Bundesregierung bis heute nicht fertiggebracht haben, sich bei den Opfern und Hinterbliebenen des Kundus-Massakers und anderer „Zwischenfälle" zu entschuldigen, ganz zu schweigen von einer öffentlichen Trauerfeier, wird der Tod von drei deutschen Soldaten in einem Krieg mit Zehntausenden Toten als besonderes öffentliches Ereignis begangen.

Schädel wörtlich: „Natürlich kann auch ich das Leid von Angehörigen über den Tod ihrer Familienmitglieder nachvollziehen, doch die Inszenierung der Trauerfeier als Heldenverehrung unter der Aussage, sie seinen für Deutschland, die Freiheit oder die Demokratie ‚gefallen', ist reine Kriegspropaganda. Der Krieg ist ein Verbrechen, und auch durch den Tod wird er nicht gerecht! Das öffentliche Zelebrieren der Trauer über ‚gefallene' Soldaten ist Kriegspropaganda!" Deshalb muss die Forderung immer wieder lauten: Bundeswehr raus aus Afghanistan – und auch aus allen anderen Auslandseinsätzen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Schnatterinchen in Flugasche-Panik: Brauchen wir bald einen Schutzschirm für notleidende Airlines? *(„Süddeutsche Zeitung")*

Was die Regierung bereits beschlossen hat, kann nur aktiver Widerstand verhindern

Wie auf der letzten Montagsdemo berichtet, hat das Bundessozialgericht entschieden, dass der Mehrbedarf an Kleidung für Kinder und Jugendliche bereits im Regelsatz enthalten sei, da das Wachstum der Kinder nichts Außergewöhnliches sei. Jetzt gab es ein weiteres höchstrichterliches Urteil gegen Hartz-IV-Bezieher: Das Bundesverfassungsgericht entschied, die volle Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz IV sei rechtens, sprich: Wer von Hartz IV lebt, bekommt eben kein Kindergeld. Ebenso verhält es sich weiter mit Geschenken: Alles über 50 Euro im Jahr wird abgezogen! Das zeigt noch einmal drastisch: Man darf sich auf keinen Fall auf die Gerichte verlassen. Die urteilen weder menschlich noch sozial, denn sie sind ein Teil dieses Gesellschaftssystems, das dafür gemacht ist, den Reichtum einer winzigen Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit zu verteidigen. Deswegen reicht es nicht aus, durch Wahlen immer mehr „linke“ Positionen zu erringen: Das ganze korrupte System muss zerschlagen werden, damit eine neue Gesellschaft entstehen kann!

Die Vorstandsmitglieder der im DAX geführten Unternehmen haben sich im vergangenen Jahr, Krise hin oder her, kräftig bedient: Um circa zehn Prozent stiegen ihre Gehälter auf durchschnittlich 3,64 Millionen Euro im Jahr. Ackermann (Deutsche Bank): 9,6 Millionen, Großmann (RWE): 9,2 und Löscher (Siemens) 7,1 Millionen. Dazu kommen ihre Kapitaleinkünfte und Tantiemen. Der Ober-Loser von Arcandor, Bankrotteur Middelhoff, bekam zehn Millionen Euro „Beraterhonorar“ von der Bank Salomon Oppenheim, die sich wiederum von der Deutschen Bank schlucken ließ. Die andere Seite der Medaille: Conti bietet den entlassenen Arbeitern in Clairoix, wo die Kollegen letztes Jahr monatelang gegen die Stilllegung gekämpft hatten, an, für 137 Euro im Monat in Tunesien weiter beschäftigt zu werden.

Wo das alles hinführen soll? Auf die Straße gehen, Streiks in den Fabriken, aktiver Widerstand! Oder sollen wir damit warten, bis alle nur noch 137 Euro im Monat verdienen oder alle nur noch für einen Euro in der Stunde schuften müssen, damit andere sich die Armaturen ihrer Yachten aus schierem Gold anfertigen lassen und mehr Geld in einer Sekunde bekommen, als unsereins in einem Jahr? Aktiver Widerstand ist auch gegen die Atommafia gefragt. Für den **24. April 2010**, zwei Tage bevor sich die Katastrophe von Tschernobyl jährt, rufen zahlreiche Or-

ganisationen und Umweltverbände zur Teilnahme an einer **Menschenkette von Brokdorf bis Krümmel** auf. Widerstand tut Not **gegen** die geplante Verlängerung der Laufzeiten der **Atomkraftwerke** auf 60 Jahre. Die Regierung hat das schon so beschlossen. Verhindern kann das nur der aktive Widerstand!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

275. Bremer Montagsdemo am 19. 04. 2010

Gunnar Heinsohn beleidigt Menschen und blamiert Bremen

Am 16. März 2010 erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Gastbeitrag des emeritierten Bremer Professors Gunnar Heinsohn unter dem Titel „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“. Darin fordert Heinsohn, Hartz-IV-Empfänger(inne)n nach fünf Jahren alle Leistungen zu streichen. Nur damit könne verhindert werden, dass „Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaft als Kapital ansehen“. Die Streichung der Leistungen liege im Interesse der Betroffenen selbst, denn: „Die Abschaffung der Sozialhilfe wirkt für die Betroffenen hilfreicher als ihre Belohnung mit Quasiverbeamtung für immer mehr bildungsferne Kinder“.

Als vermeintlichen Beleg für seine Behauptung „Die Bezahlung der Mutterschaft für arme Frauen führt zu immer mehr solchen Müttern“ führt Heinsohn die „Hartz-IV-Musterkommune Bremerhaven“ an. Dort seien angeblich „die Jungen in Sozialhilfe mit einem Anteil von rund 40 Prozent an der männlichen Jugend für mehr als 90 Prozent der Gewaltkriminalität verantwortlich“.

Heinsohns Äußerungen sind eine Beleidigung, Diffamierung und Verächtlichmachung aller Hartz-IV-Empfänger(innen) und aller Bürger(innen) Bremens und Bremerhavens. Es ist unerträglich, dass ein emeritierter Professor der Universität Bremen von der Höhe seiner staatlich gut bezahlten Pension gegen Arme und gegen die Bevölkerung Bremens und Bremerhavens hetzt. Eine Distanzierung der Bürgerschaft von diesen Äußerungen ist ein notwendiges Signal.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) distanziert sich von den Äußerungen Gunnar Heinsohns, die dieser am 16. März 2010 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in einem Beitrag „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“ getätigt hat.

2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) weist insbesondere die Diffamierung Bremerhavens als „Hartz-IV-Musterkommune“ zurück sowie die Unterstellung, Mütter, die Leistungen nach SGB II beziehen, müssten durch Leistungsentzug zur Arbeitssuche getrieben werden.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält es für angemessen, dass auch der Akademische Senat der Universität Bremen sich in gleicher Weise von den Äußerungen Heinsohns distanziert.

Entschließungsantrag von Monique Troedel,
Peter Erlanson und der Fraktion „Die Linke“

Etwas Besseres als den Tod findest du überall

1. Ich befürchte eine schleichende **Militarisierung** im Bildungsbereich, wenn Bundeswehroffiziere an den Schulen immer unverhohlener über „Berufsperspektiven“ bei der Bundeswehr sprechen sollen. Es darf doch nicht so getan werden, als ob die Bundeswehr ein Arbeitgeber sei wie jeder andere auch! Dennoch gibt es in vier Bundesländern inzwischen Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien, worin schriftlich abgesichert wird, dass die Armee offizieller „Bildungspartner“ ist. So bekommt die Bundeswehr eine Rolle, die ihr meiner Meinung nach nicht zugestanden werden darf! Es gibt zwar bereits seit 1958 Besuche von Jungoffizieren an den Schulen, jedoch sind die schriftlichen Kooperationsverträge hierzu ebenso neu wie die Tatsache, dass die Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung der Lehrer eingebunden wird. Ob sich wohl künftig Schülerinnen und Schüler durch die sicherheitspolitische Brille der Bundeswehr mit Frieden und Krieg auseinandersetzen werden?

Einem Bundeswehrsprecher ist das Thema Verteidigung an den Schulen zu „unterentwickelt“. Dabei wäre es ein Verstoß gegen den demokratischen Bildungsgrundsatz, wenn die Bundeswehr solche Berufsmöglichkeiten derart erörtert. Schließlich müssen Schüler sich aus unterschiedlichen Angeboten eine eigene Meinung bilden können. Können sie das wirklich, wenn jungen Leuten mit schlechteren Schulabschlüssen auf diese Weise eine „gute Perspektive“ nach dem Motto „schlecht in der Schule, gut am Gewehr“ schmackhaft gemacht wird? Lieber Kanonenfutter als arbeitslos? Leider ist es kaum bekannt, dass sich Zeitsoldaten automatisch dazu verpflichten, zwölf Monate an einem Auslandseinsatz

teilzunehmen. Aber es gibt Ausstiegsmöglichkeiten für junge Menschen, die unter diesen Bedingungen nicht bei der Bundeswehr „dienen“ möchten! Dass die „Verteidigung Deutschlands in Afghanistan“ auch von deutschen Soldaten immer öfter mit dem frühen Ende eines hoffnungsvollen jungen Lebens bezahlt werden muss, wurde gerade in den letzten Wochen vorgeführt.

Ich kann mich auch nicht an die in Kriegszeiten übliche Verdrehung von Tatsachen gewöhnen: Da wird ein Land von ausländischen Soldaten aus fremden Ländern besetzt, doch wenn sich die Einheimischen im eigenen Land dagegen zur Wehr setzen, dann werden aus ihnen Aufständische, und die Soldaten sind selbstredend alle nur Gutmenschen in friedvollster Absicht. Offenbar deswegen kündigte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg an, dass Panzerhaubitzen und Marder-Schützenpanzer nach Afghanistan verlegt werden sollen. Vergessen dürfen wir auch nicht, wie gebeutelt die Afghanen vor lauter selbstloser Aktivisten für den Frieden im Lande sind: Die sowjetische Invasion versuchte nur, sich einen Zugang zum Indischen Ozean zu verschaffen, die westlichen Industrieländer sahen lediglich ihre Ölversorgung aus der Golfregion gefährdet. Heute geht es bloß noch um den Zugang zu den Energievorkommen in Zentralasien. Ich fände es weitaus vernünftiger, ein breites Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften und interessierten Politikern zu bilden, die ein gemeinsames Konzept zur Friedenserziehung entwickeln! Der Friedensbeauftragte der Mitteldeutschen Kirchen, Wolfgang Geffe, sagte, dass gemeinsame Sicherheit nicht durch Stärke, sondern durch die Einbeziehung aller für den Frieden engagierten Kräfte möglich wird. Eine Meinung, der ich mich leichten Herzens anschließen kann! Schluss mit der Heuchelei! Deutsche Soldaten raus aus Afghanistan! Als Wahlbremerin halte ich mich an das Motto der Bremer Stadtmusikanten: “Etwas Besseres als den Tod findest du überall!“

2. Die Bundesregierung will immer mehr jungen Menschen in Deutschland das Leben zur Hölle machen! Als ob es nicht reichen würde, dass die Anzahl der Lehrstellen ausgedünnt, das Lernpensum an den Schulen oft nur noch mit privat bezahltem Nachhilfeunterricht zu bewältigen und der Zugang an die Universitäten durch Studiengebühren erschwert ist, soll jetzt bei den Unterfünfunfzwanzigjährigen, die einen Antrag auf ALG II stellen, **Zwangsarbeit** mittels Aushungern durchgesetzt werden. So sollen junge Menschen künftig binnen sechs Wochen ein verpflichtendes „Arbeits- oder Fortbildungsangebot“ erhalten. Wenn sie ein solches „Angebot“ ablehnen, sollen nach dem Willen von FDP-Chef Guido Westerwelle die Bezüge gekürzt werden. „Wir machen mit dem Prinzip Fördern und Fordern endlich ernst“, erzählte er der „Blöd am Sonntag“. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ sprach von einer erneuten „Initiative der Zwangsarbeit und Verfolgungsbetreuung“, die mittels „Aushungern“ durchgesetzt werden soll. Martin Behrsing sagte dazu, dass erneut junge Menschen als Zielscheibe für puren Populismus herhalten müssen. Gleichzeitig wird es auch immer so dargestellt,

als ob junge Menschen die Probleme mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze oder das Versagen des Schulsystems selbst verursacht hätten.

Nach dem Willen von Guido Westerwelle sollen sie nun für das Versagen der Politik, das gerade durch das Festhalten am feudalen Schulsystem seitens CDU und FDP verschärft wurde, büßen, indem er ihnen Leistungskürzungen bei Nichtannahme der Zwangsarbeit androht. Wir nennen das Aushungern, um Menschen gefügig zu machen! Obwohl es bereits jetzt möglich ist, Unterfünfunfzwanzigjährigen beim ersten Pflichtverstoß die Leistungen komplett kürzen, sollen die Behörden sich von nun an in jeden Bereich des Privatlebens einmischen und bestimmen können, was junge Menschen zu tun oder zu lassen haben. Die Arbeitsministerin, *lovely* Zensursula von der Leyen, möchte „verhindern, dass Jugendliche sich an die Arbeitslosigkeit gewöhnen". Deswegen will sie den jungen Leistungsbeziehern auch einen Ansprechpartner zur Seite stellen, der sie „beim schwierigen Übergang von der Schule in die Ausbildung bis in den Beruf hinein an die Hand nimmt". Ich verstehe bloß noch nicht, wie aus dem „Sofortangebot" nach § 15a SGB II nun ein „Angebot nach sechs Wochen" wird. Was sollen die Mitarbeiter der argen Argen denn da aus dem Boden stampfen an Sofortmaßnahmen und vor allem an nicht vorhandenen Jobs? Werden die Argen versuchen, die Probanden ebenso mit Nötigung und Repressalien in jede offene Lehrstelle zu pressen, wie Langzeiterwerblose auch jeden Job annehmen müssen? Damit würde die Berufsfreiheit in Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik einfach übergangen! Ich denke, es wird unser aller Aufgabe sein, den jungen Menschen, die so drangsaliert werden, unter die Arme zu greifen und uns mit ihnen zusammen auch und gerade juristisch zu wehren!

3. Seit der Öffnung des Postmonopols scheint es häufiger vorzukommen, dass gerade Briefe von der Sozialbehörde über neun Tage unterwegs sind, bis sie im richtigen Briefkasten landen. Oftmals findet die Post auch gar nicht den Weg zum Empfänger, sondern bleibt einfach vor der Haustür oder auf der Fensterbank liegen, ist jedem Wetter und den neugierigen Blicken der Nachbarn ausgeliefert und für jedermann abgreifbar. In einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" wird ein Hartz-IV-Bezieher zitiert, dem gerade noch 24 Stunden blieben, um notwendige Unterlagen einzureichen. Andernfalls wären ihm die Leistungen gekürzt worden, obwohl die Stempel eindeutig belegten, dass der Brief bei TNT liegen geblieben ist. So unglaublich die Schlamperei der vermutlich super schlecht bezahlten **Postzusteller** von TNT auch sein mag: Nicht einschüchtern lassen und sich wehren! Wenn der Brief nachweislich zu spät zugestellt wurde, kann jeder ALG-II-Bezieher gegen ungerechtfertigte Sanktionen mittels Widerspruch und gegebenenfalls auch mit dem Sozialgericht sein Recht erkämpfen! Weil jedoch Briefe grundsätzlich nicht auf Treppen oder Fensterbänken deponiert werden dürfen, richtet sich nun das Augenmerk auf das Hauptamt des Rathauses, von dem aus die Versendung der städtischen Post organisiert wird, eben zu einem Großteil über den Postzusteller TNT. Das Unternehmen selbst beteuert, wenn ein Zustel-

ler aufgrund von verschlossenen Türen nicht an den Briefkasten gelange, komme er zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal wieder. Das würde – von einigen „schwarzen Schafen“ abgesehen – auch klappen.

4. Bundesarbeitsministerin von der Leyen will nicht an der **Rente** mit 67 Jahren rütteln und auch keine Ausnahmen beispielsweise für körperlich anstrengende Berufe zulassen. Sie forderte eine „kreativere Art zu denken“ und sagte, dass niemand mit 66 noch dasselbe machen müsse wie mit 16. Wer als Dachdecker oder Bäcker Berufserfahrung habe, könne im Alter auch die Büroarbeit in seiner Branche übernehmen. Natürlich sind die Bürostühle vollkommen unbesetzt, weil sich Büroarbeit immer wie von selbst macht! Die Arbeitsministerin fordert ein „Umdenken in der Gesellschaft“. Für sie stelle sich die „Kernfrage“, wie wir die „gewonnenen Jahre mit Leben füllen“ können. Menschen bei guter Gesundheit dürften gerne länger im Beruf mitmischen. Es gehe um Weiterbildung und altersgerechte Arbeitsorganisation. Nein, hier geht es um neuerliche Rentenkürzung, weil es die ganzen Jobs für die Alten nicht geben kann, wenn sie schon für die Jüngeren nicht ausreichend vorhanden sind! Dabei müssen die Rentner in diesem Jahr bereits eine Nullrunde hinnehmen, weil dank der neoliberalen Hartz-Gesetze die Löhne gesunken sind. Außerdem verdichtet sich bei gleichzeitigem Personalabbau in vielen Bereichen das Arbeitspensum, was zu vermehrten Krankheiten bei den Beschäftigten führt, die solch einen Stressjob dann natürlich nicht bis ins Alter von 67 Jahren aushalten. Schließlich können nicht alle Menschen Politiker werden, die meiner Meinung nach nicht unter den genannten erschwerenden Faktoren leiden müssen, sodass die meisten – auch dank dem fürsorglichen Sponsoring durch ihre Mäzene in den verschiedenen Wirtschaftszweigen – bis ins hohe Alter ihrem Beruf nachkommen können.

5. Angeblich will die FDP die Steuerlast der Mittelschicht senken, und sie wirbt in ihrem „neuen“ Steuerkonzept auch damit. Nur leider stimmt es gar nicht, dass die Mittelschicht am stärksten entlastet würde. Wenn ein Single mit einem Einkommen von über 54.000 Euro durch den Stufentarif 1.500 Euro spart, ein Niedrigverdiener aber nur 150, dann ist es kaum vorstellbar, wie ausgerechnet mittlere Einkommen davon profitieren könnten. Konkret will die FDP die bisherige Progression auf ein Stufenmodell umstellen. Die ersten 8.004 Euro des zu versteuernden Einkommens sind steuerfrei. Danach gilt bis zu einer Schwelle von 12.500 Euro ein Steuersatz von 14 Prozent. Bis 35.000 Euro sind es dann 25 Prozent und bis 53.000 Euro 35 Prozent. Danach gilt weiter der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent, bis ab 250.731 Euro die Reichensteuer von 45 Prozent einsetzt. Diese **Steuerreform** soll 16 Milliarden kosten und spätestens ab 2012 gelten. Für die einzelnen Einkommensgruppen bedeutet das: Wer als Single ein Jahreseinkommen zwischen 16.000 und 28.000 Euro versteuern muss, wird nur um 7,29 bis 9,99 Prozent entlastet. Damit steht er schlechter da als ein Besserverdienender mit 54.000 Euro im Jahr, der seine Steuerlast um 10,57 Prozent drücken könnte.

Durch den neuen Stufentarif entstehen Verzerrungen, denn relative Prozentangaben verraten noch nicht, wie viel die einzelnen Steuerzahler absolut sparen. Da zeigt sich eben doch, dass die Spitzenverdiener am meisten profitieren! Schließlich bedient die FDP nur ihre Wählerklientel. Niemand würde tatsächlich etwas anderes erwarten.

6. Bremen ist zur Hochburg von **Leiharbeit** avanciert. Leider wälzen die Unternehmen die Folgen der kapitalistischen Krise zunehmend auf die Lohnabhängigen ab. Es ist natürlich kein Wunder, wenn die Arbeitgeber Leiharbeit als „flexibles Instrument“ zur „Bekämpfung“ der Erwerbslosigkeit beschwören. Mitte 2009 gab es im Bundesland Bremen 414 Verleihbetriebe, davon allein 103 in Bremerhaven. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 10.931 Bremerinnen und Bremer in dieser modernen Form von Sklavenarbeit beschäftigt. Skandalöserweise verdienen Leiharbeiter(innen) 40 Prozent weniger als die Stammbelegschaften. Befristete Leiharbeitsverhältnisse, ständig wechselnde Arbeitsplätze und permanente Unsicherheit machen eine normale und menschenwürdige Lebensplanung so gut wie unmöglich. Leiharbeit verstößt aber nicht nur gegen die Würde der Menschen, sondern schwächt auch die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben. Deshalb fordert „Die Linke“ eine massive Einschränkung der Leiharbeit, den Ausbau des Kündigungsschutzes und die Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten. Es wird Zeit, dass sich die nur arbeitgeberfreundlichen Gesetze zur Leiharbeit denen im europäischen Ausland angleichen, damit auch in Deutschland Leiharbeiter(innen) gleichen Lohn und gleiche Rechte bekommen wie die Stammbelegschaft! Lobenswerterweise setzt sich Inga Nitz als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft dafür ein, das verheerende Problem zunehmender Leiharbeit auch auf Landesebene anzugehen. Zu einer solchen Offensive gehört vor allem auch ein konsequentes Verfolgen von gesetzlichen Schlupflöchern hinsichtlich Mindestlohn und Tarifflucht!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Fahrstuhl zum Bankrott: Kanzlertochter schreibt Buch über unmoralische Finanzmarkttechniken *(„Bild“-Zeitung)*

Geld für einen *Leergang* ausgeben?

An die Bagis! Mittlerweile habe ich – wie bereits mitgeteilt – die für „Ganzil“ zuständige Dame bei der DAA GmbH erreicht. Die Einführungsveranstaltung entpuppte sich als erster „Ganzil“-Tag. Alle Anwesenden wurden aufgefordert, kleingedruckte Formulare zu unterschreiben. Da ich ja – wie seit Monaten auch der

Bagis bekannt – dringend eine Brille brauche, konnte ich die Formulare natürlich nicht unterschreiben.

Am 8. April 2010 habe ich einen Termin mit einem bei der DAA GmbH arbeitenden Herrn vereinbart. Diesen Termin habe ich selbstverständlich wahrgenommen. In einem ausführlichen Gespräch haben wir einen dort vorhandenen Fragebogen, (m)einen mitgebrachten Lebenslauf, (m)ein Bewerbungsschreiben sowie die „Ganzil-Module“ besprochen. Es ging mir um die Frage, ob wenigstens *ein* „Modul“ von „Ganzil“ für mich etwas Neues bietet.

Wir haben dabei nichts herausgefunden. Herr W. sprach beim Lebenslauf von „bestenfalls Feinschliff“, was immer das heißen mag. Nun möchte ich wissen, ob Sie das Geld für den *Leergang* ausgeben wollen oder ob es seitens der Bagis eine andere – kostengünstigere – Möglichkeit für mich gibt, Bewerbungen zu schreiben. Eigentlich brauche ich nur einen Drucker und vor allen Dingen eine Brille. Mit freundlichen Grüßen.

Regina

Krimineller geht es nicht: Arge Zwickau versucht, Beistände mit Hausverboten fernzuhalten *(„Gegenwind“)*

Zwei-Klassen-Betreuung von Langzeitarbeitslosen: Bundesrechnungshof kritisiert geplante Neuordnung der Jobcenter *(„Rheinische Post“)*

Kommt mit zur Menschenkette „AKWs sofort abschalten“!

Am kommenden Samstag soll eine 120 km lange Aktions- und Menschenkette zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel entstehen. Zwei Tage vor dem Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl protestieren wir für den sofortigen Ausstieg aus dieser äußerst gefährlichen Technologie. Die Bundesregierung lässt im Auftrag der Atomkonzerne RWE, Vattenfall, ENBW und EON eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bis 60 Jahre prüfen – ein äußerst menschenverachtender und umweltzerstörerischer Plan! Das bisherige Atomgesetz sieht eine Abschaltung nach 32 Jahren vor. Es handelt sich also um eine Verlängerung um 28 Jahre. Im Durchschnitt haben die 438 Atomreaktoren weltweit eine Laufzeit von 25 Jahren. Niemand kann heute sagen, ob sie die 60 Jahre überhaupt durchhalten, denn mit

zunehmender Betriebsdauer wird das Material durch den dauernden radioaktiven Beschuss immer spröder. Eine solche Laufzeitverlängerung würde also das Risiko von weiteren Störungen bis hin zum GAU oder Super-GAU unkalkulierbar erhöhen.

Schon jetzt ist bei einigen AKWs der Störfall eher die Regel als die Ausnahme. Das AKW Krümmel beispielsweise meldete bis April 2009 313 Störfälle, bei denen im Umkreis von 150 km über 10 Millionen Menschen unmittelbar gefährdet waren. Die Skandale um die Endlager-Standorte Asse und Gorleben zeigen: Das Problem des Jahrmillionen strahlenden Mülls ist völlig ungelöst. Der Grund ist, dass den vier großen Energieversorgern bei einer Verlängerung um 25 Jahre Riesen-Extraprofite winken: mindestens 233 Milliarden Euro zusätzlich. Jeden Tag, an dem ein AKW länger am Netz bleibt, werden eine Million Euro eingesackt. Wenn sich jetzt Sigmar Gabriel (SPD) und Claudia Roth (Grüne) entsetzt zeigen, wie man solche Schrottmeiler weiter betreiben könne, dann ist das reine Heuchelei.

Der sogennante Atomausstieg der alten rot-grünen Regierung war in Wirklichkeit ein Betrug. Er hat erst den Weg geöffnet, dass Restlaufzeiten stillgelegter AKWs (zum Beispiel von Stade) auf andere übertragen werden können. Geplatzt sind auch die Nebelkerzen von Umweltminister Norbert Röttgen. Inzwischen ließ er bereits die Solarstromvergütung um 15 Prozent senken und die Forschungsmittel für erneuerbare Energien zusammenstreichen. Er und Angela Merkel sprechen von einer „Brückentechnologie“, die man brauche, um zu erneuerbaren Energien umzusteigen. Dabei wäre es vom technisch-wissenschaftlichen Stand her schon heute längst möglich, die Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen. Diese Umstellung fällt aber nicht vom Himmel: Sie muss gegen den Widerstand der Energiekonzerne und der Regierung erkämpft werden!

Deshalb sollten viele Menschen am **Samstag**, dem **24. April 2010**, mitfahren zur **Menschenkette**. Die AKW-Gegner(innen) aus Bremen sollen den Abschnitt in Glückstadt ausfüllen. Abfahrt der **Busse** des BUND ist um **9:30 Uhr** am **ZOB**, zurück sind wir gegen 19 Uhr. Die Fahrkarte kostet 15, ermäßigt zehn Euro. Kommt mit! Die Bremer wollen mit gelben Decken und mitgebrachter Verpflegung auf ihrem Streckenabschnitt picknicken. Gesucht wird noch musikalische Begleitung durch Bands oder Künstler für Aktionen rund um die Menschenkette.

Harald Braun

Risiko auf Piloten abgewälzt: Sichtflug durch die Vulkanaschewolke ist nach Lufthansa-Richtlinien gar nicht erlaubt *(„Spiegel-Online“)*

120 Kilometer Widerstand: Über 120.000 Protestierende bilden Menschenkette zwischen den AKW Krümmel und Brunsbüttel *(„Spiegel-Online“)*

Zeigen, dass wir es nicht zulassen, wie der Kapitalismus die Zukunft der Menschheit verspielt!

Das Platzen der „Immobilienblase“ in den USA war Auslöser der bisher tiefsten Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Schon ist die nächste Blase zum Platzen gefüllt: 1.400 Milliarden Dollar beträgt das Volumen wackliger Immobilienkredite allein in den USA. Goldmann Sachs Investment verlor über 90 Prozent an Wert, der größte US-Immobilienfond Morgan Stanley steht mit 5,4 Milliarden Dollar Verluste vor der Pleite. Auch das Immobilieninvestmentgeschäft der Deutschen Bank steht vor dem großen Crash. Goldmann Sachs war einer der Hauptdrahtzieher der Spekulationen, die Griechenland in den Staatsbankrott steuerten.

Die Regierungen der 20 größten kapitalistischen Länder haben 27 Billionen Dollar zur Krisendämpfung aufgewendet. Dadurch sind jetzt Kommunen und ganze Staaten pleite. Beim Platzen neuer Spekulationsblase stehen solche Instrumente nicht mehr zur Verfügung. Nicht nur die Krise wird dann offen politisch in Erscheinung treten, auch die Proteste werden einen ganz anderen Charakter bekommen. Massenkämpfe gegen Abbau von Sozialleistungen, Lohnkürzungen, Entlassungen und Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung wie in Griechenland – oder letzten Dienstag in London mit Zehntausend Teilnehmern – werden und müssen zunehmen.

Zu Beginn der Krise hat die Regierung scheinheilig erklärt, die Spekulation werde eingedämmt. Da lachen ja die Hühner: Es wird mehr denn je gezockt! Die Regierung mischt im Interesse der Spekulanten kräftig mit, durch die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken auf 60 Jahre, die Verschärfung des völkerrechtswidrigen Kriegs in Afghanistan oder den Angriff auf soziale Sicherungssysteme. Deshalb wollen wir am 1. Mai auf der Straße zeigen, dass wir es nicht zulassen, wie der Kapitalismus die Zukunft der Menschheit verspielt!

Darum auch nächsten Samstag auf zur Menschenkette gegen die Atompolitik der Bundesregierung! Hintergrund der geplanten Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke ist, dass nach zehn Jahren Erkundungsstopp in Gorleben die Vorbereitungen für Endlager wieder aufgenommen wurden. Gorleben war und ist kein geeignetes Endlager, das sagen selbst Atomkraftwerksbefürworter. Gorleben wurde aus rein politischen Gründen und ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Menschen ausgesucht!

Wegen unmenschlicher Arbeitsbedingungen gab es in China seit 2007 elf Suizide und zahlreiche Selbstmordversuche bei Foxconn, dem weltweit größten Auftragshersteller für Elektronik. Dessen Auftraggeber sind Apple, Intel, HP, Dell, Sony, Microsoft. Das erinnert an die Vorfälle bei Renault und Daimler. Millionen lässt man gar nicht am Arbeitsleben teilhaben – andere Millionen müssen schuften, bis sie vor Verzweiflung keinen Ausweg mehr wissen. Daher sind Montagsdemos wichtig: Sie stärken den Zusammenhalt stärken und machen Mut!

Wolfgang Lange (MLPD)

Aktion gegen Amtsschikane: Leistungsbezieher protestieren im Sozialamt gegen rechtswidrige Bewilligungspraxis *(„Bremer Erwerbslosenverband“)*

1,2 Millionen Jobs gefährdet: Konjunkturelle Entwicklung reicht nicht aus, um die Beschäftigung in Deutschland langfristig zu sichern *(„Spiegel-Online“)*

Tausende Ingenieure suchen händeringend einen Job: Doch alle Jahre wieder schalten die Verbände in den Fachkräftemangeljammermodus *(„Spiegel“)*

Knallköppchen schafft zwar auch keine neuen Kita-Plätze, aber: Arbeitslose Männer sollen das Erzieherhandwerk lernen *(„Spiegel-Online“)*

Instrumentalisierung der „Tafel“-Bewegung: Trotz staatlicher Sozialpolitik wird Armen eine menschenwürdige Existenz verweigert *(„Junge Welt“)*

Perfide Marktwirtschaft: Stevia-Pflanze wird als Zuckerersatz verboten, ein daraus gewonnener Süßstoff patentiert *(„Spiegel-Online“)*

Im Rückblick nur peinlich: In 99 Jahren hat die schwedische Filmzensurbehörde keinen einzigen sinnvollen Eingriff beschlossen *(„Tageszeitung“)*

„Google“ Street Stalk: Ahnungslose Britin wird beim Gassigehen 43 Mal vom Kamerawagen fotografiert *(„Spiegel-Online“)*

Verrat ist Bürgerpflicht: Gewinngarantien für Privatunternehmen und Staatshilfen für Banken sind zu Staatsgeheimnissen geworden *(„Junge Welt“)*

Prügel-Wixa tritt zurück: Das Vertrauen in die katholische Missbrauchskirche fällt auf den tiefsten Stand seit Jahrhunderten *(„Spiegel-Online“)*

Griechenland braucht 200 Milliarden: Die lumpigen acht Milliarden Euro aus Deutschland sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein *(„Die Welt“)*

Ensemblemitglieder der „Bremer Shakespeare-Company“ bringen in einer szenischen Lesung „**Die Flammen des Profits**“ zur Aufführung, ein Bühnenstück von Rudolph Bauer mit musikalischen Einlagen von Klaus Raudszus. Es thematisiert die Zukunft der Bücher am Beispiel des Verlagshauses Bertelsmann. Eintritt: fünf, ermäßigt drei Euro. Termin: **Freitag**, den **23. April 2010**, um **19 Uhr** in der **Zentralbibliothek**, Am Wall.

Am **26. April 2010**, dem 24. Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl, beginnt um **17 Uhr** am **Hauptbahnhof** eine **Demonstration** gegen **Atomkraft**. Dort gibt es eine Kundgebung gegen den „Normalzustand“ der alltäglichen Atomtransporte durch Bremen. Weitere Kundgebungen sind geplant vor der SWB-Zentrale Am Wall gegen die Verstrickung des Unternehmens in die Atomstromnetzwerke sowie Am Brill gegen die „grünen Braunen“, die Nazis in Umwelt- und Tierschutz. Auf dem **Marktplatz** findet die Aktion „Dein Brief an Umweltsenator Loske“ statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

276. Bremer Montagsdemo am 26. 04. 2010

Der DGB ruft auf zur **1.-Mai-Demonstration**
um **10:30 Uhr** ab Osterdeich/Sielwall.

Ziel ist nicht die Lösung der Probleme, sondern deren Vertuschung

1. Afghanistan gehört nicht zur Bundesrepublik! Als die Bundeswehr dorthin entsandt wurde, war dies ein Projekt des Entwicklungshilfeministeriums. Die Bundeswehr hat in ihrem Einsatzgebiet Aufbauhilfe leisten können. Ihr ist die Luftaufklärung über die gesamte Region übertragen worden. Damit wurde auch die Bundeswehr in den Kriegseinsatz einbezogen. Auf unseren Demonstrationen wird viel Wissen über Afghanistan vermittelt. Was hat dies mit der Forderung „Weg mit Hartz IV“ zu tun? Lest einfach mal die bisherigen Beiträge zu diesem Thema, etwa auf der 140., 169., 187.und 198. Montagsdemo. Schon nach der bisherigen Lektüre ist klar: Auch unsere Soldaten und Soldatinnen werden darunter leiden. Ohne die Hartz-Gesetze wären die Arbeitsplätze als Soldat nicht zu besetzen! Dies ist nicht abschließend. Wieland von Hodenberg und Elisabeth Graf haben ihrer Empörung durch Information Luft gemacht. (Wer beim Stöbern einen nicht funktionierenden Link entdeckt, informiere uns bitte durch Zuschrift an Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de!)

Der Einmarsch in den Irak und nach Afghanistan ist so erfolgt, dass die Zivilbevölkerung überhaupt nicht geschont wurde. Erst schießen und dann nachsehen! Der afghanische Präsident Karzai hat dem US-Präsidenten per Video eine solche Entgleisung von Blackwater nachgewiesen und der amerikanischen Regierung mitgeteilt, dass ohne seine Zustimmung keine militärischen Operationen mehr vorzunehmen sind. Nachdem die letzte Großoffensive wieder sehr verlustreich für die Zivilbevölkerung war, hat Karzai die Zustimmung zur Weiterführung der Offensive von der Zustimmung der Stammesvertreter seines Landes abhängig gemacht. Jetzt will die US-Regierung weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung vermeiden. Oberst Klein hat da wohl den Anschluss verpasst? Seine Handlung

hat wahrscheinlich dazu geführt, dass die Bundeswehr keine Luftunterstützung erhielt, als sie tatsächlich in einen Hinterhalt kam. Wie sehr die Zivilbevölkerung auf eigene Opfer regiert, konnten unsere Soldaten auch erleben: Die Straße war voll mit zu Recht empörten Menschen. Karzai hat nun deutlich gemacht, dass er sich lieber mit den Taliban verständigt, als die Verluste der Zivilbevölkerung durch den Einsatz der US-Armee und der anderen Verbündeten weiter zu dulden!

Wie sieht der Alltag aus? Unsere Soldaten haben ein befestigtes Lager in Schussweite der Taliban. Dorthinein zieht sich die Bundeswehr zurück wie früher die Ritter in ihre Burg. Die Afghanen bleiben draußen, schutzlos dem Zugriff der Taliban ausgeliefert. Wie kann es sich unter diesen Rahmenbedingungen ein Afghane erlauben, den deutschen Soldaten zu helfen? Die Nachschubtransporte werden von externen Bewachungsfirmen begleitet. Die Begleiter sind wahrscheinlich hautberuflich Taliban-Kämpfer. So kommen frische Devisen in die Kriegskasse der Taliban. Wieso sollen unsere Soldaten bei diesen Rahmenbedingungen noch in Afghanistan bleiben? „Wir stehen voll hinter unseren Soldaten“, so die Bundesregierung. Werden die Nachrichten und Informationen daher verzögert und sich widersprechend veröffentlicht? „Wir sorgen für die beste Ausrüstung“, wurde bereits mehrmals betont. In der Praxis sind Sprengfallen, die per Handy gezündet werden, weiterhin für unsere Soldaten tödlich! Ein Störsender könnte dieses Risiko beseitigen. Dieses Manko besteht seit Jahren und ist bestens bekannt. Störsender kosten keine 2.000 Euro und hätten bereits einigen Soldaten das Leben gerettet! Diese Verletzung von Sicherheitsmöglichkeiten kann sich kein privater Arbeitgeber erlauben: Er wäre voll haftbar und schadenersatzpflichtig!

Wie geht die Bundeswehr mit den Verletzte und den Hinterbliebenen um? Von ihr werden im Dienst verwundete oder traumatisierte Soldaten nach Angaben des scheidenden Wehrbeauftragten Reinhold Robbe (SPD) im Stich gelassen: Sie kämpfen oft jahrelang und häufig vergeblich um die Anerkennung ihrer Wehrdienstbeschädigung. Wer sind nun diese Freiwilligen, die Deutschland „am Hindukusch verteidigen“ und dabei die Grundlagen jeglicher Demokratie zerschlagen? Sie erhalten statt ALG II einen Arbeitsplatz und gut 4.800 Euro monatlich beim Auslandseinsatz. Das lockt und beruhigt die Nachbarschaft! In der Bundeswehr leisten überdurchschnittlich viele Soldatinnen und Soldaten aus den neuen Ländern Auslandsdienst. Das schlägt sich bereits in den Opferzahlen in Afghanistan nieder. Dass junge Ostdeutsche länger in der Bundeswehr dienen wollen, sieht der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner als Zeichen für die „Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr“: „Die steigt, wenn andere Möglichkeiten nicht gegeben sind. Das ist nichts Schlechtes.“ Der FDP-Abgeordnete sieht dies falsch! „Etwas Besseres als den Tod findest du überall“, hat Elisabeth auf letzten Montagsdemo festgestellt. Sie hat Recht!

Es ist schmerzlich: Afghanistan wurde „unterworfen, gefoltert, verstrahlt“. Unsere Soldaten werden dafür bluten! Der seit Juli 2009 in Afghanistan kommandierende US-General Stanley A. McChrystal hat die Bundesregierung besucht und die Bundeswehr gelobt. Er soll jetzt die Schonung der Zivilisten umsetzen. Er hat

Lücken im Lebenslauf, so der „Weser-Kurier“ vom 21. April 2010: Dem General fehlt die Zeit, für die Murat Kurnaz die Truppe fehlt. McChrystal war in Afghanistan – in geheimer Mission. Da konnte er hemmungslos draufhauen! Dieser General war nun alos bei der Bundesregierung. Wurde er zu diesem Sachverhalt vernommen oder auch nur gefragt? Nein, er ist doch schließlich unser Verbündeter! Ein Grund mehr, unsere Soldaten zurückzuholen. Möchten Sie Ihre Kinder einem solchen Menschen anvertrauen? Mein Onkel war im Zweiten Weltkrieg. Er hat bis zu seinem Tod unter Alpträumen mit den Kriegserlebnissen gelitten.

Die Fraktion der Partei „**Die Linke**“ hat einen Antrag für die Stadtbürgerschaft formuliert. Am Mittwoch dieser Woche wird er eingereicht: **Rückzug aus Afghanistan**! Es ist eine eingehende **Diskussion** der Fraktion am **Dienstag**, dem **27. April 2010**, beschlossen worden, um 14 Uhr als Fraktionsrunde, um **18 Uhr** mit Bremer Experten, also mit euch vor allem! Eine öffentliche Diskussionsveranstaltung ist ebenfalls vorgesehen. Wer weitere Informationen etwa zum Termin möchte, kann sich an mich wenden, per Mail an GDBinder(at)web.de. Wieland hat auf der 274. Montagsdemo darauf hingewiesen: Die afghanische Bevölkerung wehrt sich zu Recht gegen die verhassten Besatzungstruppen! Deshalb muss die Forderung immer wieder lauten: Bundeswehr raus aus Afghanistan – und auch aus allen anderen Auslandseinsätzen! Es wäre noch viel zu sagen – aber erst den Rückzug organisieren!

2. Ohne Nutzung der **Atomkraft** gäbe es keinen Abfall, der zur Herstellung von uranhaltiger Munition verwendet werden könnte. Es müssen schließlich die vielen Abfälle verwertet werden, wegen der Kosten und mit der Begründung, die Munition sei panzerbrechend. Nebenwirkung ist ein langsames Krepieren ab einer gewissen Strahlendosis, siehe Wielands Beiträge 242. und 243. Bremer Montagsdemo. Wie werden unsere Soldaten auf diese Gefahren vorbereitet, und wie werden sie geschützt? Welcher Anwalt traut sich, hier Wiedergutmachung und Rechenschaft zu fordern?

Tschernobyl sollte eigentlich reichen, um die Atomkraft als unbeherrschbar zu brandmarken. Der Bau einer neuen Schutzhülle wurde 2007 vereinbart, die Bauzeit auf vier Jahre veranschlagt. Doch wurde überhaupt schon mit dem Bau begonnen? Ich habe darüber nichts gefunden. Die Folgen machen diese Art der Energiegewinnung nicht nur lebensvernichtend, sondern auch unwirtschaftlich teuer, nur werden die Folgekosten dem Steuerzahlern aufgehalst. Die Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel mit 120.000 Protestierenden am vergangenen Samstag ist ein Zeichen: Atomkraft, nein danke! Das fordern auch die Bremer an diesem Montag, dem 24. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl.

Viele Politiker sicherten den Demonstranten Unterstützung beim Atomausstieg zu, doch keiner verwies darauf, dass dazu der Lissabonner Vertrag geändert werden muss, der zur Förderung der Atomkraft verpflichtet. Zur Blockierung des EU-Vertrages hat Helga Trüpel damals etwas gesagt. Glaubwürdigkeit erlangt ein

Politiker anders! Dieser Erfolg gehört uneingeschränkt den Demonstranten. Hoffentlich wird auch anderen klar, warum sich die Partei „Die Linke“ *für* Europa, aber *gegen* diesen Vertrag ausgesprochen hat! Hoffentlich betreiben jetzt auch andere Parteien die Änderung dieses Lissabonner Vertrags!

Die verstrahlten Abfälle lagern in der Schachtanlage Asse. Sie wurde in staatlichem Auftrag betrieben. Die Einlagerungen erfolgten trotzdem nach Bergrecht und nicht nach Atomrecht. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die Schachtanlage Asse übernommen und viele Missstände beanstandet. Das Amt wird dadurch für diese Regierung unbequem. Es wird überlegt, die Zuständigkeit für Asse einer anderen Verantwortlichkeit zu übertragen. Auch hier ist nicht der Schutz der Bevölkerung, sondern die Ausgrenzung von Fachleuten das Ziel, also nicht die Lösung der Probleme, sondern deren Vertuschung.

Frau Merkel sorgt sich nun um die Weitergabe von verstrahltem Atomabfall. Sie befürchtet zu Recht den Bau von schmutzigen Bomben. Warum wird nicht gleichzeitig beschlossen, die Mülldeponien zu räumen oder wenigstens zu sichern? Der illegal in Somalia abgeladene Atommüll bleibt weiterhin offen auf dem Strand liegen und verstrahlt die Natur. Somalier berichten, dass 40 Prozent ihrer Bevölkerung an Krebs leiden! Strahlungswolken werden wie Aschewolken durch die Welt getragen. Der Verursacher ist Europa. Das Überwachungssystem für die meldepflichtigen Abfälle funktioniert nicht. Es wird Zeit! Die Piraten vor Somalia sind eine weitere Folge. Ihnen wurde die Zukunft geklaut! Piraten zu fangen ist einfacher, als den eigenen Müll zu sichern.

Wie will ausgerechnet Deutschland den moralischen Zeigefinger für einen vernünftigen Umgang mit den Strahlenabfällen heben? Hat nicht der damalige Bundeskanzler Kohl die Umschreibung des Gutachtens über das Endlager Gorleben selbst veranlasst? Ein Untersuchungsausschuss soll dies klären. Kohls Änderungswünsche waren Grund für dessen Einsetzung.

3. Die Zahl der Arbeitslosen ist im März 2010 gesunken, so hat es die Bundesagentur für Arbeit per Pressemeldung verkündet: „Die Frühjahrsbelebung hat den Arbeitsmarkt erreicht. Die **Arbeitslosigkeit** geht zurück“, so fasste der Vorstandsvorsitzende, Frank-Jürgen Weise, die Entwicklung des Arbeitsmarktes im März 2010 zusammen. Die Arbeitslosenzahl im März: minus 75.000 auf 3.568.000, die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich: minus 18.000, die Arbeitslosenquote im März: minus 0,2 Prozentpunkte auf 8,5 Prozent. Es fehlt in dieser Presseerklärung ein Hinweis, dass die Zählweise für die Statistik geändert wurde. „Das Jobwunder ist auch ein Statistikwunder“, kommentiert die „Süddeutsche Zeitung“ passend zum 1. April 2010.

Im März sei die Zahl der Erwerbslosen deutlicher gesunken als prognostiziert, schreibt das Blatt. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit habe jedoch vor Euphorie gewarnt: Die Ergebnisse seien nur geringfügig besser als erwartet. Eine Trendwende am Arbeitsmarkt zeichne sich noch nicht ab. Weise habe zudem auf Veränderungen der Arbeitswelt aufmerksam gemacht: „Wir haben inzwischen

mehr Teilzeitbeschäftigung, mehr befristete Stellen und mehr schlechter bezahlte Arbeitsplätze“. Zudem weist die „Süddeutsche Zeitung“ darauf hin, die sinkende Erwerbslosenquote sei auch Ergebnis einer geänderten Zählweise. Wer über private Vermittler eine Stelle suche, sei im März 2009 noch erfasst worden, falle nun jedoch aus der Statistik. Ohne diese und andere Änderungen wäre die Zahl der Arbeitslosen um 142.000 höher.

Wer diese Statistikwunder sacken lässt und dann die Erfolgsmeldungen der Wissenden liest, bekommt eine Gänsehaut. Es geht auch hier nicht um die Beseitigung des Problems, sondern weiterhin um dessen Vertuschung! Diese Vertuschung hat ein Ausmaß erreicht, das die Statistiker nicht mehr mittragen wollten. Immer mehr Erwerbslose werden nicht als Arbeitslose mitgezählt, weil einerseits immer neue Rahmenbedingungen für den Ausschluss aus der Statistik erfunden werden und weil immer mehr Menschen aus jeglichem Leistungsbezug fallen. Die Nichtzählung der an einen privaten Vermittler übergebenen Arbeitslosen wurde bereits im Mai 2009 erwogen. Aufgrund von Protesten wurde auf die Umsetzung verzichtet – bis zum März 2010.

Die neue Definition heißt Unterbeschäftigung. Sie beträgt in Bremen laut Tabelle 8d 14,7 Prozent. Der Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung beträgt in Bremen 77,1 Prozent. Diese Zahlen sind naturgemäß vorläufig, auch weil die Kurzarbeit nicht mitgerechnet wird. Wunderbare Gestaltungsräume werden für die Statistik genutzt! Einzelheiten und weitere Besonderheiten stehen unter der Tabelle 8b. Die Tabellen 4b und 5b sind auf die „Metropolregion Oldenburg-Bremen“ abgestellt. In solche Regionen hat die EU Deutschland neu aufgeteilt. Der Tag der Verwaltungsumstellung wird noch festgelegt. Auf Seite 7 gegt es um Zu- und Abgänge von Arbeitslosen. Insgesamt beendeten im Land Bremen im März 7.068 Personen ihre Arbeitslosigkeit, das sind 5,3 Prozent beziehungsweise 356 mehr als im Vormonat und 11,8 Prozent beziehungsweise 747 mehr als im Vorjahr. 2.302 Arbeitslose wurden in Erwerbstätigkeit integriert. In Tabelle 3a stehen weitere Daten. Demnach wurden 1.730 Arbeitslose in Ausbildung oder Qualifikation vermittelt.

Unerklärt ist somit der Verbleib von 7.068 minus 2.302 minus 1.730 gleich 3.036 Menschen. Dies sind Neurentner; Erwerbslose, die aus dem Leistungsanspruch gefallen sind, zum Beispiel beim Übergang von ALG I zu ALG II; insbesondere junge Menschen, die mit einer 100-Prozent-Sperre belegt wurden; Menschen, die aufgrund von Erbschaften, Steuernachzahlungen et cetera keinen Leistungsanspruch haben; Menschen, die an das Sozialamt abgegeben wurden, weil ihre Arbeitsfähigkeit unterhalb von 15 Stunden wöchentlich liegt; Menschen, denen unerlaubte Ortsabwesenheit unterstellt wurde und die daher den Leistungsanspruch verwirkt haben und so weiter. Über alle wird in der Statistik behauptet, sie „konnten ihre Arbeitslosigkeit beenden“. Soweit zur Klarheit dieser Statistik, die eine Basis für politische Entscheidungen liefern soll! Diese gemachten Zahlen werden gern als Begründung für den sogenannten Erfolg herangezogen.

4. „Bildung ist alles!“ Doch was nützt **Bildung** ohne eine entsprechende Nutzung im Arbeitsleben? Zu viel Bildung wird Überqualifikation genannt. Davor haben Chefs Angst. „Erwerbslose sind erwerbslos, weil sie ungebildet sind!“ Ein Vorurteil, das gepflegt wird. Die Erwerbslosen mit Migrationshintergrund haben die allermeisten Bildungsdefizite, weil die Ausbildung im Herkunftsland in Deutschland nicht anerkannt wird! Zur bevorzugten Vermittlung der erwerbslosen Akademiker hat die Bundesagentur für Arbeit seit Jahrzehnten besondere Anstrengungen unternommen. In Bremen und anderswo wurde sogar eine Extra-Außenstelle der Bundesagentur zur Vermittlung von Akademikern eingerichtet, aber nach circa zwei Jahren wieder geschlossen. Vermittlungserfolg in dieser Zeit: ein Akademiker! Auch die anderen Anstrengungen waren nicht erfolgreich. Es gibt einfach zu viele erwerbslose Akademiker und keine entsprechenden Arbeitsstellen oder lohnende Geschäftsideen zur Selbständigkeit.

Die Bundesagentur für Arbeit und die Argen erkennen jetzt langzeitarbeitslosen Akademikern den akademischen Grad ab. Dies erfährt der Arbeitssuchende aber nur indirekt beziehungsweise auf Nachfrage. „Sie haben jetzt einen anderen Fallmanager“, bekommt er zu hören. Der neue ist aus einen anderen Team. Der bisherige Fallmanager ist für Akademiker zuständig, der neue für den Rest der Welt. Auf dem Türschild ist dies ablesbar. Auf Nachfrage erklärte die abgebende Fallmanagerin: „Ihren akademischen Titel akzeptieren wir nicht mehr. Sie werden jetzt wie alle anderen Nichtakademiker betreut.“ – „Erhalte ich darüber einen Bescheid?“, fragte der Degradierte betroffen. „Nein, dies ist nicht vorgesehen. Sie müssen sowieso jede Arbeit annehmen.“

Demnächst werden wir wohl lesen, der Bundesagentur und den Jobcentern sei es durch gezielte Maßnahmen gelungen, die Zahl der erwerbslosen Akademiker nachhaltig zu senken. Wie geht der Ex-Akademiker damit um? Wie er möchte! Die Ausbildung und den eventuellen Titel kann keine Behörde negieren. Aus dem Lebenslauf ist die Ausbildung immer ersichtlich. Die Arge kann nicht zur Fälschung der Bewerbung verpflichten! Eine Vermittlung von Akademikern hat die Arge immer mit besonderen Förderungen angeschoben. Dies sollte der Mensch weiterhin einfordern. Wer möchte, kann die „Versetzung“ hinterfragen und mit Widerspruch belegen. Bei der Hinterfragung muss die Arge ja die Grundlage nennen. Dies kann dann im Widerspruch aufgegriffen werden. Bis dahin wird die Statistik sich immer mehr dem Vorurteil nähern: „Erwerbslose sind bildungsfern“!

5. Wie lautet der Schwur unserer Minister? „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“ Das ist der Eid. Einfach mal sacken lassen! Es steht nicht darin, dass Unrecht nicht zum Gesetz werden darf. Unrecht in Gesetzesform muss durchgesetzt werden? Dies hatten wir schon einmal! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft po-

sitiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hopp, hopp, hopp – Atomkraftwerke stopp!

Liebe Teilnehmer der Anti-AKW-Demo, herzlich willkommen hier auf dem Marktplatz bei der Montagsdemo! Wir kämpfen seit sechs Jahren gegen die unsoziale Politik, gegen die Hartz-Gesetze und auch gegen diese Bundesregierung. Wir sind deshalb selbstverständlich mit euch solidarisch im Kampf gegen die Atompolitik! Heute ist 24. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Dort geschah der Super-GAU, den es nach offizieller Lesart gar nicht hätte geben können. Wie viele Tausende oder gar Hunderttausende wohl gestorben sind, wie viele Menschen Krebs bekamen? Es gibt Trauer und Betroffenheit über die unzähligen Opfer. Zu ihnen gehören auch jene, die beim Bau des „Sarkophags“ ihr Leben oder ihre Gesundheit ließen. Es gibt aber auch grenzenlose Wut, wenn heute, 24 Jahre später, diese Bundesregierung wieder neue Atomkraftwerke planen lässt und im Dienste des Profits die Laufzeit der zum Teil schrottreifen Reaktoren auf 60 Jahre verlängern will. Dabei wurde seit Tschernobyl kein neues AKW in Deutschland mehr gebaut.

Doch schon der „faule Kompromiss“, den Grüne und SPD mit 32 Jahren Laufzeit und Restzeitübertragung ausgehandelt hatten, war Verrat: Er diente der Zersetzung der großen Umweltbewegung der siebziger Jahre. Nun aber ist eine neue, vielleicht noch viel stärkere Bewegung am Entstehen. Am Samstag demonstrierten wir mit 120.000 Menschen in der Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel. Weitere 15.000 umzingelten das AKW Biblis, und 7.000 demonstrierten in Ahaus. Haben wir etwa Demokratie? Nehmen wir als Beispiel das Atomlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen: 40 Prozent gehören EON, 20 Prozent dem Land selbst, und die Landesregierung stellt darüber sogar die Aufsichtsbehörde! Über Asse verbreitet die Regierung seit Jahrzehnten eine Lüge nach der anderen. Dieses Lügen und Betrügen ist es, was immer mehr Menschen in Rage bringt. Gegen dieses reaktionäre Bündnis aus Regierungen und Stromkonzernen – wie EON, Vattenfall, ENBW und RWE – hilft nur der aktive Widerstand!

Die Anti-AKW-Bewegung lebt nicht erst wieder seit letztem Samstag auf. Sie hat heute noch viel mehr Brisanz als vor 30 Jahren: Wenn sie sich verbindet mit der Arbeiterbewegung, den Kämpfen in den Betrieben gegen Entlassungen und Lohnsenkungen und mit anderen sozialen Bewegungen – wie der Montagsdemobewegung, den Schüler- und Studentenprotesten, den internationalen Kämpfen wie in Griechenland gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung –, dann wird aus ihr ein Sturm werden, der nicht nur die Regierung in Deutschland ins Wackeln bringt! Die Schulden Griechenlands sind ein „Klacks“ gegen das, was die großen Industrieländer an Schulden angehäuft haben und aus denen einige Großbanken laufend Milliardenprofite saugen. Der Kampf der griechischen Bevölkerung gegen die von der EU diktierte Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken, gegen Lohnsenkung, Steuererhöhung, Arbeitslosigkeit – das ist auch unser Kampf! Ihr habt unsere volle Solidarität, denn was heute in Griechenland passiert, wird über kurz oder lang auch uns blühen! Aber wir werden uns wehren!

Immer mehr Menschen machen nicht mehr mit: Am Samstag protestierten weit über 10.000 in Stuttgart gegen das „Projekt S21“. 280 alte Platanen sollen jetzt gefällt werden, damit der Wahnsinnsplan beginnen kann, einen denkmalgeschützten Bahnhof abreißen zu können, um einen Bahnhof für Hochgeschwindigkeitszüge unter der Erde zu bauen – und dabei den Nah- und Regionalverkehr der Bahn zu behindern und die ganze Region noch abhängiger vom LKW-Verkehr zu machen. Dies geschieht gegen den erklärten Willen der Bevölkerung. Das wird immer mehr zum Markenzeichen der Merkel-Regierung! Die „Tagesthemen“ enthüllten jetzt Folgendes: Weil 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland den Bundeswehreinsatz in Afghanistan ablehnen und die Regierung befürchtet, dass diese Ablehnung „in offene Feindseligkeit gegen den Stationierungsbeschluss“ umzuschlagen droht, bekam die CIA den Auftrag, eine PR-Strategie speziell für Deutschland zu entwickeln: „Man müsse der Bevölkerung klarmachen, dass verstärkt Gefahr von Terroranschlägen, Rauschgifthandel und Flüchtlingsströmen drohe“, wenn die Bundeswehr abgezogen würde. So sollen wir manipuliert werden! Der Kampf gegen Atomkraftwerke, gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und gegen die Hartz- Gesetze ist immer auch ein Kampf um demokratische Rechte, gegen das Lügen und Betrügen. Dafür gehen wir auch am Samstag, dem 1. Mai, auf die Straße!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das „Euromayday“-Bündnis lädt ein zur **Aktion gegen Prekarisierung und Ausbeutung** am **Donnerstag**, dem **29. April 2010**, um **15:30 Uhr**, Ecke Sögestraße/Liebfrauenkirchhof.

Für **Freitag**, den **30. April 2010**, um **19 Uhr** lädt die MLPD ein zur **1.-Mai-Vorabendveranstaltung** mit Musik und Tanz in den Mai in der Gaststätte „Postillion“, Werderstraße 66, zwischen Wilhelm-Kaisen-Brücke und Kuhhirten.

Auf dem Weg zum Bahnhof begegnet unser Fotograf der Anti-AKW-Demo.

Vor der Zentrale des Energieversorgers SWB gibt es eine kurze Kundgebung.

Anschließend geht es zum Marktplatz, wo die Atomkraftgegner...

...vom Moderator der Montagsdemo begrüßt werden.

Es folgen mehrere Redebeiträge (WMA-Tonaufnahme).

Selbstverständlich dürfen die Atomkraftgegner unser Offenes Mikrofon nutzen!

Prachtvoll erstrahlt das Alte Rathaus in der nuklear betriebenen Abendsonne.

Nur leider kriegt die blöde Neelmeyer-Webcam gar nichts mit...

...vom Geschehen vor der Bürgerschaft. Desgleichen der „Weser-Kurier“.

Fotos und Tonaufnahme: Frank Kleinschmidt („so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Krawall-Demagogie: Konservative Politiker möchten am liebsten alle linken Aktionen zum 1. Mai verbieten *(„Stern“)*

BGH überprüft Brechmittel-Urteil: Innensenator Röwekamp machte unqualifizierten Arzt zum Folterknecht in Bremer Polizeikeller *(„Tageszeitung“)*

„Störfälle“ nur bei Nordwestwind: Bremer Stahlwerke blasen erneut Pestilenzwolken übers dünnbesiedelte Seehausen *(„Weser-Kurier“)*

Bundesregierung und EU-Kommission garantieren Schutz für Spekulanten: Prompt stürzen die Kurse griechischer Banken ab *(„Süddeutsche Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

277. Bremer Montagsdemo am 03. 05. 2010

Ein-Euro-Jobber mit acht Euro Stundenlohn in Rechnung gestellt

1. Ausgerechnet der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky wurde von der SPD mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ausgezeichnet. Was ist dazu von einem Sigmar Gabriel zu halten, der den so Geehrten für einen „sozialdemokratischen Schatz“ hält, der dringend gezeigt werden müsse? Buschkowsky sei ein Mann mit klarer Sprache, der auf die Menschen zugehe und die Probleme anpacke, der eine Bereitschaft zu Veränderungen, für neue Ideen und Mut zum Widerspruch besitze. Angeblich weise der streitbare Sozialdemokrat nur in deutlichen Worten auf soziale Missstände hin.

Ach, wenn er im Zusammenhang mit dem geplanten Betreuungsgeld für Kinder behauptet, die deutsche Unterschicht würde das Geld „versaufen“, dann ist das natürlich lediglich als „Hinweis“ zu werten und natürlich niemals als Umstand der **Volksverhetzung** zu deuten? Ob Buschokwkys Idee wirklich so neu sind? Ist Deutschland zu einer Bananenrepublik geworden, in der die Hetzer auch noch geehrt werden? Oder warum scheinen die Sarrazins, Buschkowskys, Möllenstädts und Heinsohns beim Lostreten einer perfiden Unterschichtendebatte bei der deutschen Staatsanwaltschaft absolute Narrenfreiheit zu genießen? Soll hier erneut eine soziale Selektion betrieben werden, um den „Pool minderwertiger Gene“ nicht noch weiter zu füllen? Dabei müsste solch ein ekelhaft gefährlicher Dummfug schleunigst im Ausguss runtergespült werden!

2. So darf es nicht verwundern, wenn wir schon wieder lesen müssen, dass Akademikerkinder unabhängig von ihrer Intelligenz und ihrem Lesevermögen bundesweit eine fast dreimal so große Chance haben, von ihren Grundschullehrern eine Empfehlung für den Besuch des Gymnasiums zu bekommen, wie Kinder aus der Mittel- und Unterschicht. Es gibt jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Die Koppelung von sozialer Herkunft und Gymnasialchancen ist demnach im Saarland, in Sachsen, Hessen, Bayern und in Sachsen-

Anhalt besonders groß, wohingegen die Forscher in Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen keine bedeutsamen Unterschiede finden konnten, wenn die Gymnasialempfehlungen von Kindern mit gleicher Intelligenz und Lesekompetenz verglichen wurden.

Während bundesweit die Gymnasialchancen von Akademikerkindern 2,72 Mal so groß sind wie die von Kindern aus der Mittel- und Unterschicht, erreicht das Saarland mit einer Quote von 4,52 im Bundesländervergleich den schlechtesten Wert in Sachen Chancengleichheit, gefolgt von Sachsen (4,12), Hessen (3,84) und Bayern (3,30). Auch das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen schneidet mit 3,10 schlechter als der Bundesschnitt ab. Hiermit wird erneut der Unsinn einer Auslese von zehnjährigen Kindern für unterschiedliche Schulformen bewiesen. Die Begründungen für das dreigliedrige **Schulsystem** widerlegen sich selbst, wenn es eindeutig so viele Talente und Fähigkeiten unentdeckt lässt oder sogar verschüttet, weil Kindern aus unteren Schichten der Besuch des Gymnasiums nicht zugetraut wird. Stattdessen ist es dann einfacher, erneut eine Hetze loszutreten, damit offenkundig nicht unbedingt die geistige, wohl aber die finanziell gehobene Schicht fein unter sich bleiben darf. Wie oft müssen Untersuchungen noch durchgeführt, solche Artikel eigentlich noch gedruckt werden, bevor sich an dem System etwas verändert? Oder ist das etwa gar nicht beabsichtigt?

3. In der Region Ruhr leben rund ein Viertel der Menschen in Armut! Dabei fallen die Armutsquoten umso höher aus, je jünger die Kinder sind. Weil zum Beispiel in Unna die Zahl der 10- bis 16-Jährigen um satte 30 Prozent zurückgehen wird, lassen sich manche Orte in der Gegend als aussterbende Areale bezeichnen. Es stellt sich die Frage, wie die Region mit diesen Erkenntnissen umgeht, die seit Dezember 2009 vorliegen, wenn das Ruhrgebiet nun wirklich „ärmer und dümmer“ wird. Aha, sie veröffentlicht also das Papier erst einmal nicht. Der Vorbericht zur Studie besteht aber nicht nur aus einer Ansammlung loser Blätter, sondern aus einem 121 Seiten starken Druckwerk mit aktuellen Zahlen. Die Forscher beklagen besorgniserregende Befunde, die von struktureller Art seien. Mit den Daten lasse sich die **Bildung** im Ruhrgebiet in Abstimmung mit den Städten auf ein ganz anderes Niveau zu heben. Natürlich habe das weitere Herummodern des Papiers in den verstaubten Schubladen rein gar nichts mit der bevorstehenden Wahl in Nordrhein-Westfalen zu tun. Das kann man glauben oder auch nicht, zumal die Annahmen der derzeit noch amtierenden schwarz-gelben Landesregierung in krassem Gegensatz zu dem stehen, was der Bericht aufzeigt.

Während Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) tapfer an der gegliederten Schule und auch an der Hauptschule festhalten will, machen die Autoren die Risiken dieser Strategie deutlich. Denn die Hauptschule sei die „Achillesferse“ der allgemeinbildenden Schulangebote. Die Schülerrückgänge an den Hauptschulen fallen im Vergleich zum restlichen Land an der Ruhr noch dramatischer aus. Die unter besonderer Finanznot leidenden Städte und Gemeinden der Ruhrmetro-

pole haben einen Überhang von 20,4 Prozent Hauptschulen und müssen mit einem hohen Finanzaufwand eine Schulform erhalten, die fast keiner mehr besuchen will. Weil von den Grundschulabgängern im Ruhrgebiet nur noch zehn Prozent eine Hauptschule besuchen, entsteht bei dieser Quote eine soziale Problemverdichtung, die ein erfolgreiches Lernen quasi verunmöglicht. An der Ruhr sind die Migranten besonders benachteiligt, weil fast jeder zweite Hauptschüler ein Migrantenkind ist. Von ihnen verlassen insgesamt 15,1 Prozent die Schule ohne Abschluss. Damit ist der Anteil der Schüler mit Zuwanderungsgeschichte an den Schulabgängern mit unzureichender Bildung 2,5 Mal so groß wie bei den deutschen Schülern.

4. Überall zeigt sich, wie das dreigliedrige Schulsystem versagt. Dennoch soll es unbedingt beibehalten werden, koste es, was es wolle. So wird halt auf Teufel komm raus geflickschustert. Nun möchte Bundesbildungsministerin Annette Schavan bundesweit 3.200 Billig-, äh, „Bildungslotsen“ einführen, die speziell Hauptschüler aus der Schule in eine **Ausbildung** begleiten. Mit Staunen vernehme ich den angeblichen Lehrlingsmangel, obwohl ich überall junge Menschen sehe, die verzweifelt nach einer Lehrstelle suchen, keine bekommen und stattdessen in die sinnlosen Warteschleifen des Arbeitsamtes gesteckt werden, bloß damit sie nicht die Statistik belasten und ein bisschen mehr „schöne neoliberale Welt“ gezeigt werden darf. Ich brauche es eigentlich kaum zu erwähnen, dass die „Lotsen“ zu einem Drittel ehrenamtlich arbeiten sollen. Ist es nicht Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass die Schüler ausreichend in der Schule bei dafür ausgebildeten Lehrern den Stoff lernen, den sie für den Abschluss, eine weiterführende Schule oder eine Ausbildung benötigen? Nach dem Ende der Schulzeit darf den Jugendlichen das Ergebnis ihrer vielleicht mangelhaften Bildung durch das unzulängliche Bildungssystem nicht auch noch als persönliche Dummheit ausgelegt werden!

Aber Hauptsache, Frau Schavan fordert eine faire Chance für alle. Deshalb richtet sich ein neues Programm ihres Hauses speziell an Hauptschüler ab der siebten Klasse. Immerhin sollen die Bildungslotsen über pädagogische Qualifikationen verfügen, brauchen aber offensichtlich keine examinierten Lehrer mehr sein. In der 7. Klasse würden mit einer „Potenzialanalyse“ Fähigkeiten und Neigungen der Schüler festgestellt. In Klasse 8 erlebten die Schüler dann an Praxisstationen in der Handwerkskammer zehn Tage hintereinander einen Acht-Stunden-Tag. Dort könnten sie ihre Fähigkeiten testen und bekämen einen Berufswahlpass. In Klasse 9 folge eine vertiefende Orientierung, in Klasse 10 schlössen sich Berufspraktika an. „Da es ja nicht Sinn und Zweck sein kann, die nächste Generation Hartz-IV-Kunden zu züchten“, werden sie dann möglichst bald in nicht existenzsichernde Jobs vermittelt, oder dafür ausgebildet. Sollen hier wirklich initiativ junge Menschen nach der Schule zu guter Ausbildung verholfen werden, die anschließend wieder hohe Gehaltsansprüche stellen? Wieso haben wir dann gerade unter den Facharbeitern einen so erschreckend hohen Anteil von Aufstockern

oder Kurzarbeitern? Etwa, weil genug Arbeitsplätze und entsprechende Aufträge da sind? Oder einfach nur, weil die bisherigen Löhne, von denen es sich noch leben ließ, gar zu hoch sein sollen?

5. Toll, künftig soll es auch in Deutschland eine nationale **Elitenförderung** geben. Frau Schavan sprudelt offenbar über vor lauter merkwürdigen Ideen. Die Bundesbildungsministerin plant, die besten Studierenden mit einem Stipendium zu belohnen. Weil das Stipendium unabhängig vom Einkommen der Eltern vergeben werden soll, würden wahrscheinlich vor allem all jene einen Nutzen daraus ziehen, die eine Unterstützung überhaupt nicht benötigten. Nach Meinung von Frau Schavan müssten sich doch Begabung, Fleiß und Leistung lohnen. Wenn nur die „besten, begabtesten und leistungsfähigsten“ zehn Prozent der Studierenden ein vom Einkommen ihrer Eltern unabhängiges Stipendium von monatlich 300 Euro bekommen, dann wird sich von der Idee der Chancengleichheit mit Hochdruck verabschiedet!

Dabei gelten im internationalen Vergleich die bundesdeutschen Schulen und Hochschulen bereits heute als besonders sozial ungerecht. Das Elitenförderungsprojekt der Regierung wird die bildungsbezogene soziale Schließung der Gesellschaft nach unten noch weiter verstärken. Wer hat, dem wird gegeben! Auch sind die Vergabekriterien für die Stipendien weitgehend unklar, und Rechtsansprüche wie beim Bafög bestehen nicht. Studien belegen, dass große Teile der Stipendiaten aus gut verdienenden Haushalten kommen. Das kann natürlich nicht wirklich überraschen, auch wenn schulischer und universitärer Erfolg gerne als individuelle Leistung verkauft werden, obwohl er doch wesentlich durch den familiären und sozialen Hintergrund mitbestimmt wird. Das Bafög muss erhöht und der Zugang zu den Hochschulen auch denen geöffnet werden, die nicht von klein auf mit dem goldenen Löffel gefüttert wurden und bei Bedarf auch immer Nachhilfeunterricht bezahlt bekommen haben!

6. Knapp drei Monate nach dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts setzen die ersten Gerichte die neuen Vorgaben um. Das Sozialgericht in Detmold verurteilte die städtische Arge, die Kosten von Monatsfahrkarten für zwei Schüler zu übernehmen. Diese Tickets stellten einen laufenden, nicht nur einmaligen Bedarf dar, wie er zur Deckung des menschenwürdigen Existenzminimums nötig sei, entschied das Gericht in einem am Freitag, dem 30. April 2010, veröffentlichten Urteil. Darin wird die neue **Härtefallregelung** angewandt.

7. Etwa 7.000 Menschen beteiligten sich an der diesjährigen Demo zum **1. Mai**. Der DGB hatte sich ausgerechnet „Wir gehen vor: Gute Arbeit, gerechte Löhne, starker Sozialstaat“ auf die Fahnen geschrieben und propagierte gleichzeitig auf dem Domshof einen Mindestlohn von lachhaften 7,60 Euro die Stunde. Brutto bestimmt noch! Wer soll denn davon leben können und sich gleichzeitig solche bescheidenen Selbstverständlichkeiten erfüllen wie eine Familie zu ernähren und für

das Alter vorzusorgen? Liegt es daran, dass die meisten Politiker einkaufen lassen und auch sonst die Lebenshaltungskosten nicht im Kopf haben, oder warum wird mit derartig absurd zu niedrigen Zahlen gehandelt?

Es war eine gemütliche Latschdemo, auf der es sich gut nebenbei mit Freunden und Bekannten reden ließ. Auf dem Domshof war wie üblich vor der Bühne ein Sammelsurium von Fressbuden bis zu Büchertischen aufgebaut. Mit einer Kollegin diskutierte ich über die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und wie gerne ich einer beitreten würde, wenn ich denn eine fände, die sich nicht wie ein zahnloser Tiger schnurrend auf dem Schoß der Unternehmer einrollen würde. Statt die Banken bei ihren Zockereien mit Milliarden Euro wie Sterntaler zu überhäufen, sollte dieses offensichtlich vorhandene Kapital gefälligst in gute Bildung, in Soziales und das bitte nicht noch weiter gekappte Gesundheitssystem gesteckt werden! „Gute Bildung für alle“ Und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss immer energischer gefordert werden, angesichts steigender Kurzarbeit, Lohndumping, Leiharbeit und sehr ungleichen Bildungschancen. Wir zahlen nicht für eure Krise!

Gegen 12:30 Uhr zog eine kleine „Sonderdemo“ von etwa 70 Leuten zum Bremer Geschichtenhaus im Schnoor. Hier fördert die „Bras“ Erfolge in der Bremer Tourismusförderung auf Kosten von Arbeitslosen. Wir finden die Idee, Bremer Geschichte zu erzählen, wirklich gut, bloß darf dies nicht auf dem Rücken von Erwerbslosen per Arbeitszwang, gar als nahezu rechtlose Ein-Euro-Jobber geschehen, sondern selbstverständlich mit einem fairen Lohn, von dem es sich unabhängig von der Verfolgungsbetreuung durch die Bagis leben lässt! Klar arbeite die Erwerbslosen hier „freiwillig“, weil ihnen andernfalls ihre Gelder komplett gestrichen würden, wenn sie niemanden haben, der ihnen dabei helfen kann, ihre Rechte durchzusetzen. Zwangsweise Geschichten erzählen ist dann bestimmt noch „besser“ als zwangsweise Müll aufzusammeln!

Auf der Montagsdemo, beim „Sozialen Lebensbund“, bei „Bestand und Beratung“ oder dem „Bremer Erwerbslosenverband“ kann ihnen dabei geholfen werden! Nichtsdestotrotz lassen sich hier Langzeiterwerbslose für schlappe 1,20 Euro die Stunde zusätzlich zum ALG II ausbeuten, was den Verzicht von jahrzehntelang erkämpften Arbeitnehmerrechten wie Bildung eines Betriebsrates, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub mit einschließt! An den Ein-Euro-Jobbern verdienen immer nur deren Träger und bestimmt nicht die Erwerbslosen! Eigentlich darf ein Ein-Euro-Job nur als letzte Maßnahme angeraten werden. Er soll unbedingt dabei helfen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Uneigentlich wird hier ein ungeheurer Missbrauch betrieben. Die „Bras“ kassiert pro Ein-Euro-Jobber 250 Euro pro Monat pro Nase!

Das Geschichtenhaus ist nicht der einzige Ort in Bremen, an dem Menschen, die von den Unternehmen nicht mehr profitabel eingesetzt oder von der Stadtkommune aufgrund der Sparorgien der vergangenen drei Jahrzehnte nicht mehr regulär beschäftigt und bezahlt werden können, in „Ein-Euro- Jobs“ gezwungen werden. Sie werden überall dort ausgebeutet, wo früher schlecht bezahlte Jobs

waren. Heute können kaum noch Schulkantinen, Kitas und Einrichtungen zur Betreuung und Pflege für gebrechliche Menschen, öffentliche Grünflächenpflege, Tätigkeiten in Behörden und Ämtern ohne Ein-Euro-Jobber auskommen. Das ist ein einziger Skandal, der jedoch zur Normalität erklärt werden soll!

Viele der großen „Beschäftigungsträger“ nutzen die ihnen kostenlos von der Bagis zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte zum Gewinnmachen und zur Sicherung der gut bezahlten Arbeitsplätze ihres Leitungspersonals. Leider mutierten viele ehemals „gemeinnützige“ Träger zum Teil zu gewöhnlichen Geschäftsunternehmen, die ihre Vorgehensweise mit gesetzlichen Vorgaben und angeblichem sozialem Tun für hilfsbedürftige Menschen rechtfertigen. Skandalöserweise werden „Ein-Euro-Jobber“ den Kunden mit acht Euro Stundenlohn in Rechnung gestellt! Solche Geschichten werden im Bremer Geschichtenhaus natürlich nicht erzählt. Während der Kundgebung trat eine benachbarte Unternehmerin in die Breschen der „Bras“ und behauptete, dass deren Mitarbeiter alle gerne dort arbeiten würden und auch alle in Arbeit vermittelt worden wären. Da haben wir sehr gegenteilige Ergebnisse vorliegen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Restriktive Gewährungspraxis ist nichts anderes als die Vorenthaltung von Leistungen

1. Die Senatspressestelle hat rechtzeitig zum 1. Mai eine Studie das IAB vorgestellt. Auftraggeberin ist die Senatorin für Soziales et cetera der Freien Hansestadt Bremen. Die Pressemitteilung beginnt wie folgt: „Die Arbeitsmarktregion Bremen ist dynamisch Arbeitsressort und Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen stellen Studie über die ‚Dynamik und Aufnahmefähigkeit des Bremer Arbeitsmarkts‘ vor. Die Dynamik am Arbeitsmarkt in der Region Bremen ist enorm. Etwa ein Drittel der Arbeitsplätze wird durchschnittlich innerhalb eines Jahres neu besetzt. Anders gesagt: In jedem Jahr finden rund 160.000 Neueinstellungen statt. Damit dauert ein Beschäftigungsverhältnis durchschnittlich drei Jahre.“

Den Text der Pressemeldung habe ich dreimal auf der Bremen-Homepage gefunden, den IAB-Bericht nicht. Scheinbar wurde er vorgestellt und vergessen.

Gut am 1. Mai vorbeigeschummelt? Genau diese Themen waren am 1. Mai dran! Schuster, ick hör dir trapsen! „Etwa ein Drittel der Arbeitsplätze wird durchschnittlich innerhalb eines Jahres neu besetzt.“ Dies als „dynamische Entwicklung“ zu bezeichnen, erscheint mir sehr gewagt. Früher war jeder Arbeitsplatzwechsel mit einer Verbesserung verbunden. Heute ist es gegenteilig. Wie kann dies als „dynamisch“ gewertet werden? Dynamisch in die Präkarisierung! Eine Betriebszugehörigkeit von drei Jahren wurde früher „ex und hopp“ genannt. Personaler, die nur eine so kurze Personalbindung erzielen konnten, galten als Stümper!

Zum Schummeln mit der **Statistik** zwecks Vertuschung der Probleme siehe die letzte Montagsdemo. So wird eine Statistik „wahlfein“ gemacht! Probleme anpacken und lösen sieht anders aus. Die Zahlen für April hat Bloggerin Sybilla bis ins Detail aufgedröselt. Eine klasse Darstellung! Die Wirtschaftsweisen sollten sie zur Kenntnis nehmen. Aber aus der verfälschten Statistik wird locker eine „Besserung der Konjunktur“ gelesen und schon einmal von zusätzlichen Einnahmen durch steigende Beschäftigung ausgegangen. So meldet die „Rheinische Post“: „Bessere Konjunktur und geringere Zinsen drücken Defizit 2010 um vier Milliarden“. Die Täuschung wird so Wahrheit! Statt „Betrug durch Statistik“ heißt es „Änderung der Rahmenbedingungen zur Ermittlung der Zahlen“. Die Zahlen sind wertlos, ohne jegliche Vergleichskraft!

Am 30. Juni 2009 sagten die FDP-Politiker Brüderle und Niebel über eine geschönte Statistik: „Potemkinsche Arbeitsmarktzahlen sind eine Unverschämtheit“. Sie sollten sich erinnern! Ich habe am Freitag reichlich Nachrichten gehört. Viele Redakteure haben dazu getextet. Leider hat nicht einer den Betrug entlarvt! Im „Weser-Kurier“ steht in dem Kommentar immer ein zaghafter Hinweis auf die Auswirkung der Statistikänderung. Das ist aber nur ein Fingerzeig zur Weitersuche, denn die Auflösung steht nicht im „Weser-Kurier“. Ich hoffe hier auf eine Änderung.

Wie war dass noch mal mit der Meldung der Senatspressestelle: „Die Arbeitsmarktregion Bremen ist dynamisch“. Die Pressemeldung endet: „Staatsrat Dr. Joachim Schuster kündigte an, die Arbeitsmarktprogramme des Landes, insbesondere die Fachkräfteinitiative, nach den Ergebnissen der Studie noch passgenauer auszurichten. ‚Im Wesentlichen bewegen wir uns auf der richtigen Schiene. Wir werden aber im Detail prüfen, ob wir Schwerpunkte der Qualifizierung für den Dienstleistungsbereich noch vertiefen können‘, so Schuster.“ Die Arbeitslosenzahlen in Bremen sind fast doppelt so hoch wie in der Umgebung! Ich bin gespannt. Fortsetzung folgt!

2. Gefunden habe ich bei meiner Suche nach der IAB-Studie zum Bremer Arbeitsmarkt die IAB-Studie „Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen. Kurzzusammenfassung wichtiger Ergebnisse.“ Sie ist hochaktuell und sehr interessant, auch weil dieses Institut von der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird. So detailliert und wirklichkeitsgetreu habe ich dies bisher nur von der Diakonie gelesen.

Die Aussagen zum einzelnen Haushalt sind sehr prägnant. Wer etwas über die Auswirkungen von ALG II auf den einzelnen Menschen und die Folgen erfahren möchte – einfach lesen! Darum geht es (Seite 5):

> „Die auf insgesamt vier Erhebungswellen angelegte Studie rückt die subjektive Perspektive von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, ihre Erfahrungen mit dem Hilfebezug sowie mit der am Prinzip des „Förderns und Forderns“ ausgerichteten Praxis der Hilfegewährung in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Eine auf „Aktivierung“ zielende *policy*, wie sie 2005 mit dem SGB II in Deutschland implementiert wurde, sucht an den Handlungsorientierungen und Verhaltensweisen der Transferleistungsempfänger anzusetzen, indem einerseits durch eine moderate Begrenzung materieller Unterstützungsleistungen, andererseits durch auf den Erhalt und die Erhöhung individueller Beschäftigungsfähigkeit gerichtete Maßnahmen eine möglichst schnelle Integration in existenzsichernde Erwerbsarbeit erreicht werden soll.“

Auf vielen Seiten folgen jetzt die Bewertungs- und Auswahlkriterien sowie typisierte Schlussfolgerungen – und warum dies nicht klappt. Die Eingliederungsvereinbarung wird hier noch als wirksames Werkzeug gestreift. Inzwischen kann die Eingliederungsvereinbarung als Verwaltungsakt erlassen werden. Unterschreiben muss kein finanziell Abhängiger mehr. Wenn der Widerspruch gegen die als Verwaltungsakt erlassene Eingliederungsvereinbarung aufschiebende Wirkung haben soll, so ist dies vor dem Sozialgericht im Einstweiligen Rechtschutzverfahren einzufordern.

Auf Seite 18 und 19 stehen gute Schlussfolgerungen zur Reaktion auf die Wahrnehmung des „Betreuers“ durch die finanziell Abhängigen. Betreuer habe ich in Anführungsstriche gesetzt. Es fehlt ein Hinweis darauf, dass eine Abwahl des „Betreuers“ durch den finanziell Abhängigen nicht möglich ist – dies erhöht die Abhängigkeit ungemein! Auf Seite 23 steht als Ausnahme, es gibt wenige Zufriedene in ALG II Bezug:

> „Anzutreffen sind jedoch auch einige wenige Fälle, in denen es zu gelingen scheint, sich in einer subjektiv befriedigenden Weise mit dem Budget des Arbeitslosengeld II einzurichten. Hier spielen arbeitsmarktferne biographische Orientierungen ebenso eine Rolle, wie die Fähigkeit, durch Reduktion von Bedürfnissen und geschicktes Alltags- und Finanzmanagement die negative Anreizfunktion im Effekt zu ‚unterlaufen‘.“

Der Hinweis, dass diese Zufriedenheit mit Verzicht erkauft wird, fehlt aber nicht! Es geht weiter:

> „Allerdings finden sich vielfache Fallkonstellationen, in denen es zu berichtenswerten Problemen auf Ebene der sozialpolitisch relevanten materiellen Teilhabe kommt. Das „Leben mit Hartz IV“ ist häufig mit Sorgen und/oder manifesten Problemen hinsichtlich der Realisierung oder Aufrechterhaltung von Teilhabe verbunden. So sind die Themen ‘Verzicht, und ‘Einschränkung, in fast allen von uns geführten Interviews prä-

sent. Beobachtbar waren auch manifeste Versorgungskrisen, etwa aufgebrauchte Geldmittel und leere Kühlschränke zur Monatsmitte, in denen das Ziel der Gewährung einer realisierten Grundsicherung offenkundig nicht erreicht wurde. Derartige Extremsituationen bildeten jedoch eher die Ausnahme, wenngleich wir auch Berichte über wegen Zahlungsrückständen unterbrochene Wasser- und Energieversorgung und Ähnliches erhalten haben. Versorgungsengpässe zum Monatsende hingegen sind ein weiter verbreitetes Phänomen."

Dies ist gut beobachtet und beschrieben. Allerdings sind die Probleme nach meinen Erfahrungen noch wesentlich dichter. Viele Probleme, Sorgen und Nöte werden durch vorgeschobene Argumente vertuscht. Über nicht realisierte Pläne und Träume steht hier nichts. Auf Seite 24 geht es weiter mit:

„Die Liste der uns berichteten Einschränkungen ist vielgestaltig, und die jeweiligen Auswirkungen auf unterschiedliche Teilhabedimensionen lassen sich in vollem Umfang nur im jeweiligen fallspezifischen Kontext erschließen. Überblicksartig werden in den Interviews Einschränkungen beziehingsweise Verzicht in den Bereichen Ernährung, Kleidung, Mobilität, Kommunikations- und Informationsmedien, Freizeit und Erholung, Gesundheitsversorgung, Absicherung, soziale und kulturelle Aktivitäten, Familienfeierlichkeiten, Energieverbrauch, Wohnen, Bildung thematisiert – manchmal einzeln, zumeist aber als Kombination mehrerer dieser Dimensionen materieller Teilhabe.

Dabei lässt sich das auf Grundsicherungsniveau vorzunehmende Knappheitsmanagement nur bedingt mit jenem vergleichen, das auch der Durchschnittsverdienerhaushalt vornehmen muss. Bei den Hilfebeziehern geht es beispielsweise um Fragen wie die teilweise Substitution elektrischen Lichts durch Haushaltskerzen, das Abmelden von Telefonanschlüssen, die Ablehnung von Einladungen und den Verzicht auf Familienfeierlichkeiten wie Geburtstage und Weihnachtsfeste, aber auch um die Nichtinanspruchnahme des Gesundheitssystems oder Abstriche bei Ernährung und medizinisch erforderlichen Diäten, um Probleme bei der Reparatur und/oder Wiederbeschaffung von Haushaltsgeräten oder Mobiliar.

Bei manchen der Befragten ist eine deutliche Überforderung zu erkennen angesichts der knappen verfügbaren Ressourcen und der daraus entstehenden Anforderungen an eine besonders hohe Disziplin in Fragen des Finanzmanagements und der Haushaltsführung. So werden Zahlungstermine nicht antizipiert, und oft ist es aus subjektiven wie objektiven Gründen nicht möglich, ausreichende Rücklagen für unvorhergesehene Ereignisse zu bilden, was aufgrund der pauschalierten Bedarfsberechnungen in der Grundsicherung erforderlich wäre. Die Folge sind materielle Engpässe, die dann nicht selten durch Schuldenaufnahmen kurzfristig scheinbar ‚überbrückt' werden, wodurch erwartbare An-

schlussprobleme generiert werden, denn die Rückzahlungen schmälern das knappe Budget weiter.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass größere Bedarfsgemeinschaften – in der Regel Haushalte mit Kindern – wegen ihrer absolut betrachtet höheren Einkünfte größere Gestaltungsspielräume haben, die jedoch im Rahmen eines Nullsummenspiels zwangsläufig auf internen Umverteilungen beruhen und so mit dazu beitragen, dass verdeckte Ungleichheitseffekte entstehen (‚alles für die Kinder' bedeutet zum Beispiel verstärkte Einschränkungen bei den Eltern). Auch geben unsere Auswertungen Anlass zu der Annahme, dass sich Problemlagen mit steigender Hilfebezugsdauer verschärfen, da dann gegebenenfalls vorhandene Reserven aufgebraucht sind und neue Investitionsbedarfe für den Haushalt nicht hinreichend gedeckt werden können. Zudem findet sich eine Tendenz, zunehmend Einsparungen an sozialinvestiven Ausgaben vorzunehmen, mit dem Risiko eines sukzessiven Verlustes an sozialen Kontakten und zunehmender Marginalisierung und (Selbst-)Isolation."

Die Not der finanziell Abhängigen wird auch auf den Folgeseiten treffend beschrieben. Im nächsten Gliederungspunkt geht es um das Arbeitsvermögen (Seite 26). Besonders hervorzuheben ist hier die Beschreibung der jungen Erwerbslosen. Die Nennung der Ursache fehlt aber. Ab Seite 29 wird die Prekarisierung beschrieben:

„Hilfebedürftigkeit und Hilfebezug sind in vielen Fällen auch Ausdruck neuer, auf eine Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes zielender Strukturen der Erwerbswelt. Vielfach werden Normalarbeitsverhältnisse (unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze) abgebaut und (neue) Arbeitsplätze auf der Basis von Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung oder Teilzeitarbeit vergeben. Zudem sind viele Beschäftigungsverhältnisse gerade für geringer qualifizierte Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor angesiedelt. Die Folgen sind nicht nur eine relative Schlechterstellung der Betroffenen in den beitragsabhängigen sozialen Sicherungssystemen, sondern häufig auch Niedrigeinkommen, die keine eigenständige Lebensführung jenseits von zusätzlichen staatlichen Transferleistungen ermöglichen. Entsprechend befinden sich unter den Hilfebeziehern auch Erwerbstätige, die als sogenannte ‚Aufstocker' ergänzende Leistungen aus der Grundsicherung beziehen."

Ich glaube, genau die Faktoren werde ich in der IAB-Studie „Die Arbeitsmarktregion Bremen ist dynamisch" wiederfinden. Auf Seite 30/31 geht es nochmals um die besondere Hilflosigkeit von jungen Menschen. Auch hier wird Klartext geschrieben:

„Es zeigt sich aber ebenso, dass bestimmte Regelungen der Gesetzesdurchführung kontraproduktiv wirken können. So werden etwa Jugendliche, die aufgrund massiver Probleme in und mit ihren Herkunftsfamilien in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, mit Erreichen der

Volljährigkeit wieder in das ungünstige familiäre Umfeld zurück versetzt, da ihnen keine eigene Unterkunft zugestanden wird. Die Konsequenz ist eine weitere Destabilisierung der Lebenssituation."

Dies muss nicht sein. Wer mit seinen Erziehungsberechtigten nicht klarkommt, sollte den Auszug probieren, trotz der vielen Hürden, notfalls mit Hilfe des Gerichts. Wie dies geht? Wir gehen mit! – In der Folge geht es um die Nöte der Alleinerziehenden. Hier ist noch anzumerken, dass diese bis zum dritten Lebensjahr des Kindes dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen müssen. Bei zwei Erziehungsberechtigten gilt dies für den erziehenden Partner. Den können die Partner frei wählen. Die Arge hat diese Wahl zu akzeptieren. Hier wird von der Arge häufig Rechtsmissbrauch betrieben. Gegenwehr ist einfach möglich. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Es folgen Hinweise auf die negativen Auswirkungen vom ALG-II-Bezug auf die Altersversorgung und die Beschreibung von Einstellungen und Verhalten zum ersten Arbeitsmarkt. Leider wird die Erfolglosigkeit dieser Anstrengung nur gestreift. Dass der Gesetzgeber diesen Aufstieg in den ersten Arbeitsmarkt gar nicht will, ergibt sich aus den inzwischen weiter negativ geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen: keine ABM-Stellen mehr für ALG-II-Bezieher, keine Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung für geförderte Arbeitsmaßnahmen. Damit ist kein Erwerb von Ansprüchen auf ALG I mehr möglich durch die Aufnahme einer geförderten Beschäftigung. Auf Seite 33 wird mit dem häufigsten Vorurteil aufgeräumt:

„Die vielfältigen, auch eigeninitiativ ergriffenen Aktivitäten der Hilfebezieher widersprechen dem in Teilen der Öffentlichkeit präsenten Bild des passivierten Transferleistungsempfängers, der es für erstrebenswert empfindet, ein Leben im Hilfebezug zu führen."

Etwas weiter steht, dass

„sich Motivation durch die Maßnahmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik nicht zwangsläufig von selbst einstellt und sich auch nicht durch Sanktionierungen erzwingen lässt. Vielmehr bedürfte es nach unserer Einschätzung in diesen Fällen einer eher sozialpädagogisch..."

Weiter geht es damit, dass

„zugewiesene Maßnahmen und Kategorisierungen durch die SGB-II-Träger demotivierend wirken, indem sich die Betroffenen herabgewürdigt fühlen und Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl angegriffen werden. Hier scheint sich an manchen Punkten eine Schere aufzutun zwischen der prinzipiell zwar individualistisch-fallbezogenen Ausrichtung des im SGB II niedergelegten Grundsatzes von ‚Fördern und Fordern' und dessen an standardisierten Klassifizierungs- und Zuteilungslogiken orientierter Praxis. In unseren Interviews lässt sich vielfach rekonstruieren, dass die je spezifische subjektive Deutung und Aneignung der ergriffenen Stabilisierungs-, Unterstützungs- und Eingliederungsmaßnahmen der SGB-II-Träger in hohem Maße ‚eigensinnig' erfolgt, entsprechend

> unterschiedlich verarbeitet wird und differente Wirkungen zeitigt. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen würde eine konsequent fallbezogene Ausrichtung der Hilfegewährung, was die aktiven Leistungen betrifft, eine stärkere Professionalisierung der Betreuung erfordern."

Die Väter der Umsetzung des ALG II müssten sich aufgrund dieser Fakten die Haare raufen und schnellstens Abhilfe schaffen, wenn dies alles tatsächlich dem obersten Ziele dient – nur geht das nicht, weil die Arbeitsplätze fehlen. Daher gibt es nur ein am Laufen halten, beschäftigen, drücken. Unter diesen Schlussfolgerungen ist alles Beschriebene logisch und zielgerecht!

> „Es deutet sich an, dass die fiskalpolitisch und ‚pädagogisch' motivierte restriktive Gewährungspraxis – insbesondere wenn sie mit einem ungenügenden Informationsstand der Hilfebezieher über die rechtlichen Möglichkeiten einhergeht – dazu führt, dass es auch innerhalb des Hilfesystems zu Unterversorgungslagen und Fällen verdeckter Armut kommen kann."

Ja, garantiert! **Armut** tritt auch offen zutage! Nun auch noch dieses:

> „Allgemein erscheint eine bessere, wirksamere Aufklärung von Hilfebeziehern über die ihnen zustehenden Leistungen wünschenswert."

Unwidersprochen eine wichtige Feststellung. Dies bedeutet aber auch, dass die zuvor erwähnte restriktive Gewährungspraxis nichts anderes ist als die Vorenthaltung von Leistungen! Die finanziell Abhängigen haben diese Forscher überzeugt.

> „Nicht zuletzt zeigt sich jedoch, dass die materielle Teilhabe von Hilfebedürftigen indirekt auch in hohem Maße von den Einsparungen auf anderen (sozial-)politischen Feldern und bei (kommunalen) öffentlichen Dienstleistungsangeboten bestimmt wird. Auf politischer Ebene sollte der Einfluss sozial- und gesundheitspolitischer Reformmaßnahmen auf Hilfebezieher daher verstärkt in den Blick genommen werden. Es besteht das Risiko, dass Bedürftige – über die aus der Aktivierungslogik resultierenden Vorbehalte gegen Alimentierungen hinaus – doppelten Verknappungsprozessen ausgesetzt sind, die sozial- und gesundheitspolitische Folgeprobleme entstehen lassen."

Dem ist nichts hinzuzufügen! Damit möglichst viele diese Passagen lesen, habe ich sie vorsorglich kopiert. Leider haben positive Einschätzungen für die Situation der finanziell Abhängigen keine lange Verweildauer im Netz! Hoffentlich wird die dritte Erhebungswelle nicht durch die Argen gefälscht.

3. „Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen **Leistung** auf Sozialhilfeniveau." Dies steht unter „Die nächsten Schritte" auf Seite 24 im SPD-Wahlprogramms 2002. Die Absenkung der Leistungen ist *unter* das Sozialhilfeniveau erfolgt, wie auch die vorstehenden Beiträge zeigen!

Die Deutsche Bank wurde durchsucht, mehr als 1.000 Ermittler waren im Einsatz. Nein, es ging nicht um die Daten der gekauften CDs, sondern um das „Umsatzsteuerkarussell“. Circa 180 Millionen Euro wurden „gesucht“. Diesmal wurde das Karussell mit Zertifikatverkäufen gedreht. Diese Möglichkeit ist eine deutsche Besonderheit. Schade, dass der Gesetzgeber noch immer nicht regiert hat! Die Richter werden dies den Betrügern beim Strafmaß zugute halten, so ähnlich wie Verleitung zum Diebstahl!

4. Das Bremer Museum Weserburg hat einen erneuten **Fehlbetrag**. Es verlängert den Vertrag des Verantwortlichen und will einen Buchhalter einstellen. Paradox? Unvollständig, weil der Stiftungsrat mit Ex-Staatsrat Hoffmann besetzt ist. Vollständig – das dauert sicher noch.

Das BAW-Institut Bremen bekommt 250.000 Euro formal als Kredit – aber mit der Pleite wird gerechnet. Das BAW hat Gutachten erstellt, die Bremen teuer zu stehen kommen. Space-Park und Musical-Theater waren mit Machbarkeitsgutachten dieses Betriebes umgesetzt worden. Hier hatte Ex-Staatsrat Haller lange Zeit eine tragende Rolle. Die vier Mitarbeiter sind mit einem Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst abgesichert. Das BAW war früher eine Abteilung beim Senator für Wirtschaft („Weser-Kurier“ vom 29. April 2010).

Die Nord-LB hat über 130 Millionen durch einen Betrugsfall verloren („Weser Kurier“ vom 30. April 2010). Dies wurde bei der Bilanzvorstellung veröffentlicht. Mir waren geschätzte 300 Millionen im Ohr. Aber auch 130 Millionen Euro ist eine gewichtige Größe. Wer hätte dieser regional bezogenen Bank auch eine Schweizer Tochter zugetraut? Das Konzernergebnis 2007 betrug circa 302 Millionen Euro, 2008 circa 151 Millionen, jeweils positiv. Nun im Jahr 2009 gibt 141 Millionen Euro Verlust. Die guten Erträge werden es richten. Die Risikovorsorge wurde ebenfalls erhöht. Von dem Betrugsfall war in dem Artikel keine Rede mehr. Schön, wenn die Gebühren dies hergeben! Die Nord-LB ist die Finanzdrehscheibe der Sparkassen in Niedersachsen, mit umfangreichen Dienstleistungen inkllusive Beratung.

Bremer Senatoren sollen bis 4.900 Euro zusätzlichen Arbeitslohn behalten dürfen. Dies soll jetzt Gesetz werden („Weser-Kurier“ vom 21. April 2010). Der Umfang wird aus einem Beitrag von „Radio Bremen“ ersichtlich. Eigentlich müssen Mitarbeiter ihrem Arbeitgeber ihre Zusatzeinnahmen aushändigen. Diese Einnahmen werden während der Arbeitszeit und unter Zuhilfenahme des Behördenapparats erzielt. Nein, per Gesetz wird dies anders geregelt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Gesetz wird, was den Regierungsmitgliedern hilft! Egal, wie leer die Kasse ist.

5. Sehr aussagekräftig ist auch folgende IAB-Studie: „Wo es um wirtschaftliche Macht geht, sind **Frauen** wenig vertreten“ (IAB-Kurzbericht 6/2010). In der obersten Leitungsebene von privatwirtschaftlichen Betrieben ist nur jede vierte Führungskraft eine Frau. Im Laufe von vier Jahren ist der Wert damit nahezu unver-

ändert geblieben. „Nach wie vor sind die Ergebnisse ernüchternd“, schreiben die Arbeitsmarktforscherinnen Susanne Kohaut und Iris Möller.

Niedersachsens neue Sozialministerin wurde gefragt. „Wie angelt man sich einen super Job?“ Ihre Antwort: „Entscheidend sind unternehmerisches Denken, Pragmatismus und Kontakte.“ Sachkenntnis kam erst an zweiter Stelle. Die Frage wurde ihr gestellt hinsichtlich ihrer vorherigen Tätigkeit bei TNT. Kontakte knüpfen und festigen – dies ist Ziel des Bremer Schaffermahls! Bürgermeister Böhrnsen ist von den SPD-Frauen aufgefordert worden, eine Frau zum Schaffermahl einzuladen. Sein Pressesprecher hat prompt erklärt: Herr Bürgermeister Böhrnsen ist an diesen Beschluss nicht gebunden. Recht haben die Herren! Nur: Die Wahl ist nach dem Schaffermahl!

Ein paar Tage später haben die Delegierten von 40 Frauenverbänden die gleiche Forderung gegenüber dem „Haus Seefahrt“, dem Veranstalter des Schaffermahls, erhoben („Weser-Kurier“ vom 25. April 2010). Gewoba und Daimler Benz werben um Frauen. Sie wollen dies durch Familienfreundlichkeit erreichen: „Mit Frauen wächst der wirtschaftliche Erfolg“ („Weser-Kurier“ vom 18. April 2010). Gemeint sind hier aber nicht die Einsparungen durch geringere Lohn- und Gehaltskosten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Angeblich haben die Menschen „über ihre Verhältnisse gelebt“

Am 1. Mai demonstrierten Millionen für höhere Löhne und Arbeitsplätze, gegen den Abbau sozialer Errungenschaften, gegen die Atom- und Kriegspolitik der Herrschenden. In Bremen waren es dieses Jahr circa 7.500, also mehr als letztes Jahr. Ein weltweiter Brennpunkt und Mittelpunkt auch vieler Mai-Demos war der Kampf des griechischen Volkes gegen EU- und IWF-Diktat. Dieser Kampf wird dabei auch in den Köpfen geführt: Der Hetze bürgerlicher Medien folgen („Bild“ titelte: „Pleite-Grieche kriegt den größten Scheck der Geschichte“) – oder die Hetze als solche erkennen und Solidarität üben? Deutsche Banken waren schon vor dem jetzigen „Rettungspaket“ mit 45 Milliarden zweitgrößter Gläubiger Griechenlands.

Über zwei Drittel des Steueraufkommens des griechischen Staats flossen direkt diesen Banken zu. Es handelt sich dabei um Commerzbank, HRE, Allianz, Münchner Rück, Postbank, Deutsche Bank, Bayern-LB und West-LB.

Klingelt da etwas bei HRE und Commerzbank? Die erste bekam 120 Milliarden Euro als „Rettungspaket“, die zweite über 20 Milliarden. Genau jene Banken, die vor knapp zwei Jahren die größte und tiefste Finanz- und Weltwirtschaftskrise mit ihren Spekulationen mit ausgelöst hatten, spekulieren jetzt wieder auf Teufel komm raus, diesmal auf den Staatsbankrott Griechenlands, den sie damit vorantreiben. Nun sind sie Hauptprofiteure der „Rettung“ Griechenlands. Für die „Hilfe“ diktieren die EU, vor allem die deutsche Regierung, und der IWF den größten Angriff aller Zeiten auf die Lebenslage der griechischen Bevölkerung. Angeblich haben die Menschen „über ihre Verhältnisse gelebt“. Tatsächlich liegen in Griechenland die Löhne durchschnittlich bei 800, die Renten bei 500 Euro, und das bei annähernd gleichen Preisen wie hier! Die Angriffe lauten: Senkung der Löhne um acht Prozent, Senkung der Renten, Erhöhung des Rentenalters, Lockerung des Kündigungsschutzes.

Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer schon zum zweiten Mal in diesem Jahr auf 23 Prozent macht pro Familie etwa 2.000 Euro im Jahr aus. Aber das Volk wehrt sich: Jeden Tag gibt es Streiks und Demonstrationen mit der Jugend voran. Mittwoch ist Generalstreik. Was den Griechen jetzt zugemutet wird, kommt auf uns alle zu, denn die nächste Spekulationsblase steht vor dem Platzen! Beim nächsten Mal sind keine 20 Billionen mehr vorhanden, um den Zusammenbruch des Weltfinanzsystems zu verhindern. Deswegen soll das Geld aus den Völkern rausgesaugt werden. Die Kriege werden wie in Afghanistan immer aggressiver. Auch die wahnwitzige Verlängerung der AKW-Laufzeiten oder die Ölbohrungen in Naturschutzgebieten wie dem Mississippidelta hängen damit zusammen. Die Alternative hießt: internationaler Kampf gegen Finanzkapital und Regierungen mit dem Ziel, selbst die Produktion und den Staat zu übernehmen und einen echten Sozialismus aufzubauen – oder Untergang in der kapitalistischen Barbarei. Ich glaube, dass wir das nicht wollen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Spekulanten führen Angriffskrieg gegen die Euro-Zone: Nach dem Schutzwall für Griechenland kommt ein großes Hilfspaket für Spanien *(„Spiegel-Online“)*

So werden Sie ersetzt: Chipkarte soll Bewerbungsverfahren für Ingenieure und Unternehmen europaweit vereinfachen *(„Die Zeit“)*

Börsenkurzcrash: Spekulantenangriff auf den Euro lässt Dow Jones vorübergehend stark absacken *(„Spiegel-Online“)*

Auf Sicht: Airbus donnert über den Windpark *(„Spiegel-Online“)*

Wahlklatsche in England: New Labour verliert Mehrheit
im Unterhaus *(„Spiegel-Online“)*

Wahlklatsche in NRW: Schwarz-Gelb verliert Mehrheit
im Bundesrat *(„Bild“-Zeitung)*

Hannelore Kraftlos: Statt eine Linksregierung zu führen, wird sie
Jürgen Rüttgers die Füße küssen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

278. Bremer Montagsdemo am 10. 05. 2010

Scheindebatten beenden!

Hallo Stefan Engel! Vielen Dank für deine Antwort, die du wohl im Namen der MLPD zum Thema des bedingungslosen Grundeinkommens verfasst hast. Ich möchte dir und den Mitgliedern eurer Partei hiermit auch öffentlich und für jeden transparent antworten. Die Mitglieder der Bremer Montagsdemo haben sich öffentlich in einer Abstimmung mit einer großen Mehrheit, ohne Neinstimme und bei nur einer Stimmenthaltung für die Forderung nach einem Einheitsgrundeinkommen, das jedem erwerbsfähigen und erwerbswilligen Arbeitnehmer die gerechte Teilhabe an der Lohnarbeit garantieren soll, ausgesprochen und dafür gestimmt. Niemand soll von der Lohnarbeit durch Zahlung von irgendwelchen Almosen abgekoppelt werden! Dieses Einheitsgrundeinkommen soll jedem in Deutschland lebenden Menschen bereits mit der Geburt in gleicher Höhe gezahlt werden, unabhängig davon, ob man bereit ist, eine Lohnarbeit auszuführen oder nicht.

Auf gar keinen Fall aber darf man Lohnarbeits*un*willigen Schmarotzertum oder parasitäres Verhalten vorwerfen, zumal wenn man die Lohnarbeit eigentlich überwinden will. Dafür sind die Arbeiter auch absolut die falsche Adresse. Leider kommen aber auch von Mitgliedern der MLPD solche Vorwürfe. Anscheinend ist ihnen nichts von der Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit bekannt. Alle anderen Arbeiten, die nicht unbedingt der Lohnarbeit entsprechen, sollen bis zur Höhe des Einheitsgrundeinkommen gleichberechtigt gewürdigt werden und über eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des Mindeststundenlohnes für Lohnarbeit finanziert werden. Da diese Abgabe zusätzlich zu den Stundenlöhnen gezahlt werden müsste, würde sie die Profite der Arbeitgeber selbstverständlich entsprechend kürzen.

Wir müssen uns auch gar nicht darüber streiten, ob in Deutschland nun genau 46 Milliarden Lohnarbeitsstunden oder mehr oder auch weniger geleistet werden. Nur muss jeder erwerbswillige und erwerbsfähige Lohnarbeitnehmer mindestens einen Rechtsanspruch auf die erforderlichen durchschnittlichen Monatsarbeitszeiten bekommen, die auch wirklich in einem Jahr erledigt werden müssen, um daran auch teilhaben zu können! Für diese zusätzliche Lohnarbeit soll

er auch zusätzlich zum Einheitsgrundeinkommen – möglichst nach Tarifvertrag, aber mindestens in Höhe des Mindestlohnes – entlohnt werden.

Nimmt man einmal das Beispiel der Partei „Die Linke“, die immer von der „Guten Arbeit“ redet, was immer sie damit auch meint, dann muss doch trotzdem jede Lohnarbeiterin und jeder Lohnarbeiter das verbriefte Recht bekommen, auch Nein sagen zu dürfen, selbst dann, wenn eine angebotene Lohnarbeit der Qualifizierung entspricht und vielleicht sogar hervorragend bezahlt wird. Genau dieses Recht müsste zum Beispiel auch in einer sozialistischen Gesellschaft gelten. Nicht jede und jeder Arbeitnehmer würden beispielsweise für alles Geld der Welt in der Rüstungsindustrie arbeiten wollen! Wäre das nicht „Gute Arbeit“ nach Vorstellung der Partei „Die Linke“? Bestimmt gibt es noch genügend andere Beispiele.

Meine weiteren Gründe, die für ein **bedingungsloses Einheitsgrundeinkommen** sprechen, kann man übrigens hier nachlesen, und ich muss mich diesbezüglich nicht wiederholen. Ich empfehle daher allen Mitstreiter(inne)n der bundesweiten Montagsdemo, sich der Forderung der Bremer Montagsdemo nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen anzuschließen, um hiermit den Einstieg zur Überwindung der Lohnarbeit überhaupt zu bekommen und die Scheindebatte zu Mindestlöhnen, Kombilöhnen und Sozialversicherungen, die später kein junger Mensch mehr ausreichend für die Alten erbringen kann, zu beenden! Für eine neue internationale solidarische und gerechte Gesellschaft, wie immer diese sich dann auch nennen wird! Beste Grüße.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Existenzrecht darf nicht an Bedingungen geknüpft werden: Sanktionen führen zu Verschuldung und Kleinkriminalität *(„Tageszeitung“)*

Raubtierfütterung: Im Windschatten der NRW-Wahl zweigt Schnatterinchen 123 Milliarden für Euro-Spekulanten ab *(„Spiegel-Online“)*

Ein herzlicher Glückwunsch an die Linkspartei!

1. Die **Wahlen** in Nordrhein-Westfalen waren ein Debakel für Schwarz-Gelb. Die CDU fuhr mit 34,5 Prozent ein Minus von 10,5 Punkten ein, die FDP ist nach ihrem Höhenflug bei der Bundestagswahl wieder auf dem Boden der Tatsachen angelangt, mit 6,5 Prozent. Dies bei einer Wahlbeteiligung von nur noch 59 Prozent! Das Volk ist mit der Politik seiner Regierungen immer weniger einverstanden, ob „Griechenlandhilfe“ – in Wirklichkeit Bankenhilfe – oder Hartz-Gesetze mit abartiger Hetze von Westerwelle oder Steuersenkungspolitik für die Reichen. Von der

Selbstbedienungsmentalität der Politiker – zum Beispiel bekommt Merkel nächstes Jahr 334,49 Euro mehr Gehalt im Monat, die Minister entsprechend, also fast so viel, wie ein Hartz-IV-Betroffener überhaupt zum Leben hat –, von der Atompolitik und vom Afghanistankrieg haben die Menschen die Schnauze voll!

Die Grünen haben nur deshalb so gutes Ergebnis von 12,2 Prozent, weil sie auf „Atomkraftgegner“ und auf „links“ machten. Dass die Linkspartei mit 5,6 Prozent in den Düsseldorfer Landtag kommt, freut mich, denn es ist Ausdruck des Linkstrends. Herzlichen Glückwunsch! Aber jetzt bloß nicht auf „ Pöstchenjagd“ gehen, das kennen wir von den Grünen! Die Bundesregierung wird es nach dieser Wahl schwerer haben, ihren Taktikwechsel zur offenen Abwälzung der Krisenlasten durchzuziehen und beispielsweise die Laufzeit der Atomkraftwerke auf 60 Jahre zu verlängern. Egal, welche Regierung in Nordrhein-Westfalen gebildet wird: Die Menschen in unserem Land müssen sich einstellen auf härtere Zeiten. Dazu brauchen wir eine starke kämpferische Opposition auf der Straße, in den Montagsdemos und über die Grenzen hinweg! Außerdem brauchen wir die Debatte über eine Alternative zu diesem krisenhaften und korrupten Kapitalismus.

2. An den „Weser-Kurier“! Im Artikel „So wird aus Abfall Energie“ vom 6. Mai 2010 von Miriam Keilbach über das neue Müllverbrennungswerk der SWB sind gravierende Fehler. So wird behauptet, diese Methode sei „klimaschonend“ und stehe „auf Platz zwei der regenerativen Energien – nach der Windkraft“. Das ist vollkommener Blödsinn: Weder ist die **Müllverbrennung** klimaschonend, noch hat sie etwas mit regenerativer Energie zu tun. Schlicht und einfach gelogen ist die Behauptung, dass „die Abfallverbrennung kaum Kohlenstoffdioxid produziert“. Das Gegenteil ist der Fall: Bei der Verbrennung des Mülls zusammen mit Erdöl entsteht extrem viel klimaschädliches Kohlendioxidgas. Als regenerative, also gleich erneuerbare Energie können nur Windkraft, Sonnenenergie und Wasserkraft bezeichnet werden. Dazu kommt noch die Biomasse, bei deren Verbrennung gleich viel Kohlendioxid freigesetzt wird wie beim Wachstum der Pflanzen. Daher ist die Kohlendioxidbilanz bei Biogas neutral. Dasselbe über Hausmüll zu behaupten, ist eine grobe Irreführung der Verbraucher.

Eine wirklich klimaschonende Behandlung des Mülls ist nur in einer Kreislaufwirtschaft möglich, wo alle Bestandteile getrennt und wiederverwertet werden. Ein sehr wirksames Verfahren dabei ist das „Kryo-Recycling“. Die Verbrennung hingegen ist eine Verschleuderung von Rohstoffen, auch wenn dabei Strom erzeugt wird. Für die Umwelt und unser Leben ist sie nicht nur schädlich, weil dabei Kohlendioxid freigesetzt wird, sondern auch, weil im Abgas, selbst wenn es noch so viele Filter durchströmt hat, immer noch gefährliche Feinstäube enthalten sind. Gerade der ultrafeine Staub ist aber besonders toxisch angereichert. Er geht tief

in die Lunge, da es dagegen keine Schutzmechanismen gibt, und kann unmittelbar durch die Zellwand ins Blut gelangen. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es keine wirkliche Eingangskontrolle für den angelieferten Müll gibt. Es können daher auch sehr gefährliche Stoffe in den Verbrennungsprozess gelangen.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Frau Keilbach bezeichnet die SWB an einer Stelle in ihrem Artikel als „Stadtwerke“. Das sind sie aber schon lange nicht mehr: Die SWB gehören der EWE (bis auf eine Aktie, die Bremen behalten hat). Bei der EWE ist ein Hauptaktionär der Energieriese EON – bekannt auch durch seine Atomkraftwerke. Mit „regenerativer Energie“ und „Recycling“ hat das alles nichts zu tun. Hier geht es darum, wie mit Müll richtig viel Geld verdient wird.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Oberschicht und ihre Sklaven

1. Wer den Ausführungen von Familienministerin Ursula von der Leyen, Bundesagentur-Vorstand Heinrich Alt, Hunderten von selbsternannten Experten und dem Ergebnis aller „relevanten“ Talkshows leichtfertig Glauben schenkt, der meint, dass der Grund für Langzeiterwerbslosigkeit in der Person des Betroffenen selbst liegen müsse. Angeblich sei der Hauptgrund neben fehlender Einstellung in der mangelnden **Berufsausbildung** zu suchen. Keine noch so gut ausgelegte Bildungsoffensive kann etwas daran ändern, dass nur 60,8 Prozent nach der Berufsausbildung in den nächsten sechs Jahren eine vollwertige Beschäftigung finden werden, solange wir 40-Stunden-Wochen haben! Das Aussieben um die immer weniger werdenden Jobs findet halt auf „höherem Niveau“ statt, auf dem aber auch nicht alle Qualifizierten einen Platz finden können.

Leider lässt sich die andauernde Massenarbeitslosigkeit nicht nur mit dem Ausbau von Bildung beseitigen. Es kann auch niemandem damit gedient sein, wenn sich künftig Abiturienten um freie Ausbildungsplätze im Handwerk, in der Bau- und Metallindustrie und in allen anderen Branchen prügeln, während andere Schulabsolventen einen zweiwöchigen Schnellkurs machen müssen, um sie für ein Vegetieren als dauerhafter Hartz-IV-Bezieher mit allen Demütigungen und Schikanen, die die Verfolgungsbetreuung parat hält, „fit“ zu machen! Mehr als doppelt so viele Absolventen wie in der Statistik für Absolventen einer dualen Berufsausbildung auftauchen, sind letzten Endes tatsächlich erwerbslos. Aber die Deutschen sind ja wahre Meister im Verschönern von Statistiken! Wenn sich die Absolventen einer Berufsausbildung in den nächsten Jahren danach oft in prekä-

rer Beschäftigung wiederfinden, kann sich mindestens ein Viertel von ihnen Themen wie Familienplanung oder Hauskauf abschminken und leider kein bisschen die Wirtschaft ankurbeln!

2. Für immer mehr Berufstätige reicht ihr Lohn nicht mehr zum Leben aus, sodass bereits fast eineinhalb Millionen Bürger dazu gezwungen sind, den spärlichen Hungerlohn mit dem ALG II aufzustocken. Für den Staat wird diese Form der **Lohnsubvention** zunehmend teurer: Die Bundesagentur für Arbeit beziffert die Ausgaben mit 10,9 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Die Quote derjenigen, die zusätzlich ALG II benötigen, stieg in den vergangenen Jahren mehr als deutlich an. Vor allem in der Leiharbeitsbranche, in der Gastronomie und bei Dienstleistungen müssen die Löhne sehr oft aufgestockt werden. Der Anteil derjenigen, die trotz Vollzeitjob weniger als das Existenzminimum verdienen, war in den vergangenen drei Jahren allerdings rückläufig: 2009 bezogen etwa 300.000 Menschen einen Bruttolohn von 800 Euro oder mehr und zugleich die staatliche Grundsicherung.

Der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy führt dies vor allem auf den Ausbau des Kinderzuschlags und des Wohngelds sowie auf die wachsende Zahl von Mindestlöhnen in einzelnen Branchen zurück. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass zwar der Niedriglohn wachse, nicht jedoch die Zahl der Niedriglöhner, die aufstockend Anspruch auf das ALG II hätten. Merkt dieser Herr überhaupt noch, was er da redet? Er scheint uns als Erfolg verkaufen zu wollen, dass weniger ALG II beantragt werden muss, weil die um einen fairen Lohn betrogenen Erwerbstätigen stattdessen sogar bei zwei Ämtern neben ihrer Arbeit Schlange stehen und zig Formulare ausfüllen müssen, um eben Wohngeld und Kindergeldzuschlag zusätzlich zu bekommen! Sind das etwa keine Sozialleistungen, die hier der Staat anstelle des Arbeitgebers zahlt? Es ist den Aufstockern doch völlig egal, wie die Leistungen heißen, die sie bei viel zu niedrigem Lohn zusätzlich beantragen müssen! Zu allem Überfluss kommt dann noch ein Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände daher und sieht wegen dieser Zunahme „Fehlanreize bei Hartz IV“. Die sieht er jedoch nicht da, wo sie sind, nämlich bei den Unternehmern für deren nahezu uneingeschränkte Profitmaximierung, sondern er wirft den doch schon genug gebeutelten ALG-II-Beziehern vor, dass es die Freibetragsregelung attraktiv mache, sich mit geringem zeitlichen Arbeitseinsatz ein beträchtliches Taschengeld zur Grundsicherung hinzuzuverdienen.

Neben Hartz IV Taschengeld verdienen? Weit gefehlt, denn es reicht ja nicht aus, um genug zum Vegetieren zu haben! So entstünde ein Anreiz für den dauerhaften Bezug der Fürsorgeleistung, statt über eine Vollzeittätigkeit aus der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung zu kommen. Ich empfinde es als eine bodenlose Frechheit, wenn der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt die zunehmende Inanspruchnahme von Aufstockungsleistungen mit dem ALG II als einen Anreiz für den dauerhaften Bezug der Fürsorgeleistung hält, anstatt über eine Vollzeittätigkeit aus der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung zu kommen. Nein, bit-

te nicht immer die Fakten verdrehen, um das altbekannte Sündenbockprinzip zu bedienen, auch wenn das aus alter Gewohnheit großen Spaß macht! Denn hier gehören wahrlich die Unternehmer in die Pflicht genommen, die viel zu geringe Löhne zahlen, die sogar bewusst darauf verweisen, es könne ja zusätzlich ALG II beantragt werden. Das sind die wahren Asozialen, die sich auf Kosten der Steuerzahler Paläste bauen! Ich kenne absolut niemanden, der freiwillig weniger Stunden arbeitete, nur um sich der Verfolgungsbetreuung auch noch auf mehreren Behörden auszusetzen. Es klingt offenbar einfach viel netter, so einen Schmarrn zu reden als darauf hinzuweisen, dass die Vollzeitstellen gewissermaßen mit vollen Händen aus dem Fenster geschmissen werden, aber viele davon so wenig Geld einbringen, dass immer noch ALG II beantragt werden muss, um überhaupt vegetieren zu können. In meinen Augen kommt das ALG II nicht annähernd an das Level einer Grundsicherung heran.

3. Einer neuen Studie zufolge wird es um die Rentner von morgen nicht gut bestellt sein, weil zunehmend mehr junge Menschen Erfahrungen mit der Erwerbslosigkeit machen, wodurch das Rentenniveau immer weiter absinkt. Es bedarf keiner teuren Studie, weil schon der gesunde Menschenverstand weiß, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Arbeitsleben und der zu erwartenden **Rente** gibt. Wer länger arbeitet, wird auch mehr Rente beziehen können als jemand, der kürzer erwerbstätig oder wie eine Mutter zur Versorgung der kleinen Kinder zu Hause geblieben ist, was jedoch nicht als Arbeitsleistung angerechnet wird. Diese Studie erzählt uns, was wir schon lange beobachten können: dass das Arbeitslosigkeitsrisiko im Vergleich zu den achtziger Jahren angestiegen ist und sich der Anteil der Dauerarbeitslosen mindestens verdoppelt hat. Während zwischen 1985 und 1989 nur ein Prozent der 20- bis 30-Jährigen mindestens 30 Monate arbeitslos waren, mussten dieses Schicksal zwischen 2003 und 2007 bereits fünf Prozent ertragen. Auch die Situation älterer Arbeitnehmer zwischen 51 und 65 Jahren veränderte sich stark: Es verdoppelte sich der Anteil der Dauerarbeitslosen im Vergleichszeitraum von vier auf acht Prozent. Schon lange ist bekannt, dass durch die vermaledeiten Hartz-Gesetze die Altersarmut steigen wird!

4. Das neueste Urteil des Bundessozialgerichtes, wonach behinderte Kinder von ALG-II-Beziehern keinen **Behindertenmehrbedarf** geltend machen können, da Hartz IV kein Fürsorge-, sondern ein Arbeitsmarktgesetz sei, klingt unglaublich und eines Sozialstaates absolut unwürdig! Auf die Klage der Eltern eines heute sechsjährigen Jungen aus Gelsenkirchen, der aufgrund einer starken Entwicklungs- und Wachstumsstörung nicht laufen kann, auf Erstattung der erhöhten Mehrkosten beim Transport entschied das Bundessozialgericht, dass Kinder mit Behinderung keinen Anspruch auf Mehrbedarf hätten, weil sie ja grundsätzlich nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Erst wenn sie im erwerbsfähigen Alter seien, könnten sie unter Umständen einen Mehrbedarf von 17 Prozent geltend machen (Aktenzeichen B 14 AS 3/09 R).

Dazu sagte Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“: „Das Bundessozialgericht folgt in seinem Urteil ganz der neoliberalen Verwertungslogik der Agendapolitik und deren Hartz-IV-Gesetzen. Selbst behinderte Kinder müssen für die Erwerbslosigkeit ihrer Eltern büßen, indem das Bundessozialgericht die soziale Fürsorgekomponente bei Hartz IV verneint und den betroffenen Kindern nichts gewährt. Erneut zeigt sich die Fratze von Hartz IV: Es dient ausschließlich der Verwertung der Ware Arbeitskraft auf niedrigstem Niveau. Die Armut der Kinder soll den Druck auf Menschen erhöhen, Jobs zu jeder Bedingung und jedem Preis anzunehmen. Gegenüber behinderten Kindern kann unsere Rechtsprechung kaum eine größere Verachtung aussprechen. An welche Form der Gerechtigkeit sollen denn Kinder später einmal glauben?“ Wenn ich mir das eine oder andere Urteil von den obersten Gerichten in unserem Land betrachte, könnte oder sollte ich fast zu der Meinung kommen, dass es sich hier um „Klassenjustiz“ handelt. Auch ist es sicherlich nicht ohne Bedeutung, dass das Bundessozialgericht wohl zum ersten Mal festgestellt hat, dass Leistungen nach dem SGB II keine Leistungen nach den Fürsorgegesetzen, sondern nach den Arbeitsmarktgesetzen sind.

5. Deutsche Manager können sich im europäischen Vergleich wahrlich nicht über zu geringe Gehälter beschweren. Nach einer bislang unveröffentlichten Studie der „Managementberatung“ werden Vorstandschefs großer Unternehmen und die Führungsriege eine Hierarchieebene darunter in Großbritannien am besten bezahlt. Auf Platz zwei der Gehaltstabellen folgt dann schon ganz munter und ungeniert Deutschland. So erhielt der Vorstandschef eines Unternehmens mit mehr als 1.000 Mitarbeitern hierzulande im vergangenen Jahr Bezüge von durchschnittlich 570.000 Euro. Mehr Geld in den gierigen Schlund geworfen bekamen nur die britischen Vorstandschefs mit umgerechnet 733.000 Euro. Offenbar begründen die Unternehmen ihre exorbitanten Löhne für die Herren in den Führungsgremien immer unverhohlener damit, dass die besten Mitarbeiter abwanderten, falls sie sich „unterbezahlt“ fühlten. 2009 sei kein Jahr der Gehaltserhöhungen gewesen. Die Gesamtbezüge der Unternehmensführer seien in Deutschland nur um durchschnittlich 2,6 Prozent gestiegen. Wer glaubt das? Auch sei der Anteil der Bonuszahlungen an der Gesamtsumme auf der Gehaltsabrechnung im Zuge der Wirtschaftskrise zurückgegangen. Ach Gottchen! Wenn ich lese, dass im vergangenen Jahr Bonuszahlungen an den Gesamtbezügen der Spitzenmanager der größten deutschen Unternehmen einen Anteil von durchschnittlich schlappen 40 Prozent hatten, kann ich wohl davon ausgehen, dass die grandiosesten Versager die größten **Einkommen** bekommen, weil sich Leistung eben wieder lohnen muss!

6. Mich packte auch die brodelnde Empörung, als ich bei „Stern.de“ den Artikel über das berufliche Desaster einer Hartz-IV-Aufstockerin mit dem Titel: „Manchmal packt mich die kalte Wut“ las. Hier erzählt eine Krankenpflegehelferin und fünffache Mutter, warum sie trotz mieser Bezahlung gerne arbeite. Sie erhält keine

Umschulung vom Arbeitsamt, hört stattdessen die liebevolle Unterstützungsbotschaft, dass sie wegen ihrer großen Kinderzahl eh nicht eingestellt würde, nimmt sogar Arbeit an, bei der sie sich als **Ein-Euro-Jobberin** in der Seniorenbetreuung ausbeuten lässt, später in der ambulanten Pflege, wo ihr manchmal Doppelschichten zugemutet werden, die sie erledigt, ohne dafür Freizeitausgleich zu bekommen. Ob sie wirklich der Meinung ist, ihren Kindern ein gutes Vorbild zu sein, weil sie Arbeit zu jedem Preis zu akzeptieren scheint? Aus der Sauerei, dass sie trotz Vollzeitarbeit auch noch aufstockende Leistungen beantragen und die Verfolgungsbetreuung der argen Arge ertragen muss, zieht sie den falschen Schluss. Es ist mal wieder eine Lüge mehr, ein bekannter Bestandteil der üblichen Hetzerei gegen Erwerbslose, dass andere Menschen, die nicht arbeiten gehen können, weil sie keinen Job bekommen, genauso viel Geld wie sie bekämen! Mit dem ALG II und einer Behandlung der Hartz-IV-Bezieher, die sie demütigen soll, kann grundsätzlich niemals von „Genuss“ beim Bezug von Transferleistungen gesprochen werden! Meiner Meinung nach sollte sich ihre Wut besser gegen die neoliberale Politik, die Hartz-Gesetze und den Lissabonner Vertrag richten!

7. Landessozialgerichte fordern die Einführung von Unterkunftspauschalen, **Prozesskosten** für Kläger und von verschiedenen Klagebeschränkungen für das Rechtsgebiet des SGB II. Statt eine gesetzliche Verankerung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes zu fordern, wollen die Sozial- und Landessozialgerichte ALG II-Bezieher massiv in ihren Rechten einschränken, um so der immer weiter steigenden Klageflut Herr zu werden, welche größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass die Leistungsträger des SGB II sich immer dreister über Recht und Gesetz hinweg setzen, um Kosten zu sparen. Auf diese Weise werden die rechtswidrigen Handlungen der Leistungsträger des SGB II zwar nicht legalisiert, aber unangreifbar gemacht. Wenn finanziell äußerst klamme ALG-II-Bezieher, denen zum Beispiel gerade wegen einer ungerechtfertigten Sanktion die Bezüge gekürzt bis komplett gestrichen wurden, vor der Einreichung einer Klage eine Prozesskostenpauschale von bis zu 150 Euro zahlen müssen, was sie so natürlich gar nicht können, dann wird ihnen das bürgerliche Recht vorenthalten, das Recht auf Recht! Wohin soll das denn führen? Faschismus oder Plutokratie? Oder ganz einfach eine Mischung daraus, die sich dann EU nennt? Werden Umzugkartons eine neue Bedeutung bekommen: nicht mit ihnen umziehen, sondern sie bewohnen müssen?

8. Nach den Worten des zuständigen Verfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle schließt das aktuelle Urteil zu Hartz IV eine Senkung der momentanen **Regelsätze** nicht komplett aus. Es komme darauf an, dass die Sätze nicht evident unzureichend seien. Ein trauriger Witz, weil mir nicht klar ist, wie denn eine ausreichende Höhe bei einer Kürzung der jetzt bereits völlig unzureichenden „Höhe“ bewerkstelligt, gar nachvollziehbar begründet werden könnte! Oder ist hier „evident“ das Zauberwort, das Regelungen zu Gummiparagrafen machen kann, die dann

so oder so interpretiert werden können, also an der eigentlichen Misere nichts ändern? Evident heißt soviel wie augenscheinlich oder unbezweifelbar. Wann aber ist ein Regelsatz „evident unzureichend“? Wenn Hartz-IV-Bezieher nur noch in Lumpen herumlaufen; wenn sie so abgemagert sind, dass sich die Rippen unter der verlumpten Kleidung abzeichnen; oder wenn sie unter Brücken schlafen müssen? Oder ist der Regelsatz schon dann „evident unzureichend“, wenn Kino- oder Theater-Besuche nicht mehr möglich sind? Die ständige Volksverdummung durch Medien und Politik, das Spalten der Gesellschaft und das ständige Wiederholen von falschen „Tatsachen“ scheinen doch sehr gut zu wirken. Kommen wir den Zielen der EU in Riesenschritten näher, welche nur noch die Oberschicht und ihre Sklaven vorsieht und die ehemals nivellierte Mittelschicht dazwischen komplett ausradiert sehen will?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Montagsdemo wünscht gute Besserung: Bremer Sozialsenatorin auf funktionierendes Gesundheitssystem angewiesen *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

279. Bremer Montagsdemo am 17. 05. 2010

Macht eurem Ärger Luft über die weiteren Hartz-IV-Pläne!

1. Am **12. Juni 2010** wollen wir zur **Demonstration** „Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft!“ nach **Berlin**. „Die Linke“ bestellt den Bus und verkauft die Fahrkarten. Jede(r) kann mitfahren. Es gibt abgestufte Fahrpreise. Warum sollten wir nach Berlin fahren? Wer hier liest, kennt sicher genug Gründe. Ansonsten weiterlesen, und es langt auch für *zwei* Berlinfahrten! Die Montagsdemonstrationsbewegung ergreift die Initiative für die **7. bundesweite Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **16. Oktober 2010.** Bitte auch diesen Termin vormerken!

2. Steht Frau Linnert unter Schock? Die Steuerschätzung für Bremen sieht ein weiteres Minus von 84 Millionen Euro für 2010 und 160 Millionen Euro für 2011 voraus, so der „Weser-Kurier“ vom 6. Mai 2010. Wie üblich wird bei den Ausgaben geschaut. Ich glaube, es wird Zeit für eine faire Steuerpolitik! Die Entlastung der Großverdiener muss in ein solides **Steuersystem** zurückgeführt werden. Wer über eine Million Euro Einnahmen pro Jahr hat, durfte bei den letzten Steueränderungen die stärksten Entlastungen erfahren. Umdenken ist angesagt!

Dazu hat die „Die Linke“ zwei Veranstaltungen angekündigt. Erstens für die Bundesebene: „Der Sozialstaat als Sozialfall“ am Dienstag, dem 25. Mai 2010, um 19 Uhr im Bremener „Martinsclub“, Buntentorsteinweg 24 bis 26, Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Neskovic, MdB, Bundesrichter a. D. Zweitens für Bremen: „Wer spart, zahlt drauf“, Stadtteilveranstaltung zur Bremer Haushaltsnotlage, am Mittwoch, dem 26. Mai 2010, um 19 Uhr im „Links-Treff des Bremer Westens“, Gröpelinger Heerstraße 120. Von wegen „über Geld spricht man nicht“! „Die Linke“ möchte, dass wir miteinander reden: über Schulden, leere Kassen, Sozialabbau, steuerpolitische Maßnahmen, Armut und Reichtum in Bremen und die Zukunft unserer Stadtteile. Scheinbar ist dieser Staat nur sehr unwillig bereit, sich um die Einnahmeseite zu kümmern, siehe vorherige Bremer Montagsdemos!

3. Die Unterstützung Griechenlands wurde verabschiedet, einige Milliarden Euro teurer als geplant. Die Rettung des Euros wird noch bearbeitet, 750 Milliarden Euro sollen bereitstehen. Inzwischen fällt der Euro, die Spekulanten haben Erfolge. 750 Milliarden stehen gegen ein Spekulationsvolumen von circa zwei Billionen Euro. Da diese 750 Milliarden nicht so einfach nochmals zu erhöhen sind, muss oder darf die EZB Staatsanleihen kaufen. Solche der Griechen gelten als erstklassig und sind ohne Abschlag und Limit anzukaufen, so die Anweisung. Die kleinen Leute in Griechenland sollen zur Kasse gebeten werden. Die Kirche hat bereits abgewinkt: Sie will auf die Grundsteuerfreiheit nicht verzichten. Vorsichtshalber wurde der Immobilienbesitz niedrig bewertet. In Griechenland gibt es viele Kapellen. Wer eine auf seinem Grundstück hat, ist von der Grundsteuer befreit. Priester werden in Griechenland vom Staat bezahlt. Die Griechen sitzen in der gleichen Klemme wie wir Bremer, nur die Griechen erwischt es früher!

Die **Banken** machen (Schein-)Gewinne, und ihre Vorstände genehmigen sich nicht etwa die gleichen Boni und Prämien wie vor der Krise, sondern noch wesentlich höhere. Wenn die Banken ihre Bilanzen nach den Regeln vor der Krise aufstellen müssten, hätten sie satte Verluste! Nur weil die Wertberichtigungen unterbleiben können, gibt es überhaupt einen Gewinn und den (fiktiven) Anspruch auf Boni. Die Vorstände der Commerzbank wollen so zulangen: Die Gehälter sollen von 500.000 auf 750.000 Euro für die Vorstandsmitglieder erhöht und zusätzlich zwei Millionen Euro als Boni gezahlt werden („Weser-Kurier„ vom 17. Mai 2010). Die Bundesregierung will dies verhindern. Die Commerzbank wurde gerettet und hat sich noch nicht wieder freigekauft. Dies wusste doch der Vorstand! Warum solch ein Ansinnen? Der „Spiegel“ schreibt auch, wie schwer fällig die Bundesregierung auf diese Unverschämtheit reagiert. Zur maßlosen Gier und dem Leitspruch „Nach mir die Sintflut“ gehört auch die Missachtung von Gesetzen. Die New Yorker Staatsanwaltschaft hat gegen acht Banken Untersuchungen eingeleitet. Es besteht Betrugsverdacht, so der „Weser-Kurier“ vom 14. Mai 2010. Beschuldigt wird auch die Deutsche Bank. Die Banken stehen im Verdacht, Rating-Agenturen durch falsche Informationen zu einer Besserbewertung ihrer Hypothekenabsicherung bewegt zu haben. Die US-Bundesbehörden ermitteln ebenfalls.

Das Volumen der Bankenrettung wird einem ins Bewusstsein zurückgeholt, wenn der „Weser-Kurier“ titelt: „Erste ‚Bad Bank‘ arbeitet: West-LB wirft Milliarden-Ballast ab“. Wie das fortgesetzt werden soll und wer den Ballast auffängt, wird nicht thematisiert. „Ein kleines Paket von 6,2 Milliarden Euro hatte die West-LB schon zum Jahreswechsel in die ‚Bad Bank‘ ausgelagert.“ Insgesamt 77 Milliarden Euro wurden ausgelagert, 23 Milliarden bereits 2008 in eine Zweckgesellschaft. Allein die West-LB hat für 100 Milliarden schlechte Wertpapiere zusammengetragen, die bis zum Knall überdurchschnittliche Renditen versprachen und zu einem erheblich höheren Bonus beitrugen. Haben die Vorstände einmal an die Rückzahlung dieser Sondervergütung gedacht? Die Landesbanken sind die Kapitalsammelstellen der Sparkassen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Den Bankkunden wurden diese Papiere nicht wieder abgekauft. Die Kunden ha-

ben kein Falschgeldfach, die Banken erhalten für die Vermittlung von Verträgen Provision. Wenn diese dem Kunden nicht mitgeteilt wird, ist die Bank im Risiko. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat eine Bank zu Schadenersatz verurteilt, weil die Provision nicht offengelegt wurde. Die „sichere Anlage“ stand kurz vor der Pleite. Diese Bankkunden erhielten ihr Geld insgesamt zurück!

4. Die Bundesagentur für Arbeit hat, so der „Weser-Kurier“ vom 17. Mai 2010, wegen „satter Gehälter“ Ärger mit dem Bundesrechnungshof. Dieser wirft ihr laut „Focus“ vor, hundertfach mit Luxusvergütung entlohnte Posten ohne Ausschreibung besetzt zu haben. Nach einem dem Magazin vorliegendem Gutachten des Bundesrechnungshofes schuf die Bundesagentur 2006 ohne Kenntnis und Zustimmung der Bundesregierung ein Vergütungssystem für außertariflich Beschäftigte. Das System sehe neben einen festen Monatsgehalt von 5.300 bis 7.200 Euro drei verschiedene monatliche Zulagen vor, die das **Monatsgehalt** auf bis zu 10.350 Euro anheben. Dazu kommen ein jährlich gestaffelter Bonus von bis zu 6.300 Euro sowie Geschäftswagen, Handys und zusätzlicher Urlaub. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, eine strafrechtliche Würdigung vorzunehmen. Die Bundesagentur für Arbeit findet, es sei alles in Ordnung. Wird daher bei den finanziell Abhängigen so zielgerichtet gespart? Restriktive Gewährungspraxis ist nichts anderes als die Vorenthaltung von Leistungen!

Wie aus einer in der letzten Woche veröffentlichten Studie des Nürnberger „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ hervorgeht, zwingt vor allem die komplette Streichung von Hartz IV die jungen Leute oft zur Verschuldung und fördert zudem die Kleinkriminalität. Einfach ungeheuerlich, was da zu lesen steht, doch Gegenwehr ist möglich! Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer mutig ist und nicht allein zu dieser Behörde der besonderen Art geht, hat garantiert weniger Probleme! Der „Soziale Lebensbund“ lädt zum „**Gesprächskreis Begleitung**“am **Dienstag**, dem **1. Juni 2010**, um **19 Uhr** ins „Hibiduri“, Thedinghauser Straße 2. Jede(r) kann teilnehmen! Es geht um Begleitung zur Bagis, das nötige „Handwerkszeug“ wird vermittelt.

5. Am 30. April 2010 hat Bremen einen anderen IAB-Bericht vorgestellt. Drei Presserklärungen standen darüber im Netz, aber nicht der Bericht selbst. Inzwischen ist er nachlesbar, auch eine Kurzbeschreibung. Es geht um die Jahre 2001 bis 2007. Wie will Staatsrat Schuster daraus Honig saugen? Er hatte Folgendes festgestellt: „Im Wesentlichen bewegen wir uns auf der richtigen Schiene. Wir werden aber im Detail prüfen, ob wir Schwerpunkte der Qualifizierung für den Dienstleistungsbereich noch vertiefen können.“ Der erste Teil dieser Studie wurde vor einem Jahr fertig. Inzwischen wurde auch die Zusammenfassung beider Berichte erstellt. Bezahlt wird diese Arbeit von der Senatorin für Soziales. Wofür findet sie Verwendung? Die Verhältnisse haben sich rasant geändert. Die Zahl der Erwerbslosen ist in Bremen besonders hoch. Die Vergleiche mit den Umlandgemeinden stehen auch im normalen Arbeitsmarktbericht, weil dieser inzwischen nach der

Metropolregion Oldenburg-Bremen ausgerichtet ist, zum Beispiel für April 2010 in den Tabellen 4a und 4b.

„Elena“, die neue Datenbank, erlaubt solche Auswertungen (fast) auf Knopfdruck! All dies war doch bei der Auftragserteilung bekannt, oder? Dass Bremen eine Hochburg der **Leiharbeitsfirmen** ist, ebenfalls. Für mich ist dieser Satz prägnant: Die viel gelobte Dynamik ist der Schnellzug zum verkehrten Arbeitsverhältnis! „Zu bedenken ist aber, dass eine hohe Dynamik nicht per se positiv wirken muss. Diese kann auch ein Indiz für instabile Beschäftigungsverhältnisse sein, was längerfristig nachteilig wirken könnte“ (Auswertung, Seite 4 mittig). Diese sicher sehr aufwendige Arbeit wurde von der rasanten Änderung durch die Hartz-Gesetze entwertet. Gezahlt wird, wie bereits erwähnt, aus Bremen mit Fördergeld der EU. Hoffentlich fällt Herrn Staatsrat Schuster jetzt auf, wie hilfreich ein Mindestlohn wäre – oder auch nur eine Aussetzung der Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose. Der Schnellzug zum prekären Arbeitsverhältnis geht auch mit Arbeitsplatzvernichtung einher, bei steigender Dynamik!

6. Die **Schweinegrippe** hat noch immer Nebenwirkungen, diesmal auf die Haushalte der Bundesländer. Im „Deutschlandfunk“ habe ich gehört, dass die zuständige Ministerin einen Vergleich mit dem Lieferanten geschlossen hat. Dadurch ist die Abrechnung mit den einzelnen Bundesländern jetzt möglich. Nachlesen konnte ich diesen Bericht nicht, weder im „Weser-Kurier“ noch im Netz. Dort steht aber einiges zur Vorgeschichte. Es geht um eine Bestellung *ohne* Ausschreibung über circa 350 Millionen Euro mit Abnahmegarantie. Österreich hat dies anders gelöst, und zwar garantiefrei! Ein Weiterverkauf hat bisher auch nicht geklappt. Nur fünf Prozent der Bevölkerung haben sich impfen lassen. Ich gehöre nicht dazu. Ich war zur Impfung entschlossen, bis ich hörte, dass Frau Merkel für das Führungspersonal einen anderen Impfstoff bestellt hat. Eine Impfung zweiter Klasse war mir einfach zu riskant!

7. Es gibt kein Mobilfunknetz in Kunduz, so der „Weser-Kurier“ vom 7. Mai 2010. Auf Wunsch der Taliban wird es nachts ausgeschaltet, wenn sich unsere Soldaten in die „Burg“ zurückziehen. Die Bevölkerung wird Nacht für Nacht den Taliban überlassen. Wie soll da der Rückhalt der Bevölkerung entstehen? Solange die Bundeswehr nur Aufbauhilfe geleistet hat, war dies kein Problem. Die Bevölkerung konnte ungestraft mit den deutschen Soldaten zusammenarbeiten. Mit der Luftaufklärung wurde die Bundeswehr teil der Kampfeinsätze. Jetzt wird die Zusammenarbeit bestraft. Die Schulen bleiben leer. „US-Armee tötet Taliban bei Kunduz“, meldet der „Weser-Kurier“ am 14. Mai 2010. Die Amerikaner operieren jetzt auch in Kunduz. Erfolgreiche Kampfeinsätze führten die Amerikaner handstreichartig *ohne* vorherige Information unserer Soldaten durch. Der Erfolg bestand in der Tötung von 35 Taliban-Kämpfern. Der Versuch, die Kämpfer gefangenzunehmen, wird scheinbar überhaupt nicht erwogen! Daher raus aus **Afghanistan**! Die Bundeswehr hat 400.000 Euro für die Entschädigung der Hinterbliebenen der

Tanklaster-Bombadierung erhalten. Sie verhandelt darüber mit den Dorfältesten und Regierungsvertretern. Ist dies die zweite Entschädigungsleistung? Auch hier gibt es scheinbar ein Durcheinander. Vor einiger Zeit stand im „Weser-Kurier“, dass eine Nichtregierungsorganisation die Verhandlungen mit den Hinterbliebenen dieses überflüssigen Massakers aufgenommen hat und die Entschädigung auszahlt. Daher raus aus Afghanistan!

8. Der Vermögensfreibetrag für die **Altersvorsorge** von ALG-II-Antragstellern wurde zum 17. April 2010 von 250 auf 750 Euro pro vollendetem Lebensjahr erhöht (Randziffern 12.17 und 12.17a ab Seite 11). Die vorzeitige Verwertung muss vertraglich ausgeschlossen sein. Wer bisher wegen zu hohen Vermögens eine Ablehnung erhalten beziehungsweise eine Vermögensanrechnung hinzunehmen hat, sollte einen neuen Anlauf machen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Handlungsanweisung ist auch lesenswert hinsichtlich der weiteren Ausführungen zum Anrechnen des geschützten Vermögens bei Erreichen der Altersgrenze von 60 Jahren. Doch wer kann in diesem Alter noch in Rente gehen (Randziffer 12.19 und folgende ab Seite 12)? Wer einen Verwertungsausschluss bis zum 60. Lebensjahr vereinbart hat, sollte hier genau hinschauen und die Änderung überlegen. Wer jetzt einen Verwertungsausschluss vereinbart, sollte über das Endalter nachdenken, ob also 60 das Richtige ist. Wie dies geht? Wir gehen mit! Hier steckt noch viel Arbeit für die Sozialgerichte, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Hinweisen möchte ich bei dieser Gelegenheit nochmals an die Rückforderungsmöglichkeiten der Argen gegen die Erben eines ALG-II-Abhängigen nach dessen Tod. Klärt daher eure Erben rechtzeitig auf! Die Rückforderung kann bis zu zehn Jahre Leistungsbezug umfassen, darf aber nicht höher sein als das Erbe. Es gibt auch hier Ausnahmeregelungen und Freibeträge. Die wichtigste Schlussfolgerung daraus lautet: Wer einen ALG-II-Hilfebedürftigen pflegt, sollte dies auch durch einen Antrag bei der Pflegeversicherung dokumentieren. Wie dies geht? Wir gehen mit! Ein wichtiger Faktor ist auch die Schwerbehinderung. Der Antrag kann am Bildschirm ausgefüllt werden. Aber vorher die Angelegenheit mit dem Hausarzt besprechen und im Antrag auf diesen verweisen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Bei der Grundsicherung ist die Rückforderung gegenüber den Erben ausgeschlossen. Hier gelten aber nur sehr geringe Vermögensfreibeträge. Beim Wechsel zur Sozialhilfe bestehen die gleichen Hürden. Insgesamt sind diese Regelungen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Vermögensbestimmungen wurden von der Arbeitslosenhilfe abgeschrieben und bereits vom Bundessozialgericht kassiert, denn es fehlen die Härtefallklauseln. Wer Vermögen angerechnet bekommt, kann sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

9. Macht ruhig eurem Ärger Luft über die weiteren Pläne der Regierung rund um das ALG II, macht eure Betroffenheit deutlich! Jede(r) Abgeordnete hat ein Telefon und wenig Zeit. Die Reaktionen hören wir auch gerne hier auf der Bremer Montagsdemo. Das ALG II trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Inzwischen wurde es

circa 40 Mal zum Teil umfassend geändert. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz!

Noch auf ein Wort: Das „Projob-Projekt Allmende“ bittet um Möbelspenden und Gebrauchsgegenstände, um diese kostenlos an finanziell Abhängige abzugeben (Telefon 611 845, montags bis donnerstags von 8 bis 13 Uhr). Anders als zu Sozialamtszeiten müssen die Möbel nicht neuwertig sein, gut erhalten reicht. Die angebotenen Möbel werden besichtigt und dann kostenlos abgeholt. In der Werkstadt von „Allmende“ können auch Möbel repariert werden. Dies alles kann telefonisch geregelt werden. Mir steigen immer Tränen in die Augen, wenn ich die Sperrmüllhaufen sehe. Viele Möbel und Gebrauchsgegenstände waren bis zum Rauswurf gut erhalten! „Allmende“ nimmt auch Gebrauchsgegenstände, Spielzeug und vieles andere. Für Kleidung gibt es dort eine andere Möglichkeit zu erfragen. Wer Möbel et cetera braucht, nimmt seinen Leistungsbescheid mit und geht zur Holsteiner Straße 80. Er muss genau beschreiben, was er bekommen möchte: „Mal sehen, was ihr da habt“, geht nicht! Unter dierser Adresse kann auch angeliefert werden. In jedem Fall vorher anrufen und die Angelegenheit besprechen.

„Allmende“ ist ein Ein-Euro-Projekt und befindet sich damit auf dem falschen Weg. Mit Anstellungen als „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante wären es reguläre Arbeitsverhältnisse mit nur geringem Mehraufwand. Diesen trägt nicht der Träger, nicht die Stadtgemeinde Bremen, sondern die Europäische Union. Es wäre gut angelegtes Geld! Warum ich trotzdem „Allmende“ empfehle? Erstens gibt es keinen Träger, der ein Gebrauchtmöbellager betreibt und mit AGHE-Mitarbeitern arbeitet. Zweitens haben Hilfebedürftige *keinen* Anspruch auf neue Möbel. Dies wird auch von den Sozialgerichten so gesehen. Drittens sind die Pauschalen für die **Erstausstattung** einer Wohnung so niedrig, dass dafür nicht einmal gebrauchte Möbel bezahlt werden können. Wer diese Erstausstattung braucht, hat meistens keine Nerven für die Durchsetzung höherer Leistungsbeträge. Mehrfach konnte ich mit dem Verweis auf „Allmende“ eine aktuelle Notlage beenden. Die Mitarbeiter haben sich gekümmert.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Tätigkeitsbericht vorgelegt: 131 Organisationen gründen Bündnis für 500 Euro Eckregelsatz und zehn Euro gesetzlichen Mindestlohn *(„Klartext-Info“)*

Scheinverhandlung als Alibi für eine Große Koalition: Die SPD spricht mit der „Linken“ nicht über NRW, sondern bloß über die DDR *(„Junge Welt“)*

CDU geschockt: Welcher Konzern hat ihr den Koch weggekauft? *(„Spiegel-Online“)*

Das totale Ausgrenzen von jungen Überflüssigen bis in den Tod hinein

1. Nach dem jüngsten Urteil des Bremer Sozialgerichts haben Familien, die von Hartz-IV-Leistungen vegetieren, keinen grundsätzlichen Anspruch darauf, Zuschüsse für den **Nachhilfeunterricht** ihrer Kinder zu erhalten. Dazu müssten schon besondere Härten vorliegen. Als ob der Bezug von ALG II nicht schon als eine außergewöhnliche Benachteiligung gewertet werden müsste! In dem Verfahren wollten die Eltern einer 17-jährigen Gymnasiastin einen Zuschuss für den Nachhilfeunterricht ihrer Tochter in Deutsch und Mathematik bekommen, was die zuständige Behörde jedoch ablehnte. Das Gericht gab dem Amt Recht und stützte sich dabei auf das Sozialgesetzbuch und das Bundesverfassungsgericht.

Demnach können Zuschüsse für Nachhilfe nur gewährt werden, wenn außergewöhnliche Umstände wie etwa besondere Lernschwierigkeiten, familiäre Probleme oder andere tiefgreifende Ereignisse vorlägen. Das sei in dem genannten Fall jedoch nicht so. Der hier geltend gemachte Nachhilfebedarf bei normaler Lern- und Rechenschwäche sei jedoch kein ungewöhnlicher „atypischer“ Bedarf, weil ein nicht unerheblicher Anteil der Gymnasiasten Nachhilfeunterricht benötigten. Dann sind also die Kinder von ALG-II-Beziehern zwar nicht prinzipiell von Nachhilfe ausgeschlossen, de facto aber schon, oder wie ist das Urteil zu verstehen? Ist Hilfe erst zu erwarten, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist? So viel zu unserer Bildungspolitik. Wie klang doch die liebliche Litanei: Fördern, wenn es nichts kostet, und fordern, *weil* es nichts kostet! Es wird wieder einmal die soziale Herkunft über den erfolgreichen Abschluss eines Gymnasiums entscheiden.

2. Ebenso ausgrenzend entschied letzte Woche das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen, dass Hartz-IV-Bezieher keinen Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Anschaffung eines PC hätten. Ein **Computer** gehöre nicht zur Erstausstattung einer Wohnung, deren Kosten übernommen würden. Geklagt hatte eine Frau aus Minden, um von der zuständigen Behörde die Kosten für die Anschaffung eines PC samt Zubehör sowie die Teilnahme an einem PC-Grundlehrgang zu erreichen. Die Frau wollte keinen PC, um ihn sich anzugucken, sondern um daran das Erlernte aus dem Computerkurs zu üben und anzuwenden! Wo sollte eine Erwerbslose das denn ohne Zusatzkosten tun? Ohne Übung ist der ganze Kurs für die Katz, weil alles wieder vergessen wird. Auch nach Ansicht des Landessozialgerichts können Hartz IV-Bezieher nicht verlangen, in die-

sem Fall mit der Mehrheit der Haushalte gleichgestellt zu werden. Aber mit den Kenntnissen der anderen Bewerber auf dem Arbeitsmarkt mithalten, das sollen sie schon! Sind die Erwartungen an sie schon gleichgestellt? Es wurde behauptet, dass sich ein Haushalt problemlos ohne einen PC führen lasse und sich die Bezieher von Transferleistungen mit Informationen schließlich auch aus Fernsehen und Radio indoktrinieren, äh, versorgen könnten. Macht die Flimmerkiste fit für den Arbeitsmarkt? Ich wage das stark zu bezweifeln! Wie würde wohl entschieden, wenn eine Familie mit Kindern klagen würde, die ihre Hausaufgaben ohne das Internet kaum allein bewerkstelligen können? Armut per Gesetz wird immer erfolgreicher festzementiert!

3. Einem Angestellten, der seit einigen Jahren für ein mittelständisches Unternehmen in der Bekleidungsbranche als Einkäufer arbeitete, wurde fristlos gekündigt, weil er eine Essensmarke im Wert von 80 Cent „veruntreut“ haben soll. Während seiner Tätigkeit hantierte er regelmäßig mit Millionenbeträgen, die sich viel besser für krumme Geschäfte geeignet hätten als eine popelige Essensmarke! Der gute Mann ging 2009 mit seiner Freundin in die Betriebskantine. Jedem Mitarbeiter stehen im Monat 15 Marken im Wert von jeweils 80 Cent zur Verfügung. Weil ein guter Kollege scheinbar nicht alle seine Essensmarken benötigte, bekam der Angeklagte eine davon für seine Freundin. Damit verstieß er allerdings gegen eine Vorgabe des Arbeitgebers, wonach die Marken nur vom jeweiligen Mitarbeiter verwendet werden dürfen. Der große „Deal“ flog auf, der Einkäufer bekam die fristlose **Kündigung**, der nette Kollege eine Abmahnung. Gut, dass der 35-Jährige wusste, dass wer sich nicht wehrt, schon verloren hat, und gegen die fristlose Kündigung klagte! Das Gericht verkündete in seinem Urteil, dass der Firma durch das „falsche“ Verhalten des Mitarbeiters keinerlei Schaden entstanden sei, denn in der Kantine werden täglich mehrere hundert Essen zubereitet. Da nicht jeder Mitarbeiter jeden Tag Essen gehe, sei eine genaue Kalkulation der Portionen nie exakt möglich. Einige Essen landen so mit Sicherheit täglich im Abfall.

Für die Firma „Erima“ war dies dennoch ein Grund, auf der ausgesprochenen Kündigung zu beharren. Der Anwalt des Unternehmens verstieg sich sogar allen Ernstes zu der Behauptung, dass durch das Verhalten des ehemaligen Mitarbeiters in Zukunft nicht mehr davon ausgegangen werden könne, dass dieser nicht auch Teile seines Millionenetats als Einkäufer veruntreuen würde. Obwohl die Firma überhaupt nicht geschädigt wurde und es um einen lachhaften Streitwert von sagenhaften 80 Cent ging, musste das Gericht in seinem Urteil erklären, dass der Kläger seinen Arbeitgeber nicht willentlich habe schädigen wollen. Außerdem dürfe nicht davon ausgehangen werden, dass damit ein mögliches Potenzial zur Veruntreuung im größeren Stil verbunden sei. Weil der „Täter“ zudem sein fehlerhaftes Verhalten eingeräumt habe, seien sowohl die fristlose als auch die ordentliche Kündigung nicht gerechtfertigt. Unglaublich, wie hier Nebelwolken hochfliegen, wenn hier wahrhafte Mückenpupse von allen Seiten akribisch beleuchtet werden und sich jeder fragen muss, warum solche genauen Untersu-

chungen nicht auch völlig selbstverständlich bei den *Bankstern* auf die Tagesordnung gehören, und zwar bevor ihnen die Milliarden in den Allerwertesten geblasen werden!

4. Endlich kommt nun auch von Jobvermittlern harsche Kritik am Umgang der Argen mit jungen Erwachsenen unter 25 Jahren. Wie aus einer in der letzten Woche veröffentlichten Studie des Nürnberger „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ hervorgeht, zwinge vor allem die komplette Streichung von Hartz IV die jungen Leute oft zur Verschuldung und fördere zudem die Kleinkriminalität. Manche junge Arbeitslose tauchten nach der Streichung der Grundsicherung einfach ab und entzögen sich damit dem Einfluss ihres Vermittlers oder Fallmanagers. Bei wiederholter Ablehnung eines ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs, eines tatsächlich oder auch nur vermeintlich berufsvorbereitenden Kurses oder einer Lehrstelle drohe den Jugendlichen gar die Streichung von Miet- und Heizkosten. Beim Verlust aller Leistungen hätten sie nur noch einen Mindestanspruch auf medizinische Leistungen. Die Integration in die Arbeitswelt werde damit zusätzlich erschwert.

So forsch wird hier herumgetönt, ohne dass jemand überprüft und erörtert, ob es in der sogenannten Arbeitswelt einen Ausbildungsplatz, der zu ihnen passt, oder einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz, von dessen Ausübung es sich von der Arge unbehelligt leben lässt, überhaupt gibt! So ein Resultat kann nur als wenig sinnvoll, sogar kontraproduktiv betrachtet werden, es sei denn, mit derartiger Brachialgewalt sollten lediglich mal wieder die Statistiken über Jugendarbeitslosigkeit ein bisschen aufgehübscht werden. Wenn trotz dieser barbarischen, in die Zukunftslosigkeit von Obdachlosigkeit und Kriminalität führenden Hammersanktionen, die bestimmt nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind, in den vergangenen Monaten von politischer Seite immer wieder Rufe nach härteren **Sanktionen** gegen junge Hartz-IV-Bezieher erschallen, dann haben diese Aufwiegler entweder von Tuten und Blasen keine Ahnung, oder sie forcieren das totale Ausgrenzen von jungen Überflüssigen sogar bis in den Tod hinein! Das ist nicht hinnehmbar und widerspricht jeglichem Ethos und Mitgefühl! Ansonsten gehört der Paragraf 31 SGB II grundsätzlich schlicht abgeschafft, da jede Sanktion eine auf Dauer lebensbedrohliche Unterschreitung des Existenzminimums darstellt.

5. Endlich mal eine positive Regelung, und dies sogar von der Bundesregierung: Ab Juni 2010 werden bei der Neuregelung der Anrechnung des **Einkommen**s von Schülern auf Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII per Verordnung 1.200 Euro im Jahr anrechnungsfrei sein, wenn die Schüler allgemeinbildende oder berufsbildende Schulen besuchen, sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und keine Ausbildungsvergütung erhalten und wenn dieser Betrag in den Schulferien in einem Zeitraum von höchstens vier Wochen pro Kalenderjahr erzielt wurde. Es hat sich also gelohnt, immer wieder zu bemängeln, dass die Kinder von ALG-II-Beziehern in meinen Augen praktisch einer Sippenhaft unterlagen, wenn das von ihnen in den Sommerferien verdiente Geld den El-

tern von deren Sozialleistungen für die ganze Familie wieder abgezogen wurde und bei den Schülern der Lerneffekt hängen bleiben musste, dass es sich für sie leider absolut nicht lohnt zu arbeiten. Völlig schwachsinnig und überflüssig finde ich hingegen mal wieder die Altersbeschränkung, weil sie ältere Schüler davon ausschließt, sich in den Ferien etwas dazuzuverdienen!

6. Nicht zu glauben: Da wird mit viel Lobhudelei ein **Sozialticket** auf den Weg gebracht, und dann wollen es die armen Bremer, für die es gedacht ist, einfach nicht annehmen! Was ist denn da wohl schiefgelaufen, dass die Erwartungen nicht erfüllt wurden? Bislang nutzen nur bis zu 6.000 Hartz-IV-Bezieher pro Monat die Möglichkeit, mit einem vergünstigten Fahrschein Bus und Straßenbahn im Stadtgebiet zu fahren. Doch ist das Sozialticket wirklich günstiger? Wenn es für finanziell bedürftige ALG-II-Bezieher gedacht ist, in deren Regelsatz nur magere 15 Euro für Mobilität vorgesehen sind, es aber für Erwachsene 29,25 Euro kostet, für Jugendliche „nur“ 24,50 Euro und noch nicht mal auf Familienmitglieder übertragbar ist, dann war bei diesen Webfehlern doch von Anfang an ein gewaltiger Flop vorauszusehen! Welche alleinerziehende Mutter von zwei Kindern könnte es sich leisten, monatlich 78,25 Euro monatlich für Fahrkarten zu bezahlen? Da wäre es ja günstiger, eine normale Monatskarte für 47 Euro für alle zu kaufen! Pech nur, wenn alle immer zur gleichen Zeit aus dem Haus gehen müssen: zur Schule, zur Ausbildung und zum 400-Euro-Job.

Wenn ein Sozialticket sozial sein soll, dann darf es für Erwachsene nicht mehr als 15, für Kinder bis 13 Jahren nicht mehr als neun und für Jugendliche ab 14 Jahren nicht mehr als 10,50 Euro kosten, weil Kindern nur 60 und Jugendlichen nur 70 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene zugebilligt werden. Für so wenig Geld gibt es keine Monatskarte? Wenn Politiker sich nicht darum bemühen, die Wirklichkeit kennenzulernen, die sie selbst ihren Bürgern zumuten, dann können sie ihre Hausaufgaben nur vollkommen ungenügend auf dem Level eines Schildbürgerstreiches aus dem Wolkenkuckucksheim heraus machen! Sozial ist etwas anderes. Wirklich herzallerliebst, wenn der grüne Bürgerschaftsabgeordnete Horst Frehe jetzt zu den geringen Nutzerzahlen sagt, „dass wir uns noch Verbesserungen vorstellen können, um das Stadtticket für mehr Menschen attraktiv zu machen“. Es reicht jedenfalls nicht aus, das Sozialticket euphemistisch zu einem Stadtticket zu adeln, um damit scheinbar die Betroffenen der Beschämung zu entledigen. Bezahlbarer wird es dadurch leider auch nicht. Wie sagte ein Mitstreiter so schön: „Was diejenigen, die über den Wolken schweben, so alles Sozialticket nennen – und sich dann auch noch wundern!“

7. Ein junger Detmolder liebt Überraschungen, aber mit dieser hatte er dann doch nicht gerechnet: Dem Hartz-IV-Bezieher wird allen Ernstes eine Kürzung der Bezüge angedroht, weil er Figuren aus Überraschungseiern sammelt. Das erste Schokoladenei bekam er geschenkt, als er fünf war und mit seiner Mutter von Jena nach Detmold zog. Inzwischen hat er eine Sammlung von etwa vierhundert

Plastikfiguren im Wohnzimmer stehen, das er sich mit seiner erwerbsunfähigen Mutter teilt. Der 23-Jährige erzählt, dass dies das einzige Hobby von seiner Mutter und ihm sei und dass er von jedem Wochenendeinkauf zwei Überraschungseier mit nach Hause bringe. Weil der junge Detmolder und vier weitere Sammler ihre Ü-Ei-Figuren auf einer gemeinsamen Internetseite präsentieren, blieb diese Leidenschaft den Schnüffeleien der Behörde „Lippe Pro Arbeit“ nicht verborgen.

Es ist nicht zu fassen, aber nun gehen die Beamten (sind es denn welche?) davon aus, dass er teure Sammlerstücke besitze! In sechs Wochen haben Mitarbeiter des Amtes 188 Mal auf die Internetseite zugegriffen. Im April bekam der junge Sammler dann happige Post von seiner Behörde. Er solle den Wert der Sammlung angeben, dann würden seine Bezüge entsprechend gekürzt werden. Die Sprecherin von „Lippe pro Arbeit“ sagte aus, sie wisse, dass es Figuren aus Überraschungseiern gibt, für die Sammler mehrere hundert Euro bezahlten. Solche Figuren seien natürlich ein **Vermögen**, das angerechnet werden müsse. Ja, ist es denn zu glauben: Aus juristischer Sicht hat Sammlerwert immer eine ideelle Größe! Der Markt- oder Zeitwert dürfte gleich Null sein. Selbst wenn dem nicht so wäre: Der Detmolder bekam als Fünfjähriger seine erste Überraschungseifigur, und es existiert ein Freibetrag für Erspartes in Höhe von 150 Euro pro Lebensjahr, höchstens aber 9.750 Euro. Also dürfte ein 23-Jähriger Erspartes im Werte bis zu 3.450 Euro besitzen. Ob die Plastikfiguren wohl so viel wert sind? Solche Verfolgungsbetreuung par exellence ist für die Betroffenen bestimmt nicht witzig, obwohl es aus der Distanz fast wie Kabarett wirken kann.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Nur noch sechs Wochen bis zur parlamentarischen Sommerpause: Hintertreibt die Union die Grundgesetzänderung zur Mischverwaltung der Jobcenter, um auf breiter Front die kommunale Zuständigkeit für Hartz IV nach dem Optionsmodell durchzusetzen? *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Scheindebatten um die unbezahlte Mehrarbeit: Für Kapitalisten sind wir keine Menschen, sondern Objekte, die man nutzt, solange man sie brauchen kann *(„Scharf links“)*

Der versuchte Mord durch die Arge soll nicht dokumentiert werden

Darf ein Verein von Hartz-IV-Betroffenen den Schriftwechsel mit einer Sachbearbeiterin der Arbeitsagentur ins Internet stellen oder nicht? Darum ging es gestern vor dem Amtsgericht Potsdam. Als Mitglied des Vereins hatte sich Diana H.

an dessen Vorsitzenden Jürgen W. gewandt. Die Schriftstücke, die eine juristische Auseinandersetzung mit der Sachbearbeiterin Claudia W. in ihrer süddeutschen Heimat belegen, stellte dieser vor etwa zwei Monaten auf die vereinseigene Homepage. Darunter war auch eine Strafanzeige gegen die fragliche Bearbeiterin, die auf „versuchten Mord“ lautete.

Die Angestellte der Arbeitsagentur hatte der Hartz-IV-Empfängerin nach deren Angaben den Regelsatz völlig gestrichen und begründete diesen Schritt damit, dass jene zu wenige Bewerbungen geschrieben hätte. „Mindestens vier“ waren ihr per Eingliederungsvertrag vorgeschrieben; neun hatte sie im fraglichen Monat verfasst. Doch auch Lebensmittelgutscheine erhielt sie wegen der Sanktion über drei Monate hinweg nicht. Bearbeiterin W. fühlte sich durch die eingestellte Strafanzeige öffentlich diffamiert und engagierte eine Rechtsanwältin. Wegen übler Nachrede, Beleidigung und Verleumdung zeigte die Angestellte die Hartz-IV-Empfängerin an. Gegen den Potsdamer Verein ging sie mit einer Unterlassungserklärung vor: Er solle sofort die Dokumente aus dem Internet entfernen und die Kosten für die Anwältin übernehmen, immerhin mehr als 650 Euro. Jürgen W. entfernte die Dokumente nicht, schwärzte aber den Namen der fraglichen Mitarbeiterin.

Den Vorschlag einer gütlichen Einigung, den die Richterin gestern zu Beginn des Verfahrens machte, nahm die Vertretung der Angestellten nicht an. Die Unkenntlichmachung des Namens reichte ihr nicht aus. Die Richterin sieht die Veröffentlichung im Wesentlichen jedoch durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, vor allem, da sich die Leser durch die Dokumente beider Seiten selber ein Bild machen können: „Es ist keine plakative Darstellung. Es ist von Interesse, dass auf Missstände aufmerksam gemacht wird – gerade bei Hartz IV.“ Am 19. Mai verkündet sie ihre Entscheidung.

Sebastian Scholze in der „Märkischen Allgemeinen“

Ich freue mich sehr über moralische Unterstützung! Meinem Mitstreiter, dem Homepagebetreiber Jürgen Weber, geht es genauso. Man versucht uns mundtot zu machen. Es soll uns ein Maulkorb aufgesetzt werden, damit wir zu dem Justizunrecht schweigen. Es wird von der Gegenseite weiterhin gedroht. Die Gegenanwältin rief die Richterin und die Anwältin von Herrn Weber zum Zwecke der Beeinflussung an. Im Gerichtssaal forderte die Gegenseite in energischer, aufgebrachter Art und Weise ein Urteil, damit die Schriftstücke aus dem Internet verschwinden. Die Meinungsfreiheit will die Gegenseite Hartz-IV-Beziehern nicht zugestehen.

Nach der Gerichtsverhandlung hat es sich die Gegenseite überlegt. Nun will sie einen Vergleich. Ein Vergleich zeichnet sich dadurch aus, dass keine Sachverhaltsschilderung und keine rechtliche Würdigung in dem „Urteil“ steht. In einem Vergleich stehen nur die Sätze: „Die Parteien haben sich verglichen. Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.“ Der Vorteil besteht für die Gegenseite dar-

in, dass das Justizunrecht gänzlich totgeschwiegen wird und wir auf unseren Kosten sitzen bleiben, also den anteiligen Gerichtskosten und Herr Weber auf den Anwaltskosten. Um den Vergleich zu erreichen, hat die Gegenseite auf die Richterin und die Anwältin von Herrn Jürgen Weber eingewirkt. So sieht es in unserem liberalen, demokratischen Rechtsstaat aus!

Zuschrift von Diana H.

Bei dieser finanziell Abhängigen handelt es sich um Diana H., die letztes Jahr auf der bundesweiten Delegiertenkonferenz der Montagsdemobewegung die Klage gegen den Hartz-IV-Regelsatz vor dem Bundesverfassungsgericht vorgestellt hat. Diana H. ist die treibende Kraft in dem Verfahren gewesen. Sie setzt sich sehr energisch für andere Menschen ein. Bekommt die Arge-Mitarbeiterin eine „Angriffsprämie“?

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Mitwisser und Beihelfer in den Behörden müssen angezeigt werden: „Die Bundesagentur für Arbeit ist nicht die Institution, die Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik Deutschland auf Sittenwidrigkeit überprüft“ *(„Scharf links“)*

„Die Ära von ‚Retten macht Spaß‘ geht zu Ende“

Seit letzter Woche jagt in der EU eine Krisensitzung die nächste. Mit einem gigantischen Finanzpaket in Höhe von 750 Milliarden Euro versucht die EU, dem drohenden Staatsbankrott einer Reihe von Mitgliedsländern entgegenzuwirken. Nach Griechenland sind Spanien, Portugal, Irland und Italien mittlerweile ebenfalls akut davon bedroht. Inzwischen handelt es sich um eine Krise der gesamten EU, und es besteht die erneute Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten Weltfinanzsystems. Auslöser der hektischen Schmiedung des 750-Milliarden-Euro-Pakets war das koordinierte Vorgehen von Investment- und Hedgefonds vor allem aus den USA, die auf den Staatsbankrott weiterer EU-Länder und auf Währungsschwankungen zwischen Dollar und Euro gewettet haben, um davon zu profitieren, wenn ganze Volkswirtschaften pleite gehen. Die Spekulation hat inzwischen eine dominieren-

de Rolle in der Finanzwelt eingenommen, um Höchstprofite zu machen. Die Menschenverachtung des Kapitalismus steigt ins Unermessliche!

Die Methode ist einfach: Internationale Großbanken verschulden sich in Euro und tauschen dieses Geld in eine gegenüber dem Euro steigende Währung um, zum Beispiel den Schweizer Franken. Nach dem weiteren Verfall wird zurückgetauscht und die Kursdifferenz als Riesengewinn eingestrichen. Die Umsätze durch die Spekulation auf Währungsdifferenzen belaufen sich heute auf 3,2 Billionen US-Dollar am Tag! Das Krisenmanagement der Regierungen hat durch ihre billionenschweren „Rettungsschirme“ für Banken und Konzerne eine gigantische Staatsverschuldung hervorgebracht. Auch das ist eine sprudelnde Quelle für gigantische Gewinne. Allein 76 Milliarden. Euro an Zinsen wirft die öffentliche Hand in Deutschland in diesem Jahr den Banken in den Rachen. Mit dieser Summe könnten auf einen Schlag zwei Drittel der Schulden aller Kommunen beglichen oder fast zwei Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst finanziert werden!

Doch jetzt ist das Krisenmanagement selbst in die Krise geraten, und der Kollaps droht. Deshalb gehen die Herrschenden dazu über, die Bevölkerung offen anzugreifen. Der Chef des „Bundesverbands der deutschen Industrie“, Keitel, gab dazu am 18. Januar 2010 die Richtung vor: „Die Ära von ‚Retten macht Spaß‘ geht zu Ende. Wer die Krise staatlich alimentiert, verlängert sie nur. Wir wissen wohl, dass eine Vollbremsung allen Beteiligten mehr schadet als nützt. Deshalb plädiere ich für einen raschen, aber weichen Übergang. Machen wir uns nichts vor: Das wird schmerzliche Einschnitte bedeuten!“

Das gegenüber Griechenland diktierte drastische Programm zur Abwälzung der Krisenlasten ist die Speerspitze dieser Pläne. Dort soll exemplarisch durchgepeitscht werden, was auf die Bevölkerung in anderen Ländern noch zukommt. Doch immer weniger Menschen in ganz Europa sind bereit, die Rechnung des internationalen Finanzkapitals zu bezahlen, das mit seinen skrupellosen Spekulationen ganze Volkswirtschaften in den Ruin stürzt. „Völker Europas erhebt euch“ – das war am 4. Mai 2010 an der Athener Akropolis zu lesen. Der mutige Kampf in Griechenland fordert unsere volle Solidarität in ganz Europa! Wenn das griechische Volk mit seinem Widerstand erfolgreich ist, wäre das ein Signal für den Kampf in anderen europäischen Ländern. Hoch die internationale Solidarität!

Harald Braun

Wes’ Brot ich ess, des’ Lied ich sing: Die Journalisten der Medienkonzerne halten jeden Kampagnenvorwurf für „Verschwörungstheorie“ *(„Nachdenkseiten“)*

Neue Arbeit: Wer vier Monate an der Wohnung mitbaut, in der man die nächsten zehn Jahre lebt, müsste jedes Jahr einen Monat weniger jobben *(„Thur“)*

Das griechische Volk kämpft gegen EU- und IWF-Diktat

Nicht die Griechen haben „über ihre Verhältnisse gelebt“, sondern die Monopole, die Banken und Spekulanten leben schon lange „über ihre Verhältnisse“. „Griechenlandhilfe“ ist nicht Hilfe fürs Volk, im Gegenteil, es ist abermalige „Bankenrettung“ für HRE, Commerzbank, West-LB – und immer mit dabei: Die Deutsche Bank! Am Wochenende waren Veranstaltungen mit Vertretern des griechischen Widerstands. Es gab Berichte von direkten demokratischen Aktionen der Massen, zum Beispiel regelmäßig während der Abendnachrichten eigene Lautsprecherdurchsagen in Wohngebieten, um Gegenöffentlichkeit zum Medienmonopol herzustellen. Eine Gruppe von 50 Lehrern besetze Fernsehsender während der Nachrichten und verlas eine Erklärung. Bei dem Vorfall mit drei Toten in einer Bankfiliale, in der während des Generalstreiks gearbeitet wurde, gibt es den Verdacht, dass die Schuldzuweisung an die Demonstranten inszeniert wurde, denn die Brandursache ist ungeklärt.

Wir müssen voneinander lernen, denn was heute in Griechenland los ist, geschieht morgen in Spanien und Portugal – und schließlich auch bei uns in Deutschland. IWF und EU haben die Souveränität Griechenlands aufgehoben: Laut Lissabonner Vertrag, auf den auch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze zurückgehen, haben sich die 27 Mitgliedstaaten verpflichtet, militärisch gegen Widerstand vorzugehen und dazu die national Souveränität zu verletzen. EU-Kommissar Oettinger fordert, der Haushalt der Staaten müsse vorgelegt und „Daumenschrauben“ angelegt werden. Dann dürfen Regierungen noch frei entscheiden, ob sie lieber Steuern erhöhen oder Löhne kürzen! Koch, Mappus und andere fordern eine „härtere Gangart“ in Deutschland. Gemeint sind Steuererhöhungen und die Streichung staatlicher Ausgaben für Kinderbetreuung und Bildung.

Auf der ganzen Welt nehmen die Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu. Es gibt Bürgerkrieg in Thailand, wobei die „Rothemden“ teilweise für muslimische Interessen und den früheren Präsidenten eintreten. Hintergrund ist auch hier jedoch der Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf das Volk. Es gibt keine sozialen Sicherungssysteme in Thailand. Deshalb geht der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung hier ganz schnell in revolutionäre Gärung über! Erinnern wir uns an Argentiniens Staatsbankrott vor ein paar Jahren: Auf das IWF-Diktat folgte der Hungeraufstand „Argentinazo“. Nacheinander stürzten vier Präsidenten, es kam zu revolutionärer Gärung in ganz Lateinamerika – und die Schulden wurden gestrichen!

15.000 Menschen gingen in Madrid gegen ein Krisenprogramm der Regierung auf der Straße, das „drastische soziale Einschnitte“ vorsieht. In **Berlin** gibt es am **Mittwoch** dieser Woche eine **Demonstration** des Bündnisses „**Wir zahlen nicht für eure Krise**“. Im Aufruf heißt es: „Wir sind alle Griechen und Griechinnen! Das Gebot der Stunde ist europäische Solidarität! Nicht die als faul verleumdeten griechischen Arbeiterinnen und Arbeiter sind schuld an der Krise, sondern ein System, in dem nicht für die Bedürfnisse der Menschen, sondern für Profit produziert wird. Die Krise heißt Kapitalismus! Wir fordern: Die Banken und Konzerne müssen zahlen! Streichung der Schulden Griechenlands! Gegen das neoliberale Spardiktat! Stoppt die Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialkahlschlag! Stoppt die Hetze gegen die griechische Bevölkerung! Gemeinsamer Widerstand europaweit! Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter(inne)n und Jugendlichen in Griechenland!“

In **Hamburg** findet am **Samstag** dieser Woche eine **Diskussionsveranstaltung** der MLPD mit ihrem Landesvorsitzenden Joachim Griesbaum unter dem Titel „**Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes**“ statt. Beginn ist um **19 Uhr**, und zwar in der Bartelstraße 21 im Schanzenviertel, in den Räumen der ATIF/AGIF (Toreinfahrt neben Reisebüro). Der Eintritt beträgt zwei, ermäßigt einen Euro. Aus **Bremen** fahren wir mit dem Zug dorthin, günstig per „Niedersachsenticket“. Treffpunkt ist um **17:15 Uhr** am Bahnhofshaupteingang.

Kurz erwähnen muss ich noch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, denn Verursacher BP vertuscht und lügt! Aus dem Bohrloch strömt zwölfmal so viel Öl wie zugegeben, nämlich alle vier Tage so viel wie aus dem Wrack der „Exxon Valdez“ vor 21 Jahren: neun bis 13 Millionen Liter pro Tag! Demonstranten fordern, das BP-Vermögen zu beschlagnahmen und zur Rettung der Umwelt einzusetzen. Es darf keine weiteren Ölbohrungen geben, bevor das „Leck“ geschlossen ist! Die verantwortlichen Umweltverbrecher müssen streng bestraft werden! Rettet die Umwelt vor der Profitgier der Monopole!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schon die Angst vor Hartz IV macht krank: Der seelische Druck auf die Arbeitslosen und ihre Familien ist enorm *(„Bild“-Zeitung)*

Nach fünf Monaten endlich vorbei: Auf Schritt und Tritt verfolgen einen die Plakate der Leichenfledderschau *(„Weser-Kurier“)*

Das sollte ich vielleicht mal mit meinem Psychiater besprechen: Warum brauche ich einen Hund, der Menschen töten kann? *(„Die Welt“)*

Bewaffnete Außenhandelspolitik: Horstel spricht aus, was der Bundestag beschlossen hat *(„Spiegel-Online“)*

„Das Deserteursdenkmal muss weg, sonst kriegt Bremen keine Rüstungsaufträge mehr!“

Deserteursdenkmale stehen zumeist als Einzelexemplare, oftmals erst nach heftigen Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Ortsgewaltigen, in verschiedenen Städten dieser Republik. So zum Beispiel in München, wo die DFG-VK im Jahre 1987 das Denkmal „Den Deserteuren aller Kriege“ aufstellte. In Potsdam ziert seit 1989 das „Denkmal für den unbekannten Deserteur“ den „Platz der Einheit“. Am 1. September 1994 wurde in Braunschweig ebenfalls ein Deserteursdenkmal enthüllt, und seit 1998 gibt es ein Denkmal in Bernau bei Berlin, das an die pazifistische Haltung vieler Deserteure erinnert.

Bremen hat sein Denkmal „Dem unbekannten Deserteur“ seit 1986. In jenem Jahre wurde es von der Gruppe „Reservisten verweigern sich“ im Foyer des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses aufgestellt. Kurz danach kam es in der Bürgerschaft zu heftigen Kontroversen mit der CDU, die das Denkmal wieder entfernt sehen wollte. Mit den Stimmen von SPD und Grünen wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Es gab sogar eine handfeste Erpressung von höchster Stelle! So wusste der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann zu berichten, dass der damalige Kriegsminister Manfred Wörner (CDU) vom seinerzeit amtierenden Bremer Bürgermeister Wedemeier die Entfernung mit den Worten verlangte: „Das Deserteursding muss weg, sonst bekommt Bremen keine Rüstungsaufträge mehr!“ Doch die Rüstungsbetriebe bestehen munter weiter, und das Vegesacker Denkmal eben auch!

Nun bekam es von einem zweiten Denkmal Besuch: Seit dem 17. Mai 2010 steht im Foyer auch das vom Aktionskünstler Joachim „Bommel“ Fischer geschaffene mobile Deserteursmahnmal, das bereits am Antikriegstag 2008 während zweier Kundgebungen mit Baumann auf dem Marktplatz und anschließend auf der Altmannshöhe gestanden hatte. Im Rahmen der Aufstellung gab es eine kleine Feierstunde mit anschließender Diskussion. Beide Denkmale stehen jetzt im Bürgerhaus für einige Zeit einträchtig nebeneinander!

Hierzu ein Termin: Am **31. Mai 2010** laden die DFG-VK Bremen und das Projekt „Internationale Friedensschule Bremen“ zu einem Gespräch zum Thema „Historische und aktuelle Motive zum Thema **Desertion**“ ein. Die **Veranstaltung** findet um **19:30 Uhr** im Foyer des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses Vegesack, Kirchheide 49, statt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Werden die Bundeswehrsoldaten doch nur missbraucht?

1.Die Freiheit der Menschen in Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt. Ginge es wirklich um die Freiheit der Afghanen, dann sollte sich doch jeder der dort eingesetzten Soldaten mal die Frage stellen, wie es um die Freiheit der Menschen in Dafur (Sudan) gestellt ist oder in anderen Ländern, in denen es nicht um wirtschaftliche Interessen geht! Hier wird offensichtlich mit total verschiedenen Maßstäben gemessen, oder werden die Bundeswehrsoldaten für den **Afghanistaneinsatz** von allen Befürwortern dieses Einsatzes aus Parlament und Regierung doch nur missbraucht?

Bundeswehrsoldaten sind keine Fremdenlegionäre, aber jeder Soldat, der sich für diesen Einsatz verpflichtet, wird in meinen Augen zum Söldner. Auch wenn er vielleicht persönlich keinen Blutzoll hierfür zahlt, so muss doch jeder Soldat mit einer Traumatisierung rechnen. Mit Sicherheit wird diese aber nicht durch fehlende warme Duschen oder Luxusscheißhäuser in Form von Dixiklos verursacht! Propagandasoldaten, die so etwas zum Besten geben, werden ihren Kameraden mit Sicherheit keinen Gefallen tun, denn genau hierdurch tragen sie zur Stigmatisierung der Betroffenen bei. Jede Mutter, jeder Vater, jede Ehefrau und auch andere Verwandte sollten jungen Männern in Deutschland raten, sich nicht mehr bei der Bundeswehr auf Zeit zu verpflichten, um sie hierdurch vor einem Albtraum zu schützen, der vielleicht ein Leben lang nicht mehr endet. Meinem jüngsten Sohn habe ich diesen Rat auch bereits gegeben, und er hat es verstanden.

Es geht in Afghanistan um wirtschaftliche Interessen! Dafür lohnt sich weder eine Traumatisierung oder vielleicht auch noch der „Heldentod“. Der Afghanistaneinsatz ist der Alptraum! Nur der sofortige Abzug aller Soldaten kann daran etwas ändern. „Von deutschem Boden nie wieder Krieg“, diese Aussage muss ab sofort und in der Zukunft wirklich von allen Menschen in Deutschland unterstützt

und endlich Wirklichkeit werden! Die Anzeige gegen Bundespräsident Horst Köhler kann deshalb jeder friedliebende Mensch in Deutschland eigentlich nur richtig heißen.

2. Unsere Petition bezüglich einer **Winterbekleidungshilfe** für Kinder wurde für erledigt erklärt, da sie „nicht abhilfefähig“ sei. Es erfolgte insbesondere der Hinweis, dass es sich um freiwillige Leistungen der Kommunen handele, da die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger auf Bundesebene festgesetzt werden, und dass die notwendigen Haushaltsmittel hierfür in der Stadtgemeinde Bremen nicht zur Verfügung stünden. Anscheinend ganz im Gegensatz zu Hilfen europäischer und deutscher Banken! Mir ist allerdings nicht bekannt, wie die Bremische Bürgerschaft hierzu im Bundesrat gestimmt hat.

Ob der Petitionsausschuss mit dieser Entscheidung der Bremer Landesverfassung gerecht wird, darüber sollte sich vielleicht jede Bürgerin und jeder Bürger der Hansestadt selbst ein Bild machen. Hätte man allen betroffenen Kindern in Deutschland die dringend notwendige Hilfe als Soforthilfe gezahlt, wären zum Beispiel für 2,7 Millionen Betroffene 810 Millionen Euro erforderlich gewesen. Das sind wirklich Peanuts im Vergleich zu den Summen, die einem jetzt von der Politik bezüglich der Hilfen für den Euro um die Ohren geschlagen werden!

Hans-Dieter Wege (ehemaliger Unteroffizier mit Portepee der Bundesmarine und parteiloser Gegner kriegerischer und asozialer Politik)

Vorbildlich: Köhler macht die Käßmann *(„Spiegel-Online“)*

Brot und Spiele: Deutschland wird Europameister
in Volksberuhigung *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

280. Bremer Montagsdemo am 31. 05. 2010

Wurde jemals woanders als bei den Armen gespart?

1. Laut einer Pressemitteilung startete die Bundesagentur für Arbeit ein ehrgeiziges Projekt: Neuerdings will sie verständliche **Bescheide** verschicken, unter anderem die Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheide für Arbeitslosengeld II. Dadurch soll die Zahl der Widersprüche reduziert werden, von denen angeblich viele nur deshalb eingereicht würden, weil die Bescheide nicht verstanden worden seien. Mal wieder wird so getan, als ob die ALG-II-Bezieher allesamt dumm und ungebildet seien und als ob nicht vielfach absichtlich oder grob fahrlässig falsche Bescheide herausgeschickt würden, um bei der Agentur für Arbeit Kosten einzusparen! Mir persönlich sind Fälle bekannt, wo ALG-II-Bezieher für einen einzigen Widerspruch bereits mit mehreren Nummern in den Antwortschreiben der Arge versehen wurden. Diese Maßnahme, die offensichtlich heillose Verwirrung stiften soll, war selbst vom Sozialgericht angeprangert worden. Die netten Beispiele für die neuen *Easy*-Bescheide der Bundesagentur für Arbeit werden an solchen Machenschaften leider absolut gar nichts verändern. Die Rechtswidrigkeit mancher Bescheide lässt sich gut bei Beratungsstellen belegen!

2 Der Bundesgeschäftsführer des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes „Volkssolidarität“, Dr. Bernd Niederland, erklärte vor zwei Wochen, dass ein **Sparkurs** zulasten der sozialen Gerechtigkeit die Zukunftschancen für kommende Generationen verbaue. Er forderte, die Lasten der Krise nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen und die sozialen Infrastrukturen nicht kaputtzusparen. Niederland sagte weiter, dass es bei stagnierenden Löhnen und Renten, einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und einem realen Armutsproblem nicht angehen könne, Sparmaßnahmen massiv im Sozialen, bei Bildung und Kinderbetreuung anzusetzen. Weder Familien mit Kindern, noch Rentner oder Arbeitslose lebten über ihre Verhältnisse. Deshalb überschreite, wer jetzt die Mehrwertsteuer auf 25 Prozent erhöhen und gleichzeitig bei Rentenzuschüssen, Bildung sowie Famili-

enleistungen kürzen will, die Grenzen des Zumutbaren. Laut Niederland lägen die Ursachen der hohen Verschuldung in den enormen Aufwendungen, die der Staat tätigen musste, um die Folgen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft zu begrenzen. Ob der Staat dies wirklich muss, sei mal dahingestellt! Es kann nicht angehen, dass für die Finanzmarktspekulationen allein die Bürger in Haftung genommen werden! Schließlich ist bereits jetzt ein massiver Abbau sozialer Angebote zu verzeichnen, weil den Kommunen trotz Konjunkturpaketen das Wasser bis zum Halse steht. Wer jetzt weiter bei den Bürgern einspart, nimmt massive Verschlechterungen der Lebensqualität in Kauf, statt die eigentlichen Verursacher dieser Sparzwänge zur Verantwortung zu ziehen. Niederland forderte, wirksame Vorkehrungen gegen weitere Finanzmarktspekulationen zu treffen und die Krisenverursacher stärker zu belasten.

3. Gregor Gysi brachte es in der Debatte über den von CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus schön auf den Punkt: Die Finanzmärkte ziehen die Kanzlerin am Nasenring durch die Manege. Demnach sei es also pro-europäisch, für Aufrüstung, Sozialabbau und falsche Verschuldung zu sein, hingegen anti-europäisch, für Frieden, Abrüstung und Verzicht auf Sozialabbau einzustehen. Dieser Bundestag beschloss zu Beginn der **Finanzkrise** innerhalb einer Woche, einen Rettungsschirm für Banken und Versicherungen im Umfang von 480 Milliarden Euro aufzuspannen. Der gleiche Bundestag beschloss nun ebenfalls binnen einer Woche, einen Rettungsschirm für Griechenland im Umfang von 110 Milliarden Euro mit einem deutschen Anteil von über 22 Milliarden Euro aufzustellen. Auch diesmal soll wieder innerhalb einer schicksalhaften Woche darüber beschlossen werden, eine Euro-Rettung im Umfang von 750 Milliarden Euro mit einem deutschen Beitrag von 148 Milliarden Euro zu veranlassen. Wenn im Bundestag jemals um eine Million Euro für einen sozialen oder kulturellen Zweck gekämpft würde, dauerte es wohl neun Monate, bis ein klares Nein hörbar wäre! In diesen Wochen wird zwar viel über Geld entschieden, aber nichts für eine überfällige Regulierung der Finanzmärkte getan. Die Bankster dürfen offenbar unbehindert weiter zocken und spekulieren. Leider konnte sich das schwarz-gelbe Gruselkabinett mit dem gigantischen Euro-Rettungspaket durchsetzen. Nicht bloß mir dürfte ziemlich klar sein, dass diese Milliarden natürlich nicht in Griechenland ankommen werden, sondern bei den marodierenden Bankstern!

4. Nun kommt es an den Tag: Bei der Kundenzufriedenheitsumfrage durch die Bundesagentur für Arbeit scheint es sich bei der vermeintlichen Zufriedenheit um reines, oder noch wahrscheinlicher: *gefaketes* Wunschdenken zu handeln. Eine vom Erwerbslosenverein „Tacheles“ durchgeführte „Kundenzufriedenheitsumfrage“ offenbart schwerwiegende Mängel an der Arbeit der Wuppertaler Arge. Bei der Bewertung der Gesamtzufriedenheit mit ihrer Arbeit lag die Durchschnitts-

note aller Befragten bei 4,6. Das schlechteste Ergebnis bei dieser Frage erzielte die Geschäftsstelle 7 der Arge in Oberbarmen mit dem der Notendurchschnitt 5,4. Schlechte Noten gab es auch für den Umgangston und die telefonische Erreichbarkeit der Arge-Mitarbeiter(innen), die fachliche Beratung oder die Bearbeitungsdauer der Anträge. Das hört sich alles vertraut an: so wie wir den Umgang mit der Arge oft erlebten. Es überrascht auch nicht, dass bereits zwei Drittel der Befragten bei der Arge Wuppertal Erfahrungen mit „verloren gegangenen“ Unterlagen gemacht hatten und dass über die Hälfte der Befragten die Wartezeit bis zur Ausstellung einer Eingangsbestätigung mit mangelhaft und ungenügend bewerteten. Neben einer qualifizierten fachlichen Aufklärung und Beratung der Leistungsbeziehenden fordert „Tacheles“ die Erreichbarkeit der Mitarbeiter(innen) zu verbessern und die Bearbeitungsdauer von Anträgen zu verkürzen. Des Weiteren sei die verzögerte Auszahlung der Leistung und der Schwund von eingereichten Schreiben einzudämmen. Ich bin mir sehr sicher, dass die ermittelten **Missstände** absichtlich „organisiert“ werden: um abzuschrecken, Rechte vorzuenthalten, zu demütigen und Gelder bei den finanziell Ärmsten einzusparen. Die berechtigten, wohlmeinenden Appelle von „Tacheles“ an die Bundesagentur für Arbeit werden meiner Vermutung nach unerhört in vermeintlichem Wohlgefallen verschallen.

5. Die Polizeibehörde ermittelt gegen den „Caritas“-Verband Recklinghausen und Haltern am See. Dem „Caritas“-Verband wird vorgeworfen, **Ein-Euro-Jobber** und andere von der „Vestischen Arbeit“ bezahlte Arbeitskräfte rechtswidrig bei der Sanierung des „Caritas“-Hauses an der Mühlenstraße 27 in Recklinghausen im letzten Jahr eingesetzt zu haben. Nun geht es um den Verbleib von 70.000 Euro, die der Wohlfahrtsverband bei der Baumaßnahme durch den Einsatz der Ein-Euro-Kräfte an Gewinn gemacht haben soll. Die „Vestische Arbeit“, die die Ein-Euro-Jobber an die „Jugendwerkstatt Haltern“ als Träger der „Arbeitsgelegenheit“ vermittelt und dafür 2.000 Euro gezahlt hatte, gab den Fall an die Staatsanwaltschaft ab. Der „Caritas“-Verband habe die Rückforderung „prompt erfüllt“ sowie Akteneinsicht gewährt. Vereinbart war, dass die Ein-Euro-Jobber „fünf, sechs Stunden Bewerbungstraining pro Woche plus handwerkliche Arbeiten“ ableisten, um sie anschließend in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da lachen ja die Hühner! Es ist ein offenes Geheimnis, dass von hundert Ein-Euro-Jobbern im günstigsten Fall einer zumindest für eine kurze Zeit auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle findet. „Komisch“, dass solche offensichtlichen Missbrauchsfälle so gut wie nie durch die zuständige Aufsichtsbehörde, die Arge, aufgedeckt werden, die diese Träger ja eigentlich regelmäßig zu kontrollieren hat. Was nicht von sich aus gesucht wird – weil es ein prima Geschäft ist – kann auch nicht gefunden werden! Ich kann es mir nicht vorstellen, dass sie ihre eigenen Verbrechen, äh: Maßnahmen, aufdecken wollten. Wenn solche Maßnahmen bewilligt werden, dann werden Fördergelder veruntreut oder zweckentfremdet. Irgendwie komisch, aber mir kam es noch nie

zu Ohren, dass dafür mal die Geschäftsführer der argen Argen zur Rechenschaft gezogen worden wären!

6. Eine 56-jährige Frau, die von einer Hinterbliebenenrente in Höhe von 900 Euro lebt, wohnt mit ihrem Lebensgefährten zusammen, der vom ALG II vegetieren muss. Dadurch würden beide eine sogenannte **Bedarfsgemeinschaft** bilden. Obwohl die Frau selbst nicht bedürftig ist, wird sie frecherweise von der Arge als bedürftig nach § 9 SGB II „gerechnet". Ihre Rente wird als Einkommen in die Bedarfsgemeinschaft eingerechnet, wodurch sie rechnerisch bedürftig wird. Rechnerisch bekommt sie nun circa 125 Euro von der Arge. Da sie ja rechnerisch bedürftig ist, will die Arge sie nun allen Ernstes zwingen, eine Arbeit anzunehmen. Es stört die Arge nicht im Mindesten, dass die Frau ihre Hinterbliebenenrente verlöre, sollte sie sich eine Arbeit suchen und auch noch finden. Will die Arge nur weniger zahlen? Die Arge verkündet der Frau, dass sie trotzdem arbeiten müsse, da sie in der Pflicht sei, alles zu tun, um die Bedürftigkeit zu beenden beziehungsweise zu verringern. Als die Frau daraufhin erklärt, dass sie dann ihren Lebensgefährten aus der Wohnung werfen und somit die Lebensgemeinschaft auflösen werde, ist die Sachbearbeiterin erschrocken und sagt ihr, dass die Arge das so aber nicht wolle.

Doch der zuständige Leistungssachbearbeiter sieht das ganz anders und beharrt auf der Forderung, obwohl die Arge in Zukunft etwa 440 Euro mehr als jetzt zahlen muss, wenn der Lebenspartner eine eigene Wohnung bezieht. Dazu kommt die Kostenübernahme für die Wohnungssuche und eine Erstausstattung, wenn die Arge das Zusammenwohnen eines Paares, auf Neoliberaldeutsch: Bedarfsgemeinschaft, zerstört, weil sich hier leider niemand zur Wehr setzt. Auch wenn die Arge mit dieser brachialen Methode letztlich finanziell draufzahlt, so ist es ihr mal wieder gelungen, den Zusammenhalt, die Stärkung von Erwerbslosen untereinander zu schwächen. So muss sich jeder, der einen arbeitslosen Partner hat, zweimal überlegen, ob er mit diesem unter solchen Umstände zusammenziehen kann. Das gilt vor allem, wenn das Einkommen des Noch-Erwerbstätigen eine gewisse Mindesthöhe nur gerade eben übersteigt. So wird eine Sippenhaftung herbeigeführt, die zum Wegfall aller Ansprüche führen kann und quasi beide in eine gewisse Armut treibt und beide den Repressionen der Arge aussetzt.

Wenn der Gesetzgeber solch idiotische und unsoziale Gesetze erlässt, muss man ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen, wo immer das möglich ist. Im oben geschilderten Fall kommen nun eben Mehrkosten auf die Arge zu. Bürokratische Sturheit hat eben auch ihre Schattenseiten! Dieser Fall scheint zudem von keinerlei Sachkenntnis bei der Arge und den Beteiligten getrübt zu sein. Zu einer wirklichen Bedarfsgemeinschaft können immer nur Bezieher von ALG II gehören. Meiner Meinung nach kann eine Rentnerin dafür natürlich gar nicht in Frage kommen! Möglich wäre nur eine Einstandsgemeinschaft nach § 7 Absatz 3a SGB II, aber auch nur dann, wenn die Tatbestandsvoraussetzungen in der Betrachtung ihrer Gesamtheit vorliegen, also das Paar länger als ein Jahr oder mit einem gemeinsa-

men Kind zusammenlebt, die Betreffenden Kinder oder Angehörige im Haus versorgen oder befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen. Ich persönlich würde ihnen dazu raten, in ihrem „Fall“ einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X zu stellen und notfalls vor dem Sozialgericht das eigene Recht einzuklagen!

7. Jetzt fordert sogar schon der Präsident des „Zentralverbands des Deutschen Handwerks“, Otto Kentzler, die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Ich finde, dass er damit völlig Recht hat, weil sich dadurch 1,5 Milliarden einsparen ließen. Es könne nicht sein, dass immer zuerst an Steuererhöhungen gedacht werde, um den Haushalt zu sanieren. Ein wahrer Schnellmerker, nach über fünf Jahren seit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze! Das wäre mal eine Wohltat, denn diese Sklavenjobs dürfen herzlich gerne eingespart werden. Jetzt kommt es bloß darauf an, „etwas Neues zu erfinden“ und salonfähig zu machen, natürlich nur etwas, das den Staat nichts kostet und der Wirtschaft nicht im Wege steht. Gerade in Hinblick auf die erneute Reduzierung des Zivildienstes,die zum Beispiel Pflegeeinrichtungen hart treffen dürfte, müsste so etwas wie „**Bürgerarbeit**“ aus dem Hut gezaubert werden, wenn die Entwürfe nicht längst fix und fertig unterschriftsreif in der Vorlagemappe lägen. Die völlige Abschaffung der Ein-Euro-Jobs werden die fetten Maden im Speck – verschiedene Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Dekra et cetra – sicher zu verhindern wissen. Denn mit wem sollten die „Sozialkaufhäuser“ und so weiter denn sonst betrieben werden? Genau diese Befürchtung hegte ich heute Morgen, als ich in den Sechsuhr-Nachrichten im Nordwestradio auch etwas von angeblicher „Chance durch Bürgerarbeit“ für rund 33.000 schwer vermittelbare Arbeitslose hörte, die jeder Erwerbslose bekommen sollte. Dieses Projekt solle auf drei Jahre begrenzt sein und schlappe 900 Euro im Monat bringen. Tolle Chance als Müllsammler, so zukunftsweisend und richtig gut bezahlt, prima zum Eingliedern!

8. Erwerbslose melden sich immer häufiger krank. Ein Medienbericht berichtet unter Berufung auf Daten der Techniker Krankenkasse, dass die Fehltage der Empfänger von Arbeitslosengeld I seit 2006 um 28 Prozent auf 22,5 Tage gestiegen seien. Besonders stark zugenommen hätten psychische und Verhaltensstörungen. Hier habe das Plus bei 44 Prozent gelegen. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, führte die starke Zunahme der **Krankmeldungen** auf das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze zurück. Der seelische Druck auf die Arbeitslosen und ihre Familien ist enorm und macht krank. Bei den ALG-I-Beziehern ist es erst die Angst, im Bezug von ALG II wird der Albtraum dann Realität. Hierbei handelt es sich dann ganz praktisch und lebensnah um den sozialen Abstieg und die Armut, in übel riechender Kombination mit Medienhetze, schlechterer medizinischer Versorgung, kleinen, minderwertigen Wohnungen, schlechter Wohngegend durch grassierende Segregation, mangelhafter Ernährung, wenig Teilnahme an Bildung und Kultur, Druck durch

Sachbearbeiter, destruktive Verfolgungsbetreuung und last not least schlechten Zukunftsperspektiven.

9. Die Arbeitnehmer in den EU-Staaten sollen länger arbeiten und später in Rente gehen, empfiehlt die EU-Kommission laut einem Zeitungsbericht. Sonst drohe eine „schmerzhafte Kombination aus geringeren Zahlungen und höheren Beiträgen“. Der Vorschlag aus Brüssel: Das **Renteneintrittsalter** weiter rauf! Demnach soll es regelmäßig so angehoben werden, dass durchschnittlich nicht mehr als ein Drittel des Erwachsenenlebens im Ruhestand verbracht werde. Sollen wir der EU-Kommission vorschlagen, 70-jährige Rentenanwärter dahingehend zu verpflichten, in den Haushalt ihrer 90-jährigen Eltern einzuziehen? Oder soll die Inanspruchnahme der Rente das sofortige Zusammenleben in einem Pflegeheim nach seinem erfolgreichen Berufsleben im Auftrag des Kapitalismus bedeuten? Das alles, um die Pensionen der EU-Beamten und Ratgeber zu sichern, den Sozialstaat abzubauen, die Rente abzuschaffen? Wer schon im Arbeitsleben stirbt, braucht keine Rente mehr! Aber natürlich nur bei den unteren Berufsgruppen.

10. Um das Zocken der Bankster zu bezahlen, will die Bundesregierung nun auch bei den Kosten für Hartz IV sparen. Das Arbeitsministerium plant, noch vor der Sommerpause einen Vorschlag zur pauschalen Bezahlung von **Mietkosten** für die Hilfebedürftigen vorzulegen. Weil es künftig nur noch eine regional differenzierte Pauschale geben soll, ist die Empörung groß. FDP-Generalsekretär Christian Lindner behauptete zwar, dass damit keine individuellen Leistungskürzungen oder eine Verschlechterung der Wohnsituation verbunden seien. Da jedoch mit einer solchen Pauschalisierung die Bürokratie abgebaut würde, geht die Bundesagentur für Arbeit von einer Rückkehr der Beschwerdeflut gegen Hartz-IV-Bescheide aus. Auch die Sozialverbände lehnen das Vorhaben der Koalition ab, weil durch die Mietpauschalen Familien und Kinder in Hartz-IV-Bezug mutwillig zu einem Umzug in billige und abbruchreife Wohnungen verführt würden. Dieses Vorhaben ist ein trauriger Witz, und ich warte auf massive Gegenwehr gegen solche asoziale Politik.

Wenn mit den Pauschalierungen der Wohnkosten tatsächlich keine individuelle Leistungskürzungen oder eine Verschlechterung der Wohnsituation verbunden wäre, wie uns der FDP-Generalsekretär glauben machen will, dann könnte sich auch kein dreistelliger Millionenbetrag einsparen lassen! Wollen die uns mal wieder für dumm verkaufen? Witz komm raus: Wie soll die Prozessflut eingedämmt werden? Weil Unrecht zum Gesetz geworden ist, wogegen sich dann nicht mehr klagen ließe? Welch kaltblütige Verarschung: Als ob es um eine zu befürchtende Gettoisierung ginge. Die haben wir doch schon längst! Viel schlimmer ist, dass es all die superbilligen Wohnungen nirgends gibt und die ALG-II-Bezieher deswegen ihre real nicht zu senkenden Kosten für die Unterkunft, die die Höhe der Pauschale übersteigen, von ihren kümmerlichen 359 Euro zum Vegetieren abzwacken müssen. So sieht dann die Umsetzung davon aus, einen „Anreiz“ für

einen Umzug in eine billigere Wohnung zu schaffen. Hauptsache Verarschung pur, wenn bei den Ärmsten der Armen im Lande gespart wird, um die Profitmaximierung der Reichsten zu fördern! Wenn es keine billigen Wohnungen mehr gibt, dann aber vielleicht ganzjährige Campingplätze, Wohnheime oder Arbeitslager? Wurde jemals woanders als bei den Armen gespart?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Köhler stört verlogenen Konsens: Es genügt nicht, brav und fleißig zu sein, um unermessliche Reichtümer anzuhäufen *(„Frankfurter Rundschau“)*

Mit dem Sozialticket fahren Familien noch teurer

Kürzlich habe ich mich als Inhaber eines Sozialtickets, des sogenannten Stadttickets, von Kontrolleuren in der Straßenbahn „erwischen“ lassen: Ich hatte keine Nummer eingetragen. Als man mich bat, diese nachzutragen, obwohl ich sie in meinem Sozialausweisumschlag hatte, weigerte ich mich schlicht, dies zu tun: Ich bin doch nicht im Kindergarten, um zu spielen! So schrieb man mich auf, fragte nach meinem Namen, den ich in diesem Falle natürlich nicht nannte. Allerdings stand er in dem Sozialticket, wodurch man alles leicht über die Polizei rausfand. Beschwerenderweise muss ich auch sagen, dass man nun meine sämtlichen Daten laut in der Bahn herumrief, was mich empörte, weil das die Öffentlichkeit nichts angeht.

Dann erklärte ich, warum ich mich weigerte, die Nummer einzutragen. Erstens ist der Kauf des Sozialtickets ein schlichter Kauf, man geht rechtlich einen Kaufvertrag durch Zahlung des Tickets ein. Zweitens macht die Nummer das Ticket entgegen dem normalen Monatsticket nicht übertragbar. Mir geht es hier um diese Übertragbarkeit, doch besagt das Gesetz laut BGB § 433, dass der Verkäufer einer Sache dem Käufer keine Rechtsprobleme in den Weg stellen darf, was mit der Nummerneintragungsforderung jedoch der Fall ist.

Das Sozialticket wurde eingeführt, um das Fahren mit Bussen und Straßenbahnen der BSAG vor allem für Familien mit geringem Einkommen billiger zu machen. Nun muss jedoch die Nummer der einzelnen Person mit eingetragen werden, wodurch das Sozialticket nicht mehr übertragbar ist. Familien müssen somit für jedes Mitglied ein solches kaufen, statt wie beim Monatsticket nur eines, das alle dann abwechselnd nutzen können. Dies geht bei dem billigeren Sozialticket nicht, das heißt, hiermit wird das Fahren gerade für Familien sogar teurer statt

billiger. Dieses Sozialticket ist also Verarschung. Zumindest wurde sein Sinn vollkommen verfehlt.

Herr Eichentopf meinte darauf, dass die Einnahmen der BSAG sinken würden, wäre es übertragbar. Doch ist es sinnvoll, etwas für Einkommensschwache verbilligt anzubieten, wenn man sich Sorgen um Einnahmeverluste macht? Dann müsste man es eben ganz sein lassen. Aber die BSAG gehört der Stadt vollständig, somit eigentlich den Bürgern selbst! Kann man da von Einnahmeverlust reden, wenn das Unternehmen selbst nicht einmal jemandem privat gehört, sondern in Stadtbesitz ist? Und die Stadt hat kein Geld? Wofür gibt es denn den Bund-Länder-Finanzausgleich? Wofür ist die Bundesrepublik ein föderalistischer Staat, wenn da nicht von den anderen ausgeholfen werden mag? Wovon zahlt die BSAG all die Baustellen und die neuen Fahrzeuge, wäre kein Geld da? Dass kein Geld da sei, scheint ein komisches Argument zu sein.

Ich wurde jedoch aufgeschrieben. Zur Klärung solle ich zur BSAG gehen oder 40 Euro zahlen. Also ging ich natürlich zur BSAG und trug meine Meinung vor. Man rief extra den Chef der Abteilung, Herrn Eichentopf, der auch das „erhöhte Beförderungsentgelt“ bearbeitet. Dieser ließ lediglich die Zahlung von 40 auf sieben Euro reduzieren, jedoch nicht aufheben. Nach dieser Auffassung habe ich ohnehin schon nichts mehr falsch gemacht, da ich nur noch eine Bearbeitungsgebühr statt eines Beförderungsentgeltes zahlen soll. Das werde ich selbstverständlich ebenso wenig zahlen, wie ich auch gleich mit aller Deutlichkeit mitteilte.

Herr Eichentopf meinte daraufhin nur, dass die Geschäftsbedingungen der BSAG dies besagen. Ich antwortete, diese seien dann eben rechtswidrig. Das habe jedoch nicht die BSAG zu verantworten, sondern der Senat, welcher die Regeln der BSAG bestimmt. Dorthin ging ich dann und sprach mit einem Herrn Just. Leider hatte dieser ebenfalls kein Einsehen. Ich fragte ihn, bei wem ich mich beschweren könne, wenn mir seine Aussage nicht passt. Das müsse dann schriftlich laufen, was ich auch tun werde, da ich aufgrund von § 433 BGB durch den käuflichen Erwerb des Sozialtickets auch das Recht zu dessen Nutzung habe. Dies muss die BSAG somit ohne Probleme bieten.

Ein erstes Schreiben mit der Aufforderung zur Zahlung von nunmehr zwölf Euro (einschließlich fünf Euro Mahnkosten) habe ich bereits erhalten, diesem auch schon per Fax widersprochen. Man müsse wohl Klage einreichen, wenn man dieser, seiner Auffassung nicht Folge leisten möge, meinte Herr Just. Nun, eine entsprechende Klage wird mit Sicherheit kommen! Ich sehe dieser mit Gelassenheit und Freude entgegen, weil ich mir erhoffe, den Senat hiermit dazu zu bewegen, das Sozialticket doch noch übertragbar zu machen.

Pete Ording (parteilos)

Endlich einer, der die Klappe hält: Den Jens Böhrnsen als Bundespräsidenten werden alle Berliner Politiker(innen) mögen *(„Weser-Kurier“)*

„Bürgerarbeit“ hält Lohnabstandsgebot zur Sozialhilfe nicht ein

1. Petes Beitrag finde ich gut, und es ist auch mutig von ihm, wie er vorgeht. Allerdings sollte schon allein der Begriff „**Sozialticket**“ offensiv in Frage gestellt werden. Es kann sich bei dem Bremer Ticket nicht um ein Sozialticket handeln, da es ja über die in den Regelsätzen festgesetzten Anteile für den öffentlichen Personennahverkehr hinausgeht. Im Regelsatz sind eben für den Alleinlebenden nur 49 Cent pro Tag für Verkehr vorgesehen, daher dürfte das Ticket nur 15 Euro im Monat kosten. Entsprechend sind es bei Angehörigen von Bedarfsgemeinschaften dann 90, 80, 70 oder 60 Prozent (bei Kindern) von den 15 Euro.

2. Eben habe ich mal die 900 Euro, die Ursula von der Leyen für die von ihr propagierte „**Bürgerarbeit**“ zahlen will und die ja *brutto* sein sollen, in den Gehaltsrechner eingegeben. Hier das Ergebnis für einen Alleinlebenden ohne Kinder: Nach Abzug von 184,27 Euro Sozialabgaben und 1,33 Euro Steuern bleiben im Monat 714,40 Euro netto übrig. Die Bundesarbeitministerin und ihr Stab haben anscheinend keine oder nur sehr wenig Ahnung! Noch nicht einmal das gängige Lohnabstandsgebot von 15 Prozent zur Sozialhilfe wollen sie anscheinend einhalten.

Auch dass man mit solch einer Arbeitsaufnahme zusätzliche Kosten gegenüber einem Erwerbslosen wie Mehrverpflegung, Bekleidung oder Fahrtkosten hat, lässt man großzügig außen vor. Der Bruttostundenlohn beträgt übrigens, auf einen 7,5-Stunden-Tag gerechnet, bloße 5,53 Euro. Nach drei Jahren dieser Tätigkeiten würde jeder dieser Arbeitnehmer aufgrund eines viel zu niedrigen ALG-I-Anspruches sofort wieder in Hartz IV fallen. Von seiner Lohnarbeit muss der Mensch auch leben können! Mit dieser „Bezahlung“ muss er wohl eher versuchen zu überleben. Ein sittenwidriger Vorschlag? Eine diesbezügliche Überprüfung scheint mir dringend erforderlich!

Zwischenzeitlich teilte mir ein Mitkämpfer der Bremer Montagsdemo die folgende Richtigstellung mit: Für geförderte Beschäftigungen sind laut § 27 SGB III seit dem 1. Januar 2009 keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mehr einzubehalten. Dadurch entstehen auch keine Ansprüche nach dem SGB III, also auf ALG I oder ABM. Der Mensch bleibt Erwerbsloser zweiter Klasse!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner kriegerischer und asozialer Politik)

„Weißbuch“ der Großen Koalition von 2006: „Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von dem Ziel geleitet, den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern“ *(„Stern“)*

Bejubelt wird die boomende Bremer Rüstungsindustrie

Am 27. Mai erschien in den beiden großen Bremer Tageszeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ ein ausführliches Interview mit dem Bremer Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD). Darin bejubelte er voller Überschwang – sehr zum Entzücken der Handelskammer – den „Fleiß“ des Unternehmertums in der Hansestadt. Völlig unkritisch schloss er dabei die kräftig boomende Rüstungsindustrie in seinen Jubel ein! Dies forderte unseren Protest heraus und veranlasste uns zu einer entsprechenden Pressemitteilung.

Darin verurteilen wir den Zynismus des Senators. Wir heben hervor, dass die von ihm gelobte Spitzentechnologie in hohem Maße der elektronisch gestützten Kriegsführung der Bundeswehr und der Flüchtlingsabwehr aus dem Weltraum dient. Diesen Tatbestand hatte er heruntergespielt und als „abstrus“ bezeichnet. „Bremer Rüstungsbetriebe und Rüstungsexporte über bremische Häfen tragen zur Verbreitung von Kriegswaffen bei, töten Menschen und zerstören Orte in anderen Ländern“, betonen wir stattdessen und werfen ihm vor, dass in seiner gesamten Lubhudelei friedenspolitische Überlegungen überhaupt keine Rolle spielen.

Wir erinnern ihn daran, dass vor 20 Jahren der damalige Senat noch für die Umwandlung von Rüstungs- in Zivilproduktion eintrat. Dieses Konversionsprogramm führte zwischen 1992 und 2001 über 60 betriebliche Projekte durch. Unsere Pressemitteilung fährt mit der Feststellung fort, dass die gleichen Betriebe, die heute Rüstungselektronik herstellen, genauso gut notwendige High-Tech-Produkte zur Erhaltung der Umwelt und zur Energieeinsparung herstellen könnten. Dies würde die wirtschaftlichen Erfolge des Landes Bremen keineswegs schmälern, ein Verlust von Arbeitsplätzen wäre damit nicht verbunden. Das Gegenteil wäre der Fall, bestehende Arbeitsplätze könnten sogar dauerhaft gesichert werden. Daher unser Appell an Senator Günthner: Bremen muss jetzt mit der Neuauflage eines Konversionsprogramms punkten und zugleich ein deutliches Friedenszeichen setzen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

16 Tote: Israel attackiert sechs Schiffe der „Solidaritätsflotte für Gaza“ *(„Spiegel-Online“)*

Um 18 Uhr stieß die Gaza-Solidaritätsdemo zur Montagsdemo hinzu.

An unserem Offenen Mikrofon sprachen Vertreter des „Friedensforums“...

...und der palästinensischen Gemeinde. Wir alle fordern:

„Schluss mit den Verbrechen der isrealischen Regierung!“

Nur ein Teilnehmer fehlte bei dieser Montagsdemo. Dem neuen Bundespräsidenten Jens Böhrnsen sei der Besuch dringend empfohlen!

Fotos: Harald Braun, Frank Kleinschmidt

Köhler sagt es: Die Bundeswehr dient Zielen deutscher Konzerne

Horst Köhler ist zurückgetreten, nachdem er öffentlich gefordert hat, die Handelswege freizuschießen. Damit geriet er stark in die Kritik – allerdings weniger, weil nicht sowieso allen klar wäre, dass die Bundeswehr in Afghanistan statt „humanitärer“ Ziele die Interessen deutscher Monopole verfolgt, sondern weil er es offen ausgesprochen hat! Aber Köhler hat nicht nur offene Aggression nach außen, sondern auch gegen die Bevölkerung gefordert. Als früherer Chef des IWF war er schon immer dafür, dem Volk die „Daumenschrauben“ anzulegen wie jetzt

dem griechischem Volk. Nach Roland Koch ist innerhalb weniger Tage der zweite hochrangige Politiker zurückgetreten. Die latente politische Krise bekommt zunehmend offene Züge!

„Keine Tabus mehr beim Sparen“ und „Kürzungen bei Hartz IV“: So oder so ähnlich lauten seit Freitag die Schlagzeilen nicht nur der „Bild“-Zeitung. Als Erstes sollen bei Hartz IV über 200 Millionen gespart werden, indem nur noch Mietpauschalen bezahlt werden. Wir erinnern uns nur zu gut an die angedrohten Zwangsumzüge! CSU-Seehofer tönte gestern, dass ALG-II- Empfängern die Leistung gestrichen werden soll, wenn sie Arbeit ablehnen – wahrlich kein neuer Lichtblitz! Abgesehen davon, dass das in den Hartz-Gesetzen so schon festgelegt ist, soll da nur einmal mehr gegen die „faulen“ Arbeitslosen gehetzt werden. Schäuble und andere Politiker sprechen schon offen von Steuererhöhungen.

In ganz Europa kämpfen die Menschen gegen die „Sparpläne“ auf dem Rücken des Volkes. In Lissabon gingen am Samstag Zehntausende auf der Straße gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 21 Prozent, die Kürzung des Arbeitslosengeldes, das Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst sowie gegen die Privatisierungspläne. Die Regierung steckt im Dilemma! In Frankreich streikte über eine Million gegen Pläne, das Rentenalter heraufzusetzen, und in Griechenland sowieso.

Letzte Woche wurde bekannt, dass Hypo Real Estate abermals um zehn Milliarden Aufstockung ihres Garantierahmens erhielt, für den der Staat haftet. HRE ist eine der Banken, die auf den Staatsbankrott Griechenlands gewettet haben! Jetzt wurde Spanien von der Ratinagentur Fitch abgewertet und muss jetzt doppelt so viel für Kredite zahlen wie etwa Deutschland. Wird hier der nächste Staatsbankrott vorbereitet? Immer mehr rückt das ganze System in den Brennpunkt der Kritik und der Kämpfe: ein System, das beherrscht wird von einem Konglomerat aus Finanzhaien, Milliardärsfamilien und korrupten Politikern. Wir fordern die Streichung aller Schulden bei den großen Banken und die Aufhebung der Lissabonner Verträge!

Wenn der gemeinsame Kampf der Völker Europas das Krisenprogramm zu Fall bringt, wird es einen neuen Aufschwung im Kampf für eine befreite Gesellschaft geben! Auf diesem Weg brauchen wir starke und kämpferische Gewerkschaften. Am Samstag gab es eine Veranstaltung in Berlin, auf der Betriebsräte von Daimler und Siemens, Verdi-Leute, aber auch Schauspieler Rolf Becker sprachen. Anlass war, dass kämpferische Kollegen in Berlin, Sindelfingen und Kassel aus der IG Metall ausgeschlossen werden sollen, weil sie auf eigener Liste kandidiert haben.

Heute Morgen wurde ein Schiffskonvoi aus acht Schiffen mit 700 Aktivisten völkerrechtswidrig von der israelischen Armee angegriffen, Dabei wurden min-

destens 16 Menschen getötet und 50 verletzt. Die Schiffe, die unter türkischer Flagge fuhren, hatten Hilfsgüter für das leidende Volk in Gaza an Bord: Decken, Rollstühle, Arzneimittel. Das ist Staatsterror! Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes!

Wolfgang Lange (MLPD)

Zwei Frauen wären ja auch eine zu viel: Doppel-Äff wird neuester Bundespräsident *(„Spiegel-Online“)*

Medien-Gauckelei: Viel besser wäre doch ein Konsenskandidat, der nur für „Die Linke“ unwählbar ist *(„Stern“)*

Stasi-Knäste waren keine Massenvernichtungslager: Kennzeichnung der DDR als „Unrechtsstaat“ ist diffamierende Gleichsetzung mit Nazi-Deutschland *(„Junge Welt“)*

Erneute Sparpläne: Die effizienteste Struktur sozialer Sicherheit wäre eine, die den Menschen ihr Existenzminimum auszahlt – und sie in Ruhe lässt *(„Spiegel-Online“)*

Zu feiern gibt es **30 Jahre Republik Freies Wendland**! Wir starten am **Freitag**, dem **4. Juni 2010**, von Bremen aus mit Rad und Niedersachsentickt. Treffpunkt ist um **11 Uhr** am **Hauptbahnhof**, unten am Aufzug zu Gleis 10.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

281. Bremer Montagsdemo am 07. 06. 2010

Die Rentenkassen werden durch Einnahmevermeidung geleert

1. Frau Merkel spart auf altbewährte Art und Weise: bei den Armen! Zur Begründung dient die Schuldenbremse im Grundgesetz. Es gibt kein Elterngeld mehr für Hartz-IV-Betroffene (diese 300 Euro wurden bisher nicht auf die Leistungen des SGB II angerechnet), außerdem auch keine Rentenversicherungsbeiträge. Bisher wurden Beiträge zur **Rentenversicherung** aus einem fiktiven Bruttolohn von 205 Euro ermittelt und an die Rentenversicherung gezahlt. Die Bemessungsgrundlage wurde beim letzten Spardurchgang bereits von 400 Euro auf 205 Euro reduziert. Dieser Einnahmeverlust brachte die Nachhaltigkeitsreserve der Deutschen Rentenversicherung zum Abschmelzen. Auch diesmal ist keine Erhöhung der Staatsbeteiligung eingeplant.

Wer sich bei der Bundesagentur für Arbeit direkt (und auch zusätzlich zur Meldung bei der Arge) arbeitssuchend oder arbeitslos meldet, erhält diese registrierten Zeiten als Anrechnungszeit ins Rentenkonto. Diese Bestimmung wurde bisher insbesondere von Erwerbslosen ohne Anspruch auf ALG II genutzt. Aber das Rentenrecht wurde geändert. Diese Zeiten werden bei einem Rentenbeginn ab Dezember 2014 nicht mehr bewertet. Wer eine Rente vor diesem Datum anstrebt, sollte sich bei der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich melden. Diese persönliche Meldung muss alle drei Monate erneuert werden. Sie bedingt außerdem eine vorherige sozialversicherungspflichtige Tätigkeit.

Auch nach ausgelaufenem ALG-I-Anspruch ist diese Meldung möglich, folglich auch nach Ende der Sozialversicherungspflicht des ALG II. Nicht groß streiten, sondern einen schriftlichen Antrag unter Vorlage des Ausweises abgeben und eine Ausfertigung mit Stempel wieder mitnehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Antwort kommt per Post. Im April des Folgejahres die entsprechende Meldung zur Rentenversicherung einfordern, wieder schriftlich, persönlich gegen Stempel. Eine Kopie davon bei der Rentenversicherung abgeben, gegen Stempel. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Frau Merkel sagt: „Wir wollen Sicherheit für jene, die eine große Lebensleistung für diesen Staat vollbracht haben.“ Daher werden die Renten nicht angetastet. Dass die Rentenkassen wieder einmal durch eine Einnahmevermeidung geleert werden, ergibt sich aus der vorherigen Ausführung. Der Einnahmeausfall für die Rentenversicherung beträgt circa 1,8 Milliarden Euro. Die Nachhaltigkeitsreserve liegt bereits jetzt unterhalb einer Monatsausgabe. Die gesetzliche Vorgabe wurde geändert und lässt eine weitere Verringerung als mit dem Gesetz vereinbar zu.

Die sowieso anfallenden Beitragsausfälle aufgrund der Kurzarbeit und der gestiegenen Erwerbslosigkeit sowie der vorzeitigen Verrentung durch Flucht vor dem ALG II kommen noch hinzu. Außerdem hat Frau Merkel den Zuschuss für die vereinigungsbedingten Mehrausgaben an die Rentenversicherung von 200 Millionen Euro gestrichen. So werden Kassen geleert! In der nächsten Runde wird den Rentnern erzählt: Ihr habt über eure Verhältnisse gelebt! So weit zur Sparrunde der Bundesregierung. Ich komme nachher darauf zurück.

2. Auch Schleswig-Holstein hat ein Sparkonzept vorgelegt, mit erheblichen Einsparungen. Hamburg hat ebenfalls entsprechende Kürzungen erarbeitet. Die Katze bleibt aber noch im Sack. Bremen will noch nachdenken. Eingespart werden in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2020 jährlich jeweils zehn Prozent der strukturellen Neuverschuldung von aktuell 1,25 Milliarden Euro. Dadurch soll diese bis 2020 auf null Euro sinken. Zur Begründung dient die Schuldenbremse in der Landesverfassung. In Hamburg fehlen 2011 und 2012 jeweils eine halbe, ab 2014 mehr als eine ganze Milliarde Euro. Zur Begründung dient auch hier die Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Schleswig-Holstein und Hamburg haben die HSH-Nordbank. Sie ist die **Landesbank** dieser Bundesländer. Mit wesentlichem Einfluss der Politik wurde hier viel Geld verbrannt. Die HSH-Nordbank hat im November 2008 30 Milliarden Euro Staatsbürgschaften aus dem Bankenrettungsfonds des Bundes für die Banken erhalten. Mit frischem Steuergeld versorgt, hat die HSH-Nordbank 2009 freiwillig, ohne Rechtsverpflichtung und trotz erheblichem Verlust von circa 360 Millionen Euro zuzüglich der nicht vorgenommenen Wertberichtigungen in Milliardenhöhe den stillen Gesellschaftern eine Dividende von etwa 70 Millionen Euro gezahlt, siehe auch frühere Bremer Montagsdemos. Außerdem wurde jedem Mitarbeiter für das Verbleiben im Unternehmen bis zu 100.000 Euro als Prämie gezahlt, für das Gehen sogar das Doppelte als Abfindung.

So frisch gerettet und mit frischem Geld um sich werfend, hat die HSH-Nordbank von Schleswig Holstein und Hamburg erneut Bürgschaften in Höhe von zehn Milliarden Euro verlangt und bekommen. Deren Betreuung erfolgt durch die Beratungsfirma SAM. Sie war von Ex-Managern der Landesbank Sachsen nach ihrer Entlassung gegründet worden. Die Bank hatte Milliardenverluste geschrieben und war als erste Landesbank 2007 pleite gegangen. Die HSH-Nordbank hat

außerdem drei Milliarden Euro Bargeld und frisches Kapital von Hamburg und Schleswig-Holstein erhalten.

Die HSH-Nordbank steht und stand immer unter dem Einfluss der regierenden Politiker. Nur von Verantwortung hat noch niemand gesprochen! Jetzt hat die HSH-Nordbank den Staatsanwalt im Hause. Es gab eine Durchsuchung der brutalsten Art, eine Razzia auch in den Privatwohnungen wegen Verdacht auf Untreue und Bilanzfälschung, so der „Weser-Kurier“ vom 27. Mai 2010. Die Politik hat versagt und versagt auch aktuell! Alle vorstehenden Rettungsaktionen haben weder für Ordnung in den Büchern gesorgt noch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern. Die HSH-Nordbank ist weiterhin insolvenzgefährdet. Für die Einlösung der Bürgschaften gibt es keine Rückstellung in den Haushalten.

Schleswig-Holstein und Hamburg wollen bis 2020 eine Null bei der Neuverschuldung erreichen. Nach den Milliarden für die HSH-Nordbank nimmt sich das Einsparvolumen beider Länder fast bescheiden aus, es trifft aber hart und unfair. Umso klarer ist die ungleiche Verteilung der Lasten: Auch diese Länder sparen auf Kosten der Armen. Halbherzig ist folgender Kieler Sparbeitrag: „Die Ministerversorgung soll neu geregelt werden. Statt nach 23 soll das maximale Ruhegehalt von 71,75 Prozent der Amtsbezüge erst nach 26 Jahren erreicht sein können. Zudem gäbe es das Ruhegehalt erst ab dem 62. statt bisher nach dem 55. Lebensjahr.“ Jeder Arbeitnehmer erhält seine Rente erst mit 67 Jahren! Die „Eckrente“ wird noch immer auf Basis von 40 Beitragsjahren errechnet, höchstens 60 Prozent des durchschnittlichen Arbeitslohns sind erzielbar. Hier werden weiterhin Begünstigungen festgeschrieben, pfui!

Hamburg wird sein Sparpaket am 16. Juli 2010 verkünden. Elisabeth hat vergangene Woche festgestellt: Wurde jemals woanders als bei den Armen gespart? Die gemeinsame Begründung der vorstehenden Sparbeschlüsse lautet: Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt! Wir haben die Schuldenbremse in der Verfassung! Dazu ist anzumerken: Die Politik hat über unsere Verhältnisse gelebt und die Erhebung von auskömmlichen Einnahmen unterlassen! Die vorstehenden Stichproben zur HSH-Nordbank zeigen dies ganz deutlich. Lesenswert sind auch die anderen NDR-Artikel zu dieser Zockerbank. Hier wird die wachsende Begehrlichkeit thematisiert, und man erfährt, wie die HSH-Nordbank die Öffentlichkeit verhöhnt.

„Deutschland lebt wie kaum ein anderes Land *unter* seinen Verhältnissen“, titelte der „Weser-Kurier“ am Pfingstwochenende. Herr Professor Bofinger thematisiert die rapiden Lohnkostensenkungen und die damit verbundene Exportsteigerung von bis zu 70 Prozent. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland hat dadurch ein aktuelles Plus von 895 Milliarden Euro. Die Wirtschaft hat klotzig verdient! Das Geld wurde im Ausland angelegt. Bofingers Fazit sinngemäß: Der Staat hat über seine Verhältnisse gelebt, unsere Überschüsse an Geld haben das Ausland in die Verschuldung geführt. Sein Schlusswort lautet: „Ohne energische Anstrengungen der deutschen Wirtschaftspolitik für mehr Balance innerhalb

des Systems wird die Europäische Währungsunion dieses Jahrzehnt nicht überleben.“ Die für mich entscheidende Feststellung ist: „Im finanziellen Sektor führte die Knauserei und das Exportweltmeistertum zu einer riesigen Geldersparnis, die zwangsläufig im Ausland angelegt werden musste.“

Bereits Ende 2005 hat Peter Bofinger diese These vertreten. Das bedeutet doch, diese Krise wurde ausgelöst durch den Überfluss an vagabundierenden Kapital und durch die Unterlassung des Staates, für auskömmliche Einnahmen zu sorgen. Die Kürzung bei den Armen bedeutet einen weiteren Einbruch der Nachfrage. Die Kürzungen sind insgesamt nachfrageunfreundlich! Die Erhöhung der Einnahmen ist der einzige Weg! Damit wird Geld vom Markt genommen, das überflüssige Spekulationsgeld. Einige Beispiele für leere Kassen und andere Ungereimtheiten stehen unter den vorherigen Bremer Montagsdemos.

Auf die anderen Fehlentscheidungen zum Sparen komme ich nächste Woche zu sprechen. Warum gibt es eigentlich die Schuldenbremse, wer profitiert davon? Warum will die EU einen eigenen diplomatischen Dienst mit neuem Personal und neuen Räumlichkeiten? Wenn an diesem Plan festgehalten wird, ist der Euro keinen Pfifferling mehr Wert! Auch hierauf komme ich zurück. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Strafanzeige wegen Verdacht auf sittenwidrigen Lohnwucher

An die Staatsanwaltschaft Oldenburg! Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit stelle ich Strafanzeige wegen des Verdachtes auf sittenwidrigen Lohnwucher, Unterlassung sowie Anstiftung zur Schwarzarbeit gegen nachfolgende Personen, Bundesbehörden und Firmen. Für Betroffene oder Behörden, für die nicht die Staatsanwaltschaft in Oldenburg zuständig sein sollte, beantrage ich hiermit gleichzeitig entsprechende Weiterleitung an die dann zuständigen Staatsanwaltschaften.

1. Firma VDS Verlags- und Direktservice GmbH & Co. KG, Ekernstraße 62, 26125 Oldenburg
2. Frau Dr. Ursula von der Leyen, Bundesarbeitsministerin, Berlin
3. Herrn Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg
4. Herrn Guido Westerwelle, Außenminister, Berlin
5. Herrn Sigmar Gabriel, Bundestagsabgeordneter, Berlin
6. Frau Beate Mueller-Gemmeke, Bundestagsabgeordnete, Berlin

7. Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
8. Arge Oldenburg, Stau 70, 26122 Oldenburg

Bei Behörden und Firmen soll sich meine Anzeige jeweils gegen den Verantwortlichen richten. Begründungen für meinen jeweiligen Verdacht:

Zu 1.) Die Firma VDS vertreibt in Oldenburg kostenlose Zeitungen wie „Oldenburger Sonntagszeitung“ und „Huntereport“. Diese Tätigkeiten scheinen überwiegend als Nebentätigkeiten von Rentnern, Schülern, Erwerbslosen und Hausfrauen, aber auch von Hartz-IV-Empfängern ausgeübt zu werden.

Mir ist persönlich bekannt, dass die Firma VDS mit den von ihr erstellten Arbeitsverträgen anscheinend gleichzeitig zur Schwarzarbeit aufruft, nämlich in der Form, dass sie sich damit einverstanden erklärt, dass Familienangehörige ihrer Arbeitnehmer bei der Verteilung der Zeitungen mithelfen dürfen. Von Bezahlung oder Ähnlichem ist aber in den Arbeitsverträgen nicht die Rede. Wahrscheinlich ist der Firma VDS bekannt, dass ein sehr großer Zeitaufwand notwendig ist, um alle Vertriebsstücke zu verteilen.

Der aus arbeitsrechtlichem Sinn erforderliche Beginn und das Ende der Beschäftigung sowie der damit verbundene tägliche Stundenansatz werden in den Arbeitsverträgen – in meinen Augen auch rechtswidrigerweise – gar nicht erst erwähnt. Es ist mir persönlich bekannt, dass die Firma VDS einer ihrer Arbeitnehmerinnen, die auf SGB II angewiesen ist, im Monat April 2010 einen durchschnittlichen Stücklohn für die Verteilung von insgesamt 3.680 Exemplaren von ungefähr drei Cent gezahlt hat, mit einem Gesamt-Monatsnettoeinkommen von 111,53 Euro. Die Arbeitnehmerin hat die Steuerklasse III/2.

Im Gegensatz hierzu zahlt ein anderer Oldenburger Vertrieb für die Zustellung von „Bild am Sonntag“ und „Welt am Sonntag“ hierfür für jede der Zeitungen durchschnittlich 45 Cent, also das Fünfzehnfache. Dies würde für die bei der Firma VDS beschäftigte Arbeitnehmerin bedeuten, dass sie, wenn sie in ihrem Verteilungsgebiet die gleiche Anzahl dieser Zeitungen verteilte, auf einen ungefähren Monatslohn von brutto 1.656 Euro kommen würde. Damit würde diese Arbeitnehmerin gleichzeitig aus dem SGB II herausfallen.

Es dürfte für die Tätigkeit vollkommen uninteressant sein, ob es sich um kostenlose Zeitungen handelt oder um solche, die man bezahlen muss. Auch sind „Bild“ und „Welt“ meiner Kenntnis nach schon weitaus länger am Markt als die beiden kostenlosen Sonntagszeitungen, sodass man sich durchaus seitens der Firma VDS an den Tarifen der Springer-Zeitungen hätte orientieren können. Verteilte die Arbeitnehmerin in ihrem Bezirk die entsprechenden „Bild“ und „Welt“, erzielte sie ja tatsächlich diesen Lohn. Dadurch lässt sich der praktizierte Lohnwucher der Firma VDS beweisen.

Wenn man sich an den Lohnvorstellungen der Gewerkschaft Verdi orientiert, die hierfür einen Stundenlohn von umgerechnet 7,50 Euro für angemessen hält, dürfte auch nach dieser Berechnung die Firma VDS eindeutig Lohnwucher betreiben. Denn mir ist persönlich bekannt, dass die beschriebene Arbeitnehmerin bei Umrechnung und Verteilung des angegebenen Monatsverdienstes höchstens auf einen Stundenlohn von 3,48 Euro käme, ohne dass man hier eventuelle Sonntagszuschläge berücksichtigt. Für Wartezeiten von jeder angefangenen Stunde will die Vertriebsfirma hierzu im Gegensatz dann allerdings zehn Euro bezahlen. Auch hierdurch wird der praktizierte Lohnwucher in meinen Augen eindeutig ersichtlich und bekräftigt meinen Verdacht.

Zu 2., 4. bis 8.) Die unter den fortlaufenden Nummern genannten Personen beziehungsweise Behörden wurden zu diesem Thema von mir erstmalig am 26. April 2010 mit der Bitte informiert, mich zu unterstützen und gegen diesen in meinen Augen praktizierten Lohnwucher vorzugehen. Ich hatte hierzu eine Frist bis zum 31. Mai 2010 gesetzt, ohne allerdings – mit Ausnahme des Bundesministeriums für Arbeit – eine Antwort oder Unterstützung zu erreichen. Da aber genau diese Personen allesamt aufgrund ihrer Abgeordnetentätigkeiten oder aufgrund ihrer Stellung in der Regierung dem Steuerzahler in Deutschland verpflichtet sind, wären sie in meinen Augen auch dazu verpflichtet gewesen, zumindest eine eigene Überprüfung vorzunehmen, gerade um nicht der Mitwisserschaft bezichtigt werden zu können. Ich halte dieses daher für eine Unterlassung im Zusammenhang mit einer Straftat, die daher in meinen Augen eine Ermittlung rechtfertigt.

Zu 7. und 8.) Diesen beiden Behörden werfe ich vor, nicht gründlich genug überprüft zu haben. Der Arge in Oldenburg liegt beispielsweise der Arbeitsvertrag zwischen der oben beschriebenen Arbeitnehmerin und der Firma VDS vor. Die Arge hätte bei gründlicher Überprüfung den Lohnwucher und die Anstiftung zur Schwarzarbeit erkennen müssen. Leider ist sie hier nicht eingeschritten, zumindest ist mir das nicht bekannt. Somit ist auch hierzu die Anzeige gerechtfertigt, wie ich glaube. Das Gleiche muss auch für die Regionaldirektion in Niedersachsen gelten. Es drängt sich mir der Verdacht einer rechtswidrigen Unterlassung zum Nachteil der Steuerzahler auf.

Zu 3.) Herr Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, hat in der Presse und in den Medien in Deutschland eine „Anweisung“ veröffentlicht, nach der die Argen in Deutschland, im Gegensatz zur bisherigen Rechtssprechung bis in die höchste Arbeitsgerichtsbarkeit, erst bei Löhnen von deutlich unter drei Euro in der Stunde automatisch gegen Lohnwucher ermitteln sollen. Laut der gängigen Rechtssprechung der Arbeitsgerichte liegt Lohnwucher allerdings schon bei Löhnen von einem Drittel unterhalb der geltenden Tariflöhne oder der allgemeinen ortsübliche Löhne vor.

Hierin glaube ich eine Anstiftung zur rechtswidrigen Unterlassung zum Nachteil aller Steuerzahler, allerdings auch zum Nachteil konkurrierender Firmen, zu erkennen – sowie praktisch die Anstiftung der Arge-Mitarbeiter zum Lohnwucher, zum Nachteil aller Menschen in Deutschland, die Steuern und Sozialabgaben

zahlen, sowie selbstverständlich auch für alle hierdurch benachteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Folge von diesem Lohnwucher betroffen werden. Aus all diesen Gründen glaube ich, dass meine Strafanzeige gegen all die oben aufgeführten Personen und Behörden oder der Firma gerechtfertigt ist. Für weitere eventuelle Nachfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner kriegerischer und asozialer Politik)

„Luxus-Griechen fressen Deutschland auf“: Die Werktätigen Europas sollen für die Bankgeschäfte haften *(„Klartext-Info“)*

Versorgung Bedürftiger ist Aufgabe des Staates, nicht einer Wohlfahrtsorganisation

1. Das Bundessozialgericht urteilte letzte Woche in Kassel, dass Erwerbslose sich ihren Wohnort frei aussuchen dürfen. Demnach können Hartz-IV-Bezieher nicht dazu gezwungen werden, in einer billigen **Unterkunft** auf dem Land wohnen zu bleiben. Ein heute 57-jähriger arbeitsloser Musiker klagte, weil seine Arge nicht die höheren Kosten nach seinem Umzug übernehmen wollte. Der Musiker war für etwa ein Jahr aus seiner Heimatstadt Berlin in ein Dorf bei Erlangen in Bayern gezogen und musste dort für Miete und Heizung nur rund 193 Euro im Monat bezahlen. Als er dann Anfang 2008 in die Hauptstadt zurückkehrte, wollte ihm das Jobcenter Steglitz-Zehlendorf ebenfalls nur diesen Betrag als Wohnkosten bewilligen – obwohl die Obergrenze für eine angemessene Miete in Berlin damals bei rund 360 Euro lag und seine neue Bleibe mit 300 im Monat sogar noch deutlich weniger kostete.

In der menschenverachtenden Behördensprache hört sich das so an, dass der Hartz-IV-Empfänger ohne Grund mit seinem Umzug höhere Unterkunftskosten verursacht habe und sich eine Unterkunft hätte suchen können, die genauso billig wie in Bayern sei. Der Kläger bezog sich auf die Angemessenheit der Kosten in seiner jetzigen Wohnung. Wenn Erwerbslose bei einem Umzug in eine andere Stadt immer für die höheren Unterkunftskosten selbst aufkommen müssten, würde das bedeuten, dass sie letztlich immer am günstigeren Wohnort zu bleiben

hätten. Das widerspräche dem in der Verfassung geschützten Grundsatz der Freizügigkeit. Das Gericht teilte diese Ansicht, und so muss das Jobcenter die vollen Unterkunftskosten zahlen. Wer hätte das gedacht: Erwerbslose sind noch immer als Menschen und nach dem Grundgesetz zu behandeln, auch wenn sie keine Arbeit haben! Eigentlich sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein, die nicht erst eingeklagt werden muss (Aktenzeichen B4 AS 60/09 R).

2. Trotz des angeblichen Rückganges bei den Arbeitslosenzahlen haben es Menschen jenseits der 50 überdurchschnittlich schwer, einen Job zu finden. Einige von ihnen müssen beim Weg zurück ins Arbeitsleben wieder ganz unten anfangen. So erging es auch der 54-jährigen Einzelhandelskauffrau Anita Schmidt. Nachdem ihr Arbeitgeber Insolvenz angemeldet hatte, bezog sie ALG I. Weil ihr Lohn zuvor aber so niedrig gewesen ist, musste sie es noch zusätzlich mit ALG II aufstocken, um auf die Summe zu kommen, die mutmaßlich als Existenzminimum reichen soll. Frau Schmidt steckt in dem typischen Kreislauf aus Bewerbungsschreiben, Trainingsmaßnahmen und Praktika. Zwei Wochen lang arbeitet sie im Schuhgeschäft in einem Münchener Vorort, kostenlos, was ihr von der Bundesagentur für Arbeit vermittelt wurde. Die Hauptaufgabe der Fachkraft besteht darin, Schuhkartons zu zerkleinern. Neun Stunden am Tag steht sie in einem großen Container, zerrt Pappdeckel auseinander und schneidet sie klein. Obwohl ihr die Geschäftsführerin bereits beim Vorstellungsgespräch erklärt hatte, dass es keine Aussichten auf Übernahme gäbe, muss sie dieses sinnlose „**Praktikum**“ machen. Ich hätte mich dagegen gewehrt, denn es liegt doch auf der Hand, dass sie sich umsonst ausbeuten lassen soll und dadurch nicht die mindeste Chance erhält, wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Vermutlich werden Überfünfzigjährige in solche „Maßnahmen“ der Verfolgungsbetreuung gesteckt, damit dieser Personenkreis wieder für eine Zeit lang aus der Arbeitslosenstatistik herausgehübscht werden kann.

3. Auf den Seiten der Bundesagentur für Arbeit ist nachzulesen, dass die Diakonie einen Geschäftsführer auf 400-Euro-Basis sucht. Dieses überaus großzügige Stellenangebot kommt von der Sozialstation in Brackenheim in Baden-Württemberg. Für die geringfügige Beschäftigung als nicht sozialversicherungspflichtige Fachkraft wird lediglich erwartet, dass der Bewerber fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Kontaktfreude, Kommunikationsfähigkeit sowie Fähigkeit zum integrativen Handeln mitbringt, die zielorientierte Leitung eines interdisziplinären Teams übernehmen kann, über Führungskompetenz verfügt, Souveränität in Auftreten und Handeln an den Tag legt und selbstverständlich Mitglied in einer christlichen Kirche ist. Mit diesen Fähigkeiten ausgestattet, wird es ihm sicher leicht fallen, die Verantwortung für die laufenden Maßnahmen der Gesellschaft sowie die wirtschaftliche Sicherung, die Leistungsabrechnung mit den Kassen und weiteren Stellen sowie die Erschließung von weiteren Finanzierungsquellen zu übernehmen und flexibel bei der Personalverantwortung für alle die Ge-

sellschaft betreffenden Personalangelegenheiten nebst Kontaktpflege mit weiteren Leistungserbringern mitzuwirken.

Für einen fähigen Mitarbeiter wird es natürlich ein Klacks sein, die anfallende Arbeit in nur 15 Prozent der Arbeitszeit zu erledigen, was bei einer 40-Stunden-Woche sechs Stunden wöchentlich ausmacht. 15 Prozent von der Entgeltgruppe 10 entsprechen 383,67 Euro von 2.553,78 Euro. Das liegt unter 400 Euro und ist somit ein **Minijob**. Wenn die 15 Prozent in Höhe von rund 384 Euro durch 24 geteilt werden, ergibt dies etwa 16 Euro Stundenlohn. Allerdings vermag ich es mir nicht vorzustellen, wie sich das alles in nur sechs Stunden pro Woche erledigen lässt. Durch vermutlich unbezahlte Überstunden sieht die Rechnung dann schon wieder ganz anders aus. Ob die wohl keinen Ein-Euro-Jobber mehr bekommen haben, weil diese Tätigkeit absolut nicht „zusätzlich“ ist? 400 Euro sind ja eine Menge Geld! Als ob es nicht schon völlig ausreichte, dass das „Diakonische Werk“ als Teil der Armutsindustrie kräftig am Elend der Erwerbslosen verdient, erdreistet es sich ausgerechnet im Bereich der ambulanten Pflege schwerstkranker und sterbender Menschen, für die Geschäftsführung einen Minijob zu vergeben.

4. In Nürnberg erstürmten letzte Woche etwa 20 Aktivisten in weißen Overalls und Atemschutzmasken das Rathaus. Unter dem Motto „Kürzt euch doch selber“ marschierten sie in die Büros und trugen Stühle, Pausenbrote der Angestellten, Ordner, Pflanzen und andere Bürogegenstände auf den Hauptmarkt. Ein Angestellter ist über dieses Überfallkommando offenbar so verärgert, dass er kurzzeitig sechs der „Möbelpacker“ einschließt. Als einer von ihnen durch ein Fenster klettert, wird der Stadt-Mitarbeiter nervös und öffnet die Bürotür. Während der eine Teil der Gruppe das Büroinventar mit rot-weißen Absperrbändern einwickelt und Flugblätter verteilt, hängt der andere ein Transparent unter den Rathausfenstern auf: „Wir zahlen nicht für eure Krise! Kürzt euch doch selber!“. Die alarmierte Polizei löst nach einer halben Stunde die Veranstaltung auf, nimmt drei junge Aktivisten zwischen 16 und 18 Jahren fest und lässt sie später wieder frei.

Eine Gruppe mit dem Namen „Tatort Alltagskrise“ bekennt sich zu der Aktion. Eine Teilnehmerin erzählt, sie wollten damit auf die katastrophale Situation der kommunalen **Haushalte** und die Einschnitte im sozialen und kulturellen Bereich aufmerksam machen. Immer mehr Kosten würden auf die Bürger verlagert, was sich an steigenden Preisen für öffentliche Dienstleistungen, etwa beim Eintritt in Schwimmbäder, ablesen lasse. Die aktive Gruppe besteht aus circa 20 Personen, die alle zur Schule oder zur Uni gehen oder sich in einer Ausbildung befinden. Bereits im letzten Jahr machten die jungen Menschen von sich reden, als sie das Möbelhaus Ikea besetzten, um auf die steigenden Lebenshaltungskosten aufmerksam zu machen, oder indem sie als Kellner verkleidet durch U-Bahn-Züge gingen, Sekt ausschenkten und die Erste-Klasse-Tickets von Fahrgästen verlangten, um auf die wachsenden Preise bei Fahrkarten aufmerksam zu machen. Mir persönlich gefallen solche kreativen und gewaltfreien Aktionen gut!

5. Am vergangenen Wochenende ging in Berlin das 16. Bundestreffen der „Tafeln“ zu Ende. Auf dem Alexanderplatz wollten die Veranstalter ein „Zeichen für mehr Solidarität und Mitmenschlichkeit“ setzen. Neben den „**Tafel**“-Verantwortlichen und ihren Helfern waren die Bürger der Stadt sowie Prominente aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen. Den Höhepunkt des 16. Bundestreffens bildete das gemeinsame Essen an einem 200 Meter langen Tisch, einer Tafel also, auf der bestimmt mehr zu spachteln drauf stand, als je auf den Tischen der Ärmsten der Armen in unserem eigentlich so reichen Land. Hier stand bestimmt nichts, was bereits das Haltbarkeitsdatum überschritten hatte oder was Geschäftsinhaber ohne ordnungsgemäße Entsorgung loswerden wollten. Die mittlerweile 872 „Tafeln“ versorgen regelmäßig rund eine Million bedürftige Personen mit Lebensmitteln. Beschämenderweise sind ein Viertel davon Kinder und Jugendliche. Der Bundesverband warnt angesichts der aktuellen Spardiskussion vor weiteren Kürzungen bei den Sozialleistungen, weil unter der schlechten Finanzlage der öffentlichen Kassen diejenigen besonders zu leiden haben, die auf die Angebote der „Tafeln“ angewiesen sind. So forderte der Vorstandsvorsitzende, auf weitere Kürzungen etwa beim Arbeitslosengeld II zu verzichten. Wenn die Zahl der Bedürftigen noch weiter ansteige, seien die Kapazitäten der „Tafeln“ bald erschöpft. Wolfgang Wieland, Bundestagsabgeordneter der Grünen, bezeichnete die „Tafeln“ als Ausdruck wachsender Armut und Versagens des Staates. Werner Schulten, Bundesvorstandsmitglied der Linkspartei, forderte die Überwindung des „Tafel“-Systems. „Die Versorgung Bedürftiger gehört zu den Aufgaben des Staates und nicht eines Charity-Modells.“

6. Langsam, aber sicher zeigt das schwarz-gelbe Gruselkabinett, dass wir es hier nicht mit einem Bienenkorb, sondern mit einem ausgewachsenen Hornissenschwarm zu tun haben. Auch das Familienministerium soll Geld einsparen, und die Ministerin spricht davon, „intelligent“ sparen zu wollen. Doch ihre Sparideen sehen meiner Meinung nach gar nicht danach aus! Mit ihren Sparvorschlägen droht Kristina Schröder, die Erfolge ihrer Amtsvorgängerin Ursula von der Leyen zu zertrümmern und bestehende Ungerechtigkeiten zu verstärken. Wenn die Höchstgrenze von 1.800 Euro beim Elterngeld tabu sein soll, will sie offenkundig die Untergrenze beschneiden, also bei denen, die ohnehin schon nichts haben. Soll es das Elterngeld zukünftig nur noch für Reiche geben? Wer arbeitslos ist, einen Teilzeitjob hat oder studiert, bekommt meist nicht mehr als die 300 Euro, welche die Untergrenze ausmachen. Dort noch etwas wegzunehmen, hieße das Elterngeld und damit Elternschaft für Alleinerziehende und Geringverdiener unattraktiv zu machen. Die Besserverdienenden will sich die Ministerin als potentielle Wählerschaft sicher nicht verprellen. Als das Elterngeld 2007 das Erziehungsgeld ablöste, wurden die Studenten, Alleinerziehenden, Geringverdiener und ALG-II-Bezieher schon über den Tisch gezogen, weil sie nur noch ein Jahr und nicht mehr zwei Jahre Geld für die Unterstützung ihrer Elternschaft bekamen. Es ihnen

jetzt ganz wegnehmen zu wollen, das zeigt deutlich, welche Kinder willkommen und welche unerwünscht sind!

Ich nenne so etwas den Versuch von staatlich gesteuerter Menschenproduktion. Wer mit dem goldenen Löffel in der Hand geboren wird, soll dafür noch belohnt werden. Aber wehe, wenn die Eltern sich ihr bisschen Geld selbst erarbeiten müssen und nichts ererbt haben! Dann sollen sie lieber kinderlos bleiben. Statt den Habenichtsen immer mehr Geld wegzunehmen, müsste der Staat seiner Pflicht nachkommen, dafür zu sorgen, dass Arbeitgeber so viel Lohn zahlen müssen, dass Arbeitnehmer davon gut leben und sich etwas für die Alterssicherung zurücklegen können. Wenn es Eltern finanziell gut geht, können sie ihren Kindern auch bessere Ernährung, Nachhilfe und Musikunterricht bezahlen. Die Bundesregierung scheint ihre eigene Art zu haben, mit der scharfen sozialen Auslese in Deutschland umzugehen. Die Kinder sind ja leider da, die jetzt aus dem benachteiligten unteren Fünftel stammen, ihre Zukunft negativ sehen und sich keine erfolgreiche Schullaufbahn zutrauen. Statt auch ihnen eine adäquate Förderung zukommen zu lassen, wird augenscheinlich nur dafür gesorgt, dass es nicht noch mehr von ihnen gibt! Menschen mit geringem Einkommen soll demnach so wenig wie möglich staatliche Hilfe zuteil werden, wenn sie Eltern werden wollen.

Auch der Rentenversicherungsbeitragssatz für Hartz-IV-Bezieher soll ganz entfallen, ebenso wie der Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft der Bundesregierung vor, ausschließlich arme Menschen zu belasten: „Poteste und Demonstrationen dagegen werden allein kaum ausreichen. Wir werden bestimmt über andere Widerstandsformen mit sozialen Ungehorsam nachdenken müssen, sollten diese **Sozialkahlschläge** beschlossen werden. Die Bundesregierung hat sich dafür entschieden, ausschließlich die Ärmsten zu belasten, und zwar so, dass es für Sozialleistungsbezieher und die unteren Einkommensbezieher nicht mehr hinnehmbar ist. Wer Menschen jetzt die Rente klauen will, muss sich nicht wundern, wenn das zu Formen vor sozialen Unruhen führen wird. Diese halten wir dann aber für begrüßenswert“, so Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums“. Nachdem die öffentlichen Kassen wegen Milliardenhilfen an Banken und Autoindustrie geplündert sind, erklärt die Ministerin, es seien nunmehr weitere Kürzungen im Sozialbereich unumgänglich. Doch die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer! Wir dürfen es nicht zulassen, dass Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft beruflich und sozial ins Abseits geraten. Weil die Bundesregierung seit Jahren bewusst auf Steuereinnahmen verzichtet, hat sie das Haushaltsdesaster mit verursacht. „Würden in Deutschland die Topverdiener so besteuert, wie im Durchschnitt der westlichen OECD-Länder, könnte unser Staat jährlich circa 75 Milliarden Euro Mehreinnahmen generieren. Damit wäre das Bankenrettungspaket schon fast finanziert. Aber lieber werden die Armen brutal geschröpft“, so Behrsing.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Menschenwürdiges Leben muss sichergestellt sein: Sozialgericht untersagt Bremer Jobcenter, Bedürftigen das Hartz-IV-Geld ersatzlos zu streichen, wenn sie gegen Auflagen verstoßen *(„Radio Bremen“)*

Das „Sparprogramm“ heißt Angriff auf die Bevölkerung

80 Milliarden sollen in den nächsten Jahren auf Kosten der Masse der Bevölkerung „eingespart“ werden. Davon sind die Arbeitslosen und ihre Familien besonders betroffen. Bisher ist kein Wort davon die Rede, die Verursacher der Spekulationen und die Abzocker zur Kasse zu bitten. Wir werden noch zu beurteilen haben, was Frau Merkel heute gesagt hat. Eines ist aber klar: Wir werden sicher mit vielen anderen unseren Protest und unsere Aktivität vergrößern und verstärken. Wenn einige nur die soziale Schieflage bejammern: Wir sammeln alle Kräfte, das Boot in eine ganz neue Lage und Richtung zu versetzen!

Vor einer Woche war Horst Köhler fast sang- und klanglos zurückgetreten. Keiner weinte ihm eine Träne nach. Seitdem haben wir fast täglich neue Kandidaten: Erst Ursula von der Leyen, dann Christian Wulf und nun auch noch Joachim Gauck. Alles Konservative und mehr oder weniger „gute Christen“. Gaucks Einsatz als Bürgerrechtler und Kämpfer gegen die Stasi-Diktatur und auch als Leiter der sogenannten Gauck-Behörde ist in bestimmtem Maß in Ordnung und zu würdigen, aber jetzt soll der Pastor herhalten als potentieller Rammbock gegen den Linkstrend. Wer auch immer die Wahl gewinnt, die doch so wenig Bedeutung hat, er wird sich der Realität stellen müssen. Mit Festhalten an alten konservativen Werten werden die Fragen gerade der Jugend nicht zu beantworten sein. Der Loslösungsprozess breiter Massen der Bevölkerung vom bürgerlichen Parlamentarismus und vom Staat wird fortschreiten. Die Montagsdemo ist ein Weg, die Menschen zusammenzuschließen und neue Formen der Meinungsbildung und Demokratie zu entwickeln.

Diese Woche ist die Woche der Bildungsproteste in Deutschland und Europa. Eine erste Jugendgruppe ist bereits hier und hat ihre Aktion „Bildungspicknick – gemeinsam Lernen statt gegeneinander“ gemacht. Wir bieten ihnen auch gleich das Offene Mikrofon an, um ihr Anliegen vorzutragen. Alle Bremerinnen und Bremer, alle Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten rufe ich auf:

Kommt zur großen **Bildungsprotestdemo** am **Donnerstag**, dem **10. Juni 2010**, um **11 Uhr** ab **Hauptbahnhof**! Weitere **Proteste** finden in **Berlin** am **Samstag**, dem **12. Juni 2010** statt. Das Motto lautet: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Abfahrt der Busse ist um 6.30 Uhr am ZOB. Wer für die Mitfahrt einen Zuschuss braucht, komme doch später zu mir, damit wir die Unterstützung regeln können.

Am letzten Montag haben wir zusammen mit dem „Bremer Friedensforum“ gegen die kriegerische Piratenaktion Israels gegen die internationale Solidaritätsaktion durch Hilfslieferungen protestiert. Samstag Mittag gab es eine weitere große Demonstration mit türkischen, arabischen und palästinensischen Organisationen. Erneut wurde eine Hilfslieferung nach Gaza gestoppt und nach Asdod umgeleitet. Ich lehne die Gettoisierung des Gazastreifens und die Politik Israels, Gaza gleichsam auszuhungern, ab! Trotzdem geben wir das Offene Mikrofon an Freunde Israels, um ihre Position darzustellen.

Jobst Roselius

Wer hat hier „über seine Verhältnisse gelebt“?

Die Regierungen in Europa überbieten sich gegenseitig bei der Abwälzung der Krisenlasten auf das Volk. Heute hat die Bundesregierung ihren Katalog der Grausamkeiten vorgestellt. Der Rotstift wird bei den Sozialleistungen angesetzt, um 51 Milliarden Euro bis 2016 aus der Bevölkerung herauszupressen. Bisher ist bekannt: Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Empfänger, Kürzung der Bezugsdauer von ALG I für Überfünfzigjährige, Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, Kürzung der Ausgaben zur Wiedereingliederung für Langzeitarbeitslose, Vernichtung von 15.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst.

„Wir haben jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt“ – das ist überall die regierungsamtliche Lüge für den Kahlschlag. Was für ein Hohn! Armut und Elend nehmen seit Jahren zu. Täglich verhungern 15.000 Kinder auf der Welt. Hier in einem der reichsten Länder der Welt ist Altersarmut weit verbreitet, und immer weniger Menschen können von ihrer Arbeit leben. Jeder zweite Arbeitsplatz in Bremen ist inzwischen prekär – ungesichert und gering bezahlt, als Leiharbeit oder Minijob. Letzte Woche veröffentlichte die Techniker Krankenkasse ihren Gesundheitsreport und stellt fest, dass die psychischen Erkrankungen 40 Prozent höher sind als vor zehn Jahren. Die Belastung durch Zukunftsängste, Druck am

Arbeitsplatz, demütigende Hartz-IV-Gesetze, zerrüttete Familien – diese Verhältnisse machen krank!

In Wirklichkeit hat eine gigantische Umverteilung stattgefunden: Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen zwei Drittel der Einkommens in der Bundesrepublik. Die größten Dax-Unternehmen konnten 2009 ihre Gewinne trotz Krise um mehr als 30 Prozent steigern. Vor allem die Banken, die mit ihren Spekulationsgeschäften die größte Weltwirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst haben, verdienen sich eine goldene Nase. Unvorstellbare 30 Billionen Dollar brachten die Regierungen der 20 größten kapitalistischen Länder auf, um die Folgen der Krise abzudämpfen und ihre Macht nicht durch Massendemonstrationen, Generalstreiks und Aufstände zu gefährden. Doch jetzt ist dieses internationale Krisenmanagement selbst in eine akute Krise geraten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ beschwor am 11. Mai 2010 die einmalige Notsituation: „Die Eurokrise und die von ihr ausgehenden Gefahren stellt die internationale Finanzkrise noch in den Schatten. Es geht nicht mehr darum, den Zusammenbruch von Banken abzuwenden, sondern den von Staaten.“

Deshalb haben die Herrschenden ihre Taktik gewechselt: Das Krisenmanagement wird ersetzt durch die rigorose Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ – mit dieser Losung waren schon Millionen in Europa auf der Straße. Die Volksrebellion in Griechenland ist ein Signal, dass die ruhigen Zeiten für den Kapitalismus zu Ende gehen. Es ist sehr bemerkenswert, dass sich bei einer Umfrage von „Emnid“ im Februar 82 Prozent der Befragten vorstellen können, in einer sozialistischen Gesellschaft zu leben. Nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand! Organisieren wir gemeinsam den Widerstand gegen die Regierung! Die Montagsdemo beteiligt sich diese Woche an zwei wichtigen Demonstrationen.

Harald Braun

Sieg für Emmely: Bundesarbeitsgericht kassiert Bagatellkündigung *(„Spiegel-Online“)*

Regierungsbildung gescheitert: Hanni Kraftlos lässt Rüttgers Geschäftsführer-Job in NRW und Merkel Zweidrittelmehrheit im Bundesrat *(„Spiegel-Online“)*

Polizei provoziert: 40.000 Menschen protestieren gegen Abwälzung der Krisenlasten *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

282. Bremer Montagsdemo am 14. 06. 2010

Wir haben eine Krise, weil zu viel Geld in den falschen Taschen steckt

Frau Merkel und Herr Westerwelle haben das Sparpaket als notwendig und ausgewogen dargestellt. Sie sehen dies falsch! Notwendig wäre eine Auffüllung der Staatskassen durch Einnahmen, wobei natürlich auch der sparsame Umgang mit dem **Steuergeld** ratsam ist. Ausgewogen kann nicht heißen, zu 37 Prozent im sozialen Bereich zu kürzen. Die Einsparungen betragen insgesamt circa 82 Milliarden Euro, davon 11,2 Milliarden für 2011. Die „schönen“ Worte der Begründung bitte lesen und selbst beurteilen. Meine Meinung: arm! Noch eine Verdrehung ist „Bild“-Interview mit der Kanzlerin unter dem Titel „Schulden abbauen für mehr soziale Gerechtigkeit“.

Ein armer Staat kann nichts bewegen. Insofern ist die Forderung nach Schuldenabbau und einem ausgeglichenen Haushalt nachvollziehbar. Nur stehen die Ursachen gar nicht in den vorstehenden Papieren. Auch nicht, warum dies bisher zielstrebig unterlassen wurde: Zur Vorbereitung von ALG II wurden die Haushaltskassen geleert. Die Unternehmenssteuerform 2001 hat insbesondere die Kapitalgesellschaften wie GmbHs oder AGs entlastet. Sie haben dies genutzt, um bis zu zehn Jahre rückwirkend ihre Körperschaftsteuerzahlungen zu reduzieren. Die Einnahmen aus dieser Steuer rutschten ins Negative: Die Rückforderungen waren höher als die Einnahmen! Damit waren die Kassen leer. Jetzt konnten die Grausamkeiten der Agenda 2010 durchgesetzt werden. Wer kann schon leeren Kassen widersprechen?

Die Großunternehmen haben für die Auflösung der sogenannten Deutschland AG keine Steuern bezahlt Die Liquidität wurde zum Personalabbau genutzt. Die Überschüsse stiegen zusätzlich, weil die Löhne und Gehälter rasant reduziert wurden, bei gleichzeitiger Exportsteigerung um bis zu 70 Prozent. Die Liquidität führte zu einem verstärkten Mangel an Anlagemöglichkeiten für dieses Geld. Außerdem wurden die Banken durch „Cross-Border-Leasing“-Geschäfte mit reichlich neuen Eigenkapital versehen. Die Riester-Rente und andere Vorsorgepapie-

re haben auch viel Kapital gesammelt. Dieses Geld sollte aber nicht in die Produktion, es wurde als Kapitalanlage überwiegend an ausländischen Anlagemöglichkeiten vermittelt. Der Verfall der Wertigkeit dieser Anlagen führte zur Finanzkrise. Die Finanzwirtschaft wurde mit vielen Aktionen und noch mehr Geld vor Verlusten bewahrt – und vor der Offenlegung des Risikos!

Nunmehr hat sich das Geld vom Schreck erholt und benötigt erneut Anlagemöglichkeiten. Die neue Runde läuft! Wir haben keine Krise, weil zu wenig Geld vorhanden ist, sondern weil zu viel Geld in den falschen Taschen steckt. Dieses Geld wird nicht zur Deckung des Lebensunterhalts oder auch nur zum Luxuskonsum gebraucht. Es ist einfach über! Damit ist klar, es geht anders: Die Ursachen beseitigen, die Besteuerung gerechter gestalten. Soweit zu den leeren Kassen. Warum wurde aber die Schuldenbremse in den Verfassungen verankert? Verdi hat sich dagegen ausgesprochen, aber gegen die Vorgaben des Lissabonner Vertrages war dies leider wirkungslos. „Weshalb also das ganze Gezeter um Hellas? Dahinter steckt politisches Kalkül. Es geht um die Durchsetzung des Stabilität- und Wachstumspaktes mit all seinen Auflagen und Sanktionen, koste es, was es wolle. Vor allem jene, die diesen Pakt einst ersonnen hatten, also die deutschen Politiker und Banker, wollen ihn unbedingt erhalten“, so ein Kommentar von Andreas Wehr.

Wir sind EU-Musterschüler! Im EU-Vertrag steht die Bevorzugung der privaten Unternehmer. Wenn ein Land nach 2020 ein Großvorhaben durchführen will, wird dazu ein privater Unternehmer gebraucht. Er erstellt das Vorhaben und vermietet. Das Land darf nicht selbst als Kreditnehmer auftreten. Die Bremer Finanzsenatorin Linnert konnte den Krankenhausneubau noch selbst finanzieren. Dies sind die Rahmenbedingungen für die Kürzungsvorhaben. Die Kürzungen sind unnötig! Es geht anders! Ansonsten gilt: Ungerechtigkeiten erzeugen leider unrechtes Handeln. Der Gutachter sieht in Bremen noch „erhebliche Einsparmöglichkeiten im sozialen Bereich“. Frau Linnert hat dem energisch widersprochen und die Frage gestellt: „Wann ist diese Grenze überschritten?“ Spontane Antwort des Gutachters: „Wenn es Unruhen gibt!“

Frau Merkel und Herr Westerwelle sind nicht auf das Steuergeschenk von circa ein bis zwei Milliarden Euro an die Hoteliers eingegangen. Es wurde nicht zurückgefordert! Frau Merkel und Herr Westerwelle sind nicht auf die Nebenwirkung durch Kaufkraftentzug eingegangen. Auf eine Stärkung der Kaufkraft berufen sich die Hoteliers. In einem „Stern“-Beitrag hierzu steht auch: „Und jetzt GEZ-Kosten runter!“ Ein Verband bedankt sich bei seinen Politikern, aber Ruhe gibt er nicht: Als nächstes müssten die enormen GEZ- und Kabelgebühren für das Fernsehen im Hotel drastisch gesenkt werden. Nach der Sitzung der Ministerpräsidenten sieht es so aus, dass die Entlastung für Hotels wie gewünscht kommt, die Befreiung für finanziell Abhängige (ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung) und Behinderte hingegen aufgehoben wird. Es ist noch nicht entschieden, aber allein der Denkansatz hat sicherlich viel Gebührengeld gekostet.

Rund 8.000 Mitarbeiter sollen zukünftig in 130 Ländern die Europäische Union vertreten. Über Personal- und Haushaltsfragen wollen die EU-Außenministerin Ashton und der spanische Außenminister Moratinos mit dem Europaparlament weiter verhandeln, das ein Mitspracherecht in Budgetfragen hat. Die Mitarbeiter(innen) werden verbeamtet. Alle nichtstaatlichen Hilfsorganisationen werden verpflichtet, in den Einsatzländern mit dem Militär der EU zusammenzuarbeiten. Was wollen Merkel und Westerwelle dafür einsparen? An eine kostenneutrale Lösung glaube ich nicht. Wenn die extreme Regelung kommt, ist der Euro keinen Pfifferling mehr wert.

Und dann noch eine Diätenerhöhung, weil zu viel Geld in der Kasse ist? Die Parlamentarier der EU haben sich für 2010 1.500 Euro Erhöhung des Auslagenersatzes genehmigt, für 2011 nochmals den gleichen Betrag, insgesamt somit zusätzlich 3.000 Euro jährlich („Weser-Kurier“ vom 21. Mai 2010). Die erste Erhöhung wird ab Juni 2010 fällig. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 7,7 Millionen für dieses Jahr. 19.000 Euro beträgt die Vergütung im Jahr 2010 für die 736 EU-Parlamentarier (7.665 Euro Diäten, 290 Euro Tagungsgeld je Sitzungstag, 4.200 Euro Aufwandsvergütung ohne Nachweis plus Reisekosten nach Aufwand sowie weitere Vergünstigungen). Im EU-Haushalt sind 73 Millionen über! Dieses Geld würde sonst vollständig an die Mitgliedsländer zurückgezahlt, circa 14 Millionen Euro für Deutschland, oder für den neuen Diplomatischen Dienst bereitgestellt worden. Die EU-Regierungen müssen diese Erhöhung genehmigen. Frau Merkel und Herr Westerwelle, haben Sie dies berücksichtigt? In Ihren Papieren steht nichts davon!

„Der Versager“, titelte die „Tageszeitung“ am Wochenende, darunter im Bild Dirk Niebel. Der Minister werde die Zusagen zur Entwicklungshilfe nicht einhalten können, schreibt das Blatt. Der Minister gibt dies nicht zu. Herr Niebel wollte vor der Bundestagswahl dieses jetzt von ihm geführte Ministerium abschaffen. Inzwischen hat er viele der bisherigen Abteilungsleiter(innen) entlassen und die Positionen mit FDP-Vertrauten besetzt. Er hat zusätzliche Abteilungen geschaffen, weil er mehr Abteilungsleiter eingestellt hat. Genau weiß dies nicht einmal der Personalrat. Die frischen FDP-loyalen Leute stehen relativ kurz vor der Rente oder sind schon darüber hinaus. Der Vorgang hat also nichts mit Verjüngung zu tun, scheinbar jedoch mit Versteckspielen. Die Neuen haben getagt und über das Ergebnis Stillschweigen vereinbart, das gehalten wurde. Damit wurde scheinbar jegliche Sachkenntnis in der Führungsebene beseitigt. Frau Merkel und Herr Westerwelle, haben Sie nachgerechnet, wie viel Steuergeld hier verbraten wurde? Haben Sie nachgeschaut, wie dieser Schaden vom Verursacher einzufordern ist? Wie lange gibt es diesen Minister noch?

Herr Niebel hat einen Teil der Änderung als Voraussetzung für eine bessere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gesehen: Nichtregierungsorganisationen haben mit der Bundeswehr zu kooperieren, wenn sie weiter Entwicklungsgelder beziehen wollen. Hilfsorganisationen fürchten eine Militarisierung der deutschen Entwicklungshilfe, seit Niebel im Januar damit gedroht hatte, Staatsgeld nur noch

an Helfer auszureichen, die mit der Bundeswehr kooperieren. Dies ist eine unerwünschte Nebenwirkung des Lissabonner Vertrags!

Auf der 279. Bremer Montagsdemo habe ich die Forderung der Commerzbank-Vorstände nach einer Erhöhung der Gehälter von 500.000 Euro auf 750.000 Euro und zusätzlich 2.000.000 Euro Bonus und die Reaktion der Bundesregierung sowie die „Bankenkrise“ überhaupt thematisiert. Die Commerzbank hat 16,4 Milliarden Euro Stille Einlage vom Bankenrettungsfonds und zahlt dafür keine Zinsen! Die Gegenleistung ist eine Begrenzung der Vorstandsgehälter. Frau Merkel und Herr Westerwelle, hier wäre Geld zu holen! Wenn das Unternehmen in der Lage ist, über Gehaltserhöhungen von 250.000 Euro und zwei Millionen Euro Boni nachzudenken, dann ist auch eine Verzinsung angebracht. Auch die Deutsche Bank wurde letztendlich durch die Änderung der Bilanzierungsvorschriften gerettet. Nur durch die Nichtabschreibung der faulen Wertpapiere können überhaupt schwarze Zahlen ausgewiesen werden. Die Profitgier der Banker ist scheinbar ungebrochen! Bei der Bankenrettung werden 6,2 Milliarden Euro als ein „kleines Paket“ bezeichnet, allerdings bei einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden fauler Papiere allein der West-LB!

Das bekannte Volumen der Bankenrettung allein macht die Unanständigkeit dieses Sparpakets deutlich. Hinzu kommt die erneute Bankenrettung durch die Stärkung der EU-Staaten. Die Europäische Zentralbank kauft jetzt Staatsanleihen der EU-Staaten. Dabei wird volle Kreditwürdigkeit unterstellt. Die EZB hat kurzfristig für circa 40 Milliarden Euro Staatsanleihen aufgekauft. Das wäre so weit eigentlich logisch, nur die Verweigerung von weiteren Auskünften passt nicht in die Zeit. Die EZB hat das Notfallpaket begrüßt: „Die Euroländer brachten am Wochenende ein Notfallpaket im Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro auf den Weg.“ In diesem Betrag sind die Käufe von Staatsanleihen durch die EZB weder enthalten noch limitiert. Die EZB hat vor einigen Tagen sinngemäß erklären lassen: „Wir haben die Gelddruckmaschinen nicht angeworfen. Wir drucken kein Geld!“ Dies ist insofern merkwürdig, als das Geldvolumen per Knopfdruck im Rechner vergrößert wird. Bargeld ist nur für einen Bruchteil des Geldvolumens überhaupt vorhanden! Bisher ist schon erkennbar: Es bleibt nicht bei den circa 750 Milliarden Euro für die erneute Bankenrettung durch die Stärkung der EU-Staaten. Frau Merkel und Herr Westerwelle, fassen Sie sich! Treten Sie zurück! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz!

Der „Weser-Kurier“ meldete am 18. Mai 2010: „Kommunen waren vor Kollaps“. Die Kosten für Sozialleistungen seien auf mehr als 40 Milliarden Euro geklettert, fast doppelt so hoch wie kurz nach der Wiedervereinigung, so eine Warnung des Deutschen Städtetags. Na, das ist ein Ding! Absicht? Hartz IV wurde zum 1. Januar 2005 umgesetzt, die bisherige Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Die Leistungen der Arbeitslosenhilfe wurden nicht von den Kommunen getragen und sind somit nicht in den Zahlen bis 2004 enthalten, die Zahlungen des ALG II

über die Kosten der Unterkunft ab 2005 schon. Allein dadurch ist der Zahlenvergleich nicht aussagefähig. Nach dem Text „Kosten für die Sozialleistungen“ sind die Verwaltungskosten für die Zahlung der Sozialleistungen ebenfalls darin enthalten. Dies macht den Vergleich noch unsinniger – oder nur schlagzeilenträchtiger? 2005 hat jede Kommune durch die Einführung des ALG II Geld gespart. In Bremen waren dies zugegebene 60 Millionen Euro!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

FDP lässt Rüttgers im Stich: Hanni Kraftlos muss nun doch eine Minderheitsregierung bilden *(„Spiegel-Online“)*

Bundesregierung stempelt Hartz-IV-Kinder zu unerwünschtem Leben

Die Bundesregierung lügt uns seit Tagen die Hucke voll! Das „Sparpaket“ ist weder „gerecht“ noch „ausgewogen“, wie uns Merkel, Westerwelle und Schäuble gebetsmühlenartig weismachen wollen. Millionäre zahlen nichts, während die Ärmsten am meisten bluten sollen. Es ist die brutalste Umverteilungsorgie in der Geschichte der Bundesrepublik, die zudem durch ein unglaubliches Maß an Hochmut und Arroganz geprägt ist. Die schwarz-gelbe Regierung, die zuvor mit mehreren 100 Milliarden Euro „Rettungsschirme“ über Banken, Bankrotteuren und Konzernen aufgespannt hat, schlägt besonders hart bei denjenigen Menschen zu, die ohnehin kaum genug zum Leben haben, nämlich bei Hartz-IV-Betroffenen, Geringverdienern, prekär Beschäftigten und Rentnern. Als nächstes sollen 60 Millionen gesetzlich Versicherte Sonderabgaben oder Kopfpauschalen zahlen. Dies bringt für die gesetzlich Versicherten weitere massive Belastungen mit sich.

Währendessen werden der Energiewirtschaft 100 Milliarden an Extraprofiten für ihre menschenverachtenden Atomkraftwerke zugeschustert. Fast vierzig Prozent der Einsparungen laufen zu Lasten und auf Kosten der Armen. Damit entspricht die Bundesregierung auf ganzer Linie den Interessen des Kapitals. Zum Beispiel wird der Wegfall des ALG-II-Zuschlags vom Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt mit folgender klassenkämpferischen Plattitüde begründet: „Zuschläge bis ins vierte Jahr der Arbeitslosigkeit verleiten dazu, in Arbeitslosigkeit zu verharren.“ Dies ist auch so eine Gebetsmühle, die schon vor Altersschwäche quietscht und ächzt! Darauf die seit Schröders Regentschaft geltende Replik: Erwerbslo-

se sollen durch Deklassierung und Aushungern noch stärker gezwungen werden, jeden noch so miesen Job anzunehmen. Deshalb auch Hundt und Konsorten schleunigst ab in Hartz IV!

Der dickste Brocken an Einsparungen erfolgt bei den sogenannten Arbeitmarktinstrumenten, also Schulungen, Fortbildungen und dergleichen. Da handelt es sich um Streichungen von zwei Milliarden, die bis 2014 noch auf fünf Milliarden Euro gesteigert werden sollen. Eine besondere Gemeinheit stellt der Fortfall des Heizkostenzuschlags beim Wohngeld dar, auf den insbesondere Bezieher(innen) kleiner Renten und Menschen mit geringem Erwerbseinkommen angewiesen sind. Eine grobe Zumutung ist zudem die Abschaffung des Übergangsgeldes von ALG I zu ALG II. Erwerbslose fallen so übergangslos in den Hartz-IV-Bezug und damit unter das Existenzminimum. Das ist für ältere Berufstätige besonders ärgerlich, weil sie oftmals lange Zeit in die Sozialkassen eingezahlt haben.

Die beabsichtigte Streichung des Elterngeldes beim Bezug von Arbeitslosengeld II zeigt ganz klar, dass „Unterschichtennachwuchs“ in der Bundesrepublik nicht mehr erwünscht ist! Dazu Herbert Thomsen vom „Bremer Erwerbslosenverband“: „Dies schließt nahtlos an die sozialdarwinistischen Tiraden von Sarrazin und Gunnar Heinsohn an, die unlängst massiv die Streichung von Leistungen gefordert hatten, die Anreize für die Geburt von Kindern in Hartz-IV-Haushalten darstellten. Dieser Logik ist die Bundesregierung mit der Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Bezieher(innen) nun gefolgt. Sollte diese Kürzung Wirklichkeit werden, dann ist offenkundig: Für Kinder von Menschen in Arbeit wird eine Leistung erbracht – für Kinder von Erwerbslosen nicht. Damit stempelt diese Bundesregierung Hartz-IV-Kinder zu unerwünschtem Leben!“

Dieses „Sparpaket“ ist eine offene Kriegserklärung gegen die Leidtragenden unserer Gesellschaft, und damit markiert es gleichzeitig den Einstieg in eine andere Republik. Wenn wir uns nicht mit aller Macht dagegen stemmen, wird eine noch nie da gewesene Spaltung entstehen, die alle sozialen Zusammenhänge für immer zerstören kann! Mit den großen Protestaktionen in Berlin und Stuttgart ist der Anfang gemacht. Stoppen wir diese Entwicklung jetzt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Ich wurde Zeugin vom brutalen Verhalten vieler Polizisten in Gruppen

1. Im Jobcenter Berlin-Mitte wird neuerdings ein „Bescheid-Erklärer“ beschäftigt, weil die Hartz-IV-Bezieher angeblich die ihnen zugesandten Bescheide nicht verstünden und deswegen so viele **Widersprüche** einlegten und vor Gericht gin-

gen. Anhand mehrerer Fallbeispiele wird die Arbeit des Bescheid-Erklärers, Herrn Tauschmann, dokumentiert. Da beschwert sich eine junge Frau, dass sie für den laufenden und die kommenden sechs Monate 300 Euro zu wenig bekomme, weil sie angeblich über ein monatliches Einkommen von 511 Euro verfüge, sie aber tatsächlich null Euro verdient. Weil dies auch der Bescheid-Erklärer nicht nachvollziehen kann, erkundigt er sich bei der zuständigen Sachbearbeiterin. Diese sieht dann nach zehn Minuten ihren Fehler ein – und Herr Tauschmann erläutert seiner Kollegin, wie sie den Bescheid richtig ausstellen muss!

Die junge Frau beklagt sich außerdem darüber, dass die einzige Post, auf die in der Arge reagiert werde, ein Einschreiben mit Rückschein für acht Euro sei. Viel werde aus der Post einfach in den Müll geschmissen. Selbstredend wird dieser Vorwurf von den Mitarbeitern bestritten. Dennoch scheint es mit dem einen oder anderen Bescheid ein Problem zu geben – 12.000 Mal im Jahr: So oft wird in diesem Jobcenter Widerspruch eingelegt. Drei Prozent davon vermeidet der Bescheid-Erklärer. Warum Herrn Müller das gesamte Arbeitslosengeld gestrichen wurde, und weshalb dem Rollstuhlfahrer Herrn Peters kein Darlehen gewährt wird, obwohl man ihm sonst am nächsten Tag der Strom abgestellt, wird Herr Tauschmann auf die gleiche Weise in der Sendung aufklären. Ich persönlich würde mir auf unseren Ämtern noch mehr von der Sorte des Herrn Tauschmann wünschen! Nach den Sparbeschlüssen der Regierung werden Bescheid-Erklärer noch dringender gebraucht als vorher. Doch das ist politisch nicht vorgesehen. Meiner Meinung nach werden hier ganz bewusst falsche Bescheide zulasten der Betroffenen erstellt, um einer Sparquote nachzukommen, die von oben vorgegeben wird! Umso wichtiger finde ich es deshalb, auf keinen Fall aufzugeben, für sein Recht Widerspruch einzulegen und notfalls vors Gericht zu gehen. Es lohnt sich!

2. Das Sozialgericht Bremen untersagte den Behörden, Bedürftigen das Hartz-IV-Geld ersatzlos zu streichen, wenn sie gegen Auflagen verstoßen. Die Bremer Bagis wurde von den Sozialrichtern dazu verpflichtet, die Betroffenen in solchen Fällen mit Sachleistungen zu unterstützen. Ich finde es ausgesprochen wichtig, dass endlich mal offiziell festgestellt wird, dass ein menschenwürdiges Leben auch dann sichergestellt sein muss, wenn Hartz-IV-Bezieher gemaßregelt werden! Die Frage, wie das mit einem so geringen **Regelsatz** möglich sein soll, will ich jetzt nicht aufwerfen. Einem Hartz-IV-Bezieher aus Bremen-Nord wurde das Wasser abgestellt, und er konnte seine Miete nicht mehr zahlen. Die Bagis hatte ihm keine Ersatzleistungen gewährt, sondern nur darauf hingewiesen, dass er solche beantragen könne. Bestätigt das Gericht seine vorläufige Entscheidung, könnten die Behörden auch in vielen anderen Fällen zu rückwirkenden Zahlungen verpflichtet sein. Also, Leute: Klagt, wenn euch euer Recht nicht gewährt wird!

3. Das Bundesarbeitsgericht hob die **Kündigung** der Kassiererin Emmely wegen angeblich unrechtmäßig eingelöster Pfandbons auf. Als Begründung führte das Gericht an, eine Entlassung sei nicht gerechtfertigt, wenn nur eine „erhebliche Pflichtwidrigkeit“ vorliege. Obgleich sowohl das Arbeitsgericht als auch das Landesarbeitsgericht Berlin ihre Kündigungsschutzklage zuvor abgewiesen hatten, muss die 52-jährige Berlinerin jetzt wieder bei dem Supermarkt beschäftigt werden. Da freut sich doch das Gerechtigkeitsgefühl! Die Kassiererin Barbara E. war nach mehr als 30 Jahren Betriebszugehörigkeit fristlos entlassen worden. Der Filialleiter hatte ihr zwei nicht zuzuordnende Leergutbons im Wert von 82 und 48 Cent gegeben, die sie selbst zehn Tage später beim Einkaufen eingelöst haben soll. Die Kassiererin erklärte, dass sowohl sie, ihre Töchter, als auch eine Kollegin Zugang zu ihrem Portemonnaie gehabt hätten. Vor den Arbeitsgerichten argumentierte Emmely so, dass sie jedenfalls nicht wissentlich Bons eingelöst habe, die ihr nicht zugestanden hätten. Wegen der von ihr selbst eingeräumten Umstände, dem Kassenjournal und Zeugenaussagen waren das Berliner Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg zu der Auffassung gekommen, dass die Kassiererin die Bons tatsächlich unterschlagen hatte.

Weil eine Revision nicht zugelassen wurde, reichte die Klägerin mit Erfolg eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht ein. Im Juli 2009 ließ dessen Dritter Senat Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zu. Die pfiffige Emmely kündigte an, dass sie gegebenenfalls noch Verfassungsklage einreichen und vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen wolle. Ein Komitee „Solidarität mit Emmely“ aus Gewerkschaftern und politischen Gruppierungen hatte nach der Kündigung zu Protestaktionen und Kaufboykotten aufgerufen. In der Tat liegt die Vermutung nahe, dass mit dieser Kündigung eine engagierte Gewerkschafterin kaltgestellt werden sollte, weil die Kassiererin als einzige der 36 Beschäftigten an drei Streiks im Einzelhandel teilgenommen hatte. Bestimmt hatte sie nach dreißigjähriger Betriebszugehörigkeit außerdem einen alten Vertrag mit besseren Arbeitsbedingungen und höherem Lohn. Sollte ihr Vertrag zu deutlich schlechteren Konditionen an eine Jüngere vergeben werden? Wir können trotz so viel zu überwindender Hindernisse durch juristische Spitzfindigkeiten immer wieder nur lernen: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

4. Ich weiß nicht, ob der frühere Berliner Finanzsenator und jetzige Bundesbank-Vorstand aus Berlin, Thilo Sarrazin, sich nicht genügend beachtet fühlte oder warum er jetzt wieder derart sozial-rassistisch provozieren muss. Ein paar Monate durften wir wohltuend von seinem Gedankengut verschont bleiben. Jetzt sieht der 65-Jährige Deutschland in Gefahr, „auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer“ zu werden. Zuwanderer „aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika“ wiesen weniger Bildung auf als Migranten aus anderen Ländern, dozierte Sarrazin. Weil Einwanderer mehr Kinder als Deutsche bekämen, gebe es „eine unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz“. Intelligenz werde von Eltern an Kinder weitergegeben, der Erbanteil

liege bei fast 80 Prozent. Für mich ist nicht nachvollziehbar, wieso Sarrazin in der SPD ein Ausschlussverfahren überstehen konnte, nachdem er in einem Interview behauptet hatte, dass viele der Araber und Türken leistungs- und integrationsunwillig seien. Damals durfte er ungestraft von sich geben, er müsse niemanden anerkennen, der vom Staat lebe, diesen Staat ablehne und ständig „neue kleine Kopftuchmädchen“ produziere.

Auch wenn eine Landesschiedskommission urteilte, Sarrazin habe sich „radikal und bis zum Tabubruch“ geäußert, dies aber unfassbarerweise nicht für rassistisch hielt, sondern noch einen draufsetzte mit der Forderung, die SPD müsse solche provokanten Äußerungen aushalten, dann wird es spätestens jetzt allerhöchste Eisenbahn, Sarrazin aus der Partei auszuschließen. In meinen Augen fordert Sarrazin offen, die Nachkommenschaft von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verhindern, und haut damit in die gleiche Kerbe wie der emeritierte Bremer Professor Gunnar Heinsohn im März dieses Jahres. Soll hier getestet werden, wie viel schon wieder gesagt werden darf, obwohl der Begriff von vermeintlich „unwerten Leben“ noch nicht erneut etabliert wurde? Wer schützt die Einwanderer vor einer Verdummung und Gefährdung durch Sarrazin und Konsorten? Ich muss an Adornos Worte denken: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der **Faschisten** in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“

5. In der Stuttgarter Agentur für Arbeit stehen drei Mitglieder der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und wollen jenen, die Unterstützung vom Staat bekommen, erklären, warum es jetzt völlig richtig sei, dass manche dieser Leistungen gekürzt werden sollen. Der Doktorand Markus Roth drückt einer Mitarbeiterin der Behörde einen Zettel in die Hand und erklärt, dass er mit ihr gerne über das **Sparpaket** reden möchte. Zwei Forderungen auf dem Flugblatt lauten: „Streichung des Elterngelds für ALG-II-Empfänger, denn Armut soll sich nicht reproduzieren! Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, damit alle ökologischer und effizienter heizen!“ Die Frau lehnt eine Unterstützung ab, weil sie diese Pläne menschenunwürdig findet. Ein paar Meter weiter dröhnt es aus einem Verdi-Megafon, dass dies Zynismus pur sei. „Ihr seid linke Sozialromantiker“, antwortet ein Juli-Mann und winkt ab. In dem Papier der Julis steht weiterhin, dass Deutschland in Schwung gebracht werden solle. „Insbesondere jene, die arbeitslos geworden sind, sollten nicht weiter mit staatlicher Zwangsbeglückung von der Arbeitssuche abgehalten werden.“ Künftig möge die Arbeitsagentur die Erwerbslosen testen und von diesen ein „Rating“ erstellen. Die Unternehmen hätten es damit leichter, geeignete Bewerber auszuwählen. „Bei schlechten Noten könnten Leistungskürzungen für weitere Einsparungen genutzt werden.“

Es lässt sich leicht vorstellen, dass sich die Reaktionen des Publikums auf diese Vorschläge mit Abwinken und Kopfschütteln kaum voneinander unterscheiden. Einer spricht vermutlich aus, was alle denken: dass es kaum die Hartz-IV-Bezieher gewesen sind, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das waren hier

wohl eindeutig die falschen Adressaten! Eiderdaus, nur wenig später stellt sich diese Meldung als Ente heraus, und der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, Jens Brandenburg, erklärt, dass die Julis nichts mit dieser Aktion zu tun hätten. Er findet die dort verbreiteten Äußerungen beleidigend, respektlos und inhaltlich völlig inakzeptabel. Er sei schockiert über die dreisten Methoden. Es werde Strafanzeige bei der Stuttgarter Polizei gestellt. Brandenburg hält Armut in erster Linie für ein Freiheitsproblem und möchte alles daran setzen, jedem Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wie jetzt, möchte er die Freiheit nun in gelbblauen Tütchen an die Bedürftigen verteilen?

6. Letzten Samstag fuhr ich um 6:30 Uhr mit ein paar Leuten von der Montagsdemo mit einem Bus der Partei „Die Linke“ nach Berlin zur Demo „**Wir zahlen nicht für eure Krise**“. Ich finde es enttäuschend, dass sich nicht mehr Menschen aus Bremen dazu entscheiden konnten, sich gegen diese unglaublichen Sparpaketschweinereien auf den Weg zu machen. Die Kanzlerin hatte ja harte Einschnitte für alle angekündigt, meinte aber in Wirklichkeit damit nur jene, die keine Lobby haben, die stark genug wäre, sie zu schützen, und für diejenigen, die kein Geld haben, um zu kaufen, was das Zeug hält, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt wird. Wenn offenbar die Sozialleistungen nur noch über den Bankstern ausgeschüttet werden sollen, wo bleiben dann all die Betroffenen, denen das Geld fehlen wird? Den Besserverdienenden soll das Elterngeld nur um zwei Prozent gekürzt, den Hartz-IV-Beziehern jedoch zu 100 Prozent gestrichen werden. Von Reichen- oder Millionärssteuer ist hingegen nie die Rede!

Wenn angeblich alle den Gürtel enger schnallen sollen, frage ich, woher die Ärmsten der Armen überhaupt das Geld für einen Gürtel nehmen sollen. Die Kosten für Unterkunft und Heizung sollen pauschalisiert werden, was viele neue Obdachlose produzieren wird. Wenn der Staat die Regelsätze für Hartz IV neu berechnen muss, so ist zu befürchten, dass das Ergebnis nicht an den realen Bedürfnissen gemessen, sondern ebenfalls dem Sparzwang unterliegen wird. Wenn auch der Heizkostenzuschuss beim Streichkonzert entfällt, wird dies vor allem große Familien, Geringverdiener und Senioren betreffen. Der Zuschuss ist keineswegs überflüssig geworden, weil der Ölpreis immerhin 34 Prozent über dem vom 1. Januar 2009 liegt! Es wird über den vermeintlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen gejubelt, obwohl wir alle besser wissen, dass hier bloß mal wieder Erwerbslose als Zahlenmaterial verschoben werden und unter bestimmten Gegebenheiten nicht mehr in der Statistik auftauchen, auch wenn sie nach wie vor arbeitslos sind und Transferleistungen beziehen!

Wir wollen uns nicht weiter für blöd verkaufen lassen und fahren deswegen nach Berlin, um dies dort zu bekunden. Der nette Busfahrer Andreas fuhr uns die fünfeinhalb Stunden sicher hin und zurück. Es war deutlich kühler geworden und regnete zwischendurch immer wieder mal ein bisschen. Die Anzahl der Demonstranten war berauschend und dennoch viel zu wenig angesichts der realen Notsi-

tuation. Von verschiedenen Seiten wurden zwischen 16.000 und 20.000 Teilnehmer geschätzt. Meist herrschte eine friedliche, kreative Stimmung vor, aber es gab auch Zwischenfälle. Ich freute mich über einige Transparente. Besonders gefiel mir das vom Berliner Frauenhaus: „Geistig und moralisch integere Menschen an die Spitze, Ärmel hoch, aufräumen, neugestalten. Und dann: einfach nur leben!“ Ich empfand es als eine Provokation, dass die ganze Zeit ein Hubschrauber über uns kreiste. Von anderen wurde mir erzählt dass die Polizei den schwarzen Block „begleitete“ und auch Einzelne rausfischte.

Ich hörte drei Explosionen von Feuerwerkskörpern, was ich für eine ziemlich blöde, weil gefährliche Idee halte. Da können auf beiden Seiten Menschen unnötig verletzt werden! Angeblich wurden mehrere Polizisten durch selbstgebastelte Sprengköper so schwer verletzt, dass zwei von ihnen operiert werden mussten. Schrecklich, wenn dies stimmt, aber auch furchtbar, wenn es erfunden wird, um Demonstranten zu kriminalisieren und vom asozialen Umverteilen von unten nach oben abzulenken! Die Fußballweltmeisterschaft soll und wird von dem sozialen Sprengstoff ablenken. Bisher klappt die uralte Strategie gut, dem Volk Brot und Spiele zu bieten, sodass es den Rest der Reglementierung nicht mehr bemerkt. Während der Abschlusskundgebung guckte ich am Brunnen, ob dort noch Mitglieder des „Erwerbslosenforums Deutschland“ herumstanden. Stattdessen wurde ich Zeugin vom brutalen Verhalten vieler Polizisten in Gruppen, die eine junge Frau vom Rand des Brunnens zogen und einen Kreis um diese Aktion bildeten – wohl um die anderen daran zu hindern, alles genau mit anzusehen und zu filmen.

Ein Mann, der interessiert sein Fahrrad vorüberschob, wurde mehrfach heftig weggestoßen. Die Gesichter der beteiligten Polizisten wirkten hinter den Visieren der Helme auf mich unglaublich jung, unreif und aggressiv, ja: martialisch! Ich war bestürzt und entsetzt von den Bildern, wie weitere Personen rausgezogen und in waagerechter Position weggetragen wurden. Das „Gespräch“ mit Polizisten in gelben Westen war unerträglich, weil es gar nicht so gewesen sei, wie ich es wahrgenommen hätte, sondern die zuvor Abgeschleppten allesamt Straftäter gewesen seien, die von den Polizisten gefilmt, bis hierher verfolgt und nun verhaftet wurden. So bekam ich die Reden leider gar nicht mit. Diese Brutalität nahm mich sehr mit, und ich fühlte mich wie in einem Polizeistaat. Wähnte ich mich nur, oder war ich es schon? Ein tolles Theaterstück ließ die Demo ausklingen. Darin wurde zum Halali auf Erwerbslose geblasen. Die Akteure waren schwarzweiß gekleidet, die „Haut“ hing ihnen in Fetzen vom Gesicht herunter. Sie gingen auf eine Hartz-IV-Bezieherin los, rissen ihr einen „Unterarm“ und diverse „Knochen“ heraus. Dann fraßen sie und beschwerten sich über den Geschmack „ungewaschener Hartz-IV-Bezieher“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das geht im Fußballfieber unter: Hartz-IV-Parteien ändern Grundgesetz für intransparente Jobcenter-Mischverwaltung *(„Spiegel-Online“)*

Kein Rederecht für „Freunde Groß-Israels“!

Die Ablehnung von Merkels Krisenprogramm durch die Bevölkerung ist gewaltig: 80 Prozent der Befragten halten nach ARD-Berichten das Sparprogramm für ungerecht und unausgewogen, 67 Prozent befürworten die Anhebung des Spitzensteuersatzes. 40.000 Menschen protestierten am Samstag in Berlin und Stuttgart trotz massiver Polizei-Provokationen. Merkel und Westerwelle sollen gehen! Wir wollen nicht über das Ende der Regierung spekulieren, wir wollen diese Regierung weghaben! Es ist verwunderlich, dass sich so viele Menschen immer noch mit alldem abfinden. Aber man muss bedenken, dass die Konsequenzen weitgehend verschwiegen werden und die Menschen sich noch in einem Ablösungsprozess befinden, den die Regierenden mit Spaltungsversuchen in Arbeitende und Erwerbslose zu hintertreiben versuchen.

Die Zahl der Millionäre ist 2009 um 23 Prozent gewachsen. Nur ein Prozent der Weltbevölkerung verfügt über 38 Prozent der Vermögenswerte. Derweil lässt Thilo Sarrazin (SPD) neue rassistische Hetzereien erschallen. Bei einem Vortrag des Arbeitskreises „Wirtschaft und Schule“ des „Südhessischen Unternehmerverbands“ provozierte das Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank erneut ungeheuerlich: Er unterstellte Einwanderern aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika „weniger Intelligenz“ als Einwanderern aus anderen Ländern. Außerdem sei Intelligenz zu 80 Prozent vererbbar, und die Einwanderer hätten mehr Kinder als Deutsche, so Sarrazin. Sein Fazit: „Wir werden im Durchschnitt dümmer.“ „Spiegel-Online“ berichtet, es habe bei den Zuhörern keine erkennbaren Unmutsäußerungen gegeben. Das passt gut zu dem Heinsohn-Zitat vor einigen Wochen, das gerne von reaktionären, das Abendland schützenden Schreiberlingen aufgenommen wird und sogar von der kapitalistischen „Friedrich-Naumann-Stiftung„ mit einem Preis gewürdigt wurde.

Auf der 280. Montagsdemo hat der hier allen bekannte Peter Kubiak, wie ich leider erst danach erfuhr, davon gesprochen, dass Israel „noch gar nicht groß genug“ sei. Freunde von ihm wollten da „etwas richtigstellen“. Als wir dann beim letzten Mal deren oberflächliche Darstellung zu den israelischen Angiffen auf die Hilfsgüterflotte für Gaza hörten, in der immer nur von bösen „Terroristen“ die Rede war, wurde schnell klar, dass es sich dabei bewusst um Rassismus in religiösem Mäntelchen handelte. Eine Dame, die zu diesem Kreis gehörte, hatte er-

wähnt, dass sie zu einem „Israel-Gebetskreis“ gehöre. In Bremen gibt es so etwas auch. Sie beten für die „Größe Israels und für die Weisheit ihrer Führer und dass Gottes Wort in Erfüllung gehen werde“. Ihre Diktion und ihr Auftreten erinnerten mich an Sprache und Intoleranz der damaligen rassistischen Apartheid-Regierung in Südafrika. Diese Leute haben enge Beziehungen zu den rechtesten Religionsfanatikern in den USA wie George W. Bush oder Sarah Palin und versuchen, neue reaktionäre Gesinnungsfreunde zu finden. Ich bin der Auffassung, dass wir ab sofort Peter Kubiak und diesen „Freunden“ aus den genannten Gründen kein Rederecht mehr einräumen sollten.

Jobst Roselius

„Wir wollen mit so was nichts zu tun haben“:

Bürgermeisterin Karoline Linnert (Grüne) distanziert sich von „antisemitischen Transparenten“ – auf der Bremer Montagsdemo?

„Bild Bremen“ behauptet „antiisraelische Demonstrationen
auf dem Marktplatz in der ersten Juniwoche“

Cornelia Barth (mit Fahne) verliest später noch eine Presseerklärung

Wir fordern weiterhin: Schluss mit den Verbrechen der isrealischen Regierung!

Wir meinen: Kritik an Israels Politik ist kein Antisemitismus!

Die Montagsdemo hat keine antisemitischen Transparente aufgestellt. Diejenigen, die aufgestellt waren, gehörten der Palästinensischen Gemeinde und dem „Bremer Friedensforum“. Sie stießen erst um 18 Uhr auf dem Marktplatz zu uns (die Uhrzeit der Kamera war falsch eingestellt). Cornelia Barth, die Landessprecherin der Linkspartei Bremen, war ebenfalls auf der Demo und hatte die Presseerklärung von Gregor Gysi zu dem Überfall auf den Hilfskonvoi vorgetragen. Auch diese hatte keinen antisemitischen Inhalt. Des Weiteren haben wir bei der ab 18 Uhr gemeinsamen Demo am 31. Mai 2010 die israelische Politik mit Palästina kritisiert und keine antisemitischen Hetzparolen von uns gegeben. Ich denke, das sollte unbedingt auch in der Öffentlichkeit richtiggestellt werden!

Anke Meyer (parteilos)

Im „Weser-Kurier“ las ich: „Ein Transparent macht sprachlos. Angst vor Antisemitismus-Welle. Jüdische Gemeinde sucht Gespräch mit dem Senat“. Es geht um ein ganz bestimmtes Transparent, das auf einer Demo in Bremen am Samstag, dem 5. Juni 2010, getragen wurde. Es handelt sich wohl um das Transparent, wo ein Mann mit langem Bart, großer Nase, einem blutigen Messer und einem Davidstern an der Schifferkapuze gezeigt wird. Ja, solch ein Hetz-Transparent gegen Juden finden wir bestimmt alle total daneben! Wir sind auf keinen Fall gegen Juden oder gegen Israel, sondern gegen einen Teil der israelischen Politik, der auf rassistischer Ebene die Palästinenser bekämpft, überfällt und tötet! Die Äußerung von Karoline Linnert hat also gar nichts mit der Montagsdemo zu tun. Am 5. Juni hatten wir keine.

Elisabeth Graf (parteilos)

So wie ich die Sache verstanden habe, distanziert sich Frau Linnert – ebenso wie auch andere Politiker – von einem auf der großen Demo am Samstag getragenen Transparent, auf dem eine Karikatur eines Menschen war, die sehr stark an die antisemitische Hetzpropaganda der NS-Zeit erinnert. Ich selbst habe dieses Transparent nicht gesehen, würde mich, wenn es so ist, wie im „Weser-Kurier“ beschrieben, aber auch davon distanzieren. Wir verurteilen den Staatsterror von Israel ja nicht, weil es Juden sind, sondern weil das eine rassistische Politik ist, die dem palästinensischen Volk das Existenzrecht abspricht. Wir lehnen doch wohl alle Arten von Rassismus und Faschismus ab!

Viele Juden sehen das ganz genauso. Was Frau Linnert betrifft, weiß ich nicht, wie sie zum völkerrechtswidrigen Angriff der israelischen Armee auf die Hilfsschiffe steht. Auf der Montagsdemo wurde jedenfalls nicht in irgendeiner Weise Antisemitismus in Wort oder als Karikatur verbreitet. Der Beitrag von Peter Kubiak war von rassistischem, zionistischem Gehalt, als er sagte, dass das israelische Volk noch lange nicht alle Gebiete hat, die ihm nach der Bibel zustehen würden, und er den Angriff auf den Hilfskonvoi rechtfertigte. Deshalb war es richtig, ihm

keinen weiteren Redebeitrag zuzugestehen, da wir Faschismus und Rassismus nicht dulden. Ich bin allerdings nicht der Meinung, dass es richtig wäre, ihm ein für allemal, zu jeder Frage, das Wort zu entziehen.

Die Demonstration am Samstag nach dem israelischen Angriff hatte über 4.000 Teilnehmer. Da gehen auch Leute mit, die fundamentalistische Islamisten sind oder eben erklärte Antisemiten. Ich selbst war nicht dabei, habe mir aber sagen lassen, dass dies eine kleine Minderheit war. Die Mehrheit kam aus berechtigter Empörung über den Staatsterror Israels. Falls es ein Foto des besagten Transparents gibt, würde ich das nicht veröffentlichen und ihm damit auch noch Aufmerksamkeit verschaffen.

Wolfgang Lange (MLPD)

„So viel Chuzpe macht sprachlos“: „Bremer Friedensforum“ weist die Unterstellung der Jüdischen Gemeinde, die Demonstration gegen die Kaperung der Schiffe und die Tötung von neun Menschen sei ‚antisemitisch‘ gewesen, auf das Schärfste zurück *(„Die Linke“)*

Inge Höger, MdB, berichtet am Donnerstag, dem **24. Juni 2010**, um **19:30 Uhr** in der „**Villa Ichon**“, Goetheplatz 4, über ihre Teilnahme an der „**Free-Gaza-Flotille**“

Mehrheit der Bundesbürger rechnet mit vorzeitigem Ende der Regierung

Der Plan von Merkel und Westerwelle war: Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Vollgas geben mit dem Krisenprogramm. Den Anfang sollte das 80-Milliarden-„Sparpaket“ machen, das sich vor allem gegen Arbeitslose, ALG-II-Empfänger und Arme richtet: Kein Elterngeld und kein Regierungszuschuss mehr für den Rentenbeitrag für Hartz-IV-Betroffene, Streichung der Ausgleichszahlungen von ALG I auf ALG II, Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger. Das sollte nur der Anfang sein, nach der bewährten Methode „Spalte und herrsche“. Erst mal war beabsichtigt, die Kolleginnen und Kollegen, die noch in Arbeit sind, noch nicht anzugreifen. Das sollte dann als nächstes kommen.

Vor allem in der CDU gibt es längst Pläne für weiteren drastischen Sozialabbau und Steuererhöhungen, etwa für eine generelle Mehrwertsteuer von 19 Prozent auch auf Lebensmittel und eine Erhöhung des „Solidaritätszuschlags“. Aber der schöne Plan ist bereits ins Stocken geraten. 40.000 Menschen demonstrierten am Samstag in Berlin und Stuttgart gegen das Krisenprogramm! Angeblich wurden zwei Polizisten durch Knallkörper schwer verletzt. Ich möchte nicht wissen, welcher Polizeiprovokateur hier im Einsatz war! Das kennt man doch. Das war schon immer eine Methode, um Protestaktionen in Misskredit zu bringen! Aber das wirkt schon gar nicht mehr so richtig.

Mittlerweile rechnet eine Mehrheit der Bundesbürger mit einem vorzeitigen Ende der Regierung. Die steckt tief im Dilemma: Da gibt es beispielsweise Streit zwischen Brüderle und Merkel in Sachen „Opelhilfe“, auf die General Motors nun doch verzichten will. Bei der Bundespräsidentenwahl schert die FDP aus, ihr Bremer Landesvorsitzender Möllenstädt will lieber für den rot-grünen Kandidaten Gauck stimmen. Auch bei den Bildungsprotesten letzte Woche stand das Krisenprogramm und mit ihm immer mehr das ganze System im Fadenkreuz. Überall in Europa beleben sich die Kämpfe: Letzten Samstag demonstrierten 100.000 Menschen in Rom, letzten Dienstag gab es einen 24-Stunden-Streik der 2,7 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Spanien.

Überall gibt es zunehmend Wut in der Bevölkerung auf Banken, Spekulanten, Regierung und das ganze miese System. Und wir sollen sparen? Im „Weser-Kurier“ wird der „beste Sparvorschlag“ prämiert. Die Banken und Spekulanten sacken Milliarden ein, und uns will man das letzte Hemd nehmen? Mein Vorschlag lautet: Sparen wir uns doch diese ganze Regierung und dieses ganze System! Ohne die reicht es für uns schon! Bereiten wir Merkel, Sarrazin,Westerwelle und Konsorten einen heißen Sommer!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

283. Bremer Montagsdemo am 21. 06. 2010

Reichensteuern rauf, bevor Sozialleistungen angetastet werden!

1. Wir hören und lesen schon länger, dass sich in Deutschland die soziale Schieflage immer weiter verschärft, doch nun ist es amtlich: Die neue DIW-Studie belegt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Soziologen und Ökonomen warnen vor verheerenden Folgen wie zum Beispiel sozialer Resignation, Elendsquartieren in den Großstädten und einer Zunahme des gesellschaftlichen Gewaltpotentials. Im Jahr 2000 gehörten noch 18 Prozent der Bevölkerung zur Unterschicht, also zu jenen, die weniger als 70 Prozent vom mittleren Einkommen zur Verfügung haben. 2009 waren es schon fast 22 Prozent. Auf der Sonnenseite des Lebens verhält es sich nun offensichtlich genau umgekehrt, wenn die Gruppe der Wohlhabenden, die mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens ausgeben können, dagegen von 16 auf 19 Prozent gewachsen ist.

Als ob diese schreiende Ungerechtigkeit, dass Tausende Personen von der Mittel- in die Unter- und Oberschicht wandern, nicht schon schlimm genug wäre, nimmt jetzt auch noch das Lohngefälle zu. Für die erodierende Mittelschicht werden Gründe wie Globalisierung und Technologisierung genannt. Mit zunehmender Spezialisierung der Arbeit stiegen die Hürden des gesellschaftlichen Aufstiegs. Last not least tragen auch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze dazu bei, dass die Langzeiterwerbslosen heutzutage nach einem Jahr fast zwangsläufig in die staatlich gelenkte Armut der Unterschicht abstürzen müssen. Zwar drifte in allen industrialisierten Staaten die Gesellschaft auseinander, aber die Geschwindigkeit, mit der die deutsche Mittelschicht wegbröckelt, habe bedenklich zugenommen. Niemand dürfe sich darüber wundern, dass schwindende Aufstiegschancen und eine immer schlechtere soziale Absicherung auf die Volksseele drückten und fast so viele Angestellte mit Hochschulabschluss um ihren Arbeitsplatz fürchteten wie Erwerbstätige ohne Berufsabschluss. Wer den gesellschaftlichen Abstieg fürchte, mache dafür gern eine andere Bevölkerungsgrup-

pe verantwortlich. Als Folge dessen könnten Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass wachsen.

Meine Güte, hier kommt kein Erdbeben, kein Tsunami, sondern eine hausgemachte Kapitalismuskrise auf uns zu! Es liegt an unserer Regierung und unseren Gewerkschaften, ob die Kluft sich weiter vergrößert oder nicht. Wenn die schwarz-gelbe Koalition ihr sogenanntes Sparpaket derart ungerecht gestaltet, dass sie den Wohngeld-Beziehern den Heizkostenzuschuss und den Hartz-IV-Beziehern Elterngeld sowie Rentenversicherungsbeiträge zu hundert Prozent wegnehmen will, statt sich an Bankster zu halten, die sich verspekuliert und diese Krise verbockt haben, dann hat sie sich zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entschieden! Bevor die Sozialleistungen angetastet werden dürften, müssten gefälligst eine gerechtere Erbschaftsteuer sowie eine neue Vermögensteuer geschaffen und ein höherer Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sowie eine Finanztransaktionsteuer bei den Reichen erhoben werden, um die benötigten Einnahmen zu verbessern! Wirklich schade, dass sich der DGB erst jetzt vernehmbar mit seinem Vorstandsmitglied Claus Matecki zu Wort meldet, dass ausgerechnet in dieser Situation diejenigen zur Kasse gebeten werden, die ohnehin besonders unter der Krise zu leiden haben.

2. Politikwissenschaftler Peter Grottian fordert die Schließung der Lebensmittel-„Tafeln“. Diese sollten sich nicht mehr als „sozialpolitische Instrumente“, die den „verfallenden Sozialstaat beblümen“, missbrauchen lassen, denn sie nützten vor allem den Politiker(inne)n, die „mit der einen Hand Sanktionen gegen Hartz-IV-Epfänger(innen) verhängen und gleichzeitig die Arbeit der ‚**Tafeln**‘ bejubeln“. Ich finde auch, dass den finanziell Armen auf diese Weise mehr geschadet wird und sich der Staat klammheimlich aus seiner Verantwortung und Fürsorgepflicht verabschiedet. Die „Tafel“-Bewegung schwappte 1993 aus Amerika über den „Großen Teich“. Binnen weniger Jahre wurde ein flächendeckendes System der Hilfe für Bedürftige aufgebaut, statt sich für eine Erhöhung der Regelsätze einzusetzen. Die verteilten Lebensmittel haben sich in der Regel nicht mehr im Laden verkaufen lassen, daher werden sie von Supermärkten, Discountern und Bäckereien in großen Mengen kostenlos entsorgt, äh, gespendet. In der überaus großen Nächstenliebe, mit der die Spenden, die häufig die Verfallsdaten übersprungen haben, vergeben werden, lassen sich dann einige Politiker groß feiern und suchen mit strahlendem Lächeln einen Platz neben Familienministerin Kristina Schröder, die die Schirmherrschaft dafür übernommen hat.

Die Sozialpädagogin Sabine Werth, die vor 17 Jahren die erste deutsche „Tafel“ in Berlin mitbegründete, wehrt sie sich gegen die Vorwürfe, die „Tafeln“ ließen sich instrumentalisieren und beförderten die Armut. Anfangs sei es zuerst gegen die Verschwendung von Lebensmitteln gegangen. Zunächst seien Obdachlose, dann erst „Arme“ versorgt worden. Sie seien keine „willfährigen Helfer des Sozialabbaus, sondern das schlechte Gewissen der Gesellschaft“. Ich unterstellende ihr durchaus wohlmeinende Absicht, aber meiner Meinung sieht sie nicht,

wozu sich ihre Bewegung eben doch instrumentalisieren lässt: Gäbe es die „Tafeln“ nicht, müssten noch mehr Menschen in Deutschland hungern, und vielleicht gingen dann mehr auf die Straße, um ihrer Wut darüber in diesem reichen Land Luft zu verschaffen! Es ist eines Sozialstaates nicht würdig, wenn finanziell arme Menschen bei Verteilungsstellen anstehen und um Essen betteln müssen, statt es sich selbstbestimmt in einem normalen Supermarkt einkaufen zu können!

3. Die Lebensmitteldiscounter sind die Gewinner der Kürzungen im Sozialbereich. Schließlich seien die Armen die besten Discounterkunden, sogar der Hartz-IV-Satz orientiere sich an Aldi-Preisen. Komisch, ich dachte, der sei gar nicht nachvollziehbar „errechnet“, sondern nach politischem Gutdünken „erwürfelt“, indem bei den Verbraucherstichproben des Statistischen Bundesamtes bei den einkommensmäßig unteren 20 Prozent der Bevölkerung immer noch der Wert für einen Pelzmantel abgezogen wird. Je weniger Geld die Leute zur Verfügung haben – und je mehr Menschen Angst haben abzusteigen –, desto sicherer kaufen sie bei Lidl, Aldi und Konsorten ein. Nach einer Erhebung kauft bereits die Hälfte der Haushalte in Deutschland 65 Prozent ihres Bedarfs bei Discountern und alimentiert damit ausgerechnet jene Unternehmen, die durch aggressive Geschäftspolitik ihren Angestellten, Zulieferern und Mitkonkurrenten gegenüber umgekehrt wieder Armut schaffen. Ein tolles System – aber wer kaum Geld im Portemonnaie hat, muss dort kaufen, wo es am billigsten ist.

Für die Marktforscher sind die **Discounter** wie so vieles andere „made in Germany“ und schreiben „deutsche Erfolgsgeschichte“. Nun werden sie sogar schon mit einer „Erfolgsformel“ geadelt, die da lautet: „niedrigster Preis mal größte Menge plus höchste Effizienz gleich optimale Wertschöpfung“. Damit sind sie wie Pilze aus dem Boden geschossen, verdrängten die Einzelhandelsgeschäfte und erwirtschaften heute 43 Prozent des Umsatzes im gesamten Lebensmittelbereich. Da nun ihre Zuwachszahlen nicht mehr so rasant steigen, haben die Discounter seit drei Jahren ein Problem, weil sie an ihre Grenzen gestoßen sind. Aldi, Lidl und Konsorten können sich nicht mal eben eine neue Zielgruppe aus den Rippen schneiden. Lebensmittel kaufen halt keine Lebensmittel! Ein weiterer Skandal ist wohl, dass es offenbar von der ganzen Gesellschaft akzeptiert und für normal befunden wird, wenn Verkäufer(innen) zu solch schlechter Bezahlung und prekär beschäftigt arbeiten müssen! Der Staat müsste die Unternehmen dazu zwingen können, diese ordentlich anzustellen und ebenso zu bezahlen. Unsere Gewerkschaften scheinen nicht zu wissen, für wen sie kämpfen sollen oder wie das geht!

4. Schwere Vorwürfe des Rechnungshofs gegen die Bundesagentur für Arbeit setzen deren Chef Frank-Jürgen Weise unter Druck. Die SPD forderte ihn letzte Woche auf, sein Amt ruhen zu lassen, bis die Vorgänge aufgeklärt seien. Dem Rechnungshof stoßen bis zu 200.000 Euro im Jahr für Behördenmitarbeiter auf. Offenbar wurde bei der Besetzung der Stellen gemauschelt, und die Zusammensetzung der Leistungskomponenten dieser **Gehälter** scheint schwer durchschau-

bar zu sein. Weder habe die Bundesagentur das zuständige Arbeitsministerium über die Gehälter informiert noch die Stellen ausgeschrieben. Agenturchef Weise versucht sich damit zu verteidigen, die Bezahlung sei „leistungsgerecht“ gewesen. Dabei war er sich nicht dafür zu schade, auf die „Reformerfolge“ der Bundesagentur für Arbeit hinzuweisen und auf die „Änderungen im Führungsverhalten“, die durch erfolgsabhängige Bezahlung gefördert würden. Auch das habe dabei mitgeholfen, die Wirtschaftskrise zu meistern.

Welchen Film guckt der denn? Ist er gerade bei der Würfelmeisterschaft, beim Kennenlernen der verschiedenen Rosarottöne, die zum Aufhübschen von Statistiken nötig sind oder etwa beim Erlernen besonderer Grausamkeiten in der täglichen Verfolgungsbetreuung? Weise stellt die Bundesagentur gern als ein Unternehmen dar, obwohl es sich hierbei in Wirklichkeit um eine Sozialbehörde handelt! Die Sprache der Marktwirtschaft ist hier ein Euphemismus. Das Gleiche gilt für die kühne Behauptung Angela Merkels, wenn sie davon fantasiert, die Arbeit in den Jobcentern „zielgenauer“ und „effizienter“ zu machen, obwohl es lediglich um das Wegkürzen von Milliarden geht. Den Rotstift wird sie mit Lesebrille sicher punktgenau bei den Ärmsten der Armen ansetzen. Ich kann nur darüber spekulieren, wie scheinbar in jeder Behörde die oberen Positionen nebulös verschleiert vergeben und unfassbare Selbstbedienungsgehälter von einer Hand mit „Vitamin B“ in die andere geschoben werden. Sie scheinen bei ihrer Umverteilung von unten nach oben wunderbar zu kooperieren.

5. Hartz-IV-Kochbücher werfen ein Blitzlicht auf einen bizarren Armen-Messianismus. Werden in anderen Ländern auch Kochbücher zu einer derart umwälzenden Sozialgesetzgebung geschrieben, die dazu nach einem rechtskräftig verurteilten Straftäter benannt wurde? Merkwürdig, wenn sich wohlanständige Bürger dazu berufen fühlen, den vermeintlich unwissenden Armen zu erklären, wie schmack- und nahrhaft es sich mit ein paar Euro am Tag kochen und essen lässt. „Schmackhaft kochen mit Hartz IV“ nennt sich ein hochstapelndes Produkt, das für 8,90 Euro eine unglaublich banale Aufzählung von Küchengeräten, Kräutern oder Suppen bietet und dazwischen ein paar Gerichte mit Geflügelleber oder Waldpilzen einstreut. Im Vorwort erklärt der Autor, dass dies kein Kochbuch für den verwöhnten Gaumen sei, weil sich ein Hartz-IV-Bezieher Trüffel nicht leisten könne. Warum sich in seinen Aufzählungen dabei jedoch immer um ein sehr teures Meersalz findet, wo ein Kilogramm 100 Euro kosten, das bleibt sein Geheimnis.

Ähnliches ist in der Öl-Rubrik zu lesen. In der Broschüre mit dem vollmundigen Titel „Glücklich und satt für zwei Euro am Tag“ legt die Autorin Wert darauf, „sich und seinen Lieben auch bei kleinem Budget großes Essvergnügen zu gönnen“, was schon für diesen Kleinstbetrag möglich sein soll. Mit morgens zwei Scheiben Toastbrot, mittags zwei Eiern mit Kartoffelbrei, abends einer Scheibe „Schwarzbrot, dünn“ mit Leberwurst lassen sich auf Dauer wohl kaum Kinder, Heranwachsende oder Erwachsene ernähren, geschweige denn satt und glücklich machen. Ist die Bemerkung, dass die Broschüre mit ihren Rezepten ausdrücklich

keinen Anspruch darauf erhebt, „kulinarisch besonders erwähnenswert oder ernährungswissenschaftlich besonders ausgewogen zu sein“, als eine Art Rückversicherung gegenüber möglichen Schadensansprüchen zu verstehen?

„Hartz IV in aller Munde“ nennt sich etwas keck ein Vollwert-Kochbuch, das der Frage nachgehen will, wie es sich 31 Tage lang von dem in Hartz IV vorgesehenen Anteil in Höhe von 132 Euro wirklich vollwertig-biologisch ernähren lässt. Dies soll angeblich möglich sein. Beim Birnenfrühstück oder Rotkohlauflauf mit Haferkartoffelkruste ist auch hier Schmalhans Küchenmeister. Mit einer Hauptmahlzeit aus Endiviensalat, Möhren und Rotkohl lässt es sich zwar ganz wunderbar abnehmen, ist aber irgendwann nur noch Haut und Knochen. Unerträglich auch hier jene unbedarfte Beflissenheit, sich messianisch der Welt der Armut in einem „Versuch“ für ein paar Tage zu nähern. Für eine Diät ist das vielleicht ganz gut zu gebrauchen, aber nicht für den Rest des Vegetierens in der womöglich lebenslänglichen Langzeiterwerbslosigkeit. Wie nett, ja allerliebst, wenn einem kurz von Menschen mit normal gefülltem Geldbeutel erzählt wird, wie es sich dauerhaft von so einem unglaublichen Zuwenig leben lassen soll! Leben ist das nicht, nur nacktes Überleben. Wie gesagt, es handelt sich hier um die offenbar in den Büchern nie wirklich realisierte Lebenswirklichkeit, die nicht mal eben nach Cent und Gramm berechnet werden kann! Wenn genügend Geld da ist, damit es zum wirklichen Leben reicht, dann erübrigen sich meiner Meinung solche ominösen Kochbücher ganz von allein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Albtraum Unfall

Soltau, 13. Mai 2010. Liebe Freunde und Freundinnen, einige haben ja von mir mitbekommen, dass mein Fußgelenkknochen gebrochen ist. Zurzeit befinde ich mich in der Reha-Einrichtung in Soltau. Am 18. Mai ist der Entlassungstermin. Nun stellt sich das Problem dar, dass ich mit meinen Fuß nicht in der Lage bin, die Treppen hoch und runter zu laufen. Ich wohne im ersten Stock und benötige laut Gespräch mit meiner Ärztin eine ebenerdige Wohnung ohne Treppen sowie eine Haushaltshilfe. Doch wer kein Geld hat, steht schlecht da. So wäre die Stadt Bremen doch verpflichtet, die Wege zu streuen, oder, wenn das nicht möglich ist, Warnschilder aufzustellen, die auf die Gefahr von Glatteis hinweisen. Bei meinem Sturz im Winter war das nicht gegeben! Jeder Hausbesitzer würde verklagt, wenn er nicht der Streupflicht nachkäme, doch

die Stadt Bremen stiehlt sich aus der Verantwortung und behauptet, um 12:45 Uhr sei das letzte Mal gestreut worden an jenem 5. Januar. Als ich um 15 Uhr in der Innenstadt unterwegs war, da war von alledem nichts mehr vorhanden, nur habe ich leider keine Zeugen, die das bestätigen können. Die Stadt Bremen muss mir nicht mal Schmerzensgeld zahlen und für die Folgekosten aufkommen. Dafür ist die dem kapitalistischen System, das die Menschen immer noch ausbeutet, innewohnende Profitgier auf raffinierte Weise verantwortlich. So will ich auch nicht sagen, dass ein Hume'scher Sozialismus perfekt ist. Dass Menschen auf Glatteis ausrutschen, könnte da aus anderen Motiven geschehen, die nicht aus der Gier nach Profit entstehen, da nur Reiche sich einen armen, verschuldeten Staat leisten können. Wer reich ist, zahlt fast oder gar keine Steuern. Ein Hume'scher Sozialismus lässt aber keine vorzeitigen Entlassungen aus Krankenhäusern zu, wie es durch die Fallpauschale geschieht.

Befinden sich Menschen in der Reha, durchlaufen sie in drei Wochen ein Stressprogramm, das bei Kuren sonst innerhalb von sechs Wochen durchlaufen wird. Nur Menschen, die es aus gesundheitlichen Aspekten dringend nötig haben, können länger als sechs Wochen dort verbleiben. Die Reha dient dazu, dass Menschen gesund ins Alltagsleben entlassen werden können. Ist dies nicht möglich und bleiben gesundheitliche Dauerschäden zurück, gehört den Menschen dabei geholfen, dass sie nach dem Verlassen der Reha gut im Alltagsleben zurechtkommen. Bis dies gewährleistet ist, verblieben sie besser noch in der Reha, und es würde versucht, die Krankheitssymptome abzumildern durch gezielte Therapiemaßnahmen. Die Menschen würden vom Sozialdienst unterstützt, eine behindertengerechte Wohnung zu finden. Der Umzug würde organisiert. Kehrten sie in die neue Wohnung zurück, erhielten sie die nötige Hilfe durch fachliches Personal. Es entsteht in einem kapitalistischen System, das den Menschen als Kostenfaktor einstuft, eine Versorgungslücke, die ihre Wurzel in der Gier nach Profit hat. Durch die Kopfpauschale werden die Arbeitgeberanteile eingefroren: Die Reichen müssen zehn Prozent weniger zahlen, die Armen zehn Prozent mehr. Was wir benötigen, ist eine Einheitsbürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Beamte, Wohlhabende und Reiche, und die der Profitgier von Konzerne und Pharmaindustrie Einhalt gebietet. Die Stadt Bremen als ausführendes Organ des kapitalistischen Ausbeutungssystems hat das Leben von vielen Menschen, die Opfer des Glatteises waren, auf kurze oder längere Zeit oder bis ans Lebensende zerstört.

So kann ich mit einen Fuß, der andauernd anschwillt, nicht mehr fünf- oder sechsmal umsteigen und, mit einen Wochenendticket für 35 Euro, mit viel Gepäck nach Mannheim fahren, denn das Geld für „Bahncard“ und durchgehenden ICE besitze ich nicht. Meine Freundinnen und Freunde und die Stadt, in der ich geboren war, kann ich nicht mehr besuchen. Meine Wohnung wird zum Gefängnis in ersten Stock. Ich kann keine Treppen mehr hoch- und runtersteigen und muss in eine behindertengerechte Wohnung ziehen. „Was wir uns zu erkämpfen haben, ist eine Hume'sche sozialistische Gesellschaft“, schreibt Lenin. Wie ging der erste „Arbeiter- und Bauern-Staat“ mit den Kindern der Reichen um? Und wie gehen

die Reichen mit den armen Kindern um? Sie verursachen es, dass dank Hartz IV die Kinder hungrig und ungesund in Kindergärten und Schulen kommen. Qualifizierte Bildung ist, mit ein paar Ausnahmen, nur noch für eine kleine Elite von reichen Kindern da. Dieses ungerechte System verursacht es, dass Kinder durch ihre Lebensverhältnisse krank werden. Alle, die für eine gerechte Aufteilung des Reichtums eintreten, sind aufgerufen, einen Hume'schen Sozialismus zu erkämpfen und Gesinnungsgenoss(inn)en dafür zu gewinnen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Gauck tischt uns die alten Lügen auf

Horst Köhler sagte über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr die Wahrheit: Er gab zu, dass Berlin den Krieg im Interesse der Wirtschaft führt. Vielleicht drängte ihn deshalb eben diese „Wirtschaft" zum Rücktritt. Sein eventueller Nachfolger Joachim „Fantômas" Gauck stellte jetzt prompt die alte „Wahrheit" wieder her! In einem Interview des „Tagesspiegel" erklärte er dieser Tage, die Bundeswehr führe den Kampf im Namen der Vereinten Nationen gegen den „internationalen Terrorismus". Er fügte hinzu, dass sie den Kampf auch deshalb führe, damit die Menschen dort „in Sicherheit und Würde" leben könnten. Wirtschaftliche Erfolge bringe dies nicht. Also tischt auch er uns die alten Lügengeschichten auf. Von präsidialer Überparteilichkeit nicht die leiseste Spur!

Für die Montagsdemo hat Gauck – im Gegensatz zu Köhlers Bremer Äußerungen – nur eiskalte Verachtung übrig: Wie das Bundestagsmitglied der „Linken", Andrej Hunko, auf seiner Internetseite berichtet, verunglimpft Gauck uns Montagsdemontrant(inn)en als „töricht und geschichtsvergessen!" Er unterstütze Schröders Agendapolitik von Anfang an und wünscht sich auch heute wieder „solche Versuche mit Mut". Das war unmissverständlich, und diesen Wunsch hat ihm die jetzige Bundesregierung mehr als erfüllt! Um am Wahltag in der Bundesversammlung seinen Rivalen Wulff zu übertrumpfen, hat er gleich klar gesagt, wes Ungeistes Kind er ist. Ganz gleich, wer Bundespräsident wird – auf jeden Fall wissen wir, woran wir sind!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Nichtmitglieder müssen Einfluss aufs Programm der „Linken“ haben!

1. Für meinen Antrag zur Beteiligung der Initiative Bremer Montagsdemo an meinen Kampf gegen die BSAG zur Umstellung des „Stadttickets“ auf Übertragbarkeit erhielt ich 13 Jastimmen und drei Enthaltungen. Gegenstimmen gab es nicht. Damit ist die Initiative Bremer Montagsdemo offizieller Teilnehmer an diesem Kampf.

2. Heute erhielt ich ein Schreiben der Bagis mit der Aufforderung zur Einreichung des unterschriebenen Eingliederungsvertrages. Ich teilte dem Arbeitsvermittler gleich mit, dass ich die Angebote zwar recht nett und gut finde, diesen Vertrag jedoch aufgrund des Rechtsbelehrungshinweises unter keinen Umständen unterzeichnen werde. Kurz darauf rief mich der „Schreiber“ an, um diese Angelegenheit mit mir zu besprechen. Er ging auch gleich auf meine Weigerung ein und besänftigte mich, ich müsse das auch gar nicht unterschreiben. Es sei ein Standardschreiben, auf das er keinen Einfluss habe. Ich könne mit ihm zusammen auch einen Vertrag machen, der auf meine persönlichen Bedürfnisse zugeschneidert sei. Er würdigte selbst meinen Einwand, ich wolle auch keine Arbeit annehmen, in der ich zwar bis maximal 3.000 Euro verdiene, um dann aber die Hälfte wieder für Steuern und Sozialabgaben zahlen zu müssen, sodass ich gar nicht einmal weiß, für wen ich überhaupt arbeite. Daraufhin schlug er mir ein Existenzgründerseminar vor.

All dies heißt also: Gib nichts auf den Inhalt des Schreibens, sondern mach einen Termin, geh persönlich hin, am besten mit einer Begleitperson – das kann ein Bekannter, Freund oder offizieller Berater sein – und besprich alles. Mach sehr deutlich klar, was du willst oder lass dich beraten. Lass dir nichts gefallen, was du nicht willst. Laut Artikel 12 Absatz 1 Grundgesetz gilt: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Absatz 3: „Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“ Laut Artikel 1 der Verfassung ist die Würde des Menschen unantastbar! Was kann unwürdiger sein, als mit zu wenig Geld in einem kapitalistischen Land wie dem unseren zu leben, wenn die Bagis, aus welchen Gründen auch auch immer, sanktionierend den Regelsatz kürzt – dessen Festsetzung laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für grundgesetzwidrig erklärt wurde?

3. Ich las einen Aufsatz, in dem erklärt wird, was der Bundespräsident in Deutschland für Aufgaben hat. Diese sind recht überschaubar für das Gehalt, das man in diesem Amt bezieht: immerhin 200.000 Euro jährlich (37.500 Euro monatlich). Dafür muss ein Gelehrter recht lange arbeiten, um so viel zusammen zu kriegen!

Und dann spricht man immer von „notwendigen Einsparungen“ im Sozialbereich, das kann ja wohl nicht wahr sein. Spart man am besten dort, wo kaum noch etwas ist – oder dort, wo sich am schwersten gewehrt werden kann? Will man die schwächsten Bürger ausbluten lassen oder gar erreichen, dass es bald nur noch solche gibt, die reich sind, und solche, die für sie knechten müssen?

4. Meine Herausforderung an die Linkspartei, stellvertretend an den anwesenden Jost Beilken gerichtet, lautet: Wann fängt „Die Linke“ einmal an – wie auch immer dies technisch gelöst wird –, dem Volk und den Wählern die Möglichkeit zu bieten, sich einzutragen, ohne gleich Mitglied werden zu müssen, damit das Parteiprogramm nach dem bestimmt wird, was die Wähler, also nicht nur die Mitglieder, wollen? Ich fordere „Die Linke“ heraus, wer in diesen Punkt stärker wird und am meisten Teilnehmer oder Unterstützer in allen Sachthemen zur Mitabstimmung findet! Eine Kooperation wird unter Wählerbestimmung angestrebt.

Pete Ording (parteilos oder -gründend)

Warum wir nicht zu Kundgebungen und Massenveranstaltungen gehen? Vielleicht weil es an der Zeit ist, den passiven Widerstand zu beenden und einen Aufstand mit Feuer und Blut zu wagen. Aber bevor es so weit ist, müssen noch viele Empfänger sanktioniert werden, so fürchten wir.

Zuschrift von Joscha Meyer

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

284. Bremer Montagsdemo am 28. 06. 2010

Stressabbau mit „positiven Gedanken“?

Am 14. Mai 2010 konnte ich in der Reha-Klinik in Soltau einem Vortrag über Stressabbau beiwohnen. So ist die neoliberale Erklärung von Stressabbau abzulehnen, da sie einem Menschenbild entspricht, nach dem der Mensch einen Rohling darstellt, der wie eine Rohstoffquelle auszubeuten ist. Er soll angepasst sein an die Ausbeutungsverhältnisse des Kapitals, flexibel und individualistisch in Sinne des Marktes. Das neoliberale Modell fordert, dass mensch nicht mit berechtigter Abwehrhaltung auf zusätzlichen Stress durch Arbeitszeitintensivierung reagiert. Nein, er soll sich „positive Gedanken“ machen! „Die zusätzliche Mehrarbeit ist von mir zu schaffen“: Das sind solche „positiven Gedanken“ im Sinne des Kapitalismus, der durch die Profitgier den Menschen immer noch mehr Arbeit aufhalsen will. Dies ist negativ für die davon betroffenen Beschäftigten, es wirkt sich negativ auf ihre Lebensqualität aus!

Hier ist zu unterscheiden zwischen negativer und positiver Wut. Letztere vermag sich in sinnvolle und konkrete Handlungsperspektiven umzuwandeln, die so aussehen könnten, dass sich Beschäftigte und Erwerblose zusammenschließen und einen Streik organisieren, der für die Humanisierung menschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen eintritt. für weniger Arbeit, die in einer Stunde zu leisten ist, für mehr Einstellungen durch Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Es stellt sich die Frage, ob nicht ein Generalstreik das richtige Mittel ist, um diese Ziele zu erreichen. Sie kann eindeutig mit ja beantwortet werden!

Negativer Stress sieht so aus: „Ja, wir müssen jetzt unbedingt mehr arbeiten als zuvor, sonst droht Arbeitsplatzverlust und Armut.“ Das sind für die kapitalistische Seite „positive Gedanken“, sie dienen ihr dazu, die Lohnabhängigen noch mehr auszubeuten. Dies verursacht noch mehr Erwerbslosigkeit und dass Menschen durch Hartz IV in Armut leben müssen. Die Profite werden auf Kosten der Allgemeinheit gesteigert, auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten und al-

ler derjenigen, die mit Hartz IV in unwürdige Zwangsarbeitsverhältnisse gesperrt werden. Negativer Stress bedeutet, dass ein Mensch Angst hat, bei der Montagsdemo eine Rede zu halten, um seine Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, die durch ein ausbeuterische, profitorientierte kapitalistische Gesellschaft verursacht sind. Wir können nur die Menschen ermutigen, hier zu sagen, was Sache ist, unter dem Motto Rosa Luxemburgs „Wie Lassalle erkannte, ist die revolutionärste Tat, das laut zu sagen, was ist“.

Negativen Stress verursachen die Hartz-Gesetze, indem sie Menschen in einen „offenen Strafvollzug“ führen, wie Götz Werner richtig erkannte. Nur kann ich dem, was der DM-Chef sonst politisch vertritt, nicht beistimmen. Überwinden wir die negativen Ängste die uns durch einen neoliberalen, globalen Kapitalismus eingetrichtert werden. Dieser ist kein Naturereignis. Er ist von Menschenhand verursacht, durch eine kleine Elite von Reichen. Nur internationale Solidarität kann ihn in seine Schranken weisen. Dabei darf nie das Ziel aus den Augen verloren gehen, dass er überwunden gehört, dass wir für eine ökologische, sozialistische Welt streiten und kämpfen, in der Frieden erst möglich wird. „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann!“ Lassen wir es nicht so weit kommen. Verhindern wir, dass wir in der Barbarei des Kapitalismus untergehen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Bagis-Kundin aufgefordert, den Schleier zu entfernen

Gestern war ich als Begleitung mit bei der Bagis an der Pfalzburger Straße. Dort gab es üppige zwölf Sitzgelegenheiten, wenn ich mich nicht verzählt habe, und in der Schlange vor dem „Schnellschalter“ brauchten wir „nur“ eine gute halbe Stunde zu stehen. Der Sicherheitsmann verteilte Yoghurt-Schokolade an die Kinder. Dann wedelte er des Öfteren in meine Richtung, vielleicht brauchte er Frischluft.

Endlich am Schalter angelangt und „an der Reihe“, konnte ich mich kaum abstützen. Der Schalter ist nämlich nicht für mich kleine Frau (circa 1,70 m) gemacht, sondern einfach zu hoch. Doch ich war ja Begleitung. Die Kundin, die ich begleitet habe, kam kaum mit dem Kinn bis zur Oberkante des Schalters. Ein Ventilator lief. Die Frau hinter dem Schalter oder Tresen sprach sehr leise. Sie fuhr die Kundin recht „rüde“ an, den Schleier von ihrem Gesicht zu entfernen, weil sie sonst nicht zu verstehen sei.

Die Kundin folgte wutschnaubend der Aufforderung. Nach längeren Verhandlungen und Belehrungen erhielt sie Eingangsstempel auf ihre Widersprüche beziehungsweise auf das Original, das dort blieb. Davon wurden ihr Kopien ausge-

händigt. Die Aufforderung, den Schleier vor dem Gesicht zu entfernen, hat sie als demütigend empfunden. Mit ihrem Einverständnis schreibe ich diese Mail jetzt an die Montagsdemo. Gibt es in Deutschland oder im Bundesland Bremen bereits ein Schleierverbot? Mit entsetzten Grüßen.

Zuschrift von Regina (parteilos)

USA und Israel planen Angriffskrieg gegen Iran

Verdeckt durch die Fußball-WM scheint sich gegenwärtig im Mittleren Osten eine hochbrisante Entwicklung abzuzeichnen. Wie die Online-Zeitung „Hintergrund“ am 28. Juni 2010 berichtete, hat die israelische Luftwaffe auf einem saudiarabischen Militärstützpunkt militärische Ausrüstung abgeladen. Dies allein ist noch nicht besonders aufregend, wäre da nicht die US-Armee, die parallel dazu ihre Truppen in Aserbeidschan an der Grenze zum Iran zusammengezogen hat. Außerdem passierte gleichzeitig ein ungewöhnlich starker amerikanischer Flottenkonvoi den Suez-Kanal. Dies hätten israelische und iranische Medien bereits in der vergangenen Woche gemeldet. Ein israelisches Schiff habe sich der Armada angeschlossen.

Die israelische Luftwaffe sei vor mehr als zwei Wochen auf einem Stützpunkt bei Tabuk in Saudi-Arabien gelandet. Der Flughafen von Tabuk wurde nach Aussage eines Flugpassagiers ohne Angabe von Gründen für den gesamten Zivilflugverkehr gesperrt. Der höchste örtliche Machthaber, Prinz Fahd ben Sultan, habe die Zusammenarbeit mit Israel höchstpersönlich koordiniert. Die Basis wird als zentraler Ausgangspunkt für einen israelischen Angriff auf den Iran angesehen. Das israelische Portal „Debka“ will herausgefunden haben, dass der Iran inzwischen an seiner Nordwestgrenze den Kriegszustand ausgerufen hat. Dies hätte eine elektronische Aufklärung durch Israel und die USA ergeben.

Begründet werden die kriegerischen Aufmärsche mit einer erhöhten Aktivität in Sachen „iranisches Atomwaffenprogramm“. Bewiesen ist das allerdings bis heute nicht. Wir erinnern uns: George W. Bush begann 2003 den Krieg gegen den Irak, weil Saddam Hussein angeblich mit großen Mengen an Massenvernichtungswaffen die USA bedroht habe. Wie sich herausstellte, war dies eine faustdicke Lüge, denn es ging bekanntlich ausschließlich ums Öl!

Auch heute ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass es den USA und Israel in Wahrheit um ergiebige Rohstoffvorräte und geostrategische Interessen, nicht um vermeintliche oder tatsächliche iranische Atomprogramme geht. Da ist natürlich der Teheraner Machthaber Ahmadinedschad der ideale Bösewicht, dessen brutale Herrschaft es auf jeden Fall pfleglich zu erhalten gilt! Wenn es gewollt gewesen wäre, hätten sie ihn längst mittels Geheimdienstaktivitäten stürzen können, aber als Buhmann wird er ja weiterhin gebraucht!

Bereits am 5. Februar hatte „Welt online“ auf übelste Weise zum Krieg gehetzt! Danach müsse Barack Obama den Befehl geben, die iranischen Atomwaffen zu zerstören. Die Zeit zum Handeln sei jetzt reif, oder die Welt werde ein weit gefährlicherer Ort. Dies wird er allerdings auf jeden Fall, wenn die USA und Israel ihren geplanten Angriffskrieg beginnen, mit verheerenden Folgen für die ganze Welt!

Was kann die Friedensbewegung jetzt tun? Eine Möglichkeit wäre, Appelle über Konsulate und Botschaften an die Regierungen der USA und Israels mit der Aufforderung zu richten, die Kriegsvorbereitungen sofort zu stoppen. Die Bundesregierung ist aufzufordern, die Regierungen in Washington und Tel Aviv umgehend und mit Nachdruck zum Frieden zu drängen!

Eine Anmerkung zur Quelle: Der Selbrund-Verlag, in dem die Publikation „ Hintergrund“ erscheint, gilt manchen Zeitgenossen wegen seiner Standortnähe zum Frankfurter Bankenviertel als vom Kapital unterwandert. Zudem wird aus diesen Kreisen gemutmaßt, dass es gewisse Querverbindungen zu rechtsextremen Zirkeln gebe, weil im Verlag auch ein gewisser Jürgen Elsässer publiziert hat. Dies alles ist mir schlichtweg zu dünn und nicht beweiskräftig genug! Ich sehe daher keinerlei Veranlassung, an der Seriosität und Glaubwürdigkeit von „Hintergrund“ zu zweifeln.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Der Geduldsfaden reißt

In Schleswig-Holstein gibt es in den letzten Wochen fast täglich Proteste gegen die Kürzungs- und Umverteilungspolitik. Die schwarz-gelbe Regierung in Kiel hat den Versuch gestartet, die Lasten der Krise massiv auf die Bevölkerung abzuwälzen. Was gestern gegen das griechische Volk vorexerziert wurde, soll jetzt hier stattfinden. Damit bringen sie viele Menschen gegen sich auf:

- Anfang Juni traten 3.500 Lehrerinnen und Lehrer in den Streik, um eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit zu verhindern und Neueinstellungen durchzusetzen. Sie ließen sich auch von massiven Drohungen durch Kultusminister Klug (FDP) nicht einschüchtern. Auf einem Plakat war zu lesen: „Auch die Sklaven durften nicht streiken“. Andere Lehrer nahmen mit Schildern wie „Klug macht dumm“ den Kultusminister aufs Korn.

- Vor zwei Wochen demonstrierten Menschen gegen die unverschämte Halbierung des Blindengelds. In Zukunft sollen blinde Menschen nur noch 200 Euro pro Monat bekommen statt 400 wie bisher.
- Letzten Montag gingen in Lübeck mehr als 1.000 Klinikangestellte und Studenten auf die Straße gegen die Pläne der Landesregierung, das Uni-Klinikum auf die Privatisierung vorzubereiten und in Zukunft keine Mediziner mehr auszubilden.
- Am 17. Juni 2010 erlebte Kiel die größte Demonstration seit Jahrzehnten. 14.000 Schleswig-Holsteiner folgten dem Aufruf, in Kiel gegen die verheerenden Einsparpläne in der Bildung und dem daraus resultierenden Schaden zu demonstrieren.

Der Geduldsfaden beginnt zu reißen. Die Propaganda aller Regierungen in Europa, es gebe keine Alternative zum Sparen, erzielt nicht die erhoffte Wirkung. Die Menschen haben nicht vergessen, dass die Milliardenschulden der letzten zwei Jahre zur Rettung der Banken und Konzerne gemacht wurden und dass es dazu keine Zustimmung der Bevölkerung gegeben hat. Hinzu kommt, dass die kleinen Feigenblätter – wie die geplante Steuerabgabe der Energiekonzerne – nicht vertuschen können, dass es sich um eine massive Umverteilung auf Kosten der breiten Mehrheit der Bevölkerung handelt.

Die Regierungen in Berlin und Kiel sind angezählt. Seit der Bundestagswahl haben CDU und FDP 13 Prozent ihrer Stimmen verloren. Die FDP würde inzwischen aus dem Bundestag fliegen. Eine Krisensitzung jagt die nächste. Führende Repräsentanten wie Koch und Köhler verlassen das sinkende Schiff. Es wird Zeit, dass Merkel und Konsorten ganz in die Knie gehen. Diese Regierung muss weg!

Harald Braun

Lindnerung gesucht: Pittiplatsch-Partei nur noch bei vier Prozent *(„Spiegel-Online“)*

“Yes we can” heißt nicht „Wir sind das Volk“: Gleichsetzung einer Parole von oben mit einer von unten ist verlogene Gauckelei *(„Spiegel-Online“)*

Wellen der Empörung: Wir Deutschen sollten Menschen ausländischer Herkunft nicht als Arbeitsmaterial betrachten, das man selektieren darf *(„Bild“)*

Wegweisendes Urteil: Wer Beschäftigten weniger als den verbindlich festgelegten Mindestlohn zahlt, macht sich strafbar *(„Spiegel-Online“)*

Hartz-IV-Bezieher sind datenschutzrechtlich Menschen zweiter Klasse

1. Ein inzwischen volljähriger Schüler nahm 2009 an einem von Kultusministerkonferenz und Goethe-Institut geförderten Austauschprogramm mit einer High School in Arizona teil. Hierfür wurde er wegen seiner guten schulischen Leistungen und wegen seines sozialen Engagements als einer von 16 Schülern seiner Jahrgangsstufe ausgewählt. Den Eigenanteil an den Kosten von 1.650 Euro für den Besuch der High School und eine einwöchige Studien-Rundreise hatten Bekannte des Vaters vorfinanziert. Die zuständige Arge war nicht bereit gewesen, die Kosten dafür zu übernehmen.

Nun entschied das Landessozialgericht Baden-Württemberg in Stuttgart, dass Schüler aus Hartz-IV-Familien keinen Anspruch auf Kostenübernahme für einen **Schüleraustausch** haben, an dem nur wenige ausgesuchte Schüler teilnehmen. (Aktenzeichen L 13 AS 678/10) In meinen Augen ist dies ein zutiefst unsoziales Urteil, das überdeutlich aufzeigt, dass es sich als Kind arbeitsloser oder aufstockender Eltern leider nicht so auszahlt, gute schulische Leistungen zu erbringen oder sich sozial zu engagieren, denn die soziale Ausgrenzung soll augenscheinlich unter allen Umständen erhalten bleiben! Bei der Forderung nach Chancengleichheit oder soziokultureller Teilhabe an der Gesellschaft auch für arme Kinder aus der Unterschicht scheint es sich um reines Blabla zu handeln, denn die Realität bezeugt das genaue Gegenteil. Widerspricht dieses Urteil nicht dem letzten Bundesverfassungsgerichtsurteil? Oder eher doch nicht, weil es ja so viele Schüler nicht betrifft?

Mit dieser meiner Meinung nach unsinnigen, unsozialen und neoliberalen Begründung des Gerichts werden die Lebenschancen eines Schülers beschnitten! Sie könnte als Beweis dafür aufgeführt werden, dass ein Entkommen aus der Unterschicht politisch nicht gewollt ist, weil das Urteil entgegengesetzt zur ewig dahingetröteten Parole „Gleiche Chancen und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle“ steht. Wenn ich oder mein Kind betroffen wäre, würde ich weiterklagen, eben weil es ein Einzelfall ist! Es müsste doch im öffentlichen Interesse stehen, wenn durch das Erlernen eines flüssigeren Umgangs mit einer Fremdsprache die spätere Aussicht auf einen Arbeitsplatz erheblich stiege und somit die immer wieder beklagten Folgekosten eingedämmt würden. Die Vertiefung von möglichen psychischen Schäden durch permanente Ausgrenzung trotz schulischem Erfolg ist bestimmt auch nicht zu unterschätzen!

2. Laut einer Meldung der Gazette mit den vier Großbuchstaben forderte Friedrich Merz auf einer Podiumsdiskussion vollkommen ungeniert einen „**Arbeitsdienst** für Hartz-IV-Bezieher“. Er sagte, wenn sich jemand in New York arbeitslos melde, werde er sofort ärztlich untersucht. Wer nicht krank sei, werde gleich in den Einsatz geschickt. Jedes bis mittags gemeldete Graffiti solle am Abend entfernt sein. Wie verkommen sähen unsere Städte aus! Da gebe es ein großes Einsatzfeld. – Wenn sich hier tatsächlich ein solch enormes Betätigungsfeld anbietet, erwarte ich, dass Großaufträge an anständig bezahlende Maler- und Säuberungsfirmen erteilt werden und nicht irgendwelche Träger, die staatliche Förderung in eigene Spitzenpositionen fließen lassen, die frisch arbeitslos gewordenen Menschen für einen Apfel und ein Ei drangsalieren und ausbeuten! Als ob das nicht schon genug sei, möchte Merz anscheinend eine Debatte darüber entfachen, ob Sozialleistungen nicht nur auf Zeit bezogen werden können. Dies „begründete“ er damit, dass der Bundeshaushalt nicht mehr ausreiche, um Transferleistungen und Kreditzinsen zu zahlen.

Muss Friedrich Merz nun auch ins gleiche Horn blasen wie dieser emeritierte Bremer Professor Gunnar Heinsohn und seine Konsorten, die finanziell arme Menschen am liebsten auf die Straße abgeschoben sähen, ohne Erlaubnis, Nachwuchs erzeugen zu dürfen? Dann will er auch noch, dass Schulen, Kitas und Universitäten privatisiert werden und Eltern und Ehemalige entsprechend einzahlen, wenn sie die Qualität sichern und erhalten wollen. Eltern, die nicht zahlen können, sollen anscheinend unten durch fallen, sodass die Armut manifestiert und an die nächste Generation weitergereicht wird. Hier haben nur sehr wenige Menschen solche Gehälter, die es ihnen erlauben, die schulische Ausbildung ihrer Kinder selbst zu finanzieren! Aus der Sicht des Topmanagers Merz, der bestimmt über ein opulentes Jahresgehalt verfügt, das unsere Vorstellungen bei Weitem übersteigt, lässt es sich wunderbar leicht und mit zweierlei Maß fordern, Menschen zum Arbeitsdienst zu verdonnern! Ich komme nicht umhin, gewisse Ähnlichkeiten und Parallelen zu anderen Forderungen nach einem Arbeitsdienst und dem damaligen Reichsarbeitsdienst zu sehen.

3. Letzte Woche stand in Bremen der Amtsvormund des kleinen **Kevin** vor Gericht. Kevin wurde im Oktober 2006 im Kühlschrank seines Ziehvaters gefunden, der bis dahin noch als sein leiblicher Vater galt. Die Staatsanwaltschaft ermittelte nach dem Tod des Zweijährigen gegen die gesamte Spitze des Bremer Amtes für Soziale Dienste und versuchte herauszufinden, wer dafür verantwortlich sein könne, dass die Hinweise auf eine Gefährdung des Kindes systematisch übersehen wurden. Obwohl sich fast ein Dutzend Fachleute um das Kind und seinen drogenabhängigen Ziehvater kümmerten, wurden fast alle Verfahren eingestellt. Übrig blieb nun ein Strafverfahren gegen den Amtsvormund wegen fahrlässiger Tötung. Die Richterin sagte, dass ein Vormund doch so etwas wie ein Ersatz-Vater sei, und fragte, wieso der Vormund sein „Mündel“ nicht regelmäßig besuchte und die 600 Seiten dicke Akte des Amtes für Soziale Dienste über das Kind und den

Ziehvater las, in der Hinweise auf Gewalttätigkeiten standen. Wie konnte er im April 2006 dem Familiengericht schreiben, dem Kind gehe es gut, es besuche eine Kindertagesgruppe, und es gebe eine „enge Kontrolle“ durch den verantwortlichen Fallmanager?

Offenbar lag hier ein klarer Fall von Vormundversagen vor, das jedoch gewollt war, weil der Amtsvormund, angeblich aus Datenschutzgründen, die Akte des Sozialamtes nicht einsehen durfte, die vom Fallmanager geführt wurde. Wenn ein Amtsvormund für 250 Mündel zuständig ist, sollte es offensichtlich keinen persönlichen Kontakt zwischen Amtsvormund und Mündel geben. Selbst als Jens Böhrnsen im Frühjahr einen Bericht über den kleinen Kevin forderte, schien Entwarnung nach oben gemeldet werden zu sollen. Nach dem Tod des zweijährigen Kevin trat die damalige Sozialsenatorin Karin Röpke zurück. Der zuständige Fallmanager bei der Bagis, der dem drogensüchtigen Ziehvater zwei Monate hindurch – vermutlich genau in dem Zeitraum, als der kleine Kevin zu Tode gequält wurde – keine Bezüge auszahlte, wird bis heute nicht dafür angeklagt! Wenn einem Drogenabhängigen das Geld gestrichen wird, ist kaum anzunehmen, dass er gut mit dem ihm ausgelieferten kleinen Kind umgeht! Dies ist ein ebensolcher Skandal wie die „Betreuung“ von 250 Mündeln durch einen Amtsvormund. Für mich passt dieses Geschehen zu den Forderungen gewisser Politiker und Prominenter, den Hartz-IV-Beziehern weniger bis gar kein Geld für ihre Elternschaft zu zahlen. Bestimmte Kinder scheinen in unserer Gesellschaft unerwünscht, ungeliebt und ungeschützt sein zu dürfen!

4. Ich dachte, ich gucke nicht richtig, als ich im Netz las, dass für Arbeit und Familienkassen wegen der Einführung der „elektronischen Akte“, die in den Agenturen für Arbeit in Sachsen-Anhalt und Thüringen erprobt wird, sofort bundesweit neue Postadressen gelten. Wenn eingehende Briefe von der Deutschen Post AG digitalisiert und in kurzer Zeit an die jeweilige Agentur für Arbeit zur Bearbeitung weitergeleitet werden, müssen sie logischerweise dort geöffnet werden! Das Postgeheimnis ist grundrechtlich zugesichert. Wie soll das nun wieder ausgehebelt werden? Was geschieht mit Briefen von anderen Zustelldiensten als der Deutschen Post AG? Mit Einführung der elektronischen Post ist dem **Datenmissbrauch** doch Tür und Tor weit geöffnet! Sämtlichen Beschwichtigungsversuchen schenke ich keinerlei Glauben. Was gehen einen Postmitarbeiter die Daten von Arbeitslosen- oder Kindergeldbeziehern an? Hartz-IV-Bezieher sind schon jetzt datenschutzrechtlich Menschen zweiter Klasse! Wenn sich nun auch noch Arbeitslose im ersten Jahr, die ALG I erhalten, sowie Kindergeldbezieher dazugesellen müssen, dann werden Millionen Bürger diskriminiert und in ihrer Privatsphäre verletzt. Wer mit hochsensiblen Daten so fahrlässig umgehen will, wie es die Bundesagentur für Arbeit offenbar plant, verabschiedet sich endgültig von Datenschutz und Grundrechten! Mir fällt auf, dass hier immer nur diejenigen derart respektlos und menschenverachtend behandelt und durchleuchtet werden, die in irgendeiner Form

Transferleistungen des Staates beziehen. Die angekündigten Pilotversuche müssen in ihren Bundesländern unverzüglich unterbunden werden!

5. Die FDP will über das Sparpaket hinaus das **Elterngeld** für Nichtberufstätige streichen. Die Bundesregierung weist die Forderung zurück. Auch die Sozialverbände kritisieren den Vorschlag als unsozial. Der Fraktionsgeschäftsführer Otto Fricke will das Elterngeld auf diejenigen konzentrieren, die vorher gearbeitet oder wegen einer früheren Geburt ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben. Die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Miriam Gruß, fügte hinzu, der Staat gebe jährlich mehr als 180 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen aus, was europaweit Spitze sei. Sie fragte, ob diese Leistungen zielgenau seien. Im Sparpaket der Bundesregierung ist die Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Bezieher vorgesehen, nicht arbeitende Eheleute können den Sockelbetrag von 300 Euro aber behalten. Krasser kann die FDP gar nicht zeigen, wes Geistes Kind sie ist: Erst neoliberal die gut bezahlten Stellen vernichten und 400-Euro-Jobs züchten, dann die davon Betroffenen dafür bestrafen, dass sie leider nichts abbekommen haben von den Billigjobs! Ihre Kinder will niemand dort sehen, gar finanzieren. Aber die „bessere Hälfte“ eines sogenannten Leistungsträgers, die nicht erwerbstätig ist, soll die 300 Euro beziehen dürfen und natürlich außerdem vom Ehegattensplitting profitieren! Sehr sozial! Sollen hier nun erwerbstätige gegen nicht erwerbstätige Eltern aufgestachelt werden?

6. Zur Bilanz der Bundesregierung betreffs Einhaltung von gesetzlichen Mindestlöhnen erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Partei „Die Linke“, Katja Kipping, diese sei ernüchternd. Im Jahr 2009 verhängte die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls rund 1.500 Mal Bußgelder gegen Firmen, die gesetzlich vorgeschriebene **Mindestlöhne** unterliefen. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei nur um die Spitze des Eisberges, weil gegenwärtig bundesweit nur 6.400 Beamte dafür zuständig sind. Es ist kein Kavaliersdelikt, wenn hart arbeitende Menschen um ihren verdienten Lohn geprellt und die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme geschmälert werden, zumal die Binnenkonjunktur so behindert wird. Statt die Anzahl der Zahnbürsten in den sogenannten Bedarfsgemeinschaften durch Sozialschnüffler zu kontrollieren, müsste viel dringlicher eine bessere Ausstattung der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ gefordert werden. Die postulierte Forderung von CDU und FDP, Leistung müsse sich lohnen, verkommt sonst restlos zur hohlen Phrase!

7. Der niederländische Postkonzern TNT will alle Vollzeit arbeitenden Briefträger entlassen. Alle Zusteller und Sortierer, die 25 oder mehr Stunden in der Woche arbeiten, sollten ihre Stellen verlieren, sagte ein TNT-Sprecher. Diejenigen, die 15 Stunden oder weniger in der Woche arbeiteten, würden ihre Arbeitsplätze behalten, gegebenenfalls aber um **Flexibilität** ersucht. Ich kann mir lebhaft vorstellen, was alles an Verzichtsleistungen erbracht werden soll: Das nennt sich neusprech

„flexibel“! Bereits Anfang des Jahres kündigte TNT an, dass 6.500 bis 11.000 Stellen in der Briefsparte abgebaut werden sollen, um das Sparziel von 395 Millionen Euro jährlich ab 2015 erreichen zu können. Die Belegschaft sei über die Pläne informiert worden. Am 7. Juli 2010 solle der Betriebsrat in die Beratungen einbezogen und anschließend die genaue Zahl festgelegt werden.

8. Heute Morgen glaubte ich mich bei den Sechsuhr-Nachrichten verhört zu haben, als ich hörte, die CDU/CSU fordere, dass bei Einwanderern in die Bundesrepublik ein Intelligenztest gemacht werden solle. Anscheinend haben Heinsohn, Sarrazin und Konsorten ihr Ziel erreicht: Statt dass sich die Politiker ernsthaft von solchen sozialrassistischen Äußerungen distanzierten, scheinen sie diese sogar übernehmen zu wollen. Wie sonst ließe sich erklären, dass **Einreisewillige** einen Intelligenztest bestehen sollen? Offenbar wird davon ausgegangen, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht an den Intellekt der deutschen Intelligenzbestien herankommen könnten! Dabei ist seit jeher umstritten, ob Intelligenz wie die Schuhgröße und das Gewicht eines Menschen messbar ist. Das zeigt allein die Menge an unterschiedlichen Tests, die ebenso viele unterschiedliche Fähigkeiten in den Vordergrund stellen: Da gibt es die kristalline Intelligenz, die fluide Intelligenz, die verbale Intelligenz, die praktische Intelligenz, weiterhin die numerische sowie die figurale Kompetenz, das räumliche Denken, die Merkfähigkeit und so weiter. Der Vorschlag unterstellt Zuwanderern pauschal Dummheit und Bildungsmangel. Er ist schändlich.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wünschenswerte Änderungen gibt es nur im Verbund von Menschen

1. Mein Vorredner sagte etwas von der Verpflichtung durch die Argen, wonach sich alle Hartz-IV-Empfänger nun zu einer gemeinnützigen Tätigkeit verpflichten sollen. Dies hat mich derart empört, dass ich meinen eigentlichen Redebeitrag zurückgestellt habe. Hier werden immer Westerwelle und einige andere Politiker zitiert, welche so etwas fordern. Ich frage ich: Haben die unsere Gesetze, vor allem die Grundgesetz-Artikel 1, 12 und 20 noch nicht gelesen? Wir sind ein sozialer Staat, die Würde des Menschen ist unantastbar, und wir haben die freie Wahl des Berufes, des Ausbildungs- und Arbeitsplatzes!

Also sollte die Arge eher dabei helfen, eine vernünftige und normal bezahlte Beschäftigung zu finden und dies auch erreichen zu können, statt Hartz-IV-Empfänger dazu zu verpflichten, irgendwelche meist sogar überflüssige Arbeit zu einem Hungerlohn oder einfach so zu machen. Sind wir nun doch kein Sozial-

staat mehr? Dumm nur, dass die Kosten hierfür immer von denen getragen werden müssen, welche auch nicht viel mehr haben als diese Betroffenen oder allenfalls bis zu etwa 125.000 Euro jährlich. Letzteres ist sicherlich recht viel Geld, aber was ist das schon im Vergleich zu zig Millionen Euro jährlich für Manager?

Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit, wenn ein Arbeitsloser trotz fortschreitender Rationalisierung zu einer Arbeit gezwungen wird (was laut Grundgesetz-Artikel 12 Absatz 3 sogar verboten ist, außer bei Verurteilung durch einen Richter zu einer Haftstrafe aufgrund einer Straftat), die entweder gar nicht nötig wäre oder die eine Firma gegen normale Bezahlung machen würde und so ebenfalls wieder Arbeitsplätze schaffen könnte. Diese Arbeit wird für die Sozialleistung als **Sklavenarbeit** durchgesetzt! Ich dachte, die Sklaverei wäre abgeschafft?

Sorgen wir endlich dafür, dass Arbeitslosen die Unterstützung geboten wird, die sie brauchen, egal welche, und nicht nur in geldlicher Form, denn Geld ist auch nicht alles, und kein Mensch will untätig, im Bett liegend oder vor der Glotze hängend, nur auf den Tod warten. Jeder kann und will etwas, ist an etwas interessiert! Man sollte den Erwerbslosen endlich Perspektiven bieten und sie nicht zu verdummenden Tätigkeiten zwingen.

2. Vieles im Lande läuft, wie es die Menschen nicht wollen. Dies sollte man durch Wahlen ändern können. Aber welche Partei? CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und gegebenenfalls sogar „Die Linke“ kommen kaum infrage. Welche davon auch immer an der Macht ist: Sie folgen dem, was die Chefs der Lobbyisten wollen. Ich fürchte, es wird nicht anders gehen als im Verbund von Menschen, die Änderung wollen, mit der Möglichkeit mitzubestimmen, durch direkte **Demokratie**.

Hier geht es darum, dass man künftig nicht mehr nur Parteien und Abgeordnete wählen kann. Zusätzlich sollen auch Themen gewählt werden können, sodass die Parteien und Abgeordneten dazu gehalten sind, sich in Abstimmungen an den Volkswillen zu halten. Politiker sollen die Legislative *richtig* umsetzen müssen, also das tun, was das Volk selbst demokratisch will. Hören wir auf, uns immer nur zu beschweren, zu schimpfen und zu fordern! Machen wir selbst Vorschläge, wie es sein sollte und suchen dazu Unterstützer, wie es auf meiner Homepage bald der Fall sein wird.

Pete Ording (parteilos oder -gründend)

Gar nicht selbstverständlich: Doppel-Äff steht für zweiten Wahlgang zur Verfügung – und scheitert *(„Spiegel-Online“)*

Na bitte, geht doch: Finanzsenatorin Karoline Linnert schützt Kredit-Kröten für Fußball-Glotzpulk auf dem Domshof *(„Weser-Kurier“)*

Von wegen Märchenhochzeit: Sie küsst ihn zum Prinzen, doch er bleibt trotzdem hässlich wie ein Frosch *(„Wikipedia“)*

Schnatterinchen erleichtert: „Die Linke“ lässt sich keinen Befürworter von Sozialkahlschlag und Afghanistankrieg als wählbar vorgauckeln *(„Spiegel“)*

Doppel-Äff schafft Amtseid im zweiten Anlauf: Wann wird es selbstverständlich sein, dass alle Kinder, die hier groß werden, die deutsche Sprache beherrschen? *(„Spiegel-Online“)*

Freiheit und Profit

1. Wer denkt schon noch an Harrisburg,
Seveso oder Sandoz?
Die Freiheit ist das hohe Lied
Im Namen des Profit.

Wer denkt schon noch an Tschernobyl,
An Krümmel oder die Asse?
Die Freiheit ist das hohe Lied
Im Namen des Profit.

Wer denkt schon, dass das Meer verseucht
Im Golf von Mexiko?
Die Freiheit ist das hohe Lied
Im Namen des Profit.

Die Freiheit ist ein hohes Gut,
Besonders schützenswert,
Allerdings als Mittel zum Profit
Verliert sie schnell an Wert!

Gott sei Dank!
Gauck wurde nicht zum
Bundespräsidenten gewählt.
Dank an „Die Linke“!

2. Vielleicht muss die Bundesagentur für Arbeit gar nicht so viel kürzen, wenn die Wirtschaft besser läuft und die Erwerbslosenzahlen sinken, hofft Vorstand Heinrich Alt. Was für ein Heuchler! Erst hält er eine Überprüfung sittenwidriger Löhne bei deutlich unter drei Euro in der Stunde durch die Argen für nötig, und hier

sagt er: „Außerdem entlassen wir die Arbeitgeber damit aus der Verantwortung, für existenzsichernde Löhne zu sorgen.“ Dieser Mensch ist doch nur unglaubwürdig, in meinen Augen ein schlechtes Beispiel für seine Töchter!

Man muss sich doch einmal die Frage stellen, ob diese Töchter vielleicht, wie es früher war, auch in Barackenlager oder Tausendmannskasernen ziehen würden, nur damit sie im Monat „mehr Geld zur Verfügung“ hätten. Darauf könnte nämlich die Pauschalisierung der **Unterkunftskosten** hinauslaufen. Mein Vorschlag: Eine Vermieterabgabe von zehn Prozent auf alle Mieten! Dann hat man auch das Geld, damit jeder Mensch in Deutschland vernünftig leben kann. Vielleicht auch die Töchter von Herrn Alt?

3. Hallo Monique Troedel! Bereits im letzten Jahr wandte ich mich an die Linksfraktion im Deutschen Bundestag, um die **Lebensmittelsicherheit** bei den „Tafeln“ in Deutschland zu hinterfragen. Leider bekam ich außer einer Eingangsbestätigung auch nach einer weiteren Nachfrage keine Antwort. Auch in Bremen müssen viele Menschen die „Tafeln“ nutzen. Diese „Verbraucher“ werden hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit im Regen stehen gelassen.

Es ist in meinen Augen notwendig, dass die „Tafeln“ hinsichtlich Hygiene oder Kühlung genau die gleichen Auflagen wie normale Lebensmittelgeschäfte bekommen und einhalten müssen, eigentlich sogar noch schärfere als diese, da es sich oftmals um Produkte kurz vor dem Verfallsdatum handelt. So ist zum Beispiel bei Backwaren gesundheitsgefährdender Schimmel nicht unbedingt an der Oberflächl zu erkennen, trotzdem kann er vorhanden sein.

Ich finde, an diesem Thema muss „Die Linke“ unbedingt dranbleiben. Ich möchte dich daher bitten, hierzu tätig zu werden, vielleicht zumindest dadurch, dass du bei der Linksfraktion im Deutschen Bundestag dieses Anliegen unterstützt. Aber auch die Bürgerschaft muss Verantwortung für die Armen in Bremen übernehmen! Beste solidarische Grüße.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

285. Bremer Montagsdemo am 05. 07. 2010

Die Wahl zum 10. Bundespräsidenten ist ungültig

Die Bundespräsidentenwahl vom 30. Juni lief fast wie eine Wahlfarce in Afghanistan. Da aus Nordrhein-Westfalen 133 Wahlmänner und -frauen in der Bundesversammlung nicht stimmberechtigt waren, aber trotzdem mitgewählt haben, ist Christian Wulff sozusagen illegal im Amt.

Am 9. Juni 2010 wurde die konstituierende erste Plenarsitzung von Nordrhein-Westfalen von zwei Personen ohne Landtagsmandat geleitet, weshalb das Präsidium nicht geschäfts- und beschlussfähig war. Ausschließlich Mitglieder des Landtages können nämlich Mitglieder des Präsidiums werden. Dies war nicht der Fall, weil die ehemalige Präsidentin bei der Landtagswahl am 8. Juni nicht wiedergewählt worden war. Ähnliches gilt für den ehemaligen Vize, und damit sind quasi beide Ämter erloschen. Die 133 Abgeordneten wurden demzufolge von einer Landtagssitzung in die Bundesversammlung geschickt, die de facto beschlussunfähig war.

Die Bundesversammlung war dadurch nicht vorschriftsmäßig besetzt. Damit war die Wahl zum 10. Bundespräsidenten nicht gemäß Artikel 54 Absatz 1 Grundgesetz zustande gekommen und damit ungültig! Besonders pikant an der Sache ist, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert seit dem 11. Juni über diese Vorgänge Bescheid gewusst hatte.

Wer das alles nicht glauben mag und Einwände gegen die Ungültigkeit vorbringt, dem sei es hier mal „zeitgemäß“ erklärt: Was würdet ihr davon halten, wenn jemand Präsident des Deutschen Fußballbundes würde, der nicht einmal Mitglied des DFB ist? Wahrscheinlich würden sich manche darüber *tierisch* aufregen und polternd eine Neuwahl des Vorsitzenden fordern!

Sollte dieser Zustand nicht durch eine Neuwahl des Bundespräsidenten geändert werden, verfügt die Bundesrepublik nicht über ein verfassungsmäßiges Staatsoberhaupt, und alle von Christian Wulff unterzeichneten Gesetze sind nicht gemäß Artikel 82 Absatz 1 GG zustande gekommen sowie nicht gemäß Artikel 82 Absatz 1 GG von einem verfassungsmäßigen Bundespräsidenten unterzeichnet.

Damit wären all diese Gesetze null und nichtig! Das bedeutet einen Staatsstreich, den niemand bemerkt, denn Deutschland *muss* Weltmeister werden!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Aus der Traum: „Die Siege gegen England und Argentinien haben unser Ansehen in der ganzen Welt steigen lassen“ *(„Bild“-Zeitung)*

Mit einer „Mutterquote“ die Geburtenrate erhöhen?

Soltau, den 23 Mai 2010. Liebe Freundinnen und Freunde, ich las in der Presse, die Geburtenrate sei zu niedrig, und in die Sozialkassen werde zu wenig eingezahlt. Darum müsse eine Mütterquote eingeführt werden. Hinter diesen Schlagzeilen verbirgt sich der Neoliberalismus der Bertelsmann-Stiftung, also der gesellschaftliche Rückschritt. In dem Lied „Trotz alledem“ heißt es: „Und wenn die Presse Lügen schmiert, das Fernsehn schweigt trotz alledem“. Es hat sich noch sehr verschlimmert: Neoliberalismus bedeutet, dass die Gesellschaft sich im Rückwärtsschritt befindet und fortschrittliche Positionen aufgegeben werden. Überall mischt die neoliberale Lügenpropaganda mit. Die Bertelsmann-Stiftung verbreitet sie in den Zeitungen, den öffentlichen Medien, den Kindergärten und Schulen, bei politischen Verlautbarungen der Politikerinnen und Politiker. Die herrschende Klasse hat überall ihre Finger im Spiel. Nicht „die geringen Geburtenraten“ sind dafür verantwortlich, dass zu wenige Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt werden, sondern die zu hohe Arbeitslosigkeit. Die Hartz-IV-Gesetze mit Zwangsarbeit und Kombilohn, die zu niedrigen Löhne, die eingefrorenen Beiträge der Arbeitgeber in die sozialen Sicherungssysteme führen zu rapiden Einnahmeverlusten in den sozialen Sicherungssystemen. Eine sozial ungerechte Kopfsteuer im Gesundheitssystem verschärft dies noch, da sie zulasten der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung geht.

Die Reichen zahlen zehn Prozent weniger ein. Gebot der Stunde ist die Bürgerversicherung, in die Reiche am meisten einzahlen. Nehmen wir den Reichen, denn was die Mehrheit der Bevölkerung verarmen lässt, ist die ungerechte Verteilung des Reichtums. Auf der andern Seite wird erklärt, für neun Milliarden Menschen sei es nicht möglich, ausreichend sauberes Trinkwasser, Nahrung und Kleidung bereitzustellen. Man brauche Gentechnik, um neue Nahrungsquellen zu er-

schließen, in denen künstlich die Gene manipuliert werden. In den Medien wird Geschichtsfälschung in Sinne der herrschenden Klasse betrieben. In der ZDF-Sendung „Terra“ hieß es zum Kaiserreich, Deutschland sei eine aufstrebende Weltmacht gewesen. Hinter solchen Worthülsen wird ein aufstrebendes imperialistisches Deutschland versteckt, das die Weltherrschaft gegenüber den konkurrierenden imperialistischen Staaten wie England, Frankreich und den USA erlangen wollte. Dies löste den Ersten und Zweiten Weltkrieg aus. Die Medien verschweigen diese Faktoren und reden sie schön. Sie betreiben ganz bewusst eine geschichtliche Fälscherwerkstatt.

Was hat das mit der „zu geringen Geburtenrate“ und der Mutterquote zu tun, mag sich manch eine(r) fragen. Dahinter verbirgt sich eine kapitalistische, rassistisch-imperialistische Ideologie. Was damals die Faschisten verbreitet haben, kommt heute im modernen Gewand des faschistoiden Neoliberalismus daher: Auf der Welt liege die Geburtenrate insgesamt viel zu hoch, doch auf der anderen Seite liege die deutsche Geburtenrate zu niedrig. Die Deutschen sollen nicht aussterben: Ein faschistoider Mutterwahn verbirgt sich dahinter. In der Nazi-Zeit war es verheirateten Frauen verboten, berufstätig zu sein. Sie sollten Kinder bekommen, damit „deutsche Soldaten“ die Weltherrschaft für die „aufstrebende Weltmacht“erobern. Heute sollen „deutsche Bundeswehrsoldaten“ für die aufstrebende deutsche imperialistische Macht Kriege führen, offiziell der „Menschenrechte“ wegen. Dahinter verbergen sich Pläne, Bodenschätze in Ausmaßen auszubeuten, die das ökologische Gleichgericht noch mehr zerstören. Der Krieg in Afghanistan ist imperialistisch. Deutschland geht es um eine Führungsposition in der Welt. Solange diese der USA nicht abzustreiten ist, fügt sich Deutschland unter die Führungsmacht der USA.

Die „Mutterquote“ ist eine moderne Variante neoliberaler, faschistoider Ideologie. Heute sollen Frauen für das deutsche Kapital als Soldatinnen Kriege führen und Kinder gebären für neue geplante Kriege, damit genügend „ menschliches Kriegsmaterial“ vorhanden ist. Sie sollen sich durch die „Mutterquote“ als unterbezahlte Arbeiterinnen ausbeuten lassen! Der Rassismus tritt deutlich zum Vorschein in dem ganzen Geschrei, die Deutschen stürben aus oder die Geburtenrate sei zu niedrig. Warum sollen bei uns nicht Menschen aus anderen Ländern leben? Wir benötigen keine „Mutterquote“, sondern die Emanzipation der Gesellschaft. Es muss genügend Kindergartenplätze geben. Frauen und Männer müssen sich gemeinsam um die Haus- und Erziehungsarbeit kümmern können. Um dies zu ermöglichen, wird eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Personalausgleich benötigt. Das schafft neue Arbeitsplätze und verbessert die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen. Frauen und Männer gehören gleichermaßen qualifiziert schulisch-beruflich ausgebildet. Ein Mindestlohn gehört eingeführt, der ein Leben in materieller Armut verhindert.

Wenn wir nicht in der kapitalistisch-neoliberal-faschistoid- rassistischen Barbarei untergehen wollen, ist für uns wichtig zu erkennen, dass wir einen demokratischen Sozialismus benötigen. Eine Wirtschaftsdemokratie gibt die gesellschaft-

lichen Produktionsmittel in die Hände der Mehrheit der Bevölkerung und nicht einer kleinen Elite von Bürokraten, die von „Sozialimus“reden und einen bürokratischen Apparat meinen, der ihnen hilft, privilegiert zu leben und den kapitalistischen Ländern geholfen hat, einen globalen Kapitalismus durchzuführen, der die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung in faschistoidem Neoliberalismus vernichtet und zur einer neuen Barbarei des Kapitals weltweit führt. Versuchen wir zu verhindern, dass wir in Barbarei untergehen und organisieren den Kampf für einen demokratischen Sozialismus in Sinne von Rosa Luxemburg!

Bettina Fenzel (parteilos)

Sozialbehörde befragt Hartz-IV-Empfänger: „Die Bremer Sozialbehörde will die genauen Kosten für die Unterkunft von Hartz-IV-Beziehern ermitteln. Dazu wird in den nächsten Tagen eine Mieterhebung durchgeführt. Rund 3.000 Haushalte werden hierbei per Zufallssystem angeschrieben und aufgefordert, Auskünfte über ihre Miete und Nebenkosten zu geben. Mit diesen Daten soll entschieden werden, welche Kosten für die Unterkunft von Hartz-IV-Beziehern angemessen sind.“ *(„Bild Bremen“, 5. Juli 2010)*

Ente oder Schildbürgerstreich?

Entweder handelt es sich bei obiger Meldung um eine Zeitungsente oder um einen Schildbürgerstreich. Im zweiten Falle frage ich mich, warum das Sozialressort nach einem Zufallsprinzip einzelne Betroffene Haushalte anschreiben will, um deren Mietkosten zu erfahren, da die Mietverträge sowie aktuelle Betriebskosten jeder Behördenakte zu entnehmen sind. Auch ist fraglich, welches Zufallsprinzip dabei angewandt werden soll. Computerisierte Randomize-Methoden funktionieren nach einem Algorithmus. Dabei kann es sich also um keinen echten Zufall handeln.

Aber letztendlich ist auch diese Frage irrelevant, da es sich bei Zufallsstichproben um kein stichhaltiges Ermittlungskonzept hinsichtlich der einzelfallbezogenen Angemessenheit der Unterkunftskosten für ALG II-Betroffene handeln kann, wie es vom Bundessozialgericht gefordert wird. Laut Vorlage für die 31. Sitzung der städtischen Deputation für So-

ziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 31. Januar 2007 betrug die **durchschnittliche tatsächliche Bruttokaltmiete** für **Einpersonenhaushalte** in Bremen **388 Euro**. Es ist davon auszugehen, dass dem Sozialressort die gegenwärtigen Mietkosten ebenso bekannt sind, sodass es sich bei dieser „Bild"-Meldung wohl eher um eine Ente handelt. Sollten Sie jedoch tatsächlich vom Zufall auserwählt sein, verweisen Sie einfach auf Ihre Behördenakte. Ihrer Mitwirkungspflicht sind Sie ja bereits nachgekommen.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund")

Vermieterabgabe von zehn Prozent auf alle Mieten!

1. Ich habe gerade die Zahlen zur Erwerbslosigkeit für Juni 2010 nachgelesen. Demnach waren in Bremen und Bremerhaven 39.000 Arbeitnehmer(innen) erwerbslos. Laut „Wikipedia" leben in beiden Städten ungefähr 663.000 Einwohner. Geht man von durchschnittlichen Kosten von 200 Euro für die **Kosten der Unterkunft** für 39.000 Erwerbslose aus, dürften die Gesamtkosten 13.280.000 Euro im Monat betragen.

Setzt man den gleichen monatlichen Durchschnittsbetrag auch für alle übrigen Einwohner in Bremen und Bremerhaven an, kommt man auf ungefähr 133 Millionen Euro. Daraus folgend kann man errechnen, dass eine Vermieterabgabe von zehn Prozent ausreichen würde, um für alle Erwerbslosen die Kosten der Unterkunft bezahlen zu können! Dies dürfte auch bundesweit funktionieren. Auch ein eventuell höherer Durchschnitt pro Person an den Mietkosten würde im Wesentlichen nichts ändern. Eigentum verpflichtet laut unserem Grundgesetz! Fordern wir die Parlamentarier auf, diese Forderung auch umzusetzen: Her mit der Abgabe von zehn Prozent durch alle Vermieter!

2. Am letzten Samstag, kurz vor Ladenschluss der Discounter, schickte mich meine Ex-Verlobte und langjährige Ehefrau mit einem Einkaufszettel zum Aldi. Schnell das Fahrrad aus dem Schuppen geholt und den Fahrradanhänger dahintergespannt, so fuhr ich los. Ich glaube, weder ökologisch noch ökonomisch ist für Hartz-IV-Betroffene hierzu etwas einzuwenden: Weder die Wegstrecke, noch Transport oder Einkauf kann man wohl günstiger bewerkstelligen.

Beim Aldi angekommen, arbeitete ich wie immer den Einkaufszettel meiner Ehefrau ab. Gleich am Ende des ersten Ganges befanden sich dann auch die Verkaufsmulden für **Kartoffeln und Zwiebeln**. Hier stach mir sofort ein Hinweisfähnchen in die Augen, aus dem Ursprungsland und Importeur hervorgingen. Auf der Vorderseite konnte man in großen Buchstaben die Bezeichnung SFI entnehmen und wohl den Namen Topper aus Hamburg.

Auf der Rückseite der Etikettierung konnte man nachlesen, dass es sich um Speisezwiebeln mit einem Durchmesser zwischen 50 und 70 Millimetern handele und das Einfüllgewicht zwei Kilogramm betrage. Der Globalisierungshammer oder besser Globalisierungsmüll war jedoch das Ursprungsland der Speisezwiebeln: Neuseeland! Da es kurz vor Ladenschluss war und ich nicht wusste, ob meine Frau diese Zwiebeln am Sonntag nicht vielleicht unbedingt brauchen würde, nahm ich sie trotzdem und legte sie in den Einkaufswagen, zumal mir der Preis nicht gerade sehr hoch vorkam.

Trotzdem ging mir das Ganze eigentlich aber irgendwie nicht mehr aus dem Kopf: Da kauft man Zwiebeln, die einen Transport von ungefähr 10.000 Kilometern hinter sich haben, und trägt damit selbst sogar zum Globalisierungsmüll bei! Das ließ mir am nächsten Tag beim Zwiebelschneiden die Zornesröte ins Gesicht steigen und mich heulen wie ein Schlosshund. Aber eines habe ich daraus gelernt: Noch einmal kaufe ich keine Zwiebeln aus Neuseeland!

Die sollen lieber die Wollsocken tragenden Sympathisanten der Grünen kaufen. Grün war schließlich mal die Farbe der Hoffnung! Vielleicht äußert sich das doch noch in einer glaubwürdigen Globalisierungskritik und den dazu gehörenden Abwehrmaßnahmen. Die Hoffnung stirbt zuletzt, auch mit Tränen in den Augen! Werden gerade die Zwiebeln für Veränderungen sorgen, wie vor vielen Jahren die Tulpenzwiebeln aus Holland?

3. Es ist doch wirklich bewundernswert, wie diese Bundesarbeitsministerin Familie, Beruf und Erziehung in Einklang bringt! Ganz bestimmt hat sie weder Nanny noch Bügelhilfe, Gärtner, Raumpfegerin oder Köchin? Sollten ihre **Kinder** einmal krank im Bett liegen, hat sie dafür ein ganz spezielles Handy und ist immer erreichbar für die lieben Kleinen. Vielleicht reicht dann auch der Trost des Vaters? Der Klavier- oder Reitlehrer bekommt sein Geld bestimmt als Gutschein ausgezahlt. Diese Frau, ein beispielhaftes Vorbild für alle berufstätigen Mütter mit dem speziellen Handy! Aber ist sie wirklich die Mutter der Nation?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Neues Existenzvenichtungsprogramm: Mit Androhung eines von 34.000 Zwei-Euro-Jobs will Leyen 160.000 Arbeitslose aus Hartz IV drängen *(„Spiegel“)*

Politik ist eine aufwendige Sache: Wer glaubt, dass es mit Eckregelsatz- und Mindestlohnforderung getan ist, irrt gewaltig *(Pete Ording)*

Montagsdemonstranten im Sommerregen *(Webcam Bankhaus Neelmeyer)*

Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen

1. Die Arbeitslosigkeit geht zurück! Die entsprechende Quote beträgt zwölf Prozent in Bremen! Lauter Erfolgsmeldungen? Nein, lauter Halbwahrheiten, die nur unter Zuhilfenahme der Statistik „Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland“ stimmen. Die Entwicklung wird besser in der Unterbeschäftigung abgebildet. Die Zahlen der Arbeitslosigkeit gemäß „Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland“ sind durch die Bundesagentur für Arbeit jederzeit reduzierbar: Allein die Einschaltung eines externen Vermittlers reicht, um den Erwerbslosen aus dieser Statistik zu entfernen. Analog den Ausführungen im April lässt

sich auch dieses Zahlenwerk entzaubern. Beeindruckend ist die Beharrlichkeit der Falschmeldungen! Hinzu kommt die Schummelei mit den offenen Stellen. Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält so ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen! Es gibt keine Vollbeschäftigung mehr, nur ein Vertuschen der Probleme!

Auch solche Berichte wie in der „Zeit“: mit der Überschrift „Arbeitsmarkt-Frühjahrsaufschwung lässt **Arbeitslosenquote** sinken“ kommen durch die Fehlinformationen der Bundesagentur für Arbeit auf Basis dieser Statistik zur Veröffentlichung – und durch die Ignoranz des eigenen Wissens der Medienvertreter. Wer dies nachvollziehen möchte, kann in einigen Monaten nachlesen, was daraus geworden ist – oder einfach vergangene Erfolgsmeldungen mit dem Heute vergleichen. Dazu gehört auch die Ignoranz der regierenden Politiker. Ihretwegen wird ja diese Schummelei betrieben. Die Motive wurden in einem etwas älterer, aber hochaktuellen Aufsatz von Hans-Dieter Hey in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ gut herausgearbeitet. Wie geht der Erwerbslose mit diesen Fehlinformationen um? Er duckt sich weg! Erwerbslosigkeit wird verheimlicht, Armut wird vertuscht.

2. Die Leistungen zum Lebensunterhalt gemäß dem SGB II sind um einen bestimmten Prozentsatz zu reduzieren. Diese Zielvorgaben sind durch die Arge umzusetzen, obwohl es sich um gesetzliche Leistungen handelt. Über den Umgang mit den Erwerbslosen siehe 215. Bremer Montagsdemo. Eine Zielvereinbarung hat die Arge mit der Bundesagentur für Arbeit getroffen. Die Einsparung wurde der Bundesagentur für Arbeit von den Ministerium für Arbeit auferlegt. Die Quote wird jährlich unter Zustimmung des Kabinetts festgelegt. Heraus kommt die Pflicht zur Leistungsverweigerung und Sanktion: Arge-Mitarbeitern werden Sanktionsquoten vorgegeben! Der Umfang solcher **Sanktionen** ergibt sich aus einer Antwort der Bundesregierung.

In dieser Antwort ist auf Seite 3 folgende Unwahrheit enthalten: „In der Tabelle zu Frage 1 ist dargestellt, wie viele erwerbsfähige Hilfebedürftige von einer Leistungskürzung auf null Euro betroffen sind. Es ist zu beachten, dass Leistungskürzungen auf null Euro nur die Geldzahlungen betreffen. Auswertungen zu Gutscheinen, die in der Praxis üblicherweise ausgegeben werden, sind nicht möglich.“ – Leider werden Gutscheine üblicherweise nicht angeboten, nicht einmal auf Nachfrage! Bei den Jugendlichen werden auch die Kosten der Unterkunft, also die Miete, die in dieser Statistik „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ genannt werden, zu 100 Prozent gekürzt. Eine Gegenwehr ist möglich! Weiter in der Antwort:

„Im Jahr 2006 wurden insgesamt 13.007 Sanktionsentscheidungen nach §§ 31 und 32 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) im Widerspruchsverfahren zumindest teilweise zurückgenommen. 2007 waren es 24.532, 2008 31.335, 2009 26.896 und bis einschließlich April 2010 8.945. Gemessen an allen abschließend erledigten Widersprüchen gegen Sanktionsbescheide betrug der Anteil der vollen Stattgaben 2006 31,4 Prozent, 2007 35,1 Prozent, 2008 37,5

Prozent, 2009 36,2 Prozent und im Jahresfortschritt 2010 37,6 Prozent. Im Klageverfahren wurden 2006 insgesamt 516 Sanktionsentscheidungen nach §§ 31 und 32 SGB II zumindest teilweise zurückgenommen, 2007 1.547, 2008 3.748, 2009 3.535 und bis einschließlich April 2010 1.194. Gemessen an allen abschließend erledigten Klagen im Bereich Sanktionen betrug der Anteil damit 2006 42,1 Prozent, 2007 51,0 Prozent, 2008 65,2 Prozent, 2009 53,6 Prozent und im Jahresfortschritt 2010 55,6 Prozent.“ – Der Schlusssatz ist sehr hilfreich für sanktionierte Jugendliche. Einfach der Arge unter die Nase reiben: So sehr liegen Darstellung und Wirklichkeit auseinander! Weiter in der Antwort:

„Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Sanktionsregelungen verschiedene Möglichkeiten vorsehen, um eine wegen wiederholter Pflichtverletzung eingetretene erhöhte Sanktion in eine geringere abzumildern. So kann der zuständige Leistungsträger zum Beispiel bei unterfünfundzwanzigjährigen Beziehern von Arbeitslosengeld II den vollständigen Wegfall der Leistungen wegen wiederholter Pflichtverletzung so abmildern, dass die Leistungen für Unterkunft und Heizung wieder erbracht werden. Dies setzt voraus, dass sich der Betroffene glaubhaft nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten bei der Eingliederung in Arbeit nunmehr nachzukommen. Damit hat es der erwerbsfähige Hilfebedürftige maßgeblich selbst in der Hand, durch seine Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im Eingliederungsprozess seine finanzielle Situation zu ver- bessern und insbesondere Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Im Übrigen ist die Übernahme von Mietschulden in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in § 22 Absatz 5 SGB II geregelt. Zuständig für die Leistungsgewährung sind die kommunalen Träger. In welchem Umfang durch die Abmilderung von Sanktionen Mietschulden bzw. Wohnungslosigkeit vermieden wurde, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Zur Übernahme von Mietschulden durch die kommunalen Leistungs- träger liegen der Bundesregierung ebenfalls keine Daten vor.„

Auf der 279. Bremer Montagsdemo habe ich mich zum IAB-Bericht „Sanktionen im SGB II“ geäußert, für den dem Fallmanager(inne)n der Argen befragt wurden. Die vielen Klagen zum Rechtskreis des SGB II haben ihre Ursache auch in dieser Anweisung der Bundesagentur für Arbeit zur „Gewährleistung der Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung“: „Die Qualität der Aufgabenerledigung in der Sachbearbeitung und in den Widerspruchsstellen ist weiterhin unzureichend. Der gesetzmäßige Zustand bei der Dauer von Widerspruchsverfahren ist bis zum 30. Juni 2009 herzustellen. Der vermeidbare Anteil an Stattgaben von Widersprüchen ist ab 2009 auf 30 Prozent bei neu eingehenden Widersprüchen zu reduzieren. Es sind Aktivitäten hinsichtlich der Widersprüche und Klagen in Bezug auf kommunale Aufgaben notwendig. Die Regionaldirektionen berichten im Rahmen der Fachdialoge 2009.“

70 Prozent aller Widersprüche sind abzulehnen? Da bleibt nur die Klage! Ohne die Hilfe des Gerichts ist die falsche Entscheidung nicht zu ändern. Alle anderen Wünsche und Zielsetzungen dieser Anweisung der Bundesagentur sind nicht umgesetzt worden. Inzwischen werden auch externe Anwälte mit den Widersprü-

chen und Klagen befasst, Auftraggeber sind die Argen. Und noch ein Ziel wurde erreicht: „Die Grundsicherungsstellen schaffen die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen dafür, Hilfebedürftige nicht (mehr) ohne Anhaltspunkte für eine rechtswidrig ergangene Entscheidung anlässlich von Auskunftsbegehren oder Beschwerden auf die Möglichkeit des Widerspruchs zu verweisen. Dasselbe gilt für die Aufnahme von Widersprüchen in der Widerspruchsstelle."

Es ist auch ganz einfach: Bei Nachfragen einfach nicht mehr auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweisen! Eine grundgesetzkonforme Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben sieht anders aus. Darum geh nicht allein zur Arge (in Bremen: zur Bagis)! Wir gehen mit! Wir verabreden uns auf der Bremer Montagsdemo. Wer bereits um sein Geld gebracht wurde: Entscheidungen sind vier Jahre rückwirkend überprüfbar! Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Eine Verwaltungsanweisung soll für alle Mitarbeiter der Bagis Klarheit über die gesetzlichen Rahmenbedingungen erzeugen und ein übereinstimmendes Verwaltungshandeln ermöglichen. In Bremen steckt die „Verwaltungsanweisung Wohnen" jedoch voller Fehler. Dazu kommen Fehler durch bewusste Missachtung auf Anweisung. Eine Verwaltungsanweisung hat keine Regelungsfunktion mit Außenwirkung, das heißt sie ist für Leistungsempfänger nicht verpflichtend. veröffentlicht ist unter „Soziales Bremen" Folgendes: „Verwaltungsanweisungen Wohnen. A) Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II; Stand: 1. Juli 2009, 12 Seiten. B) Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II; Stand 11. Juni 2010, 12 Seiten. C) Ergänzende Hinweise zur Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II; Stand: 11. Februar 2010, 76 Seiten. Schon verwunderlich!

In der neuesten Fassung wird auf einen „Heizkostenspiegel" Bezug genommen, allerdings ohne weitere Erläuterung. Unter den Veröffentlichungen habe ich ihn nicht gefunden. Lasst euch nicht verunsichern! **Heizkosten** sind in der tatsächlichen Höhe zu erstatten, wenn diese nicht unangemessen sind. Die Beweislast für die Unangemessenheit liegt bei der Arge. Auch Heizkosten können – beziehungsweise die Kürzung kann – vier Jahre rückwirkend überprüft und eingefordert werden. Wie dies geht? Wir gehen mit! Im August 2010 soll eine neue Meinung zu den Kosten der Unterkunft, also der Miete, vorgelegt werden. Die sozialsenatorische Dienststelle hat ein weiteres Gutachten bestellt. Schade um das viele Geld! Es ist wieder ein Auftragnehmer ohne jegliche Zertifizierung, jedenfalls ist sie im Netz nicht ersichtlich. Bei Unklarheiten werden wir nachfragen! Kommt ihr mit?

4. Die Berufung von **Frauen** in die Führungsspitzen der Unternehmen erfolgt noch immer viel zu zögerlich. Der Nachholbedarf ist unbestritten. Dies war dem „Weser-Kurier" am 26. Juni 2010 einen Artikel wert: „Firmen wehren sich gegen Frauenquote". Ob der „Weser-Kurier" sich selbst angesprochen fühlt, wurde nicht erwähnt. Das Blatt hat viele bedeutende Journalistinnen hervorgebracht – aber noch nie eine Frau zur Chefradakteurin berufen. Ob da das Schaffermahl im We-

ge steht? Eine Frau könnte nicht daran teilnehmen – oder würde sich ein Schaffer trauen? Dieses Thema war auch dem IAB eine Untersuchung wert. –

Raus aus **Afghanistan**! Die Dollars haben es geschafft: Die „Tageszeitung„ und andere berichten von kistenweisem Dollarexport aus Afghanistan, allein 3,18 Milliarden in den letzten drei Jahren legal mit gültigen Zollpapieren. Alle Fluggäste erster Klasse dürfen nicht kontrolliert werden, auch nicht das Gepäck. Oberbefehlshaber US-General Stanley A. McChrystal ist Geschichte. Auch er hat die Opferzahlen der Zivilbevölkerung nicht reduziert. Gestolpert ist er aber über Kritik am Präsidenten der USA. Der neue Oberbefehlshaber, Vier-Sterne-General David H. Petraeus, darf sich nur mit Zustimmung seiner Vorgesetzten äußern. Wird so Demokratie gelebt? Es wird Zeit, den Auszug zu organisieren! Raus aus Afghanistan! –

Die FDP rückt ab vom ermäßigten **Steuersatz** für Hotelübernachtungen. Hat die Welle der Empörung der Hotelgäste die FDP erreicht? Es ist immer gut, noch jemanden für eine abweichende Meinung in der Hinterhand zu haben! Oder hat tatsächlich niemand gefragt? Es geht um 4,80 Euro für ein Frühstück im Hotel – ein Schnäppchenpreis! Dies war die Regel bei einer Hotelrechnung für Übernachtung mit Frühstück. 4,80 Euro war der Anteil des Frühstücks, wenn dessen Preis nicht extra ausgewiesen wurde. Jetzt wird das Frühstück mit 19 Prozent versteuert, die Hotelübernachtung mit sieben. Daher ist auf jeder Hotelrechnung jetzt das Frühstück extra ausgewiesen. Dies hat zur Folge, dass der tatsächliche Preis bei den Tagesspesen anzurechnen ist. Wer etwas teurer schläft, zahlt für so ein Frühstück oftmals mehr, als er per Spesensatz erstattet bekommt. Die Hotels werden von Geschäftsreisenden oftmals Stornierungen des Frühstücks erhalten, denn diese werden ihre Spesen verteidigen. Der Frühstückssatz im Hotel frisst teilweise die kompletten Tagesspesen auf! Das sollte beim Gesetzgeber angemahnt werden, ist aber ganz einfach zu erfüllen: durch Rückkehr zu den alten Regeln. 19 Prozent für alles!

5. Damit wäre ich bei den Finanzen – und den Streichpaketen von Bundesregierung, Länderregierungen, Ministerien, Behörden, Privatenhaushalte und Unternehmen. Frau Merkel hat beim G20-Gipfeltreffen in Toronto keine Beteiligung der Banken an dem Streichpaket erreicht. Eine Finanztransaktionssteuer wäre erstrebenswert. Stattdessen wurde ein weiteres Streichziel vereinbart: „Die Staaten hatten in ihrer Abschlusserklärung zugesichert, bis 2013 ihre Defizite zu halbieren und 2016 mit dem Abzahlen ihrer Schulden zu beginnen. Allerdings ist beides eine freiwillige Selbstverpflichtung“ („Die Zeit“).

Es mehren sich die Stimmen: „Lasst das Streichen sein! Wer spart; zahlt drauf!“ So kann der Schaden durch eine fehlende Lehrerin nicht rückwirkend geheilt werden. Natürlich ist damit kein verschwenderischer Umgang mit den Geldern gemeint. Sparsames Wirtschaften ist längst überfällig! Professor Arno Gahrmann habe ich 2005 kennen gelernt, anlässlich der „Hart(z)-Reise“ mit der „Arbeitnehmerkammer Bremen“. Das „Kabarett Westend“ gab anschließend eine Vor-

stellung mit reichlich Wortklaubereien. Parallel dazu hat Herr Gahrmann klargemacht: Es gibt mehr Geld auf der Welt als käufliche Dinge, daher der Druck auf die Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Er hat auch klargemacht, dass dieser Überfluss in wenigen Taschen zu finden ist.

Arno Gahrmann hat das tägliche Sparen thematisiert, „wenn 50 Cent zu viel sind, um auf Krebs erzeugende Stoffe bei der Reifenherstellung verzichten zu können“. Im „Weser-Kurier“ vom 17. Juni 2010 hat er sich zu Wort gemeldet: „ Debatte um Staatsverschuldung: Was ist mit dem Reichtum der Gläubiger?“ Er führt sehr ausführlich aus, dass Deutschland nicht über seine Verhältnisse gelebt hat: „Ein Blick in die Statistik der Bundesbank zum Auslandsvermögen Deutschlands belehrt uns nämlich, dass dieses über viele Jahre um rund 100 Milliarden über seinen Auslandschulden lag, innerhalb der letzten acht Jahre „Standortpolitik“ sich annähernd verdoppelte und Ende 2008 (also bereits nach Ausbruch der Finanzkrise) die Schulden um 650 Milliarden Euro übertraf.“

Er bestätigt ausdrücklich die Feststellungen von Professor Bofinger. „Deutschland lebt wie kaum ein anderes Land unter seinen Verhältnissen“, titelte der „Weser-Kurier“ am Pfingstwochenende. Bofinger thematisiert die rapiden Lohnkostensenkungen und die damit verbundene Exportsteigerung von bis zu 70 Prozent. Professor Gahrmann macht auch Vorschläge für die Verbesserung des Staatshaushalts durch Einnahmen. Zur Vererbung der Schulden an unsere Kinder verweist er auf die Erben der reichen Gläubiger. Der Schlussabsatz ist noch treffender: “Eins darf füglich angenommen werden: Die mit solchen Konzepten einhergehende Verbesserung der öffentlichen Haushalte wird die Staatsverschuldung vergessen lassen, bevor sie von ignoranten, blinden und unfähigen ‚Experten‘ als Anlass für eine Politik missbraucht wird, die unseren Kindern ein vielleicht schuldenärmeres, aber heruntergekomenes Gemeinwesen hinterlässt. In diesem hätte dann selbst die Klientel von Pinkwart keine Freude mehr an ihrem Vermögen.“

Am 30. Juni 2010 stand der nächste Experte dem „Weser-Kurier“ zur Verfügung, diesmal zum Interview: „Bremen braucht Hilfe. Finanzexperte Wieland rät dem Land, so zu tun, als ob es die Altschulden nicht gäbe“. Er sieht das hohe Bruttosozialprodukt in Bremen und die daraus resultierenden niedrigen Steuereinnahmen. Lohnsteuer wird am Wohnsitz gezahlt. Der Länderfinanzausgleich muss geändert werden. Als Termin für die Neuordnung sieht er 2019 – bevor 2020 die Schuldenbremse greift. Um Sparwillen zu beweisen, rät er, die Altschulden zu ignorieren und den aktuellen **Haushalt** ausgeglichen zu führen. Ich bin anderer Meinung. Eine schwere Bürde für Bremen! Ist dies leistbar? Nein! Auch hier gilt: Wer spart, zahlt drauf! Es geht dann genau um die Lehrerin, um die Integration von Behinderten, die Instandhaltung der Gebäude et cetera. Das Geld dafür wird halbiert und künftig gestrichen.

Am 2. Juli 2010 macht das Wirtschaftsressort darauf aufmerksam: „Ohne die EU geht wenig“, so der „Weser-Kurier“. 230 Millionen Euro hat die Schleuse im Kaiserhafen gekostet. Die Tilgung hat noch nicht begonnen. Mehr als 250 Millio-

nen Euro wird der Offshore-Hafen kosten. Dieses Projekt geht nur mit einem privaten Investor! Das Investitionsvolumen ist überwiegend gebunden: 83,6 Millionen Euro kosten Tilgung und Zinsen für frühere Ausgaben, hinzu kommt aus meiner Sicht die Tilgung für die Schleuse! Die Überseestadt soll 27 Millionen kosten. Davon soll die EU sechs Millionen bezahlen. Ohne den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ geht gar nichts mehr in der Hansestadt. Insgesamt gibt Bremen im Jahr 2010 132 Millionen für Wirtschaft aus. Davon kommen 21 Millionen aus dem genannten EU-Programm, das 2013 ausläuft. Bremen und Bremerhaven müssen gemeinsam die Fortschreibung des Programms erreichen. Hier fehlt der Hinweis auf die Metropolregion Oldenburg-Bremen, nur sie ist antragsberechtigt. Auch der Posten „Tilgung für das Gewerbegebiet an der A1„ fehlt in der Aufzählung. Zinsen und Tilgung werden außerdem erst ab dem Jahr 2038 gezahlt. Natürlich werden die Zinsen laufend berechnet, eine Freude für die Banken!

6. Die Europäische Zentralbank hat an circa 1.100 europäische **Banken** Jahresgeld zu einem Prozent Zinsen verliehen. Diese 442 Milliarden Euro waren nunmehr rückzahlbar, aber nicht im Hilfspaket der Bundesregierung enthalten. Sie sind zusätzlich zu den 550 Milliarden Euro der Bundesregierung zur Bankenrettung bereitgestellt worden. Die Rückzahlung hat geklappt. Nur 132 Milliarden Euro wurden für drei Monate neu ausgeliehen, wieder zu einem Prozent Zinsen (Quelle: „Weser-Kurier“ vom 1. Juli 2010). Hier wird ersichtlich, wie instabil das Bankensystem immer noch ist. Ausgerechnet die Deutsche Bank ist für ein Auslaufen der Hilfe. Sie ist gemäß US-Angaben die am stärksten betroffene Bank in Europa und profitiert besonders von den geänderten Bilanzierungsvorschriften. Die EZB wird die verdeckte Finanzierung fortsetzen: Sie kauft ohne Limit Staatsanleihen der EU-Länder, mit unterstellter bester Bonität. Auch diese Beträge sind außerhalb des EU-Rettungspakets von 750 Milliarden Euro.

„Die Aareal-Bank zahlt erste Hilfen zurück“, meldet der „Weser-Kurier“ am 29. Juni 2010. Zurückgezahlt an die Bafin werden 150 Millionen Euro. Insgesamt hatte die Aareal-Bank 525 Millionen als stille Beteiligung erhalten. Außerdem hat die Aareal-Bank eine Bürgschaft der Bundesrepublik Deutschland für ausgegebene eigene Anleihen über vier Milliarden Euro bekommen. Davon hat die Aareal-Bank eine Hälfte bereits genutzt, für die restliche soll die Anleihe jetzt aufgelegt werden – am Rückzahlungstag! Das „Handelsblatt“ schreibt ebenfalls über diesen Vorgang.

Die marktgerechte Vergütung der Einlage ist im Falle der Commerzbank laut Eigendarstellung null Euro Zinsen auf 16,4 Milliarden Euro. Da die stille Einlage entsprechend der Gewinnsituation des Unternehmens zu verzinsen ist, besteht kein Widerspruch. Die Aareal-Bank hat unter dem Strich 525 Millionen Euro stille Einlage plus eigene Anleihen. Mit der erhaltenen Bundesgarantie für zwei Milliarden plus den weiteren zwei Milliarden an eigenen Anleihen mit Bundesgarantie ergeben sich insgesamt 4,525 Milliarden Euro Liquidität. Davon hat die Aareal-Bank 150 Millionen Euro zurückgezahlt. Eine gelungene Werbeaktion für die Plat-

zierung der zweiten eigenen Anleihe mit Bundesgarantie über zwei Milliarden Euro: Warum wird das so bejubelt?

„Deutsche Bank vor Razzia gewarnt“, meldet der „Weser-Kurier“ am 4. Juli 2010: „Am 28. April 2010 hatten mehr als 1.000 Beamte eine bundesweite Razzia gegen mutmaßliche Steuerhinterzieher vorgenommen.“ Die Deutsche Bank war gewarnt. Die Ermittler suchen jetzt die undichte Stelle. Es geht um eine Steuerhinterziehung per Umsatzsteuerkarussell, diesmal über 150 Millionen Euro. Hoffentlich macht die Politik dem Spuk nunmehr ein Ende! Hoffentlich erfolgen nunmehr die Änderungen im Umsatzsteuerrecht, die diesen Betrug unmöglich machen, und hoffentlich werden Steuersünder endlich wie Betrüger bestraft! Bei der Gesetzesänderung können auch gleich die übrigen Macken beseitigt werden. Die öffentlichen Kassen können das Geld gut gebrauchen. Es geht nicht um Cents, es geht um Milliarden!

Ich möchte daran erinnern, dass die Deutsche Bank die Ratgeberfunktion für die Bundesregierung wieder übernommen hat. Davor war Herr von Pierer „in die Schwarzen Kassen gefallen“ und damit auch für Frau Merkel untragbar, obwohl der Koffer von Kohl ebenfalls schwarz war. Bereits vor Siemens hat die Deutsche Bank immer den Ratgeber der Bundesregierung gestellt. Die Regierung hat dafür gedankt. Eine Steuerprüfung hatte die Deutsche Bank in dieser Zeit nicht. Kein Prüfer hat das Thema angefasst – oder wurde „beseitigt“? Unter der 216. Bremer Montagsdemo ist auch die Kaltstellung der Staatsanwältin, die Herrn Zumwinkel überführte, nachzulesen.

„Krise: Steuerzahler trägt 25 Milliarden“, meldet der „Weser-Kurier“ am 2. Juli 2010. Die Volkswirte der Deutschen Bank haben diese Belastung für den Steuerzahler errechnet. Nicht enthalten sind Forderungsausfälle. Angezweifelt wird die ordnungsgemäße Rückzahlung von 18,2 Milliarden Euro durch die Commerzbank und von 7,7 Milliarden Euro durch Hypo Real Estate. Außerdem rechnen die Volkswirte mit wesentlichen Forderungsausfällen der Länder durch die Nichtrückzahlung der Kapitalspritzen an die Landesbanken. Diese Forderungsausfälle sind ebenfalls nicht eingerechnet. Es muss für die Deutsche Bank ein erhabenes Gefühl sein, wenn sie ungestraft und dürftig verpackt den Wettbewerbern mangelnde Zahlungsfähigkeit unterstellen darf! Wer im Glashaus sitzt, sollte aber nicht mit Steinen werfen: „Ackermann auf die rustikale Art“, lautet der treffende Beitrag der „Frankfurter Rundschau“. „Der Versuch der Verniedlichung – ein Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts entspricht immerhin rund 24 Milliarden Euro – passt in das skandalöse Bild, das sich knapp zwei Jahre nach der Lehman-Pleite dem Publikum bietet. Das Debakel an den Finanzmärkten, das die größte Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auslöste? Alles halb so schlimm, wollen uns Banker, Politiker und ihre Hilfstruppen weismachen; das wahre Problem sei vielmehr die Schuldenkrise. So lässt sich ein verhängnisvolles Marktversagen kurzerhand in Staatsversagen umdeuten. Nicht die Brandstifter haben die immensen Schäden angerichtet, sondern die Feuerwehren mit ihrem Löschwasser. Und während von einer ernsthaften Regulierung der Finanzmärkte

kaum noch die Rede ist, wird umso lauter nach staatlichen Schuldenbremsen gerufen.“ Offengelegt hat die Deutsche Bank auch nicht die Einzelheiten ihrer Berechnung. Ist das eine Prozent Kreditzinsen, die die LZB erhoben hat, marktüblich oder ein Zuschussgeschäft, eine Belastung für den Steuerzahler?

7. Die Umweltbehörde möchte gerne eine GmbH für die Abwasserentsorgung gründen, zu 100 Prozent im Besitz der Freien Hansestadt Bremen, so der „Weser-Kurier“ vom 26. Juni 2010 unter der Überschrift „Abwasser: **Privatisierung** entzweit Politik“. Ein Standortnachteil für Unternehmen soll durch Ausweis von Mehrwertsteuer beseitigt werden und viele andere blumige Worte. Ein wesentlicher Standortnachteil wurde vor Jahren durch Privatisierung geschaffen: Die Stadtwerke Bremen wurden erst umgewandelt und dann scheibchenweise verkauft. Zur Vorbereitung der Umwandlung wurde auch die Entlohnung der Beschäftigten angegriffen. Es sollte einfach nur günstiger werden, alles andere bleibt wie es ist – zu 100 Prozent im Besitz der Freien Hansestadt, pikanterweise geplant von demselben Behördenmitarbeiter, der jetzt die Privatisierung der Abwasserentsorgung vorschlägt. Er müsste dies doch besser wissen!

Wie schwer eine GmbH wieder in die Verwaltung zurückzuholen ist, zeigt sich gerade an BAG beziehungsweise BRAG. Noch 2001 lautete die frohe Botschaft: „Zwei sachkundige Frauen an der Spitze!“ Heute geht es darum, eine Geschäftsführerin loszuwerden, die GmbHs zu verschmelzen und eventuell in die Behörde zurückzuholen. Ein weiterer Grund, die Abwasser-GmbH nicht zu gründen, ist der Sparzwang. Bremen erhält letztlich einen Sparkommissar, der auch Privatisierungen anordnen kann. Nichts ist einfacher, als eine GmbH zu privatisieren. Als Verbraucher kann mensch diesem Monopol nicht entgehen. Ich kann nicht bestimmen, wer zu welchen Bedingungen mein Abwasser entsorgt.

Wer diese Zeilen gelesen hat, glaubt nicht mehr an die Steuergerechtigkeit. Er glaubt nicht mehr an die lautere Absicht der Bundesregierung. Wer sich nun vorrechnet, wie oft die Leistungen nach dem ALG II in einer Milliarde enthalten sind, wer die Relation der Streichungspläne und der Bankenrettung herstellt, der kann entweder resignieren oder aufstehen und sich einmischen. Die Entscheidung ist einfach. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz! –

Noch zwei Dinge kurz, weil sie bisher keiner angesprochen hat: In Gorleben ist ein Bohrer-Prototyp vorgestellt worden. Es wird überlegt und soll erprobt werden: die Versenkung von unverpackten **Atommüll**! Dieser Müll ist nicht rückholbar! Atomkraft, nein danke! In einem Artikel spricht sich Herr Sander für eine (eingeschränkte) Rückholbarkeit des Atommülls in Gorleben aus. Das Fernsehmagazin „Kontraste“ hatte berichtet, dass Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) die Sicherheitsstandards im geplanten Atommülllager Gorleben senken wolle. Es sei geplant, auf eine Rückholbarkeit der hoch radioaktiven Abfälle zu verzichten.

Nach den bisherigen Vorgaben soll eine Rückholung des Atommülls innerhalb von 500 Jahren möglich sein. Steht der Bohrer noch in Gorleben? Er sieht ähnlich aus wie eine große Erdramme. –

Bremen hat schon wieder **Asylbewerber** rechtswidrig behandelt und abgeschoben. Wie viele? Um dies festzustellen, müssten die alten Akten wieder aufgemacht werden. Die Menschen sind ja weg, die Akten geschlossen, oder wie war dies gemeint? Die Mitarbeiter wurden belehrt, wieder einmal? Warum wurden die Anweisenden nicht bestraft („Weser-Kurier“ vom 13. Juni 2010)? Dies sollte umgehend nachgeholt werden! Wer hat es gemerkt? „Die Linke“ hat beim Senat nachgefragt! Links wirkt!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Deutsche Bank will „weltanschaulich begründete Kontenkündigung“

Keine drei Wochen ist es her, dass von Regierung ein 80-Milliarden-Krisenprogramm verkündet wurde – wohlgemerkt kein Milliarden-Programm zur Stützung irgendwelcher Banken, sondern diesmal ein Programm, um 80 Milliarden uns aus der Tasche zu ziehen: ein Programm vor allem gegen Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger und Familien. Jetzt kommt schon der nächste Schlag: Der Krankenkassenbeitrag soll von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht werden. Damit dürfen sie nicht durchkommen! Es ist höchste Zeit, auf die Straße zu gehen. In Lüdenscheid ist bereits die 2004 eingestellte Montagsdemo wiederauferstanden.

Entgegen mancher Meldungen ist die Arbeitslosigkeit in Europa nicht gesunken, über zehn Prozent liegt sie im Durchschnitt, die ugendarbeitslosigkeit – was das Schlimmste ist – über 20, in Spanien sogar über 40 Prozent. Am Donnerstag dieser Woche ist sechster Generalstreik in Griechenland. In Deutschland leben 14 Prozent unter der Armutsgrenze, in Bremen sogar 22 Prozent, Spitzenreiter ist jedoch Leipzig mit 27 Prozent. In dieser Lage hat die Vorbereitung der bundesweiten **Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **16. Oktober 2010** begonnen. Aufstehen für eine lebenswerte Zukunft! Von Athen bis Berlin: Weg mit der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung! Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!

Letzte Woche war „Public Viewing“ bei der Bundespräsidentenwahl. Mein herzlicher Glückwunsch an die Linkspartei, nicht der „Verlockung“ erlegen zu sein,

den rot-grünen Kandidaten zu wählen! Joachim Gauck ist nämlich Befürworter von Afghanistan-Krieg und Agenda 2010, außerdem ein extremer Antikommunist. Immer mehr Leute denken aber über den Tellerrand des Grundgesetzes der kapitalistischen Bundesrepublik hinaus! Deshalb wird in letzter Zeit immer öfter die Keule des „Linksextremismus“ rausgeholt.

Dazu gehört auch der politisch motivierte Bankenboykott gegen die MLPD. Am 15. Juli 2010 ist der Haupttermin, das Eilverfahren im Januar hat die MLPD bereits gewonnen. Die Deutsche Bank behauptet nun, dass eine „weltanschaulich begründete Kündigung wegen der marxistisch-leninistischen Haltung nicht unzulässig“ sei. Mit Marxisten-Leninisten kann man also machen, was man will? Als nächstes stellen dann vielleicht SWB oder RWE Strom und Wasser ab, weil ihnen die marxistisch-leninistische Gesinnung nicht gefällt. Ich werde euch mit Flugblättern auf dem Laufenden halten! Bisher hat Deutsche Bank noch nie gegen die MLPD gewonnen – auch dank der großen Solidarität.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

286. Bremer Montagsdemo am 12. 07. 2010

Sparvorschläge roter Bundesbanker und schwarz-gelber Klientelpolitiker

1. In einem sind sich die schwarz-gelben Politiker und der „rote“ Bundesbanker Sarrazin, Mitglied der SPD, anscheinend vollkommen einig: Es muss gespart werden, koste es, was es wolle! Da kam schon vor längerer Zeit der erste Vorschlag des jetzigen Bundesbankers Sarrazin, Hartz-IV-Empfänger sollten sich gefälligst einen dicken Pullover anziehen, dadurch könne man Heizkosten einsparen. Später kam der sinngemäße Hinweis von ihm, Warmduscher würden im Leben sowieso kaum etwas erreichen. Die jetzige schwarz-gelbe Regierung nahm diese Vorschläge eines Finanzexperten der SPD und der Bundesbank freudig auf. Folgendes konnte man hierzu in der Presse nachlesen: Die Bundesregierung plant das Wohngeld ab 2011 um 40 Prozent zu kürzen. Sie will das Wohngeldgesetz entsprechend ändern und die Ausgaben von derzeit 800 auf 491 Millionen Euro reduzieren.

Im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung war zunächst nur die Rede vom Wegfall des Heizkostenzuschusses. Dieser wurde aufgrund gestiegener Energiekosten eingeführt. Nun soll jedoch auch das Wohngeld insgesamt zusammengekürzt werden. Doch diese Maßnahme wird dazu führen, dass nun mehr wieder mehr Menschen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sein werden, denn bislang konnten einkommensschwache Familien mit dem Wohngeld einen drohenden Hartz-IV-Bezug verhindern. Zudem sind viele Rentner ebenfalls auf Wohngeld angewiesen, weil die geringe Rente nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. Derzeit beziehen laut Angaben des Statistischen Bundesamtes rund eine Millionen Menschen Wohngeld. Im Durchschnitt erhält jeder Wohngeldbezieher 142 Euro im Monat.

Der Präsident des „Deutschen Mieterbundes“, Franz-Georg Rips, kritisierte die geplanten Kürzungen als einen „beispiellosen sozialen Kahlschlag“: „Wohngeldkürzungen und damit Kürzungen von Sozialleistungen für einkommensschwache Haushalte um 40 Prozent hat es noch nie gegeben. Für uns sind die Re-

gierungspläne völlig unakzeptabel“, so Rips in einem Interview. Viele Haushalte werden aufgrund der Gesetzesänderung keine Zuschüsse mehr erhalten, andere müssen sich mit viel weniger Wohngeld zufrieden geben. Auch Rips befürchtet, dass viele Familien nun aufstockende Hartz-IV-Leistungen beantragen müssen.

Eigentlich muss man sich wundern: Da macht diese Regierung aufgrund von Vorschlägen eines Finanzexperten der SPD Politik gegen ihre eigene Klientel, nämlich gegen die Vermieter in Deutschland! Man muss wirklich allen Hartz-IV-Empfängern und Arbeitnehmer(inne)n daraus folgend empfehlen, die Vorschläge des Thilo Sarrazin im nächsten Winter gründlichst anzunehmen und auch umzusetzen! Vielleicht kann man ja, wenn man sich sogar noch einen zweiten oder dritten dicken Pullover überzieht, die Heizungen auf Null drehen und, damit auch kein Wärmeverlust entsteht, alle Fenster und Türen möglichst ständig geschlossen halten? Bestimmt reicht dann der erzielte Lohn auch immer für die Mietkosten!

Für entstandene Schäden durch unzureichendes Heizen und Lüften, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an den vermieteten Wohnungen entstehen und die eventuell ein Vielfaches der jetzt eingesparten Heizkosten betragen könnten, sollten die Vermieter einfach die von ihnen selbst favorisierten Parteien, Experten oder auch gleich diese schwarz-gelbe Regierung in Haftung nehmen. Von den durch diese asoziale Politik geschädigten Arbeitnehmer(inne)n sowie von den Hartz-IV-Empfängern dürfte kaum noch etwas zu holen sein, sodass Regressansprüche der Vermieter in dieser Richtung wohl ins Leere laufen dürften.

Vielleicht werden sich die Vermieter in Deutschland rechtzeitig genug für diese Vorschläge eines „roten“ Bundesbankers und der schwarz-gelben Klientelpolitiker ausdrücklich bei diesen bedanken? Eines ist sicher: Der nächste Winter kommt bestimmt. Die ärmeren Mieter sollten diese Sparvorschläge gründlichst umsetzen und dabei auch berücksichtigen: „Ein Warmduscher ist noch nie weit gekommen im Leben!“ Vielleicht hat Thilo Sarrazin mit diesem Spruch zum Thema ganz ungewollt sogar mal recht? Mit sozialistischem Gruß.

2. Die Ermittlungen aufgrund meiner Strafanzeige wegen **Lohnwucher** wurden durch die Staatsanwaltschaft Oldenburg eingestellt. Einen weiteren Kommentar hierzu möchte ich mir schenken. Es war ein Versuch, zu dem mir der Ausgang von vornherein klar war. Nur seltsam, dass ich von Oberstaatsanwalt Preut überhaupt nicht weiter zu meinen Anschuldigungen befragt wurde, obwohl ich das in meiner Strafanzeige angeboten hatte. Nachstehend mein Antwortschreiben:

An die Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg! Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den im Betreff aufgeführten Bescheid lege ich hiermit Widerspruch und Beschwerde ein. Mit Verwunderung muss ich feststellen, dass die Staatsanwaltschaft Oldenburg überhaupt nicht auf mein Angebot aus der Strafanzeige einging, für weitere Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Deshalb muss sich bei mir der Verdacht einstellen, dass die Ermittlungen nur unzureichend geführt wurden. Ob gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen wurde, vermag ich nicht zu beurteilen.

Ich bitte daher darum, die Akte der Staatsanwaltschaft Oldenburg zum im Betreff aufgeführten Aktenzeichen beizuziehen und um Mitteilung eines Termins, bei dem ich meine Anzeige durch Vorlage von Beweisen ergänzen kann, auch um meiner eigenen Sorgfaltspflicht im Umgang mit Strafanzeigen ausdrücklich zu entsprechen. Meinen bisherigen Verdacht zu Lohnwucher und Anstiftung zur Schwarzarbeit beziehungsweise Beihilfe halte ich gegen alle betroffenen Personen insgesamt aufrecht. Ich bitte um Bestätigung des Einganges dieses Schreibens. Mit freundlichen Grüßen.

3. Einhundertsechzigtausend „**Bürgerarbeiter**“ könnten künftig beispielsweise Laub aufsammeln, schlägt Arbeitsministerin von der Leyen vor. Das dürfte im Winter schwierig werden, desgleichen im Frühjahr und Sommer – es sei denn, man würde das abgefallene *braune* Laub auf Fäden ziehen und wieder in die Bäume hängen lassen, gut sichtbar für unsere europäischen Nachbarstaaten! Ein Problem dürfte es allerdings innerhalb der drei Jahre dieser Beschäftigung wohl geben: Spätestens am Ende dieses Zeitraums würden die Bäume aufgrund der im Frühjahr nachgewachsenen grünen Blätter unter der braunen Last zusammenbrechen – vielleicht wie Banken und Wirtschaft, oder doch eher wie die Menschen?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Höchster kapitalistischer Wunsch ist es, den möglichst kleinen Teil der Gesellschaft zur Zwangsarbeit zu verdammen: Das Römische Proletariat wurde durch staatliche Fürsorge an der Ausbeutung der unterworfenen Welt beteiligt und damit weitgehend von eigener Arbeit befreit *(„Infopartisan“)*

Leyens Einstieg in die gemeinnützige Zwangsarbeit

1. Eigentlich fallen Zimmermädchen unter die Kategorie „Mindestlöhnerinnen“. Doch uneigentlich lassen sich viele Hotelmanager eine Menge einfallen, um die Reinigungskräfte mit weitaus weniger abspeisen zu können. Wie kann es sein, dass viele Zimmermädchen für Stundenlöhne von drei Euro arbeiten, obwohl der gesetzliche **Mindestlohn** für Gebäudereiniger, zu denen auch Zimmermädchen zählen, 8,40 Euro beträgt? Oh, das lässt sich ganz einfach drehen, wenn im Arbeitsvertrag der

Stundenlohn einfach übergangen wird, indem sich die Vergütung nun nach der Anzahl der bearbeiteten Hotelzimmer richtet!

Im krassen Gegensatz zu den Preisen, die die Gäste für eine Übernachtung zahlen müssen, bekommen die Zimmermädchen dann nur popelige 50 Cent für die Reinigung eines Zimmers, in dem der Gast noch weitere Nächte bleibt; 75 Cent für das Bad dieses Zimmers; 3,50 Euro für ein großes Zimmer, wenn Gäste abreisen und die Betten frisch bezogen werden müssen; 2,80 Euro für ein kleines. Um auf den gesetzlichen Mindestlohn zu kommen, müssten pro Stunde in mehr als sechs Zimmern die Betten gemacht und die Bäder geputzt werden, was natürlich nicht zu schaffen ist. Weil häufig Ausländerinnen mit mangelhaften Deutschkenntnissen diese Tätigkeiten verrichten, verstehen sie oft die Zusammenhänge nicht, oder sie trauen sich nicht, sich gegen diese Art der Ausbeutung zu wehren. Wo bleiben die Gewerkschaften, wo die Staatsanwaltschaft, um diesem Lohnwucher Einhalt zu gebieten? Denn es ist möglich, sich dagegen zur Wehr zu setzen, und, wie ich finde, geradezu eine Pflicht angesichts der Tatsache, dass die Hoteliers schließlich eben erst von der schwarz-gelben Bundesregierung mit einer milliardenschweren Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen beschenkt wurden.

2. Der Berliner Architekt Le Van Bo veröffentlicht im Internet Bauanleitungen für sogenannte Hartz-IV-Möbel. Die Stücke sind günstig, leicht zu bauen, und eine Volkshochschule bietet nun sogar Kurse dafür an. Der Sessel, der neuen Glanz in die Wohnungen von Bedürftigen bringen soll, besteht aus einem Kiefernbrett und einem drei Meter langen Stück Jutegurt. Selbst Laien sollen den 24-Euro-Sessel innerhalb von 24 Stunden mit Säge, Hobel, Leim und Schraubzwingen nachbauen können. Die Idee vom guten Design zum Selberbauen kommt gut an, wittern Experten bereits einen Trend. Auch ein Hartz-IV-Tisch ist geplant. Ob es bald Hartz-IV-Werkstätten gibt, wo Erwerbslose dann für einen Euro eine Stunde lang ihre Möbel zusammenbauen können, oder werden demnächst Bescheide zum Selberbasteln verschickt? Wie wäre es mit dem Hartz-IV-Auto, bestehend aus einem Stecksatz für Anfänger und einem für Fortgeschrittene? Wann kommt die Hartz-IV-Unterkunft, schön wind- und wetterfest für die ganze Familie, oder Hartz-IV-Kleidung zum Selbernähen? Nichts gegen Kreativität, aber wie wäre es damit, allen Menschen genügend *Geld* zur Verfügung zu stellen, damit sie wie alle anderen auch – ohne stigmatisierende **Extrakaufhäuser**, -kurse und so weiter – leben und erwerben können, was sie brauchen!

3. Die **Leiharbeit** hat als Brücke in die Festanstellung kläglich versagt. Sie verhilft nicht nur kaum einem Arbeitslosen zu einem regulären Job, sondern avanciert stattdessen zur Bedrohung für die Stammbelegschaft. Wir müssen beinah dem Milliardär Anton Schlecker dankbar sein, dass er nur allzu deutlich aufzeigte, wie weit sich die noch von Bundeskanzler Schröder erleichterte Ausweitung der Leiharbeit ausreizen lässt! Anton Schlecker entließ unverblümt und systematisch

Verkäuferinnen in seinen Filialen und stellte sie für fast die Hälfte des Lohnes als Leiharbeiterinnen wieder ein. Ursprünglich sollten die Unternehmen leichter Arbeitskräfte auf Zeit bei Auftragsspitzen einsetzen können und Erwerbslose durch die Leiharbeit eine Brücke zu einem festen Job finden. Doch weil es in Deutschland keine vernünftigen Gesetze gibt, die Leiharbeit begrenzen, sind dem Missbrauch durch die Unternehmer Tür und Tor weit geöffnet worden!

Inzwischen stellen in jedem zehnten Entleihbetrieb Leiharbeitskräfte bereits mehr als ein Fünftel der Belegschaft. Nirgendwo sonst in Europa ist in der Metall- und Elektroindustrie bereits fast ein Viertel der Leiharbeiter länger als zwölf Monate in einem Unternehmen beschäftigt. Es sieht nach einem Wink mit dem Eiffelturm aus, dass die Entleihfirmen diese Form der Beschäftigung nicht mehr ausschließlich nutzen, um kurzfristig auf Schwankungen der Nachfrage zu reagieren, sondern um sich aus dem Kündigungsschutz herauszukaufen und die Arbeitsstandards sowie die tariflichen Löhne zu reduzieren. Leider gibt es inzwischen viele Unternehmen in allen möglichen Branchen, die junge Menschen ausbilden und ihnen hinterher sagen, dass es für sie keine Anstellung geben kann, außer wenn sie zur hauseigenen Zeitarbeitsfirma gehen, um sich dann zu geringeren Löhnen, aber dafür weniger Urlaub Arbeit im gleichen Haus zu besorgen.

4. Ein Immobilienbesitzer wollte Punks und Obdachlose mit einer Berieselungsanlage vor dem H&M-Geschäft in Osnabrück vertreiben. Offiziell sollte das Wasser den angeblich besonders verschmutzten Boden sauber halten, in Wirklichkeit aber wohl eher dafür sorgen, unliebsame Gäste loszuwerden. Dass sie im Straßenbild nicht erwünscht sind, müssen die Punks häufiger feststellen. So kommt es immer wieder vor, dass Passanten die Punks ungefragt auffordern, sich einen Job zu suchen. Die Berieselungsanlage nahmen die Punks aber auch mit Humor und spotteten, dass es hier wohl eher um *Sozialhygiene* gegangen sei. Der Grundstückseigentümer bestreitet natürlich, dass er überhaupt jemanden habe verdrängen wollen. Vielmehr sei es vor dem Kleidungsgeschäft besonders schmutzig gewesen. Er habe dort regelmäßig Kotze und Pisse wegwischen müssen.

Es darf jedoch bezweifelt werden, dass der Immobilienbesitzer die Wasseranlage aus purer Reinlichkeit einsetze, weil er vor etwa zwei Jahren am selben Ort schon einen hochfrequenten Störgeräuscherzeuger anbrachte, der einen schrillen Dauerton produzierte. Angeblich habe er damals nur die unangeleinten Hunde der Punks vertreiben wollen. Ich finde es beruhigend, dass die Stadt keine der Anlagen des Immobilienbesitzers duldete. Andernfalls könnten sich vielleicht solche Zustände einbürgern, dass Fußgängerzonen nur noch für Konsumenten offen wären: Wer kein Geld ausgeben wolle oder könne, müsste sich „zum Teufel scheren“. Wer sich dann nicht dem Moloch Geld und dem Götzen Konsum unterwerfen wolle, der dürfe die Reichen bei ihrem Shoppingerlebnis jedenfalls nicht in Gestalt seiner Randgruppe einfach stören. Andererseits werden die **Obdachlosen** vielerorts bereits aus der Innenstadt weggeholt, weil sie das harmonische Stadtbild stören würden.

5. Es scheint das schwarz-gelbe Gruselkabinett nicht die Bohne zu interessieren, wenn ihm das Bundesverfassungsgericht einen fortgesetzten Bruch des Grundgesetzes vorhält! Noch im Februar rügten die Karlsruher Richter, dass die **Regelsätze** für Kinder nach dem Hartz-IV-Gesetz völlig willkürlich festgelegt worden und daher verfassungswidrig sind. Deswegen verlangten sie, dass die Sätze bis zum 1. Januar 2011 an den tatsächlichen Bedarf anzupassen seien. Doch die Bundesregierung will an den 1,7 Millionen Kindern der verschmähten Erwerbslosen lieber so gut wie kein bisschen mehr Geld ausgeben als zuvor. Der Entwurf des Bundeshaushalts 2011 sieht für die Umsetzung des Urteils 480 Millionen Euro vor, was rechnerisch magere 23 Euro pro Kind und Monat ausmacht. Damit werden sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch die Familien, deren Kinder vom Hartz-IV-Bezug leben müssen, verhöhnt! Wir dürfen nicht vergessen, dass die Koalition erst im Juni die Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Bezieher beschloss, um 400 Millionen Euro einzusparen!

Auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ erklärte, dass die Kinder unter diesem Armutsdekret sogar schlechter dastünden als vor dem Verfassungsgerichtsurteil. Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung aufforderte, mehr für Kinder in Armut zu tun, spart der Finanzminister unbeirrt weiter ein. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider, wertet das Vorhaben der Bundesregierung als „neuerliche Attacke gegen Hartz-IV-Bezieher“. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Diana Golze, sagte, dass die Vorschläge der Arbeitsministerin zur Förderung von Kindern in Hartz-IV-Bezug eine Mogelpackung seien, weil sich der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nicht durch Chipkarten für Musikschulen und Nachhilfestunden erfüllen lasse. Dass die bisherigen Regelsätze in allen Lebensbereichen völlig unzureichend sind, und zwar von gesunder Ernährung über ausreichende Kleidung bis hin zu kultureller Teilhabe, scheint die Ministerin nicht zu interessieren, und so zahlen am Ende wieder einmal die betroffenen Kinder und deren Familien die Zeche. Etliche Eltern werden die Gutscheine für ihre Kinder wahrscheinlich noch nicht mal einreichen, um die Kinder nicht noch mehr zu stigmatisieren.

6. Die Bundesregierung verteilt immer maßloser von unten nach oben, was sich auch bei der letzte Woche beschlossenen **Gesundheitsreform** bemerkbar macht. Experten stellen ein deutliches Ungleichgewicht in der Kostenverteilung fest und befürchten das Ende des Solidaritätsprinzips. Der Vorsitzende des „Paritätischen Wohlfahrtsverband“, Dr. med. Eberhard Jüttner, kritisierte, dass Regierungspläne die Lizenz zum unbegrenzten Abkassieren der Versicherten wären. Mit dem Verzicht auf den versprochenen Sozialausgleich und mit der Erleichterung eines Wechsels in die Private Krankenversicherung, wodurch Gutverdienern die Flucht aus der solidarischen Krankenversicherung erleichtert werde, kündige die Bundesregierung das Prinzip der solidarischen Krankenversicherung endgültig auf. Rentnern und einkommensschwachen Versicherten drohen drastische Beitragssteigerungen, die völlig unverhältnismäßig und einseitig sind! Es liegt doch auf

der Hand, dass nur eine echte Bürgerversicherung, in die *alle* Bürger gemäß all ihrer Einkommensarten einzahlen, die Gesundheitskosten unserer alternden Gesellschaft gerecht finanzieren kann! Aber ein solidarisches Gesundheitssystem auf hohem Niveau scheint politisch eben gar nicht gewollt zu sein!

7. Jetzt wird es Ernst, wenn die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen unbedingt ihre bescheidene Zwangs-, äh: **Bürgerarbeit** durchzusetzen gedenkt. Für Langzeitarbeitslose ohne Jobperspektive will sie rund 34.000 Plätze zur gemeinnützigen Arbeit schaffen. Bis zu drei Jahren sollen Hartz-IV-Bezieher einen festen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz erhalten und für eine 30-Stunden-Woche 900 Euro brutto im Monat bekommen. Die Annahme, Erwerbslosen müssten für einen Apfel und ein Ei aktiviert werden, setzt ein Menschenbild voraus, demnach Erwerbslose den ganzen Tag unmotiviert und unstrukturiert vor der Glotze abhängen, in der einen Hand die Bierflasche, in der anderen die Zigarette. Erwerbslose benötigen vielmehr echte Arbeitsplätze, die den Namen auch verdienen, und wo sie nebenbei nicht noch mit dem menschenverachtenden ALG II aufstocken müssen. Arbeit muss sich wieder lohnen: Also her mit vernünftig bezahlten Jobs! Aus welchem Grund sollen Erwerbslose dazu bereit sein, für so wenig Geld arbeiten zu wollen? Andere Menschen werden doch auch anständig bezahlt! Wer soll denn von einem „Gehalt“ von 900 Euro brutto seine Familie ernähren können?

Aber noch schlimmer ist der offensichtliche Einstieg in den Zwang zur Arbeit: Jeder Erwerbslose kann erpresst werden, gegen seinen Willen nahezu in Vollzeit, in jedweder Tätigkeit, unabhängig von der Qualifikation, für seine bloße Existenz zu schuften. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Sabine Zimmermann, erklärte weiterhin, Erwerbslose im Hartz-IV-System könnten in Zukunft gezwungen werden, im Rahmen der Bürgerarbeit jeden erhaltenen Euro Sozialleistung abzuarbeiten, wobei im Regelfall der Verdienst aus der Bürgerarbeit das Niveau von Hartz IV nicht überschreiten wird und bei Ablehnung die Leistung bis zur totalen Streichung gekürzt werden darf. Völlig ungeklärt ist zudem die Frage, wie garantiert werden kann, dass die Bürgerarbeitsplätze tatsächlich zusätzlich sind und keine bestehenden Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. Klammheimlich wird hier das Sozialstaatsprinzip von Workfare nach amerikanischem Vorbild abgelöst, wonach staatliche Transferleistungen eben mit einer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verknüpft werden.

8. Letzte Woche ließ der Bundesrat das von Bundesbildungsministerin Annette Schavan initiierte nationale Stipendienprogramm passieren, mit dem künftig die besten Studierenden gefördert werden sollen, selbstredend vollkommen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Hochschulen und Sponsoren aus der Wirtschaft, von denen die Hälfte der Mittel kommen soll, entscheiden, wer die 300 Euro monatlich bekommt. Wäre der Zugang zu einer „normalen“ Bildungskarriere an einer Uni für alle gleichermaßen möglich, dann wäre nichts gegen eine

Eliteförderung einzuwenden, aber den gibt es ganz und gar nicht. Sollen hier nur wieder Studenten gefördert werden, die ohnehin von zu Hause die beste Förderung samt dem nötigen Portemonnaie mitbringen? Die Forderung, dass „wieder Eliten gebraucht“ würden, gilt spätestens seit dem Regierungsantritt von SPD-Kanzler Gerhard Schröder 1998 nicht mehr als anrüchig.

Seitdem gleicht das öffentliche, alle integrierende Bildungssystem eher einem Steinbruch. Gleichzeitig schießen private Eliteschulen und -universitäten aus dem Boden, für deren Gründung und Betrieb es selbstverständlich Steuergelder gibt. Aber beim Bafög wird noch nicht einmal die von Regierung und Parlament beschlossene minimale Erhöhung von lachhaften zwei Prozent umgesetzt. Jene, die wirklich auf Unterstützung angewiesen sind, sollen sich gedulden. Aber immerhin hielt Schwarz-Gelb Wort: Es ist das Wort der sozialen Ausgrenzung und der klaren Klientelpolitik. Mit ihrer Eliteförderung sollen nur die weiter gefördert werden, die bereits zur Elite gehören! Fälschlicherweise werden ausgerechnet jene Menschen, die sich aufgrund ihrer Herkunft nie wirklich anstrengen mussten, zu den Leistungsträgern gerechnet. Dabei zeigt nahezu jede Studie zum Thema eindeutig auf, dass „Leistung“ in erster Linie ein kulturelles „Erbgut“ ist, denn in Deutschland hängt der Bildungsabschluss der Kinder vom Bildungsniveau der Eltern ab.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Gemeinsam mit Menschen gleicher Meinung etwas erkämpfen

1. Was ich für heute vorbereitet hatte, kann ich nun doch nicht alles vortragen, aber diese Sache mit der Unfähigkeit bestimmter Behördenmitarbeiter wollte ich doch kurz noch mal zur Sprache bringen. Ich wohne seit circa anderthalb Jahren in meiner Gröpelinger Wohnung. Kürzlich ist jemand mit eingezogen, was sich aber innerhalb weniger Wochen wieder zerschlagen hat, sodass sich die **Miete** noch nicht einmal angepasst hatte.

Der alte Mietvertrag ist erneuert worden, und die Nebenkosten sind somit natürlich wieder die gleichen wie zuvor. Nun werde ich vom Sachbearbeiter schriftlich auf meine Mitwirkungspflicht hingewiesen: Ich möge mitteilen, seit wann ich dort nun genau wohne und wie die Nebenkosten sich geändert haben – obwohl ich meinen Vertrag eingereicht habe. Dieser Mensch ist also offensichtlich nicht einmal in der Lage, eine Akte zu öffnen, oder die von ihm

selbst angeforderten Unterlagen einzusehen! Oder es ist reinste Schikane. So arbeiten teils Behörden. Ich habe natürlich eine gerichtsverwertbare Beschwerde hingeschrieben. Schauen wir mal, was nun dabei rauskommt. Ich werde weiter darüber berichten.

2. Ich möchte eine Art Selbstkritik an die Bremer Montagsdemo richten, dass man nicht mehr nur „meckert“, sich beschwert sowie Forderungen stellt, was auch sehr gut und wichtig ist, sondern auch beginnt, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Darauf sagte jemand mit ernstem Blick, das sei so nicht in Ordnung, ich würde die Montagsdemo damit nur schlechtmachen und die Leute von hier verjagen. Bei der nächsten Aussage eines anderen Mitstreiters ist mir klar geworden, wo ich mich falsch ausgedrückt hatte. Ich habe dies dann mit einer öffentlichen Entschuldigung aufgeklärt.

Ich möchte, dass man nach den **Demonstrationen** – so wie ich auch mit zur Antiatomdemo in Berlin war (nun sollen die Kraftwerkslaufzeiten doch wieder verlängert werden, so viel zu Demos, ohne darüber hinauszugehen!) – weiter auch gemeinsam mit Menschen gleicher Meinung etwas zu erreichen erkämpft, und sei es nur eine Zustimmung oder Ablehnung, wenn auch nicht geradezu Engagement innerhalb bestimmter Gruppen. Der erste Mitstreiter meinte, er sei dagegen: Wenn Leute zur Demo kämen, wäre das schon genug. Doch das ist leider nicht so. Niemand muss mehr machen, nur sollte man sich auch nicht ärgern oder wundern, wenn nichts weiter passiert, solange man sich nicht mit engagiert. Dazu mehr nächste Woche.

Pete Ording (parteilos oder -gründend)

Mit dem Kahlschlag dürfen sie nicht durchkommen!

In den letzten beiden Wochen hat die Bundesregierung im Schatten von Fußballweltmeisterschaft und Ferienzeit zwei weitere Angriffe auf das Volk gestartet:

1. Ab Januar 2011 sollen 160.000 Langzeitarbeitslose zur „Bürgerarbeit“ verdonnert werden. Das Projekt beginnt bereits am 15. Juli 2010 bundesweit in 197 Jobcentern – darunter auch bei der Arge in Bremen und Bremerhaven. In einer sechsmonatigen sogenannten „Aktivierungsphase“ sollen die Langzeitarbeitslosen für den Arbeitsmarkt „fit gemacht“ werden: „Vier von fünf Arbeitslosen werden auf diese Weise vermittelt oder verzichten freiwillig auf Regelleistungen“, behauptet Arbeitsministerin von der Leyen.
   Interessant ist dabei der zweite Teil des Satzes: Wer verzichtet denn freiwillig auf Regelleistungen, die er braucht? Dahinter kann nur die Hoffnung stecken,

dass die angebotenen Billigjobs von den Arbeitslosen abgelehnt werden und sie dadurch die Regelleistungen verlieren und im Heer der amtlich nicht registrierten Arbeitslosen landen. 34.000 Arbeitslose werden nach Schätzung der Regierung noch übrig bleiben und zur „Bürgerarbeit“ gezwungen. Für 30 Wochenstunden bekommen sie dann monatlich 900 Euro brutto für pflegende Tätigkeiten bei älteren oder behinderten Menschen, für Sportunterricht bei Kindern und Jugendlichen oder beim Aufsammeln von Laub.
Diese Bürgerarbeit muss aus drei Gründen abgelehnt werden: Erstens drückt sie Zehntausende in Armut, denn wer kann von einem Vollzeit-Job mit netto 700 Euro leben? Zweitens wird sie bestehende Beschäftigungsverhältnisse vernichten, wie wir es bisher bei den Ein-Euro-Jobs immer wieder erleben. Drittens ist sie ist **Zwangsarbeit**, denn ihre Ablehnung bedeutet Kürzung und Streichung der Regelleistungen.

2. Die Regierung hat ihr Wahlversprechen gebrochen und durch die Hintertür die **Kopfpauschale** im Gesundheitswesen eingeführt. Die Krankenkassenbeiträge werden ausschließlich auf Kosten der Versicherten ab Januar 2011 von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht. Der Unternehmensbeiträge werden auf 7,3 Prozent eingefroren, was die paritätische Kostenverteilung bei der Sozialversicherung zerschlägt. Alle künftigen Kostensteigerungen haben ausschließlich die Versicherten zu tragen. Dazu kommt, dass die Krankenkassen das Recht haben, Zusatzbeiträge in unbeschränkter Höhe und unabhängig vom Einkommen zu erheben. Meine Nachbarin bekam bereits eine Rechnung von ihrer Krankenkasse über 140 Euro für drei Monate.

Für das Volk kann die Alternative zu dieser Politik des Sozialkahlschlags nur heißen: Die Krisenlasten sollen Konzerne und Banken bezahlen! Würde zum Beispiel die Vermögenssteuer wieder eingeführt, brächte das fast zehn Milliarden Euro ein. Durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 Prozent flössen weitere zig Milliarden Euro in die Staatskasse. Alle Sozialversicherungsbeiträge könnten darüber hinaus durch eine Sozialsteuer von sechs Prozent auf den Umsatz der Unternehmen finanziert werden, wie sie die MLPD seit Jahren fordert.

Die Fußballweltmeisterschaft ist vorbei, die Empörung über die volksfeindliche Politik bestimmt nicht. Durch den breiten aktiven Widerstand können und müssen diese Gesetze zu Fall gebracht werden! Die Montagsdemo setzt sich dafür ein und braucht viele neue Mitstreiter.

Harald Braun

Keine Blumen für Hanni Kraftlos: Minderheitskoalitionsvertrag wälzt Krisenlasten auf Bevölkerungsmehrheit ab *(„Spiegel-Online“)*

Wenn die Wohnung zum Gefängnis wird

Soltau, den 25. Mai 2010. Liebe Freunde und Freundinnen, morgen werde ich aus der Reha entlassen. Nur ist das kein freudiger Anlass. So dachte ich, wenn ich gesund die Reha verlasse, könnte ich mich bei euch für eure Hilfe bedanken und mit euch ein Fest zusammen feiern. Leider ist dem nicht der Fall: Wir könnten auch ein Fest der Trauer organisieren. Die Reha war für mich persönlich nicht erfolgreich. Was nützt einem das Laufenkönnen, wenn das Bein dauernd dick wird und Schmerzen verursacht beim Treppensteigen und anderen Aktivitäten? Geheilt verlasse ich die Reha nicht, sondern muss mich nach ärztlichen Angaben ein bis zwei Jahre mit den Folgen des Gelenkknöchelbruchs herumquälen! Das Amt für Soziale Dienste verweigert die Kostenübernahme für ein Altersheim, da ich „zu jung“ sei und mich selber anziehen und waschen könne. So wird der Mensch in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft nur als Kostenfaktor gesehen und behandelt! Ich soll mich jetzt die ganze Zeit in einer Wohnung aufhalten, die zum Gefängnis wird! Die Heilungschancen werden dadurch zunichte gemacht. Um den Knochen zu entlasten, ist eine Gewichtsabnahme wichtig. Gesunde Ernährung und Bewegung sind die Voraussetzungen dafür, erklärte mir eine Ernährungsberaterin. Wird die Wohnung zum Gefängnis, sind diese Bedingungen nicht geben. Die Wohnung wird zur Todesfalle!

Mit der Stationsärztin hätte ich ein interessantes Gespräch. Sie erklärte mir: „Sie müssen daheim die Treppe hoch und runter steigen, aber das haben Sie ja eine Woche geübt.“ Ich sagte: „Sie wissen doch, dass es ein oder zwei Jahre dauert, bis das Bein wieder in Ordung ist! Was ich in der Reha geübt habe, kann ich schließlich nicht anwenden wie Wassergymnastik, wenn ich in der Wohnung bin.“ Sie sagte: „Wenn Sie das Geld haben, alles selbst zu finanzieren, können Sie das ja machen mit den Heim oder der Reha.“ Ich entgegnete: „Sie wissen doch genau, dass ich gar nichts finanzieren kann! “ Aus diesen ärztlichen Verlautbarungen wird klar, das der Mensch nur als Kostenfaktor nur betrachtet wird! Auch der Oberärztin zeigte ich das dicke Bein. Sie erklärte mir: „Das ist nicht *so* dick.“ Ich sagte ihr, dass ich Schmerzen habe. Sie meinte: „Sie können ja einmal die Treppen hoch und runter gehen.“ Es stellt sich hier die Frage: Was nützt es eine, die Treppen hoch und runter zu gehen, wenn frau danach nicht mehr laufen kann? Vom Alltagsleben mit Einkaufen und Haushalt versorgen wie vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben wird sie ausgeschlossen!

Als Kind war ich durch die Schwarze Heimpädagogik traumatisiert, emotional vernachlässigt und erpressbar. Für heimgeschädigte Kinder ist wichtig, als Erwachsene ihre Rechte zu erhalten: 1. Der Mensch darf nicht als Kostenfaktor betrachtet und behandelt werden, er hat als Mensch im Mittelpunkt des Geschehens zu stehen, mit seinen sozialen, ökologischen, gesundheitlichen und kulturellen Bedürfnissen. 2. Der gesetzliche Träger muss die Kosten dafür übernehmen, eine Vertrauensperson als Begleitung in eine Reha- oder Kureinrichtung mitzubringen. 3. Die Fahrkosten für den Besuch am Wochenende werden voll und ganz übernommen. 4. Damit die Reha nicht zum Gefängnis wird, sind öffentliche Verkehrsmittel an Werk-, Sonn- und Feiertagen kostenlos zur Verfügung zu stellen, um es zu ermöglichen, die Einrichtung zu verlassen und Besuch empfangen zu können. 5. Auch die Wohnung darf nicht zum Gefängnis für Menschen daheim werden.

Für Menschen, die in Kinder- und Jugendheimen lebten und Opfer der Schwarzen Erziehungsmethoden wurden, ist es schier unerträglich, beispielsweise wie ich keine Treppen hoch- und runtersteigen zu können, ohne dass dieses Unterfangen zu gesundheitlichen Schäden beiträgt in der Art, dass das Bein dick anschwillt und Schmerzen verursacht. So kann das Alltagsleben nicht mehr bewältigt werden. Am kulturellen und sozialen Leben wird eine Teilnahme unmöglich. Die Wohnung wird so für alle betroffenen Menschen, ganz besonders für geschädigte Heimkinder, zum Gefängnis und könnte zur Todesfalle werden. Das Amt für Soziale Dienste ignoriert aber die gesundheitlichen Probleme, die durch den Unfall auf Glatteis am 5 Januar 2010 geschehen sind, als die öffentlichen Wege nicht gestreut waren, und entzieht sich der gesellschaftlichen Verantwortung. Das Amt ist ein Teil der Stadt Bremen, und diese ist verpflichtet, die Folgekosten zu tragen und den Opfern Schmerzensgeld zu zahlen!

Für Rehas ist erforderlich, dass die Menschen nicht in die Hilflosigkeit entlassen werden und auch Therapiemöglichkeiten wahrnehmen können, zum Beispiel Wasser- oder Krankengymnastik, Therapie an Geräten, um die Belastbarkeit des Fußes mit der Zeit zu erhöhen. Wer eine Wohnung ein oder zwei Jahre lang aus gesundheitlichen Gründen zwangsweise nicht verlassen kann und diese Angebote nicht wahrnimmt, dessen Gesundheitszustand verschlechtert sich. Der in der Reha begonnene Muskelaufbau wird beendet. Muskeln bilden sich schnell zurück und benötigen viel Zeit, um neu wieder aufgebaut zu werden. Eine Reha, die nicht ins Alltagsleben greift und weitergeführt wird, war nicht erfolgreich! Gesundheit ist keine Ware und Privatangelegenheit, sondern gehört zum gesellschaftlichen Leben. So auch die gesunde Ernährung. Menschen, die wie ich als Kind gelernt haben, dass Süßigkeiten Trostpflaster für die Seele sind, da sie einen Mangel an emotionaler Zuneigung erhielten, haben dies im Unterbewusstsein verinnerlicht. Sie greifen zu Süßigkeiten, und es ist verdammt schwer, davon wieder wegzukommen Alkohol und Zigaretten kann man weglassen, nicht aber die Lebensmittel. Diese Kinder benötigen psychologische Hilfe, um aus der Falle der Süßigkeiten als Seelentröster herauszufinden.

Für eine gesunde Ernährung zu sorgen, gehört zum gesellschaftlichen Leben und ist ein Bestandteil einer Gesundheitspolitik, die Herz- Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes vorbeugt. Übergewicht ist durch gesunde Ernährung und Bewegung zu verhindern. Als übergewichtiges Kind wurde ich im Sportunterricht von den andern Kindern ausgelacht und von den Lehrkräften mit schlechten Noten bestraft. Der Sportunterricht wurde zur Schreckenzeit. Winston Churchill soll gesagt haben: “First of all, no sports.” Schauen wir uns den Schulsport sowie den Leistungssport mit seinen Doping-Skandalen und Folgeerkrankungen an, kann dem zugestimmt werden. Hier gehört sich gesellschaftlich etwas geändert für Kinder, die wie ich übergewichtig sind und zudem eine gestörte Feinmotorik haben. Ja, für die Mehrheit der Menschen darf der Sport nicht zum Eingangstor zur Hölle werden! Der Sport gehört zur gesundheitlichen Vorsorge, um Krankheiten zu verhindern. Darum gehört der Freizeitsport versichert bei Unfällen. Der Sport gehört so gestellt, dass die natürliche Freude an der Bewegung nicht zerstört wird!

Für mich als Übergewichtige ist die ungesunde Ernährung auch durch die zu niedrigen Hartz-IV-Regelsätze verursacht. Die machen biologisch gesunde Lebensmittel verdammt teuer! Nach den Trostsüßigkeiten für die Seele und den schlimmen, dramatischen Erfahrungen im Kinder- und Jugendalter war die Reha ein Schock mit ihrer sportlichen Betätigung. Erst durch Einzeltherapien und verständnisvolle Therapeutinnen habe ich wieder die natürliche Freude an der Bewegung zurückerlangt. Das soll mir wieder genommen werden durch eine Wohnung, die zum Gefängnis wird, da ich keine Treppen hoch- und runtersteigen kann, ohne dass mein Bein dick anschwillt und schmerzt? Wie soll ich mich gesund ernähren und bewegen? Wie soll ich da abnehmen, um das Bein langsam vom Körpergewicht zu entlasten? Was wir dringend benötigen, sind behindertengerechte Wohnungen und Lebensräume für Menschen, die Behinderungen aufweisen durch Krankheiten und Unfälle! Wir brauchen Wohnungen, die Möglichkeiten bieten für ein selbstbestimmtes, gesundes, soziales, kulturelles, ökologisches Leben, um die Menschen nicht vom gesellschaftlichen Leben ausschließen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Mahnwache** gegen die **Rüstungshochburg Bremen** am **Freitag**, dem **16. Juli 2010**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide**, vor dem „Kapitel 8“.

Toller Fortschritt: Gutverdienende Männer werden für ein paar Wochen Familienarbeit mit dem Geld armer Mütter entschädigt *(„Freitag“)*

Aber nur für Kinder: Bremer Arge muss künftig Lebensmittel-Gutscheine verteilen, wenn sie Menschen das Geld streicht *(„Tageszeitung“)*

Staatlich verordneter Hunger

Letzte Woche verabschiedete die Regierung ihren Finanzplan bis 2014, und Minister Schäuble lobte sich für die erfolgte„Defizitreduzierung“. In Wirklichkeit werden neue, zusätzliche Schulden in Höhe von 153 Milliarden Euro aufgenommen! Sinken soll lediglich die Höhe der jährlichen Neuverschuldung, von 60 Milliarden 2010 auf 24 Milliarden 2014, und das ausgehend von der Spekulation, dass ein baldiger Wirtschaftsaufschwung bevorsteht.

Und wer soll die alten und die neuen Schulden bezahlen? 80 Milliarden Euro sollen aus den Arbeitslosen, den Hartz-IV- Empfängern und den Familien rausgepresst werden. Um acht Prozent sollen die Sozialausgaben 2011 gegenüber 2010 sinken. Die Erhöhung des Krankenkassenbeitrags von 14,9 auf 15,3 Prozent und der Arbeitslosenversicherung von 2,8 Prozent sind auch gegen die breiten Massen gerichtet.

Die Vorschläge von Ministerin von der Leyen, 34.000 öffentliche Jobs für Langzeitarbeitslose zu schaffen, die dann kein Hartz IV mehr bekommen, aber 900 Euro im Monat, sind auch kein Witz, sondern eine Kampfansage. 900 Euro brutto ohne Wohngeld: Wer soll damit sich, geschweige denn eine Familie, über die Runden bringen? Das ist staatlich verordneter Hunger! Obendrein werden reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängt.

Gegen den ganzen sozialen Kahlschlag ist Widerstand notwendig und angebracht. Wir habe auch Alternativvorschläge: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde allein zehn Milliarden Euro bringen. Vor allen Dingen sollen aber Banken und Konzerne die Krisenlasten bezahlen, diese Spekulanten, die sich auf unsere Kosten die Taschen vollstopfen! Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf zum Beispiel 56 Prozent würde zig Milliarden bringen. Geld ist da, ohne Ende!

Es gibt so viel Geld, dass jene, die es haben, in ihrer Gier, es zu vermehren, nicht mehr auf Produktion, sondern zunehmend nur noch auf hochriskante Spekulation setzen: Das Risiko darf die Allgemeinheit tragen, der Profit fließt in die eigene Tasche. Dieses System ist krank, korrupt, dekadent bis ins Mark! Widerstand weltweit! Letzten Samstag gingen 15.000 Menschen in Stuttgart gegen den Untergrund-Bahnhof auf die Straße. Auch in Wackersdorf und Whyl wurden schädliche Großprojekte verhindert. Alles ist möglich, denn das Volk sind wir!

Derweil wirft die Deutsche Bank das Handtuch. Übermorgen wäre Prozess gewesen, die Hauptverhandlung MLPD gegen Deutsche Bank wegen illegaler Kontenkündigung, wie letzte Woche berichtet. Jetzt hat der Konzern aufgegeben: „Wir wollen den Streit nicht länger fortführen“. Das ist ein Sieg der Solidarität über die Willkür. Wegen Gesinnung kein Konto? Da kann man auch gleich wegen welt-

anschaulicher Differenzen Strom und Wasser abdrehen! Damit kam die Deutsche Bank nicht durch. Aber aufpassen: Da sie aufgegeben hat, gibt es kein Urteil, das heißt es ist jederzeit möglich, dass es erneut zum Angriff kommt. Außerdem wurde gegenüber MLPD und Partnern die Kreditsperre nicht aufgehoben. Deswegen wird der Kampf gegen die Deutsche Bank weitergehen. Dank an alle für die Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Vor Antisemitismus-Vorwurf eingeknickt: Petra Pau schreibt erstaunlichen Brief an die Jüdische Gemeinde in Bremen *(„Die Linke“)*

Jetzt noch der olle Beust: Den CDU-Ministerpräsidenten geht die eigene Partei auf die Nerven *(„Spiegel-Online“)*

Exportflop Hochgeschwindigkeits-Bratröhre: Als Grillhähnchen durch Deutschland *(„Spiegel-Online“)*

Fluch des Lebens

Hast du einmal Kummer
Dann gewöhne dich daran.
Du weißt bestimmt, wie sehr der Stress
Dir deine Stimmung vermiesen kann!

Und bist du unglücklich mit dem,
Was dir so hin- und widerfährt,
Dann warte nicht, bis es sich morgen
Einfach mir nichts dir erklärt.

(Refrain:) Es ist ein Fluch!
Er wird sich in die Länge ziehen,
Ein lebenslanger Fluch,
Aber brechen kann man ihn!

Du hast die Wahl: Entweder jammerst du
Ohne Unterlass
Über die Welt, über das Leben,
Über dies und über das!

Es ist doch alles ungerecht!
Und du bist ’ne arme Sau!
Hast keinen Job, keine Familie,
Keine Kinder, keine Frau.

Hast keine Lust, dein Leben einfach selber
In die Hand zu nehmen.
Es ist zwar scheiße, doch um das zu ändern,
Ist es zu bequem.

Die Merkel dies, der Stoiber jenes,
Und der Westerwelle eh!
Die ganzen Leute, die nur reden,
Und bist du einer von denen? (Refrain)

Ich seh’s ja ein! Es ist nicht alles so
Super optimal.
Aber uns steht doch alles offen:
Wer die Wahl hat, hat die Qual!

Ja, oder du bist froh! Du hast doch alles,
Was Du brauchst!
Du bist im Trocknen, bist satt,
Und deine Bekannten sind’s auch!

Du hast Ideen und zögerst nicht zu lange,
Sie auszuprobieren!
Und denkst dir: „Mensch, ich leb nur einmal!
Was soll schon passieren?“

Du bist doch nicht blöd!
Und wenn doch, naja, dann bilde dich voran.
Das Leben ist zwar kurz, doch zwischendurch
Dauert’s eben lang! (Refrain)

Zwei Straßenmusikanten

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

287. Bremer Montagsdemo am 19. 07. 2010

Bundestagspräsident Lammert wegen Wahlfälschung angezeigt

Endlich erfreuliche Neuigkeiten aus der brütend heißen Berliner Anstalt: Nachdem der seit dem 30. Juni erwiesenermaßen nicht legal amtierende Bundespräsident Wulff schon mal kräftig Spesen gemacht hat, entfleucht er jetzt in seinen sauer verdienten Sommerurlaub („Weser-Kurier“ vom 15. Juli 2010), nicht ohne vorher den Stab seinem Stellvertreter Jens Böhrnsen übergeben zu haben, der jedenfalls besser Bundespräsident „kann“ als er – und außerdem nach den Regularien rechtmäßig amtiert.

Unterdessen liegt bei der Staatsanwaltschaft Berlin eine Strafanzeige gegen Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vor, der die Wahlversammlung geleitet hatte. Darin wirft ihm der langjährige ehemalige Parlamentarier Michael Oswald Hoch aus Niedersachsen Wahlfälschung, Wählertäuschung und Rechtsbeugung vor. Lammert hatte nämlich schon einige Zeit vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung Kenntnis von den dubiosen Vorgängen um die 133 Wahlfrauen und -männer aus Nordrhein-Westfalen. Trotzdem ließ er sie zur Abstimmung bei der Bundespräsidentenwahl zu, obwohl sie über kein legales Mandat verfügten.

Die Wahlfälschung habe Lammert begangen „durch das Herbeiführen eines unrichtigen Ergebnisses sowie durch Täuschung der Mitglieder der Bundesversammlung, sodass diese gegen ihren Willen ungültig gewählt haben, und aufgrund der Leitung und Entscheidung einer Rechtssache, nämlich darüber entschieden zu haben, dass die Wahl des 10. deutschen Bundespräsidenten ordnungsgemäß durchgeführt wurde, wider besseres Wissen.“ So der Text aus der Anzeige. Es ist hammerhart, dass fast nirgendwo in den etablierten Medien ein Sterbenswörtchen zu diesem Fall zu lesen war!

Im § 2 Absatz 2 des Bundespräsidenten-Wahlgesetzes heißt es: „Die Landtage haben die Wahl unverzüglich vorzunehmen. Besteht am Tage der Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 3 kein Landtag oder hat ein Landtag vor Ablauf seiner Wahlperiode die Wahl nicht mehr vorgenommen, so wählt der neue Land-

tag die Mitglieder. Kann der neue Landtag die Wahl nicht mehr rechtzeitig vornehmen, so tritt an seine Stelle der Ausschuss, der verfassungsgemäß die Rechte des Landtages gegenüber der Regierung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wahrnimmt, oder ein vom Landtag für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung gebildeter Ausschuss. Kommt eine rechtzeitige Wahl nicht zustande, so bleiben die auf das Land entfallenden Sitze unbesetzt.“ Legal, illegal, sch...egal! Den ganz normalen Berliner Anstaltswahnsinn ändert keine Wahl!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Argen sanktionieren menschenverachtend, Tote in Kauf nehmend

1. Zum Ende des Monats stellen die Jobcenter schon wieder die **Software** um. In der Vergangenheit gab es nach der Aktualisierung der Software A2LL regelmäßig Systemausfälle und damit auch Verzögerungen bei der Auszahlung der Hartz-IV-Regelleistungen, Anträge wurden nicht oder verspätet bearbeitet. Die Arge in Duisburg scheint sich auf eine Wiederholung solcher Pannen einzustellen und weist auf ihrer Internetseite darauf hin, dass an diesem Tag keine Anträge bearbeitet und auch keine Auszahlungen erfolgen werden, weil das Programm der Arge wegen Umstellungsarbeiten an diesem Tag nicht zur Verfügung stehen würde. Mit der Software A2LL habe es in der Vergangenheit immer wieder Probleme gegeben, und deswegen wolle sich nun auch die Bundesagentur für Arbeit endgültig von ihr verabschieden.

Das neue Programm soll „Allegro“ heißen, was zumindest in der Musik „schnell“ bedeutet und auf Italienisch „fröhlich, lustig, heiter“. Diese drei Attribute erscheinen im Zusammenhang mit dem Umgang der Behörde mit ihrem Klientel gänzlich unangemessen zu sein. Als schnell erlebte ich die Bearbeitung von ALG-II-Anträgen eher selten, schnell ist auch nicht gleichbedeutend mit gut und fachgerecht! So wundert es mich auch nicht, dass es noch etwas dauern soll, bis es zu einer vollständigen Umstellung kommen wird. Bis dahin muss das alte Programm noch ausreichen. Mir tun die vermutlich zahlreichen ALG-II-Bezieher jetzt schon leid, die am Monatsende ohne ihr Geld dastehen werden, dafür stattdessen vielleicht Ärger mit ihren Vermietern bekommen werden und nicht wissen wovon sie ihr Essen bezahlen können sollen. Da entstehen leicht und voller Berechtigung existenzielle Ängste! Ich kann mir nicht vorstellen, dass so eine Um-

stellung nicht auch anders möglich wäre. Früher kamen die Sachbearbeiter doch auch ohne solche Systeme aus! Kann denn nicht wenigstens ein vernünftiges erarbeitet werden, unter dem die Betroffenen der Verfolgungsbetreuung nicht so zu leiden haben?

2. Letzte Woche zeigte das Politmagazin „Fakt“, dass in Deutschland elf Millionen Menschen von **Armut** bedroht sind und Tausende bereits am Existenzminimum leben müssen. Dabei handelt es sich nicht nur um Obdachlose, sondern auch um Rentner, Witwer, Alleinstehende und Alleinerziehende. Der Hunger gesellt sich inzwischen für immer mehr Menschen zur als aussichtslos empfundenen Situation. An einer Berliner Bahnhofsmission bildet sich täglich eine Warteschlange für ein paar Stullen, die besonders zum Monatsende immer länger wird. In den vergangenen Monaten stieg die Zahl der ausgegebenen Lebensmittelrationen um fast 15 Prozent. Es kamen etwa Tausend Menschen mehr als im Vorjahresmonat, was einem Anstieg von fast 30 Prozent gleichkommt. Dank der neoliberalen Politik der Bundesregierung erfreuen sich auch andere karitative Einrichtungen wie Suppenküchen und „Tafeln“ eines großen Zuspruchs.

Dass in Deutschland immer mehr Menschen Hunger leiden, zeigt sich auch an einem veränderten Straßenbild: Menschen suchen in Papierkörben und Mülleimern nach Essbarem. Oft sind es ordentlich gekleidete Menschen, die in die Mülleimer greifen, um nach einem angebissenen Brötchen, einer halben Wurst oder Pommesresten zu suchen. Wenn sie fündig werden, essen sie es auf oder nehmen es mit. Obwohl der Regelsatz einer Grundsicherung entsprechen sollte, sind oft Menschen von Armut betroffen, die von Sozialleistungen leben. Immer mehr Experten kritisieren, dass die Regelsätze nur für einen begrenzten Zeitraum ausreichen würden, nicht aber auf Dauer. Doch anders als vor 20 Jahren ist die Armut heute eher langfristiger Natur. Amerikanische Verhältnisse lassen nicht gerade freundlich grüßen!

3. Die Medien berichten, dass immer mehr Hartz-IV-Bezieher, gerne als „Empfänger“ verniedlicht, einen zinslosen **Kredit** von der Bundesagentur für Arbeit bekämen, wenn sie Kühlschrank, Waschmaschine oder Brille brauchen. Im Schnitt greife die Bundesagentur den Langzeiterwerbslosen mit 230 bis 250 Euro unter die Arme. Die Rückzahlung der Kredite werde individuell vereinbart, oft in Mini-Raten von fünf oder zehn Euro. Während im Jahr 2008 nur knapp 154.000 Hartz-IV-Empfänger einen Kredit bekamen, waren es 2009 fast 1,1 Millionen. Klar, die Laufzeiten für billige gebrauchte Wasch- oder Spülmaschinen betragen heute im Durchschnitt insgesamt sieben Jahre, bis sie endgültig ihren Geist aufgeben! Je länger die Menschen erwerbslos sind, desto eher gehen ihre Haushaltsmaschinen kaputt, und sie konnten sich natürlich kein Geld für neue ansparen. Die Bundesagentur ignoriert diesen mir zwingend logisch erscheinenden Gedankengang jedoch komplett und behauptet sogar noch, dass die Zahlen allein keinen Hinweis auf einen gestiegenen Bedarf von Arbeitslosengeld-II-Beziehern nahe legten.

Nach Ansicht des Kölner Armutsforschers Christoph Butterwegge fördert das Milliarden-Sparpaket der Bundesregierung soziale Ausgrenzung und bedeutet eine „steile Rutsche“ in die Armut. Butterwegge kritisierte weiterhin, dass neben dem viel diskutierten Wegfall des Elterngeldes für Erwerbslose die Mittel für Umschulung oder Weiterbildung von Arbeitslosen gekürzt werden sollen. Die Vergabe von Krediten sei die einzige Möglichkeit, Hartz-IV-Beziehern zu helfen, weil seit der Einführung von Hartz IV das Sozialgesetzbuch keine Anschaffungspauschalen mehr für Gegenstände vorsieht, die aus dem Regelsatz einfach nicht zu bezahlen sind, obwohl sie im Haushalt dringend benötigt werden. Allerdings wird mit dieser Praxis eine Ver- oder gar Überschuldung von Menschen in Kauf genommen, die die Kredite ja zurückzahlen müssen, obwohl dafür laut Regelsatz eigentlich gar kein Geld vorhanden ist. Uneigentlich müssen sie sich dieses Geld „aus den Rippen schneiden“, wodurch sie sich in anderen Bereichen einschränken müssen, was unweigerlich zu Problemen führt.

Aber wie sonst sollten die Betroffenen es denn machen? Das Dilemma zeigt die Mängel der Hartz-Gesetze auf. Betroffene können sich aus eigener Kraft kaum aus dieser Lage befreien. Dass die Bundesagentur ALG-II-Beziehern unter die Arme greife, wenn diese einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine benötigen, halte ich außerdem für ein Gerücht. Was ich in meinem persönlichen Umfeld erlebe, ist ein hartnäckiger Kampf, den Erwerbslose führen müssen, um an ein Darlehen für die unbedingt nötige teure Brille zu kommen. Dafür müssen sie sogar noch die Hilfe des Sozialgerichtes anrufen, ein Skandal ist das! Es zeigt nur unmissverständlich auf, dass die Regelsätze viel zu niedrig sind. Davon lassen sich keine Rücklagen für Haushaltsmaschinen, Brillen oder Zahnüberkronungen ansparen. Dank dem Streichkonzert durch Sparpaket und Wegfall des Elterngeldes für unerwünschte Hartz-IV-Eltern wird es immer noch drastischer kommen. Ein Skandal in diesem eigentlich so reichen Land!

4. Nach einem Urteil des Sozialgerichts wird die Bagis Familien, die von Hartz IV leben, nicht mehr ersatzlos größere Teile der Leistungen streichen, sondern Wertmarken für Essen und Hygieneartikel bewilligen. Bei Kürzungen um mehr als 30 Prozent werden ihnen ab sofort automatisch Gutscheine bewilligt. Allerdings solle dies nicht für kinderlose Hartz-IV-Bezieher(innen) gelten. Bei ihnen prüft die Bremer Arge die Gewährung von Ersatzleistungen. Dem Beschluss des Sozialgerichts von Anfang Juni ging ein Rechtsstreit mit einem arbeitslosen Mann voraus, der mit seiner Partnerin und deren Kind in Bremen-Nord lebt. Die Bagis hatte ihn mehrfach sanktioniert und ihm wiederholt die Regelleistungen komplett gestrichen. Wie menschenverachtend, in meinen Augen auch Tote in Kauf nehmend, dürfen Argen eigentlich sanktionieren? Wurde hier Bremer Recht gesprochen, bevor das Sozialgericht die Bagis in die Schranken wies? Wer keine Arbeit mehr hat, der verliert damit auch noch seine Menschenwürde? Nein, dieser Erwerbslose nicht, denn er holte sich sein Recht beim Sozialgericht!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so steht es im Artikel 1 des Grundgesetzes! Deswegen darf der Staat Bürger(innen) nicht verhungern lassen, selbst wenn diese sich seinen Regeln widersetzen. Die Bagis und das Bremer Sozialressort mussten auf dieses Grundrecht erst per Gerichtsurteil hingewiesen werden. Leider legte die Bremer Sozialbehörden die Regeln des Sozialgesetzbuches so hart wie möglich aus, als wollte sie testen, wie weit zu gehen es in Deutschland wieder möglich geworden ist. Schön, dass es noch Richter(innen) gibt, die den Staat zwingen, seine menschenfeindliche Praxis zu ändern! Im Sommerloch meldete sich denn auch der FDP-Landesvorsitzende Oliver Möllenstädt zu Wort und befand, dass es ruhig mehr **Sanktionen** geben müsste. Er könne nicht verstehen, wieso jemand, der jegliche Kooperation verweigere, überhaupt etwas bekomme. Es war heiß, und wer weiß, ob Herr Möllenstädt möglicherweise einen Sonnenstich erlitt, der ihn zu solch unbedachten Worten verleitete. Vom Sachverhalt hat er scheinbar nicht viel Ahnung. Meiner Meinung nach verdienen Menschen eher Unterstützung, wenn sie eine Eingliederungsvereinbahrung nicht unterschreiben, in der sie sich zu einem arbeitsplatzvernichtenden Ein-Euro-Job verpflichten sollen, als dass sie sanktioniert werden dürfen!

5. Der „Deutsche Mieterbund“ bezeichnet die Wohnungs- und Mieterpolitik der Bundesregierung als „sozialpolitischen Kahlschlag“. Nach Schätzungen des „Mieterbundes“ will der Bund ab 2011 die Ausgaben für **Wohngeld** um 40 Prozent reduzieren. Demnach müssen Wohngeldbezieher durch die geplanten Einsparungen von 300 Millionen Euro beim Bund mit durchschnittlich 40 bis 50 Euro weniger pro Monat rechnen. Auch in der Städtebauförderung und im Wohnungsbau sollen 30 Prozent der bisherigen Bundesmittel gestrichen werden. Dadurch werden wir gerade in Ballungszentren auf ernste Wohnungsengpässe und steigende Mieten zusteuern. Durch die geplante Reform des Kündigungsschutzes, wo den Vermietern eine geringere Kündigungsfrist zugestanden werden soll, werden sich die Konflikte noch verschärfen! Auch werden Städte und Kommunen die Kosten dieser Planung aus ihrem klammen Geldbeutel zahlen müssen, denn es ist wohl klar, dass bei Streichung eines Drittels des Wohngeldes die Anzahl der ALG-II-Bezieher steigen wird. Davon werden auch zunehmend mehr Rentner betroffen sein, weil die Altersarmut rasant ansteigen wird durch das Sparpaket dieser Regierung.

6. Die Bundesregierung erwägt, arbeitslose Pädagogen bei der Betreuung von Kindern aus Hartz-IV-Familien einzusetzen. Das klingt nur nach Diskriminierung! Dies habe das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, angeregt. Anlass für die Überlegungen ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem der Hartz-IV-Satz für Kinder neu berechnet und ihre Bildung gefördert werden muss. Schauen wir mal, wann die **Elternzeit** für ALG-II-Bezieher abgeschafft wird! Die Babys werden dann durch andere, in diesem Fall Lehrer, betreut. Eine frühzeitige Konditionierung zum willigen, billigen Arbeitssklaven? Wenn die

Arge den Studienkredit nicht bezahlt, sollte meiner Meinung nach ein Pädagoge solch einen Job nicht übernehmen. Nur bei anständiger Bezahlung, die seiner Qualifikation auch entspricht! Oder sollen jetzt alle nur noch auf der Basis von Hartz IV arbeiten, unabhängig von der Qualifikation? Und im Alter gibt es dann nur noch eine Sozialhilfearmutsrente? Der Einzelhandel darf dann auch gleich seine Pforten schließen, weil keiner mehr Geld zum Einkaufen hat. Ideen, Arbeitslose für Tätigkeiten heranzuziehen, die keiner mehr bezahlen will, gab es schon immer. Merkt Herr Alt eigentlich, wie zynisch er ist? Wohl kaum!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Grundschul-Verlängerung gescheitert: Hamburger Bürgertum will Einwandererkinder schnell aussortieren *(„Spiegel-Online“)*

Die ambulante Versorgungslücke

In unserer kapitalistischen Gesellschaft, die auf der ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeit beruht, Profite zu erstreben und zu erzielen, wird permanent der Grundsatz hochgehalten: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Dann gebe es keine ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger und so viele Menschen, die in Armut leben. Dennoch bekomme ich hier am eigenen Leib zu spüren, was es bedeutet, nicht als ganzer Mensch wahrgenommen zu werden. Das „Amt für Soziale Dienste“ verweigert die Kostenübernahme für eine vorübergehende Unterbringung in einem Altenpflegeheim, damit ich die Reha-Maßnahmen wie Wassergymnastik erhalte, um das gestörte Gleichgewicht zu verbessern und zu versuchen, es wieder zurückzuerlangen. Das „Amt für Soziale Dienste“ macht mir den Vorwurf, dass ich einen Termin am 24. Juni 2010 absagte, an dem es um eine Haushaltshilfe gehen sollte. Nur war mir schon am 21. Juni ein vereinbarter Termin abgesagt worden, da eine Kollegin erkrankt war. Am 4. Juli kam sie dann im Auftrag des „Amtes für Soziale Dienste“, um zu prüfen, ob ich Hilfe benötige.

Am 26. Mai war ich aus der Reha entlassen worden und musste Freundinnen und Freunde um Hilfe bitten, da ich nicht allein alles machen kann, wie es wünschenswert wäre. So habe ich bisher versucht, allein zurechtzukommen, mit der Folge, dass das Bein ganz dick anschwoll und starke Schmerzen verursachte. Ich konnte dann zwei Tage nichts unternehmen, sondern musste das Bein hochlagern und ausruhen. So viel zum vielen Üben mit dem Bein und starken Belasten

des Muskels – dem ärztlichen Rat, den ich so oft erhielt. Nun bin ich in der Wohnung eingeschlossen, und das erinnert mich permanent an die Situation, wie ich sie als ich Kind im Heim erlebt. Nicht nur körperlich ist dies ein ungesunder Zustand, auch die Psyche leidet darunter. Darum wäre vorübergehend eine Unterbringung im Alten- und Pflegeheim dringend erforderlich, da ich eine solche Einrichtung ohne Fremde Hilfe verlassen kann. In einer Wohnung im ersten Stock, bei der ich die Treppen hoch- und runtergehen muss, ist das nicht möglich. Eine Wohnung in Erdgeschoss ist für mich notwendig.

Der ganze Mensch wird nicht gesehen, nur an den Krankheitssymptomen herumgedoktert. Jetzt hat mir die Techniker Krankenkasse zu allem Überfluss auch noch die Kostenübernahme für einen Krankentransport am 19. Februar 2010 zum Röntgen verweigert, obwohl dies medizinisch notwendig war, um die volle Belastbarkeit des Fußes untersuchen zu können, da zuvor die Gefahr eines Fehltritts bei Gangunsicherheit meinerseits bestand, der zu einer zweiten Operation führen könnte. Doch der Krankentransport kostet Geld. So schnell kann mensch unverschuldeterweise durch Krankheit in die Schuldenfalle geraten! Ich habe auch von einen Arzt gehört: „Gehen Sie viel spazieren und fahren Sie ganz oft mit den Rad!“ Zurzeit benötige ich ein Erwachsenen-Dreirad, doch die Krankenkasse behauptet, dass heutzutage Kinder Rad fahren könnten, Erwachsene bräuchten dies dagegen nicht zu tun. Hier geht es ums Sparen auf Kosten der Gesundheit von Menschen! Dabei ist es aus gesundheitlichen Gründen gut für übergewichtige Menschen, um die Gelenke zu entlasten, viel Rad zu fahren, zu Schwimmen und Wassergymnastik auszuüben. Dies ist auch den Krankenkassen bekannt und in ihren Broschüren nachzulesen.

Es wird immer wieder darauf verwiesen, dass Menschen in Hartz-IV- oder Grundsicherungsbezug 45 Euro im Monat anzusparen hätten. Doch schauen wir uns mal die Erhöhung der Lebensmittelpreise an: Ein Kilo Bananen oder ein Pfund Erdbeeren kostet heute 1,99 Euro, aber die Regelsätze und unteren Einkommen steigen nicht an. Also kann gar nichts angespart werden. Um die Preissteigerungen zu verschleiern, werden in die Statistik zum Beispiel etwas billigere Haushaltsgeräte und anderes mit hineingerechnet, und dann heißt es: „Ihr wollt höhere Löhne und Regelsätze, dabei ist die Inflationsrate doch sehr niedrig!“ So wird die Öffentlichkeit bewusst in die Irre geführt, und wer fast sein ganzes Geld für Lebensmittel ausgibt, ist eben nicht in der Lage, etwas anzusparen. So habe ich jetzt ärztlich verordnet bekommen, einmal in der Woche an einer Wassergymnastik teilnehmen zu können. Von der Rheuma-Liga erfuhr ich, dass die Krankenkasse hiervon nur 20 Minuten pro Termin finanziert, sodass sie einen Jahresbeitrag von 32 Euro erheben müssen, um die restlichen 20 Minuten zu finanzieren. Spezielle Wassergymnastik-Übungen, um das Gleichgewicht wieder zurückzuerlangen, gibt es nicht von ihnen, da brauche ich eine Einzeltherapie von Hausarzt. Im Regelsatz ist ein Beitrag von 13 Euro in Monat „für Gesundheit“ vorgesehen, aber der war vor der „Gesundheitsreform“ berechnet. Als die „Gesundheitsreform“ durchgesetzt war, hat man zum Beispiel bei den Anteilen für Lebensmittel Gelder

eingespart und dann einen Beitrag für „Gesundheit“ erfunden, der real genommen nicht in den Regelsätzen vorhanden war. Das ist also eine Mogelpackung!

Vom „Amt für Soziale Dienste“ wird auch von „angemessen Mieten“ gesprochen, aber nicht nachgefragt, wie die Wohnungsqualität aussieht, ob es eine gute Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz gibt, ob die Wohnung behindertenfreundlich ist und wie die soziale und ökologische Umgebung aussieht. So wandte ich mich aus der Reha in Soltau hilfesuchend an den Verein „Ambulante Versorgungslücken“ von Elsbeth Rütten, die mir am Telefon erklärte: „Ich konnte wie Sie zwölf Wochen in meiner Wohnung verbringen.“ Das Sprichwort „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu“ bedeutet: Wer in seiner Wohnung zwölf Wochen eingesperrt war und keine Hilfe erhielt, die er dringend benötigte, kämpft nun dafür, dass Menschen nicht mehr in ihrer Wohnung eingesperrt sind, dass sie qualifizierte Hilfe erhalten und dass darüber hinaus eine alternative Gesellschaft entsteht, die nicht von der Gesetzmäßigkeit des Strebens nach Profit getrieben ist, eine Gesellschaft, die Menschen als ganze Wesen wahrnimmt statt als bloße Kostenfaktoren und sie nicht nach faschistischem Gedankengut in „nützliche“ und „unnütze“ Menschen unterteilt, die für eine humane Gesundheits-, Sozial- und Umweltpolitik einsteht, für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die demokratisch der Mehrheit der Bevölkerung gehören, die für eine Wirtschaftsdemokratie eintritt und sie erstreitet, und in der der Mensch nicht der Wirtschaft dient, sondern die Wirtschaft dem Menschen.

Bettina Fenzel (parteilos)

Demos reichen nicht aus!

1. Ich kämpfe nun ganz offiziell um die Umstellung zur Übertragbarmachung des Bremer Sozialtickets. Unterstützer können sich auf meiner Website eintragen, gern auch anonym mit E-Mail Adresse. Persönliche Daten werden dort nicht veröffentlicht und auch nirgends hingesendet. Es erscheint auf der Website lediglich die Anzahl der Unterstützer und die letzte Eintragung. Einen Antrag habe ich nun auch über die Bürgerschaft beim „Bürger-Service-Center“ und schließlich der BSAG selbst gestellt. Ab 4. August 2010 ist jemand wieder aus dem Urlaub zurück, mit dem diese Sache besprochen werden kann. Sollte jemand Interesse daran habe, an diesem Tag dort mit zur BSAG zu kommen (Flughafendamm 2), bitte ich, sich kurz bei mir zu melden, dann würde ich einen richtigen Termin vereinbaren. Rein juristisch darf die BSAG gar nicht von den Kunden verlangen, nach dem Kauf eine Nummer im

Sozialticket einzutragen, denn laut § 433 in Verbindung mit § 453 Absatz 3 BGB gilt: „Ist ein Recht verkauft, das zum Besitz einer Sache berechtigt, so ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die Sache frei von Sach- und Rechtsmängeln zu übergeben."

2. Demos reichen nicht aus! Das hatte ich letzte Woche gesagt, mit dem kleinen provokanten Hinweis, dass manch eine(r) wohl tatsächlich erst mal mit dem eigenen Arsch hochkommen muss, um selbst auch was zu bewirken. Gemeint war vor allem ich selbst, der ich dies nun mache, und wer immer sich damit sonst noch angesprochen fühlen sollte. Der springende Punkt dabei ist die Freiwilligkeit. So sagte ich, es reiche nicht aus, zu einer Demo zu gehen, sondern man müsste darüber hinaus auch noch etwas machen, das zum erwünschten Ziel führt. Darauf hagelte es Kritik eines Mitdemonstranten, der meinte, dass es unfair und nicht gut sei, so etwas zu sagen, dann blieben die Menschen weg. Es würde ausreichen, wenn sie herkämen. Darüber habe ich nachgedacht. Ich weiß auch nicht immer alles auf Anhieb und hole mir Hilfen, die ich brauchen kann. Aber es war beides richtig. Es reicht aus, zu einer Demo zu gehen, im Sinne von: Je mehr Menschen anwesend sind, umso mehr regt man zum Nachdenken an, umso mehr Menschen können überhaupt erreicht werden, und umso interessanter wird es für Außenstehende. Es reicht jedoch wiederum nicht aus im Sinne von: Ich mache den ersten Schritt und bleibe dann wieder stehen.

Ich war letztes Jahr auch auf der Berliner Antiatomdemo. Dort waren circa 10.000 Menschen auf der Straße. Was hat es gebracht? Viele denken sicherlich noch mehr darüber nach, doch im Ergebnis gibt es nichts, denn heute wird in der Regierung über Laufzeitverlängerung verhandelt. Ginge man nun mit all denen, die sich gern beteiligen, einen Schritt weiter und suchte andere, die auch etwas verändern wollen – um dann wenigstens fragen zu können, was alle wollen, und dann demokratisch abstimmt, um den Mehrheitswunsch umzusetzen, und ließe sich notfalls von all diesen Menschen auch noch wählen –, dann könnte es eine reine Formsache werden umzusetzen, was immer man erreichen will. Es gibt in Gröpelingen in der Lindenhofstraße die etwas hässliche Statue eines ehemaligen AG-Weser-Mitarbeiters, unter der steht: „Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren." Ich finde, dieser Spruch hat sehr viel an sich! Keiner muss kämpfen, doch wer nicht kämpft, sollte sich auch nicht beschweren, wenn Dinge so sind, wie sie nicht sein sollten.

Ich hatte mal eine Bekannte, die war immer neidisch, dass ich so viele Mails erhalte. Als wir ihr eine Adresse einrichteten und sie noch immer keine erhielt, sagte sie: „Du kriegst immer so viele Mails, warum bekomme ich keine?" Darauf fragte ich sie, wen sie denn angeschrieben hätte. Sie erwiderte nur fragend: „Wie, wen angeschrieben?" Das sagte mir sofort, sie hat niemand angeschrieben, sonst hätte sie eine Antwort gewusst. Wir gingen für sie also den ersten Schritt, etwas zu erreichen, doch dann blieb sie wieder stehen, und es tat sich immer noch nichts. Auf eine Demo zu gehen reicht, um die Massen zu erreichen, aber nicht, um das

zu erreichen, wofür demonstriert wird. Wer damit leben kann – okay. Das ist zu respektieren, denn niemand ist verpflichtet, für irgendetwas zu kämpfen. Doch alle können es, und gemeinsam könnte man sehr stark und mächtig sein. Ich habe dies nun vor und will mit meiner Website versuchen, genau das zu erreichen – eben, was die Mehrheit der Bürger will, unabhängig davon, was ich selbst will.

3. „Experten“ warnen laut Internet vor einer Hartz-IV-Erhöhung. Der stehe auch ich zwiespältig gegenüber, da ich selbst gern mehr hätte, doch auch wiederum nicht zu viel abgeben müssen will, wenn ich denn wieder in Eigenerwerb stehe, da dies den Anreiz auf eine Arbeitswiederaufnahme stark reduzieren würde. Kommen diese „Experten“ denn mal auf den Gedanken, dass man, statt nur Hartz IV zu erhöhen, zunächst einmal einen Arbeitsanreiz schaffen könnte, indem man die Steuern und Sozialabgaben für Erwerbstätige bis zu einem Einkommen von zum Beispiel 30.000 oder 50.000 Euro erlässt und auf Topverdiener umschichtet? Sind diese „Experten“ tatsächlich so schlimmermaßen dumm oder schon Profiteure der Industrielobby selbst? Auf meiner Website ist auch nachzulesen, was ich will und denke – und was andere wollen, sofern sie etwas eintragen oder gar selbst Vorschläge machen.

Pete Ording (parteilos oder -gründend)

Zur Bremer Montagsdemo ist kein Weg zu weit! *(Foto: Harald Braun)*

Regierungskrise in Hamburg

Am vergangenen Sonntag hat der erste Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, seinen Rücktritt erklärt. Er trat zurück, bevor der Volksentscheid ausgezählt war und er die Niederlage der Schulreform verkünden musste. Seine Begründung „Alles hat seine Zeit“ ist eine billige Ausrede, um das Scheitern der CDU/Grünen-Regierung nicht eingestehen zu müssen.

Seine eigenen Wähler und Parteifreunde, die „Hamburger Morgenpost“ und „Bild“ hatten gegen ihn und den Senat in den letzten Wochen massiv Stimmung gemacht. Sie wollten unbedingt die Primarschule verhindern. Damit sollte die Eliteauswahl und die Förderung der Gymnasien, vor allem für Kinder aus den „gehobenen“ Schichten, verteidigt werden. Dieser reaktionäre Kurs richtete sich vor allem gegen Kinder und Eltern von Migranten, Arbeitslosen und Arbeitenden. In ihrem Interesse war die Primarschule, die ein gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse vorsah. Die Reformer wollten auch die Klassenstärke auf 23 beziehungsweise 19 Schüler begrenzen, das Büchergeld abschaffen und 970 Lehrer zusätzlich einstellen. Bei einer geringen Wahlbeteiligung von 39 Prozent stimmten 58 Prozent der Befragten gegen die Schulreform. Dabei muss man auch wissen, dass ein Teil der betroffenen Migranten gar nicht das demokratische Recht hat, sich an diesem Volksentscheid zu beteiligen.

Es wird spannend, wie sich die Grün-Alternative Liste jetzt verhalten wird. Nach ersten Äußerungen von Frau Götsch und anderen Repräsentanten scheinen auch sie das Scheitern von Schwarz-Grün übertünchen zu wollen. Anscheinend ist der Machterhalt wichtiger als konsequente Politik im Interesse der Bürger. Aber das kennen wir ja schon von der GAL: Sie hat den Bau des Kohlekraftwerks in Moorburg akzeptiert, die Schuldenpolitik zugunsten der HSH-Nordbank mitgetragen, der massiven Gebührenerhöhung der Kitas zugestimmt und das Prestigeprojekt des Milliardenlochs Elbphilharmonie geduldet, alles natürlich „zähneknirschend“. Jetzt ist sie sich wohl nicht zu schade, den bisherigen CDU-Innensenator Ahlhaus ins Amt zu hieven. Er hat sich als kompromissloser Law-and-Order-Mann bewiesen, der gegen Migranten und die „linksradikale Gefahr“ hetzt und den Polizeiapparat ausbaut.

Die Luft für Frau Merkel wird immer enger. Beust ist bereits der sechste Politiker aus der Führungsriege der CDU, der das sinkende Schiff verlässt. Neue Politiker braucht das Land! Wir müssen uns um unsere Interessen selbst kümmern. Seit fast sechs Jahren kämpft die Montagsdemo in zahlreichen Städten Deutschlands gegen die Hartz-Gesetze, gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen Armut.

Dieser lange Atem des Widerstands ist ein wichtiger Trumpf, um gemeinsam für eine bessere Welt aufzustehen!

Harald Braun

Anonym denunziert: Arge stellt Leistung ein, ohne Betroffene anzuhören oder zu informieren *(„Junge Welt“)*

Der Hungerregelsatz

1. Jeden Monat zum Ersten, doch schon vorher blank,
Strebt der Hartz-IV-Empfänger schnell zur Bank,
Um zu holen seinen Schatz:
Seinen Hungerregelsatz.

Viel davon wird ihm nicht bleiben,
Denn die Kosten sind’s, die treiben.
Seine Bank, die will Gebühren,
Jeden Monat kann man’s spüren.

Zum Zweiten kommt die Energie:
Verzichten wollen die Versorger nie.
Doch zahlt man diese Summe gleich,
Wird einem in den Knien weich.

Jetzt nicht das Telefon vergessen!
Dies wär zwar noch nicht verboten,
Doch wer’s nicht zahlt, um was zu essen,
Fängt sich einen Leitungsknoten.

Für die Haftpflicht und den werten Hausrat
Drückt man Geld an die Versicherung ab.
Man kennt schließlich seine Bürgerpflichten,
Will nichts zu tun haben mit Gerichten!

Aufs Sparbuch kommt zuletzt die geniale,
Irreale Hartz-IV-Ansparpauschale.
Schließlich sollen doch die Erben
Nicht noch zahlen für mein Sterben!

Viel bleibt nicht von meinem Schatz,
Diesem Hungerregelsatz.
Man lebt in Dekadenz, so das Geschwafel,
Und geht halt, wenn's nicht reicht, zur „Tafel".

Denk ich daran, würd ich gleich motzen
Und müsst am Ende gar noch kotzen!
Schwarz-Gelb und Rot-Grün sitzen in den gleichen Booten.
Würden Wahlen das ändern, wären sie verboten!

Wo nur Profit und Rendite regieren,
Darf, wer Mensch ist, nicht applaudieren.
Zwar wurde durch Leipzig was verwandelt,
Doch zum Teil hat mensch wohl falsch gehandelt.

„Freiheitlich-demokratisch" ist meine Meinung,
Und natürlich steh ich auf „Grundordnung",
Denn diese ist mein größter Schatz,
Gleich nach dem Hungerregelsatz!

Doch dies gilt nicht für Wirtschaftsspezialisten,
Die oft genug den Menschen ans Bein pissten.
Der Kapitalismus, ich sag's in einem Satz,
Dieses System gehört nun abgeschafft!

Leipzig neunundachtzig
War doch real, fast genial!
Nur ans Kapital hat wohl niemand gedacht,
Sonst hätte man die Ausbeuter mit zu Fall gebracht.

2. Hier die Geschichte vom Philipp oder der Gesundheitsverformung! Den „Zappel-Philipp" kennt wohl fast jeder Mensch in Deutschland, ebenso bestimmt die Geschichte von einem Parteimitglied der FDP und derzeitigem Gesundheitsminister. Gemeint ist natürlich Philipp Rösler, den gerade die bayrische CSU mit seiner Gesundheitsverformung, er nennt es Reform, ganz schön lange zappeln ließ. Seine Koalitionsstrategen hätten ihn besser ganz abblitzen lassen sollen, dann hätten die Menschen in diesem Land zumindest einen anderen Gesundheitsminister bekommen – einen *besseren* vielleicht nur nach Meinung seiner Parlamentskollegen.

Horst Seehofer hätte es wohl nicht mehr werden wollen oder können, zumal der sich als Gesundheitsminister auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert hatte. Seine Reform der **Krankenversicherung** mit der Aufteilung in erste und zweite Lebensarbeitshälfte hat mich persönlich zwölf Jahre eingezahlte freiwillige Anwartschafts-Mitgliedsbeiträge in die Gesetzliche Krankenversicherung gekostet, ohne jegliche Rückzahlung oder auch Nutzen. Einfach nur abkassiert! Das Beitragsentlastungsgesetz (1996) und die GKV-Neuordnungsgesetze (1997) waren Reforminitiativen Seehofers.

Aber ich möchte jetzt lieber zur Gesundheitsverformung des Herrn Rösler kommen, die dieser ja „Reform“ nennt, und, nicht zu vergessen, auch „solidarisch“. Am Beispiel meines eigenen ungefähren Krankenversicherungsbeitrages und des Zusatzbeitrages als ungefährem Richtwert möchte ich hier einmal eine beispielhafte Rechnung aufmachen, allerdings ohne akademischen Lehrwert. Heute zahle ich mit Zusatzbeitrag von acht Euro etwa 200 Euro in die gesetzliche Krankenversicherung ein. Von diesem Betrag zurückgerechnet und immer den gleichen Wert annehmend, habe ich seit Beginn meines Erwerbslebens ungefähr 500 Monate lang in diese Versicherung eingezahlt, nach dieser Berechnung also rund 100.000 Euro.

Ginge man nun davon aus, dass sich diese Beitragszahlungen innerhalb eines Jahrzehnt verdoppeln, müsste sich der Gesamtbetrag eigentlich verdrei- oder -vierfacht haben, so lange zumindest, wie man selbst keinerlei Leistungen beansprucht hätte. Das Kapital aus Lohn, welches die Arbeitgeber gern fälschlicherweise als „Lohnzusatzkosten“ bezeichnen, würde demnach gegenwärtig ungefähr bei 800.000 Euro liegen. Aber in welchem Bereich befinden sich heute meine ureigenen Ansprüche aus dieser „solidarischen“ gesetzlichen Krankenversicherung?

Am Beispiel einer dringend benötigten Brille möchte ich die Gesundheitsverformung dieses Ministers einmal aufdecken, und zwar Schritt für Schritt mit den Auswirkungen und Beeinträchtigungen für finanziell benachteiligte Menschen. Als erstes gehe ich als pflichtbewusster Versicherungsnehmer zu meinem Hausarzt, um mir eine Überweisung für den Augenfacharzt abzuholen. Aufgrund der Entfernung muss ich den Bus nutzen, das kostet hin und zurück 4,20 Euro. Beim Hausarztes werden die Praxisgebühren fällig, zehn Euro gegen Quittung. Ich zahle, und der Hausarzt rechnet für das Ausstellen der Überweisung mit der Krankenkasse ab, er verdient also an mir.

Als nächstes wird ein Termin beim Augenarzt abgemacht. Es muss wieder der Bus genommen werden, erneut fallen für mich Kosten von 4,20 Euro an. Insgesamt liege ich so schon bei 18,40 Euro. Beim Augenarzt wird die Sehkraft kontrolliert und festgestellt, welche Brille man benötigt, danach bekomme ich die Ergebnisse für den Optiker. Diese Untersuchung rechnet der Augenarzt mit meiner Krankenkasse ab, auch er verdient also an mir.

Danach kommt logischerweise der Gang zum Optiker. Weil ich das gleich im Anschluss an den Besuch beim Augenarzt mache, fallen Gott sei Dank keine wei-

teren Fahrkosten an. Dem Optiker zeige ich die Verordnung des Augenarztes mit den notwendigen Werten für meine Brille. Daraufhin teilt mir der Optiker mit, dass er diese Verordnung eigentlich gar nicht braucht, da ich als „Kunde“ der gesetzlichen Krankenversicherung eine Brille sowieso nicht bezahlt bekomme und er die Untersuchung der Augen vorsichtshalber gerne noch einmal selbst vornehmen würde, sogar kostenlos. Dabei bestätigten sich die Messwerte vom Augenarzt.

Nur eine Brille hatte ich trotz allem Aufwand und eigener Kosten noch immer nicht. Als ich dann beim Optiker die Preise erfuhr, musste ich auch sofort passen. Mir blieben einfach nur zwei Möglichkeiten. Die erste wäre gewesen, bei der für mich zuständigen Arge ein Darlehen über den notwendigen Kaufpreis aufzunehmen. Die andere, für mich sehr viel praktikablerer Art zur Beschaffung einer Sehhilfe bot der Ein-Euro-Laden. Dort bekam ich eine solche für genau einen Euro.

Wieso habe ich eigentlich 18,40 Euro für nichts bezahlt, zumal ich eigentlich über ein Krankenversicherungskapital aus meinen Beträgen zwischen 600.000 und 800.000 Euro verfügen dürfen müsste? Diese Frage kann mir bestimmt jede(r) dieser bürgerlichen Politiker(innen) aus dem Bundestag beantworten. Ist das nun sozial oder asozial oder schlicht eine beispielhafte Kapitalvernichtung aus Löhnen der in der Gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Arbeitnehmer(innen)?

Auf einen Rücktritt des Gesundheitsverformers Rösler kann ich persönlich gut verzichten, denn was würde es schon bringen, wenn ein neuer Kapitalvernichter nachrückt? Ein Abrutschen der FDP unterhalb der Fünfprozenthürde würde ich diesen Spezialisten aber selbstverständlich von ganzem Herzen wünschen. Oder brauchen wir doch besser einen Systemwechsel? Mit sozialistischem Gruß!

3. „Die hochsommerliche Hitze erschwert die Arbeit der 874 gemeinnützigen ‚**Tafeln**‘ in Deutschland. Die Lebensmittel, mit denen bundesweit mehr als eine Million Menschen in Not versorgt werden, verderben schneller vor Ort, sagte der organisatorische Leiter der ‚Hannöverschen Tafel‘. Eine weitere Folge der Hitze seien Kreislaufprobleme bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern, vor allem bei älteren Helfern. Auch die Besucherzahlen seien zurückgegangen. Ältere Bedürftige scheuten bei Temperaturen an die 40 Grad Celsius die Wartezeit, die bis zu zwei Stunden betragen kann.“ So lautet eine Meldung der „Nordwestzeitung“.

Von der Bremer Linkspartei erhielt ich nun folgende Mail: „Sehr geehrter Herr Wege, im Auftrag von Frau Troedel beantworte ich Ihre Frage hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit bei den ‚Tafeln‘ in Deutschland. Angeregt durch Ihren Beitrag haben wir bei den Bremer ‚Tafeln‘ recherchiert und können Ihnen versichern, dass dort das Thema Lebensmittelsicherheit ebenfalls auf der Agenda des täglichen Handeln steht. Sichtbar verdorbene Ware oder Ware mit deutlicher Überschreitung des Haltbarkeitsdatums wird bei den Bremer ‚Tafeln‘ nicht ausgegeben. Insofern sehen wir in Bremen derzeit keinen Handlungsbedarf. Wie es diesbezüglich bundesweit aussieht, ist uns nicht bekannt. Wir hoffen, wir konnten Ihnen mit unserer Antwort etwas dienlich sein. Mit freundlichem Gruß, Jörg Güthler.“

Ich glaube, hier macht es sich die Bremer „Linke“ genauso einfach wie alle anderen Parteien. Die Aussage „Sichtbar verdorbene Ware oder Ware mit deutlicher Überschreitung des Haltbarkeitsdatums wird bei den ‚Bremer Tafeln‘ nicht ausgegeben“ darf nicht ausreichen, um sich zufrieden zu geben. Aus dem der „Linken“ mitgeteilten Artikel ging auch eindeutig hervor, dass sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter bereits vor den jeweiligen Ausgaben auch selbst versorgen dürfen und ihre Ware dann in dafür vorgesehenen Regalen ablegen müssen. Auch von Lachs, also Fisch, war die Rede, den einige „Tafel“-Gänger nicht erhielten. Man stelle sich einmal bei diesen Temperaturen vor, dass sich genau dieser Lachs dann in den Tüten oder Taschen der Ehrenamtlichen befindet, ungekühlt und über Stunden, da diese sich ja *vorher* bedienen dürfen!

Allein das würde schon gegen die Recherchen der Bremer „Linken“ sprechen. Da wirkt für mich die Feststellung, man erkenne keinen Handlungsbedarf, schon sehr widersprüchlich und auch unzureichend. Ein Hoch auf die Qualität und Lebensmittelsicherheit durch die Bremer „Tafel“? Eigentlich muss es gerade um *nicht* sofort erkennbaren Schimmel oder ähnliches gehen, denn auch durch den Genuss nur kleinerer Mengen hiervon kommt es bereits zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

4. „Bundesregierung plant furchtbaren Anschlag auf Kinder und Eltern mit geringem Einkommen“, meldet „Scharf links“. Furchtbar, und sogar ein Anschlag? Kinderarmut, resultierend aus der Verweigerung der Zahlung eines zwölf- bis 14-monatigen Elterngeldes? Dass die sogenannten christlichen Werte der bürgerlichen Parteien erst mit diesem Vorhaben zum Teufel gegangen sind, darf man doch wohl stark bezweifeln! Wo sind die Organisationen, die noch vor der Bundestagswahl 2009 die Einführung einer Kindergrundsicherung gefordert haben? Wo hört man was von Willi Lemke, dem Ex-Manager von „Werder Bremen“, der sich sogar für eine dieser Organisationen als Schirmherr zur Verfügung stellte?

Frau Bundesarbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen will doch Bildungsgutscheine bereitstellen, wahrscheinlich, da sie selbst ein „Klavierkind“ ist, überwiegend für Musikschulen und Sportstätten. Doch weder mit einem zeitlich befristeten **Elterngeld** noch mit Bildungsgutscheinen bekommt man auf Dauer seine Kinder vernünftig und altersentsprechend bekleidet und vernünftig ernährt. Das alles sind Vorschläge und Maßnahmen von Personen, die über den Wolken schweben und dafür bei jeder nächsten Wahl ihre Quittung bekommen müssen!

Die vom Kapital und der bürgerlichen Politik gewollte galoppierende Verelendung der Menschen, die schon mindestens ein Drittel der Bevölkerung betrifft: *Das* ist in meinen Augen ein Anschlag. Leider fallen darunter auch sehr viele Kinder. Sie alle sind aber nicht Opfer irgendwelcher christlicher Werte, sondern ausschließlich Opfer dieses rücksichtslosen Profitsystems.

Weitere Klagelieder, vielleicht auch mit musikalischer Unterstützung durch unsere „Klavierkinder“, vielleicht noch untermalt in sportlicher Betätigung durch die Aufführung des „Sterbenden Schwans“, werden in diesem Land keinem Men-

schen wirklich helfen. Dieses kapitalistische System gilt es einzig und allein zu überwinden! Vielleicht werden sich dann auch einige der heutigen Verantwortlichen in Zukunft mit „Wasser und Brot“ begnügen müssen? Für den Sport auf dem Hof bekommen sie dann einen Bildungsgutschein! Mit sozialistischem Gruß.

5. Linkspartei-Chef Klaus Ernst werde des Betrugs und der Untreue verdächtigt, meldet „Die Welt“. Der Staatsanwalt prüfe, ob er Reisekosten falsch abgerechnet habe. Mein Freund Peter meint dazu: „Na und, was soll es? Das einzige, was dahinter stecken kann, ist doch, dass davon ausgegangen wird, dass die ‚Linken‘ doch die besseren Menschen oder Politiker sind und man jetzt enttäuscht ist, dass es nicht so ist. Ob Ernst angeklagt wird oder nicht, es bleibt alles so, wie es ist. Auch ‚**Die Linke**‘ wird die deutsche Arbeiterschaft ins Elend stürzen. Die Grundlage wird gerade mit dem Programm geschaffen. Warum steht darin nicht ‚Jederzeitige Abwählbarkeit von Mandatsträgern durch ihre Wähler‘, ‚Bezahlung entspricht dem Durchschnittslohn eines Facharbeiters‘? Schon wäre alles geklärt.“

Doch selbst wenn die jederzeitige Abwählbarkeit von Mandatsträgern ins Programm der „Linken“ aufgenommen würde, erlangte dies keine rechtsverbindliche Gültigkeit, zumindest nicht im derzeitigen System. Nur für parteieigene Funktionen kann man derzeit die jederzeitige Abwählbarkeit beschließen. Das sollte man auch sofort im Programm aufnehmen. Ob die Artikel in der bürgerlichen Presse nun gehässig sind oder nicht, ist in meinen Augen nicht wichtig. Damit hinter den Berg zu halten, finde ich auch nicht richtig. Nur dass sich jetzt anscheinend gerade die Hoffnungsträger der Ersten Stunde aus der WASG und der jetzigen Partei, die sich „Die Linke“ nennt, anscheinend auch nicht viel besser verhalten als alle anderen bürgerlichen Politiker, ist schon ziemlich enttäuschend, sollten sich die Vorwürfe wirklich bestätigen. Aber vielleicht sollte die bürgerliche Presse einmal über die ganzen Strafanzeigen berichten, die derzeit gegen Politiker aus dem bürgerlichen Lager laufen! Wahrscheinlich müsste sie dann eine Sonderausgabe herausgeben. Ob die Staatsanwaltschaften diesbezüglich mit den gleichen Maßstäben messen, sollte dann jeder Mensch für sich selbst entscheiden.

Mein Freund Peter widerspricht: „Wenn etwas nicht nicht unverzüglich umgesetzt wird oder werden kann, braucht man es erst gar nicht zu machen? Wozu dann die Montagsdemos? Es kommt nicht darauf an, welche inhaltlichen Ideen eine Partei hat und in einem Programm festhält, sondern was sofort umgesetzt werden kann! Wessen Rechtverbindlichkeit soll gelten, die des bürgerlichen Staates, der Lug und Betrug auf seine Fahnen geschrieben hat? Es geht doch darum, deutlich zu machen, unter welchen Bedingungen Volksvertreter arbeiten und wem sie verantwortlich sind. Da wird man in der ‚Linken‘ ein Geschrei hören, wenn sie nicht mehr nach acht Jahren die Rente gesichert haben und nicht mehr ‚nur‘ ihrem Gewissen verantwortlich sind. Wenn Klaus Ernst ein Hoffnungsträger war, dann nicht der Ersten Stunde, da muss man sich nur die IG Metall anschauen. Die Löhne sinken schon seit über 20 Jahren! Wenn sich auf die Gewerkschaft und ihre Funktionäre zu verlassen ist, sollte man alle Hoffnung fahren lassen.“

6. Hartz IV schießt den Vogel ab! Einen Vogel in einer Tierpension unterzubringen, kostet Frauchen oder Herrchen pro Tag im Schnitt neun Euro, für den Monat 270 Euro. Einem Kind im Alter von sieben bis 14 Jahren steht ein monatlicher Regelsatz in Höhe von 251 Euro zu. Die Lebenshaltungskosten für ein Kind sind somit niedriger angesetzt als die Kosten für einen Kanarienvogel in einer Tierpension. Eltern, füttert eure Kinder nicht mit Vogelfutter, sonst reicht das Geld nicht!

Jetzt plant das Arbeitsministerium eine Beschränkung des Wohnungsanspruchs für Alleinstehende in Richtung Käfiggröße: Statt 45 sollen künftig nur noch 25 Quadratmeter als „angemessen" gelten. Diese Koalition ist anscheinend schwer angeschossen, und sie verhält sich diesbezüglich genauso wie ein angeschossenes und schwer verletztes Raubtier: Sie schlagen und beißen um sich! Heraus kommen dann solche Vorschläge. Man kann eigentlich nur hoffen, dass dann endlich viel, viel mehr Menschen hiergegen auf die Straße gehen!

Gewerbliche Vermieter haben sich bereits scharf gegen die Pläne gewandt, Hartz-IV-Empfängern nur noch kleinere **Wohnungen** zu genehmigen, schon weil es nur noch wenige in der Größenordnung von 25 Quadratmetern gibt. Das ist ein Punkt, wo wir auch auf der Bremer Montagsdemo ansetzen müssen: Die eigene Klientel dieser Regierungskoalition muss gegen diese ganzen Unsinnigkeiten aufgebracht werden!

Wir müssen auch zum Ausdruck bringen, dass Eigentum und Schonvermögen der Hartz-IV-Empfänger, welches beispielsweise aus Mobilar bestehen kann, geschützt sein muss. Oder will diese Regierung die Eigentumsfrage, die ja gemäß dem Grundgesetz geregelt ist, jetzt etwa *vor der Linkspartei* stellen? Warum soll überhaupt ein alleinlebender Hartz-IV-Empfänger in eine 25 Quadratmeter kleine Wohnung ziehen, obwohl wir doch angeblich einen neuen „Wirtschaftsaufschwung" haben und jeder Erwerbslose über das „Fördern und Fordern" schnellstmöglich einen der „ausreichend vorhandenen" Arbeitsplätze erlangen könnte? Diese Widersprüche muss man unbedingt verdeutlichen! Um jede „Hütte" muss gekämpft werden! Beste Soli-Grüße.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Eurozone kommt unter Inflationsdruck: Briten und Amerikaner werfen die Notenpresse an *(„Die Welt")*

Schnüffel-Demokratur: „Linke" darf vom „Verfassungsschutz" ausspioniert werden, weil sie bei Bundespräsidentenwahl „falsch" abgestimmt hat *(„Freitag")*

Death Parade: Auch die „Krisendemo" am 20. März 2010 in Essen wurde mit infernalischem Lärm durch einen Tunnel geführt *(„Spiegel-Online")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

288. Bremer Montagsdemo am 26. 07. 2010

25 Quadratmeter genügen durchaus, um Überflüssige mit einem respektablen Wohnklo auszustatten

1. Letzte Woche formierten sich 15 Arbeitslose für eineinhalb Wochen zu einem Zug der Tagelöhner durch das Land Brandenburg. Der Jüterboger „Verein für soziale Selbstverteidigung“ gehört zu den Initiatoren der Aktion, die unter der Trägerschaft des Fördervereins „Soziale Bewegung Land Brandenburg“ steht. Die Erwerbslosen ziehen mit Wohnmobilen und mehreren PKWs übers Land und gehen auf Arbeitssuche. Sie wollen überall den Menschen die zunehmende Dehumanisierung der Arbeitswelt bildhaft vor Augen führen. Für ihr Vorhaben mussten sie sich bei ihrer Arge persönlich abmelden, weil sie während der Werktage ihren Wohnort verlassen wollen. Dieser Schikane müssen sie sich aussetzen, wenn sie sich nicht wegen „unerlaubter **Ortsabwesenheit**“ und „Nichterreichbarkeit“ der Gefahr des Verlustes auf den Anspruch auf das Arbeitslosengeld II aussetzen wollen. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Arge ihnen einen Arbeitsplatz vermitteln könnte, unwahrscheinlich gering.

Die Betroffenen sind zum Teil seit mehreren Jahren arbeitssuchend, bekommen bestenfalls mal einen befristeten Job bei einer Reinigungsfirma oder einen dieser bescheidenen Ein-Euro-Jobs. Sie wollen sich nicht damit abfinden, dass es dies für sie mit Mitte, Ende 40 schon gewesen sein soll. Sie kritisieren, dass die hohe Arbeitslosigkeit im Land jetzt zunehmend durch Leiharbeit kaschiert wird, was letztlich auch zu einem ständig sinkenden Lohnniveau führt. Sie wollen darauf aufmerksam machen, dass immer mehr Menschen von der Zunahme von unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffen sind, dass das sinkende Lohnniveau immer mehr Vollzeitbeschäftigte in die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen treibt und dass die Zumutbarkeitskriterien für Erwerbslose verschärft werden, was die Menschen in Arbeitsverhältnisse bringt, von deren Lohn allein sie nicht leben können, sodass eine normale Lebensplanung geradezu ver-

unmöglicht würde. Aber nicht allein die Einkommensarmut ist das Problem, sondern auch, dass die Situation durch herbe Einschnitte in das soziale Netz verschärft wird. Darum werden das Kürzen sozialer Leistungen, Einsparungen im Gesundheitssystem oder eingeschränkte Mobilität und Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe der Arbeitslosen auch Themen während ihrer Tour sein. Informationen und Gespräche sollen dazu beitragen, Vorurteile zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen abzubauen. Eine tolle Idee, die hoffentlich auf Nachahmung stößt!

2. Rechtsanwalt Johannes Hentschel beklagt, die „rechtswidrige Schnüffelei" bei Hartz-IV-Beziehern durch das Göttinger Sozialamt. Im April dieses Jahres habe ein anonymer Anrufer der Behörde mitgeteilt, dass sich eine Hartz-IV-Bezieherin aus der Stadt gar nicht regelmäßig in ihrer angegebenen Wohnung aufhalte, sondern bei ihrem Freund lebe. Nach dem Telefonat entsandten die Stadt und der Landkreis Göttingen Mitarbeiter, um in der Nachbarschaft der Frau weitere Erkundigungen einzuholen. Obwohl die Betroffene weder angehört noch informiert wurde, erfolgte einfach so die Leistungseinstellung. Stadt und Landkreis Göttingen weigern sich bis heute, die Namen des oder der anonymen Informanten offenzulegen. Wegen dieses und weiterer Beispiele von rechtswidriger Schnüffelei bei Hartz-IV-Empfängern im Raum Göttingen hat der Jurist jetzt beim Niedersächsischen Sozialministerium Bußgelder gegen insgesamt vier Stadt- und Landkreismitarbeiter beantragt und in zwei Fällen von Hausbesuchen und Nachbarbefragungen zudem den Landesdatenschutzbeauftragten eingeschaltet.

In diesem Land scheint es immer wieder nette Mitbürger zu geben, die gern die Funktion des selbsternannten Blockwartes ausüben und ihre Nachbarn wegen abgelaufener Konservendosen, Spinnweben und anderer „zweifelhafter Erkenntnisse" denunzieren, wodurch sich die Sozialbehörde dann veranlasst sieht, einen „**Hausbesuch**" bei einem Leistungsbezieher in die Wege zu leiten. So standen bei einer 82-jährigen Hilfebezieherin plötzlich zwei Mitarbeiter der Behörde unangekündigt mit der Begründung „auf der Matte", dass die Heizkosten der Frau zu hoch seien. In der einschlägigen Rechtsprechung gelten die unangekündigten Hausbesuche und die Befragung der Nachbarn für die Behörden als *letzte Mittel* der Informationsgewinnung. Voraussetzungen sind aber gewichtige Verdachtsmomente, dass Leistungen zu Unrecht bezogen werden und dass es keine andere Möglichkeit einer anderweitigen Klärung gibt. Hentschel beklagt, dass die Praxis der Göttinger Behörden eklatant gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Hartz-IV-Bezieher verstoße und auch die im Sozialgesetzbuch geregelten Grenzen der Datenerhebung von den Ämtern „bewusst mit Füßen getreten" würden. Göttingens Oberbürgermeister reagierte prompt – und wies die in einem der Fälle zusätzlich erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde ab, weil er „kein Fehlverhalten" seiner Mitarbeiterin erkennen könne. Das wird der Landesdatenschutzbeauftragte wohl anders sehen!

3. Letzte Woche verwarf das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde einer Frau aus Sachsen, die eine dreijährige **Ausbildung** an einer privaten Berufsfachschule absolvierte und dabei sowohl Hartz-IV-Leistungen als auch sogenanntes Schüler-Bafög erhielt. In einer Vorinstanz entschied das Bundessozialgericht, dass die Bafög-Leistungen mit Ausnahme einer Pauschale für ausbildungsbestimmte Kosten als bedarfsmindernd zu berücksichtigen seien. Das Bundesverfassungsgericht schloss sich der Meinung der Vorinstanz an, wonach Bafög-Leistungen auf Hartz-IV-Bezüge angerechnet werden dürfen. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums enthalte nur einen Anspruch auf diejenigen Mittel, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt erforderlich sind – und dazu zählten die Aufwendungen für den Besuch einer Privatschule eben nicht. Klar, diese Privatschulen können nur von Kindern betuchter Eltern besucht werden. Dabei muss in einem Sozialstaat Bildung für alle kostenlos und möglich sein (Aktenzeichen 1 BvR 2556/09)!

4. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, sprach sich im „Deutschlandradio Kultur“ für eine „freiwillige **Wehrpflicht**“ aus, bei der Wehrdienstleistende bevorzugt Studienplätze erhalten sollen. Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, kommentierte, dass die SPD offensichtlich Studienplätze in eine billige Währung verwandeln wolle. Schon jetzt dienen finanziell Benachteiligte als Kanonenfutter in Afghanistan und anderen Konfliktregionen. Offenbar soll der Druck auf junge Erwachsene erhöht werden, sich für eine militärische Laufbahn zu entscheiden, wobei dann in meinen Augen bei einer ökonomischen Zwangslage kaum noch von einer wirklichen Entscheidung gesprochen werden kann! Dass, wer „gedient“ habe, einen Studienplatz bekomme, zieht natürlich nur, wenn Studienplätze knapp oder schwer zu erreichen sind. Das Recht auf einen Studienplatz darf nicht in einen staatlichen Gnadenakt verwandet werden! Inge Höger formulierte treffend, dass junge Menschen wieder Perspektiven brauchen, sodass sie nicht auf die todsicheren Angebote der Bundeswehr angewiesen sind. Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze, das sollte die Devise sein! Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass Studienplätze an eine Militärausbildung gekoppelt werden! Offenbar will Herr Arnold eine militarisierte Gesellschaft, in der Soldaten überall Vorfahrt haben. Meiner Meinung nach muss derjenige studieren können, der studieren *möchte* – völlig unabhängig von Studiengebühren, dem Portemonnaie der Eltern und erst recht vom Militär!

5. Der NDR-Redaktion „Panorama“ liegen brisante Aussagen und Dokumente vor, wonach der Textildiscounter Kik offenbar systematisch die Vermögensverhältnisse seiner Mitarbeiter ausgespäht hat, um verschuldete Angestellte zu feuern. Die Zentrale schaute sich nach Neueinstellungen eine „Creditreform“-Auskunft online an. Danach bekamen die Bezirksleiter die Information, bei der oder dem liege dies und das im Argen. Die Kik-Bezirksleiter wurden angehalten, diesen Mitarbei-

ter(inne)n zu kündigen oder einen befristeten Vertrag nicht zu verlängern. Natürlich durfte bei den Kündigungen der wahre Grund nicht genannt werden. Diese Praxis traf Menschen, die sich darum bemühten, von ihren **Schulden** runterzukommen, besonders hart und ungerechtfertigt! Als das Unternehmen von „Panorama“ daraufhin angesprochen wurde, antwortete es schriftlich, die angeführten Verfahren würden bei Kik nicht mehr praktiziert. Noch im vorigen Jahr hatte die Staatsanwaltschaft Dortmund vergeblich gegen Kik wegen vergleichbarer Vorwürfe ermittelt, wobei das Verfahren allerdings eingestellt wurde. Dabei ist es laut Bundesdatenschutzgesetz strafbar, persönliche Daten von Mitarbeitern mit der Absicht zu besorgen, ihnen systematisch zu schaden. Obwohl der Discounter allein in den Jahren 2008 und 2009 in über 49.000 Fällen die Vermögensverhältnisse seiner Mitarbeiter bei „Creditreform“ abgefragt hatte, konnte die Staatsanwaltschaft keine Schädigungsabsicht nachweisen. Dies könnte sich durch die Aussagen der Bezirksleiter in „Panorama“ nun ändern. Sie bestätigen, dass die Abfragen offenbar das Ziel hatten, verschuldete Mitarbeiter loszuwerden, ihnen also zu schaden.

6. Laut einer Umfrage der Gazette mit den vier Großbuchstaben sind 84 Prozent der Bevölkerung dafür, dass für Hartz-IV-Bezieher eine **Arbeitspflicht** bestehen sollte. Hatten Westerwelle und Sarrazin mit ihren als Pöbeleien gewerteten Kommentaren zu Hartz IV doch nicht so ganz Unrecht? Soll der arbeitslose Facharbeiter etwa den Dreck anderer aufsammeln? Gibt es ein offensichtliches Lustempfinden der Gesellschaft, die ihre Freude daran hat, Transferleistungsbezieher zum Beispiel mit gelben Jacken bekleidet arbeiten zu sehen? Immerhin geistert sogar bei „Bild“ die Frage herum: Was ist, wenn persönliche Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und Hartz-IV-Bezug entsteht und innerhalb nur eines Jahres der völlige soziale Absturz erfolgt? Immerhin wird die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt Arbeitsprogramme gibt, die der Würde und der Qualifikation angemessen sind, oder ob das mit Maßnahmen verbunden sein darf, die den Betroffenen das Gefühl geben, gesellschaftlicher Aussatz zu sein. Erstaunlich, dass ich in dieser Zeitung online nachlesen kann, dass erst mal Plätze geschaffen werden müssen, in der ALG-II-Bezieher mit Würde und Perspektiven einer angemessenen Tätigkeit nachgehen können, bevor darüber nachgedacht wird, sie arbeiten zu lassen. Ich frage mich aber schon, ob wirklich 84 Prozent *der Bevölkerung* dafür sind oder nicht vielmehr *der „Bild“-Zeitungsleser*. Vielleicht hätte die Frage auch anders gestellt werden müssen: ob nämlich Zustimmung darüber besteht, dass Erwerbslose unter staatlicher Aufsicht als Sklaven arbeiten müssen – oder ob die angebotenen Arbeitsplätze regulär sein und den „arbeitenden Erwerbslosen“ (was ist das denn?) ein ausreichendes Einkommen sichern sollen, damit sie ein frei bestimmtes Leben führen können. Die Form der Frage bestimmt das Ergebnis!

7. Kaum ist die leckgeschlagene Ölquelle im Golf von Mexiko mit einer provisorischen Haube abgedichtet, muss natürlich auch das Sommerloch gestopft wer-

den. Sarrazin, Heinsohn, Westerwelle, Möllenstädt und Konsorten stimmten bereits mental darauf ein, wie mit den Überflüssigen einer Gesellschaft umzugehen sei: Das muss selbstverständlich einen Verzicht auf Warmduschen, warme Räume, beliebige Ortsabwesenheit und Elterngeld – spätrömische Dekadenz eben – nach sich ziehen! Wenn sich Erwerbslose nicht durch eigenen Broterwerb selbst versorgen wollen, müssen sie auch die Konsequenzen für ihre eigens verursachte Wertminderung tragen. Warum sollen die Steuerzahler eigentlich länger für deren Nichtstun in einer behaglichen **Unterkunft** zahlen? Wenn die Vorschriften der Verfolgungsbetreuung durch die argen Argen noch immer keinen ausreichenden Anreiz zur Arbeitsaufnahme bieten, müssen halt drakonischere Maßnahmen gefunden werden, die zur Aktivierung führen. Ich finde, dass 25 Quadratmeter durchaus genügen, um vollkommen Überflüssige mit einem respektablen Wohnklo auszustatten. Wenn ihnen überdies noch ein elektrisches Laufrad mit eingebautem Akku gestellt würde, könnten sie selbst so viel Strom erzeugen, wie ihre großformatigen Flachbildschirme Tag für Tag verbrauchen. Durch diese körperliche Ertüchtigung würde auch der Kreislauf in Gang gebracht werden, was für die Gesundheit förderlich wäre und ebenso die Kosten für die Heizung mindern könnte!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Faschistischer Menschenschlachthof: Wie kann die Obrigkeit eine Million Menschen *durch einen* einspurigen Tunnel quetschen? *(„Rote Fahne News“)*

Die unterste Schmerzgrenze

Wenn der Hund von Christian Wulff mit dem Schwanze bellt und sich in Buxtehude ein Huhn zu Tode erschreckt, so landet dies in jeder Zeitung, ohne dass feststeht, ob Wulff überhaupt einen Hund hat und ob der es wirklich tat, bloß weil *einer* Interesse an der Verbreitung dieser Meldung hat – einer mit entsprechenden Druckmöglichkeiten. Das Interesse beziehungsweise die Lösung steht heute in der Zeitung, sie lautet: ortsabhängige Pauschalen für die Kosten der Unterkunft. Es wird also keine Begrenzung auf 25 Quadratmeter geben. Trotzdem ist das eine Riesenungerechtigkeit, die nicht dadurch feiner wird, weil eine noch größere Ungerechtigkeit sich dadurch erledigt hat. So ist es schon öfter im Umfeld des SGB II gemacht worden. Ein Grund mehr, bei dem in Bremen bestellten Gutachten genau hinzusehen: Eine wirklichkeitsgetreue Abbildung des hiesigen Wohnungsangebots wird bestätigen, dass die neuen Obergrenzen ge-

mäß Wohngeldgesetz die unterste Schmerzgrenze sind. Daher Kopf zeigen auf der Bremer Montagsdemo!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Widerstand leisten gegen „Bürgerarbeit“ und neue Kürzungen für Hartz-IV-Empfänger!

Von staatlicher Seite wird die Einführung der „Bürgerarbeit“ sehr gelobt. In Bremen sind davon 200, in Bremerhaven 210 Hartz-IV-Empfänger betroffen. Der Bremer Staatsrat Joachim Schuster preist sie genauso an wie der Leiter der Bagis: „Bürgerarbeit ist ein vielversprechender neuer arbeitsmarktpolitischer Ansatz“ („Weser-Kurier“ vom 15. Juli 2010). Mit den Details halten sie sich vornehm zurück.

Ich bin im Internet auf eine Konzeption zur „Bürgerarbeit“ der Arge in Offenbach gestoßen, die deutlich macht, wie mit den Langzeitarbeitslosen in diesem Modell umgegangen werden soll. Dort heißt es zur sogenannten „Aktivierungsphase“ in den ersten sechs Monaten: „Einige Kunden“ (damit sind die betroffenen Arbeitslosen gemeint) „können bereits in dieser ersten Stufe in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. Ein nennenswerter Anteil dieser Kunden zieht an dieser Stelle auch den Leistungsantrag auf ALG II zurück beziehungsweise erscheint nicht zur Sofortaktivierungsmaßnahme, was nach rechtlicher Prüfung zur Versagung der Leistung aufgrund fehlender Mitwirkung führen kann.“

Mit dieser Methode verschwinden bundesweit wieder Zehntausende Langzeitarbeitslose aus der Statistik, und das Bundesamt für Arbeit kann sinkende Ausgaben für Regelleistungen feiern. Für die Betroffenen werden Armut, Zukunftsängste und der entwürdigende Weg zur „Tafel“ zum Alltag. Und die Regierung plant neue Kürzungen: Letzte Woche wurde bekannt, dass eine „Expertengruppe“ des Arbeitsministeriums vorgeschlagen hat, das Wohngeld für Hartz-IV-Empfänger zu kürzen. Bei der Bemessung sollen demnach künftig „regionale Merkmale“ berücksichtigt werden. Das würde dazu führen, dass in bestimmten Städten wie Bremen für Alleinstehende nur noch 25 statt bisher 45 Quadratmeter bezahlt würden. Gleichzeitig soll die kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für Schwerbehinderte wegfallen.

Die Hartz-IV-Betroffenen sollten gemeinsam mit denen, die in den Betrieben und Verwaltungen täglich die Arbeitshetze und den Leistungsdruck zu spüren bekommen, auf die Barrikaden gehen! Der geeignete Ort dafür sind die wöchentlichen Montagsdemonstrationen. Wir werden in den kommenden Wochen feiern, was wir seit sechs Jahren erfolgreich unter Beweis gestellt haben: Es lohnt sich zu kämpfen! Außerdem wollen wir viele Menschen für die Teilnahme an der **Großdemonstration** am **16. Oktober 2010** in **Berlin** gewinnen. Sie steht unter dem Motto: „Wir wollen eine lebenswerte Zukunft! Weg mit Hartz IV und dem Krisenprogramm der Berliner Regierung!“ Wer den Aufruf lesen und unterzeichnen möchte, findet ihn auf der Homepage der Bundesweiten Montagsdemo.

Harald Braun

Die Ausbeutung der Frauenarbeit

Am Donnerstag, dem 8. Juli 2010, erfuhr ich, dass das „Versorgungszentrum Obervieland“ keine Helferinnen und Helfer habe, die mir in der Woche 9,5 Stunden in der Woche im Haushalt und beim Einkaufen helfen könnten, für 6,15 Euro pro Stunde, das ginge maximal sechs Stunden in der Woche. Ich war vor sechs Wochen, am 26. Mai, aus der Reha entlassen worden. Normalerweise hätte mir gleich erklärt werden müssen, dass ich in meinem Freundkreis fragen solle, ob jemand dazu bereit sei, bei der „Nachbarschaftshilfe Obervieland“ für mich zu arbeiten, wenn das „Amt für Soziale Dienste„ die Kosten übernimmt. Dieses hat jetzt circa 350 Euro gespart, indem ich keine Hilfe erhielt. Per Bescheid hat das Amt jetzt auch die Kostenübernahme für eine vorübergehende Unterbringung in einem Altenpflegeheim verweigert, die natürlich teurer wäre als die Haushaltshilfe. Aber am allerbilligsten ist es für die Behörden, wenn sie überhaupt nichts zahlen. Hier wird die Betroffene als bloßer Kostenfaktor betrachtet, nicht ganzheitlich als Mensch, der dringend Hilfe benötigt und der nicht nur aus einem Körper besteht, sondern auch eine Psyche und seine Lebenserfahrungen hat! Die Behörden haben keine individuellen Vorstellungen vom Leben.

In den meisten Fällen werden Frauen in der Hausarbeit ausgebeutet. Ihre Arbeit wird gering geschätzt und unterbezahlt oder gar nicht vergütet. Das betrifft aber auch die wenigen Männer, die etwa im Pflegebereich arbeiten. Friedrich Engels erkannte richtig, dass Produktions- und Reproduktionsarbeit gesellschaftlich eine Einheit darstellen und dass die kapitalistischen Verhältnisse überwunden gehören, die dies ausklammern. Eine Gesellschaft kann nicht ohne Repro-

duktionsarbeit existieren. Das gleiche gilt für Produktionsarbeit, die nötig ist, um die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern. Sie bedingen sich gegenseitig. Die künstliche Trennung führt dazu, dass im reformierten kapitalistischen Patriarchat Frauen sowie Männer extrem ausgebeutet werden, die im Reproduktionsbereich, im Dienstleistungssektor, in sozialer Pflege, Haus- oder Erziehungsarbeit tätig sind. Die kapitalistischen Verhältnisse und das Privateigentum bedingen die Lohnarbeit. Die Mehrheit der Menschen muss ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen und sich unter kapitalistischen Bedingungen ausbeuten lassen. Der gesellschaftliche Reichtum sammelt sich in der Hand einer kleinen Minderheit, die die besitzende Klasse darstellt.

Die Einheit von Produktions- und Reproduktionsarbeit herzustellen, hilft mit bei der Beseitigung der kapitalistischen Verhältnisse, die hier eine künstliche Trennung hervorbringen. Der gesellschaftliche Reichtum gehört dazu genutzt zu verhindern, dass Frauen und Männer ausgebeutet werden bei der Arbeit in sozialen, pflegerischen und ökologischen Bereichen, bei Hausarbeit, Bildung und Kultur. Dass Frauen und Männer bei der „Nachbarschaftshilfe“ 6,15 Euro in der Stunde verdienen, legt Zeugnis von den Ausbeuterverhältnissen ab. Normalerweise gehört hier ein Mindestlohn von zehn oder zwölf Euro in der Stunde bezahlt! Wäre es mir finanziell möglich, würde ich diesen auch zahlen, doch da ich auf die Hilfe von „Amt für Soziale Dienste“ angewiesen bin, sehe ich mich hierzu außerstande.

Bettina Fenzel (parteilos)

Verantwortungslos, so sieht die „Entbürokratisierung“ aus

1. Am Wochenende kam es bei der „Loveparade“ in Duisburg zu einer Katastrophe mit 21 Toten und über 500 Verletzten. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen und den überlebenden Opfern. 1,4 Millionen Besucher wollten teilnehmen an dieser Veranstaltung auf einem für diesen Zweck viel zu kleinen, eingeschnürten Gelände. Schon vor einem Jahr und bis zum Tag zuvor war gewarnt worden. Die Betreiber haben, so ist zu hören, die Stadtverwaltung unter Druck gesetzt, bei den Auflagen nachzugeben, damit die Gewinne auch genügend hoch bleiben. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen. CDU-Oberbürgermeister Adolf Sauerland soll

erst am Morgen seine Freigabe erteilt haben. Jetzt will er nicht einmal zurücktreten und die „politische Verantwortung“ übernehmen. Dabei hätte er dann seine Ruhe und könnte sich seine Ausreden ausdenken. Dann gäbe es eben einen kleinen Knick auf der Karriereleiter.

Verantwortungslos ging es doch auch zu beim Einsturz des Kölner Stadtarchivs. In Diskotheken werden zuweilen aus reiner **Geldgier** die Notausgänge verschlossen, und dann kommen die jungen Leute bei Feuer oder Panik ums Leben. So sieht die „Entbürokratisierung“ konkret aus, von der Unternehmer wie auch CDU und FDP so viel halten. In meiner Berufspraxis habe ich selbst erlebt, wie Amtsvertreter über die Mängel hinwegsehen und andere zu ihren Bütteln machen, um keine Schuld auf sich zu laden. Wir wissen doch, wo es überall an Kontrolle und Überwachung fehlt: Es gibt keine Steuerfahnder und keine Kontrollen in wichtigen Bereichen. Kleine wie große Kapitalisten nutzen das aus, um Steuern zu hinterziehen und alle denkbaren Arbeitnehmerechte zu unterlaufen.

Nur wenn es ums Drangsalieren von Hartz-IV-Betroffen geht, kennt die Bürokratie weder Grenzen noch Gnade. Darum muss die Katastrophe von Duisburg in allen Fragen offengelegt werden, und es müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Diese menschenverachtende Gleichgültigkeit des Oberbürgermeisters und anderer, die noch den Jugendlichen mit ihrem „Fehlverhalten“ die Schuld zuweisen wollen, gehört an den Pranger und genauso wie die Machenschaften der Betreiber bestraft.

2. In Hamburg, wo demnächst das **Finanzdesaster** den Haushalt der Stadt erreicht, ruft Bürgermeister Ole von Beust erleichtert aus: „Alles hat seine Zeit“ und schreitet von dannen in vermutlich dankbarere Beratungstätigkeiten in der Wirtschaft. In seinen Fußstapfen folgt fast der halbe Hamburger Senat. Den Wirtschaftssenator erwartet ein genügend gut dotierter Job in der Wohnungswirtschaft. Die Adlige von Welk sieht sich ihre Elbphilharmonie-Ruine lieber von Ferne an: „So viel kann ich nicht verkraften“. Auf sechs hochkarätige Länderfürsten musste Walküre Merkel inzwischen verzichten. In Bayreuth, wo sie den letzten Sonnabend bei Wagners „Lohengrin“- Premiere verbrachte, konnte sie beiwohnen, wie in einem imaginären Universum aus kleinen Drahtgebilderatten allersüßeste Homunkulusse werden. Das ist doch eine schöne Ablenkung für eine so tolle Physikerin! Vielleicht kann sie ja lernen, wie man noch steuerfähigere CDUlinge zeugt.

In 20 Tagen feiern wir sechs Jahre Montagsdemo: sechs Jahre Widerstand und Unruhe im Land! Wenn wir und viele andere nicht diesen Kampf gegen die Regierungspolitik geführt hätten, sähe es anders im Land aus. Schröders Agenda 2010 und seine Hartz-Gesetze sind zwar immer noch da, aber die Regierung ist schon gerupft. Die Urheber wie Peter Hartz und sein Basta-Chef trauen sich gar nicht mehr in die Öffentlichkeit. Den Nachfolgern, wenn sie nicht schon flüchten, geht es kaum anders. Ihr ganzer „Stadel“ hat doch gar kein Vertrauen mehr in der Bevölkerung!

In der letzten Woche gab es den „Banken-Stresstest“: Außer der Hypo Real Estate seien alle gut durchgekommen. Welch Wunder, wenn die „Bad Banks“ alle ausquartiert sind und nicht mehr auf der Rechnung stehen! Für deren Abwicklung ist das Potential der Werktätigen da, denen man noch in Jahrzehnten dafür das Geld abknöpfen will. In der Wirtschaft läuft ohne Spekulation heute gar nichts mehr. Das ist ihr Motor, wird mancher Neunmalkluge sagen. Man sieht es an der Autoindustrie und China: Der Export brummt, und im „ Reich der Mitte“ selbst können gar nicht schnell genug neue Autowerke aus dem Boden gestampft werden. VW will allein in China drei Millionen Autos verkaufen. Dort gibt es noch Wirtschaftskrisen-Förderprogramme – auf Spekulationsbasis. Wenn die Blase platzt, haben wir die nächste Krise! Da wird keine „Abwrackprämie“ mehr helfen.

Doch es gibt kein Feld mehr, wo sich nicht Widerstand gegen die Regierungspolitik regt, vom Umweltbereich, in dem die Versteigerung der Brennelementgewinne geplant wird, über die Verdummungspolitik beim Afghanistan-Einsatz bis zum Gesundheits- und Bildungswesen. Dass es diesen Widerstand gibt, ist richtig so und muss weiter verstärkt werden! Wo wir die Regierenden angreifen, trauen sie sich nicht so leicht voran mit ihren Plänen. Leider sind manche dieser Kämpfe noch nicht so gut vernetzt und voller Mumm, wie es notwendig wäre. Daran müssen wir arbeiten. Beim Widerstand ist die Montagsdemo immer dabei! Sie hilft auch und berät, wo sie es leisten kann. Kommt her, hier seid ihr richtig!

Jobst Roselius

„Der schlimmste Schrott, den ich je gesehen habe“: Eine Plattform, auf der sich die „linke Szene“ lächerlich machen soll *(„Apache Friends“)*

Scheckbetrug: Manche Mails muss man an die Polizei weiterleiten *(Pete Ording in „D-Forum“)*

Von Kanarienvögeln, Ich-AG, Kapitalismus und bedingungslosem Grundeinkommen

Ich habe es letzte Woche schon angerissen: Hartz IV schießt den Vogel ab! Einen Vogel in einer Tierpension unterzubringen, kostet Frauchen oder Herrchen pro Tag im Schnitt neun Euro, für den Monat 270 Euro. Einem Kind im Alter von sieben bis 14 Jahren steht ein monatlicher Regelsatz in Höhe von 251 Euro zu. Die Lebenshaltungskosten für ein Kind sind somit niedriger angesetzt als die Kosten

für einen Kanarienvogel in einer Tierpension. Eltern, füttert eure Kinder nicht mit Vogelfutter, sonst reicht das Geld nicht!

Auf der Fahrt nach Bremen heute ging mir die obige Geschichte einfach nicht mehr aus dem Kopf. Wie leicht, mit welch geringen finanziellen Mitteln könnte doch ein Hartz-IV-Empfänger eine eigene Existenz basteln! Ein Raum würde schon genügen: Jeden Monat 30 Tage lang zehn Kanarienvögel oder Wellensittiche von Vogelfreunden in Pension genommen, und schon würde man hiermit ungefähr 3.000 Euro im Monat brutto verdienen! Bestimmt ließe sich auf diese Weise eine Ich-AG gründen.

Doch wie geht das der Kapitalist an? Der würde bestimmt erst einmal den vorhandenen durchschnittlichen Bedarf eines Monates prüfen. Wäre es zum Beispiel möglich, jeden Monat die Tiere von 100 Vogelfreunden in Pension zu nehmen, liefe er wahrscheinlich erst mal zu seiner Bank, um ein Konzept vorstellen und eine Finanzierung beantragen. Auch der Kapitalist bräuchte eigentlich nur einen geeigneten Raum. Er würde hier dann mehrere mehrgeschossige Regale aufstellen, sodass man 100 Käfige unterbringen könnte. Für Betreuung und Versorgung der Vögel und die Abwicklung der Pensionsgeschäfte würde er wahrscheinlich neun 400-Euro-Kräfte einstellen, sodass ein Geschäftsbetrieb von zwölf Stunden an jedem Tag des Monates gewährleistet wäre.

Zahlte der Kapitalist einen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde, wären das für 360 Stunden nur 3.600 Euro – „Peanuts“ bei einem Umsatz von 30.000 Euro, selbst wenn für die verschiedensten Versicherungen noch zusätzliche Kosten anfallen. Gäbe es nun das bedingungslose Grundeinkommen in Deutschland und müsste der Kapitalist auf den gesamten Umsatz daher eine Steuer von 50 Prozent zahlen, käme er immer noch gut auf seine Kosten und machte immer noch Profit.

Gemäß Vorschlag der Bremer Montagsdemo nach einem über eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des jeweiligen Mindestlohnes finanzierten **bedingungslosem Einheitsgrundeinkommen** müsste dieser Kapitalist seine Mitarbeiter mindestens vier Stunden am Tag in einer Fünf-Tage- Woche beschäftigen, wenn die Mitarbeiter das so verlangen. So verdiente jeder der dann in Vollzeit von 87 Stunden im Monat beschäftigten Mitarbeiter bei einem Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde mindestens 870 Euro. In 90 Stunden, jeweils einem Viertel der gesamten Arbeitszeit, wären es genau 900 Euro. So verteilte sich die benötigte Arbeitszeit von 360 Stunden sehr gerecht auf die vier Mitarbeiter. Jeder verfügte über das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen bereits über ein Einkommen von 1.000 Euro netto. Fünfzig Prozent des ausgezahlten Gehaltes würden dieses Einkommen ergänzen. Das Einkommen jedes Mitarbeiters betrüge somit mindestens 1.450 Euro.

Vom seinem Umsatz von 30.000 Euro müsste der Kapitalist mindestens 3.600 Euro an Lohn zahlen, weiterhin eine Arbeitskraftabgabe von 3.600 Euro für die 360 Arbeitsstunden. Das wären Kosten von 7.200 Euro für die Arbeit, zuzüglich notwendiger gesetzlicher Versicherungen, Miete, Tilgung und Energie. Vom Umsatz bleiben ungefähr zwei Drittel, nach dieser Rechnung also 20.000 Euro im Monat übrig. Versteuerte man diesen Betrag zusätzlich mit 50 Prozent, wären es immer noch 10.000 Euro Profit - zusätzlich der 1.000 Euro aus dem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen für jedes Familienmitglied des Unternehmers.

Ich hoffe, ich kann durch dieses kleine Beispiel, das im Prinzip auch im großen Stil funktionieren müsste, die Notwendigkeit zur Einführung des bedingungslosen Einheitsgrundeinkommens auf Kosten des Profits einigermaßen verständlich erklären! Wer auf der Montagsdemo fragt: „Was soll denn eurer Meinung nach statt Hartz IV kommen?“, dem antworte ich: Als erster Schritt das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen auf Kosten der Profite der Unternehmen – mit einem Rechtsanspruch auf die tatsächlich notwendigen monatlichen Arbeitsstunden aller erwerbsfähigen Menschen in Deutschland. Die Überwindung von Hartz IV ist ohne jeden Zwang möglich, mit hundertprozentigem Recht der Menschen auf Teilhabe an jeder Art von Arbeit, wenn sie das möchten! Auch die Kommunen dürften hiernach keine finanziellen Probleme mehr haben.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Hartz IV schießt Menschen ab: Sie werden zum Schulabbruch gedrängt oder als potentiell psychisch krank eingestuft *(„Spiegel-Online“)*

Die Wahrheit drängt ans Licht: Der Hartz-IV-Regelsatz ist zu niedrig – er müsste bei 400 Euro liegen *(„Spiegel-Online“)*

Proteste zeigen Wirkung: Regierung verzichtet auf Wohngeldkürzung für ALG-II-Bezieher *(„Die Zeit“)*

Psycho-Haft wie in Nordkorea: Wetterfrosch zu den Kakerlaken gesperrt *(„Spiegel-Online“)*

Mehrwert für die „linke Szene“: Jede besuchte Seite kann im Internet-Archiv gespeichert werden *(„Alexa Toolbar“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

289. Bremer Montagsdemo am 02. 08. 2010

Gesellschaftliche Teilhabe durch Antidiskriminierungsgutscheine?

1. In ihrem jüngsten Statistikbericht räumte die Bundesagentur für Arbeit ein, dass die Behörden im vergangenen Jahr in 162.300 Fällen falsche Hartz-IV-Bescheide erließen. Aus der Jahresstatistik der Behörde geht weiterhin hervor, dass 2009 in 830.200 Fällen **Widerspruch** eingelegt wurde und etwa jeder dritte Widerspruch erfolgreich gewesen sei. Ich bin mir sicher, dass es sich hierbei nur um die Spitze des Eisberges handelt und die vielen Vergleiche sicherlich nicht zu den erfolgreichen Widersprüchen hinzugezählt werden! Wenn ich mir überlege, wie wenig Leute sich leider nur gegen falsche Bescheide wehren, weil sie es nicht merken oder sich nicht trauen, sich für ihr Recht einzusetzen, dann wage ich mir gar nicht das tatsächliche Ausmaß von falschen Bescheiden vorzustellen. Dabei führen zu wenig oder gar nicht überwiesene Bezüge die ALG-II-Bezieher oft in existenzielle Nöte, wie sie sich davon nicht Betroffene offenbar gar nicht vorstellen können! Wenn die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Sabine Zimmermann, kommentiert, Hartz IV sei ein chaotisches System, das die Betroffenen drangsaliere und demütige, von niemandem mehr durchschaut werde und zu einer Klageexplosion an den Sozialgerichten geführt habe, dann kann ich dem nur voll und ganz zustimmen. Sie hat Recht, denn auf die neuen Zahlen zu falschen Hartz-IV-Bescheiden kann es nur eine Antwort geben: Hartz IV endlich abschaffen!

2. Die Jobcenter kommen aus der Kritik gar nicht mehr heraus: Nach „Spiegel-Online“-Informationen kontrollieren sie neuerdings auch die Zeugnisse von Schülern, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, und bedrohen sie mit Sanktionen, wenn sie sich weigern „zwecks Überprüfung der derzeitigen Verhältnisse“ ihr Halbjahreszeugnis einzureichen. Dabei entbehrt dies jeder Rechtsgrundlage: Die Argen dürfen nur eine Schulbescheinigung verlangen! Von Jugendlichen wurde der Verdacht geäußert, dass sie um jeden Preis eine Lehre beginnen sollen. Der

16-jährigen Jenny wurde eine **Eingliederungsvereinbarung** auf den Tisch gelegt, auf der sie unterschreiben sollte, dass sie sich darum bemühen werde, eine Lehrstelle zu finden. Doch Jenny suchte keinen Ausbildungsplatz, sie wollte nach der mittleren Reife auf die Berufsschule. Sie vermutet, dass der Berater sie wahrscheinlich zu einer Ausbildung drängen wollte, damit der Staat nicht mehr für sie zahlen müsse. Glücklicherweise beugte sich Jenny dem Drangsalierungsversuch nicht und bewarb sich erfolgreich an der Berufsschule, wo sie ab August der Lehrgang zur technischen Mediengestalterin beginnt. Die Arbeitsagentur weist diesen Vorwurf selbstredend entschieden zurück. Ich lese im „Erwerbslosenforum Deutschland“ aber von vielen derartigen Versuchen, Kinder von Arbeitsuchenden frühzeitig in Arbeit zu bringen und daran zu gewöhnen, wer hier angeblich das Sagen hat und sich über bestehende Gesetze hinwegzusetzen beliebt! Ich finde es nur gut, wenn die Jugendlichen ihre eigenen Ziele verfolgen wollen und sich bei ihren Eltern, bei Beratungsstellen oder im „Erwerbslosenforum“ Hilfe holen.

3. Nach einer Studie des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ an der Universität Duisburg-Essen sind inzwischen 20 Prozent der deutschen Beschäftigten **Geringverdiener**. Im keinem anderen Land wächst die Zahl derer, die von ihrem Lohn kaum leben können, so rasant wie bei uns. Ein Fall von staatlich verordneter, galoppierender Armut trotz Arbeit also! Bereits mehr als zwei Millionen Beschäftigte erhalten in Deutschland einen Bruttostundenlohn von weniger als sechs Euro, Tendenz steigend. Im Jahr 2008 erhielten rund 830.000 Menschen weniger als ein Drittel des Durchschnittseinkommens, somit im Westen Deutschlands einen Stundenlohn unter 4,75 Euro, im Osten unter 3,42 Euro. Weil sich die Zahl der Beschäftigten mit solchen Niedrigeinkommen innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, spielt Deutschland im internationalen Vergleich eine unrühmliche Sonderrolle. In vielen anderen europäischen Ländern werden derart niedrige Einkünfte sinnigerweise durch Mindestlöhne unterbunden!

4. In Frankfurt wurden 2009 im Jahresdurchschnitt 2.000 Langzeitarbeitslose in „Arbeitsgelegenheiten“ beschäftigt, in diesem Jahr sollen es 2.500 werden. Hartmut Bebendorf vom Rhein-Main Jobcenter findet, wer **Ein-Euro-Jobs** verteufele, mache es sich „ein wenig einfach“. Seiner Meinung nach bieten sie die Möglichkeit, Pünktlichkeit zu erlernen oder eine Weiterbildung zu machen. „Bei den Kunden sind die Arbeitsgelegenheiten beliebt.“ Es gibt sogar eine Warteliste für das Recycling-Zentrum der Werkstatt Frankfurt, wo Kühlschränke repariert werden. Das leuchtet ein, wenn demnächst viele ehemals Langzeitarbeitslose kaputte Kühlschränke auf dem ersten Arbeitsmarkt reparieren sollen! Die Frage ist nur, wer sie dann einstellt und ihnen auch Löhne dafür bezahlt, die dem Träger jetzt ja von der Bundesagentur für Arbeit bezahlt werden. Natürlich, so heißt es, dürfen keine regulären Stellen durch Ein-Euro-Jobs verdrängt werden, und die Arbeitsgelegenheiten müssen gemeinnützig und zusätzlich sein. Reguläre Jobs werden

ja auch nicht verdrängt, denn wer außer den Ein-Euro-Jobbern würde und könnte denn sonst gemeinnützig und zusätzlich Kühlschränke reparieren?

In der gemeinnützigen „Frankfurter Frauenbeschäftigungsgesellschaft“ wird von Langzeitarbeitslosen unter Anleitung ein Computerprogramm namens „Soziallotse“ entwickelt, das Hilfestellungen bei Fragen gibt, wo Geschäftskleidung für ein Bewerbungsgespräch *ausgeliehen* werden kann oder wo es den „Frankfurt-Pass“ gibt. Im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit könnten sich die Probanden auch zum Altenpflegehelfer oder zur Tagespflegemutter ausbilden lassen, junge Leute den Hauptschulabschluss nachholen. Weil eine Arbeitsgelegenheit erst dann angeboten wird, wenn alle anderen Maßnahmen wie Bewerbungstraining oder Vermittlungscoaching nicht greifen, lehnten keine zehn Prozent diese Arbeitsgelegenheiten ab. Obwohl das ein wahrhaft herziger Betrieb zu sein scheint, wird es dort aber sein wie anderswo auch, dass höchstens ein Prozent langfristig aus der Langzeitarbeitslosigkeit herausgeholt wird, wohingegen die Positionsinhaber auf den Chefsesseln der Trägergesellschaften mit dicken, fetten Gehältern honoriert werden, weil sie bezahlt für sich arbeiten lassen. Eine tolle Leistung der Leistungsträger!

5. Das Märchen vom **Fachkräftemangel** beginnt nicht mit dem klassischen „Es war einmal“, sondern futuristisch-modern mit: „Es wird einmal“. Sogenannte Experten sind sich darin einig, dass, wenn nicht gegengesteuert wird, in einigen Jahren Deutschlands Unternehmen verzweifelt nach qualifiziertem Personal suchen werden. Noch bestehe dieser Fachkräftemangel heute nicht, aber in bestimmten Bereichen wie im Gesundheitssektor und bei den Ingenieuren bestehe ein erhöhter Bedarf an Arbeitskräften. Aber von einem generellen und branchenübergreifenden Mangel könne keine Rede sein. Noch nicht mal bei den sogenannten MINT-Qualifikationen, also Berufen, die Qualifikationen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften voraussetzen, besteht ein Mangel an Fachkräften. Offenbar spielt eine gute Portion politisches Gepolter mit hinein in den Streit um den Fachkräftemangel mitten im Sommerloch!

6. Prinzipiell ist es natürlich nur wunderbar, dass Hartz-IV-Bezieher nicht in einem **Obdachlosenheim** bleiben müssen, wenn ihnen die Behörden dort einen Platz zuweisen. Im Eilverfahren entschied das Landessozialgericht Essen, dass sie selbst auf Wohnungssuche gehen dürfen. Damit gaben die Richter einem 59-Jährigen Recht, der von einem zugewiesenen Zimmer in einem Obdachlosenheim in eine von ihm selbst angemietete Wohnung gezogen war (Aktenzeichen L 19 B 297/09 AS ER). Die zuständige Arge weigerte sich vorab, die nach ihrer Auffassung zu hohen Kosten für die neue Wohnung zu übernehmen. Nach dem Umzug wollte die Hartz-IV-Behörde dem Kläger weiterhin nur die 184 Euro Miete für das Zimmer in dem Übergangsheim erstatten. Dem widersprach nun das Landessozialgericht, weil der Umzug des 59-Jährigen erforderlich gewesen sei. Allerdings sprachen die Richter dem Kläger mit 323 Euro monatlich nur einen Teil der

von ihm verlangten 380 Euro Monatsmiete einschließlich Nebenkosten zu, weil nach Einschätzung des Gerichts der Mietpreis der Wohnung über der angemessenen Referenzmiete von 5,40 Euro pro Quadratmeter läge. So gut das Urteil im Ansatz ist: Schlecht ist, dass die tatsächliche Miete nicht voll übernommen werden soll. In welchen Träumen gibt es tatsächlich derart niedrige Mieten? Im wirklichen Leben wohl kaum!

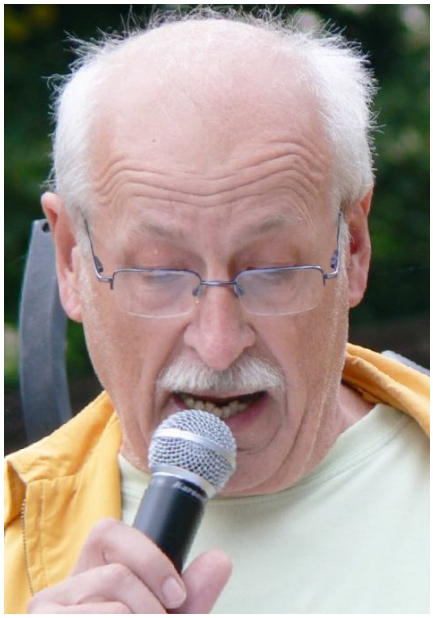
7. Letzten Samstag schien es gute Nachrichten für Arbeitslose zu geben: Auf „ Spiegel-Online“ stand, dass ihre Bezüge künftig steigen könnten, wenn es nach Arbeitsministerin von der Leyen gehe. Sie plane weitreichende Korrekturen bei den Fürsorgeleistungen für Langzeitarbeitslose und Sozialfälle. Nach diesen Informationen werden die **Hartz-IV-Regelsätze** infolge einer Neuberechnung steigen. Dabei sollten Haushalte mit Kindern allerdings möglichst kein zusätzliches Geld bekommen, sondern sogenannte Teilhabe- und Bildungsgutscheine, die an bestimmte Zwecke, etwa Sport- und Freizeitangebote, gebunden sind. Das Mittagessen in Schulkantinen oder Horteinrichtungen soll künftig direkt von der zuständigen Behörde bezahlt werden. Wie sich die Hartz-IV-Bezüge weiterentwickeln, hängt nach den Plänen des Sozialministeriums je zur Hälfte von der Entwicklung der Nettolöhne und der Inflation ab. Die bisherige Kopplung an die Rentenentwicklung wird aufgegeben.

Jetzt verstehe ich noch besser, warum sich hierzulande der Billiglohnsektor so rasant ausgebreitet hat und sich kein flächendeckender Mindestlohn durchsetzen lässt: Es soll ja immer noch das Lohnabstandsgebot gewahrt werden! Lauter Gründe, das ALG II als angebliche Grundsicherung unten zu halten. Angeblich deuten jedoch die von der Bundesregierung herangezogenen Vergleichszahlen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beim Statistischen Bundesamt darauf hin, dass der Regelsatz bei einem Betrag von bis zu 400 Euro liegen müsste. Ich wage stark zu bezweifeln, dass der ALG-II-Satz wirklich angehoben wird – höchstens um so viel, wie bei der Pauschale für die Kosten der Unterkunft wieder abgezogen wird! Wenn der Regelsatz doch erhöht würde, dann sicher nur, wenn im Gegenzug flächendeckende Bürgerarbeit für lau eingeführt wird und die Unterkunftskosten pauschalisiert werden. Dass irgendetwas besser wird, glaubt doch hier wohl kein Mensch, bei dieser Regierung! Die Spekulationen gingen hin und her, und so dauerte es auch gar nicht lange, bis die Regierung höhere Hartz-IV-Regelsätze dementierte: Erst im Herbst werde die neue Einkommens- und Verbraucherstichprobe des Statistischen Bundesamtes vorliegen, dann erst könne die Berechnung der neuen Regelsätze abgeschlossen werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

In Gottes Ohr: „Zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte zu verantworten“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Die Rentengarantie auflösen?



Das schlägt dem Fass den Boden aus: Jetzt will Herr Brüderle die sogenannte Rentengarantie auflösen! Auch mir ist natürlich nicht entgangen, dass Frau Merkel dieses Unterfangen gestoppt hat. Wieder mal ein Dämpfer für die FDP? Aber hören wir noch einmal die Worte von Herrn Brüderle: „Es kann in Zukunft nicht mehr angehen, dass die Rente so garantiert wird! Das Geld muss erst einmal erarbeitet werden.„ Natürlich, Herr Brüderle, da haben Sie vollkommen Recht! Doch wieso soll eigentlich die Rente in Zukunft nicht steigen? Sie sagen, weil sie wieder an die Löhne angekoppelt werden soll. Aber dann sagen Sie bitte den Menschen auch, dass sie in Zukunft mit weniger Lohn auskommen müssen! Wenn die Renten wieder an die Löhne gebunden werden sollen, sehen Sie wohl die Löhne auch in Zukunft nicht steigen. Zweitens muss dann der zukünftige Rentner noch mehr vorsorgen, also von weniger Lohn auf die Seite legen. Ist das etwa bloß ein Ablenkungsmanöver, denn nach der sogenannten Gesundheitsreform haben die Rentner in Zukunft sowieso weniger Geld in den Taschen?

Herr Brüderle, Sie vertreten doch die Partei, die für „mehr Netto vom Brutto“ eintritt! Seien Sie doch bitte so nett und erklären Sie uns mal: Wie geht das eigentlich? Das trägt bestimmt nicht dazu bei, dass man Sie demnächst wiederwählt, und das ist auch gut so. Ich appelliere an das Gewissen aller Politiker! Warum geht ihr nicht mit gutem Beispiel voran? Wie wäre es, alle Politiker lebten mal für ein halbes Jahr auf Hartz-IV-Niveau? Ihre vollen Bezüge einschließlich Diäten erhielte dann ein Fonds, der den Betroffenen zugute käme. Dann lernten Sie endlich wieder einmal die Realität kennen, hätten eine gute Tat vollbracht, und der liebe Gott wird es Ihnen lohnen! Sie werden dann andere Menschen sein und sorgen endlich auch mal für jene, die Ihnen ihre Stimme gegeben haben! Die Renten würden dann in Zukunft auch wieder steigen, denn Herr Brüderle hat wohl vergessen: Das Bruttosozialprodukt steigt so und so. Mehr Geld in den Taschen bedeutet schließlich auch mehr Nachfrage!

Udo Riedel (parteilos)

Nur 22,62 von 37,97 Euro pauschal gedeckt: Hartz-IV-Regelsatz reicht nicht für Stromkosten *(„Tagesspiegel“)*

20,80 Euro monatlich für Schuhe und Bekleidung: Ob Zoobesuch oder Anorak Vorrang haben, sollten Eltern entscheiden *(„Frankfurter Rundschau“)*

Auf ewig aufstocken?

Ich gratuliere allen ganz herzlich, die ihr Hartz IV trotz neuer Software rechtzeitg bekommen haben! Bei mir ist das Geld auch pünktlich am Freitag auf meinem Konto gewesen. Aber weil mein Gehalt jeden Monat angerechnet wird, muss ich bei der Bagis jeden Monat meine Gehaltsabrechnung vorlegen. Dann wird alles neu berechnet, ich bekomme einen neuen Bescheid, und die allmonatliche Differenz wird anschließend auf mein Konto überwiesen! Dabei handelt es sich ganz offensichtlich um eine Bagis-interne Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Das Personal leidet wohl unter Langeweile?

Zuschrift von Regina (parteilos)

Wie glaubhaft sind Politiker(innen)?

Oskar Lafontaine plädierte 1993 für die Abschaffung des Asylrechts und nahm starken Einfluss darauf, dies durchzusetzen. Er stimmte 1998 der Verschärfung der Bestimmungen für Menschen zu, die Sozialhilfe erhielten (siehe dazu unseren Offenen Brief an ihn vom 12. Oktober 2005). Ist Lafontaine eine Persönlichkeit, die glaubhaft eine linke Politik befürwortet und in der Partei „Die Linke“ vertritt? „Ich selbst hatte früher verschiedene unmarxistische Ansichten, erst später gelangte ich zum Marxismus. Ich studierte ihn ein wenig aus Büchern und machte so die ersten Schritte in der ideologischen Selbsterziehung. In der Hauptsache ging die Umerziehung im Prozess des Klassenkampfes über Jahre hinweg vor sich, doch ich muss auch weiterhin studieren. Nur dann kann ich mich weiterentwickeln, andernfalls bleibe ich zurück. Die Bourgeoisie erhält jetzt auf der einen Seite von den gemischt-staatlichen Betrieben noch feste Kapitalzinsen, das heißt, sie hat sich noch nicht von den Wurzeln der Ausgebeuteten losgelöst“, schreibt Mao Tsetung im seinem Aufsatz „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk.“ Politisches Bewusstsein wird einem also nicht in die Wiege gelegt. Es sich anzueignen, bedeutet einen lebenslangen Lernprozess – aber nicht so, wie sich das die Neoliberalen wünschen, also sich Wissen nach ihren Bedürfnissen anzueignen, um sich noch besser ausbeuten zu lassen, sondern um das Klassenbewusstsein zu entwickeln und unter die Mehrheit der Menschen zu bringen, die unter den Ausbeutungsverhältnissen direkt und indirekt zu leiden haben.

Oskar Lafontaine war lange Jahre Mitglied der SPD und wurde 1998 Finanzminister der rot-grünen Regierung. Im Folgejahr trat er zurück, weil er die neoliberale Politik nicht mehr weiter tragen wollte. Die neoliberalen rechten Köpfe der SPD werfen ihm seinen Rücktritt als „verantwortungslos“, was nicht den Tatsachen entspricht. In Gegenteil hat Oskar Lafontaine hier im Geiste von Rosa Luxemburg Rückgrat bewiesen. Sie war 1914 mit der Kriegspolitik nicht einverstanden gewesen und trat später aus der SPD aus, um leider viel zu spät die Kommunistische Partei Deutschlands mitzugründen. Am 15. Januar 1919 wurden sie und Karl Liebknecht unter inoffizieller Zustimmung durch Ebert, Scheidemann und Noske im Auftrag des Kapitals ermordet. Heute gibt es in der Partei der ehemaligen PDS Politiker(innen), die zunächst durchaus fortschrittliche Positionen vertreten, wie zum Beispiel Heide Knake-Werner, die mir seit Anfang der neunziger Jahre aus Mannheim bekannt war. 2001 erklärte sie dann als Berliner Sozialsenatorin im Radio, sie habe keine Probleme, dass Sozialhilfefänger gemeinnützige Arbeit leisten. Zuvor hatte sie sich eindeutig dagegen ausgesprochen. Da müssen wir unterscheiden zwischen Worten und realen Taten, die Zeugnis von der politisch korrekten Arbeit geben.

Denken wir mal an den ehemaligen Bundeskanzler Schröder, der 1986 von sich behaupte: „Ich bin ein Marxist“. Oder an seinen Außenminister Fischer, der auf der Straße Steine gegen Polizisten warf und später mithalf, Jugoslawien zu zerbomben und zu vernichten, und der mit Schröder die Hartz-Gesetze durchsetzte. Es gibt Menschen, die ihr politisches Bewusstsein weiterentwickeln und bis zu ihrem Lebensende fortschrittliche Positionen vertreten. Dazu gehörte unter anderem Rosa Luxemburg. Andere beziehen erst fortschrittliche Positionen und biedern sich dann der herrschende Klasse an. Dazu gehören zum Beispiel Schröder und Fischer. Oskar Lafontaine gehört zu den Menschen, die zum Teil reaktionäre politische Positionen in der SPD vertraten, später jedoch fortschrittliche, was natürlich nicht heißen soll, jetzt Oskar Lafontaine nicht mehr kritisch unter die Lupe zu nehmen ist. Nur kann er nicht mit den Herren Schröder oder Fischer verglichen werden, die ihr Fähnchen immer nach dem Winde hängen, sich der herrschenden Klasse anbiedern und um jeden Preis dazugehören wollen.

Der parteilose SPD-Bundespräsidenten-Kandidat Gauck gehört zu denen, die reaktionäre neoliberale Positionen vertreten, Schröders „Reformen“ loben und die Montagsdemonstranten als „töricht“ und „geschichtsvergessen“. beschimpfen. Doch nicht die Montagsdemonstrant(inn)en sind „von vorgestern“, sondern das ganze gesellschaftlich rückschrittliche kapitalistische Ausbeutersystem, die moderne Variante des Manchester-Kapitalismus, der sich in den neoliberalen Denkfabriken neu gestaltet hat und Einfluss auf das alltägliche Leben nimmt. Es verbreitet seinen ideologischen Geist bis in Kindergärten, Schulen, Betriebe und Medien und der nimmt real Einfluss auf Gesetze, die sich negativ auf unser Leben und unsere Arbeitswelt auswirken mit „Reformen“, die massive Verschlechterungen bedeuten und keine Verbesserung der ökologischen und sozialen Lebensqualität.

„Eine Gesellschaft, in der sich ein Privatvermögen von 14,5 Billionen Mark angehäuft hat, müsste in der Lage sein, jedem Jugendlichen, der es wollte, einem Ausbildungsplatz anzubieten. Auch kann eine sozialdemokratische Partei nicht einer Entwicklung tatenlos zusehen, die darauf hinausläuft, dass bestimmte medizinische Leistungen nur noch von denen in Anspruch genommen werden können, die ein hohes Einkommen haben“, schrieb Oskar Lafontaine 1999 in seinem Buch „Das Herz schlägt links“. Die heutige Gesundheitspolitik neoliberaler Bauart entlässt Menschen, wie ich selbst erlebt habe, nach Aufbrauchen der Fallpauschale viel zu früh aus den Krankenhäusern und verweigert ihnen die Hilfe, die medizinisch notwendig ist, um zur Gesundung beizutragen. Oskar Lafontaine ist kein Politiker, der die kapitalistischen Verhältnisse umstürzen oder sie zu beseitigen helfen will. Er will mit Reformen die Lebenslage der Mehrheit der Menschen verbessern – doch die kapitalistischen Verhältnisse und die Gesetzmäßigkeiten der Profitorientierung stehen diesem Anliegen im Wege.

Bettina Fenzel (parteilos)

Es gibt keine bessere Alternative zur Überwindung von Hartz IV

1. Solange sich die Gewerkschaften in Deutschland emanzipatorischen Lösungsversuchen einer gemeinsamen Alternative wie zum Beispiel dem bedingungslosen **Grundeinkommen** und der Teilhabe aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der wirklich notwendigen Erwerbsarbeit quasi verweigern, wird man kaum auf die Unterstützung der Mehrheit in der Bevölkerung hoffen dürfen! Um die Menschen von einer neuen Idee zu überzeugen, bedarf es immer eines selbstverständlich auch finanziellen Angebots, welches schnell die Lebenssituationen von möglichst allen Menschen wirklich verbessert.

Erst im Anschluss kann man die Menschen davon überzeugen, dass eine profit- und renditebezogene Wirtschaft, die ausschließlich zulasten von Natur und Umwelt praktiziert wird, niemals die richtige Lösung bleiben darf. Mit Sicherheit wird man dann auch die Menschen davon überzeugen können, sich im Interesse ihrer Kinder und Kindeskinder für ein neues System zu entscheiden. Sich hierbei fast ausschließlich auf die Gewerkschaften zu verlassen, dürfte ein Kardinalfehler der DKP sein: Das neue System muss letztlich aus der gesamten Gesellschaft heraus gewollt werden. Leipzig 1989 ist hierfür das beste Beispiel!

Letzten Montag hielt ein Kollege eine Gegenrede, als ich vom bedingungslosen Grundeinkommen sprach. Dieses Konzept lehnte er ab, begründete seine Meinung aber nicht genauer. Gleichzeitig favorisierte er die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ob er auch von Personalausgleich sprach, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Mir persönlich reicht es natürlich nicht, wenn man so argumentiert und danach flugs den Ort des Geschehens verlässt, denn so hatte ich keine Gelegenheit mehr zu antworten. Ich warte auch noch auf andere mir angekündigte „präzise Alternativen“ als Strategie zur sofortigen Überwindung von Hartz IV.

Vom Leben in Käfigwohnungen hat die Bremer Montagsdemo bereits berichtet, vom Leben auf Müllhalden noch nicht. Es geht immer noch schlimmer, sogar trotz „Arbeit“ als Müllsammler! Es kann also nicht die „Arbeit“ sein, die allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein garantiert, auch wenn viele Leute genervt sind, wenn man immer wieder darauf hinweist. Im Kapitalismus kann selbst eine notwendige „Arbeit“ trotz fehlender Alternativen sogar noch illegal werden, und die „Arbeiter“ und ihre Familienangehörigen dürfen dann „alternativlos“ verrecken. Ich hoffe, ich nerve jetzt nicht! Man darf in meinen Augen nicht locker lassen, auch wenn immer noch einige glauben, die Zähmung des widerspenstigen Kapitals wäre möglich.

Ich bin schon seit 16 Jahren von der Armut genervt. Wenn jemand glaubt, man könne alles über die juristische Schiene hinbekommen, so dürfte das ein Denkfehler sein, denn mit jeder Klage, ob der Bund sie gewinnt oder verliert, wird diese asoziale Hartz-IV-Gesetzgebung wasserdichter gemacht. Bei der „Mietgeschichte“ war es von uns richtig, die Kritik der Vermieter gegen die Regierungsparteien aufzunehmen. Klagen hätten viel Zeit in Anspruch genommen und vielleicht nicht einmal zum Erfolg geführt. Man sieht es auch hier bei der „EWE-Geschichte“ in Oldenburg. „Die Linke“ schlägt vor, 700.000 Kunden sollten klagen! Was ist das für eine Politik, die immer die juristische Schiene fordert, und dann noch für den Einzelnen? Gerade Mieter sind oftmals Hartz-IV-Empfänger und können nicht einmal klagen. Aber auch durch Jammern werden wir kaum etwas erreichen, da kann man noch so viel schreiben und ins Netz setzen. Was sagen wir denn den fragenden Bürgern, was nach Hartz IV kommen soll, den Sozialrentnern, den Alleinerziehenden mit kleinen Kindern, den Behinderten und Kranken?

Die Forderung nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen würde sofort die finanziellen Probleme von 50 Prozent der Rentner lösen beziehungsweise zumindest wesentlich verringern, die heute schon unter 750 Euro Rente im Monat beziehen. Die anderen Personengruppen, die vom Einheitsgrundeinkommen sofort profitieren würden, habe ich schon benannt. Ich bin fest davon überzeugt, dass es momentan keine bessere Alternative zur Überwindung von Hartz IV und auch vieler anderer Probleme gibt, als gerade unseren Vorschlag eines bedingungslosen Einheitsgrundeinkommens, zumindest zum Teil auf Kosten der

Profite. Diese Forderung energisch zu vertreten, würde die Machtverhältnisse in Deutschland zum Tanzen bringen! Hierbei sollte uns die gesamte Montagsdemobewegung unterstützen. Mit Scheindebatten wird man nur den Unternehmern dienen! Dazu bin ich überhaupt nicht mehr bereit. Mit sozialistischem Gruß.

2. Lieber Edgar! Ich bin immer noch der Meinung, dass alle Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, die Alleinerziehenden, Sozialrentner, Behinderten, Schüler(innen) und Studierenden, auch wenn man politisch vielleicht unterschiedlicher Meinungen ist, zumindest im Protest gegen diese asoziale Gesetzgebung der derzeitigen Regierung zusammenarbeitet. Es muss ja keine Liebe werden! Ich selbst gehöre keiner Partei an, die meisten der regelmäßigen Mitkämpfer(innen) der Bremer Montagsdemo auch nicht. Aber wir haben am 20. März 2010 die Krisendemo in Essen mit einer größeren Gruppe unterstützt, und genau dies nennt sich Solidarität. Ich möchte dich daher bitten, auch in eurem Bündnis für die Teilnahme an der **Herbstdemonstration** der Montagsdemobewegung **gegen die Regierung** am **16. Oktober 2010** in **Berlin** aufzurufen. Jede(r) mündige Hartz-IV-Gegner(in) sollte dann selbst entscheiden, ob sie oder er daran teilnehmen möchte. Mit freundlichen Soli-Grüßen.

3. Liebe Hartz-IV-Gegner! Wie ich erfahren habe, soll die **Aktion „Krach statt Kohldampf“** am **10. Oktober 2010** in **Oldenburg** vor der Arge Am Stau 70 stattfinden. Leider werden sich am **Sonntag** kaum Mitarbeiter der Behörde im Büro befinden. In meinen Augen kann diese Aktion, zumal es sich um einen verkaufsoffenen Sonntag handelt, nur dann einen größeren Erfolg versprechen, wenn man eine dazugehörende Auftaktkundgebung mitten in der Innenstadt durchführt. Für am besten geeignet sehe ich den Julius-Mosen-Platz an, von dem zwei Demonstrationszüge über Theaterwall beziehungsweise Heiligengeistwall marschieren könnten. Dann ließe sich eine Abschlusskundgebung vor der Arge Am Stau durchführen, und alle Käufer und Besucher der „verkaufsoffenen“ Innenstadt bekämen etwas von der Veranstaltung mit. Beste Soli-Grüße.

4. Kik mal, Muttern, Kik!
Kik, Prospekt von Kik.
Kik, die Hose von Kik,
Kik, Verona bei Kik.

Kik mal, Muttern, Kik!
Kik die Preise, Kik.
Kik, im Fernsehen Kik.
Kik die Fabrik, Kik.

Kik mal, Muttern, Kik!
Kik die Arbeiter, Kik.

Kik in Bangladesh, Kik.
Kik zahlt Hungerlohn, Kik.

Kik mal, Muttern, Kik!
Kik, Arbeiter verdroschen, Kik.
Kik wie Krieg, Kik.
Kik, nie wieder Kik!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

„Ich bin so arm“: Kik-Holding-Geschäftsführer Benjamin Heinig war bei seiner Berufung vor drei Jahren gerade 20 *(„Die Zeit“)*

Fahrlässig: Loveparade-Veranstalter schrottet Lamborghini *(„Spiegel-Online“)*

Katastrophen-Bürgermeister will nicht zurücktreten: Wenn es keine politische Verantwortung gibt, ist es organisierte Kriminalität *(„Bild“-Zeitung)*

Eine neue Gegenöffentlichkeit weist über Duisburg hinaus

Die Katastrophe bei der Loveparade in Duisburg vor einer Woche ist immer noch eines der Hauptthemen in den Gesprächen der Menschen. Aber diesmal ist etwas anders und neu: Es bildet sich eine neue Öffentlichkeit heraus. Bei den schrecklichen Ereignissen wurden Tausende von SMS, Hilferufen und Bildern ausgesendet, die jetzt die Tragödie dokumentieren und belegen. Diese Dokumente stehen im Netz und sind eine Anklage gegen den Duisburger Oberbürgermeister und seine Helfershelfer, die ihre Verantwortung zu vertuschen und den Jugendlichen selbst den Schwarzen Peter zuzuschieben versuchen. Natürlich kann die Staatsanwaltschaft jetzt auf diese Dokumente bei ihren Ermittlungen zugreifen, aber das Neue ist diese Art von kollektivem Hilferuf und die sich daraus bildende Gegenöffentlichkeit.

Bei den offiziellen Trauerfeiern kamen viel weniger Menschen als erwartet. Wir brauchen auch keine Krokodilstränen von Merkel und Wulff, sagten sich viele, sondern ein anderes Herangehen an die Jugend! Für die reaktionäre und aalglatte

„Trauer“ der Herrschenden steht die geschasste Moderatorin Eva Herrmann, die sich als neobraune „Frau am Herd“ einen Namen machen wollte. Sie hatte die Jugendlichen als „drogensüchtige Chaoten“ bezeichnet. Nein, in Duisburg hat die Jugend selbst ihre Trauer und Wut gestaltet! Sie hat ihren Trauermarsch organisiert und Geld gesammelt für eine Gedenkstätte, die am Ort der Katastrophe gestaltet werden soll. Was über Duisburg hinausweist, ist eben diese Gegenöffentlichkeit.

Neben dem kritischen Journalismus ist es diese direkte Berichterstattung, die sich gegen die Verwischungabsicht der allzu bekannten Medien stellt. Dafür bilden sich neue Foren und Plattformen heraus. Das muss alle Lebensfelder erfassen, die für den Kampf um mehr demokratische Rechte und Freiheiten und den Lebenswillen wichtig sind. Die Menschen werden diese Aufgabe anpacken und sich zu eigen machen, genauso wie das Offene Mikrofon bei der Montagsdemo Schule gemacht hat. In 14 Tagen, am **16. August**, haben wir vor **vor sechs Jahren** den **Kampf gegen die Agenda 2010 und gegen Hartz IV** aufgenommen. Unser Kampf geht weiter. Wollen wir diesen Tag besonders gestalten und andere Initiativen einladen? Bitte überlegt euch etwas dazu und lasst uns darüber beraten.

Jobst Roselius

Am **6. November 2010** findet in **Berlin** eine **Demonstration** für das **bedingungslose Grundeinkommen** statt, deren Motto „**Unternimm das Jetzt**“ auf das Konzept „Unternimm die Zukunft“ des Drogeriemarkt-Unternehmers Götz Werner Bezug nimmt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

290. Bremer Montagsdemo am 09. 08. 2010

Sechs Jahre Montagsdemo!

Am kommenden Montag, dem 16. August 2010, jährt sich zum sechsten Mal die erste Montagsdemo gegen Hartz-Gesetze und Agenda 2010 in Bremen. Heute sind es zwar keine 250.000 Montagsdemonstranten mehr, aber in 120 Städten ist diese Massenbewegung gegen die unsoziale Regierungspolitik immer noch sehr lebendig. Mit unserer Widerstandskultur, die Menschen zu ermutigen, den Kampf aufzunehmen und offen über das eigene Schicksal zu sprechen, mit unserem Offenen Mikrofon sowie der gegenseitigen Hilfe sind Strukturen entstanden, weit über den eigentlichen Anlass hinaus.

Ob die Milchbauern, die Bürger in Stuttgart gegen den Abriss ihres Bahnhofs (Projekt „S21“) – selbst in Frankreich und der Schweiz finden inzwischen Montagsdemos statt. Und kaum eine Demonstration mehr ohne Offenes Mikrofon! Ob der Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe, der völkerrechtswidrige Angriff der israelischen Armee auf die Gaza-Hilfsflotte oder Solidarität mit streikenden Kollegen: Die bestehenden Strukturen der Montagdemos ermöglichen es, schnell und flexibel, entsprechende gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Die Bundesregierung ist inzwischen dazu übergegangen, die Krisenlasten immer offener auf die Bevölkerung abzuwälzen, wobei sie sich mal wieder die Hartz-IV-Betroffenen als erste Opfer ausgesucht haben. Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und die wachsende Arbeitshetze in den Betrieben zeigen aber, dass auch jene, die noch Arbeit haben, im Visier sind. Der Kampf gegen Hartz IV und alle anderen Angriffe auf die Lebensverhältnisse immer größerer Teile der Bevölkerung muss also weitergehen! Wir wollen den sechsten Jahrestag des Beginns der Montagsdemo in Bremen deshalb nicht nur feiern, sondern auch nutzen, um unsere Reihen zu stärken.

Wir laden alle, die gegen Hartz IV und diese Politik der Regierung sind, ganz herzlich dazu ein, am kommenden **Montag**, dem **16. August 2010**, um **17:30 Uhr** auf den **Marktplatz** zu kommen, und freuen uns besonders, wenn sich möglichst viele am Offenen Mikrofon beteiligen, wenn der eine oder andere seine Gitarre mitbringt und ein Lied oder vielleicht ein Gedicht vorträgt. Insbesondere wollen wir

auch alle ansprechen, die früher bei der Montagsdemo dabei waren. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um wieder einzusteigen – oder zumindest an diesem sechsten Jahrestag auf dem Marktplatz Flagge zu zeigen. In solidarischer Verbundenheit.

Initiative Bremer Montagsdemo

Was da Jobcenter heißt, mischt sich bloß in die Kindererziehung ein

1. Nun mischen sich auch die beiden großen Kirchen in die Diskussion über eine Erhöhung der **Regelsätze** ein. Die katholische und die evangelische Kirche forderten die Bundesregierung dazu auf, die Hartz-IV-Leistungen zu erhöhen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, sprach sich dafür aus, höhere Schulden in Kauf zu nehmen. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Diakonischen Rates, der evangelische württembergische Landesbischof Frank Otfried July, als er im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anmerkte, der Staat müsse aus Verfassungsgründen ein Existenzminimum gewährleisten. Er hob die Verpflichtung hervor, sich für ein menschenwürdiges Leben einzusetzen, warnte vor sozialem Kahlschlag und machte sich für soziale Aus-

gewogenheit stark. July forderte eine Erhöhung des Regelsatzes auf mehr als 400 Euro. Beide Kirchenvertreter kritisierten auch die von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen geplanten Gutscheine für Kinder von Langzeitarbeitslosen. Wahrlich hehre Worte, die wahrscheinlich immer nur dann geäußert werden, wenn es die Kirche selbst nichts kostet, denn die Kirchen und andere Organisationen nutzen die finanzielle Not vieler Erwerbsloser unter dem Mäntelchen von gemeinnütziger Arbeit schamlos aus, indem sie diese als Ein-Euro-Jobber für sich arbeiten lassen!

2. Nach Angaben der gemeinnützigen „Gesellschaft für Verbraucher- und Sozialberatung“ erhalten Hartz-IV-Bezieher zu wenig Geld für **Strom**. Obwohl laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes Deutsche hierfür durchschnittlich 37,97 Euro pro Monat ausgeben, liegt der Hartz-IV-Satz für Strom noch immer bei nur 22,62 Euro. Daraus ergibt sich im Bundesdurchschnitt ein satter monatlicher Fehlbetrag in Höhe von 15,35 Euro. So können immer mehr Bezieher von Hartz IV die Stromabschläge nicht bezahlen oder Rückstände begleichen. Dabei muss der Energieverbrauch der Langzeitarbeitslosen zwangsläufig über dem Durchschnitt liegen, da sie mehr Zeit zu Hause verbringen und sich auch kaum einen Café- oder Kinobesuch leisten können. Bezieher von Transferleistungen können sich natürlich auch keine stromsparenden Geräte leisten, weil die dazu im Regelsatz vorgesehenen 2,15 Euro für Neuanschaffungen von Kühlschränken und Waschmaschinen beim besten Willen nicht im Ansatz ausreichen können! Welcher Haushaltsgerätehändler lässt sich auf monatliche Ratenzahlungen von 2,15 Euro ein? Ich freue mich darüber, dass ALG-II-Bezieher nun auch mal Unterstützung von Seiten der Versorger bekommen!

3. Der 57-jährige Dieter verliebt sich in die 33-jährige Gülcan und sie sich in ihn. Die beiden heiraten in der Türkei und wünschen sich sehr, wie eine normale Familie in Deutschland leben zu können. Was so zart und romantisch begann, steht nun vor einer hohen Hürde mit dem Namen Hartz IV. Dieter darf seine Frau zwar nach Berlin holen, nicht aber ihre Kinder, zwei siebenjährige Zwillingsjungen. Dieter ist auf Hartz IV angewiesen und verdient angeblich zu wenig, um für die Kinder sorgen zu können. In seinem Leben machte er viel mit, was nicht immer in Ordnung war, saß wegen Drogen- und Steuerdelikten insgesamt 16 Jahre im Gefängnis, studierte aber auch Sozialarbeit, lernte im Gefängnis Buchbinder und schrieb ehrenamtlich für die Obdachlosenzeitung „Querkopf“. Außerdem leidet er an Arthrose. Obwohl er sehr motiviert ist, blieben seine Bemühungen um Arbeit bisher ohne Erfolg. Dennoch soll er erst einen Nettoverdienst von 1.500 Euro im Monat nachweisen, bevor auch die Kinder kommen könnten.

Gülcan wiederum kann nicht ohne ihre Söhne nach Deutschland ziehen, um sich einen Job zu suchen. Weil sie das alleinige Sorgerecht hat und zum Vater der Brüder kein Kontakt mehr besteht, gibt es niemanden, der sich in der Türkei um ihre Kinder kümmern könnte, wenn sie nach Deutschland käme. Nach dem

Gesetz dürfen Deutsche ihren Ehepartner auch dann nachholen, wenn dessen Unterhalt nicht gesichert ist. Das gilt allerdings nicht für die eigenen Kinder des Ehepartners, wenn der Staat für sie aufkommen soll. Dieter findet es unzumutbar, dass eine Mutter ihre Kinder verlassen soll und fragt, wer denn sage, dass die Mutter hier nicht arbeiten wird, wenn sie hier ist. Zu Recht fühlt er sich als Hartz-IV-Bezieher diskriminiert! Das unmenschliche Hartz IV verhindert bis jetzt ein normales **Familienleben**, weil Arme offenbar nicht lieben dürfen. Glücklicherweise ist Dieter eine Kämpfernatur und gibt so schnell nicht auf, zumal die Situation für alle Familienmitglieder so belastend ist! Das Paar will klagen, oder Dieter wird die Kinder adoptieren. Ich drücke ihnen die Daumen!

4. Was die „Bild"-Zeitung mit ihrer Kampagne gegen eine Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreibt, hat kein anderes Ziel, als Bevölkerungsgruppen gegen Bedürftige aufzuhetzen und mit dieser **Hetze** öffentlichen Druck auf die Senkung solcher Fürsorgeleistungen aufzubauen, auf die gerade diejenigen angewiesen sind, die aufgehetzt wurden. Es ist offensichtlich, dass mit dieser Kampagne dem Sturzflug der Löhne und einer Ausweitung des Niedriglohnsektors Vorschub geleistet werden soll. Wann immer über die Hartz-IV-Regelsätze öffentlich diskutiert wird, startet die Gazette mit den vier Großbuchstaben ihre Kampagne gegen die Hartz-IV-Bezieher. Mit aussagekräftigen Überschriften, deren Inhalt einer bestimmten Doktrin folgt, kamen 2008 Aussagen wie „Wozu Arbeiten? Hartz IV reicht doch!" oder „Viele Arbeitnehmer bekommen weniger Geld als Hartz-IV-Empfänger" auf die Titelseite. Auch wurden ganzseitig Skandalgeschichten aufgetischt über angebliche Hartz-IV-Betrüger, die im Luxus auf Teneriffa leben oder die Villen mit 500 qm bewohnen. Selbstverständlich unterstützte dieses Blatt auch Guido Westerwelles Gezeter über die angebliche römische Dekadenz, in der Hartz-IV-Bezieher schwelgen würden, und trat eine Debatte über den angeblich hereinbrechenden Sozialismus los. Dabei machte „Bild" für den Arbeitszwang Stimmung.

Leider blieb dieser Inhalt nicht nur einfach dort, sondern allzu häufig plapperten die sogenannten Qualitätsmedien einfach nach. Kaum wurde bekannt, dass im Sozialministerium der Auflage des Bundesverfassungsgerichts nachgegangen wird, die Hartz-IV-Regelsätze auf eine verfassungsrechtliche Grundlage zu stellen, setzte eine neue Hatz ein mit: „Kommt jetzt die große Hartz-IV-Reform?" Dabei wurde eine Tabelle angeführt, nach der Leistungen für Alleinerziehende bis zu 819 Euro oder für Paare mit vier oder mehr Kindern bis zu 1.594 Euro aufgeführt werden. Um die Zahlen möglichst hoch zu bekommen, wurden sämtliche theoretisch denkbare Leistungen addiert. Unerwähnt blieb, dass mit dem sogenannten Sparpaket drastische Kürzungen beim Wohngeld, beim Elterngeldgesetz und bei den Zuschüssen für die Beiträge zur Rentenversicherung vorgenommen wurden. Nur ganz selten fragt die „Bild"-Zeitung einmal nach dem Bedarf von Langzeitarbeitslosen. Lieber schürt sie systematisch den Neid anderer gesellschaftlicher Gruppen, die selbst auch ein geringes Einkommen haben, auf das arbeitslo-

se Einkommen von Hartz-IV-Beziehern. „Bild“ schürt also Neid und Wut von Menschen, denen vorgegaukelt wird, sie würden von Hartz-IV-Beziehern ausgenommen. Der Paragraf 130 Strafgesetzbuch versteht unter „Volksverhetzung“, wenn jemand in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, beispielsweise zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.

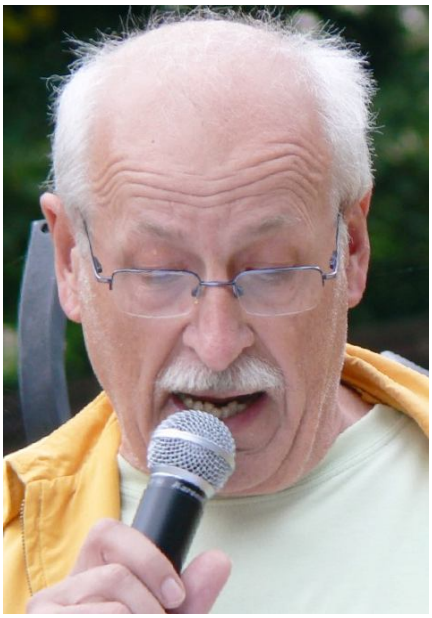
Die am häufigsten benutzte Polemik gegen die Hartz-IV-Leistungen ist, dass jemand, der hart arbeitet, mehr haben muss, als jemand, der Sozialleistungen in Anspruch nimmt. Das „Lohnabstandsgebot“ wird hochgehalten, wobei paradoxerweise nicht die niedrigen Erwerbseinkommen als zu gering erachtet werden, sondern die staatlichen Fürsorgeleistungen als zu hoch. Dabei nutzen nicht etwa die „Aufstocker“ den Staat aus, sondern die Aufkündigung des Lohnabstandsgebots vom Existenzminimum vonseiten der Arbeitgeber führt zu massivem Missbrauch des Sozialsystems! Dass die Subvention von niedrigen Löhnen den Staat rund 9,3 Milliarden Euro kostet, wird gerne nicht geschrieben. In meinen Augen liegt hier die wahre Abzocke durch zu viele Unternehmen, die keinen fairen Lohn zahlen! Ich finde auch, dass sich Arbeit wieder lohnen muss, und fordere deshalb eine anständige Bezahlung und endlich einen Mindestlohn, der auch im Alter armutsfest überleben lässt!

5. Es hörte sich scheinbar gut an, wenn Bayern Front gegen die Pläne von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen macht, Kinder von Hartz-IV-Beziehern mit Gutscheinen besser zu fördern. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer sagt, dies sei ein „kollektives Misstrauensvotum gegen Langzeitarbeitslose“ und daher diskriminierend. Sie schlug vor, Langzeitarbeitslose stattdessen über die Jobcenter zur besseren Förderung ihrer Kinder zu verpflichten. Dann könnten die Jobcenter „Zielvereinbarungen“ mit den Arbeitslosen schließen, wonach ihre Kinder Nachhilfestunden nehmen oder einen Sportverein besuchen. Das Geld würde dann direkt an die Einrichtungen überwiesen. Sollte die „Zielvereinbarung“ nicht eingehalten werden, müsse das Jobcenter oder eventuell ein Jugendamt dafür sorgen, dass die „Elternverantwortung eingefordert“ wird. Es ist natürlich ein Riesenunterschied, ob Hartz-IV-Bezieher **Gutscheine** für ihre Kinder erhalten oder ob die Langzeitarbeitslosen stattdessen über die Jobcenter zur besseren Förderung ihrer Kinder zu verpflichtet werden! Selbstredend gehe es nicht darum, betroffene Eltern unter den Generalverdacht zu stellen, ihren Kindern Sozialleistungen zu verwehren. Aber wenn dem nicht so wäre, würden die Regelsätze doch erhöht, und gut! Was soll dieses ganze Herumeiern? Wo bleibt denn die Gleichbehandlung, wenn die Jobcenter derart auf die langzeitarbeitslosen Eltern einwirken können? Soll denen dann auch das Jugendamt auf den Hals geschickt werden, obwohl es doch längst überfordert ist?

6. Letzte Woche antwortete Außenminister Guido Westerwelle auf die Frage, ob er in **Afghanistan** eine gezielte Tötung für legitim halte oder nicht, dass die Rechtslage diesbezüglich eindeutig sei. Wir müssten wissen, dass gegnerische Kämpfer in einem nicht internationalen bewaffneten Konflikt in dem vom humanitären Völkerrecht gesteckten Rahmen gezielt bekämpft werden können und auch dürfen. Er sagte auch, dass wir die Aufgabe haben, die Sicherheit unseres Landes und auch unsere Frauen und Männer, unsere deutschen Landsleute, zu schützen. Da habe ich wieder etwas Neues gelernt, nämlich dass Deutsche dadurch geschützt werden, wenn in Afghanistan afghanische Kämpfer gezielt bekämpft werden! Herrschaftszeiten, wenn sich deutsche Soldaten zu Hause aufhielten, könnte ich es noch nachvollziehen, wenn sie sich angegriffen fühlen durch eindringende Soldaten aus anderen Ländern. Aber da sie selbst in Afghanistan eindringen, können sie sich in meinen Augen kaum anmaßen, von Aufständischen zu sprechen, die sich gegen eine solche Besetzung ihres Landes zur Wehr setzen! Irgendwie sind hier die Begriffe irreführend falsch eingesetzt, geradezu verdreht. Es ist also möglich, in fremde Länder einzumarschieren und dann von „Aufständischen“ zu sprechen, wenn sich die Bevölkerung dagegen zur Wehr setzt? Dabei bin ich mit den Zielen der Taliban alles andere als einverstanden. Fordert Westerwelle jetzt gar zur Beihilfe zum Mord auf?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Land der Schande, wo man Arbeiter nicht menschenwürdig leben lässt



Irgendwann kommt alles ans Licht! Wie las ich gerade in der Zeitung: Manager rechnet mit Zeitarbeitsbranche ab. Warum erst jetzt? Wir von der Montagsdemo prangern diese Zustände schon seit Jahren an! Da muss wohl erst einmal ein Manager kommen, um eventuell auch Gehör zu finden.

Endlich scheinen auch die Gewerkschaften wach geworden sein und wollen etwas gegen die niedrigen Löhne unternehmen. Dann kommt noch die freudige Nachricht, dass auch einige Kirchenverbände diese unsozialen Zustände immer lauter beklagen. Aber alle diese Maßnahmen fordern wir als Montagsdemo schon so lange! Wir müssen uns nun langsam im Klaren sein: Was für eine Gesellschaft wollen wir eigentlich, eine gerechte oder eine ungerechte?

Meine Meinung ist, eine Gesellschaft kann nur gut funktionieren, wenn alle dazu einen Beitrag leisten, egal ob jung oder alt, ob arm oder reich. Nur müssen diese Beiträge auch gerecht verteilt sein, und das bedeutet auch, dass für gute Arbeit ein guter Lohn gezahlt werden muss. Wenn wir aber zulassen, dass ein Mensch von seiner Hände Arbeit nicht einmal mehr menschenwürdig leben kann, ist das nicht nur ein Armutszeugnis, sondern eine Schande für unsere ganze Gesellschaft!

Wer immer dazu beiträgt, diese zu untergraben, ganz gleich in welcher Weise, der will keine solidarische Gemeinschaft, und der wird zu Recht am Pranger stehen, so wie jetzt die Zeitarbeitsbranche. Es wurde allerhöchste Zeit, dass man der einen Riegel vorschiebt! Deshalb trotz aller Kritik mein Dank an die Manager und Gewerkschaftler, die nun endlich mal das Kind beim Namen nennen.

Udo Riedel (parteilos)

Für Hunde dreimal so viel Kostgeld wie für Arbeitslose

1. Es ist eine schreckliche Tatsache: Hartz-IV-Empfänger und Menschen, die mit ihrem Einkommen nur knapp über den Hartz-IV-Regelsätzen liegen, werden bei der **Ernährung** nachweislich höchstens mit Hunden gleichgestellt. Anscheinend werden diese Tiere in Deutschland ernährungsmäßig sogar bessergestellt!

Nimmt man den prozentualen Durchschnitt der verschiedenen Altersgruppen von Menschen, die sich in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften befinden, so werden hier für Ernährung bei einem Mittelwert von 80 Prozent für fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger im Monat 560 Millionen Euro ausgegeben, und zwar für drei Mahlzeiten am Tag. Für fünf Millionen Hunde wird in Deutschland im Jahr ein geschätzter Betrag in Höhe von 1,8 Milliarden Euro ausgegeben. Das entspricht einer Ausgabe von 150 Millionen Euro im Monat. Dies entnehme ich einer Studie der „Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen“.

Nun muss man aber berücksichtigen, dass der Hund in der Regel nur eine Mahlzeit am Tag bekommt. Der Mensch hat ein wesentlich höheres Gewicht und eine Lebenszeit, die nicht so schnell verstreicht. Laut altbekannter „Umrechnung“ sagt man ja, ein Kalenderjahr entspreche sieben Hundelebensjahren. Daran kann

man bestens erkennen, wie unzureichend die Regelsätze nach dem SGB II angesetzt sind.

Man muss darauf hinweisen, dass Millionen Hartz-IV-Empfänger und Menschen, die mit ihrem Einkommen nur knapp über diesen Regelsätzen liegen – und zum großen Teil im Gegensatz zu den meisten Hunden hierfür auch noch arbeiten müssen –, mit diesen Regelsätzen niemals ein menschenwürdiges Leben führen können!

2. Mit Sicherheit hatte Bundesarbeits- und Sozialministerin Frau von der Leyen die Möglichkeit, als Kind Klavierunterricht, vielleicht sogar Gesangsunterricht zu nehmen. Aber ob Kinder aus Hartz-IV-Familien, mit einem **Gutschein** für die Musikschule ausgestattet, auch mit knurrendem Magen das „Hohe C“ werden singen können, muss man doch stark bezweifeln. Auch mit Gutschein für den Fußballverein verfügen die betroffenen Kinder weder über das notwendige Trikot noch die Stutzen oder die Fußballschuhe. Auf solche Ideen wie der eines Gutscheinsystems können wohl nur neoliberale Politikerinnen und Politiker kommen, die als Kind, zumindest in einigen Fällen, über das Telefon ihrer Eltern betreut wurden.

Was ist mit den notwendigen Fahrkosten? Nicht jedes Dorf in Deutschland verfügt über eine Musikschule. Jüngere und kleinere Kinder müssten aus Sicherheitsgründen begleitet werden. Bekommen die Eltern dann auch Gutscheine für die Nutzung der notwendigen Verkehrsmittel? Gerade die Menschen auf dem Lande müssen oftmals sehr lange Anfahrtswege in Kauf nehmen. So wird es für die betroffenen Kinder, sportlich gesehen, wohl eher beim Straßenfußball bleiben. Vielleicht können sie sich dann aber bereits auf Chinesisch unterhalten, mit Untermalung durch knurrende Magengeräusche aufgrund von Kohldampf! Möglicherweise singen sie auch das Lied vom „Lohnabstandsgebot“ oder das von der „Klugheit“ der Politiker in Deutschland, während sie gerade den „Sterbenden Schwan“ tanzen!

Man muss wirklich hoffen, dass gerade die Jugend in Deutschland, wenn sie erst einmal wahlberechtigt ist, eine solche asoziale Politik auch gnadenlos abstraft. Am Wahlverhalten der älteren Generation sollten sich die heutigen Kinder und Jugendlichen besser nicht orientieren, sondern sich ausschließlich ein eigenes Bild von der Politik machen. In meinen Augen raubt diese derzeitig praktizierte Politik großen Teilen der Kinder, aber auch der Heranwachsenden einen großen Teil einer wirklich lebenswerten Jugend. Unter Umständen wird sich das für die Betroffenen auf ihr ganzes weiteres Leben negativ auswirken. Dies können die Eltern derzeit vielleicht nur bei anstehenden Wahlen ändern, indem sie allen bürgerlichen Parteien endlich einen Korb geben und sie dadurch wirklich abstrafen. Die Hoffnung stirbt zuletzt! Man sollte aufhören, auf asoziale Politik der bürgerlichen Parteien zu setzen. Gerade die Jugend sollte dies ihren Eltern auf gar keinen Fall nachmachen!

Laut einer „Stern“-Umfrage sprechen sich 79 Prozent der Deutschen für Gutscheine statt Bargeld für Kinder von Langzeitarbeitslosen aus. Wäre diese

Meinungsumfrage wirklich repräsentativ, müsste man bald mit einer Koalition zwischen Linkspartei und CDU rechnen! Wenn da wirklich Anhänger der „Linken“ mit über 70 Prozent zugestimmt haben, scheint mir bei der innerparteilichen Aufklärung der Mitglieder und der Wählerklientel etwas schiefgelaufen zu sein. Anscheinend will man die Menschen an Hartz IV gewöhnen und dieses asoziale Gesetz salonfähig machen. Aber mit Sicherheit ohne mich! Weg mit Hartz IV und Schluss mit der Bevormundung finanziell schlechter gestellter Menschen! Es geht hier ausschließlich um das sogenannte Lohnabstandsgebot. Dazu braucht man keine Gutscheine, auch nicht in Form eines undurchdachten Systems, sondern Mindestlöhne von wenigstens zehn Euro!

3. Mitte Juli hat der Bundesgerichtshof die Preisanpassungsklauseln in Verträgen der Oldenburger EWE für ungültig und Erhöhungen der **Gaspreise** damit für unwirksam erklärt: Sie benachteiligten Kunden einseitig. Die EWE kündigte daraufhin an, Oldenburger Kunden zu viel gezahlte Beiträge freiwillig zurückzuzahlen, während jene ihrer Bremer Tochter SWB vor Gericht ziehen müssen. Hartz-IV-Empfänger sollten für sich die Rückzahlung der unangemessenen Preiserhöhungen fordern, selbst wenn das Geld an die Arge Oldenburg zurückfließen muss. Auf gar keinen Fall darf dieses Geld einem Konzern in den Rachen geworfen werden, der mit seinen Neuverträgen die Einnahmen der Stadt Oldenburg auf ein Siebtel der ursprünglichen Abgabensumme reduzierte! Die Rückzahlung sollte man wie einen Lottogewinn ansehen, den Hartz-IV-Empfänger zur Entlastung ihrer ach so hohen Regelsätze an die Arge abtreten müssten. An den Leiter der Arge Oldenburg habe ich diesbezüglich einen Brief geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Trautmann! Gestern Abend war ich auf einer Veranstaltung der ‚Oldenbürger gegen Gaspreis-Erhöhung‘. Daraus ergeben sich einige Fragen an die Verantwortlichen der Arge Oldenburg. Zwischenzeitlich ist ein BGH-Urteil ergangen, aus dem hervorgeht, dass für Bürger und somit auch für Hartz-IV-Empfänger, die ihr Gas nach dem ‚EWE-Klassik-Tarif‘ beziehen, ein Rückzahlungsanspruch für die Zeit ab dem 1. April 2007 besteht. Daher meine folgenden Fragen an Sie: Wird die Arge Oldenburg, die für die Stadt die ‚angemessenen‘ Heizkosten für Hartz-IV-Empfänger im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernimmt, die EWE auffordern, diese Kosten freiwillig zurückzuzahlen, oder muss jede Oldenburger Bedarfsgemeinschaft, die ihre Energie von der EWE bezieht, sogar klagen, falls der Konzern nicht außergerichtlich zurückzahlt? Wird in letzterem Fall die Arge die dann anfallenden Rechtsanwaltskosten für Hartz-IV-Empfänger übernehmen? Wird die Arge Oldenburg, mindestens im Rahmen ihrer gesetzlichen Beratungspflicht, Hartz IV- Empfänger, die nicht dazu in der Lage sind, ihre Rückforderungsansprüche selbst zu berechnen, über die Mitarbeiter der Arge Oldenburg hierbei unterstützen? Müssen Hartz-IV-Empfänger die überzahlten Beträge überhaupt an die Arge Oldenburg zurückzahlen? Müssen Hartz IV-Empfänger, die nicht über einen eigenen Gaszähler verfügen, ihren Rückforderungsanspruch gegen ihren Vermieter geltend machen und vielleicht auch ein-

klagen? Ich möchte Sie höflichst bitten, mir mitzuteilen, wie ich als Mitglied einer Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaft in diesem Fall vorzugehen habe, damit ich meiner Pflicht nachkommen kann, sämtliche Kosten der Unterkunft möglichst niedrig zu halten. Ich persönlich würde es am vernünftigsten finden, wenn die ‚Größen' der Stadt Oldenburg die EWE dazu aufforderten, sämtliche Überzahlungen freiwillig zurückzuzahlen. Ich bitte Sie um eine möglichst schnelle Antwort! Mit freundlichen Grüßen."

Hartz-IV-Empfängern mit eigenem Heizkessel, die beispielsweise ein kleines Reihenhaus bewohnen, ziehen die Argen oftmals zu viel Geld für Warmwasserkosten ab. Eine alte Heizungspumpe im Keller verursacht rund zehn Prozent des jährlichen Stromverbrauchs, meist mehr als Waschmaschine und Kühlschrank zusammen. Die Transferempfänger müssen Stromkosten aus ihrem Regelsatz bezahlen, obwohl hier ein Abzug von zehn Prozent erfolgen müsste, da dieser Teil des Stromverbrauchs auf die Inbetriebhaltung der Heizungsanlage entfällt. Das wären also Kosten der Unterkunft.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, Vater von drei berufstätigen und zwei schulpflichtigen Kindern)

Der Reichtum, die Schaffer und das Existenzrecht der Verelendeten

Liebe „Rote-Fahne"-Redaktion, im Leserbrief von G. S. aus Stuttgart in Heft 30/2010 (Seite 29) heißt es: „In einem Artikel über die wachsende Massenarmut und die zunehmende Verelendung sollte nicht nur der Kapitalismus als Ursache genannt werden, sondern auch die jetzt schon mögliche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in die Hände derer, die ihn geschaffen haben."

Ein Teil dieses Reichtums gehört auch in die Hände der Verarmten und Verelendeten, die an seiner Schaffung nicht beteiligt worden sind. Wer geschafft hat und wer nicht, genügt nicht als Kriterium zur Verteilung des Reichtums. Einige Bremer Montagsdemonstranten fordern das **Grundeinkommen**, weil jeder Mensch ein Existenzrecht hat, das nicht an Bedingungen geknüpft werden darf. Herzliche Grüße.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Das Volk wird belogen – und muss für die Katastrophen zahlen

Die Regierung plant Angriffe auf unsere Lebenslage: Streichung von Elterngeld, Rentenversicherungsbeitrag, Heizkostenzuschuss für Hartz-IV-Betroffene, Einführung der Kopfpauschale in die Krankenversicherung. Die Abwälzung der Krisenlasten hat begonnen! In Griechenland ist man schon weiter: Die Armut hat schon so zugenommen, dass in den letzten Wochen 17 Prozent der Läden schlossen, in Athen sogar 25 Prozent. Von Athen bis Berlin gilt: Weg mit der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung! So lautet auch das Motto der diesjährigen zentralen Herbstdemo am 19. Oktober 2010 gegen die Regierung in Berlin.

Die Monopole gehen in ihrer Profitsucht buchstäblich über Leichen, und die Lebensgrundlagen werden durch Umweltkatastrophe massiv bedroht. Ursache ist aber nicht einfach ein Verrücktspielen der Natur, sondern dass die ganze Produktion nur der Jagd nach Höchstprofit untergeordnet ist – koste es, was es wolle! Hochwasser forderte in Pakistan bisher 1.500 Tote, in Sachsen, Tschechien und Polen acht Tote. Dort sind die Pegelstände höher als beim „Jahrhunderthochwasser“ 2002. Doch was ist seither zur Sicherheit getan worden? Was zur Verminderung des Ausstoßes vom Treibhausgas Kohlendioxid? RWE, EON, Vattenfall und ENBW bauen weiter Kohlekraftwerke und nehmen weiter die Vernichtung von Millionen durch nicht beherrschbare Atomkraftwerke billigend in Kauf. Bei der größten Hitzewelle seit 130 Jahren in Russland gab es schon über 40 Tote bei Bränden. Kernkraftwerke sind vom Feuer eingeschlossen, trotz 300.000 Helfern. Nehmt ihnen die Welt aus der Hand, eh sie verbrannt!

780 Millionen Liter Rohöl flossen diesen Sommer in den Golf von Mexiko, bei der Havarie der „Exxon Valdez“, der bisher schlimmsten Ölpest, waren es 41 Millionen Liter, also nur fünf Prozent. Weiterhin lügt BP wie gedruckt: Wie durch ein Wunder sollen 80 Prozent des Öls verschwunden sein, also fast alles weg. Für wie blöd halten die Manager die Menschen? Auch in Stuttgart empören sich die Menschen darüber, wie sie belogen und betrogen werden, wie man über ihren Willen hinweggeht, wie hier die nackte Diktatur zum Ausdruck kommt, bei dem Wahnsinnsplan, für Milliarden Euro den schönen alten Bahnhof und ein paar hundert alte Baumriesen abzureißen, um einen unterirdischen Durchgangsbahnhof zu bauen. Den wollen unbedingt Daimler („Was interessiert uns der öffentliche

Nahverkehr, wir wollen PKWs und LKWs verkaufen!“) und die Bauriesen. Zum Beispiel verspricht „Bilfinger und Berger“ (die Baufirma, die das Kölner Stadtarchiv zum Einsturz brachte und die Autobahn 1 so baute, dass man sie nach drei Wochen wieder aufreißen musste), Einsparungen durch „dünnere Tunnelwände“. Na, dann gute Nacht!

Der Widerstand gegen dieses Bahnhofsprojekt „S21“ wird immer heftiger: 16.000 Menschen waren am Samstag auf der Demo, Tag und Nacht gibt es Mahnwachen. Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das erfolgreiche Volksbegehren (65.000 Unterschriften) wurde vom Gericht für unwirksam erklärt: Eine Volksabstimmung über Dinge, die von gewählten Organen bereits entschieden seien, sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. So viel zum Thema „Alle Macht geht vom Volk aus“! Auch die Bergarbeiter wurden jahrelang betrogen. Jetzt soll 2014 Schluss sein: Die EU hat den Vertrag, der die Abwicklung bis 2018 ohne Entlassungen vorsah, für illegale Subvention erklärt – und die ganzen Politiker von SPD, Grünen, und CDU wussten das alle! Damit hatten sie 2002 den Streik abgewürgt. Jetzt drohen Massenentlassungen: Ende des Jahres soll die nächste Zeche, 2014 die letzte stillgelegt sein. Ich glaube nicht, dass sich die Kumpels das gefallen lassen. Unserer Solidarität können sie jedenfalls sicher sein!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schönen Gruß an Ackermann und Lakaien: Mit Kontenkündigung dürfen Sie nicht durchkommen! *(„Spiegel-Online“)*

„Kriegsmarketing“ ist immer mehr das Geschäft der Militärs

Der 65. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und, drei Tage später, auf Nagasaki war auch für uns Bremer(innen) wieder ein Anlass, mit einer Mahnwache der Opfer zu gedenken, verbunden mit der Forderung, alle Atomwaffen in Deutschland und in aller Welt abzuschaffen. Diese Forderung gilt selbstverständlich auch für Atomkraftwerke und andere Atomanlagen. Wie aktuell und im wahren Wortsinn „brennend“ die Forderungen sind, zeigen gerade jetzt die außer Kontrolle geratenen Feuersbrünste in Russland, die auch Atomanlagen bedrohen und deren Folgen systematisch heruntergespielt und verharmlost werden.

Etwa 200 Menschen hatten sich am 6. August 2010 zu unserer traditionellen Mahnwache auf dem Marktplatz eingefunden, wo mit Blumen ein großes Peace-Zeichen ausgelegt worden war. Lars Pohlmeier von der Ärzte-Organisation IPPNW berichtete aktuell von der großen NGO-Vorbereitungskonferenz in New York. Dort waren mehr als 1.500 Menschen aus der internationalen Friedensbewegung zusammengekommen, um auf die Überprüfungskonferenz des Nichtweiterverbreitungsvertrages für Atomwaffen Einfluss zu nehmen. Diese Konferenz war allerdings „eine große Enttäuschung“, wie Lars Pohlmeier feststellte: Außer Spesen nichts gewesen!

Er schloss seine Rede mit den Worten: „Nicht nur im Kriegsfall, auch bei einem Unfall könnte Europa innerhalb weniger Stunden ausgelöscht und das Klima nachhaltig verändert werden. Das ist unerträglich und moralisch verwerflich für unsere eigenen demokratischen Gesellschaften, die im politischen Schulterschluss die meisten dieser schrecklichen Waffen besitzen. In den 60er Jahren wurde der erste Teststopp-Vertrag innerhalb von zehn Tagen ausgehandelt. Aber von allein werden die Atomwaffen nicht verschwinden. Bei den UN-Verhandlungen haben neben sehr erfahrenen Wissenschaftlern, Ex-Diplomaten, Ärzten und Aktivisten aus aller Welt auch diesmal wieder viele junge Leute die offiziellen Verhandlungen begleitet. Wir alle werden uns weiter einmischen müssen, damit gelingt, was jetzt gelingen muss, da die Alternative unvorstellbar grauenvoll wäre. Jetzt muss die Wende zu einer Welt ohne Atomwaffen kommen!“

Gerhard Kromschröder, Journalist und Fotograf, ging in seinem Redebeitrag besonders auf die medialen Verdummungsstrategien ein. Kriege würden „Friedensmissionen“, zivile Tote zu „Kollateralschäden“, und zerfetzte Menschen schließlich würden zu „gefallenen Helden“ hochstilisiert. „Kriegsmarketing“ sei immer mehr das Geschäft der Militärs, um das tatsächliche Geschehen in der Schlacht der Worte und der Bilder systematisch in Lügen umzuwandeln. Heute seien wir Zeugen eines Medienkrieges, der mehr denn je eine Schlacht der Bilder sei. Tagtäglich begegneten wir dabei Dokumenten der Entlastung, die wie Präventivschläge gegen die Wirkungsmacht realistischer Kriegsbilder auf uns einprasselten, indem sie den blutigen Horror ausblendeten und den Krieg bis zur Unkenntlichkeit heroisierten und ästhetisierten. In Wahrheit sei Krieg ein antizivilisatorischer Akt, der den Menschen entmenschlicht und erniedrigt. Krieg rüttele an den Festen der von uns gebauten Welt und reiße sie ein.

Kromschröders Schlussappell: „Zweifeln Sie an, was Ihnen da gezeigt und gesagt wird. Hinterfragen Sie und lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen! ‚Little Boy‘ und ‚Fat Man‘ waren keine niedlichen Comicfiguren, sondern Ausgeburten blinder Barbarei. Durchkreuzen Sie die Strategie der Militärs, indem Sie gegen das mediale Sperrfeuer, das täglich auf uns niedergeht in diesem Krieg der Bilder und der Lügen, Ihre schärfste Waffe einsetzen: Ihren Verstand!“ – Beide eindrucksvollen Reden wurden mit sehr viel Beifall bedacht. Es gab noch rezitierte Gedichte zu Hiroshima und als Umrahmung ein Musikprogramm mit Friedens-

liedern. Rundherum war dies eine gelungene Veranstaltung, die uns alle in Nachdenklichkeit entließ.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Bremer Lürssen-Werft hat neues Spielzeug für Verteidigungsminister...

...und Börsenspekulanten. Weder das eine noch das andere ist durch...

...Schuhputzen oder Tütenhalten finanzierbar! *(Fotos: Frank Kleinschmidt)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

291. Bremer Montagsdemo am 16. 08. 2010

Bürger schicken ihre Kinder nicht mit der „Assi-Card“ an die Kasse

1. Seit sechs Jahren gehen wir jeden Montag auf die Straße, um gegen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze und die unsoziale Politik der jeweiligen bürgerlichen Bundesregierung zu protestieren. Sechs Jahre Montagsdemonstrationen beinhalten für mich konstruktive Empörung über die schamlose, neoliberale Umverteilung von unten nach oben. Sie stehen für Treffen mit lauter anderen „bunten Hunden“, die sich neben dem Protest gegenseitig den Rücken stärken, zur Arge – hier in Bremen: zur Bagis – begleiten und dazu einen Verein gründeten. Mich haben die Montagsdemos stark gemacht. Ich lernte, am Offenen Mikrofon frei zu sprechen und bekomme Anerkennung für meine kontinuierlichen Beiträge. Ich habe das inzwischen seltene Glück, mit 52 Jahren noch einen unbefristeten Job bekommen zu haben, in dem ich gerne arbeite und von dem ich auch leben kann. Aber es empört mich noch immer genauso, wie skrupellos die Menschen nur als Kostenfaktor betrachtet werden, wie alles nur noch durchökonomisiert bewertet und (m)eine soziale Denkweise als veraltet, weil nicht profitorientiert, angesehen wird!

Ich kämpfe weiterhin mit Worten dagegen, dass der Sozialstaat immer mehr abgebaut wird und seine finanziell armen, gleichsam ökonomisch überflüssigen Bürger sich auf der Müllkippe eines Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaates mit seinen „Tafeln“ und Kleiderkammern, wohin die Supermärkte ihre fast abgelaufenen Lebensmittel und die Wohlstandsbürger ihre abgetragene unmoderne Kleidung äußerst mildtätig und kostenlos entsorgen lassen können, wiederfinden sollen, während den „Not leidenden“ Bankstern die Milliarden auf Kosten der Steuerzahler in den raffgierigen Schlund gestopft werden! Wir wehren uns auch dagegen, dass Erwerbslose in Zwangsarbeit, von *lovely* Zensursula gerne als „Bürgerarbeit“ verniedlicht, gezwungen werden, wo die „Armutsindustrie“ viele lukrative Geschäfte mit der Armut auf dem Rücken der Arbeitslosen macht und durch die „Ein-Euro-Jobber“, an denen sich die Trägergesellschaften eine golde-

ne Nase verdienen, massenhaft sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet werden!

2. Obwohl viele Arbeitnehmer schon mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen und es in manchen Berufsgruppen sogar nur bis 55 durchhalten, wirbt Arbeitsministerin Ursula von der Leyen für die **Rente** mit 67. Außerdem gehen 60 Prozent aller Älteren keiner Arbeit nach, und nur jeder Dritte geht mit 65 Jahren in den verdienten Ruhestand. Ein Großteil der Älteren erreicht also schon heute das geltende gesetzliche Renteneintrittsalter nicht. Wer körperlich so schwer wie ein Dachdecker arbeitet, könne ja im Alter seine Arbeit auf dem Dachstuhl mit einer auf dem Bürostuhl vertauschen, der natürlich immer frei wird, sobald man ihn braucht! Angeblich will von der Leyen nicht auf den „Silberschatz“ des Alters verzichten, wenn sie mit einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ohne eine Verbesserung der Beschäftigungschancen de facto eine Rentenkürzung einläutet. Im europäischen Vergleich liegt das gesetzliche Renteneintrittsalter für Frauen im Schnitt bei 62 Jahren, für Männern bei 64 Jahren, sodass Deutschland gar keinen Nachholbedarf hat. Wenn es jedoch durch eine weitere Rentenkürzung zur Altersarmut kommt, müssen andere Sozialversicherungssysteme einspringen. Entscheidend sei, dass gesellschaftspolitische Ziel einer sicheren, die Lebensleistung anerkennenden Rente wieder in den Mittelpunkt rückte. Pech bloß, wenn die Jahre für die Erziehung der Kinder ohne Betreuungsmöglichkeit oder die der unfreiwilligen Erwerbslosigkeit bei der Lebensarbeitszeit nicht entsprechend ausgeglichen werden!

3. Nachdem Deutschland nun doch dem Abwärtssog der Wirtschaftskrise entstiegen ist, regt sich der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker auf und kritisiert deutsches „Lohn- und Sozialdumping“. Er warnt vor Ungleichgewichten in Europa und findet, dass sich vor allem Deutschland nicht allein auf den Export verlassen dürfe. Sowohl Ökonomen aus den USA als auch die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde werfen Deutschland vor, in der Krise auf Kosten der Partnerländer gespart zu haben. Bereits im Frühling forderte der Luxemburger Premierminister Lohnerhöhungen in Deutschland. Juncker verglich die Lohnentwicklung von Luxemburg und Deutschland und stellte fest, dass die deutschen Arbeitnehmer seit Beginn der Währungsunion 1999 bis heute mit einer schmalen Lohnsteigerung von zwölf Prozent vorlieb nehmen mussten, während sich die Luxemburger über 41 Prozent mehr Geld freuen konnten. Daran, dass sich das Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer verschlechterte, seien unter anderem die Hartz-Reformen schuld, die „ganze Teile der Bevölkerung in den **Niedriglohnsektor** hinabgedrückt“ hätten. Vollkommen zu Recht regt Juncker sich darüber auf, dass „Millionen Menschen in Deutschland weniger als 700 Euro im Monat“ verdienen. Natürlich nimmt die Bundesregierung eine solche Kritik nicht an und lässt durch die Sprecherin des Arbeitsministeriums ausrichten, dass die Reformen am deutschen Arbeitsmarkt nicht nur zu mehr beschäftigungs-

politischer Dynamik geführt, sondern auch die Eintrittsschwellen in den Arbeitsmarkt gesenkt und mehr Menschen in Arbeit gebracht hätten.

4. Als hätte es nicht gereicht, dass im März diesen Jahres ein unglaublicher Skandal aufgedeckt wurde – dass nämlich die gemeinnützige „AWO Service GmbH Neumünster“ Hartz-IV-Bezieher bei Pflegebedürftigen für 1,50 Euro die Stunde „Entlohnung“ einsetzte, selbst jedoch acht Euro für den Servicedienst verlangte und dann noch einmal 200 Euro sogenanntes „Regiegeld“ pro Monat von der Arbeitsagentur erhielt –, wurde jetzt ein weiterer Fall von Ausbeutung und Ausnutzung von Hartz-IV-Beziehern bekannt. In Gifhorn sollen bis zu 80 **Ein-Euro-Jobber** in den Werkstätten der diakonischen „Kästorf GmbH“ Ersatzteile für den Automobilhersteller VW produzieren, wofür die eingesetzten Hartz-IV-Bezieher 1,50 Euro in der Stunde bekommen, während die Diakonie fünf bis acht Euro erhält. Durch diese ungemein zusätzliche und ach so wahnsinnig gemeinnützige Arbeit werden auch wegen des „unschlagbaren“ Preises andere, reguläre Zulieferbetriebe verdrängt und im Umkehrschluss Arbeitsplätze vernichtet. Möglicherweise werden die früher regulär angestellten Arbeiter entlassen, dürfen jedoch aus reiner christlicher „Nächstenliebe“ einen Ein-Euro-Job ergattern, in dem sie für einem Hungerlohn dieselben Tätigkeiten verrichten wie früher, wobei sie dann auf zusätzliche Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind.

5. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ richtet schwere Vorwürfe an Unternehmen und die Bundesregierungen, weil es durch Hartz IV möglich wurde, dass Betrieb in Selbstbedienungsmentalität ihre Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit subventionieren lassen, indem sie „Hungerlöhne“ bezahlen und die Betroffenen auf Hartz IV verweisen. Unter diesen Bedingungen lasse sich nur noch von Hohn sprechen, wenn gleichzeitig auf Einhaltung des Lohnabstandsgebotes gepocht wird. Neben den Konjunkturpaketen erhielt die Wirtschaft offenbar klammheimlich noch einmal zusätzlich 50 Milliarden Euro aus dem Hartz-IV-Topf für **Aufstocker**, ohne sich an den Folgen dieser immensen Verschuldung beteiligen zu müssen. An dieser Stelle komme wirklich die Frage auf, wer hier die Sozialschmarotzer sind, die sich auf Kosten der Allgemeinheit in einer staatlich subventionierten Hängematte einrichteten, prangert Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums“, an und beklagt, dass die Wirtschaft im Moment jede Glaubwürdigkeit verloren habe und dass wir uns vor ihren Funktionären schützen sollten, weil sie den Staat und die Beschäftigten ausnähmen. Es gebe jetzt erst recht kein Argument mehr gegen einen Mindestlohn von zehn Euro und eine Hartz-IV-Eckregelsatzerhöhung auf 500 Euro. Es seien unsere Unternehmen, die die Menschen in solch eine missliche Lage gebracht haben, sich trotz derartiger Gewinnsubventionen gegen Lohnerhöhungen sperren und gar noch eine Arbeitspflicht fordern. Die jetzige Bundesregierung müsse sofort gegen solche Auswüchse lenken und endlich die Gewinner der Krisen kräftig zur Kasse bitten!

6. Wenn die „Stern“-Umfrage wirklich repräsentativ ist, dann ist die Saat der Medienhetze gegen Hartz-IV-Bezieher aufgegangen, und 44 Prozent der Befragten würden tatsächlich sagen, der Regelsatz solle unverändert bleiben, acht Prozent sogar, er solle verringert werden, und 40 Prozent wären der Ansicht, dass der Satz heraufgesetzt werden sollte. Doch seien sich die Deutschen zu 79 Prozent darin einig, dass die Kinder von Langzeitarbeitslosen statt Bargeld verstärkt **Gutscheine** für Nachhilfe, Musikschule oder den Sportverein bekommen sollten.

Leider bewerten auch die Sozialbehörden in Bremen und Niedersachsen die vom Bund diskutierte „Chipkarte“ für Hartz-IV-Kinder positiv. Dabei wird an eine Art Scheckkarte gedacht, die mit einem Guthaben aufgeladen wird. Petra Kodré vom Bremer Sozialressort sagt, dass die Karte eine gute zusätzliche Förderung sei, wenn sie dazu genutzt würde, den Hartz-IV-Regelsatz der Kinder aufzustocken. Immerhin ist Frau Kodré dagegen, dass der Hartz-IV-Regelsatz dafür auch noch runtergekürzt würde. Das wäre ja wohl noch der krönende Hammer, frei nach dem Motto, dass der Regelsatz für Hartz-IV-Kinder immer schon reichte, die Eltern bloß das Geld nicht vernünftig einteilen konnten und es *deswegen* nicht bei ihren Kindern ankam! Ausufernde, verallgemeinernde, empörende Diskriminierung!

Absolut unglaubwürdig klingt in meinen Ohren die Aussage, dass die Chipkarten, um Kinder von Langzeitarbeitslosen angeblich nicht zu diskriminieren, auch an nichtbedürftige Kinder gehen sollten. Dann zahlen die Hartz-IV-Kinder gar kein bisschen auffällig an der Schwimmbadkasse mit der Chipkarte – und alle anderen mit dem Bargeld der Eltern. Denn ein Guthaben von aberwitzigen 200 Euro im Jahr – also ganz sagenhafte 16,67 Euro im Monat für Nachhilfe-, Musik- und Sportunterricht sowie für Theater-, Schwimmbad- und Zoobesuche –, die sind ja in Nullkommanichts verbraucht. Warum sollten sich die anderen Eltern die Mühe machen, umständlich und für sie völlig unsinnig die Scheckkarte nur aus Solidarität mit den nach wie vor ausgegrenzten Kindern neu aufzuladen? Klar, Frau von der Leyen: Mit diesen 16,67 Euro werden die Kinder wirklich gefördert und die Chancengleichheit erreicht! In meinen Augen soll das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2010 ganz zynisch auf Kosten der finanziell armen Kinder ausgetrickst werden.

7. Ein Hartz-IV-Bezieher aus Bremen klagte erfolgreich dagegen, dass ihm 30 Euro für **Warmwasser** von seinem Regelsatz abgezogen wurden. Normalerweise ist in der Stromkostenpauschale im Regelsatz das Geld für die Wassererwärmung enthalten, doch in immer mehr Wohnungen – auch bei der des Klägers – wird das Wasser über die Gastherme der Heizung erwärmt. Nach einer Wasseruhr wurden ihm 30 Euro für das Warmwasser berechnet. Weil die Warmwasserkosten bereits über die Strompauschale gedeckt seien, zog die Bremer Arge diesen Betrag komplett vom Regelsatz des Klägers ab. Erfreulicherweise sah dies das Sozialgericht anders und entschied, dass in den 30 Euro Warmwasserkosten auch Betriebskosten wie die Wartung enthalten sind, die nun von der Bagis zu tragen seien. Da bereits 70 Hartz-IV-Bezieher gegen ihren Bescheid Wider-

spruch einlegten, könnte nach dieser erfolgreichen Klage eine Klagewelle wegen zu hoher Abzüge beim Warmwasser auf die Bagis zukommen. Hoffen wir, dass sich immer mehr Menschen ihr Recht holen werden!

8. Ich finde es nicht verwunderlich, dass der Krankenstand bei Menschen ohne Job deutlich höher ist als bei Beschäftigten! Eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt, dass Arbeitssuchende sogar doppelt so häufig krank sind wie Erwerbstätige. Arbeitslos zu werden, ist ein herber Schicksalsschlag, der im sozialen Aus des ALG-II-Bezuges nicht nur zementiert, sondern durch die mangelhafte Gesundheitsversorgung für Arme und Ausgegrenzte noch verstärkt wird. Für viele Erwerbslose wird der schlechte Gesundheitszustand zu einer Falle, die sie in der Arbeitslosigkeit hält. Gute Gesundheit zählt zu einem der wichtigsten Faktoren für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Auch die psychischen Erkrankungen sind unter Erwerbslosen weit verbreitet, was nicht zuletzt dem Druck, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, und den damit verbundenen Rückschlägen zu verdanken ist. Verfolgungsbetreuung, Demütigungen und das Schüren von **Existenzangst** – das alltägliche Gängelband so vieler arger Arge-Mitarbeiter, die damit die ihnen ausgelieferten Erwerbslosen drangsalieren – geben das Ihre dazu! Ich persönlich machte die Erfahrung, dass sich dadurch die Erwerbslosen in zwei Verhaltensweisen aufteilen: Die einen werden depressiv, ziehen sich zurück, halten sich für wertlos und trauen sich nicht, sich zu wehren. Die anderen macht das wütend! Das finde ich die günstigere Art, damit umzugehen, sodass die Wut sich nicht destruktiv entlädt, sondern konstruktive, vernünftige Wege des Sichwehrens gefunden werden, mit anderen zusammen, wie zum Beispiel auf den Montagsdemos oder in den Arbeitsloseninitiativen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Vermieter bestätigen, dass Arbeitslosigkeit der Ablehnungsgrund ist

An den Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg! Sehr geehrter Herr Schwandner, gestern erfuhr ich von einem städtischen Mitarbeiter, dass es in der Stadt ein dringendes Problem gibt, welches allerdings den kommunalen Politikern schon seit sieben bis acht Jahren bekannt ist, ohne dass anscheinend das Geringste zur Verbesserung unternommen wird. Es handelt sich um das Problem für alleinlebende und junge Menschen, in Oldenburg eine angemessene Wohnung finden zu können. Nach Auskunft des Mitarbeiters der Stadt sind deshalb zurzeit mindestens 100 Menschen akut von **Obdachlosigkeit** bedroht. Besonders schwierig scheint die Wohnungssuche für die finanziell schlechter gestellten Menschen zu

werden. Es ist mir bekannt, dass gerade Arbeitslose immer wieder gerade aus diesem Grunde von privaten Vermietern oder über deren Wohnungsvermittler abgelehnt werden und sogar bestätigt bekommen, dass der Grund der Ablehnung die Arbeitslosigkeit ist. Auch wenn auf der Internetseite der Wohnungsbaugesellschaft GSG wird man feststellen, dass die angebotenen Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen fast immer entweder von den Quadratmetern her zu groß sind oder im Preis über den Angemessenheitsgrenzen für Transferempfänger liegen. Zeitweise werden überhaupt keine Wohnungen für Oldenburg angeboten. Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen während der Ratssitzung im September 2010 die folgenden Fragen stellen:

Wie werden Verwaltung, Politik und die Stadt Oldenburg als Miteigentümerin der Wohnungsbaugesellschaft GSG auf diese einwirken, damit für alleinstehende Personen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, endlich ausreichender angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt wird? Muss die Stadt, als Teil der Arge Oldenburg zuständig für die Kosten der Unterkunft, zukünftig auf die Angemessenheitsgrenzen bezüglich Größe und Preis verzichten, um die drohende Obdachlosigkeit von finanziell schlechter gestellten Menschen zu vermeiden, oder welche Maßnahmen wird die Stadt hierzu ergreifen, um in Kürze dieses Problems Herr zu werden? Müssen nicht zumindest die Angemessenheitsgrenzen bezüglich Preis und Größe von Wohnungen deutlich angehoben werden, damit auch wirklich jede Arbeitslose und jeder Arbeitslose überhaupt die Zustimmung der Arge für einen notwendigen Umzug erhalten kann, da bei Überschreitung dieser Grenzen die Anmietung beispielsweise einer GSG-Wohnung abgelehnt wird, oder muss die Stadt Oldenburg als Miteigentümerin der GSG auf diese einwirken, die Mietpreise abzusenken? – Ich möchte Sie bitten, mir alle diese Fragen während der Ratssitzung zu beantworten. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Der Aufschwung XL – das ist kein „Sommermärchen“

Wirtschaftsminister Brüderle jubelt in den höchsten Tönen über einen angeblichen „Aufschwung XL“. Doch wir wissen, dass der Wolf Kreide gefressen hat, um das Rotkäppchen zu täuschen. Deshalb sollten wir die neuesten Zahlen kritisch unter die Lupe nehmen: Sie vermelden den „mit 2,2 Prozent höchsten Zuwachs

seit der Wiedervereinigung“ – verschweigen aber, dass dieser Anstieg aus dem tiefsten Keller erfolgt. Um den vollständigen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu vermeiden, wurden 2009 Billionen Dollar als „Konjunkturprogramme“ ausgeschüttet, die jetzt fast überall auslaufen. Inzwischen droht nicht nur Griechenland und Portugal, sondern Weltmächten wie den USA und Japan der Staatsbankrott. Um die gigantischen faulen Kredite zu verstecken, wurden allein in Europa 16 „Bad Banks“ gegründet. Die wirtschaftliche Belebung, die sich vor allem aus dem Export nach China stützt, ist auch nur eine kurzfristige Angelegenheit: Erstens geht in China selbst das Wachstum zurück, dort droht die nächste Spekulationsblase im Immobilien-Sektor zu platzen. Zweitens verlagern die Autokonzerne mit Hochdruck ihre Produktion nach China, was zur Schließung von Werken und zu Massenentlassungen in Deutschland führen wird.

Da stellt sich natürlich die Frage, warum Regierung, Konzerne und Banken in diesen Jubel vom angeblichen „Aufschwung“ verfallen. Sie wollen uns weismachen, dass sie alles im Griff haben und alles gut wird, wenn wir weitere Opfer bringen. Aber wer mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht die immer tieferen Krisen des Kapitalismus: Die regionalen Umweltkatastrophen im Golf von Mexiko, in Osteuropa und Pakistan haben die Lebensgrundlage von Millionen Menschen ruiniert. Die Tragödie bei der „Loveparade“ in Duisburg zeigt, dass aus reiner Profitmacherei das Leben und die psychische Zerstörung von Jugendlichen in Kauf genommen wird. Längere Laufzeiten der Atomkraftwerke sollen auf Kosten der Gesundheit und des Überlebens der Menschheit den Energiekonzernen Traumprofite sichern. Die Bundeswehr kämpft in Afghanistan und anderswo für die Interessen der Mächtigen in diesem Land, gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Es gibt einen Aufschwung – aber nur in der Verarmung auf der ganzen Welt!

In Deutschland wurden in den letzten beiden Jahren zwei Millionen Arbeitsplätze umgewandelt in Leiharbeitsplätze. 50 Milliarden Euro gehen an „Aufstocker“, weil sie nicht von den Billigjobs leben können – das ist nichts anderes als Lohnsubvention an die Unternehmen aus unseren Steuergeldern! Noch nie waren so viele Jugendliche ohne Ausbildung und ohne Arbeit. 40 Prozent von ihnen finden bei ihrer Jobsuche nur ein prekäres Beschäftigungsverhältnis. Und jetzt sollen wir bald mit 70 in Rente gehen? Das ist doch keine lebenswerte Zukunft! Wenn wir heute sechs Jahre Montagsdemo feiern, dann sind wir stolz auf den gemeinsamen, demokratischen Widerstand. Wir wollen wachsen, denn es ist Zeit aufzustehen: Wir zeigen wir der Regierung, dass wir den längeren Atem haben! Wir diskutieren über unsere Zukunft, in der der Mensch im Mittelpunkt stehen soll und nicht mehr die Profitmacherei einer kleinen Schicht!

Harald Braun

Nie werden wir uns mit den Schikanen und Demütigungen abfinden

1. Auf den Tag genau vor sechs Jahren gab es die erste **Montagsdemonstration** in Bremen gegen Hartz IV und Agenda 2010. Drei Wochen vorher hatten sie in Magdeburg mit 800 Menschen begonnen. Am 16. August 2004 waren es dann schon 250.000 bundesweit. In Bremen schwoll die Zahl innerhalb weniger Wochen auf über 700 an. Heute sind es zwar nicht mehr 250.000, aber in 120 Städten heißt es immer noch jeden Montag: „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!“ Den unermüdlichen Montagsdemos zu verdanken, dass die Hartz-Gesetze die am meisten verhassten Gesetze in Deutschland sind. Etliches wurde in der Zwischenzeit „nachgebessert“, was ohne die Montagsdemos kaum der Fall gewesen wäre. Aber es bleibt dabei: Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber!

Gescheiterte Hartz-Politiker gibt es inzwischen zuhauf: Hartz selber, Schröder, Clement, Müntefering, Koch, Köhler oder Rüttgers. Es wird keinem Politiker gelingen, sich beim Volk beliebt zu machen, der gleichzeitig für Hartz IV eintritt! Das konnte Westerwelle mit seiner unsäglichen „Schmarotzer“-Hetze am eigenen Leib spüren: Die FDP würde nach ihrem 15-Prozent-Höhenflug heute nicht mal mehr in den Bundestag kommen. Die ganze Regierung findet nur noch circa 30 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung. Nicht gerade stabil!

Die Hartz-Gesetze richten sich gegen Arbeiter wie Arbeitslose: Sie bewirken eine Lohnsenkungsspirale ohne Ende nach unten. Von einst relativ oben im Vergleich zu anderen Ländern sind wir ganz ans Ende der Skala in Europa gerutscht. Niemals werden wir uns damit abfinden, dass man mit dem Wegfall der Arbeitslosenhilfe, die ja noch am früheren Lohn orientiert war, jetzt nach zwölf Monaten (maximal anderthalb Jahren – das war so ein kleine Nachbesserung!) in Hartz IV abrutscht, selbst wenn man vorher 30 Jahre am Stück malocht hat. Niemals werden wir uns mit den Schikanen der Argen und den Demütigungen abfinden und dass man uns unter Generalverdacht stellt, faul und betrügerisch zu sein!

Immer mehr Menschen können von ihrem Lohn nicht leben und brauchen ergänzend Hartz IV. Nicht einmal das Ziel, dem Staat Geld zu sparen, wurde mit Hartz IV erreicht. Stattdessen erfolgte eine gigantische Subventionierung der Unternehmer: Sie bezahlen nur Minilöhne oder sogar nur einen Euro pro Stunde, den Rest der Staat! Auch dass Hartz IV Zwangsarbeit bedeutet, haben wir nie verwunden, und wir werden uns nie damit abfinden. Nieder mit der Sklavenarbeit! Dass jetzt das Elterngeld für Hartz-IV-Betroffene gestrichen wurde sowie der vom

Staat bezahlte Rentenversicherungsbeitrag, ist ein weiterer Angriff, den wir nicht hinnehmen.

Mit den Montagsdemonstrationen haben wir aber noch viel mehr erreicht als einzelne Verbesserungen. Wir sind in der Zeit zusammengewachsen und haben es gelernt, unsere Ansicht der Dinge frei und laut zu äußern. Wir haben uns eine Widerstandskultur erkämpft. Nicht mehr wegzudenken ist das Offene Mikrofon, das heute auf keiner Kundgebung und bei keinem Streik mehr fehlt: Es gehört sozusagen zum Standard. Mit den Montagsdemos entstanden Freundschaften, Solidarität und gegenseitige Unterstützung. Wichtig ist immer, uns nicht spalten zu lassen in Arbeitende und Arbeitslose.

Montagsdemonstration heißt direkte Demokratie (wir wählen unsere Delegierten und treffen alle Entscheidungen demokratisch auf dem Marktplatz), Überparteilichkeit (die Montagsdemo lässt sich vor keinen Karren einer Partei spannen, und hier kommt jeder zu Wort außer Faschisten) und finanzielle Unabhängigkeit. Kurzum: Wir lernen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen! Das alles geht weit über den Tag hinaus: Wir praktizieren hier schon Prinzipien und Dinge, unsere Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, wie es in einer späteren, befreiten Gesellschaft sein wird.

Wir haben eine feste Struktur geschaffen: Wenn heute etwas passiert – ob israelischer Angriff auf Gaza, ob faschistischer Überfall oder der Kampf gegen AKWs –, bildet die Montagsdemo oft den ersten Rahmen für politische Aktionen. Auf uns ist Verlass: Wir sind hier jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz! Selbst ins Ausland strahlt die Montagsdemo aus: In Frankreich, Österreich und der Schweiz wurden bereits nach unserem Vorbild Montagsdemonstrationen organisiert. Die Montagdemo bildet auch das Rückgrat des Widerstands gegen das im Volk verhasste Projekt „Stuttgart 21“.

Jedes Jahr hat die Montagdemo-Bewegung eine große **Herbstdemonstration** in **Berlin** gegen die Regierung durchgeführt. Am **16. Oktober**, also in genau zwei Monaten, findet sie dieses Jahr statt. Jetzt, wo die Regierung dazu übergegangen ist, die Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung abzuwälzen, gleichzeitig aber ziemlich angezählt ist, wie die Umfrageergebnisse zeigen, ist es besonders wichtig, diese Großdemonstration zum Auftakt eines Heißen Herbstes zu machen! Kommt alle mit!

2. Die geplante Chipkarte für Kinder von Hartz-IV-Beziehern ist abzulehnen, weil sie reine Diskriminierung darstellt. Das ist nichts anderes, als statt Bargeld **Gutscheine** auszugeben, weil die „asozialen Hartz-IV-Empfänger“ sonst angeblich nur Schnaps und Kippen dafür kaufen. Tatsächlich blieben viele verschuldete Hartz-IV-Empfänger im August ohne Geld: Da die Überweisung schon am 30. Juli auf dem Konto war, wurde es von Gläubigern gepfändet und leer geräumt. Die Justizminister schieben alle Schuld auf die Banken, welche wiederum sagen, ihnen seien laut Gesetzeslage die Hände gebunden. Der Präsident des „Sozialverbands“ weiß, dass „viele Betroffene jetzt um ihre Existenz bangen müssen“.

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-712912,00.html

In Bad Nenndorf gab es letzten Samstag einen Naziaufmarsch. Das Verwaltungsgericht Hannover hatte eine Gegendemo mit der Begründung verboten, die Polizeikräfte reichten nur für eine Demo, und die Nazis hätten eben zuerst angemeldet. Der Witz ist: Sie haben sogar schon für die nächsten zehn Jahre im Voraus angemeldet! Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob das Urteil zwar auf, verbot aber nicht den Naziaufmarsch. Die **Antifaschisten** mussten zwei Stunden früher eine „Standkundgebung“ abhalten, was zeigt: Die Gerichte sind keine neutrale Instanz. Die Stadt Bad Nenndorf und ihre Polizeibehörde hatten mit der Begründung argumentiert, mit zwei Demos „überfordert“ zu sein. Es ist grundsätzlich falsch, so defensiv gegen Faschisten vorzugehen und eine Gleichsetzung von Rechts und Links vorzunehmen! Die Faschisten müssen verboten werden, nicht nur in Bad Nenndorf, und ihre Organisationen aufgelöst, wie es das Grundgesetz fordert, demzufolge das Potsdamer Abkommen in Kraft bleibt! Am Samstag waren dann aber weit mehr als doppelt so viele Antifaschisten wie Nazis auf der Straße und behinderten erfolgreich deren Demo.

Für **Mittwoch** dieser Woche ist eine **Anti-AKW-Demo** in **Berlin** geplant mit Umzingelung des Regierungsviertels. Die Einspeisungsvergütung für Strom aus Solarzellen wird gesenkt, Kernkraftwerke sollen dafür mindestens 15 Jahre länger laufen. Der Weg für erneuerbare Energien wird also nicht geebnet, sondern verstopft! Auch hier lügt die Regierung (so wie sie bei Hartz IV gelogen hat, als sie sagte, sie müsse sparen, es sei kein Geld mehr für die hohen Sozialausgaben da: In Wirklichkeit wurde gar nichts gespart, Hartz IV kostet sogar noch Geld, aber davon profitieren die Konzerne und Verbände, die ihre Löhne extrem senken konnten, so weit, dass man nicht mehr davon leben kann). Beim Strom geht es nicht darum, dass davon zu wenig da wäre: Deutschland exportiert viel mehr Strom, als es importiert. Es geht nur darum, die Profite der Monopole zu erhöhen. In diesem Fall sind es genau vier – EON, RWE, Vattenfall und ENBW –, und wenn diese mit den Fingern schnipsen, tanzt die Regierung! Mit den alten, längst abgeschriebenen Schrottreaktoren wollen sie ein Schweinegeld verdienen. Erst letzte Woche gab es wieder einen schweren Störfall in Biblis I. Deswegen Atomkraftwerke sofort abschalten!

Wolfgang Lange (MLPD)

Widersprechen Sie hier: Wenn Sie nicht wollen, dass Personalchefs nachsehen können, ob Sie in einem „Hartz-IV-Haus“ wohnen *(„Google Street View“)*

Trödelei: Gut-Schein-Ursula legt die richterlich geforderten transparenten Grundsätze zur Regelsatzberechnung nicht vor *(„Nachdenkseiten“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

292. Bremer Montagsdemo am 23. 08. 2010

Sie sollen die Regelsätze transparent berechnen, Frau Leyen!

1. Ja, ach: Im Gegensatz zur gängigen Meinung vieler Politiker wollen ALG-II-Bezieher *arbeiten*! Nach einer aktuellen Studie des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ sind fast alle Hartz-IV-Betroffenen an der Aufnahme einer Arbeit interessiert und bemühen sich darum, eine zu finden. 90 Prozent der ALG-II-Bezieher unter 56 Jahren stehen demnach für eine Beschäftigung zur Verfügung. Obwohl sich der Arbeitsmarkt insgesamt erholt haben soll, verzeichnete die **Erwerbslosenstatistik** für den Juni 2010 etwa 27.000 mehr Bezieher von Hartz IV als noch ein Jahr zuvor. Es seien aber rund 280.000 weniger Menschen auf der Suche nach einem Job als im Vorjahr. Werden die jetzt alle von privaten Vermittlern „betreut“, oder wurden sie in ominöse Fortbildungsmaßnahmen gestopft, damit sie nun die Statistik aufhübschen?

Langzeiterwerbslose könnten langfristig nicht entsprechend von der Entwicklung profitieren, weil erst die vermeintlich besser qualifizierten ALG-I-Bezieher und erst später die längerfristig Erwerbslosen eine Anstellung fänden. Auch kosteten die Bemühungen der Jobcenter richtig viel Geld, was natürlich gern eingespart wird. Die Behauptung, teure Maßnahmen wie Umschulungen, Weiterbildungen und persönliche Betreuung durch Sozialarbeiter seien nötig, um ALG-II-Bezieher in einem Job unterzubringen, impliziert mal wieder die überall vorhandenen Arbeitsplätze und die dafür massenhaft ungeeigneten, weil ungebildeten Hartz-IV-Betroffenen. Statt ALG-II-Bezieher in Ein-Euro-Jobs zu stopfen, sollte ihnen wieder eine Perspektive aufgezeigt werden, um ihre Motivation zur Aufnahme einer natürlich angemessen bezahlten Tätigkeit auf dem jetzigen Niveau zu halten! Mich wundert es nicht, wenn viele der älteren Hartz-IV-Betroffenen mit einer Art „Abonnement“ auf abgelehnte Bewerbungsanschreiben für sich kaum noch eine Chance sehen, wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten und dementsprechend wenig motiviert bei der Suche nach einer Beschäftigung sind.

2. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett leistet sich einen neuen Gag, indem es Anfang 2011 eine Kommission gegen **Altersarmut** einsetzen einzusetzen gedenkt. Diese Kommission soll Vorschläge machen, wie jemand, der sein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, auch ein Alterseinkommen erhält, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Denn es ist nur logisch, dass niedrige Löhnen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse Altersarmut vorprogrammiert haben, weswegen es in spätestens zehn Jahren zu einem deutlichen Anstieg von Altersarmut kommen wird. Die Kommunen mit ihren klammen Kassen sehen eine gewaltige Kostenlawine in Milliardenhöhe auf sich zurollen. Wenn Altersarmut früher vorwiegend „weiblich“ war, weil Frauen weniger Lohn gezahlt wird und die Erziehungsarbeit der Mütter gerne als überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit betrachtet wurde, so kommen jetzt immer mehr Männer dazu, deren Geld im Alter einfach nicht mehr zum Leben reicht. Ihre Zahl stieg im Vergleich zu 2007 um 6,1 Prozent, die Zahl armer Rentnerinnen „nur“ um 3,8 Prozent. Hier wird keine teure Kommission gebraucht, sondern nur ein bisschen gesunder Menschenverstand, der sich für einen armutsfesten Mindestlohn einsetzt und die vermaledeiten Hartz-Gesetze endlich in die Tonne tritt! Diese wurden nur darauf ausgelegt, eine Absenkung der Löhne durchzusetzen und den Sozialstaat gegen die Wand zu fahren. Aber dazu bräuchten wir Politiker, die sich auch als Volks*ver*treter und nicht als Volks*zer*treter begreifen!

3. Der unsägliche Philipp Rösler, seines Zeichens Gesundheitsminister, setzte nun durch, dass gesetzlich Versicherte künftig eine Säumnisgebühr von 30 Euro bezahlen müssen, wenn sie den von ihrer Kasse erhobenen Zusatzbeitrag nicht pünktlich bezahlen. Diese Strafzahlungen sollen nicht für Hartz-IV-Bezieher gelten. FDP-Gesundheitsstaatsekretär Daniel Bahr sagte, man wolle die Versichertengemeinschaft davor schützen, dass einige Mitglieder sich der Zahlung entzögen. Lese ich da „Versichertengemeinschaft“? Ja, wenn wir denn mal eine echte hätten, in die ausnahmslos alle ihre einkommensabhängigen Beiträge einzahlen müssten! Rösler sei das Strafgeld auch deshalb wichtig, weil er das Instrument der Zusatzbeiträge mit der **Gesundheitsreform** ausweiten wolle. Wenn er damit durchkommt und Krankenkassen künftig wirklich einen Beitrag in unbegrenzter Höhe erheben dürfen, dann ist er in meinen Augen wirklich nur noch als Krankheitsminister zu bezeichnen, weil sein unsoziales System krank macht und die bereits Erkrankten, die ihre Behandlungskosten nicht selbst tragen können, am ausgestreckten Arm krepieren lässt! Wozu haben wir eigentlich noch eine Krankenkasse, wenn diese trotz Zuzahlungen nur noch für einen Bruchteil der Behandlung aufkommt? Für eine bloße Überkronung von drei Zähnen musste ich trotz doppeltem Härtefallzuschlag über siebenhundert Euro draufzahlen! Dabei wurden die Kronen wurden nicht mit Edelsteinen besetzt, sondern sind sehr schlicht gehalten.

Doch die FDP scheut wirklich keinen Versuch, die Kosten für die ärztliche Behandlung auf die Kassenpatienten abzuwälzen und das Ganze immer sehr skur-

ril zu begründen. Plötzlich sollen Kassenpatienten wie die erheblich besser Betuchten Honorare für Arztbesuche vorstrecken, um ein höheres Kostenbewusstsein zu entwickeln. Angeblich soll dadurch die Transparenz für Ärzte und Versicherte erhöht werden, weswegen die Möglichkeiten der Kostenerstattung „ausgeweitet“ werden sollen und der Patient von seinem Arzt eine Rechnung bekommt, sie bezahlt und seine Kosten anschließend von der Krankenkasse erstattet bekommt. Ich glaube eher, dass Politiker kein Gespür dafür haben, mit wie wenig Geld immer mehr Menschen über den Monat kommen müssen und davon keinesfalls noch in Vorkasse genommen werden können!

Wenn der Patient auch noch auf der Hälfte seiner Kosten sitzen bleiben soll, kann das gar nicht mehr funktionieren. Gesundheitskosten könnten an ganz anderer Stelle gespart werden, wenn zum Beispiel der Pharmaindustrie Grenzen für ihre unglaublichen Fantasiepreise für Medikamente gesetzt würden, die in Deutschland immer noch weit höher sein dürfen als im Rest Europas. Das Handeln der Gesundheitspolitik ist in dieser Richtig gefragt und nicht im Sinne der FDP, die wieder nur ihre Klientel bedient! Für die Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK ist ohnehin klar, dass Kostenerstattung nicht die notwendige Transparenz schaffe, sondern bloß mehr Verwaltung, denn sie schwäche die Verhandlungsposition und Steuerungswirkung der Krankenkassen und verursache in jeder Hinsicht Mehrkosten. Offenbar soll in Wirklichkeit verhindert werden, dass Menschen sich behandeln lassen, beziehungsweise nur noch, wenn sie dies aus eigener Tasche bezahlen können! Soll der Artikel 1 des Grundgesetzes so abgewandelt werden, dass die Würde des Menschen einkommensabhängig ist? Ist sie das nicht schon längst durch die Hartz-Gesetze?

4. Wenn es nach dem Willen zweier Verbände der mittelständischen Wirtschaft ginge, würden den Beschäftigten gleich zwei Wochen **Urlaub** im Jahr gestrichen. Gegenüber der „Blöd“-Zeitung sagte die Vorstandsvorsitzende Ursula Frerichs, sechs Woche seien zu viel, vier Wochen reichten völlig aus. Sie begründete ihre Meinung damit, dass Deutschland bei den Urlaubstagen weltweit an der Spitze liege und die Beschäftigten im Verhältnis zu anderen Ländern doppelt so viele freie Tage hätten. Nach der permanenten Umverteilung von unten nach oben und einem gigantischen Sturzflug der unteren Lohngruppen besitzt sie die Dreistigkeit zu fordern, dass wir unsere Besitzstände zurückschrauben und die Vier-Wochen-Regelung 2011 auf Probe einführen, um den „Aufschwung“ zu unterstützen. Deutschland liegt bei den niedrigen Löhnen aber an der Spitze Europas! Immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit, und bei dieser Mehrbelastung auch noch immer weniger Erholungszeit? Um wessen Besitzstände und welchen Aufschwung geht es? Der Präsident des „Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft“ ist nicht ganz so unverschämt und will sich mit einer zeitweiligen Absenkung des Urlaubsanspruchs auf fünf Wochen wegen des angeblich akuten Fachkräftemangels begnügen. Der Raffgier gewisser Unternehmer sind offensichtlich absolut keine Grenzen gesetzt!

5. Unter dem Oberbegriff „Bildungspaket für Kinder und Jugendliche“ begleitet uns seit Wochen die nicht abreißen wollende Diskussion um Chipkarten für Kinder, deren Eltern ALG II beziehen. Mit seinem Urteil vom 9. Februar 2010 forderte das Bundesverfassungsgericht eine Neugestaltung der **Regelsätze** in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dabei dürfen die Regelleistungen für Kinder und Jugendliche in Zukunft nicht mehr aus den Leistungen für Erwachsene abgeleitet, sondern müssen eigenständig berechnet werden. Unsere geniale Arbeitsministerin Ursula von der Leyen kennt sich als siebenfache Mutter mit Kindern und deren Bedürfnissen gut aus und erfand so eine Chipkarte, die dafür sorgen soll, dass die Leistungen unkompliziert und unbürokratisch bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. In Zukunft soll jedes Kind, dessen Eltern Hartz IV beziehen, eine solche Chipkarte, auch liebevoll als *A-Karte* bezeichnet, erhalten. Sie soll jährlich mit bis zu 200 Euro aufgeladen werden, sodass monatlich ein fürstliches Guthaben von 16,67 Euro zusätzlich zum Regelsatz für die zweckgebundenen Sachleistungen zur Verfügung stehen wird.

Diese wunderbare A-Karte wird es in Gold, Silber oder Bronze geben, je nachdem, wie viele Geschwister in einer Bedarfsgemeinschaft leben, ob die Eltern Aufstocker sind oder nur Leistungsbezieher. Kinder von Aufstockern dürfen die A-Karte mit dem goldenen Band ziehen, die von Alleinerziehenden die mit dem silbernen. Kinder mit vielen Geschwistern kommen mit jener mit dem bronzenen Band aus, weil das gelernte Wissen ja auch untereinander weitergeben werden kann. Mit diesem Synergieeffekt können sogar noch Steuern gespart werden! Die A-Karte soll geschmackvoll gestaltet sein. Vor einem dezenten mausgrauen Hintergrund wird sich, ästhetisch ansprechend, ein knalliges magentarotes großes „A“ abheben, das aus den Ausgegrenzten Auserwählte machen wird. „A“ steht für „Auserwählt durch die Arbeitsagentur“! Die Auserwählten, also die Kinder von ALG-II-Beziehern, dürfen sich bei Lernförderung und Teilnahme an Sport- und Kulturangeboten, durch das „Schulbasispaket“ und beim Zuschuss für Mittagessen monatlich mit 16,67 Euro „coachen“ lassen. Weil die gemeinsamen Aktivitäten mit anderen Kindern die soziale Kompetenz und den Teamgeist der Kinder fördern, werden sie in Zukunft auch noch von den Jobcentern unterstützt. So stelle ich mir eine exquisite Förderung im Sinne des Bundesverfassungsgerichtes vor!

Die anzuschaffenden Lesegeräte für die A-Karten können sinnigerweise von dem Geld angeschafft werden, das nun durch die überflüssig gewordene Berechnung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche gespart wurde. Nach den Erfahrungen der Bertelsmann-Tochter „Arvato“ ist ein Kartenlesegerät bereits für schlappe 250 Euro zu haben, sodass es für jeden Schüler oder Studenten, der privat sein Taschengeld aufbessern möchte, leicht erschwinglich ist. In gut unterrichteten Kreisen kursiert das Gerücht, die Liberalen stünden von der Leyens Konzept sehr offen gegenüber, weil nun auch jene Unternehmen, die die differenziert ausgestalteten A-Karten herstellen, satte Profite einfahren werden. Allerdings müssten noch Gespräche mit der CSU geführt werden. Koalitionspartner Guido Westerwelle gab sich zufrieden, weil es *lovely* Zensursula von der Leyen

durch ihren Clou mit der A-Karte gelungen ist, zwar den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes Genüge zu tun und den Kindern von ALG-II-Beziehern eine Teilnahme an Bildungsangeboten zu ermöglichen, ohne dadurch jedoch etwa mit höheren Regelsätzen das Lohnabstandgebot zu gefährden! Das soll ihr doch erst mal einer nachmachen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bloß keine Verteilungsdiskussion: Ein Billionen-Reichtum verschwindet aus der Statistik *(„Tageszeitung“)*

Ist die Hartz-IV-Chipkarte im Interesse der Kinder?

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen gibt sich mal wieder ganz kinderfreundlich: Sie möchte mit einer Chipkarte sicherstellen, dass ein Teil der Hartz-IV-Ausgaben für Bildung und soziale Teilhabe der Kinder ausgegeben werden. Doch erinnern wir uns: Die Regierung erhöht nicht freiwillig die Leistungen für Kinder! Sie wurde vom Bundesverfassungsgericht gezwungen, die Regelsätze neu zu berechnen. Im bisherigen Hartz-IV-Regelsatz sind zum Beispiel 42 Cent monatlich für den Kauf eines Fahrrades vorgesehen. Wenn eine Familie von Geburt an diesen Betrag zur Seite legt, dann kann sie ihrem Kind ein Fahrrad schenken, wenn es in Rente geht! So kinderfreundlich ist die Regierung in Wirklichkeit. Wie makaber und kinderfeindlich das Arbeitsministerium ist, zeigt eine Anordnung der Bundesagentur, dass Kosten für Nachhilfestunden nur gewährt werden, wenn eine lange Erkrankung des Schülers oder ein Todesfall im Elternhaus vorliegt.

Als Vorbild für den Chip wird immer wieder die Stuttgarter „Familiencard“ genannt. Damit können Kinder bis 16 Jahre ermäßigt an der „Stadtranderholung“ teilnehmen oder Kultur- und Sporteinrichtungen besuchen. Das ist ein soziales Zugeständnis, auch um den Widerstand gegen das Milliardenprojekt „Stuttgart 21“ zu dämpfen. Die Chipkarte von Frau von der Leyen ist aber keine zusätzliche Leistung wie in Stuttgart, sondern soll als Teil der Hartz-IV-Leistungen dienen: Statt die Hartz-IV-Sätze zu erhöhen, wird ein Teil der Leistungen aus der Verfügung der Eltern genommen. Ihnen wird dabei noch unterstellt, sie würden das Geld sonst gar nicht für die Kinder ausgeben. Diese Unverschämtheit spricht der sozialpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, offen

aus: „Wenn Kinder morgens ohne Frühstück zur Schule kommen, dann steckt dahinter keine wirtschaftliche, sondern eine soziale Armut. Wenn wir für diese Familien die Sätze erhöhen, werden die Kinder immer noch ohne Butterbrot zur Schule kommen“ („Frankfurter Rundschau“, 14. August 2010).

Als Vorwand dienen bekannt gewordene Fälle der Verwahrlosung von Kindern durch die Eltern, bei denen aber oftmals auch Jugendämter in ihrer Aufsichtspflicht versagt hatten. Jetzt sollen faktisch alle Hartz-IV-Familien unter Generalverdacht gestellt werden, unfähig und unwillig zu sein, für ihre Kinder zu sorgen! Das ist eine unglaubliche Diskriminierung, die zurückgewiesen werden muss. Tatsächlich sparen die betroffenen Eltern eher bei sich als bei den Kindern! Die Einführung der Chipkarte für Hartz-IV-Empfänger muss auch deshalb abgelehnt werden, weil dies der Einstieg für die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen sein kann. Statt Disziplinierung, Spaltung und Bevormundung ist eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze notwendig: Die Montagsdemonstrationen fordern 500 Euro! Dieser Fall beweist erneut: Hartz IV muss komplett weg! Stattdessen ist die Einführung von Arbeitslosengeld I für die gesamte Zeit der Arbeitslosigkeit und eine angemessene Sozialhilfe zur Bestreitung eines würdigen Lebensunterhalt zu fordern.

Harald Braun

Politisch gewollte Volksverhetzung: Was hat SPD-„Hassprediger“ Sarrazin auf der Bundespressekonferenz zu suchen? *(„Rote Fahne News“)*

Man muss den Mund halten, um nicht zwangsentmündigt zu werden!

1. Meine Ehefrau, Mutter von fünf Kindern, wurde vor einiger Zeit von den „Sozialbehörden“ zu einer Untersuchung geschickt. Da sie bezüglich des Rentenverfahrens der Meinung war, dass die Arbeit einer Ehefrau, Hausfrau und Mutter gleichberechtigt mit Lohnarbeit gewürdigt werden muss, wurde ihr im **Gutachten** der Ärztin „querulatorisches Verhalten“ vorgeworfen.

Von einem Schmied hingegen würde man beispielsweise nicht verlangen, er müsse erstens seine Arbeit als Schmied weiterhin verrichten und zweitens noch eine zusätzliche Arbeit etwa als Feinmechaniker ausüben, sobald er erhebliche gesundheitliche Einschränkungen hat. Von einer Hausfrau und Mut-

ter mit schwerwiegenden gesundheitlichen Einschränkungen wird dies aber verlangt – und nur zu dem Zweck, eine notwendige Rente zu verweigern!

Wenn eine Hausfrau zur Untersuchung dann in gepflegtem äußerlichen Zustand erscheint, versucht man ihr das sogar noch negativ auszulegen. Anscheinend muss man in Deutschland den Mund halten, um nicht zwangsentmündigt zu werden! Das hatten wir schon einmal. Nichts hören! Nichts sehen! Nichts sagen! Nichts unternehmen! Das hätten wohl diese neoliberalen Unterstützer der gegenwärtigen asozialen Politik gern wieder. Deshalb muss unsere Devise immer lauten: Nicht zurückhalten, sondern dagegenhalten! Schluss mit asozialer Politik!

2. Bundesarbeits- und Sozialministerin von der Leyen will eine Chipkarte für Kinder einführen. Von der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010, eigenständige Bedarfe für Kinder zu ermitteln, ist ansonsten noch nicht viel zu hören oder zu lesen. Meint Frau von der Leyen vielleicht, mit der Einführung dieser Chipkarte für Musikschule, Sportverein, Zoobesuch, Museum oder Ähnliches wäre dieses Ziel erreicht? Man muss sich doch einfach nur einmal am Punkt „Bekleidung und Schuhe“ für Kinder und Jugendliche orientieren. Hier sind für alle Altersgruppen jeweils 9,9 Prozent des monatlichen Regelsatzes nach SGB II vorgesehen. Demnach stehen für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres im Monat 21,33 Euro, vom siebten bis zum vollendeten 13. Lebensjahr 24,87 Euro und vom 14. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr 28,43 Euro (für im Haushalt der Eltern lebende junge Erwachsene) zur Verfügung.

Die durchschnittlichen jährlichen Kosten belaufen sich aber für Kinder, bei gerechneten Tragezeiten von durchschnittlich sechs Monaten, auf ungefähr das Fünffache des im **Regelsatz** festgesetzten Betrages für Bekleidung und Schuhe. Dies lässt sich hochrechnen nach Angaben der „Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen“, enthalten in Beck’s „Rechtsberater“ von Oktober 1993. Dabei handelt es sich nur um eine Grundausstattung für Bekleidung. Deshalb dürfte eine monatliche Geldleistung hierfür, die nur bei circa 20 Prozent der tatsächlich notwendigen Kosten liegt, zweifellos erheblich zu niedrig angesetzt sein. Wenn hier keine kräftige Anhebung der Regelleistung erfolgt, kann man dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auf gar keinen Fall gerecht werden! Für eine Grundausstattung an Bekleidung und Schuhen für Frauen bei Berücksichtigung der verschiedenen Tragezeiten werden jährlich ungefähr 750 Euro benötigt, also 62,50 Euro im Monat. Auch hier liegen die monatlichen Regelsatzanteile von durchschnittlich 28,42 Euro deutlich darunter.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Ermittlungen der „Verbraucherzentrale“ für eine Bekleidungsliste um Preise von 1993 handelt! Vielleicht sollte sich die Bundesarbeits- und Sozialministerin mal bei ihrem Ehemann schlau machen? Er könnte sie hinsichtlich der notwendigen Regelsätze für Kinder und vielleicht auch für Erwachsene bestimmt aufklären, denn vermutlich geht *er* mit den Kindern einkaufen, da seine Ehefrau zeitlich sehr eingeschränkt sein dürfte. Im Moment bleibt Frau von der Leyen noch die Super-Mama aus Deutschland,

und zwar die mit der Chipkarte und dem Handy für die Sorgen ihrer eigenen Kinder. Aber interessieren diese Ministerin auch die Sorgen der Kinder finanzschwacher Eltern? Sollte es ausschließlich bei der Chipkarte bleiben, wohl eher nicht.

Heinz Buschkowsky hingegen behauptet ungerührt: „Regelsatz oder Kindergeld sind nicht selten der Finanzier des Suchtverhaltens oder der neuesten Unterhaltungselektronik dort, wo Eltern ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.“ Wenn dies wirklich stimmte und die meisten Kinder aus Familien kämen, die schon fast immer auf Sozialhilfe angewiesen sind, dann müssten eigentlich, wenn man den monatlichen Regelsatzanteil für Bekleidung nimmt, der nur 20 Prozent des tatsächlichen Mindestbedarfes beträgt, alle betroffenen Kinder nur noch nackt durch die Gegend laufen, wenn man zum Beispiel Tragezeiten für Bekleidung von sehcs Monaten als Maßstab nimmt. Ist doch eigentlich logisch, oder?

3. Ich habe eine Antwort der Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg aufgrund meiner Strafanzeige wegen des Verdachtes auf **Lohnwucher** beim Zeitungsaustragen erhalten. Inhaltlich wird auf den Bescheid der Staatsanwaltschaft Oldenburg Bezug genommen, es wurde aber kein Anlass gefunden, die Entscheidung zu beanstanden. In Bezugnahme auf den angefochtenen Bescheid wird auf Folgendes hingewiesen:

„Der Straftatbestand des Wuchers setzt neben einem auffälligen Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung, welches hier jedenfalls nicht ohne Weiteres auf der Hand liegt, die Ausbeutung einer Zwangslage, der Unerfahrenheit, eines Mangel an Urteilsvermögen oder einer erheblichen Willensschwäche des jeweiligen Vertragspartners voraus. Dafür sind jedoch keine zureichenden Anhaltspunkte ersichtlich. Selbst wenn sich Arbeitnehmer aus einer Zwangslage heraus auf eine entsprechende geringe Entlohnung einlassen sollten, würde eine Bestrafung zudem einen dahingehenden, auf den jeweiligen Einzelfall bezogenen Vorsatz der Beschuldigten voraussetzen, für den es ebenfalls keinerlei Anhalt gibt.“

Deshalb vermochte man auf meine Beschwerde nichts zu veranlassen. Leider steht nun in dem Bescheid überhaupt gar nichts von einem öffentlichen Interesse. Es mutet doch seltsam an, dass man auf der einen Seite vom „Fördern und Fordern“ spricht, aber auf der anderen Seite selbst Stundenlöhne nicht beanstandet, die fast in gleicher Höhe liegen wie der auf eine Vollzeitbeschäftigung umgerechnete Regelsatzanteil! So erhält ein Betroffener, der in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, 90 Prozent der Regelleistung, also 323,10 Euro, und seinen Anteil von 200,38 Euro an den Kosten der Unterkunft. Teilt man den Gesamttransfer von 523,48 Euro durch fiktive 162,5 Vollzeitstunden, ergeben sich 3,22 Euro Transferleistung pro angenommener Arbeitsstunde in Vollzeit.

Beim Austragen der „Oldenburger Sonntagszeitung“ verdient man tatsächlich in 32 Stunden 73,60 Euro, also 2,30 Euro pro Arbeitstunde. Dazu erhält man 36,80 Euro steuerfreien Zuschlag, also 1,15 Euro pro Arbeitsstunde. Dies ergibt einen Gesamtstundenlohn für Sonntagsarbeit von 3,45 Euro. Weder die Benutzung des eigenen Fahrrades, beispielsweise durch ein Kilometergeld, noch die anfallen-

den Reparaturen oder die Arbeitszeit für deren Durchführung werden von der Beschäftigungsfirma übernommen. Diese Beträge müsste man noch vom Stundenlohn abziehen.

Wenn man dies alles berücksichtigt, scheint das öffentliche Interesse eher darin zu bestehen, die Hartz-IV-Empfänger zu möglichst niedrigen Löhnen arbeiten zu lassen, als sie mit ausreichenden Mindestlöhnen aus dem Transfer herauszuholen! Dies widerspricht in meinen Augen eindeutig dem Prinzip des „Förderns und Forderns“. Eigentlich muss sich eine Entscheidung wie die der Generalstaatsanwaltschaft sehr wohl am öffentlichen Interesse orientieren, sonst verkommen Hartz-IV-Empfänger in meinen Augen zu Lohnsklaven. Dies dürfte eindeutig im Widerspruch zum offiziellen Zweck der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze stehen. Anscheinend stimmt selbst dieser Satz nicht mehr: „Wo kein Kläger ist, hilft auch kein Richter“. Deshalb: Hartz IV abschaffen – und den Kapitalismus gleich mit!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Gasversorger plündert Arge: Überzahlte Gebühren sollen nicht gemeinsam mit Hartz-IV-Empfängern zurückgefordert werden *(„Linkes Oldenburg“)*

Neun von zehn Deutschen fordern eine neue Wirtschaftsordnung

Am letzten Samstag gab es drei Demonstrationen in Bremen. Erstens gegen die Abschiebung der Bremer Roma in den Kosovo: 500 Teilnehmer protestierten, dass von den 350 Roma in Bremen jedes Jahr 25 abgeschoben werden sollen, und zwar auch Familien mit Kindern, die hier geboren wurden. Dies geschieht offenbar europaweit koordiniert: Aus Frankreich wurden letzte Woche mehrere Flugzeuge voller Roma abgeschoben. Im Kosovo erwartet die Menschen absolutes Elend und rassistische Verfolgung. Wird hier die Verfolgung der im Faschismus als „Zigeuner“ verschrienen Sinti und Roma fortgesetzt?

Zweitens gab es auf dem Marktplatz die Kundgebung „Mal richtig abschalten“. Gefordert wurde die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, abgelehnt die von den Monopolen gewünschte und von der Regierung geplante Verlängerung der Laufzeiten, die pro Jahr einen Extraprofit von circa eine Milliarde erbrächte. Dafür geht man schon mal über Leichen! Merkels Reise zu den „erneuerbaren Energien“ war eine Lachnummer. Die Kanzlerin tut für die Monopole alles und will

uns nur hinters Licht führen! Ihre Regierung geiert selbst schon auf die Milliarden der längst abgeschriebenen Atomkraftwerke.

Drittens wurde auf dem Bremer Flughafen der Ryanair-Schalter blockiert, um gegen die Klimakatastrophe zu protestieren, denn ein Verursacher sind Kurzstreckenflüge, statt günstig mit der Bahn zu reisen. Auch in Stuttgart waren es am Freitag wieder 20.000 Menschen, die gegen das Projekt „S21“ demonstrierten. Hier geht es bekanntlich nicht nur um den altehrwürdigen Kopfbahnhof, sondern gegen ein Verkehrssystem, das noch mehr Güterverkehr auf die Straße statt auf die Schiene bringt und den öffentlichen Nahverkehr behindert.

Jetzt ist bekannt geworden, dass in Bochum bei Opel 1.800 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Jeder soll hohe Abfindung bekommen, aber was nützt es der Jugend, ihre Arbeitsplätze zu verkaufen? Wir wollen unseren Kindern und Enkeln noch in die Augen sehen können! Die Jugendarbeitslosigkeit ist laut ILO zwischen 2008 und 2009 weltweit um 6,6 auf 80,7 Millionen gestiegen. Das ist eine schreiende Anklage gegen ein System, in dem nicht der Mensch, sondern nur der Profit zählt. In den Industrieländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 17,7 Prozent. Weltweit leben 28 Prozent der Jugendlichen in Armut, mehr als 150 Millionen verdienen weniger als einen Euro am Tag!

Soll es das dann für uns sein? Die Menschen finden sich offenbar immer weniger mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen ab. Dazu passt eine „Emnid“-Umfage, derzufolge sich 90 Prozent der Befragten eine andere Wirtschaftsordnung vorstellen können, in der Umweltschutz und sozialer Ausgleich im Mittelpunkt stehen. Die kommt aber nicht von allein! Die ILO spricht von „einer verlorenen Jugend“, und ihre Hauptsorge ist, dass die Jugend das kapitalistische System ganz ablehnen könnte und sich revolutionären Bewegungen anschließt. Meine Sorge ist das nicht, im Gegenteil: Das ist genau die richtige Lösung!

Wolfgang Lange (MLPD)

Am **Freitag**, dem **27. August 2010**, verhandelt das **Verwaltungsgericht Bremen**, Am Wall 198, um **11:30 Uhr** in Sitzungssaal 1 über die **Mietobergrenzen** von 245 Euro aus Sozialhilfe-Zeiten sowie über eine „BSHG-19-Tätigkeit“, Vorgängerin der **Ein-Euro-Jobs**. Der Kläger fordert hierfür den ortsüblichen Lohn und würde sich über eine hohe Zuschauerzahl freuen.

Am **Mittwoch**, dem **1. September 2010**, findet von **12** bis **13 Uhr** eine **Mahnwache zum Antikriegstag** auf dem Bremer **Marktplatz** statt. Vorgestellt wird die Aktion „Büroklammern für den Frieden“, dazu findet die Unterschriftensammlung „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ statt. Veranstalter sind das „Bremer Friedensforum“ und die „DFG/VK-Bremen“.

293. Bremer Montagsdemo am 30. 08. 2010

...und die Großen lässt man laufen

Zum Artikel „Kevin-Prozess wird eingestellt“ vom 18. August 2010 schrieb ich folgenden Leserbrief an die Bremer Tageszeitungen AG mit Bitte um Veröffentlichung: „Das Ende des Kevin-Prozesses setzt den Schlusspunkt unter den tragischen Tod eines kleinen Kindes. Der Allerletzte und Kleinste in einer Kette des Versagens wird zwar nicht bestraft, aber auch eine Zahlung von 5.000 Euro ist für einen Normalverdiener nicht unerheblich. Es ging um Verletzung der Fürsorgepflicht. Bürgermeister Börnsen sprach von einem ‚schrecklichen Versagen des Staates‘. Nun ist sicherlich der abgestrafte Amtsvormund nicht erster Repräsentant des versagenden Staates. Der Staat wird im Wesentlichen durch die führenden Politiker und im vorliegenden Fall den Senat sowie die damals zuständige Senatorin, Frau Karin Röpke, repräsentiert. Was ist mit deren Fürsorgepflicht für die Sozialbehörde und deren Mitarbeiter gewesen? *Frau Röpke hat zwar ihr Amt niedergelegt und die politische Verantwortung bekannt. Zur realen Verantwortung gezogen wurde sie nicht. Ich vermute, dass sie ihr Amt mit vollem Anspruch auf Altersbezüge einer Senatorin verlassen hat. Ich vermute weiterhin, dass ihre Partei ihr einen guten Versorgungsposten verschafft hat. Auch hier zeigt sich wieder die alte Volksweisheit: ‚Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen.‘*“ – Bei Veröffentlichung am 27. August 2010 in den „Bremer Nachrichten“ wurden die letzten sechs Sätze fortgelassen.

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Dies ist der schöne Anspruch unseres Grundgesetzes (Artikel 5, Absatz 1). Und wirklich, der Staat der Bundesrepublik Deutschland bedarf keiner eigenen Zensurbehörde. Die Vorauswahl und das Sortieren der für die Öffentlichkeit geeigneten Nachrichten übernehmen die großen Presse- und Medienkonzerne ganz im Sinne der vom Staatsapparat gewünschten Denkweise. Und die Presse ist sich auch nicht zu schade, die frei geäußerte Meinung durch Zensur zu verstümmeln, wenn sie

denn nicht erwünscht ist. Der Fall des tragisch ums Leben gekommenen kleinen Kevin ist ein Paradebeispiel für das Versagen staatlicher Fürsorge gegenüber den Schwächsten und sozial Ausgegrenzten unserer Gesellschaft. Die Kassen der Kommunen werden durch die Bundesregierung zugunsten der großen Unternehmen und Reichen zunehmend geplündert. Und auf Ebene der Kommunen trifft dieser finanzielle Notstand wieder auf eine Strategie der Umverteilung zulasten der sozial Schwächsten. Dies ist das Szenario, vor dem der kleine Junge sein Leben verlor. Der für **Kevin** zuständige Betreuer hatte sich um fast 300 Kinder zu kümmern – 50 Fälle hält man für die vertretbare Obergrenze. Hinweise des Betreuers auf seine Überlastung bewirkten nichts. Bürgermeister und Sozialsenatorin wurden ausdrücklich über den Fall Kevin unterrichtet und taten nichts. Nur dem Betreuer wurde der Prozess gemacht. Auch wenn er nicht verurteilt wurde, sind 5.000 Euro Strafe kein Pappenstiel.

Die politisch Hauptverantwortlichen in Bremen, Bürgermeister und ehemalige Sozialsenatorin, bleiben fein im Hintergrund. Und beim Verstecken dieser Verantwortlichen spielt die Bremer Tageszeitungen AG eine schändliche Rolle. Ich kann mich nicht erinnern, dass in der Bremer Tagespresse jemals die Frage nach der Verantwortlichkeit der leitenden Politiker gestellt worden wäre, geschweige denn, dass gefordert worden wäre, sie zur praktischen Verantwortung zu ziehen. Offensichtlich besteht hier ein harmonisches Einvernehmen, deren Rolle mit dem Mäntelchen der Barmherzigkeit zu verdecken. Ich habe mit meinem Leserbrief vom 18. August 2010 an die Bremer Tageszeitungen AG versucht, den Blick auf die politisch Hauptverantwortlichen in Bremen zu lenken. Vor dem Hintergrund und der Motivation, die bürgerlichen Politiker in Schutz zu nehmen, wird die direkte Zensur dieses Leserbriefes durch die Redaktion erklärbar. Schon meine Überschrift „...und die Großen lässt man laufen“ stört den heiligen Frieden. Dreist wird sinnentstellend unformuliert in „Und die Verantwortlichen?“ Und der entscheidende Absatz, in dem dargestellt wird, wie sich die verantwortliche Senatorin Röpke elegant aus der Affäre gezogen hat, fällt gänzlich der Schere des Zensors zum Opfer. Eine Zensur findet (nicht) statt? So viel zum Widerspruch zwischen hehrem Anspruch des Grundgesetzes und der schnöden Wirklichkeit. Im Übrigen verstößt die Bremer Tageszeitungen AG mit Zensur und Verstümmelung eines Leserbriefes gegen die „Publizistischen Grundsätze (Pressekodex)“ des Deutschen Presserates. Aber die sind wohl auch nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie gedruckt sind. – Ich habe nun einen Brief an die Bremer Tageszeitungen AG mit Aufforderung, den Leserbrief ungekürzt bis zum 4. September abzudrucken, geschickt. Wenn das nicht passiert, folgt Beschwerde an den deutschen Presserat wegen Verstoßes gegen den Pressekodex.

Leserbrief, dessen verstümmelter Abdruck, Korrektur-Aufforderung und persönliche Erklärung von *Dipl.-Ing. Thomas Toussaint, Architekt, Anmelder der ersten Bremer Montagsdemonstration 2004*

Nur aktiver Widerstand kann die menschenfeindlichen Pläne stoppen

Eine neue Studie des „Nürnberger Instituts für Arbeitsmarktforschung“ widerlegt die reaktionäre Hetze Westerwelles und Sarrazins, die Hartz-IV-Empfänger wollten nicht arbeiten, sondern in der „sozialen Hängematte“ ausruhen: Von 5,24 Millionen Arbeitslosen zwischen 15 und 64 Jahren arbeiten zwei Drittel 20 Stunden oder mehr in der Woche. Wird auch geringere Arbeitszeit hinzugerechnet, sind es noch viel mehr! Nur vier Prozent sagen, dass ihnen das Geld auch so reiche, und unternehmen – meist nach unzähligen erfolglosen Bewerbungen – nichts mehr, um Arbeit zu bekommen. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ist inzwischen auf sieben Millionen angestiegen. Arbeitskräfte werden nur für Billig- und Teilzeitjobs und befristete Leiharbeitsplätze gesucht. Deshalb müssen Arbeitende und Arbeitslose einen gemeinsamen Kampf führen: für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für zehn Euro Mindestlohn, gegen die Hartz-Gesetze!

In Coburg befindet sich René Hähnlein, Vorsitzender der Linkspartei, seit dem 12. August 2010 für 20 Tage in Haft, weil am 1. Dezember 2009 eine Protestveranstaltung vor der Arge mit drei Mann stattgefunden hatte, die laut bayerischem Versammlungsgesetz hätte angemeldet werden müssen. Die Polizei hatte Personenkontrollen durchgeführt und eine Frau, die Infomaterial herangebracht hatte, dazugezählt. Daher stellte sie mehr als drei Teilnehmer fest. Der eigentliche Skandal ist aber die Kriminalisierung jeglichen sozialen Protestes, ganz egal, ob drei, vier, fünf oder viele dabei sind, denn der Protest gegen Hartz IV, der Widerstand gegen ein Gesetz, das Millionen in die Armut treibt, ist legitim! Auf der gleichen Linie liegt der Bußgeldbescheid über 115,95 Euro, den Joachim Waclaw von der Montagsdemo Sonneberg bekam, nachdem am 9. August 2010 beim sechsjährigen Jubiläum eine Spontandemo mit Teilnehmern des „Rebell“-Sommercamps in Truckenthal durch ein paar Straßen der Stadt Sonneberg führte.

Derweil wächst der Widerstand gegen das Milliardenprojekt „Stuttgart 21“ weiter: Waren es am Mittwoch noch 30.000 Protestierer, so kamen am Freitag schon über 40.000. Es gab aktiven Widerstand in Form von Besetzung der Schienen und eines Abrissbaggers, Kreuzungen wurden blockiert und das Dach besetzt. Die Polizei geht immer gewaltsamer vor, der Protest wird immer größer: Es herrscht die offene politische Krise in Stuttgart und Umgebung! Die Menschen wollen Bürgermeister Schuster absetzen. Auch die Kollegen von Daimler kommen zahlreicher und diskutieren den Gedanken des politischen Streiks gegen dieses

Wahnsinnsprojekt, das im Interesse der Monopole liegt und gegen den Willen der großen Mehrheit durchgezogen werden soll.

Am **Samstag**, dem **18. September 2010** gibt es eine **Großdemonstration** in **Berlin** gegen die Laufzeitverlängerung für **Atomkraftwerke**. Am Sonntag verkündete Frau Merkel in der ARD, zwölf bis 15 Jahre Verlängerung seien notwendig als „Brücke zur erneuerbaren Energie“. Das ist alles nur Lüge, denn gleichzeitig wird die Förderung der Sonnenenergie massiv gekürzt. Kernkraft ist keine Brücke, sie verstopft der erneuerbaren Energie den Weg! Die Regierung hat ein „Gutachten“ in über die Strompreise und die Versorgungsentwicklung in Auftrag gegeben, das den Vorschlag machte, die AKWs zwölf bis 20 Jahre länger laufen zu lassen. Jetzt kam heraus: Bezahlt haben das Gutachten RWE und EON! Nicht vergessen sollten wir, dass im Aufsichtsrat von RWE Wolfgang Clement sitzt, bis 2005 Wirtschafts- und Arbeitsminister. Er war Hauptdrahtzieher bei den Hartz-Gesetzen!

Jetzt behauptet er in „Hart aber fair“, er habe seine Meinung zur Kernkraft „geändert“, denn die Kohlendioxidbelastung durch Kohle sei noch schlimmer. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“, kommentierte Moderator Plassberg. Da wurde Clement böse: „Ich bekomme doch nur 20.000 Euro im Jahr von RWE!“ Für ein oder zwei Sitzungen im Jahr? Für solche „Peanuts“ ändert er doch nicht seine Gesinnung! Nein, er war schon immer nicht nur ausführender Arm, sondern ein Teil des raffgierigen Monopolkapitals. Aber auch die Rolle der Grünen sollten wir nicht vergessen: Jetzt tun sie so, als ob sie den Widerstand gegen Kernkraftwerke anführen, aber wer ist denn seinerzeit mit dem sogenannten Atomkonsens über 32 Jahre Laufzeit der alten Anti- AKW-Bewegung in den Rücken gefallen und hat sie zerstört? Das waren doch die Grünen, in treuer Gefolgschaft zur SPD-Spitze um Schröder! Deswegen gilt auch hier: Nur der aktive Widerstand kann die menschenfeindlichen Pläne stoppen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Lieber René Hähnlein, auf unserer heutigen Montagsdemonstration wurde darüber berichtet, dass du seit dem 12. August in Haft bist. Wir erklären uns hiermit mit dir und deinen Mitstreitern solidarisch. Es ist ein Skandal, wie hier versucht wird, den berechtigten sozialen Protest zu kriminalisieren! Auch wir Bremer kämpfen seit sechs Jahren gegen die Hartz-Gesetze und werden diesen Kampf weiterführen, bis er gewonnen ist. Wir hoffen, dass die Ungeheuerlichkeit deiner Inhaftierung so breit bekannt wird, dass immer mehr Menschen auch in Coburg zur Montagsdemo kommen. Nur wer kämpft, kann gewinnen! In herzlicher Verbundenheit.

Solidaritätserklärung der Initiative Bremer Montagsdemo
(einstimmig beschlossen)

Welche Lohnarbeit ist nötig, um alle gleich daran zu beteiligen?

1. Zu meinem Bericht von letzter Woche über die von den „Sozialbehörden“ angeordnete Untersuchung, in deren Anschluss meiner Ehefrau „querulatorisches Verhalten“ vorgeworfen wurde, bleibt nachzutragen, dass einer Hausfrau, die keiner weiteren Tätigkeit nachgeht oder keine sonstigen Einnahmen hat, der Termin einer gerichtlich angeordneten **Untersuchung** mit zwölf Euro je Stunde vergütet werden muss. Für eine Verrentung oder eine gleichgestellte Verweisungstätigkeit, die auch gesundheitliche Einschränkungen berücksichtigen, spielt dieser angenommene „Lohn“ überhaupt keine Rolle mehr. Seltsam, aber so ist es.

Leider konnte ich einen Anwalt nicht davon überzeugen, hierzu im Rahmen von Prozesskostenhilfe für meine Frau vor das Bundessozialgericht zu ziehen. Sie ist mein Schmied, die zusätzlich noch Feinmechanikerin ist, dies aber im Moment nur Sonntags beim Zeitungsaustragen und bei der anschließenden möglichen Fahrradreparatur. 30 Jahre Hausfrau und Mutter, gelernte Reno-Gehilfin ohne Computerkenntnisse mit Förderungsanspruch Nullkommanull: Mit den jetzigen 3,45 Euro steht meine Frau ganz schön schlecht da!

2. Alle Jahre wieder das Gleiche: Die galoppierende Verelendung bezeichnet man lieber vorsichtiger als Armut, fordert noch einen Mindestlohn von zehn Euro und meint, die Welt (Deutschland) wäre wieder in Ordnung. Warum wird nicht endlich von diesen Spezialisten aus der Bremer Memorandum-Gruppe um Professor Rudolf Hickel nach der tatsächlich jährlich notwendigen **Lohnarbeit** gefragt, die erforderlich ist, damit alle 44 Millionen erwerbsfähigen Menschen in diesem Land mit einem gleichen Monatsstundenanteil daran beteiligt werden können? Scheut man sich davor, da man weiß, dass jeder Stundenlohn und auch der Mindestlohn von zehn Euro in diesem Moment verdoppelt werden müsste?

Da ist es doch viel einfacher, die zunehmende Armut und die Kürzungen durch die Regierung zu kritisieren! Nur wird das der Masse der von Verelendung bedrohten Menschen nicht so richtig helfen, denn es bleibt dadurch bei der Abkopplung vieler Arbeitnehmer(innen) von der Lohnarbeit. Aber zumindest bleibt man

ja hierdurch im System verankert - das schon fast 90 Prozent der Menschen in diesem Land in Frage stellen. Davon reden diese ganzen Spezialisten mit keinem Wort! Mindestens die finanziell Benachteiligten sollten solche Debatten als unzureichend ablehnen: Es sind ausschließlich Scheindebatten! Aus diesen Gründen halte ich es auch für wichtig, „Hartz-IV-Gemeinden“ zu gründen. Die Betroffenen müssen selbst aktiv werden, und wenn es erst einmal nur mit einer Unterschrift geschieht.

3. Nun erwägt die Regierung das Streichen von Alkohol und Tabak aus dem Hartz-IV-Regelsatz. 1.000 Euro für ’ne Flasche Schampus würde ich den Politikern sofort streichen! Auch die Mittel für eventuellen Kokainkonsum sollte man pauschal aus den Diäten herausrechnen. Den Theaterfreaks aus dieser feinen Gesellschaft sollte man zusätzlich die Subventionen für jeden Logenplatz streichen. Dass dieser Vorschlag wieder einmal aus der FDP kommt, muss nicht wundern. Mehr Netto von immer weniger Brutto funktioniert nun mal nicht! So muss man eben auf jede andere Weise versuchen, die **Regelsätze** herunterzubekommen und das „Lohnabstandsgebot“ zu wahren. Vielleicht muss man die Besuche im Fußballstadion oder Kino ebenfalls herausrechnen oder den öffentlichen Personennahverkehr? Aber ins Theater bräuchten diese Politiker wirklich nicht mehr, das veranstalten sie bereits selbst. Abwählen statt Nichtwählen! Für eine neue Gesellschaft!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Der kommende Aufstand: Konkrete Schritte zur Aufhebung der schlechten Verhältnisse in die Diskussion werfen *(„Indymedia“)*

Richter verweigern menschenwürdiges Existenzminimum noch immer

1. Mit einem grundlegenden Urteil gab das Sozialgericht Koblenz der Klage eines Arbeitslosen teilweise statt. Der Kläger hatte eine **Eingliederungsvereinbarung** unterschrieben, nach der er sich zur Bewerbung auf Stellenangebote verpflichtete. In zwei Fällen kam er dieser Verpflichtung jedoch nicht nach und erklärte, dass er krank geworden sei und nur einen kaputten Computer zur Verfügung gehabt habe. Daraufhin kürzte ihm die Arge das ALG II zweimal in Höhe von jeweils 30 Prozent monatlich. Das Sozialgericht beurteilte die Kürzung grundsätzlich als rechtmäßig, stellte jedoch fest, dass sie insgesamt nur einmal erfolgen dürfe. Ich finde es skandalös, dass die Richter den Einwand des Klägers, die Maßnahme sei allein deshalb rechtswidrig, weil er auf das Geld zur Sicherung seines Exis-

tenzminimums angewiesen sei, für unerheblich befanden. Es liegt doch auf der Hand, dass der Kläger auf dieses Geld angewiesen ist!

Mit diesem vermaledeiten Paragraphen 31 SGB II wird das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum systematisch verhindert, um ALG-II-Bezieher so weit runterzuknechten, dass sie nahezu willenlos werden. Davon abgesehen darf wohl eigentlich nicht behauptet werden, dass das ALG II bei Bewerbungsverweigerung einmalig gekürzt werden dürfe. Grundsätzlich darf es das nämlich gar nicht, sondern nur, wenn dazu eine Eingliederungsvereinbarung unterschrieben wurde, wie es hier leider vorgekommen ist. Ich finde, wir dürfen nicht vergessen, dass in dem Wort „Eingliederungsvereinbarung“ immerhin der Begriff „Vereinbarung“ vorkommt, was ja bedeutet, dass beide Parteien übereinkommend etwas miteinander beschließen, wofür sie eines Sinnes werden müssen. Das impliziert selbstverständlich, dass niemand dazu gezwungen werden kann, etwas zu unterschreiben, womit er nicht einverstanden ist. Weil auch ein Erwerbsloser immer noch ein Mensch mit Rechten ist, sollte sich jeder sehr genau überlegen, was er unterschreibt und notfalls den Entwurf mit nach Hause nehmen, um ihn mit jemandem zu besprechen und auch eigene Wünsche vertraglich festzulegen! (Aktenzeichen S16 AS 212/10)

2. Ein sich seit mehreren Jahren wegen Opiatabhängigkeit in Substitutionsbehandlung befindender Mann bezieht seit November 2007 durchgängig laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Weil er wegen seiner Erkrankung stark schwitze und seit Jahren kein Geld für **Bekleidung** habe aufwenden können, beantragte er die Bewilligung von Bekleidung. Der Antrag wurde abgelehnt, da der geltend gemachte Bedarf im maßgeblichen Regelsatz enthalten sei. Auch der hiergegen eingelegte Widerspruch, dass die Kleidung durch die mit der Substitutionsbehandlung verbundenen Nebenwirkungen wie Hyperhidrose stark verschleiße und schneller ersetzt werden müsse, wurde zurückgewiesen. Klar, im Regelsatz ist alles enthalten! Als ob die wahre Unzulänglichkeit des Regelsatzes nicht bekannt sei! Hiergegen erhob der Beschwerdeführer Klage beim Sozialgericht Chemnitz und wandte ein, dass er die stark verschleißende Kleidung mehrjährig verwenden müsse, weil er aus dem Regelsatz keinen Ersatz beschaffen könne und Unterwäsche, Socken oder Handtücher aus „zweiter Hand“ nicht zuzumuten seien.

Im eiskalten, kleinkariertesten Juristendeutsch ging es hin und her und her und hin, was ich hier nicht im Einzelnen zerpflückt wiedergeben möchte. Als unanfechtbarer Beschluss hat nun Bestand, dass es nach Auffassung des Senats *nicht* menschenunwürdig ist, gereinigte und von den genannten Trägern auf weitere Tauglichkeit geprüfte gebrauchte Unterwäsche, Socken und Handtücher zu

tragen beziehungsweise zu nutzen. Wie ist es denn mit den Zahnbürsten Verstorbener? Die brauchen ihre oralen Reinigungsgeräte ja nicht mehr! Sollen die jetzt auch in den Sammelstellen der Wohlfahrtsverbände gelagert und an Bedürftige verteilt werden? Was ist überhaupt mit deren Unterhosen? Es soll ja auch Menschen geben, die gebrauchte Damenunterwäsche kaufen und sich an deren betörendem Duft ergötzen! Nun mal Spaß und Sarkasmus bei Seite: Ich finde, dass dieses Urteil einen gewaltigen Rückschritt bedeutet, denn zu Zeiten der Sozialhilfe gab es meines Wissens stets einen Anspruch auf ladenneue Unterwäsche und Socken. Unter den Gesichtspunkten von Hygiene und Ekelfaktor ist das Ganze eine einzige Horrorvorstellung, die offenbar demütigen soll (Beschluss vom 11. August 2010, Aktenzeichen L7 SO 43/10 B ER)!

3. Letzte Woche Montag zeigte das Politmagazin „Fakt“ in einem sehenswerten Beitrag, auf welch absurde Weise in Hamburg Langzeitarbeitslose in einem „ Übungssupermarkt“ wieder „an die Arbeitswelt gewöhnt“ werden sollen. Bei diesem Einkaufsvergnügen der besonderen Art ist alles Simulation. Ein Bildungsträger hat ein „Real Life Shopping“ eingerichtet. Hier machen Hartz-IV-Bezieher keine Ausbildung, sondern sollen „aktiviert“ werden und in den Bereichen Lager, Logistik und Einzelhandel „fit“ gemacht werden, damit im Idealfall „hinten ein Arbeitsplatz bei einer Firma generiert“ werde. Die Teilnehmer sollen dazu „aktiviert“ und motiviert werden, morgens früh aufzustehen und so zu tun, als ob sie pünktlich zur Arbeit gehen. Mit Hilfe von Kunststoffeiern und leeren Schachteln sollen Arbeitsabläufe eingeübt werden. Es wird mit eigens hergestelltem Geld „eingekauft“. Dabei können die, die am härtesten in der Realität angekommen sind, beim Einkaufenspielen mal so richtig aus dem Vollen schöpfen, damit es nachher in der Übungskasse brummt! Was vorne verkauft wird, wird hinten wieder reingestellt. Der Nutzwert der Beschäftigungstherapie ist offensichtlich noch nicht bei jedem Maßnahmeträger angekommen.

Lagerist Maibaum räumt vorne Verkauftes hinten wieder rein. Alles wird hin- und hergeschoben. Auf die Frage des Reporters, was er hier Anwendbares für die Praxis lerne, antwortet er: „Nichts!“ Glücklich ist Herr Maibaum ganz offensichtlich nicht. Er erzählt, dass ihm diese „**Maßnahme**“ von der Arge aufgeschwatzt, ja aufgedrückt wurde. Die Zuschauer werden sogar Zeugen einer gespielten Straftat, als die Kassiererin an der Kasse einen Kunden, der „mit falscher Währung bezahlen“ möchte, freundlich auf diesen Tatbestand hinweist. Ob sich die Protagonisten bei diesem „Realitätsspiel“ wohl dezent auf den Arm genommen fühlen müssen, wenn die Kassiererin Falschgeld von Falschgeld unterscheiden lernen soll, frei nach dem Motto: „Äh, das ist Falschgeld, noch falscher als das andere Falschgeld“? Hätte die simulierte Kassiererin nicht die simulierte Polizei holen müssen? Muss ich noch erwähnen, dass der Bildungsträger 800 Euro pro Nase und pro Monat bekommt und dass 45 Teilnehmer sich hier als Dummies abqualifizieren lassen sollen? Das ist Verschwendung von Steuergeld pur! Jetzt wissen wir endlich, wie und womit wir in den sechs Monaten „Aktivierungsphase“ für

die Sklavenarbeit als gemeinnützige „Bürgerarbeiter“ vorbereitet werden. Vom simulierten Kaufmannsladen direkt zu Edeka? Wer sollte denn so einen Maßnahmeteilnehmer einstellen wollen? Der einzige „Sinn“ einer solchen Sinnlos-Tortur kann wohl nur sein, Hartz-IV-Betroffene systematisch zu zerstören und zu willfährigen Handlangern der Wirtschaft zu machen!

4. Brigitte Vallenthin, Sprecherin der „Hartz-IV-Plattform“, stellt gegenüber dem Informationsportal „Gegen Hartz“ fest, dass Ursula von der Leyen erneut gesteht, wie wenig sie von Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht hält, wenn sie das von den Verfassungsrichtern im Urteil vom 9. Februar 2010 eindeutig als „materielle Voraussetzungen“ bezeichnete „Grundrecht eines menschenwürdigen Existenzminimums“ schon jetzt auf Chipkarten-Almosen herunterrechnet. Obendrein missachte die Arbeitsministerin damit das als „unverfügbar“ festgeschriebene Grundrecht auf eine „eigenständige Bedeutung“ der „Würde jedes Einzelnen“. Die Bundesregierung hat vom Bundesverfassungsgericht den Auftrag bekommen, zur Ermittlung des Anspruchsumfangs alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen und ab 1. Januar 2011 neu festzulegen. Doch werden diese Zahlen voraussichtlich erst im Oktober dieses Jahres vorliegen.

Sozialgerichtstagsmitglied Rüdiger Böker errechnete auf Basis der alten EVS-Zahlen sowie sämtlicher sonstigen Vorgaben der Verfassungsrichter einen Hartz-IV-Bedarf von monatlich 631 Euro. In ihrem Buch „Ich bin dann mal Hartz IV“ kommt Brigitte Vallenthin zu einem ähnlichen Ergebnis. Bereits 2007 errechnete sie in ihrer Musterklage transparent und realitätsgerecht – nach marktrealer Kostenlage und nicht wie die Bundesregierung nach Kassenlage – einen menschenwürdigen Mindestbedarf von 674,23 Euro. Echtes Leben ist nämlich teuer! Daran können nicht die Erwerbslosen schuld sein. Die **Regelsätze** müssten also beinahe verdoppelt werden, sollte dem Anspruch des Bundesverfassungsgerichtes Genüge getan werden! Ich höre schon den Chor der Widersacher laut kreischen und das Lohnabstandsgebot anmahnen.

5. Ulrike Herrmann, Wirtschaftskorrespondentin der „Tageszeitung“, beschreibt, dass es offenbar ein Geheimnis bleiben soll, wie der Wohlstand in diesem, unserem Lande verteilt ist, wie ein Land einfach wegguckt! Denn nirgends wird eindeutig erfasst, über wie viel **Vermögen** und Einkommen die reichen Bundesbürger verfügen. Das ist natürlich kein Zufall. Dieser Datenmangel wird zudem geschickt kaschiert, denn regelmäßig erscheinen seriös anmutende Vermögensberichte. Sie scheinen es aber auch nur zu sein! Ebenso wie verhindert wird, dass die Reichen in Deutschland bezüglich ihrer Steuerhinterziehungen überprüft werden, soll nicht ans Tageslicht kommen, wie der Wohlstand verteilt ist. Eine solche Verteilungsdiskussion soll unbedingt vermieden werden. Nach dem akribischen „Weltreichtumsbericht“, den die US-Investmentbank Merrill Lynch und die Bera-

tungsfirma Capgemini jährlich erstellen, soll es 2009 in Deutschland 861.500 Millionäre gegeben haben, 2008 waren es angeblich nur 809.700. Das sieht auf den ersten Blick wie eine echte Statistik aus, bis bei der „Methodik“ die „Schätzungen“ ins Auge fallen, wo bei der sogenannten „Kurvenmethode“ nichts mehr seriös erscheint, weil alle „Berechnungen“ vollkommen andere Zahlen ergeben.

Selbst das Statistische Bundesamt, das in einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe fast 60.000 Haushalte befragt, hört bei Großverdienern mit über 18.000 Euro netto monatlich auf zu fragen. Tja, die Reichen zeigen eine gewisse Scheu, über ihr Einkommen und ihr Vermögen freiwillig Auskunft zu geben! Weil auch Spitzenverdiener Steuern zahlen müssen, müssten doch hier klare Zahlen zu ermitteln sein. Aber gerade Unternehmer, Selbständige und Freiberufler können sich leicht fürs Finanzamt arm rechnen. Auf diese Weise kommt dann ein so niedlicher Widerspruch zustande, dass zwar 52 Prozent der Deutschen zur Miete wohnen, bei den Finanzämtern jedoch kaum Mieteinnahmen versteuert werden, weil Mehrfamilienhäuser eigentlich nur Kosten verursachen können und keinerlei finanzielle Gewinne einbringen! Da die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben wird, haben die Finanzämter über das Gesamtvermögen der Reichen keine Übersicht mehr. In Deutschland gibt es einen Armuts- und Reichtumsbericht, der 226 eng beschriebene Seiten umfasst. Den Reichen werden hierin nur zehn Seiten gewidmet, wohingegen der gesamte Rest sich mit den Armen beschäftigt. Wer finanziell arm, also unten ist, wird von allen Seiten mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, muss alles offenlegen, wohingegen die Vermögenden im Dunkeln unerkannt und unertappt unter sich bleiben wollen. Klar ist das politisch so gewollt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der **Heiße Herbst** beginnt am **Mittwoch**, dem **8. September 2010**,
um **13 Uhr** mit einer **Großdemonstration** am
Burgplatz in **Braunschweig**.

Die **Bremer Montagsdemo** feiert am **Samstag**, dem **11. September 2010**,
in den **Neustadtswallanlagen** (am Südbad) in der Zeit von
15 bis **21 Uhr** ihr **Spätsommerfest**.

Gefasel von Recht und Gesetz: Bundespräsident und SPD-Vorsitzender
müssen eine *politische* Entscheidung gegen Volksverhetzung
treffen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Sarrazin gekippt: Wenn ein Bundesbanker auf der Bundespressekonferenz
ein Buch mit deutlich rechter Schlagseite vorstellt, kann er dies
kaum als Privatmann tun *(„Spiegel-Online“)*

Na bitte, geht doch...

...und ’n beten scheev hett Gott leev! *(Webcam Bankhaus Neelmeyer)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

294. Bremer Montagsdemo am 06. 09. 2010

Ab **Montag**, dem **13. September 20010**, ereignet sich **wöchentlich** um **18:59 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne.

„Jeden Tag im Monat zehn Prozent weniger essen und trinken“?

1. Aus aktuellem Anlass: Es werden immer noch die Erstattungen von Miete und Heizkosten nicht im vollem Umfang vorgenommen, leider wieder mit steigender Tendenz. Daher hier im Detail: Miete und Heizkosten wurden im SGB II umgetauft in „**Kosten der Unterkunft**“. Bei der Miete handelt es sich um die Bruttokaltmiete, das heißt Miete und Nebenkosten inklusive Wasser und Abwasser, jedoch ohne die Kosten der Warmwassererwärmung und ohne Strom. Diese Bruttokaltmiete erscheint in keinem Mietangebot! Ein Wohnungssuchender im Leistungsbezug muss daher viel Energie zur Wohnungssuche aufbringen. Außerdem ist angemessener Wohnraum in Bremen sehr knapp, und oftmals erfolgt die Vermietung über einen Makler.

Die Rahmenbedingungen für die Kosten der Unterkunft in Bremen stehen in einer Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II. Es gibt es auch in Kurzform, die naturgemäß unvollständig ist. Die Mietobergrenzen nach Feststellung der Sozialsenatorin stehen unter Position 5.2 und 5.3, aber nach der gefestigten Rechtsprechung des Sozialgerichts Bremen und des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen sind die Werte gemäß Wohngeldgesetz § 12, Mietstufe IV anzuwenden. Die Sozialsenatorin akzeptiert dies unter Position 5.6. In besonderen Fällen kann die angemessene Miete aber auch höher sein (Position 5.7). Die Kosten der Wohnungssuche bitte festhalten und die Übernahme vorher bei der Bagis beantragen. Der Nachweis der Kosten kann auch gleich als Nachweis für die umfängliche Su-

che genutzt werden, auch um den Antrag auf Übernahme der Maklerkosten zu begründen.

Bremen hat nun ein neues Gutachten zu den angemessenen Kosten der Unterkunft bestellt. Die Lieferung sollte im August erfolgen. Insofern sind wir an euren und Ihren Erfahrungen der Wohnungssuche interessiert und bitten um Mitteilung der aktuellen Erfahrungen! Die Bagis möchte vor der Anmietung gefragt werden. Auch dies muss nicht sein, aber die vorherige Frage sorgt für etwas mehr Sicherheit. Einer unakzeptable Ablehnung bitte schriftlich geben lassen, den Vermieter oder Makler um circa eine Woche Aufschub bitten und die Hilfe des Gerichts per einstweiligem Rechtsschutz beantragen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

In der Vergangenheit wurde nach heutiger Akzeptanz der Sozialsenatorin vielen Leistungsbeziehern zu wenig Miete (KdU) erstattet. Die Bagis soll von Amts wegen nachzahlen. Wer seine Miete nicht voll erstattet bekommt, kann unter Punkt 16 und in Anlage 4 nachlesen. Aber auch die dort genannten Fakten entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Daher muss, wer seine Miete nicht voll erstattet bekommt, einen Antrag nach § 44 SGB X auf Überprüfung die Kostenübernahme stellen. Dies geht vier Jahre rückwirkend bis zum 1. Januar 2006, auch wenn inzwischen die volle Miete erstattet wird und die Kürzungen damals erfolgten, aber bisher nicht nachgezahlt wurden. Die Stichtage für die erhöhten Werte sind einfach gegriffen und nicht durch Veränderungen des Wohnungsmarktes begründet und daher nicht gerichtsfest. Daher den Antrag stellen und bei einer Ablehnung oder nur teilweiser Nachzahlung die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

So weit ist das eigentlich nichts Neues. In der Verwaltungsanweisung steht nur, was die Bagis auf erstes Anfordern zahlt beziehungsweise zahlen sollte. Alles kann hinterfragt werden, auch mithilfe des Gerichts. Die Verwaltungsanweisung ist kein Gesetz! Die Heizkosten sind ein weiteres Ärgernis, denn selbst bei angemessenem Heizverhalten kann es zu Kürzungen kommen. Auch dagegen kann mensch sich wehren, siehe nachfolgenden Abschnitt. Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Die Hilfe des Gerichts kommt im normalen Klageverfahren meistens erst nach vielen Monaten zur Wirkung, nur im einstweiligen Rechtsschutz kommt sie prompt. Neu ist die Notwendigkeit, auch bei einem gekürzten Betrag, der unter zehn Prozent des Regelsatzes liegt, einstweiligen Rechtsschutz zu gewähren, das heißt umgehende Hilfe des Gerichts. Dies hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen am 24. Februar 2010 entschieden (Aktenzeichen L7 AS 1446/09 B ER). Nachstehend zitiert die Schlussabsätze:

> „3d) Entgegen der Auffassung des Antragsgegners hat der Antragsteller eine besondere Eilbedürftigkeit für die begehrte Regelung glaubhaft gemacht. Streitgegenstand sind hier **Leistungen zur existenziellen Sicherung**, die begrifflich im Zeitpunkt des aktuell auftretenden existen-

ziellen Bedarfs benötigt werden und somit nicht beliebig einer Nachholung nach dem späteren Ausgang des Hauptsacheverfahrens zugänglich sind. Aus diesem Grunde geht der Senat bei Grundsicherungsleistungen, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, in denen entweder Einkommen oder mögliche und zumutbare Hilfe durch Dritte feststellbar sind, grundsätzlich davon aus, dass in der Regel ein Anordnungsgrund besteht, ohne dass eine ausführliche Glaubhaftmachung erforderlich ist.

Es ist verwunderlich, wenn der Antragsgegner hervorhebt, dass im Eilverfahren eine Kürzung von Grundsicherungsleistungen um 20 Prozent bis zur Durchführung des Hauptsacheverfahrens anerkannt sei. Denn dies entspricht nicht der Rechtsprechung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen. Der erkennende Senat hat mehrfach hervorgehoben, dass es sich auch bei niedrigeren Beträgen, als sie in diesem Verfahren streitig sind, nicht mehr um Bagatellbeträge handelt. Diese Bewertung gebietet bereits der Charakter von Grundsicherungsleistungen als Sicherung des unbedingt notwendigen soziokulturellen Existenzminimums. Der verweigerte Rechtsschutz wird nicht dadurch plausibler und erträglicher, wenn – wie vorliegend das Sozialgericht im aufgehobenen Beschluss festgestellt hat – dem Antragsteller zugemutet wird, nicht an einer bestimmten Zahl von Tagen pro Monat nichts zu essen oder zu trinken, sondern an jedem Tag im Monat zehn Prozent weniger zu essen und zu trinken.

Spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 3/09 und 4/09; Pressemitteilung Nummer 5/10) wird dieser Begründung endgültig der Boden entzogen, zudem das SG dem Antragsteller nicht offenbart hat, wie er nach Durchführung des Hauptsacheverfahrens die ihm täglich für sechs Monate vorenthaltenen zehn Prozent an Essen und Trinken existenzsichernd nachholen soll. Artikel 1 Grundgesetz gewährleistet ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Das bedeutet nicht nur die Sicherung der physischen Existenz, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe an gesellschaftlichem, kulturellem und politischem Leben. Dieses Grundrecht ist dem Grunde nach unverfügbar und muss vom Grundsicherungsträger und notfalls durch die Rechtsschutz gewährenden Instanzen eingelöst werden. Daran hat sich das Sozialgericht nicht gehalten.

Es kommt hinzu, dass die Argumentation des Sozialgerichts vom Antragsteller nur als zynisch empfunden werden kann. Es geht hier ausschließlich um die das Sozialrechtsverhältnis zwischen den Beteiligten bestimmenden Kosten für Unterkunft und Heizung. Diese Aufwendungen stehen nicht zur Disposition des Antragstellers (wie zum Beispiel Ausgaben für Essen und Trinken), weil er entsprechende Beträge monatlich an den Vermieter beziehungsweise an den Stromlieferanten abfüh-

ren muss. Das Sozialgericht geht offenbar davon aus, dass ein über Art 1 Grundgesetz als Existenzminimum gewährleistetes Wohnen nur •ein Dach über den Kopf, bedeutet, nicht aber auch das Wohnen in Räumen mit einer angemessenen Raumtemperatur (so aber die Rechtsprechung des Senats: Beschluss vom 28. Mai 2009 – L7 AS 546/09 ER). Das Sozialgericht mutet faktisch dem Antragsteller zu, dass er im jetzigen Winter jeden Tag für ein paar Stunden in seiner Wohnung im Kalten sitzen soll, obwohl er die Abschläge ungekürzt an den Stromlieferanten in der Höhe abführen muss, als ob er in beheizten Räumen wohnen würde."

Der Kläger hatte 33,66 Euro an Heizkosten monatlich nicht erstattet bekommen. Fazit: Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über die Regelsatzhöhe hat klargemacht, wie sehr der Regelsatz heruntergebrochen wurde und dass keinerlei Spielraum vorhanden ist. Auch die Bagis erstattet Abschlagszahlungen an Energielieferanten, Vermieter und Wasserwerke teilweise nicht in voller Höhe. Wer hiervon betroffen ist, kann einen Widerspruch einlegen und die Hilfe des Gerichts im einstweiligem Rechtsschutzverfahren beantragen. Wenn der Bescheid bereits rechtskräftig ist, einen Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen und ebenfalls die Hilfe des Gerichts im einstweiligem Rechtsschutzverfahren beantragen. Natürlich ist der Antrag nach § 44 SGB X auch in allen anderen Notlagen möglich, nämlich immer, wenn der Bescheid rechtskräftig geworden ist und die Kürzung zukünftig oder laufend erfolgt. Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Die neu erstellten **Heizkostenspiegel** sind an die Verwaltungsanweisung angehängt. Dort sollen die Höchstwerte für die Heizungskosten ablesbar sein. Dem Mieter obliegt es, bei Überschreiten dieser Grenzwerte Argumente und Gründe für die Angemessenheit zu liefern. Die Entstehung des Heizkostenspiegels ist jedoch zu hinterfragen. Wie jede Statistik hat er sicher Unzulänglichkeiten, beispielsweise sind Dachgeschosswohnungen nicht extra ausgewiesen. Leider sind die einfachen Wohnungen nicht die am besten isolierten. Ich habe auch keine Ausführungen über die Berücksichtigung von Besonderheiten im Heizkostenspiegel gefunden. Solche Information steht aber den Gerichten zur Verfügung. Diese erweiterten Nachweise kosten in jedem Fall Zeit, in der Geld fehlt, wenn die Bagis sofort auf den aus ihrer Sicht angemessenen Betrag kürzt.

Daher Widerspruch einlegen und sofort die Kürzung für den Zahlbetrag und die Differenz für die laufenden Abschläge per einstweiligem Rechtsschutz einfordern. Wie dies geht? Wir gehen mit! Dies geht jetzt auch für kleine Beträge, siehe vorhergehenden Abschnitt. Die Entscheidung über die tatsächliche Angemessenheit kann dann ohne Geldnot erfolgen. Falls der Bagis erlaubt wird, auf sofortige Kürzung zu verzichten, kann das einstweilige Rechtsschutzverfahren entfallen, und dem Sozialgericht wird viel Arbeit erspart! Wer die Frist des Widerspruchs verpasst hat, stellt auch hier einen Antrag nach § 44 SGB X. Die Rahmenbedingungen sind die gleichen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Hier meine Wünsche an die **Verwaltung**:

1. Die Veröffentlichungen unter „Soziales Bremen“ entsprechen nicht den Vorgaben des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes. Wo steht zum Beispiel, dass diese Verwaltungsanweisung auch vom Sozialamt anzuwenden ist? Wo stehen die Ausführungsbestimmungen für die Ermessensspielräume? In welchem Abstand werden Änderungen eingearbeitet?
2. Die Möglichkeit nutzen, ALG-II-Bewilligungen auch für zwölf Monate vorzunehmen.
3. Vom Finanzamt lernen: Gerichtsentscheidungen auch für die anderen Leistungsempfänger anwenden, und zwar durch entsprechende Anmerkungen in den Bewilligungsbescheiden. Dann ist bereits der Widerspruch überflüssig.
4. Das Sozialgeheimnis besser schützen, zum Beispiel dem Leistungsempfänger nicht dauernd externe Bescheinigungen abverlangen, aus deren Notwendigkeit klar hervorgeht: Dies ist ein Leistungsempfänger!
5. Die Briefe der Bagis an die Kunden würden jedem Unternehmen die Kundschaft vergraulen, insbesondere bei Überzahlungen.
6. Äußerungen von Mitarbeitern wie „Sie liegen dem Staat auf der Tasche“, „Sie haben sich gut eingerichtet im Leistungsbezug“ und Ähnliches mit Sanktionen ahnden Dazu den Sanktionskatalog mit dem Personalrat erarbeiten.
7. Die Erreichbarkeit muss während der normalen Arbeitszeit auch außerhalb der Öffnungszeiten gewährleistet sein. Eine Vorsprache wegen akuten Geldmangels oder die Vorlage eine Mietangebotes können nicht auf drei Arbeitstage begrenzt werden. Die Verhinderung einer Vorsprache ohne Termin ist ein weiteres Unding!

Dies kann bei Bedarf fortgesetzt werden. Schon die Umsetzung der vorstehenden Vorschläge vermindert die Unzufriedenheit und sorgt somit für Entspannung vor den Schreibtischen. Geld wird trotzdem gespart: im Verwaltungsaufwand. Macht mit und gebt uns eure Erfahrungen frei und eure Wünsche! Der „Soziale Lebensbund“ macht jeden ersten **Dienstag** im Monat um **19 Uhr** im „Hibiduri“ (Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Thedinghauser Straße) eine Veranstaltung zur **Begleitung**: Reden wir über Begleitung zum Amt!

5. In Bremen sind nächstes Jahr **Wahlen**. Am 9. September 2010 tagt die „Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration“ um 14 Uhr im Siemenshochhaus an der Cotrescarpe 72. Auf der Tagesordnung erscheint kein Hinweis auf das bestellte Gutachten, das Thema steht aber über den Punkt Heizkosten drauf. Ich hoffen, dass diesmal ein wirkliches Gutachten erstellt wird und nicht wieder nur ein Bericht, noch dazu mit unrichtigen Annahmen und Unterstellungen. Mieten sind ein zentrales Thema! Wir werden keine Zwangsumzüge und kein Aushungern hinnehmen! Inzwischen dürfen Zuschauer offiziell teilnehmen. Daher last uns zuhören und bei Bedarf die Präsenz erhöhen!

Es wird auch über die Entwicklung der Ausgaben für Soziales beraten. Dabei wird gern übersehen, dass Bremen allein im Jahr 2005 durch die Einführung des

ALG II 60 Millionen Euro gespart hat! Als Unterstützer für Betroffene sind wir Motor zum Thema in Bürgerschaft, Deputationen und Öffentlichkeit. Wir machen Werbung für die Macht des Kreuzes auf dem Wahlzettel: einfach wegkreuzen! Darum jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei der Demo Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Doppel-Äff in der Zwickmühle: Darf man denn in diesem Land gar nicht mehr das Volk verhetzen? *(„Spiegel-Online“)*

Wahnvorstellungen eines Sauriers

Eine Debatte über Integration von Migrant(inn)en in unserer Gesellschaft könnte ja sinnvoll sein, wenn diese sachlich geführt und nicht auf von keinerlei Sachkenntnis getrübten Vorstellungen eines Herrn Sarrazin basieren würde. Nicht, dass unsere derzeitige Finanz- und Steuerpolitik – sowie die durch die Bankenkrise hervorgerufenen Hunderten von milliardenschweren steuerfinanzierten Rettungspaketen – unseren Staatshaushalt gefährden, nein: Es sollen laut Sarrazin imaginäre „Kopftuchmädchen“ sein, die unsere Staatskassen plündern.

Darüber hinaus mag die Bestimmung, welche Folgen von Aminosäuresequenzen welche vererbbaren Eigenschaften beinhalten, den Biologen vorbehalten bleiben. Herrn Sarrazins mangelndes Verständnis über biologische sowie sozioökonomische Zusammenhänge lassen zumindest Zweifel aufkommen, ob er von höheren Primaten abstammt und nicht eher in direkter Linie von Sauriern. Die sind jedenfalls ausgestorben – so wie Herrn Sarrazins Ansichten zum Aussterben verurteilt sind. Die Evolution selbst weiß nichts von solchen absurden Ideen, denn sie basiert auf Naturgesetzen und nicht auf den Wahnvorstellungen eines Sauriers.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Aber kaum ohne Goldenen Handschlag: Sarrazin verlässt die Bundesbank freiwillig *(„Spiegel-Online“)*

Ich kann diesen Faschingshitler nicht mehr sehen

1. Weil die Hartz-Gesetze so schwammig formuliert und Sachbearbeiter absichtlich oder aus Unwissenheit falsche Bescheide verschicken, muss oft vor Gericht um Hartz IV gestritten werden. Gleich in mehreren Prozessen, bei denen es um **Kosten der Unterkunft** und Vermögen ging, haben Sozialgerichte nun zugunsten von Arbeitslosengeld-II-Beziehern entschieden. Erhalten solche eine befristete Beschäftigung und ziehen währenddessen in eine neue und teurere Wohnung, muss die Arge nach einem Urteil des Bundessozialgerichts auch diese Unterkunftskosten grundsätzlich übernehmen.

In einer weiteren Entscheidung urteilte der Senat, dass die Arge ALG II nicht mit Blick auf ein erst in Jahren zu erwartendes Vermögen als Darlehen gewähren darf. Nur **Vermögen**, das sich voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten verwerten lasse, könne auf das Arbeitslosengeld II mindernd angerechnet werden, urteilte derselbe Senat. Auch könnte es sich für Langzeitarbeitslose lohnen, gegen die Anrechnung der Abwrackprämie als Einkommen auf Hartz-IV-Leistungen zu klagen. Die Arge Cottbus nahm in zwei Fällen wegen mangelnder Erfolgsaussicht ihre Sprungrevisionen zurück. Damit sind für den Hartz-IV-Bezieher günstige Urteile des Sozialgerichts Cottbus in Kraft, wonach die Abwrackprämie als zweckgebundene Einnahme gewertet wird, die nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. Wieder ein Beweis dafür, dass es sich immer lohnt, sich zu wehren, sich für sein Recht einzusetzen!

2. Langsam kann ich seinen Namen nicht mehr hören: den von Thilo Sarrazin! Eigentlich sind die Thesen, die er in seinem Buch und in einer Fülle von Interviews seit vergangener Woche ausbreitet, derart haarsträubend dämlich, dass sich eine sachliche Auseinandersetzung verbieten müsste. Es tut mir in der Seele weh, wenn gebetsmühlenartig der ganze gefährliche Schwachsinn – dass die Intelligenz und die Dummheit vererbbar seien und sich die angeblich überdurchschnittliche Fertilitätsrate der Dummen zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt habe –, so leicht und wie selbstverständlich überall heruntergeleiert wird. Die „Dummen“ gehören natürlich zu einem Großteil den Muslimen an, und alle sind selbst schuld, dass... Nein, verdammt, ich bete jetzt nicht auch noch mal diesen rassistischen Müll herunter, es wissen ja alle, wovon ich spreche! Wäre Sarrazin Mitglied der NPD, erführe er keinerlei Beachtung, aber er ist nun mal Parteigenosse der SPD und will das erstaunlicherweise immer noch bleiben.

Auch bekomme ich es richtig mit der Angst zu tun, wenn ich dem Rauschen im medialen Blätterwald lausche und hören muss, dass dieser **Hassprediger** nun mehr oder weniger offenen Zuspruch von etlichen Angehörigen der sogenannten Eliten bekommt und ihm auch der überwiegende Teil der Medien sekundiert. Aus den Löchern traut sich jetzt die ganze aufgewiegelte Volksmenge, die ihre menschenfeindlichen Haltungen bisher nur hinter vorgehaltener Hand am Stammtisch zu flüstern wagte. Hat der rechte Mob etwa schon die Meinungshoheit im deutschsprachigen Internet erlangt? Warum muss so ein Machwerk über auflagenstarke und leider viel beachtete Zeitungen wie den „Spiegel“ und die Gazette mit den vier Großbuchstaben oder in dieser obskuren Sendung „Hart aber fair“ derart verbreitet werden? Die Blattmacher scheinen genau zu wissen, dass inzwischen wieder Platz für die kalte neoliberale Menschenfeindlichkeit in Hülle und Fülle vorhanden ist.

Mit großem Entsetzen vernehme ich immer wieder auch den Zuspruch, den dieses Lebewesen erfährt, dass nämlich diese Thesen aufgestellt werden können müssen und dass er ja eigentlich Recht habe, sich das nur keiner sonst zu sagen traute, blablabla. Offenbar bemerkt jetzt sogar die SPD – beziehungsweise ein Teil von ihr – im zweiten Anlauf endlich, wie sie sich selbst mit einem solchen Mitglied schadet. Auch der Vorstand der Deutschen Bank horcht auf und überlegt, wie er sich von ihm trennen kann. Die Bevölkerung ist nach einer „Emnid“-Umfrage im Hinblick auf die beantragte Entlassung Sarrazins aus dem Bundesbank-Vorstand gespalten: 45 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, dass Bundespräsident Wulff die Entlassung unterschreibt, 41 Prozent lehnen dies jedoch ab. Der ehemalige Berliner Finanzsenator will sich jedenfalls nicht mit einem Rauswurf abfinden und droht damit, vor Gericht zu ziehen. Hat er noch nicht gelernt, dass es aus dem Wald so herausschallt, wie hineingerufen wurde?

Bezeichnete ich Herrn Sarrazin öffentlich als personifizierten Schlaganfall oder als graumelierten *Faschingshitler*, müsste ich mit einer Anzeige wegen Beleidigung rechnen. Darum mache ich das auch gar nicht! Aber für mich erweckt es den Anschein, als ob sich hier ein Täter zum armen, verkannten Opfer, gar zum Märtyrer hochstilisieren möchte. Auch „Blöd“ scheint dem Boulevard-Gen zu erliegen, indem es zu seiner Verteidigung titelte, solche Sätze müssten „noch gesagt werden dürfen“! Armer Thilo Sarrazin, sagt er doch nur stellvertretend für viele, was etliche in Deutschland denken, und soll dafür bestraft werden. Armer Thilo Sarrazin, wie ungerecht! Ein echtes Opfer eben. In der Antike wurde der Überbringer schlechter Nachrichten ermordet. Meint Herr Sarrazin, dass er mit seinem Ausschluss aus der SPD und dem Vorstand der Deutschen Bank gar ähnlich behandelt würde? Im Gegensatz zu uns fällt der vermutlich angehende Millionär weich gepolstert, wenn er entlassen und rausgeschmissen wird. Armes Deutschland! Ich möchte mich auch nicht dafür schämen, eine Deutsche zu sein, weil ich in diesem einen Punkt mit Herrn Sarrazin auf einer Stufe stehe!

3. Die deutsche Wirtschaft boomt, und auch das Geldvermögen der betuchten Bundesbürger wächst seit Mitte des vergangenen Jahres rasant. So liegt auch die Zahl der Millionärshaushalte auf einem neuen Rekordniveau: Sie stieg 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent auf 11,2 Millionen. Ekelhaft asozial, dank einer ebensolchen Politik! Weltweit verfügt nur knapp ein Prozent aller Haushalte über ein Vermögen von einer Million US-Dollar oder mehr, sie vereinen aber 38 Prozent des globalen Vermögens. Der Großteil der Deutschen sorgt sich zu Recht darum, dass der konjunkturelle Aufschwung an ihnen vorbeigeht.

Das schwarz-gelbe Gruselkabinett versucht nun, mit einem Haushaltsbegleitgesetz Handlungsfähigkeit zu beweisen, ohne allerdings dabei der eigenen Klientel allzu sehr auf den Schlips treten zu müssen. Wenn es mit 37 Prozent bei den Sozialausgaben die tiefsten Einschnitte des sogenannten Sparpakets gibt, dann lässt sich nur noch von einer regelrechten Kürzungsorgie an armen Menschen sprechen! Das Wort **Sparpaket** ist für das „Erwerbslosenforum“ ein „Euphemismus, der kaum noch zu toppen ist“. Weil die Betroffenen kein gespartes Geld übrig haben, bleibt ihnen stattdessen deutlich weniger auf dem Teller. Das Elterngeld, die Rentenversicherungsbeiträge und der Zuschlag vom Arbeitslosengeld I auf ALG II bei Hartz IV sollen einfach ersatzlos gestrichen werden. Zudem fallen zahlreiche dringend notwendige berufliche Weiterbildungen weg. Bei Wohngeldbeziehern wird der Heizkostenzuschuss gestrichen. Die Bundesregierung zeigt ihre unsoziale neoliberale Fratze!

So hoffe ich, dass sich „neben dem angekündigten „heißen Herbst“ der Gewerkschaften Bundesregierung und die sie unterstützenden Profiteure der Wirtschaftskrise dafür nun auf Widerstandsformen des zivilen Ungehorsams einrichten lernen müssen, die sie so noch nicht kennen. Am **10. Oktober 2010** wird es eine bundesweite „andere“ **Demonstration** von Erwerbslosen mit **Krach schlagen statt Kohldampf schieben** im niedersächsischen **Oldenburg** geben. Das Ziel ist es, gesellschaftlichen Druck auf die völlig unzureichenden Hartz-IV-Eckregelsätze zu machen, wo allein für die Ernährung monatlich 80 Euro fehlen.

Für den **18. Oktober 2010** ruft das „Erwerbslosenforum Deutschland“ dazu auf, sich an den Aktionen der „Gruppe Georg Büchner“ in **Frankfurt** am Main zu beteiligen. Dort soll mit vielfältigen **Aktionen** ein Knotenpunkt der Finanzwelt blockiert werden. Es ist ein Anfang, weil diese Sparorgie nach dem Rasenmäherprinzip so nicht hingenommen werde kann. Forumssprecher Martin Behrsing verlangte, dass die Reichen für die Folgen ihrer Krise selbst bezahlen und nicht unter dem Deckmantel der „Systemrelevanz“ auf Kosten der Erwerbslosen profitabel unterstützt werden. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ fordert unter anderem endlich eine Besteuerung der Topverdiener, wie sie im Durchschnitt der westlichen OECD-Länder durchgeführt wird.

4. Offenbar wird in der Bundesregierung erwogen, Ausgaben für Alkohol und Tabak künftig grundsätzlich nicht mehr für die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze heranzuziehen. Zu einer endgültigen Entscheidung soll es erst kommen, wenn

die Auswertung der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliege. Zu allem Überfluss hatte die reizende FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger die Frage aufgeworfen, „ob alles, was derzeit zum Grundbedarf gehört, tatsächlich Grundbedarf ist“. Sie will wohl nicht wahrnehmen, dass die tatsächlichen Lebenskosten auf keinen Fall mit dem derzeitigen **Regelsatz** abgedeckt werden können, der mindestens zwischen 600 und 700 Euro liegen muss! Die neuen Regelsätze sollen wahrscheinlich so „berechnet“ werden, dass die untersten Löhne nicht steigen müssten. Also wird hier und da noch ein bisschen gestrichen, damit nur geringfügig mehr gezahlt wird oder wie durch ein Wunder wieder der gleiche Satz herauskommt.

Für manche Menschen ist die Zigarette die einzige Beruhigungspille, die sie beim Vegetieren mit Hartz IV noch haben, und außerdem dämpft sie den Hunger. Oder müssen alle Nichttrinker und Nichtraucher vielleicht noch das Geld zurückgeben, was sie in den letzten Jahren *nicht* für Alkohol und Zigaretten ausgegeben haben, obwohl es doch zweckgebunden eben nur dafür vorgesehen war? Diese Bande schreckt vor nichts zurück! Wenn ich daran denke, dass monatlich lachhafte 11,90 Euro für Tabak und Alkohol vorgesehen sind, um die hier so ein Zirkus gemacht wird, und zudem 1980 der Regelsatz für Einzelpersonen zum Lebensunterhalt bei der Sozialhilfe 600 DM betrug, während heute, im Jahre 2010, nur 359 Euro, also rund 718 DM ausgezahlt werden, dann gab es in dieser Zeitspanne von 30 Jahren auf der einen Seite eine Steigerung von sagenhaften 118 DM, während sich auf der anderen Seite – nicht zuletzt durch die Einführung des Teuro, die noch mal eine Verdoppelung mancher Kosten nach sich zog – die Lebenshaltung um ein Vielfaches verteuert hat. Diese Regierung soll sich was schämen! Aber Werte wie Moral, Anstand, Mitgefühl und Gerechtigkeit sind hier wahrscheinlich an der falschen Adresse.

5. Die Bundeskanzlerin meldet sich zu Wort und befindet, es sei nicht einsehbar, **Pflegekräfte** aus Osteuropa kommen zu lassen, wenn es in Deutschland 2,2 Millionen arbeitsfähige Transferempfänger gibt. Demnach sollen Hartz-IV-Bezieher künftig als Pfleger eingesetzt werden, weil sich der Fachkräftemangel nicht allein durch Zuwanderung beheben lasse. Nach Meinung von Experten wird die Nachfrage nach Pflegekräften künftig nicht nur wegen der Alterung der Gesellschaft steigen. Auch das Aussetzen des Zivildienstes werde den Personalmangel in der Pflege weiter verstärken, wobei sich die Zivis kaum als Fachkräfte bezeichnen lassen! Mit ihnen fallen die billigen Arbeitskräfte weg, für die nun ALG-II-Bezieher in die Bresche springen sollen.

Pflegedienst ist in der Tat nichts für jeden. Ich denke dabei nicht nur an den körperlichen Verschleiß und die damit verbundenen Beeinträchtigungen, sondern auch daran, wie unerträglich es sowohl für die Pflegenden als auch für die zu betreuenden Menschen wird, wenn diese Arbeit unfreiwillig und widerwillig verrichtet wird! Unfreundlichkeit, Schlampigkeit, Brutalität und was nicht noch alles sind dann wohl zu erwarten. Es ist außerdem eine Frechheit, Erwerbslose und Pflege-

bedürftige ausbaden lassen zu wollen, was die Politik vermurkst hat! Wenn Pflegeberufe gut bezahlt und die Dienste verändert würden, wenn Hilfsmittel (etwa zum Heben) überall verfügbar wären, dann könnte der Pflegedienst auch wieder attraktiv für Jugendliche werden! Es spricht nichts dagegen, Hartz-IV-Beziehern ordentliche Arbeitsverhältnisse, die anständig bezahlt werden, auch im Pflegebereich *anzubieten* statt aufzuzwingen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Schluss mit Bagatellkündigungen: „Emmely“ will zur Weltfrauenkonferenz nach Venezuela *(„Bild“-Zeitung)*

Rente mit 60 ist nötig und möglich!

Ich möchte über meine Erfahrungen mit der Rente berichten. Seit einem Bandscheibenvorfall im letzten Jahr kann ich nach 35 Jahren nicht mehr in meinem Beruf als Drucker arbeiten. Mit meinem Antrag auf Reha beim Rentenversicherungsträger begann eine wahre Odyssee.

- Zuerst musste ich um die Anerkennung der Berufsunfähigkeit kämpfen. Dann wurde mein Antrag auf eine Umschulung wegen meines Alters abgelehnt, obwohl ich noch über zehn Jahre arbeiten muss. Dagegen habe ich eine Klage vor dem Sozialgericht eingereicht. Ich berufe mich auf das „Benachteiligungsverbot“ im § 19a SGB IV. Danach gilt: „Bei der Beanspruchung von Leistungen ... der beruflichen Weiterbildung, der Umschulung ... darf niemand aufgrund seines Alters ... benachteiligt werden.“
- Der Antrag auf Rehabilitation wurde inzwischen ohne meine Zustimmung einfach in einen Rentenantrag umgewandelt. Wenn die medizinische Reha nicht erfolgreich endet, kann dies automatisch vorgenommen werden. Das ist rechtsgültig, aber kein Mensch weiß es, wenn er eine Reha-Maßnahme beantragt. Letzte Woche habe ich den Bescheid über die Teil-Erwerbsrente erhalten, sage und schreibe 276,88 Euro. Sie ist auch deshalb so niedrig, weil bei einer vorzeitigen Rente sofort 3,6 Prozent pro Jahr abgezogen werden. Diese Kürzung der Erwerbsminderungsrente ist aber in meinem Fall unzulässig, denn das Bundessozialgericht hat in seinem Urteil vom 16. Mai 2004 Rentenabschläge vor dem 60. Lebensjahr als gesetz- und grundrechtswidrig abgelehnt. Deshalb habe ich sofort Widerspruch eingelegt.
- Der nächste Tiefschlag war die Kürzung meiner Witwerrente um 40 Euro. Es wurde einfach ignoriert, dass ich durch das Krankengeld seit einem Jahr nur 80 Prozent meines früheren Lohns bekomme. Die Rentenversicherungsanstalt hat einfach die Rechtslage ausgehebelt, denn nach § 18 SGB IV müssen „Minderungen berücksichtigt werden, wenn das laufende Einkommen um we-

nigstens zehn Prozent geringer ist.“ Nach meinem zweifachen Widerspruch kam letzte Woche ohne Kommentar ein neuer Bescheid: Plötzlich erhalte ich über 70 Euro mehr und eine Nachzahlung. Ein kleiner Erfolg, der zeigt, dass es sich lohnt, sich zu wehren!

Meine Odyssee ist eine Erfahrung, die Millionen Rentner machen. Um die Rente zu kürzen, werden sogar bestehende Gesetze gebrochen. Aber das muss kein Schicksal sein: Jede(r) sollte alle Bescheide kritisch unter die Lupe nehmen, seine Rechte kennen lernen und sich mit anderen Betroffenen und Fachleuten beraten. Die Montagsdemo hilft euch dabei! Wir sind eine solidarische Gemeinschaft zur gegenseitigen Unterstützung.

Aber wir klagen nicht nur für unsere Rechte, wir kämpfen für eine menschenwürdige Gesellschaft! Die Altersarmut wächst rasant. Die Hälfte aller Rentner(innen) bekommt heute schon keine volle Rente mehr, weil das tatsächliche Eintrittsalter bei 60,7 Jahren liegt. Wer 35 Jahre lang im Schnitt 1.500 Euro brutto verdient hat, bekommt eine Rente von 657 Euro. Deshalb sind heute schon fast eine Million Rentner(innen) über 65 Jahren gezwungen, ihre Armutsrente durch billige Lohnarbeit aufzubessern.

Die Pläne des Kapitals und der Regierung zur Erhöhung des Eintrittalters auf 70 ist ein reines Rentenkürzungsprogramm. Das Argument, die gesetzliche Rente sei wegen der Altersstruktur der Gesellschaft nicht finanzierbar, ist eine bewusste Irreführung. Das „Loch in der Rentenkasse“ hat vor allem zwei Gründe: Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Unterbeschäftigung haben stark zugenommen – und die Kapitalisten haben sich Stück für Stück aus der „Parität“ verabschiedet. Ihr Beitrag zur Rentenversicherung wurde eingefroren, jede Erhöhung bezahlen die Beschäftigten. Jedes Prozent mehr würde ihre Profite um neun Milliarden Euro schmälern, das wollen sie natürlich nicht.

Die Großunternehmen tragen heute nur noch mit zehn Prozent zum Steuereinkommen bei, vor 20 Jahren waren es noch 20 Prozent. Durch die sprunghaft gestiegene Produktivität in der Gesellschaft wäre es längst möglich, auch den Rentner(inne)n einen menschenwürdigen Lebensabend zu garantieren. Deshalb sollten wir auch dafür kämpfen, das Rentenalter zu senken – für Frauen auf 55, für Männer auf 60 Jahre, natürlich ohne Kürzungen – und eine staatliche Mindestrente durchzusetzen, die unabhängig ist von der ausgeübten Berufstätigkeit und bei 1.000 Euro liegt!

Harald Braun

Husten statt heizen?

Heute war ich bei meinen Hausarzt. Der stellte fest, dass die Schraube, an der die Metallplatte in meinem linken Fuß befestigt ist, fast schon zur Haut hinauskommt und daher entfernt werden muss. Daher kommen wohl auch die gesundheitlichen Probleme, über die ich in den letzten Wochen berichtet habe. Seit meinem Fußgelenkbruch im Januar kann ich noch nicht wieder gut laufen, und das Bein schwillt immer dick an. Jetzt habe ich einen Termin zur Herausnahme der Platte am Freitag, den 10. September 2010 um 10:30 Uhr. Erst sagte mir eine Mitarbeiterin von Krankenhaus „Links der Weser“, dass ein vorstationäres Röntgen nicht möglich sei, da die Kosten dafür nicht übernommen würden, wenn ich keine Überweisung fürs Krankenhaus vorlegen könne. Mein Arzt erklärte mir wiederum, ich hätte solch eine Überweisung.

Am 2. September 2010 war der Hausmeister der „Gewoba“ da und erklärte mir, dass ich die einzige Mieterin sei, die Probleme mit Schimmel habe. Ich hätte nicht gut gelüftet. In der Nachbarschaft erfuhr ich allerdings, dass die „Gewoba“ vor 20 Jahren einen zweiten Stock zusätzlich aufs Haus draufgebaut hat. Damals regnete es stark, als das Haus ohne Dach war. Die Außenmauern waren durchnässt, und das Wasser ging bis in den Keller hinein. Ich erfuhr, dass es auch in anderen „Gewoba“-Wohnungen im Haus Schimmel gibt, was auch schon dem Gesundheitsamt gemeldet war. Die Gesellschaft erklärte, die Mieter, die dem Gesundheitsamt Schimmelprobleme meldeten, seien „unseriös“. Jetzt kommt am 9. September 2010 zwischen 11 und 12 Uhr der Malermeister, um ein Mittel gegen den Pilz aufzubringen. Das soll 24 Stunden einwirken, aber ob das den Schimmel wirksam bekämpft, steht auf einem anderen Blatt. Kommt der Schimmel von feuchten Außenwänden, müsste hier konkret etwas von der „Gewoba“ unternommen werden, um dem entgegenzuwirken.

Wohlgemerkt: Lüften allein reicht nicht aus, um Schimmel wirksam zu bekämpfen. Es wäre Aufgabe der „Gewoba“, etwas Wirksames gegen den Schimmel zu unternehmen, da sich dieser sehr gesundheitsschädigend auf die Menschen auswirkt. Bei mir war es bisher immer so, dass ich den ganzen Winter über Bronchitis hatte. Als ich jetzt von 5. Januar bis zum 26. Mai 2010 nicht in meiner Wohnung war, hatte ich kein einziges Mal Bronchitis! Sind Wohnungen in Ordnung, ist Lüften und gutes Heizen bis 21 Grad Zimmertemperatur wichtig, um Bildung von Schimmel zu verhindern, sonst wird er zur Gefahr für die Gesundheit, wenn er sich in der Wohnung festsetzen kann. Dass die Regierung jetzt beschlossen hat, die Heizkostenpauschale für Wohngeldbezieher zu streichen, ist nicht hilfreich, um die Wohnungen im Winter ausreichend zu beheizen und Schimmel-

bildung zu verhindern. Sollen Menschen hier erfrieren oder Hunger leiden, weil sie kein Geld zum Heizen haben und versuchen, weniger Geld für Lebensmittel auszugeben, da sie Heizkosten bezahlen müssen? Diese Politik bedeutet massiven Sozialabbau. Dagegen gehört Widerstand geleistet!

Bettina Fenzel (parteilos)

Hetzen als Ablenkung vom Kürzen

Man kann den Namen Sarrazin bald nicht mehr hören. Aber was hier abgeht, hat Methode: Nicht nur, dass hier ein Rassist übelster Sorte gegen Migranten hetzt. Der eigentliche Skandal ist, welcher Raum ihm dafür geboten wird, als Talkshow-Gast bei Beckmann und „Hart aber fair“, als Star der Bundespressekonferenz. Dazu gibt es jeden Tag eine „Bild“-Kampagne mit dümmlichen Hetztiraden. Angeblich wird „dem Volk aufs Maul geschaut“, wenn Sprüchen wie „Darf man die Wahrheit nicht mehr sagen?“ geklopft werden. Gesteuert und bewusst kalkuliert wird hier versucht, „Volkes Stimme“ zu manipulieren. Heute ist dann zu lesen, 18 Prozent würden eine Sarrazin-Partei wählen, und die SPD hätte größte Probleme, wenn sie ihn ausschließt. Diese ganze Geschichte geht nicht einfach von Sarrazin aus, sonst gäbe es nicht solch einen Rummel!

Dahin steckt mehr: ein Manöver zur Verdeckung der begonnenen umfassenden Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung. Da braucht man mal wieder einen „Schuldigen“, da muss abgelenkt werden von den Banken, Konzernen und dem ganzen Spekulantenpack, das die Krise verursacht hat und wofür wir jetzt bluten sollen. Dazu passt auch, dass das Bundesverfassungsgericht der faschistischen NPD am Samstag eine Kundgebung in Dortmund erlaubt hat. Aber 10.000 Antifaschisten ließen das nicht zu und verkündeten: „Diese Stadt ist unsere Stadt! Kein Fußbreit den Faschisten!“ Es wird denen da oben nicht gelingen, wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 einen nennenswerten Teil des Protests und des Widerstands gegen den Angriff auf die Soziallage in eine *braune Soße* zu verwandeln. Der Widerstand von unten gegen die da oben steht links! Das gilt gerade für unsere Jugend.

Wir lassen uns nicht ablenken durch solche Manöver wie mit Sarrazin. Wir haben nicht vergessen, was er in der Vergangenheit schon alles von sich gegeben hat, angefangen von seinem Kochbuch für Hartz-IV- Empfänger, worin er in übelster Weise hetzte, der Regelsatz würde locker reichen, wenn die Arbeitslosen nicht so viel söffen und rauchten, über seine Forderung, Wohngeld und Heizkostenerstattung zu kürzen, weil man auch zwei Pullover übereinander anziehen

könne, bis hin zu den sattsam bekannten „Erklärungen“, Deutschland würde dümmer, weil die türkischen und arabischen Immigranten so dumm seien und so viele Kinder bekämen. Dieser Mann gehört wegen Volksverhetzung hinter Gitter – und alle, die ihm so großzügig Raum bieten für seine Hetze, gleich mit!

Am **16. Oktober 2010** gibt es nach der bundesweiten **Herbstdemo** ein großes internationales **Kulturfest** in **Berlin**, zu dem neben der MLPD zahlreiche Migrantenorganisationen sowie revolutionäre Parteien aus aller Welt einladen. Dort wird sich zeigen, welche kulturelle Bereicherung es ist, wenn Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen ihr Bestes zeigen! Was Abwälzung der Krisenlasten heißt, kann man in Griechenland sehen, wo der Lebensstandard der Bevölkerung rapide gesunken ist. Hierzulande will die Regierung die Arbeitslosen für Gesundheit zur Kasse bitten: ALG-I-Empfänger sollen in Zukunft die volle Zuzahlung bei Medikamente leisten müssen. Es gibt immer weniger zuzahlungsfreie Arzneimittel, ihre Zahl ist von 30.000 auf unter 5.000 gesunken.

Und noch etwas, wovon die Regierung gern ablenken will: Sie hat jetzt beschlossen, die **AKW-Laufzeiten** um durchschnittlich zwölf Jahre zu verlängern: die alten Schrottreaktoren um acht, die neueren um 14 Jahre. Für EON und RWE ist das ein Milliardengeschäft: In dieser Zeit werden sie circa 150 Milliarden Euro Extraprofite machen, denn die alten Atomkraftwerke sind längst abgeschrieben, und für die Entsorgung und Endlagerung kommt großzügig der Steuerzahler auf. Dafür sollen sie lächerliche 2,3 Milliarden pro Jahr abführen, aber nur sechs Jahre lang, also insgesamt knapp 14 Milliarden. Kein schlechtes Geschäft! Das zeigt, dass die Merkel/Westerwelle-Regierung mit Haut und Haaren eine Regierung des Monopolkapitals ist. Damit dürfen sie nicht durchkommen! Zur **Demonstration** am **18. September 2010** fahren **Busse** um **7:30 Uhr** ab **ZOB**. Die Fahrt kostet 25 Euro. Ruft vorher beim BUND an, damit geplant werden kann!

In ganz Europa nehmen die Kämpfe wieder rasant zu, und wir bewegen uns auf einen heißen Herbst zu. Über 100.000 Franzosen demonstrierten am Samstag gegen Sarkozys menschenverachtende Roma-Abschiebungspolitik. In zahlreichen Städten versammelten sich deswegen Demonstranten vor den französischen Botschaften. Am Freitag waren circa 65.000 Stuttgarter gegen das Bahnhofsbauprojekt „S21“ auf der Straße. Die Veranstalter sprachen sogar von 100.000 Teilnehmern. Viel Applaus für die Aussage „Wir lassen uns nicht über den Runden Tisch ziehen“. Heute will Oberbürgermeister Schuster auf Montagsdemo sprechen. Demonstranten fordern: Erst Baustopp – dann Gespräche! Aktiver Widerstand ist etwas, was wir überall lernen müssen. Die bundesweite Herbstdemo am 16. Oktober in Berlin wird deshalb eine ganz wichtige Bedeutung haben, alle Kräfte des Widerstandes zu bündeln!

Wolfgang Lange (MLPD)

Bankrott droht noch vor Monatsende: Hypo Real Estate braucht mal eben einen Hartz-IV-Jahreshaushalt zusätzlich *(„Spiegel-Online“)*

Bedingungsloses Grundeinkommen – weniger geht überhaupt nicht!

1. Hallo Gesine Lötsch! Vielleicht sollte man mal bei „Emnid“ nachfragen, wie festgestellt wird, ob es tatsächlich Anhänger der Partei „Die Linke“ waren, die zu 29 Prozent eine „Sarrazin-Partei“ wählen würden. Wenn das zuträfe, wäre es eine ziemliche Bankrotterklärung für die Partei „Die Linke“! In meinen Augen ist es allerhöchste Eisenbahn, dass man endlich eine Forderung aufstellt, mit der man wirklich alle Menschen in diesem Land mitnehmen kann: Das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen mit der gerechten Verteilung der tatsächlich benötigten Lohnarbeitsstunden könnte die Spaltung der Menschen überwinden helfen.

In Ergänzung oder Kombination mit dem „4-in-1“-Modell von Frigga Haug wäre das die wirklich neue soziale Idee. Weniger geht überhaupt nicht! Weniger kaufen euch die Menschen nicht mehr als Problemlösung ab, ich selbst auch nicht, obwohl ich niemals eine Sarrazin-Partei wählen würde. Orientiert euch gefälligst an der Basis und beginnt bloß nicht damit, wie die anderen Mandatsträger(innen) der bürgerlichen Parteien über den Wolken zu schweben! Ansonsten dürfte sich zumindest im Westen die Partei „Die Linke“ ganz schnell selbst erledigen. Mit freundlichen Grüßen. –

Auf diesen Brief erhielt ich folgende Antwort aus dem Büro von Gesine Lötsch: „Sehr geehrter Herr Wege, vielen Dank für Ihre Nachricht. In der Tat ist Ihr Vorschlag überlegenswert und wird in der Linken heiß diskutiert. Es wäre jedoch zu einfach, die Zustimmung für Sarrazin allein auf soziale Gründe, Spaltung et cetera zurückzuführen. Viele Menschen, die von Hartz IV leben, teilen nicht die menschenverachtenden Äußerung von Sarrazin. Auch glaube ich nicht, dass 30 Prozent der Linken-Anhänger für eine solche Partei sind. Sarrazin vertritt Positionen, die unvereinbar mit unseren Zielen und Überzeugungen sind. Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag N. Wolf“

2. Stefan Wolf, Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen“, nennt in einem Aufsatz Argumente, warum „Die Linke“ das bedingungslose Grundeinkommen im Parteiprogramm verankern sollte. Hierzu kommentiert ein Herr Lindlacher ziemlich kurz und bündig: „Grundlage unserer Politik muss das sein, was richtig ist, und nicht die Meinung von Mitgliedern, die bei Umfragen ermittelt werden.“ Jetzt kann man natürlich sofort die Gegenfrage stellen: „Warum soll eine Mehrheitsmeinung aus der Basis einer Partei denn falscher sein, als die Mei-

nungen von wenigen, die vielleicht anderer Meinung sind, und weshalb sollten die Meinungen der wenigen denn wohl richtiger sein?“

Dass der Mensch arbeiten sollte, um zu leben, und es sogar muss, um überhaupt in dieser Gesellschaft überleben zu können und anerkannt zu werden, dürfte doch unbestritten sein. Arbeiten mussten die Menschen schon vor Tausenden von Jahren als Jäger und Sammler. Ob es aber gerade profitorientierte Lohnarbeit sein muss – genau diese Form der Arbeit meinen die Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommen ja immer –, das dürfte doch äußerst fraglich sein. Ich selbst bin der Meinung, dass man die Menschen an jeder Form der notwendigen Arbeit für eine Gesellschaft gerecht beteiligen sollte und jedem Menschen auch die Chance hierfür eröffnen muss.

Es darf den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens auf keinen Fall darauf ankommen, einen größeren Teil unserer Gesellschaft von der derzeitigen Lohnarbeit einfach abzukoppeln und die Menschen mit einem Grundeinkommen abzuspeisen. Das bedeutete kaum eine Verbesserung für all diejenigen Menschen, die derzeit resignieren und zum Teil depressiv werden, da sie sich nutzlos vorkommen. Dagegen dürfte auch kein höheres Grundeinkommen helfen, denn nicht jeder Mensch vermag sich selbst zu beschäftigen. Letztlich muss es auf die gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeitensstunden ankommen, wobei alle Arbeiten auch gleichberechtigt gewürdigt werden müssen. Es muss als Ziel angestrebt werden, die profitorientierte Lohnarbeit zu überwinden, da sie die Hauptursache für die Zerstörung der Natur und damit für die Beeinträchtigung eines lebenswerten Dasein zukünftiger Generationen auf der ganzen Erde ist.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

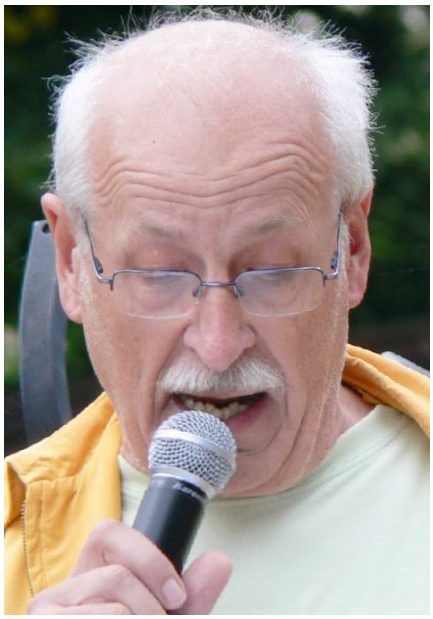
Die „Prinzipien der Montagsdemonstrationen“ sollten unter Punkt 2 wie folgt ergänzt werden: Wir unterstützen zusätzlich jeglichen Kampf anderer Organisationen gegen diese asoziale Politik, sofern er auf antifaschistischer und antirassistischer Grundlage erfolgt. Eventuelle spalterische Versuche anderer Organisatoren lehnen wir ab, unterstützen aber solidarisch die betroffenen Menschen. Auch die Veröffentlichung von Demos und Aktionen anderer Organisationen auf der Internet-Seite der bundesweiten Montagsdemo erfolgt daher immer solidarisch und im Sinne der betroffenen Menschen.

Antrag der Initiative Bremer Montagsdemo für die nächste Delegiertenversammlung der bundesweiten Montagsdemo (einstimmig beschlossen)

Die **Bremer Montagsdemo** feiert am **Samstag**, dem **11. September 2010**, in den **Neustadtswallanlagen** (am Südbad) in der Zeit von **15** bis **21 Uhr** ihr **Spätsommerfest**.

295. Bremer Montagsdemo am 13. 09. 2010

Schaffen Sie endlich Voraussetzungen für menschenwürdiges Leben!



Diesen Ball gebe ich gerne zurück, Herr Söder! In der „Anne-Will“-Talkshow haben Sie behauptet, dass die Menschen sich immer erst hinterher aufregen, wenn schon alles beschlossen ist. In meinen Augen zeigt das nun wirklich, wie weit sich die Politiker vom Bürger entfernt haben! Ausnahmen gibt es auch hier: Die Montagsdemo macht euch Politiker seit sechs Jahren auf die Missstände, die in unserem Lande herrschen, aufmerksam. Die Frage ist nun: Wer nimmt wen nicht ernst? Sie von der Politik reagieren nicht einmal nach sechs Jahren! Bitte reden Sie sich nicht raus, wir seien doch nur Querulanten oder nur eine Minderheit. Wenn Sie wirklich Interesse an uns Bürgern haben, dann handeln Sie endlich! Schaffen Sie endlich die richtigen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben!

Das heißt vor allem: faire Arbeit, fairer Lohn. Ich habe schon des Öfteren darauf aufmerksam gemacht, dass die Montagsdemo einst in den Geschichtsbüchern stehen wird, den sozialen Frieden gerettet zu haben. Was geschähe denn, wenn diese Initiative nicht wäre? Die Unruhe, die Unzufriedenheit würde euch Politikern gar nicht bekannt werden! Ihr würdet gar nicht dahinter kommen, was in unserem Lande nicht mehr in Ordnung ist. Auch die übrige Bevölkerung bekäme es leider nicht mit. Jetzt solltet ihr von der Politik euch mal wirklich fragen, ob ihr uns Bürger überhaupt ernst nehmt! Wenn nicht, gibt es nur ein Mittel: Die nächste Wahl kommt bestimmt! Solche Aussagen wie von Herrn Söder haben sich dann erledigt.

Udo Riedel (parteilos)

Manipulation: Regierung will für neues „Basisgeld“ die verdeckt Armen aus der verkleinerten Elendsbezugsgruppe herausrechnen *(„Freitag“)*

Bankmilliarden über Nacht, Regelsatzberechnung monatelang geheim

1. Bremen bräuchte zusätzliche 13 Milliarden Euro, um der Nachfrage beim Bedarf an Kindergartenplätzen zu entsprechen. Die zusätzlichen Kosten sollen nun begrenzt werden, indem Krabbelgruppen mit bisher acht Kindern noch zwei zusätzliche Kinder aufnehmen müssen – ohne das Personal aufzustocken. Außerdem werden in **Kindergärten** keine Ganztagsplätze mehr eingerichtet. Die Eltern werden es zu danken wissen, wenn sie ganztags arbeiten müssen und wollen! Staatsrat Joachim Schuster hält größere Gruppen für die Kleinsten für vertretbar – eine Einschätzung, die durch seine fachliche Kompetenz untermauert wird: Fundiertes Wissen erwarb er sich durch sein Studium der Politikwissenschaften und seine Promotion mit einer Analyse zu den Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, wodurch er sich selbstredend zum Fachmann für die Allerkleinsten mausert.

Offenbar scheint das liebe Geld den Blick auf die Bedürfnisse der Unterdreijährigen zu verschleiern, sonst müsste wahrgenommen werden, dass unsere Jüngsten sehr junge Kinder sind, die einen hohen Bedarf an persönlicher Betreuung haben und nicht mit Plastikpuppen aus einer Glasvitrine verwechselt werden dürfen, wo einfach mal so zwei dazu gesetzt werden können, die dann halt mit abgestaubt werden müssen! Für das Personal ist das ebenso eine Zumutung wie für die Kinder.

Gerade in der Eingewöhnungszeit brauchen die Kleinen praktisch eine Erzieherin ganz für sich, und die andere pädagogische Kraft in der Gruppe darf sich dann wohl allein um den kompletten Rest der Kinder kümmern, wobei trösten, wickeln und Streit schlichten selbstverständlich nebenbei auch gewährleistet sein muss. Bei den Kindern darf auch nicht gespart werden, wenn in ihnen Selbstbildungsprozesse angeregt werden sollen. Kitas dürfen nicht zu bloßen Verwahranstalten verkommen, soll der Bremer Rahmenbildungsplan nicht ausgehöhlt werden! Oder müssen die Eltern, die für ihre Kinder einen guten Betreuungsschlüssel und einen Ganztagsplatzplatz wollen, ihren Nachwuchs in einer privaten Kindergruppe unterbringen, sofern ihr Portemonnaie dies zulässt? Bleibt alles wie gehabt? Das nennt sich aber dann Chancengleichheit?

2. Laut aktuellem „Sozialbarometer“ der „Arbeiterwohlfahrt“ macht sich jeder zweite Deutsche zwischen 30 und 59 Jahren „sehr große Sorgen“ um seine Altersversorgung. Besonders alarmierend sei daran, dass schon 41 Prozent der jungen

Leute zwischen 18 und 29 Jahren sehr große Angst vor **Altersarmut** haben. Das Vertrauen in unsere schwindenden sozialen Sicherungssysteme ist sehr gering, und eigentlich müsste die Politik dringend Konzepte gegen die steigende Altersarmut umsetzen. Aber davon ist unser schwarz-gelbes Gruselkabinett Lichtjahre entfernt. Wenn immer mehr Bürger prekäre Arbeitsverträge haben und befristet oder nur Teilzeit arbeiten, ja manchmal selbst auf Vollzeitstellen nicht von ihrem kargen Lohn leben können, dann führt Lohnarmut zu Kinderarmut, und diese mündet wiederum in Altersarmut. Von den befragten 1.000 Personen über 18 Jahren gaben 47 Prozent an, dass sie sich sehr große Sorgen um ihre Rente machen. Jeder zweite Befragte mit einem Einkommen unter 1.500 Euro netto pro Monat fürchtet sich vor Armut im Alter. Auch ist die Armut in den Städten sichtbarer geworden, wenn immer mehr Menschen die Papierkörbe nach weggeworfenen Essensresten oder Pfandflaschen durchwühlen müssen, weil die „Grundsicherung“ nicht den Grundbedarf zum Leben sichert!

3. Die marode Münchner Immobilienbank Hypo Real Estate muss mit weiteren **Staatsgarantien** gestützt werden: Das bereits gewährte Garantievolumen wird bis zum Jahresende um bis zu 40 Milliarden Euro erhöht. Das ist doch ein Fass ohne Boden! Der gewichtige Beschluss um die nicht eben unerhebliche Summe wurde mal eben „am Abend“ auf einer Telefonkonferenz gefasst, um „jegliche Liquiditätsengpässe“ auszuschließen. Man stelle sich mal vor: Die Lage sei so ernst, dass die Bank im schlimmsten Fall bereits am 22. September zahlungsunfähig sei. Ja, das könnte wahrlich kein Mensch aushalten! Derzeit belaufen sich die Gesamtgarantien für die HRE auf bis zu 142 Milliarden Euro. Und wie viele Millionen Euro an Abfindungen für unfähige Manager stecken in der Summe? Es ist ja nicht das erste Mal, dass den Bankstern die Milliarden blitzartig in den Allerwertesten geschoben werden, während Wochen und Monate vergehen müssen, bevor kranke und schwache Menschen in den Genuss kleinster Summen kommen. Wer sich Hilfe vom Staat wünscht, sollte schon erhebliche Ähnlichkeit mit einer Bank haben, dann geht es augenscheinlich am schnellsten! Pech für die finanziell Schwachen, die Kranken, Kinder und Alten, dass sie so aus der Art geschlagen sind.

4. Die Gewerkschaft Verdi kritisiert, dass sich Textilketten mit ihrem **Niedriglohn** für Aushilfen immer weiter in die „Schmuddelecke“ stellten. So zahlt die Modekette S. Oliver Aushilfen im ersten Jahr lediglich 6,50 Euro Stundenlohn, wovon netto nur 5,22 Euro übrig bleiben. Weil die Arbeitsverträge zulassen, dass die vereinbarte Arbeitszeit für die Aushilfen über- und unterschritten werden darf, können sich die Beschäftigten nicht auf ein festes Monatsgehalt einstellen. S. Oliver kündigte an, einen Mindestlohn zahlen zu wollen, sobald sich der Handelsverband mit Verdi auf einen Tarifvertrag verständigt habe. Selbst die wegen geringer Löhne unter Druck geratene Textildiscounter Kik will ab Oktober einen Basislohn von 7,50 Euro zahlen.

5. Zu den Überlegungen der Bundesregierung, die Kosten für Alkohol und Nikotin aus dem Bedarf im **Regelsatz** für das ALG II zu streichen sagte die Drogenbeauftragte Mechthild Dyckmans, dass in den Regelsatz für Langzeitarbeitslose ganz klar eine Position für Genussmittel gehörte. Sie kritisierte, wer meine, dass Hartz-IV-Bezieher kein Bier mehr trinken und keine Zigarette mehr rauchen dürften, sei nur populistisch. Die fügte jedoch hinzu, dass aus gesundheitlicher Sicht jeder – auch Hartz-IV-Bezieher – nur maßvoll trinken und nicht rauchen sollte. Dyckmans lehnt Überlegungen ab, die Tabaksteuer zur Haushaltskonsolidierung zu erhöhen. Wichtiger als eine Erhöhung der Tabaksteuer sei dafür zu sorgen, dass überhaupt Steuern bezahlt werden und der Tabakschmuggel verhindert würde.

Derweil sieht es so aus, als ob die Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts einfach ignoriert, wenn sie bei der Ermittlung des menschenwürdigen Existenz- und Teilhabeminimums nicht berücksichtigen will, ob die gewählte Bezugsgruppe zur Ermittlung des Regelsatzes überhaupt in Frage kommt oder nicht schon bereits in Armut lebt. Denn eine Selbstreferenzialität verschleiert und verfälscht, macht die Statistik selbst überflüssig, wenn die rund fünf Millionen Menschen, die in Deutschland in verdeckter Armut leben, nicht aus der Bezugsgruppe herausgerechnet werden. Offenbar will die Bundesregierung versuchen, die Regelleistungen durch Manipulation der Bezugsgruppe weiterhin auf dem bisherigen Armutsniveau zu belassen, um die Steuergelder für notleidende Banken stets flüssig parat zu haben und sie nicht an mittellose, erwerbslose Bürger vergeben zu müssen. Schließlich stieg der Regelsatz in den letzten 30 Jahren nur um 118 DM, also etwa 59 Euro an, obwohl die Lebenshaltungskosten um ein Vielfaches dessen geradezu explodierten!

6. Ich kann mich nur der Meinung einer Führungskraft der Bundesbank anschließen, dass Thilo Sarrazin „vom Stamme Nimm“ sei, wenn sich dieser offenbar für eine um 1.000 Euro höhere Rente zum Amtsverzicht bewegen ließ. Damit ist der Bundespräsident aus dem Schneider, und Sarrazin verdient eine in meinen Augen vollkommen unangemessene Rente. Was hat er denn so Bedeutungsvolles geleistet, das eine monatliche Altersversorgung von rund 10.000 Euro rechtfertigen würde? Das schlägt doch dem Fass den Boden aus! Da lässt er sich auch noch belohnen für seinen ungeheuerlichen Mist, seine rassistischen Äußerungen, **Hetzreden** und Diffamierungen, die letztlich durch Druck der Bevölkerung zum „freiwilligen“ Rücktritt führten. Unglaublich, dass dieser Typ überhaupt noch etwas zu fordern hatte! Dem wird sein „Abstieg“, äh Ausstieg auch noch vergoldet. Wenigstens bekommt er nicht auch noch eine Abfindung, wie bei zurücktretenden Politikern sonst oft üblich, statt dass sie sich verantwortungsvoll ihren Übertritten stellen müssten. Ich finde, es ist an der Zeit, dass dieses Lebewesen endlich aus den Schlagzeilen und der SPD verschwindet!

7. Ich kann es kaum fassen, welch unglaubliches Gemauschel derzeit zwischen Bundesregierung und der Atomkraftlobby zu laufen scheint! Angeblich soll die Ge-

heimniskrämerei über die Vereinbarung mit den Energiekonzernen bald ein Ende haben, doch für mich stinkt das Enthüllte schon jetzt zum Himmel: Offenbar werden die Versorger vor massiven Kosten bei der Nachrüstung ihrer Meiler bewahrt! Die Stromkonzerne haben sich in dem Vertrag mit der Bundesregierung weitreichende Schutzklauseln zusichern lassen, um die Kosten für die mögliche Nachrüstung auf 500 Millionen Euro je Kernkraftwerk zu begrenzen. Unglaublicherweise sollen die Energieversorger auch vor einem Regierungswechsel geschützt werden, damit nicht andere demokratisch gebildete Mehrheiten den jetzigen, nicht besonders demokratisch zustande gekommenen Beschluss kippen könnten.

Dabei hat die jetzige Bundesregierung mit der größten Selbstverständlichkeit mit der Atomkraftlobby den Ausstieg aus dem Ausstieg, wie ihn die rot-grüne Regierung verabschiedet hatte, in die Wege geleitet. In meinen Augen eine klare Klientelpolitik! Frau Merkel spricht von einer „Revolution“ und hat meiner Meinung nach keine Ahnung, was dieser Begriff wirklich impliziert. Die Schutzklauseln für die Betreiber sorgen dafür, dass sie immer ausreichend und ungestört Profite einfahren dürfen und Einzahlungsmodalitäten verändert werden, sobald diese zum Nachteil der Energiekonzerne geraten könnten. Klientelpolitik *par excellence*, sehr undemokratisch! Haben alle die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl vergessen oder wollen sie verdrängen? Ich habe noch mein Heft mit den Bequerel-Tabellen, worin ich immer gucken konnte, welche Nahrung am wenigsten verstrahlt war. Daran will ich mich keines falls gewöhnen und rufe deswegen zur **Demonstration** gegen **Atomkraft** am **18. September 2010** in **Berlin** auf!

8. Die Mitglieder der heutigen Montagsdemo entschieden sich auf dem Marktplatz nach dem Glockengeläut des Sankt-Petri-Doms dazu, sich am „**Schwabenstreich**“ gegen das umstrittene Bahnprojekt zu beteiligen. Mit dem Lautsprecherwagen zog die bunte Schar zum Hauptbahnhof und stellte sich auf dem Bahnhofsvorplatz auf. Drei Polizeiwagen erwarteten uns bereits, die Polizisten sahen uns von ihren Wagen aus zu. Mit verschiedenen Wortbeiträgen stellten wir uns als Montagsdemo vor, die sich mit „einer Minute Lärm“ gegen „Stuttgart 21“ solidarisch erklärt. Auch die Hartz-Gesetze sind Bestandteil einer neoliberalen Politik, deren Ziel die Entdemokratisierung aller Bürgerinnen und Bürger ist. Dagegen wollen wir uns zur Wehr setzen und dazu beitragen, dass die Proteste gegen „Stuttgart 21“ an Kraft zunehmen! In der „Tageszeitung Bremen“ hatte am vergangenen Samstag Andreas Falk dazu aufgerufen, **jeden Montag** um 18:30 Uhr einen „Schwabenstreich“ zu veranstalten. Der „Weser-Kurier“ vermeldete einen um 29 Minuten späteren Termin.

Die „eine Minute Lärm“ soll einen symbolischen Akt darstellen, wenn sich die entsprechenden Politiker gegenüber Sachargumenten taub stellen und offenbar irgendwelchen geheimen Verträgen mit Großunternehmern folgen, deren einziges Interesse ungebremste Profitgier zu beinhalten scheint. Das Mammutprojekt S21 bindet Gelder für Großprojekte, die bundesweit und auch im Norden notwen-

dig sind, verschleudert unsere Steuergelder mit vollen Händen und geht dabei immer an den Interessen der Bürger vorbei, womit sich viele Politiker jeder Couleur bei der Bevölkerung als *Volkszertreter* ausgesprochen ungeliebt machen. Als gegen 18:30 Uhr nichts geschah, überbrückten wir die halbe Stunde bis **18:59 Uhr** mit Redebeiträgen. Für eine Minute war dann der Bahnhofsvorplatz von ohrenbetäubendem Lärm durch Tröten, Trillerpfeifen, Fahrradklingeln und Pfiffe erfüllt. Viele blieben interessiert stehen, und vielleicht sind wir ja nächste Woche schon wieder mehr geworden?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Mit Fingerspitzengefühl“ quälen, Obdachlosigkeit in Kauf nehmen?

Sanktionen sind für einen Menschen mit wenig Geld einschneidend! Nötig sind sie, um die Zielvorgaben der Bundesregierung zu erfüllen. Sanktionen werden durch die Argen ausgesprochen und von den Leistungsbeziehern durchlitten. Beschrieben wird dies in den Beiträgen zur Montagsdemo: Einfach nach „**Sanktion**“ suchen oder die Beiträge zu diesem Thema durchklicken! Im Juli hat das Sozialgericht Bremen die Bagis gerügt: Bei dieser Sanktionierung hätte sie von sich aus aktive Hilfe leisten und Sachleistungen erbringen müssen.

Die „Tageszeitung Bremen“ hat die Meinung der Verantwortlichen wie folgt wiedergegeben: „Bagis-Sprecherin Demedts sagt, man wolle zwar nur ‚mit Fingerspitzengefühl‘ sanktionieren, Sanktionen könnten aber einen ‚heilenden Charakter‘ haben. Das sieht auch das SPD-geführte Sozialressort: ‚Wer Eingliederungsvereinbarungen ablehnt, keine Eigenbemühungen zeigt oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, der muss mit Sanktionen rechnen‘, so ein Sprecher. Der Sozialgerichts-Beschluss – nach dem zumindest bei Familien nicht mehr ersatzlos gestrichen werden kann – schränke dabei aber nicht ein.„ Die hier genannten Gründe sind nicht einmal zu 50 Prozent Sanktionsursache! Die Grünen haben zum Thema Sanktionen den Senat gefragt und Antwort erhalten.

Frage 1): „In wie vielen Fällen wurde seit dem 1. Januar 2010 von der Bagis die Zahlung des Arbeitslosengeldes II vollständig eingestellt beziehungsweise wie viele vollständige Streichungen sämtlicher Zahlungen dauern zurzeit noch an?“ – Antwort: „Eine Erfassung der auf 100 Prozent ihrer Leistung sanktionierten Personen erfolgt nicht. Die Erfassung der Sanktionen wird nach der Höhe der

Anspruchminderung in neun Gruppen in Schritten von jeweils 50 Euro vorgenommen, also von ‚bis 50 Euro' bis ‚über 400 Euro'. Es wurde bei zehn erwerbsfähigen Hilfebedürftigen der Anspruch um mehr als 400 Euro gemindert. Insgesamt unterlagen 772 Bedarfsgemeinschaften im Monat Januar einer Sanktion (vergleiche Tabelle in Frage 5)." – Aus der Antwort zu Frage 5) geht aber nicht hervor, wie hoch die Anspruchminderung oder Sanktion jeweils war!

Frage 5): „Welche Informationen hat der Senat darüber, ob und welche Personen, die mit den Leistungsbeziehenden in einem Haushalt leben, von diesen Kürzungen betroffen waren, insbesondere Kinder und Jugendliche?" – Die als Antwort vorgelegte Tabelle zeigt die Aufteilung der Sanktionen nach Bedarfsgemeinschaften an, aber nicht einmal die Höhe der Sanktion. In meinem Beitrag zur 285. Bremer Montagsdemo habe ich in Teil 2 die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der „Linken"kommentiert.

Auf Seite 3 steht dort: „In der Tabelle zu Frage 1) ist dargestellt, wie viele erwerbsfähige Hilfebedürftige von einer Leistungskürzung auf null Euro betroffen sind. Es ist zu beachten, dass Leistungskürzungen auf null Euro nur die Geldzahlungen betreffen. Auswertungen zu Gutscheinen, die in der Praxis üblicherweise ausgegeben werden, sind nicht möglich. Ebenfalls ist zu beachten, dass eine Leistungskürzung auf null Euro nichts über die Höhe der Leistungskürzung oder die Sanktionsstufe aussagt; so kann zum Beispiel ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, der aufgrund von eigenem Einkommen oder Vermögen ohnehin nur noch Anspruch auf ergänzende Leistungen für Unterkunft und Heizung hat, bereits durch die erste Sanktion eine Leistungskürzung auf null Euro erfahren." – Die Antworten der Bundesregierung und des Senats der Freien Hansestadt Bremen stehen im absoluten Widerspruch, außerdem ist jene des Senats unvollständig!

Weiter aus der Antwort der Bundesregierung, Seite 6/7: „Grundsätzlich haben Empfänger von Leistungen nach dem SGB II auch im Falle einer Sanktion ihren Lebensunterhalt mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (verbleibende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, Schonvermögen, Zuwendungen Dritter, gegebenenfalls Einkommen) zu bestreiten. Bei einer Absenkung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent der maßgebenden Regelleistung *kann* der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Sicherung des Existenzminimums (ergänzende) Sachleistungen – zum Beispiel durch Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen – erbringen. Er *soll* ergänzende Sachleistungen erbringen, wenn minderjährige Kinder in der Bedarfsgemeinschaft leben. Zusätzlich können die Stromkosten übernommen werden." – Diese Antwort steht im Widerspruch zum Verhalten der Bagis! Daher habe ich in den Weisungen zu § 31 SGB II der Bundesagentur für Arbeit – den Sanktionsregelungen – gelesen.

Auf Seite 16 steht: „7) Für den Fall, dass der erwerbsfähige Hilfebedürftige mit minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaft lebt, *soll* der Träger in den Grenzen des § 31 Absatz 3 Satz 7 ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbringen, um zu verhindern, dass minderjährige Kinder dadurch übermäßig belastet werden, dass das Arbeitslosengeld II ihrer Eltern oder Elternteile

wegen Pflichtverletzungen abgesenkt wurde. Es handelt sich hierbei grundsätzlich um eine gebundene Ermessensentscheidung, die lediglich in atypischen Fällen, die sich aufgrund ihrer besonderen Umstände erheblich vom Regelfall unterscheiden, zu einem abweichenden Ergebnis führen kann. In diesen Fällen sind ergänzende Sachleistungen auch dann zu gewähren, wenn die zu sanktionierende Person diese – auch nach Hinweisen in der Anhörung (siehe Randziffer 31.28) – nicht ausdrücklich begehrt.“ – Damit ist klar: Die Bagis hat die Arbeitsanweisung nicht beachtet! Nun zurück zur Anfrage der Grünen und die ausweichende Antwort darauf:

Frage 4): „Ist es in den Fällen der ersatzlosen Streichung der Unterkunftskosten zum Verlust der Wohnung gekommen, weil die Vermietenden von ihrem außerordentlichen Kündigungsrecht wegen ausstehender Mietzahlungen Gebrauch gemacht haben, und falls ja, in wie vielen Fällen? Wie viele Leistungsbeziehende sind durch dieses Vorgehen der Bagis wohnungslos geworden?“ – Antwort: „Die Anzahl von Einzelfällen, in denen es durch den Eintritt von Sanktionen zu außerordentlichen Kündigungen gekommen ist, kann nicht ermittelt werden, da es dafür keine statistische Erfassung gibt. In Bremen existiert allerdings ein geregeltes Verfahren zwischen der Bagis und der ‚Zentralen Fachstelle Wohnen‘, das sicherstellen soll, dass es nicht zum Verlust von Wohnraum aufgrund von Mietrückständen kommt. Aus regelmäßigen Mitteilungen der ZFW ist der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bekannt, dass dort im Zusammenhang mit der Umsetzung des § 31 SGB II in nur wenigen Fällen Maßnahmen erforderlich waren, um den Wohnungserhalt sicherzustellen. Es gab wenige Vorsprachen, welche stets in Abstimmung mit der Bagis gelöst werden konnten. Wohnungslosigkeit ist demnach nicht eingetreten. Das Ressort legt in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass eine diesbezügliche Prävention, also Maßnahmen zum Wohnraumerhalt, ein wesentliches sozialpolitisches Thema und ein wichtiges Anliegen des Ressorts ist.“ – „Bei wenigen Vorsprachen“? Hat die Bagis überhaupt auf diese Möglichkeit hingewiesen? Informiert die Bagis die „Fachstelle Wohnen“ nicht? In der Antwort der Bundesregierung an „Die Linke“ steht folgende Frage und Antwort:

Frage 8): „Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Fälle vor, in denen die Sanktionierung durch Leistungskürzung und durch Sperrzeit zu Mietschulden und in Folge zu Wohnungslosigkeit führte?“ – Antwort: „Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Sanktionsregelungen verschiedene Möglichkeiten vorsehen, um eine wegen einer wiederholten Pflichtverletzung eingetretene erhöhte Sanktion in eine geringere Sanktion abzumildern. Damit hat es der erwerbsfähige Hilfebedürftige maßgeblich selbst in der Hand, durch seine Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im Eingliederungsprozess seine finanzielle Situation zu verbessern und insbesondere Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Im Übrigen ist die Übernahme von Mietschulden in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in § 22 Absatz 5 SGB II geregelt. Zuständig für die Leistungsgewährung sind die kommunalen Träger. In welchem Umfang durch die Abmilderung von Sanktionen Mietschulden

beziehungsweise Wohnungslosigkeit vermieden wurde, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Zur Übernahme von Mietschulden durch die kommunalen Leistungsträger liegen der Bundesregierung ebenfalls keine Daten vor.“ – Die Antwort des Senats an die Grünen ist zweideutig, weil „wohnungslos“ und „wohnunglos“ verschiedene Dinge sind: Die „Fachstelle Wohnen“ vermeidet Wohnungslosigkeit durch Unterstützung bei der Wohnungsfindung, hilfsweise durch Unterbringung in Hotels oder Reservewohnungen Damit erhält, wer die Wohnung losgeworden ist, eine neue und ist die alte los, aber nicht „wohnungslos“ im Sinne von „obdachlos“. Die Antwort der Bundesregierung zeigt: Wohnungslosigkeit, hier im Sinne von Obdachlosigkeit, wird billigend in Kauf genommen und die Verantwortung dafür an die kommunalen Leistungsträger verschoben.

Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit hat sich mit den Auswirkungen der Sanktionen für Jugendliche unter 25 Jahren befasst: „Interviewte Fachkräfte aus Argen und Optionskommunen beurteilen die milden Sanktionen beim Meldeversäumnis eher positiv, die scharfen Sanktionen eher negativ. Teils massiv kritisieren sie die Streichung der Kostenübernahme für Miete und Heizung. Sie wünschen gestufte Sanktionen wie bei Älteren.“ Der SWR hat am 19. Juli 2010 über diese IAB-Studie berichtet. „Bundesrichter: ‚Schärfere Sanktionen für junge Arbeitslose verfassungswidrig‘, IAB-Studie: ‚Hartz-IV-Gesetz produziert Verschuldung und Kleinkriminalität bei unterfünfundzwanzigjährigen Arbeitslosen‘, Prof. Uwe Berlit in ‚Report Mainz‘: ‚Es gibt keinen empirischen Beleg, dass Unterfünfundzwanzigjährige sanktionsunempfindlicher wären oder mehr Sanktionen brauchen, damit man sie auf den Pfad der Tugend wieder zurück führt, als Überfünfundzwanzigjährige., Der Gesetzgeber brauche aber tragfähige Gründe für eine solche Differenzierung, ansonsten verstoße sie gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Junge Arbeitslose müssten gleichbehandelt werden wie Arbeitslose über 25 Jahren.“ – Die Bundesregierung begründet die besonders harten Sanktionen für Unterfünfundzwanzigjährige mit der „besonderen Förderung“ dieser Personengruppe. Genau diese „besondere Förderung“ ist aber eine Mogelpackung! Wenn die Richter das auch so sehen, sind alle Sanktionen gegen Unterfünfundzwanzigjährige Unrecht.

Nun zu den Gründen der Sanktionen: Das Sozialressort hat auf Nachfrage der „Tageszeitung“ geantwortet, siehe oben. Die Sanktionsgründe wurden vom Senat wie folgt dargestellt: „Im Januar 2010 wurden bei der Bagis 352 neue Sanktionsfälle ausgesprochen. Davon entfielen 54 Prozent auf das Versäumnis einer Meldung (zum Beispiel Einladungen wird nicht gefolgt, Termine werden nicht wahrgenommen), 24 Prozent auf die Verletzung von Pflichten der Eingliederungsvereinbarung, elf Prozent auf die Weigerung, zumutbare Arbeit, Ausbildung et cetera aufzunehmen, aus- oder fortzuführen, fünf Prozent auf Sperrzeiten bezogen auf das Arbeitslosengeld (SGB III), vier Prozent auf den Abbruch einer Eingliederungsmaßnahme, zwei Prozent auf sonstige.“ – Die „versäumten Termine“ sind überwiegend bloß „Lebendprüfungen“. Auf der „Einladung“ steht zwar, dass über „Arbeit“ gesprochen wird, nur hat die Bagis *reguläre* Arbeit nicht zu bieten. Eine

Terminversäumnis zu einem solchen Gespräch ist aus meiner Sicht kein Sanktionsgrund, wenn eine einfache Erklärung möglich ist. Das Gespräch kann jederzeit nachgeholt werden. Sind dies etwa Sanktionsgründe: Die Tür des Sachbearbeiters war fünf Minuten nach der vereinbarten Zeit noch immer verschlossen, der Brief mit der „Einladung“ ist nicht angekommen, das Kind war im Krankenhaus, der Termin lag in der Arbeitszeit des Aufstockers? Der Kürzungsdruck muss enorm sein!

Der Sprecher des Sozialressorts sagt der „Tageszeitung“ als Sanktionierungsgrund: „Wer Eingliederungsvereinbarungen ablehnt...“, siehe oben. Dazu steht in der Weisung der Bundesagentur für Arbeit auf Seite 8: „2) **Bei Weigerung des Hilfebedürftigen, eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, liegt – unabhängig vom Wortlaut des § 31 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a – kein Sanktionstatbestand vor.** Dadurch wird einer gesetzlichen Regelung vorgegriffen, die aufgrund verschiedener sozialgerichtlicher Entscheidungen vorgesehen ist. Bei Nichtzustandekommen einer Eingliederungsvereinbarung sind die zu bestimmenden Rechte und Pflichten in einem Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6 verbindlich zu regeln.“ – Die Ablehung oder Nichtunterzeichnung einer Eingliederungsvereinbarung ist also kein Sanktionsgrund! Kennt der Sprecher des Sozialressorts sich nicht aus? Die Eingliederungsvereinbarung wird als Verwaltungsakt erlassen. Eine Mitwirkung des Erwerbslosen ist nicht nötig, teilweise nicht einmal möglich. Wer nicht einverstanden ist, muss Widerspruch einlegen und die aufschiebende Wirkung beantragen. Diese eventuell mithilfe des Gerichts im einstweiligen Rechtschutzverfahren erwirken. Bis zur gerichtlichen Befreiung sollte die Eingliederungsvereinbarung befolgt werden, um keine Sanktionen zu riskieren.

Frage 6): „In welcher Weise beabsichtigt der Senat in den Fällen der vollständigen Einstellung der Leistungen auf die Bagis in der Art einzuwirken, dass entsprechend dem Beschluss des Sozialgerichts Bremen künftig eine Gewährung von Sachleistungen, Direktzahlungen oder eine Schuldenübernahme erfolgt?“ – Antwort: „Wie in der Einleitung zur Antwort der Kleinen Anfrage bereits festgestellt wurde, fällt die Rechtsvorschrift des § 31 SGB II einschließlich der Ausführungsbestimmungen in die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion als oberste Landesbehörde nach § 44 b, Absatz 3, Satz 4 SGB II achtet die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Die vorliegende Kleine Anfrage wurde zum Anlass genommen, die Bagis auf eine rechtskonforme Umsetzung der Ausführungsbestimmungen hinzuweisen. Die zuständige Bereichsleitung in der Bagis hat bereits eine entsprechende Information in ihrem Hause veranlasst. Die Bagis wird die Umsetzungspraxis ändern und bei Kürzungen von mehr als 30 Prozent bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ohne Aufforderung Sachleistungen (Gutscheine für Lebensmittel und Hygieneartikel) bewilligen und Direktzahlungen für Strom an die Energieversorger vornehmen.“

Der Senat bestätigt hier, dass die Bagis die Weisung zu § 31 der Bundesagentur für Arbeit nicht beachtet hat! Die Folge für die Bagis? Ein Hinweis: „Die vorlie-

gende Kleine Anfrage wurde zum Anlass genommen, die Bagis auf eine rechtskonforme Umsetzung der Ausführungsbestimmungen hinzuweisen.“ Die Folge für die Erwerbslosen? Hunger in jedem Fall und eventueller Verlust der Wohnung. Dies ist unannehmbar! Horst Frehe von den Grünen hat am 2. September 2010 die Antwort des Senats kritisiert: Auch Alleinstehenden muss die Unterstützung ohne Antrag gewährt werden. Der Senat macht die Sachleistungen für Alleinstehende weiterhin von einem entsprechenden Antrag abhängig: Die Weisung der Bundesagentur sieht dies so vor! Für eine Änderung dieser Weisungen hat sich der Senat nicht ausgesprochen. Herr Frehe betont, dies gehe nur mit der Bundesagentur. Dass diese Weisung der Bundesagentur unter Berücksichtigung des Urteils des Landessozialgerichts noch gerichtsfest ist, bezweifele ich – ebenso, dass Sanktionen überhaupt noch zulässig und gerichtsfest sind!

Eine Überprüfung ist vier Jahre rückwirkend möglich, somit ab 1. Januar 2006. Wer eine Sanktion erleiden musste, kann einen Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen. Wer eine Sanktion noch erleidet, kann Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts im einstweiligen Rechtsschutzverfahren suchen. Wer eine Sanktion erleidet, kann, wenn der Bescheid rechtskräftig ist, weil die Widerspruchfrist abgelaufen ist, einen Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen und die Hilfe des Gericht im einstweiligen Rechtschutzverfahren in Anspruch nehmen. Diese Möglichkeit wird den Betroffenen jetzt bereits bei einer Zahlungskürzung von unter zehn Prozent zugestanden. Die Hilfe des Gerichts wirkt immer ab Antragstellung. Die Rechtsantragsstelle nimmt diese Anträge auf. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Offensichtlich hat die Bagis abweichende Arbeitsanweisungen, sonst wäre es nicht möglich, dass die unterschiedlichen Sachbearbeiter übereinstimmend handeln. Die Weisung der Bundesagentur für Arbeit ist jedenfalls nicht die Arbeitsgrundlage! Sanktionen werden in der Leistungsabteilung in einem Extradatensatz erfasst. Über diesen wird die Zahlungskürzung oder Nichtzahlung gesteuert. Die Kürzungsbeträge stehen dort und lassen sich somit „teambezogen“ auswerten. Damit ist jederzeit eine Aussage zur Zielerreichung möglich. Ziel im Jahr 2009 war es, die Auszahlung der Regelleistung um 4,8 Prozent zu kürzen. Auch Sanktionen zu 100 Prozent sind hier hinterlegt, weil nach Ablauf der Sanktion die Zahlung wieder aufgenommen wird. Ein häufiger Sanktionsgrund war die Nichtvorlage einer „Liegendbescheinigung“. Dies wurde zurückgezogen. Inzwischen gilt auch für die Bundesagentur wieder die normale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung:

„3) Die Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist grundsätzlich als wichtiger Grund anzuerkennen. Es ist nicht zulässig, als Nachweis für einen wichtigen Grund bei Meldeversäumnissen von den Hilfebedürftigen die Vorlage einer sogenannten Bettlägerigkeitsbescheinigung zu verlangen.“ Dies steht auf Seite 9/10. Die Änderung wurde am 20. April 2009 vorgenommen. Die Forderung nach dieser „Liegendbescheinigung“ war aber zu jeder Zeit Unrecht, daher sind diese Sanktionen von Amts wegen aufzuheben! Feststellbar sind die Sanktionierten über die Datensätze! Wie sehr Sanktionen die Menschen treffen, ist beim Lesen

eines IAB-Forschungsberichts nachvollziehbar. Die ohnehin permanente Geldknappheit wird durch die Sanktion unerträglich. Die Aussichtslosigkeit trägt auch dazu bei. Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Weisung zu den Sanktionen dahingehend geändert, dass auch zu 100 Prozent Sanktionierte weiterhin durch die Arge krankenversichert sind. Ein schwacher Trost! Aber auch diese Verbesserung erfolgte nur auf Druck: Ein Mensch hat die Hilfe des Gerichts beantragt.

Ob der Senat die Bundesagentur überhaupt überzeugen will? Bedarf dies erst wieder einer gerichtlichen Anweisung? Es geht nicht um die Änderung von Gesetzen, denn die Weisungen der Bundesagentur sind eben nur Weisungen, wie auch die Verwaltungsanweisungen in Bremen. Die Bundesagentur will einfach Geld sparen. Die Sanktionen sind einfache Sparaktionen der Verwaltung mit Billigung der Bundesregierung. Der Zwang zur Sanktionsquote wird durch die Zielvereinbarungen festgeklopft. Ausbaden sollen dies die Erwerbslosen! Doch Gegenwehr ist möglich! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Sprecht mich einfach an, jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz!

Halten wir fest: Die fast gleichen Anfragen der Grünen-Fraktion an den Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Linksfraktion an die Bundesregierung ergeben bei gleicher Datenlage höchst abweichende Antworten! Die Antwort der Bundesregierung ist ausführlich, Fragen werden im Sinne des Fragenden auch erweitert beantwortet. Die Antwort des Senats ist nur punktgenau, und damit wird die gewünschte Auskunft nicht erteilt. Unverständlich bleibt, warum die vorliegenden Datensätze in Bremen nicht zielgerichtet entsprechend den Fragen ausgewertet werden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Lohnarbeitszeit radikal verkürzen!

1. Ich habe zu keiner Zeit damit hinterm Berg gehalten, dass ich bis 1990 als Soldat in der Marine gedient habe. Seinerzeit war ich sogar stolz darauf und strebte an, Berufssoldat zu werden. Nachdem das nicht klappte, war ich anfangs bestimmt ein wenig frustriert darüber. Bis zu meiner Entlassung beziehungsweise dem Ablauf meines Dienstverhältnisses war ich immer der Meinung, ich würde für die Freiheit und die Verteidigung des deutschen Volkes eintreten. Sicher waren auch die meisten meiner ehemaligen Kameraden der gleichen oder einer ähnlichen Meinung. Aber in meinen Augen liegen Welten zwischen der Bereitschaft, sich notfalls verteidigen zu wollen – oder an kriegerischen Angriffen teilzunehmen, bei denen die Zivilbevölkerung anderer Staaten zu Schaden kommt, durch Zerstörungen, Verletzungen oder Tötungen, die teils sogar gezielt sind. Auch heute noch meine ich, dass jedes Volk das Recht haben muss, seine Freiheit zu ver-

teidigen – aber eben nur auf dem eigenen Territorium. Man sollte am besten alle Waffen, die zu kriegerischen Zwecken hergestellt werden, sofort verbieten und weltweit für eine friedliche Gesellschaft kämpfen! Das Zitat „Von deutschem Boden nie wieder **Krieg**“, das man Willy Brandt zuschreibt, nehme ich wirklich ernst. Ich habe es mit Beginn meines politischen Protestes im Jahre 2004 immer wieder genutzt, um die Menschen hieran zu erinnern.

2. Die Existenzgeld-Forderung sei Klassenkampf der akademischen und kulturellen „Mittelschicht“ zulasten der handarbeitenden und dienstleistenden Lohnabhängigen, lautet eine Polemik von Detlef Georgia Schulze: Es könne nur funktionieren, wenn unterstellt wird, dass letztere weiterarbeiten wie bisher. So schnell werde in einem kapitalistischen System zwar nicht die Arbeit ausgehen, und wer sich einen Australienurlaub gönnen möchte, wäre auch zur zusätzlichen Lohnarbeit neben einem Existenzgeld bereit. Doch wer dies nicht vorhat, würde sich nach Meinung des Autors wohl mit einem zwanglosem Existenzgeld zufrieden geben. Wie will nun überhaupt der- oder diejenige Urlauber(in) die Entfernung von über 10.000 Kilometern nach Australien bewerkstelligen? Wollen diese Menschen dorthin schwimmen? Flugzeuge oder auch Schiffe dürfte es wohl kaum noch geben, da nach Meinung des Verfassers niemand mehr bereit wäre, solche zu produzieren. Hier entsteht ein Widerspruch zu den ansonsten durchaus nachzuvollziehenden Schlussfolgerungen und Einwänden. Allerdings stellt sich dann die nächste Frage zu den Luxusgütern. Was sind denn nach Ansicht des Autors überhaupt Luxusgüter? Transportmittel wie Flugzeuge oder Schiffe, vielleicht auch das stinknormale Kraftfahrzeug, scheinen nicht gemeint zu sein. Da heraus wird auch die Annahme nachvollziehbar, dass in einem kapitalistischen System die Lohnarbeit nicht so schnell ausgehen werde.

Die Reisefreiheit, gemeint ist der Trip nach Australien, erscheint für viele vielleicht wünschenswerter als die Befreiung von der Lohnarbeit. Aber gerade hierbei müsste eigentlich die Freiheit des Einzelnen beschnitten werden, denn durch die Produktion fast aller heutigen motorisierten Verkehrsmittel und den Tourismus entsteht ein Frevel an Natur, Umwelt und Klima. Das wird wohl von der Mehrheit der Menschen in vielen Ländern nicht gern gehört, ist aber ein Punkt, der die Abkehr von einer zwanghaften Lohnarbeit im Kapitalismus notwendig macht. In einem sozialistischen oder kommunistischen System darf die derzeitige Produktionsweise solcher Güter nicht übernommen werden. Ich bleibe dabei: Der Abkopplung von Millionen Menschen von der gegenwärtigen Lohnarbeit muss durch radikale Verkürzung der Lohnarbeitszeit entgegengetreten werden! Hierfür dürfte ein Ansatz von vier Stunden täglich anfangs ausreichen. Übergangsweise muss eine Arbeitskraftabgabe an den Staat auf jede Lohnarbeitsstunde auf Kosten der

Profite gefordert werden, und zwar mindestens in Höhe eines flächendeckenden Mindestlohnes von zehn Euro in der Stunde. Hiermit muss unter anderem ein einheitliches **Grundeinkommen** vom Säugling bis zum Greis finanziert werden.

Jeder erwerbsfähige Mensch in Deutschland muss das Recht bekommen, an jeder gesellschaftlich notwendigen Arbeit mit einem gleichen Stundenansatz beteiligt zu werden. Jede Arbeit muss auch gleichberechtigt gewürdigt werden. Die Arbeit in der Rüstung oder Tätigkeiten, die kriegerischen Zwecken dienen, würde ich persönlich allerdings nicht dazurechnen, und Lohnarbeit hierzu sollte man als erstes ganz verbieten. Letztlich muss zwangsläufig die gesamte Lohnarbeit und damit auch der Kapitalismus als System überwunden werden, allerdings nicht durch einen Sozialismus oder Kommunismus, der die Fehler in der kapitalistischen Produktionsweise nicht radikal abstellt. Die individuelle Freiheit des Einzelnen darf in meinen Augen in keinem Gesellschaftssystem höherwertiger angesetzt werden als Freiheit, Gesundheit und Existenz der gesamten Gesellschaft. Einmal um die ganze Welt, und die Taschen voller Geld? Aber nur mit dem Segelschiff statt mit einer schwimmenden Müllverbrennungsanlage in Gestalt der derzeitigen Schiffs- und Frachtertypen oder gar mit dem Düsenjet!

3. Von einem Mitstreiter der Bremer Montagsdemo erfuhr ich, dass die Bagis für Kinder, die über eigene Versicherungen wie Ausbildungs-, Kinderunfall- oder Zahnzusatzversicherung verfügen, die monatliche Pauschale von 30 Euro nicht in Abzug bringt. Diese muss in den Fällen, in denen Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften über eine solche Versicherung verfügen, selbst vom Kindergeld in Abzug gebracht werden, und zwar auch dann, wenn die Kosten für die Versicherung im Monat wesentlich niedriger als die Pauschale liegen. Hierzu stellte ich vor einigen Wochen für meine Kinder einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X, der natürlich erst einmal wieder abgelehnt wurde.

Gegen die Ablehnung legte ich sofort Widerspruch ein, da ich zwischenzeitlich vom Verfasser eines Beitrags auf „Scharf links“ erfahren hatte, dass schon Dutzenden Kindern beziehungsweise deren Eltern in dessen Wohnort die Versicherungspauschalen auch rückwirkend bewilligt wurden. Selbstverständlich möchte ich als regelmäßiger Teilnehmer der Bremer Montagsdemo allen Eltern und Erziehenden aus Hartz-IV- Bedarfsgemeinschaften, deren Kinder über eigene Versicherungen verfügen, den Rat geben, diese Pauschale für ihre Kinder ebenfalls bei ihrer Arge zu beantragen. Dies nur als Tipp von einem Betroffenen für andere Betroffene! Sollte die Bagis die Pauschale nicht erstatten wollen, muss man im Falle einer Klage selbstverständlich einen zugelassenen Rechtsanwalt beauftragen. Auch die Arge Oldenburg hatte sich bisher geweigert, die **Kinderversicherungspauschale** abzusetzen. Heute erhielt ich allerdings ein Fax, aus dem hervorging, dass man meinem Widerspruch stattgab.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Die Regierenden handeln rücksichtslos im Interesse der Konzerne

Am Freitagabend gab es mit über 70.000 Teilnehmern die bisher größte Demonstration in Stuttgart gegen das „S21“-Projekt. Die Parolen lauteten: „Mappus verpiss dich, keiner vermisst dich“ oder „Grube, Drexler, Schuster und Konsorten, kein Mensch glaubt euren Worten“. Hauptforderungen sind der sofortige Abriss- und Baustopp und ein Volksentscheid jetzt. Die SPD macht sich völlig lächerlich: Bisher war sie für „S21“, jetzt ist sie für den Volksentscheid, aber abgestimmt werden soll über die Frage: „Wollt ihr, dass wir weiterbauen, oder seid ihr bereit, 1,5 Milliarden Euro Schadensersatz zu zahlen?“ Das kommt natürlich gar nicht in Frage! Heute ist um 18:59 Uhr auch bei uns in Bremen „Schwabenstreich“ wie in Stuttgart.

Wer bezahlt denn die Zeche? Ich habe mir die Augen gerieben, als letzte Woche beiläufig erwähnt wurde, dass weitere 40 Milliarden Euro als Bürgerschaft für die Hypo Real Estate zur Verfügung gestellt werden. Bei einer Pleite der HRE, wie sie nun wieder mal ganz akut droht, wären die bereits gewährten 102 Milliarden fällig geworden. Damit sind wir bei 142 Milliarden angekommen, dem halben Bundeshaushalt, und der Zahlungsunfähigkeit ein großes Stück näher. Das ist ein Ritt auf dem Vulkan! Weg mit dem Spekulantenpack! Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selbst bezahlen! Dafür gibt es seit ein paar Tagen auch wieder Streiks und Demos in Griechenland.

In allen Bereichen wird immer deutlicher, dass die Regierung genau das tut, was die Monopolkonzerne wollen. So beim Ausstieg aus dem Atomausstieg: EON , RWE, ENBW und Vattenfall diktieren. Die Regierung will nun eine Laufzeitverlängerung ohne jede Nachrüstung! Unsere Gesundheit und die unserer Kinder interessiert sie einen feuchten Dreck! Dass in der Umgebung der Kernkraftwerke Kinder an Leukämie sterben: Was juckt sie das? Komisch übrigens, dass die Familien der Strombosse nicht in solcher Umgebung wohnen! AKWs töten auch schon beim „Normalbetrieb“, nicht erst beim Super-GAU. Jetzt will die Regierung Zwangsenteignungen für ein atomares Endlager in Gorleben durchführen, nachdem herauskam, dass in der Asse tausendmal mehr Fässer sind als angegeben, vor allem auch hochradioaktiver Abfall. Es wurden schon über 70.000 Unterschriften für die Forderung nach einem **Atomkraftstopp** gesammelt. Am **Samstag** dieser Woche ist **Großdemonstration** in **Berlin** (Abfahrt um 7:30 Uhr am ZOB). Es wird Zeit, dass die Enteigner enteignet werden und das Volk darüber bestimmt, was und wie produziert wird!

Von vielen Politikern wird so getan, als ob Thilo Sarrazin zwar provokant, aber durchaus berechtigt eine Debatte über „ Integrationsprobleme“ angestoßen habe. Dabei ist es einfach dumpfer Rassismus, wenn Sarrazin verbreitet, Deutschland würde dümmer, da die Immigranten so viele Kinder bekämen und weniger Intelligenz hätten als die Deutschen! Schon vor einem Jahr sagte er in einem Berliner Kulturmagazin, die in der Stadt lebenden „Unterschichten“, wozu er viele „Türken und Araber“ zählt, hätten Bildungsdefizite und seien nicht integrationsfähig. Er forderte eine Änderung der Sozialgesetze, sodass man „nicht durch Kinder seinen Lebensstandard verbessern kann“.

Nicht zu vergessen ist Sarrazins menschenverachtende Hetze gegen Hartz-IV-Empfänger, die sich „von den Regelsätzen ausreichend und gesund ernähren“ könnten. Statt Winterzuschüsse empfahl er, die Heizung abzudrehen: Man könne auch *zwei* Pullover übereinander anziehen. Dies von einem Mann, der nun mit 10.000. Euro pro Monat in Rente geht! Der eigentliche Skandal ist aber nicht Sarrazin selbst, sondern der Raum, der ihm von Politikern und Medien gegeben wird. Ich sehe dahinter die Absicht, von der begonnenen Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung abzulenken und neue „Sündenböcke“ zu schaffen – also nichts anderes, als ein Versuch der Spaltung im Interesse des Kapitals.

Was in Deutschland Thilo Sarrazin ist, heißt in den USA Terry Jones. Mit einer geplanten Koranverbrennung in bewusster Anlehnung an die Bücherverbrennung im Faschismus wollte er zum „Kampf der Kulturen“ aufhetzen, gegen die Muslime als neuer Zielgruppe, auf der sich die Wut entladen soll. Aber auch diese Rechnung wird nicht aufgehen: Die Menschen zur Ablehnung von der eigenen Unfähigkeit in Ausländer und Inländer spalten, auf diese faschistoide Politik fällt die Mehrheit nicht mehr rein! Bei Terry Jones kam jetzt heraus, was für ein übler Bursche er ist: Zu seiner Kölner Zeit schmückte er sich mit einem falschen Doktortitel, und in seiner damaligen Gemeinde ist Geld verschwunden, was mit seinem fluchtartigen Aufbruch in Verbindung gebracht wird.

Aber wachsam müssen wir sein: Von Samstag auf Sonntag wurden in Magdeburg 25 junge linke Jugendliche, zum Teil „Rebell“- Mitglieder, von NPD-Faschisten an einer Bushaltestelle zusammengeschlagen. Sie mussten ins Krankenhaus. Die Nazis waren ein Schlägertrupp des NPD-Wahlkampfs in Sachsen-Anhalt. Kein Fußbreit den Faschisten! Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda! Wehret den Anfängen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Mahnwache** gegen die **Rüstungshochburg Bremen** am **Freitag**, dem **17. September 2010**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide**, vor dem „Kapitel 8“.

Zur **Demonstration** in **Berlin** am **18. September 2010** gegen die **Verlängerung der AKW-Laufzeiten** fahren **Busse** um **7:30 Uhr** ab **ZOB**. Die Fahrt

kostet 25 Euro. Ruft vorher beim BUND an, damit geplant werden kann (Telefon 790 020, Mail Info(at)Bund-Bremen.net)! Auch „Die Linke“ hat eventuell noch Plätze frei. Bitte meldet euch in der Geschäftsstelle (Telefon 320 666) oder per Mail an Info(at)DieLinke-Bremen.de. Die Karte gibt es für zehn Euro, damit es für fast niemanden an den Finanzen scheitert. Abfahrt wäre 7:30 Uhr ab ZOB, zurück geht es gegen 19 Uhr ab Berlin. Als Alternative für interessierte Leute, die nicht nach Berlin fahren, ist für den gleichen Tag auch eine **Anti-Atom-Demo** in **Bremen** um **12 Uhr** ab **Hauptbahnhof** angemeldet.

Seit **Montag**, dem **13. September 20010**, ereignet sich **wöchentlich** um **18:59 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

296. Bremer Montagsdemo am 20. 09. 2010

Fräu Ley'n, Ihre Gesetzentwürfe sind alle verfassungswidrig!

1. Ein neuer Name, und alles wird gut, oder warum möchte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen so gern auf die Bezeichnung Hartz IV verzichten? Bei der „Neuberechnung" der Hartz-IV-Sätze wollte sie den Begriff „Basisgeld" im Sozialgesetzbuch neu etablieren, indem es die „Grundsicherung" für Erwachsene und Kinder ablöst. Erwogen wird ein Vorschlag wie „Basissicherungsgesetz für Erwerbsfähige und ihre Familien". Dabei sollen die Regelungen für die Bürger „verständlicher" werden als bisher. Dafür müssten wohl erst mal klare und eindeutig auszulegende Gesetze geschaffen werden! Nicht nur der Begriff „Hartz IV" ist negativ, sondern diese gesamte asoziale Gesetzgebung, die durch ein bisschen Kosmetik ebenso wenig inhaltlich verbessert wird wie durch Antifaltencreme der Hautalterung vorgebeugt werden kann. Ein Scherzkeks aus meinem Bekanntenkreis schlug die Bezeichnung „*Bagis*sicherungsgesetz" vor. Damit könnten doch zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden! Damit wäre ein wohlklingender Name geboren und der Fortbestand der Argen zudem gesichert.

Der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland", Martin Behrsing, betonte, dass wir keinen Versuch der bloßen Imageaufbesserung des Begriffs Hartz IV benötigen, sondern die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach einer Neuberechnung und einem transparenten Verfahren. „Basisgeld" lässt Schlimmes befürchten, indem die Gewährung von Leistungen in Zukunft noch undurchsichtiger wird und die über das „Basisgeld" hinausgehende Bedarfe vom guten Willen des sogenannten Familienlotsen oder Fallmanagers abhängen. Alle in diesem Zusammenhang bisher gemachten Vorschläge der Bundesarbeitsministerin liefen nur auf das Ziel hinaus, maximale Bevormundung und Einmischung des Staats in private und familiäre Angelegenheiten zu schaffen. Augenfällig liege es nicht in ihrer Absicht, die Hartz-IV-Armut zu beseitigen.

Derweil sieht es ganz danach aus, als ob Ursula von der Leyen mit einer immer schamloseren Trickserei bei der Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes

den nächsten Verfassungsbruch vorbereitet. Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Katja Kipping, kritisiert, das Ministerium gehe von einem **Regelsatz** von 430 Euro aus und berücksichtige dabei noch nicht mal alle Auflagen des Bundesverfassungsgerichts. Es gibt natürlich zu denken, wenn die Bundesregierung gleichzeitig die Herausgabe der Zahlen der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008“ gegenüber dem Parlament verweigert, obwohl diese längst vorliegen. Die Bundesregierung versucht die Abgeordneten bewusst in Unwissenheit zu halten, um das Würfeln, äh: die Berechnung, nach politischem Gutdünken beliebig manipulieren zu können! Wenn diese Manipulation von der Bundesregierung mit einem Zeitplan kombiniert wird, der eine seriöse Behandlung unmöglich macht, kommt dies einer Nacht-und-Nebel-Aktion gleich, die weit von der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes auf ein eigenständiges Grundrecht auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums abweicht! Bei dieser Methode ist weit und breit überhaupt gar nichts von der geforderten Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erkennen. Wir fordern eine verfassungsgemäße Neuberechnung der Regelsätze und der Ausgestaltung der Grundsicherung so lange, bis die vermaledeiten Hartz-Gesetze durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt werden!

2. Ich finde es unglaublich, dass der Bundesgerichtshof nun urteilte, Kinder müssten selbst dann für ihre Eltern zahlen, wenn diese sich wegen einer langen Krankheit im Grunde nie richtig um ihre Kinder kümmern konnten und seit Jahrzehnten kein Kontakt mehr gepflegt wurde. Im vorliegenden Fall dürfen Sozialbehörden die Heimkosten für pflegebedürftige Menschen auf deren erwachsene Kinder abgewälzen, wenn diese genug Geld haben. Nach diesem Grundsatz muss der Sohn einer verstorbenen, psychisch kranken Frau die **Pflegekosten** in Höhe von 40.000 Euro übernehmen. Auch wenn eine Mutter „grausam“ war, sei ihre psychische Krankheit kein Grund, die Kosten für ihre Pflege nicht zu übernehmen.

Ein 48-jähriger Mann hatte sich geweigert, der Stadt Gelsenkirchen mehr als 40.000 Euro an Pflegekosten für seine inzwischen gestorbene Mutter zurückzuzahlen, weil diese sich nur im ersten Lebensjahrzehnt und auch nur mit Unterbrechungen überhaupt um ihn habe kümmern können. Dabei litt die Mutter unter einem Waschzwang, habe ihre Kinder „zwangsgebadet“ und deren Kleider zerschnitten. Spätestens seit 1977 habe er keinen Kontakt mehr zu ihr gehabt. Das Karlsruher Gericht stellte klar, dass die Unterhaltspflicht der Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern zur innerfamiliären Solidarität gehört – und zwar auch dann, wenn die Kinder wegen einer „schicksalsbedingten“ Krankheit wenig von den Eltern hatten. Ich fürchte, dass zukünftig die Familienangehörigen anstelle des Staates immer mehr herangezogen werden. Das Geld ist dafür nicht mehr da. Das haben jetzt andere (Aktenzeichen XII ZR 148/09).

3. „Juchhu“, jubiliert Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und möchte den Boom prekärer Arbeitsplätze furchtbar gern als Jobwunder feiern dürfen. Dass die sin-

kende Arbeitslosigkeit in Wahrheit vor allem auf dem Boom von Billigjobs beruht, möchte er gar nicht so gern hören. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Sabine Zimmermann, kritisiert, die Zahlen des IAB gaukelten ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit vor, denn hinter der erwarteten Zunahme der Beschäftigung verberge sich ein dramatischer Strukturwandel am Arbeitsmarkt: Teilzeit und Minijobs ersetzen immer mehr Vollzeitarbeitsplätze, und Vollzeitarbeitsplätze gibt es inzwischen gar zu gern als Leiharbeit. So entstehen immer mehr Arbeitsplätze, von denen die Beschäftigten nicht leben können. Ans Feiern ist hier also nicht im Entferntesten zu denken, sondern hier ist die Politik gefordert, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und den Missbrauch von Lohnarbeit zum Lohndumping zu beenden! Des Weiteren sollte nicht vergessen werden, dass permanent die **Arbeitslosenstatistik** aufgehübscht wird, indem aus ihr auf dubiose Weise Arbeitslose nicht mehr mitgezählt werden, obwohl sie unverändert arbeitslos sind, weil sie zum Beispiel in einen „Lehrgang“ gestopft werden, krank sind, als Ein-Euro-Sklave arbeiten müssen oder ganz banal von Dritten oder privaten Arbeitsvermittlern „betreut“ werden.

Alle paar Wochen kommt dann die Meldung, in Deutschland gingen die Arbeitskräfte aus, zumindest, was die Facharbeiter betrifft. Es klingt so gut, was die gleichgeschalteten medialen Spatzen da von den Dächern pfeifen sollen, die seien Arbeitslosenzahlen derart gesunken, dass wir sogar schon von einem „Arbeitskräftemangel“ sprechen könnten. Eiderdaus, wieso gibt es denn überhaupt noch Erwerbslose? Wollen die nicht? Tja, in diese Richtung soll wohl gelenkt werden! Nach der schwersten Wirtschaftskrise seit Generationen wird nun sogar schon von einem „Jobwunder“ fantasiert. Mit einer Riesenportion Selbstbeweihräucherung vorgezeigt werden uns die Ergebnisse gut eines Jahrzehnts „moderner“ Tarifpolitik und moderater Lohnabschlüsse, eines international „wettbewerbsfähigen“ Industriestandortes und schmerzhafter, aber „erfolgreicher“ Hartz-Reformen der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder, und wir sollen vor Ehrfurcht erglühen! Zum Jubel ist es dennoch verfrüht, da sich dunkle Wolken am Horizont zeigen, die angesichts des demografischen Wandels und sinkender Bevölkerungszahlen von neuen Gefahren unken lassen, was die bereits erreichten „Erfolge“ gefährden könnte.

Vollmundig schwadronieren echte „Experten“ davon, die Erholung auf dem Arbeitsmarkt beruhe auf dem „kräftigen Aufschwung“ und auf strukturellen Effekten, vor allem aber auf den Hartz-Reformen, die den „verkrusteten Arbeitsmarkt aufgebrochen“ hätten. Das goldene Konzept des „Förderns und Forderns“ habe sich eben ganz fantastisch bewährt, da Arbeitslose nun eher dazu „bereit“ seien, auch ungeliebte Jobs anzunehmen. Um derlei „Aufschwung XL“, „Boom“ und „Vollbeschäftigung“ erhalten zu können, würden Menschen länger arbeiten, mehr Frauen in Vollzeit tätig sein und Menschen ohne Abschluss qualifiziert werden müssen. Doch ohne Zuwanderung sei langfristig keine Vollbeschäftigung zu erreichen. – Gehen nicht eher Deutschlands Zeitarbeitsfirmen die Fachkräfte aus? Wenn es Mangel gibt, warum wird der nicht einfach abgestellt, indem die Betrie-

be selbst ausbilden? Das schafft loyale Facharbeiter, die zudem den Betrieb und die Anforderungen kennen! Aber dies kostet dummerweise Geld, was inzwischen lieber dem Steuerzahler genommen wird.

4. Derzeit können Arbeitslose über 50 bis zu 24 Monate lang **Arbeitslosengeld I** beziehen. FDP-General Christian Lindner ist das zu viel, seine Partei fordert eine deutliche Absenkung der Bezugsdauer für ältere Arbeitslose: Überfünfzigjährige Erwerbslose sollten künftig maximal zwölf bis 18 Monate Arbeitslosengeld I beziehen, womit sich rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr einsparen ließen. Klar, die Langzeiterwerbslosen sind ja auch selber schuld an ihrer Arbeitslosigkeit und daran, dass sie trotzdem schon „so alt“ geworden sind! Oder ist bei der neoliberalen Einstellung der FDP gar nichts Menschliches wie eine Schuldzuweisung notwendig, um über das Parteiprogramm derartiges zu fordern? Könnte die FDP dann nicht einfach kontern, dass die Menschen in den meisten Fällen zwar nicht schuld daran seien, dass sie keinen Job mehr bekommen, aber es doch verstehen müssten, dass sie, wenn sie nicht mehr verwertbar sind, auch nicht so teuer sein dürfen? FDP, wofür steht das noch mal, für „Feige Dekadente Pest“?

Aber eines muss an dieser Stelle mal gesagt werden: Die Zeiten sind vorbei, in denen Güte, Liebe, Geduld an den Tag gelegt werden, wo der Anblick eines Kindergesichtes mit allen Merkmalen des Kindchenschemas an die eigene Fürsorglichkeit appellierten. Nein die neoliberale Politikergeneration reagiert nicht mehr auf einen überproportional großen Kopf, eine gewölbte Stirn, Kulleraugen, runde Wangen, sondern auf ein riesiges leeres Portemonnaie, auf das Rascheln von Banknoten und das Klirren von Münzen, vor einem herrschaftlichen Panorama aus Stahl und Glas und eiskalter Berechnung, Macht halt.

5. Am vergangenen Samstag fuhr ich morgens mit einem Bus der Partei „Die Linke“ zur Großdemonstration gegen die unverantwortliche Verlängerung der Laufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke nach Berlin. Es gibt absolut keinen nachvollziehbaren Grund, den beschlossenen Ausstieg aus der **Atomenergie** rückgängig zu machen, im Gegenteil: Gerade die alten Meiler weisen gravierende Sicherheitsmängel auf. Vor allem in Hinblick auf die Sicherheitsanforderungen betreibt die Bundesregierung Klientelpolitik, indem sie einseitig die Interessen der Konzernvorstände bedient, aber nicht die Belange von Beschäftigten und Bevölkerung berücksichtigt. Es ist einfach nicht hinnehmbar, wie sich das schwarzgelbe Gruselkabinett mit seinen heimlich geschlossenen Verträgen am Bundesrat vorbeizuschmuggeln sucht, nur weil es dort die Mehrheit verloren hat. Wenn wir eine derart unverantwortliche Politik erleben, die sich einzig um die Profite der Betreiber der Atomkraftwerke kümmert und sich nicht die Bohne um den Schutz der Bevölkerung schert, die noch immer keine Antwort darauf hat, wo der nukleare Abfall endgelagert werden kann, dann müssen die Bürger einfach massenhaft auf die Straße gehen, um den Politikern ihre Grenzen aufzuzeigen!

Auf der Autobahn sahen wir unzählige Busse, die ebenfalls nach Berlin unterwegs waren; wir winkten uns zu. Mit Sonderzügen und über 150 Bussen reisten Menschen aus dem ganzen Land nach Berlin, um gegen die Atompläne der Bundesregierung zu demonstrieren. Ihre Forderung war unüberhörbar: „Atomkraft: Schluss jetzt!“ Es wurde darüber berichtet, dass in Stuttgart der Sonderzug nach Berlin – angeblich wegen Reparaturen – 30 Minuten *früher* abfahren war, sodass die Demonstranten ihr Ziel nicht erreichen konnten und die Zahl der Wehrhaften entsprechend geringer ausfiel. Was für ein Zufall, dass der Zug nicht *später* abfuhr – wie sonst immer! Wir hörten auch, dass wir nicht wie geplant auf der Wiese vor dem Reichstag ankommen durften, sondern mussten mit dem viel kleineren Platz hinter dem Bahnhof vorlieb nehmen. Hier versammelten sich nach einer mehrstündigen Fahrt immer mehr Teilnehmer der Demo, und es war sehr unbefriedigend, hier so lange verweilen zu müssen, weil es einen Engpass bei der Brücke gab, die über den Bahnhof hinweg zum Regierungsviertel führte, das von den Demonstranten umzingelt werden sollte.

Symbolisch war das sicher eine gute Idee, praktisch jedoch für Demonstranten wie mich, die am Ende liefen, eine echte Tortur. Nach fünf Stunden Busfahrt nun stundenlang stehen zu müssen, dabei auch noch durch Mega-Lautsprecher unglaublich lauten Krach ertragen zu müssen, dem nicht ausgewichen werden konnte, das war fast unerträglich! Als es dann endlich weiterging und sich sogar endlich so etwas wie eine Demo entwickelte, fügten sich leider Lastwagen mit diesem Terror-Krach ein, der nicht auszuhalten war. Ich musste mir die ganze Zeit die Ohren zuhalten. Über Musikgeschmack lässt sich streiten, da bin ich tolerant, aber bei der Lautstärke wurden Grenzen überschritten, ohne Warnung, wir sollten Ohrenstöpsel mitnehmen. Aber ich freue mich darüber, dass am Samstag 100.000 Menschen in Berlin gegen Atomkraft demonstriert und das Regierungsviertel umzingelt haben. Aber eine normale Demo mit Bewegung wäre mir persönlich lieber gewesen. Ich empfand es als viel anstrengender als sonst und vom Erleben her unbefriedigend. Ich war sehr froh, dass ich gegen ein Uhr nachts endlich wieder zu Hause war.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Gottlob haben wir Kernkraft: Gerade jetzt, wo die Sonne abgeschaltet wird *(„Bild“-Zeitung)*

Diskussionsverweigerung: Statt über die Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes berichten die Medien über einen Amoklauf *(„Spiegel-Online“)*

Mauschelei: Arbeitsministerium errechnet 420 Euro als neuen Regelsatz, soll ihn aber auf 400 Euro drücken *(„Tageszeitung“)*

Kein Mitarbeiter am Telefon, kein Lebensmittelgutschein per Post

1. Ich war mit vielen anderen in Berlin zur Demo. Allein aus Bremen waren es neun Busse! Die Reaktion auf Regierungsseite zeigt: Es ist notwendig, dass wir wiederkommen! **Atomkraft** sei eine saubere und günstige Energiequelle: Dass dies eine Lüge ist, brauchten wir nicht zu diskutieren. Es bestand Übereinstimmung! Am Rande der Demo konnte ich meine Beweggründe darlegen und habe dazugelernt. Kernkraft ist selbst bei normalen störungsfreien Betrieb eine Gefahrenquelle, wie die Häufung von Leukämiefällen bei Kindern in der Nähe der Atomkraftwerke beweist. Doch die Wissenschaft ist über die Ursache gespalten. Die Betroffenen leiden dadurch doppelt! Eine *saubere* Energie? Bereits der Uranabbau ist gesundheitsgefährdend! Die *günstige* Energiequelle wird vom Steuerzahler verursacht: Die komplette Entsorgung erfolgt zu seinen Lasten, auch die Forschung und Entwicklung.

Als der Atomstrom „auf den Weg“ gebracht wurde, hat die Regierung festgestellt: Der strahlende Abfall ist so brisant, dass wir ihn nicht einem privaten Entsorger überlassen können. Um diesen Abfall kümmert sich der Staat! Damit wurden damals Bedenken zerstreut. Und was ist dabei rausgekommen? Die Schachtanlage Asse, die heute als GmbH geführt wird. War das eine Flucht der Regierung aus dem Risiko und der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und dem Rest der Welt mit allem, was da lebt? Frau Merkel hat bereits vor Monaten festgestellt, dass der Stromabsatz zurückgeht und Gegenmaßnahmen getroffen: Die Förderung der Elektroautos wurde kurzfristig umgesetzt. Die Nachfrageunterstützung sollte wohl die Laufzeitverlängerung rechtfertigen.

„Tschernobyl“ ist lange her? Damals gab es zwei Tage lang keinen frischen Salat zu kaufen. Danach war er wieder im Angebot. Er hatte sich nicht geändert: Die Grenzwerte wurden der Belastung angepasst. Noch heute werden Jäger für strahlenbelastetes Wildschweinfleisch entschädigt, nicht irgendwo, sondern hier bei uns in Deutschland! Die Waldbrände in Russland haben deutlich gemacht, dass eine erneute Verstrahlung möglich ist. Die marode Hülle um den Reaktor in Tschernobyl sollte erneuert werden, doch der Termin für den Baubeginn ist bereits verstrichen.

Das Probe-Endlage Asse wurde vorher nach Bergrecht betrieben und sollte auch nach Bergrecht geschlossen werden. Die hat die Antiatombewegung mit gerichtlicher Unterstützung verhindert! Jetzt wird es vom Bundesamt für Strahlenschutz risikovermeidend über eine GmbH betrieben. Die Bundesregierung hat

aber auch diesem Amt gedroht, ihm bei unliebsamen Forderungen die Zuständigkeit zu entziehen. Das geplante Endlager in Gorleben wurde scheinbar durch die von Bundeskanzler Kohl angeregten Textänderungen im Gutachten weiter als mögliches Endlager betrachtet. Inzwischen liegen die DDR-Akten offen. Demnach ist bei Probebohrungen im Salzstock Gorleben ein Bohrturm abgefackelt.

Die Rückholbarkeit des Atommülls steht im Gesetz. Sie soll entfallen. Erwogen werden Bohrlöcher in den Salzstock bei Gorleben, die nach Befüllung verschlossen werden. Dafür soll auch unverpackter Atommüll zugelassen werden. Unsere Nachwelt hätte keine Chance, dies zu ändern. Wie unsicher dieses Verfahren ist, ergibt sich schon aus den vorstehenden Zeilen. Atommüll wurde europaweit zur staatlichen Angelegenheit erklärt, doch wollen die Regierungen wirklich den besten Schutz für Ihre Bürger? Die Atomfässer am Strand von Somalia kommen nachweislich aus Europa.

Allein die Verstrahlung durch das Verwerten von Atomabfall in der Waffenproduktion ist beängstigend. Gewehrmunition, die durch die Verarbeitung von Uran panzerbrechend wird, ist doch eine Verseuchungsgefahr sondergleichen – für die Soldaten, die ohne Schutzausrüstung damit hantieren, genauso wie für die im Einsatzgebiet lebenden Menschen und die Natur. Glaubt jemand an die Begrenzung der Verstrahlung? Wind und Wasser transportieren die strahlenden Partikel um die Erde! Lasst uns damit aufhören! Ohne Atommeiler gäbe es diesen Abfall nicht, ein schöner Nebeneffekt des Ausstiegs! Soldaten, fragt euren Vorgesetzten nach der Urananreicherung, schaltet den Wehrbeauftragten ein! Glaubt nicht an die schützende Hand des Dienstherrn. Auch Radarstrahlung wurde jahrzehntelang verniedlicht und geleugnet.

Warum nimmt die Politik dies so wenig wahr? Die Munitionsbestellungen der Bundeswehr unterliegen den Vorgaben der Nato. Was vom Nato-Oberbefehlhaber zu halten ist, siehe 226. Bremer Montagsdemo. Die Politik kann dies thematisieren! Frau Merkel hat mit dem Vertrag über die Laufzeiten der Atomkraftwerke ihre Kompetenzen überschritten. Dieser Vertrag ist daher unrechtmäßig. Die Parlamentarier sind gefordert, sich nicht durch auf diesem Vertrag beruhende Schadenersatzansprüche der Konzerne einschüchtern zu lassen. Die Länder sind stark betroffen: Durch Bremen rollen ständig und unangekündigt Atomtransport. Eine Information der Bevölkerung erfolgt nicht – weil besondere Schutzmaßnahmen sowieso nicht möglich sind? Auch hier schafft nur die Abschaltung der Atomkraftwerke Abhilfe und ein Ende der Betroffenheit!

Die Förderung der Atomkraft steht im Lissabonner Vertrag. Außer der „Linken“ haben alle anderen im Parlament vertretenen Parteien diesem Vertrag uneingeschränkt zugestimmt. Die Förderung der Atomkraft wird insbesondere in Italien und England durch die Planung von neuen Kernkraftwerken umgesetzt. Wo ist die Initiative der politischen Mitstreiter zur Änderung dieses Lissabonner Vertrags? 70 Prozent aller Entscheidungen für Deutschland werden nicht mehr in Berlin oder in den Bundesländern, sondern in Brüssel getroffen. In Berlin erfolgt nur noch die Umsetzung der Vorgaben. Werden wir eines Tages erfahren, der

Ausstieg verstoße gegen EU-Recht, daher können wir gar nicht abschalten – und ein scheinheiliges „Na, versucht haben wir es ja“ dazu hören? Es Eilt! Der EU-Vertrag muss geändert werden! Dies sind die Gründe, warum ich gegen die Nutzung der Atomkraft bin.

Die Auswirkung der Laufzeitverlängerung auf die erneuerbaren Energien ist fatal. Die bestehenden Unternehmen sind leichte Beute für die Atomkonzerne. Scheinbar gilt der Aufkauf der Wettbewerber als Investition in die erneuerbare Energie! Liebe Volksvertreter, schaut genau hin und agiert nicht mit Bevollmächtigungsgesetzen! Ich als Wähler werde das Kreuz als Möglichkeit zur Förderung des Ausstiegs benutzen! Vertrauen in die Regierungen habe ich nicht mehr, auch daher ist der Ausstieg alternativlos! Die Unzulänglichkeiten der Veranstaltung wurden durch die „Flutung“ des Regierungsviertels mehr als ausgeglichen. Zum Glück war der Engpass eine Brücke und kein Tunnel. Ich habe noch nie so viele Menschen auf einer Veranstaltung getroffen, die uneingeschränkt einer Meinung waren: Atomkraft? Nein danke! Darum auch jede Woche um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei der Montagsdemo Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Letzte Woche habe ich über die **Sanktionen** bei Hartz IV berichtet. Sanktionen sind Geldstrafen! Die Bagis will jetzt anders handeln: Jede Mittelkürzung von über 30 Prozent soll durch Sachleistungsangebote abgemildert werden, egal, ob es einen Alleinstehenden oder ein Elternteil trifft. Diese sollen ohne Extraantrag gewährt werden. So weit die positive Seite! Die Einschränkungen lauten: Die Bagis verschickt keine Lebensmittelgutscheine per Post. Zur Ausgabe der Gutscheine muss der gültige Personalausweis vorgelegt werden. Für die Direktzahlung an den Energieversorger muss die Einwilligung des Betroffenen eingeholt werden. Dazu ist anzumerken: Die Bagis weiß sehr wohl, dass viele Sozialleistungsempfänger über keinen gültigen Personalausweis mehr verfügen. Außerdem sind die Leistungsempfänger persönlich bekannt. Wer von einer Sanktion betroffen ist, kann sich wehren! Auch die Vorlage eines Personalausweises ist keine gerichtsfeste Bedingung. Wie sich wehren geht? Lest den Beitrag zur 295. Bremer Montagsdemo!

Die Aussage, dass durch Sanktionen keiner in die Wohnungslosigkeit getrieben wurde, ist verharmlosend, denn es soll es gar keine Unterlagen über 100-Prozent-Sanktionen geben, jedenfalls nach Antwort des Senats der Freien Hansestadt. Auch erfolgt keine Klärung für nicht gestellte Leistungsanträge: Es schaut keiner, warum hat XY keinen Antrag gestellt? Woher nimmt jetzt eine Sprecherin der Bundesagentur diese Information? In der Statistik sind die 100-Prozent-Kürzungen in der Zahl „konnten den Leistungsbezug beenden“ enthalten. Offen bleibt auch, wieso die Bagis abweichend von den Weisungen der Bundesagentur gehandelt hat, und dies übereinstimmend. Nach der Presseerklärung will die Bagis wieder von der Weisung abweichend handeln, diesmal positiv abweichend. Wie erfährt der einzelne Sachbearbeiter dies? Wie wird dies zielsicher umgesetzt?

In dieser Woche war die Erreichbarkeit der Bundesagentur ein Thema. Die Sachbearbeiter sind *nicht* per Telefon erreichbar, das Servicecenter ist nur per kostenpflichtiger Sondernummer zu erreichen. Der Wunsch wird notiert und ein Rückruf des gewünschten Mitarbeiters innerhalb von zwei Tagen versprochen. „Bitte bleiben Sie erreichbar“, heißt es. Ohne Handy ist das glatter Hausarrest, und wenn es um eine mögliche Ausbildung geht, eine Tortur! Der Bildungsgutschein ist bereits für die Anmeldung zur Ausbildung nötig und kann nur vom schlecht zu erreichenden Sachbearbeiter ausgestellt werden. Persönliche Vorsprachen ohne Termin sind nicht möglich, einen Termin gibt es vielleicht in 14 Tagen. Für den Sprecher der Bundesagentur ist das kein Grund zur Änderung: Vorrang hat die ungestörte Beratung im persönlichen Gespräch beim Fallmanager! Für mich ist das ein unhaltbarer Zustand. Von dieser Bürokratiehürde sind auch Arbeitsplatzanbieter betroffen. Auch dies ist kein Trost, im Gegenteil! Schön, dass sich die junge Frau von der Presse informiert hat! Mehr Öffentlichkeit kann dies beenden. Ansonsten: Nimm dir einen Beistand mit und geh hin, bei Erfolglosigkeit hol dir die Unterstützung des Gerichts. Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Kaiser’s-Kassiererin „**Emmely**“ hat in den langen zweieinhalb Jahren mit zwei gerichtlichen Niederlagen bis zu ihrem gerichtlichen Erfolg gegen die skandalöse **Pfandbon-Kündigung** viel Unterstützung erfahren, auch in Bremen. Dafür möchte sie sich jetzt bei einer Rundreise bei ihren Unterstützer(inne)n bedanken. Die Bündnisse „Mayday“ und „Wir zahlen nicht für eure Krise“ laden daher herzlich ein zu einem **Gespräch** in lockerer Runde mit „Emmely“ am **Donnerstag**, dem **23. September 2010**, um **19:30 Uhr** im „Alla Hopp“, Bonbonfabrik, Hardenbergstraße 50-54.

Das Kleingedruckte in Hartz V

„Schneller, höher, besser, weiter“ war mal wieder das Aufmerksamkeit heischende Motto, um sich eher *vor* als *nach* Veröffentlichung des neuen Hartz-Gesetzentwurfs im „Google-News“-Ranking ganz oben zu finden. Dass da noch niemand den erst am Montagabend veröffentlichten Gesetzesverschärfungsvorschlag aus dem Hause von der Leyen kannte, fiel im Medienhype der vom Ministerium durchgestochenen Propagandawünsche gar nicht auf. Auch nicht, dass die Höhe der **Regelsätze** – sofern die Ministerin ihren Zeitplan besser einhalten wird als diese Woche – erst am kommenden Montag darin zu finden sein werden. Es gab wieder einmal nur Wahlkampfrhetorik, um eigene Positionen in die Medien zu brin-

gen. Grund genug, jetzt einmal ins Kleingedruckte der abermals verschärften Förderung von Willkür und Beschleunigung des Absturzes in Armut zu schauen!

Während alle wie die Kaninchen auf die Schlange ihre Aufmerksamkeit auf die Höhe der Regelsätze richten und damit abgelenkt sind, hat die „Hartz-IV-Plattform“ einen ersten Blicke in Teile der klammheimlich mitgelieferten Drangsalierungen aus der 136-seitigen Gesetzesänderung geworfen – ohne dass sie damit jetzt schon Anspruch auf eine vollständige oder gar juristisch abschließende Wertung erheben will und kann. An wenigen Beispielen wird jedoch deutlich, dass die Bundesregierung genau da den Riegel vorschiebt, wo bislang die Gerichte den Menschen noch Möglichkeiten lassen konnten, einen bodenlosen Absturz zu verhindern und die Chance auf eine Zukunft nach Hartz IV nicht gänzlich zu verlieren. Das Gesetz würde, sofern es die parlamentarischen Hürden ungehindert nähme, den Weg eröffnen, um die Lebensumstände der betroffenen Menschen noch mehr als bisher dramatisch zu verschlimmern!

In den Paragrafen 11 und 11a werden – im Sinne der bereits heute massenhaft vollzogenen Amtspraxis des Aushungerns durch Verzögerung von Bewilligungen – jetzt alle Türen endgültig sperrangelweit dafür aufgemacht. Das geschieht mit ergänzenden Sätzen, und zwar in § 11 („Zuflüsse aus **Darlehen** sind Einnahmen“) und im neuen § 11a („Nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind Darlehen, die ausdrücklich einem anderen Zweck als der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind“). Das hat nach Einschätzung der „Hartz-IV-Plattform“ folgende praktische Konsequenz: Wenn künftig – nach weitverbreiteter Amtspraxis – eine Leistungsbewilligung wegen angeblich nicht ausreichender Mitwirkung nach Belieben hinausgezögert wird, bleibt nur das Verhungern, denn per Darlehen geliehenes Geld für Essen und Trinken zum Überleben wird man dann nicht mehr zurückzahlen können, wie es die Rechtsprechung heute noch erlaubt!

Ein zweites Beispiel: Es ist zu befürchten, dass mit dem geänderten § 13 die bereits heute in den Ämtern praktizierten Schikanen zur Urlaubs-, das heißt „Ortsabwesenheits“-Verhinderung via urplötzlicher **Meldepflicht** oder Jobtermine verschärft werden. Dort ist eine neue Ermächtigung hinzugefügt worden: „Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu regeln, wie lange und unter welchen Voraussetzungen sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte außerhalb eines näher zu bestimmenden zeit- und ortsnahen Bereiches aufhalten dürfen, ohne Ansprüche auf Leistungen nach diesem Buch zu verlieren.“ Damit steht zu befürchten, dass die bislang auf den § 7 bezogene Erreichbarkeitsanordnung gekippt wird, die wenigstens eine 21-tägige Hartz-IV-Auszeit im Jahr bei „vollem Lohnausgleich“ ermöglichte durch die auf diese Zeit befristete Erlaubnis, den Wohnort auch mal verlassen zu dürfen.

Schließlich kippt der Gesetzentwurf bei der Wohnraumbemessung und -finanzierung selbst die realitätsnahe Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, das nach Ansicht der „Hartz-IV-Plattform“ nicht im Verdacht der Parteilichkeit für

Hartz-IV-Betroffene steht. Mit den neuen Paragrafen 22a und b wird nämlich die bislang noch rechtswidrige Wohnungs- und Heizungspauschalierung der Hartz-IV-Ämter abgesegnet. § 22a: „Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte auch ermächtigen, abweichend von § 22 Absatz 1 Satz 1 den Bedarf für **Unterkunft** und **Heizung** in ihrem Gebiet durch eine monatliche Pauschale zu berücksichtigen."

Getoppt wird das Ganze noch von einer kommunen- und behördenfreundlichen Aufforderung zur Mischkalkulation für Wohnungsgröße, Miete und Heizkosten, die allein die Sparbestrebungen der Kommunen befördern und die eine Regelsatzerhöhung, wenn wirklich eine kommen sollte, mehrfach auffressen wird, denn eine per Landesgesetz erlassene Satzung kann nach § 22b „bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für die Unterkunft als angemessen anerkannt werden. In der Satzung kann auch die Höhe des als angemessen anerkannten Verbrauchswertes oder der als angemessen anerkannten Aufwendungen für die Heizung bestimmt werden und eine Gesamtangemessenheitsgrenze gebildet werden."

Ob wir Sarrazins warme Pullover doch noch brauchen werden? Man darf gespannt sein, was die Bundesverfassungsrichter zu diesem Machwerk sagen, das sie vermutlich schneller als erwartet auf den Tisch bekommen werden. Noch geben wir allerdings die Hoffnung nicht auf, dass – anders als im Falle der Bundespräsidentenwahl – SPD, Grüne und Linke dieses Mal zusammenhalten und sich dem die Menschenwürde missachtenden Gesetz von Schwarz-Gelb spätestens im Bundesrat kraftvoll entgegenstellen!

Dass Ursula von der Leyen die Arbeitsministerin den Dreh- und Angelpunkt ihrer Folterwerkzeuge mit ihrem neuen Gesetzes- Vorschlag noch verschärfen will, ist Sarrazynismus ohne Rücksicht auf Menschen- und Grundrechte. Dabei wissen die juristischen Berater der Arbeitsministerin genau, dass mindestens seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar diesen Jahres die Vollstreckung des § 31 SGB II massenhaft angeordneter Verfassungsbruch ist. Damit stellt die Ministerin mit lautem Ablenkungsgetöse über die Regelsatzhöhe schon jetzt alle Ampeln nach Karlsruhe auf Grün. Die „Hartz-IV-Plattform" bereitet schon eine Verfassungsbeschwerde gegen den Sanktionsparagrafen vor, den sie dem Bundesverfassungsgericht unmittelbar nach Verabschiedung des neuen Gesetzes auf den Tisch legen wird. Als dort am 20. Oktober 2009 Hartz IV verhandelt wurde, war viel vom „lernenden Gesetzgeber" die Rede. Nach Auswertung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Schutze der massenhaft klagenden Betroffenen lässt der Gesetzesvorschlag aber nur einen einzigen Lernerfolg erkennen: Wie ziehe ich die Hartz-IV- Daumenschrauben so fest, dass den Klägern keinerlei Aussicht auf Erfolg bei den Sozialgerichten bleibt?

Das wird überdeutlich am Sanktionsparagrafen § 31. Den hatte dem Grunde nach das Bundesverfassungsgericht zwar bereits am 9. Februar 2010 für verfassungswidrig erklärt, indem es das unverfügbare Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verkündete. Umso unbegreiflicher erscheint es, dass

sich seit dem Ausweichmanöver in Richtung Rechtsfolgenbelehrung durch das Bundessozialgericht am 18. Februar kein Gericht zu dem Aus des § 31 SGB II bekannt hat. So „verfügen“ die Verwaltungen weiterhin ungeniert über dieses Grundrecht, obwohl es Kläger dagegen wahrlich genug gibt – Ermutigung für die Bundesregierung, das Gesetz noch mit weiteren Verschärfungen zu toppen?

Im § 31 sind es insgesamt nur fünf Wörter, die wohl zu einer dramatischen Verschlechterung führen werden. Wo bislang noch ein Rechtsanspruch bestand, herrscht jetzt durch die unscheinbare Hinzufügung von „oder deren Kenntnis“ Willkür und Rechtlosigkeit. Unter der neuen Überschrift „**Sanktionen**“ lautet nun der folgenschwere erste Satz des neuen § 31: „Erwerbsfähige Leistungsberechtigte verletzen ihre Pflichten, wenn sie trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis“ Eingliederungsvereinbarungen, Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheiten oder Maßnahmen verweigern. Das ist ein Freibrief für Willkür in der Verwaltung, die sich damit jede Rechtsfolgenbelehrung sparen kann und mit der bloßen Behauptung, ihr „Kunde“ kenne die Rechtsfolgen, durchkommt. Da nützt es vermutlich auch nicht, wenn es später heißt: „Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.“ Man darf getrost davon ausgehen, dass auch das Hinzufügen der beiden Wörter „darlegen und“ mit juristischer Tragweite und sicher nicht im Interesse der Betroffenen eingesetzt wurde.

Neu ist der § 31a über die „Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen“. Darin gibt es gleich mehrere Drangsalierungen: In der „Kann“-Bestimmung für die Absenkung einer 100-Prozent-Sanktion auf 60 Prozent ist die ehemalige Formulierung „unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls“ gestrichen worden. Es gibt somit noch weniger als bisher eine Chance zur Berücksichtigung des individuellen Schicksals! Auch diese Entscheidungen werden der reinen Willkür preisgegeben. Für Unterfünfundzwanzigjährige und neuerdings auch Jugendliche und Kinder unter 16 Jahren kommt es knüppeldicke: Während das alte Gesetz formuliert „Hilfebedürftigen, die das 15. Lebensjahr, jedoch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben“, ist der Kinderschutz im neuen Entwurf ersatzlos gestrichen worden. Da heißt es nur noch: „bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben“. Will der Gesetzgeber damit etwa sagen, dass er beabsichtigt, menschenrechtsverletzende Sanktionen auch auf Untersechzehnjährige anzuwenden: 100 Prozent Nahrungsentzug und drohende Obdachlosigkeit auch bei Kindern und in der Pubertät?

Ebenfalls neu im Gesetz ist der § 31b über „Beginn und Dauer der Minderung“. Es ist ein für ein demokratisches Gemeinwesen und die damit verbundenen ethischen Wertvorstellungen schwer erträglicher Zynismus, hier von „Minderung“ zu sprechen, wo Nahrungsentzug und Verlust der Wohnung vollstreckt werden. Alleine schon die Wortwahl ist eine Demütigung für die Betroffenen. Nach dieser ersten Einschätzung des verschärften Sanktionsparagrafen – ohne dass wir Anspruch auf juristisch Endgültiges oder Vollständigkeit erheben könnten – bleibt gar keine andere Wahl, als endlich die Bundesverfassungsrichter zu fragen,

ob derartige Formen staatlicher Gewalt mit der Menschenwürde des Grundgesetzes vereinbar sind.

Zuschrift von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

Da reden wir doch lieber von Tabak und Alkohol: Um Hartz IV zu ertragen, muss die Unterschicht betäubt werden *(„Bild“-Zeitung)*

Das kann zum Glück nur teuer werden: Hartz-IV-Empfänger werden vom „Hilfsbedürftigen“ zum „Leistungsberechtigten“ *(„Frankfurter Rundschau“)*

Sechs Sorten Scheiße

In Anlehnung an die Meinung, die sich Roger Willemsen laut „Tageszeitung“ über Heidi Klum gebildet hat, ist mensch versucht, den Gesetzentwurf der Chipkarten-Ursel nicht anders zu bewerten als so: „Der Exzess erreicht seinen Höhepunkt, wo sie mit Knallchargen-Pathos und einer Pause, in der man die Leere ihres Kopfes wabern hört, ihre gestrenge Entscheidung mitteilt und wertes von unwertem Leben scheidet. Da möchte man sechs Sorten Scheiße aus ihr herausprügeln, wenn es nur nicht so frauenfeindlich wäre!“

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Bremen hat kaum noch Geld für Ein-Euro-Jobs: Und das ist angesichts ihrer Unsinnigkeit und ihres Zwangscharakters zu begrüßen *(„Tageszeitung“)*

Warm und stinkend

Heute, am 24. September 2010, ist überall in den Medien zu lesen, zu sehen und zu hören, dass die „Bundesregierung“ die Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene und Kinder minimal, vielleicht allenfalls um 20 Euro erhöhen wird – rechnerisch aber durch Tricksereien den Anschein der Korrektheit zu wahren versucht. Dafür habe ich nicht sechs Jahre gekämpft und bin nicht vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um mitzuerleben, wie sehr diese Kriminellen, die sich derzeit „Regierung“ nennen, eben dieses Bundesverfassungsgericht und das Grundgesetz unsres Landes so derartig mit Füßen treten und somit *auf jedwede Rechtsstaatlichkeit*, die nicht ihre eigenen und die Taschen ihrer Bonzenfreunde füllt, klar und deutlich *warm und stinkend draufscheißen*.

Ich hab schon mit einigem gerechnet, aber nicht damit, dass diese Halunken Deutschlands höchstes Gericht und seine Verfassung derartig verhöhnen. Ich werde jetzt nicht schreiben, was mir momentan in meiner Wut und in meinem Zorn, der mich zu ersticken droht, durch den Kopf geht, was ich als geeignete Maßnahmen gegen diese Leute für sinnvoll erachte. Fragen tu ich mich aber, ob es für mich überhaupt noch sinnvoll ist, vor die EU-Gerichtshöfe zu gehen, denn wer als Regierung derartig warm und stinkend aufs Bundesverfassungsgericht und eben das Grundgesetz draufscheißt, der scheißt auch genauso auf die EU-Gerichtshöfe und auf geltendes EU-Recht sowie die Menschenrechte und so weiter und so fort.

Diese Verbrecher im Regierungsgewand tun noch etwas viel Schlimmeres: Sie verhöhnen nicht nur jene, denen sie durch jahrzehntelang verfehlte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik erst die Arbeitsplätze nahmen, um sie dann zu Niedriglohn- und Hartz-IV-Sklaven werden zu lassen, sondern sie scheißen auch auf uns Hartzis und Niedriglöhner, die wir dank der Inkompetenz dieser Politidioten heute keine existenzgesichert bezahlte Arbeit mehr haben. Sie scheißen auf uns drauf und lachen uns aus. Meine Familie will deshalb weiterhin nicht, dass ich weitermache.

Ich frage mich nun wirklich, ob meine Frau und Tochter nicht Recht haben damit, dass es überhaupt keinen Zweck hat, als kleiner Krauter, der ich nun mal bin, mich mit diesen stinkenden Regierungsverbrechern anzulegen. Heute wollte ein Journalist hierher kommen und mich zum Thema Regelsätze interviewen. Meine Familie hat das strikt abgelehnt, und meine Frau hat mir deutlich klargemacht, dass ich überlegen sollte, was mir wichtiger sei: meine Familie oder der Kampf gegen die Windmühlen, gegen diese Lügner und Betrüger, die sich Regierung nennen. Ich werde mir das dieses Wochenende gut überlegen.

Es scheint wirklich so zu sein, dass unter den realen Umständen, die an schlimme Zeiten in der deutschen Geschichte erinnern, der juristische Kampf ebenso sinnlos ist wie der öffentliche Kampf etwa durch Demos. Bliebe also nur noch eine Variante des Kampfes – und für die bin ich leider zu alt und zu krank und habe Familie, die mich braucht. Ich könnte aber alle verstehen, die jung und gesund und mutig genug sind, in diese Variante des Kampfes für Gerechtigkeit zu gehen. Solidarische und linke Grüße.

Zuschrift von Thomas Kallay, Kläger gegen die Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene und Kinder vor dem Bundesverfassungsgericht

Unter Lebensgefahr: Müssen Bremer Arbeitslose künftig Fahrkarten kontrollieren? *(„Weser-Kurier“)*

Minister lässt Bankert vom Staat alimentieren: Und dem Man-wird-doch-noch-sagen-dürfen-Blatt das Maul stopfen *(„Bild“-Zeitung)*

Willkür rechtfertigt Widerstand

1. Thomas Kallay ruft in meinen Augen mit Recht zum Widerstand gegen die Absichten bezüglich der neu festzusetzenden Regelsätze auf. Immer wieder wurden Einlassungen auch vom Bundessozialgericht mit abstrakten Vorschlägen zur Urteilsfindung abgelehnt. Das Gleiche war im Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht der Fall. Die Hartz IV-Gesetze sind auch deshalb neu zu gestalten. Die Wichtigkeit, nicht erneut ausschließlich abstrakte Berechnungen anzuwenden, wird allerdings schon dadurch wieder von der Regierung ignoriert beziehungsweise unterlaufen, indem man das Parlament viel zu spät oder auch gar nicht daran beteiligt. Auch dass man anscheinend keine notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe bereitstellen will, erscheint nicht unbedingt verfassungsgemäß, zumal man dann anscheinend die Mittel zum Fordern und Fördern entsprechend absenken muss. Da das Verfassungsgericht hierzu schon entschieden hat und man offenbar noch einmal fast genauso wie vor dem Urteil handelt, dürfte in meinen Augen jeglichen angemessenen Widerstand berechtigen.

Wolfgang Huber, ehemaliger Bischof von Berlin-Brandenburg, weist darauf hin, dass politische Herrschaft und Rechtsordnung ihre Legitimation wieder einbüßen und die Staatsloyalität ihrer Bürgerinnen und Bürger verlieren können, wenn von staatlichen Organen die Menschen- und Grundrechte, die elementaren Forderungen politischer Gerechtigkeit und die demokratischen Verfahren immer wieder missachtet werden. Huber sieht im grundgesetzlichen Recht zum Widerstand nach Artikel 20 einen unübersehbaren Hinweis auf die Bedeutung der Zivilcourage für die Erhaltung der **Demokratie**. Die gewaltsame Aktion bilde die Grundform dieses Widerstands. Die Pflicht zur Fürsorge für die Mitmenschen mache im Extremfall das Eingreifen gegen eine politische Obrigkeit nötig, wenn diese den Bürgerinnen und Bürgern beharrlich Schaden zufüge. Untätigkeit trage dazu bei, dass das Rad des staatlichen Rechtsmissbrauchs sich weiterdrehe und immer neue Opfer hervorrufe. Untätigkeit werde dann zur Mitschuld. Das entscheidende Kriterium für die Legitimität des Widerstands liegt im Blick von unten!

2. Verkündet war vom Vorstand der deutschen FDP,
Nicht etwa vom Drogensyndikat New York, oho:
Mehr Netto vom Brutto stimmt die Wähler froh!
Westerwelle selbst musste die Weisheit verkünden,
Und er tat es aus wahltaktischen Gründen, oho:
Mehr Netto vom Brutto stimmt die Wähler froh!

Hätte er nur gehört auf meines Großvaters Rat:
Fünf Pfennig bleiben dir nach Heirat von jeder Mark, oho!
Mehr Netto vom Brutto stimmt den Wähler froh?
Diesen Rat hat Guido bestimmt nicht gekannt.
Er rannte strahlend zum Bonner Standesamt, oho:
Mehr Netto vom Brutto stimmt die Wähler froh!

So glaubte Guido, er hätte den Beweis:
Die Steuerklasse war geändert, ganz ohne Scheiß, oho!
Mehr Netto vom Brutto stimmt auch Guido froh,
Aber die undankbaren Wähler der FDP
Hörten auf Großvaters klugen Rat, oho:
Mehr Netto vom Brutto macht nur *Junggesellen* froh!

Bei *immer weniger Brutto* durch FDP-Politik
Macht *mehr Netto* diese Partei unbeliebt, oho:
Sackt sie unter fünf Prozent, stimmt das den Wähler froh!
Und die Moral von dieser Geschicht:
Vertraut Opa – doch FDP-Politkern nicht!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Schluss mit Krieg, Sozialkahlschlag und Pro-Atom-Politik!

Immer größer wird der Widerstand gegen die Willkürherrschaft von Kabinett und Kapital in unserem Land, und dieser Widerstand beschränkt sich längst nicht mehr auf einen bestimmten Politikbereich. Der Bundesregierung, den Konzernen und Großbanken steht ein Heißer Herbst ins Haus, und die Friedensbewegung macht gegen den Afghanistaneinsatz mobil! Das ist gut und richtig so, denn Protest und Widerstand sind dringender denn je!

Deutschland ist zu einer Kriegs- und Ausbeutermacht geworden, indem es die Bundeswehr in zahlreiche Krisengebiete schickt, um deutsche Wirtschaftsinteressen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Diese Kriegspolitik verschlingt Milliardensummen, die viel besser für nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz ausgegeben wären. Deshalb

muss die Bundeswehr raus aus Afghanistan und all den anderen Einsatzgebieten! Das sind wir uns selbst und auch all jenen schuldig, die im Krieg zuallererst eine Dehumanisierung menschlichen Denkens erkennen.

Charakteristisch für diese Dehumanisierung des Denkens sind auch Hartz IV, Lohndrückerei und die skrupellose Kumpanei mit der Atomindustrie: Verlängerte AKW-Laufzeiten bedeuten hohe Verstrahlungsgefahr für Zehntausende, aufgeweichter Kündigungsschutz sowie Hartz IV haben zu einer gewaltigen Ausdehnung des Niedriglohnsektors geführt. Hartz IV bedeutet staatliche Subventionierung schlecht bezahlter Arbeit und Disziplinierung der Armen. Es bedeutet Diffamierung, Entrechtung und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben für Millionen erwerbslose Menschen! Thilo Sarrazin, Roland Koch, der Bremer Professor Gunnar Heinsohn und Guido Westerwelle haben vorgemacht, wie man gegen die Betroffenen hetzt! Die Zunahme schlecht bezahlter Arbeit hat außerdem dazu geführt, dass auch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren einen beispiellosen Lohnabbau erleiden mussten.

Deutschland ist so innerhalb der EU zu einem Billiglohnparadies geworden. Diesen Wettbewerbsvorteil nutzt die exportorientierte deutsche Wirtschaft, um Extraprofite zulasten anderer Volkswirtschaften einzufahren. Auf diese Weise hat Deutschland unter anderem die griechische Außenhandelsbilanz verhagelt und zur Staatsverschuldung auch in anderen europäischen Ländern beigetragen. Diese Länder schnüren jetzt ebenfalls massive „Sparpakete“ gegen die Bevölkerung. Dafür gesorgt haben mit erheblichem Druck besonders Deutschland, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank.

Die Krise ist global! Überall sind die Ärmsten der Armen betroffen. Vor allem in den „Entwicklungsländern“ sind die Menschen in ihrer Existenz bedroht. Die Zahl der Hungernden ist um über 200 Millionen in die Höhe geschnellt, unter anderem, weil Finanzhasardeure und andere zwielichtige Gestalten begonnen haben, mit Nahrungsmitteln zu spekulieren. Weltweit fliehen Millionen Menschen vor Hunger, Krieg und Krankheit in den Norden, wo ihnen oft schon vor Erreichen der EU-Grenzen Ertrinken im Mittelmeer oder Lagerhaft und Abschiebung zurück ins Elend ihrer Herkunftsländer drohen.

Keine „Krisenlösung“ zulasten der Armen! Nein zu dubiosen „Sparpaketen“, zur „Kopfpauschale“ und weiteren Verschlechterungen im Gesundheitswesen! Abschaffung aller Hartz-Gesetze und im ersten Schritt eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich! Zehn Euro Mindestlohn und Abschaffung der Leiharbeit! Weg mit der Rente mit 67! Die Reichen und Verursacher der Krise sollen zahlen! Ob Vermögensteuer, erhöhte Spitzensteuersätze oder Finanztransaktionssteuer – die Besitzer hoher Kapitalvermögen müssen massiv zur Kasse gebeten werden. Nicht „zu hohe Kosten“ sind das Problem, sondern die fehlenden Staatseinnahmen!

Für eine lebenswerte Gesellschaft sind umfassende Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen und Pflege dringend notwendig! Banken und Schlüsselindustrien müssen vergesellschaftet werden! Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört in

die öffentliche Hand! Zu fordern ist weltweit ein ökologischer Umbau der gesamten Gesellschaft. Nein zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke, keine Geschenke an die Atomindustrie! Keine „Krisenlösung“ auf Kosten ärmerer Weltregionen. Schluss mit rassistischer Hetze gegen Migrant(inn)en und andere „Minderheiten“! Gleiche Rechte für alle! Nur ohne Ausbeutung, Repression und Krieg kann es eine lebenswerte Zukunft für die Menschheit geben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Nun beginnt die Abwälzung der Krisenlasten

Die Angriffe auf Arbeitslose, Arbeiter und Rentner gehen weiter: Nach der Streichung des Elterngeldes und des Übergangsgeldes von ALG I zu ALG II und dem Wegfall des staatlichen Beitrags zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose plant die Regierung, am kommenden Mittwoch die Erhöhung des Krankenkassenbeitrags von 7,9 auf 8,2 Prozent zu beschließen (mit dem Arbeitgeberanteil von 7,3 Prozent dann auf insgesamt 15,5 Prozent) – und den Unternehmeranteil dann festzuschreiben und nicht mehr zu erhöhen! Merkel nennt die Abzocke der Kassenmitglieder „gelebte Solidarität“. Immer erfinderischer wird ihre Wortwahl: Den Kniefall vor der Atomstrommafia nannte sie „Revolution“.

Ihre Begründung lautet, durch Senkung der „Lohnnebenkosten“ für die Unternehmer würden Arbeitsplätze gerettet. Wenn sie den Mund aufmacht, lügt sie: Weniger als neun Prozent vom Umsatz werden nur noch für Löhne einschließlich aller „Lohnnebenkosten“ aufgewendet. Der Löwenanteil fließt in die Profite und in hochriskante Spekulation. Das ist der Durchschnitt, die großen Monopole zahlen noch viel weniger! Deswegen fordert die MLPD sechs Prozent Sozialsteuer auf den Umsatz. Damit könnten alle Sozialleistungen getragen werden: Jene, die *wir* bezahlen, und die sogenannten Lohnnebenkosten.

Noch dreister ist die Westerwelle-Partei: Johannes Vogel fordert die Streichung von 1,5 Milliarden Euro beim ALG I für Ältere: Längeres Arbeitslosengeld helfe den Menschen nicht, sondern vermindere die Chancen auf ein „selbstbestimmtes Leben ohne Unterstützung“. Vielen Dank auch! Widerlich zynisch wird hier dasselbe vertreten wie von FDP-General Lindner: die Streichung des ALG I für Überfünfzigjährige von 24 auf zwölf bis 18 Monate!

Die Regierung wird immer offener zum Profitbeschaffer für die Konzerne. Letzte Woche bekam die Hypo Real Estate weitere 40 Milliarden Euro Bürgschaft. Gestern stand in der Zeitung, die Pleitebank zahlt 25 Millionen „Boni“ an seine leitenden Angestellten! 150 Milliarden Euro kassieren die Stromkonzerne EON, RWE, ENBW und Vattenfall zusätzlich, wenn es zur von der Bundesregierung geplanten Verlängerung der AKW-Laufzeiten kommt, wohlgemerkt ohne jegliche Nachrüstung der alten Schrottreaktoren, deren Risiko eines Super-GAUs ums Zigfache steigt! Die dafür zu entrichtenden 13 Milliarden können sie auch noch von der Steuer absetzen und entziehen sie den Kommunen.

Aber das Volk macht nicht mehr mit! Der Widerstand gegen „S21“ wächst, wieder kamen 55.000 am Freitag zur Demo. Ein Zeltlager wurde im Schlosspark aufgeschlagen, „S21“-Projektsprecher Drexler von der SPD ist zurückgetreten. In Berlin demonstrierten100.000 Menschen gegen die AKW-Pläne und haben wenig Vertrauen in eine zukünftige rot- grüne Regierung. Mit der haben wir unsere Erfahrungen gemacht! Wer hat denn damals die Anti-AKW-Bewegung mit dem „32-Jahre-Ausstiegspaket“ gespalten und zerstört? Das waren doch die Grünen mit ihrem Umweltminister Trittin! Und wer hat die Hartz-Gesetze gemacht? Zunehmend ist aktiver Widerstand gefragt und nicht Vertrauen in die jeweilige Opposition. Wir sind das Volk!

Wolfgang Lange (MLPD)

80.000 Demonstranten gegen „S21“-Wahnsinn

Ich begrüße Sie zum **Schwabenstreich** in Bremen! Ich habe die große Freude, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass heute der zweite Schwabenstreich in Düsseldorf stattfindet – und der erste in Köln. Ich gehe davon aus, dass auch nächste Woche in Frankfurt die erste Demo stattfindet. Das Wichtigste der letzte Woche ist der Rücktritt von Wolfgang Drexler, der in seiner SPD keinen Rückhalt mehr für „S21“ hat. Das erste Opfer! Wenigstens einer, der weiß, wo der Hase läuft. Herr Mappus und Herr Grube sind noch nicht so weit. Die Montagsdemo mit 17.000 Teilnehmern wurde durch gezielte Abrissarbeiten zur Unruhe provoziert. Das führte seitens der „S21“-Gegner zu Protesten bei der Polizei. Diese hat die Abrissarbeiten einstellen lassen.

Die Freitagsdemo wurde mit mehr als 80.000 Teilnehmern im Schlosspark durchgeführt. Die Parkschützer haben eine Zeltstadt gegründet und aufgebaut, die von starken Polizeikräften friedlich zum größten Teil abgebaut wurde. Aus diesem Grund mache ich hier einen Spendenaufruf: Wir sammeln für unsere Freunde in Stuttgart gebrauchte Zelte, Schlafsäcke, warme Decken und Spirituskocher. Herr Mappus scheint zu glauben, dass Demokratie und Republik nicht zusammengehören. Da hat er sich aber ordentlich geschnitten! Demokratie heißt nicht, alle vier Jahre seine Kreuzchen zu machen – und danach haben die Politiker einen Freibrief, um alles machen zu können. Demokratie heißt auch, dass die Bürger für ihre Belange demonstrieren dürfen und dass man sie nicht mit überzogenen Polizeiaufmärschen einschüchtern will und als gewalttätig hinstellt. Die Demokratie wird siegen! Oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Seit **Montag**, dem 13. September 2010, ereignet sich **wöchentlich** um **18:59 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne.

Verdi und das „Bremer Antikrisenbündnis“ rufen für **Mittwoch**, den **29. September 2010**, zu **Protestkundgebungen** am **Dom** um **15:30** und **16:30 Uhr** auf.

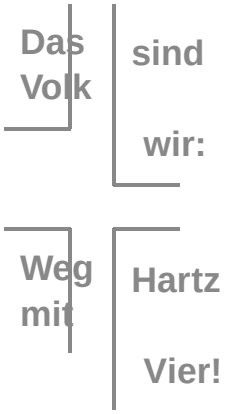
Länger lohnarbeiten, weniger verdienen?

Wir möchten euch gern zu folgender bundesweit beworbender **Demonstration** anlässlich der deutschen Einheitsfeierlichkeiten in **Bremen** am **2. Oktober 2010** um **16:30 Uhr** am **Hauptbahnhof** einladen: „**Staat, Nation, Kapital, Scheiße**!“ Am 3. Oktober wird in Bremen die nationale Würstchenmeile aufgeschlagen. Superdeutschland begießt 20 Jahre Einheit, mit Angela, Christian und Nena. Es gibt zwar kein Freibier, aber wir kommen trotzdem! Wo Volk und Staat ihren Burgfrieden feiern, müssen wir eins klarstellen: Ihr könnt uns mal mit eurem Standort und eurem Gequatsche von „sozialer Marktwirtschaft“. Wir machen keinen Finger krumm, damit Deutschland „gestärkt aus der Krise hervorgeht“. Denn das heißt im Klartext bloß, dass jeder Winkel der Gesellschaft noch straffer durchrationalisiert wird. Härter konkurrieren, länger lohnarbeiten, weniger verdienen und immer unsicherer leben bis ans Ende aller Tage – das ist die deutsche Utopie nach dem „Ende der Geschichte“ von 1989/90! Viele Grüße.

Zuschrift der „Basisgruppe Antifaschismus“

2.000 Beamte im Einsatz: Liefert die bundesdeutsche Staatsmacht zum Gedenktag der „friedlichen Revolution“ den Gewaltexzess nach, der vor 20 Jahren dank der Weisheit der DDR-Obrigkeit ausgeblieben ist? *(„Radio Bremen“)*

Für den **Tag der Deutschen Einheit** am **Sonntag**, dem **3. Oktober 2010**, wird vorgeschlagen, um **13 Uhr** unter dem Motto „ **Wir sind das Volk**“, aber ohne politische Parolen auf die Straße zu gehen. Gelegenheit für ein Hartz-IV-Erntedankfest? In Bremen kommt als Treffpunkt eigentlich nur der **Dom** infrage.



Fünf Euro mehr für die Menschenwürde: „Dieses zutiefst ungerechte, verfassungswidrige und asoziale Geschacher und Getrickse der Koalition, um den Hartz-IV-Regelsatz künstlich niedrig zu halten und die Betroffenen noch schärfer zu unterdrücken, darf nicht Gesetzeskraft erlangen“ *(„Spiegel-Online“)*

Intransparenz währt bis Ende Oktober: Nach Vorgaben des Verfassungs gerichts beträgt der Regelsatz mindestens 631 Euro *(„Sozialticker“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

297. Bremer Montagsdemo am 27. 09. 2010

Die Hartz-IV-Verschlimmerungen übersteigen fünf Euro bei Weitem

1. Die Höhe der **Regelsätze** wurde nunmehr mit plus fünf Euro verkündet. Die Schleiertänze sollen beendet sein. Aber die Regelsatzhöhe ist nur eine Seite der Medaille – und der krasse Betrag ein krasses Ablenkungsmanöver. Frau von der Leyen war bei Anne Will, natürlich wegen der Regelsätze: „Sollen wir Flugreisen und illegale Drogen drinlassen?“, hat sie sinngemäß Klaus Ernst gefragt. Allein diese Fragestellung hat mich nachdenklich gemacht, denn ausgewertet wurden die *geringen* Einkommen. Wer sich mit einem solchen Einkommen eine Flugreise leistet, wird den Gegenwert bei seinen anderen Ausgaben einsparen, sich diese Reise also vom Munde absparen. Wenn alle anderen Ausgaben, die sich ja reduziert haben, gewertet werden, gehört die Flugreise auch dazu! Die illegalen Drogen wird sich die „Gute“ wohl aus den Fingern gesogen haben.

Bereits im Vorfeld hatte die Ministerin angekündigt, dass diesmal der Regelsatz auch die Gesundheitsreform mit der Praxisgebühr berücksichtige. Wieso diese Feststellung? Wegen der vergessenen Gesundheitsreform wurde der Regelsatz bereits 2005 berichtigt. Es wurden tatsächlich noch kürzungsfähige Ansätze gefunden, dadurch konnte die Regelsatzhöhe unverändert bleiben. Die Gesundheitsreform war somit auch im bisherigem Regelsatz enthalten, jedenfalls noch den Ausführungen der Regierung. So holen einen die eigenen Schandtaten ein! Entgegen der offiziellen Begründung für die geplante magere Erhöhung im Jahr 2011 ist wohl jedem klar, dass dieser Regelsatz nicht für ein menschenwürdiges Leben reicht. Jetzt müssen wir nur noch nachsehen, wie getrickst wurde! Die Gelegenheit ist günstig: Am verkaufsoffenen **Sonntag**, dem **10. Oktober 2010**, soll in **Oldenburg** die **Aktion „Krach statt Kohldampf**“ stattfinden. Gefordert werden 80 Euro mehr im Monat für Ernährung.

Ein Verstoß gegen die Auflagen des Verfassungsgerichts besteht in der Koppelung der Regelsätze an die Lohnentwicklung. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Bindung an die Preisentwicklung vorgeschrieben – wohl wissend, dass

gerade die Hartz-Gesetze weiterhin für eine rasante Talfahrt der Löhne und Gehälter sorgen. Die 100-Prozent-Koppelung an die Preisentwicklung ist die einzige Alternative, da der Regelsatz bedarfsdeckend sein muss! Die weitere Absenkung der Löhne und Gehälter wird zu einer vermehrten Zahl von Aufstockern führen. Auch der Lohn für die „Bürgerarbeit“ führt zu Aufstockungsansprüchen jedes Hilfebedürftigen und nunmehr „Leistungsberechtigten“. Es geht auch nicht mehr um das Lohnabstandsgebot, weil die Bedarfsdeckung erforderlich ist. Der Abstand zu den Löhnen wird durch den Freibetrag bei Erwerbseinkommen gebildet. Die gesunkenen Löhne lassen keinen größeren Abstand mehr zu! Jeder Hilfebedürftige oder „Leistungsberechtigte“ muss jede zumutbare Arbeit annehmen, auch wenn der Arbeitslohn 30 Prozent unter dem Tarif- oder ortsüblichen Lohn liegt. Wie soll da noch ein Lohnabstandsgebot umgesetzt werden? Die Lösung wäre ein auskömmlicher Mindestlohn. Dies wird von der Regierung nicht umgesetzt, und so sackt der Lohn rasant immer weiter nach unten!

Selbst die Änderung der Zumutbarkeitsgrenzen wird nicht umgesetzt. Die Freibeträge für Arbeitseinkommen wurden bisher durch einen Platzhalter im Referentenentwurf vorgemerkt (§ 11 bis § 11b SGB II). Die Umbenennung von Hartz IV ist wieder einmal gescheitert. Die Umbenennung des Hilfebedürftigen in einen „Leistungsberechtigten“ steht noch im Referentenentwurf, zusammen mit vielen weiteren Änderungen des SGB II und SGB XII. Harald Thomé, Referent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht, hat dazu geschrieben: „Er beinhaltet eine Vielzahl von deutlichen Verschärfungen im SGB II und in verfahrensrechtlichen Bereichen“. In der Gegenüberstellung ist dies nachlesbar. Noch ist alles nur der Entwurf eines Gesetzestextes ohne die Paragrafen 11a und 11b. Der Kampf gegen die Zwangsumzüge hier in Bremen und anderswo erhält hiermit eine Neuauflage.Die Umsetzung dieses Referentenentwurfs würde trotz geringer Erhöhung der Regelleistung insgesamt sogar zu einer Ersparnis für den Bundeshaushalt führen. Wir halten wir dagegen! Gemeinsam können wir dies verhindern!

2. Die Bagis, die Bremer Arge, wird völlig umgekrempelt und in ein **Jobcenter** überführt, so der „Weser-Kurier“ vom 26. September 2010). Frau Ingelore Rosenkötter holt sich die Verhandlungsvollmacht am Dienstag dieser Woche vom Senat. Verhandelt wird, ohne vorher die Deputationen zu informieren! Die Bagis wird zu Jobcenter Nummer fünf in ganz Deutschland, denn Bremen ist ein Armenhaus! Das Mitarbeiterlage ist angespannt – offiziell, weil alles in der Schwebe hängt. Ich glaube, dieser Arbeitgeber hat seine Glaubwürdigkeit verspielt! Im neuen Jobcenter soll es möglich sein festzustellen, wer die Akte bearbeitet und wer die Entscheidung getroffen hat, dass zugesagte Maßnahmen auch bezahlt werden. Es soll *einen* Personalrat geben und *ein* Vorgesetzter allen Mitarbeitern seiner Abteilung Weisungen erteilen können. Daraus folgen die Zustände, welche die jetzige Behörde beherrschten. Der Einfluss von Bremen auf diese Behörde soll erhalten bleiben, so der Wunsch der Grünen an die Verhandlungsführerin. Der Einfluss der Hansestadt konnte die Bagis in der Vergangenheit aber nicht für überzogene Stra-

fen, Sanktionen oder Leistungskürzungen zurechtweisen, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Die Umgestaltung der Bagis folgt Zielen der Bundesagentur.

3. In Bremen wird die Deutsche Einheit gefeiert, nunmehr auch in Berlin („Weser-Kurier vom 25. September 2009“: Der Bundestag hat geplant, eine Stunde zu feiern, Herr Lammert möchte das so. Geladen hat er zu dieser Feierstunde am Sonntag damalige und heutige Vertreter der Verfassungsorgane. Viele davon feiern in Bremen – und fliegen mal eben zur Feierstunde nach Berlin und zurück? Angesichts der Haushaltslage ist eine konkurrierende Feier nur schwer zu ertragen, meint dazu Walter Müller von der Fraktion „Die Linke“. Auch die Grünen stören sich an diesen Plänen. Her Röwekamp von der CDU meint, denen stehe es nicht zu, anderen das Feiern zu verbieten. Herr Röwekamp, gegen feiern hat ja keiner etwas – aber bitte selbst bezahlen und nicht über die Spesenabrechnung!

Weitere **Verschwendung** besteht in den Gehältern für Ex-Kommissare der EU und den üppigen Pensionen für Chefs der HRE, der Bank auf dem politischen Altar. Welch ein Gegensatz, Milliarden zur „Bankenrettung“, Millionen zur Regelsatzerhöhung! Am **Mittwoch**, dem **29. September 2010**, rufen Verdi und das „Bremer Antikrisenbündnis“ zu **Protestkundgebungen** auf dem **Domshof** um **15:30** und **16:30 Uhr** auf. Darum auch Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Übrigens bin ich im Museum gelandet. Dabei fühle ich mich eigentlich noch gar nicht so alt! Das Focke-Museum hat die Sonderausstellung „Bremen 1945 bis 2010 – So viel Wandel war nie“ eröffnet. Dabei geht das Museum bis ins Heute. Zur Ausstellung gehören auch Videoaufnahmen mit Zeitzeugen mit ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen zur Veränderung in Bremen. Die Ausstellung ist sehenswert! Ich habe mich mit meinen Erfahrungen beteiligt und konnte meinen Anstoß zur Begleitung unter dem Motto „Wir gehen mit“ und einige Erfahrungen rund um das ALG II und die Bagis schildern.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Gewaltexzess gegen friedliche Anti-„S21“-Demonstranten: Was sollen Schüler von einem Staat halten, der sie von der Straße spritzt? *(„Spiegel-Online“)*

Es ist Klassenkampf

1. Letzte Woche zog die Staatengemeinschaft auf einem mehrtägigen UN-Gipfel Bilanz, wie weit die zu Beginn des Jahrtausends versprochene Armutsbekämpfung vorangekommen ist. Von dem vor zehn Jahren verpflichteten Millenniumsziel, bis 2015 die die **Armut** zu halbieren, sind sie doch meiner Meinung nach weiter denn je entfernt! Woher nimmt Frau Merkel die Chuzpe zu behaupten, dass

die Zahl der Hungernden auf der Welt im vergangenen Jahr um 100 Millionen gesunken sei? Komisch, lauschen wir verschiedenen Nachrichten, oder verhält es sich hier wie mit der aufgehübschten Arbeitslosenstatistik? Dabei hätte unsere Welt natürlich das Wissen und auch die Ressourcen, die Millenniumsziele zu erreichen! Aber augenscheinlich fehlt der Welt, gemeint sind damit die Regierungen, der Wille, nicht nur auf dem Papier so etwas wie ein Grundrecht auf Leben für alle zu gewähren, sondern dieses im Sinne der Allgemeinheit höher zu stellen sei als das Recht auf Raubtierkapitalismus mit ungebremster Profitgier! Das Gipfeltreffen mit rund 100 Staats- und Regierungschefs ist doch eine reine Alibiveranstaltung, wo die Politiker es sich gut gehen lassen und sinnlos Geld verprassen, das besser für die Hungernden ausgegeben worden wäre! Ich vermute, dass es bei diesem Treffen eher darum geht, neue Märkte zu erschließen, die zuvor eigens dafür geschaffen wurden. Wenn diese Veranstaltung auf einem „Gipfel“ veranstaltet wird, dann kann es sich dabei höchstens um den „Gipfel der Frechheit“ handeln! Auch der Begriff „Armutsbekämpfung“ hört sich eher nach einer kriegerischen Auseinandersetzung an als nach echter Hilfe an. Da macht die Kanzlerin in New York große Worte zum Thema Armut, scheint jedoch im gleichen Atemzug kein Problem damit zu haben, dass die Armut, weil staatlich gelenkt, im eigenen Lande beständig zunimmt!

2. Obwohl Gesundheitsminister Philipp Rösler gerade dabei ist, die Arbeitnehmer und Kassenpatienten mit dem eingefrorenen Arbeitgeberanteil immer mehr einseitig zu belasten, kreischen schon die Hyänen aus der Wirtschaft und fordern weitere „Nachbesserungen“ zu ihren Gunsten. Der Kranke ist dabei immer der Dumme, so viel steht fest. Der AOK-Bundesverband spricht davon, dass die Gesundheitsreform nur eine Notoperation sei. Die Arbeitgeber fühlen sich noch immer zu stark belastet, wohl weil sie überhaupt etwas bezahlen sollen. Lediglich die privaten Krankenkassen halten sich auffällig zurück – schließlich gehören sie zu den Gewinnern der Reform. Wenigstens ist es Philipp Rösler noch nicht gelungen, den Gesundheitsfonds abzuschaffen und das Gesundheitswesen finanziell auf komplett neue Füße zu stellen. Statt bei den kranken Kassenpatienten zu knapsen, sollte Rösler lieber bei der Pharmaindustrie klotzen und sie in deutliche finanzielle Schranken verweisen! Warum sind denn bei uns die Medikamente so teuer wie in keinem anderen EU-Land? Wenn wir derart viel dazu bezahlen müssen, frage ich mich ohnehin, wieso ich überhaupt noch **Krankenkassenbeiträge** zahlen muss, auf die in Zukunft auch noch Zuschläge drauf gesetzt werden. Weil aber der Arbeitgeberanteil an den Krankenkassenbeiträgen eingefroren wird, sind die Arbeitgeber dauerhaft aus dem Schneider. Auch Philipp Rösler zeigt, wer seine Klientel ist: An den steigenden Gesundheitskosten werden sie sich nicht beteiligen müs-

sen. Auf diese Weise schleicht sich die vermaledeite Kopfpauschale klammheimlich und leise zur Hintertür herein. Der Sozialausgleich für die Geringverdiener wird ganz asozial aus Steuergeldern bezahlt, obwohl davon auch schon die Aufstocker zusätzliches ALG II beziehen, weil die Unternehmer ihnen keine Löhne zahlen müssen, von denen sie leben können. Diese Regierung nimmt sich raffgierig das Geld von den Geringverdienern und schüttet es über den Häuptern derer, die ohnehin schon alles im Überfluss haben, großzügig wieder aus!

3. Wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen zusammenstreicht, ist das nicht immer unbedingt ein Grund zur Klage – vor allem dann nicht, wenn diese Mittel in Wirklichkeit nur in den allerseltensten Fällen überhaupt wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingliedern, auch wenn sie in Bremen krampfhaft „Integrationsjobs“ genannt werden. So spricht der „Bremer Erwerbslosenverband“ angesichts der Unsinnigkeit dieser Jobs und ihres Zwangscharakters von einer „guten Nachricht“, weil dies in Bremen faktisch das Aus für mehr als 2.200 **Ein-Euro-Jobs** im kommenden Jahr bedeutet. Vorsitzender Herbert Thomsen lehnt Zuschüsse des Landes, um Ein-Euro-Jobs zu finanzieren, ab, weil es darum gehen müsse, Aufgaben der Daseinsvorsorge stattdessen in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Mit dieser Position liegt der Verband im Prinzip auf Linie des rot-grünen Senats, der im Koalitionsvertrag vereinbart hat, die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen im zweiten Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen, weil diese im Vergleich zu Ein-Euro-Jobs größere Chancen für Betroffene böten, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen und der Verfolgungsbetreuung mit dem Hartz-IV-Bezug entkommen. Bloß sind die Ein-Euro-Jobs viel günstiger, weil der Bund sie bezahlen muss!

Für „Vadib“-Vorstand Uwe Lange-Mühlmeyer kommt es dagegen einem „Horrorszenario“ gleich, wenn die Zahl der Ein-Euro-Jobs drastisch sänke. Er tut so, als ob die Position des „Bremer Erwerbslosenverbandes“ eine „politisch-ideologische“ sei, da für die Arbeitslosen beides angeblich kaum einen Unterschied mache. Mich wundert es gar nicht, dass der „Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen“ eine Unterschriftensammlung an den Bund richtet, damit die Kürzungen wieder zurückgenommen werden. Jetzt könnte es endlich mal den Trägergesellschaften, die die Not der Langzeiterwerbslosen in meinen Augen permanent schamlos ausnutzen, an den Kragen gehen! Lange-Mühlmeyer leitet den Beschäftigungsträger „Bras“, der bekanntlich von den sogenannten „Regiegeldern“ für die etwa 740 Wiedereingliederungsstellen lebt. Sie sind konkurrenzlos billig, denn für die darauf geleistete Arbeit muss die „Bras“ keinen Cent Gehalt bezahlen. „Die Linke“ fordert, die Kürzungen des Bundes mit Landesmitteln zu kompensieren, weil die Erwerbslosen andernfalls der schwarz-gelben Bundespolitik „schutzlos ausgeliefert“ seien. Ich gehe mal davon aus, dass diese Gelder nicht für den Erhalt der menschenverachtenden Ein-Euro-Jobs gedacht sein sollen, sondern für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse!

4. Die Bremer CDU übte scharfe Kritik an der von der SPD geführten Sozialbehörde. Grund ist der vor kurzem aufgedeckte Fall von **Sozialhilfebetrug**, bei dem ein Transferleistungsbezieher über mehrere Monate hinweg mehr als 100.000 Euro mit gefälschten Quittungen „rückerstatten“ ließ. CDU-Chef Thomas Röwekamp findet, dass die Arbeitspraxis der Sozialbehörde förmlich zum vorsätzlichen Betrug einlade und sich so ein Fehler „jederzeit wiederholen“ könne. Ach Gottchen, könnte das tatsächlich passieren? Herr Röwekamp hält die Forderung offenbar nicht für übertrieben, deswegen ernsthaft zusätzliche Sonderermittler einzusetzen, die alle bisher abgearbeiteten Fälle von Sozialhilfebeziehern noch einmal überprüfen, wobei höhere Summen von den Vorgesetzten genehmigt werden müssten. Ausgerechnet die Ärmsten der Armen, die sich ohnehin mit jedem noch so kleinen Geldgeschenk, jeder popeligsten Überweisung auf ihr eigenes Konto nackig machen müssen, die sollen nun noch gläserner werden, während viele Stellen für Steuerprüfer für die betuchten Bundesbürger absichtlich unbesetzt bleiben, die Vermögenden ihre Einnahmen am Fiskus vorbei auf Schweizer Nummernkonten bunkern und sich ins Fäustchen lachen! Ich fasse es nicht, aber von diesem Herrn war eigentlich nicht anders zu erwarten. Wir wissen es doch alle, wo hier die wahren Betrüger sitzen. So manchem Politiker möchte ich sagen, er solle nicht immer von sich selbst auf andere schließen!

5. Die Bundesregierung wird durch neue Details des äußerst lukrativen Arbeitsvertrags von Bankmanager Axel Wieandt unter Druck gesetzt, der im Frühjahr die Münchner Immobilienbank Hypo Real Estate überraschend wieder verlassen hatte. Ende 2008 hatte sich deren Aufsichtsrat mit Wieandt – mitten in der **Finanzkrise** – einen überaus attraktiven Arbeitsvertrag ausgehandelt, wonach dieser vom 60. Lebensjahr an unbegrenzt ein jährliches Altersgeld von 240.000 Euro erhält, unabhängig davon, wie lange er der Bank diente. Nicht schlecht, Herr Specht, nach eineinhalb Jahren eine Rente von 240.000 Euro jährlich, was einer Apanage von monatlich 20.000 Euro gleichkommt! Ja, Arbeit muss sich wieder lohnen. Grünen-Finanzpolitiker Gerhard Schick kritisiert zu Recht, dass der Bund es noch nicht geschafft habe, der Selbstbedienungsmentalität bei der HRE Einhalt zu gebieten. Es ist empörend, wie leichtfertig hier Steuergelder im großen Stil aus dem Fenster geschmissen werden! Der Name der Verantwortlichen ist natürlich wieder Hase, und keiner wusste irgendwas. Da bleibt einer doch fast die Luft weg: Die HRE hat bislang staatliche Garantien im Umfang von 142 Milliarden Euro erhalten und soll weitere zehn Milliarden als Eigenkapital bekommen! Der ganze Irrsinn im System tritt überdeutlich hervor, wenn bei Hartz IV von den neoliberalen *Volkszertretern* im Übermaß gespart wird, während den *Pleitebankstern* die Milliarden ins Popöchen gepustet werden. Solch eine „soziale Marktwirtschaft“ wünschen sich doch alle Bürger dieses Landes! Mit üppigen Pensionsansprüchen im Gepäck wollen zwei weitere Top-Manager die Krisenbank verlassen: Die Vorstände Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings haben ihren Abgang angekündigt, sobald die geplante „Bad Bank“, die Abwicklungsanstalt steht. Wofür eigentlich?

Für die glanzvolle Arbeitsleistung, den Karren, äh: die Bank vor die Wand zu fahren, wofür jetzt die Steuerzahler in die Bresche springen sollen? Hinzu kommen außerdem diese unverschämten, viel zu hohen Pensionen! Andere kommen dafür stattdessen ins Gefängnis.

6. Die Regierung will den **Hartz-IV-Regelsatz** um monatlich fünf Euro anheben, ganze 16,5 Cent mehr am Tag! Kinder gehen leer aus, von Sachleistungen einmal abgesehen. Mit dieser „angewiesenen Berechnung“ entschied sie sich eindeutig dazu, den Niedriglohnsektor weiter auszubauen, für den ein absurdes Lohnabstandsgebot krampfhaft eingehalten werden muss, und auch weiterhin keinen Mindestlohn einzuführen, von dem es sich anständig leben ließe! Die Opposition ist darüber äußerst empört. Die Linkspartei erklärte, dass die schwarz-gelbe Koalition das Land in eine soziale Eiszeit führt und dabei selbst höchstrichterliche Urteile ignoriert. SPD-Chef Sigmar Gabriel warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, sie lasse sich von Vizekanzler Guido Westerwelle erpressen. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig verlangte die sofortige Offenlegung der „Berechnungen“ der Bundesregierung für die neuen Hartz-IV-Regelsätze. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, sprach von einer „willkürlichen Berechnung“ und kritisierte, die Würde des Menschen sei mehr wert als fünf Euro. Aber ich vergesse es bestimmt nicht, wer die menschenverachtenden Hartz-Gesetze eingeführt hat: die rot-grüne Bundesregierung war es! Das werde ich nicht vergessen, auch wenn Rot-Grün in der Opposition groß gegen die unsoziale „Erhöhung“ um fünf Euro wettert!

Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, nannte die mögliche Erhöhung des Regelsatzes von 359 auf 364 Euro einen „sozialpolitischen Skandal“. Das „Erwerbslosen Forum Deutschland“ nannte von der Leyens Vorschlag einen „schlechten Scherz“. Mit Blick auf Berichte, dass 200 Banker aus Kreditinstituten mit Staatshilfe wieder auf ein Jahreseinkommen von mehr als 500.000 Euro kämen, erklärte der Verband, Schwarz-Gelb könne uns nicht deutlicher klarmachen, dass ihr Menschen mit Hartz-IV-Leistungen nichts wert sind, während die „Büttelpolitik“ für die Akteure und Profiteure der Finanz- und Wirtschaftskrise immer schamloser fortgesetzt wird. Die Bundestagsabgeordneten von Schwarz-Gelb sollten sich darauf einstellen, dass sie nicht mehr in Ruhe gelassen und permanent damit konfrontiert werden, dass allein für eine ausgewogene und gesunde Ernährung mindestens 80 Euro im Monat fehlen, abgesehen von den anderen Beträgen zur Teilhabe. Es solle nun jede Möglichkeit in den kommenden Monaten genutzt werden, um bei öffentlichen Auftritten von Mandatsträgern das Thema Hunger auf die Tagesordnung zu bringen, um sie damit öffentlich als unsozial bloßzustellen. Die Bundesregierung hält die neuen Regelsätze in der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ dagegen erstaunlicherweise für „transparent, fair und zukunftsorientiert“. Transparent finde ich persönlich hier nur die Scheinheiligkeit und Menschenverachtung der Bundesregierung!

Denn es kommt noch dicker: Der Regelsatz wird faktisch ab 2011 um 30 Prozent gekürzt. Effektiv wird die Regelleistung nämlich nicht nur nicht erhöht, sie wird spätestens ab Mitte 2011 aufgrund der Auswirkungen, welche die durch CDU/CSU und FDP geplanten Änderungen des SGB II haben, deutlich sinken, wenn die überwiegend rechtswidrigen Festlegungen der Kommunen zur Höhe der angemessenen Unterkunftskosten gesetzlich legalisiert und die Kommunen dazu ermächtigt werden, ohne Prüfung und Zustimmung der obersten Landesbehörden die Höhe der „angemessenen Unterkunftskosten" pauschaliert nach Gusto selbst festzulegen. Mit dem Referentenentwurf des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch" sollen weitere Entrechtungen von ALG-II-Beziehern vorgenommen werden. Der zu niedrige Regelsatz ist nur ein Puzzlestück in einem Paket: Es genauso um Erwerbstätigenfreibeträge, um die Abschaffung der Rentenversicherung, um deutliche Verschärfungen bei den Sanktionen, Verkürzung der Wirksamkeit des § 44 SGB X bei zu Unrecht nicht erbrachten Leistungen, Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Bezieher und vieles mehr. Leute, wacht auf und zeigt auf der Straße lautstark, dass ihr damit nicht einverstanden seid!

7. Wir haben wirklich jeden Grund, uns auf den „Tag der Deutschen Einheit" am 3. Oktober 2010 zu freuen, den Rückblick auf zwanzig Jahre Annexion, äh Wiedervereinigung! Ich begrüße die Öffnung der „Mauer" um die ehemalige DDR und dass sie friedlich vonstatten ging. Doch inzwischen ist die Euphorie, die nach dem Mauerfall herrschte, weitgehend verflogen, und die deutsch-deutsche Wiedervereinigung hat die Erwartungen vieler Deutscher nicht erfüllt. Laut einer Umfrage sieht weniger als die Hälfte der Befragten ihre persönliche Lebenssituation als verbessert an. Jeder vierte Ostdeutsche meint sogar, dass es den Ex-DDR-Bürgern vor 1989 besser gegangen sei als jetzt. Früher war die DDR mit Metallgittern umzäunt. Heute können jene, die über das nötige Kleingeld verfügen, ihre Reisefreiheit nutzen und mit den Vögeln ziehen. Leider ist für immer mehr Menschen der „Eiserne Vorhang" durch eine finanzielle **Spaltung** der Gesellschaft ersetzt worden, sodass es ihnen am nötigen Kleingeld fehlt, um die theoretische Freiheit für sich zu nutzen. Erschwerend kommt hinzu, dass im Zuge der Verfolgungsbetreuung ALG-II-Bezieher erst die Genehmigung einer Ortsabwesenheit beantragen müssen und dabei auf die Gutwilligkeit ihres Fallmanagers angewiesen sind, auch wenn weit und breit kein Arbeitsplatz in Sicht ist, jedoch eine unsinnige Maßnahme angetreten werden soll. Mir ist nachhaltig in schlechter Erinnerung geblieben, wie sich der ehemalige Vorsitzende des BDI Michael Rogowski 2004 äußerte: „Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Position gebracht. Hartz V bis VIII werden demnächst folgen. Es ist Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite kaum wahrzunehmen ist." Ein paar Wochen später, am 8. Februar 2005, zitiert die „Tagesschau" den Chefvolkswirt der Deutschen Bank Norbert Walter: „Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wur-

de, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können.“ Gegen Übelkeit und Brechreiz empfehle ich *Nux vomica*.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Herrschaft der Konzerne

Die Katze ist aus dem Sack: Um lächerliche fünf Euro soll Hartz IV erhöht werden! Dies sei die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Da hatten die meisten wohl anders erwartet als eine solche Verhöhnung von sieben Millionen ALG-II-Beziehern, ihren Familien und überhaupt eines Großteils der Bevölkerung. Für Kinder gibt es gar keine Erhöhung, laut Regierung ist es bloße Gnade, dass der Regelsatz für sie nicht noch gesenkt wurde! Dass für Erwachsene genau der bereits 2008 für 2010 angesetzte Wert von 364 Euro „ausgerechnet“ wurde, gelang mit einem statistischen Trick: Nicht mehr die untersten 20, sondern nur noch 15 Prozent der Einkommensbezieher wurden zur Ermittlung der Lebenshaltungskosten herangezogen. Von denen war ein Großteil ja gerade durch die Hartz-Gesetze in Billiglohn gedrückt worden: Friseure, Wachleute, Putzhilfen, Leih- und Zeitarbeiter. Die fünf Euro Erhöhung sind in Wirklichkeit eine Senkung , schaut nur die Preiserhöhungen an: Die Verkehrsbetriebe wie BSAG und die Energiekonzerne erhöhen schon wieder. Außerdem sollen künftig nur noch Pauschalen für Miete und Heizkosten gezahlt werden, nicht mehr die tatsächlichen Beträge.

Merkel zeigt ihr wahres Gesicht, indem sie gleichzeitig 40 weitere Milliarden für Hypo Real Estate lockermacht. 240.000 Euro Rente jährlich erhält deren bisheriger Chef Wieandt bis an sein finsteres Lebensende! 186.000 Euro gibt es für seine Stellvertreter, ganz zu schweigen von den Bonuszahlungen. Die ganze Spekulantenbande, die Milliarden und Abermilliarden in ihrer Gier verbrannt hat, wird auch noch aufs Fürstlichste belohnt, auf unsere Kosten! Es reicht nicht, die Hartz-IV-Sätze um zehn, 20 oder auch 100 Euro zu erhöhen: Hartz IV musss weg! Dafür steht die **Montagsdemo** seit über sechs Jahren. Dafür demionstrieren wir am **16. Oktober 2010** in **Berlin** – und schon am **10. Oktober** in **Oldenburg**! Am **Mittwoch** dieser Woche ist außerdem europäischer **Aktionstag gegen die Abwälzung der Krisenlasten**, in Bremen um **15:30 Uhr** auf dem Domshof, wozu unter anderem DGB, Verdi und IG Metall aufrufen. Unsere Forderungen lauten: Zehn Euro Mindestlohn! Bezahlung des Arbeitslosengeldes I für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung der Sozialunterstützung auf mindestens 631 Euro Regelsatz plus tatsächliche Miet- und Energiekosten! In dieser Höhe müsste der Re-

gelsatz liegen, wenn alle Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt würden, basierend auf den Daten der alten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2003.

Merkel preist „S21“ als „wichtiges europäisches Bauprojekt“, das umgesetzt werden muss; Profiteure sind Banken, Baukonzerne und Daimler. Umweltminister Röttgen will die Streichung von Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke: Was als „unwahrscheinlich“ gilt, soll nicht mehr berücksichtigt werden – allerdings galt vor wenigen Jahren auch ein Vorfall wie der Wassereinbruch im „Versuchsendlager Asse“ offiziell als „unwahrscheinlich“. Leute, wo leben wir? In einer Diktatur der Monopole! Und die Regierenden wie Merkel, Westerwelle, Brüderle, Röttgen sind die Typen, die diese Diktatur gegenüber dem Volk umsetzen! Deswegen geht es auch nicht nur um mehr Hartz IV, Mindestlohn oder die Verhinderung von „S21“ und AKW-Verlängerung, sondern um das ganze System: Wollen wir auf ewig in einer Diktatur der Monopole leben – oder wollen wir direkte Demokratie und selbst bestimmen, was und wie produziert wird, damit alle in den Genuss der Früchte unserer Arbeit kommen? Für diesen echten Sozialismus stehe ich und steht die MLPD! Am Mittwoch ist europäischer Aktionstag gegen die Abwälzung der Krisenlasten, diesen Montag war Streik der Eisenbahner und Lastwagenfahrer in Griechenland. Letzte Woche haben drei Millionen am Streiktag in Frankreich teilgenommen. Hoch die Internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Reizgas, Schlagstöcke und Wasserwerfer gegen Kinder und Alte

„Mappus und Rech gehören nicht auf die Regierungsbank, sondern ins Gefängnis“. Dieser Meinung der Autorin Edith Bartelmus-Scholich muss sich eigentlich jeder in Deutschland lebende Demokrat uneingeschränkt anschließen. Ich zumindest schließe mich dieser Meinung vollumfänglich an. Auch jeder an diesem Einsatz beteiligte Polizist, der die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei seinem eigenen gegen die friedlichen Anti-„S21“-Demonstranten gerichteten Agieren nicht berücksichtigte, gehört mit auf die Anklagebank. Ein polizeilicher Angriff auf Kinder und Greise mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Reizgas oder auch mit Fußtritten und massiven körperlichen Einsatz gegen wesentlich schwächere Personen beinhaltet in meinen Augen immer einen schweren Rechtsbruch. Zu prüfen ist in meinen

Augen aber auch, wie viele Ärzte und Sanitäter durch die Polizei selbst angefordert wurden – und ob überhaupt.

Sehr nahe zu liegen scheint mir die traurige Vermutung des Kadavergehorsams. So bezeichnet man einen Gehorsam, bei dem der Gehorchende sich einem fremden Willen uneingeschränkt unterwirft wie ein willenloser Kadaver. Verwandt ist der Begriff des blinden Gehorsams, demzufolge der Gehorchende sich von einem fremden Willen wie ein Blinder von einem Sehenden führen lässt. Wenn sich diese Vermutung bewahrheiten sollte, gehört die gesamte polizeiliche Ausbildung auf den Prüfstand. Polizisten, die wirklich hiernach handelten, sollten sich in meinen Augen dringend in psychologische Behandlung begeben und vielleicht auch einen Intelligenztest machen. Ich stelle mir die Frage, wie die Familienväter unter den Einsatzkräften ihren eigenen Kindern überhaupt noch unter die Augen treten können.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Wasserwerfer-Opfer erblindet: Natürlich gibt es ein Widerstandrecht gegen illegales Baumfällen und brutale Polizeigewalt *(„Linke Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

298. Bremer Montagsdemo am 04. 10. 2010

Es ist Betrug – „Schummelei“ wäre verharmlosend

1. Letzte Woche habe ich die Klarheit und Wahrheit der Hartz-IV-Regelsätze in Frage gestellt, allein aufgrund der Höhe, denn davon kann niemand leben! Inzwischen wurden viele Einzelheiten deutlich. Klar und sauber ist inzwischen aber nicht die Berechnung des Regelsatzes, sondern dass dieser Regelsatz herbeigetrickst wurde! „Ich habe nicht geglaubt, dass für Kinder so wenig Geld ausgegeben wird“, soll Frau Merkel gesagt haben, als sie die neuen Regelsatzhöhen für Kinder erfuhr.

Weiß sie, dass die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ keine Aussage über die Ausgaben für Kinder hergibt? Die Ausgaben wurden aufgeteilt und mit einem „geheimen“ Anteil den Kindern zugeordnet. Die Ausgaben für die Erwachsenen wurden entsprechend reduziert. Diese Aufteilung konnte ruhig zu einem hohen Anteil der Erwachsenen führen, weil der Regelsatz für Erwachsenen aufgrund der Alleinstehenden ermittelt wird. Der Anteil der Eltern an den familienspezifischen Ausgaben fällt damit für den Regelsatz der Eltern wieder unter den Tisch! Zum Beispiel ist bis zum bestimmten Alter die Begleitung der Eltern erforderlich – und für das Schwimmbad für alle Badekleidung!

„Geschummelt wurde unverändert“? Nein! Dies ist Betrug, „Schummelei“ wäre verharmlosend. Und bitte bei der Betrachtung des Regelsatzes nicht die geplanten Änderungen im „Kleingedruckten“ vergessen! Die geplanten Gesetzesänderungen haben im Leistungsrecht und im Verfahrensrecht einiges an Negativem zu bieten, nicht nur für die Hilfebedürftigen oder jetzt „Leistungsberechtigten“, sondern auch für die Sozialgerichte. Die Paragrafen sind wie bisher auch nicht klar und daher sehr auslegungsfähig. Immer, wenn die Richter für Klarheit gesorgt hatten, wurde das Gesetz geändert! Erschwerend kommt die Überführung der Argen hinzu. Wer mag da als Teamleiter eine für den Erwerbslosen positive Entscheidung treffen, wenn das Gesetz unklar formuliert ist? Es bleibt nur der Gang zum Gericht.

2. Frau Merkel weiß genau, wie mit der Zahl der Erwerbslosen in der **Arbeitsmarktstatistik** getrickst wird. Es dürfte inzwischen möglich sein, diese Zahl auf Monate im Voraus festzulegen und durch entsprechende Anweisungen an die Argen und Arbeitsämter genau einzuhalten. Es bleibt den Ämtern überlassen, mit entsprechenden „Werkzeugen“ diese Zahl punktgenau zu liefern. Den gleichen Wahrheitsgehalt haben die „offenen Stellen“ gemäß Statistik! Damit werden das wirkliche Problem der Erwerbslosigkeit und die Aussichtslosigkeit für die Erwerbslosen überlagert. Den gleichen Wahrheitsgehalt haben auch die Zahlen über die Arbeitsverhältnisse, denn der Aufschwung ist leider noch meilenweit vom Ausgangspunkt der Talfahrt entfernt. Insgesamt wird damit dem nicht betroffenen Bürger der Eindruck vermittelt, die Welt sei in Ordnung.

Die Medien berichten verkürzt: Die Zahlenwerke werden als Fakten akzeptiert, Kritik erfolgt eventuell andeutungsweise. Frau Merkel wird nicht müde, den „Aufschwung“ und die „Entspannung auf dem Arbeitsmarkt“ zu loben: „Jeder kann seine Erwerbslosigkeit beenden. Mit etwas Weiterbildung und entsprechendem Willen geht dies.“ Wenn es nur wahr wäre! „Die Regelsätze dürfen nicht zu einem Einrichten in der Erwerbslosigkeit führen.“ Diese Unterstellung ist ein Skandal, denn die Alternative Arbeit ist überhaupt nicht zu erreichen. Volksverhetzung wurde dies früher genannt!

Frau Merkel weiß nicht nur um die zum Nachteil der Erwerbslosen gefälschten Statistiken, sondern auch, dass ein ALG-II-Betroffener selbst mit (geförderter) Arbeit keinen Aufstieg zum ALG I schaffen kann. Die entsprechenden Änderungen wurden zum 1. Januar 2008 eingeführt. Wer ALG II bezieht, hat somit kaum eine Möglichkeit, die Erwerbslosigkeit zweiter Klasse zu beenden. Frau Merkel steht damit nicht allein: Schwarz-Gelb hat zu Oppositionszeiten genau diese Machenschaften angeprangert. In der Regierungsverantwortung wurden die Möglichkeiten erweitert und die Ergebnisse schamlos als Argumentationsgrundlage genutzt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die nächste Klage vor dem Bundesverfassungsgericht steht ins Haus, hoffentlich als einstweiliges Rechtsschutzverfahren. Die Hilfebedürftigen leiden jeden Tag!

3. Die Regelsätze sind nicht ausreichend – dies ist die Leidenserfahrung der Erwerbslosen. „Die Regelsätze sind zu hoch, wir geben viel zu viel Geld für die soziale Hängematte aus“ – dies ist die Aussage von vielen Politikern und infolgedessen wie auch aufgrund der missbrauchten Statistiken die Meinung vieler Bürger. „Geht lieber arbeiten“, hören wir auf der Bremer Montagsdemo immer wieder von Passanten. Ich wurde nach über 40 Jahren Erwerbstätigkeit arbeitslos. Der Betrieb hat Insolvenz angemeldet, und trotz 20-jähriger Betriebszugehörigkeit konnte die **Kündigung** mit drei Monaten Frist erfolgen. Ein Teil des Betriebes wurde in eine neue Gesellschaft überführt. Die übernommenen Mitarbeiter haben alle sozialen Ansprüche verloren: Der neue Arbeitgeber wurde von diesen Belastungen befreit.

Der bisherige Arbeitgeber war von allen Verpflichtungen befreit. Er durfte die bisher erwirtschafteten und entnommen Gewinne behalten. Der Sozialplan konnte nur aufgrund der vorhandenen Mittel erstellt werden. Das Produktionsvermögen war bereits vor mehr als zehn Jahren in eine Extra-Gesellschaft überführt worden und daher von der Insolvenz nicht betroffen. Die Gebäude, Maschinen und Patente konnte der Arbeitgeber somit ebenfalls behalten, und ich war wie gesagt erwerbslos, zum ersten Mal in meinen Erwerbsleben. Ich hatte Glück und konnte vor ALG II erfolgreich in die Rente fliehen. Viele Kollegen müssen heute noch mit diesem Regelsatz auskommen – falls sie überhaupt einen Anspruch haben. Wenn der Partner arbeitet oder ein das Schonvermögen übersteigendes Vermögen vorhanden ist, besteht nämlich *kein* Anspruch auf ALG II.

Aber Gegenwehr ist hier teilweise möglich. Wie dies geht? Wir gehen mit! Auch in Bremen schaffen nur circa 80 Prozent den nahtlosen Übergang vom ALG I zum ALG II. Viele Erwerbslose werden so um ihr Lebenswerk betrogen! Das Schonvermögen wird sogsr den Erben genommen, falls es noch vorhanden ist: Bis zu zehn Jahre rückwirkend kann die Arge die Erstattung der Leistungen von den Erben verlangen, selbst wenn zum Zeitpunkt des Todes kein Leistungsanspruch besteht. Die Obergrenze wird durch das vorhandene Schonvermögen gebildet. Noch um die Beerdigungskosten wird gestritten, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

4. Wenn einem Arbeitgeber solche preiswerten Lösungen zur Entlassung seiner Arbeitnehmer ermöglicht werden, so muss auch klar sein, dass die Folgekosten alle belasten. Jeder Personalabbau bringt den Aktienkurs zum Steigen, die bloße Ankündigung reicht für den Kurssprung. Die Folgen trägt der Steuerzahler Damit sind wir bei der nächsten Ungerechtigkeit: Die letzte **Steuerreform** hat für Menschen mit 1.000.000 Euro Jahreseinkommen etwas über 100.000 Euro Steuerersparnis gebracht, für Menschen mit 20.000 Euro Jahreseinkommen jedoch eine Belastung von etwas unter zehn Euro. Somit dürfte klar sein, wer hier in Deutschland die entsprechende Zahlung eigentlich leisten müsste!

Hinzu kommt, dass Geringverdiener über die Verschlechterung der sozialen Sicherungssysteme zusätzlich belastet werden. Gerade für sie führt die Lohn- und Gehaltsentwicklung steil nach unten, verursacht durch die Hartz-Gesetze. Dagegen führt die Gehaltsentwicklung für die Spitzenverdiener steil nach oben! Ein Mindestlohn würde an diesem Punkt wenigstens die Abwärtsspirale stoppen. Außerdem ist die Bezahlung der sozialen Sicherungssysteme umzustellen auf die Steuerfinanzierung, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

5. Im letzten „Weser-Report“ stand die Entwicklung der **Klagen** zu Hartz IV in Bremen: Im Jahr 2009 waren es 4.395 neu eingegangene Klagen und einstweilige Rechtsschutzverfahren, 2005 nur 1.000. Das Sozialgericht Bremen ist damit zur Hälfte durch ALG II belastet. Es erhält zum Jahreswechsel zwei weitere Richter für dieses Aufgabengebiet. „Man kann sagen, dass Hartz IV mehr Arbeit für

uns, aber nicht für die Arbeitslosen bedeutet“, wird Herr Schlüter zitiert. Er findet bei dieser Klageflut das „Modell Pirmasens“ interessant. Es wäre einen Versuch wert. Staatsrat Professor M. Strauch bringt es auf den Punkt: „Wir brauchen kein zusätzliches Verfahren. Das Problem ist die Qualität der Bescheide. Wir haben Gespräche mit allen Betroffenen geführt, um dies zu verbessern.“

Meine Anmerkungen: Der Staatsrat war davor Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Bremen. Dieses und das Verwaltungsgericht waren die für ALG II zuständigen Gerichte, eine Bremer Besonderheit. Die Wirksamkeit des Pirmasenser Vorgehens liegt aus meiner Sicht auch in der fehlenden Unterstützung des Erwerbslosen beim Termin in der Arge. Allein zum Amt gehen und die Argumente der Arge widerlegen, dazu sind die wenigsten Betroffenen in der Lage. Daher sieht das Ergebnis entsprechend aus. – Im „Weser-Report“ schaltet die Bagis laufend ganzseitige Anzeigen. Seit dem Beginn dieser Anzeigen hat der „Weser-Report“ keine Kritik an der Bagis mehr veröffentlicht. Der Artikel im „Weser-Report“ könnte der Dank für die Anzeigenwerbung der Bagis sein.

Auch in Bremen werden Leistungsempfänger zur Besprechung ihres Widerspruchs die Bagis gebeten, auch nach eingereichter Klage/Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz. Eingeladen wurde telefonisch. Zur genauen Terminabsprache wurde die telefonische Erreichbarkeit über zwei Tage gefordert. Wie gehe ich damit um? Falls der Einladung gefolgt wird, nicht allein hingehen, nur mit Begleitung! Der mündlichen Einladung zu diesem Thema muss nicht Folge geleistet werden. Ich kann die Bagis auffordern, die Einladung und den Termin schriftlich mitzuteilen und entsprechend zu begründen. Falls bereits Klage eingereicht oder das einstweilige Rechtsschutzverfahren beantragt wurde, einfach auf das laufende Verfahren verweisen. Die Bagis kann jederzeit dem Widerspruch entsprechen und so den Betroffenen klaglos stellen, weil er alles bekommen hat.

Diese Einladungen zum Gespräch über den Widerspruch sind nicht zu verwechseln mit einem Gespräch über einen Bescheid. Wer von der Anmeldung in der Bagis als unzufrieden eingestuft wird, erhält ein Gesprächsangebot zur Erklärung seines Bescheides mit Termin. Es besteht Anweisung für die Bagis-Mitarbeiter, in diesem Gespräch keinen Widerspruch anzunehmen. Das Gespräch selbst wird auch nicht als Widerspruch gewertet, aber für die Akte dokumentiert, auch inhaltlich. Das Gespräch ist nicht fristhemmend, somit wird durch dieses Gespräch eventuell die Widerspruchsfrist versäumt. Dann hilft ein Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X. Er berechtigt wie der Widerspruch, sofort um die Hilfe des Gerichts zu ersuchen. Auch bei diesem Gespräch gilt: Nimm jemanden mit! Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Um noch mal auf die Äußerung von Herrn Schlüter zurückzukommen, man könne sagen, „dass Hartz IV mehr Arbeit für uns, aber nicht für die Arbeitslosen bedeutet“. Ich glaube, hier hat der „Weser-Report“ unsauber wiedergegeben. Herr Schlüter weiß sehr wohl um die Belastung des Arbeitslosen durch eine Klage vor Gericht. Für viele Erwerbslose ist diese Klage vor dem Sozialgericht die erste

Klage überhaupt, und entsprechend hoch ist die Belastung. Stimmige Bescheide wären ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Parallel dazu müsste auch die pannenlose Zahlung der Leistung gewährleistet sein. So durchleben viele Erwerbslose jeden Monat aufs Neue die Anspannung: Kommt diesmal mein Geld, pünktlich und in der vollen Höhe? Was beim Untersuchungsbericht zum Fall Kevin über die Bagis-Leistungen an den Ziehvater dokumentiert wurde, ist für viele andere Leistungsempfänger monatliches Erleben! Die Ausreden der Mitarbeiter sind einfältig. Das beim Ziehvater von Kevin geäußerte Motiv „Wir wollten ihn loswerden“ wird nicht zugegeben. Es ist immer „die EDV schuld“ und die Löschung der Zahlungsanweisung in der Akte nicht nachvollziehbar, weil dieser Vorgang nicht dokumentiert wird.

6. Nach alledem und den vielen anderen Besonderheiten eines Lebens mit ALG II wird deutlich, warum sich so viele Erwerbslose zurückziehen und von der Gesellschaft fernhalten? Die Aufgabe des eigenen Lebens, die Gleichgültigkeit, mit der die Ungerechtigkeiten ertragen werden, bis hin zum Verlust der Wohnung sind für mich verständlich, aber unakzeptabel. Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht mindestens eine Mail mit negativem Inhalt über Handlungen der Arge erhalte. Auch meine Redebeiträge legen den Finger auf diese Wunde. Eines ist aber klar: Gegenwehr ist möglich! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Ein „Verbündeter“ der Argen für die Vorenthaltung von Leistung ist die Vereinsamung. ALG II macht einsam. Eine neue Beziehung flüchtet vor den Folgen einer Bedarfsgemeinschaft oder eheähnlichen Gemeinschaft. Diese Furcht ist oftmals unbegründet, doch wer kennt sich schon aus? Wer kann die Garantie übernehmen? Weglaufen ist einfacher! Ich kenne diese Probleme. Kämpf trotzdem um dich, sei es dir wert! Wir sind jeden Montag auf dem Bremer Marktplatz und, falls dieser durch andere Veranstaltungen belegt ist, auch mal beim Reiterdenkmal vor dem Dom und anschließend auf dem Hanseatenhof. Wir sind mit Absicht ein Initiative, keine Partei und kein Verein. Teilnehmen kann jede(r), außer Rechtsradikale. Wir sind nicht alle erwerbslos. Außer Beamten findest du alles bei uns. Dies ist mein Motto: „Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten.“ Auf dem Bremer Marktplatz sind wir total unterbesetzt. Auch unsere Demo hat den Schwerpunkt im Internet. Es ist eben für viele nicht einfach, den Kopf zu zeigen!

Durch den kurzen Abstand unserer Treffen von nur einer Woche können wir den Gedanken „Wie dies geht? Wir gehen mit“ umsetzen. Am liebsten geben wir unser Wissen zum Mitgehen, zur **Begleitung** weiter. Es gibt Mittel der Gegenwehr, es gibt den Weg aus der Aussichtslosigkeit! Arbeitslosigkeit zweiter Klasse ist für Betroffene mit ALG II zutreffend, aber dies bedeutet nicht, Mensch zweiter Klasse zu sein! Jede(r) hat etwas zu bieten! Arm im Geldbeutel bewirkt immer eingeschränkte Möglichkeiten, aber nicht eingeschränktes Selbstwertgefühl. Lass dir bei der Arge nicht das Rückgrat entfernen! Nimm dir jemanden mit und

lass dich nicht einschüchtern mit: „Was haben Sie falsch gemacht, dass Sie heute hier sitzen?“ Dies ist die Standardfrage der Arge.

Dein Selbstzweifel wandert die Weichenstellungen deines Lebens ab: Da war doch die Möglichkeit? Schon geht dein Selbstwertgefühl den Bach runter! Dein Gegenüber ist in der Erzeugung solcher Selbstzweifel geschult. Als erstes muss die Folgsamkeit hergestellt werden. Das ist in Deutschland aufgrund der Erziehung recht einfach. Wehr dich, sei es dir Wert! Die Arge wird per Zielvereinbarung genötigt, mit Sanktionen, also Leistungskürzung dieses Ziel zu erreichen. Ohne Vorenthaltung von Leistung wird das Ziel nicht erreicht. Jeder Sachbearbeiter erhält lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Entfristet wird nach der Entscheidung der Geschäftsleitung. Leistung, Zahlen und Fakten sind täglich nachvollziehbar.

Jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei der Montagsdemo Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Am **10. Oktober 2010** machen wir auch in **Oldenburg** tüchtig **Krach**. Am 11. sind wir um 17:30 Uhr wie immer auf dem Bremer Marktplatz und ab circa 18:30 auf dem Weg zum „Schwabenstreich“ vor dem Bremer Hauptbahnhof. Am **16. Oktober 2010** fahren wir zur **Herbstdemo** nach **Berlin**. Am **18. Oktober 2010** haben wir die **300. Bremer Montagsdemo**. Sie beginnt am Reiterdenkmal vor dem Dom, führt über den Hanseantenhof und begibt sich ab circa 18:30 Uhr auf den Weg zum „Schwabenstreich“ vor dem Hauptbahnhof. Interesse? Wir haben genug Platz auf dem Bremer Marktplatz und auch auf dem Hanseatenhof!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bereitschaftspolizei siegt über die 9. Klasse der Waldorfschule

1. Selbst eine Woche nach Verkündung der „Neuberechnung“ der ALG-II-**Regelsätze** herrscht bei Menschen, die selbständig denken können und dies auch wollen, eine gewisse Empörung vor, die glücklicherweise nicht in Sprachlosigkeit versinkt! Sozialrichter Jürgen Borchert, einer der Initiatoren des Verfahrens zur Hartz-IV-Gesetzgebung vor dem Bundesverfassungsgericht, sagt, dass fünf Euro mehr im Vergleich zynisch seien, wenn gleichzeitig über 50 Banker der vom Steuerzahler gestützten Commerzbank mehr als 500.000 Euro verdienen. Auch erfüllt die Bundesregierung nicht ernsthaft die Forderung nach

einem transparenten Verfahren. So wurde die Referenzgruppe verändert, indem nicht mehr wie ursprünglich die Ausgaben der untersten 20 Prozent betrachtet, sondern nur die untersten 15 Prozent berücksichtigt werden. Dadurch stimmen die öffentliche Statements und die Unterlagen in Schriftform nicht mehr überein, und es besteht ein Aufklärungsbedarf, der von der Bundesregierung jedoch faktisch verweigert wird! Da im Karlsruher Urteil steht, dass der gesetzliche Leistungsanspruch so ausgestaltet sein muss, dass er stets den gesamten Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt, darf sich die Frage nach dem sogenannten Lohnabstandsgebot gar nicht stellen.

Auch nach Ansicht des Sozialrechtlers Eberhard Eichenhofer erfüllt die Regierung die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach Transparenz nicht. So ermittelt sie genau wie frühere Regierungen den Bedarf, indem sie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zugrunde legt, aber einzelne Positionen herausrechnet. Frühere Regierungen zogen Sätze für Maßkleidung oder Champagner ab, beim jetzigen Vorschlag fallen Alkohol- und Tabakbedarf heraus, wodurch in beiden Fällen das Transparenzgebot verletzt ist. Für Eichenhofer steht auch zu befürchten, dass sich die Bedarfssätze für Kinder im Prinzip noch immer von den Sätzen der Erwachsenen ableiten. Beim zusätzlichen Gutscheinpaket stellt sich die Frage, ob die Infrastruktur wirtschaftlich und administrativ bereitgestellt werden kann. Der Auftrag der Jobcenter liegt bisher darin, Arbeit zu vermitteln und Leistungen festzusetzen, nicht aber in der Organisation von Kindererziehung und Mittagessensversorgung.

Barbara Dribbusch bemängelt, dass die Frage, was wirklich gebraucht wird, um eine menschenwürdige Existenz zu haben, aus dem Blick gerät, wenn im Statistikmodell die Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes von Niedrigeinkommen und Renten abgeleitet wird. Dazu verschärfen harte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung das Misstrauen der arbeitenden Niedrigverdiener gegen die Transferbezieher. Sie werden gegeneinander ausgespielt, wenn der „biertrinkende und kettenrauchende Arbeitsverweigerer“ zum neuen Feindbild der unteren Mittelschichten geworden ist. Mit dem disziplinierende Blick des Bildungsbürgertums auf die Armen streicht die Bundesarbeitsministerin Bier und Zigaretten und verspricht den Familien einen „Bildungschip“. Es ist ein Armutszeugnis für ein so reiches Land, wenn Millionen Menschen mit 364 Euro im Monat auskommen müssen, die nur dem Ausschluss dienen, nicht aber der Teilhabe.

Auch Ulrich Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ rügt die Datenbasis für den neuen Regelsatz von 364 Euro und kritisiert, das durch das Bundesarbeitsministerium vorgeschlagene Verfahren sei weder nachvollziehbar noch sach- oder realitätsgerecht. Die statistischen Grundlagen für die Errechnung der Kinderregelsätze seien löchrig wie ein Schweizer Käse, da für die 14- bis 18-Jährigen allein 75 der insgesamt 82 ermittelten Einzelpositionen für Konsumausgaben Positionen mit „hoher statistischer Unsicherheit“ seien. Die gewonnenen Stichproben in der Referenzgruppe waren so klein, dass sie unter Statistikern als „nicht valide“ gelten. Wenn die Bundesregierung wie früher die unteren 20 Pro-

zent der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten und in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelten Haushalte herangezogen hätte und nicht bloß die untersten 15 Prozent, um daraus den Regelsatz für Erwachsene abzuleiten, dann läge er bei 415 Euro.

Insgesamt ist die Debatte über die (Nicht-) Erhöhung der Hartz-Regelsätze ein Lehrstück für das Aufhetzen der Armen gegen die ganz Armen. Verschiedene Regierungen haben in Deutschland über viele Jahre hinweg den Niedriglohnbereich gefördert, wodurch im Ergebnis immer mehr Menschen verarmt sind, obwohl sie in Vollzeit schuften. Anstatt nun engagiert gegen Lohndumping vorzugehen, benutzt das schwarz-gelbe Gruselkabinett die Menschen mit Hungerlöhnen, um die Hartz-IV-Regelsätze niedrigzurechnen. Hartz-IV-Bezieher(inne)n wird mit 4,32 Euro „Futtertagessatz“ weniger zugestanden als einem Polizeihund: Der darf sich für 6,80 Euro pro Tag den Bauch vollschlagen. Für Verkehrsnutzung stehen Hartz-IV-Bezieher(inne)n monatlich 11,48 Euro zur Verfügung. Das reicht nicht einmal für eine Hin- und Rückfahrt pro Woche innerhalb des Stadtgebiets. Die ganze Debatte um die „Erhöhung“ von fünf Euro lenkt herzallerliebst von den noch menschenverachtenderen Entrechtungen ab, die im neuen Referentenentwurf für Hartz-IV-Bezieher geplant sind – und davon, dass die Reichen beim sogenannten Sparpaket ausgespart bleiben, was irgendwelche Einbußen angeht.

2. Deutschland muss sparen – zumindest, wenn die Bundesregierung nicht ihre Wählerklientel bedient. So könnte die Energiepolitik der Regierung die Mieter teuer kommen, wenn die Hausbesitzer die Kosten für eine Wärmedämmung an ihre Mieter weitergeben dürfen. Die Bundesregierung legt in ihrem Energiekonzept fest, dass Deutschland auch beim Strom und Kohlendioxid sparen muss. Eine Investition in die Zukunft soll sich für Mieter und Vermieter lohnen. Doch wie ich Frau Merkel kenne, wird es sich das nur für die Vermieter, die Hausbesitzer. Ich bin mir sicher, dass die **Kosten der Unterkunft** dann noch höher werden und besonders die Bezieher von Hartz IV und Rentner große Probleme bekommen, ihre Warmmieten zu bezahlen. Die Kanzlerin versteigt sich weiterhin unbeirrt zu der vermessenen Behauptung, das Energie- und Klimakonzept des Kabinetts komme einer „Revolution“ gleich. Bis 2050 will die Regierung zwischen 80 und 95 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen einsparen, aber wir wissen ja: Papier ist so geduldig! Völlig daneben findet die Kanzlerin die Behauptung, sie habe mit den vier großen Energiekonzernen Geheimverträge geschlossen und sei dabei von den Atombossen über den Tisch gezogen worden.

3. Die *Spezialdemokraten* scheinen schon eingeknickt zu sein, wenn sie nun im Streit über die Hartz-IV-Regelsätze Kompromissbereitschaft signalisieren und eine Reform nicht blockieren wollen. Mit dieser unsozialen Haltung gegenüber ALG-II-Beziehern will die SPD angebliche Verbesserungen für Kinder aus Hartz-IV-Familien „durchsetzen“. Für „Hartz-IV-Plattform“-Sprecherin Brigitte Vallenthin ist das die erbärmliche Auferstehung eines „guten Tages“ für Peter Hartz und Ger-

hard Schröder. Mit unzähligen Nebelkerzen und scheinheiligem Druck auf die Tränendrüsen würden Kinder missbraucht, um von der weit über den Regelsatz hinausgehenden gesetzlich betonierten Senkung der Leistung für Wohnung und der ausweglosen Rutschbahn in Obdachlosigkeit und Hunger durch verschärfte Sanktionen abzulenken.

Auch ich finde, dass die SPD bei der Bevölkerung ihre letzte Chance auf Glaubwürdigkeit und Kompetenz in sozialen Fragen verspielt. Es sieht so aus, als ob die SPD für irgendwelche Träume von einer Regierungsübernahme Erwerbslose und Rentner, Arbeitsunfähige sowie arbeitende Aufstocker auf dem Altar der Macht opfern. Mit Macht sind leider die meisten der herzigen Politiker zu korrumpieren! Erneut wird es eine dramatisch anschwellende Prozesswelle geben müssen, um sich gegen die dramatischen Verschärfungen zur Wehr zu setzen. Eigentlich wäre es mehr als überfällig, endlich die Fehler mit den menschenverachtenden **Hartz-Gesetzen** einzugestehen und umzukehren, nicht schon wieder einzuknicken und die finanziell Schwachen vom Regen in die Traufe zu schicken! Da reichte wohl schon eine Ablehnung der „Basta-Arbeitsministerin“, dass fünf Euro „mehr“ ihr letztes Wort sei, und schon war es nichts mehr mit einer erneuten Verfassungsklage.

4. Was ging denn da im Stuttgarter Schlosspark beim Kampf gegen „S21“ ab? Offenbar waren die Demonstranten unerträglich laut und zeigten unanständigerweise auch noch den Stinkefinger, was eine unerträgliche Zuspitzung bedeutete! Sogar mit Kastanien sollen sie geworfen haben, die dann möglicherweise ein kleines „Pling“ an den Visieren der Schutzhelme erklingen ließen. Was blieb den Polizisten in einer solch katastrophalen Ausnahmesituation anderes übrig, als Wasserwerfer, Knüppel und Tränengas einzusetzen? Die heldenhaften Polizisten kesselten die sieben- bis 20-jährigen Schüler ein und jagten sie durch den Schlosspark. Mütter stellten sich mit ihren Kindern gegen das Fällen der Bäume in den Weg. Schüler blockierten die Zufahrt zu den Bäumen durch einen Sitzstreik.

Die Presse wurde nicht in den Park gelassen, weil Zuschauer und Mitwisser bei den Erziehungsmaßnahmen selbstverständlich unerwünscht sind. Logischerweise müssen hier Kinder, Jugendliche und Alte zusammengeknüppelt werden, wenn sie sich der Autorität der **Staatsmacht** einfach widersetzen und in den Weg stellen. Was macht es schon, dass neun Nasenbeine gebrochen sind, einem Achtjährigen der Arm gebrochen wurde, es mehr als hundert Menschen mit Augenverletzungen durch Reizgas gab, ein Mann ein Auge verlor, ein Schädelbasisbruch geschah, mehr als tausend Menschen an den Augen verletzt sind? So ist das eben: Wer nicht hören kann, muss fühlen! Hauptsache ist doch, dass die hessische und bayerische Bereitschaftspolizei einen heldenhaften Sieg über die neunte Klasse der Waldorfschule erringen konnte. Vielleicht sollte berittene Polizei bereits gegen Krabbelgruppenkinder eingesetzt werden, denn was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!

Darf man sich etwa darüber freuen, wenn Schülerinnen und Schüler sich gesellschaftlich und politisch engagieren? Doch nur begrenzt und bloß, wenn sie sich dabei anständig und angepasst benehmen! Wo kämen wir denn hin, wenn in diesem Lande jeder seine Meinung frei und offen sagen und sich für seine Interessen einsetzen könnte? Um Gottes Willen, dann hätten wir ja mündige Bürger, und die sind das Letzte, was eine neoliberale Regierung ertragen kann, die mit Großprojekten ihre Lobbyisten bedienen möchte. Also Knüppel raus und Widersacher mit Pfefferspray behandeln, damit die sich nie wieder auf eine Demonstration wagen, sich gar Polizisten widersetzen! Wer für den Erhalt uralter Bäume eintritt, gegen ein Projekt „S21“ auf die Straße geht, das Milliarden von Steuergeldern für einen unterirdischen Bahnhof verschlingt und den Nahverkehr für Bürger ausschließen wird, der ist natürlich als linksextrem einzustufen und muss unnachgiebig bekämpft werden! Auch wenn die Abholzaktion illegal war: Der Staat und seine Organe haben immer Recht, und ihnen ist strikt Folge zu leisten!

5. Am Samstag machte ich von meinem friedlichen Demonstrationsrecht Gebrauch, um gegen die Feier zu „20 Jahren Deutsche Einheit“ zu protestieren. Außen hui und innen pfui, diese ganze Fassadenkleisterei hängt mir zum Halse heraus! Aber das finanziell äußerst klamme Bremen konnte dafür über vier Millionen Euro locker machen, Bremen in einen Hochsicherheitstrakt verwandeln. Die ehemalige Mauer zwischen Ost und West wurde durch die soziale Spaltung der Gesellschaft ersetzt, und das mag ich gar nicht feiern! Ich möchte keinesfalls wieder zwei deutsche Staaten und auch keinen Unrechtsstaat, weder mit einer pseudolinken, noch mit einer rechten Diktatur, sondern in einem Sozialstaat auf dem Boden des Grundgesetzes leben. Mich einte mit der Demonstrationsführung, dass auch ich keine Lust auf dieses vorgespielte Einheitsgedusel, das hohle Gequatsche von angeblich sozialer Marktwirtschaft und den **Party-Nationalismus** hatte. Die immer wieder ausgerufene Parole „Staat, Nation, Kapital, Scheiße“ war mir zu platt und undifferenziert. Aber ich freute mich an den vielen jungen Menschen, die diesen Neoliberalismus ebenso ablehnten wie ich.

Wir trafen uns am Bahnhof, und mit uns versammelten sich unglaubliche Mengen martialisch bis an die Zähne bewaffneter Polizist(inn)en, die unter ihren schwarzen Stoffuniformen eine Schutzausrüstung wie die amerikanischer Footballspieler vermuten ließen. Außerdem trugen sie hässliche olivgrüne Gamaschen aus Plastik, weiße oder schwarze Sturzhelme mit Visier und einige von ihnen hatten kleine Kanister mit Flüssigkeiten und einer langen dünnen Stange mit Spraydüse auf dem Rücken, in denen sich Tränengas oder Feuerlöschschaum befinden mag. Über eine Stunde mussten wir am Bahnhof stehen, während über uns zwei Hubschrauber kreisten und uns anstrahlten und filmten. Dazu „berechtigten“ sie angebliche Gewaltaufrufe im Internet. Es war ein sehr beunruhigendes Gefühl, von den Polizisten so umzingelt zu sein. Die brachiale Vorgehensweise beim „S21“ in Stuttgart wirkt nicht gerade vertrauenerweckend!

Es wurden neue Auflagen erteilt: Die Ordner mussten zu erkennen sein und die Transparente entknotet werden. Der „schwarze Block“ hielt sich daran. Trotzdem dauerte es so lange, weil die Polizei wahrscheinlich einen Beweis ihrer Macht ausleben musste. Niemand ließ sich provozieren, und endlich ging es sehr langsam los. Aus den Lautsprechern wurde die Polizei aufgefordert, sich auf ihre Kernkompetenz zu konzentrieren, nämlich den Verkehr zu regeln. Immer wieder musste angehalten werden, und mir war nicht klar, ob dies so geplant oder Taktik der Polizei war. Immer wieder tauchten aus dem Nichts oder den Wallanlagen neue Truppen Polizisten in Viererreihen auf, denn die im Dunkeln sieht man nicht. Im Viertel steckten sie sich alle auf Befehl Einmalgummihandschuhe ans Revers. Offensichtlich waren sie darauf gefasst, demnächst blutige Menschen anfassen zu sollen. Gut, dass sie nicht zuschlugen! Die Polizei, ihre martialische Aufmachung war es, die mir Angst machte und mich nach Stunden vor der Sielwallkreuzung nach Hause fahren ließ. Ich bin sehr froh darüber, dass es auch in der Nacht nicht zu Ausschreitungen kam!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Wir sind freundlich, hilfsbereit und korrekt“: „Unsere Leitsätze“ im „Dienst für und mit dem Bürger“ *(Polizei Rheinland-Pfalz)*

Ein gewaltiges Lehrstück über den Charakter dieser Gesellschaft

Letzten Donnerstag gab es einen der brutalsten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik – gegen friedliche Demonstranten! 2.000 Schüler zwischen acht und 13 Jahren hatten eine Demo gegen den Tunnelbahnhofsbau „Stuttgart 21“ gemacht. Als sie hörten, dass mit der Fällung der circa 300 uralten Bäume im Park begonnen werden sollte, zogen sie dorthin. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität vor – gegen sie und gegen alte Leute; die sich schützend vor sie stellten, gegen Tausende friedlicher Demonstranten. Das Ergebnis: 400 Verletzte, ein Mann blind, Kinder mit Knochenbrüchen. Tränengas, Wasserwerfer, Pfefferspray und Knüppel gegen Kinder und alte Leute! Durch diesen Terror sollten die Menschen eingeschüchtert werden. Sie sollen solche Angst bekommen, dass sie nie wieder demonstrieren oder sonst wie für ihre Rechte kämpfen. Doch immer mehr legen ihre Angst ab! Dieser brutale Einsatz der Poli-

zei, der von Landes- und Bundesregierung angeordnet war, erwies sich als Lehrstück über den Charakter dieser Gesellschaft!

Einen Tag später, am Freitag, waren nicht weniger, sondern viel mehr dabei: 120.000 bei der Demo – die größte, die Stuttgart seit dem Krieg erlebt hat! Immer mehr wird der Rücktritt von Ministerpräsident Mappus und Oberbürgermeister Schuster gefordert, zunehmend auch von Merkel! Die Bahn gehört zu 100 Prozent dem Bund, und wer ist hier die oberste Chefin? Es ist ein Witz, wenn behauptet wird, ein Ausstieg aus „S21“ sei nicht mehr möglich, weil die Bahn sonst so große Regressansprüche geltend machen würde. Tatsache ist, dass dies die Entscheidung der Bundesregierung ist! Wie seltsam, dass alle Bahnchefs der letzten Jahrzehnte aus der „Schule“ des Daimler-Konzerns stammten: Grube war Daimler-Manager, ebenso Mehdorn und Dürr. Die Bahn macht mit LKWs der Marke Daimler längst mehr Umsatz auf der Straße als auf der Schiene. Ein guter öffentlicher Nahverkehr interessiert sie herzlich wenig!

Mappus wird als Bulldozer, als Rambo vorgeschickt, um die Interessen der Monopole durchzupeitschen, Merkel und Wulff sonnen sich solange bei der „Einheitsfeier“ hier in Bremen. Scheinheilig wird die „friedliche Revolution“ beschworen, bei der das Volk „Wir sind das Volk“ nicht nur gerufen, sondern auch durchgesetzt hat. Wenn heute eine Bewegung mit der Parole „Wir sind das Volk“ demonstriert und die Durchsetzung des Volkswillens fordert, wird mit Knüppeln und Wasserwerfern draufgeschlagen! Die Regierung zeigt mit den Hartz-Gesetzen, der lächerlichen Regelsatzerhöhung um fünf Euro, der ganzen Agenda 2010 oder der Verlängerung der Atomkraftwerkslaufzeiten immer mehr, dass sie brutal die Interessen einer kleiner Minderheit von Banken und Konzernen durchsetzt, an deren Tisch sie hocken – und das Volk wird belogen und betrogen! „Lügenpack“ war eine der Hauptrufparolen in Stuttgart, und gemeint nicht nur die Landes-, sondern auch die Merkel/Westerwelle- Regierung. Am Freitag waren es 120.000 Demonstranten in Stuttgart, bald werden es eine Million sein! Schon macht sich Zersetzung im Staatsapparat breit: Erste Polizisten zogen ihre Uniform aus, Würzburger Polizei verweigerte den Einsatz.

Die Machtprobe in Stuttgart hat längst Bedeutung fürs ganze Land. Es wird jetzt Zeit für aktiven Widerstand, denn während scheinheilig „Deeskalationsgespräche“ angeboten werden, wurde Bahnhofsnordflügel bereits abgerissen und jahrhundertealter Baumbestand gefällt. Dagegen machen wir auch in Bremen jeden Montag den „Schwabenstreich“! Und am **16. Oktober 2010** fahren wir zur **Herbstdemonstration** nach **Berlin**: Der Regierung und den „Eliten“ aus der Wirtschaft werden wir dort mit der Sprache entgegentreten, die sie auch verstehen! (Um 6 Uhr ist Abfahrt am ZOB Breitenweg. Anmeldungen bitte an Jobst Roselius, Telefon 705 687 oder E-Mail Jobst.Roselius(at)Nord-Com.net. Der Fahrpreis beträgt für Normalverdiener 20, ermäßigt zwölf, für Hartz-IV-Bezieher(innen) acht Euro). Aktiver Widerstand im ganzen Land! Weg mit Hartz IV, Agenda 2010 und dem ganzen Krisenprogramm! Weg mit Rente 67 und Gesundheitsreform! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und zehn Euro Mindestlohn! Deutsche

Truppen raus aus Afghanistan und anderen Ländern! Aktiver Widerstand gegen die Atompläne der Bundesregierung und gegen „Stuttgart 21“! Für mehr demokratische Rechte und Freiheiten und internationale Solidarität! Das Volk sind wir!

Wolfgang Lange (MLPD)

Spaltung oder soziale Gerechtigkeit?

Was liegt näher? Als Vater von drei berufstätigen und zwei schulpflichtigen Kindern drängt sich mir manchmal der Verdacht auf, die Spaltung funktioniere wohl eher als die soziale Gerechtigkeit, vielleicht sogar in der eigenen Familie. Auch als regelmäßiger parteiloser Teilnehmer an den bundesweiten Montagsdemonstrationen bekomme ich schneller den Eindruck, dass man falschen Forderungen hinterherlaufen soll und man die in meinen Augen richtigen als Utopie abtun will.

Was bringen eigentlich „Nachbesserungen“ des SGB II? Fünf Euro will die Regierung einem alleinlebenden Erwerbslosen mehr zahlen. Andere Organisationen fordern 80 Euro mehr allein für Ernährung. Die Hauptforderung der „Linken“ in Deutschland lautet: 500 Euro Regelsatz, zehn Euro Mindestlohn und Einführung der 30-Stunden-Woche. Eines haben alle diese Forderungen gemeinsam: Sie beinhalten keine Strategie zur Überwindung dieses asozialen Hartz-IV-Gesetzes und akzeptieren weiterhin den Kapitalismus als weitgehend funktionierendes Gesellschaftssystem. Auch die vorhandene Armut in der Bevölkerung und die Abkopplung der Erwerbslosen von der Lohnarbeit wird somit weiterhin in Kauf genommen, übrigens auch mit der Forderung des bedingungslosen Grundeinkommen nach Vorstellung eines Götz Werner oder Dieter Althaus, wenn man dieses über die Steuern finanziert.

Was ist mit den Rentnerinnen und Rentnern? Millionen von ihnen haben Anspruch auf eine gesetzliche Altersrente von unter 750 Euro. Die meisten haben 30, 40 oder mehr Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt, ich selbst übrigens auch. Da ich noch Familienmitglieder zu unterhalten habe, wird mir meine Rente in einer Höhe ausgezahlt, die auch ein verheirateter junger erwerbsloser Mensch bekommt, der vielleicht noch nie in seinem Leben einer Lohnarbeit nachging oder nachgehen konnte. Auch alleinlebende junge Erwerbslose haben in diesem Fall einen höheren Regelsatzanspruch als zum Beispiel verheiratete Rentner(innen) mit Anspruch auf Grundsicherung. Wieso wird eigentlich kein *Rentenabstandsgebot* gefordert? Ist das soziale Gerechtigkeit?

Was ist mit den Alleinerziehenden mit einem oder mehreren Kindern? Die Einführung einer 30-Stunden-Woche allein, selbst mit einem steuerfreien Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde wird diesem Personenkreis nicht dazu verhel-

fen, der Armut wirklich entfliehen zu können, trotz Kindergeld, vielleicht Kindergeldzuschlag oder auch Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss. Ist bei diesen Forderungen jemals berücksichtigt worden, dass zum Beispiel eine berufstätige Frau wesentlich höhere Kosten für Bekleidung und ihr sonstiges „Outfit“, für Kinderbetreuung und die Wege zur Arbeit hat? Wo landen diese Personen, selbst wenn man ein Lohnabstandsgebot von 15 Prozent zu Hartz IV berücksichtigt? Der Armut können auch hierdurch die meisten Personen und ihre Kinder so kaum entrinnen. Ist das soziale Gerechtigkeit?

Nun kann man noch die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufgreifen. Aber geht es dem Einzelnen hierdurch besser? Finanziell zumindest würde wohl alles beim Alten bleiben. Auch die wirklich notwendigen Lohnarbeitszeiten werden durch diese Forderungen überhaupt nicht berücksichtigt. Vollzeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer, die trotzdem schon jetzt in Hartz IV fallen, werden auch mit einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich weiterhin darauf angewiesen sein. Ist das soziale Gerechtigkeit?

Gegnerinnen und Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens behaupten oftmals, diese Forderung trage zur Spaltung der Gesellschaft bei. Man spricht vom „Recht auf Faulheit“, das es nicht geben dürfe. Ich finde, man muss den Unterschied zwischen einem bedingungslosen *Grund*einkommen und einem bedingungslosen Einkommen verdeutlichen! Letzteres fordert niemand aus dieser Bewegung. Wie könnte ein bedingungsloses **Grundeinkommen**, welches jedem in Deutschland lebenden Menschen in gleicher Höhe zustehen sollte, denn die Gesellschaft spalten? Wäre es nicht soziale Gerechtigkeit, wenn jedes Kind mit seiner Geburt über ein eigenes Grundeinkommen von beispielsweise 1.000 Euro verfügen könnte? Wenn jede Rentnerin und jeder Rentner mindestens über 1.000 Euro im Monat bekämen? Wenn die alleinerziehende Mutter oder der Vater und jedes von ihnen zu unterhaltende Kind ebenfalls 1.000 Euro zum Leben hätten?

In meinen Augen würde man gerade durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens endlich die Spaltung der Gesellschaft überwinden können, wenn man gleichzeitig allen erwerbsfähigen Personen auch das garantierte Recht auf gleiche Beteiligung an der notwendigen Lohnarbeit zubilligt. Hierdurch bekommt jeder erwerbsfähige und -willige Mensch die Möglichkeit, sein bedingungsloses Grundeinkommen durch Lohnarbeit zu ergänzen. Die Finanzierung eines Grundeinkommens muss anfangs zumindest zur Hälfte aus den Profiten aller Unternehmen finanziert werden, wobei man letztlich die Überwindung der Lohnarbeit als Ziel definieren muss.

Nur so lässt sich in meinen Augen das Ziel eines demokratischen Sozialismus, wie er von den Sozialdemokraten und der Partei „Die Linke“ angestrebt wird, auch auf demokratischem Wege erreichen. Mir persönlich ist es übrigens egal,

wie man ein demokratisches System nennen würde, welches auch international funktioniert. Auf alle Fälle würde man ein besseres Leben für alle Menschen erreichen, wenn man gleichzeitig auch einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen, der Umwelt und dem Klima anstrebt. Hierzu muss jeder Einzelne bereit sein, gerade hinsichtlich seiner eigenen Mobilität notfalls auch Einschnitte in seine persönlichen Freiheitsrechte in Kauf zu nehmen. Dann haben unsere Erde und die kommenden Generationen vielleicht noch eine Chance.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Die Regelsatzerhöhungslüge: Hartz IV wurde gegenüber 2006 bereits um 30 Prozent gekürzt *(„Trend Infopartisan“)*

Am verkaufsoffenen **Sonntag**, dem **10. Oktober 2010**, soll in **Oldenburg** die **Aktion** „**Krach statt Kohldampf**“ stattfinden. Gefordert werden 80 Euro mehr im Monat für Ernährung. Achtung: Auf der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg wird an diesem Tag gebaut und daher ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Anreisegruppen sollten sich anmelden beim Service der Nordwestbahn, Telefon 01805/600 161, E-Mail dialog(at)nordwestbahn.de

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

299. Bremer Montagsdemo am 11. 10. 2010

Wir freuen uns auf besonders rege Beteiligung bei der **300. Bremer Montagsdemo** am **18. Oktober 2010**, denn das Jubiläum feiern wir! Dazu haben sich – neben den Dauerteilnehmern – dieses Mal viele andere Besucher angekündigt: Mitglieder der Fraktion „**Die Linke**“ werden kommen, Bürgerschaftspräsident **Christian Weber**, Bürgermeisterin **Karoline Linnert** und „**Radio Bremen**“. Natürlich haben wir wie immer ein **Offenes Mikrofon**. Eine gute Gelegenheit also, unseren Protest gegen die **Hartz-Gesetze**, die Abwälzung der **Krisenlasten** auf unseren Rücken und alles andere, was uns ärgert, zu artikulieren! Die 300. Montagsdemo beginnt wegen des Freimarkts um **17:30 Uhr** am Reiterdenkmal vor dem **Dom**, führt über den **Hanseatenhof** und begibt sich ab circa 18:30 Uhr zum „Schwabenstreich gegen **Stuttgart 21**“ vor dem **Hauptbahnhof**. Wenn es geschafft wird, dieses größenwahnsinnige Projekt zu Fall zu bringen, können wir auch ganz andere Dinge schaffen: Weg mit Hartz IV! Keine Verlängerung der **AKW-Laufzeiten**! Raus aus **Afghanistan**!

Der Lissabonner Vertrag muss geändert werden

1. Wie wird ein Erwerbsloser „ungebildet“? Ganz einfach! Ohne ihn darüber zu informieren, löscht die Arge in der EDV die Ausbildung oder **Qualifikation**. Diese wird von ihr nicht mehr anerkannt, weil der Beruf oder die Tätigkeit länger nicht ausgeübt wurde. Zusammen mit den im Ausland erworbenen und hier nicht anerkannten Qualifikationen der Menschen mit Migrationshintergrund wird so die Aussage vom „Erwerbslosen ohne Ausbildung“ gefestigt. Wie soll so eine Vermittlung auf eine entsprechende Arbeitsstelle klappen? Gar nicht! Dies als Ergänzung zum Betrug mit der Arbeitsmarktstatistik und den Ausführungen von Elisabeth.

2. Bahnchef Grube hat vor der Industrie- und Handelskammer Stuttgart festgestellt, ein Baustopp bei „**Stuttgart 21**“ sei nicht drin, selbst ein Innehalten bei der Auftragsvergabe nicht! „Über den Daumen gepeilt kostet jede Woche Baustopp 2,5 Millionen Euro“, so Grube. Außerdem habe die Deutsche Bahn „einen Vertrag, der uns sagt, diesen Vertrag müssen wir abarbeiten“. Begründet hat Herr Grube diese Prognose nicht. Die Menschen erschrecken bei solchen Zahlen, doch bei „ Stuttgart 21“ wurde so viel gelogen und unterschlagen, dass auch diese Aussage entsprechend eingeordnet und die Rolle der IHK kritisch beleuchtet wird. Herr Grube sollte seine Meinung noch einmal überprüfen oder zurücktreten! Jetzt sind eigentlich die Abgeordneten gefragt – jene, die damals dieses Projekt befürwortet haben. Es wäre schön zu hören, inwieweit die damaligen Informationen mit den jetzigen übereinstimmen.

Auch für einen Nichtparlamentarier ist klar, dass eine Nutzungsänderung eine erneute Beratung und Abstimmung erfordert. Geplant waren der Bahnhof und insbesondere die Neubaustrecke für den Güter- und Personenverkehr. Jetzt soll nur Personenverkehr möglich sein, weil die Strecke für Güterverkehr zu steil ist. Obwohl die Steigung der bisherigen Strecke Ausgangspunkt für die Neubauplanung war, wird die Neubaustrecke sogar noch steiler! Damit ist klar: Das parlamentarische Genehmigungsverfahren muss neu durchgeführt werden. Eine weitere Auswirkung dieser Nutzungsänderung ist die Rückzahlung der erhaltenen EU-Fördermittel. Wer als Unternehmer einen Bauantrag stellt und anschließend die Nutzung des Betriebes ändert, muss sich das auch genehmigen lassen. Auch dieses Gutachten passte nicht in die Wunschvorstellungen von Herrn Grube. Aus einem genialen Kopfbahnhof wird ein Engpass!

3. Alle Bauanträge und Planverfahren für Überlandleitungen von der Küste in den Süden sind blockiert. Kein Mensch will verständlicherweise in der Nähe einer solchen Starkstromleitung wohnen. Laut Plan geht es teilweise direkt durch die Siedlungen. Die Energieerzeuger sind auch Besitzer der Netze und für die Planung zuständig. Die fehlenden Leitungen halten ihnen den Strom aus Windkraft vom Leib. Verkauft wird Atomstrom. Die Windräder werden bei effektiver Leistung abgestellt. Die Leitungen können den Strom nicht aufnehmen. Der Gesetzgeber kann diesen Stillstand beenden und einfach die Überlandleitungen unterirdisch verlegen lassen. Die meisten Einsprüche wären dadurch erledigt, und der Bau könnte beginnen, zum Wohle der Umwelt, und zwar im doppelten Sinne, denn die schädliche Strahlung der Starkstromleitungen wäre abgeschirmt, und die Windräder können den erzeugten Strom einspeisen.

Frau Merkel – haben Sie daran gedacht? Frau Merkel, bessern Sie nach! Aber Ihre Atomverträge sind eh nichtig! Die Versorgungssicherheit ist wesentlich höher, die Folgekosten sind wesentlich niedriger. Schon bei der damaligen Ausstiegsvereinbarung wurden Sicherheitsmängel der Atommeiler in kauf genommen. Jetzt geht es in eine Verlängerung mit nicht genehmigungsfähigen Atomkraftwerken. Trotzdem soll durch die Nachrüstbeschränkung wieder auf Sicherheit verzichtet

werden. Ein GAU genügt, um die Bundesrepublik unbewohnbar zu machen! Lassen wir es nicht zu! Der Ausstieg soll wie damals vereinbart erfolgen. Atomkraft ist nicht beherrschbar! **Atomkraft**? Nein, danke!

Auch die Nichtbeteiligung der Bundesländer ist unhaltbar. Allein durch Bremen werden laufend mitten durch die Stadt Atomtransporte durchgeführt. Dies soll sich nach den Willen der Fraktion „Die Linke“ ändern. Der Antrag wurde von der Regierungsmehrheit in Bremen abgelehnt. Heute schon verstrahlt? Diese Frage entspricht der aktuellen Situation! Wie viele Polizisten werden durch die Strahlendosis der Castoren diesmal gesundheitlich geschädigt? Die Castoren werden gebührend empfangen. Hoffentlich wird die Polizei nicht wieder zum Prügelknaben der Nation. Polizisten dürfen nicht von der Politik missbraucht werden, um Ziele gegen das Volk durchzusetzen! Der Bereitschaftspolizist trägt das höchste Risiko. Verletzte Polizisten, auch im Dienst verletzte, erhalten keinen Anstellungsvertrag: Ihre Anstellung endet durch Fristablauf mit dem Ende der Ausbildung.

4. Bei der **Bankenrettung** hat keiner nach der Finanzierbarkeit gefragt. Die Banken machen jetzt weiter wie bisher! Aber nicht alle Banken schaffen dies: Die Hypo Real Estate München sowie einige Landesbanken haben Liquiditätsengpässe. Warum? Die wertlosen Wertpapiere der Banken werden von der Europäischen Zentralbank als voll beleihungsfähig behandelt. Somit kann sich die Bank refinanzieren, gewissermaßen aufgrund der „falschen Fünfziger“. Die Liquidität müsste dadurch gesichert sein. Haben die HRE und die Landesbanken nicht genug „falsche Fünfziger“? Liegt die Ursache in den Geschäften mit „Cross-Border-Leasing“? Ich habe bei den vielen Berichten über die Bankenrettung wenig über die Platzierung der CBL-Geschäfte gelesen! Der Bank das Rathaus, dem Bürgermeister die Prämie. Die entsprechenden Banken müssen nun Monat für Monat die Leasingraten aufbringen, zahlbar über mindestens 30 Jahre,eventuell auch länger. Was haben diese CBL-Banken und -Versicherungen mit dem Geld angestellt? Betreiben wir Bankenrettung entsprechend der Laufzeit dieser Leasingverpflichtung, somit 30 Jahre oder länger?

5. Die Abschmelzung der sozialen Sicherungssysteme wurde mit dem **Lissabonner Vertrag** vereinbart. Die alleinige Beitragslast der Beitragserhöhung zur gesetzlichen Krankenkasse ist ein Schritt entsprechend dieser Vorgaben. Nicht die Lösung der Probleme, sondern die Vertuschung derselben ist das Bestreben dieser Regierung! Am Samstag in Berlin und danach wieder jeden Montag halten wir dagegen. Die Hartz-Gesetze sind im Lissabonner Vertrag verankert. Dabei ist die Verschlechterung der Lebensqualität für viele Bürger vereinbart worden. Jeder Bürger in Europa ist davon betroffen. Besonders benachteiligt werden Kranke, Rentner, Bürger mit geringem Einkommen und Erwerbslose. In den künftigen Parlamenten sitzen an entscheidender Stelle Vertreter des Kapitals, *ohne* gewählt zu sein, per Quote! Dann wird gemäß dem Lissabonner Vertrag die „Metropolregion Oldenburg/Bremen“ als politische Einheit umgesetzt. Lassen wir es nicht soweit

kommen! Änderungsanträge zum Lissabonner Vertrag durch die Parteien wären ein Anfang!

Außerdem sofort raus aus Afganistan! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wir haben genug Themen und genug Redezeit: drei Minuten für einen Beitrag. Das Offene Mikrofon kann auch mehrmals genutzt werden, aber ein langer Beitrag ist einschläfernd. Interesse? Wir haben Aufgaben: Mitgehen, Begleiten, und auch Recherchen durchführen. Wir haben Aufgaben, die viel Zeit erfordern und PC mit Internetanschluss. Aber eigentlich wollten Sie etwas ganz anderes machen? Lassen Sie hören! Wir überdenken Ihren Vorschlag! Sie werden sehen, es wird alles miteinander abgestimmt. Dies macht die Montagsdemo etwas langsam, aber langlebig!

Übrigens bin ich, wie schon erwähnt, im Museum gelandet. Dabei fühle ich mich eigentlich noch gar nicht so alt! Das Focke-Museum hat die Sonderausstellung „Bremen 1945 bis 2010 – So viel Wandel war nie“ eröffnet. Dabei geht das Museum bis ins Heute. Zur Ausstellung gehören auch Videoaufnahmen mit Zeitzeugen mit ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen zur Veränderung in Bremen. Die Ausstellung ist sehenswert! Ich habe mich mit meinen Erfahrungen beteiligt und konnte meinen Anstoß zur Begleitung unter dem Motto „Wir gehen mit“ und einige Erfahrungen rund um das ALG II und die Bagis schildern. Bis **nächsten Montag** vor dem Gaul! Auf zur **300. Bremer Montagsdemo**!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Schlichtung soll Projektgegner spalten: Opfer des brutalen Polizeieinsatzes durch weitere Bauarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten gedemütigt *(„Focus“)*

Uns wehren, wenn die Regierung Erwerbslose wie Dreck behandelt!

1. In Essen wird sich darüber mokiert, dass trotz 27.000 Langzeitarbeitsloser 18 Schulen Probleme damit hätten, eine Toilettenfrau zu finden, die als Ein-Euro-Jobberin nach dem Rechten sieht. Es eigne sich nicht jede Kraft als Toilettenaufsicht. Das Anforderungsprofil verlangt, dass sie die „Fähigkeit zur Kommunikation“ mitbringen und dazu in der Lage sein sollte, mit Schülern ein „vertrauliches, aber verbindliches Wort zu sprechen“. Bei dieser Position, in der also Diskretion und Autorität gefragt sind, wurden bisher aus Rücksicht auf die Schülerinnen ausschließlich Frauen „eingestellt“. Dafür zahlt die Bundesagentur für Arbeit den Langzeiterwerbslosen zusätzlich zu den kargen Sozialleistungen 1,25 Euro pro Stunde, für maximal für 30 Stunden pro Woche, neun Monate lang. Wie viel Geld die Trägergesellschaft von der Bundesagentur pro Nase und pro Monat dafür be-

kommt, dass sie die Ein-Euro-Jobberinnen für sich arbeiten lässt, ohne ihnen dafür selbst ein „Gehalt“ zahlen zu müssen, bleibt hingegen ein Geheimnis.

Mich würde es mal interessieren, für welche Beschäftigung sich langzeitarbeitslose Frauen als Toilettenaufsicht weiterqualifizieren können! Als Antwort soll wohl genügen, dass das Programm „Job-Perspektive“ über die EABG für eine Schule eine Toilettenaufsicht fest einstellen und bis zu 75 Prozent der Lohnkosten übernehmen würde. Wie zukunftsweisend, in einer Toilette herumstehen zu sollen und die Klos zu reinigen, damit frustrierte Schüler ihre Aggressionen nicht dort auslassen können! Ich finde es eine bodenlose Frechheit zu behaupten, dass sich für eine solche Tätigkeit nicht viele eigneten. Wenn da so dringend gesucht wird, kann die ganze Arbeit eigentlich nicht mehr zusätzlich sein und ist somit nicht mehr tauglich für einen **Ein-Euro-Job**, von wegen zusätzlich und gemeinnützig! Wer sollte denn für eine derart sterbenslangweilige „Tätigkeit“ als Ein-Euro-Sklave Interesse bekunden, die nicht nur ohne jede echte erstrebenswerte Zukunftsperspektive ist und einen noch nicht mal aus den Klauen der Verfolgungsbetreuung befreit!

2. Die von der Bundesregierung geplante Neuregelung der Zuverdienste läuft auf eine Verschlechterung für die Mehrheit der rund 1,4 Millionen erwerbstätigen Hartz-IV-Bezieher hinaus. Vor allem die rund 740.000 **Aufstocker**, die zum Arbeitslosengeld II weniger als 400 Euro im Monat hinzuverdienen, gehören zu den Verlierern, weil geringere Zuverdienste stärker vom Arbeitslosengeld II abgezogen werden. Eine absolute Frechheit ist das erklärte Ziel, die Freibeträge für Zuverdienste so zu regeln, dass ein „höherer Anreiz zur Aufnahme oder Ausweitung einer Arbeit“ entstehe. Höherer Anreiz, dass ich nicht lache: Putt, putt, putt, wo sind sie denn, all die reizenden Arbeitsplätze, die mit dieser Taktik besetzt werden sollen? Unsere überaus beliebte FDP geht sogar so weit, von den ersten 200 verdienten Euro nur 40 Euro nicht abziehen zu wollen. Die Neuregelung beim Hartz-IV-Zuverdienst bedeutet nichts weiter als eine Frechheit häppchenweise. Nach der Verhöhnung durch nur fünf Euro „mehr“ für Hartz-IV-Bezieher nun ein weiteres mickriges Reförmchen, von dem fast niemand profitiert – und die Kinder, deren Regelsatz doch neu und nachvollziehbar berechnet werden sollte, schon gar nicht!

3. In Deutschland müssen hoch qualifizierte Migranten als schlecht bezahlte Leiharbeiter ihr Brot verdienen und zusätzlich mit ALG II aufstocken, weil vielen ihr im Ausland erworbener Abschluss nicht anerkannt wird. Dabei heißt es sonst immer, Deutschland brauche ausländische Facharbeiter! Eine Kubanerin soll ihr Schulzeugnis anerkennen lassen, damit sie die Grundlage dazu erlangen könne, um

in der Altenpflege arbeiten zu können – dabei ist die 40-Jährige eigentlich ausgebildete Medizinerin. Es ist eine Schande, dass so viele bei uns so weit unterhalb ihrer **Qualifikation** arbeiten müssen! Deutschland verhält sich meiner Meinung nach sehr intolerant und arrogant bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. So kommt es leider immer wieder vor, dass Mathelehrer an deutschen Schulen Hartz IV beziehen müssen, weil ihr Diplom nicht anerkannt wird. Während Lebewesen wie Sarrazin über die angeblich nicht vorhandene Integrationsbefähigung von Migranten hetzen dürfen, bekommen hoch qualifizierte Migranten keine Jobangebote und müssen von Sozialleistungen vegetieren. Wie sollen sie Integrationsangebote ablehnen, wenn sie gar keinen Job bekommen? Leider muss ich anmerken, dass auch hoch qualifizierten Deutschen ihr Abschluss nahezu aberkannt wird, wenn sie über eine relativ kurze Zeit nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiteten und ihnen dann ziemlich schnell zugemutet wird, sich mit Hilfsarbeiten herumschlagen zu müssen. Alles folgt der Zielsetzung, dass Arbeitgeber möglichst geringe Löhne zahlen dürfen.

4. Nach einer Studie leben Kinder aus finanziell schwachen Familien ungesünder und leiden häufiger an **Krankheit**. Dafür befragten Meinungsforscher bundesweit insgesamt über 700 Mädchen und Jungen im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Kinder aus armen Familien gaben dreimal so häufig an, krank zu sein. Neun Prozent der Kinder aus finanziell schwachen Familien sind nach eigenen Angaben chronisch krank, was nur drei Prozent der Kinder aus finanziell besser gestellten Familien von sich selbst sagten. Es war schon immer so, dass Geld allein zwar nicht glücklich macht, aber ein gewisses Minimum an echter Grundversorgung vorhanden sein muss, um abends entspannt zur Ruhe zu kommen und am Tage nicht von berechtigten Existenzängsten geplagt zu werden. Leider sind die Regelsätze für das Essen für Erwachsene bereits mit 80 Euro im Monat zu wenig „bemessen“, sodass es leider günstiger ist, ungesundes Fast Food zu kaufen, als es selbst frisch herzustellen, wofür ja auch noch zusätzlich Energie bezahlt werden muss.

Der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte sagt, dass Kinder in diesem Alter normalerweise kerngesund seien. Allerdings werde bei finanziell Schwachen häufiger zu Hause im Beisein der Kinder geraucht, sodass sie anfälliger für Atemwegsinfekte seien. Klar, wie wir alle wissen, rauchen wohl ausschließlich Bezieher von ALG II! Richtig furchtbar an einem Artikel der „Ärztezeitung“ über diese Studie finde ich , dass immer von „sozial schwachen“ Menschen und ihren Familien gesprochen wird, obwohl doch *finanziell* Schwache gemeint sind! Fakt ist und bleibt, dass der neue alte Regelsatz für Kinder im Alter von null bis sechs Jahren, der selbstverständlich „transparent“ ermittelt ist, nach wie vor keinen Anteil für Windeln vorsieht! Oder soll das vielleicht als „laufender atypischer Bedarf“ geltend gemacht werden? Jedenfalls ist dieser Bedarf mit 6,09 Euro monatlich nicht abgedeckt. Kann es denn möglich sein, dass eine siebenfache Mutter in dieser Hinsicht noch Aufklärungsbedarf hat? Oder geht es ihr so

wie vielen Politikern, dass sie von ihrem Wolkenkuckucksheim im Elfenbeinturm aus den Blick für die Wirklichkeit vollkommen verlieren?

5. Wie beliebte *lovely* Zensursula von der Leyen, ihres Zeichens Bundessozialministerin, letztens zu sagen: „Kinder brauchen Kontakte, brauchen Zuwendung, brauchen Menschen." Sie sprach auch an, dass Hilfe zu den Kindern komme und wir nicht immer einfach darüber reden, dass das Bargeld erhöht wird. Doch ausgerechnet für die Kinder von Erwerbslosen aus der der sächsischen Kleinstadt Radeberg scheint das offenbar nicht zu gelten. Im Gegensatz zu den anderen Kindern dürfen sie nachmittags nicht mehr in den Kindergarten, an Ausflügen teilnehmen, nicht mit den anderen am Nachmittag lernen. Anstelle einer Förderung erfahren sie mal wieder nur Ausgrenzung! Kontakte und Zuwendung bekämen Kinder aus Hartz-IV-Familien tatsächlich oft weniger zu Hause als in der Kita. Hier hätten sie **Bildungschancen**, die ihnen daheim fehlten.

Klar, zu Hause kann nicht das geboten werden, was in der Kita möglich ist. Wahrscheinlich müssen viele Familien in beengten Kleinstwohnungen vegetieren. Dort sind keine Spielkameraden, ein Spielen draußen ist zu gefährlich. Es ist eine Frechheit, dass mit dieser Ausgrenzung angeblich die „Erziehungsverantwortung" der Familien gestärkt werde, damit sich die Eltern in der Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, der Beschäftigung mit ihren Kindern widmen. Immer schön von oben herab, voller Unterstellungen und mit erhobenen Zeigefinger! Auch Kinderkartenkinder bemerken schon die eigene Ausgrenzung und leiden darunter, anders als die anderen Kinder sein zu müssen. Aha, Ausgrenzung lässt sich natürlich auch zum Recht umformulieren, mit den Eltern zusammen sein zu dürfen. Wenn das Kind dann fragt, warum es nicht auch mit den anderen nachmittags weiterspielen und lernen darf, muss wohl geantwortet werden, die Eltern könnten das nicht bezahlen, weil das Geld nicht gerecht verteilt ist. In der Politik klaffen der Anspruch, allen Kindern eine Bildungschance zu geben, und die Realität sehr weit auseinander!

6. Bei „Youtube" ist zu sehen, wie die Polizei mit ihrem angeblichen Videobeweis trickst und so ein Fake entsteht. Es geht um eine der Szenen vom 30. September 2010 in Stuttgart, mit der die Polizei ihren harten **Einsatz** gegen die zumeist jugendlichen Demonstranten rechtfertigt. Im Vordergrund ist ein glatzköpfiger Beamter zu sehen, der seinen Schlagstock zückt und gegen Jugendliche und den Kameramann eines Privatvideos richtet. Bis sich andere Polisten dazwischen stellten, konnte dieser noch einmal zuschlagen. Es ist sicher für alle gut nachvollziehbar, dass die Teilnehmer der Demonstration wegen des prügelnden Polizisten sehr aufgebracht waren. Offenbar hat die Polizei nun einfach den knüppelnden Polizisten herausgeschnitten und verwendet allein die Aufnahmen der wütenden Geschlagenen als Beweis für die Notwendigkeit der brutalen Staatsgewalt. Das darf es in einer Demokratie, einem Rechtsstaat nicht geben!

Was für ein Glück, dass in Stuttgart viele das Geschehen selbst filmten, sodass Lügen mal wieder kurze Beine haben. Ich war nicht dabei, aber es sieht für mich so aus, als ob einige Polizisten selbst gezielt provoziert haben. Daher kann ich die Eltern gut verstehen, die nun die Polizei bei der Polizei anzeigen. Einen Versuch ist es wert, obwohl ich nicht viel Hoffnung auf Gerechtigkeit habe, bei dem Korpsgeist zu vieler Polizisten und der sie anonymisierenden Kleidung. Für sie gilt im Gegensatz zu den Demonstranten kein Vermummungsverbot, und sie müssen kein Namensschild oder eine Nummer tragen. Jetzt soll Heiner Geißler sich dafür hergeben, die Gegner von „S21“ zu einem „Kompromiss“ zu überreden, der gar keiner sein kann, weil der unterirdische Bahnhofsbau ja partout durchgezogen werden soll. Das kann gar nicht zu einer Schlichtung kommen, höchstens zum Umfallen, was hoffentlich nie der Fall sein wird. Die Regierung will den Bahnhof unter der Erde, die absolut überwiegende Bevölkerung oberhalb davon. Es ist wie bei einer Schwangerschaft: schwanger oder nicht schwanger, ein bisschen schwanger gibt es nicht. Also: Bahnhof oben oder unten, da kann es keinen Kompromiss geben. Oder denken sie an eine Schwebebahn in ihren verträumten Köpfen?

7. Am vergangenen Sonntag fuhr ich mit einigen anderen Bremern von der Montagsdemo, dem „Sozialen Lebenbund“, dem „Bremer Erwerbslosenverband“ und der Partei „Die Linke“ bei strahlendem Sonnenschein mit dem Zug nach Oldenburg. Das Motto der bundesweiten **Demonstration** lautete: „Krach schlagen statt Kohldampf schieben! Mindestens 80 Euro sofort für Ernährung!“ Der Bahnhofsvorplatz füllte sich allmählich, bis wir auf drei- bis viertausend Menschen anwuchsen. Ich traf auf Menschen aus dem „Erwerbslosenforum Deutschland“, mit denen ich sonst nur virtuell kommuniziere. Der Platz füllte sich nicht nur mit immer mehr Menschen, sondern auch mit den individuellen Klängen beim Schlagen mit Stock, Kochlöffel, Soßenkelle,Pfannenwender auf Kochtopf, Deckel oder Dose. Langsam ging das in verschiedene Sambarhythmen über, was auch die gute Laune von innen wachsen ließ. Mein hölzerner Kochlöffel war durch den Gebrauch als Trommelschlägel bald überfordert und mutierte durch das Abspringen seiner äußeren Enden vom Kochlöffel zur Kochstange.

In Oldenburg war verkaufsoffener Sonntag, und so konnten die Konsumenten erfahren, was es mit dieser Demo auf sich hat. Die Transparente vermittelten Botschaften wie „Der Mensch geht vor Profit“, „Hartz IV, die Armutsfalle, betroffen sind wir alle“, „Kapitalismus abschaffen, mit Hartz IV anfangen“, „Hartz IV schafft Armut, aber keine Arbeitsplätze“, „Milliarden für Millionen, statt Milliarden für Millionäre“, „Die Würde des Menschen ist antastbar“ (mit dem „A“ der Arbeitsagentur), „Hartz IV heißt jetzt ‚Stirb langsam V‘“. Eine Demonstrantin vom „Erwerbslosenforum“ hatte einen Hut mit einem selbstgebastelten Stillleben bei sich, auf dem eine Mutter und ihr Kind am Tisch sitzen. Beide haben ein Spiegelei auf dem Teller. Das Kind fragt: „Können wir nicht auch mal was anders essen?“ Die Mutter antwortet: „Tut mir leid, dafür hab ich kein Geld übrig“. Solch ein Zustand soll

eindeutig durch die verschrobene „Rechnerei“ zementiert werden! Natürlich fehlt es an Geld, auch wenn Politiker die Misere, den offenkundigen Mangel lieber an persönlichen Schicksalen und natürlich der viel unterstellten „Bildungsferne“ festmachen wollen.

Aber ebenso unmissverständlich wollen wir alle den weiteren Abbau des Sozialstaates, die Umverteilung von unten nach oben stoppen. Wir wehren uns dagegen, dass Erwerbslose von dieser Regierung wie der letzte Dreck behandelt werden, indem das soziokulturelle Existenzminimum wieder im Hinterzimmer mit peinlichen Tricksereien wie entlarvenden Zahlendrehern „berechnet“ wird. Dafür, dass es allein in Oldenburg 15.000 Hartz-IV-Bezieher, in Deutschland insgesamt sieben Millionen gibt, sind zu wenige Menschen auf die Straße gegangen. Die Resignation so vieler, die von der Regierung, den Arbeitsämtern meiner Meinung nach geradezu herbeigezüchtet wird, hält leider zu viele davon ab, ihren Unmut, ihre Wut zu äußern! Ich hoffe dennoch auf einen guten Start in den Heißen Herbst. Ich danke der Oldenburger Polizei dafür, sich als wirkliche Ordnungshüter betätigt zu haben, das heißt da, wo keine Ordnung gestört wurde, auch selbst nicht störend zu wirken, sich realitätsgerecht zu kleiden und nicht durch ein martialisches Outfit im „Robocop“-Stil kriegsähnliche Zustände herbeimanipulieren zu wollen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Polizei ist kein Politikersatz“: „Man kann nicht einfach Interessen durchsetzen, auch wenn man glaubt, dass das wichtig ist“ *(„Focus“)*

Die Stuttgarter „**Parkschützer**“ bitten um Zelte, Schlafsäcke, warme Wolldecken, Luftmatratzen, Kocher und Regenschutz. Es wird ein langer und kalter Winter! Spenden bitte bei Gernot Schulz, Moselstraße 91, abgeben (Telefon 0176-5334 5420). Oben bleiben und danke im Namen der Parkschützer!

Medienkonzerne besorgt über schwarz-gelbes Allzeittief: Theovuz Guttenberg soll starker neuer Kanzler werden *(„Spiegel-Online“)*

Ein Herbstwochenende voller Bewegung

100.000 Menschen in Stuttgart fordern den sofortigen Baustopp des Tiefbahnhofs, 50.000 in München protestieren gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und weitere Atompläne. Mehrere 10.000 Fans in Berlin wehren sich gegen die weitere Kommerzialisierung des Fußballs und gegen immer höhere Eintrittspreise. 3.000 Arbeitslose treten schließlich in Oldenburg mit rhythmischem und lautem Krach-

schlagen für die sofortige Erhöhung der Regelsätze für Hartz-IV-Betroffenen ein – mit Unterstützung regionaler Milchviehhalter, um gegen die niedrigen, von den Lebensmittelkonzernen diktierten Preise zu demonstrieren. Diese Bewegung, von Initiativen und den Betroffenen und Beteiligten selbst organisiert, ist genau das Richtige, um gegen das abgekartete Spiel der Regierungen und ihrer Helfershelfer anzugehen!

Nun kommt bei den Herrschenden Sorge auf, Deutschland werde „unregierbar“ und könne kein „verlässlicher Partner“ mehr sein für seine „Freunde“ in der Welt. Die „notwendigen“ Großprojekte könnten nicht mehr durchgezogen werden. Was steckt denn hinter diesen Großprojekten? Das sind Profitobjekte des internationalen und nationalen Finanz- und Industriekapitals, gegen das sich die Menschen berechtigt wehren: Ob „Stuttgart 21“, die AKW-Laufzeiten oder die ungelöste Atommüll-Endlagerung, die sie am liebsten privatisieren würden, um jeden öffentlichen Einfluss auszuschalten, alles sollen wir schlucken! Beschlossen wurden diese „Projekte“ von langer Hand in den Gremien, zu denen eine wirkliche Öffentlichkeit sowieso keinen Zutritt hat und hatte.

Wenn das Volk sich jetzt das Recht nimmt, dagegen zu demonstrieren, dann kommen sie mit ihren staatlichen Gewaltapparat; dafür wollte Herr Schäuble schon den Bundeswehreinsatz im Innern. Oder sie schicken ihre Gralshüter des „Demokratismus“ vor: Ein Herr Voßkuhle, oberster Richter in der Bundesrepublik, will eine „Unregierbarkeit“ und die „Aushöhlung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ nicht hinnehmen. Was denken sich diese Gralshüter eigentlich? Sie tun nichts gegen die Pervertierung der Demokratie zur Lobbykratie! Ist ja auch klar, denn sie sind gekürt aus dem „Proporzsumpf“ der bürgerlichen Parteien und diesem System total verpflichtet. Sie tun nichts für ein Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen. Sie sind in aller Regel nur wachsam, wenn die Rechte und Freiheiten ihrer Klientel der Reichen und Superreichen auf dem Spiel stehen!

Wenn so ein Herr Voßkuhle aus seinem Fuchsbau steigt, erwarte ich mir nicht Fortschrittliches. Die Menschen aber entwickeln alle ihre Wünsche und Forderungen selbst. Sie können das, und sie setzen sich auch Grenzen, wo die Interessen einzelner aus dem Ruder laufen. Gerade das juristische Korsett des bürgerlichen Staates ist in aller Regel rückständig und bedarf der konkreten Weiterentwicklung von Zielen und Gewohnheiten durch die Massen. Uns und unseren Mitmenschen ist es darum so wichtig, dass immer mehr demokratische Methoden und Verfahrensweisen zum Alltag werden – wie bei uns auf der Montagsdemo mit Diskussionen an Offenen Mikrofon, anschließender direkter Abstimmung oder Beauftragung mit einem Mandat. „Lissabonner Beschlüsse“, durch keine Öffent-

lichkeit legitimierte Brüsseler Entscheidungen, und seien an dieser Pseudodemokratie noch so viele „Parlamentarier“ beteiligt, können die Menschen nicht überzeugen. Darum, Herr Voßkuhle, werden wir das Recht und die Demokratie weiterentwickeln, ob Sie das nun gutheißen oder eher im Keim ersticken wollen!

Das „ARD-Deutschland-Barometer“ der letzten Woche sprach doch Bände: 60 bis 80 Prozent Unterstützung und Sympathie mit den Gegnern von „Stuttgart 21“. Immer mehr durchschauen die Spielchen der Herrschenden. Der Herr Geißler, der sich von Mappus rüffeln lassen musste, soll schlichten, wo es nichts zu schlichten gibt. Sie sind so in Bedrängnis, dass sie nicht einmal einem Baustopp zustimmen können, denn ihr Profit steht auf dem Spiel! – Am kommenden **Sonnabend** geht es nun wieder nach **Berlin** zur **Demonstration gegen die Regierung**. Um **6 Uhr** wollen wir am Breitenweg unter der Hochstraße abfahren. Noch sind Plätze frei, meldet euch bei mir an: Telefon 705 687 oder E-Mail Jobst.Roselius(at)Nord-Com.net. Am kommenden Montag schaukelt schon das Pferd auf dem Freimarktskarussell, deshalb treffen wir uns nicht auf dem Marktplatz, sondern nebenan beim Reiterdenkmal, am „ollen Bismarck“. Dann haben wir übrigens Jubiläum, wir fordern zum 300. Mal: Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir! Wir machen weiter, bis die ganzen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 vom Tisch sind!

Jobst Roselius

Schikane-Agentur überfordert: Hartz-IV-Kinder brauchen „Assi-Card“, um von der Leyens Gutscheine einzulösen *(„Focus“)*

Ausbeutung zum Sparpreis: Prospekt-Persiflage droht Klage von Aldi *(„Spiegel-Online“)*

Mehr Brutto vom Netto?

1. In Deutschland scheint es möglich zu werden: Mehr Brutto vom Netto. Arbeit in Deutschland soll sich ja wieder lohnen, laut unserem Spezialisten für die spätrömische Dekadenz, dem Parteivorsitzenden der FDP und Vizekanzler von Deutschland. Mir kommt das schon sehr seltsam vor, was Guido Westerwelle da so verspricht, und zwar aus folgenden Gründen: Meine Familie – meine Ehefrau, unsere beiden jüngsten Kinder und ich – bildet eine Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft nach dem SGB II. Ich selbst bin verrentet und falle knapp aus diesem asozialen Gesetz. Meine beiden Kinder verfügen beide über eine eigene Versicherung.

Hierzu möchte ich zur Ungleichbehandlung das Folgende berichten: Mein 16-jähriger Sohn besucht eine weiterführende Schule. Er hat keinen Nebenjob und bekommt eine **Versicherungspauschale** von 30 Euro im Monat von seinem Kindergeldeinkommen als Pauschale abgesetzt. Meine kürzlich volljährig gewordene Tochter besucht ebenfalls eine weiterführende Schule, übt aber einmal in der Woche eine Nebentätigkeit aus, indem sie nachmittags Zeitungen austrägt. Im Durchschnitt verdient meine Tochter hierdurch um die 50 Euro im Monat. Leider wird ihr aber jetzt nicht mehr die Versicherungspauschale vom Kindergeld abgezogen, sondern von ihrem Nebeneinkommen. Zieht man aber die dafür notwendigen monatlichen Arbeitsstunden heran, verbliebe meiner Tochter ein Arbeitslohn von unter einem Euro in der Stunde. Könnte meine Tochter vielleicht wegen Krankheit einmal einen Austeiltag nicht ausüben, ginge ihr Lohn auf 30 Euro zurück, und sie würde zum Nulltarif arbeiten. Krankengeld beziehungsweise Lohnfortzahlung ignorieren diese Lohndumpingfirmen ja grundsätzlich.

Muss man da nicht von „mehr Brutto vom Netto“ reden, oder ist das die „soziale Gerechtigkeit“ dieser schwarz-gelben Regierung? Wurde das vielleicht sogar schon von Rot-Grün so beschlossen? Darf man wirklich nach deutschem Recht einen Freibetrag aus einem Freibetrag herausrechnen, oder muss man nicht eigentlich immer vom Gesamteinkommen alle Freibeträge heraus berechnen? Auf alle Fälle kommt es so zu einer offensichtlichen Ungleichbehandlungen von Kindern. Das Hoch auf das „Lohnabstandsgebot“ scheint in diesen Fällen wohl flachzufallen! Könnte man hierfür eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht anstreben, oder ist es vielleicht lohnenswert, dass sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch für die Kinder Hartz-IV-betroffener Eltern einsetzen? Die Verfassungswidrigkeit halte ich in mehrerer Hinsicht für gegeben.

Derweil erhielt ich Antwort von Kai P. Feigenbutz, dem Leiter von Guido Westerwelles Abgeordnetenbüro. Er schreibt: „Sehr geehrter Herr Wege, haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht vom 24. September 2010. Ihr Gedicht hat inhaltlich nicht viel mit der Realität zu tun: Im Bundestagswahlkampf haben die Freien Demokraten „mehr Netto vom Brutto“ versprochen und nach dem Regierungswechsel dazu beigetragen, dass die Menschen in unserem Land zu Beginn dieses Jahres um über 20 Milliarden Euro entlastet wurden. Gern weisen wir Sie mit unserer Antwort auch darauf hin, dass der Bund der Steuerzahler berechnet hat, dass die Menschen auch 2011 mehr Netto im Geldbeutel haben werden als vor der Bundestagswahl 2009. Wir haben Wort gehalten. Auch deshalb ist der Aufschwung jetzt da. Zu Ihrer weiteren Information übersenden wir die Berechnungen des Steuerzahlerbundes als Anlage zu unserer Antwort. Wir hoffen, dieses Dokument findet Ihr Interesse. Nochmals vielen Dank für Ihre Zuschrift. Ihnen persönlich alles Gute. Mit freundlichen Grüßen.“

2. In einem Beitrag zur Programmdebatte der Linkspartei wurde Karl Marx mit dem nachfolgenden Satz bestimmt fehlinterpretiert: „Erstens ist heute genügend Arbeit für alle da; würde alle dringend zu verrichtende Arbeit auch geleistet, hätten wir akuten Arbeitskräftemangel“. Im kapitalistischen System geht es gerade *nicht* darum, ob oder dass genug Arbeit da ist, es geht ausschließlich um die *Lohnarbeit*. Nur durch sie erzielt das Kapital seinen Mehrwert, und nur für dieses Ziel werden die Lohnarbeiter von den Kapitalisten auch bezahlt. Mit dem Zahlen von Kinder- oder Wohngeld wird ausschließlich der für eine erfolgreiche Reproduktion der Lohnarbeiter zu zahlende Lohn für die Kapitalisten noch einmal gedrückt und auf die Lohnarbeiter umverteilt. Es waren im Prinzip bereits die ersten „sozialen“ *Lohnkürzungen*! Das ist in meinen Augen der kleine, aber feine Unterschied. Ich befürworte ein bedingungsloses **Einheitsgrundeinkommen** mit radikaler Umverteilung der Lohnarbeit auf Kosten der Profite!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Neues Jobcenter braucht neuen Geschäftsführer: Und was passiert mit den Herren Schneider und Lange von der alten Bagis? *(„Bremen“)*

Mit beiden Glibber-Enden: Doppel-Äff speist Russen-Wurm *(„Stern“)*

Von wegen Gammelfleisch: Unterschichtenfraß befindet sich im Vorzustand der Versteinerung *(„Stern“)*

Die Montagsdemobewegung ruft auf zur **7. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **Samstag**, dem **16. Oktober 2010**. Von Bremen fährt ein Bus um 6 Uhr ab ZOB Breitenweg. Anmeldungen bitte an Jobst Roselius, Telefon 705 687 oder E-Mail Jobst.Roselius(at)Nord-Com.net. Im Anschluss an die Demonstration gibt es ein internationales Kulturfest in der Max-Schmeling-Halle. Die Rückfahrt ab Berlin ist daher erst um circa 21:30 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für Normalverdiener 20, ermäßigt zwölf, für Hartz-IV-Bezieher(innen) acht Euro.

7.000 Teilnehmer: Die Gewerkschaftsführer machen sich zu Arbeiterverrätern, wenn sie nicht zu den Montagsdemonstrationen aufrufen *(„Der Westen“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

300. Bremer Montagsdemo am 18. 10. 2010

Zurück in eine Gesellschaft, die wir vor 100 Jahren abschaffen wollten?

1. Auch angesichts der 300. Montagsdemo tut es richtig weh, immer wieder sagen zu müssen, dass jetzt sogar die schwarz-gelbe Bundesregierung zugegeben hat beziehungsweise zugeben musste, Tricks bei der ALG-II-Bemessung angewendet zu haben. Die von ihr neu festgelegten **Hartz-IV-Regelsätze** wurden gezielt „kleingerechnet". Lediglich ein Viertel der Referenzgruppe, auf deren Grundlage die finanziellen Ansprüche von Erwachsenen und Kindern kalkuliert worden sind, steht in Lohn und Brot. Damit wird mit dem euphemistischen Gerücht aufgeräumt, dass die Regelleistungen vom Konsumverhalten der Verbraucher aus der unteren Mittelschicht abgeleitet würden. Es sollen noch nicht einmal 20 Prozent der Referenzgruppe sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sein; dazu kommen vier Prozent Selbständige. Stattdessen sind knapp über 20 Prozent ALG-I-Bezieher oder Aufstocker, weitere 18 Prozent Nichterwerbstätige. Das Gros der Berücksichtigten bilden die über 37 Prozent Kleinrentner und -pensionäre. Katja Kipping brachte es schön auf den Punkt: „Wenn man in Wirklichkeit vor allem arme, arbeitslose Menschen als Vergleichsgröße heranzieht, ist es nicht verwunderlich, dass nur Armutsregelleistungen herauskommen." Da nur ein Viertel der Referenzgruppe überhaupt ein Arbeitseinkommen bezieht, läuft auch die Argumentationslinie der Koalitionäre, bei der Bemessung der Hartz-IV-Sätze müsste das „Lohnabstandsgebot" zu den Niedrigverdienern gewahrt bleiben, ins Leere. Katja Kipping beklagt treffend, dass die Parole, Arbeit müsse sich wieder lohnen, hier abermals als pure Demagogie entlarvt wird!

Es geht in keiner Weise um den Schutz der einfachen Verkäuferin, sondern allein darum, die Ärmsten noch ärmer zu machen. Es wird immer offensichtlicher, dass Betroffene von den neuen Sätzen nicht menschenwürdig werden leben können, weil am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig sein wird. Es ist ein Skandal, wie hier die Bundesregierung versucht, ein politisch gewolltes Ergebnis der „Regelsatz-Neuberechnung" zu liefern – und dabei die Vorgaben des

Bundesverfassungsgerichts absichtlich ignoriert, denn von einer echten Berechnung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren würde, ist weit und breit keine Spur! Wenn sich die statistisch ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung kein frisches Obst kaufen und keinem Sportverein angehören, dann heißt das ja nicht, dass sie keinen Bedarf an frischem Obst oder dem Besuch eines Sportvereins haben, sondern dass sie es sich nicht leisten können. Ein Regelsatz, der sich nach dem tatsächlichen, äußerst bescheidenen Bedarf richten würde, müsste für einen Alleinstehenden 631 Euro zuzüglich den Kosten der Unterkunft betragen! Dieser bescheidenen Bundesregierung gelingt es leider, der Bevölkerung das Bild zu vermitteln, die vorhandenen Regelsätze seien ausreichend, sodass sich sogar die Mehrheit der Deutschen in einer Umfrage gegen eine Erhöhung der Regelsätze ausgesprochen hat. Wäre es nicht die Bundesregierung, würde überall von Manipulation und bewusster Lüge zum Schaden von Millionen von Betroffenen gesprochen! Leider scheint den meisten Bundesbürgern der Blick dafür verstellt, dass die Regierung genauso mit jeder anderen Gruppe verfahren kann, wie sie es derzeit mit den Hartz-IV-Beziehern macht. Ich möchte noch mal daran erinnern, dass im Grundgesetzartikel 20 in Absatz 1 steht: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.

2. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett legt es offenbar darauf an, Erwerbslose so schlecht wie nur irgend möglich zu stellen, wenn jetzt immer neue „Nettigkeiten“ aus dem Referentenentwurf ans Tageslicht kommen. Hartz-IV-Bezieher, die keinen eigenen Haushalt führen, sollen demnach 73 Euro weniger erhalten. Als „Begründung“ führt das Bundesarbeitsministerium auf, für diese neue Gruppe entstünden keine haushaltsgebundenen Kosten, da diese durch andere Personen bereits abgedeckt seien. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ sieht damit in Zukunft Eltern oder Mitbewohner in **Wohngemeinschaften** in Gefahr, zu Zwangsbedarfsgemeinschaften gemacht werden. Auf diese Weise würden die Mitbewohner eines Hartz-IV-Beziehers bestraft, indem sie dessen Kosten mittragen sollten! So zwingt der Staat die Menschen dazu, einen eigenen Haushalt zu gründen, obwohl das für ihn erst richtig teuer wird. Dabei sieht Hartz IV nicht vor, dass Eltern oder WG-Mitbewohner für Erwachsene aufzukommen hätten! 73 Euro weniger für Lebensunterhalt ist schon ein Hammer: Dies ist etwa der Anteil für Strom, Warmwasser, Bekleidung und Schuhe, den der neue Regelsatz vorsieht! Für Energie, Anschaffung oder Reparatur von Geräten und Wohnungsinstandhaltung müssen dann wohl die Eltern oder Mitbewohner aufkommen? Welche regelsatzrelevanten Anteile werden denn angeblich in einer WG eingespart? Nutzt nicht jeder die eigene Lampe, schaut nicht jeder in den eigenen Fernseher und bedient seinen eigenen PC, wofür jeder seinen eigenen Strom verbraucht? In einer Zweck-Wohngemeinschaft kocht auch jeder auf dem Herd sein eigenes Süppchen. Oder ist das Verständnis der Bundesregierung von einer Wohngemeinschaft so, dass ruhig auch mal die Schuhe oder die Unterwäsche des Mitbewohners getragen werden kann? Nach Ansicht des „Erwerbslosenforums Deutschland“ wird diese

Regelung vor Gerichten wahrscheinlich keinen Bestand haben. Allerdings können gerichtliche Entscheidungen hierzu lange auf sich warten lassen. Mir ist schon klar, warum dies eingeführt werden soll: Wenn das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schon gegen die vielen unterstellen Einstandsgemeinschaften nichts machen kann, weil die Gerichte das anders sehen, macht man es jetzt eben so. Dann muss man nachweisen, dass man einen eigenen Haushalt hat, also alle Geräte doppelt, dreifach, vierfach anschaffen!

3. Obwohl die Hartz-IV-Gesetzesänderungen den Bundestag noch nicht passiert haben, versendet die Bundesagentur bereits seit Mitte September neue ALG-II-Bescheide, die auf keiner rechtlichen Basis fußen. Es betrifft Eltern im Hartz-IV-Bezug, denen nun kein **Elterngeld** mehr ausgezahlt werden soll. Auch hier werden allzu offensichtlich die gesetzlichen Gremien missachtet, weil weder das Parlament noch der Bundesrat über die unsozialen Pläne von Arbeitsministerin von der Leyen entschieden haben. Ist unsere Verfassung schon so weit gefährdet, dass die Verantwortlichen nach eigenem Gusto ungesühnt über die Legislative hinweggehen dürfen? Angeblich soll mit den Vorabbescheiden verhindert werden, dass im nächsten Jahr zu viel gezahlte Leistungen zurückgefordert werden müssen, wie die Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit schwadronierte. So wird mal eben auf die Zukunft projiziert! Dabei hat dieses Kabinett gar keine Mehrheit mehr im Bundesrat, und es bleibt zu hoffen, dass genügend Bundesländer dagegen stimmen werden. Wenn ich einen solchen Bescheid bekäme, würde ich sofort vor Gericht gehen und mein Recht einklagen. Es wäre schön, wenn die Argen diese „Fähigkeit zum geübten Blick in die Glaskugel“ ausnahmsweise einmal zum Wohle ihrer „Kunden“ bei der Versendung von Bescheiden und einer Geldzuweisung an den Tag legten! Ganz abgesehen von dem vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Bundesagentur für Arbeit soll von dem in meinen Augen sozialrassistischen Vorhaben abgelenkt werden, dass Hartz-IV-Bezieher ohne eigenes Arbeitseinkommen nach dem Plan der Regierung die 300 Euro Elterngeld im Monat nicht mehr zusätzlich zum Regelsatz von derzeit 359 Euro bekommen sollen. Für alle Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 geboren wurden, erhielten Geringverdiener, Studenten und auch Hartz-IV-Bezieher über zwei Jahre lang den Höchstsatz des Erziehungsgeldes von 300 Euro im Monat. Mit der Einführung des Elterngeldes wurde den erwerbslosen Eltern bereits die Hälfte des Geldes weggenommen, damit die besser verdienenden Eltern bis zu 67 Prozent ihres wegfallenden monatlichen Erwerbseinkommens, maximal 1.800 Euro, erhalten können. Klar und unmissverständlich wird hier dargestellt, welche und wessen Kinder in diesem Lande erwünscht oder unerwünscht sind! Staatlich gelenkte Menschenproduktion? Dieser Regierung gehört die rote Karte gezeigt!

4. Die Medien unterlassen es oft anstandslos, darauf hinzuweisen, in welchem Verhältnis der Sozialbetrug, der praktisch allen Transferleistungsbeziehern gerne verallgemeinernd prophylaktisch unterstellt wird, zur **Steuerhinterziehung** der

besser verdienenden Mitbürger steht. Der „Caritasverband“ stellte für das Jahr 2001 fest, der Missbrauch in der Sozialhilfe betrage 120 Millionen Euro, der bei Steuerhinterziehung schädige dagegen den deutschen Staat um 65 Milliarden. Somit kommen auf einen Euro Sozialleistungsbetrug 540 Euro Steuerhinterziehung! Gleichzeitig wurden jedoch 2,2 Milliarden Euro im Staatshaushalt für die Ansprüche nach dem Sozialhilfegesetz eingespart, die aus Unwissenheit, Scham oder der Weigerung, sich einer Verfolgungsbetreuung zu unterwerfen, nicht gestellt worden sind. Auch wenn diese Zahlen schon neun Jahre alt sind, lässt sich an der Größenordnung leicht erkennen, wie groß die finanzielle Belastung durch Sozialbetrug beim ALG II und durch Hinterziehung von Steuern für die steuerzahlenden Bundesbürger sein dürften.

5. Am Wochenende besuchte ich den „landespolitischen Ratschlag“ der Partei „Die Linke“. Es begann am Freitagabend mit dem Auftaktpodium, wo Sabine Leidig, Bernhard Müller und Manfred Sohn unter der Moderation von Mischa Aschmoneit zum Thema „Was macht die Linke in der Krise? Soziale Kämpfe und linke Perspektiven“ diskutierten. Bereits vor der **Wirtschaftskrise** war das Vertrauen in die Finanzmärkte erschüttert. Nach einer Umfrage der Bertelsmannstiftung sagten 90 Prozent der Bevölkerung, dass sie kein Wachstum um jeden Preis wollten, kein ungebremstes Steigerungsdenken. Doch der Kapitalismus kann ohne Wachstum nicht existieren. Dennoch sagt die Bevölkerungsmehrheit nicht, dass es grundlegende Veränderungen geben müsse. Hinsichtlich der Krise herrscht vielmehr die Meinung vor: „Wir sind noch mal davongekommen“. Dabei ist diese Stimmung labil und kann in alle Richtungen weggekippt werden. Dagegen, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, hat „Die Linke“ noch kein alternatives Konzept entwickelt. Im Land herrscht allgemeine Ratlosigkeit vor und eine immer geringere Wahlbeteiligung. Die Herrschaft der Vermögensbesitzer ist nicht zu Ende gegangen. Obwohl Geld in die Banken gesteckt wurde, signalisiert die wirtschaftliche Erholung kein Ende der Wirtschaftskrise. Es gibt im Moment viele Veränderungen; die Grünen liegen mit einem Stimmanteil von 30 Prozent höher in der Wählergunst als die SPD. Die Krise offenbarte sich nicht als die Stunde der Linkspartei. Insgesamt ist das Vertrauen in politische Parteien gesunken, auch das in „Die Linke“. Knüpfen die sozialen Auseinandersetzungen jetzt an die 80er Jahre an? Die Frage, wie wir mit der Endlichkeit der Ressourcen umgehen, ist eher eine Fragestellung der Grünen.

Der „Linken“ fehlt ein schlüssiges Konzept in einer sozialen und ökologischen Auseinandersetzung. Das Interesse um die Frage der Banken packt die Massen nicht im Ansatz so wie bei „S21“. Die Stuttgarter Bevölkerung will nicht, dass Milliarden für einen in jeder Hinsicht unnötigen und unausgegorenen Untergrundbahnhof verplempert werden, während gleichzeitig die Schulen brachliegen. Der Herbst wird nun eher „grün“ als „rot“. Die Situation der „Linken“beinhaltet eine hohe Fragilität, weil sie eigentlich aus einer in Parteiform gegossenen Bündnisorganisation mit unterschiedlichen sozialen Schichten besteht. „Die Linke“ entstand

auch nur aus einer Massenenttäuschung über die SPD und die Grünen. Sie ist in sich zerrissen; es gibt sowohl Strömungen, die gegen Hartz IV sind, als auch solche, die sich in Teilen des „Sarrazynismus“ bedienen und zum Beispiel fordern, wer Staatsgeld bekomme, müsse auch dafür arbeiten. Eigentlich müssten sich die Gewerkschaften auf die Problematik stürzen, dass inzwischen 25 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse als prekär zu bezeichnen sind. Doch sind es nicht die Mandatsträger oder der DGB, die für Bewegung sorgen, sondern Verbände und Stadtteilgruppen. „Die Linke“ müsste sich an Fragen beteiligen, wem die Stadt gehört und was aus unserer Umwelt wird. Auch bei „S21“ wollen die Menschen teilhaben, selbstbestimmt leben, sich nichts von „Bossen“ von oben herab sagen lassen, erfahren, dass jede(r) wichtig ist und etwas machen kann. Dennoch findet sich eine erstaunliche Stabilität in der „Linken“ wie beim Prekariat mit der Perspektivlosigkeit als Dauerzustand. Auch wenn etliche sagen, dass sie, wenn überhaupt, nur noch „Die Linke“ wählen, muss diese sich die berechtigte Frage gefallen lassen, wozu es überhaupt eine Partei braucht, denn es gibt ja überall Bewegung. Zur Bündelung der Forderungen und Wünsche? Weil sonst die Bewegungen in sich selbst produzierende Frustrierte zerfallen? Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass der parlamentarische Bereich nicht zum Zentrum wird, um nicht die gleiche Entwicklung wie SPD und Grüne zu nehmen.

„Die Linke“ muss die Milieus beleben, zum Beispiel Hausaufgabengruppen initiieren, damit die Menschen merken, dass etwas für sie, mit ihnen und in ihrem Interesse getan wird. Was kann dafür getan werden, dass die Menschen der „Linken“ vertrauen? Oder sollten sie lieber doch nicht vertrauen, sondern in Dialog treten? Auch der Volksentscheid zum Thema sechsjährige Grundschule in Hamburg zeigte auf, dass zivilgesellschaftlicher Protest nicht mehr automatisch links ist. Ich beobachte „Die Linke“ kritisch, weil auch dort nur Menschen sind, die Fehler machen können. Einige zeigen sich wie in allen anderen Parteien korrumpierbar und verlieren damit an Glaubwürdigkeit. Doch ist „Die Linke“ die einzige Partei im Bundestag, die klar gegen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze eintritt. Ich erwarte hier ein tatkräftiges Engagement, das sich offen gegen Hartz IV und dessen repressive Strukturen richtet. Während früher „Fordern und Fördern“ verlangt wurde, wird heute „Förderndes Fordern“ propagiert. Ich wünsche mir, dass sich „Die Linke“ dagegen einsetzt, dass die Präkarisierten auf Lohn verzichten sollen, obwohl sie arbeiten müssen, dabei gleichzeitig entrechtet und eines Teils ihrer Grund- und Bürgerrechte beraubt werden, wodurch eine neue Klasse mit anderen Rechten und Eigenschaften entsteht. Ich erwarte, dass „Die Linke“ sich für einen armutsfesten Mindestlohn, für die Neuverteilung von Arbeit einsetzt und für ein bedingungsloses Grundeinkommen! Der „Linken“ fehlt ein linkes Lebenskonzept, wie wir uns gewaltfrei Zugang zu den Ressourcen verschaffen sollen und wie wir aus dem Schuldenberg rauskommen.

Der Samstag begann mit einer Podiumsdiskussion zwischen Hannah Kowalski, Maren Schreier und Nicole Vrenegor zur „Verteilung von Raum, Reichtum und Armut in der Stadt: Was gehört wem und warum?“ Wer hat ein Recht auf die

Stadt, ihre Ressourcen, das Recht auf Zentralität? Die sozialen Fragen stellen sich auch als Raumfragen. In einer hierarchischen Gesellschaft findet sich kein Raum, der nicht hierarchisch ist. Die sogenannten sozialen Brennpunkte entstehen durch Ausgrenzung bestimmter Bürger, durch Segregation. Obwohl dies ein gesellschaftliches Problem ist, wird es gerne individualisiert. Menschengruppen und Stadtteile werden zum Beispiel durch Doku-Soaps stigmatisiert. Bei einer gleichberechtigten Teilhabe in der Stadt müssten alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden und leben können. Um Zwangsumzüge zu verhindern, muss günstiger Wohnraum vorhanden sein und sozialer Wohnungsbau betrieben werden, wobei die Immobilien im städtischen Besitz bleiben müssen, damit sie nicht von „Heuschrecken“ aufgekauft und teuer vermietet werden und gleichzeitig herunterkommen. – In der Mittagspause entschied ich mich für vegetarische Gemüsesuppe und anschließend für den Workshop „Die sogenannte Bürgerarbei – Workfare für die ‚Überflüssigen‘“ mit Irina Vellay und Edith Bartelmus-Scholich. Mit der „Bürgerarbeit“ soll es keine Sozialleistung mehr ohne Gegenleistung durch Arbeit geben. „Workfare“ kommt aus dem englischsprachigen Raum und zielt auf Herrschaftssicherung: Wer noch über einen sozialversicherungspflichtigen Job verfügt, dem soll klargemacht werden, dass er noch großzügig dafür alimentiert wird, denn der Bedarf an Arbeitskräften sinkt perspektivisch auf 20 Prozent ab.

Immer mehr Menschen werden ökonomisch „überflüssig“. Für sie sollen auch Verwertungsprozesse geschaffen werden, um die Profitraten zu stabilisieren. Die von Frau von der Leyen anvisierte Bürgerarbeit soll gemeinnützig und zusätzlich sein. Wie schon bei den Ein-Euro-Jobbern ist der Arbeitsvertrag nicht verhandelbar: Er unterliegt dem Sozialrecht, nicht dem Arbeitsrecht. Anstelle einer Vertretung durch den Personalrat erhalten die Bürgerarbeiter ein repressives „Coaching“. Eine Einzelperson bekommt für 30 Stunden Bürgerarbeit 900 Euro brutto, was 781 Euro netto entspricht. Wenn davon eine Familie versorgt werden muss, darf weiter mit ALG II aufgestockt werden! Wer Bürgerarbeit machen muss, bekommt weniger Geld als die Ein-Euro-Jobber jetzt. Für die Kommunen ist das Konzept sehr attraktiv, weil für sie die Übernahme der Kosten der Unterkunft entfällt. Gleichzeitig schaufeln sich die Kommunen ihr eigenes Grab, wenn sie später alle Rentner mit Grundsicherung subventionieren müssen. Ein öffentlicher Niedriglohnsektor wird für Beschäftigung im kommunalen Sektor noch weiter ausgebaut. Eine Armut zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung wird sich als „normal“ etablieren! Mit welcher Berechtigung sollen Menschen für so wenig arbeiten müssen, wie es dem ALG II entspricht? Sie bekommen noch nicht mal eine Aufwandsentschädigung, geschweige denn ein anständiges Gehalt dafür! „Workfare“ gilt nicht als produktive Arbeit, weil es keine Lohnarbeit ist. Uns droht ein Rückschritt in eine Gesellschaft, wie wir sie vor über hundert Jahren abschaffen wollten. Horror, lass nach!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Stuttgarter „**Parkschützer**“ bitten um Zelte, Schlafsäcke, warme Wolldecken, Luftmatratzen, Kocher und Regenschutz. Es wird ein langer und kalter Winter! Spenden bitte bei Gernot Schulz, Moselstraße 91, abgeben (Telefon 0176-5334 5420). Oben bleiben und danke im Namen der Parkschützer!

Jobcenter-Terror verschwiegen: Illegalität des Leistungsentzugs im gerichtlichen Eilverfahren festgestellt *(„Weser-Kurier“-Forum)*

Tatsächlich haben wir 9,7 Millionen Arbeitslose: Gegen den „Heißen Herbst“ hilft vor allem das Fälschen der Statistik *(„Junge Welt“)*

Freiwillige schießen ohne Skrupel auf unbewaffnete Demonstranten

Wie allgemein bekannt ist, will zu Guttenberg die Streitkräfte auf 190.000 größtenteils freiwillige Soldaten reduzieren, um mit ihnen noch effektiver Krieg im Ausland führen zu können. Die Wehrpflicht soll im nächsten Jahr fallen, weil die Bundeswehr für die „Landesverteidigung“ offensichtlich nicht mehr gebraucht wird. Für die geplanten Einsätze im Innern werden ebenfalls nur Freiwillige benötigt, weil diese erheblich weniger Skrupel haben, auf unbewaffnete Demonstranten oder Streikende zu schießen!

Wie der Bremer „Weser-Kurier“ am 12. Oktober 2010 schrieb, könnte dies für Bremen den endgültigen Verlust des Landeskommandos im Vorort Huckelriede bedeuten, das gegenwärtig ohnehin nur noch aus einem Rest von 45 uniformierten und zivilen Bediensteten besteht. Das Kommando war bisher in der Stadt für die zivil-militärische Zusammenarbeit zuständig und soll im Rahmen von zu Guttenbergs Umstrukturierungsplänen so bald wie möglich nach Hannover verlegt werden.

Nun bettelt Bürgermeister Böhrnsen händeringend bei zu Guttenberg um den Verbleib dieser kleinen Truppe in Bremen nach dem Motto: „Ach, wie arm wären wir doch ohne die Bundeswehr! Sie ist ja so beliebt und so schön integriert in dieser Stadt.“ Diesen Eindruck können wir nur bedingt teilen und meinen, dass für Bremen die Bundeswehrpräsenz keinerlei Vorteile oder Sicherheiten bringt. Darum, lieber Herr Böhrnsen, verzichten Sie freiwillig auf die verbliebene Mini-Streitmacht und stimmen Sie zu Guttenbergs Umzugsplänen zu! Besser noch, Sie setzen sich gleich für Abrüstung ein und fordern mit uns das sofortige Ende

der Auslandseinsätze. Fordern Sie „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ und statt Aufrüstung Rüstungskonversion!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Polizei fühlt sich von der Politik missbraucht: „Ich schäme mich für den Einsatz in Stuttgart“ *(„Rote Fahne News“)*

„Und seid ihr nicht willig, dann braucht es Gewalt“

In Griechenland, Spanien und Frankreich sind in den letzten Monaten Millionen auf die Straße gegangen. Letzten Samstag fand bereits der vierte Generalstreik in Frankreich statt. Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 62 Jahre. Die Hafenarbeiter haben durch Blockade der Häfen von Marseille und Le Havre die Treibstoffversorgung nach Korsika, aus dem Nahen Osten und in Frankreich teilweise zum Erliegen gebracht. Über 1.000 Tankstellen können inzwischen kein Benzin mehr liefern. Der Präsident des Unternehmerverbandes, Chauvin, hat die Regierung Sarkozy jetzt aufgefordert, Polizei und Militär einzusetzen, um mit Gewalt die Streiks und Blockaden zu beenden.

„Und seid ihr nicht willig, dann braucht es Gewalt“: Diese Logik von Goethes „Erlkönig“ wird immer öfter zur herrschenden Politik in Europa. Der Betrug funktioniert nicht mehr so gut wie früher, auch in Deutschland erleben wir gerade einen Stimmungsumschwung. Der Redakteur des „Politbarometers“ der ARD, Jörg Schönenborn, stellte am 8. Oktober 2010 fest: „Zerrüttung ist wohl das Wort, das am Besten beschreibt, was der neue ‚ARD-Deutschland-Trend‘ über das gegenwärtige Verhältnis von Bürgern und Politikern offenbart. 80 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass wichtige Entscheidungen bei uns getroffen werden, ohne dass die Interessen der Menschen wirklich berücksichtigt werden.“

Die Merkel-Regierung zieht ihr volksfeindliches Programm immer rigoroser durch und gerät durch die stark anwachsenden Proteste in große Bedrängnis. Die Laufzeitverlängerung der AKWs soll den Energiekonzernen auf Jahrzehnte Milliardenprofite sichern. Gegen diesen lebensgefährdenden Wahnsinn haben bereits über eine Viertelmillion Menschen protestiert; gegen den Castor-Transport am 6. und 7. November 2010 wird eine neue Dimension erwartet. Die Hartz-IV-Empfänger werden mit fünf Euro abgespeist, in Billigjobs gedrängt und als Men-

schen dritter Klasse behandelt. Auch die soziale Bewegung nimmt einen Aufschwung: In Oldenburg und in Berlin waren an den letzten beiden Samstagen 10.000 Menschen auf der Straße. Das ist eine Verdoppelung gegenüber 2009. Natürlich ist dies erst ein Anfang, aber wer aus Vereinzelung, Angst und Resignation herauskommt, hat einen gewaltigen Schritt getan!

In Stuttgart hat sich zwischenzeitlich die größte Widerstandsbewegung gegen ein wahnwitziges, umweltschädliches Milliardenprojekt entwickelt. Inzwischen liegen glasklare Beweise vor, dass das brutale Vorgehen der Polizei mit Pfefferspray und Wasserwerfer am 30. September 2010 geplant war. Ein Beweismittel ist ein Video, das Projektgegner gedreht haben. Es ist auf „Youtube“ zu sehen. Die beabsichtigte Kriminalisierung und Einschüchterung schlug ins Gegenteil um. Immer deutlicher wird, dass hinter der Fassade der „demokratischen Grundordnung“ etwas ganz anderes steckt: Hier diktieren die Banken und Konzerne! Über „Stuttgart 21“ wurde tatsächlich nie abgestimmt, ein Volksentscheid wird bis heute abgelehnt.

Jetzt soll Heiner Geißler den Widerstand „befrieden“. Der CDU-Politiker ist eigentlich *für* den Bau des unterirdischen Bahnhofs, darf es aber nicht laut sagen, um seine „neutrale“ Unabhängigkeit nicht zu gefährden. In der „Schlichtung“ sollen jetzt öffentlich „Argumente ausgetauscht“ werden. Vorsicht ist geboten, denn Mappus, Merkel und Bahnvorstand werden einen neuen Betrug versuchen. Die „Parkschützer“ haben sich bereits aus den Gesprächen verabschiedet, weil die Bahn keinen echten Baustopp zugesagt hat. Diese Woche findet wieder eine große Montagsdemo statt: Die Menschen lassen sich nicht in eine „Friedenspflicht“ zwingen, sie stehen weiter auf! Bündeln wir unsere Kräfte, bringen wir „Stuttgart 21“, die „Atomkraft“, die Hartz-Gesetze und die Regierung zu Fall!

Harald Braun

Die menschenverachtenden Gesetze werden jetzt vollständig umgesetzt

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als am 16. August 2004 die erste Bremer Montagsdemo stattfand, hätte kaum jemand geglaubt, dass wir heute das 300. Jubiläum feiern würden. Das ist eine gute und eine schlechte Botschaft in einem. Denn zum einen bedeutet es, dass die menschenverachtenden Hartz-Gesetze, die der Anlass zu den Montagsdemos in vielen deutschen Städten waren, immer noch nicht beseitigt sind. Man kann sogar sagen, dass die Umsetzung jetzt erst vollständig beginnt. Denn mit dem Kürzungspa-

ket der schwarz-gelben Bundesregierung werden die letzten Regelungen weggeschlagen, welche die volle Härte der Hartz-Gesetze noch vorübergehend abgefedert haben.

Der Sturz aus dem ALG I in die Existenznot von Hartz IV, bislang in vielen Fällen noch ein, zwei Jahre abgemildert durch die befristeten Zulagen zum ALG II, soll jetzt für alle so abrupt, grausam und unmittelbar sein, wie Peter Hartz sich das ausgedacht hatte, um alle jene, die noch Erwerbsarbeit haben, einzuschüchtern und zum Lohnverzicht zu bewegen. Bis zu 10.000 Euro kann dieser soziale Angriff, der jetzt mit dem Kürzungspaket oben draufgesetzt wird, eine vierköpfige Familie kosten, die bislang noch auf befristete Zulagen von bis zu 600 Euro im Monat hoffen konnte. Mit dem Kürzungspaket von CDU und FDP wird das „vollendet", was SPD und Grüne seinerzeit verbrochen haben. Deshalb werden auch wir mit euch zusammen mobilisieren für die **Bundestagsumzingelung** am **26. November 2010** in **Berlin**, um das zu tun, was gerade in Oldenburg so eindrucksvoll geklappt hat: Krachschlagen gegen die Kürzer und Sozialräuber!

Aber dass wir heute die 300. Montagsdemo machen, bedeutet zum anderen auch: Unser Widerstand hat einen langen Atem! Wir lassen uns nicht einmachen, wir lassen uns nicht abschrecken. Die Reden, die von 300 Montagsdemos auf der Website dokumentiert sind, sind ein einzigartiges Kompendium all dessen, wo die Menschen in dieser Stadt der Schuh drückt. Alle die Unglaublichkeiten, mit denen diejenigen täglich konfrontiert sind, die unverdient in Armut und existenzieller Abhängigkeit leben müssen, kommen hier zur Sprache: vom Feilschen um die Heizungskosten bis zu den Unverschämtheiten von Gunnar Heinsohn und Thilo Sarrazin, von der Arroganz der Armutsverwaltung bis zum Größenwahnsinn der politischen Klasse, die Hartz-IV-Empfänger(innen) ganze fünf Euro als „Erhöhung" anbietet und gleichzeitig ein gigantisches Milliardengrab namens „Stuttgart 21" mit Wasserwerfern und Knüppeln gegen die Bevölkerung durchpeitschen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Montagsdemo haben all jene, die das Kaputtschlagen des Sozialsystems täglich in ihren Knochen spüren müssen, eine Stimme bekommen, eine verlässliche, unüberhörbare, unbestechliche Stimme. Wir danken den Organisator(inn)en, wir danken allen, die in diesen sechs Jahren gekommen sind, gesprochen haben, die Montagsdemo am Leben gehalten haben, für ihre Zähigkeit und für ihren Einsatz! Wir werden weiter mit euch Widerstand leisten: Damit Hartz IV endlich fällt. Damit jede und jeder ein menschenwürdiges Dasein führen und seiner Rechte sicher sein kann. Damit wir aus dem Wahnsinnssystem herauskommen, wo der Mensch nach Profit bemessen wird und das den Namen Kapitalismus führt. Viel Glück und viel Erfolg für die nächsten 300 Montagsdemos!

Grußbotschaft von Peter Erlanson
und der Bremer Linksfraktion
zur 300. Montagsdemo

Aus Wut wird Widerstand!

Heute ist die 300. Montagsdemo. Darauf können wir stolz sein! Seit über sechs Jahren stehen wir hier, bei Wind und Wetter. Einen herzlichen Glückwunsch auch von der MLPD! Die Montagsdemobewegung hat bereits vieles verändert: Eine neue Demokultur wurde hervorgebracht, Menschen haben wieder Mut gefasst. Die MLPD hat von Anfang an die Montagsdemo unterstützt. Sie wird das auch weiterhin tun, das verspreche ich euch! Und wir haben immer eines der wichtigsten Merkmale der Montagsdemo verteidigt: ihre Überparteilichkeit und Unabhängigkeit. Große Ziele können nur erreicht werden durch eine große, breite Bewegung – aber nicht, wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht! Und wir lassen nicht locker: Die Hartz-Gesetze müssen weg! Was haben sie gebracht? Vor allem eine unglaubliche Zunahme von Armut, prekären Arbeitsverhältnissen, Niedriglohn bis hin zu Zwangsarbeit, Ein-Euro-Jobs und Demütigungen bei der Bagis.

Am vergangenen Samstag fand die 7. bundesweite Herbstdemonstration gegen die Regierung in Berlin statt, trotz Dauerregen und obwohl weder Gewerkschaftsführung noch die Spitze der Linkspartei mit dazu aufgerufen hatten. Es waren zwar viele Mitglieder der Linkspartei dabei, das ist auch ganz toll, aber setzt euch doch mal bei euren Vorsitzenden dafür ein, dass sie diese wichtige Bewegung unterstützen! Mit über 7.000 Teilnehmern gab es dieses Jahr eine deutliche Steigerung gegenüber dem letzten. Im Anschluss begann um 17 Uhr ein internationales Kulturfest in der Max-Schmeling-Halle. Dort erfolgte auch die Bekanntgabe der Gründung einer internationalen Koordination von 70 revolutionären Organisationen und Parteien, 67 Jahre nach Auflösung der „Dritten Internationalen“. Das Kapital ist weltweit vernetzt und organisiert – wie anders als gemeinsam und koordiniert soll da der Kampf der Unterdrückten funktionieren? Das Fest war mitreißend, begeisternd und machte Mut: Gemeinsam schaffen wir das!

Die Montagsdemo war inzwischen Impulsgeber für viele andere Proteste beim Kampf gegen „Stuttgart 21“, Atomkraftwerke oder den Afghanistankrieg: Überall dabei ist das Offene Mikrofon! Es geht den Menschen nicht nur um ein konkretes Anliegen wie Hartz IV oder den Bahnhof in Stuttgart, sondern auch darum, dass in diesem System der Wille der Menschen mit Füßen getreten wird und wir uns das immer weniger gefallen lassen! In der Berliner U-Bahn wurde die Werbung für die Herbstdemonstration verboten mit der Begründung, hier werde „zum Sturz einer demokratisch legitimierten Regierung aufgerufen“. Demokratisch legitimiert? Das ist ja wohl der Hohn! Ob mit der AKW-Verlängerung, „Stuttgart 21“, dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan, der Renten- und Gesundheitspolitik oder der Art

und Weise, wie von der Regierung das Hartz-IV-Urteil umgesetzt wird: Überall wird der Wille des Volkes mit Füßen getreten!

Von Demokratie keine Spur – die Regierung macht exakt das, was die großen Konzerne wollen. Wir leben nicht in einer Demokratie, sondern der Diktatur der Monopole! Letzte Woche wurde ein Gesetzentwurf vorgestellt zur weiteren Kriminalisierung des Widerstands: Allein für den Versuch sich loszureißen, wenn der „Arm des Gesetzes“ zugreift, soll das Strafmaß von zwei auf drei Jahren Gefängnis heraufgesetzt werden, in „besonders schwerem Fall“ sogar auf fünf Jahre! Schon allein die Teilnahme an einer antifaschistischen Demo, die von der Polizei aufgelöst wird, kann dafür reichen. Völlig verharmlosend ist es, wenn Grüne und Linkspartei von „bloßer Symbolpolitik“ sprechen, denn der Gesetzentwurf ist Teil einer härteren Gangart. So war auch der brutale Polizeieinsatz in Stuttgart am 30. September 2010 kein „Ausrutscher“ der Polizei, sondern setzte genau das um, was Keitel, BDI und Merkel zwei Tage vorher gefordert hatten.

Wenn jetzt mit Heiner Geißler ein Schlichter eingesetzt wurde, soll damit nur der Widerstand gespalten werden. Die Stuttgarter Demonstranten fordern: Baustopp ohne Wenn und Aber! Nicht auf die Tricksereien des Lügenpacks hereinfallen! Es gibt keine „Friedenspflicht“ Die Presse meldet: „Widerstand bröckelt, nur 25.000 auf dem Schlossplatz“. Am Samstag besetzten Demonstranten den Südflügel des denkmalgeschützten Bahnhofsgebäudes, es gab wieder einen Polizeieinsatz. Wir fordern: Schluss mit dem Polizeiterror! Für mehr demokratische Rechte und Freiheiten! – Wie in Deutschland wird auch in anderen Ländern die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen mit immer brutalerer Gewalt durchgesetzt und der Widerstand dagegen kriminalisiert: In Frankreich fordert der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Chauvin, den Einsatz der Armee gegen Streikende, denn zurzeit werden in Frankreich elf von 13 Raffinerien bestreikt. Schon muss der Flugverkehr zum Teil ausfallen, weil Kerosin fehlt.

Am Mittwoch streikten die Eisenbahner, bereits seit Längerem streiken die Kranfahrer in den Häfen. 70 Schiffe liegen vor Marseille und können ihre Ladung nicht löschen. Sie protestieren gegen die Rentenpläne Sarkozys und die geplante Privatisierung der Häfen. Inzwischen haben sich LKW-Fahrer dem Protest angeschlossen. Am Dienstag gingen 3,5 Millionen Bürger gegen die Anhebung des

Rentenalters auf der Straße. Hierzulande wird in der Presse so getan, als ob die Franzosen gegen die Erhöhung von 60 auf 62 Jahre streikten, dabei ist es in Wirklichkeit wie bei uns: Von 65 auf 67 soll der abschlagsfreie, von 60 auf 62 der früheste Renteneintritt erhöht werden. Ob der Gewalteinsatz von Polizei oder gar Armee die Streikenden von ihren Zielen abbringt – oder ob sich der Widerstand dadurch nicht erst recht verhundert- und vertausendfacht, den Massen die Augen öffnet über das System und dass es nur auf revolutionärem Weg beseitigt werden kann? Aus Wut wird Widerstand! Wie soll aufzuhalten sein, wer seine Lage erkannt hat?

Wolfgang Lange (MLPD)

„Gerne mal explodiert“: „Radio Bremen“ trennt sich vorzeitig von „Buten-un-binnen“-Redaktionsleiterin Silke Hellwig *(„Tageszeitung“)*

Alles zum Wohle der Milliardäre!

1. Schon die 300. Bremer Montagdemo, und noch immer sind die Hartz-Gesetze nicht weg! Zufrieden bin ich trotzdem, denn wir haben viel erreicht. Auf keiner anderen Veranstaltung können wir Menschen informieren, die sich eigentlich gar nicht von diesen Problemen betroffen fühlen. Aber wer ist schon „nicht von den Hartz-Gesetzen betroffen“? Nur wer nicht in Europa wohnt und lebt! Die Hartz-Gesetze basieren auf der Agenda 2010, und die wurde von der „Lissabonner Strategie“ abgeschrieben, die in ganz Europa umgesetzt wird. Die entsprechenden Gesetze haben in jedem Land andere Namen, aber das Ziel ist identisch! In einem EU-Papier ist nachlesbar, wie damals der Stand in jedem Mitgliedsland war und was als nächstes erreicht werden muss! Wer diese Unterlage liest, bekommt eine Ahnung von den geplanten Verschlechterungen für die Menschen in Europa. Alles zum Wohle der Milliardäre! Kanzler Schröder hat sich bereits damals über die Schaffung eines Niedriglohnsektors gefreut. Alles zugunsten der privaten Unternehmer und der Forschung? Bedingt, aber alles zum Wohle der Konzerne! Kleine und mittelständische Unternehmen leiden inzwischen auch unter dieser Umverteilung.

Zu den Auswirkungen des Lissabonner Vertrags sind die 177. und 178. Bremer Montagsdemo lesenswert. Eine Folge ist auch der „Stabilitätsrat“. Die gewünschte Nebenwirkung ist die komplette Privatisierung öffentlichen Eigentums. Das Vermickern der öffentlichen Infrastruktur wird in Kauf genommen. Doch einen

fehlenden Lehrer kann man nicht nachträglich wieder ausgleichen. Die Bildung leidet trotz aller Lippenbekenntnisse! Der Umgang mit der Bankenkrise sieht so aus, dass die Bankbilanzen die „falschen Fünfziger“ wie echtes Geld bilanzieren durften und jetzt so weitermachen wie bisher. Noch immer sprudeln die übermäßigen Gewinne der Spekulanten, und noch immer fehlt es an Investitionsmöglichkeiten für dieses überschüssige Geld. Für Schuldenabbau der öffentlichen Hand sorgt EU-weit der Druck des Stabilitätsrats in Deutschland. So wird Griechenland zu Verkauf und Privatisierung der Energieerzeuger und -versorger gezwungen, obwohl Negativerfahrungen für die Verbraucher bereits aus anderen EU-Ländern bekannt sind. Auch hier zeigt sich die Ausrichtung der EU zugunsten der Konzerne.

Die Militarisierung und der Einsatz der Bundeswehr an jedem Ort der Welt stehen im **Lissabonner Vertrag**. Gegner haben dies so beschrieben, dass „mit ihm die auch von ökonomischen Interessen geleitete Militarisierung der Europäischen Union bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorangetrieben wird“. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind auf die Durchsetzung der Konzerninteressen ausgerichtet, nicht auf Recht und Gerechtigkeit. Der Demokratie wird so ein Bärendienst erwiesen! Die EU wird sich auch einen eigenen diplomatischen Dienst zulegen. Rund 8.000 Mitarbeiter sollen zukünftig in 130 Ländern die Europäische Union vertreten. Was sind die Kosten? Außerdem werden alle nichtstaatlichen Hilfsorganisationen verpflichtet, in den Einsatzländern mit dem Militär der EU zusammenzuarbeiten. Die Evangelische Kirche hat dagegen Protest erhoben und auf die Gefährdung der Mitarbeiter und die Undurchführbarkeit von neutralen Hilfsaktionen unter diesen Bedingungen hingewiesen. Auch die Förderung der Atomkraft steht in der letzten Anlage zum Lissabonner Vertrag, unabgestimmt und trotzdem verbindlich! „Aus Europa“ kommen circa 70 Prozent aller Entscheidungen und Gesetze. Die Länder haben bei der Umsetzung in nationales Recht nur einen geringen Regulierungsspielraum, wenn überhaupt.

Ein Beispiel für den gnadenlosen EU-Regulierungswillen ist das Seilbahngesetz in Bremen. „Die Welt“ schrieb dazu: „Wie zuvor Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen hat nun auch Bremen auf Druck der EU eine vermeintliche Lücke in seinem Rechtssystem geschlossen und den Bau sowie Betrieb von Seilbahnen gesetzlich geregelt. Die Bürgerschaft verabschiedete einstimmig ein ‚Gesetz über Seilbahnen für den Personenverkehr im Lande Bremen‘. Damit setzte das Land eine EU-Richtlinie um.“ Auch der entwürdigende Umgang mit Asylbewerbern und der Abschuss von Flüchtlingen am Maschendrahtzaun sind Auswirkungen von Vorgaben der EU: Die EU-Nachbarstaaten erhalten Geld dafür, dass Flüchtlinge von den Grenzen der EU ferngehalten werden. Wie dies geschieht? Der EU ist scheinbar alles recht, inklusive Tötung. Retter werden mit Strafe bedroht. Der frühere „Cap-Anamur“-Chef Elias Bierdel musste viele Schikanen bis zu seinem Freispruch ertragen. Karl Kopp, Europareferent der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“, hält die Anklage gegen Bierdel in Italien für abwegig: Bierdel habe das Leben von 37 afrikanischen Flüchtlingen gerettet. Der Prozess zei-

ge, dass sich Europa auch weiterhin wie eine Festung verhalte und man die Augen vor dem Schicksal der Bootsflüchtlinge verschließe. Dies alles ist Gegenwart: Im Namen eines jeden EU-Bürgers wird gemordet. Ich will das nicht!

Die Glühbirnen sind ein weiteres bekanntes Beispiel. Mit dem EU-Führerschein wurden die Führerscheinklassen neu geregelt, ab 2013 zudem Aussehen und Format der Fahrerlaubnis. Ärgerlich ist für mich auch die Einschränkung der Informationen der öffentlich-rechtlichen Sender im Netz. Diese Informationen sind gut recherchiert und haben eine hohe Glaubwürdigkeit, doch der EU geht der Profit der Medienkonzerne vor. Die Vorratsdatenspeicherung wurde in Deutschland vom Gericht kassiert. Der Druck der EU auf eine Neugestaltung des Gesetzes besteht weiterhin. Auch die Vereinbarung zum Abschmelzen der sozialen Sicherungssysteme wird in Deutschland umgesetzt. Dazu gehören die Änderungen, sprich: Verschlechterungen für Erwerbslose. Die EU-Rahmenbedingungen müssen endlich von der Politik ernst genommen werden! Es reicht nicht, im nationalen Rahmen gegen die Verpflichtungen des Lissabonner Vertrags zu reden: Notwendig sind Änderungsanträge auf allen politischen Ebenen Europas! Lest einmal die Nachrichten über Entscheidungen der EU unter dem Gesichtspunkt „alles für die Konzerne, alles für die Milliardäre“, dann wird vieles klarer! Nachzulesen sind all diese Themen mit vielen Details bei der Bremer Montagsdemo.

2. Fünf Euro mehr Regelleistung sollen es nun sein, gemäß **Hartz-IV-Reformentwurf** der Regierung. Mehr als 480 Millionen Euro soll diese Erhöhung kosten, bei 6,7 Millionen Leistungsempfängern. Ein Betrag, der nicht näher erläutert wird. Ich glaube, unter Einbeziehung des Kleingedruckten ist er für die falsche Seite eingeplant: „Ersparnis/Ausgabenkürzung“ statt „Aufwand“ wird zutreffend sein, denn die Gesamtänderung ergibt wahrscheinlich eine noch höhere Einsparung beim ALG II. Hinzu kommen die Mittelkürzungen der Bundesagentur für Arbeit für die Arbeitsförderung. Eingespart werden sollen rund 1,5 Milliarden Euro. Das sind für Bremen 17 von 60 Millionen Euro und für Bremerhaven sechs von 23 Millionen Euro weniger („Weser-Kurier“ vom 17. Oktober 2010). Es trifft die Langzeitarbeitslosen und die Infrastruktur, die auf Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten basiert. Ein Grund mehr, auf normale Arbeitsverhältnisse umzustellen, die auch arbeitslosenversicherungspflichtig sind! *Änderungen* für die Erwerbslosen heißt mal wieder *Verschlechterung* für sie. Diese Änderungen sind geplant und bedürfen noch der Zustimmung durch die Politiker in den entscheidenden Gremien. *Nicht* geplant ist die Beseitigung der Schlechterstellung von ALG-II-Betroffenen gegenüber den anderen Bürgern: Die Bestimmungen des BGB werden mit dem SGB II nachteilig ausgehebelt, zum Beispiel beim Unterhalt, der Unschuldsvermutung, dem Aufenthaltsrecht oder der Pflicht zur Arbeitsaufnahme bis 30 Prozent unter dem Tariflohn.

Gemäß SGB II wird soziales Verhalten bestraft. Beispiel: Eine Frau und ein Mann leben mit anderen in einer **Wohngemeinschaft**. Sie haben eigentlich wenig Berührung zueinender. Trotzdem passiert „es“, aus der Situation heraus. Sie

haben weiterhin wenig Berührung zueinander. Sie wollen nach wie vor nicht füreinander, nur für das gemeinsame Kind einstehen. Gemäß SGB II sind sie mit Aufnahme des Kindes in der Wohngemeinschaft eine Bedarfsgemeinschaft, mit den entsprechenden finanziellen Nachteilen. Hätten sie das Kind in einem Heim untergebracht oder weggegeben, wären sie weiterhin eine Wohngemeinschaft. So wird soziales Verhalten bestraft! Das gleich gilt, wenn ein Mitbewohner seine Eltern oder einen Verwandten aufnimmt, zum Beispiel um einen Heimaufenthalt zu vermeiden. Das SGB II sieht darin sofort eine Bedarfsgemeinschaft: Soziales Verhalten wird bestraft! Wer in einer Wohngemeinschaft seine Eltern, ein Elternteil oder einen Verwandten aufnimmt, macht die Wohngemeinschaft zur Bedarfsgemeinschaft. Zusätzlich wird sofort ein ausreichender Unterhalt durch die Eltern oder Verwandten unterstellt und die Leistung eingestellt. Dieser Vermutung kann der Mensch entgegentreten. Die Bedarfsgemeinschaft ist unabhängig vom tatsächlichen Sachverhalt per Gesetz gegeben. Hier hilft nur das Gericht.

Neu ist die Wertung eines Darlehns als **Einkommen**: Jedwede Zuwendung ist Einkommen und wird angerechnet. Das eventuelle Schonvermögen soll *vor* der Darlehnsgewährung eingesetzt werden. Dabei wird das Jobcenter zum größten Hindernis für das Fortbestehen eines neuen Arbeitsverhältnisses: Die Zahlungseinstellung erfolgt sofort, wenn die Meldung bis zum 20. eingeht, aber Gehalt oder Lohn gibt es frühestens zum Monatsende. Folge ist eine Tilgung von bis zu zehn Prozent der Regelleistung, auch für Darlehn zur Mietkaution. Die Rückzahlung des Privatdarlehns zur Beseitigung der aktuellen Notlage soll nur eingeschränkt berücksichtigt werden, vielleicht für sechs Monate. Eine Aufrechnung erfolgt höchstens bis 30 Prozent der Regelleistung. Die Anrechnung von Einkommen wird insgesamt ausgeweitet, selbst steuerfreie Aufwandsentschädigungen werden angerechnet, etwa für Gruppenleiter in Sportvereinen, für Nachbarschaftshelfer(innen) oder für Tagesmütter. Die Anrechnung von Arbeitslohn wurde auch neu geregelt: Wer 1.000 Euro verdient, kann 20 Euro mehr behalten. Bagatelleinnahmen über zehn Euro im Monat, auch einmalige, werden angerechnet, also abgezogen.

Die Übernahme der Kosten der **Unterkunft** für Auszubildende und Studenten wird überdacht. Es soll aber weiterhin zusätzliches Geld für Miete und Heizung geben. Die Not soll durch darlehnsweise Gewährung beseitigt werden. Die Sanktionsmöglichkeiten sollen ausgeweitet werden, auch ohne „Eingliederungsvereinbarung“ und Rechtsfolgenbelehrung. Eine sofortige Leistungseinstellung *ohne* Information an den Hilfebedürftigen soll möglich sein, eine Prüfung kann bis zu drei Monate später erfolgen – eine untaugliche Übernahme aus dem SGB III. Leistungen, die auf einem Fehler der Jobcenter beruhen, sollen einfacher zurückgefordert werden. Die Antragserfordernisse werden neu definiert; für bestimmte Leistungen sollen Extraanträge notwendig sein. Der § 44 SGB X über die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes soll für den Anwendungsbereich des SGB II nur noch ein Jahr rückwirkend greifen statt wie bisher vier Jahre. In der Satzung der Gemeinde sollen künftig „angemessene“ Mie-

ten, Heizkosten und Wohnungsgröße festgelegt werden. Dies ist bestimmt jede Menge Arbeit für die Sozialgerichte! Daher soll eine Normenkontrollklage vor dem Landessozialgericht eingeführt werden. Bremen wird das neue Gutachten – diesmal soll es tatsächlich nicht bloß ein Bericht sein – im Dezember vorstellen. Die jetzigen Rahmenbedingungen für die Heizkosten sind eine Verbesserung, aber wieder nicht gerichtsfest. Die Ortsabwesenheit wird neu geregelt, aber *wie* steht nicht in diesem Gesetzentwurf.

Es soll einen neuen, um 73 Euro gekürzten **Regelsatz** für Hilfebedürftige ohne eigenen Haushalt geben. Es gibt keine Aussage dazu, welche Menschen es diesmal trifft. Für die neue Gruppe entstünden keine haushaltsgebundenen Kosten, da diese durch andere Personen bereits abgedeckt seien. Dabei fällt auf: Es fehlt immer noch die Begründung, warum Partner in Bedarfsgemeinschaften nur 90 Prozent des Regelsatzes erhalten. Die gemeinsame Nutzung der Wärme kann es nicht sein, weil die Heizung separat abgerechnet wird. Der DGB sagt dazu, für die Gruppe der Paarhaushalte ohne Kinder hätte eine separate EVS-Auswertung erfolgen sollen, anstatt faktisch wie bisher von je 90 Prozent vom Bedarf eines Alleinstehenden auszugehen. Nun soll es den Ländern möglich sein, durch eigene Feststellungen einen abweichenden Regelsatz festzulegen. Aber auch Verbesserungen sind geplant: Bei einem Leistungsantrag im laufenden Monat muss rückwirkend ab Monatsanfang beantragt werden. Kinderwohngeld gilt nicht mehr als vorrangige Leistung. Wohngeld ist nur vorrangig, wenn dadurch die Bedarfsgemeinschaft hilfeunabhängig wird. ALG II wird jetzt für den Geburtstagsmonat vor dem Beginn der Altersrente voll gezahlt. Dadurch wird der eventuelle Antrag auf Grundsicherung für diesen Zeitraum überflüssig.

Gemäß § 1 SGB II (Entwurf) soll mit dem ALG II ein Leben ermöglicht werden, das der Menschenwürde entspricht. Dies ist für Kinder nicht gegeben: Die Kinderregelsätze sollen so niedrig bleiben. Damit sind Kürzungen, keine Erhöhungen in den nächsten Jahren verbunden. Lediglich die Bildung steht im Fokus – aber dies geht nicht! Auch die vorgesehene Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Betroffene wird betroffenen Müttern schlaflose Nächte bereiten, denn selbst für Babys sind diese Regelsätze nicht ausreichend. Hierzu eine Stellungnahme des „Zukunftsforums Familie“: „Der ‚Paritätische Gesamtverband‘ hat bereits 2008 Berechnungen zur Höhe der Kinderregelsätze, abgeleitet aus dem Ausgabenverhalten von Familien mit Kindern und auf Basis der EVS 2003, vorgelegt. Aus diesen umfangreichen Berechnungen geht hervor, dass sich ein bedarfsgerechter Kinderregelsatz zwischen 254 und 321 Euro bewegen müsste.“ Im Einzelnen sind das 90 Prozent für volljährige Partner: 323 Euro plus Erhöhung, 80 Prozent für Minderjährige und Heranwachsende zwischen 15 und 25 Jahren: 287 Euro, Kinder zwischen sieben und 14 Jahren: 251 Euro, Kinder bis 6 Jahre: 215 Euro. Gutscheine sind diskriminierend, sie hebeln das Ansehen der Eltern aus, denn Heranwachsende sehen: Der Staat traut meinen Eltern nicht.

In einer Stellungnahme der „Caritas“ heißt es unter Punkt 11.4: „Schulmittagessen, § 28 Absatz 5 SGB II (Entwurf): Die Kosten für ein von der Schule or-

ganisiertes **Mittagessen** werden auf Antrag übernommen. Die Gesetzesbegründung weist darauf hin, dass Brötchen und ähnliches, was am Kiosk erhältlich ist, nicht als Mittagessen in diesem Sinne verstanden wird. Die Kinder und Jugendlichen erhalten einen personalisierten Gutschein, der beantragt werden muss, § 37 Absatz 1 Satz 2 SGB II (Entwurf). Bewertung: Mit der Übernahme des Differenzbetrags (tatsächliche Kosten des Mittagessen abzüglich des im Regelbedarf enthaltenen Anteils) wird eine wichtige Forderung der ‚Caritas' umgesetzt. Bei der Ermittlung des Bedarfs muss berücksichtigt werden, dass einige dieser Einrichtungen auch in den Ferien eine Mittagsverpflegung anbieten. In diesen Fällen muss die Zahl der Öffnungstage zugrunde gelegt werden." Was für ein Aufwand, welch Erniedrigung der Kinder und der Erziehungsberechtigten!

Der DGB äußert sich zu den **Sanktionen** noch klarer: „Eine vorläufige Zahlungseinstellung, ob ganz oder teilweise, ohne Anhörung und Bescheid ist für existenzsichernde Leistungen unzumutbar. Die Übernahme der Regelung des § 331 SGB III und dessen weitere Kodifizierung im vorliegenden Entwurf (§ 40 SGB II) werden vom DGB abgelehnt. Im Ergebnis ist die vorgesehene Regelung auch kontraproduktiv. Sie wird zu keiner Entlastung der Jobcenter führen, sondern zu einer massiven Zunahme von Klageverfahren und Inanspruchnahme von einstweiligem Rechtsschutz." Auch mit der folgenden Feststellung trifft der DGB ins Schwarze (Seite 16): „Die härteren Sanktionen, die das SGB II für Unterfünfundzwanzigjährige nach wie vor vorsieht, verstoßen nach Auffassung des DGB auch gegen die Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Ziel dieses Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen unter anderem des Alters zu verhindern oder zu beseitigen (§ 1 AGG). Hinsichtlich der Sanktionsregelungen im SGB II sind Unterfünfundzwanzigjährige offensichtlich benachteiligt." Für Jugendliche gilt die Wahl: G3 oder Hartz IV. Ausbildungsplätze stehen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung, aber jede Menge Schulungen und Beschäftigungspraktika. Somit ist der Nachschub für die Bundeswehr auch ohne Wehrpflicht gesichert. Tut euch das nicht an, es ist der Weg zur lebenden Leiche!

Der „Caritas"-Verband schreibt zu den Darlehn als Einkommen: „Mit der bisherigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Arbeitslosenhilfe und des Bundesverwaltungsgerichts zum Einkommensbegriff im Wohngeldrecht kann auch im Anwendungsbereich des § 11 Absatz 1 SGB II nach Sinn und Zweck der Norm eine von einem Dritten lediglich vorübergehend zur Verfügung gestellte Leistung nicht als Einkommen qualifiziert werden. Nur der ‚wertmäßige Zuwachs' stellt Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 SGB II dar. Als Einkommen sind nur solche Einnahmen in Geld oder Geldeswert anzusehen, die eine Veränderung des Vermögensstandes dessen bewirken, der solche Einkünfte hat. Dieser Zuwachs muss dem Hilfebedürftigen zur endgültigen Verwendung verbleiben, denn nur dann lässt er seine Hilfebedürftigkeit dauerhaft entfallen. Ein Darlehen, das an den Darlehensgeber zurückzuzahlen ist, stellt damit als nur vorübergehend zur Verfügung gestellte Leistung kein Einkommen dar, auch wenn es als ‚bereites Mittel' zunächst zur Deckung des Lebensunterhalts verwandt werden könn-

te“ (Randnummer 16 des Urteils). Das BSG legt hier plausibel dar, weshalb ein als Darlehen zur Verfügung gestellter Geldbetrag nicht leistungsmindernd berücksichtigt werden darf. Die ‚Caritas‘ schließt sich der Argumentation des BSG an.“

Außerdem soll der Armutsgewöhnungszuschlag entfallen, das sind 160 Euro mal zwölf, es gibt keine Zahlung zur Rentenversicherung mehr. Damit droht Altersarmut. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Bis nächsten Montag, wieder vor dem Gaul am Dom! Auf zur 301. Bremer Montagsdemo!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Germany's next Kanzlergattin: Warum pesten uns die Medien mit Stephanie von Bismarck zu Guttenberg? *(„Bild“-Zeitung)*

Die gesamte Bremer Linksfraktion unterstützt unsere Kundgebung

1. Zum 300. Mal in Bremen: die überparteiliche **Montagsdemonstration**! Schon zwei Stunden vor Kundgebungsbeginn wurden zwei unserer Mitstreiter(innen) von „Radio Bremen“ für die Sendung „ Buten und binnen“ zum Interview eingeladen. Hier war ich allerdings nicht dabei, sodass ich zu den Inhalten leider nichts schreiben kann. Um 17:30 Uhr begann die 300. Kundgebung gegen Hartz IV und gegen die derzeitige asoziale Politik dieser Regierung, aufgrund des Freimarkts zurzeit allerdings neben dem Dom. Die gesamte Linksfraktion der bremischen Bürgerschaft unterstützte solidarisch diese Kundgebung, auch mit eigenen Reden am Offenen Mikrofon. Unter anderem lobte einer der Fraktionsvorsitzenden, Peter Erlanson, die gute solidarische Zusammenarbeit mit den Mitstreiter(inne)n der Bremer Montagsdemo und betonte gleichzeitig, wie wichtig es ist, dass parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen zusammenarbeiten müssten. Es wurden zu unterschiedlichen bekannten Themen Reden gehalten, Lieder gesungen und auch Verse vorgetragen.

Während fast der gesamten Zeit lief die Kamera von „Radio Bremen“ für die Sendung „Buten und binnen“. Ungefähr um 18 Uhr marschierten wir alle gemeinsam zum Hanseatenhof, wo die Kundgebung fortgesetzt wurde. Hier hielt ein Mitglied der Bremer Linksfraktion eine Rede zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Ein anderer Redner forderte die Eltern, Großeltern, Tanten und Onkel jun-

ger Menschen auf, sich dafür einzusetzen, dass diese sich nicht mehr bei der Bundeswehr verpflichten. Abschließend wurde dann zum Bremer Hauptbahnhof marschiert, um am „Schwabenstreich“ gegen „Stuttgart 21“ teilzunehmen. Hier wurde kurz vor 19 Uhr gewaltig Lärm gemacht. Eine „Parkschützerin“ aus Stuttgart lieferte uns einen bewegenden Bericht über den dortigen Polizeieinsatz, da sie selbst an diesem Tage vor Ort war und mitdemonstrierte. Es war insgesamt eine gute solidarische und teils kämferische 300. Bremer Montagsdemo! Den Fernsehbeitrag darf man am 19. Oktober 2010 ab 19:30 Uhr gespannt verfolgen. Die Bremer Montagsdemo bedankt sich ausdrücklich bei allen Teilnehmer(inne)n! Mein persönlicher herzlicher Dank gilt den Fraktionsmitgliedern der Bremer Linkspartei für ihre Grußbotschaft. Sie ist ein gutes Beispiel dafür, dass ein solidarischer Kampf gegen diese asozialen Gesetze doch möglich ist! Dieser Meinung sind auch viele Empfänger der Grußbotschaft, die ich an diese weitergeleitet habe.

2. Buten auf der Montagsdemo
Kommen politische Schweinereien auf den Tisch.
Komm auch du zur Montagsdemo:
Buten sein, das hält dich frisch!

Buten oder binnen – viele Menschen spinnen,
Geht es um die große Politik hier in unsrer Republik.
Da werden schnell die Armen zu den Schlechten,
Und die Reichen zählt man zu den Gerechten.

Buten oder binnen, du musst dich selbst besinnen:
Bleibst du binnen, bis die Decke auf den Kopf dir fällt,
Erfährst du kaum die Wahrheit,
Aber oft, was man zur Wahrheit wohl bestellt.

Buten oder binnen, das ist für mich gar keine Frage,
Denn montags demonstriere ich gegen asoziale Politik!
Binnen vor dem Fernseher allein Kritik zu schwingen,
Wird den Menschen hier im Land wohl kaum noch etwas bringen.

Denn ob buten oder binnen:
Wenn du glaubst, dass Montagsdemonstranten spinnen,
Geh am Montag zum Bremer Marktplatz, überzeug dich selbst.
Dir wird binnen im TV nicht verraten, was wirklich passiert in dieser Welt!

Bleib nicht binnen, geh nach buten,
Und du solltest dich auch sputen:
Jeden Montag vor der Bürgerschaft

Wollen wir von dir hören, was du uns zu sagen hast!
Und nur so, vergiss das bitte nie, funktioniert wahre Demokratie.

3. Der 16. Oktober 2010 mit der **Herbstdemonstration** in Berlin war ein harter und anstrengender Tag für die überwiegend älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Protestveranstaltung gegen die asozialen Hartz-Gesetze und alle anderen Schweinereien dieser Regierung und ihrer Vorgänger. Ich selbst, als Unterstützer der Bremer Montagsdemonstration, schwang mich bereits um 3 Uhr morgens aus den Federn. Schnell geduscht, gefrühstückt, einige Flugblätter von „Klartext“ gegen die Rente mit 67 zusammengepackt, die Pfeife, etwas Verpflegung und Getränke, dann wurde ich um 5 Uhr von weiteren Oldenburger Mitdemonstranten mit dem Auto abgeholt, und es ging los nach Bremen, wo um 6 Uhr der Bus wartete.

„Wieso machst du eigentlich bei der Montagsdemo mit? Die singen doch Schunkellieder, und das Niveau der Beiträge ist sehr mäßig“, sagte vor Monaten einmal ein Mitglied oder Sympathisant der Oldenburger DKP zu mir. An diese Person musste ich gleich wieder denken, nachdem wir in Bremen ankamen und ich sah, wie wenig Bremerinnen und Bremer doch mitfahren würden. „Wieso schreibst du dann nicht einmal selbst einen richtig guten Beitrag mit hohem Niveau“ fragte ich diesen „Genossen“ seinerzeit, „und unterstützt die Erwerbslosen dadurch auf der Demo oder Kundgebung?“ Daraufhin kam er ins Grübeln und bestätigte mir, dass ich damit wohl Recht habe.

Mit einem großen Bus und relativ wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern fuhren kurz nach 6 Uhr ab in Richtung Berlin. Ich will aber nicht darüber jammern, dass wir eher wenige waren, sondern mich, ganz im Gegenteil, bei allen anwesenden Mitstreitern und Mitkämpferinnen für ihre Solidarität bedanken. Die Personen, die nicht mitfahren und vielleicht anschließend noch feststellen, wie wenige doch auf der Demo waren, sind überhaupt nicht wichtig. Auf diejenigen kommt es an, die sich trotz schlechten Wetters und oftmals erheblicher gesundheitlicher Einschränkungen auf den Weg machen und sich durch nichts und niemanden davon beirren lassen, ihren gemeinsamen Protest zum Ausdruck zu bringen!

Alle, die nur kritisieren, bemängeln oder belächeln, sind nicht diejenigen, die die hohen Kosten für den Bus aufbringen müssen. Das wird von den regelmäßigen Teilnehmer(innen) der überparteilichen Montagsdemos selbst erledigt und höchstens durch einige Spenden ergänzt. Darüber sollten die Personen und gerade die aus den angeblich linken Parteien einmal nachdenken, denn so sind es die Armen die diese Kosten aufbringen müssen.

Um circa 11 Uhr trafen wir in Berlin ein und mussten uns sputen, um Anschluss zum Demonstrationszug zu bekommen. Hier reihten wir uns ein und hatten trotz Dauerregen sehr viel Spaß. Wir brachten am Offenen Mikrofon laut und vernehmlich unsere Forderungen zum Ausdruck, auch gemeinsam in Form eines „Schunkelliedes“, wobei wir von sehr vielen Demonstranten aus anderen Städten kräftig unterstützt wurden: Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro! Einfüh-

rung eines flächendeckenden Mindestlohnes von zehn Euro in der Stunde! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Weg mit Hartz IV, wir wollen keinen Heiermann!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

301. Bremer Montagsdemo am 25. 10. 2010

Spezialdemokraten werden uns Erwerbslose ein zweites Mal verraten

1. Zur 300. Montagsdemo erhielten wir eine Grußbotschaft vom Fraktionsvorsitzenden Peter Erlanson und wurden auch von anderen Mitgliedern der Partei „Die Linke“ besucht, der einzigen im Bundestag, die sich offen gegen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze ausspricht! Das **Fernsehteam** von „Buten un binnen“ begleitete uns erstmals auf einem Teil der Demo. Der Beitrag ist sparsam gehalten, und einige interessante Statements von Montagsdemonstranten werden im höchsten Maße bescheiden kommentiert. Obwohl ich seit über sechs Jahren mit von der Partie bin, war mir bisher nicht bewusst, dass es sich bei uns größtenteils nur um eine Handvoll alter Männer handelt, deren Themen so weit gefasst sind, dass wir offenbar vollkommen beliebig gegen alles demonstrieren müssen. Bestehen wir tatsächlich fast nur aus Rentnern, die die Zeit im Hartz-IV-Bezug nicht vergessen haben in unserem Protest ohne Publikum, was wir aber gewohnt sind?

Da habe ich ja noch einmal richtig Glück gehabt, so komplett ignoriert worden zu sein, denn wer weiß, in welch süffisante Kommentare meine Rede eingebettet worden wäre! Viel besser gefällt mir die Arbeit vom „Bubi-Team“, wenn sie mit ihren Herdbesuchen eine wohlhabende Familie in Oberneuland überraschen. Denn hier sind sie vom Fach und erkennen Zusammenhänge, wissen, wie sie in Zusammenarbeit mit ihrem fabelhaften Koch ein Kartoffelmenü mitsamt der richtigen Tischdekoration kreieren. Ein Bericht ohne Ecken und Kanten, der die Besserbetuchten nicht mit den profanen Existenzsorgen der finanziell Schwachen und Ausgegrenzten belästigt, passt viel besser in das Happy-Trallala des oberflächlich-herzigen Mainstreams von heute.

2. Das Aufschwung-Brimborium mit der Herbstprognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute soll dabei helfen, das Image der Bundesregierung wieder aufzupolieren. Gegen den „Heißen Herbst“ soll dann vor allem das bekannte

Tricksen und Fälschen der Statistik hilfreich wirken. Was nutzt es, wenn das Wirtschaftwachstum in diesem Jahr zwar rund drei Prozent betragen wird, die Ausfuhren aber sinken werden, weil die EU-Länder im kommenden Jahr nur um ein Prozent „wachsen“? Obwohl es mit der Beschäftigung in den nächsten Jahren ziemlich mau aussieht, hält die Regierung es mit den Jubelpredigern, die eine **Arbeitslosigkeit** von unter drei Prozent in ihrer Glaskugel zu erkennen glauben.

Im vergangenen Juni teilte das Statistische Bundesamt mit, dass 8,6 Millionen Menschen eine Arbeit suchen. 3,2 Millionen sind registrierte Erwerbslose, 1,2 Millionen gehören zur „Stillen Reserve“, sind also nirgendwo gelistet, suchen aber dennoch eine Stelle. Weitere 4,2 Millionen haben eine Arbeit, die aber nicht zum Leben reicht. In diesen 8,6 Millionen werden all diejenigen Menschen nicht berücksichtigt, nicht mitgezählt, die aus der registrierten Arbeitslosigkeit herausgerechnet wurden, also die Differenz zwischen 4,330 und 3,118 Millionen. Das macht weitere 1,1 Millionen Leute. Von nur 3,2 Millionen auszugehen, ist daher aus dem Reich der Fabeln und Märchen gezogen worden. Die Leute in der „Stillen Reserve“ oder im Ein-Euro-Job haben überhaupt keinen Arbeitsvertrag, sondern suchen nach Arbeit – und die anderen haben zwar eine Arbeit, von der sie aber nicht leben können. Summa summarum befinden sich in Wirklichkeit also insgesamt 9,7 Millionen Menschen auf der Suche nach Arbeit!

3. Der sogenannte Aufschwung zieht an den jungen Menschen in unserem Lande vollkommen unbemerkt vorbei. Eine Studie von „TNS Infratest“ belegt, dass gerade sie von prekären Arbeitsverhältnissen wie Praktika, Leiharbeit und befristeten Jobs besonders betroffen sind. Das Institut untersuchte, welche Einstellungen, Ängste und Erwartungen insbesondere zur beruflichen Situation und Perspektive die jungen Menschen aktuell und im Vergleich zur Vorläuferstudie aus dem Jahr 2009 prägen. Ein Gewerkschafter kritisiert, dass die **Prekarisierung** der jungen Generation auch nach der Krise weiter auf hohem Niveau ansteige. Besonders deutlich zeige sich das am hohen Anteil befristeter Stellen. Angesichts der Debatte um „Fachkräftemangel“ und Zuwanderung ist es ein Skandal, dass Fachkräftepotentiale durch Aus- und Weiterbildung nicht hinreichend genutzt werden.

Als prägnanteste Ergebnisse und Kernbotschaften fallen auf, dass prekäre Arbeit bei den jungen Beschäftigten überproportional zunimmt, mehr als ein Viertel der Unterfünfunddreißigjährigen bisher ausschließlich befristet beschäftigt war und junge Menschen kaum Chancen haben, aus der Leiharbeit herauszukommen. Je besser der Schulabschluss ist, desto größer sei auch die Zufriedenheit. Die Studie bestätigt leider auch, dass prekäre Arbeit kein vorübergehendes Phänomen zu Beginn des Berufslebens ist, sondern für zu viele eine langfristige Realität. Durch die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse sind natürlich auch die bestehenden Sozialversicherungssysteme gefährdet. Befristung und andere Formen prekärer Beschäftigung haben als sich abzeichnende Folge weitreichende Konsequenzen auf das Privatleben, denn jungen Menschen fehlt dadurch

die Sicherheit, ihr Leben und ihre Zukunft zu planen – von Familiengründung über Immobilienerwerb bis hin zur Altersvorsorge.

4. In der Bundesrepublik engagieren sich rund 23 Millionen Menschen ehrenamtlich, meist neben ihrem Hauptberuf oder ihrer sonstigen Beschäftigung. Der typische Ehrenamtler ist ein berufstätiger, durchschnittlich bis gut verdienender Familienvater im mittleren Lebensalter, der sich vorzugsweise in Sport- oder anderen Vereinen, aber auch in öffentlichen Ehrenämtern in der Justiz, den öffentlich-rechtlichen Kammern, bei der Feuerwehr oder in der Jugendarbeit engagiert. Hierfür gibt es häufig gesetzliche Freistellungsregelungen und steuerlich begünstigte Aufwandsentschädigungen. Das weibliche Pendant dazu ist die nicht erwerbstätige Ehefrau oder Rentnerin, die sich im Kulturbereich oder sozial-karitativ engagiert. Daneben hat sich das sogenannte neue **Ehrenamt** etabliert, in Projektgruppen, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfe-Netzwerken. Weil keine Gesellschaft ohne Ehrenamtliche als Bindeglied zwischen Staat, Markt und Privatsphäre auskommt, versucht die Bundesregierung in einer „nationalen Engagementstrategie“ die staatlich initiierten ehrenamtlichen Projekte in den Bereichen Bildung, Integration, Gesundheit, Pflege, Stadtentwicklung, Sport oder Katastrophenschutz mit dem „nichtstaatlichen Engagementpotenzial“ in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Unternehmen zu „verzahnen“.

Die bisherigen Formen der Ehrenamtlichkeit reichen anscheinend immer weniger aus, um die Löcher zu stopfen, die neoliberale Reformen in das Netz der sozialen Sicherungen gerissen haben. Die Situation verschärft sich noch, weil infolge der Verkürzung und geplanten Aussetzung des Wehrdienstes auch die Zahl der Zivildienstleistenden in sozialen Einrichtungen drastisch zurückgeht. Doch nun sucht die „Freiwilligenagentur“ Ehrenamtliche für die Betreuung und Begleitung von Heimkindern, für Migranten-Sprachkurse, zur Frühstückszubereitung im „Backpacker-Hostel“, für Grünanlagenpflege und noch viele Aufgaben mehr, die eigentlich alles keine wirklich ehrenamtlichen Tätigkeiten sind. Da es sich hierbei vielmehr um Vollzeitjobs für Angelernte handelt, wird oft eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Offensichtlich entwickeln sich auf der Basis von scheinbar ehrenamtlichen Betätigungen neue Formen von Billigjobs. Auch Wohlfahrtsverbände wollen diese Nische mit der mit der sogenannten „Übungsleiterpauschale“ nutzen, um Steuern und Sozialabgaben zu sparen, und beschäftigen so nebenberufliche oder „ehrenamtliche“ Sporttrainer, Chorleiter, aber auch Erzieherinnen und Betreuerinnen.

Auf diese Weise werden die prekären Arbeitsverhältnisse weiter vermehrt und die vorwiegend weiblichen Berufe im Pflege-, Gesundheits- und Betreuungsbereich erfahren eine Dequalifizierung. Auf diese unschöne Weise wird ehrenamtliche Arbeit, die bisher von jemandem nebenher verrichtet wurde, der mit einer finanziellen Basis abgesichert war, mit typisch „weiblicher“ Reproduktionsarbeit auf Billiglohnniveau und gleichzeitiger staatlicher Alimentierung vermischt. Die Probanden machen sicherlich kein freiwilliges Ehrenamt mehr und sind gleichzeitig

dem Terror der sanktionierten Verfolgungsbetreuung ausgesetzt! Ab 2011 sollen auch noch 34.000 Menschen dem „gemeinnützigen“ Sektor mit „Bürgerarbeit“ zur Verfügung stehen und mit rund 900 Euro brutto (781 Euro netto) „entlohnt“ werden. Claudia Pinl zieht daraus das Fazit, wer Freiwillige als kostenlose oder billige Alternative für eigentlich tariflich zu bezahlende Arbeit nutze, verschärfe die Spaltung der Gesellschaft.

5. Angesichts des angeblich zunehmenden „Fachkräftemangels“ rechnen Wirtschaftsexperten mit einem deutlichen Anstieg der **Wochenarbeitszeit** für Arbeitnehmer: Um den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen zu können, müsse sie bis auf 45 Stunden steigen. Dies gelte vor allem in den exportorientierten Branchen wie Maschinen- und Anlagenbau; aber auch in der Gesundheits- und der Pflegebranche werde es Bedarf nach längeren Arbeitszeiten geben. Der IWI-Präsident erklärte, dass der Wohlstand nur gehalten werden könne, wenn Unternehmen mehr Freiheiten bei der Gestaltung der Arbeitszeiten bekommen. Weil der „Fachkräftemangel“ nicht mit Arbeitslosen oder älteren Arbeitnehmern beseitigt werden könne, müsse es Zuwanderung geben.

Wenn pro Woche mehr gearbeitet wird, bedarf es logischerweise weniger Mitarbeiter. Da hat sich der IWI wohl gedacht, dass die Lösung in der Zuwanderung von billig(st)en Arbeitskräften bestehen soll. Auch weil es teurer sei, (Langzeit-)Erwerbslose zu Fachkräften auszubilden, lohne es sich, dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland zu ordern. Wer es dann schafft, die immer schwerer Arbeitenden gegen die „faulen Arbeitslosen“ aufzuhetzen, wird ordentlich beklatscht, denn es gilt: Teile, spalte und herrsche! Längere Arbeitszeiten haben natürlich noch einen nicht zu unterschätzenden Vorteil: Der Arbeitnehmer kann den kargen Lohn nicht mehr so intensiv in der praktisch nicht mehr vorhandenen Freizeit verprassen. Schade eigentlich!

6. Am Sonntagabend hörte ich in den 18-Uhr-Nachrichten des „Nordwestradios“, dass 18.000 Bremer davon betroffen sind, keinen **Heizkostenzuschuss** mehr zu ihrem schmalen Wohngeld zu bekommen. Bremen wird durch diese unsoziale Maßnahme des Sparpaketes der Bundesregierung nicht sparen können. Aber der Bund darf dies tun, wenn den Betroffenen gar nicht anderes mehr bleibt, als zusätzlich ALG II zu beantragen, das ja, vom Regelsatz abgesehen, die Kommunen bezahlen müssen.

7. Die britische Regierung schnürte eines der härtesten Sparpakete Europas. Britische Sozialpolitiker fürchten, dass die Schrumpfkur, die Premierminister David Cameron seinen Landsleuten verordnete, bald allerorten im öffentlichen Leben sichtbar werden wird. Wenn die Einsparungen bei den Wohngeldzuschüssen nicht überdacht werden, könnte dies dem Land eine größere Zahl von Obdachlosen als jemals zuvor in den vergangenen 30 Jahren bescheren. Das komme der Vertreibung der Armen aus reichen Gebieten gleich – ein brutales und schockie-

rendes Beispiel für manipulierende Sozialpolitik. Londoner Bezirke warnten bereits davor, dass durch die Kürzungen rund 82.000 Familien – mehr als 200.000 Menschen – in der Hauptstadt aus ihren Wohnungen vertrieben werden könnten. Angeblich hätten die kommunalen Verwaltungen auch schon Notfallpläne entwickelt und bereits Pensionen und andere private Unterkünfte rund um die Hauptstadt en bloc reserviert, um vertriebenen Personen provisorischen Unterschlupf bieten zu können. Wie lange dürfen sie dann dort „zwischengelagert" werden, bis sie, allein auf sich selbst gestellt, in die Slums und die **Obdachlosigkeit** entlassen werden?

8. Bei der Ausweitung der Mindestlöhne lässt *lovely* Zensursula von der Leyen eine in meinen Augen teuflische Kompromissbereitschaft erkennen, für die sie sich dann natürlich von der Opposition Unterstützung für ihre abartigen Hartz-IV-Pläne erhofft! Das Gruselkabinett Bundesregierung kann ihren Gesetzentwurf zur **Regelsatz**-„Erhöhung" um fünf Euro und „bessere Bildungsangebote" für Kinder mit ihrer Mehrheit im Bundestag durchsetzen. Im Bundesrat, der ebenfalls zustimmen muss, fehlt ihr aber die Mehrheit. Deshalb muss die Koalition einen Kompromiss insbesondere mit den SPD-regierten Ländern suchen. Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, wie ihn der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zuletzt ins Gespräch gebracht hatte, sehe die Ministerin allerdings skeptisch, fügte der Sprecher hinzu.

Natürlich hängen die Höhe des Mindestlohnes und die Niedrigkeit des Regelsatzes so lange miteinander zusammen, wie auf dem Lohnabstandsgebot bestanden wird. Damit hat jedoch die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach einer transparenten Berechnung in angemessener Höhe nichts zu tun. Auf jeden Fall soll hier eine Erpressung auf dem Rücken der Ärmsten der Gesellschaft ausgetragen werden. Mir ist schon jetzt klar, dass der Mindestlohn derart mickrig ausfallen wird, dass die davon Betroffenen auch weiterhin mit ALG II werden aufstocken müssen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die *Spezialdemokraten* die Erwerbslosen ein zweites Mal von Grund auf verraten werden! Auch wenn es vermutlich wieder ein paar Jahre dauern wird, werden sich hoffentlich Kläger finden, die gegen diesen Betrug, diesen Verfassungsbruch zu Felde ziehen werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Seit **Montag**, dem 13. September 2010, ereignet sich **wöchentlich** um 18:59 Uhr auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne. Treffen ist um **18:45 Uhr**. Die Stuttgarter „**Parkschützer**" bitten um Zelte, Schlafsäcke, warme Wolldecken, Luftmatratzen, Kocher und Regenschutz, denn es wird ein langer und kalter Winter! **Spenden** bitte bei Gernot-Peter Schulz, Moselstraße 91, abgeben (Telefon 0176-5334 5420).

Der Tiefbahnhofsbau wird scheitern

Die „Schlichtung“ unter Herrn Geißler in Stuttgart findet unter schlechtesten Voraussetzungen statt, da es hier nicht um die Schlichtung eines Tarifvertrages geht. Es gibt keinen halben Kopfbahnhof, halben Tiefbahnhof oder halb zerstörten Schlosspark. Es wird nur einen Kopfbahnhof geben, da der Tiefbahnhof scheitert!

Am schlimmsten ist Bahnchef Grube, der sich in blindem Wahnsinn und mit Gier nach Achtung trotz der „Schlichtung“ nicht an die Friedenspflicht, den kompletten Baustopp, hält. Er hetzt immer mehr gegen die Projektgegner auf und verkündet, ohne mit der Wimper zu zucken, es werde weitergebaut.

Schlimm war auch die Pseudo-Gegendemo der „Stuttgart-21“-Befürworter: Die Leute wurden auf Kosten der CDU aus dem Umland, was zu jeder Veranstaltung geschieht, mit Bussen nach Stuttgart hergefahren. Herr Drexler und der evangelische Pfarrer Johannes haben die Demonstranten mit Wimpel und Fahnen ausgestattet und Verhältnisse wie im ehemaligen Ostblock, in China, Nordkorea und den totalitären Staaten Afrikas geschaffen. Wie billig man doch bei den Befürwortern handelt! Oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Solidarität mit den streikenden Belegschaften gegen die Rente mit 67

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Montagsdemo Bremen solidarisiert sich mit dem Streik der Belegschaften und der DGB-Demo am 27. Oktober 2010 in Bremen unter dem Motto „Die Rente mit 67 muss weg!“ Rente mit 67 ist unerträglich: Die steigende Arbeitshetze ruiniert die Gesundheit, unsere Kinder finden keine Jobs – aber wir sollen noch länger arbeiten? Die Rente mit 67 vernichtet zusätzlich eine Million Arbeitsplätze! In den Betrieben wird immer mehr produziert und ein gigantischer Reichtum geschaffen – eine Rente mit 60 ist damit schon längst bezahlbar. Aber die Umverteilung von unten nach oben verhindert dies. Da machen wir nicht länger mit!

Ob Rente mit 67, „Stuttgart 21“, Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke oder die unsoziale Politik mit Hartz IV, Billigjobs und anderen Angriffe: Überall

läuft das Fass jetzt über. Wir haben es satt, dass die Regierenden gegen den Willen der Mehrheit entscheiden! Wir haben es satt, dass wir für die Interessen der Konzerne und Banken bezahlen sollen! 1996 hat die Daimler-Belegschaft schon einmal ein bedeutendes Signal gegeben: Euer selbständiger politischer Streik war der Auftakt einer Streikwelle in ganz Deutschland, die die von der Kohl-Regierung bereits beschlossene Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder zu Fall gebracht hat. „Kämpfen wie in Frankreich“ – dieser Gedanke findet immer mehr Freunde. Um eine lebenswerte Zukunft müssen wir uns selber kümmern. Gemeinsam sind wir stärker!

Resolution der Initiative Bremer Montagsdemo (einstimmig verabschiedet)

Die IG Metall mobilisiert für **Mittwoch**, den **27. Obtober 2010**, zu einer **Protestdemonstration** gegen die **Rente mit 67**. Sie beginnt um **10 Uhr** an Tor 7 vor dem **Daimler-Werk** in der Hermann-Koenen-Straße und führt zur **Berliner Freiheit**. Dort findet um **11 Uhr** eine **Kundgebung** statt. Um **18 Uhr** wird im „**Freizi Buntentor**“ im Geschwornenweg ein **Solidaritätskreis** gegründet, denn die Daimler-Kollegen brauchen unsere volle Unterstützung, wenn sie in Streik treten!

Das Wort des Jahres: Lügenpack!

Die Regierung will die Tabaksteuer drastisch erhöhen, um Konzerne bei der „Ökosteuer“ zu entlasten, obwohl diese in Wirklichkeit gerade mal fünf Prozent davon zahlen. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die vier Stromriesen in der Krise 23 Milliarden Reingewinn machten und derzeit 25 Prozent Rendite scheffeln. Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke kommen weitere Milliarden hinzu! Da ist es ein guter Vorschlag der „Hartz-IV-Plattform“, „Lügenpack“ zum Wort des Jahres auszurufen. Ob Hartz-Gesetze, Rente mit 67, „Stuttgart 21“ oder „Gesundheitsreform“: Diese Regierung und die mit ihr verbundenen Konzerne verdienen es, als „Lügenpack“ bezeichnet zu werden!

In ganz Europa finden die gleichen Angriffe und Kämpfe statt. In Frankreich geht es gegen die Privatisierung der Hafenbetriebe und wie hierzulande gegen die Rente mit 67. Zwei Jahre soll länger gearbeitet werden, und der Jugend fehlt eine weitere Million Arbeitsplätze. Die Parole heißt deshalb: Weg mit Sarkozy! In England, das vor Staatsbankrott steht, weil die Banken in der Krise Hunderte Milliarden bekamen, erfolgen schärfste Angriffe auf die Lebenslage der Massen: 490.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollen gestrichen, das Rentenalter raufgesetzt, und die Mehrwertsteuer von 17,5 auf 19 Prozent erhöht werden. Die Armen ereilt eine Streichorgie: Es gibt keinen Heizkostenzuschuss, kein Kinderbetreuungsgeld, keinen sozialen Wohnungsbau mehr!

Das Volk hat immer mehr die Faxen dick. In Stuttgart demonstrierten am letzten Samstag wieder 50.000 Menschen gegen „S21“, aber der „Weser-Kurier“ und andere Medien vermelden die Zahl 15.000. Dafür wird die Teilnehmerzahl der „Pro-S21-Demo“, die laut Augenzeugen 3.000 bis 4.000 betrug, auf 7.000 schöngerechnet. Deswegen gab es in Stuttgart eine Spontandemo zum SWR. Auch in Bremen haben wir ja unsere Erfahrungen mit den Medien gemacht: Letzte Woche kam „Buten und binnen“ und berichtet anschließend „mitleidig“ über „die letzten Mohikaner“ auf der Montagsdemo. Sie zeigten keine unserer Reden auf dem Hanseatenhof und nichts vom Schwabenstreich vorm Bahnhof, obwohl sie überall gefilmt haben. Diese Medien können sich getrost der Kategorie Lügenpack hinzugesellen!

Deshalb ist es wichtig, international koordiniert zu kämpfen! Gegen die Rente mit 67 ist in Frankreich Generalstreik angesagt, in Bremen ein Streik der Daimler-Kollegen am Mittwoch dieser Woche. Viel mehr als die Nationalität unterscheidet uns ob wir Arbeiter und Arbeitslose sind – oder ob wir zum Lügenpack aus Monopolen und Regierungen gehören! Am 16. Oktober 2010 wurde in Berlin die „International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations“ gegründet,

eine gute Bedingung für den länderübergreifenden gemeinsamen Kampf gegen unseren gemeinsamen Gegner!

Wolfgang Lange (MLPD)

Öffentliches Interesse der körperlichen Unversehrtheit: Sich gegen Atomkraft zur Wehr zu setzen, ist legitimer ziviler Ungehorsam *(„Tageszeitung“)*

Quacksalber der Partei „Die Linke“ als Therapeuten asozialer Politik?

Manchmal scheint es in der Politik zuzugehen wie in einer Zahnarztpraxis: Schon mancher Patient hat selbst erlebt, dass vergeblich an seinen Zähnen herumgedoktert wurde und letztendlich doch nicht anderes übrig blieb, als dem Übel an die Wurzel zu gehen. Das bedeutet oftmals den Verlust eines Zahnes. Wenn Politiker nicht bereit sind, sich an die Ursachen heranzutrauen und stattdessen an den Symptomen herumdoktern, verlieren sie zwar keinen Zahn, bestimmt aber ihre Glaubwürdigkeit. Eigentlich muss jedes Mitglied ihrer Partei dafür sorgen und kämpfen, dass so etwas nicht passiert. Deshalb müssen auf jeder Mitgliederversammlung alle hierfür notwendigen Anträge an die Partei gestellt werden. Dies gilt speziell und akut beim Thema notwendige radikale Verkürzung der Lohnarbeit, um eine gerechte Verteilung der notwendigen jährlichen Lohnarbeit auf alle erwerbsfähigen und erwerbswilligen Menschen in Deutschland zu erreichen. Hierfür ist die Forderung nach einem Vier-Stunden-Arbeitstag die richtige Lösung!

In einem Artikel von Professor Herbert Schui konnte man vor einigen Tagen lesen, dass nicht drei, sondern mehr als neun Millionen Menschen Arbeit suchen. Leider fordert der Verfasser als Mitglied der Partei „Die Linke“ dennoch keine radikale Verkürzung der Lohnarbeitszeit, obwohl er Folgendes feststellt: „Die Zahl der von den Beschäftigten abgeleisteten Arbeitsstunden ist von 52 (1991) auf 48 Milliarden Stunden (2008, dem Jahr vor dem Abschwung) gesunken. Das ist ein Rückgang von 7,7 Prozent. In derselben Zeit ist die Zahl der Beschäftigten von 35,1 auf 35,9 Millionen, das heißt um zwei Prozent, gestiegen. Das wirkt sich günstig auf die Statistik aus. Wie kann es kommen, dass weniger Arbeitsstunden geleistet werden, die Beschäftigungsquote aber dennoch steigt? Die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten ist wegen der Teilzeitjobs, vielfach erzwungen durch Hartz IV, abgesunken, und zwar im rechnerischen Durchschnitt

von 28,5 Stunden je Woche im Jahr 1991 auf 25,7 Stunden je Woche im Jahr 2008. Schließlich gilt: Wer wenigstens 15 Stunden in der Woche arbeitet, der ist offiziell nicht arbeitslos."

Herbert Schuis Zahlen sind die besten Argumente zur Forderung nach einem bedingungslosen **Grundeinkommen**, mit dem man auch die Teilhabe aller in Deutschland lebender Menschen an der Lohnarbeit begründen kann. Aus seinen Zahlen, die übrigens meinen sehr ähnlich sind, die ich letztes Jahr heranzog, wird die Notwendigkeit einer radikalen Verkürzung der Lohnarbeitszeit ersichtlich. Eigentlich darf aus diesen Gründen kein Linker mehr gegen ein Grundeinkommen sein, da nur so eine solidarische und menschenwürdige Veränderung und Verbesserung für die Menschen in Deutschland, Europa und eigentlich auf der ganzen Welt möglich wird, als Anfang für ein neues gerechteres und friedlicheres Gesellschaftssystem, wie immer sich das dann auch nennen wird.

Leider ist Herbert Schui wohl kein Befürworter eines Grundeinkommens, was aber meiner Meinung nach im Widerspruch zu den von ihm verwendeten oder selbst errechneten Zahlen steht. Allein die Forderung der Linkspartei nach zehn Euro Mindestlohn in der Stunde müsste auf über 15 Euro angehoben werden, selbst wenn man die augenblicklichen Zahlen zur Arbeitslosigkeit unberücksichtigt ließe. Geht man von einer Vollbeschäftigung von 7,5 Stunden täglich für jeden erwerbsfähigen Menschen in Deutschland aus – diese müsste man mindestens leisten, um als Alleinlebender mit einem Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde über die Runden zu kommen –, so fehlen in Deutschland ungefähr 16 Milliarden Lohnarbeitstunden hierfür. Es kann also überhaupt kein Weg daran vorbeiführen, eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zu fordern. Ich finde es nicht gut, dass Herbert Schui in seinem Artikel nicht gleich hierauf hinweist!

Mit seinem Artikel bestätigt Professor Schui meine Berechnungen zu den tatsächlich geleisteten Lohnarbeitszeiten eines Jahres, die ich für die Begründung der Notwendigkeit eines Einheitsgrundeinkommens im letzten Jahr anstellte. Wenn man meine Ergebnisse vielleicht noch in Frage stellen konnte – was auch versucht wurde, indem mir beispielsweise der Sprecher der BAG Hartz IV, Werner Schulten, in diesem Zusammenhang einen „Tablettenwechsel" empfahl –, so dürfte kaum jemand aus der Partei „Die Linke" die jetzt veröffentlichen Zahlen ihres habilitierten Mitgliedes anzweifeln.

Genau hier heraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit nach Einführung eines Vierstundentages in einer Fünftagewoche, um endlich die Abkopplung aller erwerbsfähigen Menschen von der Lohnarbeit zu beenden und um Hartz IV zu überwinden, selbstverständlich mit der gleichzeitigen Einführung eines Einheitsgrundeinkommen, welches man mindestens zur Hälfte über die Profite der Unternehmer finanzieren muss. Diese dringend erforderlichen Maßnahmen sollte man gleichzeitig um das „4-in-1-Modell" ergänzen, das Frigga Haug richtigerweise vorschlägt. „Sie lügen wie gedruckt", diese Feststellung sollte weiterhin nur für die bürgerlichen Parteien gelten. Auf gar keinen Fall dürfen sich Mitglieder der Partei „Die Linke" als Quacksalber an der Therapie asozialer Politik beteiligen, sonst

dürften sie in kürzester Zeit ebenfalls jegliche Glaubwürdigkeit verspielen. Bitte unterstützt zahlreich diese wirklich notwendigen Forderungen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

302. Bremer Montagsdemo am 01. 11. 2010

Die Debatte um Regelsatz und „Bildungspaket“ ist eine Farce

1. In Hamburg gingen etwa 3.000 Menschen gegen **Wohnungsnot** auf die Straße. Das „Recht-auf-Stadt“-Netzwerk demonstrierte für die Umwandlung leerstehender Büros zu Wohnraum und für bezahlbare Wohnungen überhaupt. Das Bündnis wirft dem Hamburger Senat vor, mit seiner Wohnungspolitik einseitig die Interessen von Unternehmen und Vermietern zu vertreten. Die Demonstranten forderten, die Wohnungsfrage sofort zu lösen, und hielten bunte Pappschilder hoch, auf denen die Adressen von leerstehenden Gebäuden geschrieben standen. Auch der Hamburger Verdi-Chef Wolfgang Rose beteiligte sich an den Protesten und sagte, eine Stadt bestehe nicht nur aus Bürokomplexen bestehe. Auch im Zentrum der Stadt seien Sozialwohnungen, Familien- und Genossenschaftsprojekte sowie alternative Wohnformen nötig. Zunächst war die Stimmung friedlich, das Polizeiaufgebot begrenzt. Doch dann sollen Flaschen und Böller auf Polizisten geflogen und eine Beamtin leicht verletzt worden sein, die ihren Dienst aber weiter fortsetzen konnte. Wie es sich wirklich zutrug, weiß ich nicht, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass die Polizei auf jeden Fall Härte und Überlegenheit demonstrieren wollte, indem sie Wasserwerfer beim Räumen einer Straße einsetzte und 26 angebliche Randalierer festnahm.

2. Nun sollen wohl im Zuge angeblicher Gerechtigkeit „auch“ Reiche mit einem Jahreseinkommen von mehr als 250.000 Euro ab 2011 kein **Elterngeld** mehr bekommen. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Diana Golze, kommentierte die Pläne der Bundesregierung, die Elterngeldstreichung für Spitzenverdiener als „sozialen Ausgleich“ zu verkaufen, als Verhöhnung der ärmsten Familien im Land. Sie prangerte an, dass die rund 135.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II durch die Streichung des Elterngeldes ungefähr ein Viertel ihres Einkommens verlören, während die 2.200 Superreichen mit mehr als 250.000 Euro Jahreseinkommen den Wegfall der Leistung kaum bemerken dürf-

ten. Weil Spitzenverdiener in der Regel kein Erwerbseinkommen haben, bekommen sie meistens „nur“ das Mindestelterngeld in Höhe von 300 Euro und eventuell noch einen Geschwisterbonus von 75 Euro. Bei solchen *Peanuts* lässt sich wohl kaum von einem sozialen Trostpflaster als vielmehr von einer Farce sprechen! Meiner Meinung nach werden dabei noch zu viele Gutverdiener geschont. Die Grenze sollte ruhig nach unten verlagert werden, denn bei 250.000 Euro im Jahr liegt das monatliche Einkommen bei gepfefferten 20.833,33 Euro im Monat. Wer so viel verdient, hat das Elterngeld wahrlich nicht mehr nötig!

3. Eine Studie der EU-„Grundrechteagentur“, an der 3.000 muslimische und nichtmuslimische Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren in Frankreich, Spanien und Großbritannien einschließlich Nordirland teilgenommen haben, ergab, dass die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen nicht von ihrer Religion abhängt. Es wundert mich nicht, dass es keinerlei Hinweise darauf gibt, ob muslimische Jugendliche häufiger oder seltener Gewalt anwenden als nicht-muslimische. Tatsächlich liefen Jugendliche vor allem dann Gefahr, gewalttätig zu werden, wenn sie selbst Opfer von **Diskriminierung** oder Gewalt waren. Allerdings berichteten muslimische Jugendliche häufiger als nicht-muslimische, dass sie diskriminiert und sozial ausgegrenzt wurden. Es stimmten im Durchschnitt eher Muslime als Nicht-Muslime der Aussage zu, Gewalt sei gerechtfertigt, wenn die eigene Religion beleidigt werde, doch das bedeute nicht, dass die Jugendlichen tatsächlich gewalttätig würden. Die Erkenntnis, es sei wichtig, dafür zu sorgen, dass Kinder nicht Gewalt oder Diskriminierung ausgesetzt werden, wenn die Ursachen von Gewalt bekämpft werden müssen, ist weder neu noch verwunderlich. Umso wichtiger ist die Forderung nach einer Politik, die alltägliche Situationen der Ausgrenzung junger Menschen bekämpft, um so der Jugendkriminalität oder dem „Terrorismus“ vorzubeugen. Menschen müssen sich anerkannt fühlen und für sich eine Zukunft erkennen können. Ansonsten dürfte jede Religion oder politische Strömung von Fanatikern jeglicher Couleur missbraucht werden können.

4. Eine EU-Statistik enthüllt das wahre Ausmaß der **Armut**. Die Zahlen lassen aufhorchen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist jeder sechste Bundesbürger arm. Laut EU-Kriterien gilt hierzulande als arm, wer als Alleinstehender weniger als 929 Euro im Monat zur Verfügung hat. Am stärksten armutsgefährdet sind Arbeitslose. Es ist ein Witz, von Armutsgefährdung zu sprechen, wenn der Regelsatz keinesfalls zur Grundsicherung ausreichen kann, sodass am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist! Allerdings verdienen etwa sieben Prozent der Beschäftigten so wenig, dass auch sie von Armut betroffen sind. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende: Beinahe ein Drittel von ihnen lebt unter der Armutsschwelle. Die Streichung des Elterngeldes für Mütter im Hartz-IV-Bezug dürfte die Situation ab dem kommenden Jahr weiter verschärfen. Frauen tragen ohnehin ein größeres Armutsrisiko als Männer. Im Rentenalter wird sich

noch einmal zeigen, dass Altersarmut zu einem großen Teil weiblich ist: Gerade alte Frauen müssen jeden Euro zweimal umdrehen.

Wegen der Hartz-Gesetze, die Deutschland in ein Dumpinglohnland verwandelt haben, ist damit zu rechnen, dass Armut in den kommenden Jahren noch zunehmen wird. Vielen Dank an das schwarz-gelbe Gruselkabinett dafür, dass sie auch noch den Rentenbeitrag für Hartz-IV-Bezieher abschafften, sodass Millionen Betroffene keine Rentenanwartschaften mehr erwerben können! Unter dieser Prämisse kommt die momentane Debatte über die Regelsätze und das äußerst bescheidene Bildungspaket für arme Kinder im Bundestag einer Farce gleich. Die fehlende Transparenz bei den Hartz-IV-Sätzen, die vom Bundesverfassungsrecht bemängelt wurde, scheint auch weiterhin bemängelt werden zu müssen, weil sie mit viel Gedöns verschleiert wird. Es ist erfrischend, eine das Lügenpaket durchschauende Linke zu hören: Katja Kipping kritisiert zu Recht, was ansonsten unter den Teppich gekehrt wird, dass nämlich der läppischen „Erhöhung“ von fünf Euro fünfmal so hohe Kürzungen für Hartz-IV-Bezieher durch das Sparpaket gegenüberstehen. Aber bis das gesprochene Recht eingeklagt wird, werden Jahre vergehen, und die Bundesregierung bekommt dann erneut Gelegenheit, das vorenthaltene Geld der Transferleistungsbezieher doch lieber „notleidenden“ Banken in den Allerwertesten zu schieben.

5. In der kirchlichen Begegnungsstätte „Bremer Treff“ wurde eine von der Sparkasse gesponserte Münze vorgestellt, die im Einkauf drei Euro kostet und für die es im „Treff“ eine warme **Mahlzeit** gibt. Die dahinter stehende Idee ist: Wer Obdachlosen oder Bettlern auf der Straße ungern etwas in die Hand drückt, was sich auch in Alkohol umsetzen ließe, könnte ihnen nun einen „Taler“ in den Hut werfen, mit dem sie sich satt essen können. Die Kirchen in Bremen wollen diesen „Spendentaler“ verkaufen. Er kommt aus Aachen, wo er inzwischen nicht nur in Gemeindebüros, sondern auch in Bäckereien zu haben ist. Mit Hilfe dieses „Talers“ sollen Passanten dazu gebracht werden, an bettelnden Menschen nicht verschämt vorbeizugucken oder achtlos vorbeizugehen, sondern sich ihnen und damit der Armut zuzuwenden, ihnen einen „Taler“ zu schenken. Er macht bei den Bedürftigen auch den „Bremer Treff“ bekannt. Bisher bekam nur derjenige ein kostenloses Essen, der sich zuvor in der Gemeinde einen Gutschein erbettelt hatte. Die besser betuchten Gutmenschen, die hin und wieder einen „Taler“ verschenken möchten, können gleich hundert davon erwerben und sich dann eine Spendenquittung ausstellen lassen. Bloß kein echtes Geld in den Hut legen, denn die braven Gutverdiener „wissen“ ja, dass finanziell Schwache – seien es nun Hartz-IV-Bezieher oder Obdachlose – nicht mit Geld umgehen können und es *latürnich* immer versaufen würden. Dagegen wurde nun der „Taler“ erfunden, genauso toll wie die „Tafel“! Immer „schön“ gegen ein selbstbestimmtes Leben, das eine Teilhabe an der Gesellschaft beinhalten würde!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dem Lemke würde ich den Essen-Taler *in den Arsch* schieben

Schade, dass ich von diesem Termin nichts wusste. Ich wäre da gern hingegangen und hätte Lemke persönlich nach seiner Schirmherrschaft zur Kindergrundsicherung befragt. Hierzu habe ich von diesem Saubermann bis heute noch keine Antwort erhalten. Von dieser Organisation hört man überhaupt nichts mehr! Bevor ich von Lemke etwas zu essen und zu trinken annehmen würde, wäre ich lieber bereit zu verhungern. Aber vorher würde ich ihm einen solchen Taler in den Arsch schieben!

Die bundesweite Montagsdemo hat nun folgenden **Demo**-Aufruf veröffentlicht: „Weniger Hartz IV ist schlecht für alle! 80 Euro mehr für Lebensmittel! **Regelsatzerhöhung** sofort! Kommt nach **Hannover** am **Samstag**, dem **6. November 2010**, zum **Klagesmarkt** um **10 Uhr**!“ – Dieses Mal wird mich die genannte Forderung auf keinen Fall dazu bewegen, meinen Hintern aus dem Sessel zu bewegen. An dieser Demo werde ich garantiert nicht teilnehmen! Ich habe es einfach satt, vielleicht gut gemeinten, aber gleichzeitig auch falschen Forderungen hinterherzulaufen. Die Organisatoren meinen mit dieser Forderung, die Milchbauern in Deutschland unterstützen zu können, damit durch eine sofortige Regelsatzerhöhung die armen Menschen mehr Geld für landwirtschaftliche Produkte ausgeben können und dadurch nicht mehr bei den großen Einzelhandelsdiscountern einkaufen müssten.

Doch welche Verbesserungen finanzieller Art soll das den Armen in Deutschland bringen? Wenn diese nun wirklich ihre Lebensmittel im Biomarkt kaufen, werden sie trotz einer eventuellen Erhöhung der Regelsätze um 80 Euro im Monat weniger im Einkaufskorb haben als vorher. Zumindest darf man davon ausgehen. Und wäre den Milchbauern, gerade denen aus bäuerlichen Kleinbetrieben, wirklich durch eine Erhöhung der Regelsätze nach dem SGB II geholfen? Wären nicht gerade bäuerliche Großbetriebe die Profiteure einer solchen gewünschten Preiserhöhung? Vergleicht man die Umsätze der großen Einzelhandelsdiscounter mit dem Betrag, der den Hartz-IV- Empfängern für Ernährung im Jahr zur Verfügung steht, wird man feststellen, dass höchstens jeder zwölfte Euro des Umsatzes der Discounter auch von einem Hartz-IV-Empfänger stammen kann, selbst wenn diese wirklich alle Lebensmittel ausschließlich dort kaufen.

Am 9. Oktober dieses Jahres konnte man in Oldenburg feststellen, dass das wichtige Thema einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Veranstalter total unter den Tisch fiel. Nur durch Umverteilung der an Mehrwert und Profit orientierten Lohnarbeit, mit den da-

zugehörigen Mindestlöhnen sowie Lohn- und Personalausgleich wird man aber die asozialen Hartz- Gesetze überwinden können. Man kann noch so lange auf den Kochtopf schlagen, auch gemeinsam, doch wird das weder den Milchbauern, den Hartz-IV-Empfängern noch den anderen Armen im Land etwas nutzen. Die größten Profiteure durch diese blinde Wut werden bestimmt die Ohrenärzte in Deutschland sein, die an den folgenden Tagen die Hörstürze der Demoteilnehmer behandeln dürfen!

Die Mindestforderung muss werden: Gleiche Verteilung der Lohnarbeit mit für ein schönes Leben ausreichendem Lohn und ein sanktionsfreies Grundeinkommen! Hierzu darf die folgende Sofortforderung auf keinen Fall länger unterschritten werden: 500 Euro Regelsatz, zehn Euro Mindestlohn lohnsteuerfrei, 30-Stunden-Woche, weg mit Hartz IV! Zornig bin ich selbstverständlich auch über die Ankündigung der Regierung, die Hartz-IV-Regelsätze nur um fünf Euro sprich einen Heiermann zu erhöhen. Das wird mich aber auf keinen Fall mehr dazu veranlassen, auf einer Demo vielleicht mit Bauchschmerzen zu den Forderungen nach 80 Euro in blinder Wut auf einen Kochtopf einzudreschen. Blinde Wut? Schlagen auf Pötte und Pfannen mit anschließendem Hörsturz?

Auch vom „Aktionsbündnis Sozialproteste“ ist nichts mehr von der Forderung nach einer 30-Stunden-Woche zu hören. In einer Verlautbarung heißt es nirgends mehr „500/30/10“ sondern nur noch „500/10“. Die direkt Forderung nach Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro ist nicht mehr aufgeführt, sondern nach 80 Euro Zuschlag für Ernährung. Ist man nur noch am Zurückrudern? Ich hatte bereits letztes Jahr die Forderungstriade „500/30/10“ als ungeeignetes Mittel einer Strategie zur Überwindung von Hartz IV angegriffen und sehe diese auch heute nur als Sofortforderung auf dem Wege zu notwendigen Arbeitszeitverkürzungen. Mit Vollgas in Hartz IV?

Die Forderung des „Euromarsch“-Sekretariats nach Umverteilung der Arbeit und spürbarer Arbeitszeitverkürzung sollten dagegen möglichst viele Linke unterstützen. Dazu gehört die sofortige Einführung einer Arbeitskraftabgabe an den jeweiligen Staat in Höhe des dann gültigen gesetzlichen Mindestlohns pro benötigter Lohnarbeitsstunde als Anfang dafür, die Arbeit insgesamt als Gemeingut zu begreifen. In diesem Sinne appellierte der international bekannte Kämpfer für den freien Zugang zum Wasser, Riccardo Petrella, in einer Ansprache an das Publikum, der Privatisierung des Staates und seiner Unterordnung unter Konzerninteressen nicht tatenlos zuzusehen. Statt Arbeitszeitverkürzung sollte man genauer die Verkürzung der Lohnarbeitszeit fordern. Ich werde diese Forderungen nach besten Kräften unterstützen. Das Ziel muss allerdings sein, die profitorientierte Lohnarbeit gänzlich zu überwinden.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Am **Samstag**, dem **6. November 2010**, findet in **Berlin** eine **Demonstration** für das **bedingungslose Grundeinkommen** statt, deren Motto „

Unternimm das Jetzt“ auf das Konzept „Unternimm die Zukunft“ des Drogeriemarkt-Unternehmers Götz Werner Bezug nimmt. Beginn ist um 5 vor 12 am Brandenburger Tor. Am Montag, dem 8. November 2010, erfolgt die Anhörung der BGE-Eingabe von Susanne Wiest vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.

Einspruch gegen die Zustimmung zur Laufzeitverlängerung!

Total menschenverachtend hat nun auch der Bundestag mehrheitlich die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre beschlossen. Ergebnis: Die sieben ältesten Reaktoren dürfen acht Jahre länger laufen, während die zehn jüngeren Kraftwerke 14 Jahre lang Strom liefern sollen. Dabei wird Gorleben entgegen aller Warnungen unabhängiger Fachleute zügig weiter ausgebaut und rücksichtslos mit immer neuen Castoren vollgestopft! Völlig ignoriert wird dabei die Tatsache, dass es in Wahrheit keinerlei Lösung für das Endlagerproblem von Atommüll gibt!

Damit haben sich die profitgierigen Energiekonzerne Vattenfall, RWE, EON und ENBW mal wieder auf ganzer Linie durchgesetzt und damit die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien für Jahrzehnte blockiert. Dabei wird von Merkel und Rüttgers ständig aufs Neue die Lüge kolportiert, dass ohne Atomstrom die große Dunkelheit über uns hereinbrechen würde, obwohl in Wahrheit ein großer Teil des nuklear erzeugten Stroms sogar eifrig exportiert wird!

Höhnisch setzen sich Großkapitalbesitzer und Kabinett erneut – wie schon beim Afghanistaneinsatz der Bundeswehr – über den Mehrheitswillen der Bevölkerung hinweg! Bereits zum 1. Januar 2011 soll das Gesetz in Kraft treten. Das neue Atomgesetz ist ein glatter Verfassungsbruch, denn die schwarz-gelbe Bundesregierung versucht mit allen Mitteln und fiesen Tricks zu verhindern, dass darüber auch im Bundesrat abgestimmt wird. Ausgenutzt wird dabei die auch unter Parlamentarier(inne)n weit verbreitete Unkenntnis darüber, dass es die zwei Varianten „Einspruchsgesetz“ und „Zustimmungsgesetz“ gibt. Dabei wissen sie oft nicht, dass Einspruchsgesetze keiner Zustimmung des Bundesrates bedürfen, Zustimmungsgesetze dagegen auch im Bundesrat eine Mehrheit finden müssen. Das Gaunerstück dabei ist, das Gesetz einfach vom Zustimmungsgesetz zum Einspruchsgesetz zu erklären, um damit den Bundesrat auszutricksen.

Wenn die Bundesregierung damit durchkäme, wäre dies ein weiterer Anhaltspunkt dafür, dass ihre Politik dem Geist und Buchstaben der Verfassung kaum gerecht wird, auf welche ihre Vertreter bei Regierungsantritt den heiligen Amtseid „zum Wohle des deutschen Volkes“ und „so wahr mir Gott helfe“ geschworen haben. Da aber bekanntlich den Richtern des Verfassungsgerichts die Verfassung auch nicht immer ganz „heilig“ ist, sondern sie zuweilen in ziemlich unheiligem Interesse der Großkonzerne und ihrer politischen Erfüllungsgehilfen entscheiden, hätten diese Herrschaften wahrscheinlich auch diesmal „freie Bahn“! Damit wäre für uns alle eine „strahlende Zukunft“ garantiert, wenn wir dies nicht durch massive Proteste verhindern! Ausgiebig Gelegenheit hierzu ist hierzu in den nächsten Tagen im Wendland! Nehmt alle an den Demos gegen die Castoren und die Laufzeitverlängerung am 6. und 7. November bei Gorleben teil!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Samstag**, dem **6. November 2010**, ist **Anti-Castor-Demo** im **Wendland**. Die Busse des BUND fahren um 8:30 Uhr am ZOB (vor dem Cinemaxx) ab. Telefonische Anmeldung wird erbeten unter 0421-790 020. In **Bremen** startet um **13 Uhr** auf dem **Markplatz** eine Anti-Atom-Soli-Demo. Tags drauf heißt es: **Castor schottern**!

Kein Gesetz, das nicht aus der Feder der großen Konzerne stammt

Die Spatzen hatten es schon von den Dächern gepfiffen: Roland Koch, als Ministerpräsident von Hessen zurückgetreten, wird neuer Vorstandschef von Bilfinger-Berger. Dadurch verachtfacht sich sein „bescheidenes“ Gehalt! Gearbeitet hat er schon bisher für die zweitgrößte Baufirma Deutschlands. Mit massivstem Polizeieinsatz setzte er die Startbahn West in Frankfurt durch. Bilfinger-Berger ist auch bekannt als verantwortliche Baufirma für die Pannen beim Bau der A1 und für den Kölner U-Bahn-Skandal, als mehrere Menschen beim Einsturz des Stadtarchivs starben. Zur Durchführung des neuesten Skandalprojekts „Stuttgart 21“ kann man so einen strammen Rechtsaußen wie Koch scheinbar gebrauchen! Die Börse honorierte die Entscheidung allerdings nicht: Der Kurs von Bilfinger-Berger brach nach Bekanntgabe der Personalie ein.

Der Wechsel von Koch zu einem Baukonzern macht mal wieder deutlich, wie der staatsmonopolistische Kapitalismus funktioniert: Die Monopole haben sich den Staat vollständig untergeordnet! Ihre Organe und die des Staates sind miteinander verschmolzen, die gesamte Gesellschaft wird untergeordnet. Nicht nur CDU-Politiker sind Marionetten der Konzerne: Gerhard Schröder hat schon als Kanzler die Fäden geknüpft, um später als Chef der Ostsee-Pipeline zu Gazprom zu wechseln. Der Grüne Joschka Fischer berät jetzt BMW und andere Monopole. Wolfgang Clement, ehemals SPD, sitzt im Aufsichtsrat von RWE.

Kein Gesetz, das nicht aus der Feder der großen Konzerne und ihrer Lobbyisten stammt. Bestes Beispiel ist die Verlängerung der AKW-Laufzeiten aufgrund eines Gutachtens, das von EON bezahlt wurde. Die Merkel-Regierung plant, die Proteste gegen Laufzeitverlängerung, Endlagerung in Gorleben und Castor-Transporte brutal niederzuwalzen. Wie von de Maiziere bestätigt, ist die Bundeswehr schon im Vorfeld dabei. Seit dem Gipfeltreffen in Heiligendamm im Jahr 2007 wurde über 100 Mal die Bundeswehr in „Amtshilfe“ gegen Demonstranten eingesetzt! Aber die Leute lassen sich immer weniger abschrecken: So wie in Stuttgart am Tag nach dem blutigen Schwarzen Donnerstag über Hunderttausend auf der Straße waren, werden die Menschen auch die menschenverachtende Atompolitik nicht hinnehmen und sich nicht von Polizei- und Militäreinsätzen abschrecken lassen. Nicht hierzulande, nicht in Griechenland, nicht in Frankreich!

Auch der Daimler-Streik am letzten Mittwoch gegen die Rente 67 war davon geprägt: Wir lassen uns nicht mehr alles gefallen! 2.000 Kollegen streikten vier Stunden lang. Es rollte kein Auto vom Band. Großen Beifall gab es auch für die Solidaritätserklärungen der Montagsdemo und der französischen Kollegen sowie von Daimler-Mitarbeitern aus Harburg und VW-Kollegen aus Kassel. Ein seltsames Demokratieverständnis zeigten die Hauptamtlichen von der IG Metall: Die Abstimmung der Vertrauensleute für eine andere Demo-Route statt durch völlig ödes Gebiet, damit Verkehrsknotenpunkte dichtgemacht werden können, sei nur ein „Meinungsbild“ gewesen. Die Meinung der Kollegen zählt wohl nichts! Sie sagen auch bei Daimler: Wenn „S21“ verhindert wird, können wir alles erreichen! Weg mit Hartz IV, der Rente mit 67 und den Atomkraftwerken! Raus aus Afghanistan!

Wolfgang Lange (MLPD)

Intransparenter Datenmüll: Waren die nunmehr abgezogenen Positionen vorher überhaupt im Regelsatz enthalten? *(„Gegen Hartz“)*

Linke und rechte Statistik: Immer neu erschallt die Gehirnwäsche vom „Wunder am Arbeitsmarkt“ *(„Junge Welt“, „Die Zeit“)*

Stigmatisierung: Bezieher staatlicher Unterstützung sollen Scham empfinden als „Anreiz“, aus der menschenunwürdigen Lage zu kommen *(„Die Welt“)*

Die können sich ja nicht wehren: Regierung kürzt Regelsatz für Behinderte um 20 Prozent *(„Frankfurter Rundschau“)*

SPD will Regierungsentwurf im Bundesrat ablehnen: Keine Hartz-IV-Einigung mehr in diesem Jahr? *(„Reuters“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

303. Bremer Montagsdemo am 08. 11. 2010

Massenhaft Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz einreichen! (I)

Gerolf: Ich will nicht pessimistisch vermuten, das Denken unserer obersten Richter sei zynisch und „die Verfassung ihnen nicht immer ganz heilig“, wie aufgrund vergangener Entscheidungen zugunsten der Großkonzerne und ihrer politischen Erfüllungsgehilfen letzte Woche auf der Montagsdemo geäußert wurde. Gerade dank des Regelsatzurteils sehen wir deutlich, wer hierzulande das Grundgesetz bricht. Das Bundesverfassungsgericht hat ein neues Grundrecht auf Daseinssicherung formuliert sowie Transparenz bei der Berechnung des Existenzminimums und einen Inflationsausgleich gefordert. Im Gesetzentwurf kommen anschließend 20 Euro monatlicher Kaufkraftverlust gegenüber 2005, ein Verheimlichen der statistischen Basisdaten und ein Verschärfen der Sanktionsregeln heraus. Es ist die Regierung, die „unsere“ Verfassung mit Füßen tritt! Das Bundesverfassungsgericht als einzige Kontrollinstanz im Staat sollten wir nicht anfeinden.

Ein bisschen pessimistisch bin ich dennoch, was die Zukunft für Hartz-IV-Betroffene angeht. Grüne und Linke haben nicht die nötigen 25 Prozent für eine Normenkontrollklage gegen die Regelsatz-Neuberechnung, bräuchten also einzelne Abgeordnete der SPD hierfür. Diese Entwicklung sehe ich nicht eintreten. Die Vorlage Ursula von der Leyens ist so unsagbar schäbig, dass die Regierung nun allen Spielraum hat, der Opposition im parlamentarischen Vermittlungsausschuss, dessen Zusammentritt ins nächste Jahr vertrödelt wird, billigst entgegenzukommen. Schon eine Regelsatzerhöhung um zehn Euro für Erwachsene und, durch Verzicht auf die abartige Gutscheinlösung, auch für Kinder könnte die SPD unter größtem medialem Beifallsgetöse als Erfolg verbuchen – und das Gesetz im Bundesrat durchwinken. Damit würde sich das Verfassungsgericht erst nach Jahren aufgrund von Betroffenenklagen wieder mit Hartz IV befassen. Dann ändert die Nachfolgeregierung Hartz IV erneut auf verfassungswidrige Weise, und das böse Spiel geht in die dritte Runde.

Mit einem erheblichen Anstieg der Massenkämpfe gegen Hartz IV wie auf das Niveau jener gegen den Stuttgarter Tiefbahnhofsbau rechne ich nicht. Dieses Protestniveau wäre offenbar erforderlich, um die Regierung zu Gesprächen am Runden Tisch und zu nennenswerten Zugeständnissen bei Regelsatz und Sanktionen zu zwingen. Um sich als „Baumschützer“ zu outen und sich über die Zerstörung einer alten innerstädtischen Parkanlage zugunsten der Gewinne der Baulöwen zu empören, genügt es, das Herz am rechten Fleck zu haben. Wer dagegen zugeben muss, Hartz-IV-Empfänger zu sein, möchte, nach all den Jahren medialer Hetze, die längst in den Worten der Nächsten ihren Niederschlag gefunden hat, am liebsten im Erdboden versinken. In Stuttgart gehen auch Zehntausende Mitbürger auf die Straße, die einen regulären Arbeitsplatz, eine geräumige Wohnung, ein Auto in der Garage und manche Kröte auf dem Sparbuch haben und die jedes Jahr in Urlaub fahren können. Mit ihnen kommt das ganze Aufbegehren gegen „Stuttgart 21“ viel selbstbewusster daher als wir.

Je schwächer unser Protest gegen Hartz IV auf der Straße wie im Parlament nun leider bleibt, umso bedeutsamer wird der Kampf vor Gericht. Bei diesem Gefecht kann jede(r) die Klinge ziehen, denn alle Bedarfsgemeinschaften sind von der unzureichenden Höhe des Regelsatzes betroffen und können diese belegen. Daher ist das Beschreiten des juristischen Weges trotz unserer deprimierenden Erfahrungen und Aussichten wieder eine der Optionen, die wir im Jahr 2011 wahrnehmen müssen. Aber wir sollten natürlich aus der ersten Klagerunde lernen. So möchte ich nicht erneut als Einzelkämpfer dastehen. Kann die Erwerbslosenbewegung es beispielsweise schaffen, dass möglichst alle Hartz-IV-Betroffenen eine Art Sammelklage gegen den zu niedrigen Regelsatz erheben – zwar individuell eingereicht, aber weitgehend mit Musterbegründung und gemeinsamen Rechtsanwälten –, um eine bundesweite Blockade der Sozialgerichtsbarkeit herbeizuführen, die nur auf dem Wege einer Behandlung der Sache durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden kann?

Peter: Das von dir beschriebene Szenario ist denkbar. Man kann solche Massenklagen machen; man könnte auch einige Leute, finanziert und unterstützt von „der“ (?) Bewegung, das anpacken lassen. Dies muss weiter überlegt werden. Ich bin offen für den Meinungsaustausch!

Gerolf: Nach der 301. Bremer Montagsdemo hat uns „Die Linke“ zum Gespräch über das weitere Vorgehen gegen Hartz IV in eine Gaststätte eingeladen. Ich hatte Gelegenheit, dem Fraktionsvorsitzenden Peter Erlanson über meine Regelsatzklage zu berichten, bei der du mich vertreten hast, und ihm meinen Vorschlag und die Bitte zu unterbreiten, 2011 eine Klageflut gegen den neuen Regelsatz zu organisieren. Er war für diese Idee aufgeschlossen und wollte sie „im Hinterkopf“ behalten. Ich erfuhr von ihm, dass seine Partei in Brandenburg und Berlin, wo sie an der Regierung beteiligt ist, darauf drängt, eine Normenkontroll-

klage des jeweiligen Landes gegen die Hartz-IV-Reform anzustrengen. Ob dies gelinge, werde sich in den nächsten acht bis zehn Tagen entscheiden.

Peter: Es ist wirklich unerträglich, was diese Regierung aus den Kritiken und rechtlichen Bedenken zur Regelsatzhöhe gemacht hat. Also viel Erfolg dabei! Ein Randproblem: Habt ihr denn mal für die Anwaltskosten gesammelt? Nicht für mich persönlich; aber die Kanzlei, die Miete, Computer und so weiter müssen ja auch bezahlt werden, ob man nun gewinnt oder nicht.

Gerolf: Deine späte Erinnerung ist vollauf berechtigt. Ich möchte eurer Kanzlei daher einen Betrag von 50 Euro für die von dir genannten Ausgaben im Zusammenhang mit meinem Verfahren und eventuellen späteren Hartz-IV-Prozessen spenden und werde ihn Jobst bei der nächsten Montagsdemo in bar zur Weiterleitung übergeben. Ich möchte dir noch einmal ausdrücklich für die Betreuung meiner Regelsatzklage danken. Ich denke, dass du wirklich alles richtig gemacht hast und dass die Klage mit der Zulassung einer Beschwerde beim Bundessozialgericht dank deiner Hilfe so erfolgreich war, wie das in unserem Rechtssystem überhaupt nur möglich ist.

Mir ist inzwischen klar, dass für mich kein Sieg zu erringen war, wenn sich die obersten Richter die zu entscheidenden Fälle mehr oder weniger selbst aussuchen können und ein hessischer Sozialrichter im letztlich siegreichen Vorlageverfahren den Hebel zum Erfolg erst im Regelsatz für Kinder gefunden hat. Ich habe nun mal keine! Es muss allen Richtern in Deutschland klar gewesen sein, dass der ausgewählte Kläger vor dem Verfassungsgericht siegen wird, denn das Hartz-IV-Unrecht ist offensichtlich. Natürlich lassen sie lieber einem unpolitischen Familienvater wie Thomas Kallay, der erklärtermaßen noch nie in seinem Leben an einer Demonstration teilgenommen hat, die verdiente Aufmerksamkeit zukommen als einem ausgewiesenen Systemgegner wie mir, der auch noch mit einem Anwalt von der revolutionären Partei aufmarschiert.

Peter: Ich sehe es im Wesentlichen genauso. Man musste es probieren und, wenn man nicht gewann, seine Schlüsse daraus ziehen. Herzliche Grüße an dich und alle Bremer Mitstreiter!

E-Mail-Diskussion zwischen Gerolf D. Brettschneider (parteilos) und Peter Weispfenning (MLPD) – siehe auch „Scharf links“, „Elo-Forum“ und Teil II

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

SPD fordert „andere Berechnung“ der Hartz-IV-Sätze: Wenn die Bevölkerung diese nicht als gerecht empfindet, führt das zu politischem Verdruss *(„Echo“)*

Rechnung ohne den Bürgerstolz gemacht: Trotz aller Aufgebote an Expertokratie und Amüsierkultur gelingt die Bürgerausschaltung nicht *(„Spiegel-Online“)*

„Menschenwürdig“ soll es sein, die Armen schmerzlich zu beschämen

1. Ein obskurer Artikel, der da letzte Woche von hinten durch die Brust ins Auge durch den Medienblätterwald geschlichen kam, erregte meine Empörung. Es ging um die Hartz-IV-Debatte und was nun noch zumutbar sei! Schon die Überschrift legt damit los, dass es ein „seltsames Recht“ sei, auf Kosten anderer zu leben. Weiter im Text folgt das Postulat, es solle niemals „menschenunwürdig“ sein, sich seinen Lebensunterhalt selber verdienen zu müssen.

Ich finde es unglaublich, wie hier behauptet wird, zur **Menschenwürde** gehöre auch, dass ein zur Selbsthilfe und zur Selbstverantwortung fähiger Mensch sich beschämt fühle, wenn er auf Kosten anderer Leute leben müsse, sei es auch über Staatsgeschenke. Daher dürfe es den Empfängern solcher Geschenke ohne Gegenleistung nicht erspart bleiben, diese Situation als schmerzlich zu empfinden. Angeblich sporne das nämlich dazu an, aus dieser unwürdigen Lage wieder herauszukommen. Als ob es nicht schon vollkommen ausreichte, dass ALG-II-Bezieher mit und ohne Arbeit von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind und die Verfolgungsbetreuung der argen Argen über sich ergehen lassen müssen, sollen sie sich für die ihnen übergestülpte Tortur auch noch schämen müssen?

Jetzt schlägt es aber dreizehn! Egal, wie viel dieser unsoziale Professor die Transfermittel beziehenden Protagonisten auch demütigen mag: Arbeitsplätze, von denen es sich angemessen leben lässt, entstehen nicht durch gelebte Menschenverachtung. Wahrscheinlich ist diesem Professor noch niemals solch ein Begriff wie soziale Marktwirtschaft zu Ohren gekommen, auch wenn er im Grundgesetz verankert ist. Auch das Mitgefühl, was den Menschen eigentlich auszeichnet, scheint ihm weitgehend unbekannt zu sein. Wie kommt er bloß dazu, auf solch moralinsaurer Basis einzelnen Betroffenen die Schuld für gesellschaftliche Krisen aufdrücken zu dürfen? Wenn es nicht genug Arbeit für alle gibt, dann muss Arbeit eben umverteilt werden! Natürlich meint er mit seiner geforderten Scham keinesfalls die vielen Unternehmer, die die Steuerzahler melken, weil sie keine anständigen Löhne zu zahlen bereit sind und sich deswegen die Löhne staatlich subventionieren lassen. In welcher Partei kann so einer wohl nur sein? Natürlich in der FDP, das spricht ja gegen, äh für sich! Sein in meinen Augen beschämendes neoliberales Geschreibsel hat seine geistige Heimat in der elitären „Mont Pelerin Society“.

2. Die evangelische „Obdachlosenhilfe“ hat die Kürzung des Arbeitslosengelds bei „unkooperativen“ Hartz-IV-Beziehern als verfassungswidrig kritisiert. In der letzte Woche auf dem Bundeskongress der „Obdachlosenhilfe“ in Mainz einstimmig beschlossenen Erklärung heißt es, dass die Führung eines menschenwürdigen Lebens mit Absenkung oder gar Wegfall des Arbeitslosengeldes II nicht mehr gewährleistet sei. Nach Einschätzung der Obdachlosenhilfe sind die finanziellen **Sanktionen** gegen Langzeitarbeitslose insbesondere bei jüngeren Menschen unter 25 Jahren häufig die Ursache von Wohnungslosigkeit. Bundesweit sind etwa 2,5 Prozent der Langzeiterwerbslosen von solchen Sanktionen betroffen. Hierbei geht es um weit mehr als „nur“ eine Disziplinierungsmaßnahme, weil es sich um eine existenzgefährdende Aktion handelt. Es handelt sich bei dem psychisch kranken Mann, der 2007 in seiner Wohnung verhungerte, weil er mehrere Termine im Jobcenter nicht wahrgenommen hatte und ihm daraufhin die Hartz-IV-Bezüge komplett gestrichen wurden, sicherlich nicht um einen Einzelfall. Wer verfolgt schon, was aus den Menschen wird, denen die Bezüge komplett gestrichen werden, die aus ihrer Wohnung fliegen, auf der Straße sitzen, möglicherweise chronisch krank werden, erfrieren, verhungern, jedenfalls immer tiefer in die Verelendung gestoßen werden?

So etwas darf es in diesem eigentlich reichen Deutschland nicht geben! Daher gefällt es mir außerordentlich gut, dass die „Obdachlosenhilfe“ die Bundesregierung mit dem Negativpreis „Verbogener Paragraf“ ausgezeichnete. Zur Begründung hieß es, dass die geplante Hartz-IV-Reform zu zusätzlichen Repressionen führen werde. Es sei ganz offensichtlich, dass armen Menschen nicht nur Anerkennung und Einkommen fehlen, sondern wir sähen auch die Verwirklichung ihrer grundlegenden sozialen Rechte in Gefahr. Allerdings! Der neue Referentenentwurf sieht eine immer größer werdende Entrechtung von Hartz-IV-Beziehern vor, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gar nicht bestehen dürfte. Aber der Weg nach Karlsruhe ist weit und steinig und dauert eben ein paar Jahre! Das SGB II erfährt in weiten Teilen drastische Verschärfungen, so bei Einkommensanrechnung, Darlehensgewährung, Aufrechnen von behördlichen Ansprüchen, bei den Sanktionen, Verkürzung der Vierjahresfrist bei Überprüfungsanträgen nach § 44 SGB X auf ein Jahr und vieles mehr. Darüber muss jetzt dringend die Debatte losgehen! Es sollte versucht werden, Druck auf Politik, Verbände und Gewerkschaften auszuüben. Die qualitativen Änderungen, die mit dem neuen Gesetz durchpeitscht werden sollen, sind überhaupt noch nicht bekannt und auch nicht ins Bewusstsein der Fachöffentlichkeit, geschweige der sonstigen Öffentlichkeit vorgedrungen.

3. Obwohl in vielen Großstädten Bauboom herrscht, kommt auf Deutschland eine galoppierende **Wohnungsnot** zu, denn anstelle von Wohnungen werden viel mehr Büros gebaut, als überhaupt gebraucht werden. Dabei steht etwa jedes zehnte Büro leer. Bei der immer größer werdenden Wohnungsnachfrage steigen die Mieten rasant, und der Protest nimmt zu, denn bezahlbare Wohnungen avan-

cieren zum Luxusgut. Die „Aktivist(inn)en gegen steigende Mieten“ haben viele konstruktive Ideen: Sie entern Wohnungsbesichtigungen und ziehen sich dort nackt aus, demonstrieren in Citys zur besten Shoppingzeit oder besetzen ganz einfach leerstehende Wohnungen oder Büros. Die Fehlentwicklung scheint politisch gewollt zu sein, denn gegenüber dem Spitzenjahr 1995 wurden 2009 satte 73 Prozent weniger neue Wohneinheiten gebaut. Die Bauverbände prognostizieren eine Wohnungsnot, von der drei Viertel aller deutschen Regionen betroffen sein werden. Binnen Monaten stiegen die Mieten in Deutschland um fünf Prozent. Weil finanziell Schwache sich den Wohnraum in passablen Gegenden bald nicht mehr leisten können, wird dies die Segregation in den Ballungsräumen noch weiter begünstigen. Die Hamburger Initiative „Leerstand zu Wohnraum“ protestiert dagegen, dass ungenutzte Büros nicht in Wohnungen umgewandelt werden können. Der Gesetzgeber ist gefragt, sich endlich mal für die elementaren Bedürfnisse seiner Bürger zu kümmern, die ausnahmsweise nicht zu den Spitzenverdienern gehören! Die immer mehr verarmte Bevölkerung kann wohl kaum stetig repressiver zum Umzug in günstigeren Wohnraum gezwungen werden, wenn dieser gar nicht vorhanden ist! Eventuelle Pauschalen für die Unterkunftskosten würden das Problem nicht lösen, sondern nur noch drastischer werden lassen. Wer in „angesagten“ Gegenden leben möchte, muss immer öfter bis zu 15 Euro pro Quadratmeter berappen, kalt versteht sich! Da kommt es schon einer ignoranten, impertinenten Frechheit gleich, wenn die Senatssprecherin einfach schnattert, es könne halt nicht jeder in „bester Lage“ wohnen.

4. Vielen Kommunen in Deutschland sind altersgerechte Pflegeheime zu teuer. Daher landen junge behinderte Menschen im Altersheim. Eigentlich sind die kommunalen Sozialämter dafür zuständig, altersgerechte Wohnplätze für behinderte Menschen anzubieten, doch sind solche Heime extrem teuer: Pro person kosten sie je nach Schwere der **Behinderung** mehrere Tausend Euro im Monat. Neben den Pflegern, die den Bewohnern beim Waschen, Anziehen und Essen helfen, arbeiten dort pädagogische Fachkräfte, die geistige Anregung geben und für eine feste Tagesstruktur sorgen, zum Beispiel in einer Behindertenwerkstatt. Die Zahl der Menschen, die in Deutschland auf Pflege angewiesen sind, wächst rasant. Ihr stehen relativ geringe Mittel der Pflegekassen gegenüber. Weil die staatlichen Versicherer schon heute sparen müssen, wo es nur geht, geschieht dies natürlich immer auf dem Rücken der Pflegebedürftigen.

So ist es kein Wunder, wenn sich der gesundheitlicher Zustand junger, behinderter Menschen nur verschlechtert, weil sie im Altenheim fehlplaziert sind und zwischen pflegebedürftigen Alten vor sich hin vegetieren müssen, teilweise „fixiert“ werden. Sie werden von Alten- und Krankenpflegern versorgt, die in der Regel keine Ausbildung für den Umgang mit Behinderten haben. Ihnen fehlen soziale Kontakte zu Gleichaltrigen und eine geistige Förderung. Die Verbände warnen davor, dass schon heute viele Heime und Pflegedienste unterbesetzt, die Pfleger chronisch überlastet sind. Die kommunalen Ämter forderten die Betrei-

ber von Einrichtungen der Eingliederungshilfe auf, ihre Wohnheime in „binnendifferenzierte Pflegeheime“ umzuwandeln, berichtet Brinkmann, also in Heime, in denen junge Behinderte und alte Pflegebedürftige zusammengewürfelt werden, wobei dann faktisch pädagogisch geschultes Personal durch Alten- oder Krankenpfleger ersetzt wird. Menschen mit Behinderungen werden so aus der Gesellschaft ausgesondert statt integriert. Das passt wunderbar zum neoliberalen Zeitgeist, demzufolge in nicht mehr ausbeutbare Menschen möglichst kein Geld mehr gesteckt werden soll, weil sie – durchökonomisiert – noch „überflüssiger“ sind als Erwerbslose!

5. Ich nahm vergangenen Samstag an der Demo in Bremen gegen den Castor-Transport, gegen den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke teil. Das „Jugendplenum gegen **Atomkraft** Bremen“ hatte zu einer Anti-Atom-Soli-Demo aufgerufen, und der Marktplatz füllte sich mit ungefähr 500 bis 600 Atomkraftgegnern. Es begann mit einer Kundgebung, dann machten wir auf der Demoroute bei zwei Stationen halt. Spontan entledigten sich etliche Demoteilnehmer beim „Energie-Café“ der SWB-Enordia ihres „atomar verstrahlten Mülls“. Danach blieben wir beim Parteibüro der CDU stehen. Am Bahnhof löste sich unser Demozug langsam auf. Zwischendurch verfolgten wir die Bewegung beziehungsweise die Umkehr des Castors in Frankreich. Es freute mich sehr, dass nicht nur so viele junge Menschen unter den Teilnehmern dieser Demo waren, sondern von ihnen zu ihr aufgerufen wurde. Ich fand es toll, dass 50 bis 70 Tausend Atomkraftgegner den Weg ins Wendland fanden und der Castor bereits in Frankreich an einer freien Fahrt gehindert wurde.

Der Widerstand gegen die Atompolitik der Bundesregierung hat viele Gesichter. Nie zuvor sind so viele Menschen aus allen Teilen Deutschlands ins beschauliche Wendland gereist wie an diesem Samstag. Diese Regierung treibt es mit in meinen Augen undemokratischen Entscheidungen solchermaßen auf die Spitze, handelt derart gegen den Willen des Volkes, sodass sich auch Menschen auf Demos wiederfinden, die sich dort sonst nie eingereiht hätten. 80 Prozent der Bevölkerung sind gegen den Einsatz von deutschen Soldaten in Afghanistan, ebenso viele gegen den unterirdischen Bahnhof in Stuttgart und ebenso viele für die Rücknahme der brutalen Sanktionen bei den Hartz-Gesetzen – aber unsere genialen Politiker ignorieren dies alles ganz phänomenal und wundern sich dann über die zunehmenden Proteste! In Stuttgart werden die Mineralwasservorkommen ebenso ignoriert wie das Kohlendioxid in Gorleben. Unbeirrt wird an alten Vereinbarungen festgehalten, nicht etwa, weil sie sinnvoll waren, sondern weil darin irgendwelche heimlichen Abkommen mit irgendwem getroffen wurden, die auf dem Gelände sonst was errichten wollen. Wie wunderbar, dass wir von einer Renaissance der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung sprechen können!

Niemand erwartete Friede, Freude, Eierkuchen, aber die gezeigte Polizeigewalt mit dem brutalen Einsatz von Pfefferspray, Knüppeln und sogar Wasserwer-

fern ist absolut inakzeptabel! Er erinnerte an den massiven und vollkommen unangemessenen Polizeieinsatz am 30. September bei „Stuttgart 21“. Wer handelt hier eigentlich kriminell: Jene Protestierer, die ansonsten unbefahrene Gleise ent-„schottert“, um den gefährlichen Castor an der Weiterfahrt zu hindern, oder die Politiker, die sich nicht nur nicht für die Belange der Bevölkerung einsetzen, sondern sie in Gefahr bringen mit einer unverantwortlichen Pro-Atomkraft-Politik, obwohl es noch immer kein Endlager gibt und die Gefahren durch die veralteten Atommeiler alles andere als beseitigt sind. Atomkraft ist unberechenbar und darum unverantwortlich! Wenn gut betuchte Politiker sonst Entscheidungen treffen, die eine erschreckend große Mehrheit der Bevölkerung drastisch trifft – durch nicht mehr gewährte Versorgungsleistungen bei der Gesundheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit –, dann konnten sie sich selbst immer vorher privat absichern. Aber bei einer Verseuchung von Luft, Wasser, Erde, Tieren sind auch sie und ihre Kinder und Kindeskinder mitbetroffen oder haben ein „Leben“ im Bunker mit dem Verzehr aus Büchsen vor sich.

Blinken ihnen ähnlich wie dem Comic-Milliardär Dagobert Duck anstelle der Zeichen für Dollarnoten nun die für den Teuro vor Augen, oder wie lässt sich diese offenbar ideologische Verblendung bei politischen Entscheidungen erklären? Ich finde es erschreckend, wie hier mal wieder das Grundgesetz mit seinem Recht auf Demonstrationen mit Füßen getreten wird! Wenn dazu auch noch von der Polizei absichtlich Granaten in den Wald geworfen werden, um Menschen zu verletzen, dann versucht die Staatsgewalt offensichtlich, bürgerkriegsähnliche Zustände zu kreieren, um die Demonstranten zu kriminalisieren. Damit macht die Polizei den Büttel der gefährlichen Atomkraft und der an ihr und ihrer Bedrohung für die Menschheit reich werdenden Atomlobby! Wenn Journalisten zudem aufgefordert worden sind, sich zu entfernen, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden könne, wird auch die Pressefreiheit mit Füßen getreten. Ich finde es völlig unverhältnismäßig, wenn das grundgesetzliche geschützte Demonstrationsrecht von der Polizei mit Granaten gegen die Zivilbevölkerung bekämpft wird, um einen Zug pünktlich die Strecke passieren zu lassen. Die Besonnenheit der Demonstranten ist angesichts des Polizeieinsatzes bewundernswert! Ihnen geht es um den Stopp des Castor-Transports, nicht um Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

In Gedanken und mit unserem Herzen sind wir bei euch im Wendland!

Der Widerstand gegen die Atompolitik war noch nie so stark und so wirkungsvoll. Über 50.000 Menschen haben am Samstag im Wendland demonstriert. Zeitgleich

fanden in mehreren Städten wie hier in Bremen weitere Protestaktionen statt. Der Unmut über die unverantwortliche Regierungspolitik ist so groß, dass Tausende noch einen Schritt weiter gehen und sich dem Castor-Transport in den Weg stellen. Durch verschiedene Widerstandsformen ist der strahlende Atommüll über 25 Stunden später im Verladebahnhof Dannenberg eingetroffen. Mehrere Tausend Menschen versuchten an verschiedenen Stellen, die Castor-Gleise zu unterhöhlen. Die Polizei reagierte mit brutaler Gewalt. Auf einer Pressekonferenz von „Castor-Schottern“ wurde eine Bilanz der Verletzten gezogen: Es gibt mehr als 950 Augenverletzungen durch Pfefferspray, Tränen- und CS-Gas, 16 Knochenbrüche, 29 Kopfplatzwunden, drei Gehirnerschütterungen.

Legitimiert wird diese Polizeigewalt von Frau Merkel, die den zivilen Ungehorsam als rechtswidrig abstempelt. Für sie ist es vollkommen legal, im Profit-Interesse von vier Atomkonzernen die Laufzeit um mindestens zwölf Jahre zu verlängern und den Berg von lebensgefährlichem Atommüll zusätzlich um 33 Prozent zu erhöhen. Auch die Kanzlerin weiß, dass sich unter dem geplanten Endlager im Salzstock bei Gorleben eine Erdgasblase befindet und dies eine tickende Zeitbombe ist. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber künftigen Generationen ist kriminell! Eine beeindruckende gewaltfreie Aktion fand letzte Nacht statt: 5.000 Menschen besetzten das Castor-Gleis auf einer Strecke von zwei Kilometern. Das war die bisher größte Schienenblockade. Die Polizei brauchte fünf Stunden, um sie zu räumen. Die Weggetragenen wurden auf einem Feld in einer Wagenburg aus Polizeibussen eingesperrt und dort bis zur Durchfahrt des Castors festgesetzt. Auf der Pressekonferenz der „Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg“ warf Rechtsanwalt Magsam der Polizei „organisierten Rechtsbruch“ vor: Die bei Freiheitsentzug vorgeschriebene richterliche Vorführung der Festgehaltenen ist bei der nächtlichen „Gefangenen-Sammelstelle“ ausgeblieben. Auch das ist kriminell, Frau Merkel!

Bundesumweltminister Röttgen rechtfertigt den Castor-Transport damit, er wolle die Lasten der Vergangenheit nicht anderen aufbürden, sondern bei uns entsorgen. Wer den für Jahrtausende strahlenden Atommüll in eine Lagerhalle bei Gorleben stellt, in Behältern, die nicht mehr als 40 Jahre dichthalten sollen, der betreibt keine Entsorgung, sondern ein Verbrechen. Wieso meint Röttgen, er könne die Folgen der Atomenergie-Nutzung, an der EON, RWE und Konsorten Milliarden verdienen, zwar nicht den Menschen in Frankreich, wohl aber denen im Wendland aufbürden? Zurzeit werden die Castoren auf LKWs umgeladen. Das soll bis 24 Uhr dauern. Wir sind gespannt, was die Castor-Gegner noch vorhaben! Im Moment blockiert eine Herde mit 1.200 Schafen und 500 Ziegen die Durchfahrt. Ein paar Kilometer später ist ein Erdhügel im Weg, und die bäuerliche Notgemeinschaft baut eine Straßensperre mit Traktoren. Direkt vor dem Zwischenlager bereiten sich Tausende auf die zweite kalte Nacht vor: Bei bester

Stimmung wird getanzt, diskutiert und Widerstand gelebt! Der gewaltige Protest ist jetzt schon ein riesiger Erfolg: Der politische Preis für weitere Transporte wird unbezahlbar. Wie lange wollen Frau Merkel und die Energiekonzerne ihre Atompolitik noch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchprügeln? Wir wollen wie die große Mehrheit der Bevölkerung die Abschaltung der Kernkraftwerke und die sofortige Umstellung auf erneuerbare Energien! Wir wollen nicht mehr gegen unseren Willen regiert werden und haben es satt, unsere Interessen dem Diktat von Konzernen und Banken unterzuordnen! Ihr da oben, zieht euch warm an!

Harald Braun

Bürgermeister will Atomtransporte über bremische Häfen verhindern

Der Bremer Bürgermeister hat sich nach eigenem Bekunden den Widerstand gegen Atomtransporte und Laufzeitverlängerung für alle Kernkraftwerke auf die Fahnen geschrieben. Kann und will er sie verhindern? Wie sieht es in den eigenen Reihen aus? In einem Interview der Tageszeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ vom 5. November 2010 äußerte sich Böhrnsen zu seinen beabsichtigten Vorstößen in Sachen Laufzeitverlängerung und Atomtransporte über die bremischen Häfen. Er werde diese verhindern und kündigte schon mal rechtliche Schritte an. Das Bundesland Bremen sei mit Sicherheit dabei, wenn gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken geklagt wird, so Böhrnsen in dem Interview.

Im Umkreis von 100 Kilometern bedrohten sechs Atomkraftwerke die Hansestadt, und aktuell seien zwei Transporte durch Bremen und Bremerhaven angekündigt, erklärte er. Weitere Transporte sollen im kommenden Jahr folgen. „Wir werden es uns nicht bieten lassen, wenn die Verlängerung der Laufzeiten durchgepeitscht wird. Dann klagt Bremen gemeinsam mit den anderen Bundesländern gegen diese verfehlte Energiepolitik vor dem Bundesverfassungsgericht“, führte er weiter aus. Die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Bremen würden sich für eine gemeinsame Klage auf einen gemeinsamen Prozessbevollmächtigten verständigen.

Das „Bremer Friedensforum“ begrüßt diese Ankündigungen Böhrnsens und erwartet, dass er seinen Worten auch entsprechende Taten folgen lässt. Um diese Ziele durchzusetzen, kann er mit der Unterstützung des „Friedensforums“ und

der Bremer Montagsdemo rechnen! Die Solidaritätsdemonstration vom 6. November 2010 in Bremen gegen die Atompolitik der Bundesregierung, an der mehr als 350 Menschen teilgenommen hatten, hat auch gezeigt, dass wir weitermachen werden, und dass es in diesem Punkt sogar Übereinstimmung mit dem Rathaus gibt. Wir ermuntern den Bürgermeister ausdrücklich, sich gegen viele Widerstände durchzusetzen und wünschen ihm dabei vollen Erfolg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Hinaus über den Rahmen des von der Regierung an Protest Erlaubten!

Mehr als 50.000 Menschen demonstrierten am Samstag im Wendland gegen die menschenverachtende, verbrecherische Atompolitik der Bundesregierung, die in der Verlängerung der Laufzeiten auch für Alt-Kernkraftwerke gipfelt. Tausende waren anlässlich des jüngsten Castor-Transports auch im aktiven Widerstand. Der Polizeieinsatz mit brutaler Härte wurde höchstpersönlich von Merkel abgesegnet und folgte dem Grundsatz: Jeglicher Widerstand wird kriminalisiert, schon eine Clownsmaske oder eine Treckerblockade als kriminell eingestuft. Aber kriminell sind nicht die Atompolitikgegner – kriminell ist eine Regierung, die ohne jegliche Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung und auf ihren erklärten Willen nur den Profitinteressen der großen Energiemonopole folgend handelt!

Am Donnerstag erfolgte in Wilhelmshaven ein Polizeieinsatz gegen ein „Epizentrum“ wegen angeblichem „Aufruf zum Castorschottern“. Ein Computer wurde beschlagnahmt, eine unabhängige Person als Zeuge nicht zugelassen. Ein Mensch, der diskutieren wollte bekam gleich „Platzverweis“. Auch ein privater Bauwagen auf dem Gelände wurde durchwühlt, denn es laufe noch ein Ermittlungsverfahren wegen einer unangemeldeten Spontandemo vom 3. auf den 4. Oktober aus Solidarität mit „S21“-Gegnern. Diese brutalen Einsätze sind aber keine Idee der Polizei, sondern der Politiker und jener Klasse, der sie dienen.

Zwischen Frankreich und Gorleben gab es trotzdem überall eine Vielzahl von Aktionen. Die ganze Nacht über wurden Gleise besetzt, sodass der Castor-Zug erst mit 25 Stunden Verspätung in Dannenberg ankam. Dort gab es schon wieder neue Blockaden Tausender Protestierer und der Bauern mit ihren Treckern. Atompolitik gegen den Willen der Bevölkerung, nur für die Energiekonzerne: Das wird Merkel nicht durchstehen! Auch der Verrat von Trittins Grünen, die mit ihrem

„Atomausstiegsgesetz“ über eine Laufzeit von 32 Jahren die jetzige Verlängerung erst möglich gemacht haben, ist im Bewusstsein der AKW-Gegner eingeprägt. Eine neue Qualität des Widerstands entwickelt sich in Deutschland und Europa!

Lasst uns den Schwung des Widerstands mitnehmen, für den Kampf gegen Hartz IV, „S21“ und den Afghanistan-Krieg! Die Abstimmung zu Letzterem im Bundestag wurde auf Januar vorgezogen, vor die Landtagswahlen im früher stets CDU-regierten Baden-Württemberg. In ganz Deutschland wollen die Menschen, auch die sonst völlig „unpolitischen“, nicht mehr hinnehmen, wie die Regierung im Auftrag der Konzerne über ihre Meinung und ihren Willen hinweggeht. Die Kriminalisierung, der Polizeieinsatz führt nicht zum Abebben des Widerstands, sondern öffnet die Augen, dass es mit harmlosen, zahnlosen Protesten nichts getan ist. Es ist richtig, über den Rahmen dessen hinauszugehen, was die Regierung „großzügig“ an Protesten erlaubt!

In den USA steigt die Obdachlosigkeit immer mehr. Jetzt lässt die Regierung 600 Milliarden neue Dollars drucken – und wird weitere Spekulationsblasen und neue Obdachlosigkeit anschieben. Es ist nicht so, dass die Armut gleichmäßig verteilt: Es gibt auch ganz große Gewinner bei diesem Spiel, die sich schon wieder Milliarden einverleiben. Engels hatte Recht, als er vor 150 Jahren sagte, dass es ab einer bestimmten Profitrate kein mehr Verbrechen gibt, das die Kapitalisten nicht begehen würden, koste es sie auch den Galgen, und dass alle Gesetze der Menschheit von ihnen zusammengestampft werden. Deshalb reicht es nicht, nur die Auswüchse dieses Systems zu bekämpfen, die einzelnen Maßnahmen: Das ganze System ist durch und durch faul und überholt! Alle Menschen könnten gut leben, hätten genug zu essen, Arbeit, wenn es nicht nach dem Profit, sondern den Bedürfnissen ginge. Das erfordert die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung des echten Sozialismus. Für die Verwirklichung dieses Traums wachsen jetzt die Kräfte!

Wolfgang Lange (MLPD)

Wie Zeitschriftenverteiler im Regen stehen gelassen werden

Sehr geehrter Herr Wege, sehr interessiert habe ich soeben im Internet einige Berichte über Sie und Ihre politischen Aktivitäten verfolgt und teilweise auch gelesen. Meine Stichworteingabe war „Probleme mit der Bezahlung als Zusteller der VDS“. Dadurch stieß ich auf die Klage gegen die VDS wegen Lohndumpings, Aufforderung zur Schwarzarbeit et cetera. Abgesehen davon, dass mir als ehemaliger Zustellerin der VDS wirklich neu war, dass „Zeitschriften“ wie die „Bild am Sonntag“ ihren Zustellern so viel mehr bezahlen und diese Bezahlung einfach völ-

lig entwürdigend ist, gebe ich Ihnen in allen anderen aufgezählten Punkten absolut recht.

Ich habe nun selbst etwa ein Jahr (mit einer Unterbrechung von etwa einem halben Jahr wegen der extrem schlechten Witterungsbedingungen im Winter des vergangenen Jahres und des Versäumnisses der Stadt Oldenburg, die Gehwege zu reinigen sowie eines inoperablen Bandscheibenvorfalls, mit dem ich mich schon seit drei Jahren herumquäle) für die VDS Zeitungen im Raum Auguststraße/Blumenstraße verteilt. Ebenso mein Freund, Herr Thomas R., von dessen Rechner aus ich nun gerade diese Mail schreibe.

Nachdem ich zuerst ausgetreten war, fing ich im Mai dieses Jahres erneut an, für die VDS zu arbeiten. Zu der Zeit wurde auch öffentlich in Medien der VDS mit einer Prämie in Höhe von 20 Euro für die Vermittlung von neuen Zustellern geworben. Ich habe diesbezüglich meinen für mich zuständigen Bezirksleiter, Herrn Erhard Stenzel, noch einmal befragt, ob diese Prämie Herrn R. auch zustünde, wenn ich schon einmal Zustellerin für die VDS gewesen sei, was dieser bejahte. Ebenso bekam Herr R. die Zusage, dass die Prämie mit der Gehaltsrechnung im November fällig sein sollte. Diese Zusage bekam er telefonisch von der dort scheinbar zuständigen und ausführenden Angestellten, Frau Feldten.

Ich war bei diesem Telefonat zugegen. Herr R. hatte das Telefon auf Mithören gestellt. Letztlich jedoch bekam Herr R. auch im November die ausgelobte Prämie nicht, sondern musste sich vielmehr auf persönliche Nachfrage zynisch und abwertend anhören, dass nach Absprache mit der Geschäftsleitung entschieden worden sei, die Prämie nun doch nicht auszuzahlen, und Frau Feldten gab ihm zu verstehen, dass er schließlich auch nicht beweisen könne, dass ihm die Prämie zugesagt worden ist. Auf den Einwand von Herrn R., dass Herr Erhard Stenzel, der Bezirksleiter, versichert hätte, dass er diese Prämie bekäme, sagte sie: „Herr Stenzel hat nichts zu sagen. Was Herr Stenzel sagt, interessiert überhaupt nicht."

Bei diesem persönlichen Gespräch war noch ein Mitarbeiter der Frau Feldten anwesend, und für Herrn R. war es offensichtlich, dass ihr dieses Gespräch sehr unangenehm war. Sie sagte wörtlich zu ihm: „Das soll *ich* gesagt haben? *Ich* soll das gesagt haben?" – Herr R. verließ daraufhin grußlos das Büro mit den Worten: „Frau D. und ich werden uns nun nach einer lukrativeren und vor allem mitarbeiterfreundlicheren Arbeitsstelle umsehen." Nach einiger Überlegung entschieden Herr R. und ich uns, noch vor Ablauf des Novembers, wie wir es eigentlich vorhatten, zu kündigen.

Die Gründe hierfür waren vielfältig: schlechte Bezahlung, permanente Kontrolle und Überwachung der Verteilung teilweise schon morgens um 7 Uhr (die VDS rief an und fragte, wann denn mit der Verteilung begonnen würde, obwohl die Zeitschriften laut unserem Bezirksleiter, Herrn Stenzel, erst bis um 11 Uhr verteilt werden sollten!), unangebrachte Telefonate und Nachfragen bei mir über Herrn R., statt ihn selbst zu fragen. Uns ging es ums Prinzip: Wir sind erwachsene Menschen, die beide vieles tun und nicht nur als Bezieher von Hartz IV auf dem Sofa zu sitzen möchten, sondern uns vielmehr schon seit Jahren auch über

medizinische und berufliche Rehabilitation bemühen, wieder einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Ich arbeite seit Oktober in der „Manufaktur Neustart e.V. “ für 1,10 Euro die Stunde und habe überdies nach einem achtstündigen Tag körperlich nicht mehr die Kraft, auch bei schlechtem Wetter noch zwei bis drei Stunden Zeitungen auszutragen. Herr R. nimmt erneut an einer Maßnahme über die Rentenversicherung teil, ist bis zu acht Stunden in einem schulischen Betrieb und kann aus den gleichen Gründen keine Zeitschriften mehr verteilen. Kurzum: Wir hätten sowieso gekündigt. Aber die Art und Weise, wie die VDS in den letzten Tagen mit uns umgegangen ist, grenzt an Diffamierung und Betrug!

Noch während unsere Kündigungsschreiben unterwegs waren, erhielt ich die Kündigung seitens der VDS – mit der Begründung, ich hätte am Mittwoch, dem 27. Oktober 2010, meinen Bereich nicht verteilt, und der zuständige Bezirksleiter, Herr Stenzel, hätte angeblich alle Zeitungen einsammeln müssen. Außerdem sei ich Herrn Stenzel gegenüber unfreundlich und respektlos gewesen. Ein solches Verhalten könne man nicht hinnehmen. Ebenso erhielt Herr R. ein Abmahnungsschreiben, das noch am selben Tag des persönlichen Gespräches mit Frau Feldten verfasst war, in dem er angemahnt wurde, die Zeitschriften bis spätestens 10 Uhr sonntags auszuteilen. Er hätte dies schon mehrfach nicht getan. Natürlich hat er dies nicht! Wir beide hatten ja die Zusage unseres Bezirksleiters, Herrn Stenzel, dass es völlig genüge, wenn die Zeitschriften bis 11 Uhr in den Briefkästen lägen.

Abgesehen davon ist es absurd: Ich habe in der Straße, wo ich seit zwei Jahren wohne, noch nicht *einmal* an einem Sonntag vor 15 Uhr einen „Huntereport“ oder ein „Sonntagsblatt“ vorgefunden! Ebenso haben sowohl Herr R. als auch ich immer wieder beobachten können, dass andere Verteiler erst dann anfingen zu arbeiten, wenn wir längst fertig waren, oder sie waren noch mitten in der Arbeit. Dies kann man an den Verteilerstellen beobachten, zum Beispiel an der Nadorster Straße an der Bushaltestelle. Umso dreister empfanden wir immer wieder die Kontroll- und fast schon Nötigungsanrufe seitens der VDS am Sonntagmorgen um 7 Uhr, warum wir noch nicht angefangen hätten!

Oftmals war es aber so, dass die Zeitungen noch gar nicht vor Ort waren und wir oft bis zu zwei Stunden bei Wind und Wetter warten mussten, bis der Verlag die Ausgaben überhaupt geliefert hatte. Sehr oft mussten wir auch dem Geld (fünf Euro pro Wartestunde) hinterhertelefonieren, weil es einfach nicht in der Abrechnung auftauchte und nicht überwiesen wurde. Auch hier hatte Herr Stenzel oft genug einfach vergessen, dem Verlag Bescheid zu sagen, dass wir Wartezeit hatten. Niemals rief Herr Stenzel uns zurück, immer mussten wir ihn anrufen und dafür teure Handygebühren bezahlen! (Es ist Usus, nach dem Verteilen Bescheid zu geben, dass die Arbeit erledigt und ohne oder mit eventuellen. Vorkommnissen vonstatten ging.)

An besagtem Mittwoch bat ich meinen Partner, Herrn R., für mich die Zeitschriften auszuteilen. Dies tat er auch von circa 16:20 Uhr bis etwa 19:30 Uhr.

Vor allem die vielen Beilagen (es war kurz vor Weihnachten) ließen die Verteilung lange dauern. Außerdem hatte es geregnet, die Straßen waren voller Laub und rutschig. Und es war dunkel zu dieser Tageszeit. Um 19 Uhr bekam ich an diesem Tag einen Anruf von Herrn Stenzel, unserem Bezirksleiter. Er fragte mich barsch und sehr unfreundlich, warum Herr R. noch immer nicht mit dem Verteilen der Zeitschriften („Huntereport“) fertig sei. Er hätte ihn soeben auf dem Fahrrad mit den Packtaschen in Höhe Auguststraße gesehen.

Ich erwiderte ihm in gleichem Ton, dass ich nicht verstünde, warum er dies Herrn R. nicht selbst gefragt hätte, wenn er doch an ihm vorbei gefahren sei. Dass ich außerdem krank sei und mich deshalb um eine Vertretung gekümmert hätte, die aber aufgrund von beruflichen und schulischen Aktivitäten eben erst später anfangen hätte können. Außerdem bat ich ihn, zukünftig Anrufe bei mir zu unterlassen, wenn er etwas über Herrn R. in Erfahrung bringen wolle. Er hatte die Nummer von Herrn R., und dieser war auch die ganze Zeit über telefonisch erreichbar. Im Bezirk ist also sehr wohl am Mittwoch, dem 27. Oktober 2010, verteilt worden, und doch weigert sich die VDS nun, den mir noch zustehenden Lohn auszuzahlen.

Sie beruft sich auf die Aussage des Herrn Stenzel, der gesagt habe, dass er *sämtliche* Exemplare unverteilt wieder eingesammelt hätte! Ich rief ihn daraufhin noch einmal an und stellte ihn – ebenfalls unter Zeugen durch ein auf „Mithören“ gestelltes Handy – zur Rede. Er war völlig verwirrt, wusste überhaupt nichts von einer Kündigung und sagte immer nur, er hätte das so nicht gesagt, und man könne halt nichts machen, wenn die VDS das so in ihrem Kündigungsschreiben formuliere. Ich selbst habe noch einmal ein Schreiben an die VDS geschickt, in dem ich dieses Telefonat wie auch den Ablauf am Mittwoch genauestens schilderte und die VDS noch einmal aufforderte, bis zum 15. Dezember 2010 *selbstverständlich* den mir zustehenden Lohn zu zahlen, da ich mich sonst gezwungen sehe, mich an die Öffentlichkeit zu wenden und gegebenenfalls auch juristische Schritte einzuleiten.

Letztlich ist klar, dass diese Kündigung und auch die Abmahnung nur eine Retourkutsche sind, und sie zeigen, dass die dortige Angestellte, Frau Feldten, scheinbar private emotionale Verletzung und Bloßstellung beziehungsweise den Hinweis in Gegenwart ihres Kollegen, dass sie die Unwahrheit gesagt habe, mit dem rein beruflichen Aspekt vermischt und eben leider beides nicht auseinanderhalten kann. Weder die VDS noch Herr Stenzel haben sich in der Vergangenheit je über uns beschwert, und auch ich habe nie zuvor eine Abmahnung erhalten. Auch ist klar, dass ich hier um meinen Verdienst gebracht werden soll, obwohl die VDS in ihren Verträgen ausdrücklich darauf hinweist, dass Freunde oder Verwandte die Vertretung bei Krankheit oder Urlaub übernehmen können (siehe Ihr Strafantrag wegen Aufforderung zur Schwarzarbeit!).

Nachdem ich nun Ihre Artikel im Netz gefunden habe, Herr Wege, sowie die zahlreichen Berichte über Sie, war mir klar, dass ich Ihnen sofort über die Vorfälle mit der VDS berichten wollte. Mich würde sehr interessieren, ob Ihnen noch ähn-

liche derartige Vorfälle mit anderen Zustellern oder ehemaligen Mitarbeitern der VDS bekannt sind. Auch Ihre Meinung zu den Vorfällen würde ich sehr begrüßen und möchte Ihnen ebenso versichern, dass alles, was ich hier geschrieben und geschildert habe, die Wahrheit ist. Ich bin jederzeit bereit, dies auch öffentlich und vor jedem zuständigen Gericht so zu wiederholen und zu schildern.

Noch warten wir auf die Überweisung per 15. November dieses Jahres, doch die Tatsache, dass von der VDS konkret schriftlich behauptet wird, ich hätte meine Arbeit nicht gemacht beziehungsweise die Zeitungen wären am 27. November 2010 nicht verteilt worden – dies laut Aussage eines ihrer Angestellten, eines immerhin altgedienten Werbekaufmannes von schätzungsweise Ende der sechziger, Anfang der siebziger Lebensjahre –, lässt mich nicht gerade hoffen, dass Herr Stenzel seine Aussage zu meinen Gunsten zurücknimmt und klarstellt, dass Herr R. die Zeitschriften sehr wohl ausgeteilt hat.

Für Menschen wie mich und viele andere Arbeitslose sind leider solche Firmen wie die VDS, die wirklich mit Drückermethoden arbeiten und die Zusteller auch nötigen, quasi in jeden Briefkasten zu stecken, an dem nicht *ausdrücklich* vermerkt ist, dass „Huntereport“ und „Sonntagsblatt“ und ähnliche reine Anzeigenblätter ohne jeglichen redaktionellen und sinnvollen Inhalt unerwünscht sind. Aber dies ist Ihnen sicherlich bekannt. Umso dreister ist es, dass diese Firma noch mit „tollen Verdienstmöglichkeiten“ wirbt.

Ich bewundere wirklich Ihr politisches Engagement, gehöre ich doch selbst zu den Menschen, die immer wieder aufgrund ihrer „Robin-Hood-Attitüde“, wie meine Familie es nennt, oder einem „schon fast kranken Gerechtigkeitssinn“ versucht haben, in einem zumindest kleinen Rahmen etwas zu bewirken, damit Ungerechtigkeiten ausgeglichen und vor allem auch die Einsicht in diese zukünftige Ungerechtigkeiten verhindert werden. Ich selbst habe vor Jahren zu meiner Berufsschulzeit Demonstrationen in Osnabrück gegen die Einsätze im Irak organisiert, war in der „Beratungs- und Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen“ tätig und würde gern mehr in dieser Hinsicht tun, wenn ich mich nicht leider viel zu oft dabei übernehme. Umso ehrenvoller erscheint mir Ihr Tun! Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Katja D., Oldenburg

Gute Bildung braucht Computer, keine Bildungschipkarten!

Am Mittwoch dieser Woche wurde einem Mädchen in Oldenburg von ihrem Lehrer mitgeteilt, dass sie, wenn sie die Vorklausuren für das Abitur handschriftlich vornähme, von vornherein null Punkte für die entsprechenden Arbeiten bekäme.

Das junge Mädchen beziehungsweise deren Eltern, die auf Hartz IV angewiesen sind, verfügen nicht über einen PC. Deshalb fragte die junge Frau nach, ob sie die Vorklausuren handschriftlich schreiben dürfe. Der Lehrer meinte wohl auch noch, dass Personen, die nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, nicht auf ein Gymnasium gehören. Der Direktor des Gymnasiums wurde allerdings hiervon sofort informiert, und er will die Angelegenheit überprüfen.

Gute Bildung scheint wirklich davon abzuhängen, ob man über einen Computer und das entsprechende „Kleingeld“ verfügt. Gute Bildung nützt, gute Bildung schützt? Dieses junge Mädchen wurde sogar schon von ihren Mitschüler(inne)n gemobbt, denen bekannt ist, dass sie von Hartz IV leben muss. So wurde ihr von einigen Mitschülerinnen vorgehalten, dass sie in der Pause einmal Markenorangensaft trank, es war „Valensina“. Ein anderes Mal mobbten sie das Mädchen, weil sie beim Friseur war. Ich weiß das alles von meiner Tochter und bin jetzt sehr stolz auf sie, da sie allen Mut zusammennahm und mit der Mitschülerin aus ihrer Parallelklasse gemeinsam zum Direktor der BBS III in Oldenburg ging, um diesen über die Schweinereien aufzuklären. Es ist gut, dass sie sich endlich selbst wehren! Das ist in meinen Augen mehr wert als eine Presseveröffentlichung.

Zu meiner Kritik an den Demonstrationsaufrufen unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ schreibt Edgar Schu vom „Aktionsbündnis Sozialproteste“ in einer ausführlichen Antwort, es gehe nicht nur um Krachschlagen und Hörsturz. Das ist bestimmt richtig, aber es wird in meinen Augen zur „blinden Wut“, wenn man seine Forderungen vollkommen falsch begründet. Ich glaube, ich habe den Beweis antreten können, dass nicht Hartz IV der Grund für die niedrigen Löhne in den Supermärkten sein kann. Höchstens jeder zwölfte Euro des Jahresumsatz der Lebensmitteldiscounter wie Aldi, Lidl, Netto oder Penny kann überhaupt von den Hartz-IV-Empfängern dort ausgegeben werden. Das kann man jederzeit nachrechnen. Mit Preiserhöhungen zum Beispiel bei Milch wird man keine höheren Löhne erreichen – und wenn, dann werden sie kontraproduktiv. Man kann keine notwendigen Arbeitskämpfe erreichen, indem man falsche Forderungen aufstellt, und die Hartz-IV- und Niedriglohn- Empfänger nicht dadurch gewinnen, dass sie ihr weniges Geld vielleicht in wesentlich teurere Bioläden tragen sollen. Das müsste eigentlich allen einleuchten.

In Deutschland werden derzeit im Jahr 48 Milliarden Lohnarbeitsstunden geleistet. Diesen notwendigen (?) Lohnarbeitsstunden stehen 44 Millionen erwerbsfähige Menschen gegenüber. Bildet man den Quotienten, kommt man je Arbeiter(in) auf eine Arbeitszeit von 1.090 Stunden im Jahr oder 90,9 Stunden im Monat. Bei durchschnittlich 21,67 Arbeitstage pro Monat ergibt das einen 4,2 Stunden-Tag. Genau damit haben sich die Gewerkschaften, die soziale Bewegung und die Erwerbsloseninitiativen auseinanderzusetzen! Daran führt kein Weg vorbei,

es sei denn, man will die Abkopplung von Millionen Menschen von der Lohnarbeit in Kauf nehmen und sie vielleicht peu-à-peu an Hartz IV gewöhnen und Hartz IV so zur Dauereinrichtung werden lassen. Wer Hartz IV wirklich überwinden will, muss hierzu eine brauchbare Strategie entwickeln, die geeignet ist, Regelsätze, Tariflöhne und Mindestlohn mit den wirklich notwendigen Lohnarbeitszeiten weitestgehend in Einklang zu bringen.

Da ich selbstverständlich kein Verelendungstheoretiker bin, richtet sich mein Artikel auch nicht gegen die Forderung nach 80 Euro mehr für Ernährung, sondern nur dagegen, dass man zumindest den Anschein erweckt, als würde man immer mehr zurückrudern. Das Gegenteil muss aber der Fall werden. Weg mit Hartz IV! Doch nun schreibt mir Edgar Schu: „Alles auf einmal lösen zu wollen (Hartz-IV-Regelsatz, überhaupt Hartz IV, Arbeitszeitverkürzung, alles sofort im richtigen Maß zueinander), kann ich nicht für verantwortungsvolles politisches Agieren halten.“ Da muss ich mich wundern, schließlich war ich einer der ersten, der die Triade „500-30-10“ nicht unbedingt als richtige Lösung zur Überwindung von Hartz IV ansah. Trotzdem unterstützte ich die Bündnisplattform auch mit der Sammlung von Unterschriften hierzu, obwohl ich selbst immer betonte, es könne nur eine Sofortforderung sein. Irgendwie und irgendwann muss diese Forderung von der sozialen Bewegung wohl auch demokratisch legitimiert worden sein. Wird der Verzicht auf die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche, die als Minimum notwendig wäre, von euren Anhänger(inne)n gebilligt? Wurde dieses Vorgehen demokratisch abgestimmt?

Auch das „Aktionsbündnis Sozialproteste“, der Verein „Klartext“ und vielleicht noch viele andere haben bisher nicht gerade durch „verantwortungsvolles politisches Agieren“ geglänzt, sonst hätte man wohl kaum online und mit Unterschriften für die Triade, den 500-Euro-Regelsatz und den lohnsteuerfreien Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde gekämpft. Ich selbst habe eine große Familie und muss schon hierdurch möglichst verantwortungsvoll handeln. In der Aufweichung der Forderung nach notwendiger radikaler Verkürzung der Lohnarbeitszeit und sogar nach deren Streichung kann ich jedenfalls kein „verantwortungsvolles Handeln“ erkennen. Eine Überwindung von Hartz IV für Millionen Menschen in Deutschland wird dann nicht mehr möglich. Trotzdem wünsche ich den Veranstaltern eine gute Demo! Hoffentlich nehmen diesmal auch möglichst viele Erwerbslose und prekär Beschäftigte daran teil. Weg mit Hartz IV!

Wenn ich an das Hartz-IV-Mädchen auf dem Oldenburger Gymnasium denke, das von den Mitschülern und Lehrern gemobbt wird, sobald sie sich ein Markengetränk oder einen Friseurbesuch leistet, sich einen Computer aber nicht leisten kann, dann läuten bei mir alle Alarmsignale zu den Oldenburger Forderungen und besonders zu den Begründungen. Welche Wirkung wird bei unseren Mitmenschen mit diesen Forderungen entfaltet? Wir sollten über dieses Thema diskutieren, auch wenn es vielleicht unbequem ist. Nicht nur ich habe Bauchschmerzen zu den Forderungen des „Aktionsbündnisses“. Immerhin lässt sich sagen, dass die bundesweite Montagsdemo nicht stagniert: An ihrer Herbstdemo gegen

die Regierung in Berlin nahmen dieses Jahr ungefähr doppelt so viele Menschen teil wie im vorigen. Sie unterstützt die „Schwabenstreiche“ und die Anti-Atom-Bewegung.

Es gibt überhaupt keinen Grund, die Montagsdemobewegung kleinzureden. Ich bin über jeden neuen Teilnehmer und jede neue Teilnehmerin glücklich. Aber man kann die Menschen nicht dazu zwingen, an der Montagsdemo teilzunehmen, man muss sie schon überzeugen. In Bremen klappt die Zusammenarbeit in meinen Augen ausgezeichnet, obwohl Menschen aus unterschiedlichen Parteien an der Demo teilnehmen. Dazu gehört selbstverständlich, dass man nicht immer in allen Punkten übereinstimmt und dass dann solidarische Kritik geübt wird. Von Mitstreiter(inne)n aus Bremen wurde mir aber noch nie damit gedroht, mich oder meine Beiträge deshalb kritischer zu bewerten. Richtig stolz bin ich auf die Internetseite der Bremer Montagsdemo, die von unserem Webmaster vorbildlich gestaltet wird. Er nimmt jede Unterstützung an und ist somit ein Garant für die Informationen zum Thema Hartz IV und den oben angesprochenen Themen. Nur so darf das funktionieren!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Gerecht geht anders: 100.000 Menschen demonstrierten in mehreren Städten gegen die soziale Schieflage in Deutschland *(„Gegen Hartz“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

304. Bremer Montagsdemo am 15. 11. 2010

Massenhaft Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz einreichen! (II)

Nun sollen wir also wieder auf die SPD hoffen. Seit einigen Tagen ist von ihr zu hören, sie wolle der schwarz-gelben Hartz-IV-Reform in Bundestag und Bundesrat nicht zustimmen. Hauptforderung ist die Ausweitung des sogenannten Bildungspakets auf Kinder von Wohngeldbeziehern. Notwendig, man staune, sei auch eine „verfassungskonforme" Berechnung der ALG-II-Regelsätze. Schon diese krasse Verkehrung der Prioritäten – man überschlage und vergleiche nur einmal den Finanzbedarf für beide Aufgaben! – zeigt, dass uns hier eine Beruhigungspille verabreicht wird. Natürlich möchte die SPD gern die Leyen'schen Luftblasen von der „Bildungschipkarte" zum Platzen bringen, doch zugleich muss vernebelt werden, dass mitnichten der in der Tat verdammungswürdige, aber noch längst nicht Gesetz gewordene Entwurf der CDU-Arbeitsministerin vom Verfassungsgericht gekippt worden ist, sondern eben das ursprüngliche Hartz-IV-Gesetz der rot-grünen Koalition selbst – mit seinem willkürlichen, manipulativen Kleinrechnen der Regelsätze „ins Blaue hinein".

Es stünde dem neuen SPD-Chef Gabriel gut zu Gesicht, sich selbstkritisch zu diesem von seiner Partei begangenen Verfassungsbruch zu bekennen und geläutert an dessen Behebung zu arbeiten – doch mit nichts ist weniger zu rechnen. Nach einigen Wochen gedämpften Streits im Vermittlungsausschuss wird man uns eine Regelsatzberechnung präsentieren, deren „Verfassungsmäßigkeit" lediglich behauptet wird, genauso wie jetzt die „Transparenz" der Leyen-Berechnung nur eine postulierte ist, weil die Dame bloß die Schlussadditionen vorzeigt – nebst willkürlicher Subtraktionen von Beträgen, die sonst angeblich für Genussmittel verplempert würden. Für diesen Fall, dass also die „politische Klasse" es peinlichst vermeidet, ein unsoziales Machwerk nochmals vom Verfassungsgericht prüfen zu lassen, rufe ich auf zu massenhaften Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz.

Ich will damit nicht von Demos zu Prozessen umorientieren, im Gegenteil: Prozesse geben Anlass zu weiteren Demonstrationen. So hat die MLPD bei den

Verfahren anlässlich der politisch motivierten Kündigung ihrer Konten durch die Deutsche Bank erfolgreich vorgeführt, dass der Gerichtssaal als „Ersatzschlachtfeld“ taugt und dass davor öffentlichkeitswirksam demonstriert werden kann. Die Atomkraftgegner haben den Castor, den sie blockieren, und die Schienen, an die sie sich ketten können. Die „S21“-Gegner haben noch den Bauzaun, an dem sie rütteln können – und die Bäume zum Anketten. Und die höflichen Hartz-IV-Gegner? Die respektieren sogar eine „Bannmeile“ ums höchste Gericht und lassen sich von angesehenen Mitstreiter(inne)n wie Brigitte Vallenthin rüffeln, wenn ein kleiner Trupp Demonstranten am Tag der Urteilsverkündung Transparente in die Kameras hält.

Könnten die Montagsdemonstranten nicht in jeder Stadt hundert Klagewillige finden und durch einen örtlichen Rechtsanwalt betreuen lassen? Wären bundesweit fünf- bis zehntausend organisierte Regelsatz-Klagen nicht schon eine neue Qualität im Kampf gegen Hartz IV – zumal Linkspartei, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen dem Beispiel folgen könnten? Das kann doch wohl kein „sozialer Rechtsstaat“ sein, wenn man ewig „Geduld“ haben und nach fünf Jahren Warten und einem siegreichem Urteil einen nunmehr offen grundgesetzwidrigen Zustand ertragen muss! Ich brauche nicht nach einer Klageflut zu rufen, denn sie kommt von allein. Ich möchte aber, dass sie diesmal organisiert und noch wesentlich gesteigert wird, damit man uns nicht wieder in aller Gemütsruhe jahrelang durch die Mühlen der Justiz dreht. Nicht nur „die Politik“, sondern auch die Justiz muss durch Montagsdemonstranten unter Druck gesetzt werden, wenn es nicht zu einer Normenkontrollklage kommt.

In der oft bejammerten bisherigen „Hartz-IV-Klageflut“ – die von der Bürokratie formal noch ganz gut bewältigt wurde, indem sie alles auf die endlos lange Bank schob –, waren nur wenige gegen den Regelsatz gerichtete Klagen enthalten. Meist ging es um Sanktionen und Kosten der Unterkunft. Die MLPD hat es für sinnvoll gehalten, eine *Einzelklage* – die meinige – zu unterstützen. Ihr war begrenzter Erfolg beschieden; die Klage eines anderen Einzelkämpfers – Thomas Kallay – war sogar siegreich. Umso größeren, schnelleren Erfolg müssten daher organisierte *Massenklagen* haben, die die unteren Instanzen überfordern und blockieren. Da erwarte ich einen „dialektischen Entwicklungssprung“, einen „ Umschlag von Quantität in Qualität“.

Auf Deutsch: Im Gedärm des Justizmonsters muss so viel schwerverdaulicher Fraß stecken bleiben, bis irgendein Richterlein, über die Aktenberge auf den Fluren hinweg, einen Notausstieg durchs Klofenster und beschleunigte Beachtung unter den gerümpften Nasen der obersten Robenträger findet, die dann schnellstens ein Abführmittel einleiten, um den Darmverschluss zu beheben. Hans-Jürgen „Klo“-Papier, Vorsitzender Richter des ersten Regelsatzprozesses, warnte bereits vor „politischem Verdruss“, wenn die Bevölkerung die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze nicht als gerecht empfindet – und scheint diesen Verdruss, stellvertretend für uns alle, schon jetzt zu empfinden.

„Klageflut“ ist also nicht gleich Klageflut! Die vorgeschlagene Massenklage mitzuorganisieren, kann für die Montagsdemo bundesweit einen Mobilisierungsschub bewirken: einmal beim Ansprechen potenzieller Kläger vor den Jobcentern – und besonders dann, wenn in den einzelnen Orten zeitversetzt die Massenprozesse angekündigt werden und stattfinden. Dass es einen „Schwung des Widerstands“ und einen „Anstoß“ der Anti-Hartz-Bewegung allein durch die anderen Bürgerproteste gegen Atomkraft oder „Stuttgart 21“ geben könne, ist dagegen vielleicht nur eine mechanistische Wunschvorstellung.

Kurzum: Es lohnt, für den Fortschritt zu kämpfen, dass Regierenden, die das Grundgesetz brechen, ihr ganzer Bockmist, das Endprodukt ihrer teuflischen Untaten, noch innerhalb der eigenen Amtszeit auf die Hufe plumpst. Nebenbei ließen sich durch eine Vielzahl vorgelegter Klagen die tatsächlichen Bedarfe der Erwerbseinkommenslosen weit besser belegen als durch die überraschend geringe Zahl amtlich ausgewählter Haushalte – bei einzelnen Positionen nur wenige Dutzend –, die bisher bei der Regelsatzberechnung berücksichtigt wurden. Durch das Führen eines Haushaltsbuchs können die Kläger(innen) beweisen, dass ihnen die behaupteten Beträge etwa für Verkehr, Freizeit und Kultur regelmäßig nicht zur Verfügung stehen und sie daher gesellschaftlich ausgegrenzt sind. Hier noch das Spendenkonto für Hartz-IV-Prozesskosten: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch
„Scharf links“, „Elo-Forum“ und Teil III

Der zweite Arbeitsmarkt kann ja nicht ewig wachsen: Warum uns das Grundeinkommen retten kann *(„Frauenseiten Bremen“)*

Permanente Bedrohung mit Sanktionen erzeugt immensen Stress

1. Diplompädagoge Thomas Wagner, der sowohl als Straßensozialarbeiter als auch als Dozent an der Fachhochschule Düsseldorf arbeitet, befragte „Kunden“ der dortigen Arge zu ihren Erfahrungen mit **Sanktionen** und gewann dabei bedrückende Erkenntnisse. Demnach ist vor allem der Zustand derjenigen, die die Arge häufig besuchen müssen, ziemlich desolat. Viele der Betroffenen gehen in einer gebückten und verängstigten Haltung zur Behörde, wo sie oft gewaltigen psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Durch Kürzungen werden sie leider nicht gerade selten existenziellen Nöten ausgesetzt. Allein schon die permanente Bedrohung mit Sanktionen erzeugt immensen Stress. Weil die Erwerbslosen gezwungen werden, als Bittsteller gegenüber ihrem Fallmanager aufzutreten – und

nicht wie ein gleichberechtigter Bürger, der seine Rechte wahrnimmt –, verstärkt sich bei ihnen der Eindruck eines persönlichen Verschuldens für ihre anhaltende Arbeitslosigkeit.

Obwohl nur in den allerwenigsten Fällen wirklich ein Eigenverschulden der Grund für die Erwerbslosigkeit ist und Millionen Menschen ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt sind, wird der Anspruch auf Unterstützung mit einem Sanktionsmechanismus verknüpft. Bei Verstoß gegen Vorschriften oder bei Nichterbringung verlangter Vorleistungen werden für drei Monate 30 Prozent der Leistungen gekürzt. Bei weiteren Verstößen kann die Streichung sämtlicher Zuwendungen, im Extremfall sogar des Mietzuschusses vorgenommen werden. 43,2 Prozent der Befragten mussten schon mal eine Kürzung erdulden. Häufig geht es um Melde- und Terminversäumnisse, um „mangelnde Mitwirkung“ oder Weigerung zur Teilnahme an bestimmten Arbeits- und Schulungsangeboten. Allerdings sind viele Qualifizierungsmaßnahmen einfach völlig sinnfrei, wenn zum Beispiel ein Informatiker in einen Computerkurs zu „Office“-Grundlagen gezwungen werden soll. Oder welchen Nutzen soll das zigste Bewerbungstraining oder die Ausbeutung in einem Ein-Euro-Job haben? Hiervon profitieren nur die Trägergesellschaften der Arbeitslosenindustrie und die Aufhübscher der dubiosen Arbeitslosigkeitsstatistik. Verfolgungsbetreuung eben!

2. Erschreckend – wenn auch nicht verwunderlich – finde ich, dass die Zahl der **Selbsttötungen** bei Jugendlichen nach Jahren des Rückganges nun wieder angestiegen ist. Wenn ein Mensch nach neoliberalem Weltbild offenbar kaum noch einen menschlichen Wert an sich besitzt, wenn er noch oder zwischenzeitlich oder gar nicht mehr ökonomisch „benutzbar“ ist und allen der tiefe Fall ins ausgegrenzte Elend der herumgeschubsten und verachteten ALG-II-Bezieher drohen kann, dann ist es wohl nicht überraschend, wenn sich Angst vor einer unabwägbaren und kaum noch kalkulierbaren Zukunft entwickeln kann! Für die Kinder und Jugendlichen hat es den Anschein, dass es eine Krise nach der anderen gibt. Außerdem fehlt es den Jugendlichen an Spielräumen, weil ihre Freizeit wegen des größeren Drucks in der Schule kürzer wirf. Darum ist es Zeit für ein Gegenlenken, dass wir den Heranwachsenden Mut machen, sie in ihrem Selbstwertgefühl unabhängig von ihrem schulischen Erfolg bestärken, dass wir ihnen helfen, den eingeschlagenen Weg ihrer Wahl zu meistern und ihnen dabei die Sicherheit mitgeben, ein liebens- und lebenswerter Mensch zu sein! Damit junge Menschen sich eine Zukunftsperspektive aufbauen können, müssen sie sich ohne Ausgrenzung bilden können. Der Zugang zu den

Universitäten darf nicht von der Fülle des elterlichen Portemonnaies abhängen, und Leiharbeit gehört in der jetzigen Form verboten. Es muss ein tatsächlicher armuts- und alterssicherer Mindestlohn her, und wir brauchen unbefristete Vollzeitarbeitsplätze für alle, die arbeiten wollen.

3. Der Hauptgeschäftsführer des Bremer Einzelhandels träumt für dieses Jahr vom besten Weihnachtsgeschäft seit fünf Jahren. Wegen der gesunkenen Arbeitslosenzahlen, so glaubt er, wachse das Vertrauen in die Zukunft und damit auch die Lust zum Einkaufen. So ein Scherzkeks! An der Lust zu kaufen hat es wohl noch nie gefehlt, sondern „nur“ am schnöden Mammon! Wenn jetzt die Bundesregierung durch Herausrechnen so vieler ALG-II-Bezieher, die krank sind, zur Schule gehen, ihre Kinder versorgen, privat vermittelt werden, Aufstocker oder Ein-Euro-Jobber sind, die **Arbeitslosenstatistik** nach unten hin verschönt, dann sind die Betroffenen dadurch natürlich kein bisschen mehr dazu in der Lage, nach wie vor nicht vorhandenes Geld auszugeben und den Umsatz anzukurbeln. Nach dem, was sich diese Bundesregierung im Moment leistet, schwindet bei immer mehr Menschen das Vertrauen, dass sie eine Perspektive haben. Es wäre doch zu schön, wenn den Menschen durch die Herausnahme aus der Arbeitslosenstatistik automatisch die Summe der angeblich dort nicht mehr Vorkommenden in Euro umgerechnet und ihnen in ihren Geldbeutel gelegt würde. Das könnte dann mal ein stattliches Weihnachtsgeschäft werden! („Weser-Kurier“ vom 13. November 2010)

4. Laut einer Umfrage haben immer mehr Menschen das Gefühl, vom wachsenden Wohlstand ausgeschlossen zu sein. Nur noch 48 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, dass sich die deutsche Wirtschaftsordnung bewährt habe. Nur gut ein Fünftel der Bundesbürger glaube, der Wirtschaftsaufschwung werde ihre persönliche Lage verbessern. Entsprechend meinten mehr als sieben von zehn Deutschen, es gehe hierzulande „eher nicht gerecht“ zu. Angesichts der steigenden **Armut** durch massive Lohndrückerei, durch zu niedrige Regelsätze, durch zu geringe Renten und steigende Belastung bei den Gesundheitskosten werden die Bundesbürger allerding nicht bloß von einem Gefühl, sondern von der schmerzhaft fiesen Realität für immer mehr Betroffene gepiesackt, die tatsächlich ausgeschlossen sind und durch die beständig größer werdenden Maschen eines ehemals sozialen Netzes fallen.

5. Völlig entgegen dem von den Medien und gewissen gewissenlosen Politikern sorgsam hochgezüchtetem und total verzerrten Feindbild vom dekadent schmarotzenden **Hartz-IV-Bezieher** kommt eine Studie zu dem Schluss, dass mehr als die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher zwischen 15 und 64 Jahren einer sogenannten nützlichen Tätigkeit nachgehen. Sie erziehen Kinder, pflegen Angehörige, bilden sich weiter, nehmen an einer Fördermaßnahme teil oder arbeiten und brauchen trotzdem Arbeitslosengeld II für den Lebensunterhalt – und liegen keinesfalls auf

der faulen Haut. Eine überwältigende Mehrheit bemüht sich händeringend um einen Job, obwohl die Erfolgsaussichten gering sind. Wenn in dem Befragungszeitraum von vier Wochen lediglich ein Viertel überhaupt zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen worden sei, dann ist das selbst nach Ansicht der Experten ein Indiz, dass es nicht an mangelnder Motivation liege, wenn Langzeitarbeitslose ohne Job blieben und auf staatliche Hilfe angewiesen seien. Mehr als 80 Prozent der Bezieher von Arbeitslosengeld II hätten einen schweren Stand auf dem Arbeitsmarkt, weil sie nur geringe Qualifikationen vorzuweisen hätten (wobei ihnen die vorhandenen oft von der Arge abgesprochen werden, um zu ungelernten Hilfsarbeitern degradiert werden zu können), oder weil sie einen Migrationshintergrund hätten, gesundheitlich angeschlagen oder alleinerziehend seien. Dabei sind so gut wie alle Hartz-IV-Bezieher bereit, auch eine gering bezahlte Arbeit anzunehmen.

6. Monatelang stritt Schwarz-Gelb um die **Gesundheitsreform**, nun verabschiedete der Bundestag trotz Protesten der Opposition die Neuregelung. Damit steigt der Krankenkassenbeitrag im kommenden Jahr von 14,9 auf 15,5 Prozent. Die Koalition verschont dabei Unternehmen und bittet Versicherte zur Kasse: Arbeitnehmer zahlen in Zukunft 8,2 statt wie zuvor 7,9 Prozent. Arbeitgeber zahlen nach wie vor weniger, ab 1. Januar 2011 sind es 7,3 Prozent. Bei diesem Wert wird der Beitrag festgeschrieben. So wird Gesundheit in Zukunft vor allem für die Versicherten teurer! Gesundheitsminister Philipp Rösler konnte zwar nicht seinen ursprünglichen Plan durchsetzen, die Kosten für Gesundheit vollständig vom Faktor Arbeit abzukoppeln und in Form einer Kopfpauschale auf die Versicherten abzuwälzen, aber über die bestehenden Zusatzbeiträge werden in Zukunft wenigstens alle Kosten*steigerungen*, unabhängig von den Sozialbeiträgen, als Minikopfpauschale aufgefangen.

SPD, Grüne und Linke kritisierten, mit dem Gesetz werde die Solidarität im Gesundheitswesen aufgekündigt: „Wir erleben heute den ersten Schritt in die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung.“ Es geht in der Tat nicht um eine Reform, sondern um einen Wechsel des Systems, wie Andrea Nahles kritisierte. Wirklich fair wäre nur eine Bürgerversicherung, in die absolut alle einkommensabhängig einzahlen. Doch bei Gedanken an eine gerechte Verteilung der Kosten für Gesundheit schwadroniert der die finanziell Schwachen wahrscheinlich krankmachende Minister davon, „endlich aus dem Sumpf der Planwirtschaft heraus“ zu wollen. Dies sei sein Beitrag für Wachstum und Beschäftigung. Ich teile die Ansicht von Gregor Gysi, dass Rösler dabei ist, eine Drei-Klassen-Medizin in Deutschland einzuführen: Patienten werden künftig unterteilt in privilegierte Privatversicherte, in Kassenpatienten mit Vorkassetarif und schließlich in die ganz normalen Kassenpatienten, die sich Vorkasse nicht leisten könnten. Wie so vieles aus den Hartz-Gesetzen widerspricht auch diese neue Gesetzgebung in meinen Augen unserem Grundgesetz!

7. Alle können schon mal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, denn unser aller Lieblingsminister Rösler kündigt nun auch noch eine Reform der **Pflegeversicherung** an! Ich mag dieses Wort „Reform“ nicht mehr lesen. Es ist inzwischen faktisch fast ausschließlich zum Synonym für Betrug, Diebstahl, Bluff, Veräppelung, Drangsalierung, Erniedrigung und Bereicherung einiger weniger auf Kosten vieler avanciert! Der FDP-Politiker will „Kapitaldeckung“ als Ergänzung zur gesetzlichen Pflegeversicherung. Wer das zahlen soll? Na, wer wohl: die gesetzlich Versicherten natürlich. Ähnlich wie bei der Gesundheitsreform fordert der sozialste Minister, den wir je hatten, ein „grundsätzliches Umdenken“ in der Finanzierung der Pflege. Die jungen Menschen müssten heute anfangen, an morgen zu denken und finanziell vorzusorgen. Was man in die kapitalgedeckte Pflegeabsicherung einzahlt, soll einem auch eines Tages individuell zustehen. Woher sie das Geld bei den geringen Löhnen nehmen sollen, verrät er allerdings nicht. Wer an die Eigenverantwortung seiner Bürger appelliert, muss aber auch allen die Möglichkeit geben, ihr nachzukommen – und nicht immer nur das Privileg derjenigen ausbauen, die mit einem goldenen Löffelchen zur Welt gekommen sind. Dabei vergisst Rösler augenscheinlich seine eigene Herkunft: Er ist vietnamesischer Abstammung und im Alter von neun Monaten als Kriegswaise in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, wo er von einem Ehepaar adoptiert wurde.

8. Im kleinsten Bundesland sind die meisten überschuldeten Haushalte zu finden. Als überschuldet gelten die Haushalte, die mehr **Schulden** haben, als sie auf absehbare Zeit begleichen können. Als Grund für das schlechte Abschneiden Bremens gilt, dass die Wirtschaft hierzulande nicht genügend gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten könne. Sind tatsächlich viele Haushalte sorgloser beim Geldausgeben geworden, oder verhindert die galoppierende Arbeitslosigkeit vielleicht ein weiteres Zurückzahlen von Raten? Wenn wir etwa 6,5 Millionen überschuldete Menschen über 18 Jahren haben, dann passt das doch zu der steigenden Zahl von finanziell armen Menschen mit und ohne Arbeit.

9. Es ist besorgniserregend, wenn inzwischen 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland innerhalb eines Jahres an einer diagnostizierbaren psychischen Störung leiden. Seelische **Erkrankungen** nehmen in allen gesellschaftlichen Bereichen, allen Altersgruppen, bei beiden Geschlechtern, in allen Schichten und in allen Nationen zunehmenden Wohlstands zu und besitzen ein besorgniserregendes Ausmaß im Hinblick auf Arbeitsunfähigkeit, Berentung, Behandlungsnotwendigkeit, Produktionsausfälle und soziale Kosten. Weil angesichts der vorherrschenden gesellschaftlichen Orientierung an materiellen und äußeren Werten die Bedeutung des Psychosozialen dramatisch unterschätzt wird, ist ein gesellschaftlicher Dialog über diese Situation in allen relevanten sozialen Feldern und nicht nur in der psychosomatischen Medizin dringend vonnöten. Darum unterstützen bereits über 1.250 Fachleute aus dem Bereich der Behandlung und der Begleitung psychosozialer und seelischer Probleme die Initiative mit ihrer Unterschrift.

Sie fordern einen gesellschaftlichen Dialog über die Bedeutung des Subjektiven, des Seelischen, des geistig-spirituellen, des sozialen Miteinanders und unseres Umgangs mit Problemen und Störungen in diesem Feld. Gebraucht wird ein neuer Ansatz zur Prävention, der sich auf die grundlegenden Kompetenzen zur Lebensführung, zur Bewältigung von Veränderungen und Krisen und zur Entwicklung von tragfähigen und erfüllenden Beziehungen konzentriert. Notwendig sind weiterhin eine Gesundheitsbildung, das Erlernen von Selbstführung und die Erfahrung von Gemeinschaft schon im Kindergarten und in der Schule, zum Beispiel in Form eines Schulfaches „Gesundheit“, und vieles mehr, was die gegenwärtige Technologisierung und Ökonomisierung der Medizin durch eine Subjektorientierung und eine Beziehungsdimension ergänzt. Wir benötigen mehr Herz für die Menschen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Irgendwann wird alles publik: Wie die Bremer Arge einen 53-jährigen Graphiker zum Bodyguard „qualifiziert“ *(„HB publik“)*

Kriegsminister Guttenberg „sichert“ Ressourcen und Handelswege

Karl-Theodor zu Guttenberg ließ auf der Berliner „Sicherheitskonferenz“ die Katze aus dem Sack: Der Kriegsminister bestätigte den Zusammenhang zwischen Sicherung der Ressourcen und Handelswege und Kriegshandlungen der Bundeswehr. Zugleich beschloss das Bundeskabinett die Weiterführung der Seekriegsoperationen am Horn von Afrika. Auch hier geht es um Sicherung der Handelswege und um strategische Optionen. Die aktuellen Äußerungen des Kriegsministers sind keineswegs neu, denn sie stehen längst in den nie für die Öffentlichkeit bestimmten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr.

Wir erinnern uns: Der frühere Bundespräsident Horst Köhler hatte es gewagt, im Frühjahr die kriegerischen Ziele der Streitkräfte offen auszusprechen, was prompt zu seinem vermutlich erzwungenem Rücktritt führte. Jetzt präzisiert zu Guttenberg die damaligen Äußerungen Köhlers und verteidigt sie ausdrücklich. Dabei durfte das Scheinargument von der „Sicherung der Arbeitsplätze“ natürlich nicht fehlen. Damit verschleiert zu Guttenberg den Tatbestand, dass es ihm nicht so sehr um die Arbeitsplätze, sondern einzig und allein um Ressour-

censicherung und die Profite der Großkonzerne und der Rüstungsindustrie geht. Deutschland ist nach wie vor der der drittgrößte Waffenexporteur, was nach dem Willen der der Rüstungskonzerne und der Bundesregierung auch so bleiben soll. Der Exportboom, der zu dem konjunkturellen Aufschwung geführt hat, basiert zu einem großen Teil auf dem Rüstungsexport!

In einer Presseerklärung geißelt das „Bremer Friedensforum“ die Äußerungen zu Guttenbergs als „eine zynische Dynamik, die über Leichen geht“ und beklagt, dass der Staat, die Industrie und die Arbeitsplatzsicherheit zunehmend von der Rüstungsproduktion und Wirtschaftsinteressen abhängig seien. In letzter Zeit nähmen auch das in Bremen produzierende Unternehmen EADS und Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Kürzungsabsichten im Militärbereich öffentlich Stellung. Es wird dabei auf den möglichen Verlust Zehntausender Arbeitsplätze hingewiesen. Diese Abhängigkeit würde noch umfassender durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr, wodurch nicht nur die Rüstungs- sondern auch die Kriegslobby verstärkt würde.

Das „Bremer Friedensforum“ fordert die Gewerkschaften auf, sich wieder für die Rüstungskonversion einzusetzen! Der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan würde Gelder freisetzen, die der Produktion umweltschonender Produkte zugute kommen könnte. Deshalb fordern auch wir von der Montagsdemo: Schluss mit Rüstungsproduktion! Schluss mit Krieg! Bundeswehr raus aus den Auslandseinsätzen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schwabenstreich vor dem Bremer Hauptbahnhof

Mappus will noch ein Baudenkmal abreißen lassen

Der Schwabenstreich steht im Zeichen der Solidaritätsdemonstration mit den Umweltschützern von Chimki bei Moskau! Beide Seiten erinnern an die brutalen Übergriffe gegen die demonstrierenden Umweltschützer Dietrich Wagner, Stuttgart, sowie Konstantin Fetisow und Michael Beketov, Moskau. Hervorzuheben ist der friedliche Verlauf aller Veranstaltungen, sowohl in Bremen und Stuttgart als auch in Moskau. Die Gewalt ging allein von der Gegenseite aus, vom Staat!

Seit dem 5. November 2010 haben Jewgenija Tschirikowa von den Umweltschützern in Chimki und ich gemeinsame Veranstaltungen vereinbart, um die Bewegung zur Unterstützung von freiem Wählerwillen, Basisdemokratie, Mitbestimmung und Volksentscheiden sowie die Schwabenstreiche gegen „Stuttgart 21“ zu unterstützen. Wir werden die gemeinsamen Aktionen in Russland ausbauen, um dort friedlich den Widerstand gegen Lobbyismus und Politikerwillkür durchzuführen. Ich habe bereits weitere Kontakte in Russland zu einer Umweltschutzorganisation in Sankt Petersburg und erwarte bald konkrete Ergebnisse.

In Stuttgart wird von Bahnchef Rüdiger Grube trotz der Schlichtungsgespräche weiter versucht, Tatsachen zu schaffen, was durch eine Blockade von Heiner Geißler beendet wurde. Inzwischen ist ein weiteres Skandalprojekt von Ministerpräsident Mappus ans Licht gekommen: Für den Neubau eines Wasserkraftwerkes in Rheinfelden soll das dortige alte Kraftwerk, ein als Unesco-Weltkulturerbe vorgeschlagenes Gebäude aus dem Jahr 1898, trotz Bürgerprotesten abgerissen werden. Hier wird bereits Widerstand organisiert, erste Proteste sind für diese Woche angekündigt.

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Seit **Montag**, dem 13. September 2010, ereignet sich **wöchentlich** um 18:59 Uhr auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne. Treffen ist um **18:45 Uhr**.

Die Stuttgarter „**Parkschützer**“ bitten um Zelte, Schlafsäcke, warme Wolldecken, Luftmatratzen, Wärmflaschen, Kocher und Regenschutz, denn es wird ein langer und kalter Winter! **Spenden** bitte bei Gernot-Peter Schulz, Moselstraße 91, abgeben (Telefon 0176-5334 5420). Lebkuchenherzen für

unsere Solidaritätsaktion „das Herz am rechten Fleck“ können auch bei der Montagsdemo bestellt werden. Der „Stuttgart-21“-Soli beträgt fünf Euro.

Eine schwere Niederlage für die Atompolitik

In der letzten Woche hat sich unsere Montagsdemo mit dem Widerstand gegen den Castor-Transport nach Gorleben solidarisiert. Dort brachten Zehntausende mit ihren Protesten die weitverbreitete Ablehnung der Atompolitik zum Ausdruck. Auch wenn der Castor – vielleicht zum letzten Mal – das Zwischenlager nach 92 Stunden erreicht hat, war das keine Niederlage für die AKW-Gegner. Früher fühlten sich die Menschen im Wendland manchmal ziemlich allein gelassen und enttäuscht, wenn der Castor trotz ihres Widerstandes ins Zwischenlager rollte. Dieses Mal waren sie stolz und begeistert über die große Sympathie in der Bevölkerung, die starke Beteiligung am Protest und den Ideenreichtum bei den unterschiedlichsten Aktivitäten. Die Regierung und die Atomkonzerne sind noch weiter in die Defensive geraten. Das Wesen dieses Staates offenbart sich immer deutlicher: Hier diktieren eine Handvoll Banken und Konzerne die herrschende Politik, und wenn sich die Bevölkerung widersetzt, wird wie in Stuttgart und Gorleben auch mit Gewalt reagiert. Aber aus der gewünschten Einschüchterung ist nichts geworden, im Gegenteil!

Für alle, die diese vier Tage im Wendland erlebt haben, waren sie sehr bewegend und zukunftsweisend. Dazu gehörte die praktische Solidarität, das starke Gefühl der Zusammengehörigkeit und die selbständige, demokratische Entscheidung über alle Angelegenheiten. Es gab mehrere Camps, die sich unterschiedliche Widerstandsformen vorgenommen hatten. Jedes Camp hatte sich selbständig organisiert mit Feldküche, Zelten, Toiletten, Info-Wagen und anderen Dingen. Überall wurden kleine „Bezugsgruppen“ gebildet, die bereits im Vorfeld gemeinsam trainiert hatten. Jede Gruppe wählte eine(n) Vertreter(in) für den Rat des Camps, der sich mehrmals täglich traf, um die Situation zu besprechen, Vorschläge und Kritiken aufzugreifen und das weitere Vorgehen zu entscheiden. Das war ein Lehrstück in Sachen direkter Demokratie!

Die Bundesregierung ist angezählt und unternimmt den Versuch, Härte zu zeigen. Sie will vermeiden, vor dem Widerstand in Stuttgart, im Wendland oder anderswo in die Knie zu gehen, denn der könnte Schule machen und der Haltung „Protest bringt doch nichts, die da oben machen eh, was sie wollen“ den Boden entziehen. Es ist eine richtige Provokation, dass die Merkel-Regierung eine Stun-

de, nachdem der Castor ins Zwischenlager gerollt ist, den Beschluss über den nächsten Castor-Transport gefasst hat. Noch dieses Jahr soll Atommüll aus Dresden, der im nordrhein-westfälischen Ahaus zwischengelagert ist, nach Russland exportiert werden. Damit wird die Menschenverachtung auf die Spitze getrieben. Nicht nur, dass die gefährliche Fracht durch halb Europa transportiert wird: Dies soll der Einstieg sein, um den Tausende Generationen strahlenden Atommüll der vier großen Stromkonzerne billig ins Ausland zu verschieben. Dazu kommt noch, dass Majak im Osten Russlands das atomar am stärksten verseuchte Gebiet der Welt ist und die dortige Wiederaufbereitungsanlage seit Langem von russischen Umweltschützern als lebensgefährliche Zeitbombe gebrandmarkt wird. Damit dürfen sie nicht durchkommen!

Am **21. November 2011** findet um **14 Uhr** im **Zwischenlager Ahaus** eine Anti-AKW-Kundgebung mit **Sitzblockade** statt unter dem Motto „Nix rein, nix raus!“ Die Verschiffung des Atommülls nach Russland sollte über Bremerhaven oder Hamburg laufen. Es ist zu begrüßen, dass jetzt die Senate sowohl in Bremen als auch in Hamburg den Transport ablehnen wollen. Aber die Begründung ist typisch: Es gibt kein Wort zur konsequenten Ablehnung von Atomtransporten. SPD, CDU und Grüne sind aus „politischen und finanziellen Gründen“ dagegen, weil sie keinen Widerstand in den Häfen haben wollen und ihnen die Polizeikosten zu hoch wären. Gleichzeitig halten sie aber fest am gewinnträchtigen „Universalhafen“, der die rechtliche Grundlage für Atomtransporte garantiert. Die Atompolitik mitsamt der Regierung zu Fall zu bringen, das müssen wir selbst machen!

Harald Braun

Wir fordern 500 Euro als Sofortmaßnahme!

Der „Bankenverband“ ist besorgt: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird laut Umfragen inzwischen von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt! Nur 48 Prozent sind dafür, 1994 waren noch 73 Prozent „zufrieden“. Nur 15 Prozent der Meinung, dass die führenden Politiker ihren Aufgaben gerecht werden. Auch Wirtschaftsführungskräfte kommen gerade mal auf 25 Prozent Zustimmung. Kein Wunder! Ob AKW-Laufzeiten, Rente mit 67, „Stuttgart 21“ oder Hartz IV: Die Regierung handelt bewusst und unverschämt gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Angela Merkel hat jetzt vor dem CDU-Parteitag großmäulig angekündigt, an ihrer Politik festzuhalten – also gegen das Volk zu regieren.

Und die SPD? Es hat schon seinen Grund, warum auch die nicht aus dem Umfragekeller kommt. Jetzt zu Hartz IV eine „transparente Berechnung“ zu fordern ist alles, was ihr zur hanebüchenen Neufestsetzung (fünf Euro mehr) einfällt,

anstatt ohne Wenn und Aber zu sagen: Das Hartz-IV-Gesetz muss weg, es hat nur zu massenhafter Armut geführt! Knapp sieben Millionen Menschen in Deutschland leben in Hartz-IV-Haushalten. In Bremen sind es sogar 18 Prozent der Bevölkerung, bei Jugend doppelt so viel. Weder von 359 noch von 364 Euro kann man ohne Hunger und Entbehrungen leben. Deswegen fordern wir 500 Euro als Sofortmaßnahme!

Der Bundesrechnungshof bestätigt erneut, dass Ein-Euro-Jobs reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. Während die Armut kein Stück weniger wird, wächst der extreme Reichtum der kleinen reichen Oberschicht: Sieben Milliarden Gewinn macht Daimler dieses Jahr, Siemens 4,1 Milliarden – ganz zu schweigen von den Banken und Spekulanten. Das ist der „Aufschwung XXL“ von Rainer Brüderle! In den Betrieben wird immer verschärfter ausgebeutet, bei Daimler zum Beispiel die Taktzeit, bis das nächste Auto kommt, von 79 auf 72 Sekunden gesenkt.

100.000 Menschen waren am letzten Samstag gegen die Arbeitshetze, die Rente mit 67 und die „Gesundheitsreform“ auf der Straße. 50.000 protestierten vor einer Woche gegen Atomkraftwerke und jede Woche Zehntausende gegen „S21“. Die Entscheidungen seien demokratisch legitimiert, der Protest gefährde die Demokratie, lamentieren die Politiker. Doch was sie Demokratie nennen, ist in Wahrheit eine Diktatur der Monopole, und der Widerstand wird mit Pfefferspray, Wasserwerfern und Schlagstöcken niedergewalzt oder mit Strafbefehlen überzogen.

Dies widerfuhr den Umweltschützern, die zeitweilig den Nordflügel des Stuttgarter Bahnhofs besetzt hielten, und zwar wegen „Hausfriedensbruch“. Da fragt man sich doch, wer den Frieden dieses Hauses gestört hat: der es schützen und erhalten will, oder der es mit Baggern einreißen lässt? Mappus, Grube, Merkel und Konsorten sind die Hausfriedensbrecher! Dirk Metz, Erfinder der „brutalstmöglichen Aufklärung“ des Parteispendenskandals um den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, ist jetzt bei Mappus untergekommen, um dessen brutalstmögliche Politik zu unterstützen. Weg mit dem Lügenpack!

Beim Kran- und Baggerbauer Atlas ist seit einem Monat Streik für einen Tarifvertrag, mittlerweile in allen drei Werken. Der Firmeninhaber geht brutal dagegen vor und versucht, Leih- und Zeitarbeiter als Streikbrecher zu missbrauchen. Azubis wird der Rausschmiss angedroht, wenn sie mitstreiken. Neu Eingestellte erhalten ein Drittel weniger Lohn, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Verhandlungen mit der IG Metall gibt es nicht, es ist ein „gewerkschaftsfreier“ Betrieb geplant. Wegen der Torblockaden wurde der Zaun niedergewalzt, um Kräne über den Acker rauszufahren. Eine Videoüberwachung wurde jetzt vom Gericht verboten. Dieser Streik hat unsere volle Unterstützung!

Von den Schulnoten will der niedersächsische Innenminister Schünemann das Bleiberecht der Kinder abhängig machen, wenn sie ausländische Eltern haben, die abgeschoben werden sollen. Die CDU-Länder sind sich schon einig. Welch extremer psychischer Druck wird hier aufgebaut! Das ist widerwärtig elitär und menschenverachtend! Schlechte Note? Ab in den Iran, ins Kosovo oder nach Mali – ganz egal, ob dort gefoltert wird oder nicht, und die ganze Familie gleich mit! Hoch die internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Ich soll entmündigt werden, damit ich keine Ansprüche mehr gegen den Sozialstaat durchsetzen kann!

Liebe Freundinnen und Freunde, auf der Montagsdemo am 2. August 2010 habe ich spontan einen kleinen Redebeitrag darüber gehalten, dass ich unter „Betreuung“ gestellt werden soll, was einer faktischen Entmündigung gleichkommt. Ich bin gebeten worden, für die Montagsdemo-Website einen ausführlichen Bericht darüber zu erstellen. Als ich am 14. Juli das Schreiben vom Amtsgericht in den Händen hielt, dachte ich erst, es muss sich um einen Fehler handeln, da ich gar nichts mit ihm zu tun habe. Als ich den Brief öffnete und las, bin ich aus allen Wolken gefallen und dachte, das kann doch nicht wahr sein, das ist ein Albtraum. Nur war es grausame Realität: Der Inhalt des Schreibens ist als Angriff auf die gesamte politische Linke, auch auf die Menschen der Montagsdemo, die Gewerkschaften, die Friedensbewegung, fortschrittliche Christen und Christinnen zu werten, auf „Attac“, Menschenrechtsgruppen, Anarchist(inn)en, Kommunist(inn)en, ja auf alle Kräfte in der Gesellschaft, die sich für eine gerechte Verteilung des Reichtums einsetzen!

In dem Brief der für das „Amt für Soziale Dienste“ tätigen Frau Mann-Sanders von 28. Juni 2010 ans Amtsgericht Bremen stehen folgende schwerwiegenden Sätze: ***„Es fällt Frau Fenzel sehr schwer, sich mit unserem Prinzip des Sozialstaates adäquat auseinanderzusetzen. Sie hat eine grundsätzlich andere Vorstellung von Verteilung und Realisierbarkeit von Lebensumständen und kann sich deshalb auch nicht mit der derzeitigen Situation nach ihrem Unfall im Januar arrangieren.“*** Wer von uns kann sich derzeit mit der unsozialen Politik

arrangieren, die sich in ungerechten Streichungen und Gesetzen widerspiegelt? Würden wir uns mit den Ungerechtigkeiten „arrangieren“, ständen wir nicht bei der Montagsdemo, um die Öffentlichkeit über die Folgen der Hartz- Gesetze und deren Verschärfung aufzuklären. Die Friedensaktivist(inn)en könnten nicht mehr die Forderung „Rüstungsabbau statt Sozialabbau“ vertreten oder am 6. August der Opfer von Hiroschima und Nagasaki gedenken, die Antifaschisten keine Demos gegen Faschisten organisieren. Alle linken Kräfte und Andersdenkende sind damit gemeint! Wie wäre es mit einer Aktion, dass wir alle zum Amtsgericht gehen, um uns entmündigen zu lassen, da wir eine andere Auffassung von Verteilungsgerechtigkeit haben?

„Nach gut zwei Monaten schloss sich eine Reha-Maßnahme in einer Klinik in Soltau an, die orthopädisch erfolgreich beendet wurde.“ Nur war diese orthopädisch eben *nicht* erfolgreich beendet worden, da das verletzte Bein beim Treppensteigen immer noch dick anschwillt und starke Schmerzen verursacht. Ich kann auch nicht lange spazieren gehen. Der Rollator eignet sich nicht besonders gut, da das Bein nicht hochgelagert werden kann, wenn keine Bank in der Nähe ist, auf die man es legen kann. Daher benutze ich den Rollstuhl, da man das Bein auf der Schiene hochlagern kann, um es zu entlasten und auszuruhen.

„Frau Fenzel wollte nun gerne wieder ins Altersheim, da sie sich nicht vorstellten konnte, ihre weitere Genesung mit ambulanter Krankengymnastik, neun bis zehn Stunden Nachbarschaftshilfe, sechs Stunden ambulanter psychiatrischer Pflege und Unterstützung aus ihrem Bekanntenkreis (unter anderem ‚Solidarische Hilfe‘) eigenverantwortlich voranzukommen. Sie beklagt, gar nichts mehr selbst erledigen zu können, sich nicht mehr um ihre Angelegenheiten kümmern zu können und schafft es auch nicht, sich eine behindertengerechte ebenerdige Wohnung zu suchen, die sie aber benötigt, da in ihrem Mietshaus kein Fahrstuhl vorhanden ist und sie im zweiten Stock wohnt.“ Das sind teils boshafte Unterstellungen von Frau Mann-Sanders, die jeglicher Grundlage entbehren! Die „ambulante Krankengymnastik“ hätte nur 20 Minuten in der Woche statt sechsmal stattgefunden, ist aber sogar ausgefallen, da mein Fuß durch die alltäglichen Belastungen so dick war und schmerzte, dass eine Lymphdrainage-Massage des Fußes nötig war. Seit ich am 26. Mai 2010 aus der Reha in Soltau entlassen worden bin, bekam ich keine neun- bis zehnstündige Nachbarschaftshilfe, von der Frau Mann-Sanders hier großspurig spricht.

So war Frau Mann-Sanders am 4. Juni 2010 in meiner Wohnung, um zu kontrollieren, ob ich eine Haushaltshilfe benötige. Wieland von Hodenberg, Mitglied der „Solidarischen Hilfe“, war bei dem Treffen anwesend. Sie erklärte mir damals tiefes Bedauern, dass Herr Wilkens vom „Amt für Soziale Dienste“ eine Kostenübernahme für eine vorübergehende Unterbringung im Alten- und Pflegeheim am Kirchweg verweigert hat, bis ich eine behindertengerechte Wohnung gefunden habe. Die Unterstützung der „Solidarischen Hilfe“ nahm ich in Anspruch, ebenso die aus meinen Bekanntenkreis. Zwangsweise musste ich herumtelefonieren,

damit jemand kommt, um für mich einkaufen zu gehen, damit ich nicht in meiner Wohnung verhungere, da die Haushaltshilfe nicht kam!

Bei den Wohnungsgesellschaften „Gewoba“, „Bremische“, „Espar“ und „Brebau“ habe ich mich wohnungssuchend gemeldet und eingetragen, doch ist es ihnen nicht möglich, eine Wohnung im Erdgeschoss anzubieten, die behindertengerecht ist und sich in der Nähe des Zentrums – etwa in der Neustadt, am Rembertiring oder Bahnhof, in Findorff, Schwachhausen oder Walle – und in der Nähe des öffentlichen Verkehrsnetzes befindet, sodass kurze Wege zu Fuß in die Innenstadt führen.

Das Amt spricht von „angemessen Mietkosten“, die wie folgt aussehen: Kaltmiete 358 Euro und 50 Euro Heizungspauschale. Selbst die „Brebau“ verlangt Deponate von zwei oder „Genossenschaftsanteile“ von zwei bis drei Monatsmieten. Das „Amt für Soziale Dienste“ übernimmt dafür nicht die Kosten, sondern verlangt die Aufnahme eines Darlehns, das mühevoll zurückbezahlt werden muss. Das Geld fehlt dann zum Leben!

Die Regelsätze sind viel zu niedrig, um die pauschal vorgesehenen Beträge ansparen zu können. Aber das wird wohlwissentlich ignoriert und führt dazu, dass Menschen mit leeren Händen dastehen und keine Hilfe bekommen. Geht ein Haushaltsgerät kaputt, wird ihnen von den Behörden zynischerweise vorgeworfen, sie hätten sich „unwirtschaftlich“ verhalten. Offiziell ist die Inflationsrate niedrig, da zum Beispiel billige Haushaltsgeräte mit hineingerechnet werden, um die massiven Preissteigerungen in Lebensmittelbereich zu verdecken und zu verschleiern, die eindeutig davon Zeugnis ablegen, dass es nichts zum Ansparen gibt!

Auf dem privaten Wohnungsmarkt sind dann zum Beispiel solche Anzeigen zu finden: „Schwachhausen: ruhige, behindertengerechte Whg., 2 Zi., ca. 60 qm, Lift, Laminat, neue EBK, SW-Balkon, Miete 490 € + NK., Immobiliengesell. Bankh. Carl F. Plump & Co. GmbH, Telefon 337 780“ („Weser-Kurier“ vom 31. Juli 2010). Beim Anruf erfuhr ich, dass die Nebenkosten 160 Euro betragen. Die Heizkosten kommen noch hinzu. Auch bei der AWO habe ich angerufen. Dort erhielt ich die Auskunft, die AWO habe keine barrierefreien Wohnungen zum Beispiel für alte Menschen anzubieten, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, sondern nur „Servicedienstleistungen“. Ich solle bei einem Projekt anrufen, das bis Ende des Jahres finanziert wird und barrierefreie Wohnungen anbiete. Nur ist die Telefonnummer nicht im Internet zu finden. Als ich die zentrale Rathaus-Vermittlung unter 361-0 anrief, konnte mir nicht weitergeholfen werden. So viel zur meiner angeblich nicht gewünschten Wohnungssuche, was natürlich völlig an den Haaren herbeigezogen ist!

In einem Brief an Frau Mann-Sanders schrieb ich, dass ich die ambulante psychiatrische Pflege gar nicht haben will. Daraufhin war sie schneller bei mir als die Haushaltshilfe und hielt mir ein Formular von meinen Hausarzt hin, dass er dies befürworte. Frau Brandt von der Gapsy meinte zu mir, dass ich der „Gewoba“ das Deponat überlassen müsse, da Schimmel in meiner Wohnung sei, was

ich durch zu wenig Lüften verursacht hätte. Am 30. Juli 2010 meinte sie, dass ich alle meine Ordner mit meinen politischen Papieren wegwerfen müsse, weil der Schimmel „überall“ sei. Am 3. August erklärte sie mir, die Wohnungssuche sei beendet, da ich mich überall bei den Wohnungsgesellschaften eingetragen habe. Jetzt müsse ich Geduld haben, bis ich eine Wohnung im Erdgeschoss bekomme. Das könne „dauern“. Auf dem privaten Wohnungsmarkt bekäme ich ja keine Wohnung, da zwei bis drei Monatsmieten Kaution und ebenso viel Provision für den Makler verlangt würden. Die Makler müssten ja von irgendetwas leben! So hat sie mit mir noch keine einzige Wohnung angeschaut!

Am 12. August 2010 wollte sie mit mir zur „Zentralen Wohnungsvermittlung“ in der Neuenlander Straße gehen. Als ich am 30. Juli dort angerufen hatte, betete mir ein Sachbearbeiter wie vom Fließband herunter, dass ich nur eine „angemessene“ Miete von 358 Euro plus 50 Euro Heizungspauschale haben dürfe. Von einem solchen Mitarbeiter, der nur die Interessen der Behörden wahrnimmt, ist keine aktive qualifizierte Hilfe bei der Wohnungssuche zu erwarten! Ich denke, der „Gapsy“ dient ein Besuch dort nur als Alibi, dass man bei der Wohnungssuche „alles getan“ habe, nur gebe es da nichts – was nicht der Realität entspricht, da es behindertengerechte Wohnungen *gibt*! Richtig erkannt, habe ich kein Wohnungs-, sondern ein Geldproblem!

Frau Roschen von der „Gapsy“ erklärte mir bei ihren ersten Besuch, dass der Betonwohnungsbau für die Schimmelbildung in der Wohnung verantwortlich ist: Selbst wenn ich lüfte, kann der Schimmel kommen! Daher benötige ich aus gesundheitlichen Gründen dringend eine neue Wohnung. Die Wohnungsgesellschaft „Espabau“ hat mit der „Bremer Umweltberatung“ eine Broschüre zu diesem Thema herausgeben. Am 29. Juli schrieb ich daraufhin einen kritischen Brief, dass es wohl sehr einseitig ist, den Mieter(inne)n die alleinige Verantwortung für Schimmelbildung in der Wohnung zu geben.

„Zusätzliche Empfehlungen/Erläuterungen für die Pflegekasse: Vollstationäre Leistungen sind nicht erforderlich. Die Versicherte benötigt eine behindertengerechte Wohnung, weil sie im Haus zwei Treppen hat, die sie ohne Hilfe nicht Bewältigen kann. Weiter hat sie keinen Hilfebedarf im Sinne des SGB XI. Die Voraussetzungen zur Pflegestufe I SGB XI sind nicht geben. Es ist eine Beantragung von wirtschaftlichen Hilfen durch das ‚Amt für Soziale Dienste‘ zu prüfen.“

„Prognose/Wiederholungsbegutachtung Prognose: Eine Reduzierung des Hilfsbedarfes ist bei einer weiterer Rekonvaleszenz und Umzug in eine behindertengerechte Wohnung zu erwarten.“ Hier beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz: Eine behindertengerechte Wohnung finde ich nicht, weil ich kein Geld dafür habe und das „Amt für Soziale Dienste“ die realen Kosten dafür nicht übernimmt! Die eine Behörde will auf Kosten der anderen Geld einsparen. Am Ende will keine Behörde etwas zahlen, und die Betroffenen sollen die Gelackmeierten sein! Frau Brandt von der „Gapsy“ wollte, dass ich in eine billige behindertengerechte Wohnung nach Sebaldsbrück oder Oslebshausen ziehe, doch das ist alles viel zu weit weg von Zentrum: Da habe ich zu weite Fahr- und Fußwege, das

ist nicht behindertenfreundlich! Die Empfehlung hätte ja folgendermaßen lauten können: „Solange Frau Fenzel keine behindertengerechte Wohnung gefunden hat, ist vorübergehend in einem Alten- und Pflegeheim unterzubringen."

Seit dem 22. Juni 2010 kann ich offiziell einmal in der Woche an der Wassergymnastik im Krankenhaus teilnehmen, nur ist der Fuß danach dick und schmerzt, sodass ich nicht öfter ins Schwimmbad gehen kann, um die Übungen zu wiederholen und den Heilungsprozess voranzubringen. Denen ist es egal, ob man verreckt oder nicht! Hauptsache, sie haben Kosten eingespart, auf Teufel komm raus. In der Wohnung bin eingesperrt. Das erinnert mich daran, wie ich als Kind im Heim war. Ich kann nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen. Da kommt einem fast der Verdacht hoch, sie haben mich von 27. April bis zum 26. Mai 2010 in die Reha nach Soltau geschickt, damit ich im Gefängnis Wohnung verbleibe und sie Geld einsparen, auf Kosten meiner körperlichen und psychischen Gesundheit. Ich kann nicht mehr gut schlafen, mich plagen Albträume!

„Frau Fenzel kann in Moment überhaupt keine sinnvolle Entscheidungen treffen, hebelt das Hilfsangebot aus, indem sie Termine absagt oder die Menschen nicht in ihre Wohnung lässt", schreibt Frau Mann-Sanders, um mich entmündigen zu lassen. Dazu ist anzumerken: Das „Amt für Soziale Dienste" kann überhaupt keine sinnvolle Entscheidungen treffen, die den Betroffenen aus ihrer Notsituation helfen, da sie vor lauter Kostensparen den Mensch nur noch als „Kostenfaktor" wahrnehmen und so behandeln. Entschiede das „Amt für Soziale Dienste" sinnvoll, würde es dafür Sorgen, dass ich vorübergehend in einem Alten- und Pflegeheim unterkomme, meine Reha mehrmals fortführen und im Schwimmbad Wassergymnastikübungen machen könnte. Es würde mir auch eine behindertengerechte Wohnung bezahlen, die in der Nähe von Zentrum liegt und keine langen Wege zu Fuß und mit dem öffentlichen Nahverkehr erfordert.

Ich sagte einen Termin der Nachbarschaftshilfe am 24. Juni 2010 ab, nachdem mir zuvor eine Mitarbeiterin am 21. abgesagt hatte, da sie erkrankt war. Am 8. Juli war Frau Sivers da und behauptete, das „Amt für Soziale Dienste" habe die Kosten übernommen, ich müsse mir jedoch selber eine Nachbarschaftshelferin suchen. Am 12. Juli 2010 wurde mir hingegen erklärt, das „Amt für Soziale Dienste" übernehme überhaupt keine Kosten dafür, ich bekomme keinerlei Hilfe. Den Termin am 24. Juni hatte ich abgesagt, da ich laut Auskunft von Frau Mann-Sanders am 22. Juni keinerlei Hilfe von „Amt für Soziale Dienste" erhalte, wenn ich den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Sozialgericht nicht zurücknehme. Seit dem 15. Juli erhalte ich offiziell eine Hilfe für zehn Stunden in der Woche. Allerdings hat die jetzige Helferin nur fünf Stunden Zeit, und jemand anders müsste noch zu mir kommen. Zudem muss ich nicht jeden Menschen in meine Wohnung hineinlassen und aufnehmen!

„Sie verfasste Eingaben an das Sozialgericht, die auf einstweilige Verfügungen hinausliefen, und verschlechterte somit ihren körperlichen wie auch psychischen Zustand. Frau Fenzel besteht auf Versorgung im Altenheim, auch wenn das weder von der dortigen Klientel noch ihrem Gesundheitszustand passt." Ich

ließ mich vom Verein „Sozialer Lebensbund“ beraten und erfuhr, dass ich eine Einstweilige Verfügung beim Sozialgericht gegen das „Amt für Soziale Dienste“ einreichen kann, damit ich vorübergehend in einem Alten- und Pflegeheim unterkomme, bis ich eine behindertengerechte Wohnung gefunden habe. Das hat nicht meinen körperlichen und psychischen Zustand verschlechtert, sondern ich hatte im Gegenteil die Hoffnung, endlich vorübergehend in einem Alten- und Pflegeheim unterzukommen, damit ich die Möglichkeit habe, das Haus tagsüber zu verlassen, wenn keine Treppen vorhanden sind. Dann könnte ich an Therapiemaßnahmen teilnehmen, um den Gesundungsprozess voranzubringen, endlich mal wieder an einer Chorprobe der Singgruppe von Verdi teilnehmen und mal draußen sein, raus aus der verhassten Wohnung, die mich permanent an den Heimaufenthalt erinnert, als ich Kind war. Diese beschriebene Situation verschlimmert meinen körperlichen wie psychischen Zustand: die Gefangenschaft in einer Wohnung, aus der ich, ohne massive gesundheitliche Probleme in Kauf zu nehmen, nicht heraus komme! Als ich für zwei Monate im Altenheim in Kurzzeitpflege war, hat mich auch kein Mensch danach gefragt, ob das meine Klientel sei!

Zudem habe ich ja mal selbst Altenpflegerin gelernt, von 1986 bis ’87, und mir war es mehr als unangenehm, Hilfe von Menschen aus dem Pflegepersonal anzunehmen, die meine Kolleginnen und Kollegen sein könnten! Ich hätte überhaupt keine Probleme, im Heim mit Menschen zusammen zu sein, die etwas älter sind als ich. Ich führte mit ihnen nette Gespräche und versuchte, ihnen menschliche Wärme zu geben. Natürlich könnte ich mich nicht persönlich um alle im Heim kümmern. Was ich damit zum Ausdruck bringen will: Wenn Menschen nur als Kostenfaktor wahrgenommen und so behandelt werden, bringt dies unmenschliche Grausamkeiten hervor. Im Personalbereich wird Geld eingespart, und die Pflegekräfte haben keine Zeit, sich liebevoll um die Menschen zu kümmern, mit ihnen mal in die Stadt zu gehen und ihnen menschliche Wärme zukommen zu lassen. Die Profitgier führt so weit ins Absurde, dass alte Menschen in Windeln verkommen, die 15 Liter Wasser aufnehmen können, wie eine AOK-Prüferin feststellte. ALG-II-Aufstockern und Menschen mit Hartz IV das Erziehungsgeld zu streichen, legt ein besonderes Zeugnis der Kinderfeindlichkeit in diesen Lande ab. Sich scheinheilig über den demografischen Faktor zu beklagen – „wir haben zu viele ältere Menschen“ –, verbirgt die Gier einer kleinen Minderheit von Reichen, die immer mehr besitzen wollen und die Verarmung der Mehrheit der Menschen zu verantworten haben!

Ich habe nur das getan, was meiner körperlichen und psychischen Gesundheit am besten dient. Um mich zu entmündigen und über meinen Aufenthaltsort, meine Rente und Gesundheit zu verfügen, lässt das „Amt für Soziale Dienste“ eine Scheinfürsorglichkeit walten, hinter der der Mensch nur als Kostenfaktor wahrgenommen und behandelt wird! Nicht ich weiß nicht, was für mich gut ist, sondern das „Amt für Soziale Dienste“ weiß nicht, was für mich gut ist – und will es auch nicht wissen, da es auf meine Kosten Geld einspart. Lassen wir doch das „Amt für Soziale Dienste“ beim Amtsgericht entmündigen, da es eine andere Ver-

teilungsgerechtigkeit anstrebt als wir und sich damit nicht arrangieren kann! Frau Mann- Sanders können wir auch gleich beim Amtsgericht entmündigen lassen, da sie sich mit unserer Auffassung von gerechter Verteilung des Reichtums nicht arrangieren kann.

Zudem hat sie am 22. Juni 2010 dreimal versucht, mich im Auftrag des „Amtes für Soziale Dienste“ am Telefon zu erpressen: Wenn ich meinen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nicht zurücknehme, bekäme ich keinerlei Hilfe mehr. Daraufhin habe ich am 23. Juni einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Sozialgericht eingereicht, nicht gegen sie persönlich, sondern was sie im Auftrag des „Amtes für Soziale Dienste“ erklärte. Das hat sie mir persönlich übelgenommen. Sie sagte mir, wenn ich die einstweilige Verfügung nicht zurücknähme, werde sie einen schlimmen Bereicht über mich verfassen. Davon legt der Brief vom 28. Juni, den sie am 2. Juli beim Amtsgericht, einreichte, übles Zeugnis ab! Lassen wir alle Reichen beim Amtgericht entmündigen, da sie nicht unsere Auffassung von gerechter Verteilung des Reichtums teilen und bestimmen wir über ihr Einkommen, ihr Vermögen, ihren Aufenthaltsort und über ihre Gesundheit!

Bettina Fenzel (parteilos) – siehe auch „Scharf links“

Höherer Beitrag nur für die Rente mit 60!

1. Das sind ja schöne „vernünftige“ Vorschläge von DGB-Chef Michael Sommer und Linkspartei-Chef Klaus Ernst! Wieder einmal sollen die Arbeitnehmer(innen) zur Kasse gebeten werden. Wenn diese einen um 0,3 Prozent höheren Rentenbeitrag verkraften können, dann aber bitteschön für die **Rente** mit 60!

14 Millionen Menschen in Deutschland können weder mit noch ohne Arbeit vernünftig leben. Dazu kommen noch ungefähr zehn Millionen Rentner(innen), die mit Bezügen von unter 750 Euro im Monat klarkommen müssen. Und da redet Klaus Ernst von „einer Maß Bier für den früheren Ruhestand“! Es muss um freiwerdende Lohnarbeitsplätze gehen, um eine Zukunft für die jungen Menschen. Wenn die neue soziale Idee der „Linken“ oder auch der demokratische Sozialismus *so* aussehen soll, dann prost Mahlzeit!

Wieso sollten die Arbeitnehmer(innen) nochmals verzichten, auch wenn es nur im Maß eines Bieres wäre? Müssen sie nicht als anschließende Grundsicherungsrentner(innen) sowieso auf Alkohol, Zigaretten und alles andere verzichten,

was das Leben als Ruheständler schön werden ließe? Auch als Politiker der „Linken“ darf man nicht über den Wolken schweben, man muss sich schon ein klein wenig an den Realitäten orientieren. Das möchte ich zumindest *einem* ins Gebetbuch schreiben!

2. Ein Maulkorb, der muss ganz schnell her,
Für den Menschen, welcher lebt prekär!
Erinnerungen an die DDR?

Was man mal hatte, scheinbar bleibt’s dabei.
Das ist wohl so in manch’ Partei!
Doch macht so etwas wirklich frei?

Da kommt er dann, der Herr Genoss’,
Und spielt auch noch den großen Boss!
Fiel nicht mancher schon vom hohen Ross?

Manch einer träumt bestimmt vom Diadem,
Vielleicht geschenkt, doch nur von wem?
Frag ich das mal den Oskar Lafontaine!

Ein Vetorecht, das wär nicht schlecht
Vor so manchem Parteigefecht!
Hat ein Parteimitglied denn solch ein Recht?

Es sind doch meist die Karrieristen,
Die nur ans Bein den Menschen pissten!
Wen lässt kalt ein Abgeordnetengehalt?

Doch üb immer Treu’ und Redlichkeit,
Und vergiss das bitte nie!
Verbleibt uns sonst die **Demokratie**?

3. Während diese Bundesregierung innerhalb weniger Tage, vielleicht sogar Stunden einen milliardenschweren Rettungsplan für die Banken in Deutschland und Europa bastelte, müssen die Ärmsten der Armen mal wieder einmal für die Finanzierung herhalten und die härtesten Kürzungen hinnehmen: Ab 1. Januar 2011 wird das **Elterngeld** aufs ALG II angerechnet. Wer statt 300 Euro monatlich über einen längeren Zeitraum nur den halben Betrag beantragt hat, kann die Verlängerungsoption widerrufen und rückwirkend die Differenz zu den 300 Euro ausbezahlt bekommen, sofern die Auszahlung vor dem genannten Stichtag erfolgt. Daher muss schnellstmöglich ein entsprechender Antrag gestellt und darauf hingewiesen werden, dass der Widerruf unverzüglich erfolgen soll.

4. Seit Gründung der privaten US-Notenbank Fed im Jahr 1913 hat der Dollar 96 Prozent an Wert eingebüßt. Während man in der Weimarer Republik die Banknoten als Tapete nutzen konnte, scheint man sich in den USA noch mit Geschenkbögen zu begnügen. Sobald aber der Geschenkbogen aus echten Dollar- oder 100-Dollar-Noten einen höheren „Wert“ als das eigentliche Geschenk hat, sollte bei jedem US-Amerikaner der Groschen gefallen sein beziehungsweise die Alarmglocke läuten.

Statt Geschenkbögen zu „benoten“, sollte jeder Mensch auf Erden besser die Fed benoten! Dann müsste klar werden, dass der **Kapitalismus** sich bereits heute überlebt hat und man ihm nur noch den Gnadenstoß verpassen darf, aus ökonomischen und ökologischen Gründen und zum Vorteil der großen Mehrheit der Menschen auf der Erde. Spätestens wenn in den USA das Klopapier mit echten Dollarnoten hergestellt wird, sollte jedem Finanzspezialisten klar werden, dass der Dollar und der Kapitalismus für’n Arsch sind!

5. Die „Solidarische Hilfe“ lädt ein zur Informations- und **Diskussionsveranstaltung** zur Neubemessung der **Hartz IV-Regelsätze** am **Mittwoch**, dem **24. November 2010** um **18 Uhr** im **Konsul-Hackfeld-Haus**, Birkenstraße 34. Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, hält hierzu einen Fachvortrag. Anschließend gibt es eine Podiumsdiskussion mit Bremer Politikern.

Diese Veranstaltung dient in meinen Augen allerdings eher der Regierung und erscheint mir mehr als Beitrag zur *Gewöhnung* an Hartz IV, da auf einer vorangegangenen Veranstaltung mit gleichem Titel in Oldenburg überhaupt keine Kritik an diesem bürgerlichen System geübt wurde. Dazu hätte man sich des Themas „notwendige Arbeitszeitverkürzungen“ mit annehmen müssen. Das hat man allerdings tunlichst vermieden. Die Forderung „Weg mit Hartz IV“ tauchte auch gar nicht mehr auf.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

„Angreifer mit gezielten Schüssen kampfunfähig machen“: Kurz vor geplanter Bundestagsumzingelung erreicht Terrorhysterie neue Höhepunkte *(„Spiegel“)*

Alle Achtung: Piratenpartei setzt sich für bedingungslose Garantie sicherer Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe ein *(„Spiegel-Online“)*

Detaillierte Analyse vorgelegt: Gemäß Bundesverfassungsgerichtsurteil muss der Hartz-IV-Regelsatz bei mindestens 594 Euro liegen *(„Sozialticker“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

305. Bremer Montagsdemo am 22. 11. 2010

Dem Skandal Ein-Euro-Job folgt der Sündenfall „Bürgerarbeit“

1. Die Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten stehen auf der Streichliste. Entsprechend wurde wohl auch der Prüfungsauftrag an den Bundesrechnungshof erteilt, um den Weg freizumachen für „Bürgerarbeit“! Der Rechnungshof hat nichts Neues festgestellt: Alles hat bereits vor langer Zeit das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit bemängelt, siehe frühere Bremer Montagsdemos. Damals blieben die Erkenntnisse aber ohne Auswirkung auf die Bewilligung der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Sie sind für die Betroffenen oftmals die einzige greifbare Möglichkeit, etwas zusätzliches Geld zu erhalten, und für die Beschäftigungsträger oftmals sehr lohnend – so sehr, dass manche auf die Gemeinnützigkeit mit allen Steuervorteilen verzichten und lieber Gewinn machen und behalten.

Zur Vertrauensbildung ist hier die Offenlegung der Bilanzen erforderlich. Dabei kann auch geklärt werden, ob die Anlage dieser Gelder in Immobilien wie das Kontorhaus im Schnoor oder die Zigarrenfabrik erfolgte. Es wird bestimmt klar, wie gewinnbringend das Ein-Euro-Geschäft für die Anbieter ist! Der Prüfbericht des Bundesrechnungshofs hat auch festgestellt, dass nur ein Drittel der Fördergelder bei den Ein-Euro-Mitarbeitern ankommen. Zwei Drittel verbleiben den Beschäftigungsträgern (Seite 5, Position 5). Hinzu kommen noch die Erlöse für die verkaufte Arbeitsleistung oder die Produkte. Im Prüfbericht stehen zutreffend die Gründe, warum wirklich Schluss sein muss mit den Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten.

Dass die Beschäftigungsträger noch mehr Geld erhalten haben, ergibt sich auch daraus, dass er für kleine Vereine et cetera keine „Regiegelder“gab. Inzwischen waren oftmals sogar die Anleiter Ein-Euro-Mitarbeiter(innen). Die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse haben reguläre Arbeit auch in Bremen verdrängt. Dies wurde von der „Bremer Arbeit GmbH“ zugestanden, auf dem „Tribunal gegen Ein-Euro-Jobs“ bei der „Blauen Karawane“. Trotzdem erfolgte keine Änderung. Eigentlich ist jetzt der Ausstieg aus den Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten fällig, durch

Umwandlung in normale sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Dazu ist das SGB II zu ändern, damit auch die Arbeitslosenversicherungspflicht wieder eingeführt wird. Nur so sind die Beschränkungen des Hartz IV durch ALG I überwindbar!

Der nächste Sündenfall wurde schon als Gesetz verabschiedet: die „Bürgerarbeit“. Die Reklame lautet ähnlich wie damals zur Einführung der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Auch die Auswirkung wird ähnlich sein: Die „Bürgerarbeit“ wird leider weitere reguläre Arbeitsplätze vernichten. Für sie sind in Bremen 600, in Bremerhaven 200 Plätze eingeplant. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber den Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten besteht immerhin darin, dass die „Bürgerarbeit“ der Mitbestimmung des Personal- oder Betriebsrates unterliegt. Leider ist diese Tätigkeit wie die „Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante“ nur eingeschränkt sozialversicherungspflichtig und führt wegen des geringen Lohnes nur selten aus dem Hilfebezug. Die Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft hat die geplanten Rahmenbedingungen zur Bürgerarbeit erfragt. Einfach lesen und sacken lassen! Wir beantworten konkrete Fragen immer wieder montags.

Als Gesetzentwurf gibt es den „Freiwilligen Dienst“ als Ersatz für den Zivildienst und Ergänzung für „Freiwilliges Soziales Jahr“ und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“. Der Lohn wird als „Taschengeld“ bezeichnet und beträgt 324 Euro im Westen und 273 Euro im Osten. Allein diese Unterscheidung ist Unrecht! – Wer als Ein-Euro-Mitarbeiter(in) reguläre Arbeit geleistet hat, kann den Tariflohn dafür einfordern und einklagen, und zwar rückwirkend bis 2006, wenn der Antrag noch in diesem Jahr gestellt wird. Im nächsten Jahr soll dieser Überprüfungsantrag nur noch ein Jahr rückwirkend greifen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Dies ist auch bei Zahlungsunfähigkeit des Trägers oder Arbeitgebers sinnvoll, weil die Freie Hansestadt Bremen für diesen Anspruch geradestehen muss. Wie dies geht? Wir gehen mit! – Wer als Mitarbeiter(in) die Kündigung des Trägers erhält, sollte diese in jedem Fall genau prüfen lassen und die Frage der Abfindung klären. Mit Betriebsrat ist das sicher kein Problem. Damals hatten wir die Bildung von Betriebsräten auch bei den Beschäftigungsträgern empfohlen. Gut, wer einen gebildet hat!

2. Geplant sind wesentliche **Gesetzesänderungen** in SGB II und SGB XII, somit für Erwerbslose und Behinderte. Die Änderungen wurden bereits vom Kabinett gebilligt. Die Streichung der Rentenversicherungsbeiträge für ALG-II-Betroffene schwächt die Rentenkasse und verstärkt die Altersarmut! Die Bundesregierung will nicht einmal für einen Ausgleich sorgen. Auch die Streichung des „Arnutsgewöhnungszuschlags“ und des Elterngeldes für ALG-II-Betroffene (bis auf bestimmte Ausnahmen) wurde vom Kabinett beschlossen. Die anderen geplanten Änderungen führen zu noch mehr Ausgrenzung der Erwerbslosen und der Behinderten.

Allein die Anrechnung jeglicher Einnahmen bei der Zahlung des ALG II ist ein Unding! Selbst die steuerfreien Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter,

Nachbarschaftshilfe oder auch der Fahrkostenersatz werden bei der Regelleistung gekürzt. Auch bereits bewilligtes Elterngeld wird abgezogen. Wer in einem anderen Haushalt lebt und keine Kosten für diesen trägt, erhält circa 78 Euro weniger Regelleistung. Gedacht wurde dabei an Behinderte über 25 Jahre und alte Menschen, die von ihren Kindern aufgenommen wurden (Unterfünfundzwanzigjährige erhalten schon jetzt einen reduzierten Regelsatz). Selbst zweckbestimmte Leistungen an Tagesmütter werden einkassiert. Dies wird erhebliche Probleme bei der Kinderbetreuung verursachen, und die Tagesmütter werden in ihrer Existenz bedroht.

Die Sanktionen werden ausgeweitet: Sie sind nun ohne Rechtsbehelfsbelehrung und ohne Eingliederungsvereinbarung möglich. Die Beweislast wird auch hier umgekehrt, die Unschuldsvermutung stirbt. Aufrechnung und Rückforderung werden zulasten der Betroffenen ausgeweitet, auch für reine Behördenfehler. Die Rückzahlung von Darlehn wird schonungsloser geregelt. Die Möglichkeit der Überprüfung mit § 44 SGB X wird für Erwerbslose im SGB II und Behinderte im SGB XII auf ein Jahr rückwirkend begrenzt, bisher waren es vier Jahre. Die Kosten der Unterkunft werden künftig per Satzung der Gemeinde geregelt. Hier hat Bremen die Chance, positive Änderungen vorzunehmen. Wir werden dies kommentieren!

Weitere Unverschämtheiten sind in Harald Thomés Zusammenfassung zum Gesetzentwurf nachzulesen. Außer dem Änderungsantrag beim langen Elterngeld sollten noch weitere Maßnahmen vorsichtshalber in diesem Jahr erfolgen. Wer ab 1. Januar 2005 nicht die vollen Kosten der Unterkunft oder Heizung erhalten hat, sollte dies durch einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X klären. Einen solchen Antrag sollte auch stellen, wer eine Sanktion erhalten beziehungsweise eine beantragte Leistung nicht oder nur teilweise erhalten hat. Noch geht dies bis zum 1. Januar 2005 rückwirkend, ab 1. Januar 2011 eventuell nur bis zum 1. Januar 2010. Es können auch mehrere Anträge gestellt werden.

Wer einen Forderungsverzicht unterschrieben hat, kann diesen überprüfen lassen. Ein Verzicht zum Beispiel auf einen Teil der Mietaufwendungen ist ungültig, weil unter besonderem Druck unterschrieben wurde. Mensch kann mit einem Antrag nach § 44 SGB X das Rad zurückdrehen. Wer über ein Jahr hinweg ein Darlehn bei der Arge abbezahlt, kann einen Antrag auf Niederschlagung (Ausbuchung) stellen und muss bei positiver Entscheidung nicht weiterzahlen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Und wir reden drüber, immer wieder montags, mit weiteren Hinweisen und Anregungen. Fazit: Kommt auf die Straße! Nur damit wird die Gegenwehr sichtbar! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Nicht zumutbar: Wenn es nicht zu einer Normenkontrollklage kommt, müssen sich die Betroffenen mühsam durch die Instanzen klagen *(„Artikel-Presse“)*

Ein-Euro-Jobber sollen für ihre eigene Ausbeutung demonstrieren

Es ist schon einmalig, dass sich große Beschäftigungsträger erdreisten, für den Erhalt von **Ein-Euro-Jobs** zu demonstrieren. Ihre **Kundgebung** beginnt am **Donnerstag**, dem **25. November 2010**, um **10 Uhr** am **Hauptbahnhof**. „Vadib“ und Konsorten geht es im Kern darum, diesen für die Großträger lukrativen Markt zu erhalten. Bei allen Nebensätzen in ihrem Aufruf lautet die Forderung am Ende: fünf Millionen Euro für den Erhalt der sozialen Beschäftigungsprojekte. „Vadib“-Vorstand Uwe Lange-Mühlmeyer ist in der letzten Woche sehr deutlich geworden, als er der Politik vorgerechnet hat, dass Ein-Euro-Jobs für Bremen billiger sind als die „Entgeltvariante“. Damit fordert er als Ko-Chef des größten Ein-Euro-Job-Trägers in Bremen nichts anderes als den Fortbestand seiner unsinnigen Maßnahmen.

Längst ist bekannt, dass Ein-Euro-Jobs nichts für die Integration in den Arbeitsmarkt bringen. Ihr Ziel ist und bleibt allein die Disziplinierung der Erwerbslosen und der Ausbau des Niedriglohnsektors. Das ist Gewalt gegen Erwerbslose, und Teil dieses Gewaltanwendungssystems sind die großen Beschäftigungsträger wie „Bras“, „Förderwerk“ oder „Wabeq“. Sie im Zusammenspiel mit der Bagis, der Bremer Arge, sind die Disziplinierer und Sanktionierer. Gleichzeitig sind sie ökonomische Profiteure dieses Disziplinierungssystems. Wer die Dreckarbeit für das Ausbeutersystem macht, wird dafür auch entsprechend entlohnt.

Es gibt aber überhaupt keinen Grund, sich für die diversen Projekte oder gar für diese Großträger einzusetzen, im Gegenteil: „Bras“, „Förderwerk“ und Konsorten gehören aufgelöst! Sie sind Teil des Repressionsapparates, der sich im Interesse des Kapitals gegen uns richtet. Kurzum: Ich bin dafür, am Donnerstag zu der Demo zu gehen. Aber unter den Losungen „Weg mit Hartz IV“ und „Abschaffung der Ein-Euro-Jobs“! Wir dürfen den Profiteuren des Repressionssystems nicht das Feld überlassen. Den vielen Kolleg(inn)en, die sich in Kultur- und Stadtteilprojekten nur mit Ein-Euro-Jobs über Wasser halten, sei gesagt: Wenn sie sich nicht von den reaktionären Zielen der Geschäftsführer der Großträger distanzieren, kann es auch keine Solidarität geben.

Zuschrift von Herbert Thomsen („Bremer Erwerbslosen-Verband“)

Problemviertel der Vermüllung preisgegeben: Ist Straßenreinigung im Neoliberalismus für die Kommunen eine „zusätzliche“ Tätigkeit? *(„Weser-Kurier“)*

Fachkräftemangel: Dürfen von Arbeitsvermittlern an staatlichen Einrichtungen Grundkenntnisse der deutschen Sprache erwartet werden? *(„Stattnetz“)*

Der Hartz-IV-Regelsatz reicht nicht zur Bezahlung der Stromkosten

1. Letzte Woche kritisierte der Bundesrechnungshof, dass die meisten der geförderten **Ein-Euro-Jobs** den Langzeitarbeitslosen nicht dabei helfen, eine feste Arbeit zu bekommen. Auch dürften diese Jobs in mehr als der Hälfte der Fälle eigentlich gar nicht gefördert werden, weil sie keine zusätzliche Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit waren oder aber in unschlagbarer Konkurrenz zu ungeförderten Unternehmen standen. *Uneigentlich* werden Langzeitarbeitslose unter anderem eingesetzt, illegal entsorgten Müll zu beseitigen oder beim Umzug eines städtischen Bauhofs zu helfen. Wohlfahrtsverbände oder Unternehmen aus der Weiterbildungsbranche könnten mit ihnen ungeförderte Tätigkeiten im ersten Arbeitsmarkt ersetzen und so ihre Personalkosten reduzieren.

Hier läuft etwas genau falsch herum, weil doch die Erwerbslosen angeblich einen Weg auf den ersten Arbeitsmarkt finden sollten. Zudem würden die Jobcenter die sogenannten Arbeitsgelegenheiten, für die es keinen Arbeitsvertrag gibt, meist wahllos zuweisen, ohne die Erwerbslosen weiter zu beraten und individuelle Ziele für die Teilnahme festzulegen. Die Arbeitslosenvertretungen jeglicher Couleur beanstanden seit eh und je, dass Ein-Euro-Jobber nahezu rechtlos sind, bei ihrer Sklavenarbeit immer noch unter dem Joch der Verfolgungsbetreuung stehen, dass sie auf jahrzehntelang erkämpfte Arbeitnehmerrechte wie die Bildung eines Betriebsrates oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Urlaub verzichten müssen, dass an Ein-Euro-Jobs immer *nur* deren Träger verdienen und bestimmt nicht die Erwerbslosen. Träger wie die „Bras“ verdienen pro Ein-Euro-Jobber 250 Euro pro Monat pro Nase!

Aufgrund der Sparorgien der letzten drei Jahrzehnte werden Ein-Euro-Jobber gern dort eingesetzt, wo früher mehr schlecht als recht bezahlte Menschen regulär arbeiteten. Viele der großen „Beschäftigungsträger“ nutzen die ihnen von der Bagis kostenlos zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte zum Gewinnmachen und zur Sicherung der gut bezahlten Arbeitsplätze ihres Leitungspersonals. Leider mutierten viele ehemals „gemeinnützige“ Träger zum Teil zu gewöhnlichen Geschäftsunternehmen, die ihre Vorgehensweise mit gesetzlichen Vorgaben und angeblichem sozialem Tun für hilfsbedürftige Menschen rechtfertigen. Es wird Zeit,

dass diese Sklavenjobs, die dazu mithelfen, die Arbeitslosenzahlen aufzuhübschen, verboten werden und durch anständig entlohnte Arbeit ersetzt werden!

2. Das wäre doch zu schön, um wahr zu sein, wenn die vermaledeite „**Bürgerarbeit**“ wenigstens in Lahr und Offenburg scheitern würde! Obwohl Frau von der Leyen schon vor einigen Monaten ihre bescheiden-beschämende „Bürgerarbeit“ vorstellte, mit der es nun keine Sozialleistung mehr ohne Gegenleistung durch Arbeit geben soll, äußert die Gewerkschaft Verdi erst jetzt rechtliche Bedenken gegen das kommunale Beschäftigungsmodell in Lahr. Die Kritik richtet sich dagegen, dass „Bürgerarbeiter“ nicht nach dem Tarif für den öffentlichen Dienst entlohnt werden sollen. Offenbar brachte es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in knapp einem halben Jahr nicht fertig, in der Frage der Entlohnung für Rechtssicherheit zu sorgen.

Die tarifliche Bezahlung hätte bedeutet, dass die Kommunen auf den Bundeszuschuss in Höhe von 1.080 Euro pro Arbeitsplatz und Monat rund 500 Euro draufsatteln müssten. Wo kämen wir denn da hin, wenn Erwerbslose zu einer Arbeit gezwungen werden dürfen, die halbwegs gerecht bezahlt wird? Wie schon bei den Ein-Euro-Jobbern ist der Arbeitsvertrag nicht verhandelbar, denn er unterliegt dem Sozial-, nicht dem Arbeitsrecht. Eine Einzelperson erhält für 30 Stunden „Bürgerarbeit“ 900 Euro brutto, was 781 Euro netto entspricht. Wenn davon eine Familie versorgt werden muss, darf weiter mit ALG II aufgestockt werden. Wer „Bürgerarbeit“ machen muss, bekommt noch weniger Geld als die Ein-Euro-Jobber jetzt! Für die Kommunen ist das sehr attraktiv, weil für sie die Übernahme der Kosten der Unterkunft entfällt.

3. Letzte Woche wurde das bremische Landesgesetz zur **Gleichstellung** von Frau und Mann 20 Jahre alt. Zu diesem Anlass lud „Buten & binnen“ die von mir sehr geschätzte Bremer Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe ein. Das „Bubi“-Team gratulierte in der ihm sehr eigenen Weise, indem es das Gesetz als vollen Erfolg wertete, weil es seinen Zweck erfüllt habe und deswegen nun abgeschafft werden könne. Ich weiß nicht, ob ich die Aufforderung, das Gleichstellungsgesetz abzuschaffen, auch damit Frauen nicht mehr vorgeworfen werden könne, dass sie den Job nur wegen der Quote bekommen hätten, als einen *Backlash* oder als Ausdruck von Uninformiertheit verstehen soll. Was haben Frauen davon, wenn sie zwar zu 53 Prozent im öffentlichen Dienst vertreten sind und zu 30 Prozent Führungspositionen innehaben, sich aber durchschnittlich mit 23 Prozent weniger Lohn als Männer zufrieden geben sollen? Warum eigentlich?

Für den Moderator Kim Adler wäre es ein Zeichen von „Stärke und Selbstbewusstsein“, wenn Frauen nun auf das Gleichstellungsgesetz verzichten könnten. Gut, dass Frau Hauffe diese Meinung so rundherum ablehnte und betonte, dass die Devise „halbe-halbe“ heißt und wir „halbe-halbe“ noch lange nicht haben! Eine Quote bedeutet ja auch, dass *bei gleicher Qualifikation* der Frau der Vorrang gegeben würde. Die Frau bekommt den Job also nicht wegen der Quote, sondern

wegen ihrer Qualifikation! Vermutlich verstand Kim Adler das nicht, weil er fragte, ob das, was die Frauenministerin sage, „Schwachsinn“ sei. Jovial entgegnete Frau Hauffe, dass die Frauenministerin zwar „von vorgestern“ sei, aber noch nicht über so viel Erfahrung verfügte. Ich persönlich denke mir, dass die CDU mit Absicht keine gestandene Frau mittleren Alters, die in ihrem Frauenleben schon viele Kämpfe um gleichberechtigte Behandlung führen musste, für solch eine Position ausgesucht hat, weil diese dann vermutlich nicht so sehr im Sinne der patriarchalisch orientierten und um ihre Pfründen bangenden männlichen Politiker und Wirtschaftsbosse agieren würde.

Frau Hauffe würde auch in der „freien“ Wirtschaft eine Frauenquote begrüßen, weil es den Betrieben besser ginge, wenn in den Aufsichtsräten eine Frauen- und Männervermischung vorzufinden wäre. Sie sprach davon, dass das Gleichstellungsgesetz im Moment ein „Revival“ erlebe und gerade bei der Telekom und erstaunlicherweise in der CSU hoffähig geworden sei. Offenbar muss ein solches Gesetz her, weil freiwillige Verabredungen nicht greifen! Ich finde es immer wieder erstaunlich, dass gerade die jungen Frauen glauben, dass es heute Gleichberechtigung gebe. Diese Seifenblase zerplatzt ihnen wohl erst, wenn sie wegen einer tatsächlichen oder potenziell möglichen Mutterschaft erleben müssen, dass sie Männern gegenüber im Nachteil gehalten werden, wenn es um die besser bezahlten Jobs geht. Außer natürlich, wenn frau über ganz viel „Vitamin B“, zum Beispiel *Big Daddy*, verfügt! Dann kann sie sogar mit vielen Kindern einen sehr gut dotierten Posten bekommen.

4. Eine neue Statistik zeigt, dass es Erwerbslose am härtesten treffen wird, wenn jetzt rund 300 Stromanbieter ihre Preise Anfang Dezember oder zum Jahreswechsel erhöhen werden, denn sie müssen viel mehr für Energie zahlen, als im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehen ist. Dort sind nur rund 29 Euro monatlich eingeplant, gut acht Prozent der insgesamt 359 Euro. Wenn ein alleinstehender Arbeitsloser mit einem Jahresverbrauch von 1.500 Kilowattstunden im Schnitt 35 Euro pro Monat zahlt, dann zahlen Hartz-IV-Bezieher, hochgerechnet auf ein Jahr, somit 96 Euro mehr, als der Staat ihnen für Energiekosten zuteilt. Ausgerechnet dort, wo Strom am teuersten ist, sind überdurchschnittlich viele Menschen arbeitslos. Und die Kluft zwischen Hartz-IV-Pauschale und tatsächlichen Kosten wächst nicht bloß beim Strom seit Jahren.

Seit 2007 stiegen die **Stromkosten** um durchschnittlich 13 Prozent, der Hartz-IV-Regelsatz legte im gleichen Zeitraum nur um rund vier Prozent zu, von 345 auf 359 Euro für alle Posten. Wofür waren die vorgeblichen fünf Euro Regelsatz-„Erhöhung“ wohl sonst gedacht? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Wer konsequent sein geringes Budget nicht den Energie-Multis und der Atomlobby in den Rachen schmeißen möchte, dem können beim Versuch, konsequent zu handeln und sich einen neuen Stromanbieter zu suchen, Probleme entstehen. In der Branche ist es üblich, dass Stromanbieter Kunden erst mal genau überprüfen. Wenn ein „Schufa“-Eintrag angefordert wird und negativ ausfällt, sollten sich Verbrau-

cher nicht entmutigen lassen. Ist ein Anbieterwechsel nicht möglich, lohnt sich immer noch ein Anruf beim aktuellen Versorger. Oft können Kunden zumindest bei diesem auf einen günstigeren Alternativtarif umsteigen.

5. Da haben wir den Salat, äh, die Misere! Oder sollte es besser heißen: de Maizière? Denn kaum sprach Innenminister Thomas de Maizière seine Terrorwarnung aus, überschlugen sich Politiker mit Vorschlägen zum besseren Schutz vor Anschlägen. Angeblich sollen Terrorbedrohungen greifbarer denn je sein. Die Behörden gehen dabei von verschiedenen Bedrohungsszenarien für Deutschland aus. Das ist Panikmache, die aus statistischen Gründen ziemlich unangebracht erscheint. Seit ich höre, dass NRW-Innenminister Ralf Jäger die Vorratsdatenspeicherung für dringend geboten hält, ist mir klar, woher der Wind weht. Irgendwie muss die gerichtlich verbotene Datenspeicherung doch wieder zu kippen sein! Ob superzufällig bald erneut eine fast hochgegangene Bombe gefunden wird?

Schließlich war es ein herber Schlag ins Gesicht für die Regierung und die zuvor regierende Große Koalition, als das Bundesverfassungsgericht die vor allem in der Bevölkerung ungeliebte Vorratsdatenspeicherung im März dieses Jahres kippte. Das Urteil wiederum machte zugleich deutlich, dass die Datenspeicherung nicht generell verfassungswidrig sei, sondern nur in ihrer Umsetzung. Wenn jetzt die Innenminister einen neuen Anlauf für die zeitlich begrenzte Speicherung von Verbindungsdaten bei Telefongesprächen und im Internet unternehmen, dann bemühen sie sich darum, ihre Forderung nicht allein mit der gestiegenen Bedrohung durch „Extremisten“ zu begründen. Der stellvertretende Fraktionschef von „Bündnis 90/Die Grünen“, Ströbele, kritisiert außerdem, dass einige Politiker die aktuelle Situation nutzen, um die Diskussion über schärfere **Sicherheitsgesetze** und die Vorratsdatenspeicherung wieder aufzunehmen.

6. Nachdem im Zuge des Bildungsstreiks elf und während des „Attac“-Banken-Aktionstages neun „Bankbesetzungen“ stattfanden, sah sich nun erstmals das Amtsgericht Lindau berufen, ein Urteil zu fällen. Es verurteilte den Berliner Politikwissenschaftler Peter Grottian wegen „Aufforderung zum Hausfriedensbruch“ zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.900 Euro. Es handelt sich dabei bundesweit um die erste Verurteilung wegen „Bankbesetzung“. Grottian hatte in Lindau bei einem öffentlichen Vortrag zu einer öffentlichen, gewaltlosen, gewissensbestimmten und gesetzeswidrigen „Bankbesetzung“ aufgerufen. In seinem Vortrag argumentierte Grottian, dass gefälligst die Verursacher der Krise zahlen sollten, nicht diejenigen, die jetzt in Sparprogrammen als finanziell Schwache bestraft werden.

Deshalb seien ganz unterschiedliche Formen von Aktionen – von der „Bankbesetzung“ bis zur fürsorglichen „Belagerung“ – legitim und angemessen und müssten in ihrer Eingriffstiefe vor Ort von den jeweiligen Aktionsgruppen entschieden werden. Netterweise fühlte sich eine Journalistin bemüßigt, die Polizei und die Deutsche Bank über den Vortrag zu informieren. Interessanterweise sah sich die Staatsanwaltschaft Kempten zum Eingreifen veranlasst, obwohl die besuchten

Banken aufgrund der Gewaltlosigkeit und Kommunikationsfähigkeit der Aktionen keine Strafanzeigen stellten, während sich das Gericht schon vorab zum Schutzherrn der Banken macht. Das Urteil ist in mehrfacher Hinsicht augenmaßlos!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Uns Arbeitslosen fehlt langsam die Luft zum Atmen

Zu den Forderungen und Meinungen von Brigitte Vallenthin, Sprecherin der Wiesbadener „Hartz-IV-Plattform“, möchte ich Folgendes feststellen: Was die seinerzeit geplanten Demonstrationen vor dem Bundesverfassungsgericht angeht, da hatte sie in meinen Augen auf gar keinen Fall Recht mit der Forderung, diese zu unterlassen. Man hätte Professor Peter Grottian hierbei unterstützen müssen und den Protest gegen die menschenverachtenden Hartz-IV-Regelsätze auch in der Nähe des Bundesverfassungsgerichtes kurz vor dem Termin der Urteilsverkündung noch einmal zum Ausdruck bringen müssen. Aber man muss ja nicht unbedingt immer Recht haben!

Vollkommen Recht hat Brigitte Vallenthin aber in meinen Augen mit ihrer Bewertung des Umgangs der Linkspartei mit den Forderungen nach verfassungsgemäßen Regelsätzen. „Die Linke“, die Erwerbslosenbewegung, der „Paritätische Wohlfahrtsverband“, die Gewerkschaften und sogar wir von der Montagsdemo fordern eigentlich wieder nur *abstrakt* eine Erhöhung der Regelsätze. Das beginnt mit 80 Euro mehr für Ernährung durch die Erwerbslosenbewegung, 440 Euro durch Gewerkschaften und „Paritätischen“ und 500 Euro durch die bundesweite Montagsdemo als Sofortforderung. Laut bereits erfolgter Gutachten müsste dieser Regelsatz für Alleinlebende allerdings sogar bei ungefähr 600 Euro liegen! Genau dies fordert Brigitte Vallenthin auch als Hartz-IV-Empfängerin. Hierzu steht sie berechtigterweise, und hierzu muss man sie *unbedingt* unterstützen!

Das Bundessozialgericht hat in Rentenverfahren bezüglich des Handelns der Sozial- und Landessozialgerichte in Klagen auf Anerkennung der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit abstrakte Vorschläge für „Verweisungstätigkeiten“ immer beanstandet und abgelehnt. Genauso hat das Bundessozialgericht und vorher auch die Regierung jetzt nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu handeln: nämlich Regelsätze, die auch den wirklichen Bedarf in menschenwürdiger Weise de-

cken, transparent zu ermitteln. Genau das fordert auch die Bremer Montagsdemo, notfalls mit einer anschließenden Gruppenklage!

Warum sollte nicht bereits im laufenden „Prozess“ durch den Sozialausschuss des Deutschen Bundestages genauso verfahren werden? Ein anderes Vorgehen kann doch den Hartz-IV-Empfängern gar nicht einleuchten! Insgesamt bin ich der Meinung, dass die Kritik von Brigitte Vallenthin durchaus berechtigt ist und auch weiter diskutiert werden muss. Die „abstrakte Kunst“ ist bei der Ermittlung bedarfsgerechter menschenwürdiger Regelsätze abzulehnen! Ist nicht dies vielleicht die Wahrheit: „Uns Arbeitslosen fehlt aufgrund von Hartz IV langsam die Luft zum Atmen – und ‚Die Linke‘ kann ohne Hartz IV nicht atmen!“?

Zur Hartz-IV-Anhörung im Sozialausschuss des Bundestages schreibt Brigitte Vallenthin eine sehr gute Presseerklärung, die aber nicht unbedingt die Gründe für die weitere Verweigerung der Regierung und anscheinend auch der meisten anderen Beteiligten zum Ausdruck bringt. In meinen Augen geht es nicht ausschließlich um die jetzigen und die zukünftigen Kosten der jetzigen Hartz-IV-Empfänger, sonst wäre man schon ein ganzes Stück weiter. Leider ist es ja so, wenn man diese Hartz-Gesetze weiterhin am Leben erhält, dass ungefähr auf je 100 Euro Regelsatzerhöhung ungefähr zwei Millionen Menschen in Deutschland mehr berechtigt wären, ALG II in Anspruch zu nehmen.

Demnach würden, ließe man wirklich den von Rüdiger Böker transparent errechneten und an der Wirklichkeit orientierten Regelsatz von 594 Euro Gesetz werden, ungefähr 4,5 Millionen Menschen zusätzlich in Hartz IV fallen. Genau das wollen die meisten Beteiligten unbedingt vermeiden, zumal ihre Mindestlohnvorstellungen dann sofort den Bach hinuntergingen. Dies ist meiner Meinung nach eine Tatsache, die niemanden mehr an einem bedingungslosen Grundeinkommen vorbeilässt. Das wissen auch alle Beteiligten.

So koppelt man lieber den bisherigen Teil der Erwerbsarbeitslosen weiterhin von der Lohnarbeit ab, statt diese gerecht auf alle erwerbsfähigen Menschen aufzuteilen, zum Vorteil einer großen Mehrheit der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen. Nur mit einem bedingungslosen Grundeinkommen kann man auch verhindern, dass weitere Millionen Menschen trotz Arbeit in Hartz IV fallen, ihre eventuellen Ersparnisse aufbrauchen müssen und anschließend diesen Zwangsgesetzen ausgeliefert sind. An der Aufrechterhaltung so eines Systems werde ich mich niemals beteiligen! Dieser Kapitalismus gehört geschreddert, denn er ist die Ursache für die derzeitige asoziale Politik vieler Politiker!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Kein Haustier für Hartz-IV-Kinder: Trotz aller Mauschelei kann auch ein Gutachten der Diakonie den Regelsatz nicht unter 433 Euro drücken *(„OTZ“)*

Regelsatzberechnung nicht nachvollziehbar: Über die Sozialgerichte wird eine noch stärkere Klageflut als bisher hereinbrechen *(„Junge Welt“)*

Bedarfsgemeinschaftsregelung ist grundgesetzwidrig: Einen Rechtsanspruch gegenüber Lebenspartnern oder Stiefeltern gibt es nicht *(„Scharf links“)*

Der Kampf gegen die Atompolitik geht weiter

1. Die Anti-Atom-Bewegung geht nach dem erfolgreichen Widerstand im Wendland gestärkt in die nächste Runde. Dies ist ein dauerhaftes Anliegen unserer Montagsdemo, und wir werden es immer wieder zum Thema am Offenen Mikrofon machen. Die Bremische Bürgerschaft hat nun mit den Stimmen von SPD, Grünen und „Linken“ den Senat aufgefordert „alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten“ auszuschöpfen, um „Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten“ durch die bremischen Häfen zu verhindern. Das ist positiv, aber nicht konsequent!

Mit einem Appell an die Hafenbetriebe, auf die lukrativen **Atom-Transporte** zu verzichten, wird die radioaktive Fracht nicht zu stoppen sein. Die Hafenwirtschaft hat bereits erklärt, dass sie keinerlei Beschränkung des „Universalhafens“ akzeptiert. Sie malt mit Unterstützung von CDU und FDP ein Gruselszenario an die Wand: Erst keine Castor- Verschiffung, dann kein Umschlag von Tropenholz und zum Schluss auch keine Verschiffung von Autos mehr wegen ihrer Umweltbelastung. Dabei wissen sie ganz genau, dass das Verbot von Atomtransporten kein Ende der Häfen bedeutet.

Emden hat das längst bewiesen. Dort wurde in §11 der Hafenordnung festgeschrieben: „Gefahrengüter, die als Atommüll oder Sondermüll einzustufen sind, dürfen in Emdener Hafenbereichen weder gelagert, befördert noch umgeschlagen werden.“ Dieses Verbot kann in allen deutschen Häfen sofort erlassen werden. Dazu erklärte das Bundesverkehrswegeministerium am 19. November 2010: „Die Länder können über Verbote frei entscheiden, denn der Bund hat keine Verwaltungskompetenz beim Umschlag von Gütern in Häfen.“ Es liegt also in der Kompetenz des Senats, ein Verbot des Transports und der Lagerung radioaktiver Stoffe über die Bremer Häfen auszusprechen und ein klares Zeichen gegen die Atompolitik der Regierung zu setzen!

2. Der „Norddeutsche Rundfunk“ deckte am 16. November 2010 auf, dass von der Polizeiführung Lüneburg eine sogenannte Überwachungsdrohne zum Abfilmen der Anti-Castor-Demonstranten in Gorleben eingesetzt wurde. Diese Video-

Erfassung stellt einen schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Demonstranten dar. Der massive **Polizeieinsatz** in Gorleben, der in den Medien nachträglich als „angemessen“ hochgelobt wurde, entpuppt sich mehr und mehr als eine Bürgerkriegsübung europaweiter Dimension.

So wurde inzwischen bekannt, dass ein Polizist der berüchtigten französischen CRS-Gendamerieeinheit im Einsatz war und ohne jeden Anlass gewalttätig gegen Demonstranten vorging. Zusätzlich waren Polizeieinheiten aus Polen, den Niederlanden und Kroatien vor Ort. Die Bundesluftwaffe war mit einem angeblichen Tornado-„Übungsflug“ am 8. November 2010 über den Castor-Gegnern im Einsatz, und das Bundesheer stand mit gesichteten Räumpanzern in der Reserve. Der europaweite Polizei und Militär-Einsatz war keineswegs ein „Ausrutscher“. Er geht auf EU-Verträge zur Aufstandsbekämpfung zurück.

Dies alles wird natürlich mit dem Holzhammer-Argument des „Antiterror“-Kampfes begründet. Nach dem massiven Polizei-Einsatz am 30. September gegen die „S21“-Gegner in Stuttgart hat in Gorleben eine weitere Eskalation der staatlichen Unterdrückung von Massendemonstrationen stattgefunden. Das kann nicht hingenommen werden! Das Recht auf uneingeschränktes Demonstrations- und Widerstandsrecht auf antifaschistischer Grundlage muss europaweit verteidigt und erweitert werden! Schluss mit der Abfilmerei von Demonstranten, egal ob am Boden oder aus der Luft!

Harald Braun

Rüstungsindustrie schmiert Bremer Universität

Die Universität Bremen steht schon lange im Verdacht, Gelder in erheblichem Umfang von der Bremer Rüstungsindustrie einzuheimsen. Besonders tut sich da die Firma OHB hervor, die zivile wie militärisch zu nutzende Satelliten produziert. Möglicherweise wird auch schon mal der eine oder andere Professor geschmiert.

In einer Pressemitteilung kritisiert das „Bremer Friedensforum“ nun die Einflussnahme von OHB auf die Universität. Es sei zu befürchten, so Sprecher Hartmut Drewes, dass die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Lehre immer mehr verloren gehe. Erst jetzt habe das Unternehmer-Ehepaar Christa und Manfred Fuchs der Uni vertraglich zugesichert, dass es für

zehn Jahre eine entsprechende Professur finanzieren werde. Es sei nicht das erste Mal, dass Unternehmen Lehrstühle an der Universität einrichteten.

Das „Bremer Friedensforum“, so Drewes weiter, halte die jüngste Stiftung für besonders problematisch, da das Unternehmen durch die Rüstungsproduktion seinen Aufstieg genommen habe und dem Geschäft im Militärbereich eine zunehmend große Bedeutung zumesse. Dies gelte nicht nur für das in Afghanistan eingesetzte SAR-Lupe-Aufklärungssystem, sondern auch für das Galileo-Navigationsprogramm. Das „Bremer Friedensforum“ wirft der Bremer Universität damit vor, sich leichtfertig durch Annahme von Geschenken der Militarisierung auszuliefern.

Die Bremer Montagsdemo schließt sich der Kritik und dem Protest an und schlägt der Bremer Universität vor, dass sie statt Raumfahrt- und Militärtechnik-Lehrstühlen so bald wie möglich einen Lehrstuhl für Rüstungskonversion und Friedenspolitik einrichten möge.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Scharf links“ und „Indymedia“

Es muss mehr Aktionen des zivilen Ungehorsams geben!

Terrorwarnung! Die Täter sind schon unterwegs! Der Bundestag soll entführt werden! – Wie war das doch am 11. September 2001? Da lagen die Pläne für den Afghanistan-Krieg und einen umfassenden Angriff auf die demokratischen Rechte schon vorher in der Schublade. Man brauchte nur noch einen Anlass, sie zu öffnen! Kaum wurde die Terrorwarnung von de Maizière mit stockender Stimme verkündet, forderten auch schon die Innenminister der Länder die Vorratsdatenspeicherung, und Schünemann rechtfertigte den Drohneneinsatz gegen die Demonstranten im Wendland. Wofür wird jetzt ein Anlass gesucht? Die Herrschenden wissen, dass sie nicht ungestraft gegen die Arbeiter, Arbeitslosen und anderen Volksmassen angreifen können, dass der Widerstand steigen wird und ihre Herrschaft in Gefahr gerät!

Nach Griechenland wird jetzt für Irland ein 100-Milliarden- „Rettungspaket“ geschnürt, um den Preis einer weitgehenden Aufhebung der Souveränität dieses Landes. Es werden eine extreme Haushaltskürzung und soziale Einschnitte verlangt. Auch diese Milliarden fließen wieder dem Banken- und Spekulantenpack

zu! Die Hypo Real Estate, inzwischen mit 148 Milliarden Euro gestützt, und andere deutsche Banken (nach den englischen zweitgrößter Gläubiger irischer Banken) waren durch ihre Spekulationen Mitverursacher der Irland-Pleite.

Während die Milliarden immer noch lustig für die Banken und andere Spekulanten fließen, trifft sich am Freitag der Bundestag, um die massiven Einschnitte ins deutsche Sozialnetz zu beschließen. Dazu gehört auch die Beratung zum SGB II. Der Bundestag will beschließen, das Elterngeld für Hartz-IV-Familien, die Rentenversicherungsbeiträge für Hartz-IV- Empfänger, das Übergangsgeld von ALG I auf ALG II und den Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher zu streichen. Um 6:30 Uhr fahren am ZOB Busse zur Demo nach Berlin, zu Preisen zwischen zehn und 25 Euro. Fahrkarten gibt es im Büro der Linkspartei. Die geplante Belagerung des Parlaments wurde verboten. Offensichtlich möchte die Bundesregierung ihr Kürzungspaket unter Ausschaltung der Öffentlichkeit durchpeitschen!

Am Samstag gibt es eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Atlas-Streik in Delmenhorst, der jetzt in die fünfte Woche geht. Strohmann Filipov, schon vorher härtester „Sanierer“, als Atlas noch zu Terex gehörte, wo er Manager war, hat Streikposten angefahren und mit Genehmigung der Gemeinde Ganderkesee Hubschrauber eingesetzt, um Material zu liefern. Entlassene, die jetzt auf Hartz IV sind, sollen als Streikbrecher angeheuert werden. Das Gericht zwingt die Streikposten, an jedem Werk ein Tor freizumachen und eine mindestens drei Meter breite Gasse zu bilden. Das zeigt, dass wir uns in Deutschland ein allseitiges und gesetzliches Streikrecht erst erkämpfen müssen! Was nützt eine Blockade, wenn Material und Streikbrecher rein- und rausgehen? Noch halten sich die Kollegen relativ strikt an die Auflagen, wobei jeder Unterstützer am Tor rund um die Uhr herzlich willkommen ist! Um Menschenketten zu bilden und die Tore wirklich dicht zu machen, braucht man möglichst viele entschlossene Leute.

Auch in Stuttgart waren am Samstag wieder 20.000 Menschen auf der Straße. Das Motto lautete: „Schwarzer Donnerstag: Wir klagen an! Raus mit der Wahrheit!“ Florian Toniutti, von der „Jugendoffensive gegen ‚S21‘“, forderte den Rücktritt von Ministerpräsident Mappus, und zwar nicht erst nach der Wahl, sondern sofort. Weiter sagte er: „Demonstrationen allein reichen nicht, es muss mehr Aktionen des zivilen Ungehorsams geben. Es gilt, die Bewegung gegen , Stuttgart 21‘ mit Streiks in den Betrieben zu verbinden, dann trifft es die Konzernchefs an ihrem Profit!“ Dafür gab es tosenden Applaus. Soll man sich an den von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen halten, oder wird der aktive Widerstand organisiert? Die Demo in Stuttgart war ein Signal, sich nicht von der Geißler-Schlichtung einlullen zu lassen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schlichtungsvorschlag erwartet: Kann Geißler das Nutzen-Kosten-Verhältnis rauftreiben, bis „Stuttgart 21“ nicht mehr realisierbar ist? *(„Spiegel-Online“)*

Solidarität mit den Kollegen von Atlas!

Liebe Kolleginnen und Kollegen in Vechta, Ganderkesee und Delmenhorst, mit Empörung haben wir von den Versuchen eures Kapitalisten gehört, euch einen Tarifvertrag zu verweigern. Eure Entscheidung für einen unbefristeten Streik ist richtig! Dass dieser Kapitalist Streikbrecher sogar mit Hubschraubern ins Werk fliegen lässt, zeigt, mit was für einer Sorte Menschen man es zu tun hat: Sie wollen alle Arbeiter zu Billiglohnsklaven machen, die jederzeit gefeuert werden können. Wir verachten solche Heuschrecken-Manager und rufen jeden ehrlichen Kollegen auf, solche Arbeitsbedingungen zu verweigern und sich dem solidarischen Kampf dagegen anzuschließen!

Die Bremer Montagsdemo möchte euch in eurem Widerstand unterstützen und auch ermutigen, alles zu tun, damit diesen Kapitalisten ihre Grenzen aufgezeigt werden. Wir bieten euch an mitzuhelfen, dass von eurem Kampf immer mehr Menschen in Deutschland etwas mitbekommen. Wir werden von eurem Kampf und euren Erfahrungen über die bundesweite Montagsdemo in ganz Deutschland berichten und mithelfen, die Solidarität zu organisieren. Natürlich können auch Vertreter von euch auf der Montagsdemo selber berichten. Wir würden uns über euren Besuch freuen. Herzliche und solidarische Grüße!

Initiative Bremer Montagsdemo

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Montagsdemo**, da der Marktplatz belegt ist, um **17:30 Uhr** an der **Domsheide**. Von dort ziehen wir weiter zum **Hanseatenatenhof** und später zum **Bahnhofsvorplatz**, um ab **18:45 Uhr** am **Schwabenstreich** teilzunehmen.

Die „Solidarische Hilfe“ lädt ein zur Informations- und **Diskussionsveranstaltung** zur Neubemessung der **Hartz IV-Regelsätze** am **Mittwoch**, dem **24. November 2010** um **18 Uhr** im **Konsul-Hackfeld-Haus**, Birkenstraße 34. Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, hält hierzu einen Fachvortrag. Anschließend gibt es eine Podiumsdiskussion mit Bremer Politikern.

Im **Entmündigungsverfahren** gegen unsere Mitstreiterin Bettina Fenzel, die auf Betreiben der Behörden keine Ansprüche mehr gegen den Sozialstaat durchsetzen soll, findet am **Donnerstag**, dem **25. November 2010**, um **11:30 Uhr** eine **Anhörung** vor dem **Amtsgericht** statt (Ostertorstraße 25-31, Zimmer 664). Bettina bittet um zahlreiches Erscheinen!

„Die Linke Bremen“ ruft mit auf zur **Bundestagsumzingelung** unter dem Motto „**Sparpaket stoppen!**“ am **Freitag**, dem **26. November 2010**, in **Berlin**. Von Bremen fahren wir mit Bussen um **6:30 Uhr** ab **ZOB** am Hauptbahnhof. Wir sind gegen 11 Uhr am Brandenburger Tor, um mit auf die Demotour zu gehen. Rückfahrt ist ab 16 Uhr. Die Karten sind im Büro der „Linken“ erhältlich, zu Preisen zwischen zehn Euro (ermäßigt) und 25 Euro (Solipreis). In Berlin ist infolge einer Terrorwarnung mit massiver Polizeipräsenz zu rechnen. Geplant sei ein Anschlag auf das Reichstagsgebäude. Laut BKA-Chef Ziercke gebe es jedoch keinen Grund, irgendeine öffentliche Veranstaltung abzusagen. Dennoch wurde die geplante Belagerung des Parlaments von der Polizei verboten, gerichtlich aber wieder erlaubt.

Inflation unberücksichtigt, Referenzgruppe verkleinert: Allein mit den beiden offensichtlichsten Tricks werden wir um 28 Euro betrogen *(„Open Report“)*

Sozialrechtler sind sich sicher: Neue Hartz-IV-Sätze landen wieder vor dem Verfassungsgericht *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Hamburger Koalition geplatzt: Nach Elbvertiefung und Kohlekraftwerksbau spekulieren die „Grünen“ auch noch auf Stimmenzuwachs *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

306. Bremer Montagsdemo am 29. 11. 2010

Willkürliche Regelsatzfestlegung bewirkt Kollaps der Sozialgerichte

1. Im Streit um die neuen **Hartz-IV-Regelsätze** drängen Sozialrichter auf eine Einigung, damit das neue Gesetz – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – zum Januar in Kraft treten kann. Auch die Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg, Monika Paulat, mahnt zur Eile, weil andernfalls den Sozialgerichten in Deutschland ein Kollaps drohe. Wenn die neuen Regelsätze dann noch nicht gelten würden, sei mit einer Flut von Anträgen der Leistungsbezieher auf einstweiligen Rechtsschutz zu rechnen. Diesem Ansturm wären die Sozialgerichte nicht mehr gewachsen. Paulat geht davon aus, dass die Politiker über Parteigrenzen hinweg alles daran setzen werden, um zu einem Kompromiss zu kommen.

Ich kann es ja verstehen, dass sie in ihrem eigenen Interesse einen Zusammenbruch der Sozialgerichte verhindern möchte, aber uns allen wäre doch viel mehr damit gedient, wenn es klare Gesetze gäbe, die nicht mal eben husch, husch blubberig-schwammig und dazu mit heißer Nadel gestrickt sind, die dazu mal in der Regelsatzhöhe eine Summe nennen würden, von der auch nur annähernd so etwas wie eine echte Grundsicherung möglich wäre! Wenn die „Erhöhung“ von fünf Euro abgenickt würde, gibt es hoffentlich erst recht erneute Klagen vor dem Verfassungsgericht, weil es bei dieser Art von „Neuberechnung“ kaum mit rechten Dingen zugegangen sein kann: 364 Euro Regelsatz können unmöglich verfassungsfest sein! Auch wenn dieser ungeheuerliche Gesetzentwurf, der in meinen Augen jeglicher Menschenwürde spottet, in Kraft tritt und zum Beispiel die Kommunen nicht mehr die vollen Unterkunftsleistungen übernehmen müssten, sondern nur noch einen Zuschuss bezahlten, dann werden die Sozialgerichte wieder für die Überprüfung entsprechender Satzungen zuständig sein.

2. Die Diakonie stellte selbst eine **Regelsatzstudie** vor, in der die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Becker dieselben Zahlen verarbeitete, die auch dem Bundesarbeitsministerium vorlagen. So fordert die Diakonie eine Erhöhung des von der Bundesregierung geplanten Hartz-IV-Regelsatzes von 364 auf 433 Euro, ebenso eine Steigerung für Kinder unter sechs Jahren von 215 auf 245 Euro, bei Kindern von sechs bis 13 Jahren von 251 auf 314 Euro und für Kinder zwischen 14 und 17 Jahren von 287 auf 344 Euro. Es wurde kritisiert, dass das Bundesarbeitsministerium Alkohol, Tabak und Kraftstoff aus der Statistik herausgenommen habe, was nicht zu akzeptieren sei, weil es alle Leistungsbezieher benachteiligte, unabhängig davon, ob sie beispielsweise rauchen oder nicht. Dies entspreche einer unzulässigen Bevormundung der Hartz-IV-Bezieher.

Ich finde es sehr interessant, dass die Diakonie neuerdings ihre Aufgabe in der anwaltlichen Vertretung der Armen sieht und nun darauf hofft, dass ihre Zahlen bei der politischen Entscheidungsfindung diskutiert werden. Auch wenn 433 Euro schon ein bisschen mehr Menschenwürde bedeuten, so hoffe *ich* viel mehr, dass hier mal Zahlen auf den Tisch kommen, die zu einem völlig anderen Ergebnis kommen müssten, von über 600 Euro zusätzlich zu den Kosten der Unterkunft, bis es endlich ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt! Auch wage ich eine Anwaltschaft der Diakonie für die finanziell Schwächsten stark zu bezweifeln, die sie gleichzeitig als Ein-Euro-Jobber ausnutzt, selbstredend immer nur im Mäntelchen von ach so ungemein „sozial“ und auch noch „zusätzlich“!

3. Was die Regierungen Europas mit ihrer Bevölkerung noch an asozialen **Sparmaßnahmen** vorhaben, wird uns nicht nur vom eigenen schwarz-gelben Gruselkabinett vorgelebt, sondern das zeigt auch ein Blick über die Grenzen. Wenn Irlands Regierung in den nächsten vier Jahren 15 Milliarden Euro einsparen will und dies auf dem Rücken der Arbeitslosen und Sozialhilfebezieher gestemmt werden soll, dann muss uns das irgendwie bekannt vorkommen. Warum das so ist? Na klar: Irlands Arbeitslose haben gefälligst für das Zocken der Bankster geradezustehen und es zu finanzieren. Dafür will die irische Regierung den Sozialetat in den nächsten vier Jahren um 2,8 Milliarden Euro kürzen, also um sagenhafte 15 Prozent des Sozialbudgets. Binnen vier Jahren soll die Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken, obwohl sie derzeit bei mehr als dem Zehnfachen liegt.

Die Kürzungen im Sozialbereich sind nicht die einzigen – nein, auch im öffentlichen Dienst sollen 25.000 Stellen gestrichen werden, wodurch die Qualität der Dienstleistungen aber angeblich nicht beeinträchtigt werde. Durch eine Erhöhung der Einkommensteuer sollen 1,9 Milliarden zusätzlich in die Staatskasse fließen. Auch die Mehrwertsteuer soll um einen Prozentpunkt auf 22 Prozent erhöht werden, im Jahr darauf um einen weiteren Punkt. Es sollen Studiengebühren angehoben und Wassergebühren eingeführt werden. Bis es im Februar 2011 zu Neuwahlen kommt, müssen der Vierjahresplan sowie das Budget für 2011 unter Dach und Fach sein. Es stellt die Voraussetzung für die Hilfsgelder von Eu-

ropäischer Union und Internationalem Währungsfonds in Höhe von 85 Milliarden Euro dar. Falls die vorgegebenen Sparziele nicht erreicht werden, könnten Irland weitere Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen auferlegt werden.

Wenn sich die maroden Banken weiteres Geld „pumpen“ müssen, könnte Irland bald „stolzer“ Besitzer von ihnen werden. Was wird das die Bevölkerung erfreuen! Dann kommen die Bankster von Portugal und bestimmt auch noch die von Spanien und halten ihre Hände auf, und die Menschen sollen durch Streichorgien im Sozialbereich dafür bluten, Hauptsache, die maroden Banken können unter dem EU-Rettungsschirm Schutz und Unterschlupf finden! Die Saat des Lissabonner Vertrages scheint aufzugehen und lässt Schlimmes befürchten. Zwischen 100.000 und 150.000 Menschen protestierten nach Angaben von Gewerkschaftsvertretern am Sonnabend in der irischen Hauptstadt Dublin gegen das Sparprogramm. Darüber, dass Irland 6,7 Prozent Zinsen zahlen soll, ist der Ärger groß, weil dies weit über dem Satz läge, den zum Beispiel Griechenland zu leisten hat. Am deutlichsten fällt die Ablehnung bei der Senkung des Mindestlohns um etwa zwölf Prozent aus, was ja auch ungeheuerlich ist.

4. Das Oberverwaltungsgericht in Weimar erklärte die verdeckte **Beschattung** einer Sozialgeldbezieherin für rechtswidrig. Letzte Woche entschied das Gericht, dass es mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht vereinbar sei, dass ein „Sozialdetektiv“ etwa protokolliert habe, wie lange ihr Freund bei ihr war. Im konkreten Fall ging es um einen Streit mit der Stadt Eisenach um die Übernahme der Kindergartengebühr. Natürlich war es absolut unangemessen und völlig unverhältnismäßig, die Frau überwachen zu lassen, denn eine einfache Befragung hätte die ausstehenden Fragen beantworten können. Schön, dass es immer wieder Gerichte gibt, die nicht mit zweierlei Maß urteilen und die nicht so ein Menschenbild haben, wonach alle Transferleistungsbezieher eh nur betrügen! Das Urteil lässt sich aber nicht direkt auf Hartz-IV-Fälle übertragen, da für sie Sozialgerichte zuständig sind.

5. Die bayerische Lehrerin Sabine Czerny machte zu guten Unterricht und wurde dafür abgemahnt, weil sie keine Vieren, Fünfen und Sechsen als Noten geben musste. Czerny schrieb einen Erfahrungsbericht, den sie nun unter dem Titel „Was wir unseren Kindern in der **Schule** antun und wie wir das ändern können“ als Buch veröffentlichte. Sie hatte davon gehört, es sei politisch gar nicht erwünscht, dass alle Kinder gut lernen, konnte und wollte dies jedoch bis heute nicht glauben. Zum Schluss war der Streit zwischen Lehrerin und Vorgesetzten so eskaliert, dass Czerny nur noch im Beisein ihrer Anwältin mit der Schulleitung sprechen wollte. Weil sie auch das Angebot der Behörde ablehnte, mit Mitte 30 vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, wurde sie strafversetzt. Die Autorin gibt Einblick in ein System, das „in hohem und unverantwortlichem Maße Kinder zu Versagern und Verlierern macht“, ein System, in dem „alle Opfer“ seien, „Eltern, Lehrer und Schüler“, und das „der Gesellschaft schadet“. Mir gefällt, dass die Lehre-

rin für eine Schule ohne Noten und ohne Selektion, aber mit so viel Zeit zum Lernen, wie die Kinder sie jeweils brauchen, plädiert. Natürlich würde niemand offen zugeben, dass er diese frühe Selektion in Gewinner und Verlierer wolle, weil jeder seines Glückes Schmied sei und Ähnliches. Aber dieses dreigliedrige Schulsystem produziert eben nur dies.

6. Dass **Volksentscheide** nicht immer nur etwas Erstrebenswertes sind, bewies am Sonntag mal wieder die Schweiz: Eine von nationalkonservativen Kreisen vorgelegte Initiative bekam nach Berechnungen des Schweizer Fernsehens rund 53 Prozent Ja-Stimmen. Nun müssen straffällig gewordene Ausländer bei „schweren Delikten“ unmittelbar nach ihrer Verurteilung ohne Einzelfallprüfung die Schweiz verlassen. Offenbar ist sogar die wegen der Verfassungsänderung notwendige Zustimmung der Mehrheit der Kantone bereits ebenfalls gesichert. Neben Kapitalverbrechen sollen Schwarzarbeit oder Betrug bei der Sozialhilfe zur Abschiebung führen. Ich finde es erschreckend, wie die Rechten und Unsozialen in Europa Fuß gewinnen, und dass schreckliche Kapitalverbrechen mit „Betrug bei der Sozialhilfe“ gleichgesetzt wird, wobei ich das nicht nur vollkommen unangemessen finde, sondern es auch einem Willkürakt, der Denunziation, Tür und Tor öffnen kann. So widerspricht es dem Subsidiaritätsprinzip.

7. In der Region um das marode **Atommülllager** Asse wurde eine erhöhte Leukämierate festgestellt. Die Erkrankungsrate bei Frauen bei Schilddrüsenkrebs verdreifachte sich, und ihre Erkrankungshäufigkeit für Leukämien ist ebenfalls erhöht. Bei den Männern liege die Zahl der Neuerkrankungen im Untersuchungszeitraum bei zwölf. Statistisch erwartbar wären 5,2 – sie ist also ebenfalls mehr als doppelt so hoch. Dennoch erklärte der Sprecher, dass „der Krebs“ insgesamt für Männer und Frauen im Erwartungsbereich liege. Wahrscheinlich sind diese erhöhten Neuerkrankungen eben genauso „zufällig“ wie die vermehrten Leukämiefälle von Kindern unter fünf Jahren im näheren Umkreis von Atomkraftwerken wie Krümmel! Laut Sozialministerium sei bisher nicht bekannt, welchen Einfluss Lebensalter oder Berufstätigkeit auf die Erkrankungen haben, da bisher ausschließlich anonymisiertes Datenmaterial vorliege. Aber ich vermute mal, dass sich besonders kettenrauchende und zu viel Alkohol konsumierende Menschen gerne in der Nähe von atomarer Strahlung aufhalten und deswegen häufiger an Krebs erkranken. Diese Häufung kann dann natürlich nicht dem Standort der AKWs angelastet werden, sondern der Zusammenballung von ungesund lebenden Menschen. Transparenz ist dabei selbstverständlich oberstes Gebot!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Erneut Hartz-IV-Suizid in Höxter: 43-Jähriger fühlte sich als Ein-Euro-Jobber im Altenheim nicht mehr ernst genommen *(„Prekaer-Info“)*

Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Freundinnen und Freunde, ganz besonders herzlich möchte ich mich bei denen bedanken, die am 25. November 2010 im Amtsgericht waren, um mich solidarisch zu unterstützen. Es ging um eine Anhörung, bevor das Gericht entscheidet, ob ich komplett „betreut“ werden soll, was meine finanziellen, behördlichen und sonstigen Angelegenheiten angeht. Faktisch läuft so etwas auf eine Entmündigung hinaus! Der Grund hierfür war, dass ich gegen mehrere negative Bescheide der Sozialbehörde sofort Widerspruch eingelegt hatte. Nach einer Viertelstunde allerdings fegte die Richterin das „Betreuungsersuchen“ des Sozialamtes vom Tisch!

Frau Mann-Sanders vom psychiatrischen Dienst der Sozialbehörde hatte in ihrer „Anregungsbegründung“ an das Amtsgericht den markanten Satz hineingeschrieben: „Es fällt Frau Fenzel sehr schwer, sich mit unserem Prinzip des Sozialstaats adäquat auseinanderzusetzen. Sie hat eine grundsätzlich andere Vorstellung von Verteilung und Realisierbarkeit von Lebensumständen und kann sich deshalb auch nicht mit ihrer derzeitigen Situation nach einem Unfall im Januar arrangieren.“

Der Satz bedeutet, dass alle Menschen, die eine „andere Vorstellung“ von der Verteilung des Reichtums haben und sich aktiv für eine gerechte Umverteilung einsetzen, gegen ihren Willen „zwangsbetreut“ werden könnten – zum Beispiel die vielen Menschen, die sich beim Bremer „Solidaritätsbasar“ befanden und mit Spenden halfen, Hilfsprojekte in der sogenannten Dritten Welt solidarisch zu unterstützen, und die sich damit für eine Welt einsetzen, in der sozial, ökologisch und friedlich miteinander umgegangen wird im Sinne einer solidarischen Welt!

Ich möchte mich bei meinen Freundinnen und Freunden, bei meiner Anwältin, meiner Schwester, bei den Organisationen der „Solidarischen Hilfe“, dem „Bremer Erwerbslosenverband“, der Montagsdemo, dem „Sozialen Lebensbund“, der DFG-VK, dem „Friedensforum“, dem „Umsonstladen“, der „Internationalen Sozialistischen Linken“, der DKP, der Gewerkschaft Verdi und den Menschen in der Partei „Die Linke“ für ihre konkrete Solidarität bedanken! Ich war überwältigt, dass sie alle nach dem Prinzip gehandelt haben: „Solidarität ist unsere Stärke!“

Bettina Fenzel (parteilos)

Die Richterin fragte Bettina erstaunt: „Sind das alles Ihre Freunde?“ Die über 20 vor dem Saal Wartenden und erregt Diskutierenden mussten vom herbeigerufenen Gerichtspräsidenten höchstpersönlich in barschem Ton fortgejagt werden:

„Dieser Flur ist kein Versammlungsraum!“ Wenn da oben im sechsten Stock so viele Menschen herumstehen, ist möglicherweise der Fußboden einsturzgefährdet. Zu unserer eigenen Sicherheit begaben wir uns deshalb in die etwas tiefer gelegene Cafeteria und konnten dort schon kurze Zeit später unsere Mitstreiterin glücklich in die Arme schließen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Schäden an Augen und Nieren: Arge Breisgau streicht einem Diabetiker das ALG II und meldet ihn von der Krankenkasse ab *(„5 Jahre Hartz IV“)*

Das Un-Wesen der Dialektik

Zugeschickt wurde uns eine kurze Geschichte mit dem Titel „Dialektik, die Kunst des Überzeugens“:

> Es kommen Kolchosenbauern zum Pfarrer: „Genosse Pfarrer, unser Parteisekretär spricht täglich von Dialektik. Was ist das?“ Der Pfarrer sagt: „Das ist nicht so einfach zu erklären. Ich erzähle euch ein Beispiel: Es kommen zwei Genossen, der eine ist rein, der andere schmutzig. Ich biete ihnen ein Bad an. Welcher von beiden wird das Bad annehmen?“ Die Bauern sagen: „Der Schmutzige.“ Der Pfarrer sagt: „Nein, der Reine, denn der Reine ist gewohnt, zu baden, der Schmutzige legt keinen Wert darauf. Wer nimmt also das Bad an?“ Nun sagen die Bauern: „Der Reine.“
>
> „Nein“, sagt der Pfarrer, „der Schmutzige, denn er bedarf das Bades. Also, wer nimmt das Bad an?“ Jetzt sagen die Bauern verdutzt: „Der Schmutzige.“ – „Nein, alle beide, denn der Reine ist gewohnt zu baden, und der Schmutzige bedarf des Bades. Wer nimmt also das Bad an?“ Die Bauern sagen verwundert: „Alle beide.“ – „Nein, keiner von beiden, denn der Schmutzige ist nicht gewohnt zu baden, und der Reine bedarf des Bades nicht.“ – „Aber Genosse Pfarrer, was soll das heißen? Jedes Mal sagst du etwas anderes, und jedes Mal drehst du es so, wie es dir passt.“ – „Ja“, sagt der Pfarrer, „das ist eben Dialektik.“

Unsinn! Was der Pfarrer da vorführt, ist bloße Sophistik, spitzfindige Wortklauberei. Am Beispiel von „der Reine badet (nicht), und der Schmutzige badet (nicht)“ dekliniert er wortreich die vier Fälle durch, die nach den Regeln der formalen Logik möglich sind – eine Trivialität. Er gelangt dabei nicht zu der Erkenntnis, dass seine Beobachtungen – „rein“ und „schmutzig“ – nicht ausreichen, um das Verhalten zweier Menschen vorherzusagen. Stattdessen nutzt er seine Redegewandtheit, um die Partei der Arbeiter und Bauern und den Kern ihrer Weltanschauung verächtlich zu machen.

Die Begriffsbestimmung der Dialektik als „Kunst des Überzeugens“ ist philosophiegeschichtlich zwar nicht falsch, bleibt aber dem Altertum verhaftet wie die Bibel. Der erhebliche Beitrag von Hegel und Marx wird ausgespart. Hegel will das Verständnis erweitern, um die Begriffe höherzuentwickeln. Marx will die Wirklichkeit erkennen, um sie zu verändern. Wenn es gelingt, wird das schon seine Überzeugungskraft entfalten! Dialektiker wollen eine Sache weiterentwickeln, nicht zerreden. Sie untersuchen dazu die gegensätzlichen Kräfte, die einer Sache innewohnen und sie bewegen, umformen, aufbrechen und neubilden.

Dialektik ist die Lehre von Kampf und Einheit der Gegensätze. Nichts davon in dieser Geschichte! Das Verbreiten reiner Desinformation über das Wesen der Dialektik zum Zwecke der Bauern- und Leserverarschung, damit sie bloß nicht lernen, selbst nachzudenken, und damit der Pfarrer als Weisheitsverkünder weiterbestehen kann, das ist das Ärgerliche und Reaktionäre an diesem lustigen Text, der so pseudo-didaktisch im Stil einer fernöstlichen Lehrgeschichte daherkommt. Kein Wunder, dass man ihn auf einer Rhetorik-Website für Management-Training findet.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Stellvertreter steigern Resignation

So wie in der Geschichte mit dem Pfarrer läuft es doch, und bestimmt ist das inzwischen etwas, das die Menschen mit am meisten ablehnen: heute 500 Euro Regelsatzforderung, morgen 80 Euro mehr für Ernährung, übermorgen einen Heiermann und danach 359 Euro Regelsatz plus Inflationsausgleich. Alles ohne eine klare einheitliche linke Linie! Aber ohne ein vernünftiges Angebot an die „Prekären“ wird man niemanden überzeugen, selbst aktiv zu werden. Da nützt kein Jammern und Zetern, auch nicht das eines Martin Behrsing!

Die Umzingelung des Parlaments am Freitag in Berlin sei ein vorhersehbarer Flop gewesen, klagt der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“. Man hätte besser rechtzeitig „die Notbremse gezogen“, sprich: die Aktion abgeblasen. Einzig die Demonstration der Erwerbslosen unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ in Oldenburg sei erfolgreich verlaufen. Ob Studenten-

revolte, Ökologie- oder Friedensbewegung, AKW- oder „S21“-Gegnerschaft: erfolgreicher Protest sei hierzulande immer von der „bürgerlichen Mitte“ getragen worden, wenn die soziale Frage nicht im Vordergrund gestanden habe, denn „Deklassierte“ resignierten eher als sich zu wehren. Man müsse daher „exponierte Vertreter der bürgerlichen Mitte als Verbündete ins Boot holen und für das Anliegen der Deklassierten gewinnen“.

Martin Behrsing vergisst, dass in Oldenburg nur die üblichen „Verdächtigen“ mitdemonstrierten, aber nicht die betroffenen Arbeitslosen, die man eigentlich erreichen wollte. Das war in Berlin bei der Herbstdemonstration der Montagsdemobewegung schon eher der Fall, aber hier hält man es seitens der „Erwerbslosenbewegung“ ja lieber damit, diese Bewegung zu spalten. Aufrufe, gemeinsam Widerstand zu leisten, gehen in meinen Augen genauso in die falsche Richtung: Dann verlassen sich viel zu viele nur immer auf die anderen. Es muss heißen: Mach *du* mit und leiste *du* Widerstand! Nur so wird es eindeutig und nicht zur leeren Phrase. Amen! Und her mit dem bedingungslosen Grundeinkommen!

Um solchen Widerstand zu leisten, finde ich es auch richtig, dass die Betroffenen als Mitkläger(innen) den Massenklagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz beitreten, sobald eine Musterklagebegründung vorliegt. Niemand wird „eine Katze im Sack kaufen“, aber einer guten Begründung werden viele beitreten. Mir ist nicht bekannt, ob man in den einzelnen Bundesländern aufgrund der dort zuständigen Landessozialgerichte jeweils eigene Massenklagen organisieren müsste. Ich vermag auch nicht zu beurteilen, ob wir hier und in anderen Städten einen Anwalt oder eine Kanzlei dafür finden. Allerdings wäre es ein Riesenskandal, wenn man niemanden fände!

Dass Anwälte einfach die Vertretung einer Klägergruppe ablehnen dürfen, kann ich mir nicht vorstellen. Die bürgerlichen Klagegemeinschaften, beispielsweise gegen den Gasversorger EWE und seine Wucherpreise, werden ja auch nicht abgelehnt. Es gibt zudem genügend Juristen in der Linkspartei. Oder sollen wieder nur Einzelne, in der gleichen Art und Weise wie bisher, juristisch und politisch vorgeführt werden? Mir persönlich wurde schon mal von einem Sozialrichter hier in Oldenburg eine „Mutwillensgebühr“ für den Fall angedroht, dass ich meine Klage nicht zurückziehe. Dabei ging es um die Kosten für eine Schülermonatskarte. Doch die Meinungen der Sozialrichter sollten uns hierzu am wenigsten interessieren! Wir werden ja sehen, ob wir genügend Mitklagewillige und eine vertretungswillige Anwaltskanzlei finden.

Vor Gericht geht es oft um die Anerkennung von Gutachten. Daher finde ich, die Sozialgerichte müssen aufgefordert werden, gerichtliche Gutachten zu den Regelsätzen zu veranlassen. Das wird auch in anderen Verfahren so gemacht. Wieso sollte es fürs SGB II oder SGB XII nicht gelten? Weiterhin verstößt Hartz IV in meinen Augen in vielen Fällen gegen die Bremer Landesverfassung. Nach unserem Grundgesetz sind die Bundesländer für die Höhe der Regelleistungen zuständig. Vielleicht muss man auch in dieser Richtung einmal juristisch nachprüfen lassen, was da zu machen wäre!

Natürlich muss sich die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, weiterhin auch auf die „juristische Schiene“ begeben, denn politisch kommt ja nichts Konkretes. Oder wäre es für sie am besten, wenn alles weiterläuft wie bisher? Letztlich geht die Linkspartei konform mit diesem kapitalistischen System. Sie ist noch viel zu bürgerlich drauf und träumt von einem möglichen „Sozialaufbau“ oder „Wiederaufbau“. Ich bin davon überzeugt, dass dies eine falsche Sicht ist: Ein „Sozialaufbau“ in einem kapitalistischen System ist nicht möglich! Wir alle stellen das doch spätestens seit 2005 fest.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Existenzminimum kleingerechnet: Wie Tricks und politisch gewollte Abschläge den Hartz-IV-Regelsatz unter 500 Euro drücken *(„Linksfraktion“)*

Null Cent für Lebensmittel: In die Regelsatzberechnung fließen Haushalte ein, die sich auch oder ausschließlich von der „Tafel“ ernähren *(„Linksfraktion“)*

„Realitätsfern und völlig unzureichend“: „Paritätische Wohlfahrtsverband“ unterstützt Betroffene bei Klagen gegen Hartz-IV-Reformgesetz *(„Junge Welt“)*

Rot-rot-grüner Antrag: NRW-Landesregierung soll vor dem Verfassungsgericht gegen Hartz-IV-Regelsatzreform klagen *(„Elo-Forum“)*

PR-Super-GAU Arbeitslosenschelte

Was hat sich der Betreiber eines Bonner Arbeitslosenforums eigentlich dabei gedacht, so auf die einzuschlagen, deren Interessen er zu vertreten vorgibt? Warum ruft einer zu zivilem Ungehorsam und sogar Straftaten ausgerechnet diejenigen Menschen auf, die bereits von Amts wegen unter ständigem, unerträglichem Druck des Existenzverlusts stehen und mit dem Strafgesetzbuch bedroht werden? Welches Interesse hat ihn angetrieben – wenn er doch nach eigenem Bekunden den „Flop“ für „vorhersehbar“ hielt und „eher skeptisch“ war, dass „diese Aktion gelingen“ könne –, jetzt öffentlich das Scheitern der sozialen Bewegungen gegenüber der Presse zu erklären?

Mit der Veröffentlichung auf einem Internet-Presseportal, eigener Presseerklärung und im Gespräch mit Medien hatte der Betreiber eines Internetforums

für Hartz-IV-Betroffene, das sich durch den Zusatz „Deutschland“ aufwertet, mit vorwurfsvollem Tenor gefragt: „Was ist los mit den sozialen Bewegungen?“ und von einer „Ohnmacht des Sozialprotests“ gesprochen. Mit dem vorwurfsvollen Tenor „selber schuld!“ zieht er den Schluss: „In Berlin gibt es Hunderttausende, die in Armut leben. Warum bleiben die zu Hause, wenn es um ihre Interessen geht?“

Die „Hartz-IV-Plattform“ verurteilt aus Betroffenensicht diese Schelte gegen Arbeitslose, denn allein die Forderung nach Solidarität Dritter im Sinne von Almosen ist nicht viel mehr als die Unterstützung des Suppenküchenstaates. Die Hartz-IV-Bürgerinitiative stellt fest, dass die Betroffenen keineswegs Menschen sind, die sich nicht selber zu helfen wissen. Sie brauchen nicht noch jemanden, der sie bevormundet – wie schon Ministerin von der Leyen. Man muss ihnen endlich ihre freien Entscheidungen lassen! Aktionen wie die gescheiterten spielen dabei nur der von der Bundesregierung angestrebten Politik ihrer weiteren Ausgrenzung und Entmutigung in die Hand. Im Übrigen können die ständigen Aufrufe an Arbeitslose zu bundesweiten Demonstrationen doch nur von Leuten geplant sein, die nicht die geringste Ahnung davon haben, wie weit man mit knapp 20 Euro Fahrgeld aus dem Hartz-IV-Regelsatz kommt!

Für die „Hartz-IV-Plattform“ stellen sich da die Fragen: Wie kann – in Kenntnis der Verhältnisse mit dauerndem Druck auf Entzug des Existenzminimums und der Drohkeule des Strafgesetzbuches in den Argen – von Organisationen und sogar dem Vertreter eines Hartz-IV-Forums derart geschundenen Menschen zugemutet werden, öffentlich zivilen Ungehorsam bis hin zu strafrechtlich relevanten Taten zu demonstrieren? Wie kann man – laut Presseerklärung – Hartz-IV-geschundene Menschen beispielsweise dazu aufrufen, „in die Bannmeile des Bundestages einzudringen“, „Bundestagsbelagerung“ vorzunehmen oder die „CDU-Bundesparteizentrale“ zu „besetzen“ oder Banken zu „blockieren“? Wie kann man diese Menschen auf die Straße und in absehbar weitere Entmutigung locken? Nehmen die, die so aufrufen, die Betroffenen überhaupt ernst? Kennen sie eigentlich ihre Probleme wirklich?

Die Frage des Forumbetreibers „Warum finden die Aufrufe der sozialen Bewegungen so wenig Resonanz bei den Betroffenen?“ lässt sich nach Einschätzung der „Hartz-IV-Plattform“ ganz einfach beantworten: Es sind doch gar nicht die Aufrufe der Betroffenen. Vielmehr sind es Kopfgeburten von Organisationsfunktionären im sicheren Sessel, die die Betroffenen nur benutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Schon gar nicht sind es die Forderungen der Basis, die da – von wem auch immer – in Kampagnen gepackt werden. Vielmehr sind es durch parteipolitische oder andere Interessen gesteuerte Parolen. Man denke bloß an die ebenso wie von der Bundesregierung nur „ins Blaue“ geschätzten pauschalen Forderungen von 80 Euro mehr für Ernährung oder 500 Euro Regelsatz.

Die diese Parolen vorgeben, ignorieren einfach, dass an der Basis die von Sachverständigen – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – tatsächlich transparent berechneten Größenordnungen um 600 Euro Regelsatz und

auch das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert werden. Wenn der Forumbetreiber – der den Anschein erweckt, für alle Arbeitslosen sprechen zu können – nach den Lehren aus „Stuttgart 21“ fragt, kann die einzige Antwort doch nur lauten: Endlich die Betroffenen ernst nehmen und der betroffenen Basis zuhören! Nur die Erfahrungen und Interessen der Hartz-IV-Betroffenen selber können zu einer Bewegung in ihrem Sinne werden und daraus Kraft und Größe entwickeln.

Die öffentliche Erklärung zum angeblichen Scheitern von Bankenblockade und Bundestagsbelagerung seitens der sozialen Bewegungen ist ein PR-Super-GAU für die Hartz-IV-Geschädigten und -Missbrauchten. Mit Verlaub: Was sollen die sinnlosen Planspiele vom Schulterschluss mit der „bürgerlichen Mitte“? Hartz IV ist längst im Querschnitt der Bevölkerung angekommen. Statt scheinheilig Krokodilstränen über das selbst verursachte Desaster zu vergießen, sollten seine Verursacher lieber mal in den Spiegel schauen, ehe sie andere dafür verantwortlich machen. Der „Freitag“ bringt es auf den Punkt: „Für viele Erwerbslose findet die Krise nicht auf dem Börsenparkett statt, sondern bei Schikanen in Jobcentern und Beschäftigungsmaßnahmen. Ein Bündnis gegen diese Krisen im Leben vieler Menschen ist bisher nicht in Sicht.“

Zuschrift von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

Autobahn-„Monsterknoten“ als rechtswidrig verworfen

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat gesprochen und damit den Bürgerinitiativen in Bremen-Obervieland gegen den unmenschlichen „Monsterknoten“ allen Grund zu heller Freude gegeben! Die Klagen von Anwohner(inne)n in den Stadtteilen Kattenturm und Huckelriede gegen den Neubau der A281 zwischen Neuenlander Ring und Kattenturmer Heerstraße hatten einen weitgehenden Erfolg. Das Gericht verwarf entscheidende Teile der Planungen als rechtswidrig, vor allem die sogenannte Querspange zum Autobahnzubringer Brinkum, die unsere Stadtteilstruktur rücksichtslos und menschenverachtend mitten durchgeschnitten hätte. Die Abwägung zur Querspange, so das BVG, sei abwegig gewesen. Sinnvolle Alternativen, die von den Bürgerinitiativen aufgezeigt wurden, seien von den Planern gar nicht erst in Betracht gezogen worden. Hier müsse korrigiert werden!

Nach dem Urteilsspruch waren etwa 250 Anwohner(innen) im Gemeindesaal der Sankt-Marcus-Gemeinde in Kattenturm zusammen gekommen, um die Fol-

gen des Urteils zu beraten und ihren Erfolg gebührend zu feiern. Norbert Breeger, Sprecher der Bürgerinitiativen, resümierte das Ergebnis unter großem Beifall aller Anwesenden wie folgt: „Ohne die Unterstützung der vielen Anwohner(innen) wären wir nie so weit gekommen und hätten den Prozess vor dem Leipziger Gericht nie gewonnen!“

Scharfe Kritik wurde indes an der Bremer Handelskammer laut. In Sachen Trassenführung mache sie lediglich große Sprüche, um ihre Macht zu legitimieren, doch in Wahrheit vertrete sie die Interessen der Wirtschaft damit auch nicht. Die Bürgerinitiativen sehen in dem Richterspruch ein Urteil für mehr Demokratie und fordern von der Handelskammer und dem Bremer Senat in Zukunft eine konstruktive Politik. Von der Verkehrsbehörde wird eine völlig andere Planungskultur mit wesentlich mehr Bürgerbeteiligung angemahnt. Vor allem die Stadtteilbeiräte müssten stärker in die Planungen einbezogen werden. Herauskommen müsse endlich eine „menschengerechte“ Autobahn, sofern es so etwas überhaupt geben kann!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Verbesserung vorgeschlagen: Wird „Stuttgart 21“ teuer genug, um zu scheitern? *(„Spiegel-Online“)*

Schutzkleidung eingespart: Dortmunder Recyclingunternehmen verseucht jahrelang Billigjobber und Anwohner mit Dioxin *(„Tageszeitung“)*

„Arbeit macht frei“: Schwedischer „Altmetall“-Hehler muss wegen „ Ortsentweihung“ knapp drei Jahre ins Gefängnis *(„Spiegel-Online“)*

Peinlich berührt: Vergewaltigungsvorwürfe gegen den „Wikileaks“-Chef kranken daran, dass die US-Regierung den Enthüller ausschalten will *(„Bild“-Zeitung)*

Beschwerde abgebügelt: Presserat sieht in Verunstaltung eines Leserbriefs an den „Weser-Kurier“ keinen Verstoß gegen „presseethische Grundsätze“

Zur **307. Bremer Montagsdemo** am Nikolaustag, dem **6. Dezember 2011**, hat sich eine Redakteurin des „Weser-Kuriers“ zum Besuch angekündigt. Wir freuen uns über besonders rege Teilnahme an unserer Veranstaltung! – In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Montagsdemo**, da der Marktplatz belegt ist, um **17:30 Uhr** an der **Domsheide**. Von dort ziehen wir weiter zum **Hanseatenatenhof** und später zum **Bahnhofsvorplatz**, um ab **18:45 Uhr** am **Schwabenstreich** teilzunehmen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

307. Bremer Montagsdemo am 06. 12. 2010

Sozialgerichte schottern! Massenhaft Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz einreichen! (III)

Georg: Wir haben vor einigen Tagen von deinem Aufruf zur Massenklage gegen Hartz IV erfahren und würden uns gern in dieses Projekt einbringen. Aufgrund unserer Sozialberatungstätigkeit verfügen wir über zahlreiche Kontakte zu der betroffenen Klientel, auch über unseren Heimatkreis Kleve hinaus! Es ist durchaus vorstellbar, dass wir die Organisation und Realisierung der entsprechenden Klagen – hier für den Sozialgerichtsbezirk Duisburg – koordinierend übernehmen könnten. Hilfreich wären dabei alle verfügbaren Informationen über den Entwicklungsstand der Aktion und die Absprache der weiteren Vorgehensweise – bundesweit –, um die Betroffenen zu informieren und zu einer Teilnahme zu ermutigen. Der erforderliche „Background“ (betreuende Sozialrechtler) steht uns zur Verfügung!

Gerolf: In Bremen sind wir noch ganz am Anfang mit der Planung. Spenden für Hartz-IV-Prozesskosten sollen auf das Konto von Jobst Roselius mit der Nummer 2 83.773.918 4 bei der Postbank Hamburg (BLZ 201 100 22) eingezahlt werden. Ich habe bei einer Anwältin „vorgefühlt“ und als spontane Antwort erhalten, dass sie sich ein Mitmachen wohl vorstellen könne, etwa beim Verfassen einer Musterbegründung für eine Klägergruppe. Eine ähnliche Nachricht habe ich von einer politisch aktiven Bekannten aus Berlin-Neukölln bekommen.

Die Anwältin, mit der ich gesprochen habe, meinte, zu Jahresbeginn solle man nach § 44 SGB X eine verfassungskonforme Neubewilligung der Regelleistung beantragen. Man könne davon ausgehen, dass Prozesskostenhilfe bewilligt werde, weil viele Sozialrichter die Verfassungsmäßigkeit des Leyen’schen Gesetzentwurfs bezweifeln. Ansonsten brauchen wir noch einen kurz gefassten Kla-

geaufruf, denn was ich bisher geschrieben habe, war mehr ein Brainstorming meinerseits.

Viele Leute sind mit dem Schreiben von Behördenbriefen überfordert. Es reicht daher nicht, eine Musterklage im Internet zu veröffentlichen. Man sollte es ihnen so einfach machen wie bei einer Unterschriftensammlung, dass sie also nur noch Name und Adresse in einen Vordruck eintragen müssen, für Klage und Anwaltsvollmacht. Eben bin ich in einem Medienbericht erstmals über das Stichwort „Massenklagen“ gestolpert, bisher hieß es „Klageflut“. Zu meinem entsprechenden Aufruf wurden mir zwischenzeitlich allerdings die folgenden Bedenken vorgetragen.

Erstens sei zu befürchten, dass wir doch keinen örtlichen Anwalt finden, um eine Klägergruppe zu betreuen. Auch die von mir angesprochene Anwältin werde nach Rücksprache mit ihrem Kanzleikollegen „abspringen“, weil Anwälte es sich nicht mit den örtlichen Sozialrichtern durch „Belästigung“ mit einer Massenklage „verderben“ wollten. Bei denen würden sie sonst später „keinen Stich mehr kriegen“. Man müsse solch ein Projekt daher allein durchziehen, ohne Anwalt.

Zweitens könnten „per Vordruck“ oder „nach Schema F“ eingereichte Klagen schnell ins Leere laufen. Das würde nur „für eine Aktion“ taugen, uns aber juristisch nicht weiterbringen. Zumindest einzelne Klagen müssten daher individuell, nicht nur „politisch“ oder „allgemein“ begründet werden. Der einzelne Kläger müsse konkret darlegen, weshalb er mehr Geld benötige, zum Beispiel mit einem Haushaltsbuch. Am meisten Erfolgsaussichten hätten Familien mit Kindern.

Drittens sei es wegen dieser Schwierigkeiten unwahrscheinlich, dass wir in Bremen 100 Kläger zusammenbekommen. Man könne zwar vor dem Jobcenter Flugblätter verteilen und den Termin einer Klageinfo-Veranstaltung bekannt geben, es würden aber nur wenige Leute kommen. Gemäß Vorschlag meiner Neuköllner Bekannten an Ort und Stelle einen Klagevordruck und womöglich eine Prozessvollmacht ausfüllen zu lassen wie bei einer Unterschriftensammlung, werde nicht funktionieren, weil die Leute ängstlich seien und sich nicht vorstellen könnten, was auf sie zukommt.

Diese Bedenken haben mir keine Ruhe gelassen, weil sie bedeuten, dass wir unser Vorgehen von vor fünf Jahren wiederholen und nicht weiterentwickeln. Daher habe ich heute in der Kanzlei der mir von einer Mitstreiterin empfohlenen Anwältin vorgesprochen, der ich letzte Woche bereits meinen Aufruf in die Hand gedrückt hatte, und sie gefragt, ob sie für eine Massenklage gegen den Hartz-IV-Regelsatz zur Verfügung stehen würde. Sie sagte: „Darüber können wir gern sprechen, aber nicht heute“ und gab mir einen Termin für nächsten Dienstag. Ich konnte ihr noch einen Ausdruck der obigen Bedenkenliste übergeben.

Norbert: Sicherlich wartest du schon einigermaßen ungeduldig auf eine erneute Rückmeldung. Ursache ist die Flut an Informationen, die uns in den letzten Tagen zur Regelsatzerhöhung und den geplanten Änderungen des SGB erreichten. Mit den in deiner Mail geäußerten Bedenken haben wir uns auch beschäftigt, können

diese jedoch nicht teilen. Im Vorfeld gäbe es lediglich abzuklären, ob die Landesregierungen unter Beteiligung der Linkspartei wegen der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit den Gang vor das Bundesverfassungsgericht antreten werden. Dann könnten wir unsere Energie anderweitig einsetzen.

Aufgefallen ist uns, dass wir hier in anderen Dimensionen denken als ihr in Bremen. In Geldern, einer Stadt mit 35.000 Einwohnern, ist es für uns kein Problem, circa 100 Mitkläger oder mehr zu finden. Auch Sozialrechtsanwälte stehen uns gleich mehrere zur Verfügung. Wie viel mehr müsstet ihr im Stadtstaat Bremen auftun können! Woran liegt das? Wir sind ehrenamtlich in der Sozialberatung von Betroffenen tätig und stehen oft an der örtlichen „Tafel"-Einrichtung, um Informationen zur Selbsthilfe zu verteilen. Wir sind selber Betroffene und verfügen über eine Vielzahl an persönlichen Kontakten mit anderen Betroffenen sowie den örtlichen Sozialverbänden. Durch unsere Tätigkeit in der Selbsthilfe haben wir zugleich auch die Möglichkeit, in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises die Massenklage in einem Umfang zu realisieren, der die beabsichtigten öffentlichen Wirkungen erzielt.

Die von uns angesprochenen Anwälte waren allesamt gerne bereit, dabei mitzuhelfen. Daher sind uns die von dir geschilderten „Leisetreterreaktionen" echt unverständlich. Wir machen den Menschen immer wieder klar, dass nur dann, wenn wir selber etwas zur Verbesserung unserer Lage unternehmen, die Aussicht besteht, dass sich etwas ändert. Damit haben wir hier schon viele bewegen können, sich erst einmal über ihre Rechte zu informieren und diese dann auch durchzusetzen. Dies hat uns so viel Vertrauen eingebracht, dass unsere Angebote von Amtsbegleitung, Einzelberatung, Bescheidprüfung oder Informationstreffen immer stärker genutzt werden. Vor Ort ist eine Massenklage umzusetzen, wenn die Struktur in der prekären Bevölkerungsschicht genutzt wird. Nur für den Landkreis Kleve sind 2.000 Klagen ein durchaus realistisches Ziel.

Die koordinierte bundesweite Umsetzung von Massenklagen erfordert jedoch eine höhere Organisationsstufe in einem äußerst knappen Zeitrahmen. Daher fragen wir uns, wie der Stand an Rückmeldungen zu deinem Aufruf über Bremen hinaus eigentlich ist? Ein besonderes Schmankerl war für uns auch die Reaktion deines örtlichen Linksparteivorsitzenden. Wir sind selber Mitglieder, und uns führt kein Genosse seinen „Hinterkopf" vor, ohne dass er sogleich die verbalen Einschläge zur Anregung seines Denkvermögens auf selbigem wahrnehmen muss.

Wie dem auch sei, unsere umfangreichen Kontakte in die Partei sind sicherlich ein gutes Instrument, um die Massenklage im vorgesehenen Rahmen auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus sind Querverbindungen zu Gewerkschaften ebenfalls nutzbar. Es stellt sich die Frage, wie wir nun weiter vorzugehen beabsichtigen. Ob die angesprochenen Länder Klage beim Bundesverfassungsgericht einlegen werden, könnten wir in den nächsten Tagen einmal abklären. Die von deinem Berlin-Kontakt vorgeschlagene Vorgehensweise halten wir für genau richtig. Daher unser Vorschlag, ihr mögt euch mal um Kontakte insbesondere zu

Selbsthilfeorganisationen in Bremen bemühen, auch um geeignete Anwälte zu finden.

Gerolf: Ich danke dir für deine selbstbewusste und ermutigende Rückmeldung! Von dem für den Landkreis Kleve geschilderten Vernetzungs- und Organisierungsgrad kann ich hier in Bremen nur träumen. Leider hat es in der Vergangenheit zwischen den sozialpolitisch Aktiven oft mehr Animositäten als Solidarität gegeben. Die Anregung, auch an der „Tafel“ Informationsmaterial zu verteilen, sollten wir aufgreifen. Die Bremer Linkspartei hat offenbar so wenige Mitglieder, dass ihr Fraktionsvorsitzender auf meine Anregung, Hartz-IV-Beratung und „Begleitschutz“ beim Ämterbesuch anzubieten (auch, um dankbare Wähler zu gewinnen und dieses Terrain nicht der NPD zu überlassen), sagte, er könne „die Leute leider nicht machen“ – und es liegt mir fern, ihn dafür zu verspotten, denn dieses Problem haben wir bei der Montagsdemo und anderen Erwerbsloseninitiativen auch. Da legst du also den Finger in offene Wunden.

Eine weitere Anfrage kam aus Wiesbaden. Allerdings ist niemand auf mich angewiesen, wenn er in seiner Stadt Massenklagen organisieren möchte, und kann „autonom“ vorgehen, wie er es für richtig hält. Die Anregung allein müsste doch reichen! Relevante Informationen werde ich auf unsere Homepage stellen, sie werden kurz darauf wohl bei „Scharf links“ erscheinen. Aber auch darauf ist niemand angewiesen. Sollte es verstärkt Rückmeldungen geben, richte ich einen E-Mail-Verteiler ein. Was den Aufbau einer bundesweiten Koordinierung oder zumindest Vernetzung betrifft, so habt ihr vermutlich bereits mehr hierfür nutzbare Kontakte als wir, also geht voran!

Ansonsten hoffe ich, dass sich die bundesweite Montagsdemo des Themas annimmt. Zumindest hat ihr Webmaster schon mal einen Hinweis auf die Homepage gesetzt. Übrigens weiß ich nicht, weshalb der „Weser-Kurier“ für seinen Besuch eine 307. Bremer Montagsdemo abwartet, in einem Dezember, der bisher so klirrend kalt war, dass man keinen Hund vor die Tür jagen will. Ich persönlich möchte mit der Reporterin dieses Blattes nicht sprechen – auch wenn sie zweifellos sehr freundlich ist –, denn ich habe schlechte Erfahrungen mit den bürgerlichen Medien gemacht.

Von der 300. Montagsdemo gegen Hartz IV zeigte „Buten un binnen“ drei Rentner und einen Sonderling – auch für die ist Platz auf der Montagsdemo! –, blendete aber die vollzählig versammelte Linksfraktion der Bremischen Bürgerschaft und deren Beiträge aus. Im Sommer vorletzten Jahres drohte mir „Radio Bremens“ Chefin vom Dienst mit dem Hausjustiziar, wenn ich ihren patzigen Brief an eine Montagsdemonstrantin, die sich gegen Lobpreisung von Ein-Euro-Jobs durch die öffentlich-rechtliche Anstalt wandte, nicht von unserer Homepage entferne. Im Winter zwei Jahre zuvor erwarteten mich drei Fernsehteams im Gericht, als ich es wagte, eine Klage auf Erhöhung des Regelsatzes nicht nach Aktenlage vom Tisch fegen zu lassen, sondern erst nach mündlicher Verhandlung.

Die Reporterin von der „Deutschen Presse-Agentur“ fragte mich anschließend als erstes nach meinem Namen und als zweites: „Wie lange sind Sie schon arbeitslos?“ Ich sagte: „Gleich diese Frage geht mir zu weit. Das hat mich ja nicht mal der Richter gefragt! Sie können aber gern mit meinen Mitstreitern von der Montagsdemo reden.“ Da guckte die Dame sehr enttäuscht, und auch die Fernsehanstalten entschlossen sich, das gedrehte Filmmaterial nicht zu senden. Ich aber möchte meinen Menschenwert nicht nach der Dauer meiner Arbeitslosigkeit bemessen wissen.

Mit der geplanten Regelsatzreform stehen uns Monate der Rechtsunsicherheit bevor. Selbst wenn es, etwa durch die Länder Berlin, Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen, zu einer Normenkontrollklage kommt: Wann wird das Urteil gesprochen? Sollen wir auf die „Genossen Pfarrer“ hören, unsere Hände in den Schoß legen und beten, dass alles gut geht? Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ ist nicht so zuversichtlich: Er will Hartz-IV-Betroffene beim Klagen vor den Sozialgerichten unterstützen. Lasst uns die Klagewilligen bei den Jobcentern, Beschäftigungseinrichtungen, „Tafeln“, Suppenküchen, Kleiderkammern und Obdachlosenheimen abholen und mit ihren Klagen die Sozialgerichte schottern!

Ich bitte deshalb die Bremer Montagsdemo, unsere Delegierten Hans-Dieter Wege und Manfred Seitz auf der nächsten Sitzung der Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo den Antrag stellen zu lassen, zu örtlich organisierten Massenklagen gegen den ab Januar voraussichtlich verfassungswidrigen Hartz-IV-Regelsatz aufzurufen und sie zu koordinieren.

E-Mail-Wechsel von Gerolf D. Brettschneider (parteilos)
mit Georg Jellacic, Wachtendonk, und Norbert Hayduk, Geldern

Unser Antrag an die Koordinierungsgruppe lautet: „**Sozialgerichte schottern! Die bundesweite Montagsdemo ruft zu örtlich organisierten Massenklagen gegen den ab Januar voraussichtlich verfassungswidrigen Hartz-IV-Regelsatz auf und koordiniert sie.**“

Zur Erläuterung: Die örtlichen Montagsdemos können beispielsweise mit dem „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ zusammenarbeiten, der zugesagt hat, Kläger zu unterstützen. Sie können aber auch Spenden sammeln und engagierte örtliche Anwälte beauftragen oder selbständig mithilfe von Klagemustern vorgehen. Klagewillige finden sie bei Jobcentern, Beschäftigungseinrichtungen, „Tafeln“, Suppenküchen, Kleiderkammern oder Obdachlosenheimen. Die Einreichung der Klagen wird von Kundgebungen begleitet, ebenso die stattfindenden Gerichtsverhandlungen.

Initiative Bremer Montagsdemo (einstimmig angenommen) –
siehe auch „Scharf links“, „Elo-Forum“ und Teil IV

Niemand anders wird für uns den notwendigen Kampf führen

„Tell sailor, tell me a story, tell me a story from Hartz IV“: Es war eine gemütliche Runde im Seemannsheim, in der jede(r) der Anwesenden zu Wort kam und schildern durfte, wieso er oder sie sich in die Montagsdemo einbringt. Ich habe über unseren einstimmigen Beschluss zu den Massenklagen berichtet und dargestellt, warum wir das überhaupt machen wollen. Des Weiteren habe ich von der Forderung der Bremer Montagsdemo zu Einheitsgrundeinkommen, Mindestlohn und radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit berichtet. Meiner Meinung nach muss weltweit ein totaler Umdenkungsprozess hinsichtlich Ökonomie und Ökologie erfolgen. Die Reporterin vom „Weser-Kurier“ hat geschrieben und geschrieben! Ich bin gespannt, wie viel ihr der Chefredakteur davon genehmigt. Hoffentlich schickt sie uns auch einen Link oder eine Kopie von ihrem Artikel zu. Er soll wohl erst im Januar erscheinen.

Was die Massenklagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz angeht, meine ich, dass uns gute Klagebegründungen weiterbringen werden. Für Alleinlebende sollten wir uns auf das Gutachten von Rüdiger Böker stützen und für Kinder einheitlich feststellen lassen, dass Kindergeld kein Einkommen der Kinder ist, sondern der Eltern. Die mit der Einführung von Hartz IV aufgestellte Behauptung der Regierung, das Kindergeld sei Einkommen der Kinder, ist eindeutig verfassungswidrig. Weiterhin sollten wir fordern, dass gerade Kindergeld nicht mehr auf die Hartz-IV-Regelsätze in der Weise angerechnet wird, dass es für Ernährung und Bekleidung herangezogen werden muss, sondern dass es für alle Erziehenden ausschließlich für Erziehung und gute (Aus-)Bildung freigestellt wird. Nur so entspricht auch das Kindergeld, in die Zukunft gerichtet, dem Prinzip des „Forderns und Förderns“. Damit würden wir Familien und Alleinerziehende auf unsere Seite ziehen. Das sollten wir mit der Rechtsanwältin besprechen! Leider hat sie unseren Termin kurzfristig um eine Woche verschieben müssen, wegen eines wichtigen Prozesses an diesem Mittwoch. Sie habe „heute den Kopf nicht frei, um eine politische Strategie zu entwickeln“.

Das Bündnis „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ schlägt derweil vor, die Demonstration „Wir haben es satt“ von Landwirten, Umweltschützern und Verbrauchern am 22. Januar 2011 in Berlin zu unterstützen. Viele von uns könnten das bei einigen ihrer Forderungen im Prinzip tun. Die Frage, ob es sich gerade Erwerbslose momentan allerdings überhaupt leisten könnten, eventuelle Preiserhöhungen aufgrund solcher Forderungen mitzutragen, muss jede(r) für

sich selbst beantworten. Der zentrale Grund, eine Teilnahme an der Demo unsererseits *auszuschließen*, muss allerdings sein, dass wieder einmal eine wichtige Hauptforderung der überparteilichen bundesweiten Montagsdemobewegung fehlt, nämlich jene nach radikaler Verkürzung der Lohnarbeitzeit.

Die Arbeitslosenzahl in Bremen lag nach Auskunft der Linksfraktion im November 2010 tatsächlich bei ungefähr 47.000 Menschen. Überträgt man dies auf Cuxhaven, wäre dort fast jede(r) Einwohner(in) erwerbslos. Viele Autohändler, Tankstellen, Elektrofachhändler oder Bekleidungsgeschäfte müssten schließen! Daher muss die Forderung nach radikaler Zeitverkürzung der Erwerbsarbeit und ihre gerechte Umverteilung auf alle erwerbsfähigen und -willigen Menschen in Deutschland unbedingt mit in einen Demonstrationsaufruf hinein. Genau dies ist die zentrale Forderung, die Erwerbslose stellen müssen: die gerechte Verteilung der Lohnarbeit – auf Kosten des Mehrwertes beziehungsweise der Profite der Unternehmer in Deutschland, nicht wieder auf Kosten der Nocherwerbstätigen. Ohne diese Forderungen sollte die Bremer Montagsdemo diese Aktion in meinen Augen nicht mehr unterstützen. Das Demobündnis sollte diese Forderungen solidarisch ergänzen, falls sie nur vergessen wurden.

Wir hören von einem erneuten Hartz-IV-Suizid in Höxter: Ein 43-Jähriger fühlte sich als Ein-Euro-Jobber im Altenheim nicht mehr ernst genommen. Unsere Mitkämpferin Katja von der Oldenburger Montagsdemo sprang bereits 2006 vom Dach der dortigen Universität. Sie konnte und wollte diese Politik nicht mehr ertragen. Andere gehen, auch ohne sich selbst das Leben zu nehmen, an dieser asozialen Gesetzgebung zugrunde, flüchten sich in Depression und Resignation oder sterben einfach von ganz allein, still und leise. Dies alles ist sehr traurig, und man muss selbst immer wieder dagegen ankämpfen. Aber die Betroffenen können sich nur selbst befreien, indem sie Widerstand leisten und sich solidarisieren. Niemand anders wird für sie diesen notwendigen Kampf führen! Sonst bleibt es dabei: Hartz IV macht frei, vogelfrei!

Es ist nicht nur die bundesweite Montagsdemo, die es bisher nicht schaffte, die Menschen in ausreichender Zahl zu mobilisieren, sondern die Erwerbslosenbewegung insgesamt. Wo können wir die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten am besten erreichen? Natürlich vor Jobcentern, Arbeitsämtern und „Tafeln“. Wie könnten wir es erreichen, dass sie selbst aktiv werden? Wie finden wir zum Beispiel Betroffene, die sich als parteilose Vertreter(innen) für die Kommunen wählen lassen? Mit diesen müssten wir dann inhaltliche Zusammenarbeit organisieren, ohne gleich Parteien zu gründen. Wie wäre es, wenn jede(r) Mandatsträger(in) der Linkspartei einmal im Jahr einen Bus finanzieren würden, damit die von dieser asozialen Politik betroffenen Menschen kostenlos nach Berlin kommen können, um an einer Demonstration der bundesweiten Montagsdemo teilzunehmen? Das könnten Hunderte von Bussen werden, und es würde mit Sicherheit nicht die Armen im Lande treffen! Weiterhin sollten sich alle Mitkämpfer(innen) dem Aufruf der Bremer Montagsdemo anschließen und versuchen, in ihren Städten und

Bundesländern Massenklagen zu organisieren – nicht allein gegen die Höhe der Regelsätze!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Noch vor Jahresende Überprüfungsantrag stellen! (I)

1. Das neue Jahr naht mit Brausen – und vielen Änderungen. Auszugweise haben wir darüber geredet. Schwerpunkt ist heute das alte Jahr 2010, insbesondere die Möglichkeit, mit einem Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X alle Entscheidungen, Bescheide und Widerspruchsbescheide bis zurück zum 1. Januar 2006 überprüfen zu lassen und anzufechten. Auch diese Möglichkeit soll eingeschränkt werden: Ab dem 1. Januar 2011 soll die Überprüfung nach § 44 SGB X nur noch ein Jahr rückwirkend möglich sein – somit nur noch rückwirkend bis zum 1. Januar 2010! Diese Änderung soll *nur* für SGB II und SGB XII gelten. Vorsichtshalber ist Eile geboten!

Die eventuell notwendigen Klagen vor dem Sozialgericht sind kostenlos. Eine Anwaltspflicht besteht erst ab den Bundessozialgericht. Dafür kann Prozesskostenhilfe beantragt werden. Wenn die Arge bei der Überprüfung eigene Fehler zugunsten des Antragstellers feststellt, so konnten diese Beträge bisher nicht zurückgefordert werden. Für 2011 ist dies anders geplant: Die Arge soll eigene Fehler auch rückwirkend berichtigen und den Betrag aufrechnen können. Dagegen ist Widerspruch möglich, wenn dieser Plan Wirklichkeit wird. Die Antragsstellung nach § 44 SGB X ist auch für Sozialhilfe und Grundsicherung möglich; alle Ausführungen gelten dann sinngemäß. **Den Antrag nach § 44 SGB X sollte stellen, wer zu wenig Geld erhalten hat, also:**

1. wer nur einen Teil seiner Miete oder Heizkosten erstattet bekommen hat, auch wenn er auf einen Teil der Miete verzichtet hat, weil die Mietobergrenzen in Bremen wahrscheinlich nicht gerichtsfest sind. Die Entscheidung steht noch aus. Die Deckelung der Heizkosten ist ebenfalls nicht gerichtsfest. Es ist geplant, dass Bremen ab 2011 die Rahmenbedingungen für die Erstattung der Kosten der Unterkunft selbst festlegen kann, daher möglichst bald einen geplanten Umzug durchführen!
2. wer eine Sanktion hingenommen hat.

3. wer eine nicht bereits mit Hilfebedürftigkeit einsetzende ALG-II-Leistung erhalten hat.
4. wer die beantragten Sonderzahlungen wie Klassenfahrt, Erstausstattung der Wohnung oder für das Baby nicht erhalten hat. Auch der Antrag ist Nachholbedarf, weil der Antrag auf ALG II alle anderen Leistungen umfasst. Dies ist ab 2011 anders geplant: Dann müssen für diese Leistungen Extraanträge gestellt werden.
5. wenn der Freibetrag für Versicherungen nicht berücksichtigt wurde. Er ist jedoch in den 100 Euro Grundfreibetrag bei Erwerbseinkommen enthalten.
6. wenn Leistungsbescheide zu 100 Prozent aufgehoben wurden, ohne die Kosten der Unterkunft teilweise anzuerkennen oder zu belassen.
7. wer sein Vermögen vor dem ALG-II-Bezug (teilweise) verbrauchen musste.
8. wenn bei Arbeitsaufnahme die Zahlung eingestellt wurde, der Arbeitslohn aber erst im nächsten Monat oder später auf dem Konto gutgeschrieben wurde, eventuell auch, wenn der Arbeitslohn erst am Monatsende einging (hierfür läuft noch die gerichtliche Überprüfung).
9. wenn durch die Behörde kein Hinweis auf die Möglichkeit erfolgte, ergänzendes ALG II zu beantragen. Hier ist der Antrag auf Überprüfung der Antrag auf Zahlung.
10. wer als Unterfünfundzwanzigjähriger bei seinen Eltern oder anderen lebt(e) und nur den verminderten Regelsatz erhält oder erhalten hat, weil die Ausgrenzung nach dem Lebensalter wahrscheinlich rechtsungültig ist. Ab 2011 ist unter Beibehaltung dieser Regelung ein neuer Leistungssatz geplant: Wer in einem anderen Haushalt wohnt und sich nicht an den Haushaltskosten beteiligt, soll ebenfalls einen reduzierten Regelsatz erhalten. Diese geplante Neuregelung ist altersunabhängig!
11. wer aufgrund eines Behördenfehlers Rückzahlungen geleistet hat. Die Behörde muss für Fehler selbst einstehen. Die Rückzahlung kann wiedergeholt werden. Es ist geplant, dass ab 2011 die Behörde auch eigene Fehler rückwirkend berichtigen und den überzahlten Betrag sofort aufrechnen kann. Dagegen ist aber unverändert Widerspruch möglich.
12. wer ein Darlehn für Mietdeponat oder -kaution durch Anrechnung zurückzahlt. Die gekürzten Beträge können zurückgefordert werden, weil diese Darlehn laut Gesetz im laufenden ALG-II-Bezug nicht rückzahlbar waren. Ab 2011 ist geplant, auch diese Darlehn mit zehn Prozent des Regelsatzes anzurechnen und zu tilgen. Allerdings dürfte diese Regelung nicht für die bestehenden Verträge greifen.
13. wer ein Darlehn bereits länger als zwölf Monate zurückzahlt und dadurch beeinträchtigt ist. Nach einem Antrag auf Überprüfung und Niederschlagung kann das Darlehn „ausgebucht“ werden.
14. wer sich selbständig gemacht hat und die Starthilfe nicht als Zuschuss, also geschenkt erhalten hat.

15. wer als Selbständiger mit ergänzendem ALG II Pauschalen der Arge, die unterhalb der steuerlichen Pauschalbeträge liegen, akzeptiert hat, insbesondere wenn die Pauschalen unter dem eigenem Aufwand lagen, zum Beispiel zehn Cent pro Kilometer bei Fahrten mit dem eigenen PKW.
16. wer ALG II nicht rückwirkend erhalten oder beantragt hat, weil er vorher erfolglos versucht hat, andere Sozialleistungen zu erhalten
17. wenn die Arge nicht akzeptiert hat, dass dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen muss, wer ein Kind unter drei Jahren erzieht. Alle Entscheidungen in diesem Zusammenhang sind anfechtbar.
18. wer in einem Ein-Euro-Arbeitsverhältnis reguläre Arbeit verrichtet (hat).
19. wer für andere Menschen Unterhalt gezahlt hat, *ohne* dass eine Verpflichtung dazu im Bürgerlichem Gesetzbuch steht. Die Frage ist noch gerichtsanhängig. Es ist ab 2011 geplant, jede Zahlung auf den Leistungsanspruch anzurechnen und vorrangig Zahlungen von anderen einzufordern, bevor der Leistungsanspruch auf ALG II entsteht. Auch rückzahlbare Darlehn sollen so vom Regelsatz gekürzt werden.
20. wenn frau ins Frauenhaus will und die Arge nein sagt, kann auch dies aufgerollt werden. Ein Bericht im „Weser-Kurier“ vom 25. November 2010 zeigt entsprechende Fehlentscheidungen der Bagis und anderer Leistungsträger auf.
21. wer über die Arge zur Bundeswehr vermittelt wurde und unterschrieben hat, um einer Sanktion zu entgehen kann, sich eventuell per Rückabwicklung von der Bundeswehr befreien, ohne eine Sanktion der Arge zu erhalten. Wie dies geht? Wir gehen mit!
22. wer die Umgangskosten für den Umgang mit seinen Kindern nicht oder nur teilweise erhalten hat.

Die Aufzählung ist unvollständig! Wenn Sie den Termin für den Widerspruch verpasst haben, können Sie bis zum 31. Dezember 2010 mit einem Antrag nach § 44 SGB II das Rad zurückdrehen. Diesen Antrag nach § 44 SGB X können Sie auch stellen, wenn Ihr Widerspruch abgelehnt wurde und der Widerspruchsbescheid rechtskräftig ist. Vielleicht sind Sie ein Quotenopfer, denn die Arge darf nur 30 Prozent der eingehenden Widersprüche positiv entscheiden. Alle anderen Widersprüche sind abzulehnen – egal, was darin steht. Wie dies geht? Wir gehen mit!

An den Entscheidungen der Argen ist zu zweifeln, denn vielleicht sind Sie ein „Sparschwein“, weil die Arge per Zielvereinbarung von der Bundesregierung gezwungen ist, bei der Regelleistung circa fünf, ab 2011 sogar circa sieben Prozent einzusparen. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, ist die Verhängung von Sanktionen und das Übersehen von Leistungsansprüchen. Sie können mit dem Antrag auf § 44 SGB X das Rad zurückdrehen. Diesen Antrag können Sie auch stellen, wenn die Frage noch nicht von den Gerichten geklärt wurde. Durch Antrag und notfalls Klage halten Sie Ihren Anspruch offen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Dieser Antrag nach § 44 SGB X kann auch allgemein formuliert werden, wenn Sie sich über den Sachverhalt noch nicht im Klaren sind. Was damals gesagt oder geschrieben wurde, lässt sich durch eine Akteneinsicht klären – aber vorher den Antrag nach § 44 SGB X stellen. Dabei können Sie auch die Akteneinsicht beantragen. Falls Sie mehr als eine Entscheidung konkret überprüfen lassen möchten, so stellen Sie für jede Entscheidung und jeden Sachverhalt einen Extraantrag. Schreiben Sie diese Anträge an unterschiedlichen Tagen, weil die Antwort der Arge oftmals nicht auf den Sachverhalt, sonder nur auf dessen Datum reagiert. Geben Sie jeden Antrag, auch mehrere, bei der Arge gegen Stempel ab, ncht per Post, auch nicht per Einschreiben. Für ein verlorenes Einschreiben gibt es circa 25 Euro Entschädigung. Dies ist wenig Geld für einen Antrag, der einiges ändern sollte. Ein verlorenes Einschreiben kann trotzdem wirken, aber das ist viel aufwendiger, als den Antrag gegen Stempel abzugeben. Persönlich muss der Antrag nicht abgegeben werden. Jeder Eingang ist von der Behörde gegenüber dem Überbringer zu bestätigen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Sie erhalten aufgrund Ihres Antrags nach § 44 SGB X einen Bescheid. Gegen diesen können Sie entsprechend der Rechtsbehelfsbelehrung Widerspruch einlegen. Gegen einen ablehnenden Widerspruchsbescheid ist dann notfalls die Hilfe des Gerichts erbeten, also Klage erheben! Falls Sie auch aktuell monatlich zu wenig Geld erhalten, können Sie die Hilfe des Gerichts per einstweiligem Rechtsschutz beantragen und müssen nicht auf den Bescheid warten. Denkbar ist dies, wenn Sie auch laufend nur einen Teil Ihrer Kosten der Unterkunft (Miete und Heizung) erhalten. In diesem Fall können Sie auch sofort nach dem Antrag auf § 44 SGB X den einstweiligen Rechtsschutz beantragen, also die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, selbst wenn Sie eine Verzichtserklärung für diesen Anteil der Miete unterschrieben haben, weil Sie die neue Wohnung brauchten. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

2. Wie geht es 2011 weiter? Die Neuerrechnung des Regelsatzes kann mensch nur als Betrug einstufen. Sozialrichter haben die Politik bereits auf die Folgen hingewiesen. Die fünf Euro sind ein Armutszeugnis, ein Beweis der Verantwortungslosigkeit! Selbst wenn die Regierung die Regelsatzerhöhung noch rechtzeitig fertig bringt, so ist auch dies keine Klaglosstellung – kein Grund, nicht eine sauber und transparent ermittelte **Regelleistung** mit gerichtlicher Hilfe einzufordern. Die Vielzahl der Hilfeschreie in Form von Klagen wird das Problem verdeutlichen! Außer den in vielen Stellungnahmen aufgezeigten Auswertungsfehlern fehlt die Vorsorge für die geplante Änderung der GEZ-Gebühr. Die Gebührenbefreiung soll beseitigt werden, jeder Haushalt soll zahlen. Wie soll dies gehen: circa 18 Euro aus diesem Regelsatz?

Die Kinderregelsätze werden als „überhöht“ dargestellt, Bildung und Teilnahme runtergerechnet auf zehn Euro. Das reicht für überhaupt gar nichts und wird wohl überwiegend verfallen, auch wegen der damit verbundenen Stigmatisierung. Wie die Vereine damit konfrontiert werden, ist sehr bürokratisch. Der Entwurf wur-

de komplett zurückgenommen (Geschäftsanweisung Nummer 39 der Bundesagentur). 1.300 zusätzliche Stellen sollen für diese Umsetzung bei den Argen eingerichtet werden. Das kostenlose Mittagessen wird anteilig vom Regelsatz abgezogen. Die Schulen et cetera müssen den Preis und die Anzahl der Tage ermitteln. Per Gutschein will das Jobcenter den Betrag regulieren und den im Regelsatz enthaltenen Betrag bei der Zahlung kürzen. Bereits jetzt werden über 50 Prozent der Aufwendungen für das Schulessen für die Verwaltung ausgegeben.

Ab 1. Januar 2011 soll die Bremer Arge, die Bagis, sich Jobcenter nennen. Eigentlich sollten dann alle Mitarbeiter(innen) einen gemeinsamen Arbeitgeber haben und infolgedessen einen gemeinsamen Betriebs- oder Personalrat. Das hat auch hier nicht geklappt. Es bleibt bei den bisherigen Arbeitgebern und den bisherigen Arbeitnehmervertretungen. Damit bleiben auch die bisherigen Ablaufhemmnisse erhalten. Der fragliche Referentenentwurf und damit der Entwurf für die Neufassung des SGB II und SGB XII beseitigt bewusst wieder alle von den Gerichten geschaffenen Klarheiten. Darunter leiden auch die Mitarbeiter in den Jobcentern. Die politische Führung erzwingt dieses unlautere Verhalten! Die einzelnen Mitarbeiter(innen) müssen weisungsgebunden arbeiten, der eine oder andere in kreativem vorauseilendem Gehorsam, aber eigentlich alle mit „Bauchschmerzen“ im Umgang mit den Hilfebedürftigen. Innerhalb der Behörde gibt es weiterhin befristete Arbeitsverträge, laufende EDV-gestützte Kontrollen und sehr unterschiedliche Gehaltshöhen.

Wie geht es 2011 weiter? Aus den Hilfebedürftigen werden Anspruchsberechtigte. Ansonsten heißt es abwarten. Bescheide und Zahlungseingang prüfen! Bei einer ausbleibenden oder verminderten Zahlung sofort reagieren. Einen weiteren Zwischenbericht gibt es nächsten Montag. Was bleibt? Es bleibt die Möglichkeit der Begleitung und die Freiheit, nicht vor Ort im Jobcenter zu unterschreiben, also Schriftliches mitzunehmen und in Ruhe zu überlegen. Sanktionen sollen allerdings *ohne* Eingliederungsvereinbarungen und Rechtsbehelfsbelehrungen möglich werden. Wie geht es 2011 weiter? Immer wieder montags: Bremer Montagsdemo! Kommt einfach her, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will eine friedliche Zukunft gestalten.

3. Was tut sich sonst in Bremen und Berlin?

- Die Bremer Immobiliengesellschaft hat rechnen lassen und allein für die Kostenberechnung 300.000 Euro an ein Architektenbüro bezahlt („Weser-Kurier“ vom 26. November 2010). Diese Kostenermittlung wird von kompetenter Seite als sehr überzogen angezweifelt. Ob der Vertrag so ist, dass die Rechnung angefochten wird?
- Die Behörde hat auch selbst gerechnet beziehungsweise in Form von geschätzten Rahmenbedingungen die „Naturfreunde“ erschreckt: Die Sanierungskosten der „Buchte“ sind plötzlich explodiert. Dort hat sich der Schwamm eingenistet. Die „Naturfreunde“ hatten den ersten Kostenvoran-

schlag fast zusammen, da kam dieser Kostensprung. Um den Erhalt des „Jugendhauses“ in der Buchtstraße wird weiter gerungen!

- Das Hotel am Unisee, dessen Investitionssumme 70 Millionen Euro betragen soll, erhält keine zusätzlichen Vergünstigungen oder Zahlungen. Dies hört sich gut an, doch bisher wurden die Rahmenbedingungen nicht geändert. Daher erhält der Investor 40 Prozent der Investitionssumme von der Hansestadt. Diese 28 Millionen sind nicht rückzahlbar. En weiteres Hotel für den gehobenen Anspruch soll am Eingang der Überseestadt entstehen. Wird Bremen noch vorher von Zuschuss auf Darlehn umsteigen, oder verschenken wir wieder 40 Prozent? Über die Bettensteuer kommt dies auf Jahre nicht wieder rein! Überflüssige Hotels lassen sich nach Jahren problemlos beispielsweise in Büros umgestalten.
- Die Rahmenbedingungen für geförderte Beschäftigung werden neu aufgestellt. Meine Meinung dazu ist bei der Bremer Montagsdemo nachlesbar.
- Frau Merkel hat keine Scheu, die geschönten Zahlen der Arbeitsmarktstatistik als Tatsache hinzustellen. Die Deutsche Bundesbank hat ihre Einschätzung ebenfalls uneingeschränkt auf diese geschönten Zahlen gestützt „Weser-Kurier“ vom 4. Dezember 2010 und auch nicht die Freizügigkeit für Arbeitnehmer im EU-Wirtschaftsraum berücksichtigt. „Heile Welt“ zu verkünden, ist schön zu Weihnachten, aber schädlich für die Allgemeinheit!
- Frau von der Leyen will ausländischen Fachkräften die Einwanderung erleichtern („Weser-Kurier“ vom 3. Dezember 2010) – und damit also nicht den Erwerbslosen die Weiterbildung, den Jugendlichen die Ausbildung? Sie will nicht die Qualifizierung der Migranten nutzen? Wirkt das Löschen der Qualifikation der Erwerbslosen durch die Argen? Sie löschen in den Datensätzen der Erwerbslosen die Qualifizierungsnachweise, weil diese Fachkenntnisse „nicht aktuell“ seien. Damit geht unnötigerweise viel Wissen über das Wissen verloren! Eine Datierung der Qualifizierung wäre aussagefähiger. Bei zugewanderten Menschen wird die Heimatqualifizierung meist gar nicht akzeptiert und somit nicht eingetragen. Die wenigen Eintragungen sind nun ebenfalls gelöscht. So wird EDV-gestützt dokumentiert, dass die Erwerbslosen ungebildet sind!

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“) – siehe auch Teil II

Zur **Vorbereitung** der **Weltfrauenkonferenz** der Basisfrauen vom 4. bis 8. März 2011 in Venezuela findet am **Dienstag**, dem **7. Dezember 2010** um **18:30 Uhr** ein Treffen im „**Zeitraum**“, Ritter-Raschen-Straße 4 in Walle, statt. – Am selben Tag um **19 Uhr** informiert der Verein „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 (Ecke Friedrich-Ebert-Straße) über die geplanten Verschlechterungen bei Hartz IV.

In anderen Branchen würde von Betrug oder Verfälschung gesprochen

1. Weil weder der Bremer Senat noch die Bundesregierung schlechte Meldungen gebrauchen können, werden die **Arbeitslosenzahlen** regelmäßig aufgehübscht. So werden bereits seit Längerem Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, einfach nicht mehr als arbeitslos mitgezählt, obwohl sie dies definitiv noch immer sind! Ebenso erscheinen auch fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, nicht in der offiziellen Statistik. Als auch diese Trickserei nicht mehr ausreichte, kam im Mai 2009 flugs die nächste Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler(innen) tätig werden, ist bitte der von ihnen „betreute“ Erwerbslose – Hokuspokus! – auf einmal gar nicht mehr arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat. In anderen Branchen würde von Betrug oder Verfälschung gesprochen werden, nicht so bei der Bundesagentur für Arbeit. Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Für Bremen machte dies die zuständige Sprecherin der Partei „Die Linke“ und deckte auf, dass im November 2010 im Bundesland Bremen 48.673 Menschen arbeitslos sind und nicht nur – wie gemeldet – 37.053 Personen. Fast 25 Prozent der Erwerbslosen werden in Bremen also einfach unterschlagen, um sich am vermeintlichen Erfolg der Arbeitspolitik berauschen zu können. Ganz schön peinlich! Danke, Inga Nitz!

2. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ heißt die Entscheidung des Düsseldorfer Landtags willkommen, gegen die von der Bundesregierung vorgelegten **Hartz-IV-Eckregelsätze** vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Die Fraktionen von SPD und „Bündnis 90/Die Grünen“ folgten damit einem Antrag der Fraktion „Die Linke“, gegen die von der Bundesregierung vorgelegte Regelsatzverordnung zu klagen. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, begrüßte diese Entscheidung als eine für alle Betroffenen äußerst positive Nachricht. Wenn nun die Bundesregierung mit ihrem offenbar rechtswidrigen Vorhaben durchkommen sollte, müssen Betroffene sich doch nicht erst jahrelang durch die Instanzen kämpfen. Damit wird ein langwieriger Weg erheblich verkürzt. Nicht nur nach Meinung des Forums grenzen die vorgelegten Berechnungen schon fast an Betrug gegen Betroffene. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ und andere bundesweite Erwerbslosennetzwerke setzten sich als Bündnis „Krach schlagen

statt Kohldampf schieben! 80 Euro für Ernährung sofort!“ für einen Regelsatz ein, der sich auch an den Bedarfen den Menschen ausrichtet und nicht an der jeweils politisch gewollten, verarmten Haushaltslage. Sehr löblich finde ich es, dass auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ den Bundesrat aufforderte, die Zustimmung zu dem Gesetzpaket zu verweigern und ankündigte, Betroffene bei Klagen gegen das Gesetz zu unterstützen.

3. In einer Langzeitstudie untersuchten Wissenschaftler seit 2002 die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen in Deutschland. Aktuell haben die Forscher die Folgen der Wirtschaftskrise unter die Lupe genommen – und dabei eine „deutliche Vereisung des sozialen Klimas“, rohe Bürgerlichkeit und einen zunehmenden Klassenkampf von oben beobachtet. Die Feindbilder in einer durchweg wirtschaftlich geprägten Gesellschaft seien Muslime und „wirtschaftlich Nutzlose“. Auf die Fragen, welche Auswirkung das Gefühl der Bedrohung durch die Wirtschaftskrise auf Einstellungen zu schwachen Gruppen hat, wie es um die Solidarität in unserer Gesellschaft steht und welche Entwicklung sich dabei abzeichnet, zeigte sich, dass in höheren Einkommensgruppen deutliche Anstiege hinsichtlich abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen vorzufinden sind. Auch sprechen die Wissenschaftler von einer zunehmend „rohen Bürgerlichkeit“, die sich dadurch auszeichnet, dass es infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf „Entsicherung“ und „Entkultivierung“ gebe, die auch über „angeblich liberale Tages- und Wochenzeitungen“ manipuliert, äh verbreitet werde.

Wenn die neue Formel des Abbaus von sozialstaatlichem Anrecht auf Unterstützung lautet: „Gnade durch Wohlhabende und Selbstverantwortung der sozial Schwachen“, dann nenne ich das die Arroganz und Selbstherrlichkeit der Satten, die dank bestimmter unterstützender Medien offenbar nicht mitbekommen wollen, dass nicht jeder seines Glückes Schmied sein kann, weil dies in Deutschland fast immer nur davon abhängt, wie viel Geld die Eltern im Portemonnaie hatten. Ab einem Haushaltseinkommen von 2.500 Euro pro Kopf scheint der gepflegte Konservatismus abgestreift zu werden, und zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen verwandeln sich offenbar in unzivilisierte und intolerante. Wenn sich die zum Beispiel die Islamfeindlichkeit insbesondere bei höheren Einkommensgruppen zeige, kann Bildung in diesem Fall nicht entgegenwirken! Auch die **Entsolidarisierung** der Besserverdienenden fällt bei den Ergebnissen der Studie ins Auge. Wohlhabendere fühlen sich ungerecht behandelt – obwohl es eine Umverteilung von unten nach oben gebe. Schrecklich, wie die ökonomistische Sichtweise immer mehr Einzug in sterile Köpfe erhält, weil Empathie offenbar als Sozialromantik abgewertet wird, und echte Menschen aus Fleisch, Blut, Herz und Seele nur noch nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen beurteilt werden! Ich empfinde es als sehr bedrohlich, wenn derartiges rechtspolitisches Gedanken-„Gut“ in alle gesellschaftlichen Gruppen vordringt und so den Boden dafür schafft, dass

mit bestimmten „unwürdigen“ Menschen, die halt nicht mehr ökonomisch verwertbar sind, unmenschlich umgegangen werden darf. Ein Déjà-vu-Erlebnis?

4. Die Uno mahnte am Welttag zur Abschaffung der **Sklaverei**, dass diese Missstände noch des 21. Jahrhunderts – wie der Verkauf von Menschen an Sextouristen oder ihre Erniedrigung und Ausbeutung als Schuldknechte in Steinbrüchen und Garküchen – abgeschafft werden müssen. Wie viele Menschen mit falschen Versprechen, die ihnen das große Glück für sich und ihre verarmte Familie vorgaukeln, aus ihrer Heimat weggelockt und verschleppt werden, weiß niemand, weil es keine genauen Zahlen gibt. Die Ausbeutung findet oft im Verborgenen und immer in der Illegalität statt. Die Internationale Arbeitsorganisation kommt 2005 in einer Erhebung auf 12,3 Millionen Zwangsarbeiter weltweit, wobei etwa die Hälfte Kinder sind. Andere Menschenrechtsorganisationen kommen unter Einbeziehung der gigantischen Dunkelziffer sogar auf 27 Millionen Sklaven. Laut Europol gilt Menschenhandel als eines der am schnellsten wachsenden kriminellen Gewerbe überhaupt.

Historische Tiefstpreise auf dem Ausbeutungsmarkt machen das Geschäft mit der menschlichen Arbeitskraft besonders lukrativ. In einigen Teilen der Welt muss für einen Sklaven gerade einmal zehn Dollar gezahlt werden. Der weltweite Durchschnittspreis liegt bei 90 Dollar. Angepasst an den heutigen Dollarkurs ist ein moderner Sklave nur noch ein Tausendstel dessen wert, was ein Sklaventreiber des 19. Jahrhunderts für seine Arbeitskräfte zahlen musste. Abartig, Menschen zu verkaufen! Gemäß der neoliberalen Durchökonomisierung werden Leib und Leben der Zwangsarbeiter wesentlich weniger geschont als damals. Leider ist davon auszugehen, dass im derzeitigen finanziellen Klima Arbeitsausbeutung eher zunehmen als abnehmen werde. In nahezu jedem Land auf der Welt gibt es einen Markt für Sklavenhandel. In den Industrienationen gilt der Frauen- und Mädchenhandel als besonders profitabel. Dabei bedienen sich einige Sklavenhändler eines besonders perfiden Tricks, mit dem sie sich häufig Frauen aus schwarzafrikanischen Ländern gefügig machen: Vor ihrer Ausreise müssen sich die Zwangsprostituierten einem Voodoo-Ritual unterziehen und wagen es dann aus Furcht vor Tod oder Krankheiten nicht, aufzubegehren oder ihr Schweigegelübde zu brechen.

Ich finde, dass die Tendenz, Erwerbslose gegen ihren Willen in unbezahlte beziehungsweise nur mit einem Ein-Euro-Job oder Bürgerarbeit „honorierte“ Arbeit zu zwingen, ein Schritt in die gleiche Richtung ist, der Menschen um ihre Selbstbestimmtheit und einen angemessenen Lohn bringt. Hartz-IV-Bezieher werden von den zuständigen Behörden gezwungen umsonst zu arbeiten, als Null-Euro-Jobber, und das nicht in gemeinnützigen Einrichtungen, wie zum Beispiel angeblich die Ein-Euro-Kollegen, sondern in ganz normalen Unternehmen, auf ganz gewöhnlichen Arbeitsplätzen, oft monatelang. In dieser Zeit kommt der Steuerzahler für den Lebensunterhalt auf. Eine der Folgen ist, dass reguläre Arbeitsplätze verschwinden. Bezahlung gibt es nicht und wer sich weigert teilzunehmen, der

bekommt halt 30 Prozent des Arbeitslosengeldes gekürzt. Das Wegducken des Bundesarbeitsministeriums ist übrigens ein Teil des Skandals. Dabei urteilte das Sozialgericht Aachen ganz eindeutig, dass unentgeltliche Arbeit nicht zumutbar ist.

5. Das von Schulden geplagte Spanien kündigte ein neues **Anti-Krisen-Paket** an, wobei die Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die Großflughäfen in Madrid und Barcelona sowie die staatliche Lotteriegesellschaft teilweise privatisieren will. Um die Wirtschaft anzukurbeln, sollen kleine und mittlere Unternehmen außerdem Steuererleichterungen erhalten. Nur ganz am Rande wird eine furchtbare soziale Grausamkeit erwähnt: Eine Sonderhilfe für Langzeitarbeitslose in Höhe von 426 Euro pro Monat soll ab Februar 2011 nicht mehr gezahlt werden. Natürlich wird dieses menschenverachtende Maßnahmen-Paket, das den Erwerbslosen den Boden unter den Füßen wegzieht, von der EU-Kommission begrüßt. Wenn für über eine Million Betroffene die einzige Einnahmequelle einfach mal eben so ersatzlos wegfällt, dann geht die giftige Saat des Lissabonner Vertrages auf! Diese 426 Euro Sonderhilfe sind vergleichbar unserem Hartz IV, nur noch erheblich mieser als bei uns. Wenn die jetzt bei Erwerbslosen gestrichen werden, müssen sie eigentlich regelrecht verhungern, als Tagelöhner arbeiten oder auf Müllkippen sammeln. Wohl dem, der noch auf ein wenig Unterstützung durch Freunde und Verwandte bauen kann! Doch wird es ihre Not sicherlich besänftigen, wenn durch ihr Fallen durch die ehemals sozialen Maschen die Märkte wieder mehr Vertrauen in die öffentlichen Finanzen Spaniens gewinnen können. Was in Spanien passiert, ist eine Katastrophe, und wir sollten und müssen uns mit den Spaniern solidarisieren! Derlei Sauerei ist in Deutschland nicht möglich, weil in Deutschland der Sozialstaat im unveränderlichen Teil des Grundgesetzes festgeschrieben steht.

6. Letzte Woche vernahmen wir wenig überrascht, dass Heiner Geißler sich für „**Stuttgart 21**“ aussprach – weil ein Ausstieg zu teuer sei. Die Forderung nach Korrekturen an den Bahn-Plänen in mehreren Punkten stellte den Bau eines unterirdischen Bahnhofs nicht wirklich in Frage. Daher sind die Gegner des Projekts logischerweise trotzdem weiterhin unzufrieden. Ich kann es nicht nachvollziehen, wie Geißler den Bau des Tiefbahnhofs befürworten kann, auch wenn gleichzeitig die bei einer Untertunnelung freiwerdenden Gleisgrundstücke Immobilienspekulationen entzogen werden und gesunde Bäume im Schlossgarten erhalten bleiben müssen. Ich würde gerne mal dabei zugucken, wie mehrere Hundert Jahre alte Bäume verpflanzt werden, damit sie an den Umbauten keinen Schaden nehmen!

Dass die Mineralwasserquellen gefährdet werden, der Boden absacken könnte und die Bäume und Pflanzen nicht mehr an das abgesenkte Grundwasser herankommen, scheinen nicht bedacht zu werden, wenn es immer nur um das Thema Geld geht. Da der Bahnhof nun doch gebaut wird, muss der Widerstand na-

türlich weitergehen! Ob Geißler die Schlichtung allein deswegen als vollen Erfolg werten muss, um irgendwie doch einen Sinn in seinen Bemühungen sehen zu können? Dass die Gespräche offen und transparent gewesen seien, halte ich für ein Gerücht, angesichts der Tatsache, dass die Bahn den Projektgegnern in etliche Unterlagen keinen Einblick gewährte! Spätestens im März 2011 wird die Bevölkerung hoffentlich dem Ministerpräsidenten Stefan Mappus bei der Landtagswahl einen deutlichen „Schlag ins Gesicht“ geben, der endlich zu seiner Abwahl führt! Solche unsinnigen Großprojekte, die lediglich die Interessen einiger weniger Gruppen von Bauunternehmern und Investoren beglücken und „kein Geld“ mehr in den öffentlichen Kassen für die finanziell Ärmsten der Bevölkerung zur Verfügung stellen, gehören endlich abgeschafft und ihre neoliberalen Vertreter abgestraft ins politische Aus!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Atommüll-Transportstopp, ein wichtiger Erfolg des Widerstands

Heute Morgen hat Umweltminister Röttgen den Transport von sechs Castoren mit hochradioaktivem Atommüll aus Ahaus in den russischen Atomkomplex Majak abgesagt – nachdem er ihn in den letzten Wochen vehement verteidigt hatte. Majak ist eines der Gebiete mit der größten radioaktiven Verseuchung in der Welt. Die Explosion eines Tanks mit 80 Tonnen radioaktivem Material hat 1957 die Region wesentlich stärker vergiftet als die Region um Tschernobyl nach dem Unfall im Jahr 1986. In Majak lagern bis heute große Mengen Plutonium und hoch angereichertes Uran in unzureichenden Schutzräumen. Die Bevölkerung in der Umgebung wird seit Jahrzehnten als *Versuchskaninchen* verwendet, um die langfristige Entwicklung einer menschlichen Population nach einem schweren Atomunfall realistisch zu untersuchen.

Seit dem Unfall werden alle verseuchten Flüssigabfälle direkt in die Flüsse eingeleitet. Die Menschen leiden unter schweren Strahlenkrankheiten, und viele sterben an den Folgen ihrer verseuchten Umwelt. Die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen ist extrem hoch. Herr Röttgen sind diese Zustände schon lange bekannt, und er weiß, dass es verantwortungslos und kriminell ist, die Castoren nach Russland zu transportieren. Dennoch wollte er bis vor Kurzem den Atomtransport mit allen Mittel durchsetzen. Am 1. Dezember 2010 wurden in Ahaus

mehrere Gefangenensammelkäfige mit einem Kran in die Tiefgarage der Ahauser Polizei eingelagert, um eine groß angelegte Verhaftung von blockierenden Atomkraftgegnern vorzubereiten.

Aber heute hat Röttgen sich dem politischen Druck des Widerstands vorerst gebeugt. 10.000 Menschen hatten sich im Wendland quergestellt, 40.000 haben innerhalb von sechs Tagen online einen Protestaufruf gegen die Regierung unterschrieben. Die Senatsregierungen in Hamburg und Bremen konnten die Atomtransporte über ihre Häfen nicht garantieren und wollten Massenproteste verhindern. Dieser Erfolg zeigt doch wieder einmal, dass wir erfolgreich kämpfen können! Das widerlegt die weit verbreitete Denkweise, „das bringt doch alles nichts, die da oben machen doch sowieso, was sie wollen“.

Die Montagsdemo hat zu dem Erfolg auch ein Stück weit beigetragen. In den letzten Wochen haben wir immer wieder die Atompolitik angegriffen und das Verbot von Atomtransporten vom Bremer Senat gefordert. Aber es heißt wachsam bleiben und noch eine Schippe drauflegen! Die „schadlose Verwertung“, die das deutsche Atomgesetz vorschreibt, sei in Majak gegenwärtig nicht möglich, so argumentiert Atomminister Röttgen plötzlich und betont, seine Entscheidung sei „zunächst endgültig“. Damit hält er sich ein Hintertürchen offen, einen Transport nach Russland später noch mal zu prüfen und durchzuziehen, wenn sich die Wogen geglättet haben. Aber diesen Gefallen werden wir ihm nicht tun!

Jetzt erst recht: Keine Verlängerung der Laufzeiten und keine weitere Produktion von Atommüll! Sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien! Für ein Verbot des Transport radioaktiven Materials durch die Bremer Seehäfen! Keine Wiederinbetriebnahme des Pannenreaktors Krümmel bei Hamburg! Die Bundesregierung ist mit ihrer Atompolitik gescheitert. Sie kann gehen!

Harald Braun

Hartz IV mit Klagen und aktivem Widerstand zu Fall bringen!

Die Abwälzung der Krisenlasten hat in Spanien eine neue Qualität erreicht. Am Freitag sind Fluglotsen in Streik getreten, weil ihnen die Jahresarbeitszeit um 60 Prozent heraufgesetzt und das Einkommen um 43 Prozent gekürzt wurde. Zum ersten Mal seit Ende des Faschismus im Jahr 1975 wurde der Notstand ausgerufen. Militär übernahm die Kontrolle, Lotsen wurden zwangsverpflichtet. Streik gilt vor dem Militärgericht nun als „Ungehorsam“ und wird mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bedroht. Auch wenn die Lotsen sehr viel verdienen, angeblich bis zu 300.000 Euro im Jahr: Es geht um den Grundsatz! Hier zeigt sich, wie die Re-

gierungen vorgehen, wenn sie ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bedroht sehen.

Wenn auch in Deutschland Notstandsgesetze ausgerufen werden, sind wir schon bei Führer und Gefolgschaft. Wehret den Anfängen! Was mit den Lotsen anfängt – weil sich vermeintlich niemand darüber aufregt, denn die sind ja so „reich“ –, wird beim Maschinenbediener, dem Lokführer, dem prekär Beschäftigten weitergehen. Auch in Portugal, Spanien, Griechenland und Irland wird brutal bei der Abwälzung der Bezahlung der Krise vorgegangen. In Portugal traten drei Millionen Menschen dagegen in Generalstreik, ähnlich in Spanien, Irland und Frankreich. Als nächstes droht der Staatsbankrott in Belgien.

Die Banken treiben das voran: Im ersten Schritt machten sie hochspekulative Geschäfte, zockten wie die Weltmeister auf fallende oder sinkende Kurse, bis die „Blase“ platzte – dann ließen sie sich mit Billionen Euro „retten“. Durch völlige Ausplünderung der Staatshaushalte für die „Bankenrettung“ kamen die Staatshaushalte an den Rand des Bankrotts! Jetzt wird schon wieder spekuliert, und zwar von denselben Banken wie Deutsche Bank, HRE oder HSH-Nord. Die Folge ist extremer Zinsanstieg für die von der Pleite bedrohten Staaten, was deren Zahlungsunfähigkeit besiegelt und wieder neue „Rettungspakete“ in Billionenhöhe nach sich zieht. All das wollen die Regierungen dann aus dem Volk herauspressen, etwa mit Steuern, Massenentlassungen und Lohnsenkungen.

Oberspekulant Nonnenmacher, Vorstandsvorsitzender der HSH-Nordbank, fordert jetzt dreist 4,8 Millionen Euro Abfindung. Gleichzeitig kam heraus, dass eben von dieser Bank die türkische Justiz mit Millionen geschmiert wurde. Nonnenmacher in den Knast! Derweil ist Umweltgipfel in Cancun, Mexiko. Die Verursacher der globalen Umweltkatastrophe machen aber keinerlei Schritte zur wirkungsvollen Eindämmung des Kohlendioxid- Ausstoßes, es zählt nur ihr schneller Profit. Hierzu Friedrich Engels: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ Dieses System muss weg!

Immer mehr Menschen müssen flüchten, weil sie durch Krieg und Umweltkatastrophen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Hier vegetieren sie dann unter unmenschlichen Bedingungen, zum Beispiel im Flüchtlingslager Zella-Mehlis: 170 Menschen, darunter viele Kinder, sind ohne warmes Wasser. Die Heizungsventile stehen nur knapp über Null. Viele haben Angst, zum Arzt zu gehen, weil dann vielleicht Abschiebung droht. In den Augsburger Asylbewerberheimen sind die Bewohner jetzt in einen „Streik“ getreten. Sie fordern Geld statt Essenspaketen und bessere medizinische Versorgung Dort müssen sich acht Menschen

einen 25 Quadratmeter kleinen Raum teilen! Am Donnerstag sollen 80 Menschen von Düsseldorf aus nach Serbien abgeschoben werden. Dagegen protestieren Menschenrechtsorganisationen.

Der Kampf gegen „Stuttgart 21“ geht weiter. Nach Heiner Geißlers „Schlichterspruch“ von „S21 plus“ gibt es jetzt „Widerstand plus“ gegen das „Lügenpack plus“! Die Konsequenz nach dem blutigem Donnerstag lautet jetzt: In Baden-Württemberg werden 78 neue Wasserwerfer angeschafft. Nächster Samstag gibt es in Stuttgart eine überregionale Demo, mit einem Sonderzug aus Berlin. Es hat sich bewahrheitet, dass die „Schlichtung“ eine Farce war und den einzigen Zweck hatte, den Widerstand zu spalten und mit einer „Friedenspflicht“ zu lähmen. Grünen-Politiker Wölfle, der schon vor Längerem verkündet hatte, „S21 kritisch begleiten“ zu wollen, nennt das jetzt „besser als nichts“ und macht Wahlkampf. Entscheidend ist aber nicht das Stimmkreuz, sondern der aktive Widerstand! In Hamburg waren die Grünen vor der Wahl gegen das Kraftwerk Moorburg. Nach der Wahl war es dann „leider schon beschlossen“.

Die Hartz-Gesetze müssen weg! Der Regelsatz ist viel zu niedrig: Mit 364 Euro im Monat kann man sich nicht gesund ernähren und schon gar nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Deswegen unterstütze ich auch die Klagen gegen Hartz IV. Zu Fall bringen können wir es nur, wenn dagegen ein aktiver Widerstand wie gegen „S21“ entsteht. Dazu können wiederum die Klagen dienen, wenn sie mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit verbunden werden!

Wolfgang Lange (MLPD)

Milliarden für „Weihnachtsruten“

Geschenke sind bekanntlich nicht immer Anlass zu ungetrübter Freude. Erst recht nicht dann, wenn sie – aus Steuergeldern finanziert – der Rüstungsindustrie in den unersättlichen Rachen geworfen werden. Die in Rede stehenden Milliardensummen stammen sämtlich aus der staatlichen Spendierhose von „Verteidigungsminister“ Karl-Theodor zu Guttenberg und sind zur weihnachtlichen Beglückung des Rüstungskonzerns EADS gedacht. Zum Vergleich: Der Bremer Staatshaushalt muss mit 4,1 Milliarden Euro auskommen.

In einer Pressemitteilung vom 6. Dezember 2010 kritisiert das „Bremer Friedensforum“ diesen lockeren Geldfluss für den Rüstungsbetrieb. Das sei ein großzügiges Weihnachtsgeschäft für den Krieg! Minister zu Guttenberg wolle nach Informationen des „Spiegel“ EADS für den Militärtransporter A400M ein bedingt

rückzahlbares Darlehen über 500 Millionen Euro gewähren. Außerdem müsse EADS 390 Millionen Euro, eine für den Konzern fällige Entschädigung wegen Lieferverzögerung, nicht zahlen. Zusammen mache das fast eine Milliarde Euro aus, welche die Steuerzahler dem Rüstungsunternehmen zu Weihnachten schenkten.

Dies sei noch nicht alles, denn zu Guttenberg habe entschieden, dass laut entgegengesetzter früherer Erwägungen nun auch die Entwicklung der europäischen Drohne „Talarion“ bei EADS laufen könne. Das sei ein Milliardenprojekt, und nach allen Erfahrungen werde es nicht bei drei Milliarden Euro bleiben. Das „Bremer Friedensforum“ stellt dazu fest, so Sprecher Hartmut Drewes, dass für Rüstung und Krieg das Geld aus dem Staatshaushalt immer lockerer fließe, entgegen der christlichen Weihnachtsbotschaft „Friede auf Erden“. Aber dies störe einen „christlichen“ Minister wohl wenig.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kungeln und Einknicken vor der Bundesratsabstimmung?

Die „Hartz-IV-Plattform“ appelliert an Linke und Grüne, nicht den Versuchungen von Machtpokerspielen zu erliegen. Eine Woche vor dem von der Bundesregierung angestrebten und hinter den Kulissen eingefädelten glatten Durchmarsch des neuen Hartz-IV-Gesetzes im Bundesrat nähert sich das Hin und Her der Oppositionsparteien um ein Jein seinem Höhepunkt. Nicht genug, dass die Grünen – besoffen vom Umfragehoch – kopflos ihr Hamburger Feld im Bundesrat geräumt haben. Jetzt sind auch noch von Gregor Gysi Signale des Einknickens hinsichtlich der Höhe des Regelsatzes zu vernehmen.

Wir appellieren an die Linksfraktion, nicht bereits im Vorfeld ihre Forderung von wenigstens 500 Euro ohne Not aufzugeben, wie Gysis Äußerungen laut Internetportal „Gegen Hartz“ zu entnehmen ist. Recht hat der Chef der Bundestagsfraktion nach Ansicht der Hartz-IV-Bürgerinitiative mit seiner Kritik an den Grünen, die in verblendeter Neuwahl-Euphorie den Hamburger Bettel ohne Not so früh hingeworfen haben, dass die ablehnende Bundesratsmehrheit der Opposition für die Abstimmung des menschenunwürdigen neuen Gesetzes Ursula von der Leyens auf der Kippe steht. Warum er zugleich aber ein Zustimmungsangebot formuliert, das die bisherige Forderung seiner Partei mit

420 Euro auf 80 Prozent zusammenschrumpfen lässt, entbehrt jeder Notwendigkeit und Verantwortung, an die er selber bei den Grünen so vehement appelliert.

Wir können nur hoffen, dass das nicht das letzte Wort seiner Partei ist, zumal Gysi sich in diesem Zusammenhang zwar für den für Arbeitslose aktuell nicht vorrangig unter den Nägeln brennenden Mindestlohn ausspricht, aber kein Wort verliert über die weit dramatischeren Folgen des Gesetzes, nämlich die bevorstehenden unzureichenden Mietpauschalen sowie die Existenzbedrohungskeule der Sanktionen. Mit Blick auf die Grünen teilen wir Gysis Empörung über das folgenschwere Wegwerfen der Bundesratsmehrheit vor der für Millionen Betroffene entscheidenden Abstimmung über das abermals verfassungswidrige Hartz IV-Gesetz am 17. Dezember 2010 – und das nur eine Woche vor dem „Fest der Liebe“ und des Schenkens, das nach dem Willen des christliberalen Gesetzgebers Hartz-IV-Betroffene dann auch weiterhin nicht mitfeiern sollen.

Zuschrift von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Montagsdemo**, da der Marktplatz belegt ist, um **17:30 Uhr** an der **Domsheide**. Von dort ziehen wir weiter zum **Hanseatenatenhof** und später zum **Bahnhofsvorplatz**, um ab **18:45 Uhr** am **Schwabenstreich** teilzunehmen.

Schauspieler **Walter Sittler** ist auf Tournee! Am 8. Dezember gastiert er in **Bremen**. Am **Donnerstag**, dem **9. Dezember 2010**, hat er tourneefrei und kommt um **18:45** Uhr zum zweitem **Schwabenstreich** in der Nikolauswoche vor dem Hauptbahnhof. Eingeladen sind „Linke“, „Grüne“, Montagsdemo, BUND, DGB, GDL, Transnet und alle anderen Gegner von „Stuttgart 21“. Auch nach der missglückten „Schlichtung“ bleiben wir laut! Oben bleiben!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

308. Bremer Montagsdemo am 13. 12. 2010

Einladung zur Jahresabschlussfeier

Wir laden ein zur Jahresabschluss- und Weihnachtsfeier nach der **309. Bremer Montagsdemo** am **20. Dezember 2010**. Sie beginnt um **19:30 Uhr** im Haus der „Naturfreundejugend“ in der **Buchtstraße 14** (Nähe Domsheide). Es gibt wieder Glühwein, Würstchen, Salate und Kekse gegen Spende – und Gelegenheit für Gespräche und Kultur. Alle, die beim Schmücken helfen möchten, treffen sich um 17 Uhr in der Buchtstraße und bereiten alles vor. Die Montagsdemo beginnt um **17:30 Uhr** an der **Domsheide** vor der „Glocke“. Gegen 17:45 Uhr folgt die Kundgebung am Hanseatenhof. Um 18:25 Uhr demonstrieren wir weiter zum Hauptbahnhof. Dort beginnt um 18:45 Uhr die Kundgebung zum Schwabenstreich, der dann unüberhörbar zur vollen Stunde ertönt. Danach sind alle eingeladen, mitzukommen zur Jahresabschlussfeier. Noch erwünscht sind einige Salate und Gebäck. Wer helfen will, melde sich bitte bei Jobst (Telefon 705 687 oder E-Mail jobst.roselius(at)nord-com.net). Gleiches gilt für kulturelle Beiträge, Musik, Saalschmuck sowie für Fragen oder Anregungen.

Initiative Bremer Montagsdemo

Hartz IV solltet ihr abschaffen!

Vom Bundestag komm ich nicht her,
Bring trotzdem viel der neuen Mär:
Gesetz verschärft, fast schon geborn,
von Super-Mammi auserkorn!

Fragt ihr, was es ist:
Ist schwarz-gelber Mist!
Kein Zebaot, kein andrer Gott:
Hartz IV solltet ihr abschaffen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Massenhaft Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz einreichen! (IV)

Norbert: Nordrhein-Westfalen zieht vors Bundesverfassungsgericht! Die Information des „Erwerbslosenforums“ ist zutreffend. Die entsprechende Passage im Beschlussprotokoll findet sich unter Top 9. Diese Entwicklung ist begrüßenswert, weil es nun, wie Martin Behrsing richtig sagt, nicht mehr notwendig sein wird, dass die Betroffenen klagen. Möglicherweise wäre es für sie jedoch vernünftig, trotzdem den Klageweg zu beschreiten. Für eine Beurteilung dieser Frage ist zunächst einmal eine Einschätzung des politischen Szenarios und seiner Entwicklung in den nächsten Wochen erforderlich. Nach dem Ende der Hamburger Koalition gibt es im Bundesrat nur noch eine Mehrheit von einer Stimme gegen die Regierungsvorlage. Weil bis zum 17. Dezember der Ausgang im Bundesrat nicht vorhergesagt werden kann, müssen beide möglichen Optionen – a) direkte Zustimmung zur Gesetzesvorlage, b) Verweisung an den Vermittlungsausschuss – als Grundlage in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Bei einer direkten Zustimmung im Bundesrat würde die Klage Nordrhein-Westfalens unmittelbar erfolgen.

Der Vorgang wird dann noch einmal in den Nachrichtensendungen erwähnt, bis zum Urteil wäre jedoch davon nichts mehr zu vernehmen. Allerdings könnten wir Betroffenen damit rechnen, dass in Talkshows, „Expertenrunden“ und Boulevardpamphleten eine unverminderte Hetze gegen die sich im Luxus aalenden, auf Kosten der Allgemeinheit faulenzenden Hartz-IV-Empfänger erneut losbricht. Allein schon um dem entgegenzuwirken, halte ich es für vernünftig, mit den geplanten Massenklagen dagegen vorzugehen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Handeln der politisch Verantwortlichen zu richten und das allgemeine Problembewusstsein für die tatsächliche Lebenslage der Betroffenen zu schärfen. Vernünftig erscheint uns ebenso, dass die geplante Aktion natürlich eine strukturbildende Wirkung in den betroffenen Bevölkerungsschichten entfalten wird, die für ein weiteres Vorgehen gegen die Hartz-Gesetzgebung und andere sozialpolitisch brisante Themenfelder von entscheidender Bedeutung sein kann. Um verfahrensrelevante Aspekte wie Prozesskostenhilfe oder Musterklage abzuklären, werden wir in diesen Tagen einen weiteren Besprechungstermin bei unseren Anwälten wahrnehmen.

Gerolf: Ich bin ungeübt in der Ausdeutung von Parlamentsbeschlüssen, aber dass die Düsseldorfer „*Landesregierung dann klagen muss*“, wie Martin Behrsing bereits zu frohlocken wagt, kann ich aus dem Änderungsantrag der „Linken“ beim besten Willen nicht herauslesen. In der Begründung heißt es, die *Landesregierung solle sich für eine Normenkontrollklage einsetzen*, wenn die derzeit geplante Regelsatzberechnung zum 1. Januar 2011 von der Bundesregierung umgesetzt werde. Nicht nur, dass die Reform diese Woche im Bundesrat jedoch zu schei-

tern droht und für die weiteren Monate nichts gesagt wird: Am „rein appellativen Charakter des Antrages“ von SPD und Grünen ändert das Hinzufügen des Punktes Normenkontrollklage rein gar nichts. Der Beschluss lautet nun schwammig: „Der Landtag *fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf einzuwirken, dass* (...) für den Fall, dass die Regelsätze wie im Entwurf für ein ‚Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch‘ zum Jahresanfang 2011 in Kraft treten, *der Klageweg beschritten wird*, weil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht beachtet worden sind.“

Den Buchstaben dieses Beschlusses Genüge tut nach meinem Textverständnis bereits eine „kraftvolle“, via Verteiler auf die Handys der Berliner Oppositionsabgeordneten gesimste „Einwirkungskurzmeldung“ aus der Düsseldorfer Staatskanzlei: „Bitte schnell wg. H4 in Karlsruhe klagen (wichtig!!!)“ Hier wurde von den Schöpferparteien der Agenda 2010 schlicht das Hintertürchen geöffnet, dass die *Landesregierung nicht selbst klagen muss*, aber die rot-grünen *Bundestagsfraktionen vielleicht noch lange nicht klagen wollen*. Solchen „linken“ Anträgen lässt sich leicht zustimmen!

Keinesfalls in den kalten Wind schlagen möchte ich aber Martin Behrsings gut gemeinten Rat, „exponierte Vertreter der bürgerlichen Mitte ins Boot“ zu holen. Nach dem Schwabenstreich am vergangenen Donnerstag habe ich deshalb Schauspieler Walter Sittler, den bekannten Aktivisten gegen „Stuttgart 21“, nach seiner ausgiebig beklatschten Rede angesprochen und ihm vom Aufruf der Bremer Montagsdemo an alle Hartz-IV-Betroffenen berichtet, massenhaft und organisiert gegen den ab Januar voraussichtlich verfassungswidrigen Regelsatz zu klagen. Er fragte: „Wie viele Menschen in Bremen leben denn von Hartz IV?“ Ich hatte die Frage nicht erwartet und schätzte: „Siebzigtausend.“ – „Donnerwetter!“ sagte er und ließ seinen Blick über den Bahnhofsplatz schweifen. Ich übergab ihm ein Exemplar der roten „Einwirkungsmappe“ mit dem elfseitigen Ausdruck der ersten drei Teile unseres Massenklage-Aufrufs und hoffe, dass Walter Sittler während der Rückfahrt nach Stuttgart Muße findet, einen Blick hineinzuwerfen. Gute Nachrichten überbringen derweil unsere Delegierten vom Treffen der Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo am vergangenen Samstag in Kassel: Der entsprechende Bremer Antrag wurde einstimmig angenommen.

E-Mail-Wechsel von Gerolf D. Brettschneider (parteilos)
mit Norbert Hayduk, Geldern –
siehe auch „Scharf links“, „Elo-Forum“ und Teil V

Noch vor Jahresende Überprüfungsantrag stellen! (II)

1. Unser Aufruf zum Schotttern steht! Es gibt die Möglichkeit, mit einem Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X alle Entscheidungen, Bescheide und Widerspruchsbescheide bis zurück zum 1. Januar 2006 überprüfen zu lassen und anzufechten. Diese Möglichkeit soll eingeschränkt werden: Ab dem 1. Januar 2011 soll die Überprüfung nach § 44 SGB X nur noch ein Jahr rückwirkend möglich sein – somit nur noch rückwirkend bis zum 1. Januar 2010! Diese Änderung soll *nur* für SGB II und SGB XII gelten. Vorsichtshalber ist Eile geboten!

Die eventuell notwendigen **Klagen** vor dem Sozialgericht sind kostenlos. Eine Anwaltspflicht besteht erst ab den Bundessozialgericht. Dafür kann Prozesskostenhilfe beantragt werden. Wenn die Arge bei der Überprüfung eigene Fehler

zugunsten des Antragstellers feststellt, so konnten diese Beträge bisher nicht zurückgefordert werden. Für 2011 ist dies anders geplant: Die Arge soll eigene Fehler auch rückwirkend berichtigen und den Betrag aufrechnen können. Dagegen ist Widerspruch möglich, wenn dieser Plan Wirklichkeit wird. Die Antragsstellung nach § 44 SGB X ist auch für Sozialhilfe und Grundsicherung möglich; alle Ausführungen gelten dann sinngemäß. Weiteres zum Antrag nach § 44 siehe 307. Bremer Montagsdemo.

Vielleicht sind Sie ein Quotenopfer, denn die Arge darf nur 30 Prozent der eingehenden Widersprüche positiv entscheiden. Alle anderen Widersprüche sind abzulehnen – egal, was darin steht. An den Entscheidungen der Argen ist zu zweifeln, denn vielleicht sind Sie auch ein „Sparschwein“, weil die Arge per Zielvereinbarung von der Bundesregierung gezwungen ist, bei der Regelleistung circa fünf, ab 2011 sogar circa sieben Prozent einzusparen. Auf der 307. Bremer Montagsdemo stehen die wesentlichen Argumente zur Verwendung eines normalen Blattes Papier zum Schottern: einfach als Antrag nach § 44 SGB X beschriften, die Unterschriften nicht vergessen, und der Kies kommt mit der Post! So einfach muss dies nicht immer laufen, aber alles steht auf unserer Homepage. Sei es dir wert, stell den Antrag! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Nun zum neuen Jahr: Die Bundesagentur für Arbeit hat die Auswirkungen der Rechtsänderungen ab 1. Januar 2011, die eine EDV-Änderung nötig machen, berechnet. Die Steigerung der Regelbedarfe um fünf Euro bedeutet 290, die Änderung für Kinder 625, die Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung 200 Millionen Euro Aufwand, zusammen 1,115 Milliarden. Die Streichung der Rentenversicherungsbeiträge bringt jedoch allein 1.820, die Streichung der Armutsgewöhnungszuschläge weitere 210, die volle Anrechnung des Elterngeldes mindestens 420 Millionen Euro Ersparnis. Auch die Änderung der Zahlungspflicht in den Gesundheitsfonds der Krankenkassen für die Argen bringt eine Million. Von einer Erhöhung und Mehraufwendungen für die Erwerbslosen kann somit nicht die Rede sein.

Wie beliebig diese Zahlen sind, ergibt sich auch aus dem Mehraufwand für die Beitragserhöhung zur gesetzlichen Krankenversicherung. Dieser Posten schlägt auf Seite 9 mit einem Aufwand von 200, auf Seite 14 jedoch nur mit 120 Millionen Euro zu Buche. Nicht in diesem Kürzungsbetrag enthalten sind die Minderausgaben aufgrund der erweiterten Anrechnung von Einnahmen, der Anrechnung von erhaltenen Darlehn oder wegen Steigerung der Sanktionen, wenn dies alles so von der Regierung beschlossen wird. Bisher ist kein Unrechtsbewusstsein feststellbar! Die Steigerung der Zahl der Sanktionen ergibt sich aus den einfacheren Rahmenbedingungen für die Sanktionsverhängung und aus der Steigerung der Einsparquote auf circa sieben Prozent der Regelleistung.

Bei den 290 Millionen Mehraufwand für die fünf Euro Erhöhung wurde die Ersparnis für Behinderte et cetera, die in einem anderen Haushalt leben, ohne sich an den Kosten für diesen zu beteiligen, nicht gegengerechnet. Diese Ersparnis beträgt circa 70 Euro monatlich. Damit wird der Mehraufwand eventuell aufgehoben.

Auch hierüber werden wir im Jahr 2011 reden müssen! Das Kontrastprogramm hat „Verteidigungsminister“ zu Guttenberg angeschoben: Er hat dem Rüstungskonzern EADS die Vertragsstrafe von 390 Millionen Euro erlassen, einen Kredit mit besonderen Rahmenbedingungen von 500 Millionen eingeräumt und außerdem grünes Licht für das Drei-Milliarden-Projekt Aufklärungsdrohne gegeben.

Die Kosten der Unterkunft und Heizung, sprich: Miete, können ab 1. Januar 2011 von den Gemeinden per Satzung geregelt werden, abweichend von den bisherigen Rahmenbedingungen. Der DGB hat sich dieses Themas angenommen und darauf hingewiesen, dass die Gemeinden angemessene Rahmenbedingungen schaffen müssen. Wer bereits jetzt einen Eigenanteil an der Miete oder den Heizkosten zahlt, sollte den Antrag nach § 44 SGB II stellen, siehe vorherige Bremer Montagsdemo! Sei es dir wert! Dies kann dir niemand abnehmen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Wir sind im Thema! Wir sind jede Woche ansprechbar, ab 17:30 Uhr auf der Bremer Montagsdemo! Es eilt! Auch dein Antrag auf Überprüfung muss noch im Jahr 2010 beim Amt eingehen – gegen Eingangsstempel!

2. Tatsache ist, dass für den Nachweis einer Arbeitsunfähigkeit ein „Gelber Schein“ vorzulegen oder einzureichen ist. Das Bundessozialgericht hat vor Kurzem dazu geurteilt: „Im Übrigen war die Revision des Klägers nicht begründet. Nach den bindenden Feststellungen des Landessozialgerichtes liegen keine gesundheitlichen Umstände vor, die wichtige Gründe für das Nichterscheinen des Klägers zu dem **Meldetermin** darstellen könnten. Die Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit an sich begründet noch keinen Nachweis eines gesundheitlichen Unvermögens, zu einem Meldetermin zu erscheinen. Schließlich bestehen nach den tatsächlichen Umständen des vorliegenden Falls keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Absenkung des ALG II für den hier auf vier Monate begrenzten Zeitraum um 20 beziehungsweise 30 Prozent der Regelleistung.“ Das Bundessozialgericht hat somit nur die Feststellung des Landessozialgerichts vom September 2009 als nicht zu beanstanden erklärt (Aktenzeichen: SG Trier S1 AS 349/07, LSG Rheinland-Pfalz L5 AS 131/08, BSG B4 AS 27/10 R).

Laut Presse entschuldigt der Krankenschein nicht zwingend vom Hartz-IV-Termin. Im September 2009 war die Entscheidung des Landessozialgerichtes richtig. Inzwischen hat sich jedoch etwas verändert: Die Bundesagentur für Arbeit hat für die Argen und Jobcenter auf die Vorlage von Liegendbescheinigungen verzichtet. Diesen wurde es durch eine gesetzliche Änderung ermöglicht, einen „Gelben Schein“ durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen überprüfen zu lassen. Wer einen Termin im Amt nicht wahrnehmen kann, kann dies nach wie vor durch einen „Gelben Schein“ ohne jedweden Zusatz nachweisen und ist damit entschuldigt. Wenn das Amt weitere Auskünfte wünscht, reicht erst einmal die eigene Einschätzung und zusätzlich der Hinweis: „Sie können meine Arbeitsunfähigkeit durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen prüfen lassen“.

Als Dienstleistung wäre ein Anruf bei der eigenen Krankenkasse denkbar: Mit dem Mitarbeiter das Ansinnen von Bundesagentur, Arge oder Jobcenter be-

sprechen und diesen bitten, ein entsprechendes Antragsformular an den Sachbearbeiter der Behörde zu senden. Diese braucht für die zusätzliche Feststellung einen Grund oder Verdacht. In obigem Verfahren ging es um mehr als eine Krankmeldung, um mehr als einen nicht wahrgenommenen Termin und die Weigerung des Betroffenen, der Arge die Gründe hierfür darzulegen beziehungsweise mit einer ärztlichen Einschätzung der Terminwahrnehmung zu untermauern. Daher die normale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen und nur, wenn Bundesagentur, Arge oder Jobcenter Sonderwünsche hat, darauf eingehen!

Kurz vor der Abstimmung im Bundesrat ist zu hören, die Grünen im Saarland wollten die Reform stoppen. Die Regelsatzminderung wird weiterhin als „Erhöhung“ verkauft. Zum Zahlungstermin bleibt es aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beim Leistungsanspruch ab 1. Januar 2011. Die neue Regelsatzhöhe wurde zurechtgeschummelt und ist nicht sauber gerechnet, dadurch auch nicht gerichtsfest. Auch diese Nachzahlungen sind ab 1. Januar 2011 fällig! Die anderen Änderungen im Kleingedruckten sind sehr ausgrenzend und teilweise dadurch ebenfalls nicht gerichtsfest. Soweit die Themen für 2011!

Das Wichtigste noch einmal: Noch 2010 den Antrag (auch mehr als einen) auf Überprüfung nach § 44 SGB 10 stellen, denn es eilt! Schottern sofort, der Kies kommt später, rückwirkend bis zum 1. Januar 2006! Weiteres Schottern, also der Antrag für den Kies 2011, folgt am Jahreswechsel. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“) – siehe auch Teil I

„Verfassungswidriger Zustand“: Lehnt der Bundesrat die neuen Hartz-IV-Sätze ab, können Sozialgerichte ihre Höhe individuell festlegen *(„Die Zeit“)*

Lohndumping der schlimmsten Sorte zur Profitmaximierung des Raubtierkapitalismus

1. Nein, nein, stimmt ja gar nicht, was wir letzte Woche im Radio hörten: dass die SPD das **Kindergeld** kürzen wolle! Gesagt wurde es zwar, doch eben auch gleich wieder zurückgezogen, weil der Vorschlag von Ex-Finanzminister Steinbrück, den Ausbau der Kinderbetreuung über eine Kürzung des Kindergelds zu finanzieren, noch immer nicht mehrheitsfähig sei. Der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises in der SPD, Garrelt Duin, sagte in einem Interview, wenn das Kindergeld um 30 Euro gekürzt würde, könne damit massiv in Kinderbetreuung und Ganztagesschulen investiert werden. Seine Argumentation wurde vom Sprecher

der SPD-Linken, Björn Böhning, mit der Aussage unterstützt, dass die letzte Kindergelderhöhung zwar „viel Geld gekostet, jedoch sozialpolitisch nichts gebracht“ habe.

Na, dieses Resultat ist ja wohl hausgemacht und liegt an den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen, die dafür Sorge tragen, dass Kindergelderhöhungen auf keinen Fall bei denen ankommen dürfen, die sie am stärksten benötigen: bei den finanziell Ärmsten nämlich, also den Kindern von Hartz-IV-Beziehern! Schließlich wird ihnen jeder einzelne Cent Kindergelderhöhung wieder vom Arbeitslosengeld abgezogen. Wie also hätte eine solche Erhöhung sie jemals erreichen können? Dennoch macht sich Steinbrück seit einiger Zeit für eine Kürzung des Kindergelds zugunsten des Ausbaus der pädagogischen Infrastruktur stark. Seiner Meinung könnte mit dem Kürzen von Transferleistungen sogar „mehr Gerechtigkeit“ geschaffen werden. Es seien sogar viele dazu bereit, gegebenenfalls Einbußen hinzunehmen, wenn sie den Eindruck hätten, dass diese „fair verteilt“ seien. Er glaube nicht, dass es richtig sei, individuelle Transferzahlungen immer weiter zu erhöhen und spricht sich für kostenlose Kindertagesstätten, Schulspeisungen, Lernmittelfreiheit, Sprachkurse, Ganztagsgrundschulen und sogar Elternkurse aus. So ein Scherzkeks! Wer kann sich denn von den viel zu geringen Transferleistungen Einsparungen erlauben? Das ist doch wohl nur den besser Betuchten mit der Arroganz der Satten möglich! Allein den Vermögenden sollte das Kindergeld gekürzt werden! Dieser Personenkreis müsste höhere Steuern zahlen, aber das schwarzgelbe Gruselkabinett will doch sein Wählerpotenzial nicht verprellen!

2. Sozialhilfebezieher in der Stadt München sowie in den Landkreisen München, Dachau und Fürstenfeldbruck sollen im nächsten Jahr weniger Geld erhalten. Die Landeshauptstadt, die vor fast drei Jahren wegen der höheren Lebenshaltungskosten den **Regelsatz** erhöht hat, wird diesen um 20 Euro auf 364 Euro senken müssen. Allein in München betrifft dies etwa 17.000 alte, kranke und behinderte Menschen, deren Zahl wegen der zunehmenden Altersarmut von Jahr zu Jahr steigt. Weil der Freistaat die bislang in der Sozialhilfe eingeräumte regionale Erhöhungsmöglichkeit vom 1. Januar 2011 an nicht mehr zulassen will, muss der Sozialhilferegelsatz in München ebenso wie in den drei Landkreisen wieder dem im nächsten Jahr geltenden bundesweit festgelegten Regelsatz für Hartz-IV-Bezieher von monatlich 364 Euro für Alleinstehende entsprechen. Die Bestürzung über die bevorstehende Absenkung und die Auswirkungen für die Betroffenen ist

natürlich groß, wenn der vom Bund aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 „ermittelte“ Regelsatz nun für ganz Bayern angesetzt wird.

Wir wissen alle, was München für ein teures Pflaster ist und auf welch abenteuerliche bis – gelinde ausgedrückt – unwissenschaftliche Weise diese „Berechnung“ der Bundesregierung zustande kam! Entgegen der Behauptung des Ministeriums spiegeln die neuen Sätze keinesfalls das Verbraucherverhalten von Familien mit entsprechendem Einkommen ohne Sozialleistungsbezug wider und sind daher absolut unangemessen und viel zu niedrig getrickst. So ließ sich der Ministeriumssprecher auch lieber gar nicht erst auf die Frage ein, ob er sich der besonderen Härten bewusst sei, die für alte und kranke Menschen durch die Kürzung entstehen. Die Münchner Sozialreferentin Brigitte Meier erklärte, dass es einen Unterschied mache, ob jemand Aussicht auf Erwerbstätigkeit und Zuverdienst habe oder dauerhaft bis zum Ende vom Existenzminimum „leben“ müsse und fordert deswegen einen regional angepassten bedarfsgerechten Regelsatz. Aber wahrscheinlich ist ihr nicht bewusst, dass von genau dieser besonderen Härte keinesfalls „nur“ alte, kranke und behinderte Menschen betroffen sind, sondern auch viele Junge und Gesunde mit ihren Kindern, weil es nicht mehr genügend Arbeit für alle gibt.

3. Recherchen des ARD-Magazins „Monitor“ belegen, dass auch im Deutschen Bundestag private Sicherheitskräfte arbeiten, die ihren Lebensunterhalt trotz Vollzeitbeschäftigung nicht bestreiten können und deswegen auf zusätzliche Sozialleistungen vom Staat angewiesen sind. Dem Politmagazin liegen Lohnabrechnungen vor, nach denen private Sicherheitskräfte in Vollzeit monatlich nur zwischen 930 und 960 Euro netto verdienen. Alleinstehende kommen damit vielleicht gerade so „über die Runden“, aber bereits Alleinerziehende mit nur einem Kind können davon ihre Lebenshaltungskosten nicht bestreiten. Die betroffenen Sicherheitskräfte im Bundestag sind nicht Angestellte der Bundestagsverwaltung, nein: die hat einen Großteil des Sicherheitsdienstes an private Firmen *outgesourct*, wie es auf Neudeutsch oder Denglisch heißt. Wenn die Sicherheitsleute beim Bundestag angestellt wären, stünden ihnen laut Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes 8,45 Euro zu und nicht bloß 6,25 Euro, die private Firmen zahlen. Auch nicht gerade üppig! Der Deutsche Bundestag ist also nicht direkt dafür verantwortlich zu machen, wenn die dort Angestellten so karg entlohnt werden. Allerdings hat der Deutsche Bundestag die volle Verantwortung dafür zu tragen, dass es derart miese Gesetze gibt, die ein Auslagern auf private Firmen möglich machen, wo sich einfach Unternehmen dazwischendrängen können, die niemand braucht und die „dafür“ einen Teil des Gehaltes der Sicherheitskräfte in die eigene Tasche stopfen. Es ist ein Skandal, dass es in Deutschland noch immer keinen flächendeckenden **Mindestlohn** gibt, der ein armutsfestes Leben ermöglicht!

4. Nach den Worten Ursula von der Leyens werden in Deutschland ohne Zuwanderung Qualifizierter in 15 Jahren fünf Millionen Arbeitskräfte fehlen. Daher wolle

sie den Zuzug gut ausgebildeter **Fachkräfte** weiter fördern und nicht tatenlos dabei zusehen, wenn in einzelnen Berufen der Mangel an Fachkräften so groß werde, dass weitere Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Ihrer Meinung nach sei es nicht möglich, die „Lücke“ nur mit Anstrengungen im Inland zu schließen. Obwohl es ihr darum gehe, Arbeitslose in Jobs zu bringen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Arbeitsmöglichkeiten für Ältere zu verbessern, könnten wir auf Zuwanderung Qualifizierter nicht verzichten. Ihr Ministerium erstelle einen „Job-Monitor“, der zuverlässig voraussagen könne, in welcher Branche und welcher Region absehbar Fachkräfte knapp würden. Im Moment gelte das zum Beispiel für Ärzte, aber auch für Elektro-, Maschinen- und Fahrzeugbauingenieure. Für mich hört sich das Palaver um „qualifizierte Zuwanderung“ nach der alten Leier seit Jahren an, denn offenkundig werden keine Fachkräfte gesucht, sondern billigste Arbeitskräfte!

Auch scheint Deutschland an Attraktivität verloren zu haben: Wer möchte schon in einem Land arbeiten, das bei den Lohnsteigerungen auf dem letzten Platz liegt und bald in Konkurrenz mit Bangladesh steht, wo die Reichen auf Kosten des Volkes immer reicher werden? Wie wäre es damit, den Arbeitslosen, die nicht die nötigen Qualifikationen besitzen, die Möglichkeit zu bieten, echte Qualifikationsmaßnahmen zu durchlaufen, um die Zahl der Facharbeiter zu erhöhen? Es kann doch wohl nicht sein, dass nicht gut ausgebildete Arbeitslose nur noch in sinnlose Maßnahmen gesteckt werden, womit sie nichts erreichen, oder dass Fachkräften ihr vorhandenes Wissen aberkannt wird, bloß weil sie „schon“ ein Jahr nicht mehr in diesem Bereich gearbeitet haben! Ich bezweifle einen Fachkräftemangel in dieser Größenordnung und mutmaße, dass die Bundesregierung nicht dazu bereit ist, Anstrengungen zu unternehmen, um das Arbeitskräftepotenzial von heute noch erwerbslosen Personen mit einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive auszuschöpfen. Wenn die heute Erwerbslosen auf dem Arbeitsmarkt überflüssig sind, weil sie nicht benötigt werden, was wird dann mit dem Zuzug von Migranten bezweckt? Es soll wohl weiterhin ein Überangebot von Arbeitskräften aufrechterhalten werden, damit der Druck auf die Löhne weiter besteht und die Position der Arbeitnehmer nach wie vor schwach bleibt. Außerdem wird der Bevölkerung vorgegaukelt, dass es in Deutschland sogar so viele Arbeitsplätze gäbe, dass Leute reingeholt werden müssen, damit die Arbeit gemacht werden kann!

Na, dann können sich doch alle ALG-II-Bezieher nicht wirklich um Arbeit bemühen, da sie ansonsten ja wohl in Lohn und Brot stehen müssten! Sind sie nur zu faul oder zu dämlich? Das ist doch Manipulation allerübelster Sorte oder Volksverhetzung, die juristisch kaum greifbar ist! Es bleibt die Frage: Was für Arbeiter suchen sie? Offenbar wird nach einem Phantom Ausschau gehalten, wenn sie „händeringend“ gut ausgebildete Fachkräfte aus Schwellenländern suchen, die hier gern lächelnd zu einem Spottpreis arbeiten wollen. Wenn ich meine Augen und Ohren aufmache, sehe und höre ich ständig, dass die Wirtschaft dringend Fachkräfte brauche. Dennoch entlässt das eigene Unternehmen des Arbeitgeber-

präsidenten, die Uhinger Allgaier-Werke, 110 Mitarbeiter. Zur Begründung heißt es, der Aufschwung in der Autoindustrie komme nicht in ausreichendem Maße beim Zulieferer an. Allgaier verlängerte die Kurzarbeit, und die 1.240 Menschen zählende Belegschaft in Uhingen verzichtete im Gegenzug auf Teile ihres Gehalt sowie auf Sonderzahlungen. Verhindern konnten Betriebsrat und Belegschaft den Abbau indes nicht. Es geht einzig und allein um Lohndumping der schlimmsten Sorte zur Profitmaximierung im Raubtierkapitalismus!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Punkt 19 Uhr ertönen Schwabenstreiche in ganz Stuttgart

Schauspieler Walter Sittler, Mitinitiator des Stuttgarter Schwabenstreiches, war am 9. Dezember 2010 beim zu Gast beim Bremer Schwabenstreich am Hauptbahnhof. Aufgrund der schlechten Witterung kamen leider nur unser „harte Kern“ und Gäste aus Tostedt. Gast war auch Thorsten Kreuth („Freie Wähler Hamburg“), Veranstaltungsleiter vom Schwabenstreich in Hamburg. In seiner Rede erklärte der Gast aus Stuttgart seine Beweggründe, den Widerstand in seiner Heimatstadt anzuführen. Er erklärte in kurzen, aber sehr informativen Worten, wie es dazu gekommen war. Um 18.59 h führten die Anwesenden den Schwabenstreich mit viel Lärm aus Trillerpfeifen und Vuvuzelas durch. Viele Passanten erkannten Walter Sittler und baten um Autogramme. Er signierte auch zehn „Oben-bleiben“- Lebkuchenherzen für eine Auktion zugunsten der „Parkschützer“ in Stuttgart.

Nach der Schlichtung mit Heiner Geißler kam der Begriff „Stresstest“ für das Tiefbahnhofsprojekt „S21“ ins Gespräch. In der Realität hat die Bahn ihn schon verloren: Bei meiner Hinfahrt über Nacht von Bremen nach Stuttgart hatte der IC 2021 20 Minuten Verspätung wegen Lokschaden, der ICE 799 war komplett ausgefallen. Bei der Rückfahrt musste ich den IC 2816 anstelle des ICE 1010 nehmen, der IC 2202 hatte 25 Minuten Verspätung. Da ich wegen Zugausfall erst gegen 7:40 Uhr in Stuttgart angekommen war, ging die geplante Übergabe von Spenden für die „Parkschützer“ in die Binsen. Nach dem Besuch eines von ihnen begann mein Programm erst am späten Vormittag.

Bei der Mahnwache am Nordflügel übergab ich die gespendeten Sachen. Nach einer freundlichen und herzlichen Begrüßung suchte ich im Schlosspark die

Stelle des „Grundwassermanagements“ auf, wo am 30. September 2010 die gewaltsame Polizeiaktion gegen die „Parkschützer“ stattfand. Viele Bäume sind mittlerweile mit Plüschtieren geschmückt. Wer einmal diesen Ort besucht hat, weiß, warum wir diesen Kampf führen: Wenn man sich vorstellt, dass diese Oase inmitten von Stuttgart abgeholzt werden soll, überkommen einen Wut und Ohnmacht! Auch das Engagement derer, die direkt im Park verweilen und ihren „Dienst“ dort verrichten, ist sehr lobenswert. Alle hier in Stuttgart, die sich auf ihre Art und Weise für den Widerstand und den Schutz von Schlosspark und Bahnhof einsetzen, sind lobenswert!

Gegen Mittag begab ich mich wieder zurück zur Mahnwache und später in den Hauptbahnhof, wo ich mich mit einigen „Parkschützern“ verabredet hatte, die ein von Walter Sittler signiertes Lebkuchenherz ersteigert hatten. Um 13 Uhr begann die offizielle Veranstaltung. Boris Palmer, Grünen-Oberbürgermeister von Tübingen und Teilnehmer der Schlichtung, wurde mit riesigem Beifall begrüßt. Seine Rede wurde mehrmals von „Oben- bleiben“-Rufen unterbrochen. Außerdem sprach MdB Sabine Leidig („Die Linke“). Für beide Sprecher ist ein Kompromiss „Stuttgart 21 plus“ kein Thema. Beide stehen voll hinter dem Konzept „Kopfbahnhof 21“.

Im Anschluss begaben sich die mehr als 50.000 Teilnehmer der Demonstration auf den Zug durch die Innenstadt, vorbei an: Schlosspark, Landtag und CDU-Parteizentrale. Hier gab es die lautesten Unmutsbekundungen gegen die Regierung Mappus, mit Rufen wie „Mappus weg“ und „Lügenpack“ und viel Lärm von Trillerpfeifen und Vuvuzelas. Am Nordeingang ging die Demo offiziell zu Ende. Es kam zu keinerlei Ausschreitungen. Am frühen Abend ging ich mit Wolfgang und dessen Sohn noch in den Schlosspark, um „Kerzen des Widerstands“ aufzustellen.

Dort schlossen sich Jana Knops aus Nürnberg, dort Veranstaltungsleiterin, und einer ihrer Mitstreiter uns an. Punkt 19 Uhr hörte man aus allen Teilen Stuttgarts die Schwabenstreiche der Stadt. Wir schlossen uns ihnen an. Zurück an der Mahnwache wurden ich und später Jana für einen Fernsehbericht über den Widerstand gegen „Stuttgart 21“ interviewt. Ich verbrachte die Zeit bis zu meiner Abfahrt an der Mahnwache. Ab Januar 2011 werde ich sie alle vier Wochen besuchen. Ich kann nur den Hut vor allen in Stuttgart ziehen, die sich in diesem Kampf gegen den Politikerwahnsinn wehren! Mich hat der Besuch gestärkt, und ich werde weiterhin den Widerstand von Bremen aus unterstützen. Oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Seit **Montag**, dem 13. September 2010, ereignet sich **wöchentlich** um 18:59 Uhr auf dem **Bahnhofsvorplatz** der **Schwabenstreich** gegen die Milliardenverschwendung zugunsten der Konzerne. Treffen ist um **18:45 Uhr**. Die Stuttgarter „**Parkschützer**“ bitten um Schlafsäcke, warme Wolldecken, Wärmflaschen, Campingkocher, Skihosen, Skijacken, Handschuhe,

Mützen, Schals und Moonboots, denn es ist ein langer und kalter Winter! **Spenden** bitte bei Gernot-Peter Schulz, Moselstraße 91, abgeben (Telefon 0176-5334 5420). Lebkuchenherzen für unsere Solidaritätsaktion „das Herz am rechten Fleck“ können auch bei der Montagsdemo bestellt werden. Der „Stuttgart-21“-Soli beträgt fünf Euro.

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Montagsdemo**, da der Marktplatz belegt ist, um **17:30 Uhr** an der **Domsheide**. Von dort ziehen wir weiter zum **Hanseatenatenhof** und später zum **Bahnhofsvorplatz**, um ab **18:45 Uhr** am **Schwabenstreich** teilzunehmen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

309. Bremer Montagsdemo am 20. 12. 2010

Massenhaft Klagen gegen den Hartz-IV-Regelsatz einreichen! (V)

Lovely „Zensursula“ von der Leyen, Spezialistin für verfassungswidrige Gesetzentwürfe, ist im Bundesrat mit ihrer unsäglichen Hartz-IV-Reform gescheitert. Den Betroffenen bleiben mit der Pseudo-Verbesserung um fünf Euro zahlreiche weit gewichtigere Verschlechterungen vorerst erspart. Die Kungelei hinter verschlossenen Türen wird sich aber noch monatelang hinziehen: Katja Kipping schlägt vor, in das Vermittlungsergebnis eine Revisionsklausel einzufügen, wonach eine „Regelsatzkommission“ im ersten Halbjahr 2011 die „Möglichkeiten für eine verfassungskonforme Regelsatzbestimmung ausloten“ solle.

Unsere geplante Massenklage kommt in diesem halben Jahr langsam in Fahrt. Ihr wird nach dem Vorschlag unserer Rechtsanwältin ein gewöhnlicher, schlichter Antrag bei den Sozialleistungsträgern vorgeschaltet. Diesen abzulehnen, dürfen sie sich sechs Monate Zeit lassen. Es wird aufschlussreich sein zu lesen, warum die Behörden des sogenannten Sozialstaats sich weigern, Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe zu bewilligen! Vor der Klageflut an den Gerichten erfolgt also eine Antragsflut bei den Sozialleistungsträgern – und das ist durchaus die richtige Adresse. In diesem halben Jahr erhöht sich so der Druck auf die Politik. Sie hat dann immer noch die Möglichkeit, die Überschwemmung der Sozialgerichte mit Klagen zu verhindern.

Brigitte Vallenthin – „Ich bin dann mal Hartz IV“ – rüffelt Aufrufe zu Massenklagen, bezieht sich hierbei aber auf eine Andeutung im Berliner Redebeitrag bei der Bundesratssitzung, nicht auf den ihr bekannten Aufruf der Bremer Montagsdemo, der gerade das Herstellen unhaltbarer Zustände bei den Gerichten empfiehlt, um ein erneutes jahrelanges Vertrödeln von Klagen ums Existenzminimum zu verhindern. Auch die Sprecherin der „Hartz-IV-Plattform“ erwartet, dass der Vermittlungsausschuss weiteren „Gesetzesmüll“ produziert, der dann „vor Gerichten abgeladen“ werden muss. Dankenswerterweise plant sie mit einer sicher auch für uns nützlichen „qualifizierten Musterbegründung“ deshalb selbst

eine Massenklage für die Zeit nach der Gesetzesverabschiedung und baut damit weiteren Druck gegen die Regierenden auf.

Außerdem begibt sie sich auf die Suche nach dem erforderlichen „Notausstieg durchs Klofenster“ für die solcherart belasteten Richter – und lässt die Möglichkeit einer unmittelbaren Verfassungsbeschwerde prüfen. Erzwungen durch unsoziale, rücksichtslose Politik, werden Gerichte zum schuldlosen Ersatzziel im Kampf gegen Hartz IV, denn den Bundestag zu umzingeln und zu stürmen – weil Wahlen nichts ändern, solange Rot, Grün, Schwarz und Gelb an Hartz IV festhalten –, das schaffen wir auf absehbare Zeit nicht. Die Herrschenden würden uns mit Wasserwerfern die Augen aus dem Kopf schießen lassen, wie wir seit Durchsetzung von „Stuttgart 21“ wissen!

Unsere Rechtsanwältin empfiehlt für die ersatzweise geplanten Massenklagen gegen den verfassungswidrigen Regelsatz ein klares, einfaches und einheitliches Vorgehen, das allerdings nicht auch noch besonders schnell sein kann. Demnach sollten alle Hartz-IV-Betroffenen ab dem 3. Januar 2011 gegen Eingangsstempel auf Kopie folgenden schlichten Antrag beim örtlichen Sozialleistungsträger zur Bewilligung von SGB-II-Leistungen einreichen: „Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit beantrage ich die Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe. Mit freundlichen Grüßen“, Bedarfsgemeinschaftsnummer und Unterschrift. Wir wollen ab Anfang Januar vor den Jobcentern, „Tafeln“ und Beschäftigungseinrichtungen in großer Zahl dieses Antragsformular zusammen mit einem Info-Flugblatt verteilen.

Wir regen an, eine möglichst um Telefonnummer und E-Mail-Anschrift ergänzte Kopie des eingereichten Antrags beim Moderator der Montagsdemo abzugeben, damit wir Kontakt halten können. Die Behörde darf sich mit der Bearbeitung, sprich: Ablehnung des Antrags bis zu sechs Monaten Zeit lassen, viele Sachbearbeiter sind aber schneller. Wer einen Ablehnungsbescheid erhält oder schon ein halbes Jahr lang darauf wartet, möge zur Montagsdemo kommen. Wir beraten dort das weitere Vorgehen und geben Hilfestellung beim Ausfüllen von Prozesskostenhilfeantrag und Anwaltsvollmacht für das anschließende Verfahren.

Wessen Unterlagen vollständig sind, dessen Klage will unsere Anwältin unterstützen, weil sie annimmt, dass Prozesskostenhilfe gewährt wird, wenn das nach dem Vermittlungsverfahren verabschiedete Hartz-IV-Reformgesetz weiterhin offenkundig verfassungswidrig ist. Um die Sache zu beschleunigen, ist es auch möglich, einstweiligen Rechtsschutz oder Widerspruchsverfahren gegen laufende Bescheide anzustrengen. Hierfür sollte, etwa durch ein Haushaltsbuch, individuell belegt werden, dass der gewährte Regelsatz nicht das Existenzminimum abdeckt.

Ein solches Haushaltsbuch, das bei meiner damaligen Regelsatzklage allerdings nicht mehr zum Einsatz gelangte, habe ich von Mai bis Juli 2008 geführt. An sich genügt es, Belege für sämtliche Ausgaben einzureichen, die innerhalb eines Zeitraums von möglichst drei Monaten anfallen, aber natürlich sollte den Richtern die Auswertung erleichtert werden. Zusammengeheftet habe ich Quit-

tungen für Praxisgebühr, Quartals-Kontoabschluss-Auszüge, Überweisungsbelege (für Riester-Rente, Telefon, Strom-Abschlag sowie halbjährliche professionelle Zahnreinigung), Rechnungen für verbilligten Mittagstisch und jede Menge Kassenbons – getrennt nach Lebensmitteln, Gesundheitspflege, Arznei- und Reinigungsmitteln sowie Haushaltsbedarf –, chronologisch auf Papierbögen aufgeklebt und mit Erläuterungen versehen. Die Auswertung ergab, wenig überraschend: Ich benötige mindestens 80 Euro mehr für Ernährung, sonst bleibt mir nichts für Kleidung, Verkehr oder „gesellschaftliche Teilhabe“!

Ich kann nicht wissen, inwieweit dieses Übereinstimmen mit der bekannten Forderung des Erwerbslosenbündnisses „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ zufällig oder typisch ist, aber sie muss mir ebenso plausibel erscheinen wie die Forderung der Linkspartei nach 500 Euro Regelsatz, wenn ich an die weiteren 50 Euro denke, die als Ansparpauschale statt einmaliger Leistungen notwendig wären. Unplausibel sind hingegen die niedrigeren Forderungen der „Diakonie“ nach 433 beziehungsweise des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“ nach 416 Euro Regelsatz durch ihre willkürlichen Verzichte, also die Akzeptanz mancher Tricks der Regierung. Die Regelsätze sollen aber nicht mehr „ins Blaue hinein“ gegriffen werden: Das Verfassungsgericht hat eine realitätsgerechte und transparente Berechnung verlangt. Über das Gutachten des Sachverständigen Rüdiger Böker, der auf dieser Grundlage einen Regelsatz von 594 Euro ermittelt, ist in den Medien bezeichnenderweise kaum etwas zu erfahren.

Wenn die Bundesregierung sich nicht rechtzeitig mit der Opposition über neue Hartz-IV-Sätze einig werde, hätten wir einen verfassungswidrigen Zustand, meint auch der Berliner Rechtsprofessor Johannes Münder. Dann gelte Richterrecht: Entscheidend sei, was die Richter an den Sozialgerichten im Einzelfall urteilten. Die alten Regelsätze seien vom 1. Januar 2011 an nicht mehr gültig. Wenn dann jemand gegen seinen Bescheid vom Jobcenter klage, sei das Gericht verpflichtet, sich ein eigenes Bild zu machen. Dazu ziehe es üblicherweise einen Sachverständigen heran. Je nachdem, zu welchem Ergebnis dieser komme, lege der Richter den für den Kläger angemessenen Betrag fest. Das entscheide jeder Richter für jede einzelne Klage. Wir könnten unterschiedlichste Ergebnisse bekommen, so Münder.

Im Protokoll des letzten Treffens der Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo heißt es: „In Bremen hat die Montagsdemo ein hohes Ansehen und großen Einfluss. Diskutiert wurde auch, dass mit der Delegiertenversammlung stärker positive Forderungen der Montagsdemobewegung in den Mittelpunkt gerückt und diskutiert werden sollen, unter anderem die Frage des bedingungslosen Grundeinkommens. Auf Antrag der Bremer Montagsdemo wurde einstimmig beschlossen, eine Sammelklage gegen den Hartz-IV-Regelsatz zu unterstützen und dazu die Details mit der Bremer Montagsdemo zu beraten.“

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch
„Scharf links“, „Elo-Forum“, Teil I, II, III, IV und Antrag

An den SGB-II-Leistungsträger: „Hiermit beantrage ich die Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe“ *(Antragsformular)*

Hausjurist der Bundesagentur warnt vor Massenklagen: Wird durch massenhafte Widersprüche und Klagen das Jobcenter lahmgelegt und die so wichtige „Vermittlungsarbeit“ beeinträchtigt? *(„Haufe“)*

Verfassungsbeschwerde gegen Hartz IV prüfen!

Wer jetzt – wie im heutigen Berliner Redebeitrag im Bundesrat angedeutet – zu Massenklagen gegen das früher oder später doch abgenickte neue Hartz-IV-Gesetz aufruft, lädt den Gesetzesmüll, der im Hause von der Leyen produziert wurde, bei den Sozialgerichten vor der falschen Tür ab und nicht dort, wo er hingehört, nämlich vor den Füßen der Politik. Anlässlich des bloßen Weiterschiebens eines erneuten Gesetzgeberversagens in Sachen Hartz IV vor dem Bundesrat vermag die „Hartz-IV-Plattform“ nicht dem verbreiteten Jubel über den Umweg durch den Vermittlungsausschuss zuzustimmen. Wer glaubt, dass jetzt der Verfassung Genüge getan wird und die Bedarfe tatsächlich transparent berechnet werden, kennt die Berliner Hinterzimmer-Kungelpolitik nicht.

Ein sogenannter Kompromiss um ein paar Euro rauf oder runter und ein oder zwei Teller mehr aus der staatlichen Suppenkelle anstelle von mehr Geld für den gemeinsamen Familientisch: Mehr kann nach abermals bevorstehendem öffentlichen Politikerschaulaufen niemand erwarten. Von der steigenden Gefahr der Obdachlosigkeit, die mit der neuen Wohnpauschale droht, reden die sich jetzt als Hartz-IV-Retter aufblähenden Hartz-IV-Erfinderparteien – wenn überhaupt jemals – schon lange nicht mehr. Noch weniger von der Willkür per Gesetz, die mit den neuen Sanktionsparagrafen kommt. Auch nicht von der Streichung der bislang einkommensfreien Darlehen, wenn die Behörde wieder mal verzögert gezahlt hat.

Das abgrundtiefe Fass der unzähligen, dramatischen Verschlechterungen, die dieses Gesetz klammheimlich durch die Hintertür mitbringt, wird nach Einschätzung der „Hartz-IV-Plattform“ wie in den Monaten zuvor auch im Vermittlungsausschuss kein einziger Politiker aufmachen. Wir bitten deshalb schon jetzt alle

Betroffenen, ihren berechtigten Zorn gegenüber dieser erneuten Hartz-IV-Drangsalierung per Gesetz nicht auf den Richtertischen der Sozialgerichte zu demonstrieren, sondern dort, wo er hingehört: vor den verantwortlichen Politikern. Wir bereiten deshalb bereits jetzt für die Zeit nach der Gesetzesverabschiedung eine neue, qualifizierte Musterklage beim Sozialgericht vor und prüfen die unmittelbare Verfassungsbeschwerde für Karlsruhe. Dafür brauchen wir alle und jede nur mögliche Unterstützung.

Zuschrift von Brigitte Vallenthin („Hartz-IV-Plattform“)

Nutzung der „juristischen Schiene“ bringt allein keine Verbesserungen

Mit ihrer Pressemeldung versucht Brigitte Vallenthin jetzt bei Hartz-IV-Empfängern den Eindruck zu erwecken, die Retter stünden schon in den Startlöchern, um uns mit einer „qualifizierten Musterklage“ erneut bis vor das Bundesverfassungsgericht – und aus der Scheiße heraus – zu ziehen. Aber nicht ein Hartz-IV-Empfänger, der nicht selbst die Zahlung verfassungsgemäßer Regelsätze beantragt, nach negativer Bescheidung durch seine Sozialleistungsbehörde Widerspruch einlegt und vielleicht später auch selbst klagt, hat automatisch Anspruch auf eine eventuelle Nachzahlung von Minderungsbeträgen. Dies scheint die Sprecherin der „Hartz-IV-Plattform“ großzügig zu übersehen.

Nichts spricht in meinen Augen gegen eine gut vorbereitete und qualifizierte Musterklage, aber viel spricht dagegen, von eigenen Widersprüchen, Überprüfungsanträgen, einstweiligen Anordnungen oder notwendigen Klagen durch die Betroffenen abzuraten. Die Hartz-IV-Empfänger müssen sich selbst wehren: mit Anträgen auf der „juristischen Schiene“, durch Abwahl der bürgerlichen Politik – wenn sie sich mit dieser nicht mehr einverstanden erklären können –, und im Protest auf der Straße. Selbsternannten Heilsbringern dürfen die Betroffenen auf keinen Fall mehr vertrauen, selbst dann, wenn es vielleicht gut gemeint ist!

Mein Freund Peter lästerte: „So ungefähr wie bei Hartz-IV-Häuptlingen muss es sich auch bei Debatten der Regierungsparteien verhalten. Es findet kein Kampf mehr statt, die Leute brauchen nichts zu machen – höchstens, wenn die Häuptlinge aufrufen, ihre schwachsinnigen Regeln oder Forderungen zu unterstützen. Wenn das nicht reicht, kann man sich ja noch vom Staat unterstützen lassen, in Form von Diäten oder Aufwandsentschädigungen. Ist es da ein Wunder, wenn

die Leute zu Hause bleiben?“ Ich bin der Meinung, die Mitstreiter(innen) der Bremer Montagsdemo brauchen sich diesen Schuh nicht anzuziehen. Sie protestieren auf der Straße. Parallel versuchen sie zu erreichen, dass möglichst qualifizierte Klagen eingereicht werden.

Auch mangelnde Solidarität muss man den Montagsdemos nicht vorwerfen. Jede(r) kann versuchen, etwas zu organisieren, hat aber die Pflicht, die Arbeitslosen auf eventuelle rechtliche Konsequenzen hinzuweisen, damit niemand ins offene Messer der staatlichen Kriminalisierung läuft. Die Mitstreiter(innen) der Bremer Linksfraktion möchte ich eindringlich bitten, die Bremer Montagsdemo bei den Massenklagen solidarisch zu unterstützen: Ihr solltet wirklich alle Hebel in Bewegung setzen und unseren Forderungen öffentlich beitreten! Kein Hartz-IV-Empfänger kann es sich leisten, noch einmal sechs Jahre auf eine wirkliche Hilfe zu hoffen. Meiner Meinung nach müssen jetzt Eilverfahren in Gang gesetzt werden!

Ich möchte hierzu auf die Regelsatzanteile für Ernährung der bis Ende 2004 geltenden Sozialhilfe hinweisen. Zum 1. Januar 1994 betrugen die Regelsätze für Alleinlebende in den Bundesländern durchschnittlich umgerechnet 266 Euro plus einmalige Hilfen, etwa für Bekleidung. Personen über 18 Jahre erhielten als Haushaltsangehörige 213 Euro, 14- bis 18-Jährige und Ehepartner 239 Euro. Von diesen Beträgen holte sich der Staat über die Mehrwertsteuer in der Regel innerhalb eines Monates elf Prozent zurück, unterschiedliche Sätze unberücksichtigt. Für Ernährung waren 50 Prozent des Regelsatzes bestimmt, die sich in die drei Bereiche häusliche Ernährung, Genussmittel und Getränke sowie außerhäusliche Verpflegung teilten. Heute beträgt gemäß SGB II der Regelsatz für Alleinlebende 359 Euro, für 14- bis 25-Jährige 287 Euro. Hiervon holt sich der Staat über die Mehrwertsteuer in der Regel innerhalb eines Monates 19 Prozent zurück, unterschiedliche Sätze unberücksichtigt.

Allerdings sind im Regelsatz nach dem SGB II auch Leistungen in Form einer monatlichen Ansparpauschale enthalten – anstelle der einmaligen Hilfen, etwa für Bekleidung. Deren Anteil liegt bei 16 bis 20 Prozent der Regelleistung, beträgt also zwischen 42 und 56 Euro. Schon wenn wir mit 14 Prozent rechnen, sodass der monatliche Regelsatz bloß noch zu 86 Prozent zur Verfügung steht, bleiben dem alleinlebenden Hartz-IV-Empfänger im Monat nicht 359, sondern nur 309 Euro zum Leben. Hiervon die 38 Prozent für Ernährung zu berechnen, würde bedeuten, dass man 117,43 Euro im Monat zur Verfügung hat und 191,51 Euro für häusliche und persönliche Bedürfnisse. Während also auf Transferleistungen angewiesene Alleinlebende im Jahr 1994 noch 133 Euro im Monat für Ernährung zur Verfügung hatten, bleiben ihnen seit Einführung von Hartz IV 13 Euro weniger – ohne Teuerung und erhöhte Mehrwertsteuer zu berücksichtigen.

Schon 1994 wurde die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ durchgeführt. Auch hier wurde bereits, wie heute von der „Linken“ kritisiert, Futtermittel für Haustiere herausgerechnet. Diese Kritik habe ich gleich mit Einführung von Hartz IV geübt und auch beispielsweise Ulrich Schneider vom „Paritätischen

Wohlfahrtsverband“ per Fax darauf hingewiesen, dass der Punkt Ernährung um zwölf Prozent gekürzt wurde. Hierzu wurde mir aber keine öffentliche Kritik bekannt außer von Lucy Redler von der damaligen WASG in Berlin, die den Menschen erklärte, wie wenig Geld den Hartz-IV-Empfängern wirklich am Tag für die häusliche Ernährung zusteht.

Der gegenwärtige Regelsatzanteil für Ernährung verstößt in meinen Augen auch deshalb gegen die Verfassung, weil er alleinlebende Grundsicherungsrentner(innen) von der außerhäuslichen Verpflegung ausgrenzt. Mir ist nicht bekannt, wie das Angebot für „Essen auf Rädern“ geregelt wird. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass betroffene Menschen aus dem derzeitigen Regelsatzanteil ein solches Angebot überhaupt noch nutzen können.

Meiner Meinung nach müssen wir die Klage-Interessierten darauf hinweisen, dass sie als Gewerkschaftsmitglieder die Möglichkeit haben, eine rechtliche Vertretung über ihre Gewerkschaft zu bekommen. Ob dann freie Anwaltswahl besteht, ist mir leider nicht bekannt. Selbst wenn wir annehmen, dass Prozesskostenhilfe gewährt wird, sollten wir Spenden sammeln, weil nicht nur Kosten für Anwälte anfallen, sondern auch für Vorbereitung und Organisation. Hierzu müssen viele Flugblätter und Antragsformulare gedruckt werden. Wenn diese Aktion wirklich zu Prozessen führt, sollten wir sie weiterhin politisch und im Protest begleiten. Auch hierfür können erhebliche Kosten auftreten, etwa durch anfallende Fahrtkosten. Wir sollten darauf hinweisen, dass die Spenden nicht für die Bezahlung von Anwälten genutzt werden. So könnte ich mir das vorstellen und wäre es in meinen Augen ehrlich und korrekt.

Wir haben jetzt als Bremer Montagsdemo ausführlich dazu angeraten, dass die Betroffenen vorsichtshalber zu den unterschiedlichsten Punkten Überprüfungsanträge nach SGB § 44 SGB X stellen sollen. Ich selbst habe diese Vorschläge an alle mir bekannten Montagsdemos, anderen Organisationen und Einzelpersonen weitergeleitet. Wir können aber nicht noch jede(n) Einzelne(n) aufsuchen, um ihm oder ihr zu verklickern, dass es ratsam ist, bis zum 31. Dezember 2010 einen Überprüfungsantrag zu stellen. Das darf nicht Hauptaufgabe der Montagsdemobewegung werden, sondern muss ein Teil bleiben. Wir dürfen auf keinen Fall bei den Menschen den Eindruck erwecken, dass es allein durch Nutzung der „juristischen Schiene“ zu weitreichenden positiven Veränderungen für die Menschen kommt!

Der Weg gegen die neoliberale Politik in Berlin muss der aktive Protest und Widerstand auf der Straße bleiben oder besser werden und hoffentlich bald zu besseren und richtigeren politischen Angeboten führen! Beim Treffen der Koordinierungsgruppe am vorletzten Samstag in Kassel habe ich wieder das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen angesprochen. Ich hatte den Eindruck, dass hierzu in der bundesweiten Montagsdemobewegung die Notwendigkeit langsam erkannt wird und die Zustimmung wächst, denn es kamen keinerlei Gegenpositionen, auch nicht von bisherigen Kritikern. Ich glaube, dass wir insgesamt in

Bremen auf einem sehr guten Weg sind und vielleicht auch eine Art positive Vorreiterrolle einnehmen.

Schon warnt der Hausjurist der Bundesagentur vor Massenklagen und verbreitet, niemand müsse „Widerspruch und Klage gegen das Jobcenter erheben“, als ginge es uns um die Nachzahlung von zehn Euro für Januar und Februar. „Dazu könnte zwar aufgerufen werden. Durch massenhafte Widersprüche und Klagen werden aber keine Leistungsansprüche gesichert, sondern die Jobcenter lahmgelegt. Das beeinträchtigt insbesondere die Vermittlungsarbeit, die so wichtig ist“, barmt der Verwaltungswirt, „weil durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der staatlichen Hilfe entgangen werden kann. Es ist wohl auch nicht damit zu rechnen, dass ein Sozialrichter auf eine Klage hin das Jobcenter zur Zahlung von 400 bis 500 Euro als monatliche Leistung für den Regelbedarf verurteilt.“

Man muss sich doch überhaupt nicht darüber wundern, dass ein Mitarbeiter der Bundesagentur so argumentiert. Nach meiner Kenntnis sind und bleiben aber Leistungs- und Vermittlungsabteilungen der Argen zwei vollkommen unterschiedliche Schienen, selbst wenn die „Kunden“ in Bremen laut „Weser-Kurier“ nun einen „einheitlichen Ansprechpartner“ bekommen sollen, denn „auch in Zukunft wird ein Teil der Verwaltungsangestellten bei der Bundesagentur angestellt sein, ein anderer bei der Sozialbehörde“. Wenn ein Mitarbeiter der Bundesagentur sich nun als Hellseher betätigt bezüglich der Rechtsauffassungen und Handlungsweisen der Sozialrichter in Deutschland, dann darf man diesen Kommentar doch nicht wirklich ernst nehmen. Meiner Meinung nach ist er vielmehr als Affront gegen jeden ehrlichen und gewissenhaften Sozialrichter in Deutschland zu werten.

In meinen Augen ist es kein Zufall, dass man allein beim Punkt Ernährung immer wieder durch die unterschiedlichsten Berechnungen von Einzelpersonen oder Organisationen auf einen monatlichen Mehrbetrag von 80 Euro für einen alleinlebenden Menschen kommt. Auch unser Mitstreiter Gerolf gelangte mit seiner gewissenhaften dreimonatigen Auflistung aller Ausgaben zu diesem Ergebnis. Bereits 2005 konnte man Angaben zur Verpflegung von Zivildienstleistenden mit mittelschweren körperlichen Belastungen finden, denen für den Punkt Ernährung ungefähr 80 Euro mehr zugestanden wird. Dies lässt sich meiner Meinung nach auch auf die SGB-II-Betroffenen übertragen, weil hier immer mindestens mittelschwere körperliche Belastungen auftreten, und sei es nur bei der Führung des eigenen Haushaltes, beim Einkauf zu Fuß und bei den vielen notwendigen Radfahrten – von den Menschen, die trotz Hartz IV noch einer Lohnarbeit nachgehen, einmal abgesehen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Das Wunder von den sinkenden Arbeitslosenzahlen

Arbeitsministerin von der Leyen verkündet strahlend, es gebe weniger Arbeitslose in Deutschland als vor 18 Jahren. Aber ihr Jubel passt nicht zu den Alltagserfahrungen der meisten Menschen: Irgendetwas ist da faul! Wenn man sich nur die Zahl betrachtet – es sind offiziell 283.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Oktober 2009 –, dann könnte die Regierung Pluspunkte sammeln. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus!

Erstens hängt der leichte Anstieg der Beschäftigung mit einer massiven Umstrukturierung des Arbeitsmarktes zusammen. In den 420 Tagen seit Amtsantritt der Merkel-Regierung sind 674.940 sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen vernichtet worden. Dafür sind die Zahl der billigen Leiharbeiter um 200.000 auf 855.00 und der Teilzeitstellen um 408.000 auf 12.539.000 angestiegen (IAB-Kurzbericht 18/2010). Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, sind gezwungen, sich mit zwei bis drei Jobs an der Armutsgrenze über Wasser zu halten. Mindestens 1,5 Millionen Arbeitslose sind inzwischen zu Ein-Euro-Jobs verdammt. In keinem anderen Land Europas wurden die Löhne in einem derartigen Ausmaß gesenkt wie in Deutschland. Das ist ein Hauptgrund für die wirtschaftliche Belebung durch billige Exporte, bei denen die deutschen Konzerne die Nase vorne haben – den Hartz-Gesetzen sei Dank.

Zweitens werden die Arbeitszahlen von der Regierung und vom Bremer Senat schöngerechnet. Immer mehr Erwerbslose werden aus der Berechnung gestrichen: Arbeitslose, die krank sind, nur einen Ein-Euro-Job haben, an Weiterbildungen teilnehmen, älter als 58 Jahre oder bei privaten Arbeitsvermittlern gelandet sind sowie Hunderttausende, die gern arbeiten würden, sich aber keinerlei Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen und gar nicht erst arbeitslos melden. „Die Linke“ hat die amtlichen Zahlen für das Land Bremen ausgewertet: Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt demnach im November bei 48.673 Menschen. Offiziell sind es aber nur 37.053, weil 11.620 Arbeitslose, fast ein Drittel, einfach ignoriert werden. Es ist Zeit zu handeln und nicht zu tricksen!

Im kommenden Jahr werden alle europäischen Regierungen noch massiver versuchen, die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Ab 1. Januar 2011 sollen wir höhere Gesundheitsabgaben berappen, während der Anteil der Unternehmer eingefroren wird. Nicht mit uns! Wir brauchen dringend auch eine breite soziale Protestbewegung, wie wir sie 2010 gegen die Atompolitik und gegen „Stuttgart 21“ erlebt haben und wie sie in vielen europäischen Ländern einen Aufschwung nimmt. Der parallel zum Krisengip-

fel der 27 EU-Regierungschefs organisierte Generalstreik in Griechenland am 16. Dezember (der siebte in diesem Jahr!) war die richtige Antwort auf die verordneten “harten Sparpläne„. Millionen beteiligten sich in Portugal am 24. November am ersten Generalstreik seit 22 Jahren. Über 100.000 Menschen demonstrierten am 27. November in Dublin gegen das von der EU diktierte Krisenprogramm zur Finanzierung der Milliardensubventionen für Irlands marodes Bankensystem. Am selben Tag gingen 200.000 in Rom auf die Straße mit der Forderung nach Rücktritt des verhassten Berlusconi und seiner reaktionären Regierung.

Die Herrschenden merken, dass die Bevölkerung ihnen immer stärker das Vertrauen entzieht. Andreas Schmitz, der Präsident des Bankenverbandes, hat sich mit einem dramatischen Kommentar in der „Bild“-Zeitung an die Öffentlichkeit gewandt: „Unser Wertesystem droht auseinanderzubrechen. Nur 15 Prozent der Deutschen meinen, dass führende Politiker ihren Aufgaben gerecht werden; Wirtschaftslenker bestehen nur bei 26 Prozent der Deutschen. Es ist bedenklich, dass hierzulande jeder Respekt vor Eliten verloren geht.“ („Bild.de“, 7. November 2010). Während vor 16 Jahren noch 73 Prozent mit der „sozialen Marktwirtschaft“ zufrieden waren, sind es im Oktober 2010 nur noch 48 Prozent. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich damit für die Mehrheit der Befragten die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung „nicht bewährt“. Mit einer Beschwörung endet deshalb der Appell des Bankers: „Wir müssen mehr reden, erklären und werben fürs große Ganze: die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft.“ Dieses System löst keines der Probleme, die es selbst verursacht hat – da nützt auch die beste Werbung nichts! Es ist Zeit, für neue gesellschaftliche Alternativen zu kämpfen, in denen der Mensch und nicht mehr der Profit im Mittelpunkt steht!

Harald Braun

Das SGB II erfährt in weiten Teilen drastische Verschärfungen

1. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder will Kinder besser vor Missbrauch und Vernachlässigung schützen und legte dafür den Entwurf eines neuen Kinderschutzgesetzes vor, das Ärzte in bestimmten Fällen von ihrer Schweigepflicht entbinden soll. Wenn Mediziner Hinweise auf eine „akute Kindeswohlgefährdung“ haben, sollen sie die Information an Jugendämter weitergeben. Die Situation von Kleinkindern in Problemfamilien soll unter anderem durch den Einsatz von mehr Familienhebammen verbessert werden, die künftig in bestimmten Fällen Familien nach der Geburt eines Kindes ein Jahr lang medizinisch und sozial betreuen sollen. Allerdings ist die Finanzierung für dieses Vorhaben noch

nicht ganz gesichert. Schröder nimmt an, dass bei 60.000 Familien in Deutschland ein solcher Hilfebedarf bestehe. Die Sprache verrät manchmal ungewollt, wes Geistes Kind die Macher einer solchen Gesetzesvorlage sind, wenn auch das „Jugendamt-Hopping“ durch ständiges Umziehen erschwert oder verhindert werden soll.

Ärzte und Psychologen sollen zudem künftig von ihrer Schweigepflicht entbunden werden und Informationen an das Jugendamt weitergeben dürfen, wenn sie in Einzelfällen begründete Hinweise auf eine Gefährdung des Kindeswohls haben. Der Hausbesuch von Jugendamtsmitarbeitern zur Einschätzung der Lebenssituation eines Kindes soll künftig grundsätzlich zur Pflicht werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass mit diesem Gesetz dafür gesorgt wird, Kindesmissbrauch möglichst zu verhindern, sondern glaube eher an das Bedürfnis nach der totalen Kontrolle, die flächendeckende Schnüffeleien in der Privatsphäre ermöglicht. Nirgends wird beschrieben, wann und wodurch Familien zu „Problemfamilien“ werden: Reicht dazu der Bezug von ALG II oder der Status „alleinerziehend“ aus? Was genau sind „bestimmte Fälle“, und was soll mit den Kindern dann passieren? Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, dass eine Behörde entscheiden kann und darf, dass ein Arzt von seiner Schweigepflicht entbunden ist – ohne Einverständnis und Wissen der Eltern. Ich hätte mir als alleinerziehende Sozialhilfebezieherin die Einmischung und Verfolgungsbetreuung durch wen auch immer verbeten! Die „akute Kindeswohlgefährdung“ findet sich in allen sozialen Schichten, doch gelingt es den finanziell Gutsituierten viel leichter, die Damen und Herren vom Jugendamt vom Hausjuristen abbürsten zu lassen.

Ich glaube nicht, dass solch ein neues Gesetz einen Fall wie „Kevin“ aus Bremen verhindern würde, weil der Ziehvater viel Kreativität bei der Geheimhaltung seines Privatlebens und der Misshandlung Kevins bewies. Da lagen ganz andere Dingen im Argen: So wurde dem Ziehvater zwei Monate lang kein ALG II von der Arge überwiesen, was ihn natürlich in finanzielle Bredouille bringen musste, die er wahrscheinlich an Kevin ausließ! Auch hatten die Ämter Unterlagen, inwieweit Kevins Wohl gefährdet war. Ich finde es unerträglich und nicht hinnehmbar, wenn der Staat massiv ins Familienleben eingreifen darf. Dadurch kann der Staat eine solche Macht erlangen, dass der Kindesmissbrauch in seiner Definition eine ganz neue Form annehmen kann. Wo fängt denn die **Kindesgefährdung** an: Könnten bereits die Kinder von Anhängern der „Linken“ gefährdet sein? Werden die schon vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sie ihren Nachwuchs nicht neoliberal demütigen, sondern zu einer eigenen Denkweise erziehen? Danke, das hatten

wir bereits im Nationalsozialismus und auch in der DDR! Statt immer neue Fälle zu konstruieren, wie erwerbslose Eltern ihren Kindern angeblich das Geld fürs Essen versaufen und wegrauchen und sie schlecht behandeln, sollte die Regierung endlich mal die Tatsachen ansehen, dass nämlich Kinder viel mehr Geld brauchen, um leben und gefördert werden zu können, ohne dass dabei ein hirnrissiger und diskriminierender Bürokratieapparat tausend Einzelanträge der Eltern bescheiden, weiterleiten und delegieren muss!

2. In den vergangenen zehn Jahren sind die Löhne in den meisten Industriestaaten um ein knappes Viertel gestiegen. Nicht so in Deutschland, wo das Durchschnittsgehalt sogar um ganze 4,5 Prozent schrumpfte. Glückwunsch, dank der bescheidenen neoliberalen Politik schaffte Deutschland es bei einem Vergleich der Internationalen Arbeitsorganisation sogar auf den allerletzten Platz! Die Unternehmen werden sich für die Klientelpolitik der Bundesregierung bedanken und im Gegenzug bestimmt viel spenden! Das Minus von 4,5 Prozent wird neben den moderaten Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre unter einer „zahnlosen“ Gewerkschaft vor allem in der Ausweitung des Niedriglohnsektors, sowie der Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und 400-Euro-Jobs, begründet. Ich finde es skandalös, dass die Menschen in diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen rund ein Drittel weniger pro Stunde als ein normaler Arbeitnehmer verdienen! Durch eine unfreiwillige geringere Wochenarbeitszeit liegen die Monatsverdienste atypisch Beschäftigter deutlich unter denen von Normalarbeitnehmern und reichen oft nicht aus, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die wachsende Zahl dieser Jobs hat dazu geführt, dass der durchschnittliche **Bruttomonatsverdienst** 2009 auf 2.154 Euro gesunken ist – zehn Jahre zuvor waren es noch rund 100 Euro mehr. ILO-Generaldirektor Juan Somavia bemängelt, dass stagnierende oder rückläufige Löhne in vielen Ländern die konjunkturelle Erholung behindern, und fordert die Regierungen dazu auf, ihren Schwerpunkt auf Beschäftigung und angemessene Entlohnung zu legen, weil dies auch für die Bekämpfung sozialer und ökonomischer Ungleichgewichte entscheidend sei.

3. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ begrüßt das Scheitern der Hartz-IV-Reform im Bundesrat. Jetzt müsse die Opposition allerdings beweisen, wie ernst ihr das Anliegen der Millionen Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher wirklich ist. Forumssprecher Martin Behrsing fordert einen „Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“, der wieder die Interessen der Menschen in den Vordergrund stellt und Abschied von der Büttelpolitik für die Akteure und Profiteure der Finanz- und Wirtschaftskrise nimmt. Union und FDP führten Hartz-IV-Bezieher regelrecht vor, indem sie diese mit Unverschämtheiten wie fünf Euro „**Regelsatzerhöhung**“ oder „Bildungs(verhinderungs)paketen“ verhöhnten. Es wurde solange getrickst, bis endlich der gewollte Betrag von nur fünf Euro „Hartz-IV-Erhöhung“ heraus kam. Dafür wurde ganz bewusst das Existenzminimum ab-

gesenkt und billigend in Kauf genommen, dass auf diese Weise die Tore für Hungerlöhne weiter geöffnet werden. Es wird allerhöchste Eisenbahn, dass sich die Opposition für eine angemessene Regelsatzerhöhung einsetzt, die sich an den Bedarfen von Menschen ausrichtet! Davon würden auch die Erwerbstätigen profitieren, weil dann endlich nicht mehr an einem vernünftigen Mindestlohn vorbeizukommen ist.

Allerdings vermisse ich in den Medien eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Referentenentwurf der Bundesregierung. Überall wird immer so getan, als ob es dabei „nur“ um eine zu geringe Erhöhung von fünf Euro gehe, die im Machtpoker den armen Erwerbslosen vorenthalten würden. Die finanziell Ärmsten dieser Gesellschaft sind aber keineswegs scharf auf die baldige Umsetzung dieses Gesetzes, das in der vorliegenden Form einer riesengroßen Entrechtung und Verschärfung gleichkommt, die das Leben mit Hartz IV noch bedrückender und beängstigender machen wird! Das SGB II erfährt in weiten Teilen drastische Verschärfungen, so bei Einkommensanrechnung, Darlehensgewährung, Aufrechnen von behördlichen Ansprüchen, bei Sanktionen, Verkürzung der Vierjahresfrist bei Überprüfungsanträgen nach § 44 SGB X auf ein Jahr und vieles mehr. Ohne Not sollen hier die „Daumenschrauben“ noch mehr angezogen werden, beispielsweise ist eine schriftliche Belehrung für die Sanktionierung nicht mehr zwingend erforderlich. Vermutet der Arbeitsvermittler, dass man die Rechtsfolgen kannte, ist eine Sanktion rechtens. Dies dürfte der Willkür weiter Tür und Tor öffnen. Darüber muss jetzt dringend die Debatte losgehen! Es sollte versucht werden, Druck auf Politik, Verbände und Gewerkschaften auszuüben. Die qualitativen Änderungen, die mit dem neuen Gesetz durchgepeitscht werden sollen, sind überhaupt noch nicht bekannt und auch nicht ins Bewusstsein der Fachöffentlichkeit, geschweige der sonstigen Öffentlichkeit vorgedrungen!

4. Eine Woche vor Weihnachten kann, muss doch unbedingt ein neuer **Hetzartikel** gegen Arbeitslose rausgegeben werden, mit dem unheilvoll dümmlich-populistischen Titel: „Dank Hartz IV sind Geringverdiener die Dummen“. Es folgt die – nett ausgedrückt – euphemistische Behauptung, dass es sich „bei kluger Lebensführung mit Hartz IV sorgenfrei leben“ lasse. Ein großer Teil der Arbeitslosen habe es durch das „Fordern und Fördern“ wieder geschafft, eine Arbeit aufzunehmen. Allerdings habe ein anderer Teil den „Anschluss an den Arbeitsmarkt“ verloren und scheine sich in der vom Staat verbürgten Grundsicherung „wohnlich“ einzurichten. Wenn eine Klassenfahrt anstehe, bekämen die Kinder von Hartz-IV-Beziehern die vollen Kosten der Klassenfahrt „unbürokratisch und problemlos“ von der Arbeitsagentur erstattet, während Eltern, die in niedrigen Lohngruppen arbeiteten, ihre Kinder abmelden müssten, weil sie sich die Fahrt nicht leisten können. Es sei darüber hinaus „auffällig“, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien oft „üppig mit den Statussymbolen ausgestattet“ sind, mit denen Jugendliche ihren Rang in der Gruppe definieren: Markenkleidung und neueste Produkte der Unterhaltungselektronik. Das darf ja wohl nicht wahr sein!

Von Hartz IV sorgenfrei leben können und dass ein großer Teil von Arbeitslosen es geschafft habe – ich könnte mich krank lachen, wenn es nicht so traurig wäre! Viele der Erwerbslosen, die nicht mehr in der Statistik auftauchen, machen ein „Bewerbungstraining“, eine Umschulung, ertragen einen Ein-Euro-Job, oder sind krank – alles, aber bestimmt nicht in Arbeit, und werden trotzdem *so* vorgestellt! Auch verharren Menschen gewöhnlich nicht freiwillig in der Sozialhilfe, sondern werden durch Umstände dazu gezwungen. Kinder von Hartz-IV-Beziehern bekommen keineswegs alles erstattet, höchstens mit hohem bürokratischem Aufwand. Mit Hartz IV lässt sich niemals ein sorgenfreies Leben führen! Die permanenten Unterstellungen, die zu beweisenden Kosten für Energie: Alle Versuche, der Verfolgungsbetreuung zu entkommen, sind lückenlos nachzuweisen! In diesem Artikel ließe sich jeder Satz auseinanderreißen und zerpflücken. Doch das würde hier den Rahmen sprengen. Da der Artikel angeblich von einem Gymnasiallehrer geschrieben wurde, wage ich mir kaum vorzustellen, was sich in dessen Politikunterricht alles abspielen könnte: Eine Prise Sozialdarwinismus gefällig? Schließlich befinden sich dank des dreigliedrigen deutschen Schulsystems kaum Kinder aus dem „abgehängten Prekariat“ am Gymnasium. An dieser Stelle bezweifle ich schlicht, dass der Autor dieses Geschreibsels die notwendige fachliche Kompetenz besitzt!

5. Jedes Jahr dasselbe, das lässt sich gar nicht ernst nehmen: Zur Spargelzeit und im Winter wird der Schrei immer lauter, dass Arbeitslose ran ans Gemüse oder an die Schippe zum **Dienst** verpflichtet werden sollten. Wenn diese Schwerarbeit auf freiwilliger Basis angenommen werden kann und sie auch entsprechend bezahlt – statt von den ersten hundert Euro zu 80 Prozent vom ALG II abgezogen – würde, dann spräche nichts dagegen. Schließlich sind Langzeitarbeitslose nicht freiwillig oder aus persönlicher Schuld Transferleistungsbezieher, sondern weil es schon lange nicht mehr für alle Arbeit gibt! Warum sollen Erwerbslose für ein gesellschaftliches Problem verantwortlich gemacht und als Sündenbock zum Abschuss freigegeben werden dürfen oder für die Ineffizienz der Kommunen geradestehen? Wird angenommen, dass Erwerbslose mit Schieber und Muskelkraft den Schnee wegräumen und dann auf einmal alles ratzfatz geht? Frei nach Thilo Sarrazin ließe sich auch eine nette Implikation entwickeln, die da lauten könnte: „Wenn euch kalt ist, geht doch Schnee schippen, dann wird euch auch wieder warm!“ Da können wir nur hoffen, dass die argen Argen nicht noch mehr zu Sklaventreibern mutieren, die Leistungskürzungen anordnen, wenn nicht im Akkord eine bestimmte Schneemenge weggeräumt wurde! Erschreckend finde ich das Ergebnis einer Umfrage, wonach 57 Prozent dafür seien, dass Hartz-IV-Bezieher zum Schneeschieben verpflichtet werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dummer Leerer

Über den Verfasser dieses Artikels sollte man Lehrer mit Doppel-e schreiben. Der Dumme ist nämlich, wer als Beamter dem „frischen Wind“ von Krise und Markt nicht ausgesetzt ist und in seiner beamteten Hängematte der weiteren Senkung des Lohnniveaus in Deutschland Vorschub leistet, anstatt den Kindern geringverdienender Eltern durch Anraten zu ergänzenden ALG-II-Leistungen die Klassenfahrt zu ermöglichen. Jedenfalls sollte dieser *Leerer* seinen Schülern mal erklären, was Schwarzarbeit, zu der er hier öffentlich anzustiften scheint, mit kluger Lebensführung zu tun hat, zumal Schwarzarbeit ja schon „heimliches Arbeiten“ darstellt und „heimliche Schwarzarbeit“ somit einen Pleonasmus bildet.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Sparzwang und Pauschalabweisung gleich abenteuerliche Fehlerquote

Wenn Sie dies lesen, ist unsere Weihnachtsfeier bereits gewesen. So läuft die Zeit! Daher umgehend einen oder mehrere Anträge auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen. Mehrere Anträge sind nur notwendig, wenn Sie die Überprüfung auf einzelne Leistungsbereiche wie Kosten der Unterkunft oder Sanktionen beschränken. Im „Weser-Kurier“ vom 20. Dezember 2010 stehen im Bericht über die Umfirmierung der Bagis unter dem Titel „Hartz IV: Service wird besser“ weitere Argumente für den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X noch in diesem Jahr: „Neu geregelt wird auch die Zuständigkeit, wenn es um Hartz-IV-Einkommen in der Leistungsabteilung geht. ‚Die Kunden werden einen einheitlichen Ansprechpartner haben‘, sagt Hildegard Jansen, Vorsitzende der Bagis-

Trägerversammlung. Die bisherige Team-Struktur mit einem Sachbearbeiter und mehreren Assistenten habe sich nicht bewährt. Rechnungshöfe und die Innenrevision förderten abenteuerliche Fehlerquoten zutage“, so der „Weser-Kurier“.

Aus Sachbearbeitern werden Assistenten und aus Teamleitern Sachbearbeiter? Diese Darstellung ist wirklichkeitsfremd, aber bestimmt ein weiterer Grund für den Antrag auf Überprüfung!Weder ist dieser Artikel auf den Zwang zum Sparen eingegangen, um die Zielvorgabe einzuhalten, noch auf den Zwang, auch berechtigte Widersprüche abzulehnen, weil die Quote ausgeschöpft ist. Gemäß Dienstanweisung dürfen höchstens 30 Prozent aller Widersprüche positiv entschieden werden, alle anderen sind abzulehnen. Aber nehmen wir doch das Versprechen zur Besserung als Tatsache! Wir kommen darauf zurück. Die Aussage der Senatorin für Soziales, Frau Rosenköter, ist ebenfalls wirklichkeitsfremd. Es ist dringend anzuraten, die Ergebnisse der Innenrevision durch die Brille der Sachzwänge zu betrachten, denen zufolge Zielvorgaben einzuhalten und Widersprüche überwiegend abzulehnen sind. Frau Rosenkötter wird uns dies erklären müssen! Die Aussage „wenn die (bei der Bagis) etwas anders machen als wir aufschreiben (in der Verwaltungsanweisung), dann können wir dies nicht ändern“ von einem Mitglied der Sozialdeputation stärkt diese „Vogel-Strauß-Haltung“.

Hier ist eine umfassende und richtige Information der Bürgerschaft angeraten und ein fairer Umgang mit den Betroffen sicherzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bagis müssen auch ihre berufliche Ehre zurückerhalten, denn diese Fehlerquote resultiert nicht aus Unwissenheit oder Unvermögen! Nun aber erst einmal fix den Überprüfungsantrag stellen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Verschleiern und aussitzen ist zukunftsgefährdend! Das gilt auch für die Änderungen in SGB II und SGB XII zum 1. Januar 2011. Die fünf Euro Regelsatzerhöhung sind ein bewusster Streitfaktor, um über die anderen Änderungen nicht zu verhandeln. Das ist sehr kurzfristig gedacht! Auch da gilt es, den Kugelschreiber zu zücken und selber tätig werden! Wir kommen darauf zurück! Nun ein frohes Fest! Wir sehen uns am **3. Januar 2011** um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** wieder, bei der **Montagsdemo**!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ein Generalstreik ist in ganz Europa notwendig!

Nach Griechenland und Irland stehen jetzt auch Portugal, Belgien, Spanien und Italien vor Staatsbankrott. Der „Rettungsschirm“ von 750 Milliarden ist längst zu klein. Ratingagenturen werten Staaten ab, und die Zinsen gehen raketenartig in

die Höhe. Irland hat 113 Milliarden Euro Schulden bei deutschen Banken, weit mehr als bei anderen. Banken sind daher nicht nur Hauptnutznießer des „Rettungsschirms“, sondern auch Verursacher der Pleite. Ihr Ziel und das des gesamten deutschen Finanzkapitals ist es, die in die Pleite getriebenen Staaten noch abhängiger zu machen. Jetzt schon sind sie nicht mehr souverän. Sie sollen gezwungen werden, ihre Arbeiter- und Volksmassen extrem auszupressen, ihre Löhne drastisch senken, Belegschaften zu entlassen und die Mehrwertsteuer auf 23 bis 25 Prozent hochzuschrauben.

Dann steigen auch die Preise. Gegen diese Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter- und Volksmassen, auch hier in Deutschland unter dem Namen „Sparpaket“, gibt es immer mehr Widerstand! Ein Generalstreik ist in ganz Europa notwendig! Auch in Afghanistan geht es um die Interessen der deutschen Monopole. Merkel hat bei ihrem Besuch von Krieg gesprochen, vor acht Jahren hieß es noch Aufbauhilfe. Inzwischen sind 45 deutsche Soldaten tot, Hunderte von Nato-Soldaten, Tausende von afghanischen und Zehntausende der Zivilbevölkerung. Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Beim Bremer Standesamt zahlt der Senat 347 000 Euro für ein Gutachten, demzufolge die Renovierung 5,4 Millionen kosten soll. Bauunternehmer und Mäzen Klaus Hübotter schaut sich das einmal an und kommt auf 2,5 Millionen; inzwischen liegt sogar ein Festangebot einer Baufirma unterhalb dieses Betrags vor. Was hat das Gutachten also gebracht? Für 347.000 hätten zehn Leute ein ganzes Jahr lang arbeiten können und dabei mehr verdient als fast alle, die hier auf dem Platz um uns herum stehen! Die es in Auftrag gegeben haben, sicher nicht, aber uns wird immer gesagt: Es ist kein Geld da, Gebührenerhöhung! Und dort? Deshalb die 347.000 Euro zurückfordern oder den Verantwortlichen vom Gehalt abziehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die MLPD lädt ein zur **Silvesterparty** im „Nahbei“, Findorffstraße 108 (Ecke Thielenstraße) an der Bürgerweide. Beginn ist um **19:30 Uhr**, Eintritt ermäßigt 5 Euro (inklusive Mitternachtsgetränk), ohne Verzehr 2 Euro. Es gibt kaltes Buffett, Rede, Kultur, Musik und Tanz.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Sind Sie zufrieden mit der Bagis?

Leider kann das nicht jede(r) von sich behaupten. Die meisten ALG-II-Empfänger sind von der Bagis maßlos enttäuscht: Statt eines tollen Arbeitsplatzes, einer interessanten Weiterbildung oder wenigstens einer ABM-Stelle gibt es „seit Hartz IV“ meist nur noch Ein-Euro-Jobs oder „Qualifizierungsmaßnahmen“, also unentgeltliches Arbeiten. Zusätzlich droht ein Zwangsumzug. Die Schwierigkeiten, die schon beim Beantragen von Arbeitslosengeld II auftreten, möchten wir an dieser Stelle nur kurz erwähnen: Ein Großteil der Anträge wird glatt abgelehnt!

Möchten Sie jobben für einen Euro?

Ein solch unmoralisches Angebot wird für immer mehr Hartz-IV-Betroffene bittere Realität. In Bremen gibt es bereits 5.000 Beschäftigungsmaßnahmen, das ist der höchste Anteil in Deutschland, und wer diesen Zwangsdienst ablehnt, wird sanktioniert. Jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt eine reguläre Arbeitskraft, so eine IAB-Studie, aber nur jeder 50. wird dauerhaft eingestellt. Dass ein fester Arbeitsvertrag unbezahlbar wird, wenn die kommunale Konkurrenz Ein-Euro-Kräfte einsetzen darf, beklagt der Handwerksverband schon lange. Jetzt bestätigen selbst die Geschäftsführer von „bras“ und „bag“, den beiden Großen beim Gewinnspiel mit Ein-Euro-Beschäftigten, dass sie damit echte Arbeitsplätze verdrängen!

Reichen Ihnen 359 Euro zum Leben?

Mit diesem Betrag wird auch der Sparsamste nicht auskommen. Obwohl die Sozialverbände in Deutschland der Meinung sind, dass 359 Euro völlig unzureichend sind, wollen die Politiker den Regelsatz nicht erhöhen. Aus Reihen von CDU, FDP oder SPD hört man sogar skurrile Forderungen nach pauschaler Absenkung um 100 Euro oder Ausgabe von Essensgutscheinen statt Bargeld wie bei Asylbewerbern. Schon heute können Hartz-IV-Betroffene kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die Neuanschaffung beschädigter Haushaltsgegenstände ist praktisch nicht möglich, und wichtige Arztbesuche werden aufgeschoben!

Wohnen Sie billig genug? Nein?

In Bremen wird rechtswidrig versucht, Mietobergrenzen vorzuschreiben. Sollte Ihre Wohnung „zu teuer“ sein, wird man Ihnen eine der vielen Tausend Umzugsaufforderungen zustellen. Weil es nachweislich nicht genügend günstige Wohnungen gibt und viele Eigentümer nicht an „Hartz-IV-Leute“ vermieten, da Zahlungen der Bagis oft willkürlich eingestellt werden, ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, eine entsprechende Unterkunft zu finden. Wer einer Obdachlosigkeit entgehen will, muss am Essen sparen; wer irgendwie Geld auftreibt, macht sich des „Sozialbetrugs“ schuldig. Doch der einzige Sozialbetrug besteht im Festlegen illusorisch niedriger Mietobergrenzen und Regelsätze!

Dann kommen Sie zur Montagsdemo!

Damit die Armutsfalle Hartz IV nicht so leicht zuschnappt, wollen wir Sie aufgrund unserer Erfahrung mit der erniedrigenden und rechtsbeugerischen Praxis der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ bereits per Flugblatt auf die Goldenen Regeln hinweisen:

1. Gehen Sie niemals allein zu Gesprächen mit dem Sachbearbeiter oder Fallmanager!
2. Geben Sie Schriftstücke am Empfangstresen ab und lassen Sie dort auch eine Kopie für die eigenen Akten mit Unterschrift und Eingangsstempel versehen!
3. Verlangen Sie Bedenkzeit vor dem Unterschreiben, nehmen Sie das Ihnen vorgelegte Schriftstück mit, schauen Sie es in Ruhe an und holen Sie Rat auf der Montagsdemo!

Natürlich ist noch weit mehr zu sagen zu Hartz IV und dem deutschen Unsozialstaat. Darüber reden wir mit Ihnen, zusammen auf der Montagsdemo, ganz persönlich – oder am Offenen Mikrofon, damit es jeder hören kann, auch die Verantwortlichen. Die Montagsdemo dient dem Protest gegen Hartz IV ebenso wie dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der Betroffenen. Wir finden Wege aus der Isolation und machen Armut öffentlich! Wir sind keine Bittsteller, sondern fordern unsere Rechte ein! Wir wollen, dass die Diskriminierung der Betroffenen seitens der Politik endlich aufhört! Dies wird geschehen, wenn sich die Betroffenen gemeinschaftlich massiv und lautstark wehren: gegen Sanktionen, Mietobergrenzen, Umzugsaufforderungen, gedeckelte Heizkosten und das Ausspionieren eheähnlicher Gemeinschaften durch den Außendienst der Bagis! Sie haben mehr Reaktionsmöglichkeiten, als Sie glauben! Werden Sie mit uns aktiv: gegen Hartz IV!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich, unabhängig, öffentlich

17:30 Uhr auf dem Marktplatz

www.Bremer-Montagsdemo.de